Germ. g. 562 f (1848/49

3. 34.

Zur Geschichte

des

Deutschen Verfassungswerkes

1848—49.

In zwei Abtheilungen

von

Karl Jürgens.

Zweite Abtheilung.

Zweite Hälfte.

Bis zur Selbstauflösung der Nationalversammlung.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Bibliothek des Finanz Ministeriums

Hannover.
Helwing'sche Hofbuchhandlung.
1857.

G. n 220

Druck von Ph. C. Göhmann.

120 G

Vorwort.

Die Herausgabe des letzten Theils meiner Beiträge zu einer künftigen Geschichte des Deutschen Verfassungswerks stieß auf äußerliche Hindernisse, der Art jedoch, daß ein weiterer Bericht darüber kein Interesse für das Publikum haben würde. Dann überkam mich Abneigung. Die Einen waren der verkehrt angefaßten und so gänzlich verfehlten Sache müde, wollten nichts mehr davon hören, Andere liefen dem Schatten der Erfurter Union nach und lehnten begreiflicher Weise eine Darstellung wie die meinige selbst tendenzmäßig ab. Jene Hindernisse sind gehoben. Ich lasse die Schlußabtheilung jetzt folgen, um mein Zeugniß und meine Wissenschaft von den Dingen, mit welchen sie sich beschäftigt, nicht zu versagen, um zu vollenden, dem Andringen der Freunde nachgebend, welche mir sagten, daß sie den letzten Band des Buches zu haben wünschten, daß letzteres auch jetzt noch Leser finden dürfte, theils des bedeutsamen Gegenstandes, theils der Aufschlüsse wegen, welche ich nach ihrer Voraus=

setzung zu geben im Stande sei. Man wird in der That manches bisher noch unbekannt Gebliebene, zur Aufklärung über den Ausgang des Deutschen Parlaments Diensame, gängige Vorstellungen und irrthümliche Erzählungen Berichtigende in diesem Bande finden.

Ich habe mich absichtlich einer Umarbeitung meiner zu Anfange des Jahres 1851 beendeten Aufzeichnungen enthalten und mich auf eine bloße Durchsicht beschränkt. In der äußeren Anordnung ist die Aenderung eingetreten, daß nicht Weniges in einen Anhang verwiesen ist. Man wird auch im Tone eine Aenderung finden, die nämlich, daß mehr mit der Sprache herausgegangen ist. Die Gründe liegen im Gegenstande und in der Zeit der Abfassung und Vollendung dieser Schlußabtheilung. Es wird in ihr der Zeitraum der leidigsten Wirksamkeit der Gagern=Preußischen Partei behandelt, wobei mit der bisherigen Schonung oder Schüchternheit nicht durchzukommen war, und sie wurde geschrieben und vollendet, als jene Partei statt auf Vergüten ihres zuletzt schlechthin unverantwortlichen und für ganz Deutschland und insbesondere für so Viele durch sie Verleitete unheilvoll gewordenen Verhaltens zu denken, oder doch mindestens, nachdem sie in Frankfurt so geendet, verschämt der Erneuerung einer Thätigkeit sich zu enthalten, die solche Früchte getragen, unmittelbar nach ihrem unerhörten Fiasko abermals auf den politischen Schauplatz sich drängte, um Deutschland die Sodomsäpfel von 1849 und 1850 — darunter nahezu einen Deutschen Krieg — zu bringen und sich daneben wiederholt, und was schlimmer, nicht sich allein in solchem Maß bloßzustellen.

Mein Bericht ist ein sehr detaillirter, während man nachgerade wol gern einen summarischen, eine gute übersichtliche und handliche Parlamentsgeschichte hätte. Allein die Aufstellung einer solchen wird durch sichere Kunde, auch eben der Details, bedingt, und sollte nicht an diesen, auch an den kleinsten, bei einem so bedeutsamen selbsterlebten Vorgange ein Interesse genommen werden? Wir lassen uns wol ebenso geringe und noch geringere Sachen in französischen und englischen Geschichtsbüchern und Memoiren gefallen.

Namentlich im Anhange haben die Aeußerungen der erbkaiserlichen Organe eine ausführlichere Berücksichtigung gefunden, und eine ebenso lästige als beträchtliche, ich halte mich jedoch überzeugt, keine unfruchtbare Mühe ist verwendet, damit es geschehen konnte. Wie lehrreich, wie förderlich für wahre Kunde der Zeit, wie nützlich zur Selbsterkenntniß und zu Rechtrichtung der politischen Thätigkeit würde eine Darstellung des Gebahrens der gesammten Deutschen Tagespresse in der revolutionären Periode sein. Sie ist aber aus vielen Gründen wol schwerlich zu erwarten.

Das nur kurz angeführte Dokumentliche, Noten der Kabinette u. dgl., ist mit Leichtigkeit in den stenographischen Berichten oder der Deutschen Chronik für das Jahr 1849 — hier am bequemsten — zu finden. Die anderweiten Darstellungen, worauf Bezug genommen worden (Haym's „Die Deutsche Nationalversammlung", Laube's „Das erste Deutsche Parlament", Biedermann's „Erinnerungen aus der Paulskirche", Raumer's „Briefe aus Frankfurt und Paris", Rochau's „Die verfassunggebende Deutsche Reichsversammlung" in Nr. 47 der Deutschen Vierteljahrsschrift, Wurm's „Die

Diplomatie, das Parlament und der Bundesstaat", Wuttke's „Der Stand der Deutschen Verfassungsfrage", Müller's „Das Deutsche Parlament und der König von Preußen"), sind der Kürze wegen nur durch Anführung der Namen der Verfasser bezeichnet. Die ganze Skala der gegen mich als Parlamentsmitglied und Verfasser dieses Buches gerichteten persönlichen Unliebsamkeiten bis zu deren höchsten vom Stuttgarter Herrn Zimmerman angeschlagenen Tönen, der mich in seinem „Die Deutsche Revolution" zum „Zigeuner" gemacht hat, ist ganz unberücksichtigt geblieben.

Ein hartnäckiges Augenleiden erschwerte und benachtheiligte meine Durchsicht der Druckbogen. Ich muß die Leser bitten, vor der Lekture die eingeschlichenen Irrungen, die ich bemerkt (S. 734), verbessern zu wollen.

Hannover, 1. November 1856.

K. Jürgens,
Dr. Th.

Inhalt.

Seite

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Nächste Eindrücke der Preußischen Note vom 23. Januar. — Gagern's Schreiben an den Oesterreichischen Bevollmächtigten vom 22. Januar.

Es lag nach den Abstimmungen über die Oberhauptsfrage vor Augen, daß die Nationalversammlung nichts zu Stande bringen, das Verfassungswerk ihren Händen entnommen werden und in die Hände Anderer, von denen Niemand viel hoffen mochte, übergehen, und daß ein Irrsal ohne Ende entstehen werde, wenn man im Deutschen Parlament sich nicht einigte und bessere Wege einschlug. Die Verlegenheit, worin man sich befand, war allseits gefühlt, als die von der Erbkaiserpartei betriebene Preußische Note vom 23. Januar*) eingetroffen, die einen Ausweg zeigte, aber auf gar zu große Schwierigkeiten stieß. Um durchzudringen hätte den Preußischen Vorschlägen zunächst in der Frankfurter Versammlung eine beträchtliche Mehrheit gewonnen werden müssen, allein es zeigte sich sogleich, daß man Seitens der Urheber der Note vollkommen irrthümlich darauf gerechnet.

Die Note befriedigte keine Partei. Die Urtheile über sie waren freilich und blieben noch lange unsicher und widersprechend, wie das Dokument denn auch die herrschende babylonische Verwirrung der Sprache und Begriffe noch beträchtlich mehrte. Allein darin war je länger je mehr Uebereinstimmung, daß die Einen mit Freude und Hoffnung, die Anderen mit Schmerz und Sorge sie ansahen als einen unkühnen Griff nach dem Kaiserthume, als einen Versuch, für Preußen, jedoch nur durch diplomatische Schachzüge, und mit einem Worte unzulängliche Mittel zu gewinnen.

*) Einige nachträgliche Bemerkungen über dieselbe im Anhange Nr. I.

Die Oesterreicher und sonst die zahlreichen Gegner der Deutschen Politik Preußens von 1740 bis 1785 und 1806, sowie der erwähnten Denkschrift aus dem Jahre 1822 und des Bernstorf'schen Memoires aus dem Jahre 1831, erblickten in der Preußischen Erklärung einen positiven, wenn auch noch unsichern Rückschritt in die Bahnen jener Politik. Sie gedachten in ihren Zusammenkünften kombinirend einer Reihe von Kundgebungen seit dem März 1848 wie der im August und Oktober verbreiteten Schrift „Frankfurt und Berlin", worin deutlich genug in Aussicht gestellt worden, daß Preußen alle zu der Zeit lebendigen Gedanken und Wünsche für Deutschland vereiteln werde, wenn dieses ihm nicht zufalle. Einzelne unter ihnen erhielten nach einiger Zeit auch Nachrichten über bestimmte Aeußerungen Bülow's, der die Note abgefaßt, dahin lautend, es bleibe nichts übrig, als der alte Bund in voller Bedeutung, wenn Preußen die Herrschaft nicht werde.

Ihr Vertrauen zu dem Vermögen der Nationalversammlung war erschüttert; jetzt schwand ihnen die neuerdings wieder wach gewordene Hoffnung auf eine Einigung der Regierungen; sie sahen mit Grauen den Gegensatz Oesterreich-Preußen wieder in den Vordergrund treten, der seit hundert Jahren Deutschlands Verderben gewesen und bei dessen Walten nichts Gedeihliches zu Stande kommen konnte; sie fürchteten jetzt um so mehr, alle Arbeit und Anstrengung werde auf Sonderbünde und Spaltung hinauslaufen. Wie sie es ansahen, war selbst im Volke die Meinung über das Projekt, Preußen an die Spitze zu bringen, sichtlich nicht minder getheilt, wie im Parlament, die Begeisterung dafür, ja überhaupt für eine so straffe Einheit, wie sie in Frankfurt betrieben wurde, eine unverläßliche, angeflogene, großentheils nur gemachte, und eben die Preußische Note drückte auch das Vertrauen, das sie auf Preußen noch setzten, abermals herunter. Sie sagten: Im März 1848 erbot sich der König, an die Spitze zu treten, und zwar unter Umständen und in einem Sinne, wonach die Einheitbegehrenden im übrigen Deutschland viel eher darauf hätten eingehen können, dessen Antwort jedoch in kalter, ja schnöder Abweisung bestand und Preußische Stimmen (z. B. „Frankfurt und Berlin") sagen selbst, Preußen habe sich damals in Deutschland geirrt, sei zu früh gekommen für dieses, das für den Gedanken der Einheit mit und durch Preußen noch nicht reif, in der alten Sinnesart noch befangen gewesen sei, im März die Einheit nur um den Preis des Untergangs Preußens in Deutschland gewollt habe, wovon die Rede nicht sein dürfe. Sollte

jene „Reife“ über Nacht gekommen, jene „Befangenheit“ urplötzlich verschwunden sein, jener Wille sich gänzlich geändert haben, und zwar seitdem sich Preußen immer preußischer und immer weniger „deutsch“ manifestirt? Nicht wenige auf dieser Seite, selbst Oesterreicher, waren jedoch trotz dem Allen aus mancherlei Gründen sehr geneigt, auf die Wege sich einzulassen, auf welche Preußen durch seine Note hinlenkte, sofern es nach dieser hätte gehen sollen ohne Rückhaltsgedanken, und wenn die Preußische Partei jene Wege hätte gehen wollen. Auch sie legten großentheils einen überwiegenden Werth auf eine straffere Centralisirung, die, wie sie besorgten, von oder mit Oesterreich nicht zu erlangen sein dürfte. Während sie unablässig verdächtigt wurden, nur hindern und zerstören zu wollen, gehörte zu *ihren* vornehmsten Gesichtspunkten und Wünschen der, daß die große Gelegenheit nicht verpaßt, daß durch diese lange ersehnte, kaum je gehoffte, wunderbar erreichte Deutsche Nationalversammlung doch irgend etwas Positives, wenigstens Erträgliches, doppelt nöthig in solcher bedenklichen Zeit, zu Stande gebracht werde, und kaum schien ihnen je nach der Lage der Dinge, der Lage und Stimmung in Oesterreich namentlich, und zumal bei der Hartnäckigkeit der anderen Seite in den Gedanken, welche man dort nun einmal verfolgte, etwas Anderes zu erübrigen, als Preußen eben auch für sich gewinnen zu lassen, es mit ihm zu versuchen. Sie würden zufrieden gewesen sein und geholfen haben, hätte man sich jetzt dahin richten wollen, unter Verzicht auf zu übermäßige Centralisation die Mittelstaaten zu gewinnen, Oesterreich zu bestimmen, die Regelung der innern Deutschen Verhältnisse, definitiv oder auch nur vorläufig, Preußen zu überlassen, in eine enge Union mit Deutschland zu treten und so mit ihm sich auseinanderzusetzen. Dahin wies die Preußische Erklärung, dahin hatte ein Hauptsatz im Rotenhan'schen Direktorialvorschlage und mein Zusatz zu demselben gedeutet. Allein die Preußische Partei wollte nicht, so wenig als die Linke, die gleichfalls den Ideen Preußischer Hegemonie, eines vergrößerten Preußens, eines getheilten Deutschlands entgegen, der es jedoch überhaupt nicht gegeben war, mochte sie im Einzelnen das Richtige dann und wann treffen, einen wahren politischen Gedanken zu fassen und zu verfolgen, und die speciell die Aenderung der Verfassung und der Behandlung der Verfassungssache nach den Preußischen Intentionen so entschieden ablehnte, als sie steif und fest den souveränen Standpunkt und ihre Tendenzen radikaler Gestaltung behauptete.

Demnächst aus dem ganzen Verhalten der Preußischen Partei, sofort aus ihren und ihrer Organe Aeußerungen, gleich in den Tagen nach dem Eintreffen der Note, mußte entnommen werden, daß sie über die letztere höchlich erbittert war, obgleich sie ihr ostensibel die für das Kaiserprojekt günstigste Deutung zu geben suchte, daß sie in der Behauptung des souveränen Standpunkts und der Forderung strengster Centralisation mit der Linken vollkommen übereinstimmte, daß die Ueberstiegenheit und die Hitze auf ihrer Seite keine geringere war. In einem anderen Punkte unterschied sie sich allerdings wesentlich von der radikalen. Ursprünglich hatte doch wenigstens ihre Mehrzahl gewollt, daß Preußen, indem es an die Spitze gestellt werde, in Deutschland aufgehe und daß dieses ungetrennt bleibe, aber keineswegs daß das Ergebniß in Preußischer Hegemonie und in Theilung bestehe. Die Note wurde ein Wendepunkt ihrer Ansichten und Bestrebungen. Immer mehre von ihnen gingen von jetzt an und immer bewußter in den Gedanken: ein Deutschland ohne Oesterreich unter Preußen, oder auch blos ein Preußisches Nord- und Mitteldeutschland, ein. Es begann, daß ihnen Deutschland sichtlich zum bloßen Substrat Preußischer Herrschaft wurde; immer häufiger und nackter verlautete fortan neben allem Einheits- und Deutschheitsgerede ihre Forderung, daß Preußen die Gelegenheit benutzen müsse, sich zu vergrößern, zu erobern — durch friedliche Mittel oder auch mit Gewalt, wie bald genug mit dürren Worten gesagt wurde. Sie hatten sich mit ihrem Kaiserstaatsprojekte, das ihnen noch dazu unter den Händen zusammenschrumpfte, in ein Labyrinth verloren, die Note gab ihnen den Faden zum Herausfinden in die Hand; allein sie ließen sogleich blicken, daß sie sie lediglich dazu zu benutzen gedächten, Preußen mehr und mehr in ihren Verfassungsplan zu verwickeln und sie zum Anlaß zu nehmen, dessen Betreibung mit verdoppelten Anstrengungen sowol gegen ihre parlamentarischen Widersacher als gegen Preußen selbst fortzusetzen. Es hatte sich handgreiflich herausgestellt, daß die Einheitsbewegung gegen den Partikularismus der Staaten, namentlich auch Preußens, nicht stark genug war, um mit ihr das Aufgehen der letztern in einen Einheitsstaat durchzusetzen. Es war ihnen von der Tribüne und in der Presse (auch den Flugblättern aus der Nationalversammlung) vielfach gesagt. Allein sie erkannten oder wollten rechthaberisch die wahre Lage der Dinge nicht erkennen, mit dem Widerstande, den Staaten — durch Eingehen auf den Entwurf einer in Wahrheit bundesstaatlichen Verfassung, — mit Preußen selbst — durch Eingehen

auf dessen Forderungen — sich nicht abfinden. Die Preußische Partei strebte mit immer zunehmender Erhitzung, Oesterreich, das außerdem von ihr täglich gereizt und beschimpft wurde, gänzlich und in der schroffsten Form hinauszuweisen und zu treiben, wozu doch weder Recht noch Macht vorhanden war. Sie gab sofort zu erkennen, wie sie mit aller Kraft dahin, daß die Nationalversammlung über die Verfassung in der zweiten Berathung so beschließe, daß Oesterreich unmöglich darauf eingehen könne, wirken und auf jede Weise zu verhindern suchen werde, daß es zu einem Einverständniß mit Oesterreich komme. Letzteres hatte bestimmt erklärt, daß es an der Deutschen Verfassungsentwickelung Theil nehmen und sich nicht ausschließen lassen wolle. Die Sache stand so, daß man erwarten mußte, es werde die letzte Kraft aufbieten, die Errichtung des Kaiserthums der Preußischen Partei zu verhindern, und wie konnte man jetzt noch an seinen Untergang glauben? Dazu geschah von letzterer Alles, die Mittelstaaten auf Oesterreichs Seite zu drängen, so daß auch ein Blick nach dieser Seite hin nur Zerrüttung, ja Krieg und Bürgerkrieg in Aussicht stellte, und dies um so mehr, da sie nun gänzlich zu vergessen schien, daß Einigkeit die nothwendige Grundlage aller Einheit in der Verfassung sei, allen Nachdruck auf deren einheitliche Form legte, und mit dem verblendetsten und rücksichtlosesten Eigensinn lediglich ihren Willen durchzusetzen, nur eine Mehrheit, und wäre es die allerwinzigste, die völligste Zwiespältigkeit des Deutschen Parlaments dokumentirende gewesen, dafür zu erlangen suchte. Ihre Organe trugen nicht wenig bei, die Parteiung und Parteierbitterung zu mehren, den letzten Rest der Einmüthigkeit und damit die letzte Kraft der Nationalversammlung zu zerstören, den Zank auch draußen zu erregen und immer weiter zu verbreiten, der, die heillosesten Zeiten und Zustände erneuernd, das Deutsche Volk wie dessen Vertreter zu veruneinigen bereits angefangen hatte und die letzten Hoffnungen einer Frucht von all' diesen Mühen zerstören sollte.*)

---

*) Aeußerungen ihrer lithographirten Korrespondenz verriethen deutlich, daß unausgesetzt Kollusionen zwischen den Frankfurter Parteihäuptern und den Freunden in Berlin stattfanden, daß sie aber einander nicht verstanden und sich gegenseitig irre führten. Die reichsministerielle Zeitung wollte nun „Land" erblicken, schwankte jedoch zwischen Bassermann'scher Prutzigkeit und Verzagen wie zwischen gesunden Gedanken und Sophistereien und Pfiffigkeiten. Offner, ehrlicher und schärfer hindurchblickend zeigte sich die Deutsche Zeitung oder wenigstens ihr Korrespondent vom Rhein (Gervinus),

Die Ideen Gagern's, des vornehmsten Hauptes der Partei, hatten in Preußen sehr viel Widerspruch und nichts weniger als allgemeinen und nachhaltigen Anklang gefunden. Er selbst war damit wiederholt

---

so viel Selbstwiderspruch dabei auch vorkam. Er erkannte und bekannte, Preußen, ja, auch die Nation lasse die Frankfurter Kaiserlichen mit ihren Projekten im Stich, bemühete sich aber dennoch, seine Partei in ihrem Eigensinn und ihrer Verblendung zu bestärken, Preußen und das Deutsche Volk aufzustacheln. Er sah überall Rathlosigkeit und Erlahmung, und ließ dennoch nicht davon ab, daß der „friedliche Staatenbund" in einen „aktiven, im Nothfall kriegerischen Staat" umgebildet werden, und — was allerdings im Hintergrunde des Frankfurter Verfassungsplans liege — daß Preußen Großefriedrichs=Politik treiben, mit Oesterreich und Rußland brechen und sich mit England und Frankreich verbünden, und daß jener Verfassungs=plan allenfalls auch gegen den Willen der Großstaaten durch „mächtige Kundgebungen des Volkswillens" durchgesetzt werden solle u. s. w. Mit immer unglücklicherer Beflissenheit und immer unglaublicherer Verblendung trieb diese Presse fortan in der verhängnißvollen Zeit das schlechte Geschäft des Verleitens, Verhetzens, Aufstachelns, der Herbeiführung eines Zustandes, worin das alte böse Geschrei: „Hie Welf — hie Weiblingen!" übersetzt in „Hie Preußen — hie Oesterreich!" sich wiederholte. Während die Zeichen der Impotenz, Zwietracht und Zerrüttung sich mehrten, wurde es immer ärger damit, daß die Koryphäen und Organe der Kaiserpartei gleichsam das Monopol sich anmaßten, von Deutscher Einheit, Größe u. s. w. zu reden, daß sie die Gehäßigkeiten und die Zwietracht förderten, bewußt und ohne Hehl die Dinge zur Gewalt trieben. Es heiße jetzt „Schwert Friedrich's des Großen heraus!" und wie die Phrasen dieser Art weiter lauten mochten. Daneben wurde eingestanden (Gervinus), daß das Drängen zum Kaiserthume die „gewaltigsten Folgen" haben könne, „zu deren Ausfechtung Niemand unter uns recht gestählt erscheint." Sie erkannten die Unausführbarkeit ihrer Projekte und konnten doch nicht davon lassen. Noch widerwärtiger fiel, daß sie mehr und mehr die Preußische Sache mit der Deutschen verwechselten, dem Deutschen Interesse das Preußische unterschoben und dabei jeden Widerspruch als Partikularismus und Undeutschheit verschrieen. Je deutlicher es wurde, daß sie Sonderbündelei trieben, desto voller nahmen sie den Mund von Reichseinheit u. dgl. Nicht selten sagten sie: es bleibe leidig nichts Anderes mehr übrig, als ein bundesstaatliches Deutschland ohne Oesterreich oder auch ohne Süddeutschland, während sie dahin drängten, daß in Wahrheit nichts Anderes übrig bleiben mochte. Vor Allen wünschten die Bevölkerungen, Regierungen, Abgeordneten und Bevollmächtigten der Kleinstaaten immer dringender „aus den unsichern Zuständen heraus," nur unter „Dach und Fach" zu kommen, und mit diesen und ähnlichen Zeichen der „erlahmten Spannkraft", welche nicht unbemerkt blieben, mischte sich seltsam erneutes Zunehmen und Gebahren des Einheitschwindels. Wie oft ihnen die unumgängliche Nothwendigkeit der Beachtung der älteren Verfassung und der Verträge, die Berücksichtigung Oesterreichs, der Nach=

und vom Könige selbst abgewiesen; er wurde von den Preußischen Staatsmännern sichtlich geringgeschätzt, bemitleidet, oder sollte eben so sichtlich mit seinem Enthusiasmus für die „Deutsche Sache" nur benutzt werden zu preußisch-partikularistischen Zwecken. Schon im Juli 1848 durch die Templiner Erklärung hatte Arnim die von ihm ausgegangene Märzproklamation geradezu verläugnet; die nachmärzlichen Preußischen Ministerien hatten, wie an zehn und wieder zehn Zeichen zu erkennen war, schlechterdings keine Neigung, in die Gagern'schen Ideen einzugehen, die nun auch durch die Note abgewiesen waren. Wider eine Preußische Hegemonie hatte sich Gagern selbst noch vor Kurzem erklärt, und eben von jetzt an, während auf unsrer Seite der „spöttisch" genannte Ausgang in eine solche verhaßt blieb, wurde Gagern der vornehmste Arbeiter dafür, indem er, wie zuerst zwischen Legalität und Illegalität, so jetzt zwischen seinen „Deutschen" und preußisch-hegemonischen oder „kleindeutschen" Ideen und Tendenzen hin und her schwankte, bis diese völlig die Oberhand bei ihm gewannen. Demgemäß trat er auch gegen Oesterreich auf, als wahrhafter Repräsentant der dermaligen Richtung seiner Partei, genau zur Zeit der Abfassung der Preußischen Erklärung mit Preußen in Widerspruch sich setzend.

Es war dort in den regiminellen Kreisen unentweglicher Gedanke, daß man sich mit Oesterreich vertragen, jedenfalls auseinandersetzen müsse. Er hatte seinen Ausdruck selbst in der Januarnote gefunden, mit welcher man einen abgesonderten Weg einschlug. Gagern hatte (Anh. I.) an Bunsen eingeräumt, daß er einen Fehler begangen, indem er in seinem Programm die Trennung von Oesterreich statt der Erhaltung des (weiteren) Bundes vorangestellt. Wie oft und viel hatte er von der vorauszusetzenden, der nothwendigen Union mit Oesterreich gesprochen. Wir erinnern uns, er hatte bei den Verhand-

---

giebigkeit gegen die Vorschläge der Regierungen, der Preußischen namentlich, vorgestellt wurde, sie hatten nach wie vor keinen Sinn dafür, behandelten die unwillkommenen Wegweiser wie Dummköpfe, Verräther und Bösewichte und sparten kein Mittel der Sophisterei und Verdächtigung, um die Verwerfung des Rathes derselben zu erwirken. Sie führten auf die angegebene und ähnliche Weise Preußen, welchem sie widerstrebten und schmeichelten und dessen Stolz und Ehrgeiz sie provocirten, und die eignen Parteigenossen, deren Vorurtheile sie bestärkten, täglich in Versuchung, täglich in die Irre, und diese Beflissenheit that ihre Wirkung, so überwiegend und handgreiflich das Phantastische und Unpolitische darin sein mochte.

lungen über sein Programm den Auftrag übernommen und sich Vollmacht ertheilen lassen, mit Oesterreich zu unterhandeln. Von seiner Partei war anerkannt, daß unsere Stimmen aus dem Pariser Hofe für sein geändertes Programm den Ausschlag gegeben. Allein unser Votum war bestimmt worden durch seine öffentlichen Erklärungen, es war bedingt durch eben so öffentliche, förmliche und unwidersprochene Erklärungen von unserer Seite, denen zufolge dem Ministerpräsidenten die Ermächtigung nur zu Verhandlungen ertheilt worden, die sich vorsetzten die Schwierigkeiten des Eintrittes von Oesterreich in die zu errichtende Verfassung zu beseitigen, und also auf ein wechselseitiges Entgegenkommen hinzuwirken. Wie aber verstand, wie verfuhr Gagern, indem er um diese Zeit die Verhandlungen durch sein vom 22. Januar datirtes Schreiben an den Oesterreichischen Bevollmächtigten eröffnete?

Verhandlungen mit Oesterreich hatten gar keinen Sinn, wenn sie von der Annahme und Forderung ausgingen, daß das Frankfurter Verfassungsprojekt als etwas bereits unveränderlich Feststehendes angesehen und von Oesterreich angenommen werden müsse, wofern letzteres nicht ausgeschlossen werden wolle, und dies war Gagern's Annahme und Forderung. Verhandlungen mit Oesterreich hatten noch weniger Sinn, wenn vor ihrem Schlusse die Nationalversammlung präjudicirliche Beschlüsse faßte, namentlich wenn sie vorab über die Oberhauptsfrage so entschied, daß dadurch Oesterreich ausgeschlossen wurde. Schmerling hatte wiederholt erinnert, worin ihm nun die Preußische Erklärung begegnete, daß die Zeit für diese Frage noch gar nicht gekommen sei, daß man sie aussetzen müsse, um Verwirrung und heftige Erschütterungen zu vermeiden. Gagern trieb unter den vordersten, daß die Oberhauptserblichkeit beschlossen werde. Das geschah seit dem 13. Januar, wo er jene Ermächtigung sich hatte ertheilen lassen. Am 22. waren alle Hebel in Bewegung gesetzt und am 23. hatte man gehofft, den Beschluß durchzusetzen. Gleichzeitig war Alles aufgeboten, Preußens Zustimmung und Beistand zu erlangen, was man in diesen Tagen auch erreicht zu haben meinte. Und nach dem Allen, am 26. oder 27. Januar, ward jenes vom 22. datirte Schreiben dem Oesterreichischen Bevollmächtigten zugestellt. Wer Gagern nicht genauer kannte und deshalb von Unredlichkeit frei hielt, konnte schwer umhin, ein wunderliches Gemisch von Kurzblick, Uebermuth und Illoyalität darin zu erblicken. Hieß das nun Erfüllung der Zusagen, welche man aus seinem Munde vernommen? Er

blieb steif und fest bei seinem Entweder — Oder! Der Sinn der letzten Erklärungen des Oesterreichischen Kabinets war und konnte nicht sein, daß Oesterreich daran denke, in die zu Frankfurt projektirte Verfassung ohne Weiteres einzutreten, sondern Abänderungen voraussetze, fordere und seinen Eintritt davon abhängig mache. Er hatte recht gut verstanden, wollte aber nicht verstehen, und eröffnete die Unterhandlungen mit einem vom Gegenpart bereits verworfenen Ultimatum, indem er der Gegenerklärung einen Sinn unterschob, von welchem er wußte, daß sie ihn nicht hatte. Er mußte wissen, daß es in Olmütz lediglich als eine ganz unzulässige Prätension erscheinen würde, wenn er aus einem einseitig von der Nationalversammlung erlassenen Gesetze über die provisorische Centralgewalt Berechtigungen wegen einer bestimmten Form der Verfassung und wegen des Umfangs der definitiven Reichsgewalt herleitete. Auch der Antrag auf eine reichsministerielle Sendung war bereits abgelehnt. Die Oesterreichische Regierung hatte erklärt, sie habe gleich den andern Regierungen ihren Bevollmächtigten in Frankfurt und gedenke ebenfalls nur durch ihn zu verhandeln. Er forderte Oesterreich auf, Wünsche und Vorschläge zu äußern, und bot gleichzeitig alle Kräfte auf, Beschlüsse der Nationalversammlung zu Stande zu bringen und Erklärungen von Preußen zu erlangen, wonach Alles ohne und wider Oesterreich abgemacht und festgestellt werden sollte, woneben seine Partei nicht aufhörte, das Oesterreichische Kabinet und dessen Bevollmächtigten Metternichscher Politik, der Unaufrichtigkeit, der Intrigue zu beschuldigen. Obenein sagte er der Oesterreichischen Regierung Sottisen, verwarf die Vereinbarung, worauf dieselbe vornämlich bestand, und sprach dann noch von Verständigung, was entweder soviel als ein wirkliches Paktiren war oder gar keinen Sinn hatte. Er sprach von Verständigung und blieb bei der Ansicht stehen, daß sich die Regierungen den Beschlüssen der Nationalversammlung als Diktaten zu unterwerfen hätten, indem er auf die Gesetzeskraft der Grundrechte verwies, wovon man in Olmütz so wenig als in Berlin und hier so wenig als dort wissen mochte. Mit einem Worte, er wollte entweder, daß die eingeleitete Unterhandlung zu keinem Ziel führen solle, oder hatte nicht den mindesten Begriff davon, wie sie mit Aussicht auf Erfolg angegriffen werden könne und müsse. Wenn die Oesterreichische Regierung eine direkte officielle Antwort ertheilte — d. h. so wie Gagern auf sein erstes Wort zurückkam, auch ihrerseits nur wiederholte, was sie schon gesagt hatte und darauf verwies — so konnte

diese Antwort nur eine beschämende sein. Die Nichtbeantwortung, woraus die Gagern'sche Partei neuen Anlaß zum Schmähen auf die Oesterreichischen Staatslenker hernahm, war von allen denkbaren Antworten die passendste und mildeste. Indeß erfolgten mittelbar deren mehrere in verschiedenen Oesterreichischen Erklärungen, auf welche wir unten kommen werden.

Gagern und die Preußische Cirkularnote. — Eine Konferenz der Regierungsbevollmächtigten im Reichsministerium am 29. Januar. — Konferenzen der Bevollmächtigten der Kleinstaaten bei Camphausen.

Die Nationalversammlung hatte den Entwurf der Vertrauensmänner unbeachtet gelassen, die Regierungen hatten sich vom Verfassungswerke zurückgezogen, und vergeblich waren alle Bemühungen, namentlich auch Baierns und Hannovers gewesen, eine Einigung unter ihnen zu Stande zu bringen. Man sah dies, man sagte: sie werden sich auch niemals einigen, und vornämlich daher, daß die Versammlung auf den souveränen Standpunkt gerieth, daß deren Mehrheit mit solcher Hartnäckigkeit denselben festhielt. Hatte sie aber die Macht gehabt, das Verfassungsgesetz zu diktiren, so hatte sie sie doch jetzt bestimmt nicht mehr. Sie sollte sich also, hieß es auf unserer Seite, schon deshalb mit den Staaten vertragen, die ohnehin, wenn es in Wahrheit einer Bundesverfassung gilt, die eigentlichen kontrahirenden Theile sind; Oesterreich wird sich nicht eher erklären, als bis es sich innerlich konsolidirt hat; die Verfassung kann also nicht fertig werden, auch in dem Falle nicht, wenn man es vorläufig in halber Stellung beiseit ließe; insbesondere die Oberhauptsfrage ist jetzt unlösbar, kann erst gelöst werden, wenn die Vorfrage entschieden ist, das heißt, wenn Oesterreich seine Stellung wieder gewonnen, auch Preußen sich innerlich wieder befestigt hat, und dazu müssen die Staaten einander und muß die Versammlung ihnen die Hand bieten; der geradeste und versprechendste Weg, ja der alleinige, wenn hier noch etwas zu Stande kommen soll, ist der: man suche die Verfassung mit den Staaten zu Stande zu bringen, statt sie fertig zu machen und hinterher zuzusehen wie man mit ihnen

fertig wird; man schlage den zu Anfange verschmäheten Weg ein, die Einheit von untenher mit den Einzelstaaten aufzubauen, vertragsmäßig Schritt für Schritt weiter zu gehen und die föderale Vertretung so zu organisiren, daß aus den buntgewürfelten Staaten natürliche Stammeseinheiten hervorgehen und aus ihr die obere Leitung entsteht; was unter allen Umständen gelten soll und zunächst nöthig ist, muß beschlossen und unter provisorischer Centralgewalt mit einem Staatenhause eingerichtet werden; allenfalls, obschon minder genügend, würde der Zweck auch vermöge der Regierungsbevollmächtigten in Frankfurt erreicht werden können; viel besser jedoch, wenn die Regierungen den Verfassungsabschnitt vom Staatenhause sofort anerkennen und letzteres schleunigst konstituiren wollten, wodurch sie ein Mittel der Einigung unter sich und der Verständigung mit der Nationalversammlung erlangen würden, die noch immer Gewicht genug besitzt, wenn sie vereinbaren und dasselbe in die Wagschale legen will, die Regierungen zur Einigung auf billige Bedingungen zu nöthigen. Dazu wurde von Hannover aus unter einleuchtenden Mahnungen und mit dem Beifügen gerathen, die Nationalversammlung möchte gleichzeitig die betreffende verbietende Bestimmung des Gesetzes vom 28. Juni widerrufen und die Centralgewalt als ihr Organ beauftragen, mit dem Staatenhause zu unterhandeln. Der Erzherzog war damit ganz einverstanden; er äußerte sich in diesem Sinne am 15. Januar gegen Fr. v. Raumer, indem er hinzusetzte, er wolle dann gern in seine stille Heimath zurückkehren, ohne etwas für sich zu verlangen oder anzunehmen. Selbst in der reichsministeriellen Zeitung wurde (am 26.) gesagt: mit dem Einsammeln der einzelnen Erklärungen sei es nicht gethan, Deutschlands Fürsten möchten doch rasch durch Bevollmächtigte oder in Person zusammentreten, um durch gemeinsamen Beschluß den Knoten zu lösen, der sich neuerdings auf so unerfreuliche Weise geschürzt. Daneben ward freilich unausgesetzt der Bundesstaat mit dem Preußischen Erbkaiser gepredigt, und darüber war freilich keine Einigung möglich, wie man es auch zu erreichen versuchen mochte. Oesterreichischer Seits war vor Kurzem erklärt worden, daß man von der Errichtung eines Staatenhauses Umgang nehmen wolle. Man gab Preußen, wie es scheint, darin nach, um desto eher mit ihm eins zu werden — der Hauptpunkt, nach welchem man steuerte — und weil man in einem Staatenhause einen noch hinderlichern Widerstand von den Kleinern besorgte. Der Einigung der Regierungen unter einander, sowie der Einigung der Nationalversammlung mit

ihnen standen in dieser das Festhalten der Mehrheit am Souveränitätsprincip, in den Staaten hier Begehrlichkeiten, dort Abgeneigtheit nur Anderen Opfer zu bringen, am meisten die Tendenzen zum Kaiserthum oder zur Hegemonie Preußens unüberwindlich entgegen. Wenn die Preußische Partei ihrem Projekte nicht entsagen wollte, so mußte sie freilich ehrlicher, offener Vereinbarung mit allen Regierungen entgegen sein und möglichst viele einzelne und namentlich die Preußische durch öffentliche oder geheime Transaktionen in dasselbe hereinzuziehen suchen.

Die Note vom 23. Januar ward dem Reichsministerium am 26. Januar durch Camphausen mitgetheilt. Bunsen erschien in Frankfurt und ohne Zweifel wurde mit ihm verabredet, was Gagern bezüglich der Preußischen Erklärung that und nicht that. Es war zunächst auffallend, daß er die letztere lediglich durch die öffentlichen Blätter zur Kunde der Nationalversammlung, an welche sie doch indirekt gerichtet war, gelangen ließ und es also derselben anheim gab, ob sie auch nur Notiz nehmen wolle von einem für die Fortsetzung und Vollendung ihrer Verfassungsarbeiten und insbesondere für den von ihr nunmehr einzuschlagenden Weg so höchst wichtigen Aktenstücke. Die Gagern'sche Partei verhielt sich vollkommen still. Als am 15. Februar das Reichsministerium interpellirt wurde, ob und auf welche Weise es von der in den Blättern abgedruckten Preußischen Note Kenntniß erhalten, antwortete Gagern auf der Stelle und ohne sich weiter einzulassen, das Reichsministerium habe dieselbe allerdings durch den Preußischen Bevollmächtigten mitgetheilt erhalten. Erst am 26. Februar theilte er sie der Nationalversammlung officiell nebst mehreren ähnlichen Aktenstücken mit, worunter sich namentlich die unten zu erwähnende Kollektiverklärung der Bevollmächtigten von Preußen und den meisten kleineren Staaten befand, welche damals so eben zu Stande gekommen war. Zunächst nahm er die Sache allein in die Hand, indem er am 29. Januar eine der Bevollmächtigten-Konferenzen, wie wir sie kennen, veranstaltete. Er ladete dazu durch ein Schreiben vom 28. ein.*)

*) Er bemerkte darin, die provisorische Centralgewalt, deren Wirksamkeit von der Errichtung des Verfassungswerkes ausgeschlossen, deren gesetzliche Aufgabe jedoch die Ausführung der in Kurzem zu vollendenden Verfassung sei, halte es im gegenwärtigen vorgerückten Stadium der Thätigkeit der Nationalversammlung für ihre Pflicht, die Wege anzubahnen, damit gegründete, auf besonderen und wesentlichen Bedürfnissen der Einzelstaaten beruhende Be=

Am 28. veranlaßte der Hannoversche Bevollmächtigte, um Ueberraschungen zuvorzukommen, eine vorläufige Konferenz der Mehrzahl der Bevollmächtigten, jedoch namentlich ohne den Preußischen. Es wurde geäußert, daß die Preußische Note auf das Preußische Kaiserthum hinziele, und weiter u. a., daß man sich darauf in Süddeutschland nie und nimmer einlassen werde, daß man hier durch

denken in Zeiten durch Vermittelung der Regierungen zur Kenntniß der Versammlung gelangen und bei der zweiten Berathung eine gerechte Erwägung finden möchten. Er übersendete daneben (was der Verfassungsausschuß für überflüßig erklärt hatte) zur Mittheilung an die Regierungen die bisherigen Verfassungsbeschlüsse in beweisender Form und forderte hiebei die Bevollmächtigten auf, die Regierungen im Namen des Reichsverwesers einzuladen, ihre Erklärung darüber in einer möglichst bestimmten Weise an den Letzteren zu richten, und die Aufmerksamkeit derselben insbesondere darauf zu lenken, daß die Nationalversammlung, nach Beendigung weniger, nicht umfangreicher Gegenstände (wie der Entwürfe über „die Gewähr der Verfassung", ein Wahlgesetz u. s. w.) sehr bald zu der zweiten Lesung der eigentlichen Hauptstücke der Verfassung schreiten werde. Das Reichsministerium habe zu dem gegenwärtigen Schritte, fuhr er fort, noch einen besonderen Anlaß durch die Preußische Cirkularnote erhalten. Es habe freilich in seiner Stellung keine Veranlassung, auf den Inhalt dieser Note im Einzelnen einzugehen, allein es gereiche ihm doch zur Genugthuung, daß der Vorschlag an die Deutschen Regierungen, ihre Erklärungen an dem Sitze der Reichsversammlung und der provisorischen Centralgewalt abzugeben, von Seiten der Preußischen Regierung ganz in Uebereinstimmung mit den diesseitigen Ansichten gemacht worden. Mit Befriedigung könne er hinzufügen, daß auch bei der K. Oesterreichischen Regierung durch ihren Bevollmächtigten der Antrag bereits früher geschehen sei, einen gleichen Weg von ihrer Seite den übrigen Deutschen Regierungen zu empfehlen. Der bemerkenswerthe Schluß lautete: „Der Ernst der Zeit mahnt von allen Seiten zu entscheidenden Beschlüssen. Die Opfer, welche Deutsche Fürsten für ihre Angehörigen bringen, werden dann nicht mehr hart empfunden werden, wenn beide Theile bald in dem festeren gemeinsamen Organe, in der Gesammtmacht der Nation, einen vollen Ersatz und eine Bürgschaft der Zukunft finden." Die ministerielle Zeitung lieferte am 29. eine Art Kommentar zu diesem Einladungsschreiben, indem sie die Konferenz ankündigte, als deren Zweck sie möglichste Beschleunigung der Regierungserklärungen angab, da die zweite und also definitive Lesung sehr nahe bevorstehe und mit dem Vollenden nicht gezögert werden dürfe. Sodann wurde der Schritt, den das Reichsministerium gethan, und Preußen belobt, daß es eine praktische Bahn eröffnet, um das große Werk zum Ziele und in das wirkliche Leben einzuführen, worauf endlich noch Mancherlei folgte — Insinuationen, Drohungen, große Worte — wodurch die Gedanken des Reichsministeriums und seiner Partei in nuce dargelegt wurden.

einen Versuch, die Preußische Dynastie an die Spitze Deutschlands zu bringen, nur den Anarchisten eine neue Handhabe zu neuer Verfolgung ihrer Pläne geben und ihn nur unter fortwährendem Belagerungszustande in Ausführung würde bringen können. Die Mehrheit sprach die entgegengesetzte Ansicht aus, daß Preußen die Kaiserwürde obwol schonend, doch umgekehrt gerade abweise.

In der Konferenz am 29. kam hierüber nichts vor. Der Ministerpräsident erörterte, welche Schwierigkeiten gerade erst entstehen würden, wenn sich die Regierungen auf sehr verschiedenartige und widersprechende Weise äußerten; es werde die Sache fördern und selbst nothwendig sein, wenn sie unter Verzicht auf alle minder erhebliche Bedenken den Bevollmächtigten umfassende Instruktionen und zwar in kürzester Frist ertheilten, da die zweite Lesung der Verfassung sehr bald beginnen werde, für welche der Verfassungsausschuß seine Vorlage schon in der nächsten Woche zu bringen sich anschicke, und die sich keinenfalls lange hinausschieben lasse.

Wollte man jedoch in Wahrheit mit den Regierungen sich verständigen, so durfte man nicht zur zweiten Verfassungsberathung vor dem Einlauf der eben zu erwartenden Erklärungen sämmtlicher Regierungen treiben. Wir werden sogleich hören, daß dies geschah, und daß daneben die Bevollmächtigten der kleineren Staaten besondere Berathungen unter einander und mit dem Preußischen begannen, während die von Gagern veranstalteten Konferenzen unmöglich ein Resultat haben konnten und Vorschläge, sie zum Zweck zu organisiren, kein Gehör fanden und sogar unter verdächtigendem Geschrei abgewiesen wurden.*)

---

*) Schmerling machte den Vorschlag, es möge, um Ordnung in die Sache zu bringen, den Berathungen der Bevollmächtigten für das Stimmenverhältniß die Form der militärischen Organisation des Bundes zu Grunde gelegt werden, so daß die über die Verfassung abzugebenden Stimmen der Einzelstaaten nach der Zahl der Armeekorps zu bestimmen sein würden, welche dieselben für sich allein oder in Gemeinschaft mit andern zu stellen hätten. Auch Bunsen hatte behauptet, daß die Staatenvertretung auf die Militäreinrichtungen basirt werden müßte. (I, 465, Anm.) Schmerling konnte jedoch mit seinem Vorschlage nicht durchdringen und wurde darüber in diesen Tagen Seitens der C. Korr. und Deutschen Zeitung hart angelassen. Oesterreich wäre zu Wort gekommen, die Zahl der kleinen Staaten, bei welchen „die Nationalversammlung auf die unbedingteste Zustimmung rechnen konnte", hätte ihre Bedeutung verloren, die Sonderbündelei der Kleinen unter Camphausens Tutel durfte nicht gestört werden, in einer

Unter den Wehen der Revolution hatte die Demagogie sich ausgebildet, war das Klubwesen organisirt. Am Schlusse des Jahres 1848 stand es in gefahrdrohender jakobinischer Organisation da, deren Fäden in die Paulskirche hineinliefen. Die Frankfurter Linke konnte für den Comité directeur des revolutionären Geistes in Deutschland gelten. Die Mittelpartei hatte der anarchischen zu den Grundrechten und deren Separatverkündigung verholfen, welche von dieser bedrohlich wie beflissen zu ihren Zwecken benutzt wurden, namentlich in Baden. Die Mittelpartei reichte auch in der Nationalversammlung der Linken die Hand, um sie zu ihren Zwecken zu benutzen, im Gefühle, ohne revolutionäre Gewalt gegen die Regierungen ihren Plan nicht durchsetzen zu können, und geneigt, solche Gewalt zu gebrauchen, obgleich sie ihr entgegentrat, wo sie außer ihrem Bereich für andere Ziele sich äußerte, als unmittel- oder mittelbar für das Kaiserprojekt. So half auch das Reichsministerium den von der Basis der Grundrechte aus durch die Revolutionärs geängsteten und bedrohten Regierungen nicht, machte aber schwache Versuche, zu hemmen, was sonst von Jenen betrieben wurde. Eben zu dieser Zeit häuften sich die Zeichen zunehmender Ausbreitung und immer besserer Organisirung der demokratischen Vereine und einer ungewöhnlichen und verstärkten Thätigkeit der revolutionären Partei, ihrer Absicht, im März eine neue Schilderhebung zu versuchen. Ein Theil der Demokraten sprach vollkommen offen davon. Im Badischen und selbst in Frankfurt begannen die „Sturmvögel", die „konfiscirten

---

organisirten Vereinigung aller Bevollmächtigten konnte ein gefährliches Gegenprojekt vereinbart werden. Als am 10. Februar abermals eine erfolglose Bevollmächtigten-Konferenz im Reichsministerium stattgefunden, benutzte die C. Korr. die Gelegenheit, diese Konferenzen und Gagern wegen Veranstaltung derselben zu beloben und Schmerling anzustehen, der solche Verständigungsversuche nicht gemacht. Daß Schmerling seiner Zeit sich unterfangen hätte, die Regierungsbevollmächtigten in die Verfassungssache hereinzuziehen! Was waren die von Gagern veranstalteten Konferenzen Anderes, als Versuche, den Regierungen die Beschlüsse der Nationalversammlung aufzudringen! Die reichsministerielle Zeitung sprach nicht wenig von Verständigen, nur verstand es sich allezeit, daß dabei nur das von ihr erstrebte Resultat herauskommen dürfe. Wie löblich Preußen, daß es eine Verständigung anbahnt — und warum sollte man nicht darauf eingehen? — im Hauptpunkte ist man ja einig, „daß Preußen an die Spitze der innern Angelegenheiten Deutschlands gestellt werden müsse, und daß es unmöglich, die Volksbasis (d. h. das Projekt der Nationalversammlung oder der Preußischen Partei) zu verlassen."

Gesichter", die „Zöglinge Heinzen's", sich wieder zu zeigen, welche überall den Krawallen und Empörungen des vorigen Jahres vorhergegangen waren. Wie schwach sich die Demokratie zum anderen Theile auch fühlen mochte, wurde die Stimmung doch sichtlich unruhiger, und weil die Wirren sich wieder mehrten, große Entscheidungen bevorstanden, die Regierungen, namentlich die der Deutschen Großstaaten, in Spannung gegen einander geriethen, bedenklicher. Es war insbesondere in den dem Ministerium befreundeten Kreisen kein Geheimniß, daß dasselbe vielfache und sehr beunruhigende Nachrichten über das Alles hatte.*)

Gagern nahm Veranlassung in dieser Konferenz ausführliche und sichere Nachweisungen darüber vorzulegen und die Bevollmächtigten zu ersuchen, ihre Regierungen zur Wachsamkeit und im Falle plötzlicher Ausbrüche zu gegenseitiger bundesmäßiger Hilfleistung aufzufordern. Wir erinnerten uns daran, als späterhin im Mai die Preußische Hilfleistung in Sachsen, unter Theilnahme der ministeriellen Partei, für Friedensbruch erklärt wurde. Wir meinten, man sollte um so weniger pochen, drohen, mit der Revolution spielen und auf politischen Unternehmungen bestehen, welche die Aufregung bis zum Aeußersten steigern und der Umsturzpartei, deren Einmischung nicht abzuhalten war, wenn man sie auch abhalten wollte, eine unberechenbare Kraft geben mußten. Wir meinten, es sei jetzt am wenigsten Zeit zu einem weitaussehenden, ohne Erschütterungen gar nicht zu Ende zu bringenden Experiment wie dem, Deutschland in eine mit republikanischen Institutionen umgebene Erbmonarchie zu verwandeln; das Erstnöthige sei die Einigung der Deutschen Großmächte, das Gefährlichste, an ihrer Trennung zu arbeiten. Woher sollte die bundesmäßige Hilfleistung kommen, wenn man darauf ausging, die Regierungen untereinander und mit dem Volk und auch dieses untereinander zu entzweien, die Regierungen, die sich widersetzen würden, durch ihre Bevölkerungen zu zwingen, mit Einem Worte, wenn man es trieb, wie die Erbkaiserlichen thaten? Einige Tage, nachdem

---

*) Zu Ende des Januar schrieb der „Centralausschuß der Deutschen Demokraten" an die „Centralkommission der Deutschen Arbeitervereine in der Schweiz": „Wir sind jetzt lebhaft bemüht, eine immer festere Organisation in die demokratische Partei hineinzubringen, deren Nothwendigkeit die Ereignisse des vorigen Jahres unbestreitbar dargethan haben. Die Ereignisse dieses Jahres müssen uns wohlorganisirt und wohlgerüstet finden."

Gagern zur Wachsamkeit gegen die Operationen der Revolutionärs aufgemahnt, tröstete sich die Centralkorrespondenz der Noth, welche die Kammern den widerstrebenden Regierungen der mittleren Staaten machen würden durch Aengstigung mit den Grundrechten, des ähnlichen Einflusses, den die definitiven Beschlüsse über die ersten Paragraphen vom Reich üben dürften, des im Südwesten aufsteigenden Unwetters, der republikanisch-socialistischen Schilderhebung, die nach den zuverlässigsten Nachrichten sich vorbereite, des „dunkeln Hintergrundes", den die offenbar so leidig (!) von Neuem sich trübenden Verhältnisse zeigten — Alles so geeignet, den „Partikularismus zum Bewußtsein seiner gebrechlichen Schwäche zu bringen".

Am 22. December hatte sich die Braunschweigische Ständeversammlung, am 6. Januar die der beiden Mecklenburg dahin erklärt, daß Preußen die Kaiserkrone übertragen werden möge. Es folgte eine ganze Reihe von Erklärungen ähnlicher Art, worauf auch von Frankfurt aus eifrigst hingewirkt wurde; eingetroffen waren jetzt die der kurhessischen, mecklenburgischen, koburg-gothaischen, großherzoglich-hessischen Stände und der Regenten der beiden Hessen, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Altenburg, Oldenburg. Die Regierungen und Stände der Mittelstaaten hatten sich noch nicht erklärt, nur daß die beiden Sächsischen Kammern gegen ein Erboberhaupt protestirt. Allein daß die Könige und die große Mehrheit der Bevölkerungen in den Mittelstaaten der Unterwerfung unter ein Preußisches Kaiserthum entschieden abgeneigt waren, konnte keinem Zweifel unterliegen. Während durch die Preußische Cirkularnote bei den Bevollmächtigten der Mittelstaaten großes Mißtrauen gegen die Preußischen Absichten erregt war, entstand oder befestigte sich bei den Bevollmächtigten der Kleinstaaten, die zum Theil von dem Ideenkreise der Gagernschen Partei beherrscht gewesen waren oder auch blieben, die Meinung, daß schwerlich noch an das Zustandekommen einer einheitlichen Verfassung für Deutschland zu denken sei. Es begann, daß sie die Errichtung eines Preußen und die kleineren Länder etwa bis an den Main einschließenden Staates als Ergebniß in Aussicht nahmen. Sie gingen in den Gedanken ein, daß es sich in Wahrheit nicht mehr um eine Erfüllung der glänzenden Erwartungen einer großartigen Verfassung, sondern um die baldige Zurückführung eines gesetzlichen irgendwie geordneten Zustandes handle, daß die Einheit

Deutschlands den Parteien nur zum Vorwande und Schiboleth diene oder als herkömmliche Redensart figurire, daß die Interessen der Partikularstaaten der Punkt geworden, um den die ganze Sache sich drehe, daß hierbei die Interessen Oesterreichs und Preußens natürlicher Weise voranständen und die der kleineren Staaten in einer möglichst baldigen Beendigung ihres unsichern Zustandes, in möglichst baldiger Erreichung eines gesicherten Verhältnisses lägen, wobei so viel Selbstständigkeit gerettet werden möge, als thunlich sei, daß endlich die Entscheidung, eben weil die Staateninteressen in den Vordergrund getreten, gar nicht mehr bei der Nationalversammlung stehe, und zwar um so weniger, weil ihr ohnehin schon gegen den Willen der Großmächte zu leicht wiegendes Gewicht durch ihre Zerfahrenheit und Ermattung noch weit geringer werde, so daß sie ohne Nachhülfe von Außen wenig oder nichts mehr vermöge. Sie langten bei dem Ergebniß an, auf diese Nachhülfe stelle jetzt die Gagern'sche Partei trotz ihres Festhaltens am Souveränitätsprincipe auch vornämlich ihre Rechnung, Preußen biete sich dazu an, es bleibe insbesondere für die kleinen Staaten nichts übrig, als darauf einzugehen: die Erklärungen, Einwendungen oder Gegenprojekte Oesterreichs und der Mittelstaaten würden nur als unglückliche Behinderungen des Ganges, welchen Preußen genommen, anzusehen und nicht zu berücksichtigen sein. So geschah es, daß zuerst einzelne Bevollmächtigte an Camphausen sich wendeten und daß sodann die der beiden Hessen, die von Oldenburg, Braunschweig, Lübeck, Mecklenburg, Sachsen-Meiningen und bald darauf noch mehrere andere dem Preußischen sich näherten. Sie hielten Konferenzen bei ihm ab, in welchen sie mit ihm die Verfassung nach ihren Gesichtspunkten durchnahmen, ihre Abänderungswünsche und Vorschläge zur Sprache brachten und eine Uebereinstimmung zu erzielen suchten. Die Bevollmächtigten der Staaten, welche sich nicht für Preußen erklärt hatten, wurden fern gehalten. Camphausen erklärte eine demnächstige Verständigung der sämmtlichen Bevollmächtigten für wünschenswerth, es kam jedoch dazu nicht. Mit diesen Konferenzen nahm die Sonderbündelei ihren Anfang, die in die Erfurter Union auslaufen sollte. Den Anstoß hatte die Gagern'sche Partei gegeben. Die Aehnlichkeit der jetzigen Preußischen Politik mit der von 1785 und 1806 wurde dadurch eine noch größere, daß auch jetzt gleichzeitig Militärkonventionen mit den kleineren Staaten eingeleitet wurden. Eine Unähnlichkeit bestand darin, daß die Preußische Regierung jetzt durch eine parlamentarische Partei

in sie hineingezerrt und gedrängt ward. Das Bevollmächtigten-Gremium hing durch Einzelne, wie Franke und Hergenhahn (für Holstein und Nassau) mit der Nationalversammlung und dem Verfassungsausschuß, worin sie Mitglieder waren (Hergenhahn, Welcker), zusammen. Der eifrigste Faiseur war v. Mosle (Oldenburg), der intellektuelle Leiter der Braunschweigische Bevollmächtigte Liebe.

Die Konferenzen, welche in Camphausen's Wohnung abgehalten wurden, hatten das Eigenthümliche, daß in ihnen die daran Theil nehmenden Bevollmächtigten der kleineren Staaten über eine, die Verfassung betreffende Erklärung sich untereinander zu einigen suchten und auch wirklich einigten, vorerst aber doch nicht eigentlich mit dem Preußischen. Nach dem Bekanntwerden der Note vom 23. Januar kam es, wenn eine Gesammterklärung der Regierungen zu Stande gebracht werden sollte, wesentlich auf die „umfassenden" Instruktionen an, womit dieser nach Inhalt der Note versehen worden war, und auf den Sinn der letzteren, sofern er in Betreff der wahren Preußischen Gedanken und Absichten zweifelhaft war. Camphausen hatte zwar jene Instruktionen, hielt sie aber geheim.*) Selbst die Bevollmächtigten der kleineren Staaten bemüheten sich vergebens sie von ihm zu erfahren, um weitere Anhaltspunkte für ihre abzugebenden Erklärungen zu erhalten: sie sollten vielmehr umgekehrt zunächst ihre Erklärungen formuliren, welche Preußen sodann thunlichst unterstützen werde. Er hatte eine große Fakultät davon abzugeben, was er den Bevollmächtigten zu Gefallen auch reichlich that. Er hatte den Telegraph, um sich zu decken, und wendete außerdem noch große Vorsicht an. Denn nicht blos, daß er mit seinen Instruktionen nicht hervortrat, er äußerte sich nicht einmal offen und irgend genügend, und immer nur so als ob er lediglich seine persönlichen Ansichten ausspräche, über die brennenden Fragen, die Punkte, welche die kleinen Staaten am meisten interessirten, wie man in Berlin denke über die

*) Der Hannoverschen Regierung wurden sie vertraulich mitgetheilt. Sie gerieth dadurch in eine üble Lage. Sie hatte eben mit ihren Ständen so schwer zu ringen. Die Sachen wurden ihr auf's Aeußerste erschwert. Wenn sie auf jene Instruktionen fußte, so konnte man sie stecken lassen und sie war auf's Neue vor den Ständen bloß gestellt. Sie glaubte Grund zu haben, zu mißtrauen. Nicht dem Minister, sondern nur dem Könige persönlich verdankte sie die Erklärung, daß sich Preußen den Grundrechten nicht unterwerfen werde, und diese Erklärung wurde heimlich in Hannover, nicht aber öffentlich in Frankfurt abgegeben.

Oberhauptsfrage und das Verhältniß zu Oesterreich, wie man sich den engeren und weiteren Bund vorstelle, und insbesondere ob und wiefern man diejenigen Bestimmungen der projektirten Verfassung, namentlich im Abschnitt von der Reichsgewalt, billige oder nicht genehm halte, welche der letzteren eine fast ungemessene Kompetenz gaben, weit mehr als der Bundesstaat erforderte, und die Grenzen der Reichsgewalt und der Gewalt der Einzelstaaten zu unbestimmt ließen — jene Bestimmungen mit Einem Worte, wobei es auf die von den Einzelstaaten zu bringenden Opfer und darauf ankam, genau zu wissen, was sie aufgeben und was behalten sollten. Man mußte annehmen, entweder das Berliner Kabinet, oder Camphausen, oder beide wüßten selbst noch nicht, wie sie in diesen Beziehungen sich entscheiden sollten und beabsichtigten nach Umständen zu handeln, die Verfassung anzunehmen, wenn es thunlich erschiene oder wenn es sich so fügte daß Preußen erblich an die Spitze käme, oder sie im anderen Falle auch für sich abzulehnen oder doch große Aenderungen zu fordern, mit Einem Worte sich die Hand frei zu halten. Man glaubte in Berlin, und so sprach sich Camphausen gelegentlich aus, daß man sich seinerseits vorläufig deutlich genug ausgesprochen habe und daß es zunächst, ehe Preußen noch deutlicher spreche, Sache der anderen Regierungen, die ihre Ansicht noch gar nicht zu erkennen gegeben, sei, mit derselben hervorzutreten. (Anh. Nr. II.)

Die bei Camphausen konferirenden Bevollmächtigten suchten so rasch als möglich Instruktionen oder die Genehmigung ihrer Vota zu erhalten. Ihre Regierungen kamen ihnen entgegen, während die der mittleren Staaten noch zurückhielten und auch Camphausen seine Instruktionen immer noch nicht haben wollte. Mehre Bevollmächtigte waren zu mündlichen Besprechungen mit ihren Vollmachtgebern abgereist, von einigen Staaten erschienen diplomatische Abgeordnete in Frankfurt, z. B. von Baden der Staatsminister Dusch, zum Zweck der Verfassungsberathungen. Am 11. Februar fand eine vorläufige Schlußkonferenz bei Camphausen Statt, an welcher die Bevollmächtigten von Lübeck, Bremen und Hamburg, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg, Sachsen-Meiningen, beiden Hessen Theil nahmen. Die ganze Verfassung, so weit sie vorlag, ward durchgenommen und man kam so weit, sich über eine gemeinschaftlich vorzulegende Erklärung zu einigen. Es hatte sich bei diesen Berathungen ergeben, daß die Bevollmächtigten und die Vollmachtgeber wegen mancher Paragraphen die schwersten Bedenken und Sorgen hegten, daß sie aber glaubten

nothgedrungen davon absehen zu müssen und die Hoffnung hegten, daß ihre bescheidenen Desiderien Seitens der Nationalversammlung desto mehr Berücksichtigung finden würden. Die Centralkorrespondenz verkündete (Nr. 38), nach den Konferenzen bei Camphausen stelle sich bestimmt heraus, daß Preußen und fast sämmtliche kleineren Staaten die Verfassung im Allgemeinen gut hießen und nur Ausstellungen gegen einzelne Punkte richteten.

Uebereilte Anstalten zur zweiten Verfassungsberathung.

Es hatte guten Grund, wenn man eilte zu einem Abschlusse des Verfassungswerkes zu gelangen. Jetzt übereilte aber die Gagern'sche Partei die Sache, und nie war Uebereilung so wenig angebracht. So schlecht wie die Zeit wählte sie die Mittel zu ihrem Zwecke, wenn dieser vor allen Dingen darin bestand, Preußen an die Spitze zu bringen. Hätte sie sich begnügt mit dem, was sie später in Gotha und Erfurt erstrebte und zu gewinnen so sehr froh gewesen wäre — doch war jetzt noch weit mehr zu erreichen, — wäre sie Preußen in Frankfurt nur halb so willig wie dort entgegengekommen, so würde die Errichtung des „Bundesstaats" mit Preußischem Oberhaupt zur Zeit wenigstens kaum zu verhindern gewesen sein. Allein sie ließ den ihr günstigen Moment vorüber gehen, indem sie verkannte, daß ihre Erfolge lediglich von ihrem Eingehen in die Wege abhingen, welche das Preußische Kabinet gehen wollte, und daß sie nothwendig scheitern mußte, wenn sie nicht Hand in Hand mit Preußen ging, auf welches doch ihre ganze Rechnung gestellt war. Sie konnte sich nicht entschließen, auf den Kaisernamen, den Unitarismus in der Verfassung, den souveränen Standpunkt zu verzichten. Gagern legte durch seine Konferenzen der Einigung der Regierungen unter einander und der Nationalversammlung mit ihnen wenigstens kein Hinderniß in den Weg, seine Partei machte sie unmöglich durch ihre Hast, von welcher er freilich auch nicht frei war, wie man schon aus seinen Aeußerungen über das nahe Bevorstehen der zweiten Lesung ersieht.

Sobald die Preußische Note bekannt geworden, drängte sich die Frage auf, welcher Weg nunmehr einzuschlagen sei. Preußen forderte, daß man sich verständige, und zwar offenbar in einem Sinne, daß es von der Nationalversammlung die entgegenkommendste Berücksichtigung sowol seiner Erklärungen als der der übrigen Regierungen

in Anspruch nahm. Diese Erklärungen hätten also erwartet werden müssen, und hierzu lagen außerdem noch erhebliche Motive vor. Die erste Verfassungsberathung war noch nicht einmal völlig beendet; es war evident geworden und immer nachdrücklicher zur Sprache gebracht, daß der Verfassungsentwurf an den wesentlichsten, die Annahme und Ausführung in Frage stellenden Gebrechen litt und somit der besonnensten und gründlichsten Revision bedurfte. Viele hielten bei dem Zustande der Nationalversammlung ein Innehalten für dringend nöthig, damit bei den Ermatteten die Spannkraft, bei den in fiebernder Anspannung Befindlichen das Gleichmaß sich herstelle. Allein die Gagern'sche Partei trieb athemlos vorwärts, und fand dabei die vollkommenste Unterstützung der linken Seite.

Beim Präsidium der Nationalversammlung, im Reichsministerium, in den Klubs, in den Parteiorganen wurde eifrigst die Frage ventilirt, bis zu welchem Tage man mit dem Begin der zweiten Lesung noch warten, den Regierungen noch Zeit lassen könne, um ihre Erklärungen einzureichen. Kurze und die kürzesten Fristen wurden benannt, als ausreichend oder zum Höchsten zu gewähren bezeichnet. Man berief sich auf die Ungeduld des Volkes (S. unten, auch Gagern), welcher man Rechnung tragen müsse, und stachelte so weithin als man vermochte die Ungeduldigen und höhnte und überschrie die zu Geduld Mahnenden. Auch Preußen wollte man das geforderte Geduldmaß nicht zugestehen — auch das Warten auf Preußen schien jetzt der „Tod der Deutschen Einheit" zu sein.*)

*) Die C. K. äußerte, mehrere Bevollmächtigte hätten sich dahin vernehmen lassen, daß Rückäußerungen ihrer Regierungen in sehr kurzer Frist nicht zu erwarten wären, es werde aber ohne Grund gefürchtet, daß wegen der durch die Preußische Note herbeigeführten Verständigung die fernere Berathung der Verfassung eine zweckwidrige Verzögerung erleiden möge. Die D. Z. verkündete, daß die Nationalversammlung selbständig in ihrem Werke fortfahren werde und mit Recht entschlossen sei, keine Verzögerung eintreten zu lassen, sondern baldigst zur zweiten Lesung vorzuschreiten; oder sie ließ sich vernehmen: die Nationalversammlung werde sich der Verständigung wol nicht widersetzen, wie sie im Mai mit unbegründetem Mißtrauen gethan, aber „gebieterisch" fordern, daß eine solche Verständigung vom alleinigen Interesse des Gemeinwohls (des Projekts der Partei) geleitet werde und namentlich keine willkürliche Verzögerung (wofür jede galt) erleide; sie werde nicht vergessen, daß sie der organisirte Körper sei, daß sie für sich den Ruhm und die Verantwortlichkeit erworben, Deutschland eine Verfassung „im eigentlichen Sinne des Worts" zu geben; sie werde sich nicht irren lassen, in diesem Sinne fortzuarbeiten; trotz aller Mißstände müsse sie zur

Man hätte eine festere Haltung und größere Klugheit zuerst vom Verfassungsausschuß erwarten dürfen. Statt jedoch auch nur die kleinste Pause des Besinnens eintreten zu lassen, begann er mit den Vorlagen zur zweiten Lesung sich zu beschäftigen. Wie die Mehrheit auch in ihm gestimmt war und welche Wege sie zu gehen dachte, war aus mancherlei Anzeichen, z. B. aus der Behandlung deutlich zu entnehmen, welche sie dem von Arndts vor längerer Zeit gestellten Antrage widerfahren ließ, daß das Reichsministerium beauftragt werden möge, die in erster Lesung angenommenen Verfassungsabschnitte sämmtlichen Deutschen Regierungen officiell mitzutheilen und diese zu möglichst schleuniger Einreichung ihrer Erklärungen darüber aufzufordern.

Arndts hatte am 22. December den Verfassungsausschuß, welchem der Antrag überwiesen worden, interpellirt: ob der Bericht nicht bald, und bevor der Zweck desselben durch die Zeit vereitelt sei, zu erwarten. Am 3. Januar kam die Erwiederung, der Bericht werde in den nächsten Tagen erfolgen, am 29. die Ankündigung desselben. Der Ausschuß empfahl den Uebergang zur Tagesordnung, der Vorsitzende erklärte, daß er den Antrag künftig zur Berathung bringen werde, womit die verschleppte Sache und die Absicht, den Regierungen entgegenzukommen, vereitelt war.

Am 1. Februar brachte der Ausschuß die Revision des Abschnitts

---

zweiten Lesung schreiten u. s. f. Und dann wurde das Volk zur „Bethätigung seines Willens" aufgerufen. „An dieses Volk richten wir zuletzt unsere Mahnung, an ihm liegt es vor Allem und zuerst, das Werk seiner Vertreter anzuerkennen; dann werden die Regierungen machtlos sein zum Widerstand. Der Wille des Volks erzwingt die Grundrechte selbst von widerstrebenden Regierungen. So weit sind wir noch nicht mit der Reichsverfassung. Wir haben noch einen harten Kampf zu bestehen. An dem Volke liegt es jetzt, in Süd und Nord, in Stadt und Land, seinen Eifer für das Werk der Einigung auszusprechen. Dann wird es sein eigenes Verdienst sein, wenn es die Einführung der Reichsverfassung feiern kann, wie jetzt die Einführung der Grundrechte, und mit freudig bewegtem Herzen darf es singen: Nun danket Alle Gott!" Sehr unzufrieden äußerte sich Gervinus über die Art und Weise der in der Preußischen Note vorgeschlagenen Verständigung. Aus den divergirenden Erklärungen werde sich keine Vereinigung herausfinden und die Nationalversammlung sich durch ein solches Verfahren „weder halten, noch irren, noch influiren lassen". Aehnlich die Reichsministerielle. Die Nationalversammlung habe zu Erwägungen und Entschließungen Zeit genug gelassen, und sei nicht Schuld, wenn sie, die zweite Lesung beginnend, einzig und allein auf ihre eigne Ansicht bauend, die Endentscheidung gebe, die darum, weil sie die einzige, auch die endgiltige sein werde, u. s. f.

vom Reichsgericht zur zweiten Lesung zu Ende. Als dies geschehen, wurde die Frage aufgeworfen, ob man mit der Revision der übrigen Verfassungsabschnitte fortfahren oder die Erklärungen der Regierungen abwarten solle? Das Letztere war offenbar unumgänglich, wenn man ernstlich eine Verständigung mit den Regierungen, wenn man mit Preußen Hand in Hand gehen, dessen Gang nicht beirren, dessen Unterstützung sich sichern wollte. Hätte nicht gerade die Preußische Partei im Ausschuß darauf bestehen müssen? Allein gerade sie drang auf eine ununterbrochene Fortsetzung des Revisionsgeschäfts. Das Verschieben desselben würde dem von der Nationalversammlung erhaltenen Auftrage widersprechen, könnte von den nachtheiligsten Folgen sein u. s. f. Vergebens wurde von anderer Seite auf das lebhafteste dawider eingeredet, vergeblich vor den Folgen eines solchen einseitigen und rücksichtslosen Vorangehens gewarnt. Es hieß, die Bedenken der Regierungen könnten auch nachträglich noch gewürdigt werden. Allein das hat an sich selbst seine Haken, und soll man denn immer und immer wieder von vorn anfangen, je nachdem Erklärungen von den Höfen eingelaufen sind; nimmt man nicht muthmaßlich ganz vergebliche Arbeiten vor, steuert man nicht ohne Kompaß und widerspricht man sich nicht selbst, indem man die von Preußen ergriffene Initiative willkommen heißt, die Preußischen Vorschläge lobt und sich doch nicht daran kehrt, auf die Erklärungen nicht warten will, die jenen Vorschlägen gemäß als Grundlage der zu erzielenden Verständigung dienen, berücksichtigt werden sollen, also erwartet werden müssen? Es half Alles nichts gegen den im Hintergrunde liegenden Gedanken, man werde den Parteizweck am Sichersten erreichen, wenn man es nur zu einem raschen Abschluß in der Nationalversammlung bringe.*)

---

*) Das ungeduldige Drängen dazu veranlaßte bei diesem Revisionsgeschäft abermals heftige und ärgerliche Auftritte. Auch der Widerspruch wurde leidenschaftlich, und den Bitterkeiten und Zänkereien war um so mehr Raum gegeben, weil Parteien parteimäßig stritten, weil beim Erörtern der Sache außer sachlichen Gründen stets Hintergedanken und Listen einwirkten oder vermuthet wurden. Auch die Künste der Parteientaktik wurden in Anwendung gebracht, wie denn Einzelne (Welcker z. B.) dem hitzigen Voraneilen der Widersacher im Ausschuß dadurch zu begegnen suchten, daß sie ausblieben oder sich entfernten, um den Ausschuß beschlußunfähig zu machen. Und dann mischten wieder klatschhaft und boshaft die kaiserlichen Organe sich ein, um die Stimmungen noch mehr zu vergiften. Kaiserliche Mitglieder des Ausschusses versahen jene und die Blätter nahe und fern bis zu großer Indiskretion mit Nachrichten über die häuslichen Angelegenheiten des Aus=

Gegen den wiederholten Antrag, den ganzen Abschnitt vom Reiche bis nach dem Eintreffen der Regierungserklärungen auszusetzen, wurde am 4. Februar der Anfang mit den Revisionsberathungen über diesen Abschnitt gemacht. Man würde sonst folgerichtig auch den von der Reichsgewalt und mit einem Worte neun Zehntel der Verfassung bis dahin aussetzen müssen! Vergeblich wurde an das von Anfang nur zu sehr Verkannte, von Lassaulx an den überklugen Schuster erinnert, der die Schuhe nach seinem Normalleisten, statt nach dem Fuße desjenigen machte, der sie tragen sollte. In Betreff des § 1 wurde beschlossen, der Nationalversammlung vorzuschlagen, daß sie in Rücksicht auf die Verhältnisse Oesterreichs und Schleswig-Holsteins die zweite Lesung desselben bis auf Weiteres aussetze. „Wir finden, hieß es in der Parlamentskorrespondenz der Partei, diesen Beschluß — und der Ausschuß hat sich immer noch als ein getreues Abbild der Versammlung bewährt — darum so bedeutend, weil er die Gründung des Bundesstaats nicht mehr von der Zustimmung der Oesterreichischen Regierung abhängig sein lassen, nicht mehr die Gesammtheit des Bundesgebietes zur petitio principii unserer Aufgabe, die eben dadurch unlösbar wird, machen will. Er verbessert den ersten Gagern'schen Antrag, der nach Annahme des § 1 gebracht wurde, dahin, daß er mit § 2 beginnend die Gründung eines Deutschen Bundesstaates als den Ausgangspunkt setzt und die Frage über seine Ausdehnung über Oesterreich u. s. w., als sekundäre Frage behandelt.“ Die Korrespondenz pries sodann die noch wichtigeren Beschlüsse über die unglücklichen Paragraphen 2 und 3, die bei der ersten Berathung nur eine Anfrage an Oesterreich hatten sein sollen, und jetzt erneuert wurden, nachdem die ablehnende Antwort erfolgt war, und über die Verwerfung eines Oesterreich berücksichtigenden Vorschlags mit 14 gegen 6 Stimmen; sie setzte hinzu: „Jene 6 Stimmen waren 2 Oesterreicher, 2 Baiern, 1 Hannoveraner, 1 Braunschweiger. Es

schusses, und diese Indiskretion war ohne Frage um so tadelnswerther, da gerade die Mitglieder jener Seite im Ausschuß so bittere Klage als über arge Sünde geführt, als einst die Linke durch die Reichszeitung aus der Schule geschwatzt, indem sie nämlich einen Subkommissionsentwurf mitgetheilt hatte, und da die hier in Rede stehenden Mittheilungen von der Absicht der Denunciation antikaiserlicher Ausschußmitglieder vor der Nationalversammlung und dem Publikum keineswegs frei waren. Ich brachte den Uebelstand einmal ernstlich zur Sprache und es half auf einige, doch nur auf einige Zeit. Gleiches mit Gleichem ist von unserer Seite nicht vergolten.

wurden nach einander die Paragraphen, welche den Abschnitt vom Reich bilden, mit 15 gegen 5 Stimmen angenommen. Von den fehlenden 10 Stimmen würde 1 unbestimmt, 6 für die Majorität, 3 für die Minorität gewesen sein. Also im Ausschuß ist das System des Bundesstaates entschieden angenommen, in der festen und energischen Form der ersten Lesung, — und zwar mit der Majorität von $^{2}/_{3}$." *)

In der That lag in dem Beschlusse des Ausschusses über jene Paragraphen, ungeachtet dessen, was man bei § 1 beliebt, das deutlichste Zeichen, daß gerade auch die Ausschußmehrheit rücksichtslos gegen Oesterreich vorzuschreiten gedachte und entweder keine Verständigung wollte oder keinen Begriff davon hatte, wie man verfahren mußte, um zu einer solchen zu gelangen. Sie war offenbar unmöglich, wenn man eben an diesen Bestimmungen festhielt, gegen die sich nun auch Preußen schon bestimmt genug ausgesprochen hatte. Ueberhaupt war beim Anfange und Fortgange der Revision im Ausschusse nicht zu verkennen, daß die Mehrheit gerade in den Bestimmungen der Verfassung, wobei man voraussehen mußte, daß die Regierungen auf Abänderungen antragen würden und eben da, wo denselben am meisten an den letztern lag, wenn ihre Vorschläge darauf hinzielten, die Kompetenz der Reichsgewalt und der Einzelregierungen fest abzugrenzen, Grundlagen des Bundesstaats erblickte, von welchen man nicht wieder abgehen, die man nicht abschwächen lassen dürfe, und da halfen denn nur selten die Vorstellungen und Erinnerungen, woran es die Minorität nicht fehlen ließ: wie die und die gestellte oder muthmaßliche Forderung einer Regierung begründet sei, wie gerade das, was man am Hartnäckigsten festhalten wolle, die Verfassung unpassend und unannehmbar mache, wie schwierig die Durchführung der letztern noch immer sein werde, wenn man auch auf die Wünsche der Regierungen eingehe, wie sehr man das ganze Werk dem Scheitern aussetze, wenn man keine Nachgiebigkeit gegen dieselben zeige, während man doch nach der ganzen Lage der Dinge die zur Verständigung dargebotene Hand mit beiden Händen ergreifen und sich durch Eingehen auf die Vorschläge der

*) Anderwärts wurden auch die Namen derer genannt, welche gegen die §§. 2 und 3 gestimmt hatten: Mühlfeld, Schreiner, Rotenhan, Jürgens, Lassaulx, Welcker, Detmold, Somaruga, woneben die C. R. einzelne im Ausschuß angeblich vernommene Aeußerungen mittheilte und nach besten Kräften mit Schmeicheln und Einschüchtern auf die rebellischen Mitglieder einzuwirken suchte.

Regierungen dessen versichern sollte, was dieselben wenigstens mittelbar oder bedingt zugestanden, indem sie nur gewisse Aenderungen beantragt. Wir waren unsrerseits fest überzeugt, daß die Vereitlung des Projekts der Gegenpartei um so gewisser würde, je eigensinniger die Mehrheit des Ausschusses und der Nationalversammlung auf jedes Titelchen derselben bestände und daß wir, um seine Vereitlung zu bewirken, nichts Besseres thun könnten, als die Mehrheit gewähren zu lassen. Indeß wurde von unsrer Seite beharrlich für jeden zur Sprache kommenden und uns motivirt erscheinenden Abänderungsvorschlag gestritten. Wir drangen indeß nur ausnahmsweise durch. Die Gagern'schen und die Linke waren stets kampfgerüstet, nach wie vor einig und durch Zahl unüberwindlich, wenn es sich um ultraunitarische Bestimmungen oder um den souveränen Standpunkt der Nationalversammlung gegenüber den Regierungen handelte. Die Revision zur zweiten Lesung im Verfassungsausschuß war in keiner Weise eine Prüfung des in erster Lesung angenommenen Entwurfs oder der Monita der Regierungen, sondern ein wahres Durchpeitschen, eine Jagd mit Zänkereien verbunden.*)

Ein Hauptmotiv der Ungeduldigen bestand darin, daß sie auf Preußens günstig gedeutelter Erklärung fortbauen wollten und darin durch eine neue Oesterreichische gestört zu werden fürchteten, deren Berücksichtigung sie sich möglicher Weise nicht würden entziehen können, wogegen sie schon vorher mit Allem fertig zu werden hofften. Als ob nicht die Schwierigkeit in etwas **Bleibendem**, dem Verhältniß, dem Willen, der Macht Oesterreichs gelegen hätte, als ob man mit Oesterreich und dem ganzen Projekt hätte **fertig** werden können,

---

*) Selbst in der reichsministeriellen Zeitung, die sich bisweilen anderweiten Einflüssen nicht entziehen konnte, wurde in diesen Tagen sehr verständige Klage darüber geführt, daß inner und außer der Nationalversammlung so wenig an eine wahre Prüfung und Kritik des durchberathenen Theils der Verfassung gedacht sei und werde, daß man z. B. bei der zweiten Lesung der Grundrechte kaum einer Erwähnung werth gehalten, was die Hannoversche Regierung in ihrer Denkschrift über den siebenten Artikel der Erwägung anheimgegeben. Es gab noch andre und treffliche Denkschriften. Nicht einmal der Verfassungsausschuß nahm Rücksicht darauf. Eben um diese Zeit konnte ich z. B. nicht durchsetzen, daß man die Erinnerungen einer Braunschweigischen, von Liebe abgefaßten, zum Abschnitt von der Reichsgewalt auch nur anhörte. Die C. K. verkündete am 7. Februar, daß sich die Nationalversammlung durch allen Widerspruch und Widerstand, namentlich Oesterreichs, nicht irren lassen werde.

wenn man nur vor dem Eintreffen einer weitern Oesterreichischen Erklärung mit Beschlüssen in der Nationalversammlung fertig würde, deren Hast — wenn Oesterreich ernstlich und nachdrücklich nicht entgegentreten wollte oder konnte — unnöthig, und im andern Falle nur geeignet war, das Deutsche Parlament und die Sache zu compromittiren, ohne den Zweck der Ausschließung Oesterreichs zu fördern. Am meisten wurde dadurch gefehlt, daß man bewußt oder unbewußt die Preußischen Intentionen eigensinnig oder ungeschickt kreuzte. So schnell wie es gefordert wurde, konnten die noch fehlenden Erklärungen der Regierungen unmöglich eingelaufen, konnte nicht einmal eine Einigung unter denen, auf welche in Berlin gehofft wurde, zu Stande gebracht sein. Ging aber die Nationalversammlung vordem zur zweiten Lesung über, so mußten die Absichten der Preußischen Regierung mehr oder minder vereitelt werden, so nahm die Sache einen ganz andern Gang als den, auf welchen als den räthlichsten die Note vom 23. hingewiesen, so stellte sich für die Nationalversammlung die Unzuträglichkeit einer dritten Lesung und für die Sache selbst die Gefahr in Aussicht, daß nichts zu Stande komme, und über das Alles sprach sich Camphausen sehr entschieden aus. Er äußerte, seine Regierung werde unfehlbar fest darauf halten, daß ihr Entgegenkommen und ihr ganzer Plan nicht durch Uebereilung der Nationalversammlung vereitelt werde; ein Aufschieben der zweiten Lesung sei unumgänglich. Am 6. Februar reichte er eine Erklärung in diesem Sinne beim Ministerpräsidenten ein, die dem Letztern ohne Zweifel um so ungelegener war, je bestimmter sie lautete. Gagern hatte mit den übrigen Häuptern seiner Partei bereits die Abrede getroffen, daß die zweite Lesung am 19. Februar beginnen solle, möchten viele oder wenige Regierungen sich erklärt haben, möchte eine Einigung unter ihnen zu Stande gekommen sein oder nicht. Am 8. ließ er dem Preußischen Bevollmächtigten eine gewundne Erwiederung zugehen, nach welcher er freilich mit dem von der Preußischen Regierung vorgeschlagenen Gange einverstanden sein wollte, aber doch bei seinen Eiltendenzen und Abreden stehen blieb. (Anh. Nr. III.)

Oesterreichische Ideen über die Verfassung. — Kommunikationen zwischen Frankfurt und Olmütz. — Schmerling.

Zu der Zeit, als nach Frankfurt gewählt wurde, hatte es in Berlin specifisch-preußisch und „deutsch" Gesinnte, und so in Wien deutsch und specifisch-österreichisch Gesinnte gegeben. In Preußen und Oesterreich hatten die „deutsch" Gesinnten den meisten Einfluß auf die Wahlen geübt. Es waren mehr deutsch als preußisch oder österreichisch Gesinnte gewählt, an denen es jedoch nicht mangelte. Unter den preußischen und kleinstaatlichen Abgeordneten trugen sich nicht Wenige mit der Idee eines Preußischen, unter den Oesterreichischen Einzelne mit der Idee eines Oesterreichischen Kaiserthums. Diese Ideen wurden nicht populär genug und die Verhältnisse Oesterreichs und Preußens blieben bis zum November zu schwankend, als daß vorerst Parteien mit offnen Bestrebungen dafür sich hätten bilden können. Nur eine Preußisch gesinnte Koterie war in der Stille für ein Preußisches Kaiserthum thätig und konnte es sein, indem in ihre Hände die Anfertigung des Verfassungsentwurfs gekommen war. Sie wirkte indirekt darauf hin, indem sie die §§ 2 und 3 durchsetzte. Bei den Verhandlungen trat die Idee von Oesterreichisch-Deutschem Bunde (Mitteleuropa) stark prononcirt hervor und die Oesterreichische Regierung erklärte sich bald darauf in gewisser Weise dafür. Gegen den Ausgang des Jahres 1848 bildete sich eine Partei für ein Preußisches, eine solche für ein Oesterreichisches Kaiserthum bildete sich überhaupt nicht. Nur von ganz Vereinzelten wurde der Gedanke noch verfolgt. Die Gegner des Ausschlusses von Oesterreich wollten darum doch kein Oesterreichisches Kaiserthum, und die meisten und einflußreichsten Oesterreichischen Abgeordneten hegten andre Ideen. Somaruga erklärte sich in einer kleinen Schrift, welche im Sommer 1848 erschien (Ein

paar Worte über die Oesterreichische Frage), gegen ein solches und für einen Reichsverweser auf Zeit. Schmerling hielt die Oberhauptsfrage Augenblicks für unlösbar und mit der Mehrzahl die Idee vom Oesterreichischen Kaiserthum für unpraktisch. Auch Unterrichter, der mit noch Andern nächst Bruck vor Allem lebhaft die Ideen vom Zoll- und Handelsbunde und dem Gründen auf diese Dinge verfolgte, sprach sich in einer kleinen im December herausgegebenen Schrift (Ein paar Worte über die Oesterreichische Frage, S. 17) dahin aus, die Oberhauptsfrage sei augenblicklich unmöglich zu lösen. Andre, wie Mühlfeld, erstrebten nur ein loses Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland, oder zielten auf ein Direktorium in einem Bundesstaate mit Oesterreich. Die Radikalen nahmen großentheils Anstoß am Kaiser als solchem.

Zu den Einzelnen, welche die Idee vom Oesterreichischen Kaiserthume und in Verbindung damit einer Einheit Mitteleuropas, eines Bundes aller Germanischen Elemente (S. 267 seiner Politischen Miscellen), zu Anfange verfolgt, gehörte Möring, ohne jedoch in der Nationalversammlung (Antrag in der fünften Sitzung am 24. Mai) oder beim Oesterreichischen Ministerium (Schreiben an Stadion, Anh. Nr. IV) damit durchzudringen, das zu derselben Zeit in Berlin seinen Ideen von Kreiseintheilung und Aufnahme Gesammtösterreichs Eingang zu verschaffen suchte, die letztere Idee nun seinerseits praktisch verfolgend. In ihr so wie in der eines großen mitteleuropäischen Gesammtbundes oder Staates und der Nothwendigkeit einer andern Behandlung der Verfassungssache begegnete Möring wenigstens einem kleinern Kreise in Frankfurt.*)

*) Im December hatte er in einer Flugschrift: „Entweder — oder!" den Satz auszuführen gesucht: „Oesterreich kann sich im nähern Verhältniß nur ganz, d. i. in der Totalität seiner Ländermasse, oder gar nicht mit Deutschland vereinigen." Auf dieses gar nicht sei es zur Stunde abgesehen, alle Hebel für den großen Ruck seien in der Paulskirche angesetzt, doch die Stützpunkte dürften weichen. Wenn aber der parlamentarische Staatsstreich auch gelingen sollte, so würde zum Höchsten ein schwacher Staat unter Preußen ohne selbständige Politik, ohne die Vortheile der Donau und der Länder an ihren Mündungen u. s. f. entstehen, wodurch das Zeichen zu unabsehbaren Kriegen und Zerrüttungen gegeben würde, wogegen Deutschland und Oesterreich vereinigt als mitteleuropäischer Staat von 70 Millionen 4 Meeren und 4 Hauptflüssen die Geschicke Europas zu regeln und Ost und West im Gleichgewicht zu erhalten im Stande sein würden. Unpraktisch und gefährlich würde es freilich sein, einen so gewaltigen Bundesstaat auf

Diese Oesterreichischen Ideen über die künftige Verfassung und den in der Verfassungssache einzuschlagenden Gang standen jedoch in einem zu starken Gegensatze nicht blos zu den Plänen der Preußischen Partei, sondern überhaupt zu den in Frankfurt und weithin in Deutschland vorherrschenden Ideen und Tendenzen, die dahin gingen, daß man sofort im legislativen Wege eine Verfassung schaffen müsse, und den Ansichten und Absichten gänzlich abgeneigt waren, wonach die neue Deutsche Verfassung, die Deutsche Einheit, die Verbindung mit Oesterreich werden und wachsen sollte. Der Gedanke vom Eintritt Gesammtösterreichs, von einer so großartigen Gestaltung der Deutschen Verhältnisse, einer Kombination, welche 70 Millionen so verschiedener, ob auch durch Natur und Geschichte verbundener Völker, unbeschadet ihres eigenthümlichen Lebens, für große Zwecke staatlich zusammenfassen wollte, war ziemlich allgemein nur mit Zweifeln und Unglauben aufgenommen, als ihm im November Graf Deym Eingang zu verschaffen gesucht. Jetzt kam hinzu, daß man zu wenig Bestimmtes über die Ansichten und Absichten der Oesterreichischen Regierung erfuhr, daß die Hoffnung so viel tiefer gesunken war, es werde in dieser Zeit etwas Bedeutendes geschaffen werden, daß die Nationalversammlung sich so viel fester in ihre Wege verrannt, daß die Preußische Partei so sehr gewonnen hatte. Sie wollte nur Verderben für Deutschland in den Oesterreichischen Ideen erblicken und gefiel sich darin, diejenige eines neuen Reiches der Mitte, bestehend aus hundert Völkern und so viel Millionen, als ein Absurdum und eine Chimäre zu verspotten, was sie freilich um so leichter vermochte, indem sie ihr die entstellende Wendung gab, als sei die Voraussetzung, Abgeordnete aus sämmtlichen Ländern des künftigen Bundes in einem Volkshause und zu einer parlamentarischen Regierung zu vereinigen.

Daraus, daß von Einzelnen ein Geheimplan verfolgt worden war und daß die Nationalversammlung souverän sein wollte, während doch gefühlt wurde, daß man der Regierungen nicht entbehren könne, war sehr natürlich gefolgt, daß man sich unter der Hand ihres Beistands zu versichern suchte, und daß schon früh an die Stelle legitimen Vernehmens mit ihnen ein zweideutiges geheimes Sondiren und Werben getreten war,

einmal im legislativen Wege bilden zu wollen, vernünftigerweise könne man nur anstreben: die Erhaltung Oesterreichs im Bundesstaate Kraft seiner alten Rechte, die Gestaltung des Staatenbundes seiner nichtdeutschen Länder mit Deutschland, deren wirkliche Aufnahme der reifenden, erhaltenden und mildernden Kraft der Zeit vorzubehalten sei.

womit die Koterie den Anfang gemacht, welche von Anfang das Preußische Kaiserthum im Sinn gehabt hatte. Die Kommunikationen zwischen Frankfurt und Olmütz waren jedoch minder lebhaft als die zwischen Frankfurt und Berlin, das so viel näher lag und so viel leichter erreicht werden konnte durch vielfachere und bessre Kommunikationsmittel. Die leitenden Personen in Oesterreich waren spröder. Letzteres befand sich in größeren Ungelegenheiten. Indeß fehlte es an Kommunikationen zwischen Frankfurt und Olmütz nicht gänzlich. Der Reise Gagern's nach Berlin war die Reise Schmerling's nach Oesterreich gefolgt. Noch mehr andre Mitglieder der Preußischen Partei gingen zu ähnlichen Zwecken nach Berlin, und so von ihren Gegnern gleichfalls Einzelne, wenn auch nicht in so großer Zahl, nach Olmütz und Wien.

Gleich nach Weihnacht begab sich mit Vorwissen des Erzherzogs, doch lediglich aus eignem Antriebe, Buß dorthin. Ein sichtliches positives Ergebniß hatte diese Reise nicht, über welche nicht wenig gefabelt und gelästert wurde. Doch dürfte Näheres darüber (Anh. Nr. IV) nicht ohne einiges Interesse sein.*)

Wenn auf der einen Seite die Gagern'sche Partei den König von Preußen zu bewegen suchte, auf das Frankfurter Verfassungsprojekt einzugehen, um den Ausschluß Oesterreichs zu vollziehen, so glaubten auf der andern die Oesterreichischen Abgeordneten Alles aufbieten zu müssen, das Oesterreichische Kabinet zu bestimmen, so weit irgend möglich jenes Projekt genehm zu halten und bestimmte baldige Erklärungen darüber abzugeben, damit Oesterreich nicht verdrängt werde. Auch Diejenigen unter ihnen, welche von den in der Nationalversammlung vorherrschenden Verfassungsideen nicht beherrscht waren, glaubten doch, daß Oesterreich auf die projektirte Deutsche Konstitution eingehen könne, wenn dieselbe theilweis geändert werde oder wenn man Modifikationen für Oesterreich gestatte, oder sie waren der Meinung, daß die Dinge nun einmal zu weit gediehen wären, daß es nicht mehr möglich sei,

---

*) Buß' gute Eigenschaften wurden von Vielen geachtet, jedoch stand er völlig isolirt. Niemand wollte gern mit ihm zu thun haben, da man stets fürchten mußte, durch ihn kompromittirt zu werden. Der Pariserhofklub öffnete sich ihm nie. Biedermann's Angabe, seine und seiner Gesinnungsgenossen ganzes Streben ging dahin, die Deutsche Kaiserwürde dem jungen Kaiser von Oesterreich zuzuwenden, ist eine plumpe Unwahrheit, für die kein Schatten eines Belegs beizubringen und die nur erfunden ist, um die Preußische Kaisermacherei zu beschönigen.

auf einen zweckmäßigeren Entwurf zurückzukommen, und daß man deshalb Oesterreichischer Seits wohl oder übel auf den mißliebigen und mängelreichen sich einlassen müsse.

Schmerling trug sich noch immerfort mit der Hoffnung, so sehr dieselbe mit Zweifeln gemischt sein mochte, daß man in Olmütz seinem Rathe folgen, er glaubte immer weniger, daß die Nationalversammlung auf ihrem Wege etwas zu Stande bringen werde, weil sie so wenig Rücksicht auf die Verhältnisse, die Staaten nehme, und diese zu stark geblieben und wieder geworden wären, um sich Diktate gefallen zu lassen, die ihren Bestand antasteten. Er bestärkte sich mehr und mehr in der Ansicht, daß man das Verfassungsprojekt nicht werde in Ausführung bringen können, und beschäftigte sich deshalb um so mehr mit einem neuen Entwurfe. Allein er erkannte die Unmöglichkeit, für den Augenblick gegen die dominirenden andere Verfassungsideen mit Erfolg geltend zu machen; er glaubte, man werde auch mit dem Frankfurter Projekte zum Ziel gelangen können, wenn man so verfahre, wie er es in seinen Erläuterungen über die Oesterreichische Note vom 28. December angedeutet. Er ließ nicht ab beim Fürsten Schwarzenberg darauf zu dringen, daß man sich von Oesterreichischer Seite rasch und bestimmt erkläre, und bis zu einem gewissen Punkte auf die in erster Lesung beschlossne Verfassung, namentlich auf die Volksvertretung durch ein Volkshaus, und sollte es selbst nur versuchsweise sein, eingehe. Die Forderung sei nun einmal populär und durch Popularität stärker als man in Olmütz glauben möge. Er machte wiederholt aufmerksam darauf, daß die für Preußens Vergrößerung wirkende Partei sehr thätig und einflußreich sei: lehne Oesterreich die Frankfurter Verfassung ab, so könnten die Ereignisse leicht dahin führen, daß entweder große Zerrüttungen einträten oder daß Preußen zur Alleinherrschaft in Deutschland, auch in dem von Oesterreich verlassenen Süddeutschland gelange.

Er nahm von den Abstimmungen in der Oberhauptsfrage neuen Anlaß sich zu bemühen, das Oesterreichische Kabinet zu einer bestimmten Erklärung zu vermögen und gegen die Bedenken einzureden, von denen er glaubte, daß sie vorhanden wären, die Bedenken gegen alles Eingehen auf die in Frankfurt beliebte Verfassung. Durch diese werde freilich ein Einheitsstaat bezielt, allein man erkenne doch den Grundsatz an, daß ein Bundesstaat errichtet werden solle, und ein solcher sei bei einer stärkern wie mindern Centralisation der Regierung denkbar; man werde von den strengsten für Oesterreich schlechthin unannehmbaren Bestim-

mungen zurückgehen, werde die Anträge der Regierungen annehmen, wenn diese nur endlich mit solchen hervorträten und der spannenden Ungewißheit ein Ende machten, wenn sie und wenn insbesondere Oesterreich nur einigermaßen dem allgemeinen Wunsche willfahre, daß eine kräftige Centralgewalt aufgerichtet werde, was auch bei einem Direktorium geschehen könne, eine Centralgewalt, an welcher Oesterreich in erster Stelle Theil nehme und die der Oesterreichischen Monarchie eben so ungefährlich sein werde, wie die Volksvertretung in zwei Häusern, die zum dritten Theile aus Oesterreich beschickt werden würden; wenn die Kompetenz der Gesammtregierung oder des Bundesstaates und der Einzelstaaten gehörig festgestellt sei, so brauche auch Oesterreich kein unleidliches Hineinregieren in seine Deutschen Länder zu fürchten, und einige Unbequemlichkeit werde reichlich durch andere Vortheile, durch einen erhöhten Einfluß aufgehoben werden; die radikale Zusammensetzung der meisten Deutschen Kammern, die erneuten und vervielfachten Regungen der Anarchisten, die staatsmännische Unfähigkeit auch vieler sonst Konservativer ließen es dringend nothwendig erscheinen, daß man möglichst bald aus den provisorischen Zuständen heraus und zu einer starken Centralmacht gelange, deren Errichtung auch ein großes speciell-österreichisches Interesse sei, da in Deutschland die Demokratie und Anarchie nicht um sich greifen könne, ohne auch Oesterreich zu zerrütten; indem die erste Lesung dem Ende so nahe, sei der Moment der rechte und günstige und letzte für die Regierungen, der Lösung der erheblichsten Fragen sich anzunehmen, über die selbst die Nationalversammlung sich nicht zu einigen vermöge; Oesterreich müsse seinem Schweigen um so mehr ein Ende machen, und allerwenigstens dahin sich aussprechen, daß es in den Bundesstaat eintreten und auf dieser Basis seine fernern Vorschläge formuliren werde, weil verlaute, weil anzunehmen sei, daß Preußen, durch eigne Politik und vielfach getrieben, in dieser Weise vorschreiten werde. Mit Einem Worte, Schmerling gab sich auch in dieser Zeit die ersinnlichste Mühe, das Oesterreichische Kabinet zu bestimmen, daß es Deutschland sich mehr annähere und aus seiner zurückhaltenden Stellung heraustrete; auch kam dasselbe ihm, wenngleich nicht im gewünschten Maße, entgegen. Das Reichsministerium mußte Kenntniß davon haben und brachte sie doch wol auch in seine Partei, so gut es, wenn Aehnliches aus Berlin anlangte, dasselbe zu deren Kunde brachte. Eben in dieser Zeit liefen Depeschen von Olmütz ein, deren Inhalt unfehlbar in den kaiserlichen Organen mit dem

größten Nachdruck signalisirt worden wäre, wenn es sich um Preußische Kundgebungen gehandelt hätte. Doch alle Zeichen, daß der Oesterreichische Bevollmächtigte die gedachten Gesichtspunkte verfolgte und daß das Oesterreichische Kabinet Oesterreich nicht ausschließen wollte, sondern die Fortsetzung der Verbindung desselben mit Deutschland im Auge hatte und doch nicht lediglich darauf bedacht war, nur Alles zu stören und zu vereiteln, was in Frankfurt betrieben wurde — alle diese Zeichen blieben gänzlich unbeachtet, die kaiserliche Partei und deren Organe ignorirten sie gänzlich, oder erwähnten ihrer nur kalt und ungenügend oder um mißliebige Aeußerungen daran zu knüpfen. (Anh. Nr. IV.)

Während die Preußische Partei nicht aufhörte, Schmerling zu verdächtigen und zu schelten, daß er mit seiner Regierung und für die Pläne derselben als deren Werkzeug konspirire und intriguire, hatte der Oesterreichische Bevollmächtigte ein ganz anderes Geheimniß, das ihn nicht wenig drückte. Es bestand darin, daß ihm seine Regierung keine genauere Kunde über ihr Meinen und Vorhaben in Betreff des Verfassungswerks gab, wie sie ihn auch in Unkenntniß von dem Inhalte ihrer Unterhandlungen mit der Preußischen gelassen. Alle Oesterreicher in Frankfurt empfanden die Ungewißheit, welche daraus entstand, sehr peinlich, Niemand unter ihnen mehr als Schmerling, der dafür hielt, daß es jedenfalls mit Aenderungsanträgen bei der zweiten Lesung versucht werden müsse. Er berieth deshalb wiederholt mit mehren Oesterreichischen Abgeordneten — vornämlich mit Würth, Somaruga, Arneth, Möring, Weiß — über die Anträge, welche bei derselben einzubringen sein dürften. Zu Ende des Januar traf ein vom 23. datirtes Schreiben des Oesterreichischen Kabinets ein, worin sich dasselbe mit dem Allen ganz einverstanden erklärte; um sich näher zu äußern, erwarte man nur die Antwort auf die letzten von Olmütz nach Berlin übersendeten Anträge. Am 22. kam als Frucht jener Berathungen eine Denkschrift über die Stellung Oesterreichs in Deutschland an die Oesterreichische Regierung zu Stande. Der Verfasser war Würth, der nach dem Bekanntwerden der Preußischen Note vom 23. wiederholt und lebhaft darauf drang, daß ein Versuch gemacht werden müsse, wo möglich durch einen mit den hochstehenden Wiener Persönlichkeiten Vertrauten genaue und zuverlässige Auskunft über die Absichten der Oesterreichischen Regierung in Beziehung auf Deutschland zu erhalten. Sie wurde von Schmerling an den Fürsten Schwarzenberg befördert und der Beachtung desselben

empfohlen; sie legt die damaligen Ansichten vorragender und einflußreicher Oesterreichischer Abgeordneten dar, denen das Verbleiben Oesterreichs in Deutschland ein hochwichtiges Anliegen war und die noch immer einen günstigen Ausgang, ja eine große Zukunft Oesterreichs wie Deutschlands hofften, wenn ersteres entschieden der Deutschen Sache sich widme. (Anh. Nr. IV.)

Unterstützt und empfohlen von Schmerling reiste Würth zu Ende des Januars nach Oesterreich ab. Er fand in Wien sämmtliche Minister versammelt und hatte wiederholte Besprechungen namentlich mit dem Fürsten Schwarzenberg, mit Stadion, Bach, Bruck, Werner. Er drang vornämlich auf den Punkt, daß man ihm eine möglichst klare und bestimmte Antwort über die Pläne mitgebe, welche man Deutschland gegenüber hege, er richtete an Schwarzenberg die Forderung, sich offen an die Spitze der Deutschen Bewegung zu stellen. Man verwies ihn auf die höchst ungünstige Lage, worin sich Oesterreich befand. Die Regierung war mit dem Reichstage in Kremsier zerfallen, die Verfassung für Oesterreich war noch nicht vollendet, aus Ungarn waren schlechte Nachrichten da, der Italienische Krieg stand vor der Thür, slavische Einflüsse wirkten entgegen. Er wurde von den im December und Januar mit Preußen gepflogenen Verhandlungen in Kenntniß gesetzt, und mußte entnehmen, daß die Oesterreichische Regierung auf eine Verfassung, wie sie in Frankfurt projektirt wurde, niemals eingehen werde, zugleich aber auch den bestimmten Vorsatz gefaßt habe, sich nicht durch Preußen aus Deutschland verdrängen zu lassen. Er drang nun in Wien, wie später in Frankfurt darauf, daß die Oesterreichische Regierung, wenn sie auf die Frankfurter Ideen nicht eingehen wolle, die Oesterreichischen Abgeordneten zurückrufe, er erklärte, daß er von deren Ehrgefühle zuversichtlich den Austritt Aller erwarte, wenn er keine bestimmte und günstige Antwort mitbringe. Es gelang ihm indeß trotz seines Drängens nicht, eine bestimmtere und günstigere zu erhalten, als die in einer vom 4. Februar datirten Note liegende, welche in drei Ministerrathssitzungen berathen, nach manchen Abänderungen endlich festgestellt wurde und an deren Abfassung er so wenig Theil hatte, als ihm dieselbe genügte. Er überbrachte sie nach Frankfurt.

Eine Oesterreichische Depesche vom 29. Januar. — Die Oesterreichische Note vom 4. Februar. — Die nun einzuschlagenden Wege. — Radowitz' Entwürfe. — Ein Antrag Künßbergs.

Man fühlte sich in Olmütz durch das, was Preußen so unerwartet gethan, bedroht und verletzt, und sprach den Unwillen gegen die Preußischen Vorschritte und Vorschläge in einer diplomatischen Mittheilung aus; sehr vorsichtig jedoch, um nicht aller Welt die entstandene Zwietracht zu zeigen und dem älteren diplomatischen Brauche gemäß, in einer vom 29. Januar datirten Depesche, die den Betreffenden nur vorgelesen und nicht promulgirt wurde. Schmerling erhielt sie lediglich zum Weiterbefördern nach Hannover und zur Mittheilung an einige Regierungsbevollmächtigte. Ihr wesentlicher Inhalt bestand in Folgendem:

Die Verfassungsangelegenheit sei durch die Preußische Note in eine nicht glückliche Lage gekommen. Durch den Erlaß dieser Note sei Preußen plötzlich von den Verhandlungen mit Oesterreich abgesprungen; es habe sich dadurch zu einem ganz unerwarteten Schritte entschlossen. Das Oesterreichische Kabinet wolle sich demgemäß rein auf dem Gebiet der Thatsachen halten, und sei in dieser Beziehung mit Preußen in zwei Punkten einverstanden, darin nämlich, daß die Verfassung nur mit Zustimmung der Regierungen zu Stande kommen könne und daß letztere sich unter einander zu verständigen hätten. Das Oesterreichische Kabinet habe demgemäß im Sinne gehabt, daß die größeren Staaten gleichsam den Kern zu bilden hätten, an welchen die kleineren sich anzuschließen haben würden. Statt dessen schlage Preußen

eine Verständigung sämmtlicher einzelnen Staaten in Frankfurt vor, was schwerlich zum Ziele führen dürfte. Indeß wolle das Oesterreichische Kabinet auch hierauf eingehen und werde seinem Bevollmächtigten umfassende Instruktionen zufertigen. Gern werde anerkannt, daß Preußen eine Fortbildung des Bundesverhältnisses mit Oesterreich beabsichtige, allein die Stelle der Preußischen Note: „Vielmehr wird sowol die Aufrechthaltung und Entwickelung des Deutschen Bundes — Oesterreich wie das Deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks eingeschlossen — als die Erhaltung der dem Oesterreichischen Kaiserhause gebührenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar sein mit dem Zusammentritt der übrigen Deutschen Staaten zu einem engern Verein, zu einem Bundesstaate innerhalb des Bundes" sei dunkel und mit Unglauben aufzunehmen. Ein Status in statu sei ein Zeichen von Schwäche und Verfall. Oesterreich gedenke nach wie vor, bei dem Verfassungswerke sich zu betheiligen, und nur in dem Falle, wenn es sich von den übrigen Staaten verlassen fühlen müßte, werde es sich darauf beschränken, die politischen Interessen des Kaiserstaats wahrzunehmen; doch werde der Ausschluß Oesterreichs von dem übrigen Deutschland schmerzlicher empfunden werden, als von Oesterreich selbst. — Bei der Abfassung der Depesche hatte Gagerns Schreiben vom 22. Januar noch nicht eingelaufen sein können, das aber dennoch durch sie ein starkes Dementi erhielt.*) Ein noch stärkeres erfolgte durch die von Würth mitgebrachte, vom 4. Februar datirte Oesterreichische Erklärung.**) Sie wurde von

---

*) Sobald die C. K. Wind bekommen von ihrem Dasein, beeilte sie sich (am 5. Februar) eine Verdächtigung gegen Schmerling daraus herzunehmen und es ihm zum Verbrechen zu machen, daß er dem Reichsministerium keine Kenntniß gegeben habe. (Anh. Nr. V.)

**) Radowitz legte sich ihren Inhalt folgendermaßen zurecht: Oesterreich erkennt das Bedürfniß eines engeren Verbandes, dies ist die Aufgabe der Fürsten und Völker. Oesterreich will mitwirken. Aber kein einheitlicher Staat. Als ein solcher ist der vorgeschlagene engere Bundesstaat anzusehen. Dieser muß entweder Oesterreich von Deutschland ausschließen oder die Erblande von der Oesterreichischen Monarchie trennen. Statt dessen ist eine Grundlage zu suchen, auf welcher alle Deutschen Staaten und alle außerdeutschen Staaten Oesterreichs Platz finden. Hierzu ist ein stufenweiser Gang einzuschlagen. Da man nicht die Gemeinschaft mit Preußen finden konnte, so sucht Oesterreich die Vereinbarung mit Frankfurt allein. Man ist zur Mitwirkung bereit, soweit es die eigenthümlichen Verhältnisse der Oesterreichischen Monarchie gestatten. Frankfurt möge eine Verfassung

Schmerling sofort, nachdem er sie erhalten (11. Februar), dem Reichsministerpräsidenten zur weiteren Mittheilung an die Nationalversammlung zugefertigt. Sie unterschied sich von der Preußischen zunächst dadurch, daß sich das Oesterreichische Kabinet damit geradezu an die Nationalversammlung wendete. In der mit der Preußischen Regierung zu Wien, am 19. März 1848, abgeschlossenen geheimen Punktation war man mit ersterer Oesterreichischer Seits übereingekommen, daß neben die Bundesversammlung eine weitere aus Deputirten der Kammern zu bildende treten solle, deren Wirkungskreis gleichfalls schon näher bestimmt war. (Wuttke, der Stand der Deutschen Verfassungsfrage, 92.) Der Oesterreichische Präsidialgesandte hatte an den auf das Verfassungswerk sich beziehenden Beschlüssen des Bundestags vom April bis Juli 1848 Theil genommen. Oesterreich hatte einen Vertrauensmann zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs geschickt, die Wahlen zur Nationalversammlung ausgeschrieben. In ihrem Wahlausschreiben hatte die Oesterreichische Regierung offen die Vereinbarung in Anspruch genommen. Sie hatte sich mit den Königlichen Regierungen über ein Projekt der Umgestaltung im December und Januar zu einigen gesucht, nach welcher ein Direktorium, eine Kreis- und eine Gesammtvertretung stattfinden sollte. Wir finden sie in ihrer Erklärung vom 4. Februar noch immer auf demselben, den vorherrschenden Ideen abgewendeten Standpunkte, dasselbe Ziel auch unter den geänderten Umständen verfolgend.

Unter der Mitgliedern der Nationalversammlung entstand die lebhafteste Bewegung. Es fanden die vielfältigsten und eifrigsten Privat- und Parteibesprechungen Statt über die Frage, was zu thun sei, nachdem nun auch Oesterreich, und zwar so sich ausgesprochen.

Der erste Eindruck bei den Freunden des Preußischen Kaiserthums gab sich in einem zur Schau getragenen Behagen kund. Die

---

beschließen und sie dann den Regierungen zur Vereinbarung vorlegen. Aber jetzt schon spricht Oesterreich aus, keine Unterordnung des Kaisers unter die Centralgewalt eines anderen Deutschen Fürsten. — Resultate: 1) Verhältniß Oesterreichs. Oesterreich wird so weit zu einem engeren Verbande mitwirken, als es seine eigenthümlichen Verhältnisse gestatten. Der bisherige Verfassungsentwurf geht darüber hinaus, zum Einheitsstaate, also ist eine Grundlage zu suchen, auf der Oesterreich eintreten kann. 2) Oberhauptsfrage. Oesterreich ordnet sich keiner Centralgewalt eines anderen Fürsten unter. 3) Vereinbarungsfrage. Oesterreich nimmt das volle Vereinbarungsprincip in Anspruch. Es wird sich erklären, wenn die Verfassung in Frankfurt fertig ist.

zur Parteiversammlung eilenden verfassungmachenden Professoren riefen, Raumer erzählt, den Begegnenden vor Freude strahlend zu: „Nun haben wir Fahrwasser, nun segeln wir mit vollen Segeln!“ Im Kasino ertönten Triumphlieder dieses Inhalts. Man bestärkte sich darin, mit verdoppelter Energie und Eile die bisherige Bahn zu verfolgen. Innerlich war man freilich nicht ganz so wohlgemuth und sehr bald äußerten sich Gefühle ganz anderer Art. Oesterreich wurde doch insgeheim gefürchtet, und es verwarf das ganze Gagern'sche Programm, die ganze centralistisch-unitarische Tendenz, das ganze Verfassungsprojekt, sofern es Ausdruck derselben war, den Bundesstaat als Gesammtverfassung wie in der Form des engeren Bundes, den Preußischen Erbkaiser, das Souveränitätsprincip. Das brachte die Kaiserpartei und die Linke gleich sehr auf. Vorzugsweis nahm jedoch die erstere von der Februarnote neuen Anlaß zu einer verdoppelten antiösterreichischen Agitation. Mit ingrimmiger, höhnender, die besten Verdrehungskünste aufbietender Kritik fielen die Organe der Gagernschen Partei über die Oesterreichische Erklärung her. Zumal die Oesterreichischen „Vorschwebungen“ wurden das Stichblatt ihrer Ergüsse, und die Ideen der Oesterreichischen Minister und Deputirten — der Schwarzenberg wie der Bruck — Alles, außer ihrem wohlschematisirten Projekt, war Vorschwebung. Es wäre freilich einfacher und deutlicher gewesen, wenn Oesterreich das letztere adoptiren zu wollen erklärt hätte, um die Kaiserkrone für sich in Anspruch zu nehmen. Sie triumphirten, Schwarz auf Weiß liege nun die Bestätigung dessen vor, was sie stets gesagt — und worauf sie ihren Satz, daß Oesterreich auszuschließen sei, gründeten — daß letzteres sich nicht erkläre, während es sich doch sehr bestimmt und deutlich, nur freilich nicht in dem Sinne erklärt hatte, wie gefordert wurde.*) Sie suchten die Radikalen, die Bevölkerungen und Regierungen — wobei aus dem Reichsministerium nachgeholfen wurde — in das Interesse ihrer Partei zu ziehen. Sie nahmen die Gelegenheit wahr, noch ungestümer zum schleunigen Begin der zweiten Lesung zu treiben. Sie wollten, es sei nunmehr eine ewige Scheidewand zwischen Oesterreich und Deutschland aufgerichtet, oder daß der Scheidebrief „an unsere Feinde“ nunmehr geschrieben werden müsse, und koste es auch einen Bürgerkrieg.

*) Bald genug begannen ihre noch heftigern bis in den Mai fortgesetzten Klagen, daß — Preußen sich nicht erkläre, schlechterdings nicht errathen lasse, was es wolle, was man von ihm zu erwarten habe.

Als das Unerhörteste und Unleidlichste erschien ihnen die Forderung, daß die Nationalversammlung ihre Verfassung noch einmal umarbeite, gleichsam von vorn anfange. Sie gebärdeten sich wie nur je, als habe die Nationalversammlung Alles allein in der Hand und dürfe nur Beschlüsse fassen, um — mit Hülfe des Volkes — durchzuführen, was ihr beliebe. (Anh. Nr. V.)

Im Lager gegenüber waren nur Wenige, und zwar auch unter den Oesterreichischen Abgeordneten, zumal vom Anfange, mit dem Standpunkte und dem Verfahren der Oesterreichischen Regierung völlig einverstanden. Die Meisten waren ebenfalls unzufrieden, wenn auch in geringerem Maße und aus größtentheils anderen Gründen. Sie wiesen die Vorwürfe, die Schlußfolgerungen zurück, zu welchen man sich jenseit berechtigt glaubte; ihre Einwendungen gegen das in der ersten Berathung aufgestellte Verfassungsprojekt und die ganze Behandlung der Verfassungssache in der Nationalversammlung däuchten ihnen jetzt um so mehr bewahrheitet; sie hielten sich bestärkt in ihrer Ueberzeugung und der Nothwendigkeit einer gründlichen Revision und eines anderen Ganges, sie erneuerten ihre Vorstellungen und Warnungen. Daneben aber fühlten sie sich unsicher, unbehaglich, in Verlegenheit über den nunmehr einzuschlagenden Weg, was auch noch bei den Verhandlungen durchblickte, welche in der Paulskirche über die Oesterreichische Erklärung stattfanden. Die Meinungen gingen weit auseinander, nur darin war man einverstanden, daß man sagte: es liegt jetzt auf der Hand, die projektirte Verfassung ist weder mit noch ohne den unstatthaften Ausschluß Oesterreichs in Ausführung zu bringen; dem Widerspruch des letzteren schließt sich der der Mittelstaaten an, die sie nicht annehmen, wenn der König von Preußen Erbkaiser sein soll, und soll dies nicht sein, so nimmt auch Preußen sie nicht an; letzteres würde sie „durchfechten" müssen, und daran ist nicht zu denken; ein Preußen, wie es Bedingung, und eine allgemeine Volksstimmung, wie sie gleichfalls Bedingung wäre, ist in der Wirklichkeit nicht vorhanden; Preußen wird um der Verfassung willen Oesterreich den Krieg nicht erklären, das Volk um ihrer willen und überhaupt keine Revolution machen, und wenn es zu einer solchen käme, so würde es doch wieder zu dieser Verfassung nicht kommen; bei diesem Zerren um sie und diesem Aufregen für sie stehen aber allerdings revolutionäre Unordnungen mit dem Ausgange einer siegreichen, gewaltsamen und vielleicht sehr kruden Reaction, und Zerwürfnisse der Regierungen mit den Gefahren von

bösen Parteiungen in der Nation, gänzlichem Zerfall, Sonderbünden, Einmischungen der Nachbarn in Aussicht; es ist die höchste Zeit umzukehren, wenn in dieser so heftig erregten und doch todtmatten, dieser zerklüfteten, eben durch das Hereinbringen und rücksichtlose Verfolgen des Projekts der Preußischen Partei zerklüfteten Nationalversammlung überhaupt noch irgend etwas zu Stande gebracht werden, das ganze Gewicht der Nationalversammlung nicht verloren gehen, der Spott und Hohn aller Welt sie nicht treffen und das Verfassungswerk allein den Regierungen hingegeben werden soll, die sich schwer und noch schwerer über etwas einigen werden, das uns oder unsern Gegnern gefällt; indeß hat Preußen Augenblicks einen großen Vorsprung vor Oesterreich gewonnen, indem es die Initiative ergriffen, auf die Verfassung, und wenn auch nur bedingt, ja wäre es selbst nur zum Schein, um sie hinterher doch wieder zu beseitigen, sich eingelassen und die Hände so viel freier hat; seine Tendenzen und die der Gagern'schen Partei treffen nahe genug zusammen, sofern sie auf eine Preußische Hegemonie zielen, und wenn ihre Einigung erreicht wird, so sind sie sehr stark, wo nicht unwiderstehlich in diesem Momente; allein der Ausgang der ganzen Bewegung und aller Anstalten und Anstrengungen, Deutschland in eine engere Einheit und eine bessere Verfassung zu bringen, würde in diesem Falle zum Höchsten in einer staatlichen Zusammenfassung des ganzen nichtösterreichischen Deutschlands bestehen, und wahrscheinlich nur in einer Vergrößerung Preußens oder der Errichtung eines nord- und mitteldeutschen Staates und also einer Zerreißung der Deutschen Gesammtheit, und diese Zerreißung muß mit allen Kräften verhindert werden. (Anh. Nr. V.)

Auch Radowitz' Auffassung stand diesem ganzen Raisonnement, bis auf den Schluß, sehr nahe. Er gab fast jeden Satz darin zu. Sehr beachtenswerth ist, wie er seine Gedanken formulirte über die einzuschlagenden Wege am 3. Februar, über die Frage, wie das Verfassungswerk enden könne am 11., sogleich nach dem Kundwerden der Oesterreichischen Note. (Anh. Nr. V.) Er suchte ihnen unter der Hand bei der Gagern'schen Partei Eingang zu verschaffen. Sie waren fein, sehr geeignet, jenes Zusammentreffen zu vermitteln.

Nicht Wenige von denen, die fortan mit den Oesterreichern stimmten, jedoch weder eine absonderliche Zärtlichkeit für Oesterreich, noch Groll gegen Preußen hatten, daneben mißtrauten, daß jenes auf das, was sie für nöthig oder wünschenswerth hielten, eingehen wolle oder könne,

und, war dies einmal nicht der Fall, und damit nur baldigst irgend ein geordneter und fester Zustand hervorgehe, darauf und daran waren zu einer abgesonderten Konstituirung Deutschlands unter Preußens Vorantritt, eine enge Union mit Oesterreich vorausgesetzt, bereitwillig oder auch der Herzensneigung entgegen die Hand zu bieten, würden um so mehr zugefallen sein und die Preußische Partei dürfte ihren Verfassungsplan mit viel größerer Mehrheit und viel unverdorbener durchgesetzt haben, wenn sie sah, was doch auf unserer Seite — zum Theil mit großer Besorgniß — gesehen wurde, wenn sie Radowitz' Stellung und Einfluß und damit die Bedeutung seiner Vorschläge besser würdigte, wenn sie klug genug war, dieselben sich anzueignen, selbstbeherrschend genug von den scharfen Spitzen und Kanten ihres Projektes abzulassen; wenn Gagern auf eine wirkliche Verständigung mit der Preußischen Regierung hinlenkte und wenn dann auch diese so operirte, wie die Worte ihrer Note lauteten. Allein Gagern folgte nur dem Strome und seine selbstgenügsame, leidenschaftlich bewegte Partei wollte eben — Alles oder Nichts. Sie meinte, Preußen werde schon wollen oder müssen. Sie verließ sich auf Preußen und die Kleinen. Sie dachte sich die Stimmung im Volke so, wie ihre Organe sie logen oder zu produciren bemüht waren. Sie glaubte, die Königreiche würden leicht gezwungen werden können. Sie spekulirte auf den Säbel Friedrich's des Großen und auf die Verlegenheiten Oesterreichs. Sie glaubte nicht an dessen Wiedererhebung, an dessen Kraft und Macht. Sie war Vorstellungen unzugänglich. Sie hoffte zuversichtlich, die Mehrheit in der Nationalversammlung gewinnen und durch Beschlüsse derselben, deren Fieberzustand über ihre Erschlaffung und Unkraft täuschte, Alles ausrichten zu können. Sie war organisirt und auf der anderen Seite war man es nicht, schien man ermüdet, ja völlig entmuthigt zu sein. Allein die Rechnung schlug fehl, zunächst, indem sie hierauf gestellt war, und der Ingrimm der Erbkaiserlichen war um so heftiger, als gerade jetzt, höchst unerwartet, auch diesseits eine sogleich nur zu bedrohlich erscheinende Parteiorganisation erfolgte.

Der Anfang wurde damit noch am Abend des 11. Februar gemacht, was jedoch noch keinen irgend erheblichen Einfluß üben konnte, als am 12., nach Mittheilung der Oesterreichischen Note, in der Nationalversammlung eine kurze Verhandlung über dieselbe stattfand. Am Tage zuvor hatte das Ministerium beschlossen, in der Nationalversammlung darauf hinzuwirken, daß sie lediglich an den

Verfassungsausschuß verwiesen werde; der Ministerpräsident sollte eine erwidernde Note vorbereiten, wozu der Stoff bereits vorhanden sei. Indeß ist eine solche nicht zum Vorschein gekommen. Der Präsident der Nationalversammlung schlug vor, die Oesterreichische Erklärung dem Verfassungsausschusse zu überweisen. Bei der Preußischen Partei herrschte die Ansicht vor, wenn die Versammlung Rücksicht auf dieselbe nehme, werde dadurch eine Diversion auf dem nach der Preußischen Note eingeschlagenen Wege gemacht werden, was ein großes Unglück sein würde. Eisenmann wollte erwogen wissen, wie jetzt der weitere Gang der Berathungen eingerichtet werden solle, damit die Versammlung so schnell als möglich zum Ziele gelange, andererseits aber auch die Verständigung herbeigeführt werden könne. Als wäre man damit schon im Reinen, sei bereits vorgreifend der 19. Februar als der Tag bezeichnet, an welchem die zweite Lesung zu beginnen habe; dem Ministerium sei zuzutrauen, daß es in dieser Beziehung keinen illoyalen Einfluß werde üben wollen; es scheine aber, daß eine Koterie sich als den Kern der Versammlung hinstellen und dieser die Sache über dem Kopfe wegnehmen wolle. Reichensperger sprach Freude darüber aus, daß die Voraussetzung zu Boden gefallen, daß Oesterreich in den Bundesstaat weder eintreten könne noch wolle. Er wagte indeß nicht mehr als vorzuschlagen, die Versammlung möge erklären, daß sie Akt von der Oesterreichischen Erklärung nehme und sich vorbehalte, zu geeigneter Zeit auf dieselbe zurückzukommen; dieselbe dürfe aus dem großen Zusammenhange von Thatsachen, welche bei ihrer Besprechung berührt werden müßten, nicht herausgerissen werden; die Versammlung scheide sich mehr und mehr in zwei Hauptparteien, eine, die eine Verfassung für Deutschland, eine andere, die ein Deutschland für eine a priori konstruirte Verfassung machen wolle; es sei angemessen, sie erst sich näher verständigen und gruppiren zu lassen. Auch unter den Oesterreichischen Abgeordneten der linken Seite brach sich die Einsicht Bahn, daß ohne Vereinbarung nicht durchzudringen sei. Außerdem fingen sie an, mit Sorge der Heimkehr zu gedenken, ohne daß etwas zu Stande gekommen. Daher Giskra's und Berger's Aeußerungen, der nun sogar ein Organ der Versammlung zur Vereinbarung für nothwendig erklärte. G. Beseler meinte dagegen, die Versammlung habe keine Erklärung abzugeben; ihre Beschlüsse über die Verfassung würden dieselbe thatsächlich enthalten; auch möge der Verfassungsausschuß mit keiner besonderen Berichterstattung beauftragt werden — wogegen

selbst von der linken Seite bemerkt wurde, eine ministerielle Vorlage scheine doch so viel Beachtung zu verdienen, daß sie nicht wie eine bloße Petition behandelt werde. Gagern wollte weder zugeben, daß er einen unzuständigen Einfluß geübt, noch daß die Oesterreichische Note als eine Antwort auf die Anfrage des Reichsministeriums bei Uebersendung der Beschlüsse über das Reich und die Reichsgewalt oder auf sein Schreiben vom 22. Januar zu betrachten sei. Künßberg forderte mit gutem Grunde vorgängige Berathung seines am 15. Januar gestellten Antrags, wonach ein neuer Verfassungsausschuß zur Vorlage eines neuen Entwurfs gewählt werden sollte, bis wohin die Berathung über die Verfassung auszusetzen wäre. Er hatte mehrfach an denselben erinnert, der offenbar verschleppt wurde und an seiner Bedeutung mit jedem Tage verlieren mußte.*) Allein Fuchs von Breslau meinte, so weit sei die Versammlung hoffentlich doch noch nicht gesunken, daß sie auf die Endgültigkeit ihrer Beschlüsse verzichten und auf solche Vorschläge eingehen werde; Venedey perorirte, es gelte einer prompten Antwort, die „Deutschland und der Welt zeigt, was wir sind"; Riesser sprach sich gegen eine rücksichtlose, aber zugleich für eine souveräne Behandlung und für Verweisung an den Verfassungsausschuß aus. Die Mehrheit verwarf die Anträge von Reichensperger und Künßberg und beschloß die Verweisung der Note an den Verfassungsausschuß, in welchem ihr Schicksal nicht zweifelhaft sein konnte. Riesser's Versicherung, daß sie von demselben gewiß nicht

*) „Die Oesterreichische Note bezweckt weiter nichts, als was ich gerade heute vor vier Wochen beantragt habe, nämlich eine gründliche Revision der bisherigen Entwürfe von Verfassungsabschnitten, und zwar in dem Sinne, daß die zu schaffende Verfassung im Sinne des wahren und echten Bundesstaats, und nicht in dem Sinne eines Einheitstaates ausfalle. Der Ausschußbericht, der über meinen Antrag bereits erstattet worden ist, wird, wie der Herr Präsident mich versichert hat, demnächst auf die Tagesordnung gesetzt werden. Von dem Beschlusse über diesen Bericht wird es abhängen, ob der Verfassungsausschuß über die nun in Frage stehende Sache noch ein Gutachten wird abgeben können. Ich stelle den Antrag: den Beschluß darüber, ob und an welchen Ausschuß die Note zu verweisen sei, einstweilen, und zwar so lange zu suspendiren, bis über meinen Antrag Beschluß gefaßt sein wird. Bis dahin würde es dem zu den Unterhandlungen mit Oesterreich beauftragten Reichsministerium immerhin unbenommen bleiben, von dem Inhalte der Note den etwa für passend zu erachtenden Gebrauch zu machen."

sonderlich werde berücksichtigt werden, war in der That sehr überflüßig.*)

Im Verfassungsausschusse trug der Vorsitzende (Soiron) darauf an, sie einfach zu den Akten zu nehmen; die Mitglieder des Ausschusses könnten sich darüber ihre Ansichten bilden wie sie wollten, und sich dadurch bei ihren Abstimmungen über die Vorlage zur zweiten Lesung leiten lassen. Allein man war mit der Revision fast schon am Ende, insbesondere war über die, Oesterreich am nächsten angehenden Paragraphen bereits Beschluß gefaßt. Standhaftem Widerspruch gelang es, den Beschluß durchzusetzen, der Note eine besondere Berathung zu widmen, bei welcher jedoch nichts herauskam. Die Mehrheit ging nicht davon ab, daß es im Wesentlichen bei der projektirten Verfassung bleiben müsse, und erblickte nur Hindernisse des Zustandekommens der Verfassung darin, daß man Rücksicht auf die Oesterreichische Erklärung nehme. Die Organe der Partei hatten noch drastischere Aeußerungen und Argumente, woneben einmal das sonst stets Verläugnete geradezu eingestanden wurde: daß die in erster Lesung beschlossene Verfassung allerdings einen Einheitsstaat beziele. (Anh. Nr. V.)

Auch unter den Gegnern des Erbkaiserprojekts, zumal auf der linken Seite, waren sehr Viele mit der Gagern'schen Partei darin einig, daß eine Verfassung, wie die projektirte, souverän zu beschließen und der bisherige Gang auch ferner rücksichtslos inne zu halten sei. So gut wie hoffnungslos war daher, was auf eine andere Behandlung zielte. Einer der nächsten Tage lieferte einen Beweis. Das Präsidium hatte endlich am 15. Februar, so nahe vor der zweiten Lesung, zu welcher man mit allen Kräften trieb, den Antrag Künßbergs auf die Tagesordnung gesetzt. Er war zwischen dem Petitions- und dem Verfassungsausschusse hin- und hergewandert. Der

---

*) In der zweitfolgenden Sitzung wurde eine auf die gefaßten Beschlüsse bezügliche Erklärung mitgetheilt, zu welcher sich 64 Oesterreichische Abgeordnete, Linke wie Rechte, vereinigt hatten. Da die Verhandlung über die Note auf unbestimmte Zeit verschoben sei, so sähen sie sich veranlaßt, schon jetzt zu erklären, daß sie ihr vom Volke empfangenes Mandat in keinem anderen Sinne verständen und ausüben würden, als im Sinne der Ereignisse und Beschlüsse, welche die konstituirende Nationalversammlung ins Leben gerufen hätten, und daß sie ihre Aufgabe und Pflicht als Vertreter des Volkes nur in der Begründung der Deutschen Einheit und Freiheit, in einem ganz Deutschland umfassenden Bundesstaate erkennten.

letztere hatte ihn zuletzt doch dem ersteren überantwortet, welcher durch Uhland empfahl, ihm keine Folge zu geben. Die Mehrheit der Nationalversammlung habe die Vorschläge des Verfassungsausschusses in allem Wesentlichen genehmigt, sei abgeneigt, von ihren Ideen und Beschlüssen wieder abzugehen, werde keinen Ausschuß wählen, wie ihn Künßberg haben möchte. Dieser stellte eindringlich vor, daß man sich in eine Sackgasse verlaufen, aus welcher nur Umkehr heraushelfen könne; daß die Versammlung in der großen Mehrheit von Anfang bis heute einen Bundesstaat aber kein Erbkaiserthum haben wollen, welches demselben widerspreche; daß es gelte und die höchste Zeit sei, das durch die Subkommission über den Ausschuß und durch diesen über die Versammlung geworfene Netz zu zerreißen;*) daß die Zeit der Täuschungen vorüber und daß man die traurigen Folgen derselben nun doch vom Vaterlande abzuwenden suchen müsse; daß es sich um Herstellung des politischen Kredits der Versammlung handle; daß mit bloßer Redaktion, Verneinung oder Verbesserungsanträgen der Sache nicht zu helfen, vielmehr eine durchgreifende Revision unerläßlich und daß, sollten auch die bisherigen Mitglieder des Ausschusses wieder gewählt werden, die Neuwahl diesem einen neuen Geist geben würde. Nach Künßberg sprach Jahn. Die Versammlung pflegte seine Vorschläge zu verwerfen, weil sie barock waren oder lauteten, diesmal verwarf sie dieselben, weil sie ungewöhnlich vernünftig waren. Er meinte nämlich, die Versammlung sei verbraucht und werde auch bei einer zweiten Lesung nichts zu Stande bringen; sie möchte noch das Wahlgesetz berathen und das Kapitel vom Staatenhause, dann beide Versammlungen berufen und ihnen die Frage über das Oberhaupt und das Uebrige überlassen, „denn wir kriegen's nicht fertig!" Plathner entgegnete, der Sinn des Künßbergischen Antrags sei der, die Versammlung solle erklären, ihre bisher gefaßten Beschlüsse taugten nichts, solle sich also das Todesurtheil sprechen; der Verfassungsausschuß habe die Mehrheit des Hauses gerade bei den Beschlüssen am meisten für sich gehabt, die „das Wesen des Bundesstaats" betreffen; der Antrag sei also zu verwerfen. Die von Rüder geforderte namentliche Abstimmung

*) Davon hörte man nie gern, läugnete auch bisweilen, hat jedoch auch bekannt. Biedermann (71) spricht z. B. von dem weitschauenden sichern staatsmännischen (!!) Blicke derjenigen, welche longa manu die Kaisermacherei vorbereitet hätten. Freilich liest er S. 78 Gagern wieder den Text, daß er so wenig voraussichtig gewesen sei.

ergab 298 gegen 110, die dem Antrage Künßberg's Folge gegeben wissen wollten. Anträge ähnlichen und vermittelnden Sinnes von Linde und Förster fanden gar keine Unterstützung; der erstere nicht, weil er, obgleich sehr gut motivirt, bei der herrschenden Stimmung noch aussichtsloser erschien, als der Künßbergische.

Die Entstehung der großdeutschen Partei. — Versammlung im Hotel Schröder am 11. Februar. — Versammlung in der Mainlust am 14. Februar. — Der großdeutsche Verfassungsausschuß. — Seine „vorläufigen Verbesserungsanträge". — Somaruga, Heckscher, Hermann nach Olmütz. — Neue Organisation der Erbkaiserlichen zur Weidenbuschpartei.

Nach Würth's Rückkehr besprach sich Schmerling mit ihm und einer mäßigen Anzahl anderer Oesterreichischer Abgeordneten wiederholt.*) Die Mehrzahl billigte den Standpunkt, den die Oesterreichische Regierung angenommen, nur theilweis, sah darin einen Fehler, oder doch ein Unglück. (Anh. Nr. V.) Einzelne waren völlig entgegen und heftig erzürnt. Würth beantragte freiwilliges Ausscheiden sämmtlicher Oesterreichischer Abgeordneten aus der Nationalversammlung, doch nur der einzige Arneth stimmte ihm bei.**)

*) Nichts weniger als daß, wie Biedermann (S. 83) berichtet, die Oesterreicher unter Schmerling's Vorsitze sich versammelt hätten. Nicht Wenige von ihnen haßten und mieden den Urheber des Belagerungszustandes gerade am meisten und schroffsten. Gänzlich grundlos war auch ein gehässiger Bericht der Deutschen Zeitung, wonach in jener angeblichen Versammlung eine Kommission, bestehend aus Würth, Beda Weber und Berger niedergesetzt worden sein sollte.

**) Ermüdung und Ueberdruß mochten bei ihm mitwirken, sein Hauptmotiv war eine falsch verstandene Ehrlichkeit und eine sehr trübe Ansicht von Oesterreichs Zuständen und Aussichten, von dessen Vermögen, für Deutschland etwas sein oder thun zu können. Er hatte sich in den Gedankengang hineinbringen lassen, wonach es sich nothwendig um einen „Bundesstaat",

Die große Mehrheit sprach sich dahin aus, die Verbindung Oesterreichs und Deutschlands sei für beide Nothwendigkeit, die Verfolgung des Erbkaiserprojekts für beide Verderb; die Preußische Partei sei der Aufgabe untreu geworden, betreibe ihr zuwider Sonderbündelei; die Oesterreichischen Abgeordneten säßen hier mit demselben Rechte wie die übrigen; ihrem Mandat zufolge würde ihr Austritt unberechtigt sein; es auferlege ihnen die Pflicht zu bleiben, trotz aller Unbill, welche sie erführen; der Austritt würde von einem unehrenhaften Kleinmuth zeugen; die Aufgabe sei unverändert dieselbe, nicht gelöst durch die erste, sondern erst zu lösen durch die zweite Berathung, aus welcher die Verfassung in einer Gestalt hervorgehen könne, worin sie Oesterreich den Eintritt ermögliche und auch der Oesterreichischen Regierung annehmbar erscheine. Schmerling's Rath ging dahin, die Oesterreichischen Abgeordneten möchten ihre besonderen Parteistellungen aufgeben und versuchen, sich über Vorschläge zu einigen, welche geeignet wären, die Verfassung in eine solche Gestalt zu bringen, wobei der Gedanke leiten müsse, das Ultraunitarische aus derselben zu entfernen und sie auf das Maß und den Charakter des wirklichen Bundesstaates zurückzuführen; er werde sich nach wie vor bei dem Oesterreichischen Kabinet dahin verwenden, daß dasselbe auf den in diesem Sinne umzugestaltenden Entwurf eingehe und den so lebhaft sich bekundenden Sympathieen für Oesterreich entgegenkomme.

Wenn es aber auch den Oesterreichischen Abgeordneten gelang, sich über solche Vorschläge zu einigen, so war damit an sich selbst noch nichts erreicht. Man mußte ihnen die Majorität der Versammlung gewinnen und gegenüber der zahlreichen festgeschlossenen Partei des Preußischen Kaiserthums befand sich das Heerlager derjenigen, deren Geneigtheit anzunehmen war, in großer Zerfahrenheit. Diesem Mangel konnte nur durch eine neue Parteibildung abgeholfen werden.

---

wie den in der Nationalversammlung projektirten, ja nur noch um die Vollendung einer Verfassung handle, in welche Oesterreich, nach der Absicht der parlamentarischen Mehrheit nicht eintreten solle, nach der Absicht der Oesterreichischen Regierung nicht eintreten werde und deren Zustandekommen zu stören unbillig und unehrenhaft erscheine. Nicht wenig mochte daneben der Unmuth über die Behandlung thun, welche den Oesterreichischen Abgeordneten widerfuhr und mittelbar auch wol die Ansicht der specifisch „Schwarzgelben", die sich gleich manchen „Schwarzweißen" am liebsten von Deutschland ganz zurückgezogen hätten. Sie meinten, daß gänzliche Trennung dem Interesse Oesterreichs auch insofern gar nicht zuwiderlaufe, als letzteres an diesen unbrüderlichen Deutschen nichts verliere.

Sie erfolgte vornämlich auf Heckscher's Betreiben, der dadurch in diesem Momente abermals sehr bedeutsam einwirkte.*)

Er war zu Ende des Januar aus Italien mit dem festen Vorsatze zurückgekehrt, das zufolge seiner innigsten Ueberzeugung grundfalsche und verderbliche Gagern'sche Programm nach Kräften zu bekämpfen. Er glaubte gegenüber der gutdisciplinirten Preußische-kaiser-Partei nur Ohnmacht und Planlosigkeit zu erblicken. Sein erster Gang war zu Gagern, dem er die entschiedenste Mißbilligung seines Programms, sein zweiter zu Schmerling, dem er seinen Entschluß, die Preußische Vergrößerungspolitik auf's Aeußerste zu bekämpfen, kund gab. Jenes ruhe auf der doppelt irrigen Voraussetzung eines Aufgehens Preußens in Deutschland und eines ewigen Bundes mit dem ausscheidenden Oesterreich; die Kaiseridee sei lediglich ein Anachronismus, ihre Verwirklichung müßte entweder zu unseliger Ohnmacht der Centralgewalt oder zur Vernichtung der Einzelstaaten führen, wozu allseits der Wille fehle; die Theilung Deutschlands, um den Preußischen Kaiser möglich zu machen, sei der Untergang der Kraft, der Freiheit, des Wohlstandes des großen Vaterlandes, und ein solches mit etwas weniger sei einem kleinen mit etwas mehr — vielleicht auch nur eingebildeter — Einheit weit vorzuziehen. Er erwartete von Schmerling keineswegs, daß dieser sich mit ihm zur Bildung einer neuen Partei verbinde oder gar mit ihm an die Spitze einer solchen trete. Schmerling's Stellung als Oesterreichischer Bevollmächtigter stand dem entgegen, und außerdem hielt Heckscher dafür, Schmerling's eigene Ansichten und Vorschläge seien dem Gagern'schen Progamm viel zu analog gewesen. Er meinte versuchen zu müssen, zunächst die zerstreuten Elemente der Opposition gegen das letztere unter einer provisorischen Fahne zu versammeln, dann aber dieser vereinigten Opposition eine positive Haltung und Richtung zu geben. Sein Plan ging dahin, es sollte das Projekt der Nationalversammlung in dem Sinne revidirt werden, daß die wesentlichen Grundlagen —

---

*) Man hat mich erinnert, und ich muß es korrigirend hier nachtragen, daß er es war, der in einer der bei mir gepflogenen Besprechungen kurz vor der durch den „kühnen Griff" famos gewordenen Sitzung den Vorschlag hinein warf, man möge einen „kühnen Griff" thun und vorbehaltlich der Genehmigung durch die Regierungen selbst wählen; daß der Vorschlag viel Widerspruch fand und daß Gagern allein oder fast allein Heckscher beipflichtete. Vergl. des Letztern „An meine Wähler" im Hamb. Korr. 1849, Nr. 133, wo jedoch jenes Vorgangs keine Erwähnung geschieht.

Grundrechte, Volkshaus, eine starke Centralgewalt — festgehalten, diejenigen Bestimmungen, welche auf die Ausschließung Oesterreichs oder auf die Errichtung eines Einheitsstaates zielten, beseitigt und an deren Stelle andere gesetzt würden, um den Eintritt Oesterreichs offen zu halten und sein und aller größeren Staaten Verbleiben im Bundesstaate zu vermitteln. Nach manchen Einleitungen und Besprechungen, wobei vor Allen Somaruga und de Pretis als Vermittler thätig waren, gelang es, am Abend des 11. Februar eine zahlreiche Versammlung von Abgeordneten aus verschiedenen Ländern — zum größten Theile Oesterreichern und Baiern — und verschiedenen Fraktionen von der rechten Seite bis zur gemäßigten Linken im Hotel Schröder zusammenzubringen. Die Einladung war von Niemandem unterschrieben, ging aber von Heckscher, Somaruga und, wenn ich nicht irre, Welcker aus. Letzterer präsidirte. Nach den Aeußerungen der ersten Sprecher schien eine Vereinigung der Ansichten kaum möglich. Deym empfahl einen Verfassungsplan gemäß der Idee der Errichtung eines Ost- und eines Westreichs, welche dann in eine enge Verbindung gebracht werden sollten. Das fand keinerlei Anklang. M. von Mohl sprach von einem Oesterreichischen Kaiser. Nur noch ein Einziger, Wedekind, war derselben Meinung. Als ich auf das ganz Unpraktische und Verwirrende dieses Gedankens hinwies, pflichtete man allgemein bei. Dann waren es wesentlich nur noch zwei entgegenstehende Gesichtspunkte, welche aufgestellt und vertheidigt wurden.*)

Die Einen — ein Theil der Mitglieder der Vereinigung im Pariser Hofe, deren Ansicht ich andeutete — sah die Sachen folgendermaßen an: Auch der Bundesstaat ist unmöglich oder, wenn es zu seiner Errichtung käme, unhaltbar; bei den wirklichen Verhältnissen und Stimmungen, den für die stärksten zu haltenden, passen auch die bundesstaatlichen Formen nicht. Da sind die Erfahrungen, die man mit dem Versuch einer über den Staaten stehenden und in sie hineinregierenden Centralgewalt und an den Bevölkerungen wie Regierungen gemacht hat, wo es galt, den Ernst der Unterwerfung unter eine solche und des Verlangens nach einer solchen zu zeigen. Bei der in

*) Es war erfunden, daß auch Wuttke den Oesterreichischen Kaiser als Erbkaiser habe an die Spitze stellen wollen. Im Hotel Schröder und im sogleich zu erwähnenden großdeutschen Verfassungsausschuß war nie wieder die Rede davon. Am wenigsten ist jemals, was gleichfalls behauptet worden, mit der Linken darüber paktirt.

erster Lesung beschlossenen Verfassung so stehen bleiben, daß man daraus entfernt, was auf einen Einheitsstaat zielt und sie in eine bundesstaatliche umwandelt, würde nur eine Halbheit sein, bei welcher man mit vieler Mühe und Anstrengung doch nichts erreichte. Oesterreich läßt sich darauf nicht ein, und Preußen ebenso wenig, einen einzigen unstatthaften Fall ausgenommen; nur in den Kleinstaaten thut man einstweilen Alles was gefordert wird und zum Theil auch nur geängstet und gedrungen. Es erübrigt nur noch das, womit man hätte anfangen sollen, eine thunlichst durchgreifende Besserung der staatenbundlichen Verfassung. Es gilt einem Entwurfe, der auf diese aufbaut was als wahres nachhaltiges Bedürfniß die Jahre daher sich herausgestellt hat, worin die Verschiedensten zusammentreffen, was die eminente Mehrheit der Versammlung des Volkes und der Regierungen selbst für gut und nöthig achtet, also namentlich eine delegirte Obergewalt, die ihre Kraft aus den Einzelstaaten und dem ganzen Volke empfängt, wie sie allein für einen Föderativstaat paßt, ein Staaten- und aus den Ständekammern hervorgehendes Volkshaus, dann insbesondere ein Reichsgericht, kommercielle und anderweite Einheit in vielen nützlichen Dingen, Kriegsordnung — vielleicht Kreisordnung, Aufnahme von Gesammtösterreich — mit einem Worte eine Verfassung für die zu Schutz und Trutz und zur Förderung aller gemeinsamen Sachen vereinigten und unter einem obersten Rath verbundenen unzerstörbaren und unzerstört bleiben wollenden Deutschen Staaten, eine so straffe Einigung, wie die nachhaltig zu achtenden Stimmungen und die Verhältnisse sie zulassen. Damit würde sehr viel erreicht werden, genug für einen geschichtlichen Moment, genug, um damit für die nächste Zukunft auskommen zu können, genug für die Aufgabe und Arbeit der Befestigung und weiteren Ausbildung in einem Menschenalter. Will die Nationalversammlung mehr, so wird sie Nichts erreichen, so werden die Regierungen, so werden die Abgönner und Feinde der Nationalwünsche das Spiel gewinnen. Mitten im noch andauernden Taumel mehren sich die Zeichen, daß man in der Nationalversammlung wie im Volke zum Besinnen kommt, und man wird in diesem Vernunft annehmen, wenn nur aus jener heraus nicht wie bisher geschürt wird und wenn sie für einen richtigen Weg sich entscheidet. Formell führt Künßberg's Antrag auf ihn hin. Noch kann sie das Verfassungswerk förderlich zu Stande bringen, wenn sie sich selbst zu überwinden vermag, und die Aufgabe sollte sein, sie dahin zu bringen; ist sie aber unvermögend, dem Einfluß

der Bücher- und Kathederweisen und in wahrhaft Deutscher Staatskunst Unerfahrnen sich zu entziehen, die den jetzt klaffenden tiefen Riß an erster Stelle verschuldet, den alle Redekünste und Wendungen ihrer Organe nicht mehr zuzudecken vermögen; kann sie nicht heraus aus den Unklarheiten und Maßlosigkeiten der revolutionären Zeit, die eine solche Heuschreckenplage von Theorien und Entwürfen brachte, ein freies und einiges Deutschland ungestüm forderte und keinen klaren Begriff der nothwendigen, möglichen organischen Gestaltung gewann; fährt sie fort, in Deutschland eine weiche in jede Form zu pressende Masse zu sehen und zu verkennen, daß es aus vielen längst fest gestalteten Körpern besteht, die nur zu gemeinem Schaden zerschlagen werden könnten, und die nach altem Deutschen Recht und Wesen in den möglichst engen Verband zu bringen allein die Aufgabe sein kann; verkennt sie fort und fort die Schranken des Ausführbaren und ihres eignen Vermögens, so ist doch Alles vergeblich; die Verblendeten sind dann den Folgen ihres Unverstandes und Hochmuthes zu überlassen.

Die große Mehrheit war jedoch anderer Meinung. Sie hielt eine und wenn auch thunlichst reformirte Bundesverfassung für ungenügend, den Bundesstaat für nothwendig und noch immer möglich, die Nationalversammlung noch für stark genug, ihn durchzusetzen, wenn sie ihn mit großer Mehrheit beschließe. Für ihn sei eine solche zu gewinnen, auch im Volke; ein Wenigeres werde nirgend befriedigen. Zumal die aus Fraktionen der Linken Theilnehmenden standen, ob auch in minderm Grade als die Exaltirten der linken Seite und der Gagern'schen Partei, und den Kaiser und andere Auswüchse ablehnend, unter dem Einfluß der Ideen von der Macht und Machtvollkommenheit der Nationalversammlung, derselben Anschauung und Richtung, welche auf deren Verfassungsprojekt hingeführt hatten. Die größere Zahl der Oesterreicher sagte: Wenn nicht Oesterreichs, so heischt des übrigen Deutschlands Bedürfniß den Bundesstaat; man hat hier Oesterreich zu berücksichtigen, dieses aber darf die Sache nicht nach seinem alleinigen Interesse entschieden wissen wollen, das auch keineswegs eine solche Verneinung des Werkes der Nationalversammlung erfordert; die Oesterreichische Regierung geht darin viel zu weit; sie verkennt die wirklichen Bedürfnisse Deutschlands und den Inhalt und die Kraft der Meinung in Frankfurt wie im Volke, die nicht so unmächtig und pervers ist wie man sie in Olmütz sich denkt, und wofern pervers doch als Thatsache zu berücksichtigen ist; die Oesterreichische Regierung

muß der Nationalversammlung sich wieder mehr nähern, wenn nicht entweder jeder Abschluß, was ein unabsehbares Unglück für alle Theile sein würde, verhindert, oder in zweiter Lesung im Sinne der Preußischen Partei endgiltig beschlossen und das Preußische Kaiserthum, der norddeutsche Staat oder so etwas vollendete Thatsache werden soll; es ist mit Grund zu hoffen, daß man dies in Olmütz erkennen und auf die hier projektirte Verfassung eingehen wird, wenn sie von dem für Oesterreich schlechthin Unannehmbaren gereinigt ist. Ein Theil auch der Nichtösterreicher pflichtete der Ansicht Jener mit mehr oder weniger Zuversicht bei. Andere trafen wenigstens am Ziele mit ihnen zusammen, indem sie sagten: Es bedarf zunächst einer Mehrheit in der Nationalversammlung und für einen nur auf eine Bundesreform zielenden Entwurf ist, wie der Augenschein zeigt, eine solche nimmer zu gewinnen; schon was nur vom Kaiserreich auf den wirklichen Bundesstaat zurücklenkt, wird von hier aus mit Erfolg als Rückkehr zum alten Bunde verschrieen, das Geschrei: der alte Bund! würde ein Minderes nicht zur Ausführung, und wenn dazu, nicht zu Bestande, am wenigsten zur Ausbildung gelangen lassen; selbst das Beste darf man seiner Zeit nicht bieten, wenn ihr das Verständniß dafür gänzlich abgeht; es ist zu spät, um noch von dem in erster Lesung Beschlossenen auf eine andere Grundlage zurückzukommen; ein dahin gehender Versuch würde nur zu dem Ergebniß führen, daß keine geschlossene Partei entgegen der Gagern'schen sich bildete und daß diese in der Paulskirche durch Mehrheit, draußen mit Hülfe Preußens ihren Zweck erreichte; das allein Praktische ist der Versuch, eine Revision des hier Beschlossnen durchzusetzen und die Genehmigung Oesterreichs zu erwirken, dessen Ausschluß auf jede Weise zu verhindern ist und nur so verhindert werden kann.

Die große Mehrheit entschied für den Gedanken: damit die Aufgabe der Nationalversammlung gelöst und die Spaltung Deutschlands verhütet werde, ist die in erster Lesung beschlossene Verfassung so umzubilden, daß sie für alle Deutsche Staaten, insbesondere auch für Oesterreich paßt. Man wollte demgemäß auf Entfernung ihrer nur für einen Einheitsstaat sich eignenden Bestimmungen, sowie darauf hinwirken, daß der föderative Charakter in ihr hervortrete. Sofern man sie verwarf, wollte man etwas Positives an ihre Stelle setzen, ein Gegenprojekt aufstellen, auf welches namentlich auch Oesterreich sich einlassen könnte. Man hoffte, daß man schon durch den baldigst zu Stande zu bringenden Entwurf die Oesterreichische Regierung zu

einer bestimmten Erklärung vermögen werde. Man wählte einen Ausschuß, den „großdeutschen Verfassungsausschuß“, bestehend aus neun Mitgliedern, welche zum Theil Fraktionen der gemäßigten Linken angehört hatten: Würth, Somaruga, Giskra, Edel, Hermann, Ahrens, Welcker, Wydenbrugk, Heckscher, zu denen bald darauf noch Wuttke und Reichensperger hinzutraten. Er wurde beauftragt, gemäß den oben bezeichneten Gesichtspunkten die Verfassung zu revidiren, und die aufzustellende Ausarbeitung vorzulegen. Ein Theil der Versammelten nahm an der Wahl des Ausschusses keinen Theil, es wurde kein Programm, kein Statut vorgelegt, keine Verpflichtung, keine Namensunterschrift gefordert, kein Vorstand gewählt, über regelmäßige Versammlungen nichts beschlossen. Gemeinschaftliche Ansichten oder Zwecke waren das einzige Band, jeweilige offne, zwanglose Versammlungen wurden für genügend und am geeignetsten gehalten für das Ziel, durch Ueberzeugung möglichst Viele aus den Parteizerklüfteten und Gebundenen oder den „Wilden“ zu gewinnen. Doch fand immerhin eine Art von Parteibildung statt. Von diesem Abend datirt die Verbindung der „Großdeutschen“ gegenüber der „kleindeutschen“ Partei. Die Fraktion im Pariser Hofe verblieb in einer zugewandten, doch unabhängigen Stellung neben ihr. Sie konnte nicht verkennen, daß die in der Minderheit gebliebene Meinung keinerlei Aussicht hatte durchzudringen. Die Ideen und Tendenzen der Mehrheit standen den ihrigen am nächsten. Allein sie mißtraute dem Gelingen, sie fürchtete die Wege und Mittel, die Wirkungen und Folgen des Versuchs. Der hochmüthige Eigensinn der Gagern'schen Partei und der „souveräne Unverstand“ der Linken däuchten ihr unbesiegbare Hindernisse. Jene war keinenfalls, diese nur durch Koncessionen zu gewinnen, die aber schlechthin unstatthaft erschienen, die man auch nicht machen wollte, nicht machen durfte, weil dann die Regierungen abgelehnt hätten. Welche Aussichten bot nun das Unternehmen?

Der Versammlung im Hotel Schröder folgte nach wenigen Tagen eine zweite. Um aus allen Parteien für ihre Tendenzen zu gewinnen, veranstalteten die Leiter der neuen Vereinigung am 14. eine abermalige Zusammenkunft in der Mainlust. Insbesondere war Welcker so lebendig von der Richtigkeit der großdeutschen Ideen und von dem Unheil, das durch das Zustandekommen des Kaiserprojekts über Deutschland kommen werde und müsse, überzeugt, daß er um so sanguinischere Hoffnungen von der Wirksamkeit einer öffentlichen

und zwanglosen Erörterung jener Ideen auch bei den Erbkaiserlichen hegte. Er war es, von welchem die Einladung zu einer gemeinschaftlichen Besprechung „an alle Abgeordnete, welche das Verbleiben der deutsch-österreichischen Lande in einem wahren und kräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Bundesstaat anstreben“ ausging.*) Die Versammlung, in der Welcker auch präsidirte, war sehr zahlreich und von Mitgliedern aller Fraktionen besucht.

Welcker begann die Verhandlungen mit einem Aufrufe an alle Parteien und Landsmannschaften, sich gemäß dem großdeutschen Gedanken für eine Revision des Verfassungsprojekts zu vereinigen. Vogt schwatzte aus, daß die Linke jetzt die Entscheidung in der Hand zu haben glaubte; inducirt durch die erbkaiserlichen Behauptungen und Insinuationen äußerte er sich so, als ob es darauf abgesehen wäre, die Linke zu gewinnen und weiter sehr cynisch, daß sie, jedoch nicht wohlfeil, zu haben sein dürfte. Die Unverschämtheit, über welche viel Irriges verbreitet ist, wurde den Großdeutschen auf die Schuldrechnung geschrieben. Reichensperger wies Vogt mit seinen Voraussetzungen und Zumuthungen in einer nachdrücklichen Erwiederung ab. Das verschwiegen die erbkaiserlichen Berichte. Fuchs aus Breslau befragte den Vorsitzenden, über welche Punkte die Einladenden vorläufig übereingekommen wären? Welcker entgegnete, vorläufig sei nur darüber eine Einigung herbeigeführt, daß kein Erbkaiser, sondern eine Kollektivregierung einzusetzen sei und demnach der Reichsrath wegfalle, so wie daß mehre Sätze der Verfassung, welche das Wesen des Bundesstaats verletzten, theils verändert, theils gestrichen werden müßten. H. Simon erklärte für die Linke, daß sich diese auf einen bindenden Beschluß nicht einlassen könne (was nicht erwartet und noch weniger gefordert war) und in zwei Tagen ihre Erklärung abgeben wolle. Ein eigentlicher Beschluß kam überhaupt nicht zu Stande.

Wenn diejenigen, die man jetzt Großdeutsche nannte, gemäß dem schon seit manchen Wochen geäußerten Vorwurfe eine Verbindung mit der Linken hatten, wie kam es, daß sie jetzt eine solche suchten? Daß keine bestand, ging abermals gerade auch aus den Aeußerungen Vogt's und Simon's hervor. Wenn sie eine Verbindung eben nur mit der Linken beabsichtigt hätten, so würden sie ihre Einladung nicht

---

*) Haym (II, 282) gesteht freilich, die „so gefaßte“ Einladung habe zwar — streng genommen — Niemand von der Versammlung ausgeschlossen, legt dann aber hinein, sie habe „ausdrücklich“ die Mitglieder der Linken gelockt.

so allgemein gefaßt haben, und hätten sie eine irgend welchem Tadel unterliegende Koalition mit der Linken gesucht, so wäre es geradezu unsinnig gewesen, sämmtliche Abgeordnete aus allen Fraktionen dazu herbeizurufen, die Gegner zum Aktus einzuladen, wider die ein Bund geschlossen werden sollte. Es half indeß nicht, die Allianz sollte jetzt fertig sein.

Der großdeutsche Verfassungsausschuß begab sich sogleich an die Lösung seiner Aufgabe. Von den Mitgliedern neigte am meisten Wydenbrugk zu den Ansichten der Linken, von welchen Giskra fast ganz zurückgekommen schien, während die der Rechten allezeit in Reichensperger den eifrigsten Fürsprecher fanden. Der Ausschuß hielt unter Welcker's Präsidium tägliche Sitzungen, suchte die Sache mit um so anhaltenderem Eifer zu fördern, da die Gegenpartei zum raschesten Abschlusse drängte und einigte sich verhältnißmäßig sehr rasch. Bis zum 22. Februar hatte er seine Ausarbeitung vollendet. Er ließ dieselbe sofort unter dem Titel „Vorläufige Verbesserungsvorschläge zu dem in erster Lesung angenommenen Entwurfe“ in mehren hundert Exemplaren drucken und in der Paulskirche, auch an die Bevollmächtigten vertheilen. Am 25. Februar erschien sie als Beilage zur Frankfurter Zeitung. Die Allgemeine Zeitung brachte in ihrer Nummer vom 26. einen Auszug mit Angabe dessen, worin die großdeutsche Aufstellung mit jenem Entwurfe übereinstimmte und worin sie von demselben abwich. Der ganze große Haufe der Tagsblätter ignorirte, um nicht zu sehen oder damit die Leser nicht sähen, um nicht gestört zu werden in der Auffassung oder der Lüge, daß die Großdeutschen nur auf Verneinen und Zerstören ausgingen. Die in der Hauptsache auf Ermäßigung der ultraunitarischen Bestimmungen des in erster Lesung angenommenen Entwurfs und insbesondere auf eine Direktorialregierung hinauslaufenden großdeutschen „Verbesserungsvorschläge“ erschienen großentheils als Minderheitsanträge des Verfassungsausschusses, da Welcker, Somaruga und Ahrens Mitglieder desselben waren. Ebenso sind die meisten spätern Anträge der großdeutschen Partei der klar und bestimmt gefaßten Ausarbeitung entnommen. Sie wurde zwar sofort verschrieeen, daß sie der Linken Koncessionen mache, doch nur in dem Vertrauen, daß man nicht lesen, sondern glauben werde. Sie zeugte in allen ihren Theilen sichtlich von dem Bemühen, etwas Annehmbares und in den gegebenen Verhältnissen Mögliches, ein Mittleres aufzustellen, worin sowol die Parteien und Landsmannschaften in und außer der

Nationalversammlung als die Regierungen sich einigen könnten. Vergleicht man sie mit dem, was die letzteren in ihren eben um diese Zeit einlaufenden Erklärungen wünschten, beantragten, genehm hielten, was damals und noch eine längere Zeit namentlich Oesterreich billigte und selbst anbot, so ersieht man, daß sie zwar noch mehr centralisirte und den Regierungen mehr zumuthete, als von denselben zu erlangen war, aber doch in den Hauptsachen mit deren Tendenzen jedenfalls in weit höherem Maß zusammentraf, als die Aufstellung, der sie entgegentrat. Das gut schließende Ganze wies überall auf den Begriff des wirklichen Bundesstaates und postulirte genug, um selbst die damalige Meinung zu befriedigen, wenn nur die Nationalversammlung sich daran hätte genug sein lassen wollen, statt die Ueberspanntheit der Forderungen zu unterhalten. Den besondern Oesterreichischen Bedürfnissen, Wünschen und Ideen war am wenigsten Rechnung getragen.*) Eben die größten Einräumungen waren der Gagern'schen Partei gemacht, an deren Entwurf der großdeutsche — wie der Erfolg gezeigt hat noch viel zu sehr — sich anlehnte, viel weniger die Forderungen der Linken, auf welche in sofern gerechnet wurde, als sie weder einen Preußischen Kaiser noch den Ausschluß Oesterreichs wollte, berücksichtigt. Es hatte auch nicht geschehen können, da einer der Hauptgesichtspunkte der war, die Regierungen und namentlich die Oesterreichische zu gewinnen. Man zielte weit mehr darauf, wenigstens einen beträchtlichen Theil der Gagern'schen Partei herüberzuziehen, diejenigen, von welchen man annahm, daß sie die Unausführbarkeit des Gagern'schen Programms und insbesondere die des Kaiserprojekts eingesehen, den Wegfall mehrer wichtiger Voraussetzungen des erstern erkannt hätten, oder erkennen und nicht gemeint sein würden, die Wendung noch ferner mitzumachen, wonach an die Stelle der ursprünglichen Deutschen, Preußische Tendenzen getreten waren und das Endergebniß statt in einer bessern Verfassung Gesammtdeutschlands, in Preußischer Hegemonie oder der Errichtung eines preußisch-norddeutschen Staates bestehen sollte. Man hoffte, mit diesen so Gesinnten die frühere konservative Mehrheit wiederherzustellen, wenn es nicht gelänge, eine größere

*) Sofern anzunehmen war, daß Oesterreich das Mindeste aller dieser Frankfurter Projekte zulässig erachten werde, und auch in anderen Beziehungen. Als z. B. Ahrens im Ausschuß die Hervorhebung der Kreiseintheilung gefordert, hatte Welcker eingewendet, sie sei unnöthig und man würde nur neuen Anstoß erregen. Jetzt, und auch späterhin, blieben dergleichen Anträge vereinzelt.

Vereinigung aus allen Parteien für den großdeutschen Entwurf zu bilden. Gleichzeitig mit dem großdeutschen arbeitete ein Ausschuß der Linken, allein es wurden keinerlei Verhandlungen mit ihm gepflogen. Die einzige Zusammenkunft des großdeutschen Ausschusses mit Mitgliedern der Linken (Simon, Vogt, Eisenstuck) fand vor einer Sitzung der Nationalversammlung statt und dauerte etwa eine Stunde; auch Andre, wie namentlich Rießer, waren dazu eingeladen und erschienen; der fertige großdeutsche Entwurf wurde in dieser Zusammenkunft übergeben und man verabredete lediglich, die Linke solle auch ihrerseits ein Projekt vorlegen und man wolle dann später die Differenzpunkte ins Auge fassen. Allein man hat sich darüber nicht geeinigt, nicht einmal weiter verhandelt. Die erwarteten Gegenanträge der Linken kamen nicht zum Vorschein. Sie wurden nicht vorgelegt oder gar nicht festgestellt, wie es scheint, weil der Antrag Welcker's vom 12. März, an welchem Tage noch darüber berathen wurde, die Sache ins Stocken brachte und weil die Einfädelungen der Verbindung der Gagern'schen Partei mit der Linken begannen, die nach einiger Zeit zum Abschluß gedieh.

Die großdeutsche Kommission verständigte sich bald über die Art und Weise, ihren Entwurf der Prüfung und Genehmigung der mächtigsten Bundesglieder, Oesterreichs vor Allen, zu unterbreiten, von welchen sie Zustimmung hoffte. Sie wählte zu diesem Zwecke eine Deputation an das Oesterreichische Ministerium, die aus Heckscher, Hermann und Somaruga bestand, welche unmittelbar nach der Vollendung der Aufstellung nach Olmütz abreisten, um derselben zunächst Eingang bei dem Oesterreichischen Kabinet zu verschaffen und dieses um Abgabe einer schleunigen und bestimmten Erklärung anzugehen. Die Deputation reiste nach Olmütz ab, ohne auf die Ausarbeitung der Linken zu warten. Heckscher übernahm den Auftrag sehr ungern. Er hatte das Reisen satt und mußte sich auf neue Verdächtigungen und Anfeindungen gefaßt machen, die ihm wie seiner Mission, seinem Zweck, seinen Vollmachtgebern von den Erbkaiserlichen und Linken auch reichlich zu Theil wurden. Den Letztern, für welche seine Wahl weder ein Kompliment noch eine Anlockung sein konnte, war er persona ingratissima. Er mißtraute zu der Zeit dem Erfolge gar sehr, und dies Mißtrauen wurde von Somaruga und Hermann getheilt. Sie fragten deshalb noch insbesondere bei Schmerling an, ob er einen Erfolg ihrer Unternehmung für möglich halte, was von ihm entschieden bejaht wurde. Er gab ihnen ein

vom 24. Februar datirtes nichtofficielles Kreditiv mit; er wiederholte in einem gleichzeitigen Bericht, was er unmittelbar nach dem Eingange der Note vom 4. gesagt, daß die Abgeordneten aus Oesterreich und andern Staaten mit der größten Spannung einer positiven Aeußerung der kaiserlichen Regierung entgegensähen, und bat insbesondre dringend, den dritten Abschnitt des großdeutschen Entwurfs von der Regierung zu würdigen, mit welchem nach den dermaligen Umständen wol angefangen werden müsse, und der ihm durchaus so gefaßt scheine, daß er als Grundlage der Verhandlungen über die Oberhauptsfrage dienen könne. Die Deputirten reisten als einfache Privatmänner und Mitglieder der Nationalversammlung nach Olmütz, beauftragt von einer Anzahl anderer Mitglieder der letztern, welche offen zusammengetreten waren, offen ihre Zwecke erklärt, Alle zum Beitritt eingeladen, ihre Aufstellung sofort hatten drucken lassen. Es geschah ganz öffentlich mit öffentlich bekanntem Zweck, nicht heimlich, nicht zufolge bloßer Verabredung mit einzelnen Eingeweihten, nicht hinter dem Rücken der Nationalversammlung und sogar der eignen Partei, nicht mit der Absicht, den Regenten eines Deutschen Staates zu bestimmen, unter Ausschluß der ersten Deutschen Großmacht, auch ohne die Zustimmung der übrigen Regierungen und allenfalls mit dem Säbel den Plan einer parlamentarischen Partei zur Ausführung zu bringen, nach welchem der von ihm regierte Staat die Suprematie erhalten sollte. Wiederholt war namentlich den Oesterreichern und Einzelnen derselben, Schmerling z. B., Seitens der Preußischen Partei vorgehalten, es sei ihre Pflicht, Alles zu thun, was sie vermöchten, ihre Regierung zu einer bestimmten baldigen Erklärung zu vermögen, und dies war der Hauptzweck der Sendung jener Deputation an die Regierung, die sich an die Nationalversammlung gewendet, dessen Erreichung nun aber freilich die Erbkaiserlichen gerade am meisten fürchteten, während sie Verdruß und Sorge hinter Spott und höhnendem Tadel zu verstecken suchten, der die Miene tugendhafter Entrüstung über eine so ungehörige und unbefugte Zettelung und Komplottirung annahm. Die großdeutsche Deputation hatte den und keinen andern Auftrag: das Oesterreichische Kabinet wenigstens für die wesentlichsten Punkte der Verfassung, wie sie vom Ausschuß revidirt worden, zu gewinnen und zu einem Eingehen auf die Berathung, zu einer Erklärung über seine künftige Stellung zu derselben zu vermögen, wobei freilich nicht erwartet wurde, daß unmittelbare Eröffnungen darüber an die Deputation erfolgten; man wünschte nur, daß die Oesterreichische Regierung

den großdeutschen oder einen ähnlichen Entwurf zur Grundlage ihrer Instruktionen an ihren Bevollmächtigten in Frankfurt oder ihrer Depeschen an die Königshöfe mache. Die Deputation sollte dem Oesterreichischen Kabinet vor allen Dingen zwei Stücke als nothwendig empfehlen, eine starke Centralgewalt und eine Volksvertretung bei derselben. Sie sollte demnächst mit eignen Augen die betreffenden Oesterreichischen Verhältnisse beobachten und vor dem Begin der zweiten Lesung den großdeutschen Ausschuß so weit möglich in Kenntniß davon setzen, wie weit sich der Entwurf mit den Ansichten des Oesterreichischen Kabinets vereinigen lasse; sie sollte das Oesterreichische Kabinet womöglich bestimmen, noch vor der zweiten Lesung eine Erklärung zu geben, damit Oesterreich durch die muthmaßlichen präjudiciellen Beschlüsse dieser Lesung, welche namentlich auch Preußen verbeten, nicht ausgeschlossen und dadurch ein unabsehbares Unheil angerichtet werde: derselbe Grund, weshalb die großdeutsche Partei, eben so wie Preußen, sich Mühe gab, zu verhindern, daß die Nationalversammlung zur zweiten Lesung übergehe, was die Preußische Partei ihrerseits eben auch zu dem Zwecke zu bewirken trachtete, daß jene präjudiciellen Beschlüsse gefaßt werden sollten. Die Deputation erhielt endlich die bestimmte Weisung, dem Oesterreichischen Kabinet zu erklären, daß die großdeutsche Partei keineswegs gesonnen sei, sich auf das Gerathewohl ins Schlepptau nehmen zu lassen, und ihm das Sunt certi denique fines möglichst eindringlich vorzuhalten.

Die Wirksamkeit und Kraft der neuen Vereinigung fing bald an, sich zu äußern. Ihre Zwecke wurden nur sehr unvollkommen, aber doch zum Theil erreicht. Den Erbkaiserlichen wurde das Vorschreiten wesentlich erschwert. Manche Hauptbeschlüsse ihres Sinnes konnten sie überhaupt nicht durchsetzen, andre nur mit den geringsten Mehrheiten und den Abschluß der Verfassung nebst der Kaiserwahl nur dadurch, daß sie sich mit der Linken in eine Transaktion einließen, wodurch jene verdorben und unmöglich wurde. Um so mehr erklärt sich der die gröbsten Entstellungen und Unwahrheiten nicht verschmähende Ingrimm, womit sie über die Großdeutschen sofort herfielen, die erbitterte Parteifeindseligkeit, womit sie nicht aufhörten, dieselben, ihre Zwecke und alle ihre Schritte mißdeutend zu behandeln. Dies Unwesen begann unmittelbar nach der ersten Versammlung im Hotel Schröder und in noch weit höherem Grade nach der Versammlung in der Mainlust.

Die gleichfalls eingeladenen und zahlreich erschienenen Erbkaiser-

lichen vergalten das offne Entgegenkommen der andern Seite damit, daß sie sofort ein Zetergeschrei in alle Welt hinein über jene Zusammenkünfte erhoben und was da gesprochen und geschehen war, so beflissen, dreist und gehässig entstellten, daß es ihnen gelang, den übelsten Schein darauf zu werfen und in den weiten durch ihre Presse beherrschten Gebieten den Großdeutschen insgemein wegen dessen, was Einzelne gefehlt hatten oder gefehlt haben sollten, den schlimmsten Leumund zu machen. Die „österreichisch-partikularistisch-ultramontane" Partei dessen unabläßig zeihend, was ihr eignes Vergehen war und fortan noch weit mehr wurde, schrieen sie namentlich, um selbst desto sicherer darauf hinarbeiten zu können, über die verdammliche Parteiung, die unnatürliche Allianz mit den Radikalen, die von jener — die Behauptungen und Anklagen wechselten — angefangen, gesucht werde, abgeschlossen werden solle, vollzogen sei und allerdings vollzogen wurde, doch nicht von den Großdeutschen, sondern von den Erbkaiserlichen. Mit neuer Beflissenheit bedienten sie sich des Popanzes der österreichisch-konservativen Koalition mit der Linken, den sie erscheinen und in der Versenkung verschwinden ließen, wie es eben ihren augenblicklichen Eingebungen oder Zwecken entsprach. Es fehlte dabei nicht an zahllosen allerärgsten Selbstwidersprüchen, wörtlichen und thatsächlichen. So spricht Haym (II, 203) von dem eingetretenen „unlautern Verhältniß", und sagt in demselben Athem, daß sich die Linke von den (erdichteten) Unterhandlungen eines Bündnisses nicht zurückgezogen, aber demselben auch nicht näher gekommen sei. Die reichsministerielle Zeitung suchte lächerlich genug den großdeutschen Entwurf als zum alten Bunde zurücklenkend und zugleich als „republikanisch" zu verdächtigen, weil er eine Kollektivregierung vorschlug! Sie warf die Frage auf: „Ob wol die Oesterreichische Regierung die Deutsche Republik aus den Händen einer Fraktion der Nationalversammlung wird empfangen und sich zu deren Durchführung verbindlich machen wollen?" Die unschuldige Frage erhielt Bedeutung durch den Verlauf. Die Oesterreichische Regierung wies den großdeutschen Entwurf keineswegs ab, weil er „republikanisch" sei, sie bezeichnete, wie wir hören werden, zum wenigsten einen Theil desselben als gänzlich ihren Ansichten entsprechend, und das war gerade der Theil — der Abschnitt vom Direktorium — der angeblich republikanisch sein sollte. Dann aber kam die Frage in veränderter Gestalt noch einmal. Sie lautete: ob wol die Preußische Regierung eine durch radikale Elemente verdorbene Verfassung aus den

Händen einer winzigen Frankfurter Mehrheit wird empfangen und sich zu deren Durchführung verbindlich machen wollen? Sie wurde Seitens des Preußischen Königs verneint. Eine ähnliche Bewandtniß wie mit der Frage der reichsministeriellen Zeitung hatte es mit dem Schlußsatze eines Meisterartikels derselben, von welchem „Akt" genommen werden mochte: „So viel ist uns ganz klar, daß Alles, was in Deutschland von konservativen Elementen vorhanden ist, und Gott sei Dank sind diese noch allerwärts überwiegend, sich solchen Beschlüssen der Nationalversammlung nicht unterwerfen würde, die aus der widernatürlichsten aller Allianzen, von an und für sich konservativen Oesterreichern mit durchaus antikonservativen rein Deutschen Abgeordneten, hervorgehen könnten." Aus den widernatürlichsten Allianzen! So weise war man am 26. Februar. Nach vier Wochen nicht mehr. Es liegt bisweilen eine eigenthümliche Ironie in den der Menschen spottenden Ereignissen; in der Expektoration lag etwas ganz Richtiges und Wahres, das man der andern Partei zu Gemüth führen wollte, die jedenfalls keinen Pakt mit der Linken geschlossen hat, und das man gar bald selber nicht mehr wußte oder mißachtete; gerade am 26. März schlossen Gagern und Genossen die „widernatürlichste" aller Allianzen mit H. Simon und Genossen.

Die theils auf irrthümlicher Auffassung beruhende, theils verlogene Darstellung alles dessen, was Seitens der Neuvereinigten geschah, wurde in den nachträglichen Parteiberichten und Geschichtserzählungen der Erbkaiserlichen (Laube, Haym, Biedermann, Rochau, Radowitz Neue Gespräche u. s. w.) fortgesetzt. Ihr kam begünstigend jene Disposition für die Aufnahme mundgerechter Unwahrheit entgegen, nach welcher ein erregtes Publikum sieht, was es einmal sehen will, obgleich das Gegentheil davon vor Augen liegt und von ihm auch gesehen, aber freilich nicht beachtet wird. Was die Parteisucht erfunden, wird von der Parteiverblendung ohne alle Prüfung geglaubt; das Monströseste und Gehässigste, Vielen das Genehmste, wird gedankenlos weiter erzählt, Berichtigung wird abgewiesen; Viele haben ein Interesse an der Lüge, und was der Eigensucht gefällt und dem Gegner schadet gilt für erlaubt. So entstehen in bewegten Zeiten fables convenues, gehen auch in die Geschichte über; so geschah es auch jetzt, und insbesondere, daß die zuerst von der erbkaiserlichen Parlamentskorrespondenz erfundene und dann von den Blättern wie Frankfurter Journal, Kölnische u. s. f. weiter getragene und bestens benutzte Koalition der Oesterreicher oder Großdeutschen mit der Linken,

nachdem es von Anbegin öffentliches Geheimniß gewesen, daß sie Jenen nur angedichtet sei, in aller Form fable convenue wurde, und zwar derart, daß selbst ein ernsthafter, ordentlicher — freilich dem heidelbergisch-erbkaiserlichen Kreise angehörender — Historiker und der sehr wohl weiß, wie solche Fabeln in dieser Zeit entstanden, in demselben Buche, in welchem er darüber berichtet und klagt, diese fable convenue als historische Thatsache nacherzählt.*)

Ein Theil der über die Großdeutschen und das, was sie gethan oder nicht gethan verbreiteten Unwahrheiten und falschen Vorstellungen wird unmittelbar durch die berichteten und notorischen Thatsachen widerlegt. So kann es doch z. E. nicht an dem sein, daß die Großdeutschen nur verneint hätten und nur auf Verneinen ausgegangen wären, da sie sofort nach ihrer Einigung einen ausführlichen Entwurf, bestehend aus positiven Vorschlägen über alle Kapitel der Verfassung, aufstellen ließen, da derselbe gedruckt vorliegt, da selbst die Erbkaiserlichen sein Dasein anerkannten, indem sie sich doch nicht enthielten, die darin enthaltenen österreichisch-partikularistisch-ultramon-

*) Als in Folge der Meuterei der Großherzog von Baden die Residenz und das Land verlassen und der „Landesausschuß", der die Fäden in der Hand gehabt, in Karlsruhe erschienen war, hielt der berufene Brentano vom Balkon des Rathhauses eine Ansprache, worin er ausführte, er habe auf die Einladung des Gemeinderaths die Zügel der Regierung ergriffen. Unter Allen, die dies hörten, war wol nicht ein Einziger, der es nicht besser gewußt hätte. Obenein — obwol nicht deshalb, weil es nöthig gewesen wäre, eine notorisch unwahre Behauptung zu berichtigen, sondern aus andern Gründen — widersprach der Bürgermeister. Allein weder sein Widerspruch, noch die Jedermann bekannte Wahrheit vermochte sich geltend zu machen. Die Leute sagten, die Zeitungen schrieben, die Broschüren über den Badischen Aufstand repetirten: Brentano hat auf Einladung des Gemeinderaths von Karlsruhe die Zügel der Regierung ergriffen. Es war und blieb fable convenue. Häusser in seinen „Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Badischen Aufstandes" deckt mit strenger Rüge die manchfachen Unwahrheiten, welche im Verlaufe des letztern auftauchten, und insbesondere die jener Lüge Brentano's auf, die eben nach seiner Darlegung fable convenue wurde, und erzählt dann ganz ungenirt jene von der Koalition der Großdeutschen und der Linken der Nationalversammlung nach und ergeht sich mehrfach heftig genug darüber, während ihm doch das Paktum Simon-Gagern (s. unten) nicht unbekannt ist, das er jedoch sehr milde beurtheilt, und so daß er davon gar nichts zu sehen scheint, daß es einerseits flagrantester Beweis erbkaiserlicher Koalition mit der Linken und andrerseits unwiderredlicher Beweis ist, daß die Großdeutschen mit letzterer nicht alliirt waren.

tanen Attentate nach ihrer Weise zu kritisiren, zu attackiren und zu denunciiren, und da doch die große Mehrzahl aus dem Rausche erwacht ist, in welchem man sah, was da war, zornig darüber herfuhr und immerfort behauptete und Beschwerde darüber führte, daß es nicht da sei. Aehnlich Thatsächliches wird noch folgen. Indeß bilden die hierhergehörenden Aeußerungen und Ausstreuungen jener Widersacher ein vollständiges Lügengewebe, das auch noch jetzt haftet, sie sind äußerst charakteristisch, es dürfte daher nicht blos nicht zu viel, sondern selbst geboten sein, wenigstens im Anhange (Nr. VI) näher auf sie einzugehen.

Als die Verbindung der Großdeutschen im Werden begriffen war, hielt man es in der Preußischen Partei für nothwendig, dem „Komplott" gegen die in erster Lesung angenommene Verfassung eine wenigstens ebenso feste und wo möglich umfassendere Vereinigung entgegenzustellen. Zusammenkünfte wie die, zu welchen in den beiden großdeutschen Versammlungen aufgefordert worden, hatte sie längst, zuerst bei Gelegenheit des Gagern'schen Programms und sodann wiederholt vor der Entscheidung der Erblichkeitsfrage abgehalten und darin ihre taktischen Verabredungen getroffen. Damals und dadurch war sie aus Parteien und Parteifragmenten zu der Partei erwachsen, als welche sie sich seitdem gezeigt und gehandelt hatte. Sechs und zwanzig Abgeordnete aus den Fraktionen vom Kasino bis zur neuen Westendhalle unterzeichneten eine Einladung „an alle Abgeordnete, welche eine wahre und kräftige Einheit Deutschlands nur in der wesentlichen Beibehaltung derjenigen Form des Bundesstaats erblicken, welche aus der ersten Lesung des Entwurfs der Reichsversammlung hervorgegangen ist" zu einer Besprechung am 17. Februar im Weidenbusch. Aus der Linken waren schon längst vorher Manche gewonnen. Es war jetzt ausdrücklich darauf abgesehen, in großem Maßstabe zu thun, was man auf der andern Seite wahrzunehmen glaubte oder zu glauben sich anstellte und an ihr heftig tadelte. Jene sollten der Partei so fest als möglich verbunden, die ganze Linke sollte herübergezogen werden, soweit sie irgend zu haben war. Die Zusammenkunft war das Konterfei der in der Mainlust gehaltenen, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Linke zu einem „förmlichen Kontrakte" herausgefordert wurde, was sich aus den eigenen Berichten der erbkaiserlichen Organe ergibt, während freilich die Centralkorrespondenz zu Anfange dreist das Gegentheil rühmte. In den Klubs der Linken war eifrig geworben. Plaß und Zell hatten die ganze

Fraktion des Würtemberger Hofes zu gewinnen gesucht, und es war großentheils gelungen, Zell nebst Reh (aus der früheren Westendhalle) gehörten fortan zu den vornehmsten Führern der Weidenbuschvereinigung. Biedermann und Reh präsidirten. Dieser führte das vornehmste Wort. Er suchte die Bündelei damit zu koloriren, daß er, wie die C. K. erzählt, ausführte, die bisherige Gliederung und Bedeutung der Fraktionen sei eine mehr zufällige und nebensächliche gewesen, die Einheitsfrage sei die beiweitem größere, und so liege die Hauptaufgabe der Nationalversammlung noch vor ihr, und sie sei es, welche fortan die patriotisch Gesinnten aus den engen Kreisen bisheriger Parteigenossenschaft zu einer neuen großen Gemeinde zusammenführen müsse.*) Und dieser Gedanke „war es in der That, welcher die Anwesenden lebendig durchdrang". Dennoch rühmte Bernher, daß man eine kompakte Masse sei, während die Gegner aus den heterogensten Bestandtheilen sich zusammenzusetzen versuchten. Biedermann und noch Andere wie G. Beseler sprachen sich auf das Schroffste dahin aus, daß an allem bisher Beschlossenen festzuhalten sei; sie wollten den Bundesstaat, und wenn auch nur der kleinste zu erreichen wäre; nicht einmal von einer Union mit Oesterreich sollte die Rede sein. Vogt äußerte sich ähnlich wie in der Mainlustversammlung und erklärte, daß die Linke zu dieser in demselben Verhältniß stehe wie zu jener und die beiderseitigen Aufstellungen abwarten werde; doch machte er der Weidenbuschvereinigung Hoffnung. Er wurde als Mitglied des zu ernennenden Ausschusses förmlich in Vorschlag gebracht, lehnte jedoch ab, was die Centralkorrespondenz in ihrem Berichte verschwieg.**)

---

*) Die Großdeutschen sagten, man habe sich jetzt allseits für einen Zweck zu vereinigen, in Verhältniß zu welchem die bisherigen an sich noch so bedeutenden Parteibestrebungen, Principien, Differenzen als untergeordnete erschienen.

**) Die D. Z. hob die Anwesenheit der „begabten Führer" des Donnersbergs und Deutschen Hofes, Herrn L. Simon's und Vogt's, in ihrem Berichte hervor, in welchem sie erzählt, Biedermann habe geäußert, es sei gesagt: wir wollen eine Verfassung für Deutschland, ihr wollt ein Deutschland für die Verfassung machen. Immerhin. „In der That wollen wir einen Bundesstaat als Form der Einheit und Macht des Reichs und bemessen danach dessen geographische Ausdehnung, während die Andern umgekehrt verfahren." Riesser habe die in erster Lesung beschlossenen Bestimmungen über Reich und Reichsgewalt als das Minimum dessen bezeichnet, womit der Zweck der Einheit zu erreichen sei. Reh's Aeußerungen habe

Die Versammlung kam zu folgenden vorläufigen Beschlüssen: 1) An der Bildung eines Volkshauses und Staatenhauses festzuhalten. 2) Auf den Reichsrath kein Gewicht zu legen. (Einige, wie Raumer,

---

man mit um so lebhafterer und dankbarerer Zustimmung empfangen, als sie von einem Mitgliede der entschieden linken Partei gekommen, aus welcher übrigens schon längst eine große Anzahl zu dieser Seite herübergetreten seien. In den Ausschuß sei als der Funfzehnte Wurm gewählt, nachdem Vogt abgelehnt. Dieser habe den Trennungspunkt der Linken in einer Weise bezeichnet, die alle Hoffnung gebe, daß sich der edlere Kern derselben anschließen werde. Am Schluß wurden Gründe der Hoffnung angegeben, daß „die Vereinigung nicht schwer sein werde". Ihrem Rühmen, daß die Weidenbuschmänner der Linken keinen Kontrakt angeboten, fügte die C. K. hinzu: „Wir haben nur zu bedauern, daß die Linke die einzige Partei ist, welche aus den Traditionen ihrer republikanischen Hoffnungen noch immer nicht heraus kann und in welcher der die Einheitsidee erfassende Patriotismus auch jetzt noch in negativen Freiheitsdoktrinen latent ist. Hoffen wir, daß es nicht immer so bleibe!" Die Organe der Erbkaiserlichen brachten fortan Tag für Tag Köderungen dieser Art, und davon hielt sich denn doch die Frankf. Ztg. frei, so oft sie auch ihrerseits heftig und plump war. Nach Wurm's Erzählung beschäftigte sich die Debatte (fast) ausschließlich mit Oesterreich, mit der Frage, ob man nicht die zu beschließenden Sätze zu nackt und schroff hinstelle, ob nicht des Verhältnisses zu Oesterreich, des positiven Theils des Gagern'schen Programms, also der besondern Unionsakte mit Oesterreich Erwähnung zu thun sei? Dahin neigte Rießer. G. Beseler widersprach und gewann die große Mehrheit. Allseits war man darin einverstanden, daß der Bundesstaat in der Straffheit (wenigstens in der Straffheit, wie es in der D. Z. hieß) festgehalten werden müsse, wie er aus der ersten Lesung hervorgegangen, daß nur in dieser Form eine wahre und kräftige Einheit denkbar und jede andere Rückkehr zum unbedingt verwerflichen alten Staatenbunde sei. Ein Redner schlug, wie in der Frankf. Ztg. berichtet wurde, eine andere Fassung der Paragraphen 2 und 3 vor, setzte jedoch zur Beschwichtigung des sich erhebenden Staunens und Unwillens hinzu: die Aenderung schade ja nichts — Oesterreich könne die geänderte Form ebensowenig annehmen. Raumer erzählte in seiner Rede eingangsweise, welchen Eindruck des Erstaunens die §§ 2 und 3 bei Cavaignac und seiner Umgebung hervorgebracht, die es doch immer sehr redlich mit Deutschlands Einigung und Kräftigung gemeint hätten. Man habe allgemein gesagt, „darüber müsse ja offenbar ein Krieg zwischen Oesterreich und Preußen entstehen und nur der Zündstoff der Uneinigkeit in Deutschland gelegt werden." Wie diese Einleitung zu der weiteren Rede und in den Kram der Herren Biedermann und Grumbrecht paßte, war freilich nicht recht einzusehen. — Geschickter stellte die Sache Rießer an: er mahnte unter Beifall, die Frage vom Oberhaupte für jetzt aus dem Spiele zu lassen, dagegen anzuerkennen, daß das, was im Abschnitte vom Reich und der Reichsgewalt enthalten, insgesammt wesentlich, und daß man

hielten ihn nicht blos für unbrauchbar, sondern für schädlich.) 3) An der Einheit der Reichsgewalt festzuhalten, auf keine Trias, kein Direktorium u. dergl. einzugehen. 4) Wider jeden Plan zu stimmen, der blos auf eine Modifikation des alten Bundes- und Fürstentages hinauslaufe. 5) Um des Titels des Reichsoberhauptes willen das Gelingen der Sache keiner Gefahr bloszustellen (was zum wenigsten einem Theile der Versammlung beliebte). 6) Die Erblichkeit des Oberhauptes so lange als möglich — oder wie Andere wollten unbedingt — zu vertheidigen. Manche, wie Raumer, erkannten, daß bei der ungefähr gleichen Stärke der Parteien die Entscheidung nun bei der Linken stehe, und daß man tollkühn verfahre und „Tollkühnheit immer toll sei". Sie sagten aber: das größte Gewicht hat Preußen, wenn der neue Reichstag seine Schuldigkeit thue; wer nicht wagt, gewinnt nicht, günstige Gelegenheiten kehren versäumt selten wieder, u. dergl. Aus den Anwesenden wurden Funfzehn durch Zuruf bezeichnet, die aus ihrer Mitte einen Ausschuß zur Formulirung des Programms wählen sollten. Sie ernannten Grumbrecht (Würtemberger Hof), Löw (Landsberg), Reh (Westendhalle), Rüder (Kasino), Waitz (Kasino), Selchow (Café Milani), Wurm (Augsburger Hof). Zu den Funfzehn hatten noch Rießer, Duncker, Zell, Fr. v. Raumer, Biedermann, Langerfeld, Fuchs und Wernher gehört. Bald darauf wurde das Personal geändert; Bauer, Breusing, Kierulff, Federer traten ein. Von Wurm war der Entwurf des Programms, der in einer zweiten Weidenbuschversammlung am 19. angenommen wurde. „Wir Unterzeichnete vereinigen uns, gemeinschaftlich dafür zu wirken, daß die bei der ersten Lesung angenommenen Grundlagen und Konsequenzen des Deutschen Bundesstaates im Wesentlichen festgehalten werden. Insbesondere betrachten wir die Bestimmungen der §§ 2 und 3 vom Reich, des § 1 vom Reichstag und des § 1 vom Reichsoberhaupt als solche, welche nicht aufgegeben werden dürfen. Jeder Verzögerung, jeder Unterbrechung des Verfassungswerkes werden wir entgegentreten, sie komme von welcher Seite sie wolle." Bei dem Entwurfe hatte der Gedanke die Feder geführt, wie es Wurm selbst sagt, „eine den

daher mit aller Kraft dahin trachten müsse, diesen Inhalt voll und ungeändert im Hause durchzubringen. — „Das heißt also, man muß jedenfalls die Thüre vernageln, damit der Eine und Gehaßte von der Familie nicht hereinkann. O ihr guten Oesterreicher, euch schilt man Diplomaten! Da kommt und lernet!" hieß es in der Frankf. Ztg.

Bundesstaat vernichtende Nachgiebigkeit gegen Oesterreich abzuwehren.“ Beide Versammlungen bestanden überwiegend aus Preußen. In der ersten hatte sich nur ein Oesterreicher eingefunden, Mareck, in dieser zweiten war wieder nur ein einziger anwesend, Rößler aus Wien. Rümelin, Riesser, Wedemeyer forderten einen Oesterreich betreffenden Zusatz, wurden jedoch zu schwach gegen Saucken, Arndt, Grumbrecht, Backhaus, Beseler unterstützt. Das Programm wurde fast einstimmig genehmigt und sofort fast von Allen unterschrieben. Auch griff man, was die Centralkorrespondenz gleichfalls verschwieg, von Stund an zu dem späterhin so unheilvoll gewordenen Mittel, sich der Adhäsionen an den Erbkaiser, den „Bundesstaat“, insbesondere die §§ 2 und 3 durch Namensunterschriften zu versichern, sammelte und preßte Unterschriften auf die zudringlichste Weise, schmeichelnd, grob und unverschämt, und führte sorgfältig Buch.*)

Eine neue Preußische Depesche, welche bald zu erwähnen sein wird, stellte in ein noch helleres Licht, wie viel preußischer die Partei als Preußen selbst und wie erhitzt sie war, was sie für Kraft nahm. Kindisch einer Nürnberger Adresse sich freuend, Hoffnung auf die Linke und überhaupt auf die Versammlung, in welcher sie eine gleiche Ansicht und Stimmung bei den Meisten voraussetzte, aussprechend, sagte die Centralkorrespondenz am 22. Februar: „Es lebt in der That ein entschlußkräftiger Geist in den Männern, welche sich neulich im Weidenbusch zu einer neuen großen Partei zusammengeschlossen. Trotz dem, was selbst die Deutsche Zeitung von der Lebensfähigkeit solcher Parteien, von der erloschenen Produktionskraft der Versammlung behauptet, geben wir doch nur den unmittelbaren Eindruck namentlich der letzten Weidenbuschversammlung wieder, wenn wir versichern, daß in ihr mehr Eifer, Frische und Lebendigkeit zu Tage kam, als wir seit lange in unserm Parlamente verspürten. Die Zahl Derjenigen, welche das Programm unterschrieben haben, beträgt schon jetzt weit über 200 und dürfte bis auf 250 wachsen.“

Am 25. Februar gab die Centralkorrespondenz Nachricht von einer abermaligen Weidenbuschversammlung: „Die gestrige Versammlung im Weidenbusch von Seiten derer, welche den Bundesstaat aufrichtig und auf Grund der ersten Lesung ausgeführt wissen wollen, gab ein erfreuliches Bild fortgeschrittener Einigkeit. Gegenstand der

*) Wurm, die Diplomatie, das Parlament und der Bundesstaat, S. 82. Haym II, 284. D. Z. Nr. 50. Raumer II, 272.

Berathung waren besonders die Statuten des neuen Vereins, welche rasch und ohne namhaften Widerspruch nach dem Vorschlage der Kommission angenommen wurden, zum Zeichen, daß man, im Wesen und Streben einig, auch leicht die entsprechende Form für die äußere Vereinigung zu finden wußte. Die Zahl der eingezeichneten Mitglieder beläuft sich auf mehr denn 210; auf mehr als dreißig weitere Einzeichnungen ist nach unserer Kenntniß der Versammlung mit Bestimmtheit zu rechnen, abgesehen davon, daß in der Stunde der Entscheidung, in welcher es sich um Sein oder Nichtsein Deutscher Macht und Einigkeit handelt, gewiß noch manche unserer bisherigen Gegner, welche weiter links stehen, sich für das Vaterland aussprechen werden."

Das Wirken der Nationalversammlung für einen Zweck, die ursprüngliche Aufgabe, hatte schon lange aufgehört. Jetzt standen landsmannschaftlich getrennte, für entgegengesetzte Zwecke wirkende Parteien einander schroff gegenüber und suchten sich gegenseitig das Spiel abzugewinnen. Man glaubte da und dort und trachtete dahin, eben auf diesem Wege die Mehreren der ursprünglichen Aufgabe, dem gemeinschaftlichen Wirken für den einen großen Zweck noch wiederzugewinnen. Allein die am wenigsten erhitzt am festesten dies Ziel im Auge behielten, waren die Meist-Vereinzelten und Gescholtenen. Was konnten sie noch hoffen, wo es schon angefangen hatte, daß beide Theile mit Gewalt drohten: hier, man müsse loskommen von Oesterreich und wenn es durch Preußische Bajonette geschehen solle, dort, Oesterreich werde sich nicht ausschließen lassen und sein Recht mit den Waffen behaupten — wo in der Masse des Volkes ebensowenig Kraft, Haltung, Weisheit und eben so viel Parteiung war!

Die Verhandlungen über das Wahlgesetz vom 15. Februar bis zum 2. März.

Die Weidenbuschpartei wollte rasch zum Schluß gelangen, bevor sich Oesterreich weiter erkläre. Den Großdeutschen war aus dem entgegengesetzten Grunde daran gelegen, eine Frist zu gewinnen, woraus ihnen Jene ein großes Verbrechen machte. Noch in der Sitzung am 13. Februar, nachdem die erste Berathung über die zurückgestellten Paragraphen der Grundrechte beendet war (s. Abth. 1, 453), ward über die Frage verhandelt, ob die Versammlung sofort zur zweiten Lesung übergehen oder sich zunächst mit einem anderen Gegenstande beschäftigen solle. Die Linke forderte, daß zunächst das Wahlgesetz an die Reihe komme. Dies war der Gagern'schen Partei sehr zuwider und den Großdeutschen auch nicht recht. Beide fürchteten Beschlüsse, wodurch sich die Nationalversammlung gegenüber den Regierungen und der ganzen konservativen Welt kompromittirte. Den Erstern fiel es nun schwer auf das Herz, daß der Verfassungsausschuß den Entwurf „schon herausgelassen". Was konnten sie aber entgegenstellen, wenn gesagt wurde, das Wahlgesetz sei nach der eigenen Erklärung jenes Ausschusses ein integrirender Theil der Verfassung, seine Berathung gehöre also noch zur ersten Lesung und sei daher der zweiten voranzustellen? Eisenmann konnte sie außerdem an ein früheres ausdrückliches Versprechen, das Wahlgesetz zwischen der ersten und zweiten Lesung vorzunehmen, und weiter daran erinnern, daß es doch gelte redlich zu handeln gegen die Regierungen, nicht blos davon zu sprechen, daß man sich mit ihnen verständigen wolle, sondern ihnen auch die Möglichkeit zu gewähren, ihre Ansichten mitzutheilen. Wigard konnte Aehnliches bemerklich machen, Hermann aus der Sachlage und den eigenen Akten und Erklärungen des Reichs-

ministeriums nachweisen, daß man den Regierungen Zeit geben müsse. Bassermann erschöpfte vergebens seine Beredtsamkeit, um zu zeigen, daß man den Begin der zweiten Lesung schlechterdings keine Woche mehr hinausschieben, sondern die Verfassung schleunigst fertig machen müsse, „wenn wir sie selbst machen wollen". Als der Schluß gefordert wurde, suchte der Vorsitzende zu Hülfe zu kommen, indem er es für erforderlich erklärte, daß die Versammlung noch ein Mitglied des Verfassungsausschusses höre. Waitz stand schon auf dem Redestuhle. Allein man entgegnete, es liege ja noch gar kein Bericht vor, der Schluß wurde wiederholt verlangt und angenommen, Waitz kam nicht zu Wort und trug nur einen höhnenden Zuruf der Linken davon. Die Großdeutschen hatten geglaubt, nicht zulassen zu dürfen, daß sofort mit der zweiten Lesung angefangen würde, was nicht anders abzuwenden war, als durch Einschiebung des geforderten Gegenstandes; die Gagern'schen hatten sich in ihrer eigenen Behauptung verfangen, daß es mit der zweiten Lesung so große Eile habe, indem die Linken nun mit Recht sagten: dann muß man zunächst und ohne Aufschub mit der ersten fertig werden, zu welcher die Berathung des Wahlgesetzes gehört. Demgemäß wurde, wenn auch nur mit geringer Mehrheit, da ein Theil der Großdeutschen entgegen stimmte, beschlossen, daß das Wahlgesetz auf die nächste Tagesordnung (15. Febr.) gesetzt werde. Es stand noch nicht fest, daß es gleichfalls zwei Mal berathen werden solle. Reichensperger nebst einer zur Unterstützung hinreichenden Anzahl von Unterzeichnern (meist Oesterreichern und Baiern aus dem Pariser Hofe) brachte der Vorsicht wegen noch einen besonderen Antrag darauf ein, der auch angenommen wurde. Centralkorrespondenz und Deutsche Zeitung beschuldigten die Antikaiserlichen heftig, sie hätten den Beschluß über die Tagesordnung durchgesetzt, um ein radikaleres Wahlgesetz zu bekommen, Zeit für Oesterreich, die Vereinbarung, die Diplomatie zu gewinnen. Daneben ließen sie sich jedoch entfallen, daß die Schuld neben den „Linken, Oesterreichern und Ultramontanen" auch „viele undisciplinirte Mitglieder der Centren" treffe. Ihnen ward sichtlich bange. Es beginne schon wieder „Luft wie vom Frühjahre 1848 zu wehen"; die Thätigkeit der Radikalen sei „selbst größer als im vorigen September".

Ueber das Wahlrecht war von langer Hand her disputirt. Die Radikalen, die Konservativen hatten Alles aufgeboten, die öffentliche Meinung für allgemeine Wahlen, für Beschränkungen zu gewinnen.

Das reichsministerielle Organ hatte sich schon ein paar Wochen lang vor den Berathungen über das Wahlgesetz fast täglich alle ersinnliche Mühe gegeben, das allgemeine Wahlrecht, die Linke die dasselbe befürwortete, die zur Linken Hinüberschwankenden in den verschiedensten Fraktionen, welche es gleichfalls forderten oder doch mittelbar unterstützten, zu bekämpfen. Auf jenem Gesetz beruhe die ganze Zukunft der Parlamente, des Vaterlandes; die große Masse fordere das allgemeine Wahlrecht, aber es komme darauf an, daß der vernünftige Volkswille Geltung erlange; man sehe überall die Wandelbarkeit und Unzuverlässigkeit der Volksmeinungen und Sympathieen, die Verächtlichkeit dessen, was jetzt öffentliche Meinung genannt werde; die Nationalversammlung habe das Geschick Deutschlands nicht auf den „Flugsand der öffentlichen Stimmung" zu bauen u. s. f. Auch in dem Bericht des Verfassungsausschusses wurde dem Wahlgesetz die größeste Wichtigkeit beigelegt. Die ganze Verfassung beruhe auf diesem Grunde, ihr Wesen und Charakter werde vor Allem dadurch bestimmt. Am ersten Tage der Verhandlungen las man in der Deutschen Zeitung eine sehr begründete Andeutung über die bedenkliche Sachlage.*) Allein trotzdem daß die Erbkaiserlichen die wahre Beschaffenheit der Stimmung der Menge kannten, trotzdem daß es in diesen Tagen in den deutlichsten Zeichen dicht vor Augen trat, wie aufgeregt das „Volk" wurde, und daß es mehr und mehr der Linken sich zuneigte, von dieser zu anarchischen Zwecken gelenkt wurde und drohend gegen die konservative Seite sich wendete: trotz dem stellten sie sich mehr und mehr auf den „Flugsand", freuten sich ob auch unter Bangen der zunehmenden Aufregung und halfen dieselbe mehren. Sie meinten — bis kurz vor dem Anfange dieser Debatten — dem „Volke" das Wahlrecht abschneiden und dann doch

*) „Das Wahlgesetz scheint der Agitation eine ergiebige Quelle zu werden. Es muß allerdings auf den ersten Augenblick befremden, daß ganze Klassen von dem Wahlrechte ausgeschlossen werden sollen und eine solche gesetzliche Bestimmung muß jedenfalls „böses Blut" setzen. Es ist aber Pflicht, das Resultat der Berathung der Nationalversammlung über das Wahlgesetz ruhig zu erwarten. Mancherlei Gerüchte sind aber von bevorstehenden Unruhen verbreitet und es fängt an in den Lüften wieder zu spuken. Aengstliche Gemüther gerathen darüber in Besorgniß. Sie dürfen sich beruhigen, denn die wahren Freunde der Freiheit werden keinen Putsch nähren (was sie nach wenigen Wochen sehr beflissen thaten) und ihn auch nicht zu besorgen haben (!). Die aber im Trüben fischen wollen sind taub gegen die Stimme der Warnung und der — Erfahrung."

durch Appellation an das Volk ihre Pläne durchsetzen zu können. Die Drohungen mit der Revolution hatten in den kaiserlichen Organen ihren Fortgang. In der folgenden Nummer sagte die Deutsche Zeitung ganz trutzig: „Möge die Versammlung die Verfassung beschließen — das Volk, der Druck von Außen wird sie einführen!“ So sprachen und handelten dieselben Leute, die den Fürsten so oft zugerufen hatten und noch zuriefen: wen Gott verderben will, den macht er blind. Und da half ihnen freilich nicht, daß sie ritterlich wider das, „die ganze Zukunft Deutschlands verderbende“ allgemeine Wahlrecht kämpften. Sie machten sich dem „Volke“, das sie aufbieten wollten und schon aufzubieten anfingen, nur verdächtig und verhaßt.

Der Verfassungsausschuß hatte sich eifrig und anhaltend mit dem Wahlgesetz beschäftigt, hatte aber mit keiner Vorlage so entschiedenes Unglück als mit dieser. Keine seiner Vorlagen war mit so viel Zweifeln und Widerspruch aufgenommen und dieser kam jetzt von allen Seiten, Billigung und Beifall von keiner. Die eigene Partei versagte den Urhebern ihre Unterstützung. Die Deutsche Zeitung, das eigentlichste Organ der im Verfassungsausschuß dominirenden „Professoren“, stellte den Ausschußvorschlägen eine Reihe von Bedenken entgegen, sprach sich weit mehr dawider als dafür und fast im Sinne der Linken aus, sagte z. B. am Schluß einer wenig günstigen Erörterung: „die wissenschaftlichen Fragen verschwinden vor denen des Lebens. Das Wort „allgemeines Wahlrecht“ ist einmal ausgesprochen worden — es kann ohne Gefahr nicht mehr zurückgenommen werden.“ Die unverkennbare Gefahr der Gewährung sei jetzt geringer als die der Verweigerung. Am Abend des 14. Februar, in einer Versammlung des Kasino, in welchem die Professoren des Ausschusses gleichfalls dominirten, erklärte man sich ebenso stark wider die vom Ausschuß beliebte Ausschließung ganzer Klassen wie gegen das allgemeine Wahlrecht. Allein man konnte sich — nicht einmal in diesem Vereine, geschweige mit anderen nahestehenden Klubs — über Beschränkungsvorschläge vereinigen. G. Beseler gewann nur eine sehr unzulängliche Stimmenzahl für einen Vorschlag, man ließ — schon am Abend des 15. — Muth und Hoffnung sinken, gegen die einige Linke durchzudringen. Eben so ging es in den andern Klubs des Centrums. Im Landsberg war nicht einmal für das Prinzip einer nothwendigen Beschränkung eine Mehrheit zu gewinnen. Im Augsburger Hofe erklärte man sich freilich sehr bestimmt gegen das unbeschränkte Wahlrecht, das, wie gesagt wurde, im Vergleich zu

den gallopirenden kommunistischen Schriftstellern der Kommunismus im Schritt sei u. s. f. Aber man einigte sich nur über eine ganz geringfügige von Biedermann in Vorschlag gebrachte Beschränkung. Milani brachte es nur zu einem sehr zerfließenden unbestimmten Vorschlage, für den so gut wie gar keine Zustimmung zu hoffen war. Nie zeigte die Mehrzahl sich doktrinärer. Nie stand sie mehr unter der Herrschaft abstrakter Theorien und Schlagworte. Nie war Mangel praktischen Sinnes und Blickes unter diesen Politikern und Gesetzgebern sichtlicher. Ueberall, und am meisten im Landsberg, verdarb die Furcht, beim souveränen Herren Volke Anstoß zu geben. Davor scheute man sich am wenigsten im Pariser Hofe. Aber auch hier, wo Niemand daran dachte allgemeine Wahlen zulassen zu wollen, fand der Eine nur die, der Andere nur jene Beschränkung zulässig; man wußte sich lange über keinen bestimmten Vorschlag zu einigen, die Meisten begnügten sich mit dem Entschluß, für die geeignetsten Beschränkungen zu stimmen, welche durchzubringen sein möchten. Im großdeutschen Ausschuß konnte man sich ebenfalls nicht einigen. Wydenbrugk, der etwas später zur Weidenbuschvereinigung übertrat, forderte die Annahme des allgemeinen Wahlrechts. Man müsse aus Nothwendigkeit dazu schreiten, sei nicht liberal genug gewesen u. s. f. Vergebens widersprachen Andere, namentlich Reichensperger. Man sehe es am Beispiele Frankreichs, wie die Freiheit eben durch Uebermaß zu Grunde gehe und was er sonst geltend zu machen sich abmühen mochte. Wiederum Andere — Wuttke, Hermann, Giskra — befürworteten das allgemeine Stimmrecht und suchten dafür in und außerhalb der Partei zu gewinnen, was ihnen in der letzteren selbst nicht wenig verübelt wurde. Im Würtemberger Hofe führte Wuttke — nachdem Kierulff und Grumbrecht sich für einen der Centrenvorschläge ausgesprochen — in längerer Rede aus, daß das allgemeine Wahlrecht, an sich gerecht, wenn es fiele, Jahrzehnte lang der Kampfpunkt bleiben, daß man nur durch eigene Erfahrung klug werde; das Volk werde schon durch eigenen Schaden zu guten Wahlen kommen; die Gebildeten würden sich dann mehr Mühe geben auf die Unteren einzuwirken, sie zu heben; ohnehin sei die Presse frei; auch sei es minder bedenklich bei einem großen Reiche von verschiedenen Bestandtheilen und weiten Wahlkreisen wie die Erfahrung an der Nationalversammlung beweise. Er schlug damit so durch, daß es Klubbeschluß wurde. So sah es aus, als die Verhandlungen ihren Anfang nahmen.

Nach allen, den Verhandlungen der Nationalversammlung über das Wahlgesetz vorhergegangenen und deren Begin und Fortgang begleitenden Zeichen, konnte kaum ein anderer als ein der Linken dienender Ausgang erwartet werden. Die Erbkaiserlichen vom Centrum gingen niedergeschlagen, ja so gut wie hoffnungslos in die Debatte. Die Linke sorgte, wie immer bei Debatten solcher Art, für „Bewegung" im Volke, für Lärm in der Paulskirche. Es gelang ihr bei diesem Anlaß einmal wieder in sehr beträchtlichem Maße, und dazu hatte ihr ein Theil derselben Männer vom Centrum geholfen, die vor zehn Monaten im Vorparlament das unbeschränkte Wahlrecht verweigert und bei dem sie umtönenden Wuthgeschrei der Tribünen, welche sie aufstehen hießen, unbewegt dagesessen, ohne daß auch nur ein Einziger sich erhoben hätte, die aber nun mit den Aufsässigen und dem Revolutionsgelüst gebuhlt und zehnfach den Teufel selbst an die Wand gemalt hatten. Die Tribünen waren auch seit dem 15. Februar 1849 von aufgeregten und krawalllustigen Haufen gefüllt, die sich lärmend einmischten, dieses Mal des Eindrucks nicht verfehlend. Die Linke bot siegsgewiß alle Kraft auf, das allgemeine Wahlrecht durchzubringen. Auch die rechte Seite ließ es an Eifer und Anstrengung nicht fehlen. Trotz aller vorhergegangenen Mahnungen und trotz einzelner vortrefflicher Reden war jedoch keine rechte Würde und Eindrücklichkeit in den Verhandlungen, wenig Ernst oder auch nur Aufmerksamkeit während derselben im Hause. Sie gaben Anlaß zu heftigen und widerwärtigen Auftritten, waren äußerst ermüdend durch Wortschwall, durch Wiederholungen, durch Insipidität. Von beiden Seiten wurden alle die bekannten Gründe Für und Wider zur Sprache gebracht. Unglaublich viel Ueberspanntes, Hohles und ganz Ordinäres kam auf den Markt, wobei nur das charakteristisch war, daß es mit Prätension wie große oder gar neue Weisheit ausgelegt wurde und Beifall fand. Es wurde auch sehr viel Gescheidtes gesagt, das indeß kaum irgend einen Eindruck machte, zum wenigsten keinen bei den der Partei des Redners Entgegenstehenden. Unter den gegen das allgemeine Wahlrecht Eifernden war einer der eifrigsten B a s s e r m a n n.*) Waren die erbkaiserlichen

*) Er sagte u. A.: Dasselbe würde die Staatsgewalt den „Arbeitern" überliefern und die Geschichte lehre, daß dieselben nicht regieren könnten; unleidliche Zustände, dann Säbelherrschaft wären überall die Folgen des Versuchs; das allgemeine Stimmrecht votiren würde eine Selbstüberschätzung, eine überhebende Selbsttäuschung und Eitelkeit sein, die dem Deutschen

Centrenmänner — jetzt noch — eifrig wider das allgemeine Stimmrecht, so half ihnen Reichensperger getreulich, der „Ultramontane", Mitglied des großdeutschen Verfassungsausschusses, einer der Vorkämpfer der Oesterreichischen Partei und einer der Koryphäen der von den Erbkaiserlichen behaupteten und gescholtenen „Koalition" derselben mit der Linken. Er schloß einen beredten, mit scharfer Polemik gegen die Linke, die „Hetzer" und „Rhetoren", namentlich gegen Vogt durchwebten Vortrag wider das allgemeine Stimmrecht und für angemessene Wahlbeschränkungen mit den Worten des Dichters:

„Man soll die Stimmen wägen, und nicht zählen;
Der Staat muß untergeh'n früh oder spät,
Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet." *)

Reichensperger's Rede war die letzte in der allgemeinen Diskussion gewesen. Die Centralkorrespondenz hatte noch Hoffnung; sie sagte, die Mehrheit sei von der Nothwendigkeit einer Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts überzeugt, nur gingen die Ansichten über das Wie derselben noch immer zu sehr auseinander. Das war es

---

sichtlich nicht gezieme. Er schloß zur Linken gewendet: „Wenn Sie für das allgemeine Wahlrecht stimmen, so finde ich dieses konsequent. Sie haben kein Interesse daran, daß die Verfassung, die angestrebt wird, erhalten werde; aber alle übrigen Fraktionen dieses Hauses sollten daraus die Lehre nehmen, daß sie gerade nicht das allgemeine Wahlrecht adoptiren dürfen. Mögen sie sich nicht abschrecken lassen durch den falschen Schein der Unpopularität, es fragt sich nur, wo man die Popularität' sucht. Ich, meine Herren, suche sie im Kern der Nation. Ich frage Sie, wenn Sie nach Hause kommen, und Sie hätten das allgemeine Stimmrecht votirt, ob nicht Ihre Mitbürger sagen würden, wie habt ihr uns das thun mögen, und uns allen Gefahren der Zukunft preis geben können! Ich glaube, die Popularität wird bei denen sein, die sich in dieser Stunde nicht irre machen lassen. Meine Herren, hätte ich aber auch den populärsten Namen in ganz Deutschland und wüßte ich, daß ich durch das Votum gegen das allgemeine Stimmrecht meine Popularität in Fluch verwandeln würde, ich würde dennoch so stimmen, lieber als daß ich die Zukunft meines Vaterlandes preis gäbe."

*) Biedermann behauptet (86) wahrheitswidrig, die Großdeutschen hätten verabredet gehabt, da wo sie ihren Grundsätzen zufolge nicht mit der Linken gehen könnten, sich der Abstimmung zu enthalten, auch in ihren Reden die Linke zu schonen. Reichensperger z. B. sprach zwei Mal und zwar sehr bitter gegen die letztere zum Wahlgesetz. Giskra und Ahrens hatten ihn bewegen wollen, aus Rücksichten nicht zu sprechen, die der großdeutsche Ausschuß gegen die Linke nehmen müsse. Er lehnte die Zumuthung rundweg ab. Andere handelten ebenso.

aber eben, wodurch am meisten verdorben wurde, und es hatte wieder seinen Grund in dem chaotischen Parteiungszustande, den sie bemerkte und nicht gehörig würdigte. „Die Ermüdung der Versammlung, von welcher Herr Löwe gestern gesprochen, ist nicht eine Abspannung ihrer geistigen Kräfte; die glänzende Rede Bassermann's über das allgemeine Wahlrecht und die sie begleitende regste Theilnahme bezeugten das Gegentheil; vielmehr ist diese scheinbare Ermüdung nur der Ausdruck einer tiefen moralischen Verstimmung, welche sich Vieler bemächtigt hat, die über das Chaos, in welchem wir uns gerade jetzt befinden, nicht mehr hoffnungsvoll hinauszusehen vermögen. Auch ist, so groß die Bedeutung des Wahlgesetzes sein mag, doch die glückliche Vollendung des Verfassungswerkes so drängend und Aller Gedanken erfüllend, daß nur mit Mühe die volle Theilnahme jener wichtigen Frage zugewendet wird." Allein die Abspannung war trotz allem Verläugnen da, und neben ihr die Ueberreizung. Die moralische Verstimmung war gleichfalls vorhanden, und zwar bei Manchen zugleich mit eigener unbemerkter Demoralisation, wie denn dies Parteiwesen und Unwesen vielfach die Besten verdarb, sofern sie Politiker waren, in welcher Eigenschaft sie unbedenklich thaten, was sie sonst verabscheuten und verdammten. Daß mit Vollendung der Verfassung in der Nationalversammlung wo nicht Alles doch das Meiste gethan sei, dieser Irrthum wurzelte so tief bei den Erbkaiserlichen und verdunkelte so sehr ihre Blicke; daß die Verfassung nur fertig werde war so sehr ihre Leidenschaft, daß sie nicht sahen, was so dicht vor Augen lag, nämlich daß es eben keine glückliche Vollendung des Verfassungswerkes sei, wenn dasselbe zwar fertig wurde, aber nichts taugte. Nach ihrem deutlichen Wissen, nach ihren eigenen Aeußerungen mußte ihnen Alles darauf ankommen, zum wenigsten für irgend eine Beschränkung eine Mehrheit zu gewinnen; allein dies hätte nur dadurch geschehen können, daß sie sich mit den Konservativen unter den Großdeutschen geeinigt hätten, und Bedingung solcher Einigung war Dahingabe derjenigen Bestimmungen der Verfassung, die auf die strengste Centralisation zielten, des „Bundesstaat" genannten Einheitsstaats und des Preußischen Kaisers. Das däuchte ihnen ans Leben zu gehen. Sie waren voll Grimm und Erbitterung gegen die Großdeutschen und die zwischen den Parteien Stehenden, die „Nüchternen", die „Schwarzseher", die Unpatrioten und in allewege argen Verbrecher, die vom Dunstkreise der Paulskirche nicht benommen waren, die Irrwege der taumelnden Versammlung nicht

mitgehen konnten, und nicht aufhörten nach dem Ausgange hinzuzeigen, welcher kommen müsse und gekommen ist. Sie haßten diese weit mehr als die Radikalen, während von ihnen doch so viel eher Beistand zur „glücklichen" Vollendung der Verfassung zu haben gewesen wäre. Sie mochten ihnen nicht einmal das Wort gönnen, nicht einmal freundlich mit ihnen, worauf es jetzt ankam, über ein gemeinschaftliches Operiren in Betreff der proponirten Einschränkungen sich benehmen, wozu ihnen wiederholt die Hand geboten wurde. In der Debatte am 17. Februar setzten sie — freilich nicht ohne Ausnahme — ihren Kampf gegen das allgemeine Stimmrecht, Alles erschöpfend was sich darüber sagen ließ, fort.*) Als späterhin die

*) Wernher von Nierstein äußerte u. A.: „Nach seiner Ueberzeugung passe es für den Naturzustand der Völker oder sei der Vorbote und Weg zu ihrem politischen Tode; die gelehrt genannten Deutschen müßten es abweisen, wenn sie zeigen wollten, daß sie auch klug geworden; es sei in Italien und überall stets der Vorbote der Tyrannei gewesen; die Deutschen würden nicht ähnliche Entschuldigung haben wie z. B. die Franzosen, wenn sie es votirten, sondern die Welt würde mit Fingern auf sie zeigen und mit Recht sagen, daß sie trotz aller Gelehrsamkeit nichts gelernt hätten; durch Hingabe des allgemeinen Stimmrechts würde man das Volk nothwendig dem Mißbrauche, der Bestechung aller Art, der Geldbestechung und der mit teuflischen, Glauben und Treue austilgenden Worten, der Gefahr opfern, in Dingen, die es nicht verstehe, verführt zu werden und der Verderbniß und Verachtung anheim zu fallen; das allgemeine Stimmrecht votiren würde so viel sein, als die Krankheit bis zum Delirium, zum Brande bringen, gleich dem Arzte handeln, der bei einem hitzigen Fieber noch Spirituosen gebe, weil der Kranke im Deliriren danach schreie u. s. f." Raumer aus Berlin erinnerte daran, wie sich der Verfall Athen's an die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gereiht, wie Jefferson gesagt, dergleichen Rechte würden in den Händen des Gesindels der europäischen Staaten sogleich mißbraucht werden zum Niederreißen und Zerstören aller öffentlichen und bürgerlichen Rechte und Güter u. s. f. Er forderte die Abstufungen eines Census und sagte bei der Begründung gelegentlich ein Wort, das seine Partei hätte hören sollen und nicht hörte: „Wir stehen auf einer bedenklichen Stelle; ich will nicht weit abschweifen, aber es hängt Alles zusammen, und deshalb gebe ich Ihnen Folgendes zu bedenken: Wenn wir jetzt in der Zeit der Bewegung abstimmen und für die wichtigsten Vorschläge nur eine kleine Majorität zusammenbringen, wenn wir glauben mit zehn Stimmen Mehrheit einen Reichsrath, mit einer Majorität von zwanzig Stimmen ein Wahlgesetz und mit einer Stimmenmehrheit von vielleicht fünfundzwanzig einen Kaiser machen und der Weltgeschichte eine neue große Wendung geben zu können, so irren wir uns; diese Meinung, diese Hoffnung ist auf Sand gebaut. Wenn wir uns nicht vereinigen und mit einer

Ablehnung der Verfassung u. A. auch durch eben die in diesen Verhandlungen von den Bassermann, Wernher, Raumer u. s. w. vernommenen Aussagen motivirt wurde, da sollten letztere nicht mehr gelten, da sollte es nur Kurzblick, Kleinmuth, übler Wille u. dgl. sein zu sagen: diese Verfassung mit diesem Wahlgesetz leite zu einer andern Staatsform über u. s. w.

Am 19. sprach Gagern. Er begann: „Indem ich das Wort ergreife, werde ich dazu hauptsächlich veranlaßt durch den Aufruf der von einem früheren Redner gemacht worden ist, daß die Offenheit erfordere, in dieser wichtigen Frage keinen Zweifel über die Gesinnung zu lassen, — und ich entspreche diesem Aufruf. Ich gehöre der Partei an, die glaubt, daß das allgemeine Stimmrecht mit den Forderungen an das gemeine Wohl nicht verträglich sei." Er kam im Verlauf seiner Rede auf das Proletariat, die Zustände der Arbeiterklassen in Deutschland und man sah, wie er sie viel zu sehr im rosigen Lichte betrachtete. Dennoch verwarf er die allgemeinen Wahlen als unverträglich mit dem gemeinen Besten, unverträglich selbst mit dem Wohle der großen Masse des Volks. Während die Erbkaiserlichen, einzelne entschlüpfende Aeußerungen ungerechnet, noch immerfort behaupteten und betheuerten, daß es bei der „Reichsverfassung" nur auf einen Bundesstaat, nicht wie böslich gesagt werde, auf einen Einheitsstaat abgesehen sei, daß ihr „Bundesstaat" die Fürsten bei ihren Rechten und Ehren belasse, daß es leere Furcht oder leeres Gerede sei, zu sagen, wenn der König von Preußen die Kaiserkrone mit dieser Verfassung annehme, so werde ihm wenig wahrhafte Macht bleiben, verrieth Tellkampf auf der Tribüne unsäglich naiv, wie es mit der Verfassung in Wahrheit gemeint sei. Das Wahlgesetz, führte er aus, steht an Wichtigkeit der ganzen

---

imposanten Mehrheit einen Beschluß zu Stande bringen, so wird dies Zwiespalt erzeugen: Jeder wird glauben, das Vaterland zu retten, aber Keiner wird es retten." Mathias (aus Greifswald, erbkaiserlich) sagte u. A.: „Das Wahlgesetz soll eine Schutzwehr der Verfassung sein, aber nur zu leicht kann es ein Mittel werden, dessen Anwendung statt dem beabsichtigten Zweck zu entsprechen, ganz die entgegengesetzten Folgen hat. Unvorsichtig, ja widersinnig wäre es jedenfalls, wenn man nach vollendetem Verfassungswerke ein Wahlgesetz wollte ins Leben treten lassen, von dem sich ohne großen Scharfsinn voraussehen ließe, daß es dem zum Grunde gelegten Principe der Verfassung entfremden, daß es in eine andere Staatsform überleiten, vielleicht gar zum Socialismus oder Kommunismus führen würde."

übrigen Verfassung gleich, der es Seele und Leben giebt. Es ist die eigentliche Machtfrage, die Frage: wer soll herrschen unter der neuen Verfassung? Sie ist also fast noch wichtiger als die Oberhauptsfrage. „Denn das Oberhaupt eines konstitutionellen Staates übt bekanntlich weniger Gewalt, als die Volksvertretung. Die Majorität der Volksvertretung herrscht, und diese Majorität hängt ab von dem Wesen und Ergebnisse des Wahlgesetzes." Und da nun die Geringeren die Mehrzahl bildeten, so würde ihnen durch das allgemeine Stimmrecht die Herrschaft zufallen, was dem allgemeinen Wohle nicht entspreche u. s. f.

Plathner führte aus, daß dem allgemeinen Stimmrecht nur der Kommunismus folge u. dgl.

Am 20. Februar nahmen die Abstimmungen ihren Anfang. Der Verfassungsausschuß erlitt die traurigste Niederlage. Es handelte sich zunächst um die beiden ersten Paragraphen seines Entwurfs, welche dessen Grundlage bildeten. Nahe an siebzig Verbesserungsanträge waren eingereicht, darunter solche von Mitgliedern der Ausschußmehrheit selbst, zum Zeichen wie sehr die Ansichten in der Versammlung differirten und schwankten, wie geringe Aussicht zum wenigsten manche Bestandtheile der Vorlage des Verfassungsausschusses, wie geringe Zuversicht die Urheber und Freunde derselben zu ihrem eigenen Werke hatten. Die Ausschuß- so wie fast sämmtliche Verbesserungs- und Zusatzanträge, die von Beseler, von Biedermann, Hoffmann u. s. w. (Einschränkungen der Wahlberechtigung betreffend) wurden abgelehnt, angenommen nur ein paar noch weniger genügende, wenn auch einigermaßen remedirende, von Lette (Kasino) und Schuler aus Inspruck (Pariser Hof).*) Am 22. wurde statt § 3 des Ausschußentwurfs (den Ausschluß Bescholtener betreffend) ein Antrag von Schubert, und der § 4 jenes Entwurfs (den Ausschluß

*) Die Centralkorrespondenz und das reichsministerielle Organ zeigten durch ihre Aeußerungen, daß ihnen die wahren Gründe, weshalb die Sache diese Wendung genommen, nicht unbekannt waren, überhäuften aber daneben die Oesterreicher, die Mainlustkoalition, den Pariser Hof mit den unbegründetsten und verletzendsten Beschuldigungen. In der Postamtszeitung ließ ein reichsministerieller Schreiber — doch nur Mittermaier nennend und auf Andere zielend, welche seiner Partei nicht angehörten — sich vernehmen: „Wie viele einst große Namen haben in der Paulskirche schon ihr Grab gefunden! Doch das ist unter dem viel Unerfreulichen unserer Zeit der große Gewinn für die Nation, daß sie die echten Charaktere kennen lernt." Ein rechter äffender Orakelspruch!

Solcher betreffend, die Stimmen erkauft u. s. w.) angenommen, und die Linke mit ihrer Forderung abgewiesen, daß Strafen wegen politischer Verbrechen niemals den Verlust des Wahlrechts nach sich ziehen sollten: das Alles mit Hülfe eines Theils der Großdeutschen und ohne den Beistand eines Theils der Weidenbuschpartei. Angenommen wurde gleichfalls (mit 237 gegen 188) ein von Langerfeld vorgeschlagener Zusatz zu § 5, wonach nur derjenige zum Abgeordneten wählbar sein sollte, der seit mindestens drei Jahren einem Deutschen Staate angehört habe. Die Centralkorrespondenz spendete Lob, bemerkte jedoch, es falle bei einem solchen Antrage die große Minorität auf; indeß sei man an der Linken diese krankhaft-sentimentale Fürsorge, die Freiheitsrechte ins Schrankenlose zu erweitern, schon gewohnt, eine Stimmung, die sich dies Mal bis in die Centren zu verbreiten geschienen habe. Allein dies war bei allen diesen Abstimmungen sehr bemerkbar, und ein starkes „Piepmeiern" kam gleichfalls in den Centren hinzu, was die Korrespondenz aber eben so wenig notirte, als daß ein so beträchtlicher Theil der Großdeutschen geholfen; ja sie suchte auch hier die Schuld auf die „Oesterreichische Partei" zu werfen, welche so eben, „nachdem sie mit der Linken einen vereinten Verfassungsausschuß zusammengesetzt, in der Lage gewesen sei Konzessionen zu machen." Mit diesen Abstimmungen war der erste Artikel des Wahlgesetzes erledigt. Von erheblicherm Interesse waren erst wieder die Verhandlungen am 27. Februar über die §§ 13 und 14, die nach dem Vorschlage der Ausschußmehrheit lauten sollten: „Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll gegeben werden. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen." Das Ausschußminderheits-Erachten lautete: „Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt." (Ahrens. H. Simon. Reh. Fr. Wigard. Schreiner. Römer. Tellkampf. Mittermaier.) Waitz für den Mehrheitsantrag. Er sprach sein Erstaunen darüber aus, daß das Minderheitserachten von Männern der Linken unterschrieben sei, welche vorzugsweis als Freunde der Oeffentlichkeit und Freiheit gelten wollten. Die Sache war die, daß die Meinungen darüber, ob die Freiheit der Wahlen durch öffentliche oder geheime Stimmgebung besser geschützt werde, auf beiden Seiten des Hauses getheilt waren. In Waitz

Rede kam Folgendes vor: „Ich liebe es nicht, in persönlichen Bemerkungen auf persönliche Angriffe zu antworten, welche von dieser Stelle aus gegen mich wiederholt vorgebracht worden sind. Wenn aber ein Redner neuerdings in seiner Philippika gegen das Wahlgesetz bei der Erörterung über die Selbständigkeit auch mich auf diese Tribüne gezogen hat, so will ich Ihnen doch sagen, wen ich für selbständig halte. Denjenigen, meine Herren, welcher unbeirrt von dem Geschrei des Marktes und von dem Verlangen des großen blinden Haufens seine Entscheidung trifft; Denjenigen nicht, der seine Meinung, sein Gutdünken, der das Interesse seiner Partei oder seines speciellen Vaterlandes höher schätzt, als das Wohl, die Rettung des Vaterlandes; aber wohl Denjenigen, meine Herren, der niemals seine politischen Ansichten aufgiebt, um durch Verbindung mit anderen Parteien und Männern anderer Gesinnung einen Vortheil zu erzielen." Seine Partei bejubelte den Ausfall, um die darin liegenden Vorwürfe so bald im stärksten Maße gerade sich selbst zuzuziehen. Die Abstimmung ergab zunächst die fast einhellige Annahme des ersten Theils vom § 13 nach dem Vorschlage der Mehrheit des Verfassungsausschusses: „Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden." Durch Namensaufruf wurde abgestimmt über die zweite Hälfte: „Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll abgegeben werden." Von 239 gegen 230 verworfen. Angenommen dagegen mit 249 gegen 218 Stimmen wurde das Minderheitserachten: „Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt." § 14 wurde vollständig nach dem Vorschlage des Verfassungsausschusses angenommen und nur über die ersten vier Worte fand Abstimmung durch Namensaufruf Statt, die sich für deren Beibehaltung mit 264 gegen 202 Stimmen erklärte. „Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten

Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos."

Am 2. März erfolgte die Abstimmung über das Wahlgesetz im Ganzen. Es wurde mit 256 gegen 194 angenommen, wie es in den Verhandlungen und Einzelabstimmungen geworden oder bezüglich verdorben war. Reichensperger nebst Lindner, Kerer, Streffleur, Polatzeck, Lienbacher (Pariser Hof), die mit Ja gestimmt hatten, reichten eine Erklärung ein, durch welche sie sich gegen die Annahme verwahren wollten, als ob sie mit allen Bestimmungen des „Entwurfs" sich hätten einverstanden erklären wollen; vielmehr erachteten sie denselben mit wesentlichen Mängeln behaftet, deren Beseitigung sie von der zweiten Lesung erwarteten. In der That wurden in dieser ersten Lesung nur die Ausnahmbestimmungen im Vorschlage des Verfassungsausschusses verworfen und man erwartete von diesem eine ganz neue Vorlage für die zweite Lesung. Das allgemeine Stimmrecht wurde eigentlich erst am 27. März beschlossen.

Der Zustand der Nationalversammlung bot das kläglichste Bild von Zerrissenheit, Lähmung, Ungewißheit dar. Nur sehr Wenige machten sich noch Illusion darüber; es war so ziemlich Allen klar, daß die Versammlung sich verfahren habe; nur datirte Jeder den Anfang des Irrthums von einem anderen Punkte aus und fast Keiner wollte aus der Gasse, in die man sich verloren, heraus, um in den rechten Weg einzulenken. Die besten Geschäfte machte dabei die Linke. Ging es so fort, so mußte ihr ohne zu große Mühe und Anstrengung von ihrer Seite die Frucht in den Schooß fallen, um welche sie im früheren Stadium vergeblich gerungen hatte. Sie erkannte das auch und war trotzdem siegsgewiß, daß sie eben jetzt quantitativ und qualitativ sehr geschwächt war, indem ihr wegen der Landtage in Stuttgart, Karlsruhe, Dresden manche Führer und keine geringe Zahl von Stimmen fehlten. Die erbkaiserlichen Centrenmänner erkannten es gleichfalls; schon ihre oben angeführten Aeußerungen geben den Beweis. Sie hatten offene Augen dafür, daß die Republikaner und Anarchisten Siege erkämpften und deren weitere zu erkämpfen im Begriff waren; Siege, welche sie in ihrer glänzendsten Zeit nicht erkämpft haben würden, und die ihnen nach den eigenen erbkaiserlichen Voraussetzungen und Aussagen alle Macht, und zwar für alle Zeit in die Hände legen mußten. Und jene Centrenmänner, sie hätten die alte konservative Mehrheit verstärkt

wiederherstellen, diesem Zustande der Versammlung ein Ende machen können, gaben aber statt dessen, sie, um ihren Schattenkaiser zu erhalten, nach ein paar Wochen an die Linke das allgemeine Stimmrecht hin, die Zukunft Deutschlands, wie sie selbst sagten, gaben das Alles in einem um so unbegreiflichern und schnöderen Handel hin, weil sie durch denselben mit diesen ihren Kämpfen, Ueberzeugungen und Aeußerungen sich selbst in so schreienden Widerspruch versetzten. Allein sie riefen und schrieben seit den letzten Abstimmungen über das in erster Lesung berathene Wahlgesetz in alle Welt hinein: die Koalition der Oesterreicher oder der Großdeutschen mit der Linken verschulde das Unheil des beschlossenen allgemeinen Wahlrechts. Sie konnten nicht in Abrede stellen, sie ließen sich im Unmuth wol selbst das Geständniß entschlüpfen, daß ihre eigene Partei nicht ohne reichlichen Schuldantheil dabei sei. Allein gar zu viel Selbsterkenntniß war ihnen nicht gegeben und sie hatten ein zu dringendes Interesse, die Schuld von sich abzuwälzen; sie benutzten daher die beträchtliche Unklarheit dieser Vorgänge, um die Behauptung jener Koalition nun erst recht in Umlauf zu bringen und um sich selber ein so viel strengeres Urtheil zuzuziehen, als sie die Sünde begingen, welche sie ihren Gegnern aufbürdeten, je strenger sie diese verurtheilt. In Wahrheit lag die Schuld der Beschlüsse über das Wahlgesetz wesentlich in dem Zustande der Ansichten über die Sache, was auch Haym (II, 290), während er die Oesterreicher und die „Koalition" beschuldigt, einleuchtend auseinandersetzt. Selbst unter den Konservativsten waren nicht Wenige, die sich überzeugt hielten, entweder daß das allgemeine Wahlrecht auf einem begründeten Anspruche beruhe oder ungefährlich oder doch, daß es unvermeidlich sei nach der Lage der Dinge, namentlich weil die Nationalversammlung danach gewählt sei, weil Preußen es zugelassen habe. (Daher Raumer II, 310, die Schuld treffe Preußen.) Die letztere lag in dem Zustande der öffentlichen Meinung über den Gegenstand und an der Weisheit und Betriebsamkeit der adressenfabricirenden und überall sich einmischenden Klubs u. s. w. Die „Volksstimme" forderte das allgemeine Wahlrecht, so wie die Erbkaiserlichen den Fürsten, drohte die Linke den Centren mit „Revolution", und die Furcht gewann dem allgemeinen Wahlrecht eine Menge Stimmen; doch gerade am wenigsten unter den Baiern, den Ultramontanen und denen, die wie z. B. Detmold denselben zugezählt wurden, oder unter den im Pariser Hof Vereinigten, an welchen von den Erbkaiserlichen und Linken — Schmer-

ling sollte ja von da aus die „Oesterreichische Intrigue“ leiten — der meistbittre Groll ausgelassen wurde, oder unter den Oesterreichern. Von diesen hatten Viele stets Beschränkungen für undurchführbar erklärt, oder huldigten wie vom Anfange so auch jetzt noch ganz ehrlich dem das allgemeine Wahlrecht fordernden Tagsliberalismus. Die Schuld lag in der Schwierigkeit der Aufgabe, in der Menge der Vorschläge zu Beschränkungen und darin, daß die Konservativen über die neben einander herlaufenden sich nicht einigten, was wieder seinen Grund in der Zerfahrenheit der Versammlung hatte. Die Census-Propositionen fielen alle, weil fast jede Fraktion einen anderen Modus wollte. Gerade beim Wahlgesetz war am wenigsten Grund, diesem oder jenem Sündenbocke die Schuld aufzubürden; wenn aber eine Fraktion vorzugsweis gefehlt hat, so war es nicht die der Oesterreicher oder der Baiern oder gar des Pariser Hofs, sondern die des kaiserlichen Landsbergs. Laube (III, 12) sagt: „An Ostfriesen und Hannoveranern dieses Klubs scheiterte später wirklich die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts,“ was er dann näher erläutert. Es geschah noch nicht bei den Wahlgesetzverhandlungen, sondern erst später, nachdem man hundertfach die aus der Luft gegriffene Beschuldigung vernommen, und nur von Einzelnen, Oesterreichern oder Großdeutschen, namentlich auch einzelnen Oesterreichischen „Stegreifrittern“ oder ganz im Ausgange eingetretenen Mitgliedern, daß sie fast immer mit der Linken und bisweilen nach dem Motive stimmten, die projektirte Verfassung — den Preußischen Kaiser und den Ausschluß Oesterreichs — unmöglich zu machen. Ihnen hatten jedoch zum wenigsten Diejenigen jenseits nichts vorzuwerfen, die nicht blos die Festhaltung der Paragraphen 2 und 3 in ihr Programm gesetzt und mit der Linken gegen Alles stimmten, was Oesterreich bei Deutschland zu erhalten bezweckte oder geeignet war, sondern um den Preußischen Kaiser und den Ausschluß Oesterreichs durchzusetzen, die allerförmlichste Transaktion mit der Linken eingingen. Beim Wahlgesetz stimmten mehr Kleindeutsche als Großdeutsche im Sinne der Linken; daß die meisten Beschränkungen verworfen wurden, war weit mehr die Schuld der erstern, und nicht die Oesterreicher waren die Ursächer, daß das Wahlgesetz verdorben, das allgemeine Wahlrecht angenommen wurde, so gewiß nicht, als das Resultat dasselbe bleibt, wenn man ihre sämmtlichen Stimmen in Abzug bringt. Dies ergaben die stenographischen Berichte, der Beweis lag in den Stimmlisten, in Zahlen vor Augen. Aber man wollte nicht

sehen, man behauptete das Gegentheil nicht etwa nur in Verblendung durch Leidenschaft, in unwillkürlichem Irrthum, sondern man schrie oder schwieg die bewußte Wahrheit todt, hörte Berichtigungen nicht an, nahm Proteste in die Blätter nicht auf; man log gleich rührig, geschickt und dreist, und so ward gleich der oben erwähnten fable convenue die Lüge von den beim Wahlgesetz angeblich durch die der Linken verbündeten Oesterreicher oder Großdeutschen, Ultramontanen und Partikularisten begangenen Sünden in den weitesten Kreisen zum politischen Dogma, das auch heute noch von Vielen so unbefangen geglaubt wird, als hätte niemals ein Zweifel dabei gewaltet. (Anh. Nr. VII.)

Erklärungen von Sachsen und Baiern. — Die Preußische Note vom 16. Februar. — Die Kollektiverklärung Preußens und der Kleinstaaten vom 23. Februar. — Eine Mißhelligkeit zwischen dem Reichsverweser und Gagern. — Konferenz der Regierungsbevollmächtigten im Reichsministerium am 24. Februar.

Noch im Begin der Berathungen über das Wahlgesetz waren Erklärungen dreier königlichen Regierungen eingetroffen, sehr geeignet, zumal die Erbkaiserlichen zum Besinnen zu bringen. Die der Sächsischen und Bairischen lauteten durchaus ungünstig für das Projekt der erbkaiserlichen Partei, auch für den Gang, welchen Preußen genommen. Sie forderten eine ganz Deutschland in allen seinen Bestandtheilen zu einem Bunde vereinigende Verfassung, sie wollten Oesterreich nicht blos nicht ausgeschlossen, sondern auch nicht in ein weiteres Bundesverhältniß hinausgedrängt wissen. Die Preußische war in einer vom 16. Februar datirten an Camphausen gerichteten Depesche enthalten und von genaueren Instruktionen für diesen begleitet. Am 22. erschien sie in der reichsministeriellen Zeitung. Man blieb ihr zufolge in Berlin dabei stehen, daß aus den dazu geneigten Staaten ein Bundesstaat gebildet werden möge und gab zu, daß der Entwurf der Nationalversammlung im Wesentlichen die Grundlagen eines solchen je nach den Zeitanforderungen enthalte. Das war recht sehr nach dem Sinne der Weidenbuschpartei. Aber es war doch auch nicht wenig klausulirt und abgeschwächt durch das Nachfolgende. Als oberster Grundsatz sei festzuhalten, daß das Verfassungswerk nur durch die freie Zustimmung der Regierungen endgiltig zu Stande

kommen könne, man vindicirte Preußen dieses Recht im vollsten Maße und anerkannte es für alle übrigen Bundesglieder gleichmäßig ohne Ausnahme, wiederholt; und dann sollte die Verfassung auch wieder alle Deutsche Staaten umfassen, das Verhältniß zu Oesterreich nicht gelockert, sondern befestigt werden, gerade wie es Oesterreich in seiner neuesten Erklärung gefordert. Man billigte die von den kleineren Staaten geforderten Abänderungen, erklärte überhaupt beträchtliche Aenderungen des Entwurfs für unumgänglich, und daß, indem man allerdings eine starke Centralgewalt zu schaffen habe, eine Centralisation vermieden werden müsse, die in den Einheitsstaat hinüberführe; die Paragraphen 1 und 2 vom Reich und die Oberhauptsbestimmungen müßten ausgesetzt bleiben. Die Kompetenz der „Bundesgewalt" sei genauer zu begrenzen, die Existenz der Einzelstaaten als selbständiger Organismen möglichst zu wahren. Preußen suche Vergrößerung an Macht oder Einfluß nicht und wolle nur um Deutschlands willen, was es für den Bundesstaat thue; es erwarte, daß Oesterreich mit bestimmten Vorschlägen hervortrete; von ihnen und den Erklärungen der Regierungen, welche sich noch nicht ausgesprochen, werde seine Entschließung abhängig bleiben. Da keine Zeit zu verlieren sei, spreche es sich jetzt über die nicht zurückzustellenden Abschnitte der Verfassung aus, wolle jedoch, wenn diese in wesentlichen Punkten wegen abweichender Ansichten der übrigen Regierungen umgestaltet werden müßte, an diese seine Erklärungen nicht gebunden sein.

Die Note machte demnach offenkundig, daß man sich im Berliner Kabinet und im Saale des Weidenbusches gleichzeitig in Widerspruch gesetzt hatte, indem sie dem Programm der neuen Vereinigung ein entschiedenes Dementi gab, ob auch Anhaltspunkte für eine günstige Auslegung in ihr gefunden werden mochten. Als im Weidenbusch jenes Programm berathen und festgestellt war, hatten ohne Zweifel die leitenden Persönlichkeiten schon gewußt, daß von Berlin etwas kommen werde. Entweder sie waren getäuscht, ihr Urtheil ging, oder sie führten absichtlich ihre Partei irre, verschwiegen, was sie wußten oder sagten, was sie besser wußten, um noch einige Stimmen zu erhaschen. Die Note wurde erst vier bis fünf Tage nach ihrem Eintreffen veröffentlicht, und gerade in diesen Tagen wurden noch eifrigst Unterschriften zum Weidenbuschprogramm gesammelt. Hätten die Leiter nicht umgekehrt dies Sammeln sistiren und, wovon jedoch nichts bekannt wurde, auf eine nochmalige Ueberlegung, eine Revision des Programms antragen sollen, sobald ihnen die Note vom 16. Februar

bekannt geworden, welche doch darüber keinen Zweifel ließ, daß man in Berlin bedenklich geworden war, die größte Vorsicht für nöthig hielt und keinenfalls so wie die Weidenbuschpartei vorgehen wollte? *)

*) Ein paar Tage vor der Veröffentlichung der Note schrieb die C. K., von Berlin aus wären unzweideutige Aeußerungen bekannt, dahin gehend, daß man gerüstet und entschlossen sei, folgende Sätze festzuhalten und durchzusetzen: Der in erster Lesung beschlossene Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher Spitze tritt unter Anführung Preußens ins Leben; wer nicht eintreten will, der folge unbehindert seinem Absonderungsgelüste und verbleibe nur im bisherigen Staatenbunde, wer aber das Zustandekommen des Staatenbundes hindern will, der — hat es mit Preußen zu thun. Durch dergleichen mochte man irre geleitet sein, wie man sich denn wechselsweise Brillen auffsetzte. Irreführend war gleichfalls ohne Zweifel ein aus dem Reichsministerium stammender Artikel der O.-P.-A.-Ztg. Der Verf. hatte von dem Inhalt der Note vor ihrer Veröffentlichung gehört und mit großer Freude daraus entnommen, daß Preußen an dem Begriff des „Bundesstaates", im Wesentlichen wie er aus der ersten Lesung hervorgegangen, d. h. an der „eigentlichen Einheit" festhalte. Damit sei Alles gewonnen, daß eine Großmacht den Beschlüssen der Nationalversammlung zum Körper diene, und nun seien die Anstrengungen und Leiden der Nation nicht vergebens gewesen, die den Rückfall in den Staatenbund nicht zugeben und lieber wollen werde, daß ein oder der andere Deutsche Staat noch so lange in einem blos weiteren Verbande bleibe, bis er es selbst räthlich finde, sich ebenfalls den Beschlüssen der Nationalversammlung anzuschließen, und dem engeren Vereine beizutreten. „Im Leben der Natur wie der Völker übt jede in sich feste Organisation ihre Anziehungskraft, und umgibt sich bald mit zufallendem Anwuchs. Welcher Deutsche Stamm, Deutsch-Oesterreich ausgenommen, würde auch nicht nach kurzer Frist seine Regierung zum Beitritt zwingen, ja zu zwingen gezwungen sein?" Davon wollte Preußen nach der Depesche vom 16. freilich nichts wissen. Indeß war die Meinung, es werde sich's schon gefallen lassen. Es hielt fest am Bundesstaat, und „hält nur Preußen fest, so hält unsere Hoffnung fest; sind ja doch schon jetzt die Regierungen von 22 Millionen Deutschen einig!" Die Eingeweihten wußten nicht minder aus ganz guter Quelle schon vor dem Bekanntwerden der Depesche vom 16., was jedoch verschwiegen oder vertuscht wurde, daß man in Berlin sehr verdrießlich über den Erlaß der Note vom 23. Januar und sehr ungehalten sei auf die Männer, welche dieselbe dem Könige „abgerungen", namentlich auf die beiden Staatsmänner, welche dazu verleitet, eine in Aussicht gestandene Oesterreichische Erklärung nicht zu erwarten und einseitig vorzugehen u. s. w. Man sagte, Camphausen habe begütigend gegen Schmerling geäußert, daß beim Erlaß der Note vom 23. Januar ein Mißverständniß im Spiele sei oder gewesen sei. Man sagte ferner, der König bedauere höchlich das beginnende Zerwürfniß mit Oesterreich, das ihm seine „Freunde" herbeigeführt

Der Schluß der Preußischen Erklärung wurde diesseits mit erhöhtem Mißtrauen so ausgelegt, daß Preußen die Verfassung annehmen wolle, wenn seine Abänderungsvorschläge genehmigt würden und wenn, doch nur wenn es schließlich an die Spitze komme, daß es dies wünsche, jedoch nicht viel darum zu wagen denke, den Zeitpunkt mit seinen Absichten hervorzutreten oder etwas dafür zu thun nicht für geeignet halte und abwarten wolle. Unverkennbar war in vielem Wesentlichen Uebereinstimmung der Preußischen Kundgebung mit dem, was die großdeutsche Partei behauptete und anstrebte; die Unterschiede der Oesterreichischen und Preußischen Erklärung waren die, daß in jener die Idee der Bildung einer neuen Verfassung für alle Deutschen Staaten festgehalten wurde, diese auf die Idee eines aus den dazu geneigten Staaten zu bildenden Bundesstaat einging; daß jene besagte: der ganze Entwurf taugt nicht, Verhandlungen über einzelne Abschnitte sind also unfruchtbar, gebt einen andern, diese aber den Entwurf im Ganzen zwar billigte und auf unsichere Verhandlung einzelner Theile eingehen, jedoch die Hauptpunkte ausgesetzt wissen wollte. Abermals hatte es Preußen keiner Partei recht gemacht. Wenn großdeutsche Stimmen Genugthuung aussprachen und erbkaiserliche mit neuer Hoffensseligkeit frohlockten, so fehlte doch dabei das rechte Vertrauen, die wahre Befriedigung, oder es war Phrase oder Parteimanöver.

Die Note vom 16. fand in der Weidenbuschpartei, wie Raumer berichtet, großen Beifall, „wennschon nur als ein erstes Wort, welchem mehre folgen müßten." In der That drängten sich einem Theile ihrer Mitglieder starke Bedenken auf. Man ersah dies deutlich aus manchen Aeußerungen ihrer Organe, zum wenigsten der reichsministeriellen und noch mehr der Deutschen Zeitung. Jene erkannte doch, daß man durch die Erklärungen Oesterreichs und Preußens in ein neues Stadium der Entwickelung getreten sei, fortan der „spekulativen Politik" weniger Raum geben dürfe, sich vorzugsweise an die Thatsachen halten, das praktisch Ausführbare ins Auge fassen, vor Abwegen sich hüten, überspannten Hoffnungen und Forderungen entsagen müsse. Die professorische Zeitung judicirte, daß Preußen „den großen Moment

durch ihre Beflissenheit, ihr Drängen darauf, daß er die Kaiserwürde annehme, ihr Drängen auf den Erlaß der Note vom 23. Januar, der nun äußerst unangenehm geworden durch die Bairischen und Oesterreichischen Proteste, nachdem er schon unangenehm genug gewesen, als in der Nationalversammlung die Abstimmung gegen die Erblichkeit ausgefallen.

nicht zu fassen verstehe" und bedauerte „schmerzlich", daß es abermals „der harrenden Nation so gar nichts Verständliches, Starkes, Aufrichtiges zu sagen gewußt"; sie sagte, Oesterreich habe die „lammfrommen Heiligen" sehr wohl gekannt, zu welchen es am 4. gesprochen; sie erklärte die Preußischen Einwendungen gegen die Verfassung für begründet, für richtig, was Preußen (und ebenso auch was Oesterreich, Baiern, Sachsen) als Wunsch und Grundsatz für die Behandlung der Sache aufstelle: die Verfassung begrenze die Kompetenz der Bundesgewalt nicht genau genug und centralisire stärker als die wesentlichen Bedingungen des Bundesstaats geböten; in beiden Beziehungen leide der Entwurf an wesentlichen Mängeln; sie habe nie gezweifelt, daß hier Aenderungen vorzunehmen seien und von Preußen verlangt werden würden; sie gab den wehmüthigsten Zweifeln Ausdruck, ob es mit dem Bundesstaat werde Ernst werden, denn Preußen spreche von freier Zustimmung und Aehnlichem mehr, und auch auf die Sympathien des Volkes sei nicht gar zu fest zu vertrauen.*) Allein die ihr Wesen in ihr treibenden Geister vermochten trotzdem von der Lieblingsidee nicht abzulassen. Ein „Staat" sollte es trotz all' jenen Bedenken sein, die Paragraphen 1—3 waren und blieben ihnen die „Grundsäulen des neuen Deutschen Staats"; ein Staat, trösteten sie, muß wachsen mit seinen Geschicken, ja sie freuten sich, „von Preußens kriegerischen Rüstungen zu vernehmen", hörten „Preußens Schwert schon in der Scheide klirren" und dachten den lammfrommen Heiligen

*) „Das Volk will einen festen Punkt, an den es sich anschließt mit seinen Sympathien. Diesen Punkt hätte man gerne in Preußen gesehen, und die schwere Arbeit der Einführung ihm übertragen. Man scheint sich zu täuschen, und vielleicht liegt der Fehler eben so sehr am Können als am Wollen. Auch kühnere Geister als die heutigen Preußischen Staatsmänner würden sich vielleicht bedenken, ohne den mächtigsten Nachdruck in der Nation, und ohne die kräftigsten Stützen nach Innen und Außen die alten Bande der Preußischen Politik zu zerreißen." Und wie lange konnte es damit währen, daß das in einen gewissen Enthusiasmus für den Bundesstaat der Erbkaiserlichen gebrachte Volk nicht durchschaute, daß es sich entweder blos um ein vergrößertes Preußen handelte oder daß doch schwerlich mehr herauskam, wenn es mit dem Bundesstaat Ernst wurde? Es mußte dann inne werden, daß die Gagern'sche Partei seinen Einheitsdrang für ihren Plan ausbeutete. Es erkaltete unfehlbar, wenn es erst Thaten thun und Opfer bringen sollte für einen preußisch-deutschen Staat in Deutschland. Ohnehin wollten die Meisten sich im Grunde gar nicht erheblich bemühen, sondern Ruhe haben. Auch auf jener Seite drängte die Wahrnehmung sich allmählig auf.

die Wolfsnatur und Rolle schlimmsten Falls einzureden oder aufzudringen. Sie gaben sich alle Mühe, das Ungünstige der Preußischen Erklärung zu vertuschen, in welcher doch „starke Proteste gegen die Oesterreichischen Staatenbunds- und Unterdrückungspläne" lägen, der zufolge doch nun jedem Einzelstaat freistehe, in den Bundesstaat einzutreten und keiner daran (etwa von Oesterreich) gehindert werden dürfe. „Wir *dürfen* nicht, droht Österreich. Aber wir fühlen, daß wir dürfen, weil wir Männer sind, und daß wir *müssen*, weil wir verständige Männer sind, vom Deutschen Volke nach Frankfurt gesendet, tüchtige männliche Arbeit zu machen"; da Preußen das letzte Wort nicht haben wolle, so müsse die Nationalversammlung es haben „ohne alle Frage", und sie habe noch etwas mehr in ihrer Macht, als ruhig fort zu beschließen. Jetzt polterte der alte Arndt, dann gab wieder ein Anderer „Ergüsse einer patriotischen Hitze" zum Besten, über welche er selbst freilich „lächeln" mußte, wenn er an die „nüchternen" Worte des Ministeriums Brandenburg dachte, die ihn dazu veranlaßt, des Preußischen Ministeriums, das größtentheils einer Partei angehöre, welche „von Frankfurt und von Deutschland möglichst wenig wissen will", das mit dem Herzen an dem hiesigen Werke nicht Theil nehmen könne und dessen Verstand auch nur langsam überzeugt sei. „Wir wollen die Note vom 23. Januar und die Instruktion vom 16. Februar anerkennen; aber wir wissen, daß andere, zu einer anderen politischen Partei gehörige Männer jene Urkunden so zu sagen abgerungen haben." Und dann verhielt sich das Preußische Kabinet so „kleinlich" in der Sache der Grundrechte, und dann war Graf Arnim zum Minister des Aeußern ernannt, was auf schreckliche Wiederaussöhnung mit Oesterreich hindeutete.

Welche Bedenken sich aber auch bei ihnen geltend machen mochten, die Erbkaiserlichen verblieben dabei, ihre Rechnung auf Preußen zu stellen, indem sie Preußen nicht wie es wirklich war, sondern nach ihren Schulbegriffen von ihm und seinem Wesen und Beruf, seiner Geschichte und Mission sich vorstellten und annahmen, daß das Hinderniß dort allein oder doch fast allein im Könige liege und daß dasselbe zu besiegen sei durch das Preußische Volk, zunächst schon durch die Preußischen Kammern, die auf den 26. einberufen waren. In Frankfurt sollte die Verfassung schleunigst zum zweiten Male berathen und beschlossen werden, die Preußischen Kammern sollten sich dann für die Annahme erklären und erforderlichen Falls — worauf eifrigst von Frankfurt aus hingewirkt wurde durch öffentliche Auf-

mahnungen in der Presse wie durch heimliche Korrespondenzen und Sendboten — das dermalige Ministerium zum Sturz bringen und dem konstitutionellen Könige ein „Deutsches" aufnöthigen oder dem Gouvernement eine „Deutsche" Politik. Die Centralkorrespondenz sprach gerade am 16. Februar die Hoffnung aus: sie werden die Nationalversammlung heben und kräftigen und „uns" helfen, die Kaiseridee zur Erfüllung zu bringen. Deshalb sei auch der Vortheil davon, daß Männer wie Schwerin, Saucken, Vincke — auf dessen Wirksamkeit und Aussichten in Berlin die meisten Erwartungen gestellt wurden — die Paulskirche verließen, um dort einzutreten, höher zu veranschlagen als der Nachtheil. Auf die Minister könne man doch am Ende auch noch rechnen; wenn auch kein Staatsmann unter ihnen sei, der mit perikleischer Hoheit das Staatsruder führe, so sei doch die Oesterreichische Note eine Anrufung auch an den Preußischen Geist, der schlimmsten Falls die Rolle perikleischer Mahnung, Oesterreich nicht nachzugeben, übernehmen werde.

Es waltete dabei Täuschung in beiderlei Sinne des Worts. Die Politiker, wie Gagern, gingen von den Ideen und Tendenzen des Deutschthums, die wie Vincke von denen des Preußenthums aus; Jene hatten in erster Linie das Interesse Deutschlands, dessen Einheit und Herrlichkeit, diese das von Preußen, dessen Vergrößerung und Verherrlichung im Auge; Jene dachten sich Preußen Deutsch gesinnt oder wollten es doch, wie egoistisch es sein und streben möchte, für Deutschland, diese wollten letzteres und insbesondere die „Deutsche" Gesinnung und den Deutscheeinheitsenthusiasmus für Preußen benutzen; die Gagern dachten der Vincke und diese wiederum jener sich zu bedienen, indem die Einen sich in den Andern irrten oder sie gerade sehr genau kannten und zu berechnen verstanden. Allmählig — doch zu spät, immer erst, nachdem sie sich zu tief verwickelt — ging den Enthusiasten und Schulweisen Licht über den Sachverhalt auf.

So deutete am 22. wiederum die Deutsche Zeitung einen sorglichen Gedanken an, der mitten im Hoffen auf die Preußischen Kammern aufgetaucht war. Frankfurt möchte mit ihnen, ward nach ganz richtigen Wahrnehmungen gefürchtet, in einen sehr bedenklichen Gegensatz gerathen, könnte von ihnen vielleicht am böseſten behindert werden, indem sie gar zu Preußisch gesinnt und einer Verfassung nicht hold sein dürften, nach welcher neben oder gar über dem Preußischen ein parlamentarisch-deutsches Reichsregiment eintreten sollte. Indeß wußte man Rath. Sie, auf deren Hülfe zur Erfüllung der Kaiseridee gehofft

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

wurde, sollten — wegen ihrer geringen Verläßlichkeit — alsbald nach ihrer Eröffnung auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Demnächst wurde auch auf die Kammern und auf Volksdemonstrationen in den Mittelstaaten gerechnet. Nur Baiern, hieß es in der Centralkorrespondenz, kann an einen ernstlichen Widerstand denken, und nur gestützt auf seine „grundrechtlich-deutsche" Volksvertretung. Sie triumphirte, die Sächsische Regierung lebe nur von der Gnade ihres republikanischen Landtags; sie hatte ihre herzinnige Freude daran, daß letzterer sich auf dem Wege befand, die Regierung zur sofortigen und unbedingten Einführung der Grundrechte zu zwingen. Denn, vermeinte sie, damit ist der Grundsatz der Unterwerfung unter die endgültigen Beschlüsse der Nationalversammlung ausgesprochen, und es thut demnach nichts, daß die dummen Teufel sich zugleich gegen den Ausschluß Oesterreichs und den Erbkaiser erklärt haben. Noch erwartungsvoller warf jetzt die Partei ihre Blicke auf Hannover und suchte dort mit aller Macht Demonstrationen zu Gunsten des Preußischen Erbkaiserthums zuwege zu bringen, wobei auch die erbärmlichsten Mittel nicht verschmäht wurden, Verdächtigung der besonnenen Hannoverischen Deputirten, Mißbrauch des Namens Simson, den man unter eine Adresse der größten Anzahl der Hannoverischen Deputirten an Herrn Lang setzte, wogegen sich dann Simson wieder feierlichst und lügenstrafend verwahrte u. dgl. Eine weitere Stütze ihrer Hoffnungen fand die Partei in den ihrem Werthe nach so sehr zweideutigen beipflichtenden Zuschriften ihres Sinnes, deren immer mehre sie veranlaßte und deren Urheber sie mit eiteln Erwartungen erfüllte. Sie belog und ließ sich mit falschen Nachrichten belügen. Posaunen über die einlaufenden Erklärungen der Kleinstaaten war seit Wochen ein stehender Artikel ihrer Organe gewesen. In diesen Tagen, wo sie so hart gegen das zu kämpfen hatte, was sie selbst am meisten souveränen Unverstand nannte, wo sie in den Wahlgesetzverhandlungen der Linken unterlag und die ungünstigen Aeußerungen der Note vom 16. zu verdauen hatte, jubelte sie, wie wenn die größesten rettenden Thaten für sie geschehen wären, über Adressen für den Erbkaiser aus der Sächsischen Residenz, aus einer Bairischen Kreisstadt. Es liefen viele sehr starke Adressen namentlich aus Baiern gegen den Kaiser ein — ihrer wurde nicht erwähnt, ja die wichtige Erklärung der Bairischen Regierung wurde nicht der Notiznahme durch Verlesung in der Nationalversammlung werth gehalten. Hatte sich die kleinste Ständeversammlung für den Kaiser ausgesprochen, so hieß es mit Emphase: eine Landes-

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

vertretung! Hört, das will etwas sagen! Davon aber, daß die Landesvertretungen der Kleinstaaten mehr oder minder unter dem Einfluß der Klubs, des souveränen Unverstandes standen (Haym 247), war nicht die Rede, und wenn sich die Bairische Kammer gegen den Erbkaiser aussprach, so war das nur eine momentane Uebereilung, oder die Sächsische — in ihr herrschte der souveräne Unverstand, es war darauf nichts zu geben, wogegen wieder nicht gefragt wurde, ob die „günstige Wendung der Dinge" in Hannover nicht etwa auch nur auf einem augenblicklichen Obsiegen des Unverstandes beruhe. Die Erbkaiserlichen freuten sich mit der Linken, daß die staatliche Ordnung auch in dem Staate aus den Fugen zu gehen schien, in welchem sie bislang noch am Festesten bewahrt worden war. Sie verspotteten die verständigen Stimmen aus Hannover, die allein schon genug sein würden, jede Ausrede, daß sie ungewarnt gewesen wären, zu vereiteln, und genug, sie hielten sich und ihre schwachen Stützen für stark genug, und kamen schließlich, wie es die Aeußerungen ihrer sämmtlichen Organe bezeugen, darin überein, daß man gestützt auf die Preußische Erklärung mit aller Macht auf den „Bundesstaat" zu steuern und entgegen Preußen beim ungeänderten Parteiprogramm zu verharren habe; sie sagten noch offener heraus, als es bisher schon geschehen war, daß ihre Partei auf die Errichtung eines Sonderstaates unter Preußen ausgehe und ihn haben wolle, und wenn nur das kleinste Deutschland dabei herauskäme, ohne alle Rücksicht, um jeden Preis. Dahin lauteten am ausdrücklichsten die officiellen Aeußerungen der Erbkaiserlichen in ihrer Parlamentskorrespondenz.*)

*) „Wir sind an dem Wendepunkte angelangt, den wir längst vorausgesehen — derjenige Theil Deutschlands, der das Bedürfniß der Einheit fühlt, wird sich auf Grundlage unserer Verfassung fest zusammenschließen und den Mittelstaaten wird bald keine andere Wahl bleiben, als sich Oesterreich oder dem Bundesstaate mit Preußen an der Spitze in die Arme zu werfen. Gelingt den Oesterreichern, Partikularisten und Ultramontanen hier weitere Verzögerung und entwickelt die Preußische Landesversammlung tüchtige Kräfte, so dürfte dieser die Entscheidung anheimfallen, dürften die Blicke immer Mehrer nach Preußen als dem größten bereits geeinten Stücke Deutschlands sich wenden. Den Patrioten blutet das Herz bei der Aussicht auf solche Sonderung, doch lieber sie als Zurücksinken in den vormärzlichen Zustand! Doch das Lockere und Schwankende wird anschließen; nur erst ein fester Kern und wir sind gerettet, Kleindeutschland wird die Feinde des Deutschen Namens zu Schanden machen, mit welchen sich Oesterreich verbindet. Es wird mit Hannover die Meeresküste, mit ihr Baiern, Schwaben und Sachsen haben. Auch den engsten Bundesstaat müssen wir annehmen,

Wenn sie also ihr Projekt gegen uns wie gegen Oesterreich und die Mittelstaaten, sogar gegen Preußen durchsetzen wollen, hieß es auf Seite der Großdeutschen, was bleibt ihnen übrig als eine Verbindung auf Koncessionen mit der Linken, das Mittel der Revolutionirung oder doch ein eventueller Gewaltversuch, was steht der Nationalversammlung bevor als gänzlicher Zerfall und Untergang, was Deutschland als Zerreißung, unabsehbare Unordnung und Zerstörung! Wäre ihr Verhalten aber nicht gar zu kopflos, wäre es möglich, irgend erklärlich, ohne daß ein falsches Spiel getrieben wird, daß reichsministerielle und Preußisch-diplomatische Fäden zu einem gemeinschaftlichen Geheimplane in einander laufen? Doch wie dem sein mochte, viel entscheidender war jedenfalls ein Anderes, woran weniger gedacht wurde: man beurtheilte und berechnete die Zustände, die Personen, die Erfolge irrig, in Berlin wie in Frankfurt, hätte gern gemeinsam operirt und operirte wider einander, indem man dort und hier glaubte, den andern Theil ganz herüberziehen oder beugen zu können.*)

---

wenn wir die Hoffnungen des Deutschen Volkes nicht schmählig täuschen wollen, das unwiderstehlich — auch den Fürsten gegenüber — eine einheitliche Gesetzgebung und eine würdige Stellung im Rathe der Völker fordert." Seltsam genug kontrastirten mit Aeußerungen dieser Art über ein zusammenschrumpfendes Deutschland Ergüsse über Herstellung des alten Reichs in Einheit, Macht, Größe, wie sich z. B. Arndt in der D. Z. vernehmen ließ: „Und Macht und Ehre wollen wir, Macht soll es sein und muß es sein! — Wir wollen endlich Macht und Ruhm; das Deutsche Volk ruft sehnsüchtig Macht und Ruhm! es ruft: Komm, Kaiser Friedrich, steige aus dem langen Siebenschlaf deines Kyffhäusers herab! Ja, solche Erleuchtung und Erhebung wollen wir Deutsche, die die aus dem langen sechshundertjährigen Siebenschlaf endlich Wiedererwachten."

*) Jenes Mißtrauen wurde vielfach ausgesprochen. Am 1. März las man z. B. Nachstehendes in der Frankf. Ztg.: „Wenn die erfolgte Verläugnung des engeren Bundes, der letzten Verschanzung Gagern's und der Preußischen Partei und überhaupt der Erbkaiserlichen eine aufrichtige ist, woran wir nicht zu zweifeln wagen, warum fährt denn die Preußische Partei überhaupt noch fort, für die Erbkaiserlichkeit, für die Aufrechthaltung der §§ 2 und 3, für den engern Bund, für den Ausschluß Oesterreichs zu agitiren, und wie früher der Großalmosenier des Kaiserthums mit dem flehenden „Date obolum Belesario" bei den Duodezregierungen, so jetzt bei den Abgeordneten Stimmen und Unterschriften für ein Projekt zu werben, das die Note vom 16. d. M. so klar, so unabweislich desavouirt? Die Stellung Gagern's, die Stellung der Preußischen Abgeordneten, die Stellung Camphausen's

Entgegen den Konferenzen bei Camphausen, die ihren Fortgang gehabt, erwirkten die Bevollmächtigten von Oesterreich und den Mittelstaaten nicht ohne Mühe eine abermalige gemeinschaftliche Konferenz der sämmtlichen Bevollmächtigten. Schmerling drang auf eine gemeinsame Verständigung Aller. Wenn dem Vorschlage nicht geradezu widersprochen wurde, so ging die Mehrheit doch auch nicht darauf ein. Schmerling sprach sich dahin aus, daß die Idee der Bildung eines Bundesstaates aus den dazu geneigten Staaten zum Ausschluß Oesterreichs führe und daß letzteres insofern entgegen sein, wol aber auf die Verfassung als Grundlage eingehen müsse und werde, wenn die Nationalversammlung nur nicht eigensinnig, ohne die Oesterreichische Erklärung zu erwarten, zum Schluß eile und auf dem Bundesstaat genannten Einheitsstaate bestehe. Er schlug vor, man möge durch das Reichsministerium zu erwirken suchen, daß die Nationalversammlung die zweite Lesung auf vier Wochen aussetze.

---

wird hierdurch immer zweideutiger. Denn entweder müssen wir annehmen, Gagern, der Führer der Preußischen Partei, und Camphausen besitzen geheime Instruktionen, welche jene Note nur als eine Formsache, nur als eine Koncession bezeichnen, die man von Berlin aus dem gereizten Oesterreich machen mußte, und dann wäre die Preußische Regierung nicht aufrichtig, was wir jedoch nicht glauben; oder Gagern, jener Führer, und Camphausen spielen das Spiel auf ihre Faust und dann wäre die Preußische Regierung schwach. Dieser Widerspruch muß gehoben, dieses neue Mißverständniß muß beseitigt werden. Ist Gagern hierbei nur Werkzeug, d. h. der getäuschte, so fordert seine Ehre, daß er seine Stellung vor den Augen Deutschlands klar mache, es fordert dies die Ehre der Nationalversammlung, deren Präsident er gewesen. Genug des Haders, des Hasses und der Entzweiung hat sein Programm unter die Vertreter des Gesammtvaterlandes gebracht, nur allzutief ist bereits das Ansehen der Nationalversammlung als moralische Person gesunken. Wer sollte ihr, der in sich selbst uneinigen, zerrissenen, von offenen und verdeckten Widersprüchen gespaltenen, noch vertrauen? Und wer hat sie um das Vertrauen gebracht? Wir hoffen, echte Freunde des Vaterlandes und einer offenen, unzweideutigen Politik werden nicht anstehen, von dem Vorkämpfer der Volkssouveränetät eine Erklärung zu fordern, ob er die Note vom 16. 1) noch im Sinne seines zweimal modificirten und dennoch nicht mehr wahren Programmes verstehe, und 2) wenn er sie so erfasse, wie es ihr ausdrücklicher Wortlaut der ganzen Welt zu verstehen gibt, aus welchem Gesichtspunkte er die Gesinnung seiner Herren Kollegen, die sich mehr oder weniger bei der Agitation gegen Oesterreich betheiligen, als Ministerpräsident beurtheile, und welche Mittel er zu ergreifen gedenke, um das offene Schisma zwischen der Preußischen Regierung und den Preußischen Vertretern auszugleichen?" Gagern gab indeß nur die Antwort, welche in seinem ferneren Verhalten lag.

Die königlichen Bevollmächtigten hätten diesen Vorschlag gern genehmigt, allein die der Kleinstaaten mochten darauf nicht eingehen, hauptsächlich weil sie sich mehr und mehr darin bestärkten, daß im Interesse der letztern die schnellste Beendigung des Verfassungswerkes nothwendig sei, um nur recht bald zu irgendwie geordneten Zuständen zu gelangen und der Furcht vor der mit dem Streite über die Einführung der Verfassung zu erwartenden Bewegung ledig zu werden. Einige unter ihnen waren ganz für Preußen gewonnen, Andere glaubten, es sei, da die Sache so weit gediehen, nichts mehr übrig, als mit der Nationalversammlung und Preußen zum Bundesstaate ohne Oesterreich oder auch mit der Gagern'schen Partei zum Preußischen Sonderbunde voranzuschreiten. Die Instruktion für Camphausen stimmte im Wesentlichen mit den Vorschlägen überein, welche in den Konferenzen der Bevollmächtigten der kleineren Staaten mit dem Preußischen Bevollmächtigten festgestellt waren, und forderte noch einige weitere Modifikationen des Projekts der Nationalversammlung. In einer Konferenz dieser Art am 21. Februar wurden die letzteren gebilligt. Außerdem wurde beschlossen, unter Vorbehalt von noch einigen einzelnen besonderen Desiderien nunmehr eine Kollektiverklärung aufzustellen. Am 23. Februar unterzeichneten die Bevollmächtigten von Preußen und den kleineren Staaten ihre gemeinsame Erklärung. Sie waren freilich der Ansicht, daß die Verfassung, wenn sie danach abgeändert würde, noch immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde, hielten sie jedoch in diesem Falle für ausführbar und annehmbar, indem sie die Besorgniß nicht mehr einflöße, daß sie die Einzelstaaten desorganisiren und in den Einheitsstaat unter Reibungen und Zerrüttungen hinüberführen werde. Dies war besorgt von den mangelhaften Kompetenzbestimmungen des Verfassungsentwurfs und von den Paragraphen, welche es möglich und wahrscheinlich machten, daß die Reichsregierung in eine über das wirkliche Bedürfniß ausgedehnte Reichsadministration verfalle, die Finanzen verwirre und zu Grunde richte und zuletzt nach allen Seiten Mißmuth errege. Nach diesen Rücksichten waren die Bemerkungen und Vorschläge der Regierungsbevollmächtigten aufgestellt. Die einleitenden Worte der Erklärung gaben sie genauer an.

Freilich bewahrheitete die letztere nicht, was namentlich die Centralkorrespondenz so bestimmt versichert hatte, Preußen und die kleineren Staaten würden (im Sinne der Weidenbuschpartei) nur geringfügige Erinnerungen machen. Allein diese waren sehr begründet.

Die Kollektiverklärung war das Resultat einer Prüfung, welche auf genauerer Kunde und näherer Anschauung der wirklichen Verhältnisse beruhte, das Werk praktischer Staatsmänner, und solcher, die von dem dringenden Wunsche und Interesse, der Nationalversammlung, der Gagern'schen Partei möglichst entgegenzukommen, geleitet gewesen waren. Sie enthielt die Willenserklärung der Regierungen, von welchen die Durchführung der Verfassung am meisten, jedenfalls zunächst abhing, die von denselben gestellten Bedingungen der Annahme und mittelbar deren Genehmigung für den Fall, daß die Nationalversammlung auf die Bedingungen einging. Sie enthielt das Minimum der Abänderungsforderungen, die von den übrigen Staaten erwartet wurden, das Maximum der Koncessionen, welche Preußen und die geängsteten Kleinstaaten an Frankfurt machen wollten, und insofern freilich eine bittere Kritik der Verfassung und ein starkes Dementi der Verfassungsmacher. Nahm die Nationalversammlung die Verfassung mit den vorgeschlagenen Abänderungen an, so stand dieselbe nur mit Ausnahme der noch ausgesetzt bleibenden einzelnen Punkte, insoweit nunmehr vereinbart, für Preußen und die kleineren Staaten fest, die Gagern'sche Partei hatte eine feste Grundlage für ihr Kleindeutschland, sie, die so große Eile hatte, zum Abschluß zu kommen. Ausführliche neue Berathungen waren zeitraubend und nach ihrem Erfolge sehr ungewiß. Außer Würtemberg nahmen alle Regierungen die Vereinbarung in Anspruch. Wurden die Regierungsvorschläge abgelehnt oder nur theilweis genehmigt und wollte sodann die Nationalversammlung das entscheidende Wort sprechen, so stand ein weitaussehender Streit über das Princip bevor, so fand die Durchführung der Verfassung unfehlbar Widerspruch und man bekam einen unheilvollen Krieg darüber, dessen Ausgang höchst zweifelhaft war. Es schien doch offenbar vor Allem im Interesse der Partei des „Bundesstaats" zn liegen, mit beiden Händen zuzugreifen, man hätte einen Antrag auf eine En-bloc-Annahme von ihr erwarten sollen, um so mehr, da ihre Majorität, wenn sie eine solche hatte, jedenfalls eine höchst ungewisse und geringe war, da sie, wenn sie Streit über die Modifikationen erhob, die Gefahr heraufbeschwor, daß gar keine Beschlüsse mehr oder nur Beschlüsse mit so schwachen Mehrheiten zu Stande kamen, daß ihnen der moralische Nachdruck fehlte, wodurch die ganze Wirksamkeit und alles Ansehen der Nationalversammlung auf das Spiel gesetzt, das Scheitern des ganzen Verfassungswerkes in Aussicht gestellt wurde. War es an dem, was die Bundesstaats-

partei von der Koalition, von deren Absicht, die Verfassung zum Scheitern zu bringen und von ihrer verderblichen Macht sagte, so lag hierin ein neuer Beweggrund, auf einen Vergleich rasch einzugehen. Was die Regierungen verwarfen, war freilich der Inbegriff der streng theoretischen, der Lieblingsgedanken und Forderungen der vornehmsten Urheber des Entwurfs, sehr mühselig von ihnen im Verfassungsausschuß und der Nationalversammlung durchgesetzt. Allein es war geschehen gegen eine Minorität, auf deren Seite sich nun selbst die zugeneigtesten Regierungen gestellt hatten und deren Gründe jetzt doppeltes Gewicht erhielten, weil ihre Vorhersagungen eingetroffen waren, die Schwierigkeiten als wirklich vorhanden sich zeigten, auf welche sie hinzuweisen nicht aufgehört. Es war eine andere Zeit gewesen, in welcher die Mehrheit der Versammlung den Theoretikern beigepflichtet. Nicht wenige aus ihr waren jetzt der Meinung geworden, daß dem Entwurfe entweder hinterhältige Gedanken zum Grunde gelegen, oder daß seine Urheber in Selbsttäuschung begriffen gewesen. Es war doch nun handgreiflich geworden, daß sich die Erbkaiserlichen mit ihrem Verfassungsplane, ihrem Weidenbuschprogramm verfahren hatten. Auch fehlte es nicht, daß sie auf das Alles aufmerksam gemacht wurden. Wie unendlich viel hing davon ab, daß sie von ihren extremen Tendenzen und Beschlüssen zurückkamen, von den Linken sich wieder losmachten, mit welchen sie jetzt die Partei vom Weidenbusch bildeten.

Sehr Vieles, wenn auch nicht Alles, hing dabei von Gagern ab. Das Begleitschreiben Camphausen's bei Uebersendung der Kollektiverklärung an ihn ließ noch einmal recht deutlich ersehen, wie sehr geneigt man Preußischer Seits in die Idee eines aus den dazu willigen Staaten zu bildenden Bundesstaates einging, wie beflissen Camphausen — so sagten die Großdeutschen — die Sonderbündelei betrieb. Allein Bedingung des Gelingens war, daß man im Einklange operirte, Maß hielt, daß in der Nationalversammlung keine „präjudicielle" Beschlüsse gefaßt wurden. Darauf wies jenes Schreiben mit scharfer Betonung hin.*)

*) Es lautete: „Herr Minister, in einem heute in Gemeinschaft mit anderen Bevollmächtigten Deutscher Regierungen an Sie gerichteten Schreiben hatte ich die Ehre, Ihnen eine Reihe von Bemerkungen und Abänderungsvorschlägen zu Beschlüssen der Nationalversammlung bezüglich der Verfassung vorzulegen, bei denen der Standpunkt festgehalten ist, welchen die königliche Regierung in der Cirkulardepesche vom 23. Januar und in der Instruktion vom

Welch ein Verhalten war jedoch von Gagern zu erwarten? Seine Partei drängte eben zu derartigen Beschlüssen, und er stand nicht über ihren Anschauungen und Leidenschaften. Er hatte ähnliche Aeußerungen nach dem Eintreffen der Note vom 23. Januar unbeachtet gelassen. Er hatte durch vertrauliche Mittheilungen der Bevollmächtigten Kunde von den Ansichten und Absichten der Regierungen der Mittelstaaten, Zusagen baldiger officieller Erklärungen, wußte, was in den Konferenzen bei Camphausen vorging, was darin vorbereitet wurde, wie nahe man dort entgegenkam, was man aber auch forderte: er hatte dennoch den überstürzenden Anfang der zweiten Lesung mit betrieben, dennoch das Weidenbuschprogramm jedenfalls nicht verhindert. Von seinem rücksichtslosen Eifer für den Bundesstaat mit Preußen an der Spitze zeugte auch sein Verhalten bei einem Vorgange, der fast seine Entlassung herbeigeführt hätte. Auf die Unterwerfungserklärungen unter das Preußische Oberhaupt, die von einigen kleineren Fürsten eingelaufen, waren im Namen des Reichsverwesers anerkennende und dankende Acceptationen erfolgt. Diese Erlasse des Reichsministeriums, die einen Oesterreichischen Fürsten Dank für Dinge aussprechen ließen, welche Oesterreich so sehr entgegen waren, machten einen peinlichen Eindruck und veranlaßten einen auch vor dem Publikum geführten widerwärtigen Streit. Gagern rechtfertigte sich nicht ohne Mühe und erhielt sich im Amte, doch blieb auf ihm Vorwurf haften, beim Reichsverweser sehr wahrscheinlich ein Stachel zurück. (Anh. VIII.)

Diese Mißhelligkeit war noch nicht ausgeglichen, als Abends am 23. eine Berathung der Parteinotabeln bei Gagern stattfand, wo dieser

16. Februar bezeichnet hat. Beide Stücke habe ich nicht ermangelt, Ihnen, Herr Minister, mitzutheilen, und indem ich Sie ersuche, insbesondere das letztere als einen Bestandtheil des gegenwärtigen Schreibens zu betrachten, wünsche ich dennoch zur Ergänzung des in der gemeinschaftlichen Erklärung vom heutigen Tage über die ersten sechs Paragraphen der berathenen Verfassung Gesagten zu wiederholen, daß nach der Ansicht der königlichen Regierung die Bestimmung darüber, welche Territorien den Bundesstaat bilden, erst dann formulirt werden könne, wenn festgestellt sein wird, welche Länder Deutschlands dem Bundesstaate beitreten wollen, und daß das Verhältniß derjenigen Bundestheile, deren bestehende Verbindung mit außerdeutschen Staatskörpern besondere Modalitäten erfordert, erst dann geregelt werden könne, wenn die besonderen Bedingungen ihres Beitritts, welche Gegenstand weiterer Verhandlungen sein müssen, festgestellt sein werden. Die königliche Regierung hält für durchaus nothwendig, daß keine präjudicielle Beschlüsse gefaßt werden, welche diese Einigung erschweren oder ausschließen.“

die Lage der Dinge entwickelte und die Mittheilung machte, daß er am folgenden Tage eine Konferenz der Bevollmächtigten im Reichsministerium veranstalten werde. Die allgemeine Ansicht ging dahin, auf möglichste Beschleunigung zu dringen, besonders da Schmerling einen mehrwöchigen Aufschub der zweiten Lesung betreibe. Die Versammlung trennte sich mit der Abrede, wenn Gagern am 26. die Regierungserklärungen vorgelegt haben würde, so sollte, damit der Verfassungsausschuß seine Arbeit um so rascher fördern könne, eine kurze Vertagung beantragt und die zweite Lesung auf die Tagsordnung am 5. März gesetzt werden. Der Weidenbusch solle Gelegenheit finden, seine Stärke, seine Taktik zu erproben. Es war angerathen, bei der Konferenz im Reichsministerium einen Stenographen zuzuziehen, damit nicht das Cirkuliren des Protokolls zu Zögerungen benutzt werde (Wurm, 87). Gagern stellte in jeder der beiden Fensternischen des Berathungszimmers deren zwei auf. Die Konferenz ward ungewöhnlich zahlreich besucht. Für Baiern war außer dem ordentlichen Bevollmächtigten auch noch Graf Lerchenfeld zugegen, einige kleinere Staaten, sonst gemeinschaftlich vertreten, hatten besondere Vertreter geschickt. Die eingegangenen Regierungserklärungen wurden vorgelesen, wegen der noch rückständigen ward Umfrage gehalten. Schmerling's hier freilich nicht ausgesprochene Meinung ging dahin, daß Preußen, indem es die Paragraphen 1—3 ausgesetzt wissen wolle und über die Oberhauptsfrage sich nicht äußere, von der Nationalversammlung, die ihrer Aufgabe nicht entsprechen könne, ohne darüber zu beschließen, als Rückhalt Beschlüsse hoffe, welche Oesterreich exkludirten, um sich bei seinen Plänen dann auf den erklärten Volkswillen stützen zu können. Er sah es durch sein Vorgehen in immer entschiedeneren Vortheil kommen. Er hatte so eben erst wieder auf das dringendste rasche und bestimmte Entscheidungen von seiner Regierung erbeten.*) Er konnte in seiner peinlichen Lage nur sagen,

*) Die Gagern'sche Partei entwickele eine unsägliche literarische und Intriguenthätigkeit, zum Theil unmittelbar aus dem Reichsministerium heraus, für ihre Tendenzen, in welche sie Preußen mehr und mehr hereinzuziehen suche; so werde der Badischen Regierung fortwährend gesagt, daß sie des Schutzes Preußens bedürfe, also sich unterwerfen müsse (weshalb er auf die Wichtigkeit der Oesterreichischen Kontingente in Rastatt und Ulm, der Brigade in Bregenz aufmerksam machte; so scheine darauf gedacht zu werden, Unruhen im Badischen Oberlande zu erregen), damit die Preußische Hülfe durch Truppen aus Köln und Koblenz nothwendig werde und den Erretterdank in Empfang nehme; die dem Oesterreichischen Standpunkt günstigen Er=

daß er noch keine weitere Erklärung seiner Regierung erhalten habe, daß er aber die zu seiner Kunde gelangten, so wie die Bemerkungen, die er mit dem lebhaftesten Interesse angehört, derselben schleunigst mittheilen werde und die Hoffnung hege, daß sie davon Anlaß nehmen werde, um so rascher ihre Abänderungsvorschläge aufzustellen.

Schleßwig-Holstein machte Einwendungen gegen den § 1 des Abschnitts vom Reiche und gegen den Kaisertitel; Limburg fand den Bundesstaat für sich nicht anwendbar; Weimar behielt sich seine Erklärung wegen der Oberhauptsfrage noch vor; Würtemberg sprach sich dahin aus, daß es die Beschlüsse der Nationalversammlung als bindend anerkenne, aber der Idee eines engeren und weiteren Bundes, auch der Wahl eines einheitlichen Oberhauptes *nicht* beipflichten könne, wenn Oesterreich dadurch ausgeschlossen werde. Mehre machten andere, doch minder erhebliche Ausstellungen, oder hielten vor Allem für nothwendig, daß zuvörderst Oesterreich sich bestimmt erkläre; Einige, namentlich Baiern, versprachen einläßliche, Preußen und andere, weitere Erklärungen in kurzer Frist einzubringen. Am Schluß bat Schmerling, das Reichsministerium möge bei seiner Mittheilung an die Nationalversammlung ausdrücklich kund geben, daß auch über die weiteren Hauptabschnitte des Entwurfs nachträglich Erklärungen beigebracht werden würden; die bei zweiter Berathung gerechtfertigte Verzögerung werde dann sich erklären und nicht den Regierungen zur Last gelegt werden; er setze dabei voraus, daß deren nachträgliche Erklärungen bald eintreffen würden, damit nicht von einer Verschiebung auf unbestimmte Zeit gesprochen werden könne. Davon nahm Hergenhahn Anlaß zu der Bemerkung, es sei wenigstens die Absicht derjenigen Bevollmächtigten, welche die Kollektiverklärung unterzeichnet, gewesen, daß der Verfassungsausschuß mit den ersten beiden Abschnitten des Verfassungsentwurfs sich zu beschäftigen

klärungen von Baiern und Sachsen enthielten mittelbar doch auch die Aufforderung, daß Oesterreich sich deutlicher über die Grundsätze ausspreche, die es bei der Verfassungsfrage angewendet wissen wolle, denn man erwarte, daß die kaiserliche Regierung nun die Zusage löse, welche man in ihrer Note vom 4. Februar gefunden; die Versammlung eile zur zweiten Lesung, um so mehr müsse Oesterreich sich erklären, den Vorwurf zu vermeiden, daß es die Vollendung der Verfassung hindere; er werde die Nothwendigkeit geltend zu machen suchen, daß man sich zu so wichtigen Entscheidungen Zeit nehmen müsse, aber angefangen müßten und würden die Verhandlungen werden; Graf Lerchenfeld werde mit ihm vorgehen, wünsche aber so dringend wie er selbst, daß Oesterreich sein bestimmtes Wort spreche u. s. f.

habe, ohne die weiteren Regierungserklärungen zu erwarten. Schmerling und Welcker widersprachen. Gagern ergriff Partei gegen ihre Ansicht und schlug zuletzt vor, wenn der Bericht des Ausschusses erstattet sei, nochmals anzufragen, ob die Bevollmächtigten weitere Erklärungen abzugeben hätten; er fügte hinzu, daß es selbstverständlich der Nationalversammlung überlassen bleiben müsse, wie sie dieselben behandeln wolle, und schloß die Konferenz mit der Bemerkung, daß das Reichsministerium zunächst keine Veranlassung, zu einer solchen wiederum einzuladen, sondern Aufforderung dazu von den Bevollmächtigten zu erwarten habe.*)

---

*) Schmerling: Ich weiß zwar nicht, was der Verfassungsausschuß für eine Ansicht davon hat; ich muß aber bekennen, daß ich es für sehr wichtig halte, daß bei der zweiten Lesung der einzelnen Hauptstücke der Ausschuß eine vollkommene Uebersicht vom ganzen Werke habe; denn sonst könnte es möglich sein, daß bei der zweiten Hauptberathung der Verfassungsausschuß und die Nationalversammlung in die Lage kämen, in Folge der nachträglich von den Regierungen angegebenen Erklärungen schon gefaßte Beschlüsse zurückzunehmen. Es steht mir allerdings nicht zu, dem Verfassungsausschusse oder der Versammlung einen Rath zu ertheilen, aber es war ja gerade vor Allem der Zweck einer zweiten Lesung der Grundrechte und der Verfassung, von beiden vorher ein ganz umfassendes Bild zu haben, und das glaube ich kann nur erreicht werden, wenn man alles vorhandene Material kennt. Ich bezweifle auch nicht, daß von Seiten des Verfassungsausschusses die Ansicht angenommen wird, daß er alle Erklärungen der Regierungen für die zweite Lesung benützen wolle, indem es ja nur mißlich sein könnte, einzelne Hauptsätze zu berathen, ohne die Regierungserklärungen über das Folgende zu kennen.

Welcker: Der Bemerkung des Herrn von Schmerling muß ich mich anschließen, denn ich würde es für eine große Störung des ganzen Verfassungswerkes halten, wenn später eine dritte oder gar vierte Lesung nothwendig werden sollte. Wir wissen, daß einzelne Bestimmungen abhängig sind von der Lösung der Oberhauptsfrage und deswegen ohne vorgängige Lösung dieser Frage mehre Punkte nicht erledigt werden können. Daß sich der Verfassungsausschuß mit dieser Sache beschäftige, ist etwas ganz Anderes, als daß sie gleich zum Schlusse geführt werde. Ich will nur bemerken, daß durch die eigenthümliche Lage, mit der wir zum Schlusse gedrängt werden, Schwierigkeiten und Sonderbarkeiten für uns entstehen. Ich will deren nur eine hier hervorheben. Die vorliegenden Erklärungen beziehen sich auf die bei der ersten Lesung der Verfassung gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung. Unterdessen hat der Verfassungsausschuß wieder eine neue Redaktion vorgenommen, welche mehrfach in bedeutender Weise diese Beschlüsse abändert; darüber haben die Regierungen bisher sich gar nicht erklären können. So ist im Art. III, § 6 „Die einzelnen Staaten behalten ihre Selbständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist;

Dies nach dem Protokoll der Konferenz, über welche sogleich entstellende und aufreizende Nachrichten mündlich und durch das reichsministerielle Organ verbreitet wurden, das daneben zur äußersten Rücksichtslosigkeit und zu eiligstem Vorschreiten in den von Gagern gebilligten Wegen spornte. Es gab sofort seinen aus dem Reichsministerium herrührenden Bericht über die Konferenz, der nichts weniger als ein treuer war, und fügte hinzu: 26 Staaten haben eine Gesammterklärung abgegeben und vertreten 22 Millionen — immerhin schon ein stattlicher Kern des Deutschen Bundesstaats! Keinenfalls ein Aufschub! Unwiderruflich muß die zweite Lesung am 5. März beginnen! Kein Abwarten, bis das herzliche Einverständniß Oesterreichs und Rußlands noch inniger geworden! Der Verfassungsausschuß that wohl, die Entscheidung zu geben, in nächster Woche seinen Bericht abzuschließen und später eingehende Erklärungen nicht mehr zu berücksichtigen. Den Regierungen ist Zeit genug gelassen; wir stehen jetzt vor dem wahren „Entweder — Oder". Die Verfassung endgiltig zu machen, ist die Aufgabe der Versammlung, von welcher nichts nachgelassen worden durch die billige Rücksicht, die man dadurch den Regierungen trug, daß man ihnen Gelegenheit gab, ihre Bedenken zu äußern. Die Nation hält diese Vollmacht aufrecht. So fasse die Versammlung ihre endgiltigen Beschlüsse und es wird sich zeigen, welche der Deutschen Regierungen dann den Muth hat, sich dem so geschaffenen Deutschen Bundesstaate zu entziehen.*)

---

sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind", das Wort „ausdrücklich" ein absolut wesentliches Schutzmittel der Regierungen und bildet eine Rechtsgrenze. In der neuen Vorarbeit hat der Verfassungsausschuß das Wort „ausdrücklich" gestrichen. Darauf hat keine einzige Regierung Rücksicht nehmen können, und so werden, wie ich glaube, wenn die Sache allzusehr beschleunigt wird, Widersprüche, Irrthümer und Mißverständnisse entstehen.

Präsident: Darauf will ich bemerken, daß es wol in keiner Weise zu vermeiden sein wird, daß, wenn der Ausschuß jetzt seinen Bericht abfaßt und für die zweite Lesung neue Vorschläge macht, er in vielen Punkten eine neue Redaktion beantragen wird, worüber weitere Erklärungen der Regierungen, wenn diese davon werden Kenntniß genommen haben, nicht abgewartet werden können. Das Zweckmäßigste würde meines Erachtens sein, wenn der Ausschuß seinen Bericht erstattet haben wird, vielleicht eine nachträgliche Konferenz abzuhalten.

*) Das, während in der Nationalversammlung die erste Lesung noch nicht beendet war. Die Versammlung war verleitet, über einzelne Stücke der Verfassung ohne Uebersicht zu beschließen, die Regierungen sollten dasselbe und konnten

Hätte hiernach noch ein Zweifel über die Stimmung, Ansichten und Absichten der erbkaiserlichen Parteiführer obwalten können, so wurde er durch eine Manifestation des reichsministeriellen Organs am 27. zerstört, die in einem auf die Konferenz noch einmal zurückkommenden großen Leitartikel mit Bassermann's Zeichen bestand und sichtlich darauf berechnet war, dramatischen Effekt zu machen, neuen Haß gegen die Oesterreichische Regierung, Schmerling, die Oesterreichischen Abgeordneten und neue Hitze für das Projekt der Partei zu erregen. Endlich sei der Tag erschienen, wo die officiellen Vertreter der Deutschen Staaten erklären sollen, was Deutschland von ihnen zu erwarten habe; nachdem die Erklärungen von 29 Staaten verlesen worden, die zurückgebliebenen nur noch eine kurze Frist erbeten, hätten in athemloser Spannung die Blicke Aller auf Schmerling sich gerichtet; der habe die Zeitung, worin er gelesen, aus der Hand gelegt und in seinem gewohnten leichten Tone gesagt, er habe gar keine Erklärung zu geben, und sodann gegen sein feierliches Versprechen, daß Oesterreich nichts thun werde zur Störung des Deutschen Verfassungswerks, auf eine Verzögerung der zweiten Lesung angetragen. Gar nichts weiteres von seinen Aeußerungen, seinen und Welcker's motivirten Vorstellungen wurde gesagt, sondern angeknüpft ward ein Hört! Oesterreich hatte am 24. Februar gar keine Erklärung zu geben! und eine Fluth von Verdächtigungen und Verunglimpfungen Oesterreichs, das Frankreich und Rußland, in dessen Freundesarmen es die blutig errungene Freiheit sterben lasse, hereinziehe, alle Zuneigung zu

---

es nicht schnell genug thun. Oesterreich hatte erklärt, daß es auf diese Projekte nicht eingehen könne und werde, ganz offen wurde sein Ausschluß betrieben und daneben behauptet, es erkläre sich gar nicht und ihm das ärgste Verbrechen daraus gemacht, daß es sich auf den Bundesstaat mit seinem Ausschluß und Preußen an der Spitze nicht einlassen wolle, oder daß es nicht anderweite Vorschläge mache, während man durch Wort und That zu erkennen gab, daß man darauf nicht hören, von den gefaßten Beschlüssen nicht abgehen wolle und werde. So und so viel Staaten und Millionen Deutsche (die Widerwilligen mitgerechnet) stimmten für den Bundesstaat, also mochten die übrigen draußen bleiben, oder sie wurden hineingezwungen. Nun verlangten freilich jene Staaten und Millionen Deutsche, daß die Zustimmung frei sein solle — in diesem Falle galt ihre Erklärung nicht. Sie verlangten Abänderungen, und die königlichen Staaten mit ihren Millionen verlangten dieselben unzweifelhaft gleichfalls — allein diese Willensmeinung und Erklärung von so und so viel Staaten und Millionen Deutschen war den Ansichten und Tendenzen der Erbkaiserpartei, der „wahren Mehrheit“ der Paulskirche entgegen, sie galt also abermals nichts.

ihm ersticke, Deutschland nur verachte u. s. w., ferner eine hetzerische Philippika gegen die Vertreter des Oesterreichischen Volks, sofern sie bewußt oder unbewußt zu solcher knechtenden heillosen Politik sich gebrauchen ließen; eine an die Linke gerichtete Apostrophe herüber zu treten zu den Gagern'schen, die auf den einzigen Weg, die Freiheit zu retten, hinleiteten, indem sie ihr ein Vaterland geben wollten, verschieden von dem, wo man die Grundrechte konfiscire; einen geharnischten Zuruf an die kurzsichtigen Oesterreichischen Politiker: „Es gelingt nicht, den Deutschen Bundesstaat zu hindern! und der ganze Erfolg des unbegreiflichen Strebens kann nur sein, daß die Verfassung dieses Bundesstaats durch die Oesterreichische Taktik in der Paulskirche noch demokratischer und also für Oesterreich nur um so gefährlicher wird;" und dann doch einen Versuch, den Staatsmännern in Olmütz, die ihrerseits allein wahrhaft staatsmännische Politik, Frankfurt gewähren und Deutschland sich abgesondert konstituiren zu lassen, abzuschmeicheln, und znm Schluß eine Appellation an die Geschichte, die einst wissen werde, wer es zu verantworten und wem sie — nämlich Schmerling — die Oesterreichische Politik, die jetzigen Gefahren und den „künftigen Zwiespalt zweier sonst befreundeten großen Nationen" zuzuschreiben habe! Es hatte nichts geholfen, daß die Frankfurter Zeitung soeben erst Bassermann und Gagern, der dies förderte oder doch zuließ, einen Spiegel vorgehalten. Centralkorrespondenz und Deutsche Zeitung stimmten in denselben Ton ein und sekundirten treulich. Jene behauptete, sehr gut zu wissen, was die Regierungen lähme, sich rascher und eingehender zu erklären, versicherte, den Stab nicht über sie brechen zu wollen und that es dennoch; erinnerte an das, worin Preußen zugestimmt und verwarf Alles, worin es entgegen war; betheuerte dem Deutschen Volke, daß die Nationalversammlung mit aufopfernder Loyalität die Regierungserklärungen erwartet habe und die zustimmenden beachten, die nichtzustimmenden aber mit gebührender Mißachtung behandeln und insbesondere mit Entschiedenheit die Vereibarung abweisen werde; sie fordere sein Vertrauen, wie sie ihr Werk ihm anvertrauen werde, und dann werde die Geschichte die Wiederaufrichtung von Gesetz und Ordnung und die Einigung des Vaterlandes — ohne Oesterreich und allenfalls auch ohne die Mittelstaaten — an ihren Namen knüpfen. Der Deutschen Zeitung war es so unbegreiflich als feindselig und verbrecherisch, daß Schmerling einen Aufschub der zweiten Lesung fordere, während doch „für Alle, welche den Bundesstaat wollen, nichts mehr ein Axiom ist, an welchem sie

festhalten werden, als die Ueberzeugung von der Verderblichkeit jeder Verzögerung. Aus Berlin ließ sie sich schreiben: „Ja, jetzt darf ein Preuße sich nicht scheuen, die Deutschen Brüder an Roßbach zu erinnern, denn da stand Oesterreich mit dem alten morschen heiligen römischen Reiche, und in Friedrich von Preußen schlug das neue Deutschland jenes verrottete Reich aufs Haupt. Oesterreich hüte dich! Ein neues Roßbach ist vor der Thüre", u. dgl. viel. Alles nur zu geeignet, den preußisch-österreichischen Antagonismus von Neuem in das Spiel zu bringen und aller Einigung wahre und nöthigste Grundlage zu zerstören.

Schmerling nahm von den Vorgängen der Konferenz abermals Veranlassung, nach Olmütz bemerklich zu machen, wie sehr die Lage ein baldiges und positives Vorgehen der Oesterreichischen Regierung erfordere; möchten die Behauptungen der andern Seite noch so unbegründet, die Absichten noch so eigennützig sein, jene hätten großen Schein, diese die Strömung für eine festere Gestaltung in bundesstaatlichen Formen für sich; die Gunst, welche in den mittelstaatlichen Erklärungen und im Vorhandensein und den Bestrebungen der großdeutschen Partei liege, gehe ohne den angedeuteten Anhaltspunkt wirkungslos verloren; wenn Oesterreich noch länger nur zuwarte, so werde es mehr und mehr die Sympathieen einbüßen, die Freunde müd oder abwendig machen, entgegen so vielen fördernden Umständen und solcher Thätigkeit für die Preußische Hegemonie werde die besondere Konstituirung Deutschlands schwerlich abzuwenden sein; Oesterreich lasse sich seine Stellung im letztern entschwinden, die es dann später genöthigt sein werde, zurückzuerobern. Gagern übersendete die sämmtlichen eingelaufenen Regierungserklärungen am 26. Februar an die Nationalversammlung mit dem Antrage, daß das „reiche Material dem Verfassungsausschusse zur Prüfung überwiesen werden und bei zweiter Lesung die verdiente Beachtung finden möge." Er hob in seinem Begleitschreiben nachdrücklich hervor, daß die Kollektiverklärung die Grundlage der Beschlüsse der Nationalversammlung festhalte, nämlich „die Grundlage eines zu errichtenden Bundesstaats, dessen Centralbehörde mit einer aus der Gesammtheit des Volkes durch Wahl hervorgegangenen Vertretung umgeben sein solle." Oesterreich und die Vereinbarung betreffend hielt er unverrückt seine früheren Standpunkte fest. Er fand in der Divergenz der Anträge und der Ausstellungen der Regierungen an der Verfassung einen neuen Beleg dafür, daß die Nationalversammlung, eine Verständigung anstrebend

und das Vereinbarungsprincip verwerfend, den einzig richtigen und möglichen Weg zu einem guten Ziele betreten habe und daß die letzte Entscheidung ihr zustehen müsse. Auf Seite der Großdeutschen wurde gesagt: er setzt sich damit in Widerspruch gegen fast alle Regierungen, insbesondere die Preußische; die Nationalversammlung ist auch darüber uneiniger als je; sie ist nicht weniger parteit, ihre Ansichten über die Verfassung selbst und ihre Aenderungsprojekte gehen nicht weniger auseinander, und um so weniger besitzt sie die Macht, den Anspruch die letzte Entscheidung zu geben auch durchzusetzen; von all diesem so wichtigen und zu sehen Nöthigen sieht er nichts und gibt seinem Anhange, den hierin gleichgesinnten Radikalen, und wenn beide zusammen die Mehrheit bilden der Nationalversammlung, einen neuen Anstoß zum Verharren und weiteren Fortstürzen auf ihrer abschüssigen Bahn.

Verhandlungen über die Regierungserklärungen am 26. Februar (der Pfeiffer'sche Antrag). — Der Verfassungsausschuß und die Weidenbuschpartei. — Vermittelungsversuche von großdeutscher Seite. — Parteikämpfe in der Nationalversammlung (bis 9. März) um den Anfang oder Aufschub der zweiten Verfassungsberathung. — Kein Verbündniß der Großdeutschen mit der Linken.

Die Verhandlungen über das Wahlgesetz wurden durch die wohlpräparirten reichsministeriellen Mittheilungen am 26. Februar unterbrochen. Sofort begann eine äußerst gereizte Debatte über Gagern's Antrag. Schon in ihrem Anfange zeigte sich, was unter verdienter Beachtung der Regierungserklärungen verstanden werden wollte; in ihrem Fortgange wurden die wahren Gründe Für und Wider großentheils gar nicht zur Sprache gebracht oder künstlich verhüllt; sie war sehr bezeichnend für die Stellung sowol der Parteien als des mit der vom Weidenbusch unter der Decke spielenden Reichsministeriums, bezeichnend für die dem häßlichsten Parteigetriebe mehr und mehr verfallende Nationalversammlung; ihr Ergebniß bestand in einer Entscheidung gegen die Stärke und Taktik des „Weidenbusches", welche durch sie erprobt werden sollten. Pfeiffer verlangte das Wort, um den Antrag zu empfehlen: „Die Nationalversammlung gibt dem Ausschusse auf, nunmehr seine Revision ohne Zögerung zu vollenden, und setzt fest, daß am Montag den 5. März mit der zweiten Lesung begonnen und damit endgiltig die Verfassung festgestellt wird." Im Lauf der Debatte kamen Anträge, wonach der 15. März (Cropp) oder der 12. (Arneth) bestimmt werden sollte. Schorn bean-

tragte den Zusatz: „Den 5. März, eventuell, sobald sich der Ausschußbericht in den Händen der Mitglieder befindet.“ Wesendonck wollte, daß das „Einzig und allein“ festgestellt, der Zeitpunkt des Begins der zweiten Lesung vorbehalten werden solle; Künßberg, daß man von der Feststellung eines Zeitpunktes abstrahire. L. Simon beantragte den Uebergang zur Tagesordnung, und Venedey und Andere von der Linken, daß die zweite Lesung des Wahlgesetzes der der Verfassung vorangehe: ein Antrag, auf welchen sich von diesem Tage an die Linke mit aller Kraft warf und auf welchen sie wiederholt zurückkam. Indeß drehte sich die Debatte fast allein um den Pfeiffer'schen Antrag, der dem Weidenbusch angehörte, obgleich er aus einer Fraktion der Linken gebracht wurde. Wie es sich eigentlich damit verhielt, ward in den Organen und Erzählungen der Erbkaiserlichen sorgfältig verschwiegen, oder es ist nur unvollständig gesagt oder ganz unwahr berichtet.

Der Plan der Weidenbuschpartei war der, gleichsam mit einem Ausfall einen erneuerten Versuch zu machen, durch einen entschlossenen Anlauf zur zweiten Lesung sich durchzuschlagen. Sie knüpfte ihn daran, daß die Berathungen bei Camphausen zu dem Ergebniß der Kollektivnote geführt hatten und die Mittheilung sämmtlicher Regierungserklärungen bevorstand. Alles wurde sorgfältig vorbedacht, am meisten vertraute man auf den Schlußsatz des Antrags. An diesem nahm freilich die Rechte den größesten Anstoß. Nachdem sie sich ohnehin nicht ohne Opfer der Politik der Weidenbuschpartei angeschlossen, ward ihr durch ihn zugemuthet, gänzlich auf ihr Princip zu verzichten, ja demselben ausdrücklich zu widersprechen. In den eingeleiteten Verhandlungen bat sie um Streichung, um Milderung, zuletzt wenigstens um Theilung der Abstimmung, allein man glaubte den Befreundeten nicht zu Willen sein zu können, da es Rettung aus einer unerträglichen Lage gelte. Die von der Rechten sahen in dem Antrage herausfordernden Trotz gegen Preußen, dessen sämmtliche Erklärungen auf Verständigung drängten; man hielt ihnen entgegen, in Wahrheit sei der Satz nur ein Trumpf gegen die Insolenzen der Oesterreichischen Regierung, nicht gegen, sondern für die Interessen der Preußischen. Vor Allem entschied der vermeinte taktische Vortheil, welcher der Partei aus der Auffrischung des ominösen „Einzig und allein“ erwachsen sollte. Sie war zum Siege für sich allein nicht stark genug und machte daher nach eigenem Geständniß die Rechnung so: die Phrase, die mit unserer Ueberzeugung nicht im Widerspruch

steht, wird während des Kampfes zur Parole werden, die uns einen Theil der Linken, vielleicht die gesammte Linke zu Bundesgenossen macht; ein der Linken bisher nahe Verwandter wird überdies die Fahne vorantragen; die unschuldige und doch gewichtige Koncession an jene Seite wird die zweifelhafte Freundschaft derselben mit den Direktorialen brechen; in der Wahl zwischen der sichern Unterstützung durch die geringen Reste der Vereinbarer und der unsichern aber hoffentlich zahlreichen der Linken, entscheiden wir uns für letztere. (Haym II, 304.)

Die Weidenbuschpartei mußte also ihren sittlichen Abscheu vor dem, was sie an Andern als Koalition mit der Linken bezeichnete und auf's Schärfste tadelte, zu überwinden. Sie gab sich daneben die ersinnlichste Mühe, die an Zahl geringe aber in den regiminellen Kreisen angesehene Vereinbarerfraktion zur entschiedensten Principverläugnung zu verleiten, weshalb sie denn auch in den Verhandlungen mit ihr bittere Vorwürfe hören mußte. Der von ihr betriebene Antrag sollte in der That ein Paroli insbesondere gegen die Preußische Erklärung vom 16. sein, er mußte, wenn er es nicht hätte sein sollen, zumal in der Lage der Nationalversammlung als eine zwecklose Herausforderung erscheinen. Die Vereinbarer urgirten ferner, daß er den Charakter der Kniffigkeit trage und daß es mit ihm auf Ueberrumpelung abgesehen sei; man halte ihn als namentlich gegenüber der großdeutschen Deputation nothwendig ihnen hin und suche die Zurückweisung der Preußischen Forderung nur so nebenher in ihn, einen Antrag auf Beschleunigung der Verfassungsberathung einzuschmuggeln. Vincke, der sein großes Princip längst verläugnet hatte, als ihm der Moment gekommen schien, dem Preußischen Nutzen dieses Opfer zu bringen, und der die besten Sophismen dafür wußte, befand sich in Berlin. Naumann war Vorsitzender in Milani, wo nach den lebhaften Verhandlungen mit dem Weidenbusch und nach sonstigen innern Kämpfen am 25. beschlossen wurde, ablehnend zu stimmen, da es nicht gelungen war, das „endgiltig" fortzuschaffen. Indeß wirkte — um dies voraus zu erwähnen — die Verleitung so weit, daß ein Theil der Vereinbarer, entgegen dem Principe und Beschlusse der Direktion, für den Antrag stimmte, was den Protest der Uebrigen und die thatsächliche Auflösung Milanis veranlaßte, dessen Reste wieder zu sammeln Radowitz nachher sich bemühete, um etwa 20 zur Unterstützung zu behalten. Ein Hauptmotiv gab der Weidenbuschpartei die Absendung der großdeutschen Deputation,

deren Zweck für den Fall vereitelt werden sollte, daß sie mit einer, und zwar annehmbaren, an sich nicht leicht abzuweisenden Oesterreichischen Erklärung zurückkehrte, was man doch fürchtete, während man spöttliche Miene dazu machte, als glaubte man nicht von fern daran. Einem vom Weidenbusch selbst ausgehenden Antrage mißtrauend, verlegten die Leiter den Schauplatz ihrer Thätigkeit in eine der Fraktionen der Linken, den Würtemberger Hof, der, seitdem der Kaiserplan eifriger betrieben worden, gespalten war in Kaiserliche, unter der Leitung des Klubvorstandes (Zell, Kirulff) und Antikaiserliche unter der Führung von Wydenbrugk und Wuttke. Man wußte, daß die Deputation sich anschickte, am Sonntag Abend (25. Februar) abzureisen. Es war zu vermuthen, daß die Mitglieder des Klubs, welche der großdeutschen Partei oder gar deren Verfassungsausschuß angehörten (Wuttke und Wydenbrugk) noch konferiren würden. Die Klubberathungen begannen ungewöhnlich früh. Bevor namentlich Wuttke erschienen war, hatte Zell ohne vorherige Ankündigung den — Pfeiffer'schen Antrag in Abwesenheit Pfeiffer's eingebracht und warm empfohlen. Pfeiffer hatte für das Direktorium gestimmt. Der Antrag schien sonach unverfänglich zu sein. Indeß wurde er doch von den Antikaiserlichen bekämpft. Während der langen Debatte trat Pfeiffer herein, wie man sagte gegen die Berechnung von Zell und dessen Partei, und erklärte sich nach einiger Zeit dahin, der 5. März sei allerdings ein zu früher Termin, und er wolle letzteren hinausrücken. Zell entgegnete eifernd und eben so auffallend als unbefugt, er könne keine Aenderung zulassen. Es kam nun heraus, daß der Antrag eigentlich gar nicht von Pfeiffer herrührte, daß ihn Zell mit dem Weidenbuschvorstande berathen und im Wortlaut festgestellt, in zweifelhaften Klubs (Milani namentlich) dafür geworben und sich anheischig gemacht habe, einen unverfänglichen Antragsteller ausfindig zu machen. Die Antikaiserlichen vermutheten sich in der Minderheit und drangen nun darauf, daß das Princip der Linken festgehalten, die Endgiltigkeit der Beschlüsse der Nationalversammlung urgirt werde. Sie wollten dadurch bewirken, daß Milani abspringe. Pfeiffer versprach, die Endgültigkeit stark hervorzuheben und that es auch, ohne sich jedoch zu enthalten, auf seine Ansicht über den 5. März als zu frühen Termin zurückzukommen. In die Debatte kam sogleich der häßlichste Mißton durch Grumbrecht, der Ausbrüche der Parteileidenschaftlichkeit auf die Tribüne brachte, so roh und plump, wie sie auch hier nur selten vernommen

worden. Es schien geistreich sein zu sollen, kam aber nur burschikos heraus, als er mit Insolenzen gegen die Hannoversche Regierung ironisch-giftige Ausfälle auf die Oesterreichische verband: sie habe doch keinen Abgeordneten der Nationalversammlung ermorden lassen u. dgl. Die Linke und die Gallerien mischten sich mit Beifallsrufen ein. Die Stimme eines Oesterreichers (Mühlfeld) „Zur Ordnung!" machte sich wiederholt hörbar. Der Vorsitzende verschaffte Grumbrecht Ruhe, der sich unter neuen Ausfällen herauszureden suchte. Dem Hannoverschen Exaltado folgte Reichensperger mit der Bemerkung, bei Anhörung des vorigen Redners hätte man auf den Glauben kommen sollen, es handele sich nicht um Verständigung mit Oesterreich, sondern um die Eröffnung eines Feldzugs; feindseligere Ausfälle gegen das stammverwandte hätten nicht vernommen werden können, wenn man im Begriff stände, ihm den Krieg zu erklären; er weise dergleichen Invektiven als Deutscher entrüstet zurück. Er setzte sodann auseinander, daß man die rechten Mittel wählen müsse, wenn man eine freundliche Verständigung wolle und daß es so gut sei als keine wollen, wenn man leichtfertig, ohne die Akten zuvor eingesehen zu haben, einen so kurzen Termin stelle, bis zu welchem der Ausschuß das Material unmöglich bewältigt haben könne, und daß es ebenso unangemessen, schwächlich und für das eigene freie Urtheil präjudicirlich sei, schon jetzt zu sagen, daß man mit der zweiten Lesung ein endgiltiges Urtheil fällen wolle; das Werk könne nur dadurch wahrhaft gefördert werden, daß man ohne sich zu binden die Verfassung so schnell es sich thun lasse und wo möglich mit der zweiten Lesung beendige und selbst den Schein vermeide, als wolle man einen Bruch oder Kollisionen mit der einen oder andern Regierung herbeiführen. Man unterscheide sich, schloß er, wesentlich nur darin, daß die Einen mehr Gewicht auf die Einheit, die Anderen das größere auf die Integrität Deutschlands legten, welche beide von Allen gewünscht würden; man möge sich doch gegenseitig in dem unterstützen, was man wolle; wolle man aber die Integrität, so müsse man Beschlüsse vermeiden, welche so erschienen, als solle auf Kosten derselben die Einheit um jeden Preis gegründet werden, so dürfe man keine Schritte thun, die dahin führten, es dem mächtigsten Staate unmöglich zu machen, fernerhin ein Theil von Deutschland zu sein. Riesser suchte dem Antrage durch die — von Wigard widersprochene — Erklärung zu helfen, der Ausschuß könne mit seinen Arbeiten binnen einer Woche sehr wohl fertig werden. Rösler von

Oels vermochte nicht einzusehen, daß das Vereinbarungsprincip anerkannt und Deutschland verloren sei, wenn nicht die zweite Lesung am 5. März beginne. Er brachte spitzig die Preußische Erklärung an Hannover, daß Preußen die Grundrechte nicht anerkennen werde, zur Sprache. Sie und Aehnliches hätte doch auch durch die Sorgfalt des Ministeriums herbeigeschafft und dem Ausschuß überwiesen werden sollen. Grävell fand Unehrlichkeit in der Art und Weise, wie angeblich Verständigung betrieben werde. Noch mehr hatte L. Simon dawider zu erinnern, der nun Preußen zauste, wie es Grumbrecht Oesterreich gethan hatte, und hinzufügte, die andere Seite möge dem Volke durch Votirung des Wahlgesetzes erst Macht verschaffen helfen, dann werde die Linke, Manches vergessend, mit ihr gehen. Die Grobheit Grumbrecht's war denen vom Weidenbusch recht gewesen, weil sie darin eine Feinheit erblickt. Sie hatten gehofft, ihr Redner werde die Oesterreicher mit deren „Bundesgenossen" entzweien. Sie erkannten jetzt, daß ihnen der Jubel der Linken über solche von jener Seite vernommene Aeußerungen nichts half, da doch die Linke mit den Oesterreichern darin einig blieb, daß die zweite Lesung verschoben werden solle. Es half ihnen auch nicht, daß Reh nun gar versicherte, der Ausschuß würde seine Arbeit ganz wohl in drei Tagen verrichten und die Wahlgesetzberathung in zweien absolvirt werden können, so daß die Verfassungsberathung am 5. beginnen möge und die Versammlung noch überflüssige Zeit habe, sich mit den Akten und der Ausschußvorlage bekannt zu machen. Als Simon geäußert, daß von verdienter Beachtung der Regierungserklärungen nicht gesprochen werden sollte, da kein Grund sei, sich zu einer solchen zu verpflichten, hatte Bassermann dazwischengerufen, es werde ja nur die verdiente Beachtung gefordert. Als Buß an die Folgen des Ueberstürzens erinnerte, rief ihm Bassermann etwas zu von neun Monaten. Buß entgegnete, die Verständigung mit den Regierungen über die Verfassung sei erst seit einigen Wochen im Gange, brachte sehr treffende Bemerkungen und bat schließlich die Versammlung, sie möge doch um Gottes Willen einmal ihr Gewissen erforschen, um zu wissen, wie sie eigentlich stehe. Bei den enragirten Parteimännern machte das und Aehnliches nun freilich keinen Eindruck, wohl aber bei manchen Einzelnen, die den Klubs nicht angehörten und deren Stimmen den Umständen nach nicht ganz leicht wogen. Die vom Weidenbusch hielten es für gerathen, eine Schwenkung zu versuchen, indem sie den 5. März fallen ließen und den

Antrag von Schorn einschoben. Allein nun machte ihnen Gagern „an einer andern Seite eine Diversion; er warf, da doch der Kampf in vollen Flammen stand, ein Wort der Versöhnung dazwischen; er beging überdies ein Versehen, welches er erst später zu redressiren vermochte“ (Haym, II, 307). Er wagte nicht, wie es schien, den Antrag seiner Partei direkt zu empfehlen, hielt dafür, daß freilich auf Oesterreich nicht zu warten sei, daß aber die vorliegenden und noch zu erwartenden Regierungserklärungen gründlich geprüft werden müßten, und fügte hinzu, daß es selbst der Geschäftsordnung nicht ganz gemäß sein würde, wenn man jetzt schon eine Tagesordnung feststellen wollte für einen Gegenstand der Berathung, worüber der Ausschußbericht noch nicht vorliege. Zuletzt rügte er, daß „ein Geist des Unfriedens und der Rekriminationen in die Debatte sich eingeschlichen“. In dieser Beziehung stand er hoch über den parlamentarischen Zeloten und federfertigen Klopffechtern seiner Partei, nur daß er ihrem Unfuge Einhalt zu thun die Kraft nicht besaß.

Als er gesprochen, wurde der Schluß beliebt. Pfeiffer nahm das Schorn'sche „Eventuell nach der Berichterstattung“ in seinen Antrag auf, welchem sich Gagern nun offen anschloß. Es zeigte sich jedoch, daß die Einbringung des Weidenbuschantrags „zu nichts Anderem geführt hatte als dazu, die Schwäche der Kaiserpartei vor ihr selbst und vor aller Welt zu enthüllen“ (Haym, II, 307). In der Abstimmung wurde der Antrag auf die Tagesordnung mit 283 gegen 177, Wesendonck's Antrag mit 292 gegen 153, Künßberg's Antrag durch Sitzenbleiben, der von Pfeiffer-Schorn mit 252 gegen 221 abgelehnt. Das ganze Reichsministerium und mehrere der Vereinbarer bejahten, während andere Milanimitglieder, wie Radowitz und Merck, ehrlicher und principfester verneinten. Die Linke stimmte entgegen, weil sie ihren Antrag auf Voranstellung der zweiten Wahlgesetzberathung durchzubringen hoffte; allein er wurde mit 257 gegen 195 verworfen; es wurde nichts angenommen, als: Verweisung an den Ausschuß. Mühlfeld und viele andere Oesterreicher beantragten, daß die Nationalversammlung ihre Mißbilligung der beleidigenden Aeußerungen Grumbrecht's erkläre, da derselbe vom Vorsitzenden nicht zur Ordnung gerufen worden, und den Antrag vorläufig wie in ähnlichen Fällen an einen Ausschuß verweise. Simson bestimmte den Ausschuß für Geschäftsordnung, vor welchem er sein Verhalten vertreten zu können hoffe. Schließlich versuchte es noch Reh mit dem Antrage, daß die Sitzungen drei Tage ausgesetzt würden, damit

sich der Ausschuß anhaltend mit den Regierungserklärungen beschäftigen könne. L. Simon kam noch einmal darauf zurück, daß die zweite Lesung des Wahlgesetzes vorangestellt werde. Hierzu fehlten der Linken jedoch die „Bundesgenossen“. Die Weidenbuschpartei sammelte die letzten Kräfte zur Durchsetzung des Vertagungsantrags, erlag aber mit 208 gegen 242 — die „Mannszucht“ dazu fehlte „nach einem so harten Schlage“. (Haym.)

Sie begriff nun, daß sie sich in ihr Unternehmen „zu leichtsinnig“, fast „waghalsig“, mit ganz schlechter Berechnung ihrer Kräfte und der Stimmungen in ihr Unternehmen hineingelassen. Ihr Unmuth und ihre Verzweiflung war „unbeschreiblich“, wie Haym berichtet. Auf das Heftigste und Illoyalste ließ sie den Verdruß über ihre falschen und ganz natürlich getäuschten Hoffnungen, und je stärker ihre Illusionen gewesen waren, um so ergrimmter an denen aus, denen es gefiel eine andere Meinung zu hegen, einen anderen Weg zu gehen, denen sie ihre Niederlage zuschrieb, an der „Koalition“, während sie die kompakte, principfeste, Verbindung mit der Linken verschmähende, gerechte und wahrhaftige Partei war. (Anh. IX.)

Der Verfassungsausschuß hatte inzwischen (am 16. Febr.) abermals das in erster Lesung angenommene einheitliche Oberhaupt beschlossen. Wie wenig seine Mehrheit und die Weidenbuschpartei geneigt war, auf die Vorschläge der Regierungen einzugehen, oder auch nur einigermaßen das rücksichtvolle Verfahren zu beobachten, dessen sie sich wol gar noch rühmte, war auch daraus zu ersehen gewesen, daß die Centrenkorrespondenz am 22. hatte melden können, er werde in seiner Sitzung von diesem Tage mit der Revision der in erster Lesung angenommenen Verfassung fertig werden und daß sie dies anführte zum Beweise, daß es der Weidenbuschpartei mit dem „Entgegentreten gegen jede Verzögerung Ernst sei“. Sie hatte hinzugefügt, er werde „alsdann“ nur noch (als wenn das Kleinigkeit oder Nebensache wäre) die Bedenken der einzelnen Regierungen so weit ihm dieselben mitgetheilt würden zu berücksichtigen haben — nachdem er fertig geworden. Denn in der That hatte er die, wenn auch nur vorläufige, doch immerhin präjudicirliche Revision am 22. abgeschlossen.

Die Verhandlung am 26. und deren Ergebniß war gewiß geeignet, den Eilfertigen ein Memento zu werden. Dieselbe Wirkung wäre von den in den nächsten Tagen einlaufenden Regierungserklärungen zu erwarten gewesen. Allein es war nicht der Fall. Der

Ausschuß bemächtigte sich schleunigst des ihm überwiesenen umfänglichen Materials, nicht, um es zu bewältigen, sondern möglichst bald aus dem Wege zu schaffen. Die noch andauernden Wahlgesetzverhandlungen ließen wenig Zeit und richtige Stimmung. Doch schon am 28. nahmen die Berathungen ihren Anfang, und es zeigte sich sogleich, wie schwer es halten würde, einen Aufschub durchzusetzen, bis die noch rückständigen Erklärungen, wenigstens die sehr bald zu erwartenden der Mittelstaaten, eingelaufen sein würden. Ebensowenig wäre eine en-bloc-Annahme der Regierungserklärungen so weit sie übereinstimmten oder eine Aussetzung der Abschnitte zu erreichen gewesen, die auch Preußen noch ausgesetzt wissen wollte. Nicht einmal das Wenigste, eine Prüfung jener Erklärungen, die nur von fern den Namen verdient hätte, trat ein; sie wurde so zu sagen principiell abgewiesen.

Beseler, der mehr und mehr der Tonangeber geworden war und den überwiegendsten Einfluß, insbesondere auch bei den für den Kaiserplan gewonnenen später eingetretenen Mitgliedern (Riesser, Zell, Reh) übte, suchte von einer eigentlichen Würdigung der Regierungsanträge gleich von vorn hinwegzuleiten: er wollte, daß man sich aller in die Sachen selbst eingehenden Diskussionen enthalte, da dieselben genug und übergenug durchdiskutirt wären. Sofort wurde eine Subkommission und zwar aus eifrigen Kaiserlichen und sehr Unzulänglichen für Behandlung solcher Sachen gebildet, dem so schwachen als gelehrten Mittermaier und Hergenhahn und Reh. Vergebens stellte gegenüber den zum Ende zu kommen Eilenden eine Minderheit vor, daß man eben Verzögerungen bewirken, wo nicht Alles scheitern machen werde, wenn man auf die wichtigsten Bedenken der Regierungen nicht eingehe; die Regierungen würden sehr wahrscheinlich nach dem „Ende“ auf ihre zurückgewiesenen Forderungen zurückkommen, zumal auf die Anträge, die ihnen offenbar als Lebensfragen, als Bedingungen der Annahme erschienen; sie hätten es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen, in ihren Erklärungen walte Einsicht und Mäßigung; man habe mit Jubel die Aeußerungen der Kleinstaaten über die Oberhauptsfrage aufgenommen, aber diese Staaten wünschten nun auch mit Recht bei ihrer Unterwerfung eine sichere und erträgliche Lage; man habe auch das mit Freude und Dank begrüßt, daß Preußen einen Weg der Verständigung angebahnt, und möge nun um so mehr gemäß der offenbaren Forderungen der Klugheit und Billigkeit darauf eingehen,

da man sich auf Preußen und die kleineren Staaten stützen müsse; gerade wenn man endgiltig beschließen wolle, sei es um so nöthiger, daß man etwas Passendes, Annehmbares, der Zustimmung möglichst Vieler Gewisses beschließe; beschließe man, was gar zu Vielen nicht passe oder gefalle, so werde sich die Agitation dieser Beschlüsse bemächtigen, es werde gehen wie bei den Grundrechten, die Ausführung, gesetzt auch, daß sie gelinge, von solchen Erscheinungen begleitet sein, daß nicht an Einheitlichkeit, noch weniger an Eintracht, am wenigsten an die ersehnte Ruhe gedacht werden könne, und man setze außerdem den ganzen Bau der Gefahr aus, daß er bei dem ersten Sturm wieder zusammenfalle.

Alle Anträge, welche dahin gingen, daß man inne halten möge bis nach dem Eingange sämmtlicher Regierungserklärungen, wurden verworfen und es entstand nun die konfuseste Berathung, da während derselben täglich Regierungserklärungen einliefen, deren Inhalt sich theils auf den Standpunkt, welchen die Regierungen zu dem Verfassungswerke eingenommen, theils auf einzelne Artikel des in erster Lesung beschlossenen Entwurfs bezog. Man mußte immerfort auf schon Besprochenes und Beschlossenes zurückkommen, zum wenigsten wiederholten sich stets die Versuche darauf zurückzuführen, was dann nie verfehlte Zänkereien zu veranlassen, durch die bei der verbitterten und leidenschaftlichen Stimmung abermals sehr häßliche, ja unglaubliche Scenen herbeigeführt und wodurch die zudem sehr langen Sitzungen des Ausschusses für die ruhigern Mitglieder zu einer wahren Tortur wurden.

Gerade von dem Tage, an welchem der Ausschuß seine Berathung anfing, war die schwerwiegende Bairische Schlußerklärung, vom 27. Februar ein positiver Vorschlag der Oesterreichischen Regierung über eine Direktorialeinrichtung, vom 4. März die Würtembergische Erklärung gegen den Bundesstaat der Kaiserlichen, den Ausschluß Oesterreichs, das einheitliche Oberhaupt, vom 7. die ähnlich lautende Hannoversche datirt. Am 3. März ging der Oesterreichische Vorschlag, auf welchen wir zurückkommen werden, Schmerling zu, am 4. kam eine Einigung darüber zwischen den Bevollmächtigten von Oesterreich, Baiern, Hannover, Sachsen, Würtemberg und Baden zu Stande, welcher am 8. auch der Kurhessische beitrat. Zwischen den Drängenden und Bundesstaateifrigen im Ausschuß und im Weidenbusch fand eine unabläßige Wechselwirkung statt. In der Versammlung des „Vereins für Festhaltung des Bundesstaats“ —

wie sich die Vereinigung im Weidenbusch nun benannte — kam der Oesterreichische Vorschlag am 5. zur Sprache. Der Ausschuß nahm keine Notiz, die Erbkaiserlichen in ihm eilten und trieben blind und athemlos nach ihrem Ziele. Die Revision für die zweite Lesung war beendet; sie hatten nur die Einheitlichkeit des Oberhaupts durchsetzen können, der Erblichkeitsantrag war in verschiedenen Formen wiederholt und stets abgelehnt. Am Abend des 7. März hieß es, der Ausschuß habe auch die Erblichkeit des Reichsoberhaupts beschlossen. Seitdem die Nationalversammlung dieselbe abgelehnt, hatten sich die Bedenken gegen einen Beschluß so sehr gemehrt, der fast Jedermann der Lage der Dinge widersprechend, gegenüber den Erklärungen Oesterreichs, der Mittelstaaten und zumal Preußens exorbitant erschien. Es war unglaublich und doch andem. Der Ausschuß hatte die erheblichsten Forderungen und Wünsche der Regierungen, und worin diese fast alle übereinstimmten, mit Mißachtung, ja mit offenem Hohn behandelt, ihnen entgegen so manchen Beschluß gefaßt. Nun entschied der Wunsch einer einzigen Regierung. Es wurde ein Nassauischer Antrag vorgelegt, diskutirt und nebst der Abwesenheit einiger abneigender Mitglieder von den Erbkaiserlichen zu einem Siege benutzt, der ihnen den zweifelhaften Vortheil verschaffte, mit einem auf ein Erboberhaupt gerichteten Antrage vor die Nationalversammlung treten zu können. Deutsche und Postamtszeitung rühmten, der Ausschuß nehme gebührende Rücksicht auf die Wünsche und Vorschläge der Regierungen, habe diesen in mehreren wichtigen Punkten nachgegeben; sie meldeten billigend, fast triumphirend den Erblichkeitsbeschluß, der mit 13 gegen 11 erfolgt sei. Das reichsministerielle Organ fügte hinzu: obgleich M. Gagern gefehlt, verschwieg aber, daß auch Somaruga, Mühlfeld, H. Simon, Römer, der gleich Jenen entgegen war, gefehlt hatten. Am 9. März wurde dem Ausschuß die Hannoversche Vernehmlassung zugestellt. Hannover erklärte darin seine wesentliche Uebereinstimmung mit der Kollektiverklärung, aber auch mit den Ansichten der Oesterreichischen Note vom 4. Februar und der Preußischen vom 23. Januar, sofern diese gleichfalls die Errichtung einer Kaiserwürde ablehnte. Am 15. gelangte eine weitere Erklärung Oesterreichs in den Ausschuß, worin sich dieses über sein „mögliches Verhältniß zu Deutschland" aussprach und seine „Grundansicht" feststellte. Allein am 11. wurden die Berathungen über die Regierungsanträge schon geschlossen, wurde bereits die Vorlage für die zweite Lesung mit den Paragraphen 2 und 3 vom Reich, der

Erblichkeit des Oberhaupts und sehr beschränkter Berücksichtigung selbst der Erklärungen von Preußen und den kleineren Staaten gedruckt ertheilt, am 12. verfolgte die Ankündigung, am 13. die Vertheilung des Ausschußberichtes.

Zu diesem Gange, diesen Ergebnissen im Ausschuß war durch die ganze Haltung des Weidenbuschvereins, durch die Organe der Partei, deren Ansicht und Stimmung in ihm sich nur zu getreu wiederspiegelte, eifrig und wesentlich, direkt und indirekt mitgewirkt. Die Erbkaiserlichen hatten sich in dem Gedanken verrannt, daß aus den im Bunde vereinigten deutschen Staaten ein Staat werden müsse und solle. Die nächste Folge war gewesen, daß sie, um dieses Ziel zu erreichen, Oesterreich ausschließen, dann aufgeben wollten. Sodann waren sie darauf gerathen, allenfalls auch die Mittelstaaten dahin fahren zu lassen, um nur einen Staat zu bekommen und diesen aus denjenigen Staaten zu bilden, die geneigt oder zu nöthigen wären, ihn mit und unter Preußen zu bilden. Indeß sollte die Sache doch noch immer Deutsche Sache, Nationalsache sein, noch immer war die Meinung und Hoffnung dahin gegangen, den Plan in der Nationalversammlung, vermöge einer Mehrheit derselben durchzuführen. Jetzt begannen diese Ideen und Tendenzen der Absonderung den adäquaten Ausdruck anzunehmen, obwol derselbe thunlichst vermieden wurde, und zum Fanatismus sich zu steigern, der unverhüllter zu Tage trat. Was Grumbrecht in der Versammlung angefangen und was Gagern gerügt hatte, wurde im Privatgespräch, der Zeitungsdebatte fortgesetzt. Nach dem Projekt eines Sonderstaats kam das eines Sonderparlaments auf die Bahn, das freilich, jedoch erst später, zur Ausführung gelangen sollte. Der Gedanke Gesammtdeutschland war den Eiferern um den „Bundesstaat" verloren gegangen, das ganze Verfassungswerk war über dem Zank um das Kaiser- und Bundesstaatsprojekt mehr und mehr Parteisache geworden, immer schwerer wurde es in dem heftigen Hin und Wider eine Fürsorge für das eigentlich in Frage stehende Subjekt, für Deutschland, herauszufinden oder auf eine wünschenswerthe, sichere, verbürgte Entwickelung und Zukunft zu hoffen. Die Radikalen spekulirten auf die thätliche, die Weidenbuschmänner auf die demonstrirende. Jene präparirten, diese spielten Revolution. Bassermann schilderte in einem Rundschreiben an die Regierungen (vom 4. März) die Umtriebe der Revolutionärs, die drohende Gefahr mit glühenden Farben, zu Wachsamkeit und Repression mahnend; in der reichsministeriellen Zeitung schürte er mit

den Gleichgesinnten der andern Parteiblätter um die Wette, während die Linke weise zu Maßhalten im Reden vermahnt wurde: denn das Volk verstehe dergleichen anders. Sie rechneten mit Zuversicht auf den Eifer der Freunde in Berlin und auf die falschen Nachrichten, die schädlichen Einflüsterungen, die ihnen aus Berlin kamen, und schlugen die von dort kommenden Warnungszeichen und Rufe in den Wind. Sie zählten vermessen und schandbar auf die drohenden auswärtigen Verwickelungen, auf Bündnisse und einen Krieg Preußens gegen Rußland und Oesterreich, auf die Aehnlichkeit mit der Zeit vor den schlesischen Kriegen, welche der innere Zustand mehr und mehr annehme und thaten ihr Möglichstes, das „Rattengift" des Meinungs- und Partei- und Stammeshasses und Haders von Frankfurt aus in die Nation noch immer mehr hineinzutreiben, allen von nahe und fern (z. B. aus den Bairischen Ständen) kommenden Vorstellungen gegen ihr Treiben, allen Beschwerden, daß sie mit Absicht zum Bürgerkriege reizten, den herausforderndsten und frivolsten Uebermuth (z. B. Gervinus gegen Aeußerungen in der Bairischen Kammer) entgegensetzend: die alte Unverträglichkeit, Unnachgiebigkeit und Eigensucht in neuer Form, mit neuen Vorwänden wieder einmal auf die Spitze getrieben. Das Alte: Eher Krieg und Zerstörung im Reich, los vom Reich oder wider das Reich, als auf die eigene Meinung und Absehen verzichten! von Denen, die täglich und am meisten ausriefen, daß sie es wieder aufrichten wollten! (Anh. IX.)

Indeß wechselte mit Trotz doch auch Verzagen. Bei Manchen stellten Intervalle klarer Einsicht in die wirkliche Lage, Gefühle der Ohnmacht, der Desperation sich ein; manche Unterzeichner wurden irre am Weidenbuschprogramm. Matthy, Biegeleben, Duckwitz (im Reichsministerium), Camphausen u. A. hatten die Idee vom Preußischen Erbkaiserthume so gut wie aufgegeben oder waren doch wankend in ihrem Glauben daran geworden. Die Ansichten schwankten sichtlich hin und her, sie änderten sich oft plötzlich, je nach den von Berlin und London (Bunsen) einlaufenden Nachrichten oder Rathschlägen. Am 1. März hörte man Gagern, so kurz nach seinem Bestreben und Votiren für den Pfeifferschen Antrag, laut sich dahin aussprechen, daß die Nationalversammlung auf die Bedenken und Wünsche der Regierungen ganz und gar eingehen müsse. Die Lage des Reichsministeriums war die peinlichste und mißlichste, indem es der Weidenbuschpartei und deren Programm durchhelfen sollte und — wenigstens ein Theil der Mitglieder — wollte, und doch für eine

Verständigung im wahren Sinne des Worts und für Aufrechterhaltung der Ordnung und Gesetzlichkeit am schwersten verantwortlich war. Durch das Alles schien die Hoffnung begründet zu werden, daß Vermittelungsversuche gelingen dürften, den Riß zu heilen, der durch die Oberhauptsfrage in die vorhinnige konservative Mehrheit gebracht war. Versuche dieser Art wurden von unserer Seite gemacht, die wir deutsch, großdeutsch, je nach der Phrase, aber nicht österreichisch, auch gut preußisch, wenn auch mehr deutsch als preußisch und, wie wir meinten, eben darum gut preußisch gesinnt waren. Uns bewogen zunächst die schweren Sorgen, welche uns der Verlauf der Dinge im Verfassungsausschuß und in der Nationalversammlung, wovon sogleich die Rede sein wird, und daneben die Stimmung und das Verhalten der Erbkaiserlichen bei solchem Zustande in und außer der Nationalversammlung einflößten.

Trotz der Zurücksetzung, welche wir im Pariser Hofe von den übrigen konservativen Klubs erfahren, die beim Wahlgesetze eine Verständigung mit uns nicht versucht und dann abgelehnt hatten, beauftragten mehrere der einflußreichsten Mitglieder unmittelbar nach dem unglücklichen Ausfall der Abstimmung über jenes Gesetz, Reichensperger mit einer Verhandlung. Er eröffnete den Weidenbuschmitgliedern Duncker und Langerfeld, daß eine Einigung noch immer herbeigeführt werden könne, wenn man jenseits nur die Erblichkeit und den Kaisertitel fallen lasse, indem darin einestheils eine Feindseligkeit gegen Oesterreich und anderntheils die Unmöglichkeit für dasselbe begründet sei, die Errichtung des Bundesstaats zuzulassen und später, unter geänderten Verhältnissen, in denselben einzutreten. Es war vergebens. Man erwiderte ihm, Beides sei unumgänglich nöthig, um die Einwilligung des Königs von Preußen zu erlangen, und brach die Unterhandlung kurz ab. Wir werden noch hören, daß sich die großdeutsche Partei (zweiter Antrag von Heckscher) auch später noch erbot, Preußen so lange an die Spitze zu stellen, als Oesterreich „nicht könne oder nicht wolle". Man blieb jenseit mit der unglaublichsten Hartnäckigkeit dabei, auch kein Jota nachzugeben. Unsere Vermittelungsvorschläge stießen an gegen die Lieblingsideen der Professoren, der Unitarier, der unverbesserlichen Erbkaiser- und Einheitsstaats- und Theoriemänner, der Borussomanen. Ein ähnlicher Versuch, den ich bei Gagern machte, als die Dinge im Verfassungsausschuß den berichteten Gang zu nehmen anfingen, hatte ebenso wenig Erfolg. (Anh. X.)

In der Weidenbuschpartei war die Rede davon, die Verfassung, wie sie aus der letzten Revision des Ausschusses hervorgehen würde, en bloc anzunehmen, was so viel hieß, als Alles auf eine Karte setzen. Die dahin gehenden Rathschläge wurden abgewiesen, dagegen aber die Anläufe erneuert, das schleunigste Beginnen der zweiten Lesung und mit ihr die stückweise Eroberung der Verfassung in ihrer Ausschußgestalt herbeizuführen.

Schon beim Schluß der Abstimmungen über das Wahlgesetz begannen neue Parteiumtriebe, Kämpfe und Zänkereien über die zunächst vorzunehmenden Gegenstände. Die eine Seite trachtete Zeit zu gewinnen, namentlich bis zum Eintreffen der Oesterreichischen Erklärung, die andere sie abzuschneiden, was dann theils eingestanden, theils durch Berufung auf ganz andere Beweggründe möglichst verschleiert wurde.

Auch die zweite Lesung eines Theils der Grundrechte war noch rückständig. Am 1. März interpellirte Reichensperger den Verfassungsausschuß wegen seiner Vorlage. Am 2. März, nach beendigter Abstimmung über das Wahlgesetz, brachte Edel den dringlichen Antrag, dem Verfassungsausschuß den Auftrag zu ertheilen, die Berichterstattung über den noch nicht publicirten Theil der Grundrechte in der Art zu beschleunigen, daß die zweite Lesung derselben möglichst bald vorgenommen werden könne. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und der Antrag um so leichter genehmigt, da, wie Riesser zu seinen Gunsten bemerkte, die Vorlage des Ausschusses in kurzer Frist zu erwarten sei und die Verhandlung darüber nur sehr geringe Zeit erfordern könne. Edel sagte bei dem Anlaß offen heraus, daß nicht Begeisterung für den Ueberrest der Grundrechte ihn zu seinem Antrage bewogen, sondern höhere Rücksichten für die Einigung und den Frieden Deutschlands und der Nationalversammlung. Er gab, der Bundesstaatspartei möglichst und in der That sehr nahe entgegenkommend, sein und „vieler seiner Gesinnungsgenossen" Glaubensbekenntniß in Beziehung auf die „Hauptsache", seine Ansicht über das von Oesterreich zu Fordernde und zu Erwartende. Seine Aeußerungen wurden von den Gegnern zu Parteizwecken vielfach mißdeutet und ausgebeutet.*)

---

*) „Ich habe mit vielen meiner Gesinnungsgenossen bisher offen und redlich dafür gekämpft, Deutschland ganz und Oesterreich bei Deutschland zu erhalten; in diesem Sinne werden wir ausharren, so lange noch eine Hoffnung des Erfolges möglich ist; allein wir wollen nicht Oesterreich um jeden

Unmittelbar nach der Annahme des Edel'schen Antrags brachten Vogt und Eisenstuck den dringlichen Antrag: dem Verfassungsausschusse aufzutragen, die zweite Lesung des Wahlgesetzes als

Preis, sondern wir wollen Oesterreich um den Preis, daß es sich dem deutschen Bundesstaat einordne und sich jene Bestimmungen gefallen läßt, die für das Wesen eines Bundesstaates unerläßlich sind. Sollte in den Geschicken Deutschlands etwas Anderes vorhergesehen sein; sollte Oesterreich sich von Deutschland trennen, dann soll die Schuld nicht die Schuld der Nationalversammlung sein; die Schuld soll auswärts stehen. Die erste Deutsche Nationalversammlung soll vor dem Richterstuhle der Zukunft nicht der Vorwurf treffen, daß sie die Lostrennung Oesterreichs verschuldet, begünstigt, direkt oder indirekt herbeigeführt habe. Ist das äußerste Maß von Nachsicht, das äußerste Maß von billigem Entgegenkommen gegen Oesterreich erschöpft, und hat Oesterreich seine Schuldigkeit nicht gethan, dann werden wir dieselbe Entschiedenheit auf das kleine Deutschland concentriren. Denn wir wollen lieber ein kleines Deutschland, als keines. Meine Herren, es ist neulich die Ansicht ausgesprochen worden, daß vor der zweiten Lesung der Hauptbestandtheile der Verfassung eine einlassende Erklärung Oesterreichs oder überhaupt eine bestimmte Erklärung Oesterreichs in Bezug auf seine Stellung zu Deutschland nicht zu erwarten sei. Ich hege zur Zeit noch entschieden die entgegengesetzte Hoffnung. Ich hoffe, Oesterreich wird, Oesterreich muß sich erklären. Es sind in dieser Beziehung Schritte von so vielen Seiten geschehen, so daß ich nicht einsehen kann, wie sich Oesterreich in diesem Moment der dringenden Nöthigung noch ferner entziehen kann. Es sind namentlich Schritte geschehen, um Oesterreich über die wahre Stimmung in Süddeutschland aufzuklären, damit es die zu seinen Gunsten geäußerten Sympathien nicht mißverstehe, denn diese beruhen nur auf der festen Voraussetzung des guten Willens von Seiten Oesterreichs, dem aber die entsprechende That folgen muß." Er fügte hinzu, kein Richter verhänge einen Nachtheil, ohne ihn bestimmt angedroht, einen festen Termin gesetzt zu haben, und der den Regierungen zur Einreichung ihrer Erklärungen vor der zweiten Lesung gegebene sei kein bestimmter und leicht berechenbarer. Oesterreich sei am entferntesten gelegen, habe die größesten Hindernisse. Er fordere jedoch keine ungemessene Frist für Oesterreich, nicht, daß sich die Nationalversammlung von der Oesterreichischen Politik ins Schlepptau nehmen lasse, sondern nur das Gerechte und Billige, etwa zehn weitere Tage, als man beim Pfeiffer'schen Antrage gewünscht habe. So etwas könne das Oesterreichische Volk fordern, das der etwaigen Sünden seiner Staatslenker nicht theilhaftig, so deutsch wie andere Stämme sei, dem man die russische Umarmung vorwerfe, woraus man es lieber befreien sollte, indem man ihm in Deutschland die verdiente Stellung gebe. Haym behauptet, daß die Aeußerung Edels, er und seine Partei würden auf das kleine Deutschland rekurriren, wenn das Maß billigen Entgegenkommens erschöpft sei, die Weidenbuschpartei vornämlich bewogen habe, dem gestellten Verlangen wegen der Grundrechte zu willfahren, worauf er die Anschuldi-

Grundlage der Verfassung so vorzubereiten, daß die zweite Lesung in dem Beginne der nächsten Woche stattfinden könne. Die Dringlichkeit wurde ohne Debatte mit 228 gegen 211 Stimmen abgelehnt. Für dieselbe hatten viele auch der sonst konservativen Oesterreicher und Baiern mit der Linken gestimmt. Sie sagten, es gebe kein anderes Mittel, den nothwendigen Aufschub zu erlangen und die Kaiserpartei zu verhindern, ihre verkehrten Pläne zu verfolgen, vielleicht durchzubringen; die zweite Lesung des Wahlgesetzes zunächst vorzunehmen, sei das geringere Uebel. Indeß hatten auch Weidenbuschmitglieder für die Dringlichkeit und eine beträchtliche Anzahl Großdeutsche dagegen votirt, z. B. Braun, Detmold, Döllinger, die Baiern Eckart, Graf, Künßberg u. s. w., die Oesterreicher Edlauer, Hayden, Unterrichter u. A. Als die Dringlichkeit des Vogt'schen Antrags verworfen war, brachte Schoder den letztern mit einer Modifikation noch einmal, doch gleichfalls vergeblich.*)

Die Erbkaiserpartei sprach ihre Ansicht, Sorge und Hoffnung in ihrer Korrespondenz dahin aus: sie sei beim Pfeiffer'schen Antrage mit 220 gegen 250 unterlegen; es habe ihr dabei ausnahmsweise ein Theil der „bundesstaatlichen Rechten" gefehlt, aber auch mit ihm habe sie auf nur höchstens 240 Stimmen zu zählen; die letzten Vorgänge erwiesen deutlich genug, daß die Versammlung vorläufig keine Majorität mehr, sondern nur noch drei Minoritäten besitze, die der Linken, 120 bis 130, die der etwa eben so starken „österreichisch-bairischen Rechten" und die große des kaiserlich-bundesstaatlichen Centrums, 220 bis 230 Stimmen, sodaß also die Mehrheit durch

---

gung folgen läßt, daß jenes Wort mit punischer Treue gebrochen sei. Wäre aber auch Edel's Ansicht, was sie nicht war, die von allen Großdeutschen und jene seine Aeußerung, was noch weniger der Fall war, eine bindende Parteierklärung und Zusage gewesen, so konnte sie doch gar nicht gebrochen werden, weil ihre Bedingungen nicht eintraten. Ehe jene zehn Tage abgelaufen waren, kam, die ganze Lage der Verfassungsberathung gänzlich verändernd, der Welcker'sche Antrag zwischen diese Zänkereien um den Anfang oder Aufschub der zweiten Lesung.

*) Haym nennt in seinem — nach dem wirklichen Abschluß der Transaktion seiner Partei mit der Linken geschriebenen — Bericht (II, 310) die sich wiederholenden und durch die Nothwendigkeit der Wiederholung die Nichtexistenz einer großdeutsch-radikalen Verbündung beweisenden hitzigen Versuche der Linken, die zweite Lesung des Wahlgesetzes durchzusetzen, „neue Proben der geringen Haltbarkeit und Innigkeit ihrer Alliance mit der großdeutschen Rechten."

die schwankende Koalition gebildet werde, die zu positiven Beschlüssen zu vereinigen noch immer der Gegenstand sehr zweifelhafter Bemühungen sei; wenn jedoch eine Partei Aussicht auf Erfolg habe, so sei es die des Centrums, die unerschütterlich ausharren und keinerlei Koncession, weder nach Rechts noch nach Links machen, insbesondere Deutschland niemals mit einem Bundestage des Direktoriums beglücken werde; sie stütze sich dabei auf das Deutsche Volk, das nichts Anderes wolle und wollen könne, als das, was sie erstrebe; sie rechne auf die Energie der Patrioten, auf die Reife Deutschlands, auf den Zuwachs, der ihr von den zunächst stehenden Elementen der Rechten und Linken kommen müsse, wo es, wie in der Westendhalle, weder an Vaterlandsliebe noch an Einsicht fehle, während Edel's Rede gezeigt habe, daß viele Großdeutsche das Unglückliche und Unhaltbare ihrer Stellung fühlten u. s. f. Sie hatten es verkehrt angegriffen und es ging nun nicht; so waren sie auf die Preisgebung des Ganzen gerathen und nun ging es erst recht nicht, sie konnten nicht einmal in der Nationalversammlung durchdringen; dennoch sollte es nun nichts als Phantasterei und Phrasenmacherei sein, noch von der Integrität und Ganzheit zu reden, wie ihre Korrespondenz verkündete; was sie betrieben, war das allein Ausführbare, sie waren allein die Praktischen wie allein die Patrioten und Reichsgetreuen, die deutsch-nationale Partei — sie!

In der nächsten Sitzung (5. März) wurde ein von Reichensperger im Sinne der Rechten erstatteter Ausschußbericht über Hecker's Wahl in Thüngen berathen. L. Simon stellte und befürwortete einen darauf bezüglichen Antrag im Sinne seiner Partei, der verworfen wurde, nachdem ihn Reichensperger in einem Tone bekämpft hatte, der auf nichts weniger deutete, als auf eine eingegangene oder erstrebte Koalition mit der Linken, wovon besonders die Deutsche Zeitung in diesen Tagen nicht aufhörte denunciatorisch zu sprechen.*)

*) In dieser Sitzung war Präsidentenwahl. Sie bewahrheitete die Ausstreuung der D. Z. nicht, daß die „Koalitionspartei“ beabsichtige, einen Kandidaten aus ihrer Mitte aufzustellen. Als Simson wiedergewählt war, appellirte er in seiner Dankanrede, sichtlich ohne Bewußtheit, wie verwegen seine Partei Allmächtigsein spielte und wie viel Unlauterkeit und Unwahrheit in ihrem Verfahren war, an die „hohe, die Völkergeschicke und alle menschliche Strebungen leitende Hand“, und schloß: „Wir gehen dem Ausgange unserer Arbeiten mit getroster Zuversicht entgegen; wir wissen, der Ausgang wird die Wahrhaftigen loben.“ Gagern brachte die

Als am 8. März die noch rückständigen Paragraphen der Grundrechte berathen waren, verlangte Vogt, abermals ohne Erfolg, daß die zweite Lesung des Wahlgesetzes auf die nächste Tagesordnung gesetzt, zum wenigsten, daß dem Verfassungsausschuß aufgegeben werde, diese zweite Lesung für den Anfang der nächsten Woche vorzubereiten. Die Debatte und Abstimmung über den Rest der Grundrechte wurde am 9. beendigt. Die Linke hatte in ihren Verbesserungsanträgen die Forderungen zusammengefaßt, welche sie, wie gesagt wurde, von den Großdeutschen als Preis ihres Zutritts zu deren Verfassungsentwurfe bewilligt wissen wollte. Nach dem einen jener Anträge sollte das in der ersten Lesung des Wahlgesetzes beschlossene Princip der direkten Wahlen als Grundrecht ausgesprochen werden. Die Großdeutschen stimmten gegen sämmtliche Anträge der Linken, was die Deutsche Zeitung in ihrem Berichte zu notiren nicht umhin konnte, jedoch nur notirte, um die Bemerkung daran zu knüpfen, diese „Abtrünnigkeit“ habe es der Linken wünschenswerth gemacht, auf einmal die Gewißheit zu erhalten, wessen sie zu Jenen sich zu versehen hätte. Nach dem Schluß der Grundrechteberathung erhob sich noch eine eben so bezeichnende als heftige Debatte, über welche ein ganz falsches Licht verbreitet und das eigentlich erklärende Wahre verschwiegen wurde. Sie war so spannend, weil es sich abermals um den großen Streitgegenstand dieser Tage handelte und weil man sich jetzt, nachdem man früher bei Principienfragen warm geworden, bei formellen nicht weniger erhitzte, indem dabei für die Parteien so gut wie Alles auf dem Spiele zu stehen schien; sie war so spannend und nahm ihren eigenthümlichen Gang, weil ihr, ähnlich wie beim Pfeiffer'schen Antrage, ein Spiel hinter den Koulissen vorhergegangen, und Niemand recht zu wissen schien, wie er daran war. Die Linke (Eisenstuck) trat mit dem bereits vier Mal abgewiesenen Antrage wegen Voranstellung der zweiten Wahlgesetzberathung zum fünften Male auf den Plan. Selbst der (nicht eingeweihte) Berichterstatter der Deutschen Zeitung fand es auffallend, daß die Dringlichkeit durch eine Mehrheit, ob

---

Kündigung des Malmöer Waffenstillstandes von der Tribüne zur Anzeige. Seine Ansichten über diese Sache hatten sich in der Stille wesentlich geändert. Indeß trug er sich nun wieder mit der Hoffnung, die Gefahr eines äußern Krieges werde die Einigung im Innern fördern, das angegriffene Deutschland werde zeigen, daß es seine Entwickelungskämpfe zu begrenzen wisse, mit Ernst bedacht sein, daß das Verfassungswerk beendet werde, daß „die Glieder sich schließen“.

auch nur eine geringe und offenbar zweifelhafte Mehrheit und zwar so genehmigt wurde, daß der Vorsitzende sie ohne Gegenprobe bei der Abstimmung durch Aufstehen dem Antrage zuerkannte. Die Linke erhielt dadurch den Vortheil, von der Tribüne die Natur und Absicht desselben enthüllen und einschüchternden Lärm machen zu können; sie durfte bei dem Stande der Ansichten und Parteien die Hoffnung hegen, diesmal durchzudringen. Die Annahme der Dringlichkeit kam den Großdeutschen höchst unerwartet. Sie hatten (Arndts nebst ähnlich Gesinnten, wie Lassaulx und Gombart, Mehreren aus dem Pariser Hofe und Einigen auch aus Milani), um dem vorhergesehenen neuen Anlaufe zu begegnen, einen Antrag eingebracht, welcher dahin ging, daß der ganze revidirte Verfassungsentwurf zur Vorlage gebracht, zunächst aber der allein auszuscheidende Abschnitt vom Reichsgericht berathen werden möge. Ihr Plan war gefährdet, indem nun der Antrag der Linken zur sofortigen Discussion gelangte.

Eisenstuck begann diese, so rücksichtslos für seinen Antrag eifernd, daß er den Gegnern desselben die ehrliche Meinung absprach und sich den Ordnungsruf zuzog. Biedermann, gleichfalls mit Schärfe sich äußernd, beschuldigte die Linke rückhaltiger Tendenzen bei ihrer Forderung, das Wahlgesetz voranzustellen. L. Simon bezeichnete darauf ganz unverholen das Wahlgesetz als Probirstein der Gesinnungen eines möglichen Bundesgenossen seiner Partei, offenbarte deren Rechnung, ihre Rechnung jedoch nicht auf die Großdeutschen, sondern auf die Erbkaiserlichen, setzte diesen, welche anzunehmen schienen, daß die Linke sich ihnen zuerst nähern müsse, auseinander, daß und warum sie ihrerseits das Umgekehrte thun sollten, und gab schließlich zu erkennen: Läßt die Partei des Centrums uns bei der Frage des allgemeinen Stimmrechts im Stich, so wenden wir uns zur andern, läßt auch sie uns im Stich, so ziehen wir uns auf die Negative zurück und der Bankerott mag eintreten, für welchen nicht wir verantwortlich sind. Plathner entgegnete so gereizt und veranlaßte so viele Unterbrechungen, daß der Vorsitzende ihm kaum ferneres Gehör verschaffen konnte. Er polterte gegen die Linke, die Großdeutschen: Man spreche immer von Intriguen der Kabinette, ob es aber etwas Anderes sei, wenn eine Fraktion mit den Regierungen verhandle, Abgesandte nach Olmütz oder Wien schicke. Von der Linken wurde gerufen, was Gagern in Berlin gemacht habe? Weitere Aeußerungen, womit er die bona fides der Linken angriff, zogen auch ihm den Ordnungsruf zu. Unter heftigem Tumult erhielt

Vogt das Wort. Was er über die Absichten der Linken und sonst sagte, lief darauf hinaus, daß diese vor Allem das allgemeine Stimmrecht und durch dasselbe dem Volke die Macht zuwenden, letzteres durch jenes Recht solidarisch bei ihrem Werke betheiligen und zum Bewahrer und Hüter der Verfassung bestellen wolle. Riesser debutirte sodann eine seiner berufensten großen Reden. Wenn die Berathung des Wahlgesetzes vor der der Verfassung beliebt werde, so geschehe es aus nunmehr eingestandenen Nebenrücksichten und Rückhaltsgedanken. Auch jetzt schon kann die Linke sich entscheiden, fuhr er fort, welcher Partei sie sich nähern will. Die Herren sind zu redlich und zu ehrenhaft, um sich einer Partei zuzuwenden, von welcher sie nicht die Ueberzeugung haben, daß dieselbe darum mit ihnen stimmt, weil sie die gemeinschaftliche Meinung für die rechte und dem Vaterlande heilsamere hält; ist dies der Fall, dann wird es nach wie vor der zweiten Lesung der Verfassung geschehen, und eine solche Verbindung ist kein Handel, bei welchem der sich noch nicht sicher wähnende Käufer auf Vorausbezahlung des Kaufpreises bestehen müßte. Er fügte als zweiten Grund für die Linke hinzu: Von der Erbkaiserpartei hat Keiner um der Kaiserfrage willen die mindeste Koncession für andere Stücke weder gemacht noch in Aussicht gestellt. Sie ist uns nicht Zweck sondern nur Mittel für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes, weshalb wir auch um ihretwillen niemals in irgend einer anderen Frage das preisgeben werden, was wir dem Wohle des Vaterlandes heilsam glauben. Wenn wir das allgemeine Wahlrecht demselben nicht förderlich halten, so werden wir auch nicht dafür stimmen, und wenn es uns die Majorität für die Erblichkeit zehnmal zubrächte.

Das Ergebniß bestand darin, daß bei namentlicher Abstimmung Eisenstuck's Antrag mit 260 gegen 182 abgelehnt wurde; daß der Vorsitzende erklärte, Arndts Antrag habe in der Diskussion seine Erledigung gefunden, indem sich Riesser für den Verfassungsausschuß einverstanden erklärt; daß auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gemäß dem, was großdeutscher Seits gefordert war, die zweite Berathung des Abschnitts vom Reichsgericht kam.

Die Centralkorrespondenz rühmte an ihrer Partei deren für jeden Unbefangenen glänzend bewährte Lauterkeit der Stellung, die vorzugsweis nationale Haltung, die sich so deutlich bei der Ablehnung des Eisenstuck'schen Antrags gezeigt habe. Sie stellte beflissen die

Großdeutschen als durch Simon's freche und Riesser's hochherzige Aeußerungen getroffen dar. Sie nannte das Ergebniß der Debatte einen Sieg ihrer Partei, während sie, um letzteren in ein um so helleres Licht zu stellen, die Situation seit den letzten Wochen folgendermaßen beschrieb. Ihre Partei habe als ein Torso der früheren konservativen Mehrheit dagestanden, um welche die direktoriale oder „metternichische" Rechte das Parlament gebracht; die Abenteurer des Radikalismus und die Diplomaten des Partikularismus hätten in einer Art von Kartell gestanden. Allein „es war mehr der Versuch einer Koalition als ein festgeschlossenes Bündniß, jedenfalls herrschte herüber und hinüber mehr Mißtrauen als Vertrauen und Freundschaft". Indeß sei den „vorübergehend Zusammenstimmenden" die Vereitelung der Pläne, die Verzögerung der Schritte der Erbkaiserlichen gelungen, namentlich auch bei den Kämpfen über die Priorität oder Zurückstellung der Verfassungsberathung; endlich habe die Linke stürmisch ihren Kaufpreis verlangt, aber nur ein Theil jener Direktorialen den Muth und die Konsequenz ihrer perfiden Koalitionstaktik gehabt, jene aber durch dreiste Frivolität den Alliirten das Blut der Scham in die Wangen getrieben; dann habe Riesser einen großen oratorischen Triumph gefeiert, die direktorialen Hülfstruppen hätten sich in augenscheinlicher Verwirrung gezeigt, auch die Stimmen einer großen Zahl von Oesterreichern, nach Würth's Vorgange, die Linke im Stich gelassen. Die Abstimmung habe die Linke in eine solche Erbitterung versetzt, daß in dieser Stunde die Aussicht für das Direktorium sichtlich um die Stimmen gesunken sei, welche die Linke für dasselbe verhandelt, die nun den Erbkaiserlichen ohne Kaufpreis sich anschließen müsse, wenn ihr nicht lediglich die Hoffnung bleiben solle, nachdem sie das Zustandekommen jeder Verfassung verhindert, demnächst auf den Umsturz der zu erwartenden oktroyirten hinzuwirken. „Wir sehen durch den gestrigen Sieg wieder zuversichtlicher einem Entgegenkommen von Berlin her entgegen, Verkehr in alter Weise hergestellt, und die Kontinuität der Gesinnung läßt nicht zweifeln an dem Erfolge gemeinschaftlichen Wirkens für den Bundesstaat unter einheitlicher Leitung; der Verfassungsausschuß hat seine Arbeiten vollendet, in der Paulskirche kann fortan in rascher Thätigkeit die Verfassung zum Abschluß gebracht werden." Aehnlich äußerte sich, doch unter entschlüpfenden Geständnissen, welche die eigenen Aussagen über die Koalition noch stärker Lügen straften und die eigene Partei nicht wenig kompromittirten, die Deutsche Zeitung,

unbefangener und gerechter wenigstens, Mathy in der reichsministeriellen. *)

---

*) Als wären die Direktorialen zu schlechtem Principienhandel bereit, stellte die D. Z. Riesser's edle Auffassung als unendlich beschämend für sie dar. Als wären die Versuche der Linken nicht vom ersten bis zum letzten durch den Beistand der Oesterreicher vereitelt, bemerkte sie, ein großer Theil der letztern habe sich „diesmal“ durch ihre Abstimmung von der Koalition „losgesagt“, während Einige aus der fest zusammenhaltenden Weidenbuschpartei nicht den Muth in sich gefunden, dem Antrage der Linken sich zu widersetzen, und entweder für denselben gestimmt oder der Abstimmung sich entzogen hätten, was so schlecht mit dem Programm ihrer Partei harmonirt habe. Auf derselben Seite las man: Durch Riesser's, den „unsittlichen Handel“ brandmarkende, das Haus erschütternde Rede und vor den Augen des Parlaments sei die Koalition „zerfallen“ — und: die Koalition ist „nicht zu Stande gekommen“, sie „gebar in der heutigen Sitzung eine todte Frucht“; die Linke hat kein Vertrauen haben können, da die Deputation ohne vorausgegangenes Benehmen mit ihr nach Olmütz abgereist war, sie erkannte ferner aus ihren Niederlagen in der Grundrechteberathung, daß sie auf die Unterstützung der Oesterreichischen Partei nicht mit Sicherheit rechnen könne — nun machte sie die Frage wegen der Priorität des Wahlgesetzes zum Probirsteine, erlag durch eine beträchtliche Mehrheit, sah sich von der „Koalition“ verlassen. Es heißt nun von beiden Seiten, eine solche habe noch gar nicht bestanden, und das ist auch wahr: allein — sie war doch mehr als blos beabsichtigt. — Während in mehreren Artikeln der O.-P.-A.-Ztg. die ganze heftige und befangene Parteigesinnung ausgesprochen wurde, war Mathy billig genug so darzustellen, daß nur zwischen einem Theile der Großdeutschen und der Linken verhandelt sei und daß nur diese Schuldigen durch die vorgekommenen beschämenden Aeußerungen getroffen worden. Er meinte, das einheitliche Oberhaupt werde bei der nunmehr nahe bevorstehenden zweiten Lesung abermals die Mehrheit erhalten, bewährte jedoch die noch immer bei ihm waltende maßvollere und verständigere Ansicht, indem er hinzufügte: „Mit der Annahme des § 1 vom Reichsoberhaupte, wonach diese Würde einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen werden soll, ist übrigens noch nicht viel gewonnen. Damit aus der zweiten Lesung ein taugliches Werk hervorgehe, woran die Nation mit Befriedigung halte, damit nicht bei wesentlichen Bestimmungen ein Unvermögen der Versammlung sich herausstelle, welches zur Verleihung einer Verfassung von anderer Seite die Handhabe biete, ist eine Wiederherstellung der alten Majorität durch Verständigung unter den Bruchtheilen, in welche sie zerfallen ist, nothwendig.“ Er erklärte sich freilich gegen eine Direktorialregierung, wollte doch aber Oesterreich nicht ausgeschlossen wissen und meinte, man werde auf den engeren und weiteren Bund zurückkommen müssen, und sollte sich Umgestaltungen des Verfassungsentwurfs für den ersteren, den Bundesstaat, nicht widersetzen, da derselbe dann allgemeiner befriedigen, in und außerhalb der Paulskirche so viel leichter werde durchgeführt werden können.

Noch ist aber Nachstehendes zu sagen: Ein Theil der Großdeutschen hatte von Anbegin dieser Streitigkeiten geglaubt, daß der voreilige Uebergang zur zweiten Lesung nur durch Voranstellung des Wahlgesetzes verhindert werden könne, und daß dieselbe demnach der Linken nachgegeben werden müsse. Hierzu waren die aus Fraktionen der Linken Herübergekommenen um so geneigter, weil sie principiell das allgemeine Stimmrecht billigten. Aus ihnen bemüheten sich, jedoch lediglich auf eigene Hand, Einzelne, eine Abrede mit der Linken dahin zu treffen, daß diese das Direktorialprincip annähme und dagegen die Priorität der Wahlgesetzberathung erhielte. Die Linke war geneigt, allein man konnte über Besprechungen nicht hinaus, die großdeutsche Partei war nicht der Art organisirt, daß in ihrem Namen so leicht hätte paktirt werden können, man durfte auf eine allgemeine Zustimmung im Hotel Schröder nicht zählen. Als die Sache hier zur Sprache kam, waren die Meinungen sehr getheilt. Wenn Einige wie Edel, Wuttke, Heckscher, Giskra für eine Einigung angegebener Art waren, so erklärten sich Andere, wie Deym, Arneth, Würth, Schuler und fast alle Tyroler dawider. Der Versuch scheiterte gänzlich, und um so mehr, da in dieser großdeutschen Vereinigung Parteibeschlüsse nicht stattfanden, und da die Fraktion im Pariser Hofe noch entschiedener abgeneigt war. Von diesen Vorgängen war unsichere Kunde in das Lager der Erbkaiserlichen gedrungen. Man wollte da wissen, die Fraktionen der Linken hätten auf Eisenstuck's Antrag am letzten Februarabende nach Beseitigung vieler Bedenken eine Verbindung mit den Großdeutschen beschlossen, woneben freilich bemerkt wurde, letztere hätten sich schon im Voraus den von Olmütz erwarteten Erklärungen unterworfen, und diese würden sich schwerlich mit dem vereinigen lassen, was die Linke äußersten Falls koncediren werde. Indeß glaubten die Erbkaiserlichen, der Abschluß der höchlich gefürchteten Koalition stehe nahe bevor. Besonders die Deutsche Zeitung verrieth lebhafte Besorgnisse und bemühete sich auf jede Weise, das gefährliche Bündniß zu verhindern, drückte Zweifel an der bona fides der Großdeutschen aus, meinte, die Linke, der „alte Fuchs“, werde sich doch so leicht nicht „prellen“ lassen, insinuirte derselben, Oesterreich stelle seine Zustimmung zu einem Direktorium, nicht aber zum Eintritt in den Bundesstaat in Aussicht, sie dürfte in Olmütz keine Gnade für ihre Verfassungsvorschläge hoffen, an eine Koalition mit den Absichten Oesterreichs nicht ferner denken u. dgl. Die Debatte über den Antrag Eisenstuck's war

gleichfalls ein Stratagem gegen die vermuthete Koalition. Die Großdeutschen, die zu ihnen Neigenden, sollten eklatant beschämt, von jener zurückgehalten, und wenn dies nicht möglich war, zugleich mit derselben gebrandmarkt werden. Die Debatte brachte indeß zum Vorschein, daß die Sachen ganz anders standen. L. Simon wendete sich ersichtlich anlockend an die Weidenbuschpartei, indem er eben so sichtlich die Hoffnung auf eine Verbindung mit den Großdeutschen aufgegeben, welche sich in der Grundrechtdebatte so unfreundlich gezeigt, von deren Seite ein der Forderung der Linken zuwiderlaufender Antrag eingebracht war. Die vieldeutige Absicht Riesser's, gleich nach dem Eingange seiner Rede, war unklar. Wenn er, auch nachdem Simon das Koncept verrückt, noch glaubte, daß die Linke mit den Großdeutschen so gut wie einig geworden sei, so mochte er damit, daß seine Partei Koncessionen nicht machen werde, wohlfeil genug großthun in Aeußerungen, wodurch er sich und seine Partei schwer kompromittirte und die nachmals von ihr bitter getadelt wurden. Die Sieger waren doch wol die Großdeutschen. Eben auch durch *ihre* Stimmen war der Antrag der Linken abgeworfen, *ihr* Antrag war angenommen, und wenn der Sieg den Erbkaiserlichen gehörte, so war er doch durch großdeutsche „Hülfstruppen" miterfochten. Jene geboten über 260 Stimmen nicht, und hatten zum Theil mit der Linken votirt. Die Lüge von der Koalition war — vorbehaltlich ihrer Wiederholung trotz alledem — durch unangreifbare Thatsachen und Geständnisse zerstört. Am 10. Februar sagte die Centralkorrespondenz: nachdem die Linke abermals in mehreren namentlichen Abstimmungen (von der „österreichisch-welckerschen" Partei) abgewiesen worden, sei *der Tod einer ungeborenen Koalition eingetreten.*

Die Oesterreichische Instruktion vom 27. Februar. — Konferenzen mehrerer Bevollmächtigten mit Schmerling. — Eine Vereinbarung über die Reichsregierung. — Note Preußens vom 10. März. — Das Oesterreichische Verfassungsedikt vom 4. März.

Während das Preußische Kabinet einem Ausspruche über die Oberhauptsfrage auswich, die Entscheidung derselben hinzuhalten suchte, und auf eine Kollektiverklärung der Regierungen über andere Abschnitte der Verfassung, insbesondere über den von der Reichsgewalt hingewirkt hatte, erfolgte Seitens des Oesterreichischen Kabinets eine erste positive Erklärung gerade über die Oberhauptsfrage. Wenn das Kapitel von der Reichsgewalt, wie es die Nationalversammlung in erster Lesung beschlossen, festgestellt war, so mußte man fast nothwendig auf eine einheitliche Spitze kommen. War entschieden, daß ein Kollektivregiment eintreten solle, so mußte man fast eben so nothwendig von den am meisten unitarischen Bestimmungen der übrigen Verfassungstheile wieder abgehen. Auf Durchsetzung eines Kollektivregiments zielte jetzt die Oesterreichische Regierung, übereinstimmend mit der Ansicht Schmerling's, der Bevollmächtigten der königlichen Höfe, der großdeutschen Partei. *)

---

*) Die Vorschläge des Reichsministeriums wegen Einführung eines allgemeinen Münzsystems empfehlend — indem Oesterreich unter allen Umständen Uebereinstimmung in den materiellen Fragen anstreben müsse — hatte Schmerling neuen Anlaß genommen, auf seine früheren Vorstellungen und Gesuche zurückzukommen. Gagern habe soeben (26. Febr.) eine Niederlage erlitten, eine kurze Frist sei gewonnen, doch befänden sich die Deutschen Freunde Oesterreichs in der übelsten Lage; sie sähen sich bei den Abstimmungen auf die Unterstützung der Linken angewiesen, die freilich ungesucht erlangt werde, aber dem Schein

Die vom 27. Februar datirte Oesterreichische Erklärung ging Schmerling am 3. März zu. Sie war in einer ganz auf seine Vorstellungen eingehenden Instruktion für ihn enthalten, „mit denjenigen Bevollmächtigten zu Frankfurt, deren Regierungen nach analogen Principien voranzugehen wünschten, in näheres Einverständniß zu treten und mit ihnen gemeinschaftlich den Entwurf eines Abschnittes, die Reichsregierung betreffend, zu fertigen", der „sodann Seitens der über denselben einverstandenen Regierungen der Nationalversammlung als deren Gegenprojekt gegen die von dieser Versammlung in der ersten Lesung angenommenen Paragraphen ihres Verfassungsentwurfs vorzulegen sei." Das Reskript ging von dem Satze aus, daß das „schleunige Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung dringendes Bedürfniß" sei und daß die Oberhauptsfrage unter allen den ersten Platz einnehme, da in hohem Grade zu wünschen, daß, sobald als möglich, die Form, „unter welcher dem Auslande gegenüber die Einheit Deutschlands repräsentirt werden wird, feststehe und das Reich in dem europäischen Staatensysteme den ihm grundsätzlich gebührenden Platz auch faktisch einzunehmen in der Lage sei", und da im Innern Deutschlands die Anarchie, die Faktionen von Neuem Vorschritte machten. — Es hieß weiter in dem Reskripte: „Nach unserer feststehenden und wohlbegründeten Meinung ist die Handhabung des exekutiven Theils der Reichsgewalt bei dem einmal gegebenen Stande der Dinge in Deutschland anders nicht denkbar, als in der Form eines Direktoriums." Sodann wurden die „leitenden Grundsätze bei Konstituirung dieser Behörde" angegeben, welche als Basis der dem Bevollmächtigten aufgetragenen Unterhandlung zu dienen hätten, deren Ergebniß zur Prüfung und definitiven Genehmigung einzusenden sei.

Großen Tadel nahm nun sofort die eine Seite daraus her, daß

---

eines Verbündnisses sie aussetze, der mit Thätigkeit und Glück zu ihrer Verdächtigung benutzt werde; sie würden kaum in der Lage sein, Oesterreich noch länger zu berücksichtigen, wenn dieses sich beim Anfange der zweiten Lesung über seine künftige Stellung in Deutschland nicht bestimmt ausgesprochen habe; den kleineren Staaten, die innerlich abgeneigt wären, sich Preußen zumal in einem bloßen Sonderbunde zu unterwerfen oder in ihrem bereits eingetretenen Abhängigkeitsverhältniß zu verharren, und selbst den Mittelstaaten fehle der kräftigere Stützpunkt an Oesterreich; unausgesetzt werde auf die schwachen Regierungen durch eine rührige Diplomatie (die Reisen des Hessischen Obersten Schäfer zwischen Karlsruhe, Kassel, Berlin und Aehnliches) eingewirkt u. s. f.

die Oesterreichische Regierung für jetzt nur die Art der Zusammensetzung des Reichsregiments behandelt wissen wollte, „ohne Präjudiz für dasjenige, was sich auf deren Attribute und die Grenzen und Modalitäten ihrer Wirksamkeit bezöge." Auf der anderen Seite war man froh, zum wenigsten so viel erlangt zu haben, weniger freilich als man wünschte und nöthig erachtete, aber doch so viel oder mehr, als man nach der Erklärung des Oesterreichischen Kabinets zu hoffen gewagt, erst nach der Vollendung der Verfassung über diese sich aussprechen zu wollen. Dasselbe schien auf den großdeutschen Verfassungsplan eingehen zu wollen. Seine Instruktion zur Konstituirung eines Direktoriums stimmte im Wesentlichen mit dem Abschnitt des großdeutschen Entwurfs über das Oberhaupt überein. Die Oesterreichische Regierung hatte einen thatsächlichen Beweis ihrer positiven Betheiligung beim Deutschen Verfassungswerke geliefert. Die Behauptung des Gegentheils und die sich daran knüpfenden Operationen mußten viel unwirksamer werden.

Schmerling veranstaltete sogleich am 4. März eine vorläufige Zusammenkunft der Bevollmächtigten, deren Regierungen für ein Direktorium sich bereits ausgesprochen hatten. Außer den Bevollmächtigten von Baiern, Würtemberg, Sachsen und Hannover nahm auch der Badensische (Welcker) Theil. Sie waren sämmtlich einverstanden. Noch an demselben Tage setzte Schmerling auch Camphausen von dem ergangenen Reskript in Kenntniß, und befragte ihn, ob er an der Bearbeitung des zu fertigenden Entwurfes Theil nehmen wolle. Camphausen war überrascht, es war ihm sichtlich ungelegen Preußen genöthigt zu sehen, sich nun gleichfalls über die Oberhauptsfrage auszusprechen. Er bejahete, fügte jedoch hinzu, daß er sich wahrscheinlich nach Berlin werde verfügen müssen, um bei der Adreßberathung in der Ersten Kammer anwesend zu sein. Er schien es für nöthig zu halten, sich von Neuem zu orientiren, nachdem, wie er bemerkte, in der Deutschen Frage so große Veränderungen eingetreten wären. Er reiste wirklich am 6. ab, nachdem er sich gegen Schmerling ausführlich über das Oesterreichische Direktorialprojekt ausgesprochen hatte. Wenn man die Einheitlichkeit des Oberhaupts aufgebe, so trete man in dem Maße vom Bundesstaate zurück, als man dem Staatenbunde sich annähere; das Oesterreichische Kabinet schlage für das Direktorium sieben Mitglieder mit neun Stimmen vor, und wenn nun auch Preußen und Oesterreich je zwei derselben führen sollten, so dürften bei dieser Zusammensetzung beide Groß-

mächte zu wenig Stimmen erhalten, Preußen besonders, das in Berücksichtigung seiner Größe und Volkszahl ein ihm günstigeres Stimmenverhältniß in Anspruch zu nehmen berechtigt sein möchte; auch sei darauf Bedacht zu nehmen, demselben seinen Platz in der auswärtigen Vertretung neben Oesterreich zu wahren, das den seinigen schon wegen seiner nichtdeutschen Staaten darin behaupten werde, oder ihm eine entschädigende Stellung auszumitteln, sofern es auf seine Diplomatie verzichten sollte; indeß werde er die Oesterreichischen Vorschläge in Berlin zur Verhandlung bringen, da das Zurückgreifen auf die Direktorialreform nicht werde umgangen werden können, weil die Preußische Regierung erklärt habe, nur mit Zustimmung der übrigen vorangehen zu wollen, und weil sich die anderen königlichen Höfe für jene Form ausgesprochen.

Schmerling ladete zu weiteren Zusammenkünften auch noch andere Bevollmächtigte ein. Am 8. März kam ein Entwurf zu Stande, der auch von dem Badensischen und Kurhessischen Bevollmächtigten gebilligt wurde. Sie erklärten ihn angelegentlich befürworten zu wollen. Schmerling theilte ihn in einer allgemeinen Konferenz gleichfalls allen übrigen, auch dem Preußischen nach Berlin mit. Er hielt sich nahe, jedoch nicht völlig, an die Oesterreichische Instruktion. Das Direktorium sollte aus sieben regierenden Fürsten oder deren Stellvertretern bestehen, Oesterreich und Preußen sollten darin zwei, Baiern eine, Würtemberg mit Baden u. s. w., Sachsen mit Sachsen-Weimar u. s. w., Hannover mit Braunschweig u. s. w. und Kurhessen mit Hessen-Darmstadt u. s. w. je eine Stimme führen. Den Vorsitz betreffend sollte an der Spitze ein Reichsstatthalter stehen und der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen die Würde desselben abwechselnd von Jahr zu Jahr bekleiden — nicht genau nach der Instruktion, worin es hieß: „rücksichtlich des Präsidiums wäre eine den früheren Verhältnissen entsprechende Einrichtung zu treffen.“ Die Befugnisse der Reichsregierung waren aus dem großdeutschen Entwurfe herübergenommen, nur daß, abweichend von diesem, der regierende Reichsstatthalter bei Ernennung der Reichsbeamten an die Zustimmung des nicht regierenden gebunden sein und im Falle der Nichtvereinigung das gesammte Direktorium entscheiden sollte. Schmerling bot Alles auf, das Oesterreichische Kabinet zu bestimmen, baldmöglichst seine Genehmigung zu ertheilen und ihm ähnliche Instruktionen zu Verhandlungen über die übrigen Verfassungsabschnitte zukommen zu lassen. Die Preußische Partei begegnete den Oesterreichischen Vor-

schlägen so wie dem Entwurf mit der entschiedensten Feindseligkeit, wollte lediglich eine „Kopie des Bundestags" darin erblicken, und bemühete sich ihrerseits wie sie konnte, derart dawider einzunehmen, daß es nicht etwa zu einem Gründen darauf oder zu einem Anknüpfen an ihn in der Verfassungsberathung komme. (Anh. XI.)

Auch in Berlin hatte man geglaubt, zu weit vorgegangen zu sein und Oesterreich und der Oesterreichischen Auffassung sich wieder nähern zu müssen. Deshalb war Graf Arnim in das Ministerium berufen. Seinen Namen trägt eine vom 10. März datirte Cirkulardepesche, von welcher man freilich in Frankfurt jetzt noch keine Kenntniß haben konnte. Die Preußische Regierung erklärte sich darin ausnehmend befriedigt, daß nun auch Oesterreich den von ihr vorgeschlagenen Weg der Verständigung in Frankfurt betreten; sie habe sich daher auch nur mit Vergnügen bereit erklären können, die ihr mitgetheilten Oesterreichischen Vorschläge einer reiflichen Erwägung zu unterziehen, und ihr Bevollmächtigter in Frankfurt werde mit hinreichenden Instruktionen versehen werden, um in die Frankfurter Besprechungen und Berathungen eintreten zu können, von welchen sie hoffe, daß sie zu dem immer von ihr angestrebten Ziele der Verständigung unter den Regierungen und mit der Nationalversammlung führen würden. Sie zweifle nicht an der Bereitwilligkeit auch der übrigen Regierungen zu einem gleichen Verfahren. Endlich ließ sie überall bei letzteren den Wunsch ausdrücken, daß sie ihre Bevollmächtigten instruiren möchten, damit diese an den Berathungen Theil nehmen könnten. *)

Die Sache war nun noch ein Mal auf einem solchen Wege, daß eine Einigung, ein Resultat doch wenigstens möglich erscheinen mochte. Allein diese Entwickelung wurde unterbrochen durch einen überstürzenden Vorgang in der Nationalversammlung und mittelbar durch neue Akte des Oesterreichischen Kabinets. Von der Preußischen Depesche erhielt man in Frankfurt erst am 17. und 18. März genauere Kunde, als schon über den Welcker'schen Antrag auf das Heftigste gestritten wurde, zu welchem der Anlaß hergenommen worden war von dem Oesterreichischen Verfassungsedict des 4. März, das sofort und für eine lange Zeit die Hauptwaffe

*) Eben am 10. März sprach die C.-K. zuversichtlich von einem zu erwartenden „Entgegenkommen" von Berlin her. An dem Erfolge „gemeinschaftlichen Wirkens für den Bundesstaat unter einheitlicher Leitung" sei nicht zu zweifeln.

und Hauptstärke Preußens und der Preußischen Partei gegen Oesterreich und die Partei der Großdeutschen wurde, indem sein Erlaß dem Scheine und der eifrigst benutzten, noch in der Unionsperiode (Radowitz, Mathis) eine nicht unbedeutende Rolle spielenden Behauptung Raum gab, daß Oesterreich, indem es sich centralistisch abgeschlossen und zwar ohne Deutschland zu berücksichtigen, ja nur zu erwähnen, von letzterem sich abgetrennt habe oder sich auszuschließen selbst beabsichtige und wo nicht, demselben nicht mehr angehören könne, bei dessen Neugestaltung nicht mehr berücksichtigt werden dürfe.

Die reichsministerielle Zeitung brachte das Oesterreichische Verfassungsedikt nach Wiener Blättern am 12., die Frankfurter Zeitung erst am 13., allein nach Bruchstücken, welche über Berlin nach Frankfurt gelangt waren, gab schon die Centralkorrespondenz vom 11. Kunde von seinem Erlaß und Inhalt, und zwar triumphirend, daß die Aussichten ihrer Partei dadurch einen „neuen Aufschwung" erhielten, indem der Kaiserstaat nun einheitlich gestaltet und somit der Punkt erreicht sei, an welchem die Gagern'schen Gedanken in die Wirklichkeit übergehen müßten, da auf Deutschland in jenem Gesetze gar keine Rücksicht genommen werde; für die Bundesstaatspartei also und die Preußische Regierung sei nun jedes Bedenken hinweggeräumt, „daß Deutschland nur ohne Oesterreich, nur als Bundesstaat unter Preußens starker Leitung, die so lange ersehnte, so mühsam angebahnte Einigung finden könne". Die Preußische Partei sah mit dem Oesterreichischen Verfassungsgesetze Alles ohne Mühe erlangt, was sie auf das Mühseligste anstrebte, das Ausscheiden Oesterreichs oder doch mindestens den Nichteintritt des letzteren in den zu hoffenden Bundesstaat. Sie sagte: da sich jetzt Niemand über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland und die daraus herfließenden Möglichkeiten mehr täuschen könne, habe sich der Riß zwischen den Parteien erweitert, deren Zusammengehen die Majoritäten der letzten Wochen gebildet und den Kern der alten Majorität in die Lage einer großen kompakten Minorität gebracht; nachdem Oesterreich sich darüber entschieden, daß seine deutschen und nichtdeutschen Provinzen einen einheitlichen Staat mit konstitutionellen Staatsformen bilden sollten, sei es unmöglich geworden, noch ferner an den Eintritt der Deutsch-Oesterreichischen Ländertheile in den Deutschen Bundesstaat zu glauben, und die daran geglaubt, könnten in ihrer bisherigen Parteistellung nicht verharren; man werde also eine neue Gruppirung der Parteien erhalten u. s. f. Schon am 11. vernahm man in mündlichen

Aeußerungen die Deduktionen, welche man vom 12. an in der ministeriellen Zeitung las: Die Deutschen Provinzen Oesterreichs, weil mit einer fortan selbständigen, untheilbaren und unauflöslichen Monarchie vereinigt, könnten einem Deutschen Bundesstaate schlechterdings nicht angehören; auch das Festhalten am Staatenbunde, wie ihn die Bundesakte begründet, sei nicht mehr denkbar, denn dieselbe habe die jetzt zu einer Einheit verbundenen Oesterreichischen Länder in zwei Hälften geschieden, von welchen nur die eine dem Bunde beigetreten; Oesterreich würde jetzt nur noch mit seiner Gesammtheit in den Bund eintreten können, was nicht zuzugeben sei, oder ganz ausscheiden müssen; Oesterreich habe weder ein Recht noch ein Interesse, das Zustandekommen des Frankfurter Verfassungsprojekts zu hindern; nur ein neuer freier Völkerverein sei noch möglich, der alte zerrissen u. s. f. „Mit der innern Verfassung Deutschlands hat Oesterreich, nachdem es sich vom Bunde durch die Urkunde vom 4. März losgesagt, nichts mehr zu schaffen; es kann nur noch davon die Rede sein, in wie fern die in der Akte von 1815 enthaltenen Vertragsprincipien einem neuen Vereine Deutschlands und Oesterreichs zu Grunde zu legen, oder welche andere an ihre Stelle zu setzen sind."

Alle Parteien hielten Versammlungen. Im Weidenbusch hatte man noch immer einige Rücksicht auf diejenigen nehmen zu müssen geglaubt, die auf Oesterreich warteten, wie Haym (die Deutsche N.-V. II, 316) berichtet. Fortan brauchte von solcher Schonung und Behutsamkeit nicht mehr die Rede zu sein. Die Versammlung der „deutsch-nationalen Partei" — wie die Centralkorrespondenz schrieb — im Weidenbusch am Abend des 11. beschloß das sofortige Vorgehen mit der Beschlußfassung über die Paragraphen 2 und 3, also den Antrag, den Abschnitt von der Reichsgewalt vor dem vom Reiche zu berathen, abzuwerfen, nur den Paragraph 1 des Abschnitts vom Reiche offen zu lassen und so „gleich den Kern der Frage zu treffen und zu erledigen". Daneben sollte eine kleine parlamentarische Komödie aufgeführt werden. „Eine Interpellation über den Erfolg der Gagern'schen Unterhandlungen mit Oesterreich sollte unserer Politik den letzten Nachdruck, die letzte Rechtfertigung geben." Die Linke war durch das Ereigniß und seine muthmaßlichen Folgen tief betroffen, unschlüssig und rathlos und tröstete sich damit Recht behalten zu haben. Es würde Alles anders gekommen sein, wäre sie nicht von der Mehrheit in dem gehindert worden, was sie gewollt;

diese Mehrheit habe den Regierungen wieder zur Kräftigung geholfen und müsse nun dergleichen zum Danke empfangen und hinnehmen. Der erste Eindruck bei den Großdeutschen war der einer schmerzlichen Enttäuschung, der Niedergeschlagenheit oder des Unmuths. Sie besorgten, daß das Vorgehen der Preußischen Partei nun unwiderstehlich sein werde, daß jede Hoffnung auf Oesterreich aufgegeben werden müsse. Der großdeutsche Entwurf schien nicht mehr durchführbar, ein so entschiedener Widerspruch Oesterreichs gegen Alles, was in Frankfurt betrieben wurde, vorhanden zu sein, daß man das ganze Verfassungswerk und selbst die Existenz der Nationalversammlung in Frage gestellt hielt. Fast allgemein wurde geurtheilt, daß namentlich die Nichterwähnung des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland, und zwar um so mehr ein Fehler sei, da Gründe derselben nicht ersichtlich wären und starke Motive zu einem entgegengesetzten Verfahren nicht hätten entgehen können. Einzelne erklärten, Falls nicht noch unerwartet günstigere Aeußerungen eintreffen sollten, habe man nunmehr eine besondere bundesstaatliche Verfassung für das nichtösterreichische Deutschland zu erstreben, über das Projekt der bundesstaatlichen Partei mit dieser sich zu vereinigen, nur daß nach Möglichkeit die Elemente des Radikalismus und der Hypercentralisation daraus entfernt würden; sodann werde an Oesterreich die Frage wegen seines Eintritts zu stellen, und wenn keine prompte Bejahung erfolge, die Trennung von ihm durch Errichtung des Deutschen Bundesstaates, ja eines Preußischen Erbkaiserthums zu vollziehen sein. Auch im Pariser Hofe wurde am Abend des 11. lebhaft diskutirt. Zunächst machten Verstimmung und Unwille sich Luft. Allein es ward auch versucht, einer andern Betrachtung Eingang zu verschaffen. Es wurde etwa Folgendes gesagt: Die Nichterwähnung des Verhältnisses zu Deutschland ist noch immer nicht so rücksichtlos und noch weniger so feindselig wie es der Beschluß der Nationalversammlung über die §§ 2 und 3 war, hätte jedoch allerdings schon aus Klugheit vermieden werden sollen und vergilt in übler Weise eine Rücksichtlosigkeit mit einer andern. Indeß folgt aus ihr nur, daß man einen Ausspruch über das Vermißte noch zu erwarten hat. Sie erklärt sich daraus, daß Oesterreich von Anfang die Absicht ausgedrückt hat, das Ordnen jenes Verhältnisses erst dann beginnen zu lassen, wenn beide große Körper sich „verjüngt" haben würden. Seine Rechte und Pflichten hat es unlängst ausdrücklich vorbehalten, jetzt aber in keiner Weise verneint. Es will sich nicht einheitlicher

konstituiren als Preußen längst konstituirt ist, und wenn letzteres eine selbständige untheilbare unauflösliche Monarchie mit Ländern bilden kann und konnte, welche bis vor Kurzem nicht zum Deutschen Bunde gehörten oder ihm noch jetzt nicht gehören, ohne daß es aufhörte Mitglied des Bundes zu sein und ohne daß man die Möglichkeit seines Eintritts in den Deutschen Bundesstaat ableugnen zu müssen glaubt, so treten diese Fälle auch bei Oesterreich nicht ein, weil es sich mit seinen außerdeutschen Ländern enger zusammenschließt. Eine Zusicherung ähnlich der betreffenden Preußischen, daß die Oesterreichische Verfassung demnächst nach der Deutschen abgeändert werden solle, wenn in diese inkongruente Bestimmungen aufgenommen würden, oder ein Vorbehalt, daß sich seine Deutschen Lande der Deutschen Bundes- oder Reichsgewalt zu unterwerfen hätten, war unnöthig, weil selbstverständlich. Oesterreich hat erklärt, daß es nach beiderseitiger Konstituirung vereinbaren wolle, was unmöglich ist, wenn jeder Theil streng bei seiner Aufstellung stehen bleibt. Nur dann würde Oesterreich in die neue Deutsche Verfassung nicht eintreten, Mitglied des Bundes nicht bleiben können, wenn es sich für seine Deutschen Lande der Anerkennung der Beschlüsse der Deutschen Reichs- oder Bundesgesetzgebung entzogen hätte, was keinesweges der Fall ist, da es nur — freilich von Anfang an und ganz offen — die souveräne Verfügungsbefugniß der Frankfurter Gewalten verneint hat, was Preußen und die meisten anderen Staaten gleichfalls gethan haben. Hat es doch so eben erst durch das Reskript vom 27. Februar, durch seinen Vorschlag wegen der Reichsregierung bekundet, und bekundet es doch auch schon dadurch, daß es seine Deputirten nicht abberuft, daß es an der Umgestaltung der Bundesverfassung Theil nehmen, also nach wie vor Deutschland angehören will, und seinerseits von der Annahme ausgeht, daß seine Märzverfassung mit der Deutschen vereinbar sei. Diese Annahme kann eine irrige sein, aber aus einem Irrthum darf kein Ausschluß gefolgert werden. Die Oesterreichische Verfassung negirt Manches, was man hier beschlossen, aber nur vermeintlich festgestellt hat und was obenein nicht taugt. Darin liegt nichts die Verbindung Erschwerendes, da man hier nur fallen zu lassen braucht, was doch nicht zu halten ist. Es scheint, man hat in Olmütz erkannt, daß Preußen durch Einleitung der Verständigung mit den Einzelstaaten einen großen Vorsprung gewonnen, das Drängen der Oesterreichischen Partei in Frankfurt hat Eindruck gemacht, die Nothwendigkeit weiterer Schritte hat Anerkennung gefunden und man

hat sich deshalb neuerdings im Sinne der Oesterreichischen Partei und der vier Königshöfe — mit denen man zunächst angeknüpft, während sich Preußen an die Kleinen gewendet — über die Gestaltung der obersten Gewalt erklärt, wodurch, wenn auch etwas modificirt, zugestanden ist, was in den Verhandlungen um die Jahrswende Preußen gefordert, und wodurch die gleiche Linie mit letzterm gewonnen ist. Undenkbar ist, daß vom 27. Februar bis 4. März die Ansichten geändert und dazu noch die vielen Entwürfe ausgearbeitet sein sollten, welche am letztgenannten Tage veröffentlicht sind. Zufällige Umstände, wie die letzten Erfolge in Ungarn, mögen den Plan gezeitigt haben, zunächst die Sachen im Kaiserstaate zu ordnen. Legt man einen so starken Accent darauf, daß Oesterreich gemäß seiner neuen Verfassung nicht einmal mehr in dem alten Staatenbunde würde verbleiben können, so stellt man damit in Abrede, was man stets wiederholt, daß Oesterreich lediglich auf Restauration jenes Bundes ausgehe. Aus dem Erlaß seiner neuen Verfassung folgt, daß es — womit eins der Hindernisse beseitigt wird, die in den Augen Vieler der Verbindung Deutschlands mit ihm im Wege stehen — dem Absolutismus absagt und dem, wenn auch nicht nach der beliebten Schablone zugeschnittenen Konstitutionalismus sich hingiebt, daß es eine erneuerte Deutsche Verfassung im Sinne hat, und was man von seinem Selbstausschluß durch dieselbe als bereits eingetreten behauptet, würde erst dann eintreten, wenn es nach vergeblich versuchter Einigung über die neue Deutsche Verfassung auf der seinigen verharrte. Oesterreich hat jetzt sein Einheitsbedürfniß in ähnlicher Weise scharf ausgesprochen, wie dies Deutsche Bedürfniß scharf ausgesprochen ist durch das Frankfurter Verfassungsprojekt. Allein wie schon das Letztere von der noch größeren Schärfe des Siebzehnerentwurfs zurückgegangen ist und trotz dem, daß eine Partei behauptet, es sei bereits als feststehend zu betrachten, noch weiter zurückgehen wird, indem seinen schärfsten Spitzen die Erklärungen der Staaten, selbst Preußens und die wirklichen Verhältnisse entgegentreten, eben so kann und wird auch Oesterreich ein Ziel ermäßigen, das viel zu weit gesteckt sein dürfte. Zudem ist aber schon in die Oesterreichische Märzverfassung selbst zu dem centralistischen das föderative Element hineingelegt, was bei der Preußischen Gesammtverfassung nicht der Fall, so wie auch in Oesterreich die Preußische centralistische Büreaukratie und noch mehr Centralistisches mangelt und weit mehr das Föderalprincip Begünstigendes vorhanden ist. Die einzelnen Kron-

länder sollen ihre besonderen Verfassungsstatute erlangen, und diese Bestimmung ist weit genug, um eine Verfassung für die Deutsch-Oesterreichischen Gebiete zu denken, welche deren Anerkennung einer Deutschen Gesetzgebung, deren Theilnahme an beiden Gesammtstaaten, wozu ja auch schon im vorigen Herbste die Plane entworfen sind, sehr wohl zuläßt, wobei es nur darauf ankommt, daß man die Deutsche Legislation nicht zu weit über das wahre Bedürfniß ausdehnt und auf jener Seite den Spielraum nicht zu eng faßt. Nach dem Oesterreichischen Verfassungsedikt sollen die Kronländer eigene Verfassungen erhalten, in ihren besonderen Landesangelegenheiten vom allgemeinen Reichstage unabhängig sein und blos dem Kaiser unterstehen. Der Reichstag soll sich nur mit den allgemeinen Oesterreichischen Angelegenheiten zu beschäftigen haben. Die Binnenzölle sind beseitigt und damit ist das Haupthinderniß für einen allgemeinen Deutschen Zollverein gehoben, gerade die bösesten Schranke zwischen Oesterreich und Deutschland entfernt, die innigste Verschmelzung angebahnt. Vielleicht kommt man auf den Eintritt von Gesammtösterreich und auf die Kreiseintheilung zurück, es ist anzunehmen, daß dies der Gedanke des Oesterreichischen Kabinets ist. Einzelne haben schon im vorigen Sommer ausgesprochen, daß es so und so allein gehe, daß das ganze Oesterreich eintreten müsse, wenn man ein ganzes Deutschland haben wolle. Der Gedanke ist nicht geläufig, viele Abneigungen stehen ihm entgegen. Es fragt sich aber, ob sie nicht auf Vorurtheil beruhen. Soll er ausgeführt werden, so muß die hier beliebte Form aufgegeben werden, die aber die Sache nicht ist, für die sich nun wol gerade die größesten Aussichten eröffnen. Es ist erfreulich, daß Oesterreich sich neu konsolidirt und die Form eines neuen Daseins gefunden hat. Nach seinem Vorangehen erscheint es als ein Punkt, von wo eine kräftige Leitung, wie sie vor Allem Noth thut, das Wiedererstehen einer großen europäischen Centralmacht, des wahren Deutschen Reiches gehofft werden mag, wogegen das Deutsche Reich der nur sehr vermeintlich allein selig machenden hiesigen Aufstellung verschwinden muß. War Zeit, so ist nicht mehr Zeit zur Errichtung einer Erbmonarchie in Deutschland. Oesterreich — das muß nun Jedem einleuchten — wird sie nicht zulassen, so wie Preußen die Bedingung des „Aufgehens" nicht erfüllen will und Süddeutschland, die vier Mittelstaaten, einem Preußischen Kaiser sich nicht unterwerfen werden, so daß selbst durch das Ausscheiden Oesterreichs für die Anerkennung des Preußischen Kaiserthums

noch immer nichts gewonnen, die weitere Verfolgung des Kaiserplans nur um so gewisser das Signal der Spaltung, der Revolutionirung, des Krieges sein würde. Es kommt jetzt die Zeit für die Formen, die den Oesterreichischen Staatsmännern „vorschweben". Angenommen, die Oesterreichische Regierung hätte ein Gesetz erlassen oder beabsichtigte ein Gesetz, wodurch sie die Deutsch-Oesterreichischen Länder dem Deutschen Reiche oder Bunde wider die Verträge entzöge oder entziehen wollte, so würde dies nach der Bundesgesetzgebung null und nichtig, und nicht bestens zu acceptiren sein, sondern Deutschland und die Deutsch-Oesterreicher würden Alles aufzubieten haben, solches Gesetz, welchem gleich so vielen Schöpfungen dieser Zeit die Eigenschaft einer Bestimmung für die Ewigkeit gewiß nicht beizumessen ist, rückgängig zu machen, und vor Allem würde der Deutschen Centralgewalt dazu die Pflicht obliegen, eine Pflicht, zu deren Wahrnehmung obenein ein naher und dringender Anlaß in der dem Reichsministerpräsidenten gewordenen Ermächtigung zu Verhandlungen mit Oesterreich und seinen persönlichen Zusicherungen gegenüber der Nationalversammlung liegt, die er als Mann von Ehre zu erfüllen hat, statt sich zum Werkzeuge einer Partei zu machen, welche ihrerseits längst den Ausschluß Oesterreichs betrieben, und die jetzt die Gelegenheit dazu zu benutzen sich anschickt. Nur Parteileidenschaft und Dialektik kann sich zu der monströsesten aller Schlußfolgerungen verirren: das und das Mitglied des — unauflöslichen — Bundes erläßt in wirrer Zeit ein Verfassungsgesetz, welches — nach unserer Meinung — der Bundesverfassung widerstreitet, also muß es nicht etwa aufgemahnt werden, den Gegensatz wieder aufzuheben und nicht etwa, daß man allseitig zusammenwirken müßte, die Verletzung zu heilen und die gelockerte Einigung wieder zu befestigen, sondern man muß dies Mitglied dahin fahren lassen und die Gelegenheit benutzen, es auszuschließen, selbst wenn es von freien Stücken den Fehler einbessern sollte. Oesterreich steht thatkräftig und gefestet den unentschiedenen schwankenden Deutschen Zuständen gegenüber, um so verkehrter würde man diesseits handeln, wenn man zwieträchtig und dadurch schwach seine Ausschließung betreiben, es zum Kriege herausfordern wollte.

Speciell kam dann auch noch die Sorge um das Deutsche Parlament zur Sprache, daß es nicht resultatlos auseinander gehen, schimpflich enden möchte. Daß sie nicht in Uebereilung gehen dürften, wurde den Oesterreichern, daß Alles geschehen müsse, zu verhindern, daß gar nichts oder ganz Verkehrtes zu Stande komme, wurde als

Deutsche Pflicht einem Jeden vorgehalten. Darin waren zuletzt Alle einig, daß man noch weit nicht klar genug zu ersehen vermöge, was die neue Oesterreichische Verfassung für Deutschland bedeuten könne und solle, daß man erwarten müsse, was die Deputation berichten, wie sich Oesterreich selbst über sein Verhältniß zu Deutschland aussprechen werde, daß bei so gänzlich veränderter Lage der Dinge die genaueste und besonnenste Ueberlegung zum Nöthigsten gehöre, Ueberstürzung auf jeden Fall abzuwenden sei.

Mitten unter den Erörterungen trat Welcker ein und betheiligte sich bei der Debatte sofort mit großer Lebhaftigkeit. Auch er hatte das Oesterreichische Verfassungsedikt noch nicht gelesen, bekämpfte aber die Schlüsse, welche die Gegenpartei aus dem im Allgemeinen bekannten Inhalt desselben zog, und die Bedenken, welche auch unter uns verlauteten, vielleicht am Eifrigsten von Allen. Man besprach die zu befolgende Taktik, Falls am anderen Tage dringliche Anträge oder Aehnliches an die Erwähnung des Oesterreichischen Verfassungsedikts geknüpft werden sollten. Welcker war es, der diesen Punkt zur Sprache brachte, am lebhaftesten warnte, am bestimmtesten darauf drang, daß so etwas nicht zugelassen werden dürfe, daß man dagegen gerüstet sein müsse. Man beschloß, gegen jeden dringlichen Antrag zu stimmen, und eventuell, einen Antrag auf Tagesordnung einzubringen, gestützt darauf, daß man von der Oesterreichischen Verfassung erst durch die Zeitungen Kunde habe, und daß in dem Edikte das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland nicht erwähnt sei, was nothwendig zu der Annahme hinführe, daß darüber eine zu erwartende specielle Erklärung nachfolgen werde. Welcker schlug Reichensperger, der den Vorsitz führte, zum Vollzieher des Klubbeschlusses vor; Reichensperger wendete durch Akklamation den Auftrag Welcker zu, der den letzteren bereitwillig annahm, und sich überhaupt in sprudelnd anti-preußischkaiserlicher Stimmung befand, und eher alles Andere hätte ahnen lassen, als die Ueberraschung, welche er am folgenden Vormittage der Nationalversammlung und insbesondere seinen politischen Freunden bereitete.*)

*) Laube und Haym berichten über diesen Vorgang ganz falsch, vom Hörensagen, hervorhebend, was zu einer pikanten oder gehässigen Darstellung geeignet erscheinen mochte.

Der Antrag Welcker's am 12. März.

Die Sitzung am 12. März eröffnete unter den einschneidenden Eindrücken, welche sich in den Parteiversammlungen am Abend zuvor kund gegeben. Allerlei auf das Tagsereigniß bezügliche Interpellationen erregten nur mäßige Aufmerksamkeit, eine etwas lebhaftere nur die im Weidenbusch verabredete über den Erfolg der Gagern'schen Unterhandlungen mit Oesterreich, zu welcher Raumer (von Dinkelsbühl) deputirt war, und wodurch die Partei sich selber feierlich befragen sollte, um sich durch den beantwortenden Gagern feierlich hören zu lassen und um den Zweck — die Centralkorrespondenz sprach davon als von der Wirkung — zu erreichen, Unwillen über die Nichtbeantwortung des Gagern'schen Schreibens vom 22. Januar zu erregen und den „ernsten Willen" zu wecken, „sich durch neue Zögerungen und Winkelzüge nicht ferner beirren zu lassen." Schon wollte man zur Tagsordnung übergehen, als Welcker das Wort zur Begründung eines dringlichen Antrages verlangte; die Dringlichkeit wurde sofort vom Eifer der Erbkaiserlichen zugestanden, die sich mit der Linken dafür erhoben. Gleich der erste Satz des Antrags war greifbar auf Effektmachen berechnet und konnte keinen anderen Zweck und keine andere Bedeutung haben. Was der Antragsteller hierauf folgen ließ, mußte zumal seinen politischen Freunden ganz unbegreiflich sein. Er war im Verfassungsausschuß Zeuge davon gewesen, wie dort die Regierungserklärungen mißhandelt worden, und hatte unter den Zornigsten dawider geeifert. Nach seinem zweiten und dritten Satze sollte die Verfassung, wie sie nunmehr mit Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen (wie konnte Welcker das sagen?) vom Verfassungsausschusse redigirt vorliege, in Bausch und Bogen angenommen, und die in der Verfassung — d. h. der Revision des Verfassungsausschusses — fest-

gestellte (in der Nationalversammlung verworfene) erbliche Kaiserwürde dem Könige von Preußen übertragen werden.*)

Wenn nicht Welcker selbst auf seinen Antrag gerathen wäre, sondern ihn an diesem Tage aus dem Munde eines Anderen vernommen hätte, so würde er darin ohne Frage nach seinem bekannten Gedankengange ein Gewebe von Verhöhnung der Deutschen Fürsten und Oesterreichs insbesondere, von Perfidie, Unverstand, Aufruf zur Empörung, Begin einer Organisation des Bürgerkrieges u. dergl. gefunden haben. Er hatte schon 1831, und wie oft in diesen Zeiten, gegen eine Vertheilung Deutschlands unter Oesterreich und Preußen,

*) Mehrfach ist gesagt und auch Haym sagt (320), es sei glaublich, daß, wenn Einer verstanden hätte die Gunst der momentanen Stimmung zu nutzen, dieser „den Deutschen ein Reich, dem Reiche einen Kaiser würde gegeben haben." Die häufigen Aeußerungen dieser Art auch im Munde der „Besten und Weisesten" zeigen, wie sehr man von dem Wahne beherrscht war, die Nationalversammlung könne — und zwar auch noch nachdem die Periode ihrer wirklichen höchsten Macht theils übel benutzt, theils ungenutzt längst vorübergegangen war — durch Beschlüsse auch Alles ausrichten, was sie nur beschließe; sie zeigen, welche hochfliegende Stimmungen, welch hohle Gedanken und große Worte bei den Kaiserlichen im Schwange gingen, denen dann doch in den günstigsten Augenblicken die Thaten, die Männer der That fehlten. Solch ein Gerede auch noch in nachträglichen Berichten, aus einer Zeit, wo schon die Erfahrung, der unwiderredliche Beweis vorlag, daß die Versammlung durch Beschlüsse den Deutschen nicht ohne Weiteres ein Reich und dem Reiche einen Kaiser geben konnte! Die Nationalversammlung hatte viel Unglück mit Zulassung von Dringlichkeitsanträgen gehabt und schlimme Erfahrungen hatten die Mittelpartei bewogen, sich wiederholt das Wort darauf zu geben, gegen dergleichen Anträge auf der Hut zu sein. Unser freilich vergebliche Beschluß, an diesem Tage und bei diesem Anlaß keine Dringlichkeiten zuzulassen, war gewiß ein richtiger, weil wir wußten, daß auf der andern Seite solche Ideen im Umlauf waren und daß dort so viel Leidenschaftlichkeit und Unbedacht herrschte. Schon als sie aus der Sitzung kamen, hörte man Kaiserliche klagen, daß Niemand die sofortige Annahme des Antrags durch Akklamation vorgeschlagen habe. Indeß hatte die Sache ihre Haken. Die Kaiserlichen befanden sich in der Minderheit und wußten, was es sagen wollte, die Mehrheit zu gewinnen, wenn sie auch nicht hätten sehen oder bedenken wollen, welch eine unerhörte, auf keine Weise zu rechtfertigende Uebereilung darin gelegen haben würde, hätte man eine Verfassung, die jedenfalls noch so sehr der sorgfältigsten Revision bedurfte, in Bausch und Bogen angenommen, — ja wenn man diese Verfassung in einer Redaktion angenommen hätte, *in welcher die Meisten sie noch gar nicht kannten*. Auch zeigte sich, daß Welcker's Antrag und Vortrag zwar elektrisirte — allein nur Diejenigen, welche dessen nicht bedurften, die Kaiserlichen.

gegen einen norddeutschen Sonderbund geeifert, welchen Plan der Verzweiflung geradezu nichts rechtfertige. Er würde eine Verhöhnung und Unverstand gefunden haben in dem Satze, wonach die sämmtlichen Deutschen Fürsten eingeladen werden sollten, großherzig und patriotisch — dem Preußischen Erbkaiser sich unterzuordnen und die Preußische Herrschaft in Deutschland nach Kräften zu fördern, also auch allenfalls durchfechten zu helfen, etwa Hannoverischer Seits gegen Baiern u. s. f. Er würde Hohn, Abgeschmacktheit, Aufhetzerei gefunden haben in dem Satze, wonach jetzt und zu aller Zeit zum Eintritt in den Deutschen Bundesstaat und dessen Verfassung, d. h. zur Unterwerfung unter den Preußischen Kaiser aufgefordert werden sollte — der Kaiser von Oesterreich; aufgefordert werden sollten die sämmtlichen Bruderstämme in den Deutsch-Oesterreichischen Landen, einzeln und vereint. War das nicht Spekulation auf den Verfall des Kaiserstaats, nicht Verlockung zum Aufstande, nicht eine Kriegserklärung, mehr und schlimmer als das Votiren der Paragraphen über die Personalunion? Nach dem siebenten Satze sollte dann wieder die Nationalversammlung Einspruch dagegen einlegen, wenn etwa Oesterreich — das nach dem sechsten zum Eintritt in die Deutsche Verfassung jetzt und alle Zeit eingeladen sein, dem der Eintritt und doch wol auch der Nichteintritt frei gelassen werden sollte — das Recht beanspruchte, aus der Deutschen Verfassung auszuscheiden. Und Welcker basirte seinen Antrag gerade darauf, daß Oesterreich klärlich in die Deutsche Verfassung nicht eintreten wolle und könne. Eben Welcker hatte es stets für eine Thorenweisheit erklärt, zu glauben, daß man Preußen in Deutschland die Herrschaft zuwenden, und sodann einen brüderlichen Vertrag mit Oesterreich haben könne. Im achten Satze beantragte er den Beschluß, daß die Nationalversammlung sich bereit erkläre, so lange „dem völligen Eintritt Deutsch-Oesterreichs noch Schwierigkeiten entgegen stehen sollten", die bestehenden nationalen brüderlichen Verhältnisse, jedoch unbeschadet der Selbständigkeit der Deutschen Reichsverfassung zu erhalten.

So sehr der Antrag geeignet sein mochte, Effekt zu machen, Gefühl und Phantasie in einem solchen Moment anzusprechen, so wenig geeignet war er, auch nur vor der mindesten Ueberlegung Stich zu halten, die sich ihn genauer betrachtete. Gewiß lag darin der Hauptgrund, daß eine beträchtliche Mehrheit ihm die Dringlichkeit zuerkannte, daß man Welcker's Motivirung anhörte, und daß dann doch Niemand auch nur mit einem Worte dawider einredete, als der Vorsitzende

erklärte, der Antragsteller wünsche selbst nicht, daß die Versammlung sofort auf die Sache eingehe, er verlange, daß der Antrag sich erst gedruckt eine Weile in den Händen der Mitglieder befunden und den geschäftsmäßigen Weg durchlaufen habe, ehe auf seine Berathung eingegangen werde, und eine solche finde daher vorläufig nicht statt.*)

Auch in der Motivirung fehlte es nicht an Deklamation und Unklarheiten. Der Redner gab sich große Mühe, den Vorwurf der Inkonsequenz von sich abzuwenden. Es gelang ihm jedenfalls nur zum allergeringsten Theil, was bei der Schwierigkeit der Aufgabe kein Wunder war. Seine Ansicht sei gewesen, daß die Pflicht gebiete, das ganze Vaterland zusammenzuhalten, und daß, ehe man einen Schritt auch nur zu vorübergehender Zerreißung thue, zuvor alle Mittel erschöpft sein müßten; sodann habe er abwarten wollen, bis er nach objektiven Gründen die Ueberzeugung bekäme, daß Oesterreich in den Bundesstaat jetzt nicht eintreten wolle.

Jene Gründe waren ihm nunmehr durch die Oesterreichische Märzverfassung geworden. Er hatte nämlich noch am Abend des 11. oder früh am 12. den Text derselben gelesen, und wenn ihm nun auch ihr wesentlicher Inhalt und Charakter schon vorher bekannt gewesen war, wenn auch bestehen blieb, daß eine Erklärung über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland noch zu erwarten war und nach seinen eigenen Vordersätzen vor dem schließlichen Entscheid hätte abgewartet werden müssen, so ist es doch — dies wurde behauptet — nicht undenkbar, daß er aus wirklicher Ueberzeugung sprach. Man hat in Anschlag zu bringen, daß so erregbare Individualitäten wie die seinige leicht von der einen in eine ganz andere Gedankenreihe übergehen, von plötzlichen Impulsen und Affekten abhängig sind und bestimmt werden. Er gehörte allerdings zu denen, welche sehr sanguinisch glaubten,

*) Nach Laube (III, 343) meinten mehre der Bundesstaatlichen, das Eisen müsse sofort geschmiedet werden, eilten nach den vordersten Bänken zu Gagern, Mathy, Bassermann, und forderten diese auf zum raschen Schmieden, aber vergeblich — „es war kein verwegener Feldherr vorhanden, die Führer alle waren so gewissenhaft, daß sie keine Ueberrumpelung der Nation wollten mit dem Grundgesetze der Nation." Sie haben sich aber vor und nach den kühnen Griffen nicht abgeneigt gegen dergleichen erwiesen und meinten außerdem die Nation hinter sich zu haben und nur deren Willen zu vollziehen, nahmen wenigstens die Miene an, als ob sie es glaubten. Sie trauten vielmehr dem Können nicht und gerade die Genannten hatten vielleicht auch schon vorher überlegt. Wenn Mitglieder Kunde oder Ahnung von dem Schritte Welcker's gehabt, so sind es gerade die Genannten gewesen.

Oesterreich könne und werde in den parlamentarischen Bundesstaat, wenn auch nicht der Bundesstaatspartei, doch des großdeutschen Ausschusses eingehen; es stand fest in ihm, dieser Bundesstaat müsse auch jetzt noch gefordert werden, könne, müsse, werde erstehen. Es mag ganz wohl sein, daß die erste Kunde von der Oesterreichischen Märzverfassung ihn in seinem Glauben erschütterte, daß er gegen das Aufgeben desselben sich sträubend, Andern wie sich selbst eine neue sich ihm aufdrängende Ueberzeugung auszureden suchte und daß er derselben beim Lesen des Oesterreichischen Verfassungsedikts sich nicht länger zu erwehren vermochte, daß ihm alle Zweifel und Bedenken klar und bewußt wurden und zusammengefaßt zu einer gänzlichen Umwendung seiner Ansicht von der Sache wirkten. Sein Charakter, mir bis dahin als ehrlich bewährt, schloß in meinen Augen zwar nicht die Annahme vieler und großer Selbsttäuschung, wol aber die der Gesinnungslosigkeit, eines bewußten Heuchelns und Komödiespielens gänzlich aus.

Er bezog sich sodann auf die Gefahr der Kabinetsintriguen und Verhandlungen, „um unser armes Deutschland wieder in die Rheinbunds- und andere traurige Verhältnisse kommen zu lassen;" er wollte die Ehre der Nationalversammlung gerettet wissen durch einen eignen kräftigen Beschluß über die Verfassung, damit sie nicht mit einer „oktroyirten Charte nach Hause gehe." Dies war ganz aus den zu jener Zeit bei ihm vorherrschenden Ideen gesprochen, und ganz natürlich war es, daß solche Gefahr mit seiner neuen Ueberzeugung vor seinem Blick sich aufthürmte und ihn in Harnisch brachte. Freilich aber war diese Gefahr längst vorhanden gewesen und theils entstanden theils vergrößert durch das Verhalten der Nationalversammlung und insbesondere der Bundesstaatspartei, durch ihren Verfassungsplan und die Art und Weise wie sie ihn verfolgte. Es konnte ihm ohne die ärgste Selbstverblendung nicht als das richtige Mittel, die Gefahr abzuwenden erscheinen, daß man eben jenen bereits im Stadium des Mißlingens befindlichen Plan zur Ausführung zu bringen, eben das zu vollenden suchte, was jene Partei betrieb. Allerdings hatte er nun im Sinne, daß das ganze nichtösterreichische Deutschland sich rasch unter dem Preußischen Kaiser zusammenschließe und den Krieg aufnehme mit den wider das neue Reich heranziehenden Feinden, Oesterreich, Rußland, Frankreich, halb oder ganz Europa. Allein wenn dadurch einige Folgerichtigkeit in seinen Gedankengang hineinkam, so war das doch nun wieder der Bürger- und Bruderkrieg, den er so

heftig perhorrescirt, es war die ganze von ihm selbst so oft wie die trügerischste von der Welt behandelte falsche Rechnung der Gagern'schen Partei, als würden die Mittelstaaten sich sofort unterwerfen oder gar mitwirken oder als sei ihr Widerspruch federleicht zu bewältigen, als werde ein durch Beschluß der Nationalversammlung geeintes nichtösterreichisches Deutschland sofort ein einiges und nicht vielmehr uneiniges und schwaches sein, als werde sich der designirte Kaiser sofort zu der ihm aufgetragenen Rolle hergeben, als werde das zwischen ehrgeizigen Gelüsten und Antipathien gegen Frankfurt und Scheu vor einem Bruche mit Oesterreich schwankende Preußen leisten, was jedenfalls nur ein fest entschlossenes hätte leisten können. Unter Gagern's Vorantritt und Welcker's heftigem Widerspruch hatte sich die Nationalversammlung für souverän erklärt und dann nach einem kühnen Griffe und manchen einzelnen Uebergriffen die Zeit ihrer Macht verstreichen lassen, ohne ihr Princip durchzuführen, welchem gemäß sie auch jetzt noch den Fürsten die Verfassung oktroyiren wollte, bei so viel verringerten Mitteln und Aussichten, ihren Willen durchzusetzen entgegen dem Quos ego der Regierungen, welche vereinbaren zu wollen erklärt. Und Welcker meinte, die mangelnde Kraft ersetzen zu können durch einen Kraft- und Staatsstreich, Welcker glaubte, daß die Häupter der Groß- und Mittelstaaten, die die Zügel schon wieder fest genug in den Händen hatten, einem neuen kühnen Griff weichen und die Verfassung sich diktiren lassen würden, während sein Versuch, die Zustimmung ihnen abzuschmeicheln doch sein Gefühl, daß die Macht der Versammlung nur Schein sei, verrieth und seine Selbstwidersprüche nur gar zu durchsichtig verdeckte. Wenn er endlich noch darauf ein besonderes Gewicht legte, daß die Annahme seines Antrags allein noch die Möglichkeit gebe, daß das Oesterreichische Kabinet sich schnell zu dem verstehen werde, „was nach unserer festen Ueberzeugung das Wichtigste ist", so lag hierin wol die größeste seiner Selbsttäuschungen. Welcker handelte am 12. März wie Gagern am 24. Juni auf eigene Faust, obwol Beide von Andern auf sich hatten einwirken lassen. Sie handelten ohne Rücksprache mit ihrer Partei, was eben das Entscheidende bei ihrem Vorgehen anbelangt. Gerade was Gagern verkehrt machte beim kühnen Griff, geschah ohne, ja wider getroffene Verabredung. Noch viel mehr wider Verabredung handelte Welcker. Genug, der Eine wie der Andere schritt vor, ohne sich vorgängig der Partei versichert zu haben. Es war ein großer Fehler bei Beiden und schlug bei Beiden zum Mißlingen aus. Gagern

zertrümmerte den Rechtsboden, ohne einen andern zu schaffen, fest genug, um darauf zu fußen. Welcker vereitelte alle die Bemühungen, welche allein noch zu einem guten Ziele hätten hinführen können und doch im Gange waren. Es kam nun weder zu einer vernünftigen, d. h. die Wünsche der Regierungen, das wahre Bedürfniß berücksichtigenden und die Verständigung nicht ausschließenden En-bloc-Annahme, wozu vielleicht noch Aussicht gewesen wäre, hätte nicht er seinen ungeschickten, alle Leidenschaften aufregenden und den Uebermuth der Kaiserlichen unsäglich steigernden Antrag dazwischengeworfen: noch kam es zu einer besonnenen zweiten Berathung der Verfassung, statt deren die Ueberstürzung eintrat, durch welche schließlich Alles verdorben wurde. Es mißlang Welckern gänzlich, seine Partei mit sich fortzureißen, er verführte nur die andere, zu welcher er sich schlug, und sie ließ sich verführen auf eine Lockung, welche er ihr hinwarf einzugehen, um einen neuen großen Schritt zum Untergange, statt zum Siege zu thun. Die Erbkaiserlichen meinten, wie man es sogleich in ihrer Centralkorrespondenz lesen konnte, Jedermann habe bei Welcker's Antrage gefühlt, daß die Wahrheit nun allgemeiner durchdringen, daß auch den „Befangensten und Kurzsichtigsten“ die Binde von den Augen fallen, daß eine allgemeinere Bekehrung eintreten werde u. s. w. Sie täuschten sich über die Gegenpartei und diese Täuschung leitete sie irre. Sie ernteten damit die Früchte des verkehrten Parteieifers, worin sie ihre Meinungsgegner so gehässig und falsch beurtheilten. Es war ein Irrthum über dem andern, daß sie glaubten allein Recht zu haben, allein richtig zu sehen und patriotisch gesinnt zu sein, daß sie glaubten alle Großdeutsche lebten der Meinung, Oesterreich werde sich auf den projektirten Bundesstaat einlassen und nur an solcher Meinung hinge ihre ganze Ansicht und Politik; daß sie glaubten, Jedermann müsse die Gefahr des Vaterlandes, und die Mittel derselben zu begegnen, da sehen, wo sie sie sahen. Daher daß sie schlossen: die Enttäuschung Welcker's muß sich bei Mehreren wiederholen, da ihnen wie ihm das Verhältniß Oesterreichs jetzt klar werden muß; so viel Patriotismus haben doch Manche, daß sie nach nunmehr erkannter Gefahr des Vaterlandes „vorgefaßte Meinungen“ zum Opfer bringen werden; — mit einem Worte, Welcker „hat im Sinne, wenn auch nicht im Auftrage Vieler gesprochen, welche sich mit dem Stamme der den einheitlichen Bundesstaat konsequent Vertheidigenden in einem Gefühle der Vaterlandsliebe und der Pflichten, welche die von Außen und Innen drohende Gefahr auferlegt, zusam-

menfanden", und „hiermit ist ein Wendepunkt in der Entwickelungs-geschichte des Deutschen Bundesstaats gewonnen, von welchem aus der Weg gerade und das Endziel näher gerückt sein dürfte."

So war es freilich, nur in einem anderen Sinne als sie es meinten. Auf der Tagesordnung stand eine Berathung über das Reichsgericht. Dazu fehlte die Sammlung. Die Sitzung wurde fast unmittelbar nach Welcker's Motivirung geschlossen und man ging auseinander, wie Haym sagt, „mit dem Gefühl, daß dieser neue kühne Griff gelingen werde wie jener erste, welchen Gagern that (!), mit dem Vertrauen, daß es nunmehr an jener von Gagern prophezeiten allgemeinen Erhebung des Hauses nicht fehlen werde" — das will sagen, die kaiserlichen gingen mit neuen Illusionen nach Hause, mit der Illusion dem Welcker'schen Antrage die Mehrheit gewinnen zu können, nachdem das erste Feuer verraucht war, dessen Kraft die Führer nicht für zulänglich gehalten. Welcker war nun ein Mann ganz nach ihren Herzen, wurde gepriesen und wider jeglichen Vorwurf in Schutz genommen, nachdem er bei ihnen bis auf den Tag der Gegenstand von Verunglimpfungen aller Art gewesen. Bassermann und Mathy überhäuften ihn noch in den Beilagen zur ministeriellen Zeitung vom 12. mit Lobsprüchen. Die ihn näher gekannt, hätten es längst gewußt, daß er der Erste sein werde für den Bundesstaat ohne Oesterreich, sobald er nur den entschiedenen Willen Oesterreichs erkannt. Er war nun wieder der Mann, der seit einem Menschenalter für Deutsche Freiheit und Einheit unermüdlich gekämpft, war ganz ungebührlich (d. h. wenigstens zum Theil von denselben Personen) verdächtigt und gereizt u. s. f. Von tadelnswerther Sinnesänderung bei ihm durfte gar nicht mehr die Rede sein.

Allein auf der anderen Seite wurde anders geurtheilt, und in der That war sein Ueberspringen gar zu grell, in seinem Verhalten und seinen Aeußerungen von jetzt und früher lagen doch gar zu große Widersprüche, als daß es denen zumal, welche ihn nicht näher kannten und ihm nicht persönlich befreundet waren, hätte einleuchten wollen, wenn seine nunmehrigen Vertheidiger ihn so in Schutz nahmen oder wenn man sich Mühe gab, sein Auftreten so zu erklären, wie ich es oben versucht. Manche wollten es sich nicht ausreden lassen, daß er lediglich durch Motive äußerlicher Art sich habe bestimmen lassen, worüber denn Mancherlei gesprochen wurde. Er würde geradezu eine ganz schlechte Komödie am Abend des 11. im Pariser Hofe gespielt haben, wenn es seine Richtigkeit mit dem hätte, was Haym S. 318

— vielleicht mit Behagen, daß wir hinter das Licht geführt worden, gewiß mit großer Verletzung Welcker's — berichtet, nur Wenige hätten gewußt, daß ihm auf dem Heimwege die Worte entfallen, nun freilich sei Oesterreichs Ausschluß nicht mehr zu umgehen, jeder Patriot werde jetzt in der Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an die Krone Preußen die Rettung des Vaterlandes erblicken. Es verlautete so etwas auch schon in den nächsten Tagen. Ich glaubte Welcker so gut zu kennen, daß ich es geradezu für unmöglich hielt, sofern sein Heimweg aus dem Pariser Hofe gemeint war und nicht vielmehr eine Verwechslung statt fand mit seinem Heimwege aus dem — Englischen Hofe.

Man wußte nämlich auf unserer Seite recht wohl, was Haym berührt und auch wol noch ein gutes Theil mehr, brachte es aber aus Schonung gegen Welcker nicht sofort herum und noch weniger etwa in die Zeitungen, den Vortheil verschmähend, der in Enthüllungen dieser Art vor dem Publikum gelegen haben möchte. Man wußte, daß Welcker aus dem Pariser noch spät in den Englischen Hof gegangen, dort beim Glase Wein von Mitgliedern der ministeriellen Partei montirt und mit einem Abdruck der Oesterreichischen Märzverfassung versehen war. Andere wollten wissen, er habe diese zu Hause vorgefunden, und genug, sie sagten, er sei über Nacht auf den Gedanken gerathen, nun, da das Direktorium keine Aussicht mehr habe, müsse **er** der Geburtshelfer des Kaisers werden, **auch** seinen kühnen Griff thun, durch solchen Eklat sich rehabilitiren. Andere wollten wissen, er habe bei seiner Rückkehr zu Hause Briefe gefunden, oder am andern Morgen ganz früh erhalten, worin ihm angezeigt worden, der Badische Minister Dusch sei zum Bevollmächtigten an seiner Stelle ernannt; wieder Andere, der Grund und Anfang seiner plötzlichen Sinnesänderung sei in einer, nach vielfachen Bearbeitungen von Seiten seiner badensischen Freunde am 12. ganz früh auf der Zeil in Bassermann's und Mathy's Gegenwart abgehaltenen Unterredung mit Dusch zu suchen. Meinerseits war und bin ich überzeugt, daß Welcker nicht ohne wahre Ueberzeugung vorging, allein daneben wirkten allerdings äußere Vorgänge, wobei Mitglieder der Gagern'schen Partei Hand im Spiele hatten, auf den Umschwung seiner Meinung und seinen Entschluß zu dem, was er that, beträchtlich ein. Er hätte, als seine Ansichten mit denen seiner Regierung in Widerstreit geriethen, sein Amt als Bevollmächtigter niederlegen sollen. Daran, daß er es nicht that, scheiterte er, daran knüpfte sich die Verwickelung und die Katastrophe. Was ich darüber sagen kann, ist Folgendes.

In Baden wurde sehr eifrig für das Preußische Kaiserthum und gegen Oesterreich agitirt und operirt, öffentlich und unter der Hand. Die Absicht bei den Vorschlägen, welche Oesterreich im December wegen einer Kreiseintheilung als Grundlage der Neubildung an Preußen gemacht, ging gegen die Kleinstaaten, zum wenigsten, wie diese es auffaßten. In Baden wie in allen kleineren Staaten wurden, und gerade dort recht sehr, die Oesterreichischen Absichten benutzt, die Furcht und Eifersucht der Regierung zu erregen. Diese erließ am 8. Januar an den Bevollmächtigten in Frankfurt ein Reskript, worin sie erklärte, daß der Großherzog nach wie vor bereit sei, jedes gleichmäßig von ihm wie von allen anderen Bundesgenossen zu verlangende Opfer zu bringen, das zur Erreichung des großen Zieles nothwendig, und in diesem Sinne auch einem Erboberhaupte sich unterzuordnen. Für ein solches sprach sich am 11. Januar auch die Zweite Badensche Kammer aus. Die Regierung suchte aber zugleich jedem Versuche zu begegnen „ungleichartige" Opfer zu bewirken und einzelne Fürsten und Länder „ohne oder gegen das Interesse der Gesammtheit zum Vortheile der Könige zurückzusetzen". So Bekk in seiner Schrift: „Die Bewegung in Baden", S. 254 ff. Bekk fährt fort: „Als ernstliche Pläne dieser Art bekannt wurden und mehr Umfang gewannen, erging an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt im Februar 1849 eine Instruktion, wie er in dieser Beziehung gegenüber der Centralgewalt und den Bevollmächtigten der Einzelstaaten, die Rechte Badens wahrend, sich auszusprechen habe. Am 20. (nicht am 19.) berichtete die O.-P.-A.-Z., daß er dies gethan habe, und theilte die Instruktion wörtlich mit. Es hieß in dieser, die großherzogliche Regierung habe den Zeitungsnachrichten über Pläne von Einverleibung der kleineren Staaten in die Königreiche u. dergl. keine Bedeutung beigelegt, aber einer Stelle der Oesterreichischen Note vom 4. Febr. ihre Aufmerksamkeit widmen müssen, wo die Rede davon sei, daß die Oesterreichische der Preußischen Regierung vorgeschlagen, das Werk der Vereinbarung in Frankfurt gemeinsam mit den Fürsten, und zwar zunächst mit den Königen Deutschlands zu beginnen. Durch eine solche, wenn auch nur vorläufige Ausschließung hätten sich die kleineren Staaten in ihrer Ehre und ihrem Rechte verletzt fühlen müssen und der Vorschlag werde hoffentlich nicht in anderer Weise wieder aufgenommen werden. Eine bei den königlichen Höfen gezogene Demarkationslinie erscheine als eine rein willkürliche, auf keiner rechtlichen Grundlage beruhende. Es habe seiner

Zeit nur von dem Kurfürsten von Baden abgehangen, gleich anderen Kurfürsten den Königstitel anzunehmen, und er stehe und habe auf der Höhe gestanden, ihn mit demselben Anspruch und derselben Ehre und Kraft zu führen wie andere seiner Bundesgenossen. Fände man einmal für nöthig eine Grenzlinie zu ziehen, so dürfe man ein Land wie Baden von nahezu anderhalb Millionen Bevölkerung, von solcher Bedeutung als Glied des Ganzen durch seine intensiven Kräfte, durch seine lebenskräftige staatliche Entwickelung (!), durch seine geistige, politische, industrielle und kommercielle Kulturstufe nicht so unbeachtet bei Seite liegen lassen, weil sein Regent nicht den königlichen Titel führe. Die Vereinbarung müsse sich auf die Interessen und Rechte aller Deutschen Staaten ausdehnen und könne daher nur eine gemeinsame von allen Staaten zugleich sein. Die Badensche Regierung verwahre sich feierlichst gegen alle Partikularvereinbarungen. Der Großherzog würde es mit seiner Gesinnung und Regentenpflicht nie vereinigen können, irgend einer Zumuthung, die unter dem Vorgeben engerer politischer Einigung nur einem Partikularinteresse zu gute käme, oder den auf den bloßen Königstitel gebauten Ansprüchen Anderer zu weichen u. s. f., was denn am Schlusse noch weiter stark accentuirt wurde. Bekk theilt noch ferner mit, der Oesterreichische Gesandte habe einige Zeit nachher mündliche Mittheilung von einer Note gemacht, worin versichert worden, daß Oesterreich keine den Großherzog oder das Land beeinträchtigende Absichten hege und sich mit seinen an die Könige gerichteten Anträgen nur darum nicht auch nach Karlsruhe gewendet habe, weil es nach der Badischen Erklärung vom 8. Januar dort keinen Anklang habe erwarten können. Indeß hätten öffentliche Blätter, bemerkt Bekk, bald darauf Aktenstücke mitgetheilt, nach deren Inhalt eine nicht unbedeutende Rechtsungleichheit zwischen den Königen (als Kreisvorständen) und den ihnen zugewiesenen anderen Staaten im Plane gelegen.

Die Badische Regierung war also gegen die Könige äußerst eifersüchtig und diese Eifersucht wurde von zwei Seiten genährt. Von der einen machte der Würtembergische Premier (Römer) niemals Hehl aus seinen Mediatisirungsgelüsten, möchten nun alle kleineren Staaten der Reichsgewalt unterworfen oder die kleinen den Mittelstaaten, Baden also Würtemberg einverleibt werden. Von der andern ließ es die Gagern'sche Partei um diese Zeit — weil man nun schon wußte, daß sich Baden sicher unter die zu beschließende Reichsverfassung stellen würde und man das von Baden dadurch zu gebende

Beispiel als recht bedeutend erscheinen lassen wollte — nicht daran fehlen, der Badischen Regierung Allerlei einzureden von ihrer Bedeutung und Wichtigkeit, wie Baden einst die Königskrone ausgeschlagen, wie es so und so viel Einwohner habe, und dazu meist Liberale, Konstitutionellgeschulte u. s. f. Welcker hatte von jeher jenes Princip der Rechtsgleichheit aller Fürsten und Länder vertheidigt, war auch von dem Gefühle der Wichtigkeit Badens durchdrungen, der Eifersucht gegen Würtemberg nicht unzugänglich. Wie sehr hatte ihm der Rotenhan'sche Direktorialvorschlag mißfallen, sofern derselbe seiner Meinung nach die kleineren Staaten zurücksetzte. Insofern bestand Einstimmung zwischen ihm und seiner Regierung. Allein er gerieth doch in ein sehr schlimmes Gedränge, als er gleichzeitig und in demselben Maß großdeutsch, wie seine Regierung und die vorherrschende Stimmung seines Landes kleindeutsch wurde. Er wurde deshalb, unter besonderer Bezugnahme auf seine Stellung und Pflicht als Bevollmächtigter, ohne Aufhören sowol in den Blättern öffentlich angestochen als privatim vorgenommen, und man kann denken, daß dies insbesondere auch in Beziehung auf den Punkt geschah, bei welchem die Eifersucht und Besorgniß der Badischen Regierung rege geworden war und auf den jene Instruktion vom Februar sich bezog. Je eifriger seine Landsleute und persönlichen Freunde in Frankfurt für den Preußischen Kaiser wurden, desto widerwärtiger mußte ihnen der Widerspruch des Badischen Bevollmächtigten gegen denselben sein, und sie boten daher Alles auf, ihn aus seiner großdeutschen Position herauszubringen und auch über Karlsruhe auf ihn einzuwirken, wo die Badischen Mitglieder des Reichsministeriums auf die schwache Regierung den stärksten Einfluß übten und nicht aufhörten, der Furchtsamkeit derselben die Unterwerfung unter Preußen als einziges Rettungsmittel vorzustellen, was um so mehr Eindruck machte, da sie seit der Mitte des Februar mehr und mehr von den Radikalen geängstet wurde. In den ersten Tagen des Februar hatte Welcker für nöthig befunden sich nach Karlsruhe zu begeben. Kurz nach dem Bekanntwerden der Oesterreichischen Note vom 4. Februar richtete er an Schmerling die ausdrückliche Anfrage, wie jene — auch von seiner Regierung urgirte — Stelle zu verstehen sei, ob Oesterreich eine Mediatisirung Badens beabsichtige, ob nicht die Oesterreichische Depesche vom 17. Januar dahin deute? Schmerling suchte ihn zu beruhigen, doch gerieth Welcker über die Sache unmittelbar darauf in lebhaften Wortwechsel mit dem Würtembergischen Bevollmächtigten,

gegen welchen er sich heftig und bitter über die Würtembergischen Mediatisirungsgelüste, über Badens Ansprüche, Bedeutung, unfehlbar zu erwartenden energischen Widerstand u. dgl. äußerte. In den ersten Märztagen erschien der Badische Minister Dusch in Frankfurt und äußerte sich mehrfach in ähnlichem Sinne über denselben Gegenstand. Sogleich nach seiner Rückreise folgten dann die erwähnten Verhandlungen über die Oesterreichische Instruktion vom 27. Februar und die Feststellung des Entwurfs einer Reichsregierung vom 9. März. Als der letztere, herrührend nicht von der Nationalversammlung oder einem Ausschusse, sondern von beglaubigten Bevollmächtigten, deren Vota, Elaborate u. s. w. als für sie bindend die Regierungen im Voraus durch die Vollmacht erklärt, mitherrührend und unterzeichnet von dem Badischen Bevollmächtigten, in Karlsruhe anlangte, gerieth man dort in die lebhafteste Bewegung. Einmal hatte Welcker für Baden zu einem Direktorialvorschlage mitgewirkt und gestimmt. Sodann erschien Baden nach dem Entwurfe als Anhängsel von Würtemberg, bei der Wahl eines Mitgliedes zur Reichsregierung dem letzteren gegenüber mundtodt, und auch das hatte Welcker eingeräumt, gebilligt. Freilich stimmte der betreffende Artikel ganz überein mit dem Paragraphen des großdeutschen Entwurfes, an welchem er so eifrig mitgearbeitet, über Badens Stellung in der Reichsregierung, wonach Baden gleichfalls mit Würtemberg und den Hohenzollern ein Mitglied derselben ernennen sollte, und nach beiden Entwürfen war festgesetzt, daß die ein Mitglied wählenden Staaten sich über die Wahl verständigen sollten; ein Reichsgesetz habe im Fall der Nichtverständigung Bestimmung zu treffen, nur vorläufig falle dem Regenten des Staates die Entscheidung zu, dessen Volkszahl in dem betreffenden Staatenverbande die größeste. Gewiß war Welcker ohne alles Arg verfahren bei seiner Mitwirkung zu diesen Paragraphen des großdeutschen wie dieses ähnlichen Entwurfes. Eigentlich hatte er auch nur hinterher zugestimmt, denn er hatte in der Sitzung gefehlt, in welcher die Kreisvorstandschaft Würtembergs festgestellt worden. Seine Sünde, jene Paragraphen genehmigt zu haben, erschien in noch grellerem Lichte, weil in diesem neuen Entwurfe im siebenten Staatenverbande bei der Wahl in die Reichsregierung Kurhessen mit Hessen-Darmstadt alternirte, und das hatte Jordan bewirkt, bewirkt durch ein eifriges Wahrnehmen der Interessen seiner Regierung bei so viel geringerer Veranlassung dazu, woran es Welcker so gänzlich hatte fehlen lassen, und zwar nachdem seine Regierung sich so geäußert, so gestellt in der

Sache, nach solchen Verhandlungen und Erinnerungen! Es war zu viel. Welcker war sofort, nachdem der neue Entwurf in Frankfurt kund geworden, auf sein Vergehen aufmerksam gemacht, und sehr bald vernahm er auch von Karlsruhe her donnernde Worte. Er wendete sich sofort an mehrere Bevollmächtigte und bat flehentlich, ihm durch irgend eine Nachgiebigkeit sein Versäumniß redressiren zu helfen, insbesondere Schmerling und den Würtembergischen Bevollmächtigten, daß man ein Alterniren Badens mit Würtemberg zugestehe, da doch Baden gleich Würtemberg die Kurwürde besessen und im Range selbst vor Würtemberg gestanden, da zwischen beiden Staaten nun einmal eine schädliche Eifersucht bestehe, welcher man durch Bevorzugung des einen neue Nahrung geben würde u. s. f. Es war vergebens. Dusch erschien sogleich wieder in Frankfurt, wo er am Abend des 11. oder früh am 12. anlangte und die erwähnte Unterredung mit Welcker hatte, in welcher er diesem, Falls er das Geschehene nicht wieder gut mache, die Absetzung angekündigt, Mathy vermittelt haben soll.

War man nun auch im Pariser Hofe nicht gleich Anfangs so genau wie nach einiger Zeit von diesen Vorgängen unterrichtet, so hatte man doch zu viel Kunde davon, um geneigt zu sein, den Ruhm eines ganz tadelfreien Wechsels der Ansicht und Politik einem Mitgliede der Gesellschaft zuzugestehen, das die Statuten, einen ausdrücklichen Beschluß derselben, zu welchem es selbst mitgewirkt, in der That mit Füßen getreten. Man sagte: auf keinen Fall durfte Welcker seinen Antrag stellen, ohne zuvor sein übernommenes Mandat zurückzugeben; dieses hatte den Zweck, die Partei gegen Ueberrumpelung der Gegner zu sichern, er hat, verrätherisch seine Absicht verschweigend, die eigenen Freunde zu überrumpeln gesucht, indem er in das feindliche Lager übertrat; außerdem mußte es ihm nach seiner Kenntniß von den auf der großdeutschen Seite herrschenden Ansichten und Stimmungen, von der dort vorhandenen Festigkeit der Meinungen, von den Charakteren der Mitglieder des Vereins, den er preis gab, vollkommen gewiß sein, daß man ihm nicht so ohne Weiteres folgen, daß es sehr schwer fallen werde, durch Verhandlung auch nur einen irgend beträchtlichen Theil mit hinüberzuziehen, daß sein Verhalten gar leicht gerade die entgegengesetzte Wirkung haben könne; der taktische Fehler, den er durch seinen Schritt begangen, ist gleich auffällig wie beträchtlich und läßt sich nur erklären, wenn man annimmt, daß er im Drange einer persönlichen Verlegenheit oder wie immer

egoistischen Antrieben folgend, entweder gänzlich den Kopf verloren oder jede sachliche Rücksicht aus den Augen gesetzt. — Er sollte ausgeschlossen werden, nicht wieder erscheinen dürfen. Und davon, daß er dies wolle, sprach er zur Verwunderung der Meisten, die davon hörten. Er kam am Abend des 12. und erbat sich das Wort zu seiner Rechtfertigung. Fast gleichzeitig mit ihm traten, so eben von ihrer Reise nach Wien zurückgekehrt, Somaruga, Heckscher, ich entsinne mich nicht genau, ob auch Hermann ein. Er vertheidigte sich so gut er konnte, anscheinend sehr unbefangen. Man hielt ihm sein Unrecht vor, behandelte ihn indeß mit großer Schonung; doch gewann er keinen einzigen der Anwesenden für sich oder seine Sache. Mit gleicher Naivität hatte er Vormittags im großdeutschen Verfassungsausschuß den Präsidentenstuhl eingenommen. Man hatte ihn dort mit der Bemerkung empfangen, daß er wol erscheine um Abbitte zu thun. Er hatte sich mit Vorbringen von mancherlei Entschuldigungsgründen abgemüht und das Ende war gewesen, daß er in großer Verlegenheit sich entfernt, um sich nicht wieder blicken zu lassen. Unter vier Augen sagte er wol, daß er seinen Antrag im Klub (wo er doch sicher noch gar nicht daran gedacht hatte) nur aus schonender Rücksicht gegen die anwesenden Oesterreicher nicht zur Sprache gebracht und daß er mit Bestimmtheit vorausgesetzt habe, daß wir Anderen durchaus einverstanden damit sein würden. Demnächst erließ er ein Schreiben an die zeitigen Vorstände des Pariserhofklubs, das die O.-P.-A.-Zeitung am 17. brachte, wogegen sie die Aufnahme der Erwiederung, um welche sie von Reichensperger ersucht wurde, verweigerte, weshalb diese Erwiederung in der Frankfurter Zeitung erschien. In seiner Erklärung nahm er auf den Inhalt der Oesterreichischen Note vom 9., die erst am Abend des 12. durch einen Kurier an Schmerling gelangte, und auf den Inhalt des (noch dazu mißverstandenen) Berichtes Heckscher's und Somaruga's Bezug, die wie gesagt erst am 12. Abends in Frankfurt wieder eintrafen, und zwar so, als habe er von den Oesterreichischen „Anmaßungen", die er in der Note und dem Berichte fand, am Montag Morgens durch vertrauliche Mittheilungen Kunde erhalten, welcher Angabe eine Verwechselung mit dem, was er in der Entrevüe mit Dusch vernommen, zum Grunde liegen mochte.

So begann das Frankfurter Intriguenstück, zu welchem der Erlaß des Oesterreichischen Verfassungsedikts unvorhergesehenen Anlaß gab, das Intriguenstück, welches — „wenn Einer verstanden hätte

die Gunst der momentanen Stimmung zu benutzen — den Deutschen ein Reich, dem Reiche einen Kaiser würde gegeben haben!"*)

*) Braun (160) bemerkt, seit dem 12. war die Nationalversammlung wie durch einen Zauberschlag eine andere geworden, ihre Bewegung war fortan eine dithyrambische. Sie war vielmehr eine bacchantische, und das geht eben auch aus Braun's Darstellung, am gewissesten jedoch aus dem Thatsächlichen hervor, das nun folgte.

Berathung der Oesterreichischen Abgeordneten über ihren Austritt. — Schmerling's Rücktritt. — Der Bericht der großdeutschen Deputation am 13. März. — Oesterreichische Erklärung vom 9. März. — Erschütterung, Wiederbefestigung, Vorkehrungen der großdeutschen Partei. (Die großdeutsche Parlamentskorrespondenz.)

Die Stellung der Oesterreichischen Abgeordneten in der Nationalversammlung war, gleichen Schrittes mit der Enthüllung und Entwickelung der Ideen und Pläne der Preußischen Partei, angezweifelt, angefeindet, widerwärtig und mißlich geworden. Der Klimax bestand in der Forderung, daß sie gehen sollten, in der Bestreitung ihres Rechtes da zu sein und zu bleiben. Sie hatten unfraglich dasselbe Mandat, dasselbe Recht wie die Anderen. Eben weil dies so klar war, mußten die Erbkaiserlichen zu sophistischen Deduktionen und zu anderen Mitteln, als ehrlichen guten Gründen greifen, um die Entfernung der unbequem gewordenen Oesterreicher zu bewirken, in deren Anwesenheit sie je länger je mehr das größeste Hinderniß der Durchsetzung ihres Verfassungsplanes erblickten. Nach dem Kundwerden des Programms von Kremsier hatten sie die Forderung des Austritts der Oesterreicher auf die Behauptung gegründet, daß Oesterreich sich selbst ausgeschlossen, selbst erklärt habe, Deutschland sich abgesondert konstituiren lassen und in die Deutsche Verfassung nicht eintreten zu wollen. Seit den Oesterreichischen Gegenerklärungen und Bethätigungen vom 28. December bis Februar hatte ihren Behauptungen wie ihrem Verhalten Folgerichtigkeit und Aufrichtigkeit gleich sehr gefehlt. Sie hatten es nicht gewagt, die neuerdings beanspruchte

Theilnahme Oesterreichs an der zu beschließenden Verfassung und am Verfassungswerke offen zu bestreiten; indem sie officiell erklärt, dieselbe werde auch ferner vorausgesetzt, und regelmäßig läugneten, daß sie den Ausschluß Oesterreichs beabsichtigten, hatten sie dennoch ihr Projekt und damit den letztern im Sinn behalten. Allein bei dem, was nun erst wieder recht eigentlich zur Frage geworden war, ob und wiefern man bei den Beschlüssen der ersten Lesung zu beharren habe oder nicht, hatten die Oesterreicher so gewiß mitzusprechen, als sie in der ersten Berathung dabei mitgesprochen hatten, ohne daß es Jemandem eingefallen wäre, ihre Berechtigung dazu in Zweifel zu ziehen. Eine Partei in der Nationalversammlung konnte mit keinerlei Recht ihrer individuellen, in letzterer nicht zur Geltung gekommenen Ansicht die Bedeutung einer allein und endgiltigen Entscheidung beimessen. Seit der Abstimmung am 13. Januar war die Behauptung erneuert und täglich wiederholt, daß die Oesterreichischen Abgeordneten nicht mehr mitstimmen dürften, oder daß ihre Stimmen nicht zählten, weil es sich um Berathungen und Beschlüsse über eine Verfassung handele, woran Oesterreich keinen Theil nehmen werde. Bei jedem ferneren für den „Bundesstaat" bedeutsamen Beschlusse stellte man Berechnungen an, wonach sie aus der Rechnung entfernt und als Unberechtigte, als Fremde oder Eindringlinge behandelt wurden. Hatte man den Anspruch Oesterreichs an der Verfassung Theil zu nehmen anerkannt, so war jeder fernere Beschluß, der auf einen dasselbe ausschließenden Bundesstaat zielte, ein Unrecht; auf jener Seite aber glaubte man durch jeden Beschluß dieser Art ein neues Recht zu bekommen, den Austritt der Oesterreichischen Abgeordneten zu fordern, weil der Bundesstaat, an welchem Oesterreich nicht Theil nehmen werde, sich mehr und mehr seiner Vollendung nähere. Bei dem Allen mußte man jedoch thatsächlich wie rechtlich die Oesterreichischen Stimmen gelten lassen, und wenn man sich trotzdem und im Selbstwiderspruch darauf stützte, daß es einem Bundesstaat ohne Oesterreich gelte, so wurde eingewendet: die Hälfte, ja die größere Hälfte der Versammlung habe schon durch die Abstimmung vom 18. December das Gegentheil erklärt. Freilich waren darin die Oesterreichischen Stimmen zum größesten Theile begriffen gewesen. Allein wenn aus dem nichtösterreichischen Deutschland ein besonderer Staat gebildet werden sollte, so hätten doch allerwenigstens die Abgeordneten desselben einstimmig oder so gut wie einstimmig darüber sein müssen, und auch dieses war keineswegs der Fall. Auch die

Mehrheit vom 13. Januar war keine für den Bundesstaat ohne Oesterreich gewesen, sie war vielmehr nur durch das Vertrauen von nicht Wenigen zu Stande gekommen, daß Gagern ernstlich und ehrlich den Einschluß Oesterreichs fördern werde, daß er seine Voraussetzung des Nichteintritts von Oesterreich also wenigstens bedingt aufgegeben habe. Wenn die Erbkaiserlichen sagten, durch die Annahme des ministeriellen Programms sei für den Bundesstaat mit Oesterreichs Ausschluß entschieden, so ging diese ihre Behauptung wider feierliche Erklärungen des Ministerpräsidenten, durch welche die Genehmigung der ministeriellen Anträge bedingt worden war. Durch diese Auslegung offenbarte die ministerielle Partei ihre Herzensgedanken, wie sie die ertheilte Ermächtigung entgegen den Zusicherungen ihres Führers und vornehmsten Hauptes verstehe und zu benutzen gemeint sei. Aber aus ihrer Unaufrichtigkeit konnte nichts zum Nachtheil der Oesterreichischen Abgeordneten folgen. Sie war mit ihrer Forderung geschlagen, indem sie die Modifikationen des Programms vom 18. December adoptirt, und schlug sich noch mehr selbst, indem sie immerfort behauptete, daß sie Oesterreich keineswegs ausgeschlossen wissen wolle, daß es im Gegentheil einer Verständigung gelte, daß man zu erwarten habe und erwarte, ob die Oesterreichische Regierung auch wirklich in die Deutsche Verfassung eintrete u. s. f. War dies der Fall, wie hätten die Oesterreichischen Abgeordneten ausscheiden dürfen, geschweige müssen? Noch in den Debatten über das Gagern'sche Programm hatte Vincke, um Neujahr auch noch Mathy ausdrücklich gegen den Ausschluß der Oesterreicher gesprochen. Man war auf jener Seite darüber nicht auf dem Reinen, nicht einerlei Meinung und verwickelte sich durch die eigenen Aussagen — mochten sie ernstlich oder nicht ernstlich gemeint sein — in die allerärgsten Widersprüche.

Obgleich aber den Oesterreichern das klare Recht der Theilnahme „bis zum letzten Momente" zur Seite stand, so hatten die Bundesstaatlichen doch darin ganz Recht, daß die ganze Verfassungsberathung durch dieselbe in einer eben so schwierigen als schiefen Lage sich befand, ja daß das ganze Verfassungswerk durch sie in die Gefahr des Scheiterns gerieth, indem sie unter zwei entgegenstehenden Voraussetzungen und Gesichtspunkten vor sich ging, wonach die Einen einen Bundesstaat ohne, die Anderen eine Verfassung mit Oesterreich erstrebten. Waren aber die Ersteren dabei in ihrem Recht, so waren es die Letzteren wenigstens eben so sehr. Jene waren bei ihrem Streben durch die Theilnahme der Oesterreicher ohne Frage schwer behindert,

allein diese Theilnahme gehörte eben zu den Hindernissen dieses Strebens, ohne einen anderen Vorwurf zu verdienen, als den des steilen Berges, der zwischen dem Wanderer und seinem Reiseziele liegt. Ebenso lag auch die Hartnäckigkeit der Bundesstaatspartei dem Streben Derer im Wege, die eine Oesterreich einschließende Verfassung begehrten. Daß die Theilnahme der Oesterreicher eine so eigenthümliche unbequeme Einwirkung auf den Fortgang der Verfassungsberathungen erhalten hatte, seitdem diese um die Angel des Gagern'schen Programms sich drehten und mehr und mehr auf eine Verfassung ohne Oesterreich zielten, war nur die Folge davon, daß die Erbkaiserlichen die Verfassungsangelegenheit in deren nunmehrige Lage gebracht. Sie hatten eine verworrene unreine Situation herbeigeführt und ließen den Unwillen und Ingrimm über die Ergebnisse derselben, über die Folgen ihres Rechnens ohne den Wirth oder über die mißliche Lage der Deutschen Verhältnisse und des Verfassungswerks, an den Oesterreichischen Abgeordneten aus, womit es natürlicher Weise um so schlimmer wurde, je länger es währte. In der ersten Zeit der Nationalversammlung war viel geschehen die Preußischen, jetzt geschah das Dreifache die Oesterreichischen Abgeordneten — wobei die ganze Unliebsamkeit des nun das Rauhe herauskehrenden Preußenthums hervortrat — zu erbittern, ja systematisch hinauszuärgern, und unter den Oesterreichern wurden jetzt gerade diejenigen am ärgsten mißhandelt, welche den Preußen gegen die denselben widerfahrene Unbill treulich zur Seite gestanden. Das feindselige Verfahren der Erbkaiserlichen erschien um so häßlicher im Gegensatze zu Kundgebungen der anderen Seite, wie Arenth's verständiger und edler Erklärung; es wurde durch Wechsel darin noch widerwärtiger, indem sie die Oesterreicher bald hinauszuschelten, bald hinauszuschmeicheln suchten, sie jetzt mißhandelten und dann wieder beim Ehrgefühl und bei der Delikatesse fassen wollten, ihnen heute die geballte Faust zeigten, sie ehrvergessen, verhärtete Feinde Deutschlands, hartgesottene Schwarzgelbe titulirten und morgen sie zu rühren sich bemühten und an ihren Deutschen Patriotismus und ihre brüderliche Gesinnung appellirten, abwechselnd auf behauptetes Recht pochend, mit Gewalt drohend und es dann wieder mit List, mit Ueberredung und Bitten versuchend, aber verfehlend, was allein vernünftig gewesen wäre: unter Wahrung der guten gesellschaftlichen und der parlamentarischen Sitte des Mittels angemessener freundlicher Vorstellungen zu gebrauchen, und wenn sie damit nicht zum Ziele kommen konnten,

offen und auf geeignetem Wege entweder den Ausschluß der Oesterreicher oder die Absonderung von ihnen zu fordern und durchzusetzen, statt unausgesetzt zu poltern, zu drohen, und es dann doch nie weiter als bis zu Anträgen zu bringen, die sie gleich darauf selbst wieder fallen ließen. In der Deutschen Zeitung hielt es deren Korrespondent vom Rhein, in einer Reihe von methodisch delirirenden Artikeln heftiger und gehässiger als Einer gegen die Oesterreicher und für deren Austreibung eifernd, der eigenen Partei vor, daß sie durch ihr Verhalten ohne Konsequenz und Energie bei so viel Erhitzung Pfuscherei mit der Nation treibe und sich hinterdreinfolgende Schande vor der Welt dazu verdiene. (Anh. XII.)

Es war durch tägliches dreistes Wiederholen derselben ob auch noch so unbegründeten Behauptungen und Anschuldigungen und bei so viel eingewurzelter und beflissen ausgebeuteter Verstimmung gegen Oesterreich und Alles was von daher kam, gelungen, auf die Oesterreichischen Abgeordneten großes Odium zu werfen und immer mehrere von ihnen selbst ähnlich zu beirren und zu stimmen, wie oben von Würth berichtet ist. Noch schwieriger, widerwärtiger und peinlicher war ihnen ihre Stellung geworden, seitdem und sofern sie sich von ihrer eigenen Regierung verlassen glaubten oder das so weit verbreitete Mißtrauen gegen deren Wollen oder das Vermögen Oesterreichs in dessen dermaliger Lage theilten. Das Verfassungsedikt vom 4. März gab den an das Programm von Kremsier geknüpften Behauptungen noch größeren Schein, welche die Erbkaiserlichen nun sofort und mit äußerster Heftigkeit erneuerten. Ueberall hörte man sie sagen und las es von Stund' an in ihren Organen: die Oesterreicher haben jetzt schlechthin kein Recht mehr zum Mitstimmen, da sich Oesterreich vom Bunde abgelöst hat; es ist — dies wurde auch in der reichsministeriellen Zeitung ausgeführt — nunmehr zu prüfen, ob der Bund sich diese Schmälerung und Verletzung gefallen lassen oder mit Protest oder That dagegen auftreten will; die Frage nach der nunmehrigen Stellung der Oesterreichischen Abgeordneten muß höchst peinlich für sie sein und ist es auch diesseits, kann aber nicht umgangen werden; ihr Verweilen erscheint als Protest gegen die Rechtsgiltigkeit der Akte ihres Kaisers vom 4. März, und die Nationalversammlung schließt sich demselben feindselig und ohne Prüfung an, wenn sie die Vertretung der abgelösten Gebiete noch ferner gestattet; ihr Mandat ist erloschen, und in welcher Absicht sie bleiben mögen, sie mißbrauchen dadurch das Gastrecht; wir werden sie mit

Schmerz scheiden sehen, schlimmer aber wäre es, eine große Intrigue beklagen zu müssen, wenn sie, in dem Bewußtsein uns nicht begleiten zu dürfen, als Irrlichter uns dienen wollten, uns auf falsche Wege zu führen; eine durch sie gebildete Majorität würde nicht anzuerkennen sein u. dgl. Wiederum Andere forderten, daß sie sich von den letzten undeutschen Akten ihrer Regierung lossagen müßten, um ferner noch berechtigt zu sein. Jedenfalls, hieß es, hätten sie sich der Stimmen zu enthalten, woneben mit verdoppelter Heftigkeit gegen Oesterreich gesprochen und geschrieben wurde, über dessen Sünden sich abermals namentlich der Korrespondent vom Rhein in schnaubenden Artikeln erging.*)

Gerade die Oesterreichischen Abgeordneten waren in der Mehrzahl am meisten bestürzt oder unmuthig über den neuesten Schritt ihrer Regierung. Der Lärm, welcher Augenblicks gegen sie erhoben wurde, wirkte gleichfalls auf sie ein. Im ersten Schrecken, vom ersten Eindruck beherrscht, traten sie zusammen, um über ihren Austritt zu berathen, welchen Mehrere, z. B. Würth und Mühlfeld mit Nachdruck forderten. Es wurde eingewendet, man habe den Erfolg von Vorstellungen und Anfragen, von weiteren Erklärungen, die Abberufung oder einen allenfallsigen Beschluß der Nationalversammlung abzuwarten; wenn es ein Unrecht genannt werde, Deutschland zu verhindern auch seinerseits abgesondert sich zu konstituiren, so habe doch diese Versammlung dazu nicht den Beruf, sondern nur den, eine Verfassung für ganz Deutschland zu berathen, woran Theil zu nehmen alle Deputirten gleiches Recht hätten; habe doch eben die Gegenpartei, die den Austritt der Oesterreicher fordere, die Souveränität der Versammlung proklamirt, bleibe sie doch dabei, unter Pro-

*) Er forderte eine Kriegserklärung, er sprach sich im Tone der Radikalen über die Auflösung des Kremsierer Reichstags aus, der dann doch im Leiter der nächstfolgenden Nummer als gänzlich unfähig bezeichnet wurde, mit dem Hinzufügen, die Oesterreichische Regierung schlage josephinische Bahnen ein, die jedoch zum Absolutismus zurückführen würden. Oder es lautete, die Industriellen in Oesterreich und im Grunde die Oesterreicher allesammt wollten gar keine Verbindung mit Deutschland, wogegen Andere sagten — am 19. wurde es sogar von der Tribüne gesagt — Deutschland habe gar kein Interesse an Oesterreich. Die Erbitterung, welche von Frankfurt gegen Oesterreich und die Oesterreichischen Abgeordneten hinausgeschrieen wurde, kehrte als Wiederhall in zahlreichen Adressen an die Nationalversammlung zurück, und Adressen dieses Inhalts druckten die erbkaiserlichen Blätter begierig ab.

test gegen die Vereinbarung und unbeirrt durch die Regierungserklärungen zu beschließen, und sei doch die Theilnahme der Oesterreicher und ihr Hinwirken auf eine gesammtdeutsche Verfassung, über welche auch die Oesterreichische Regierung noch immer vereinbaren könne, eben nach diesem, dem Mehrheitsstandpunkte nur in der Ordnung und das Pflichtmäßige für Vertreter eines Deutschen Landes. Sie beschlossen fast ausnahmlos, vorerst noch nicht auszutreten und auch nicht etwa der Stimmen sich zu enthalten, was von Einigen beantragt wurde. Andere wollten, dem „Bundesstaate" sollte von den Oesterreichischen Abgeordneten kein Hinderniß in den Weg gelegt werden, aber stimmen sollten sie gegen jeden Satz, der den Beitritt Oesterreichs auch in der Zukunft unmöglich machen würde. Ueber diesen Vorschlag und ähnliche wurde eine feste Einigung nicht erzielt. Die ganze große Mehrzahl derer, die bisher mit den Großdeutschen gestimmt, thaten dies auch ferner.

Schmerling hatte an der Versammlung seiner Landsleute keinen Antheil genommen, von denen nicht Wenige großes Mißtrauen und Unwillen gegen ihn an den Tag legten, als den mitbetheiligt Geglaubten bei der unaufrichtigen Politik des Hinhaltens, welche die Oesterreichische Regierung befolgt habe. Er hielt sich verletzt, als ihm das Verfassungsedikt vom 4. März durch die Blätter kund wurde. Entnehmend, daß er sich hinlänglich weder in dem Gedanken der Deutschen Politik, noch im Vertrauen seines Kabinets befinde, forderte er seine Entlassung, machte auch sogleich dem Reichsministerium Anzeige davon. Jedoch entschlossen bis zur Rückäußerung auf seinem Posten zu verbleiben und seine Schuldigkeiten zu erfüllen, verhehlte er auch in diesem Zeitpunkte seine Ansicht nicht. So ungereimt es klingen mag, äußerte er in den nächsten Tagen, der Welcker'sche Antrag hat Anklang gefunden, die Stimmung für ihn ist im Zunehmen, es ist sehr möglich, wenn nicht wahrscheinlich, daß er durchgesetzt wird. Sind doch Preußische Abgeordnete, die zugleich in der Preußischen Kammer sitzen, herbeigeeilt, um dafür mitzuwirken und zu stimmen. Dies gedenken auch radikale Preußen, ja selbst Baiern zu thun. Die Berliner Kammern erklären sich immer entschiedener für den s. g. engeren Bund. Welche Stellung soll der König einnehmen, wenn seine eigenen in der Mehrheit konservativen Kammern sich mit Frankfurt verbinden? Vertraute von Camphausen versichern, der König weder selbst noch irgend ein Prinz seines Hauses vermöge dem Verlangen des Landes zu widerstehen, an die Spitze

des engeren Bundes zu treten; auf den Kaisertitel verzichte man gern, aber die Sache wolle man und werde sie durchsetzen, selbst die Armee werde ihr ganzes Gewicht dafür einlegen; man setze den engeren Bund als unumgänglich voraus, man sei gewiß, daß moralischer Zwang und Bedürfniß auch die süddeutschen Staaten ihm zuführen werde; man beschäftige sich deshalb auch schon damit, den weiteren Bund in seinen Umrissen festzustellen, in welchen man mit Oesterreich zu treten gedenke. Auch jene Abgeordneten, die als Ausdruck des persönlichen Willens des Königs gelten, wie Radowitz und Bobbien, fangen an sich für den engeren Bund zu erklären, so abgeneigt der hiesigen Reichsplanmacherei sie sich bisher stets ausgesprochen haben. Gagern giebt jetzt unter vier Augen unumwunden zu, daß aus der Deutschen Sache eine Preußische geworden, wie er besorge, daß es nicht gelingen werde wie es berechnet gewesen, Preußen dadurch aufzulösen, daß man seinen König zum Deutschen Kaiser mache, allein er fügt hinzu, daß ihm und vielen seiner Freunde der Zustand der Zerrissenheit und der Kleinstaaterei so unerträglich sei, daß sie eher Preußisch werden (und das Ende Deutschlands herbeiführen), als in demselben verbleiben wollten, wodurch sie denn freilich so wenig Patriotismus und Deutschheit, als Sinn für ein großes Staatswesen bekunden. Er macht kein Geheimniß daraus, daß seine Partei ihren eigenen Weg gehe, daß er ohne wesentlichen Einfluß sei. Allein damit ist nichts für uns und viel für Preußen gewonnen. Die kleineren Fürsten haben ihre Sache aufgegeben und wie könnten sie sich gegen Preußen halten? In Hannover wäre der Regierung fast schon die Verkündigung der Grundrechte abgedrungen. Mit der Suprematie Preußens wird es kaum anders gehen. Sie wird nicht von Dauer sein, die Kaiserwürde nie ins Leben treten: allein jeder Konflikt zwischen Wien und Berlin ist tief zu beklagen, und die Konflikte werden eben so wenig fehlen als sie schon da waren. Der Reiz zur Machtvergrößerung ist zu beträchtlich, ihm dauernd zu widerstehen, und wenn man ihn auch, aus Furcht und nicht aus Ueberzeugung, bekämpft, so ist doch das gute Einvernehmen getrübt. Weder die Nationalversammlung selbst noch Preußen würden in ihren Hoffnungen, Wünschen, Maßnahmen so weit gegangen sein als es geschehen ist, wenn wir nicht die Deutsche Frage mit so großer Zurückhaltung behandelt hätten. Unser Eingehen auf den Bundesstaat im Sinne des großdeutschen Entwurfs, insbesondere auf das Volkshaus wäre wahrlich nicht zu fürchten gewesen. Der

Reichstag in Wien würde neben dem in Frankfurt, in welchem auch Oesterreicher sitzen sollen, nicht füglich bestehen können; allein er soll erst im Frühjahre 1850 zusammentreten, ein Jahr ist jetzt überreich an Veränderungen, bis zu jenem Zeitpunkte wird eine größere Sammlung der Gemüther eingetreten, manches Tagsvorurtheil verschwunden, viel Antipathie gegen uns ausgelöscht, der Deutsche Reichstag geneigt geworden sein, einzelne etwa für uns und die Verbindung mit uns nicht passende Bestimmungen der Verfassung aufzugeben. Wir haben die Deutschen Sympathieen in beträchtlichem Maß verloren, das dürfen wir uns nicht verhehlen; es wird Zeit und Entgegenkommen dazu gehören, um sie wieder zu gewinnen.

Inzwischen war eine weitere Erklärung der Oesterreichischen Regierung eingetroffen, von welcher sogleich die Rede sein wird. Enthielt sie aber Trost, so wußte doch Schmerling den Umständen nach nur geringen oder keinen daraus zu schöpfen. Vor allen Oesterreichischen Abgeordneten mußte ihm das noch fernere Ausharren schwer werden. Die Radikalen verfolgten ihn, weil sie ihn als ihren gefährlichsten Widersacher haßten. Daneben wurde er verdächtigt, die Triebfeder bei den Bemühungen um eine Koalition mit denselben zu sein. Die Preußische Partei ließ ihre ganze Bitterkeit gegen Oesterreich an ihm, als dem vornehmsten Vertreter der Oesterreichischen Kabinetspolitik, dem gefährlichsten Gegner ihrer Pläne aus. Von seiner Regierung verdiente er sich, schien es, schlechten Dank, indem er derselben nicht zu Gefallen redete. Die — jetzt freilich zu Boden fallenden — Angriffe und Gehässigkeiten gegen ihn in der Nationalversammlung, der Presse, (der Gesellschaft sogar) hörten nie auf, und seine Stellung verbot ihm, seine Vertheidigung eben da zu führen, wo er den meisten Schein wider sich hatte und wo sie ihm am leichtesten geworden wäre, wenn er nur hätte sprechen dürfen oder wollen. Erst noch in den letzten Tagen war er in der reichsministeriellen Zeitung auf das Lügenhafteste und Boshafteste — weil ihm auch hier bekannte Rücksichten Stillschweigen geboten — angefeindet. (Anh. XII.)

Die am Abend des 12. März in Frankfurt wieder eingetroffene großdeutsche Deputation berichtete sofort dem Ausschusse der Partei und sodann auch einer zahlreicheren Versammlung im Hotel Schröder. Sie hatte ihre erste Zusammenkunft mit dem ehemaligen Triestiner Abgeordneten in Frankfurt und dermaligen Oesterreichischen Minister v. Bruck gehabt. Sie war von ihm mit vieler Freundlichkeit

und aufrichtiger Theilnahme für die zu verhandelnde Sache aufgenommen. Die Unterredung mit ihm diente als Einleitung. Man suchte gegenseitig sich zu vergewissern über das, was in Frankfurt und Wien beabsichtigt werde. Die Deputation überzeugte sich sehr bald nach ihrem Eintreffen in Wien, daß ihr besonders zweierlei Schwierigkeiten entgegenstanden, eine formelle und eine materielle. Jene bestand darin, daß der Hof noch in Olmütz verweilte, und daß das dadurch nöthig werdende Hin- und Herreisen der Minister diese für die Deputation sehr unzugänglich machte. Die andere lag in der damals noch in ihrer ganzen Stärke wirkenden Besorgniß der Oesterreichischen Staatsmänner, durch eine zu entschiedene oder zu ostensible Hinneigung zu Deutschland bei den mit natürlichem Mißtrauen und künstlich gepflegter Abneigung erfüllten Slavischen Stämmen Anstoß zu geben, eine Besorgniß, die an dem gerade damals — ohne Wissen der Deputation, wie denn auch außerhalb der ministeriellen Kreise Niemand etwas davon ahnte — gereiften Entschlusse, die einheitliche Verfassung für die Oesterreichische Monarchie zu erlassen, neben vielen anderen für eine verstärkte Centralisation sprechenden Gründen, einen gewiß sehr großen Antheil hatte. Zu einem Resultat führte auch eine zweite Unterredung bei Herrn von Bruck nicht, welcher Baron Werner beiwohnte, der sich jedoch meist passiv verhielt. Die beiden hauptsächlichen Zusammenkünfte fanden bei dem Minister des Innern, Graf Stadion und beim Fürsten Schwarzenberg Statt. An der ersten, bei Graf Stadion, nahm auch Herr Bach, damals Justizminister, Theil. Die Deputirten setzten die Nothwendigkeit einer positiveren Haltung Oesterreichs in der Deutschen Verfassungsangelegenheit und die Annehmbarkeit des großdeutschen Entwurfs unter Zulassung von allenfallsigen Modifikationen mit Wärme und Lebhaftigkeit auseinander. Sie gingen davon aus, daß sich Oesterreich Frankfurt mit einem starken Schritte nähern müsse, um nachzuholen, was es versäumt habe; sie suchten einleuchtend zu machen, daß es, wenn eine Einigung zu Stande kommen solle, auf das Wesentliche der großdeutschen Verbesserungsanträge eingehen und namentlich das Volkshaus zulassen müsse, von welcher Institution die Frankfurter Versammlung schlechterdings nicht zurückgehen werde. Sie fanden jedoch bei den Ministern, die als die Haupturheber und Vertreter des Oesterreichischen Centralisationsprincips galten, entschiedenen Widerspruch. Der beiderseitige Eifer streifte bisweilen an die Grenze leidenschaftlicher Rede und Gegenrede. Ein

großes Widerstreben gab sich bei den Oesterreichischen Staatsmännern namentlich gegen die Volksvertretung kund, welche sie, so wie die Versammlung in Frankfurt und auch der großdeutsche Entwurf sie wollte, nicht anders sich vorstellen konnten, als über den Landesvertretungen stehend und als nothwendig zu deren Auflösung und Absorbirung hinführend. Hinweisung auf den nordamerikanischen Kongreß und die Schweizer Tagsatzung erschien ihnen nicht zureichend, die Auffassung der Deputation gelten zu lassen, wonach jene Gefahr bei der auf bestimmte Bundeszwecke zu beschränkenden Volksvertretung nicht zu besorgen sein würde. Sie beriefen sich auf die historisch erklärbare relativ viel größere Kraft, Selbständigkeit und Eigenthümlichkeit der, dazu von einem europäischen Staatengleichgewichtssysteme umgebenen Deutschen Staaten und des in diesen vergleichungsweis viel ausgebildetern Staatslebens, was eine richtige Parallele mit jenen Staatenbündnissen nicht zulasse. Sie erklärten, die Volksvertretung würde so viel sein, als Umwandlung Deutschlands in eine parlamentarisch zu regierende Staatseinheit; daß sie die Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens von einem allgemeinen und dreißig und einigen besonderen Volkshäusern nicht zu begreifen vermöchten; daß sie auf die Vorschläge des großdeutschen Entwurfs gern nach Möglichkeit eingehen würden, wie denn auch der Bevollmächtigte in Frankfurt bereits instruirt sei, denselben fast ganz gemäß eine Uebereinkunft über die Reichsregierung zu Stande zu bringen; daß aber das ganze professorisch-gagernsche Projekt untauglich sei; indem die Nationalversammlung dasselbe sich angeeignet, habe sie Oesterreich theils ignorirt, theils feindselig behandelt, eigentliche Unterhandlungen gar nicht angefangen, ja alles Verhandeln durch eine wegwerfende Behandlung der Oesterreichischen Erklärungen im Grunde unmöglich gemacht, wenn sie dies nicht schon dadurch gethan und noch thue, daß sie sich für souverän erklärt, das Vereinbaren verworfen und diesen unzulässigen souveränen Standpunkt behaupte; es könne nicht erwartet werden, daß sich Oesterreich nun plötzlich den Frankfurter Ideen und Beschlüssen konformire, gleichsam mit einem Sprunge hinüberkomme; wenn dieselben fest gehalten würden, so könne sich Oesterreich nicht betheiligen, werde zwar nicht Krieg erklären, sich aber seine Rechte vorbehalten, nie die großartige Sonderbündelei gut heißen, die man betreibe, und am allerwenigsten einem Preußischen Kleindeutschland die Vortheile gewähren, die es bei direkter engerer Verbindung anbiete, namentlich die Zoll- und Handelseinigung und Einwanderungs-

freiheit. Die Oesterreichischen Minister blieben insbesondere dabei, daß eine Volksvertretung die jeden Gewinn oder Vortheil überwiegende Gefahr eines Widerstreits der Gewalten herbeiführen würde. Die Deputation ihrerseits wollte es sich nicht nehmen lassen, daß die Volksvertretung sowol ungefährlich als unumgänglich sei. So wurde ein Vereinigungspunkt der Ansichten nicht gefunden.

An einem der nächsten Tage erschien das Oesterreichische Verfassungsedikt. Die Wiener Bevölkerung verhielt sich apathisch, die abendliche Illumination war eine hell-leuchtende aber lautlose. Auf die Deputirten machte jene Veröffentlichung den peinlichsten Eindruck. Das Edikt mußte bereits unter der Presse gewesen sein, als die Minister mit ihnen diskutirt hatten. Nicht zwar die Ansichten und Absichten in Betreff der Verfassungsform, welche für Oesterreich passend gehalten werde, waren ihnen verschwiegen, wol aber hatte man ihnen gegenüber ein völliges Geheimniß aus dem gemacht, was zur Ausführung bereits im Werke gewesen und was ihnen das Eingehen auf den großdeutschen Entwurf unmöglich zu machen schien. Ihnen däuchte, die Erörterung sei von Seiten der Minister nur ein Scheingefecht gewesen, ihre Mission sei gänzlich gescheitert. Sie wollten auf der Stelle abreisen. Herr von Bruck bewog sie indeß, noch einen Tag zu einer Zusammenkunft mit dem Fürsten Schwarzenberg zu verweilen. Dieser stand ihnen in der durch Bruck vermittelten Konferenz allein gegenüber. Heckscher führte vornämlich das Wort. Die Diskussion war eine sehr ausführliche. Man kam abermals auf die Volksvertretung. Nun wurde ein Mißverständniß aufgeklärt. Der Fürst sprach sich dahin aus, daß ein Volkshaus, wie man es in Frankfurt denke und wolle, unzuläßig sei, weil nicht eine Vertretung unter der andern mit dem Anspruch auf gesetzgebende Gewalt stehen könne; wenn solches stattfände, so müßten entweder die Landesvertretungen zur Nullität sinken, oder es würden, wenn die Auffassung im Centrum eine andere sei als in den einzelnen Ländern, Konflikte unvermeidlich sein, welche die Centralgewalt lähmten. Um diese Konflikte zu vermeiden sei es nothwendig, daß das Parlament aus den Ständen hervorgehe — mit Einem Worte, damit sich nicht die Kammern der Einzelstaaten und der Reichstag im Wege ständen, sei ein aus Delegirten der Kammern zu bildendes Staatenhaus zu errichten, diejenige Form, in welcher die Volksvertretung zuzugestehen, in welcher sie aber auch allein statthaft sei. Der Fürst ließ es auch an noch weiteren Andeutungen darüber nicht fehlen, wie er die künftige

Verfassung Deutschlands und die Theilnahme Oesterreichs daran für ausführbar und wünschenswerth halte. Er sagte der Deputation ungefähr das, was in seiner Erklärung vom 9. März (S. unten) ausführlich zu lesen ist. Er äußerte: „Ich gehe auf die Kreiseintheilung ein; jeder der sieben Kreise soll Generalstände erhalten und von ihnen das gemeinschaftliche Staatenhaus zusammengesetzt werden." Doch war das Alles der Deputation zu unbestimmt und ungenügend, wenn sie sich auch weniger unbefriedigt zu fühlen anfing. Noch immer standen die Anschauungen zu weit auseinander. Der Fürst hielt die Deputirten zu befangen im Frankfurter Ideenkreise oder in dem Gedanken, es sei Deutsches und Oesterreichisches Bedürfniß, daß sich Oesterreich soweit dem Deutschen Parlament akkommodire. Die Deputirten ihrerseits erhielten den Eindruck, der Oesterreichische meist in auswärtigen Missionen gewesene Staatsmann kenne und würdige die Deutschen Zustände und Ansprüche zu wenig und lasse sich viel zu sehr von der irrigen Ansicht beherrschen, wonach er von der kindischen zweck- und zügellosen Wiener Empörung auf eine gleiche Haltlosigkeit der Deutschen Bewegung schließe. Sie bemühten sich angelegentlich ihn zu überzeugen, daß die letztere bewußte Zwecke mit ganz anderen Mitteln verfolge, auch die höheren und besitzenden Stände ergriffen habe, und daß Oesterreich, wenn es noch länger säume, eine den gerechten Wünschen und den wahren Bedürfnissen des Deutschen Volkes entsprechende Politik zu befolgen, Deutschland in die Arme Preußens treibe und den Besitz seiner eigenen Deutschen Länder für die Zukunft gefährde. Doch zu stark standen bei dem Fürsten entgegen Antipathie gegen die Deutschen Revolutionärs und Doktrinärs, und geringe Meinung von ihnen wegen ihrer Unreife und Unerfahrenheit, der Schlechtigkeit und Böswilligkeit eines Theils, der Energielosigkeit eines anderen Theils von ihnen; Scheu vor ihrer Propaganda in Oesterreich; die Meinung, daß wider die Revolution am meisten Entschlossenheit und Waffen zu gebrauchen seien, daß man nach den neuesten Erfolgen des Fürsten Windisch-Grätz vom Ungrischen Aufstande nur noch wenig zu besorgen habe.

Die Deputation hielt wenigstens Augenblicks auch nach dieser Unterredung ihre Mission für so gut als gänzlich verfehlt. Ihre Mitglieder waren wol aufgenommen, sie hatten aber nichts erreicht für ihren Zweck, wie sie glaubten. Die Persönlichkeit der leitenden Oesterreichischen Staatsmänner hatte dagegen den besten Eindruck auf sie gemacht. Das war namentlich der Fall gewesen hinsichts der

Offenheit, Klarheit und Entschiedenheit des Fürsten, dessen Formen sie ausgesucht fein und einnehmend gefunden, in welchem sie den wahrhaften Staatsmann anzuerkennen nicht verfehlt. Beim Hinaustreten trafen sie noch einmal mit den Ministern Stadion und Bach zusammen, die soeben zum Ministerkonseil erschienen. Der Minister Bach richtete an Heckscher die Frage, wie er und seine Mitabgeordneten in Wien zufrieden seien? Heckscher entgegnete: „Man hat uns zu gut behandelt und Deutschland zu schlecht.“ Der Fürst empfahl ihnen noch, auf ihrer Rückreise dem Kaiser in Olmütz aufzuwarten. Sie lehnten es ab, um übler Nachrede vorzubeugen.*)

Der erste Eindruck ihrer Berichterstattung war ungefähr derselbe bei der Mehrheit der Versammelten, wie der des Berichteten bei ihnen selbst gewesen war. Die vorherrschende Meinung gestaltete sich dahin: man hat Oesterreichs neuestes, aber noch nicht sein letztes Wort vernommen; zunächst sind seine angekündigten weiteren Erklärungen abzuwarten; die Hoffnung, daß es in den Bundesstaat, zulässige Modifikationen des Projektes vorausgesetzt, eintreten werde, ist zur Zeit noch nicht aufzugeben; sein Eintritt ist um so thunlicher, je mehr es dem Föderalprincipe in seiner Verfassung sich wieder nähert, und es wird müssen; bei den großdeutschen Verbesserungsanträgen ist im Wesentlichen um so mehr zu verharren, da die Verfassung durch deren Annahme nicht blos für Oesterreich, sondern für alle Staaten paßlicher und annehmbarer, überhaupt ausführbarer wird; über die Frage der Reichsregierung kann erst entschieden werden, wenn die Verfassung zum zweiten Male durchberathen ist und dann sich zeigt,

*) Es fehlte nach der Rückkehr der Deputation nicht an zahlreichen falschen Ausstreuungen. Oesterreich sollte z. B., indem es mit seiner Gesammtheit eintreten wolle, den Anspruch erheben, nach seiner Bevölkerung mit 38 gegen 31 vertreten zu werden, was dann bei den Verhandlungen über den Welcker'schen Antrag stark benutzt wurde. In Wien war von dergleichen gar nicht die Rede gewesen. Oesterreich sprach sich über den Punkt erst viel später durch die Münchener Uebereinkunft aus, nach welcher es zum Gesammtreichstage 100 gegen 200 Deutsche Repräsentanten schicken wollte. In der D. Z. war behauptet, Hermann habe in den Briefen, welche er über die Sendung geschrieben, nicht Worte genug finden können, die Geringschätzung zu schildern, mit welcher die Deputation behandelt worden sei u. s. f. Hermann erklärte öffentlich die ganze Erzählung für eine Lüge; er habe nur einen einzigen Brief geschrieben, und in diesem die offene Weise anerkannt, in welcher die Oesterreichischen Minister der Deputation ihre Ansichten dargelegt; der Empfang sei in jeder Beziehung zuvorkommend und würdig gewesen. (Allg. Zeitung von 1849, Nr. 79.)

ob Oesterreich Theil nehmen will oder nicht; man kennt die in Bausch und Bogen anzunehmende Verfassung noch nicht, sie erscheint — so wie sie nach aller Wahrscheinlichkeit aus der Revision des Ausschusses hervorgehen wird — nicht tüchtig, nicht lebensfähig, nicht geeignet von den Regierungen angenommen zu werden; selbst Preußen wird sich schwerlich auf die Annahme der Oberhauptswürde und dieser Verfassung einlassen; durch ihre En-bloc-Annahme würde Oesterreich das letzte Wort vor der Zeit abgeschnitten werden; Oesterreich zeigt sich in einer Haltung, die sehr unwahrscheinlich macht, daß es den Bundesstaat mit Preußen an der Spitze zulassen, und wenn dies, daß es die Voraussetzung erfüllen würde, mit Deutschland in einen weiteren und doch engen Bund zu treten, während sich Preußen nicht in der Haltung zeigt, den Bundesstaat gegen Oesterreichs gewaffneten Widerspruch aufzurichten oder auch nur bei Oesterreichs Passivität in Stand und Wesen zu bringen und sodann wohl zu regieren: aus diesen Gründen ist auf den Welcker'schen Antrag nicht, am Wenigsten ohne Weiteres einzugehen. Ein Theil der Versammelten wollte um jeden Preis, auch um den des Ausscheidens von Oesterreich die straffere Staatseinheit durchgesetzt wissen. Andere — die Mehrheit der Oesterreicher zumal — gaben dem Zusammenbleiben der Deutschen Staaten auch in einer loseren Verbindung, wie sie jetzt nur noch möglich erschien, oder (was jedoch nur die Meinung einer geringeren Anzahl war) auf Grundlage der Ideen vom Eintritt Gesammtösterreichs und von der Kreiseintheilung den Vorzug. „Diese Ideen werden sich Bahn brechen; sie waren und sind die richtigen." „Lieber die Deutsche Einheit, d. h. die mit Oesterreich, wie sie allein möglich und zu haben, als gar keine, als unabsehbare Verwirrung und Zerrüttung, die einzige und gewisse Aussicht, welche die weitere Verfolgung des nun ganz bodenlos gewordenen Gagern'schen Programms darbietet." Der specifisch-frankfurtische Ideenkreis blieb bei einem Theile der darin Befangenen noch unerschüttert, bei den Anderen begann er erschüttert zu werden.

Die Zusage einer weiteren Erklärung des Oesterreichischen Gouvernements war inzwischen schon in Erfüllung gegangen. Am 12. März, spät Abends, hatte Schmerling durch Kourier ein vom 9. datirtes Reskript seiner Regierung erhalten, worin ihm das Verfassungsedikt mitgetheilt wurde und Fürst Schwarzenberg zugleich über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland sich aussprach. Er übersendete es am 13. dem Reichsministerium zur Mittheilung an

die Nationalversammlung. Am 15. verkündigte der Vorsitzende, daß es mitgetheilt sei und daß er es an den Verfassungsausschuß habe gelangen lassen. Wie es von Gagern zwei Tage später abgefertigt wurde, wird unten berichtet werden. Es war darin ausgesprochen, daß Oesterreich die in Frankfurt beliebte Centralisation nicht billigen, nicht genehm halten könne, daß es jedoch mit Deutschland vereint bleiben, die mögliche und nützliche Einheit, ein großes starkes Deutschland an Kraft und Ehren reich aufrichtig wolle, doch mit Achtung der Rechte Aller, mit Berücksichtigung der staatlichen und materiellen Interessen, mit Institutionen, welche die Ordnung nicht untergrüben, sondern gewährleisteten; es werde insbesondere zur Errichtung eines aus mittelbarer Wahl hervorgehenden Volkshauses die Hand bieten, jeder Vorschlag auf diesen Grundlagen werde der Oesterreichischen Regierung genehm sein, sie rechne auf die wahrhaft Deutsche Gesinnung Derer, die den ihrigen beurtheilten.

Er wurde jedoch sehr wenig gewürdigt, wenn es auch an jener Gesinnung nicht fehlte. Fast nur in der Minderheit, die seit dem Entstehen der Partei eine blos zugewendete Stellung eingenommen, wurde gesagt: die Oesterreichischen Verfassungsideen liegen jetzt in vorläufig genügender Bestimmtheit vor; die Aufstellung der Nationalversammlung (und auch die des großdeutschen Ausschusses) wird zum Theil verlassen, zum Theil beträchtlich geändert werden müssen, Falls man auf jene Ideen einzugehen sich entschließt; allein sie beruht wesentlich auf irrigen Voraussetzungen, während die Oesterreichische Regierung das Richtigere getroffen hat; das einheitliche Oberhaupt, das aus unmittelbarer Wahl hervorgehende Volkshaus und viel Anderes ist in der That entweder unersprießlich oder nicht lebenskräftig oder unmöglich, wenn die Verbindung mit Oesterreich aufrecht erhalten werden soll, ja selbst, wenn man darauf verzichten wollte; der Eintritt von Gesammtösterreich ist eine nothwendige Folge des Oesterreichischen Grundgesetzes; er muß die Konstituirung Deutschlands erschweren, aber man wird mit ihr auch nicht fertig, wenn man ihn, d. h. die Verbindung mit Oesterreich abweist; er bietet auch große Vortheile, macht einem schwierigen Zwitterverhältniß eine Ende, ist geeignet, das große Deutsche Reich zu bringen, das man doch gerade auf der anderen Seite — indem man Elsaß und alles von Deutschland Gekommene zurückverlangte — am lautesten gefordert hat und jetzt nicht abweisen sollte, weil das viele Entfremdete, das geboten wird und zu haben ist, östlich und nicht westlich liegt; man sollte

rasch auf die Oesterreichischen Ideen eingehen, um wenigstens irgend eine Gestaltung für Deutschland zu gewinnen und zu vermeiden, was hinter ihrer Abweisung liegt: im wahrscheinlichen Falle endlose Verwirrung, im glücklichsten Spaltung. Allein dieser Beurtheilung war entgegen den vorherrschenden Meinungen und im betäubenden Lärme kein Gehör zu verschaffen. Auch unter den Großdeutschen ging die Ansicht fast aller Abgeordneten aus dem Norden und sehr vieler Oesterreicher dahin, daß man sich auf die Schwarzenbergischen Vorschläge nicht einlassen könne. Die Einen waren mit denselben nicht einverstanden, Andere hielten dafür, daß sie zu unpopulär wären, um durchgebracht werden zu können, oder neigten zu den Zweifeln der kleindeutschen Partei, daß sie nicht aufrichtig gemeint, sondern nur bestimmt sein möchten, die Sachen hinzuhalten um Zeit zu gewinnen. Schmerling mußte die Erfahrung machen, daß auch die Bevollmächtigten der Mittelstaaten sich nicht einlassen wollten; sie sagten, die Basis des Bundesstaats könne schon deshalb, weil sich alle Regierungen dafür erklärt, kaum wieder aufgegeben werden. Er fand fast nirgend Zustimmung, weshalb er nach Wien wiederholte, es würde räthlicher sein, das Volkshaus aus unmittelbaren Wahlen zuzugestehen und die sowol Preußen anstößige als die Kleinstaaten schreckende Kreiseintheilung und den Gesammteintritt Oesterreichs, worin Preußen nicht einwilligen werde, der Zukunft zu überlassen. Camphausen äußerte, er sei bereits mit der Zustimmung des Berliner Kabinets zum Direktorialvorschlage versehen gewesen, zeigte sich nun aber durch die Note vom 9. umgestimmt. Sowol im großdeutschen als im erbkaiserlichen Lager hielt man dafür, daß durch die neuesten Schritte und Kundgebungen des Oesterreichischen Kabinets der Bundesstaat mit dem Preußischen Erbkaiser wieder größere Aussicht gewonnen habe. Die Preußische Partei fiel sofort mit größter Heftigkeit und Gehässigkeit über die Erklärung vom 9. März her und benutzte sie zu erneuter antiösterreichischer, zu beginnender Agitation für den Welcker'schen Antrag. *)

---

*) Am 13. hatte Mathy in einem Artikel des reichsministeriellen Organs voll der verletzendsten Bitterkeit arge Verdächtigungen ausgesprochen. Er fand es am 14. gegenüber den gereizten Oesterreichischen Officieren für gerathen, zu erklären, nicht das Oesterreichische Volk oder Heer sei gemeint, dessen Ehrenhaftigkeit und Tüchtigkeit nicht angezweifelt worden sei; es habe der Politik des Kabinets gegolten. Er fand in dem Reskript vom 9. März nur einen neuen Stützpunkt für die Mißbilligung jener Politik und eine Bewährung

Die geringe Würdigung der Oesterreichischen Erklärung auch auf der großdeutschen Seite hatte einen vornehmsten Grund darin, daß der Welcker'sche Antrag alle Aufmerksamkeit absorbirte. Es galt, das Nächste bedenken. Was sollte, was konnte geschehen? Oesterreicher bildeten einen so beträchtlichen Theil der Partei, daß schon durch ihr Schwanken ein solches in die letztere hätte hineinkommen müssen, die, durch die Kunde vom Oesterreichischen Verfassungsedikt erschüttert, dies noch mehr wurde durch jenen Antrag, der doch für manche norddeutsche Mitglieder Lockendes hatte, oder dessen Annahme ihnen, nachdem er einmal gestellt war, als das letzte Mittel erschien, zu einem wenigstens leidlichen Abschlusse zu gelangen. Wol drang sich mit verdoppelter Wucht auf, daß Deutschland Oesterreich nicht fahren lassen könne. Aber das nichtösterreichische Deutschland mußte doch in Ordnung gebracht werden. Das empfanden die nichtösterreichischen Großdeutschen natürlich lebhafter als die Oesterreichischen. Sie blieben dabei, daß Deutschland ohne Oesterreich nur schwer konstituirt werden könne, sie konnten kein Vertrauen zu einer Preußischen Oberleitung fassen. Dennoch waren Manche von ihnen zur Vereinigung mit den Centren geneigt, hätten diese auf diejenigen Theile ihres Plans verzichten mögen, wodurch derselbe nach der großdeutschen Ansicht überwiegend schädlich und unausführbar wurde und Oesterreich für immer ausschloß — also namentlich auf den Preußischen Erbkaiser. Man konnte nun auch mit keinerlei Sicherheit mehr auf die Unterstützung Oesterreichs rechnen, gerieth in eine ähnliche Lage wie die Preußische Partei, wenn man den großdeutschen Entwurf entgegen der vor-

der Ansicht, daß Oesterreich die Errichtung eines Deutschen Bundesstaats nicht zugeben wolle. Andere Artikel der O.-P.-A.-Zeitung enthielten gemeßnere, doch die Oesterreichischen Vorschläge gleichfalls abweisende Kritik. Die D. Z. zürnte, daß der „schmachvolle Siebenmännerentwurf" nicht zurückgenommen sei und daß Oesterreich weiter das Volkshaus rauben und das Deutsche Volk auf die vormärzliche Vertretung zurückwerfen wolle. Sie fand in der Note den vollen Beweis, daß nur entweder das Gagern'sche Programm oder der alte Bund möglich sei. Man stellte fast allgemein so dar, als wolle Oesterreich überhaupt keine Volksvertretung, oder konstruirte aus unbegründeten Voraussetzungen die Anklage, Oesterreich gehe darauf hinaus, wenn es eine Vertretung zulassen sollte, durch Ueberzahl seiner Abgeordneten die übrigen Stämme und Staaten mit seinem alleinigen Willen völlig zu beherrschen. Besonders hervorgehoben wurde, daß mit der Ausführung der Oesterreichischen Ideen Preußen zu einem Staate zweiten Ranges, auf die Linie der gestärkten kleineren Königreiche herabgedrückt und aller Aussicht auf seine „Stärkung" beraubt werden würde.

liegenden Erklärung der Oesterreichischen Regierung durchzusetzen suchte. Allein die darin enthaltenen Vorschläge waren in Frankfurt sichtlich hoffnungslos. Hätte man auf sie gründen wollen, so würde das neue Programm die Partei gesprengt haben und die Partei, die auf seiner Basis hätte gebildet werden mögen, würde nur eine wenig zahlreiche, obenein mit völlig landsmannschaftlichem Aussehen, ihre ganz überwiegende Majorität würde eine Oesterreichische und dies Alles würde wieder nicht mehr und nicht weniger gewesen sein, als Erfolg des Welcker'schen Antrags, gegen welchen indeß Alle viel, Viele Alles einzuwenden hatten. Er kam seinen entschiedenen Gegnern durch seinen Inhalt, seine Spitze zu Hülfe, indem er der Sache die Wendung gab, daß es bei ihm eben um die Trennungspunkte, in erster Linie um den Preußischen Kaiser sich handelte. Auch deshalb konnte keinenfalls eine große Mehrheit für ihn erwartet werden, und dies machte wieder seine Genehmigung noch bedenklicher, während doch, wenn er abgeworfen wurde, das Ansehen, die so leichtsinnig auf einen einzigen Wurf gesetzte Autorität der Nationalversammlung gewahrt und die Möglichkeit blieb, eine mit dem großdeutschen Entwurfe harmonirende Verfassung zu beschließen, über welche sich mit sämmtlichen Regierungen, auch mit Oesterreich reden, und die jedenfalls eine enge Union des letztern, seinen späteren Hinzutritt offen ließ. Zweierlei, und das mit einander in Wechselwirkung stand, erschien den eifrigsten Großdeutschen, den entschlossensten Abgönnern des Welcker'schen Antrags das Nächstnöthige zu sein: Wiederbefestigung der Partei und Aufbietung aller Mittel, die Verwerfung des Antrags herbeizuführen. *)

---

*) Detmold sprach in einem Frankfurter Briefe aus, wie die Sache von jenen Abgönnern angesehen wurde: Geht der Welcker'sche Antrag durch, so ist das Eine oder Andere unvermeidlich, entweder grenzenlose Verwirrung aller Verhältnisse in Deutschland, ja Bürgerkrieg — oder vollständiger Untergang alles Ansehens der Nationalversammlung. Der letztere Verlust, der des Ansehens der Nationalversammlung, würde zwar der leichtere sein, aber für Deutschland doch schlimm und schwer genug wiegen. Und eine andere Folge wird doch schwerlich die Annahme des Welcker'schen Antrages haben. Denn darüber täuscht sich schwerlich Jemand: der König von Preußen wird die ihm in solcher Weise etwa angebotene Kaiserkrone ausschlagen. Nun werden zwar die Berliner Kammern alles Mögliche versuchen, ihn zur Annahme derselben zu vermögen, die Rechte wird fordern, daß die angebliche Mission Preußens erfüllt werde. Die Linke wird ihr dabei helfen, weil sie darin das sicherste Mittel sieht, die Monarchie zu

Jene Eifrigsten unter den Großdeutschen boten Alles auf, dem Schwanken der Ansichten ein Ende zu machen, die zerfahrende Partei wieder zu konsolidiren. Dabei war auch Schmerling thätig, doch nur mittelbar. Die Oesterreichischen Parteiführer handelten nach Verabredung mit ihm. Während die Preußische Partei Listen anlegte und

---

ruiniren. Wird man aber die Sache so weit treiben, daß man den König zur Abdikation zwingt? Wird die Armee das zugeben? Wird der Prinz von Preußen einen Thron besteigen, von dem man seinen Bruder hinabgestoßen? Vom Prinzen von Preußen hört man das hier wol von Seiten einiger Erbkaiserlichen bezweifeln, und beklagt, daß man nicht statt des Königs oder statt des Prinzen von Preußen sofort auf den Prinzen Karl von Preußen greifen könne. Wenn nun aber auch der König oder der Prinz von Preußen freiwillig oder gezwungen die Kaiserkrone annehmen — was wird die weitere Folge sein? Der König von Baiern wird in dieser Angelegenheit doch wahrscheinlich, obendrein gestützt auf Oesterreich, Entschiedenheit genug besitzen, sich dem Preußischen Erbkaiserthum zu widersetzen: daß er in dieser Beziehung auf die Zustimmung seiner Stände rechnen könne, ist im Voraus bekannt. Auch das Land wird sicher zu ihm halten, Altbaiern gewiß, Franken, Schwaben, Anspach dagegen sollen nach der Behauptung der Erbkaiserlichen so voll Preußischer Sympathien sein, daß diese der Wittelsbacher Dynastie abfallen würden, und daß der König daher, zumal Oesterreich nicht in der Lage ein Armeekorps zur Unterstützung des Königs von Baiern disponibel zu machen, nothgedrungen, um nicht jene Provinzen zu verlieren, sich werde fügen müssen. Allein, abgesehen von der Moralität dieser Rechnung, in welcher der Bürgerkrieg unter den Aktivis figurirt, ist auch die Rechnung selbst nicht richtig, denn wenn auch in Nürnberg und Erlangen demokratische, Preußische und protestantische Sympathien sich für den Erbkaiser erklären würden, so ist doch in Würzburg, Aschaffenburg u. s. w. namentlich aber in der ganzen ländlichen Bevölkerung die Stimmung ganz entschieden gegen denselben. Baiern würde also die Anerkennung des Erbkaisers weigern. In Würtemberg will man sich zwar dem Beschlusse der Nationalversammlung fügen, ist aber ganz entschieden gegen einen Preußischen Erbkaiser, wie das viele hunderte von Petitionen aus Würtemberg ganz entschieden erklären: man wird dort wol eine Form finden, um die Renitenz gegen den Erbkaiser mit der Unterwerfung unter die Frankfurter Beschlüsse in Einklang zu bringen. Auf Oesterreich und Baiern gestützt wird also auch Würtemberg die Anerkennung des Preußischen Erbkaisers weigern. Wenn dann auch die übrigen kleinen Fürsten, die bereits im Voraus ihre Unterwerfung dargebracht haben und daneben die beiden Königreiche, Hannover durch seine geographische Lage, Sachsen durch seine Verkehrsverhältnisse genöthigt, sich dem Preußischen Erbkaiserthum unterwerfen, so hat man im glücklichsten Falle (d. h. wenn es ohne Bürgerkrieg und ohne nachdrückliche, nachdrücklich unterstützte Einsprache von Oesterreich abgeht) einen Preußischen Erbkaiser über Deutschland, Deutschland ohne Oesterreich, ohne Baiern, ohne Würtemberg!

auflegte, um Namensunterschriften und sonst auf jede Weise warb, hielten die Großdeutschen Versammlungen im Hotel Schröder, in welchen jedoch nur Meinungen, Rathschläge, Pläne erörtert wurden. Traf man Verabredungen, so wurden doch keinerlei Verpflichtungen gefordert. Namenlisten aufzustellen, Listen zur Unterschrift auszulegen wurde auch jetzt nicht versucht. Zunächst konnte man sich nur einigen, beim Welcker'schen Antrag die Tagesordnung durchzusetzen und gegen den Erbkaiser zu stimmen. In einer größeren Versammlung sollte ein genauer Operationsplan vorgelegt, berathen und festgestellt werden. Sie fand auf Erlaß einer allgemeinen Einladung am Vorabend der Debatten über den Welcker'schen Antrag, am 17. in der Mainlust statt, und vereinigte sich zur Wahl eines Ausschusses, -- Heckscher, Reichensperger, Edel, Wuttke — welcher beauftragt wurde, einen Schritt gegen den Welcker'schen Antrag, einen Protest auf den Fall seiner Annahme vorzubereiten.

Eine Frucht der großdeutschen Parteibestrebungen bestand in der Gründung einer lithographirten Korrespondenz, wobei namentlich Wuttke thätig war. Die erste Nummer derselben erschien am 20. März, den Anschauungen und Grundsätzen der Partei Ausdruck gebend und wenn nicht ohne Heftigkeit, doch auch nicht ohne helleren durch die „künstlichen Nebel der Paulskirche" hindurchschauenden Blick gegen dessen selbst von ihm benommene Urheber polemisirend.*)

*) Die großd. Korrespondenz ist vollständig im Leipziger Tageblatt abgedruckt. Auch die Linke hatte in diesen Tagen eine eigene lithographirte Korrespondenz gegründet, über deren Fortgang ich jedoch keine Auskunft zu geben vermag. Die erste Nummer brachte eine Rechtfertigung gegen den Vorwurf charakterloser Verbindung mit anderen Parteien, hielt scharfes Gericht über die Preußische Partei und verdarb alle etwa entstandene Geneigtheit die zweite Nummer zu lesen oder irgend etwas Förderliches von den Regionen ihres Ursprungs zu erwarten, indem sie zeigte, daß die letzteren gleichfalls nach wie vor von undurchdringlichem Paulskirchennebel, und natürlich dem besondern, erfüllt waren, der vom Anbegin auf der linken Seite gelagert. Die Linke hatte keinen Verfassungsentwurf, der parlamentarisch, der ohne Revolutionirung draußen hätte durchgebracht werden können, und wenn letzteres gelungen wäre, so fehlte ihr augenscheinlich die dann weiter erforderliche Regierungsfähigkeit. Sie hatte sichtlich auch in dieser Zeit nicht das mindeste gelernt. (Anh. XII.)

Der Welcker'sche Antrag im Weidenbusch, im Verfassungs-ausschuß (der Handel um den Erbkaiser und das Wahl-gesetz). — Gagern's Beantwortung der Raumer'schen Interpellation.

Alle Parteien riefen durch Eilbriefe ihre abwesenden Genossen herbei. Man konnte aus Preußen eher da sein als aus Oesterreich. Bis zum 15. trafen aus Berlin H. Simon, Rappard, Temme, Saucken, Martens u. A. ein. Die Erbkaiserpartei blieb bei ihrem ersten Gedanken, auf den Welcker'schen Antrag einzugehen. Kurzen Ueberlegungen folgte der Beschluß, ihre ganze Kraft und alle Hebel in und außerhalb der Nationalversammlung anzusetzen. Sie setzte in der That Alles was sie hatte auf die eine Karte.

In einer großen Weidenbuschversammlung, am Abend des 12. März,*) ging die Meinung dahin, daß man vor Allem Zeit zu gewinnen suchen müsse. Man debattirte über eine in Vorschlag zu bringende, wenn auch nur achtundvierzigstündige Vertagung der Sitzungen. Das sollte, da man doch sehr zweifelhaft war, als Fühler dienen. Sorgfältig wurde erörtert, ob es möglich sein werde eine Mehrheit für den Antrag Welcker's zu gewinnen, ob es gerathen, durch Koncessionen der Linken sich zu versichern? Die letztere Frage wurde von den Eifrigen, die sofort einen Handel mit der Linken in

---

*) In welcher „mit einem seiner Satelliten" auch Radowitz erschien, dessen „Stellung zur Bundesstaatsfrage nie klar geworden", und der es „bisher vermieden das Weidenbuschprogramm zu unterzeichnen". Seine Anwesenheit wurde als ein günstiges Zeichen gedeutet. Man hoffte von seinem Einfluß, daß er noch manchen Andern aus dem Lager der Ultramontanen herbeiziehen werde. (Haym II, 322.)

Aussicht genommen, aufs Tapet gebracht, um den Weidenbusch zu sondiren. Sie veranlaßte sehr lebhafte Kämpfe, namentlich zwischen Zell und Riesser, die den Handel empfahlen, und Soiron und Bassermann, die — für jetzt noch — sich selber treu blieben. Der Linken sollte eben mit dem so heftig bestrittenen allgemeinen Wahlrecht ein Angebot gemacht werden. Doch trug an diesem Abende die Meinung derjenigen, welche dafür hielten, daß das Wahlgesetz nicht, weinigstens nicht „ohne Weiteres" preiszugeben sei, den Sieg davon. Haym nennt das eine „etwas schroffe, ja bei der Größe der Situation vielleicht pedantische Ansicht", die aber dem „Ernst und der Konsequenz" der rechten Seite des Hauses „alle Ehre" gemacht, aber freilich die Frage übrig gelassen habe, ob sie politisch und zum Ziele führend?*)

---

*) Ein aus dem Würtemberger Hofe herübergetretenes Mitglied empfahl den Versuch einer Transaktion. Die Hingabe des Wahlgesetzes fand an Riesser einen lebhaften Vertheidiger. Selbst Haym nennt seine (unsäglich sophistischen) Gründe zur Rechtfertigung der Inkonsequenz und des Handels unstichhaltig und seine Unterscheidung zwischen moralischer und unmoralischer Koalition scharfsinnig, doch „nicht ohne Sophistik". Soiron und Bassermann setzten beredt auseinander, daß man durch das vorgeschlagene Transigiren einen großen Fehler begehen, sich das Spiel verderben und die klügere Linke zum Gewinner machen würde. Anderen jedoch erschien das „schroffe Auftreten in dieser Stunde und an diesem Ort" als ein politischer Fehler. Die Zusammensetzung der Weidenbuschpartei beruhete schon selbst auf Transaktion, indem man, natürlich nicht ohne „Opfer", Mitglieder der Linken aufgenommen, und diese mußte man festzuhalten und noch mehre zu gewinnen suchen, wenn man einmal das Vaterland auf dem eingeschlagenen Wege um jeden Preis retten zu müssen glaubte. Bassermann hatte eine Uneinigkeit drohende Empfindlichkeit geweckt, Zell ergriff hastig das Wort und klagte, daß hier die Gleichberechtigung der verschiedenen Fraktionen beanstandet werde, die alte Majorität der Paulskirche wieder herrschen wolle; stets sollten die von der Linken Bedenken aufgeben, was aber von beiden Seiten geschehen müsse, und das wären die nothwendigen Konzessionen, ohne die man zu keinem Beschluß und zu keiner Mehrheit gelangen werde. Die Mitglieder von der Rechten beeilten sich den entstehenden Riß zu heilen, und suchten die von der Linken zu beschwichtigen, blieben jedoch, eingedenk ihrer Präcedentien und alten Ueberzeugungen so wie der Lage den Regierungen gegenüber, bei ihrer Meinung. Es erschien ihnen als ganz unverständig, ja als geradezu tollkühn, da sie doch nie daran gedacht, das Deutsche Einheits- und Verfassungswerk ohne die Regierungen auf dem Boden und durch die alleinige Hülfe der antigouvernementalen Demokratie aufzuführen, jetzt, in der letzten Stunde, nachdem die Regierungen sich wieder gestärkt und konsolidirt hatten, der Demokratie

Demnächst warfen sich die Faiseurs auf den Verfassungsausschuß. In ihm hatte von Anfang das Koulissenspiel der Nationalversammlung gespielt; wenn aber früher einzelne Mitglieder durch persönlichen Einfluß ihn zu lenken gesucht nach mehr oder minder verhehlten Gedanken und Plänen, so machten sie jetzt ihn zur Bühne und trieben ein Spiel hinter seinen Koulissen, indem sie neben den Berathungen in seiner Mitte geheime Verhandlungen mit der Linken hergehen ließen. Sie hatten Notabilitäten der letztern, die als Zwischenträger dienen konnten, zur Hand. Der Ausschuß wurde in zwei Sitzungen, am 12. und 13. März, mit seiner ganzen Arbeit fertig. Geschickt wurde in der zweiten die Abwesenheit Mehrerer, wie Römer, Somaruga, Mühlfeld, benutzt, und in Sturmeseile ein Beschluß zu Stande gebracht, dahin lautend, den Welcker'schen Antrag (14 gegen 6 Stimmen) und zugleich (9 gegen 8 Stimmen) mit der Reichsverfassung auch das Wahlgesetz nebst einer Permanenzerklärung zur En-bloc-Annahme zu empfehlen, und zwar das Wahlgesetz in der Fassung wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen, nur mit der Abänderung, daß statt der geheimen die öffentliche Stimmgebung darin aufgenommen werde. Am 15. wurde der von Riesser verfaßte Ausschußbericht angezeigt, gleich darauf auch schon in der Nationalversammlung vertheilt und heißhungrig gelesen, was denn die geringe Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen noch mehr verringerte, da Aller Gedanken „auf den Schlußakt des ganzen Dramas gerichtet waren, wo der Schleier von dem Bilde des Kaisers fallen sollte." *) Das Wahlgesetz wurde mit einer die Erbkaiserpartei, ja nahezu die ganze Nationalversammlung der Linken in die Hand gebenden Voreiligkeit ohne Gleichen hinzugefügt, um die republikanischen Stimmen für den Welcker'schen Antrag, d. h. für den Erbkaiser zu gewinnen. Während man erbkaiserlicher Seits noch zur Stunde über und wider die bestehende oder bevorstehende

---

sich in die Arme zu werfen, die mögliche Zustimmung der Regierungen außer Acht zu lassen. Noch zum Schluß wurde daran erinnert, daß mit dem unbeschränkten Wahlrecht eine Koncession gemacht werden würde, die das Bestehen der gesammten übrigen Verfassung und die Annahme derselben durch die Regierungen in Frage stelle. (Haym II, 327.)

*) Ausdruck der D. Z. Zu dem Mehrheitsantrage waren verschiedene Minderheitserachten eingebracht. Das wichtigste war das lakonische, von Schüler, Schreiner, Wigard, Römer, Detmold und Lassaulx unterschriebene: die Nationalversammlung wolle über den Welcker'schen Antrag zur Tagesordnung übergehen.

schmählige Koalition der Oesterreicher oder der Großdeutschen und der Linken und zwar um den Preis des Wahlgesetzes tugendhaft eiferte, und nachdem man Jenen schon das zum schweren Vorwurfe gemacht, daß sie der Linken die Priorität der Wahlgesetz**berathung** hingegeben oder hingeben wollen, setzte man den eigenen Bemühungen um die Linke die Krone auf, indem man offen und ungescheut den Radikalen das radikalste aller Wahlgesetze **selbst** für den Erbkaiser **anbot**. Es wurde von den Erbkaiserlichen des Ausschusses als Köder hingeworfen, nach der Voraussetzung, daß der Welcker'sche Antrag nur mit der Zustimmung der Linken durchzubringen und diese so und nur so zu gewinnen sei. Hierin hatten Mitglieder der Linken bestärkt. Der Köder ward hingeworfen in der sichern Erwartung, daß die mit der Linken eingeleiteten oder einzuleitenden sehr geheim betriebenen Verhandlungen zu ihrem Ziele führen würden.*)

*) Nach einiger Zeit wurde, weil etwas ruchbar geworden war, eingestanden, daß mit der Linken unterhandelt sei, jedoch wurde wahrheitswidrig gesagt, diese habe das Wahlgesetz mit hineingezogen, worauf man denn eingegangen. Andere wollten, es habe kein Transigiren stattgefunden, denn — der Beschluß des Ausschusses habe auf keiner Abrede mit der Linken beruht. Allerdings war das Geschäft noch nicht zum Abschluß gediehen. **Haym** (II, 329) wirft die Frage auf, was es gewesen, das den wesentlich konservativ zusammengesetzten Verfassungsausschuß, der das (in der ersten Lesung beseitigte) „übertrieben" einschränkende Wahlgesetz vorgeschlagen, auf einmal zu solcher Nachgiebigkeit gestimmt habe? Er antwortet: es sei vor Allem der „wahrhaft politische Sinn dieser Männer" gewesen, nach welchem sie erkannt, daß sie jetzt von ihren Principien etwas nachlassen müßten, weil jetzt eigensinniges Festhalten derselben mit dem Verderben des Vaterlandes verbunden gewesen sein würde. Und auf der anderen Seite „wie unermeßlich groß der Gewinn! Was Deutschland seit einem Jahrtausende entbehrt, das soll es jetzt mit Einem Schlage (!) besitzen: in der Stunde der Gefahr seine Einheit, sein Oberhaupt, seine freie Verfassung (!). Diese Gründe trugen endlich im Ausschusse den Sieg davon." Das will sagen, man ließ sich bei einer ganz falschen Beurtheilung der politischen Lage ganz allein durch Rücksichten auf den Nutzen bestimmen. An einer andern Stelle seiner von Beschuldigungen und Verdammungen der Gegenpartei wegen **angeblicher** Koalition mit der Linken strotzenden Darstellung gesteht Haym (III, 13), daß ein Vergleich zwischen entgegengesetzten Principien allerdings eingetreten sei, als der Verfassungsausschuß den Welcker'schen Antrag so zugerichtet, daß die Linke den Erbkaiser um des Wahlgesetzes, die Rechte das Wahlgesetz um des Erbkaisers willen zulassen sollen. „Damit war die Politik der Transaktionen unvertilgbar unserem Werke eingeimpft; alle späteren Erreichungen beruhten mehr oder weniger auf der Nachwirkung jener Politik, und die Linke war sich dessen bewußt;

In der Sitzung am 13. drang die Weidenbuschpartei mit dem Vertagungsantrage nicht durch. Er wurde hauptsächlich von der Linken bekämpft und mit 252 gegen 215 abgelehnt. Also schienen 18 bis 20 Stimmen beim Welcker'schen Antrage den Ausschlag geben zu können, für denselben zu fehlen. Das stimmte, wie Haym sagt, zur Nachgiebigkeit. Es war sichtlich das Motiv gewesen, daß die Leiter der Partei, statt inne zu halten auf dem betretenen Wege, die Transaktion mit der Linken um so eifriger betrieben hatten. Am Abend des 13. war die Meinung der Fraktionen des Weidenbusch-vereins noch dieselbe. Die von der Rechten wollten die Annahme des Welcker'schen Antrags durch das radikale Wahlgesetz nicht erkauft wissen. Das war der Entscheid der Mehrheit im Kasino, und auch im Augsburger Hofe hegten nur Wenige eine andere Ansicht. Man hoffte, auch ohne die Koncession zum Ziele gelangen zu können. Im Kasino erinnerte eine warnende Stimme, die Stimme eines nach allem Anscheine über diese Dinge Gutunterrichteten, an das große Bedenken wegen der höchsten Ungewißheit, ob der König von Preußen annehmen, wegen der Gewißheit, daß er jedenfalls nur mit höchstem Widerstreben annehmen werde. In Manchen schienen Zweifel und Bedenken zu entstehen. Fr. v. Raumer (III, 329) strengte sich an, diesen Eindruck wieder zu verwischen. Der „Ernst und die Konsequenz" der rechten Seite hielt die Probe nicht aus. Die Stimmung schlug — da doch so viel Geneigtheit dazu vorhanden war und da die Eingeweihten sofort nachhalfen — gänzlich um, als um 9 Uhr die Kasinomitglieder des Verfassungsausschusses eintraten und Deiters den Beschluß des letztern mittheilte. Nach Haym's Darstellung hätte Deiters berichtet, der Beschluß sei mit 14 gegen 6 Stimmen gefaßt, und nicht erwähnt, daß der die Hingabe des Wahlgesetzes betreffende Theil desselben nur mit 9 Stimmen gegen 8 durchgegangen war. Die Gründe, welche im Verfassungsausschuß den Sieg davon getragen, trugen ihn ebenso auch im Kasino davon. Die „Autorität des Ausschusses kam noch hinzu und Jeder mußte sich sagen, daß es jetzt, seitdem der Welcker'sche Antrag diese Autorität hinter sich habe, unmöglich sei, von dem hiemit vorgezeich-

---

sie sprach es unverholen aus, daß, was sie gegenwärtig mit der Anerkennung der ganzen Verfassung einbüße, früher oder später von ihr wiederzuerobern sei; Ludwig Simon z. B. bekannte frei, daß für ihn und die Seinen die Verfassung nur vor der Hand die Fahne sei, unter welcher sie kämpfen wollten."

neten Wege abzugehen.“ Die Erbkaiserlichen erlagen der Versuchung leidenschaftlich erregter Parteien, die, wenn sie anderen gegenüber die Aussicht verlieren, ihre Zwecke mit ehrlichen Mitteln und Waffen erreichen zu können, zu den schlechten und schlechtesten greifen. In dem Wahne der Untrüglichkeit ihrer Meinungen und im Eifer für dieselben ging ihre Moral — die Moral auch sonst Redlicher, Wackerer und Verständiger — zu Grunde. Die „Politik der Transaktionen“ erwies sich dann bald als eine selbstmörderische. Die Parteien, welche durch Stimmenschacher die Paulskirche in ein Kaufhaus verwandelten, erreichten nur, daß sie zuerst sich und ihre eigene Sache, dann die Nationalversammlung und deren Sache, das ganze Verfassungswerk zu Grunde richteten.*) Die Genossen der Partei erhitzten sich mehr und mehr für ihr Vorhaben und glaubten wahrzunehmen, daß ihre Siegeshoffnungen stündlich stiegen. Als sie sich am Abende des 14. im Weidenbusch versammelt hatten, war ein allgemeiner nicht enden wollender Andrang zur Rednerbühne. Der Eine hatte noch mehr Gründe als der Andere für seine Zustimmung zum Handel und Jeder wollte die seinen verkünden. Auch die Mitglieder der äußersten Rechten stellten ihre Zustimmung in Aussicht, und ein allgemeines Bravo erfolgte später auf die Kunde, daß sie sich entschlossen hätten, Mann für Mann dieselbe zu geben. Man „dachte bei solcher Ein=

*) Als die noch zu erwähnende protokollarische Erklärung der Fraktion Simon vorlag, mit welcher hauptsächlich verhandelt wurde, beklagte sich die E.=K. über die Härte der Forderungen derselben und fügte hinzu, es sei nicht wahr, daß der Verfassungsausschuß seinen Antrag aus der Stimmung der Weidenbuschpartei geschöpft, daß diese letztere eigentlich und nicht der Ausschuß denselben erzeugt habe; vielmehr sei es notorisch, daß vor dem Bekanntwerden des Ausschußantrags die überwiegende Mehrheit im Weidenbusch gegen jede Koncession, insbesondere gegen die des Wahlgesetzes sich ausgesprochen; man sei nahe daran gewesen, eben deshalb jedes Eingehen auf den Welcker'schen Antrag aufzugeben, als der Ausschuß mit seinem Antrage und mit der Motivirung desselben die Stimmung verändert, und mit Wahrheit könne versichert werden, daß kein einziges Mitglied gewesen wäre, welchem die Annahme des Antrags nicht nach der einen oder andern Seite Opfer gekostet hätte; wie denn einer der Redner gesagt habe: „nicht die Principien sind es, die wir lieb haben, sondern das Wohl des Vaterlandes, das wir mit diesen Principien verknüpft glauben“, und ein anderer habe erwähnt: „machen wir uns gegenseitig die Koncession, daß wir einmüthig das Vaterland retten.“ (!) So wie also die Intriganten des Verfassungsausschusses durch geheime Verhandlungen mit der Linken diesen verwickelten, so thaten sie auch ihrer Partei.

müthigkeit nur noch daran die Majorität zu erringen und noch vor der Abstimmung zu konstatiren", das war „fortan unser unablässiges Bestreben". In der That entwickelte der Weidenbuschverein fortan die nachdrücklichste und rührigste Thätigkeit. Der Vorstand wurde für permanent erklärt, ein System umfassendster und zudringlichster Werbung beschlossen und in Anwendung gebracht. Man schritt zu einem Namensaufruf. Er ergab, daß man auf 230 feste Stimmen zählen könne. „Statistische Bemühungen füllten auch die folgenden Abende aus; an jedem Tage wuchs die Aussicht auf die Majorität und namentlich von der Linken her schien uns mancher Zuwachs gewiß. Ueber die Entschließung einzelner Oesterreicher, über die Klubberathungen der vereinigten Linken gingen mehr oder minder verbürgte Gerüchte." Auch tendenziöse Erfindungen und falsche Gerüchte fehlten nicht, die entweder von den erbkaiserlichen Organen ausgingen oder in diese übergingen. Die vom Taumel nicht Mitergriffenen däuchten sich in einer politischen Kinderstube zu sein, wenn sie lasen, was da geglaubt oder der Gläubigkeit zugemuthet wurde. Indeß wußte man innerhalb der Partei besser, und wie zuversichtlich ihre Korrespondenz auch schrieb, wie man auch sich selbst belog und wie geneigt man zu Selbsttäuschungen war, man hegte doch auch große Zweifel und rechnete jedenfalls nach unsicheren Faktoren. Siegestrunkene Hoffnung und desperate Stimmung wechselten, die Berechnungen und Erwartungen schwankten. Am 15. wurde eine Mehrheit von 20 bis 30 angenommen.*) Am 19. berichtete Schubert, allein nach seiner ohnehin unsichern Berechnung sollte die Mehrheit für den Antrag nun wieder kaum zehn übersteigen.

*) Von der Weidenbuschversammlung am Abend vor dem Begin der Verhandlungen in der Nationalversammlung über den Welcker'schen Antrag (16. März) schreibt Fr. v. Raumer, es sei bemerkt worden, daß man wieder ein paar Stimmen gewonnen habe, doch bleibe dies Alles unsicher und unentscheidend, da nicht feststehe, wie viel Abgeordnete bei der Abstimmung gegenwärtig sein, wie Viele sich des Mitstimmens enthalten würden, wohin eine bedeutende Anzahl von Schwankenden sich zuletzt wenden werde. Schienen die statistischen Uebersichten zu ergeben, daß die Partei noch nicht auf die Annahme des Antrags rechnen könne, was denn von den Meisten für ein entsetzliches Unglück gehalten wurde, so trösteten sich Andere mit Allerlei, wie z. B. derselbe Raumer damit, daß, wenn die Erblichkeit fallen und ein sechsjähriges Oberhaupt beliebt werden sollte, das Unglück am Ende so groß nicht sei, da sechs Jahre eine lange Zeit, wenn sie gut benutzt werde. Preußen müsse deshalb keinen Widerspruch erheben, sondern nur zugreifen u. s. f.

Indeß waren die Ansprüche gemindert. Raumer fand nun, daß schon eine Mehrheit von nur einer einzigen Stimme von großer Wichtigkeit sein würde. Sodann zählten sie nach Laube's Bericht (III, 362) auf die ganz offenbare Unwirksamkeit der gegnerischen Reden und auf die geträumte „durchgreifende, fortreißende, um und um siegreiche" Wirkung aller Derer, welche für den Antrag sprachen. Es war daher „natürlich", daß sie sich mit der Sage trugen, die „von Gagern oft angekündigte allgemeine Erhebung der Versammlung zu einem der Einmüthigkeit nahe kommenden Entschlusse werde hierbei noch zu Stande kommen, wie es einst annähernd bei der Abstimmung über die provisorische Centralgewalt geschehen" — wo die Verhältnisse, die Stimmungen, der Zustand der Nationalversammlung so ganz andere gewesen waren —; die Linke namentlich werde sich „in ihren besseren Elementen" dazu „ermannen".*) Im Laufe des Abends wurden noch manche nicht ganz einstimmige Berichte vernommen, es wurde hin und her gerechnet über die Stimmenzahl der Partei, ohne daß man ein festes Ergebniß für den Sieg herauszubringen wußte.**) Auch auf ein Arrangement eines guten

*) Weil in ihnen (Laube) der Drang nach einer „geschlossenen Einheit" so stark war, trauten sie auch Anderen die Geneigtheit zu, für irgend eine geschlossene Einheit die größten Opfer, auch das Opfer des Lieblingsgedankens zu bringen. Sie hatten in kleinerem Kreise mehrmals während gefährlicher Zeitpunkte, wenn für Nichts eine Mehrheit erreichbar schien, sorgenvoll erörtert: ob es nicht Pflicht sei, die Gegner nur zu irgend einem festen Vorschlage zu veranlassen und dann diesem Vorschlage beizutreten; und „so edel und uneigennützig war auf dieser Seite der Einheitsdrang, daß sie sich unzweifelhaft für Oesterreich erklärt hätten, wenn Oesterreich in der Lage Preußens gewesen wäre eine geschlossene Einheit für Deutschland zu ermöglichen, und wenn ein Welcker'scher Antrag unter den vorliegenden Umständen für die Berufung Oesterreichs zur Deutschen Kaiserkrone eingebracht worden wäre". Die wohlfeilste Versicherung im Munde eines Erzählers, dem es nicht zu theuer, gegenüber den vorliegenden festen Vorschlägen der Gegner durchgehends so darzustellen, als hätten diese nur verneint.

**) Was so desperat machte, daß ein Mitglied zornig erklärte, wenn eine Niederlage erfolge und dann die Oesterreicher nicht hinausgewiesen würden, so müsse man in der Verfassungsangelegenheit nicht mehr mitstimmen. Andere suchten zu begütigen und zu ermuthigen. Raumer erinnerte, man würde dadurch nur die Niederlage in eine völlige für alle Zeiten verwandeln, alle umgestaltenden Zwecke in Staat und Kirche wären Anfangs in der Minderheit geblieben, und — die bereits vorhandene unabweisliche Thatsache von Preußens Oberleitung und Einigung mit Deutschland werde täglich mehr Boden gewinnen.

und starken Redeeffekts war sogleich gedacht. Der Vorstand legte der Versammlung am 15. die Grundsätze vor, nach welchen er Redner für den bevorstehenden Kampf vorschlug, die keine schon mißliebige Personen, oder für eigensinnig und verbissen gehaltene sein sollten; es müßten Mitglieder aus allen Theilen der Versammlung und Deutschlands und so wenig Preußen als möglich sein, damit nicht „Parteilichkeit hervorzutreten scheine" und „weil es besser sei, daß Nichtpreußen und sogar bekehrte Gegner Preußens für dessen Erhebung aufträten". Die ganze Versammlung erklärte sich einverstanden. Raumer berichtet, es sei ferner gewarnt und beschlossen worden, man solle sich durch etwaige Grobheit und Ungebühr nicht zu Zorn und Lärm fortreißen lassen, sondern sich ruhig verhalten und der immer tüchtigen und unparteiischen Leitung des Präsidenten Simson vertrauen. Die Warnung und der gute Vorsatz entstammten der Beobachtung, daß die Erbkaiserlichen, von welchen die Grobheit und Ungebühr zumeist ausging, dadurch sich nur selbst geschadet, nicht Wenige entfremdet, Andere nur um so mehr im Gegensatze befestigt hatten. Allein sie konnten nicht, wenn sie auch wollten. Namentlich hochmüthige, beleidigende und unleidliche Anmaßung war nun einmal die Signatur der Partei geworden.

Die Wirksamkeit und Rührigkeit der letzteren für ihren Zweck erwies sich am sichtlichsten und widerwärtigsten durch die Thätigkeit und Haltung ihrer Organe, die in diesen Tagen mit einer alles Bisherige überbietenden Leidenschaftlichkeit des Gegenstandes sich bemächtigten. Auch wurde aus der Partei und vielfach unmittelbar aus der Paulskirche heraus nach allen Seiten der Windrose in die zugängigen Blätter geschrieben, was nur raffinirte Kunst der Zungendrescherei und Parteierhitzung und Malice eingeben mochten. Dies Agitiren für den Welcker'schen Antrag durch die Presse hatte draußen und weithin großen und eben so verderblichen Erfolg, indem es einnahm und täuschte, die Exaltation unsäglich mehrte, das Uebel der schlimmen Affekte und Gegenstellungen beträchtlich und fruchtlos vergrößerte. Eben nur dies wurde damit ausgerichtet. In der Paulskirche entzog das Gebahren der erbkaiserlichen Organe dem Antrage, welchem es helfen sollte, manche Geneigtheit und trug so nicht unbeträchtlich zu seiner Ablehnung bei. Es war sichtlich, daß die Verbindung, worin der Ausschuß ihn mit dem Wahlgesetz gebracht und die Transaktion mit der Linken, wovon mehr und mehr transpirirte, im großdeutschen Lager besonders Diejenigen von der Rechten stutzig und

abwendig machte, die dabei blieben, daß das unbeschränkte Wahlrecht nicht zu koncediren sei. Zumal an ihnen ließen mit umgekehrtem Effekt die Federfertigen der Partei die gedachte Grobheit, Ungebühr und Anmaßung aus. Sie brachten zudem Borussomanie und engherzigen Preußischen Partikularismus so cynisch zum Vorschein, daß Manchen die Augen über das Ziel aufgingen, die bisher noch nicht gesehen hatten. Sie ließen so viel Sorge und Grauen erregende Maßlosigkeit und politischen Unverstand in ihren Expektorationen finden, daß manche Halbzuneigende sich abkehrten, indem sie glaubten nicht helfen zu dürfen so etwas durch Zustimmung zu dem Antrage zur Herrschaft zu bringen. (Anh. XIII.)

Zu den Parteiveranstaltungen und Rüstungen der Erbkaiserlichen gehörten auch diesmal erneute Versuche in Berlin zu gewinnen und von dort auf Frankfurt einzuwirken. Da sie am Könige, den Ministern, selbst den Kammern mehr oder weniger verzagten, sollte thunlichst das Volk in Bewegung gebracht werden, weshalb gar nicht ungern vernommen wurde, daß die Regierung mit der Wiederkehr des 18. März einen Ausbruch besorge. Ein Theil der Berliner Blätter gab sich den Aufstachelungeu und Lügen bereitwillig her, welche ihnen von Frankfurt aus suppeditirt wurden, man vernahm sehr bald von hier und dort einen einklingenden Wiederhall; die Berliner Stimmen jedoch, welche die meiste Beachtung verdient hätten, wurden in Frankfurt am wenigsten gehört. (Anh. XIII.) Viel ward auch gebriefwechselt, um auf den König, die leitenden Persönlichkeiten, die Kammern einzuwirken.*) Was dann die „Deutschgesinnten" von Berlin her äußerten, wurde aufs Günstigste ausgelegt, und so lose es sein mochte, man bestärkte sich dadurch. Man wollte wissen, daß Radowitz täglich mit dem Könige, der Prinzessin von Preußen korrespondire. Er sprach, er eiferte vom Anfange gegen den Antrag, er sagte Jedem, der es hören wollte, selbst mit Heftigkeit, der König

*) So wie Raumer (II, 321) schrieben auch Andere in dem ängstigenden Gefühle, daß ihrem Plane die größeste Gefahr nicht von Wien oder Petersburg, wie sie zu sagen pflegten, sondern eben von Berlin selbst drohe, wo der Hof so wenig geneigt war, der „neuen heiligen Allianz", dem „Bunde der Völker" beizutreten, und so sehr dazu, durch diplomatische Einflüsterungen sich „verleiten" zu lassen, und wo sich auch nicht einmal die Kammer recht entschlossen zeigte, ihrer „Aufgabe, den Willen und den Muth des Fürstenhauses aufzurichten und zu tragen", und der Aufforderung der Thronrede zu genügen, mitzuwirken zur Deutschen Einheit, also „was in den königlichen Worten noch Unbestimmtes lag in bestimmten Worten auszusprechen".

könne und werde die so darzubietende Krone nicht annehmen. Was er jedoch äußerte ward überhört oder sollte nichts gelten. Saucken und Martens gaben günstige Berichte über die Stimmung der Kammern: sie sei für die „Deutsche Sache" eine äußerst gute und entschiedene. Die Antwortadresse der Ersten Kammer gab die schönsten Träume.*) Sehr unbequem brachte die Frankfurter Zeitung am 17. Nachricht von der Preußischen Note vom 10. Die Centralkorrespondenz erklärte die Nachricht für erlogen. Folgenden Tags erschien die Note in den Blättern. Nun geriethen die erbkaiserlichen Organe, mit Grund eine nachtheilige Einwirkung auf die Abstimmung befürchtend, in neuen Zorn gegen die Preußische Regierung, suchten aber sich und Anderen die Bedenken auszureden, suchten und fanden Trost in mißdeuteten Aeußerungen des Preußischen Ministerpräsidenten, in erlogenen oder falsch verstandenen des Bevollmächtigten in Frankfurt.**) Camphausen traf hier am 18. wieder ein. Er äußerte

*) Am 14. traf durch den Telegraphen die Nachricht vom Inhalt der Adresse ein, die unter großen Worten auf das Kleine, die Bildung eines „engeren Vereins innerhalb des Bundes" hindeutete. Die Blätter beeilten sich die frohe Kunde mit Triumph zu verbreiten, die weitere falsche, vom unmittelbar bevorstehenden Rücktritt Arnim's, der durch einen Mann ersetzt werden solle, welcher „alle Garantien für seine aufrichtige und muthige Hingebung an die Deutsche Sache darbiete", die Versicherung, daß auch die sonstigen Nachrichten aus Berlin günstig lauteten hinzufügend; die reichsministerielle Zeitung posaunte in einem Leiter unter der Ueberschrift: „Eine Deutsche Sitzung der Ersten Preußischen Kammer": in Aller Herzen lebe nur ein Gedanke in Berlin, das große zu rettende Vaterland, über dessen Geschicke in der Paulskirche die wichtige Entscheidung so nahe bevorstehe u. s. f.

**) Die D. Z. hob u. A. hervor, daß die Note vom 9., worin Oesterreich „endlich mit der Sprache herausgerückt" sei, am 10. in Berlin noch nicht habe bekannt gewesen sein können und suchte zu deduciren, daß die Preußische Note abgefaßt sein müsse, bevor man in Berlin Kenntniß vom Oesterreichischen Verfassungsedikt gehabt. Dawider bemerkte die Frankfurter Zeitung, letzteres sei schon am 9. durch Berliner Blätter mitgetheilt, auch die Oesterreichische Note vom 9. sei, schon voraus mitgetheilt, der Preußischen Regierung vor dem 10. bekannt gewesen, so daß um so mehr feststehe, daß letztere in vollem Einverständniß mit der Oesterreichischen sich befinde, auf Grund des Direktoriums verhandle, die Kaiseridee, den engeren Bund ignorire und dadurch in das Reich der Träume verweise. Hinzugefügt war ein Appell an die Nationalversammlung, ihre Würde zu wahren und den Spott fern von sich zu halten, mit einem Kronanerbieten in Berlin vor die Thüre gewiesen zu werden. Zum Ueberfluß reproducirte das Oesterreichische Organ Aeußerungen der Neuen Preußischen Zeitung,

freilich, daß auch in Berlin eine zahlreiche Partei für die Kaiserwürde wirke, wußte jedoch auch seinerseits nicht anzugeben, wie man den König zur Annahme derselben bestimmen oder die entgegenstehenden Bedenken aus dem Wege räumen könne. Es schien, er wollte wenigstens gleich Anderen den König gern den Großmüthigen, den für Oesterreich Bedachten und der aus Rücksicht für die engverbündeten Deutschen Fürsten die vom Volke dargebotene Krone ausschlage, spielen lassen. Die von ihm bereits erwirkte Genehmigung, an den Berathungen über den Oesterreichischen Direktorialvorschlag Theil zu nehmen, war, wie man von ihm vernahm, nachdem die Oesterreichische Depesche vom 9. in Berlin eingelaufen, zwar nicht zurückgenommen, aber dadurch suspendirt, daß er Berlin ohne die angekündigten Instruktionen verlassen. Das schien wieder Hoffnung zu geben. Großdeutscher Seits wollte man wahrnehmen, daß er auch jetzt entgegen dem Könige nur dahin denke, möglichst viel für Preußen zu gewinnen, sei es unter welcher Form es sei, und die Nationalversammlung dazu zu benutzen, deren Wege er jedoch nach wie vor für unpraktisch halte. Er äußerte gegen Schmerling, der Eintritt von ganz Oesterreich in den Deutschen Staatenverband sei doch wol unausführbar; für das nichtdeutsche Oesterreich dürfte nur das Bundesverhältniß bleiben, und man werde Preußen nicht hindern können mit benachbarten kleineren

---

zum Beweise, wie die „königliche Partei" in Berlin über den Welcker'schen Antrag denke — jene Aeußerungen: „Die fallirende Revolution, schon bis ans Kinn unter Waffen, streckt von Frankfurt flehend die Hand nach dem Könige aus, in welcher sie, keck und verzagend zugleich, eine Krone von Goldpapier voll Blut und Koth ihm hinhält" u. s. f., wogegen Centralkorrespondenz und Reichsministerielle dann wieder auf jene Aeußerungen des Preußischen Ministeriums bauten, die geeignet waren ihre Hoffnungen und Illusionen aufrecht zu erhalten. Die Kunde vom Welcker'schen Antrage, äußerte die Centralkorrespondenz, sei am 13. nach Berlin gelangt und am 14. habe Graf Brandenburg in der Zweiten Kammer erklärt, Preußen werde festhalten an dem Wege, welchen es mit der Note vom 23. Januar betreten, also, wie sie folgerte, am Bundesstaate mit Volkshaus und Staatenhaus. Die Erbkaiserlichen wollen nicht sehen, bemerkte die Frankfurter Zeitung, daß das, womit sie sich trösten, nur ein Zeichen Preußischer Unzuverlässigkeit ist, daß sie, indem sie die offene Oesterreichische Diplomatie verklagen, von der Preußischen gehänselt werden, nachdem sie diese hereingezogen und sich ihr hingegeben. Die Deutsche Zeitung bemühete sich, damit zu ermuthigen, daß Camphausen, wie sie wissen wollte, mit gutem Muthe von Berlin zurückgekehrt sei, wo seine Vorstellungen Eingang gefunden.

Staaten sich näher zu verbinden, wenn die Rücksicht auf materielle Interessen es erheische.*)

Während die neue Preußische Erklärung, der Preußische Regierungsbevollmächtigte, selbst die „Deutsche" Kammer die Ansprüche und Pläne auf ein so bescheidenes Maß zurückführten, bestanden die Erbkaiserlichen in Frankfurt eigensinniger als jemals auf der Erbkaiseridee. Eben jetzt kam Gagern, und recht ausdrücklich und absichtlich, auf sein Programm zurück. Das Stratagem der Beantwortung der Raumer'schen Interpellation (S. 152) sollte am 15. ausgeführt werden. Am 12. ward zum gleichen Zwecke wegen der rückständigen Flottenbeiträge angefragt. Beckerath antwortete ausführlich nach der Tendenz, die Nothwendigkeit der Einheit im Sinne der Partei einzuschärfen und insbesondere den Unwillen gegen Oesterreich und die Mittelstaaten, mit Ausnahme von Hannover zu schärfen, welchem man diesmal nicht beikommen konnte. Die Parteiorgane benutzten den Anlaß bestens, das Thema vom alten und neuen „Reichsjammer" zu ventiliren, keine Sünde vergessend als die eigene, bei Creirung der provisorischen Reichsgewalt, beim ganzen Verfassungswerke die Sachen so verkehrt angegriffen zu haben. Am 15. wurde die Oesterreichische Note vom 9. und zugleich ein Schreiben von Gagern mitgetheilt, worin er die angekündigte Beantwortung der Raumer'schen Interpellation noch verschieben zu dürfen bat. Die Note wurde der „aus feindlichem Lande gekommenen Hülfe" zugerechnet. Er wollte sichtlich Zeit gewinnen, um auch

*) Sichtlich wurden manche dem Welcker'schen Antrage, dem Erbkaiserprojekt Zuneigende oder Ergebene stutzig, die für jenen eine starke Majorität nöthig erachteten und bei diesem noch immer an Deutschland, nicht an Preußen dachten. Am 20. sagte ihnen die erbkaiserliche Korrespondenz, der Fortgang der Debatte bringe die „Patrioten" mehr und mehr in Vortheil; die Größe des rettenden und vereinigenden Plans und Entschlusses werde sich auch noch an vielen Schwankenden bewähren, doch sei die Mehrheit für den Antrag auch ohne dieselben gesichert; nicht vergeblich sei die Hoffnung, daß die Preußische Verfassung diejenigen Abänderungen erleiden werde, welche erforderlich, damit keine Disharmonie zwischen dem Preußischen Landtage und dem Deutschen Reichstage entstehe, oder damit es dem Kaiser der Zukunft nicht etwa einmal beikomme, sich auf den erstern wider den letztern zu stützen: dahin zielten die Vorberathungen der Ersten Preußischen Kammer u. s. f. Korrespondenz und Postamtszeitung wollten genau unterrichtet sein, daß die Kammer die Oberherrlichkeit der Nationalversammlung aussprechen, daß sie einen großen Theil der Preußischen Selbständigkeit aufgeben werde.

sie noch zu seinem Zwecke zu benutzen, der Effekt sollte noch dramatischer werden, er trat mit seiner Expektoration gerade am Tage der Eröffnung der Debatten über den Welcker'schen Antrag (17. März) hervor. Die Wirkung war Erstaunen und Unwille bei Denen die gewonnen oder bekehrt werden sollten, und konnte eine andere nicht sein.*)

Indeß war der Zustand der Weidenbuschpartei seit dem 14. der peinlichste gewesen und geblieben. Nachdem sie ihren Köder ausgeworfen, hatte sich ihr tagtäglich so viel Niederschlagendes in den Weg gelegt, die unsichere Rechnung auf eine Mehrheit ohne die Linke war unsicher geblieben, sie war der Diskretion der letzteren geradezu preis gegeben und hatte obenein das böse Gewissen, einen Handel eingeleitet und betrieben zu haben, den sie selbst stets verurtheilt und der noch immer in ihrer eigenen Mitte verurtheilt wurde. Dawider wurde deshalb mit derselben Anstrengung gewirkt, wie dahin, die Linke zu gewinnen, die sich sehr hartnäckig hielt. Die Verhandlungen mit ihr nahmen eine absonderliche Wendung, als (15. März)

*) Er kritisirte mit gar zu offenbarer, längst zu Boden Gefallenes lediglich wiederholender tendenziöser Mißdeutung Oesterreichs ganzes Verhalten gegenüber der Nationalversammlung und Verfassungsangelegenheit. Preußen, mit eben solcher Elle gemessen, würde gleichfalls nicht zum Besten bestanden sein. Er reproducirte sein Programm, Errichtung eines Bundesstaats mit dem einen Großstaat an der Spitze und unter Ausschluß des andern, und behauptete, das und nichts Anderes sei von Anfang sein Gedanke und Ziel und die Aufgabe der Nationalversammlung gewesen. Er blieb stehen bei seiner Voraussetzung einer Union mit Oesterreich, welche doch ganz außer den Voraussetzungen des in erster Lesung angenommenen und vom Ausschuß revidirten Projekts lag und von seiner Partei abgelehnt wurde. Er wiederholte die Behauptungen der letztern, daß Oesterreich sich selbst ausgeschlossen habe, den „Bundesstaat" nicht werde hindern wollen, daß es ihm widerspreche, jedoch dabei im Unrecht sei u. s. w. Es waren die greifbarsten Widersprüche, insbesondere auch mit dem Beschluß vom 13. Januar, der ein integrirender Theil seines Programms geworden war, es klang nicht besser als Hohn, daß er schließlich die Hoffnung ausdrückte, daß Deutschland mit Oesterreich vereint voranschreiten werde, indem es im Bundesstaat unter Preußen entgegen dem Widerspruch Oesterreichs sich konstituire, und daß er — schon dadurch die Verhandlungen ablehnend, welche Oesterreich eingeleitet — die Verfassung unter dem Ausschluß Oesterreichs und entgegen dem Proteste desselben fördersamst abgeschlossen wissen wollte und sich fortgehends bereit erklärte, mit Oesterreich zu unterhandeln — auf der Grundlage dieser Verfassung und ihres Abschlusses. Es hätte nur noch gefehlt, daß er hinzugefügt: und bei Hinausweisung der Oesterreichischen Abgeordneten.

H. Simon aus Berlin zurückgekehrt war. Er ließ sich sofort ein. Da er bei seinen Parteigenossen, mit denen auch die Faiseurs aus dem Weidenbusch nicht vorwärts kommen konnten, nicht durchzudringen vermochte, bildete er eine neue Fraktion hauptsächlich aus Mitgliedern der Westendhalle. Da er Mitglied des Verfassungsausschusses war, so konnte mit ihm am bequemsten verhandelt werden. Der neuen Fraktion wurde sogleich eine große Bedeutung für die Entscheidung beigemessen. Sie zählte freilich nur 20 Mitglieder, diese aber besaßen erheblichen Einfluß. Man glaubte, sie werde die Entscheidung in der Hand haben. Sie wollte aber ihre Stimmen nicht geben, sondern nur verkaufen. Die Kaufbedingungen, welche Simon stellte, waren die folgenden: 1) Oesterreich scheidet nicht aus, 2) der Kaiser erhält kein absolutes Veto, 3) das unbeschränkte Wahlrecht wird durch geheime Abstimmung ausgeübt, 4) wenigstens 150 Erbkaiserliche verpflichten sich jede Bedingung der Annahme der Kaiserkrone zurück zu weisen. Der Antrag des Verfassungsausschusses erschien der Fraktion H. Simon als der Antrag einer den Ausschuß dominirenden Partei, die seit einigen Monaten innerhalb der Nationalversammlung vorzugsweise aus der rechten Seite gebildet worden, deren Energielosigkeit sie alles bisherige Unglück des Vaterlandes (der Linken) Schuld gab. Sie mißtraute, sie fürchtete, daß der König von Preußen das Anerbieten der Kaiserkrone nur bedingungsweise annehmen, daß dann ein Unterhandeln und demnächst die Annahme der Preußischen Bedingungen erfolgen werde; sie wollte deshalb zunächst „mit Sicherheit erfahren", ob es der bestimmte Entschluß einer hinlänglich großen Anzahl von Weidenbuschmännern sei, weitere Koncessionen als die im Ausschußantrage aufgestellten nicht zu gewähren, und forderte deshalb am Abend des 19. März, fast unmittelbar vor der Abstimmung über den Welcker'schen Antrag, insbesondere eine schriftliche Erklärung von 150 Mitgliedern der Weidenbuschpartei wörtlich dahin lautend: „daß das Anerbieten, welches der Preußischen Krone in Gemäßheit des Kommissionsantrages gemacht werden soll, nach der Absicht jener Mitglieder ein definitives sei, dessen Bedingungen, nachdem sie von der Nationalversammlung beschlossen, von ihnen insoweit für unabänderlich gehalten werden, daß sie für Modifikationen oder weitere Zugeständnisse irgend welcher Art nicht stimmen würden, mindestens nicht ohne Uebereinstimmung mit uns." Der größere Theil der Linken wollte vom Erbkaiser nicht hören und neigte mehr und mehr nach dem Direktorialvorschlage der

Großdeutschen hin, während die Fraktion Simon „dem Einwande, hergenommen von dem Satze, daß ein erblicher Kaiser an sich den ersten Begriffen der Demokratie widerspreche, nur Denen zugestehen mochte, welche sofort die Republik in Deutschland einführen wollten". Sie sagte: „die Demokratie findet nicht in letzterer ausschließlich ihren Boden, und hat ihren Schwerpunkt mehr in den Grundlagen als der Spitze des Staates, das Deutsche Volk will in seiner Mehrheit so wenig jetzt wie im Anfang der Bewegung die Beseitigung seiner Dynastien, mit dem Direktorium wird die Fürsten-Erblichkeit doch auch zugestanden und ein Kaiser von Volkes Gnaden ist demokratischer als einige und dreißig Fürsten von Gottes Gnaden." Darüber verhandelte sie ausführlich in der Westendhalle und in den Sitzungen der vereinigten Linken. Indeß wollte sie „weder in eine Theilung Deutschlands von Rechtswegen, noch darein willigen, daß dem Deutschen Volke die wichtigsten Rechte entzogen würden". Danach stellte sie ihre Forderungen an die Weidenbuschpartei, die jedoch vom 16. bis 21. März darauf nicht eingehen wollte und insbesondere die schriftliche Erklärung verweigerte. Dies bestärkte Simon und dessen Freunde in ihrem Verdacht und bewog sie zu dem Beschluß, für den Ausschußantrag nicht zu stimmen.*)

Bis diese Dinge bekannt geworden waren, rühmten die Erb-

*) Nach der Abstimmung über den Antrag gab die Fraktion eine Erklärung zu Protokoll, die über jene Verhandlungen mit den Erbkaiserlichen ausführlich berichtet und die Motive des Verhaltens der Fraktion genau darlegt. Am 31. März ließ sie eine zweite Erklärung (S. unten) folgen, worin noch einiges jenen Bericht Ergänzende sich findet. Die Linke mochte sich mehrerer Principfestigkeit mit Grund rühmen, rechnete jedoch auch ohne Zweifel, und zwar richtig, darauf, daß die Principunfestigkeit der Erbkaiserlichen noch zunehmen und daß ihr diese doch noch kommen würden, welche ihrerseits judicirten wie der Parlamentsreporter der Allgemeinen Zeitung (v. Rochau) in diese schrieb: „Viele Linke waren überzeugt, daß ein Beschluß im Sinne des Welcker'schen Antrags eine politische Nothwendigkeit sei, hatten aber nicht den Muth ihrer Ueberzeugung Raum zu geben; sie scheuten sich ihre kleine demokratische Popularität auf das Spiel zu setzen, ihren republikanischen Ruf zu gefährden und was solche von armseliger Eitelkeit — oder Furcht, selbstsüchtiger Berechnung, Principeigensinn — eingebene Gründe mehr waren. Sie wünschten von Grund ihrer Seelen, daß die Ausschußanträge durchgehen möchten, nur daß man nicht verlange, daß sie ihre Stimmen dazu hergäben, wenn auch das Verfassungswerk darüber zu Grunde gehen sollte." Die Erklärung zu Protokoll wurde, der Uebung des Hauses entgegen, nicht verlesen.

kaiserlichen (ja sie thaten es noch nachdem, z. B. Biedermann, S. 102), daß die Forderungen Simon's „rundweg" abgeschlagen worden. Die Sache verhielt sich so, daß sie nach der Hingabe des Wahlgesetzes das weiter Geforderte für jetzt nicht koncedirten, weil sie die Bedeutung der Fraktion Simon noch unterschätzten oder immer noch dieselbe umstimmen zu können oder auch ohne sie durch die ausgeworfene Lockspeise eine hinlängliche Stimmenzahl aus der Linken zu bekommen hofften, und weil sie andererseits besorgen mußten, durch noch weitere Koncessionen wieder Stimmen in ihrer Mitte zu verlieren. Die Weidenbuschpartei war mit unsäglicher Mühe um ihr Programm vereinigt. Man rüttelte an diesem und an ihrem Bestande, wenn man noch mehr „Opfer" forderte. Zu Viele trugen noch Bedenken, zumal durch Unterschrift sich zu verpflichten, hielten — z. B. Fr. v. Raumer — nach wie vor ein solches Paktum für unstatthaft. Noch hatten Phrasen wie die nicht stark genug gewirkt, die Entscheidung über Deutschlands Größe und Glück dürfe nicht nach echt Deutscher Weise an ein paar papierne Paragraphen geknüpft werden, die mit dem Glück und der Größe Deutschlands so viel wie nichts gemein hätten. Die Scham mußte erst noch weiter abgestumpft werden, die Hitze und Sinnverwirrung noch zunehmen.*)

*) Nach Laube's Darstellung beruhete die Hoffnung der Erbkaiserlichen, daß die Fraktion Simon auf die ihr hingehaltenen Bedingungen sich ihnen anschließen werde, auch darauf, daß sie sich überredet, H. Simon habe doch von Hause aus zu dem liberalen Gedankenkreise der Bundesstaatlichen gehört, — er hatte notorisch von Hause aus zu den Radikalen gehört — und sei nur im Parlamente, wahrscheinlich um eine Führerschaft im kleineren Zirkel zu gewinnen, weiter links gegangen. Laube äußert sich höchlich entrüstet über Simon und den Handel, welchen dieser angeboten, die wackern Erbkaiserlichen abgelehnt — aber freilich doch annahmen, nur ein paar Tage später. Bei der Kunde vom Welcker'schen Antrage sei H. Simon eiligst herbeigestürzt, nur um sich wichtig zu machen, um zu feilschen und zu schachern bei solcher Gelegenheit, welche er wie einen Ausverkauf angesehen; aber mit Ekel werde die Geschichte des ersten Deutschen Parlaments hinweisen auf solches Schacherwesen in großartig mahnender Stunde des Vaterlandes, weshalb denn auch nach der Mittheilung seiner Vorschläge im Weidenbuschsaale lebhafte Entrüstung ausgebrochen und ohne Diskussion Uebergang zur Tagesordnung beschlossen sei. Nämlich am 19. März, wo Simon mit seiner Forderung von 150 Unterschriften hervortrat und wo sich die Sache nun so stellte, daß die Koncessionen, in den Antrag des Verfassungsausschusses niedergelegt, nicht rückgängig gemacht, die Unterschriften aber in der Partei nicht erlangt werden konnten. Als der Welcker'sche Antrag gefallen war, verrieth die C.-K., zwar im linken Centrum hätten

Dahin operirten um die Wette die erbkaiserlichen Organe. Sie faßten die Sache der Transaktion von Anbegin mit großer Beeiferung auf und halfen, noch mehr bewogen durch die beim Vertagungsantrage am 13. gemachten Erfahrungen, nach Kräften, die unentschlossenen Weidenbuschmänner, die Linke zu bestimmen, den Handel durch ihren Zutritt perfekt zu machen. Sie schmeichelten und hofirten letzterer, der im Herzensgrunde so sehr geringgeschätzten und gehaßten auf alle Weise, sie redeten die Sprache der Radikalen, sie gaben zu erkennen, daß der Plan so weit gefaßt worden, das ganze demokratische Element in Deutschland überhaupt durch die Verbindung des Wahlgesetzes mit der Verfassung für diese und namentlich für den Erbkaiser zu gewinnen, — während behauptet wurde, daß um des monarchischen Princips willen ein erblicher Kaiser an die Spitze treten müsse, — sie beschönigten oder vertuschten so gut sie vermochten, was betrieben wurde, um die Parteigenossen von der Rechten über die noch gehegten Bedenken hinwegzubringen, draußen die monarchisch und konservativ Gesinnten zu beruhigen. (Anh. XIII.) Es wurde ihnen großdeutscher Seits einigermaßen erschwert. Die Frankfurter Zeitung und auch andere Blätter gaben richtige Auskunft über den Sachverhalt, namentlich durch Mittheilungen des scharfen und deshalb nicht Wenigen so unbequemen Beobachters Detmold die Hannoversche Zeitung in einem Frankfurter Briefe vom 14. März, was denn auch nicht ohne Wirkung blieb.*) Der ganze

für die von H. Simon geforderten Koncessionen absonderliche Liebhabereien geherrscht, allein der Weidenbusch habe sie nicht geben können, weil sonst ein Riß in die kompakte Partei gekommen sein und dieselbe so viel Stimmen von Konservativen verloren als von Radikalen gewonnen haben würde. Zum Beleg, daß bis zur Abstimmung geglaubt wurde, man werde auch ohne die Fraktion Simon eine wenn auch sehr geringe Mehrheit haben und daß manches einzelne Mitglied der Linken noch zutreten werde, schrieb Rochau noch am 20. in die Allgemeine Zeitung, jedenfalls werde die öffentliche Meinung schon den bloßen Versuch jene Zugeständnisse zu erpressen schwer verurtheilen, und auch ohne Simon und dessen Freunde sei dem Antrage nach den genauesten Berechnungen eine Mehrheit von zehn Stimmen gewiß, die besonders durch Stimmen der Linken noch werde verstärkt werden.

*) Gleich darauf wurde in demselben Organe geurtheilt: „Die Hoffnung auf Frankfurt wenigstens muß jetzt aufgegeben werden und damit vielleicht alle Hoffnung. Nachdem in Frankfurt die Erbkaiserpartei erst Monate lang den Oesterreichern auf die giftigste Weise vorgeworfen hat, mit der Linken ge=

große Haufe der Organe der „öffentlichen" oder vielmehr der Tagsmeinung ließ sich aber freilich versorgen und beherrschen durch die Federn und Ideen der Erbkaiserpartei und bot wetteifernd mit ihr Alles auf, jenen leidenschaftlichen Enthusiasmus für den Welcker'schen Antrag zu erzeugen, wovon oben die Rede war, und wo es ihr gelang, übersah man die Verknüpfung des letztern mit dem Wahlgesetz, wurde über den Handel oder wollte über ihn getäuscht und belogen sein. Indeß hatte und erhielt das verwerfende Urtheil nach und nach so viel Anhalt, Ansehen und Nachdruck, daß die Erbkaiserlichen doch für nothwendig erachteten, in ihren nachträglichen Darstellungen eine Rechtfertigung zu versuchen. (Anh. XIII.)

---

buhlt zu haben, jetzt, da man selbst durch Annahme des heillosen Wahlgesetzes — (das einem Vogt der Vernichtung aller Verfassung gleich gilt, und über das doch selbst die Oesterreichische Partei am 10. März mit der Linken gebrochen) — und durch Permanenzerklärung um die schimpfliche Verbindung wirbt, nun ist in Frankfurt wahrlich nichts mehr zu halten. Wo so alle Treue und alle Ehre der Parteiwuth und den Parteizwecken aufgeopfert wird, wo man so rücksichtslos sich zu dem Satze bekennt, daß der Zweck die Mittel heilige, da ist für Deutschland kein Heil, da kann Deutsche Treue, Deutsche Ehre, Deutsche Macht nur noch mit schamverhülltem Angesichte genannt werden. Wehe uns, wenn wir auch diese Scham nicht mehr zu empfinden vermöchten. Es wäre das sicherste Zeichen unseres Verderbens."

Die Berathung des Welcker'schen Antrags vom 17. bis 21. März. — Eine Abrede der Großdeutschen mit der Linken. — Die Ablehnung des Welcker'schen Antrags. — Die Vertagung. — Die Annahme des Antrags der Linken, bewirkt durch die Erbkaiserlichen am 22. März. — Der Rücktritt des Reichsministeriums.

Die Verhandlungen über den Antrag Welcker's oder genauer die davon ausgehenden und daran geknüpften Anträge des Verfassungsausschusses nahmen am 17. März ihren Anfang, und zwar unter dem Eindrucke der betriebenen offenen Agitation und geheimen Zettelungen, wodurch so viel heftige Aufgeregtheit als Gespanntheit erzeugt war. Vor dem Begin forderten Wigard, Schlöffel und Genossen ausnahmsweise Oeffnung der abgesperrten Gallerieräume für das zuströmende Publikum bei diesen Verhandlungen. Der Vorsitzende, Simson, zeigte sich willig, eine Debatte darüber zuzulassen; als Gagern Einspruch that und die Entscheidung ihm zuschob, ordnete er die Oeffnung so vielen Raumes an, als nur irgend geöffnet werden konnte.

Von den eingereichten Verbesserungsanträgen ging einer, von Prinzinger, dahin, daß dem Könige von Preußen die lebenslängliche Oberhauptswürde übertragen und den Oesterreichischen Bundesländern der Zutritt offen gehalten werden möge. Er kam aus dem Pariser Hofe und von einem Oesterreicher, zu noch einem Zeichen wie nahe man von dieser Seite her der Gagern'schen Partei entgegenkam. *)

---

*) Die Motivirung schloß mit einer Beschwörung der „Deutschen Brüder", den Deutsch-Oesterreichern den Zutritt in der That möglich zu erhalten

Praktisch und fein war der die Vorschläge des Ausschusses unter Modifikationen empfehlende Antrag, den Radowitz gebracht. Nur so wie er wollte wäre es möglich gewesen, für Preußen das von den Erbkaiserlichen erstrebte Ziel zu erreichen, wenn es zu erreichen war. Sie wiesen den Antrag ab, statt sich ihn anzueignen, Theils weil sie dies nicht einsahen und auf ihren Wegen zum Ziele zu gelangen hofften, Theils weil sie mußten wegen der Einmischung der radikalen Elemente in ihre Partei und wegen der eingeleiteten Verhandlungen mit der Linken. Wie nahe ließ sich Radowitz, der Mann solchen Einflusses, solcher Principien, auf die dominirenden Ideen der „konstituirenden" Frankfurter Versammlung, auf das Projekt der Erbkaiserlichen ein, sichtlich um die Gelegenheit für Preußen zu gewinnen ja nicht verloren gehen zu lassen. Aber freilich, man sollte auf Vereinbarung eingehen, und das verwarfen die Gagern'schen wie die Linken, und — dem nächsten Reichstage wurde vorbehalten die Verfassung abzuändern, und deshalb mißtrauten Diese, durften Jene nicht. Die Tagesordnung beantragten nochmals Lassaulx und Linde unter sehr treffender Motivirung.*)

Auch von der Linken kam ein Antrag auf motivirte Tagesordnung, in den Motiven excentrisch, den Verfassungsausschuß und die Erbkaiserlichen nicht minder mißhandelnd als die Regierungen. Ihren vornehmsten Antrag und der nach merkwürdigen Schicksalen sehr wichtig werden sollte, brachte die Linke durch Eisenstuck. Er ging dahin, daß über den vorliegenden modificirten Verfassungsentwurf, ohne weitere Diskussion und ohne Zulassung fernerer Verbesserungsanträge mit Ausnahme solcher, welche mindestens 50 Unterschriften hätten, durch Abstimmung über die einzelnen Paragraphen Beschluß gefaßt, über das Oberhaupt zuletzt abgestimmt und die Abstimmung sofort angefangen werden möge. Die Großdeutschen waren mit ihrer Aufstellung für den Fall, daß die Tagesordnung nicht durchgesetzt würde, noch nicht fertig geworden. Einige von ihnen (Somaruga, Würth, Möring, Pretis, Braun, Reichensperger, Edel, Neu-

---

und ihnen nicht durch Gründung einer Erbmonarchie „jeden Schimmer von Hoffnung zu nehmen, daß sie je auf friedlichem Wege zum Deutschen Vaterlande zurückkehren können."

*) Lassaulx forderte von der Versammlung, die ihn dafür auslachte, daß sie „unbeirrt von greisenhafter Hast wie von jugendlicher Ungeduld in der Berathung des Verfassungswerkes mit Ruhe und Besonnenheit fortfahre und thue was nöthig, dasselbe zu Stande zu bringen."

mayr, Hermann, Wuttke u. A.) schlossen sich vorläufig einem Antrage von Berger an, dem zufolge, nach Benennung der Vorbedingungen für den Eintritt Oesterreichs, die Oesterreichische Regiegierung zur Erklärung binnen vier Wochen aufgefordert und im Fall ihrer Ablehnung über die Verfassung endgültig beschlossen werden sollte.*) Ein Zusatz von Heckscher forderte Ueberweisung der Oesterreichischen Note vom 9. an einen besonderen Ausschuß. Gegen die Anträge des Verfassungsausschusses hatten sich 59, dafür 29 Redner gemeldet.

Berger drang mit der Forderung nicht durch, zur Begründung seines als präjudiciell bezeichneten Antrags zuerst gehört zu werden. Das erste Wort erhielt Welcker. Seine Rede war der richtige Ausdruck seiner Individualität und falschen Stellung.**) Er deutete an, daß eine Zeit kommen könnte, wo er selbst einen Platz auf der Linken sich erbäte, sich zu denen bekennte, die die Republik wollten, allein für jetzt sei die Republik nicht möglich. Das eroberte jedoch die Linke nicht und erhöhte auf der andern Seite die Bedenken und den Widerwillen gegen diese Erbkaiserlichen und ihre Projekte.

Radowitz sprach ungewöhnlich warm und auch dieses Mal gediegen; doch wurden große Willkürlichkeiten in seinem scheinbar vollkommen logischen Gedankengange bemerkt, seine Aeußerungen widersprachen sichtlich dem, was man am 13. Januar von ihm vernommen.***)

*) Biedermann findet in dem Antrage Grundsatzverläugnung u. dgl. so gewiß mit Unrecht, als der Inhalt desselben eben ganz genau mit den bis dahin stets bekundeten Ansichten und Gesinnungen der Oesterreicher korrespondirt, die ihn unterzeichnet.

**) Sie ging von der Aufforderung aus, nach seinem Beispiele den Lieblingsideen und Wünschen zu entsagen. Es fehlte ihr nicht an großen Widersprüchen und Seltsamkeiten. Die Beschlüsse der zerfahrenen Versammlung bei der ersten Berathung waren mehr Lotteriespiel als sichere Berechnung, also ist es gerathen, dieselben ohne zweite Berathung durch En-bloc-Annahme zu endgültigen zu erheben, statt sich zu einer verständigeren Berathung zu sammeln. Die Rechte hat das allgemeine Wahlrecht nicht zu fürchten — die Linke hat den Erbkaiser nicht zu scheuen, denn sie hat ja das allgemeine Wahlrecht, und wenn sie den Beschluß verhinderte, so würde sie gegen ihren Vortheil handeln, denn das Volk dürfte für den Preußischen Kaiser krawalliren, worauf die Säbelherrschaft kommen würde. Wenn die Oesterreicher, die, den Beschluß zulassend, bei Deutschland nicht bleiben, denselben verhindern, um bei Deutschland zu bleiben, so werden sie durch ihre „Missethat" das Band zwischen Oesterreich und Deutschland zerreißen u. s. f.

***) Statt der Gerechtigkeit, die für Freund und Feind dasselbe Maß und Ge-

Er bestärkte manche Schwankende in ihren Bedenken und gewann die Erbkaiserlichen für seine Rathschläge nicht. Sie überhörten die aus seinem Munde vernommenen Wahrheiten und Warnungen, und achteten mit ihrer Korrespondenz die Debatte nunmehr entscheidend zu ihren Gunsten gestaltet. Es würden nun auch wol noch andere Ultra-

---

wicht hat, ist jene böse Verblendung über uns gekommen, die im feindlichen Lager dasselbe schilt und verdammt, was sie im eigenen preist und gutheißt; statt der ernsten Besonnenheit, die auch in trüber Zeit die Augen sich offen erhält für das Ziel und die Mittel, ist eine Leidenschaftlichkeit in dieses Haus eingekehrt, bei der die objektive Beurtheilung der Sachlage, bei der eine heilsame Lösung der verworrenen Fäden unmöglich ist. Diese Diskussion ist ein Prüfstein, ob eine Berufung an die Pflichttreue, den Edelmuth, ja an die Vernunft der Parteien noch möglich ist. Wie ist die gegenwärtige Sachlage? Die Einheit und die Macht Deutschlands wäre zu erreichen gewesen, wenn die Deutsch-Oesterreichischen Lande bei Deutschland blieben. Zu diesem Ende hätte das Deutsche Verfassungswerk in der Centralisation sich beschränken, das Oesterreichische auf dem Föderativprincipe fußen müssen. Durch die Oesterreichische Verfassung sei die Zerreißung vollbracht; er habe nur den schmerzlichen Trost, daß sie nicht von diesem Hause ausgegangen. Aber diesseits war dem Zwecke zuerst entgegengehandelt durch Nichtbeschränkung im Centralisiren. Und die Paragraphen 2 und 3. Auch langte der Redner von diesen ohnehin nicht unstrittigen Vordersätzen nicht ohne Sprung bei dem Schlusse an, daß nunmehr nur noch ein Bündniß mit Oesterreich möglich sei, ein verjüngtes Deutschland dem verjüngten Oesterreich sich zur Seite stellen müsse. Wenn man sodann zuzugeben geneigt war, daß jeder rasch und sicher zu diesem Ziel führende Weg mit Freude zu begrüßen sei, so war man darum nicht weiter. Daß die Mehrheit sich entschließen werde, den von ihm empfohlenen als sicher bezeichneten Weg einzuschlagen, war nicht zu erwarten, und den, welchen die Erbkaiserlichen eingeschlagen wissen wollten, schilderte er als einen höchst unsichern, und der gerade das Vaterland in Gefahr bringe mit schlagender Wahrheit. Der Kern lag in der Behauptung, für welche der Beweis vermißt wurde: Naturgemäß und klüger würde man von der Bundesverfassung, dem rechtlich Bestehenden ausgegangen sein; man ist nun aber einmal von dem Begriffe ausgegangen und hat einen centralisirten Staatenstaat entworfen, den man Deutschland genannt und als Maßstab an die Wirklichkeit gelegt hat — dieser Weg kann jetzt nicht mehr verlassen werden und man hat also Alles und Jedes — nur in versöhnlichster Weise — zu versuchen, auf ihm zum Ziele zu gelangen. Er schilderte die Nothwendigkeit, zumal bei der Entscheidung über die Oberhauptsfrage in der „versöhnlichsten", d. h. in einer den Widerstand, der unüberwindlich wenn er sich erheben würde, thunlichst beschwichtigenden oder umgehenden Weise zu verfahren, und sodann das von den Erbkaiserlichen geforderte Verfahren sehr einleuchtend als die gefährlichste und dummdreisteste aller Verwegenheiten.

montane die Konfession in dieser letzten entscheidenden Frage „nicht höher stellen als das Vaterland", und er werde mit ihnen stimmen, da er gesagt, der eingeschlagene Weg könne nicht mehr verlassen werden. Er hatte, wenn nicht ausdrücklich doch deutlich genug gesagt und eben darauf seine Argumentation gestützt, daß man, um zum Zwecke zu gelangen, auf den Weg des Vereinbarens und Abänderns der Verfassung kommen müsse, weil zum Machtspruch eben die Macht fehle. Sie erklärten es für einen bösen Hintergedanken bei ihm, daß er die Versammlung auf diesen Weg ziehen wolle, und sagten, die Nationalversammlung kann unmöglich jetzt noch von ihrem souveränen Standpunkte zurücktreten, das Stimmenverhältniß ändert sich nicht, sie würde, auf seinen Rath eingehend, die unlösbare Verwickelung sich aufladen, mit einer unentschiedenen Mehrheit durch unabsehbare diplomatische Verhandlungen noch wer weiß wie lange laviren und in vereinzelten Schiffbrüchen sich jämmerlich ohne irgend einen abschließenden Akt zu Grunde richten müssen. Die Gegner rufen spöttisch: was ist er werth? — Unermeßlich viel, ja Alles!

Wurm kündigte an, daß er für den Antrag stimmen werde, weil er wünsche, ruhig sterben zu können; Max Schenkendorf habe gesungen u. s. w. Römer folgte ihm mit Protesten, die den Erbkaiserlichen sehr fatal waren.*) v. Hermann hob hervor, daß sich Oesterreich erboten, Gegenvorschläge anzunehmen, daß ihm die Nationalversammlung die Erklärung auf die seinige noch schulde, und daß der Verfassungsausschuß ganz verkehrt und unbefugt einen Vorschlag, auf welchen es die Antwort erwartet, als eine Schlußerklärung behandelt und die Verständigung nicht gesucht, sondern abgeschnitten habe. Die großdeutschen Verbesserungsanträge lenkten auf die von ihm verschmähten Wege. Nach ihm Münch, erbkaiserlich, nicht schlecht, doch nur Gemeinplätze wiederholend. Dann Vogt unter Ausfällen nach allen Seiten, deren einer gegen die Centralgewalt den Ordnungs-

*) Nichts weniger als daß die Würtembergische Regierung der Preußischen Erb-Oberhauptschaft geneigt sei oder sie gar jemals angetragen habe; von Allem was P. Pfizer gesprochen und geschrieben, habe seine Idee von der Preußischen Hegemonie im Würtembergischen Volke den wenigsten Anklang gefunden und noch weniger, daß die Regierung sie zur ihrigen gemacht, sie sei vielmehr davon ausgegangen, daß die Nationalversammlung nicht zusammengekommen sei, um ein halbes oder dreiviertel Deutschland zu machen, habe sich für die Direktorialform erklärt, namentlich um Oesterreich bei Deutschland zu erhalten; Preußen, weder Staat noch Volk, besäßen für letzteres die erforderliche Hingebung u. s. f.

ruf ihm zuzog. Der Grundgedanke seiner Expektoration war: hättet ihr unsern Rath befolgt.*) Er wollte weder von den Ausschußanträgen noch den Oesterreichischen Propositionen wissen. Sein Vorschlag ging dahin, daß man jetzt Ernst machen möge aus Graf Deym's früherem Zurufe: „Nehmen Sie, erobern Sie sich Oesterreich!" Der Augenblick zum Kriege sei günstig, doch nur, wenn es die Nationalversammlung und deren Beauftragte seien, welche letzteren führten, nicht aber wenn es ein Preußischer Erbkaiser sei: das sei eine Politik der That — und was dieser Tollheiten mehr war.

Sie wurden durch den Ruf nach Vertagung unterbrochen, diese ward beliebt und am 19. die Debatte fortgesetzt. Zuerst hatte Sydenbrugk das Wort. Er bemäntelte seinen Uebergang in das erbkaiserliche Lager und befürspruchte den Antrag — dem nun, nach-

*) Er erinnerte Wurm, Waitz, Riesser stechend an frühere Aeußerungen. Die selbstverschuldete Lage und das System der Nationalversammlung zwinge sie jetzt, zu einer That der Verzweiflung zu greifen, die eine rettende genannt werde und eine verderbende sei. Der Ausschuß habe die Verfassung, die nun in Bausch und Bogen angenommen werden solle, verballhornisirt. Es sei keine nennenswerthe Verzögerung, wenn über die einzelnen Paragraphen blos abgestimmt werde, wozu die Linke die Hand biete. So dringend seien die Gefahren des Oktroyirens u. s. w. nicht, womit Diejenigen ungeheuren Lärm gemacht, die gleichsam mit der Werbetrommel in allen Lagern der Versammlung herumgezogen, um die Schwankenden in das erbkaiserliche zu ziehen, welche man mit allen Fäden der Furcht und Angst und des Patriotismus zu umstricken gesucht, um sie endlich in einem erbkaiserlichen Netze mit absolutem Veto zu fangen, wie es denn die Absicht der geschlossenen Preußischen Partei sei, die Bestimmungen, für welche sie bei der ersten Lesung vergeblich gefochten, durch die Gewalt der Umstände jetzt derselben Mehrheit aufzubringen, welche dagegen gestimmt habe. Eine Krone, welche gegeben werde, erhalte nur dadurch Glanz, daß sie verdient werde, die Preußische Politik sei nicht belohnenswerth, und eine Krone glänze nicht, die man aus dem Sumpfe einer todmüden Versammlung hervorziehe. Die Preußische Politik werde dadurch keine tapferere, konsequentere u. s. w. werden, daß man eine Kaiserkrone hineinverwickele. Sei das Vaterland in Gefahr, so stütze gar nichts die Annahme, daß der Preußische Erbkaiser derselben muthiger begegnen werde, als der Erbkönig 1848 in Schleswig ihr begegnet sei. Eine Einladung an die Großherzigkeit und den Patriotismus der Deutschen Fürsten sei nur eine Absurdität, welche ohne Wirkung bleiben werde. Vergeblich glaube man, daß man dem zum Absolutismus sich kehrenden Preußen durch die freie Reichsverfassung die Freiheit einimpfen werde, der Schwerpunkt werde nur nach Berlin und in die Berliner Versammlung gelegt werden, diese werde obsiegen und Deutschland in Preußen aufgehen u. s.

dem er leidig gestellt worden, nicht mehr auszuweichen sei — so gut er konnte; er gab am Schlusse Träumereien über das zu gründende Erbkaiserthum zum Besten, nicht minder extravagant als die kriegathmenden Phantasien, womit Vogt geschlossen. Raveaux gegen den Preußischen Erbkaiser. Er gab gleichfalls den Erbkaiserlichen, Riesser namentlich, sehr Unsüßes zu hören, insbesondere über den Wahlgesetzhandel.*)

Nachdem Raveaux gesprochen, wurden zwei, viel Gelächter erregende Verbesserungsanträge von Schulz aus Darmstadt verlesen. Im ersten waren die kriegerischen Ideen und Forderungen der Erbkaiserlichen in Frankfurt und Heidelberg formulirt und unabsichtlich parodirt.**)

Sodann ließ Waitz mit großem Centrenbeifall eine Philippika gegen Oesterreich und dessen Konnex mit Deutschland folgen, welche

*) Er erinnerte daran, daß am 19. März 1848 in Berlin der Befehl zum Rückzuge der Truppen erfolgt, das Königthum in Gefahr gewesen sei, das nun in ein Kaiserthum verwandelt werden solle. Ein paar Monate später habe hier ein Preußischer Abgeordneter denselben Antrag gestellt, und sei verhöhnt. Was sich denn nun geändert habe? Preußen gebe keinerlei Garantie. Sogar die Preußischen Kammern wären nicht Deutsch, die erste habe sich ein Weniges Deutscher gezeigt, allein bis jetzt nur durch einige Phrasen. Die Gefahren von Außen und die der inneren Gährung würden durch den Erbkaiser nicht beseitigt. Daß Macht mit diesem kommen, daß dieselbe nicht wider das Parlament angewendet werde, sei ganz unverbürgt, wahrscheinlich sei, daß über letzteres die Berliner Kammer und das Preußische Heer gewinnen würden. Wie man die hohle Phrase vom Kriegführen gegen alle Welt nur habe aussprechen können, da man nicht einmal Dänemark zu besiegen gewußt habe! Es sei in der Geschichte noch nie da gewesen, daß man einen Erbkaiser über 34 andere erbliche Monarchen gestellt habe. Nur ein sechsjähriger Statthalter oder Kaiser löse die Schwierigkeiten, entscheide man sich dafür, so werde die Linke mitstimmen, und der König von Preußen könne darauf, daß er einstimmig auf eine Reihe von Jahren zum Oberhaupt ernannt werde, doch gewiß eher eingehen, als darauf, daß eine zusammengepreßte winzige Minderheit ihm die erbliche Krone antrage; daran sei um so weniger zu zweifeln, wenn es mit seinen Aeußerungen vom März 1848 Deutsch und ehrlich gemeint gewesen sei.

**) „Die Berufung des Königs von Preußen zum erblichen Deutschen Kaiser erfolgt unter der Bedingung, daß derselbe im Namen der Deutschen Nation sofort den Krieg gegen Rußland erklärt und die öffentliche Versicherung ertheilt, daß das „Schwert Deutschlands" nicht eher in die Scheide zurück soll, bis Freiheit, Friede und Wohlstand der Völker Europas auf dauernden Grundlagen gesichert sind; bis die staatliche Vereinigung unserer Deutsch-Oesterreichischen Brüder mit dem Deutschen Reiche durchgesetzt ist" u. s. w.

bewies, wie sehr durch Heftigkeit der Empfindung der Blick sowol des Historikers als Politikers getrübt war.*) M. Mohl sprach im entgegengesetzten Sinne, das Volk auf den Gallerien beklatschte seinen Schluß gegen die Konstituirung ohne Oesterreich, wie es feurige Schlußworte für den Bundesstaat mit Preußischem Erbkaiser bejubelt.**) Reh bemühete sich unter Wiederholung der gewöhnlichen Argumente und Phrasen vornämlich, die Linke für den Erbkaiser zu gewinnen, erhielt aber nur Zischen von ihr. Eisenmann, kein Historiker, belächelt als verworrener Kopf, brachte freilich Verständiges nur in einem trüben Gemisch mit vielem Unverstande vor, hatte doch aber

---

*) Deutschland dürfe sich mit der Gesammtmonarchie Oesterreich nicht verbinden, wenn es Deutsch bleiben, die für den Bundesstaat zu vindicirenden Rechte behaupten wolle; es habe gar nicht dasselbe auswärtige Interesse wie Oesterreich, und überhaupt kein Interesse an Oesterreich, keinen Grund zu wünschen, daß die Lombardei bei letzterem, daß Italien abhängig und zerrissen bleibe, daß die Magyaren herabgedrückt würden u. s. f. Er mischte die Voraussetzung vom Zerfalle Oesterreichs in seine Argumentation, und erklärte, entgegen bestimmten Aeußerungen, die man noch vor Kurzem von ihm vernommen, jetzt zu glauben, daß nur die Erblichkeit den Bundesstaat sichern könne und daß eben für den Bundesstaat ein erbliches Oberhaupt passe. Zufolge seiner auf vorurtheilfreiem Zuschauen beruhenden Beobachtung lag tiefe Sehnsucht nach dem Erbkaiser im Deutschen Volke, die sich freilich erst seit ein paar Monaten Bahn gebrochen, während die Ideen der Linken über das künftige Centralregiment nur einer Doktrin entstammten, dem Volke eingeimpft wären und von ihm ohne warme Sympathie nachgesprochen würden u. dgl.

**) Er äußerte u. A.: „Die Preußische Regierung will nach ihrer Note über ein Direktorium unterhandeln; letztere eine blos ceremonielle nennen, heißt ersterer nachreden, sie spiele Komödie. Das Wahre ist, sie hat den Erbkaiser als ein todtgeborenes Kind erkannt — ich möchte dem Hause die Ehre dieses Wochenbetts ersparen. Die Spekulation auf Oesterreichs Zerfall ist weder — angesehen wie es jetzt dasteht — gescheidt noch brüderlich. Das Verfahren der Oesterreichischen Regierung gegen uns und die Nation erfüllt mich wie Jedermann mit Bitterkeit, aber es handelt sich nicht um eine ihr oder der Oesterreichischen Dynastie zu erzeigende Gefälligkeit, sondern um das Interesse, die Rechte, Macht, Einheit Deutschlands. Dann von der Nothwendigkeit Oesterreichs für Deutschland, von der gänzlichen Unüberlegtheit des Gedankens, einen solchen Staat hinausweisen, ein Preußisches Erbkaiserthum errichten zu wollen, von dem Widerwillen in Süddeutschland gegen ein solches, worin, was man nicht sehe oder sehen wolle, deutlich drei Kämpfe lägen (Nord gegen Süd, Protestantismus gegen Katholicismus, herrschender Volksstamm gegen die übrigen), wovon ein einziger zur Entzündung eines dreißigjährigen Krieges hinreichen würde.

Manches eingesehen, was die Verständigen und Hochfahrenden nicht einsahen. Er sprach für die Tagesordnung.*) Beseler aus Schleswig variirte in allen Tonarten sein Thema: Macht, Macht, Macht! nach der Voraussetzung, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung ohne Weiteres Folge haben würden und daß die von ihr beschlossene Verfassung Deutschland gleichfalls ohne Weiteres mächtig, frei und glücklich machen werde. Man möge die Reaktion fürchten, da man sehe wie es in Oesterreich hergehe. Die Linke rief wiederholt: Und in Preußen! Er hörte zuerst nicht, ging dann aber doch ein, gestand unter Drehen und Winden, daß da auch Vieles faul sei, belehrte aber, wenn man Preußen an die Spitze stelle, so werde Alles neu, Preußen mit. Die Parteikämpfe in der Paulskirche: — es kann Einem dabei allerdings so vorkommen, als wenn hier der Moder byzantinischer Verwesung dufte, aber eben darum gilt es einem großen Akt, zum Beweise, daß wir ein lebenskräftiges Volk sind. Das Centrum klatschte Beifall. Wird der Beschluß auch nur mit einer geringen Mehrheit gefaßt, daran liegt wenig, wenn nur das Volk dafür ist, das in der That darüber entscheiden wird. Das war der Linken süßer Gesang. Ahrens gegen die Oesterreichischen Vorschläge, den Welcker'schen, den Berger'schen Antrag. Die Nationalversammlung solle ihren Weg unbeirrt durch das Oesterreichische Kabinet fortgehen, aber dem Deutschen Volke und acht Millionen Brüdern die Zukunft nicht verschließen, was durch Errichtung eines Preußischen Erbkaiserthums geschehen würde. Der Vorredner habe versichert, der König von Preußen werde annehmen. Ob man aber dessen so gewiß sei? — Die Centren riefen: Ja! — Radowitz' Aeußerungen und des Königs eigene Erklärungen ständen entgegen und nur das

*) Namentlich weil für den Erbkaiser eine wahre öffentliche Meinung nicht vorhanden und Preußen, auch Volk und Kammer, nichts weniger als „Deutsch" sondern äußerst partikularistisch sei, weshalb der Erbkaiserbeschluß den kläglichen Ausgang haben würde, daß die widerstrebenden Regierungen etwas oktroyirten, wozu die Nationalversammlung „Ach ja!" sagen müsse, weil sie für ihre Projekte kein Volk hinter sich habe. Es gebe nur ein Mittel dem Oktroyiren zu entgehen: daß man eine Verfassung mit möglichst großer Majorität votire, welche sich den Anforderungen der Regierungen möglichst annähere und ihnen den Vorwand zu gewaltsamen Eingriffen nehme, und das sei das Direktorium. Die Meinung für den Erbkaiser habe etwas von einer Epidemie, allein die nächste Zukunft werde zeigen, daß nur zu Viele schwach genug wären, allen ephemeren Windzügen der Stimmung nachzugeben.

Preußische Ministerium habe ein zweideutiges Verfahren beobachtet, fuhr er fort und stellte sodann ein Prognostikon über den Ausgang, das sich bewähren sollte, zur Zeit jedoch überhört wurde, so treffend es motivirt war.*) Bauer aus Bamberg brachte eine Anzahl von Absurditäten vor, deren Widersinnigkeit nur Denen verborgen blieb, die „unbekehrbar waren bis sie die ihrer harrende Demüthigung erfuhren". Sie wurden aus sichtlich ehrlicher Meinung und mit einem Pathos vorgetragen, wodurch sie nur um so mehr Gelächter erregten, das mit Bravis von den Erbkaiserlichen abwechselte, die ein wichtiges Zeugniß aus und über Baiern in der die Sitzung schließenden erheiternden Rede erblickten.**)

---

*) Im Jahre 1831 habe der Brüsseler Kongreß beschlossen, dem Herzoge von Nemours die Krone anzutragen, trotzdem daß Mitglieder daran erinnert hätten, daß König Ludwig Philipp seine Zustimmung weigere. Man habe behauptet, das Ministerium könne nicht ablehnen und der König werde durch das Volk gezwungen werden, habe den Herzog mit zwei Stimmen Mehrheit zum Könige ausgerufen, eine große Deputation, wie sie Welcker vorschlage, ernannt und nach Paris geschickt, welche dort feierlichst empfangen sei und sodann eine abschlägliche Antwort erhalten und beschämt heimgekehrt sei; das Französische Ministerium habe durch sein zweideutiges Verhalten allein seinen Zweck erreicht, den Mächten zu zeigen, wie großmüthig Ludwig Philipp sei, der sich dabei nur ein Weniges für seine Dynastie ausbedungen, daß seine Tochter mit dem Könige der Belgier vermählt werde. Nach allen Anzeichen spiele das Preußische Ministerium ein ähnliches Spiel. Ueber die Oberhauptsfrage stimme er Raveaux bei; es dürfte eine bessere Form zu finden, jeder neue Vorschlag aber auch nutzlos sein, da die Mehrheit, die sich nun einmal aus den verschiedensten Elementen und Gründen für das Preußische Erbkaiserthum gebildet zu haben scheine, nicht eher bekehrt werden würde, als bis sie die ihrer harrende Demüthigung erfahre oder bis das Unglück eintrete, das sie über Deutschland heraufbeschwöre. Die Rede gehörte zu den in den Parlamentsberichten meistmißhandelten. Namentlich was darin von den Belgischen Geschichten gesagt und was daran geknüpft war, erwähnten die meisten Berichterstatter in den Blättern gar nicht, auch Rochau schrieb kein Wort davon in die Allgemeine Zeitung. Er fertigte eben diese Rede mit ein paar kurzen nichtssagenden Anführungen ab. Das that auch der Berichterstatter der D. Z., der freilich in ein paar Zeilen jenen Punkt berührte, aber so fragmentarisch und entstellend, daß kein Leser eine Ahnung von dem erhalten konnte, was Ahrens eigentlich gesagt hatte.

**) Ein großer Theil der Fränkischen Bevölkerung hat sich für die Monarchie, in der letzten Zeit auch für das Preußische Erbkaiserthum ausgesprochen. Freilich ist in Altbaiern das Umgekehrte der Fall, allein das kommt nur von Unkenntniß und absichtlich verbreiteten Mißverständnissen. Die Erklärung der Zweiten Kammer — sie ist kein ordnungsmäßiger Beschluß, die Kammer

Am 20. März eröffnete Buß die Debatte. Er bemühete sich vornämlich nachzuweisen, daß sich die Oesterreichischen Vorschläge sehr wohl eigneten, um auf Grund derselben zu unterhandeln. Es fand in des Mißliebigen Munde um so weniger Gehör bei den Erbkaiserlichen, die zudem so etwas nicht ertragen konnten, wie daß er von Preußen zu sagen wagte, Preußen sei allerdings in einer großen Geschichte groß geworden, habe jedoch eine Höhe eingenommen, welche für seine materiellen Kräfte zu schwer sei, es könne die Aufgabe, die es sich gesetzt und für die es Geist und Hingebung habe, mit eigenen Mitteln nicht durchführen, müsse diese durch Verbindung mit anderen Stämmen suchen, wozu aber deren Neigung gehöre, die jedoch nicht überall vorhanden sei und durch ein Preußisches Kaiserthum nicht verstärkt werden würde. Er sagte viel Gescheidtes und ganz Richtiges und erregte nur zu oft durch Barockheiten Gelächter.*) Er hatte in versöhnlichem Geist und ganz vernünftig von den katholischen Antipathien gesprochen und dabei geäußert, die Grundrechte würden vom Volke theilweise zurückgewiesen werden, und wenn die Katholiken mit den Bestimmungen derselben über die Kirche zufrieden sein wür-

---

ließ sich blos hinreißen. Die abgünstige Erklärung der Reichsräthe — sie hat nur bewiesen, daß die Adelskammer die Probe nicht bestanden und durch die Grundrechte, gegen welche freilich in Baiern so schamlos-wirksam agitirt wird, ist dafür gesorgt, daß sie reformirt werde. Die Regierung — sie wird mit patriotischer Selbstverläugnung die von ihr eingenommene Stellung unfreiwillig oder gezwungen verlassen, und begreifen, daß Baiern nur lebensfähig ist, wenn es aufs Innigste an Deutschland sich anschließt. Hat sie sich dem Erbkaiser unterworfen, so wird auch manch anderer Widerspruch verstummen u. s. w.

*) Unerträglich oder unverständlich waren den Professoren, die die Verfassung gemacht und ihren Folgern Ausführungen des Freiburger Professors wie die: Die Gefahren liegen allein in der Nationalversammlung, der der Verfassungsausschuß eine Verfassung oktroyiren will, die auf das Hinderniß der vorhandenen Gegensätze — des religiösen namentlich — stößt, welche man durch keine Verfassung wegbeschließen kann. Man befindet sich in falscher Gleichmacherei unter der Herrschaft von Schulbegriffen, will den Anschluß Oesterreichs hindern und sucht die Hindernisse. Oesterreich zögert, aber es hat Grund genug dazu, in Erwägungen, welche hier freilich nicht gewürdigt werden, in Kälte gegen die Nationalversammlung, wozu diese ihm hinreichenden Anlaß gegeben. Wenn man von Schulbegriffen hinwegblickt, so ist die Verbindung mit Oesterreich möglich, das auch mit jedem Schritte näher gekommen ist, obgleich es die Rücksichten nahm, deren Beobachtung sein rechtmäßiger Verband mit den europäischen Großmächten ihm auferlegte, den man als eine feindliche Verbindung mit denselben auffaßt.

den, so seien diese Bestimmungen doch noch keine Wahrheit. Hiergegen wendete nach ihm Zittel ein, man wolle nur einen Kaiser mit den Grundrechten und sonst keinen. Das konnte er nicht in Abrede nehmen, daß im ganzen Süden und insbesondere in Baden mehr Hinneigung zu Oesterreich als zu Preußen vorhanden sei, doch, setzte er hinzu, werde hier auch das Bedürfniß des konstitutionellen Bundesstaats stärker als irgendwo empfunden und die republikanische Partei habe allen Kredit verloren. Es sollte bald wahr werden von den Konstitutionellen. Er bemerkte richtig, das Volk verlange nach einem festen Rechtszustande, und der werde es für sich haben, der ihm einen solchen biete. Darauf ließ Fröbel Sinn und Unsinn in buntem Wechsel folgen. Er drückte den Doktrinarismus der Linken am schärfsten aus und vielleicht auch ihren dominirendsten Gedanken, indem er schloß: die konservative Partei habe Jahrzehende gesagt: nach uns die Sündfluth! er stelle das für seine Partei so um: und nach der Sündfluth kommen wir! v. Reden machte keinen Eindruck bei der Linken und verminderte die Bedenken der gegen das Erbkaiserprojekt Bedenklichen nicht, indem er die Erstere zu überzeugen suchte, daß die Wahl eines erblichen Oberhaupts der größte Sieg sein würde, den die Demokratie jemals gewinnen könne. Das war die Homogeneität der Elemente der Erbkaiserpartei und das kam davon. Dann L. Simon. Die Erbkaiserlichen rufen: Macht, Macht! Aber nach fremder Macht rufen ist Ohnmacht. Die Versammlung hat keine Macht, weil sie die Anträge der Linken zurückgewiesen, statt der Bürgerwehren die stehenden Heere vermehrt; sie will Kraft verwenden, nachdem sie dieselbe verschleudert hat. Er sprach seine Sympathien für die Befreiung der Magyaren von der Oesterreichischen Herrschaft aus und versicherte, zur Knechtung derselben, zur Vertreibung der Russen werde die Linke der Oesterreichischen Regierung nie behülflich sein. Die Erbkaiserlichen riefen: wir auch nicht! Allein er führte trotz des ihm und den Seinen gegebenen Zeichens eines so herzlichen Einverständnisses mit einer Einräumung, die ihnen nicht half, sehr niederschlagend aus: freilich sei Kultur und Humanität nur noch durch Kleindeutschland zu retten, jedoch nur unter der Bedingung, daß es die hier geschaffenen Volksfreiheiten festhalte und die Bedingung anerkenne wieder Großdeutschland zu werden, weshalb eben Preußen nicht an die Spitze gestellt werden dürfe. Die Schwierigkeit sei nur dadurch zu lösen, daß man sich allseitig — auch der König — wieder zum Geiste der Märzrevolution erhebe.

Unter großer Spannung nahm Gagern das Wort, um seine Beantwortung der Raumer'schen Interpellation noch weit zu überbieten, sich und seiner Partei die Sache gerade am meisten zu verderben, und sich unerhört zu kompromittiren, indem er über dem Bemühen, seine Konsequenz zu vertheidigen, sich in das zweideutigste Licht stellte und eben hierbei zu Ausfällen auf die Linke sich verleiten ließ, die ihm fast den Ordnungsruf zuzogen und am wenigsten ersetzten, was seinem Vortrage an Gediegenheit fehlte. Er gab den Seinen ein Dementi über das andere, indem er z. B. erklärte, eine nöthigende Gefahr sei allerdings nicht vorhanden, es sei unsittliche und unpolitische Spekulation, wenn man den Zerfall Oesterreichs in Aussicht nehme. Er hatte in seiner Antrittsrede als Vorsitzender der Nationalversammlung ausdrücklich den Beruf der letztern in die Schaffung einer Verfassung „für das gesammte Reich" gesetzt, die Wahl eines Oesterreichischen Prinzen zum Reichsverweser betrieben und mit Einem Worte überflüssig gesagt und gethan, was nur zum vollständigsten Beweise gehören mag, daß er im Anfange die Konstituirung mit Oesterreich für möglich und nothwendig gehalten und erst im Verlauf der Sachen auf sein Projekt einer Konstituirung ohne Oesterreich gekommen war; und man mußte dies annehmen, um noch ferner an seine Ehrlichkeit glauben zu können, nicht glauben zu müssen, daß er vom Anfange heuchelnd und tief versteckt ein durch und durch falsches Spiel getrieben. Noch viel unglücklicher als am 17. bemühete er sich an diesem Tage seine Konsequenz zu retten und den Vorwurf, der ihm wenigstens öffentlich in der Versammlung gar nicht gemacht war, abzuwenden, daß er vom Anfange für das Preußische Erbkaiserthum intriguirt habe, indem er behauptete — bezüglich mit dem Geständniß hervortrat — dasselbe sei schon im März 1848 sein Gedanke gewesen, womit er — das Geständniß vervollständigend — die Anschuldigung gegen die Linke verband, daß sie wortbrüchig geworden, indem sie ihr in der Heidelberger Versammlung gegebenes Versprechen für den König von Preußen nicht gehalten. Besonders hierüber und Aehnliches war die Unruhe immer größer, waren die Unterbrechungen immer häufiger geworden. Eine ihm höchst ungünstige Ueberraschung und Verwunderung erregte er durch die Aeußerung — in Frankfurt gethan, wo so viele Kaiser gewählt waren und Angesichts so vieler seiner Partei angehörenden Historiker, Angesichts von Dahlmann, der von Wiederherstellung der ehevorigen Wahlfreiheit gesprochen —: das Erbkaiserthum sei im Grunde auch gar

nichts Neues, da Deutschland vormals eigentlich keine Wahl- sondern eine Erbmonarchie gewesen, eine Erbmonarchie über anderen Monarchien. Eine andere Aeußerung zur Rekommandation Preußens, dasselbe sei unermeßlich groß, erregte schallendes Gelächter. Er korrigirte sich nicht eben geschickt: er wünsche, daß es größer wäre, im Grunde aber seien alle Volksstämme bereits in Preußen vertreten, das freilich zur Zeit nicht, aber allmählig in Deutschland aufgehen werde. Neue Ausfälle gegen die Linke reizten diese zu neuen lärmenden Unterbrechungen, die ihn in einen widerwärtigen Wortwechsel mit Vogt, in eine Weiterung selbst mit dem Vorsitzenden verwickelten, die mit einer Art Einlenkung endete. Er kam dann noch einmal auf die Sache zurück, er schloß mit einem Treffer, Walther von der Vogelweide anziehend, die Centren strengten sich zu künstlichem donnernden Beifall an, allein die Rede war die entschiedenste Fehlgeburt gewesen, machte auf allen Seiten den schlechtesten Eindruck, den schmerzlichsten bei seinen Freunden, denen sie wahres Herzweh verursachte, die über dem Hören wie auf der Tortur saßen; und nachdem sie den Widersachern den Genuß triumphirender Schadenfreude bereitet, folgte ihr unmittelbar auch noch ein Dementi, das mehrere Mitglieder den Behauptungen des Redners, der das entschiedenste Fiasko gemacht, über die Vorgänge der Heidelberger Versammlung durch einen Protest gaben, welchen sie feierlichst einreichten und der wiederum einen Wortwechsel zwischen Heldmann und Bassermann herbeiführte.*)

*) Daß besonders Gagern es verdorben, schrieb Rochau in die Allgemeine, andere erbkaiserlich gesinnte Korrespondenten meldeten es in andere Blätter. Das im Text über die Eindrücke der Gagern'schen Rede Berichtete ist derart notorisch, daß man schwer umhin kann, Verläugnung bewußter Wahrheit darin zu erblicken, wenn Haym (II, 333) sagt, „die Diskussion in der Paulskirche wurde je länger desto günstiger für unsere Sache. Der Dienstag führte Gagern auf die Tribüne, und Gagern sprach mit gewohnter, ich möchte sagen heroischer Beredsamkeit, wenn es auch — so lautet der nachhinkende Satz — vielleicht nicht klug war, daß er die Linke mit etlichen machtvollen Schlägen traf, da doch die Linke viel mehr gewonnen als abgestoßen werden mußte." Laube (III, 363 f.) giebt sich vergebliche Mühe, die Blößen, welche Gagern überhaupt und insbesondere gegenüber der Linken gab, durch das freche Betragen und den rohen Unpatriotismus derselben „im feierlichen letzten Augenblicke" zu bemänteln. Wenn ich erzählen wollte, was ich von denen gesehen und gehört, die Gagern am nächsten standen! Sie widersprachen dem Urtheile nicht, welchem Schmerling unmittelbar nach der Sitzung Ausdruck gab und das noch sehr mild im Vergleich mit dem von nicht Wenigen unter ihnen selbst lautete: Es scheint, daß der Antrag mit

Nach Gagern Berger, der zufolge seiner Ankündigung den Oesterreichischen Standpunkt, weil der Preußische dazu herausfordere,

---

zehn Stimmen angenommen werden wird. Ist es schon schwer, von einer solchen Majorität eine Krone annehmen, so wird es doppelt schwer, wenn man die Umstände erfährt, unter welchen die Krone angeboten wird. Die Reden der Freunde des Erbkaiserthums, besonders die Rede Gagern's von diesem Tage haben die neue Schöpfung im Keime zerstört. Der Ministerpräsident hat sich darin völlig verbraucht und seiner Sache ungemein geschadet. Er erwähnte, daß die Privatvereine zu Heppenheim und Heidelberg, in welchen die ärgsten Demokraten in seiner Gesellschaft gesessen, schon im März 1848 den König von Preußen als Deutschen Kaiser sich ersehen hätten, weshalb die Idee keine neue sei. Der König von Preußen wird jenen wortbrüchigen Republikanern Dank wissen, die ihm die neue Würde zugedacht. Weiter kompromittirte Gagern so viel möglich die Fürsten, die im Drange der Umstände ihm und seinen Freunden Versprechungen gemacht. Endlich zankte sich der Minister mit der Linken in einer Weise, die einen fast ununterbrochenen Tumult hervorrief. Er bewies, daß er ein redlicher Mann und ein Mensch von lebendigem Gefühl sei, aber wenig staatsmännischen Takt besitze. — Spöttisch genug ließ die Frankfurter Zeitung sich aus. Sie schrieb u. A., nachdem sie kritisirt, was Gagern über Deutschland als ehemalige Erbmonarchie gesagt: Dunkler als diese Partie ist der Ursprung eines andern dem Herrn Ministerpräsidenten eigenthümlichen historischen Dogmas, welches darin besteht: Die Deutschen „Mittelreiche", welche das große Hinderniß unserer Einigung seien, hätten „ihre Größe nicht etwa aus frühern Zuständen sich gebildet", sondern erst in der Napoleonischen Zeit sich erworben. Daß noch zu Anbegin der ersten Französischen Revolution Baiern die Lande zweier Deutscher Kurfürstenthümer und überdies beträchtliche Gebiete am Niederrhein, im Westrich und in Schwaben besaß, daß das damalige Kurfürstenthum Sachsen doppelt so groß war, als das jetzige Königreich dieses Namens, endlich daß seit jener Zeit selbst der Hannover'sche Staat nicht in dem Verhältnisse gewachsen ist, wie das „unermeßlich große" Preußen; dies Alles sind Dinge, von denen der Herr Ministerpräsident keine Notiz nimmt. Und warum sollte er es auch thun? Würde er sich dann nicht in seiner Preußischen Erbkaiseridee etwas beengt, weil gezwungen fühlen, der partikularistischen Lebenskraft der bezeichneten Staaten einige Rechnung zu tragen? Ohne Zweifel war H. v. Gagern einer der „redlichen Männer und Freunde" des Herrn Welcker, die nach des Letztern Erzählung (S. 4769 der sten. Ber.) ihm geradezu gestanden, daß sie darauf hinarbeiteten, daß die kleinen Staaten verschlungen werden. Herr v. Gagern hat niemals ausdrücklich das Gegentheil behauptet; er hat damals, als er den „kühnen Griff" machte und die Wahl eines Oesterreichischen Prinzen zum Reichsverweser veranlaßte, mit keiner Sylbe gesagt, daß er den König von Preußen zum Erbkaiser **nicht** erhoben wissen wolle. Er konnte sich daher mit vollem Rechte rühmen, „immer offen gehandelt" zu haben u. s. f.

scharf betonen und versuchen wollte, selbst aus dem Widerstreite beider den Deutschen zu retten, die Deutsche Aufgabe der Nationalversammlung hinzustellen.*)

Im Verlauf der Debatte, deren Schluß auf mehrseitigen Antrag nach Berger's Rede beliebt wurde, waren noch eine Anzahl von Verbesserungs- und Gegenanträgen eingereicht, darunter ein ironisch-höhnender von H. Müller**) und der großdeutsche, welchen in Folge

---

*) Er bemerkte u. A., daß die der oktroyirten und auch noch nicht fertigen Oesterreichischen Verfassung nachgefolgte Note schon weiter in der Deutschen Verfassung gehe, als Oesterreich mit seiner ernst gemeinten Verfassung würde gehen können; sie beweise, daß es sein letztes Wort eben nicht gesprochen. Wenn die vorgebliche Gefahr, wie Gagern gesagt, von der Märzbewegung an vorhanden gewesen, und wenn sie das Preußische Erbkaiserthum bedingte, so hätte man dieses sofort errichten und die Oesterreicher nicht ins Parlament rufen müssen. Mitglieder von der Seite, welche jede Revolution zum Verbrechen stemple, hätten ihm gesagt: wenn der König nicht annehme, so werde es eine Pallast- oder Straßenrevolte geben: sie bauten also ihre Hoffnungen auf ein Verbrechen. Es solle Gefahr von noch anderen Feinden drohen — die ärgsten Feinde Deutschlands wären die, welche seine Einheit um ein Phantom preisgeben wollten. Gagern deute das Mandat der Nationalversammlung falsch dahin, die Aufgabe sei einen starken Bundesstaat zu schaffen. Sie sei vielmehr, ganz Deuschland in einen Staatenverband zu bringen, nicht ein Deutschland für eine apriorische Verfassung, sondern für das wirkliche Deutschland eine mögliche Verfassung zu schaffen; ein Mandat zur Schaffung eines Preußischen Kaiserthums fehle gänzlich, Deutsch-Oesterreich sei durch das gesammte Deutsche Volk zur Mitwirkung berufen. Hinter dem Kaiser des Parlaments werde nur die Minderheit des Volks stehen. Die Dynastie Habsburg-Lothringen solle in Zukunft das Recht verloren haben, an der Spitze Deutschlands zu stehen — wodurch denn, wenn dies wahr, das Haus Hohenzollern das Recht dazu *erworben* habe? Man möge Oesterreich eine angemessene Frist stellen und wenn es nicht komme, abschließen, doch nicht mit einem Preußischen Erbkaiser, wodurch man die Deutsche Einheit, Freiheit, Zukunft verrathen würde.

**) In Erwägung, daß zwar die Zumuthungen der Anträge des Ausschusses Nummer 1—7 unerhört, in Erwägung aber, daß für die Versammlung „die zwölfte Stunde" nun gekommen zu sein scheine, und daß bei den Schwankungen des unnatürlich verzerrten Parteiverhältnisses eine, wenn auch kümmerliche Majorität zusammengetrieben werden könnte, durch welche der König von Preußen eingeladen würde, *diese neue Kaiserkrone, welche einer Dornenkrone gar zu ähnlich sehe, auf sein Haupt zu setzen* u. s. w. u. s. w., möge beschlossen werden, zum *Achten* das Reichsministerium zu beauftragen, ohne allen Verzug durch Unterhandlung mit der Preußischen Regierung die durch die Umstände

der (S. 188) erwähnten Mainlustbeschlüsse vom 17. Heckscher formulirt. Gegen letztern hatte die Malice der Erbkaiserlichen, seitdem sie ihre Beschuldigungen und Verdächtigungen, die Großdeutschen suchten Bündniß mit der Linken, erneut, sich vorzugsweis gekehrt. Sie machten es ihm zum bittern Vorwurf, daß besonders er viele Oesterreicher davon zurückgebracht habe, ihren Austritt zu beschließen oder des Abstimmens sich zu enthalten u. dergl. Man erhielt im großdeutschen Lager die Kunde, daß die Erbkaiserlichen seit dem 14. mit der Linken unterhandelt, daß diese (am 16.) beschlossen habe, jedes ihrer Mitglieder solle austreten, das für den Erbkaiser stimmen wolle, daß dann aber mehrere (H. Simon und dessen Freunde) ihren Austritt angezeigt, daß ihnen noch mehrere folgen dürften, daß jene Unterhandlungen doch noch Erfolg versprächen. Heckscher's Formulirung erhielt am 18. die Billigung des Ausschusses und einer Parteiversammlung der Großdeutschen, in welcher auch der Beschluß gefaßt wurde, da in Folge jener Transaktion die Aussichten für die Ausschußanträge zuzunehmen und alle Stränge reißen zu wollen schienen, einen Versuch zu machen, die Linke für die großdeutsche Aufstellung und insbesondere für einen Vorschlag zu gewinnen, welcher die Anknüpfung von Unterhandlungen mit Oesterreich und eine Fristgestattung von einem Monate zu diesem Ende bezweckte. Wuttke, v. Hermann und Reichensperger begaben sich in den Deutschen Hof, wo die ganze Linke versammelt war. Man debattirte mehrere Stunden. Der letzterwähnte Vorschlag wurde schließlich mit allen Stimmen verworfen. Man hatte die Linke lediglich zwischen Ja und Nein gestellt, was sie verübelte und sich nicht gefallen lassen wollte. Dagegen versprach sie, den von ihr beredeten Eisenstuck'schen Antrag fallen zu lassen und den Heckscher'schen unter Abänderung eines Nebenpunktes, welcher bewilligt wurde, sich anzueignen. (Wuttke 84.) Nach dem großdeutschen Antrage sollten nun die Paragraphen 1—3 die Fassung des großdeutschen Entwurfs erhalten, die Würde des Reichsoberhaupts sollte abwechselnd von drei zu drei Jahren dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen übertragen, dem nächsten Reichstage Revision der Verfassung vorbehalten, die zweite Lesung beschleunigt, das Wahlgesetz, wie es in der ersten

---

gebotenen Abänderungen in der Verfassung der Preußischen Monarchie zu verabreden und zu sichern, und die Annahme des Königs zu erwirken, bis wohin 1—7 unwirksam zu bleiben hätten.

beschlossen worden, definitiv angenommen, Oesterreich zum Eintritt aufgefordert, und wenn derselbe nicht binnen Monatsfrist erfolge, dem Könige von Preußen die Reichsstatthalterschaft provisorisch übertragen werden. Einem Theile der Großdeutschen erschien die Bestimmung über das Wahlgesetz auch jetzt noch unstatthaft, während die Unterzeichner dafür hielten, daß mit ihr — nachdem die Erbkaiserlichen mit der Linken einig darüber geworden — nichts mehr vergeben, durch ihre nutzlose und nur eigensinnige Weigerung aber die letztere abwendig gemacht und bewogen werden würde, durch ihre Stimmen die Genehmigung der Ausschußanträge herbeizuführen.

Am 21. hatten noch die Berichterstatter der Mehrheit und der Minderheit des Verfassungsausschusses das Wort. Für das erste Minderheitserachten sprach Römer, und zwar sehr energisch,*) für mehrere Minoritätserachten der linken Seite Schüler, aus dem radikalsten Standpunkte, lichte Ideen excentrischen beimischend. Aus den Centren war zehn für einmal der Linken treffend gesagt, wohin ihre Maximen und ihr Verhalten führen müßten, jetzt wurde er ihnen Prophet, so daß die Linke und die Erbkaiserlichen, beide blind für die eigenen Irrungen, einander die Falschheit ihrer Wege wiesen.**)

*) Er erklärte mit verstärktem Nachdruck, nicht von fern sei an ein solches Preußisches Erbkaiserthum gedacht, als die süddeutschen Regierungen, namentlich die Würtembergische, nach der Pariser Februarrevolution dem Könige von Preußen die oberste Leitung überlassen wollen; trotz der längst dagewesenen Gefahr habe man ruhig, ja weitschweifig berathen; der Mangel an Vertrauen, die Stockungen im Verkehr, der ganze gespannte Zustand, weshalb der Abschluß so dringend gefordert werde, hätten vornämlich ihren Grund in der von Frankfurt ausgehenden Furchterregung und Furcht; durch den Ausschluß Oesterreichs die Ordnung herstellen wollen, sei gerade das Verkehrteste von Allem was man thun könnte; man tröste mit einem Revisionsreichstage, aber der Hauptpunkt sei das Oberhaupt, und bei ihm eine Abänderung unmöglich; die Versammlung werde aufgefordert eine große That zu thun, aber Deutschland zerstückeln sei keine.

**) Er sagte u. A.: Der König von Preußen wird annehmen, aber nicht von uns; wir werden nur die Veranlassung abgeben, daß er sagt, wenn mir die Deutschen Fürsten die höchste Gewalt übertragen, will ich sie annehmen, und weil die Nationalversammlung mich bittet, will ich die Regierungen darum fragen, und er wird, wenn sie ja sagen, ein Kaiser mit dynastischem Oele gesalbt, ein Kaiser der Deutschen Fürsten sein. Vormals hatte der Kaiser eine Stütze im Volk gegen die ihn bedrohende Uebermacht der Fürsten, der neue wird sich auf die Fürstenmacht gegen das mit einem neuen, demokratischen Geiste beseelte Volk stützen; die Preußische Hausmacht wird die Quelle der Macht des Preußischen Erbkaisers sein, um so mehr

Nach Schüler Riesser mit seiner ewig langen famosen Schlußrede, die an Ideen nicht reich, an Sophismen und Phrasen überreich war. Er strengte sich — der Charybdys verfallend — an, der Linken die Bedenken wegen des Revisionsreichstags und des Veto auszureden, woran am 19. die Verhandlungen mit der Fraktion Simon gescheitert waren. Er brachte Einiges zur Rechtfertigung des Wahlgesetzhandels bei, eröffnete den Uneingeweihten die Aussicht, über die tieferen Gründe seiner Bekehrung ein anderes Mal belehrt zu werden und bat — mit Mephistopheles — ihn für dies Mal gnädig zu entlassen. Er entschuldigte seine Partei bei der Linken, daß sie „auch" die friedlichen und erhaltenden Kräfte aufzurufen und zu gewinnen suche, und betheuerte, daß sie die unbezähmbarste würde erfunden werden, sollte die alte Zerrissenheit und der alte Druck wieder aufgedrungen werden wollen. Er erklärte die Koalition der Großdeutschen und Radikalen für ein altes Märchen, das er nicht erneuern wolle, und er wollte es nicht, weil sein Hauptbemühen dahin ging, die Linke zu überreden, daß sie mit den Erbkaiserlichen Gemeinsames, aber nichts gemein mit den Direktorialen habe, die er bei ihr zu verdächtigen suchte, womit er die hinlänglich deutliche Ankündigung verband, die Erbkaiserlichen würden schlechterdings auf deren Ideen nicht eingehen und gar nichts zu Stande kommen lassen, wenn sie, von der Linken im Stich gelassen, ihren Antrag nicht durchsetzen sollten. Er gab zu, daß es mit der Verfassung und dem Kaiser nichts sei, wenn das in Preußen herrschende System dauern und Preußen die ungeänderte Verfassung sammt Grundrechten nicht annehme. Polemisirend gegen den Antrag von Radowitz und für den souveränen Standpunkt der Versammlung äußerte er, die Parlamentsmitglieder handelten mit Nichten aus dünkelhafter Ueberschätzung, sondern als treue Werkleute der Geschichte, als Priester des Genius des Vaterlandes, die nur verkündeten, was ihnen die Gottheit eingebe u. dergl. Die Phraseologie des advokatisch-geschulten Geistes, des guten warmen Herzens und nicht zu starken politischen Kopfes steigerte sich höher und immer höher bis zu einem schwindelnden Schlußklimax, der auf der Rechten „tiefe Bewegung", „stürmischen anhaltenden Beifall", auf der Linken lautes und freilich rohes Gelächter hervorrief. Die Riesser'sche Rede machte einen gewaltigen

---

wird er sie centralisiren, um so weniger wird Preußen in Deutschland aufgehen.

Eindruck, doch nur bei der eigenen Partei des Redners, was die letztere sehr bald selbst einsah. Im Momente freilich erhöhete sie die Siegeshoffnungen der Erbkaiserlichen, doch nur, um ihnen eine desto bitterere Enttäuschung zu bereiten.*)

Die großdeutsche Parlamentskorrespondenz urtheilte: Die Verhandlung über die Frage, an welche das Schicksal des Deutschen Volkes, Zerreißung und Entzweiung oder Einigung und Erhaltung des großen Vaterlandes geknüpft ist, hat wol nur wenige Erwartungen befriedigt. Nur hie und da war es einem der Redner gegeben, sich auf der Höhe der Aufgabe zu halten und der Würde des Gegenstandes zu entsprechen. Bald vernahmen wir langgedehnte persönliche Erörterungen und Ergüsse eines gekränkten oder gereizten Selbstgefühls,

---

*) Haym (II, 333) posaunt. Einen größeren Triumph habe die Beredtsamkeit selten gefeiert. Umgekehrt bewies sie schlagend die ganze Nichtigkeit dieser Parlamentsberedtsamkeit. Riesser sprach die Ideen und Gefühle der Erbkaiserlichen „aus innerster Empfindung und mit dem vollen Ausdruck der Wahrheit" aus, und die Gallerien jubelten bei allen Redeknalleffekten; „man begreift" daher allerdings, daß er „stürmische Bewegung" hervorrief „aus allen Räumen des dichtbesetzten Hauses". Und doch blieb dieses theilweis kalt und zwar gerade da wo es darauf ankam seine Abgeneigtheit zu verwandeln. Haym erzählt ganz richtig, wie man Riesser und Gagern sich in den Armen liegen sah, wie man sich um den edlen Redner drängte, wie „wir" kaum unsere Rührung bezwangen, in der letzten Stunde unseres Wirkens zu sein, einen bereits errungenen Sieg in der Hand zu halten glaubten. Allein er fährt fort, „wenn wir sagten, Riesser's Beredtsamkeit feierte einen Triumph, so müssen wir hinzusetzen, daß sie uns dennoch nicht eine einzige Stimme zu erobern vermochte," und was ist das für eine Beredtsamkeit, die Keinen gewinnt und nur die schon Gewonnenen in Exaltation versetzt? Es ist ein schlechter Trost für solche Effekt- und Kraftlosigkeit einer Rede, daß der Redner vermeintlich „Vernunft und Nothwendigkeit" für sich hatte u. s. f., daß die Gegner angeblich selbst ihre Niederlage erwarteten — ohne doch aber dadurch entmuthigt zu werden —, daß sie „im Voraus jeder Ansprache an ihr Gemüth, jedem Aufruf an ihren Patriotismus den Eingang versperrt hatten", während „wir" tief ergriffen waren von dem Ausdruck eines so warmen und edlen Patriotismus, und da — auch eine „noch so glühende Rede nicht den Effekt eines Wunders haben konnte" in einer Versammlung, die durch „monatelanges Anhören von Reden gegen derartige Eindrücke abgestumpft war". Und doch hielt man immerfort Reden, vertraute auf deren Eindrücke und rühmte deren Effekte! Noch kläglicher winselt Laube (III, 366) darüber, wie beweglich Riesser unerschöpflich und stundenlang gesprochen, ohne die Barbarenherzen zu rühren, ohne auch nur das mindeste auszurichten gegen solche „entseelte Parteiung".

bald stieg der Ton bis zu jenem Konversationsstyl herab, in dem man sonst nur an öffentlichen Orten bei der Weinflasche politische Fragen zu besprechen pflegt. Die Verhandlungen haben nur die Beweggründe für die Annahme des Antrags übrig gelassen, die von dessen Fürsprechern nicht ausgesprochen sind: die Ohnmacht des Reichsministeriums, die Verläugnung seiner Stellung über den Parteien, die Eroberungssucht der Partei, welche unnachgiebig auf dem Preußischen Erbkaiser besteht. Die Debatte hat herausgestellt, daß die „Gefahr" nicht vorhanden ist, insbesondere keine solche, die die beabsichtigte Uebereilung in den parlamentarischen Formen rechtfertigen könnte. Die Erbkaiserlichen haben die Begründung ihres Antrags nach dem positiven Staatsrechte versäumt; ihre staatswissenschaftlichen Betrachtungen von Bundesstaat und Staatenbund waren nur das alte Herumrutschen auf unsicheren Schulbegriffen. Nur die geringste Zahl unserer Redner gelangte zum Wort. Der Gesammteindruck der parlamentarischen Schlacht war den Erbkaiserlichen entschieden ungünstig."*) Der entgegengesetzten Meinung waren die Erbkaiserlichen.

---

*) Die Korr. fügte hinzu: „Aber durch Privat-Agitation und förmliches Stimmenpressen gewannen sie Viele; das Glockengeläut und Kanonenschüsse sollen von ihnen schon bestellt gewesen sein." Von den Debatten und dem Getreibe während derselben lieferte sie ein äußerst unschmeichelhaftes, nur zu viel Wahrheit enthaltendes Bild. „Die erbkaiserliche Partei entwickelte jene Ueberlegenheit der Taktik, welche gute Disciplin und einträchtiges Hinarbeiten auf einen Zweck zu gewähren pflegt. Da diese Partei in kompakter Masse und dichten Reihen den Rednerstuhl umgiebt, so hat sie es in ihrer Gewalt, den Anwälten einer ihr verhaßten Sache Steine in den Weg und Prügel zwischen die Füße zu werfen, die auch den Besonnensten zu verwirren oder zu oratorischen Fehltritten zu verleiten geeignet sind. Sie hat denn auch von dieser ihrer Macht den schonungslosesten und umfassendsten Gebrauch zu machen nicht verfehlt. Hohn und Gelächter schallte dem Einen entgegen, anhaltendes absichtlich genährtes Geräusch störte die Anderen und machte ihre Worte für den größeren Raum der Paulskirche unverständlich. Besonders auffallend war dies am ersten Tage bei Hermann's Rede, sowie am letzten, während Schüler als Berichterstatter der Minorität redete. Aehnliches geschah wol auch früher in leidenschaftlich aufgeregter Stimmung, aber so planmäßig und beharrlich wie diesmal haben wir dieses Mittel noch nie anwenden sehen. Dazu kam noch das Geräusch, welches durch die mit wirklich unermüdeter Geduld fortgesetzten Bekehrungsversuche verursacht wurde, denn in allen Regionen des Hauses bemerkten wir wandernde Missionäre der preußisch-erbkaiserlichen Partei, welche bald diesen, bald jenen Schwankenden oder für schwach Gehaltenen noch in der zwölften Stunde herüber zu ziehen suchten, und dies sichtlich mit jener Beredtsamkeit und

Sie glaubten bis nach erfolgter Abstimmung im entschiedensten „Redevortheile" zu sein und übernahmen sich im Selbstruhme sogar noch, nachdem erstere erwiesen, wie eitel derselbe war, denn die allseits unerwartet starke Mehrheit gegen den Antrag ist nur daraus zu erklären, daß nicht Wenige durch die Debatten entgegen gestimmt wurden, was erst durch ihr Votum sich herausstellte. Auch auf der Seite der Erbkaiserlichen judicirten indeß wenigstens Einzelne mit größerer oder geringerer Unbefangenheit über den Redeeffekt.*)

Es war jedenfalls von keiner guten Vorbedeutung für die Sache der Erbkaiserlichen, daß sie zu so unerhörten Anstrengungen sich gedrungen gesehen hatten, um die zur Mehrheit erforderlichen Stimmen zusammenzubringen. Waren Viele oder die Meisten von ihnen siegsgewiß, so war doch Manchen nicht gut zu Muth, weil sie fühlten, daß das Kaiserthum doch nicht allein in der Nationalversammlung gemacht werden könne, am wenigsten durch eine sehr geringe Mehrheit, und daß ein ihren Anträgen günstiger, zumal wenn mit nur wenigen Stimmen gefaßter Beschluß, das Berliner Kabinet in große Verlegenheit setzen müsse. Ihnen bangte vor der weitern Entwickelung. Denn wie, wenn der König die ihm dargebotene Krone ablehnte? Man hatte die Leidenschaften erregt, Demonstrationen präparirt, von einer

---

Gestikulation trieben, mit der man etwa einem unbußfertigen Missethäter eine Stunde vor der Hinrichtung noch zuzusprechen pflegt. Es war ein förmliches Matrosenpressen. So wirkte Alles zusammen, um dem zahlreich zuschauenden Publikum den unerquicklichen Anblick einer Versammlung zu gewähren, die in absichtlicher Zerstreuung und wirklicher oder affektirter Geringschätzung die Verhandlung ihrer wichtigsten Frage fast wie eine leere und lästige Formularität behandelte."

*) Am 20. schrieb Raumer (II, 349): „Wenn unsererseits zuletzt Gagern und Riesser sprechen, so sind wir gewiß im Redevortheil." Er rühmt die geschickte Taktik, wonach die Preußen „die Vertheidigung ihres Vaterlandes Nichtpreußen überließen", und bemerkt, trotz langen Reden und unzähligen Wiederholungen bleibe Manches ungesagt, z. B. wider den Wahnsinn etlicher Thoren, Preußen zu schwächen um Deutschland zu stärken u. s. f., wogegen denn kolossal konfuse Ansichten vorgebracht würden, z. B. die Furcht, daß die kleinen Fürsten Preußens Herr werden könnten, oder der Wahnsinn des Antidiplomaten Schulz, der den König von Preußen verpflichten wolle, Krieg nach allen Seiten zu beginnen, Italiener, Polen, Ungarn, Türken zu befreien u. s. f. Mathy sagte mit dürren Worten im reichsministeriellen Organe: „Die Versammlung ermangelte bei der Debatte der ruhigen Haltung, welche jede Meinung anhört und durch ihre Würde das Volk ehrt, dessen Willen sie ausdrückt."

Palastrevolution u. dgl. gesprochen — mit Feuer gespielt, ohne gewiß zu sein, daß man ihm gebieten könne. Die Rechnung bei den Ausschußvorschlägen hatte getrogen, die Debatte hatte keinenfalls den gehofften durchschlagenden Effekt gemacht. Statt sich aber bestimmen zu lassen, den Antrag zurückzuziehen, drängten die Erbkaiserlichen zur Abstimmung, obgleich sie selbst nur auf eine Mehrheit von wenigen Stimmen rechneten.

Nach dem Schluß der Debatte suchte Radowitz durch eine ordnungwidrige Erklärung von der Tribüne „im letzten Momente auf einzelne Schwache seinen Einfluß zu üben" (Braun 164). Der parlamentarische „Theatercoup" fand scharfen und begründeten Tadel. Simson mußte Raveaux Recht, Radowitz Unrecht geben und sich selbst korrigiren. Es folgte die Abstimmung über den Antrag auf die Tagesordnung, die mit nur fünf Stimmen abgelehnt wurde. Die Abstimmung hatte die überfüllte Paulskirche in „fiebernde Bewegung" gebracht, auf welche nun wieder plötzliche Stille folgte. Die Erbkaiserlichen hielten ihre Sache für verloren, ihre Gegner die ihrige jedoch noch nicht für gewonnen.*) Hierauf unter peinlicher Stille die Abstimmung über den Antrag des Ausschusses. Er wurde mit 283 gegen 252 abgelehnt. Die große Mehrzahl der Oesterreichischen Abgeordneten hatte mitgestimmt.**) Von den 188 Preußen

*) Bei Laube (III, 368) und Haym (II, 335) die Rechnung der Erbkaiserlichen und eine Schilderung ihrer Desperation. Detmold schrieb über die Abstimmung: „diesem Resultat zufolge durfte man nun mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß der Ausschußantrag mit gleicher Majorität werde angenommen werden, die freilich wesentlich von der großen differirt haben würde, deren die erbkaiserlichen Blätter in den letzten Tagen sich rühmten — allein für den Zweck hätte sie genügt, da der Berliner Landtag den Ball des Erbkaiserthums aufgenommen hätte, auch wenn dasselbe nur mit fünf Stimmen beschlossen worden wäre."

**) Am zweiten Tage der Berathung hatten Würth und Arneth ihren Austritt angezeigt, für welche später eingesehene Irrung sie von den Erbkaiserlichen unter neuen Beleidigungen ihres Landes und ihrer Landsleute hoch gepriesen wurden. Dann hatten Schneider und Rößler aus Wien, Reitter und Makowiczka aus Prag eine Erklärung eingereicht, wodurch sie gegen die Oesterreichische Verfassung in dem Sinne protestirten, daß sie dadurch ihr Recht, an den ferneren Verhandlungen und Abstimmungen in der Nationalversammlung Theil zu nehmen, gewahrt zu haben glaubten. Groß, Makowiczka, Reitter, Schneider, Prinzinger enthielten sich der Abstimmung, Laube war abwesend, wie bei der vorhergegangenen Abstimmung.

hatten 150 für den Antrag gestimmt, 126 dawider, von den Baiern 12 für und 54 wider, von den Vertretern der übrigen kleineren Staaten 94 für und 72 wider, überhaupt von den Nichtpreußen und Nichtösterreichern 106 für und 126 wider, so daß das Preußische Erbkaiserthum nur die Mehrheit der Preußen für sich und sogar von den Vertretern der so anhaltend und eifrig bearbeiteten kleineren Staaten die Mehrheit wider sich hatte. Die Abstimmung zeugte also nicht blos dadurch, daß sie eine Mehrheit gegen den Antrag ergab, wider die Erbkaiserlichen.*) Die unerwartet starke Mehrheit, durch welche der Antrag gefallen, wog gegen die Erbkaiserlichen, die den Stimmenzahlen so große Bedeutung beilegten, um so schwerer. Die Minderheit der 252 erschien noch schwächer durch eine von Radowitz und dessen Freunden an ihre Abstimmung angehängte Erklärung. Sie entkräfteten ihre für den Antrag abgegebenen Stimmen, indem sie ihr Verhalten mit dem bankerotten Zustande der Versammlung entschuldigten und letzterer die Befugniß zu den Beschlüssen absprachen, die dem Antrage gemäß hatten gefaßt werden sollen. Wie bezeichnend

*) Diese gaben den Oesterreichern, den Baiern, ja den Preußen die Schuld. Sie sagten: „Hielten die Vertreter Preußens so fest zusammen, wie die Oesterreicher bei allen Fragen, welche ihren Staat betreffen, es immer thun, so wären nun die Geschicke Deutschlands entschieden." In der großdeutschen Korrespondenz hieß es: „Die Abstimmung würde die Idee des Preußischen Erbkaiserthums aus den Köpfen minder hartnäckiger Männer vertrieben haben, als die unserer Gegner sind. Nach früheren und nach der jetzigen Abstimmung müssen sie sich überzeugt haben, daß das Deutsche Volk ihr Erbkaiserthum nicht will. Aber ihr Eigensinn besteht nun einmal auf dieser Lösung, mag Alles in Verwirrung gerathen, sie wollen Recht behalten. Bei dieser Frage haben (wie unserm Gegner Hrn. von Radowitz nicht entgangen ist) die verschiedenen Stämme als solche mitzusprechen. Gegen das Erbkaiserthum erklärten sich $^2/_3$ der Badenser, $^3/_4$ der Würtemberger und Sachsen, $^5/_6$ der Baiern, ungefähr die Hälfte der Hessen. Kann der Preußen erdrückende Menge ihren eigenen Fürsten ihnen zum erblichen Oberhaupte bestellen? Der Fall ist für beide Theile doch wesentlich verschieden. Wenn die Preußen ihren König zum Herrn der übrigen Stämme und Staaten erheben, so ist dies etwas anderes, als wenn diese Stämme über ihre Fürsten noch einen anderen Oberherrscher vorgesetzt erhalten. Nicht um eine, alle Lande gleichmäßig treffende Verfassungsbestimmung handelt es sich hier. Die Preußen sagen freilich: wir geben Euch unsern König: ob wir jedoch in solcher Weise dieses Geschenk wollen, muß von uns abhängen. Die Preußen können ihrem König den Kaisertitel beilegen, die Süd- und Mitteldeutschen aber nicht zur Unterwerfung unter ihn verpflichten."

war es aber dennoch, daß selbst Radowitz schließlich zu einem solchen Eifer für den Antrag, wie er ihn vor der Abstimmung erwiesen, sich hatte hinreißen lassen, und daß er, nachdem er vergeblich den von ihm für unbedingt nothwendig erklärten Modifikationen Eingang zu verschaffen gesucht, für den Antrag in der Gestalt seine Stimme gab, in welcher er ihn als unbefugt, unräthlich und unausführbar offen und auch in seinen Privataufzeichnungen mißbilligte. (Anh. XIV.) H. Simon und Genossen reichten die Erklärung ein, durch welche der Wahlgesetzhandel an den Tag kam und die moralische Niederlage der Erbkaiserlichen vervollständigt wurde. Die Nationalversammlung stand nun da, wo sie am 12. vor dem Welcker'schen Antrage gestanden, ja sie war um fast zwei Wochen ärmer geworden, ein schwerer Verlust, wenn in der That so große Gefahr im Verzuge lag. Sie war sichtlich reicher um eine Leidenschaftlichkeit und Erbitterung geworden, die jedes fernere gedeihliche Schaffen unmöglich machen mußte. Sie hatte vor aller Welt einen Zustand bloß gelegt, der zu offenbar ein Zustand der Zerwürfnisse, der Selbstbefleckung und Ohnmacht war, als daß er von irgend Aufmerksamen hätte unerkannt bleiben können.

Die Gegner des Antrags erkannten die Bedeutung ihres Siegs unter den obwaltenden Umständen zu genau, als daß sie Siegsfreude, zumal verletzend-triumphirende, hätten zu erkennen geben mögen, was auch die Erbkaiserlichen anerkannten.*) Das Verhalten der Erb-

*) Einen hohen Ton stimmte freilich anderen Tags die großdeutsche Korrespondenz in ihrem Berichte an. Ein europäischer und ein Bürgerkrieg sei abgewendet, wenn auch noch die Modificirungen des Ausschußantrags fielen. Und „Ein Sieg ist errungen, ein schwerer, unerwartet! Wir waren gefaßt auf die Niederlage, es verkündeten uns die siegestrunkenen Reden und Mienen der Gegner: die Entscheidung sei schon gefallen vor der Abstimmung. Ihr Schlußredner versprach großmüthig für seine Partei kein Triumphgeschrei zu erheben und wir hatten unsere Proteste wider das Aufgehen Deutschlands in Preußen unterzeichnet. Da zeigte sich, daß die Berechnungen der Erbkaiserthümler falsch waren. Wer zum Programme der Weidenbuschpartei sich verpflichtet hatte, hielt wohl fest, aber die seichten Reden ihrer Vorsprecher hatten ihrer schlechten Sache keine neuen Stimmen gewonnen. Das Stimmenpressen war so arg, daß ein Abgeordneter, welcher standhaft blieb und dafür in der undeutschen Zeitung gegeißelt wird, nicht anders sich vor den in ihn Einstürmenden zu retten wußte, als durch die Drohung, er werde von der Tribüne erklären, ihm geschehe Gewalt. Wer die Zeitungen und Korrespondenzen der Erbkaiserthümler und die stenographischen Berichte anblickt, der liest freilich viel von Patriotismus, Deutscher Einheit u. dgl., wer jedoch in der Paulskirche dem zuhört, was nicht von der Rednerbühne

kaiserlichen war Theils empörend, Theils lächerlich oder zum Erbarmen. Sie verloren großentheils alle Haltung und Selbstbeherrschung. Einige saßen elegisch da mit Thränen in den Augen, Andere tobten, schalten, droheten davon gehen zu wollen (jetzt schon) oder ingrimmig mit dem Deutschen Volke, das nun die Entscheidung an sich nehmen, mit dem Schlachtfelde, wo die von einer Parlamentsmehrheit verrathene Sache werde ausgefochten werden. Besonders an den Oesterreichern ließen sie eine wahrhaft brutale Zornwuth aus. Kerst machte auf der Tribüne den Anfang, indem er nach der Abstimmung für sich und die Partei erklärte, sie gingen von dem Grundsatze aus, daß diejenigen Oesterreichischen Abgeordneten, die nicht feierlichen Protest gegen die oktroyirte Oesterreichische Verfassung eingelegt, zum Mitstimmen nicht berechtigt wären. Simson wies seine Bemerkung als eine „in jedem Sinne ungehörige“ zurück. Die Fortsetzung folgte zwischen den Bänken, wodurch die ärgerlichsten Auftritte veranlaßt wurden, von Prügelscenen nicht weit entfernt. Man beklage die Ausbrüche einer freilich nicht leicht zu beherrschenden Empfindung, indeß wüßten die Oesterreichischen Abgeordneten, wie sie sich Achtung verdienen könnten, hieß es im Heidelberger erbkaiserlichen Organe, als mehrere jener Abgeordneten sich an den Präsidenten um Schutz gegen Beleidigung in der Paulskirche gewendet. Die noch weitere Fortsetzung erfolgte draußen, auf allen politischen Sammelplätzen, in den geselligen Kreisen, in der Presse. Die Anfeindungen, Beleidigungen und Ungezogenheiten aller Art, denen die Erbkaiserlichen jetzt die Krone aufzusetzen anfingen, dauerten bis zu Ende fort. An ihnen lag es nicht, wenn die Oesterreichischen Abgeordneten nicht als eine Propaganda der Feindschaft und des Kriegs gegen Deutschland heimkehrten. Viel unselige Gehässigkeit blieb indeß zumal bei den Beleidigern von dieser Saat zurück.*)

---

gesagt wird, wer in dem inneren Raume dem Treiben zusieht, für den kann nicht zweifelhaft sein, daß es gestern weniger Deutschlands Einigung als die Preußische Eroberung galt. „Wir verlassen nun Frankfurt“, „wir gehen nach Kassel“, „Ihr mögt allein dann zusehen“ und Aehnliches, so sagte mancher, als der Ausgang zeigte, daß Deutschland mit Oesterreich nicht brechen und nicht Preußisch werden wollte — waren dies Aeußerungen Deutscher Gesinnung?“

*) Einen starken Beleg giebt schon Haym's Schilderung des Benehmens „unserer Besten“, während der selbstgefällige Bericht mit seinen Geständnissen namentlich auch an dieser Stelle deutlich zeigt, wie völlig der Berichterstatter davon durchdrungen ist, daß seine Partei im vollkommensten Recht gewesen

Es kam nun noch darauf an, ob einer von den übrigen vorliegenden Anträgen und welcher angenommen werden würde. Die Erbkaiserlichen hatten bei allen Zweifeln und Bedenken doch so fest auf den Sieg gerechnet, daß von ihnen deshalb wie es scheint keine feste Verabredung getroffen war für den Fall, daß sie über diese Frage sich entscheiden müßten. Sie waren jedenfalls auf die Niederlage schlecht vorbereitet. Unmittelbar nach derselben knüpften die Faiseurs bei dem nicht perfekt gewordenen Handel über den Erbkaiser und das Wahlgesetz mit H. Simon wieder an, deshalb mußte Zeit gewonnen, die Unterbrechung der Abstimmung, Vertagung gefordert werden. Grumbrecht, der aus einem Unterzeichner des Patentes an das Preußische Volk vom 16. November einer der eifrigsten Erbkaiserlichen geworden, stellte den Antrag, der dann von der Linken unterstützt wurde.*) Er schützte die Nothwendigkeit einer Verständigung

---

sei und Alles wohl gemacht habe. Die D. Z. „zitterte" vor Unwillen und Entrüstung über die Oesterreicher, die die Wünsche und Hoffnungen der Deutschen Nation zerstört hätten, an welcher es nun liege, sich auszusprechen, ob sie auf solche Weise sich verhöhnen lassen wolle. Dann hieß es weiter, auch jetzt noch bedürfe es nur des geraden Entschlusses der Absonderung der Oesterreichischen Bestandtheile der Versammlung um dem Kaiserthume den Sieg zu verschaffen; das Bewußtsein, doch noch zu siegen, habe die Erbkaiserlichen, welche muthig das Aeußerste zu wagen, auch bei der Abstimmung nicht verlassen, wo ihre Aufregung in Erbitterung ausgebrochen sei. Nur Erbitterung, nicht Erkenntniß des durch die fruchtlose Agitation angerichteten Unheils, ließ die D. Z. weiter sagen, das Deutsche Volk habe nun den fürchterlichen Stachel (unerfüllbarer Wünsche und Forderungen) im Herzen, der, einmal gefühlt, nicht wieder zu verwinden sei. Sie empfahl eine Trennung der Nationalversammlung, ein besonderes Bündniß der kleineren Staaten mit Preußen, und während sie ihrer Partei die ärgste Ungebühr und den ärgsten Unverstand geschlagener Minoritäten anrieth, sagte sie, man werfe derselben doktrinäre Gelehrsamkeit vor, aber die Meinungen der Gelehrten würden zuletzt immer die des Jahrhunderts und die Erbkaiserlichen, denen die Oppositionsstellung günstig sein werde und die nur mehr und mehr einen festen Kern bilden müßten, um bei der außerordentlichen Ueberlegenheit ihrer Kräfte eine unauslöschliche Wirkung zu machen, wären auf gutem Wege zur Ueberwindung der Deutschen Erbübel des Meinungseigensinns, der Absonderungssucht, der individuellen Hartnäckigkeit. So die Freunde und Wortführer der Partei in diesem Organe und anderwärts. (Anh. XV.)

*) Haym sagt, die Erbkaiserlichen hätten es Grumbrecht verdankt, daß er sie der von ihm geschilderten Stimmung dadurch entrissen, wie wenn Grumbrecht selbständig gehandelt hätte. Es ist denkbar, daß er, ohne eingeweiht zu sein,

der Partei in sich selbst vor, die für diesen Ausfall, und da die Reihenfolge der Abstimmungen erst vor dem Anfange derselben bekannt geworden, vorher unmöglich gewesen. Die Versammlung war überrascht. M. Mohl rief in sie hinein, eine kurze leidenschaftliche Debatte eröffnend, seit das Haus durch den Antrag Welcker's in eine unerhörte Aufregung gebracht worden, sei Tag und Nacht zwischen den Parteien unterhandelt, was ganz Deutschland wisse, welches denn auch wissen werde, daß bis Morgen nochmal eine Unterhandlung stattfinden solle, um mit einem neuen Fischzuge wo möglich einige schwankende Mitglieder herauszuziehen; er protestire gegen eine solche nach seinem Gefühl skandalöse Vertagung. Simson forderte ihn auf, sich zu erklären und äußerte, er behaupte, wenn er einen solchen Ausdruck in den Mund nehmen möchte, daß es nichts Skandalöseres gebe, als einen von einem Mitgliede erhobenen und von andern unterstützten Antrag mit jenem Beiworte zu bezeichnen. Mohl entgegnete, er habe geglaubt, daß nur ein Beschluß des Hauses unantastbar sei und daß man seine Gefühle über Anträge aussprechen dürfe. „Ich muß den Ordnungsruf des Präsidenten achten; aber ich sage mit Galilei: Die Erde bewegt sich doch!" Nun eilte Vogt auf die Tribüne, der Vertagung sich anzunehmen. Er gab mitleidig zu, daß es Fraktionen geben könne, die in der festen Hoffnung des Siegs nicht vorbereitet wären, Mitglieder, die andere Anträge als die ihrigen nicht genau geprüft hätten, indem sie sich stolz darüber hinweggesetzt; indeß sei die Aufregung über die stattgehabte Abstimmung groß — man möge daher die Sitzung auf eine oder zwei Stunden aussetzen. Nach einigem weiteren Hin- und Herreden wurde die Vertagung mit 274 gegen 248 beschlossen.

Sofort nach der Sitzung versammelte sich das Reichsministerium und zog Simson, G. und W. Beseler, Hergenhahn, Riesser und Wurm zu einer Erwägung der Frage zu, welche Folge es bezüglich seiner Stellung jenem Beschlusse zu geben in der Lage sein werde. Gagern beabsichtigte zurückzutreten, erhielt jedoch von Jenen das nach allem Anschein erwartete billigende Votum nicht, vielleicht nur deshalb nicht, weil sie in die wahren oder doch die wichtigsten Beweggründe wenigstens noch nicht eingeweiht waren oder wurden. Nach dem Protokoll sprachen sie ihre Ansicht dahin aus,

---

von den Faiseurs gebraucht wurde, oder daß sein Gedanke dem ihrigen zuvorkam.

daß in dem Beschlusse der Nationalversammlung zum Rücktritt des Reichsministeriums in keiner Weise ein Anlaß gefunden werden könne, welcher den dringenden Gründen für dessen vorläufiges Verbleiben bei der jetzigen gefährlichen Lage Deutschlands entgegengestellt zu werden verdiene; auch werde in jenem Beschlusse lediglich das Ablehnen eines beschleunigten und abgekürzten Verfahrens zur Abstimmung über den vorliegenden Verfassungsentwurf, und nicht die Verwerfung irgend einer in demselben enthaltenen Bestimmung erblickt werden dürfen." Die Reichsminister setzten unter sich die Berathung fort, und beschlossen, ihre Demission zu geben.

An demselben Abend fand eine große Weidenbuschversammlung statt, die „einem geschlagenen Heere glich, das eine Niederlage nicht erwartet hat und nicht dulden will." (Laube.) Beim Vorstande waren Anträge auf den Austritt der Partei aus der Nationalversammlung, auf einen Protest gegen das fernere Bleiben der Oesterreicher, auf Ausschließung derselben eingereicht. Sie waren von ihm zurückgewiesen worden. Er machte den Vorschlag, sofort, wie wenn der Welcker'sche Antrag nur die formelle Bedeutung eines abgekürzten Verfahrens gehabt habe, an die Durchberathung der Verfassung im Einzelnen zu gehen und demzufolge alle zahlreich eingegangenen Seitenanträge zu dem Welcker'schen abzuwerfen. Allein entgegen wurden die desperaten Gedanken und Forderungen erneuert; man bekämpfte, vertheidigte sie.*) Als Scheller der verzweifelten Ansicht besonders der Preußen Ausdruck gegeben und Stimmen dafür und dawider durcheinander tönten, nahm Gagern das Wort, das wirklich ein rettendes war, wie Haym, der enthusiastische Priester des

*) Es wurde eingewendet, man werde mit dem Antrage des Ausschlusses der Oesterreicher in der Minderheit bleiben und nur die Aufforderung veranlassen, daß die Erbkaiserlichen ihrerseits gehen möchten; ihr Austreten würde die Nationalversammlung sprengen und der Fall Frankfurts ein Unglück besonders für Preußen sein; zu ihrem Zusammentreten an einem anderen Orte fehle die formelle Berechtigung und der zurückbleibende Theil würde immer noch beschlußfähig sein und Ergänzungswahlen fordern. Scheller sprach zuerst bei voller Versammlung das in Privatkreisen oft schon vernommene „gefürchtete Wort" aus. Das nutzlose Berathen, Verhandeln und Intriguiren müsse ein Ende haben; „denn gestehen wir es, auch wir haben in der letzten Zeit intriguirt"; er sehe nur noch Heil in der Bildung eines norddeutschen Bundesstaates unter Preußens Aegide, ein einiges Deutschland sei unmöglich, man müsse die Süddeutschen jetzt fahren lassen — möge ein starkes Preußen, den Kern eines norddeutschen Bundesstaats bilden.

Gagernkultus sagt. Gagern sprach sich entschieden gegen die Ansicht Scheller's aus, in welche die seinige freilich auch auslief. Ihm schloß Welcker sich an, von Verzweiflung am Vaterlande abmahnend. Man wußte, daß das Reichsministerium beschlossen habe, seine Entlassung zu fordern. Scheller hatte darin ein Motiv zu seinen Besorgnissen gefunden. G. Beseler mußte inzwischen anderer Meinung geworden sein; er erblickte ein entsprechendes Zuhülfekommen im Rücktritt des Ministeriums, den er als eine „aufklärende und folgenreiche That" bezeichnete — denn das Volk identificire die Erbkaiserlichen mit diesem Ministerium. Der Muth des ferneren Zusammenhaltens kehrte den Versammelten zurück, und als ihnen dann die Mittheilung zugegangen war, daß die Gegner sich vereinigt, den Heckscher'schen Antrag durchzubringen, wurde beschlossen, daß die ganze Partei auf den Eisenstuck'schen sich werfen solle, weil derselbe als von der Linken ausgegangen Aussicht auf Annahme habe und den „unermeßlichen Vortheil" biete, daß „die zweite Lesung sofort aufs Neue begonnen, rasch gefördert und dem Volke der Beweis gegeben werden könne, daß die Erbkaiserlichen, „nicht ermüdend nach der Vereitelung einer Hoffnung, sofort wieder eine neue zu ergreifen bereit seien." Sie beachteten dagegen nicht, was Riesser in seiner Schlußrede bemerkt und richtig prophezeit hatte, daß aus der von Eisenstuck beantragten Abstimmung ohne Diskussion kein zusammenhängendes, brauchbares, mögliches Werk hervorgehen werde. (Haym, 338. Laube, 3, 369 ff. Raumer 2, 356, 364.)

Nach diesen Vorgängen erfolgte die Fortsetzung der unterbrochenen Abstimmung in der Sitzung am 22. März. Mehrere Anträge, unter ihnen der von Radowitz, wurden mit großer Majorität verworfen, andere zurückgezogen. Als Eisenstuck den seinigen zurückzog, rief das ganze Centrum: „Wir nehmen ihn sämmtlich auf." Der Vorsitzende ließ sofort abstimmen. Der Antrag erhielt 282 gegen 246 Stimmen, da ihm auch Radowitz sowie einige Mitglieder der Linken gegen die Abrede die ihrigen zuwendeten, während namentlich seine Urheber dawider stimmten. Noch gab sich darauf Heckscher vergebliche Mühe zu bewirken, daß auch der seinige zur Abstimmung gebracht werde. Der Vorsitzende weigerte unter eifrigem Widerspruch dieselbe zuzulassen. Schließlich wurden die Anträge der Linken, welche noch zur Abstimmung gelangten, abgelehnt, namentlich der, das Oesterreichische Verfassungsgesetz in seinen Beziehungen zu Deutschland für unverbindlich zu erklären, woraus die erbkaiserlichen

Organe neuen Anlaß zu so heftigen und unredlichen Ausfällen gegen die Oesterreichischen Abgeordneten hernahmen, daß man sich nun auch auf dieser Seite in Positur setzte, „fortan jeden Schlag mit einem kräftigen Gegenschlage zu beantworten". *)

---

*) Die C.=K. rühmte, daß so viele Preußen, edler wie die Oesterreicher, gegen den die Unverbindlichkeit des Oesterreichischen Verfassungsgesetzes betreffenden Antrag gestimmt. Sie hatten von Diesen deren Votum gefordert, sie würden die Theorie vom Ausschluß Oesterreichs wankend gemacht haben, wenn sie für den Antrag gestimmt und ihn durchgebracht hätten. Die Deutsche Zeitung gab am 23. durch Abdruck der Namen einen Ueberblick, wie die Oesterreicher bei jenem Antrage gestimmt hätten, 40 dafür, 56 dawider, während 14 der Abstimmung sich enthalten. Es sollte daraus entnommen werden, wie kläglich „wir unsere Deutsche Verfassung müssen verzögern, bemängeln, vielleicht verzögern lassen sehen von Leuten, die dieser Verfassung nie gehorchen werden, von denen ihr Viele, ja die Meisten nicht gehorchen wollen und also mit Bewußtsein ihre Hand nur belassen im Deutschen Spiele zu Gunsten des Hauses Habsburg". Dagegen lieferte die Frankf. Ztg. an demselben Tage eine „Mahnung zur Vereinbarung an die Minorität vom 21.", worin es hieß: „Seit Monaten war die Agitation gegen Oesterreich im Parlamente, in der Presse und im konventionellen Leben an der Tagesordnung. Mit der Steigerung des Parteihasses stieg die Leidenschaft, schwand die feine Sitte, Anstand und gemeinbürgerliche Lebensart, es kam außerdem wiederholt zu den ehrenrührigsten Angriffen, deren Erzählung wir hier nicht aufführen wollen, weil sie manchmal so roher, gemeiner Art waren, daß man fast zweifeln konnte, ob man unter gebildeten Männern lebe. Ob die wichtigen Fragen so oder so gelöst werden, — das Eine möge sich Jeder festhalten, daß Rohheit und Haß unter gar keinem Verhältnisse zu einem Ziele führen kann. Aber auch im Parlamente fehlte es an solchen Abnormitäten nicht. Von Welcker's Ausspruch, daß diejenigen Oesterreicher, die nicht seiner Meinung sind, eine Missethat begehen, bis zu Hrn. Kerst (dem Abgeordneten des, erst seit einigen Monaten zu Deutschland gehörigen Polenlandes), der die Abgeordneten des seit Jahrhunderten zu Deutschland gehörigen Oesterreichs belehren will, wie sie mit Ehren in der Paulskirche bleiben können, ist eine ganze Skala von Angriffen auf die Ehre der Oesterreichischen Abgeordneten erfolgt, die mehr jene Männer verunehren, von denen sie ausgegangen, als sie im Stande waren, die Meinungsabstimmung der Oesterreichischen Abgeordneten zu influenziren oder zu erschüttern. Es war fast possirlich zu lesen, wie die Zeitungen (die Oberpostamts= und die Deutsche Zeitung) seit Monaten Alles hervorsuchten, was die Gehässigkeit gegen Oesterreich anfachen konnte. Die alte und neue Geschichte mußte herhalten, Metternich (aus Koblenz in Oesterreich eingeimpft) und die mit gesperrten Lettern gedruckten Russen in Krakau wurden als Paradepferde vorgeführt. Noch komischer war es, die völlig in der Unkenntniß verharrenden Herren von den wilden Horden reden zu hören, die in oberslavisch Oesterreichischen Ländern wohnen. Wie würden die

Unmittelbar nach der Beendigung der Abstimmungen erfolgte die Mittheilung einer Zuschrift des Ministerpräsidenten, worin er der Nationalversammlung anzeigte, daß das Reichsministerium mit Einschluß der Unterstaatssekretäre die Entlassung nachgesucht und in Anerkennung der Gründe, welche es zu diesem Schritte bestimmt, erhalten; auf den Wunsch des Erzherzog-Reichsverwesers habe es sich bereit erklärt, bis zum Eintritt seiner Nachfolger die laufenden Geschäfte fortzuführen. Die Ministerbänke waren leer. Der Rücktritt des Reichsministeriums war schon allgemein bekannt, die Mittheilung erregte keinerlei Sensation.

Das Entlassungsgesuch Gagern's bezog sich wesentlich auf dessen geheimes Programm (S. Bd. I, 506 ff.), das in ihm mitgetheilt war; allein es wurde erst in den bewegten letzten Tagen des Monats veröffentlicht und entschlüpfte schon deshalb in jenem Momente der Beachtung fast ganz. Aus guten Gründen schwiegen die erbkaiserlichen und zugewendeten Organe damals und mit Ausnahme Wurm's die erbkaiserlichen Erzähler, Haym u. s. w. späterhin davon, oder man läugnete auch wol seine, jedoch unzweifelhafte Authenticität. Erst durch seine Enthüllungen erhielten die Aeußerungen Gagern's in seiner Rede vom 20. März über seine Konsequenz das volle Licht. Es erwies zwar nicht, daß vom Anbegin das Preußische Kaiserthum und der Ausschluß Oesterreichs sein Gedanke gewesen, wol aber, daß er Recht gehabt zu behaupten, er habe seit seinem Eintreten ins Amt stets dieselbe Idee verfolgt. Allein zugleich kam noch mehr an den Tag. Er hatte diese Idee viel bestimmter, als sie in seinem öffentlichen Programm ausgedrückt war, heimlich in Aussicht genommen,

---

Herren staunen, wenn sie hören und sehen würden, daß in der äußersten Bukowina Schiller und Göthe eine Lieblingslektüre, daß unter Böhmens Söhnen viele Deutsche Schriftsteller sind, daß selbst horribile dictu! der kroatische Hordenführer Jellacic, gleich Herrn v. Radowitz, ein allseitig unterrichteter Officier und Staatsmann ist und in seinem kroatischen Jugendbarbarenthume sogar viele ganz artige Deutsche Gedichte gemacht hat. Doch lassen wir das! Wir wünschen sehr, daß unsere Gegner diese Mahnung zu Herzen nehmen mögen. Sollten sie aber dies nicht thun wollen, so mögen sie von nun an sich bereit halten, daß jeder gegen Oesterreich und die Oesterreichischen Abgeordneten geführte Schlag mit einem kräftigen Gegenschlag wird beantwortet werden. Die neuere und ältere Preußische Geschichte bietet leider Stoff genug dazu. Wir werden — dies wiederholen wir — den Streit nicht provociren, jedenfalls aber werden wir ihn ohne Rohheit führen, denn in Oesterreich pflegt man auf feine Sitte und Sprache etwas zu halten."

und so, wie er sie dachte und meinte, auch da noch verheimlicht, ja verläugnet, als die Nationalversammlung über sein öffentliches Programm und er mit ihr über ein ihm zu ertheilendes Vertrauensvotum verhandelt; er hatte, als er in das Ministerium eingetreten war, hinter dem Rücken der Nationalversammlung die von der Betheiligung am Verfassungswerke gesetzlich ausgeschlossene Centralgewalt für das Verfassungsprojekt einer Partei wirksam zu machen getrachtet, so daß die Nationalversammlung Monate lang unter dem Einfluß eines auf die Verfassung, und zwar auf deren einschneidendste Fragen sich beziehenden ministeriellen Gedankens gestanden, der ihr nur halb offenbart, ja über welchen sie zum Theil im Dunkeln gehalten und irre geführt war, von welchem sie erst nach festgestellter Verfassung auf Anlaß des Rücktritts der Minister, nach allem Anschein ohne deren Zuthun und wahrscheinlich gegen ihren Willen volle Kunde erhielt, da das, jenes geheime Programm reproducirende und in die Oeffentlichkeit bringende Entlassungsgesuch zuerst in einem Bairischen Blatte, der Regensburger Zeitung (welcher es die Allgemeine am 29. März entlehnte) erschien, welcher es unfraglich nicht aus dem Lager der Gagern'schen Partei zugegangen war.

Durch mündliche Mittheilungen und die Organe der Partei erhielt man sogleich Kenntniß von dem, was Gagern zu Motivirung seines Gesuchs vorgebracht hatte, nur daß des geheimen Programms nicht erwähnt wurde. In der Weidenbuschversammlung am 21. hatte er Klage geführt über die Widersetzlichkeit der Einzelregierungen, selbst der kleinsten, aus welchen erhellt, wie schwankend nach seiner Ansicht der Boden geworden, auf welchem die Centralgewalt und auch die Nationalversammlung sich befand. Er hatte gesagt, die Gründe des Schrittes seien darin zu suchen, daß sich die Centralgewalt bei dem partikularistischen Eigensinn der meisten Einzelstaaten bisher fast ausschließlich auf Preußen habe stützen müssen; daß der Beschluß über den Welcker'schen Antrag es sehr unwahrscheinlich mache, daß Preußen auch ferner mit gleicher Bereitwilligkeit der Centralgewalt sich herleihen werde und daß jener Beschluß dem Ministerium es unmöglich mache, sein bei seinem Antritt aufgestelltes Programm innezuhalten, weshalb man einem andern Ministerium den Versuch überlassen müssen, ob es etwa mit Oesterreichischer und Bairischer Hülfe regieren könne. (Haym und das Frankfurter Journal.) Hält man die Aeußerungen Gagern's und Beseler's im Weidenbusch und das, was die Organe der Partei dazubrachten, und die Art und Weise ihrer

Ausbeutung des ministeriellen Entlassungsgesuchs mit den in diesem angeführten Motiven zusammen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß das Gefühl seines Bankerottes als Minister der Centralgewalt Gagern's vornehmster Beweggrund war. Dieser sein Bankerott war vorhanden gegenüber der Nationalversammlung, die die von ihm befürworteten Anträge verwarf; gegenüber den populären Elementen, von welchen er zulängliche Hülfe zu erwarten innerlich selbst nicht wagte; gegenüber den Regierungen, deren bedeutendsten und mehreren er es nicht recht machte, die nicht wollten wie er und deren Wille stärker war als der seinige; gegenüber den empfindlichen verheimlichten Noten des Berliner Kabinets, welchem er in der schleswig-holsteinischen Sache zu viel, und den schleswig-holsteinischen Professoren, denen er darin zu wenig that und nicht genug zu thun vermochte, da ihm Preußen die Hülfe versagte, deren Leistung er demselben öffentlich nachrühmte, das Erbkaiserthum ihm zu gewinnen, in dessen Votirung zugleich seine eigene letzte Hoffnung lag. Es erhellt daneben, daß sein zweiter Beweggrund der war, seinem abermals auf den Strand gelaufenen und doch nicht verloren gegebenen Erbkaiserprojekte von Neuem eklatant nachzuhelfen. Er machte schon jetzt den Versuch, welchen er noch deutlicher im Mai wiederholte, den Reichsverweser und die Gegenpartei entweder matt zu setzen oder beiden vor Augen zu stellen, daß sie ohne ihn matt seien, und sie dadurch zum Nachgeben zu nöthigen. Hält man seinen in dem Entlassungsgesuche eingestandenen und schon früher und eben in den letzten Tagen vor dem Einbringen des Welcker'schen Antrags drückend empfundenen wie deutlich eingesehenen Bankerott und den Umstand, daß er scheinbar so unmotivirt in dem abgelehnten Antrage den Anlaß zum Rücktritt fand, mit dem, was oben über die reichsministeriellen Einwirkungen auf Welcker berichtet ist, zusammen, so ist kaum zu bezweifeln, daß bei dessen Antrage das Ministerium, entgegen der bestimmten Behauptung des Entlassungsgesuchs, wenn auch nicht direkt oder durch officielle Schritte, doch allerdings und sehr wahrscheinlich an erster Stelle betheiligt war, den Anlaß und Welcker zu einem Verzweiflungs- und Rettungskoup derart benutzend, um wo möglich der so gut wie verlorenen Sache doch noch die Wendung zur Durchsetzung des Erbkaiserprojekts zu geben, oder im ungünstigen Falle so gut als thunlich und mit dem besten Aussehen sich aus der Verlegenheit zu ziehen. Dieses Alles wurde auch sehr bald auf der einen Seite mehr oder minder deutlich erkannt und unter scharfer Rüge

gesagt, während die andere die Blicke davon hinwegzulenken suchte, oder läugnete und Gagern bis zum Himmel erhob. (Anh. XVI.)

Niemand wollte an den Ernst des ministeriellen Rücktritts recht glauben, und namentlich waren die Aeußerungen der Erbkaiserlichen selbst geeignet, Zweifel daran zu erregen. Indeß war in den nächsten Tagen viel von Bildung eines neuen Reichsministeriums die Rede. Schon am 23. meldete die Centrenkorrespondenz, Römer sei dazu berufen, habe aber abgelehnt. Der Erzherzog solle geäußert haben, er werde weder ein Oesterreichisches noch ein Preußisches, sondern ein Deutsches bilden, allein ein deutscher gesinntes als das Gagern'sche sei nicht aufzufinden. Zahllose Gerüchte liefen um. Es scheint, daß mit v. d. Pfordten, Lerchenfeld u. A. unterhandelt wurde, keiner aber sich dazu verstehen wollte, die Zügel des in der Luft schwebenden Reiches einer solchen Versammlung gegenüber zu übernehmen. In dieser wurde allgemein als feststehend angenommen, daß das Reichsministerium aus ihr hervorgehen oder doch mindestens die parlamentarische Mehrheit für sich haben müsse. Am wenigsten hätte Gagern daran gezweifelt, der noch bei seinem zweiten Entlassungsgesuche im Mai gar nicht an die Möglichkeit der Ernennung eines Ministeriums aus der parlamentarischen Minorität dachte. Auch der Erzherzog wünschte, von einem Schritte dieser Art und aller Verunwilligung mit der Nationalversammlung Umgang nehmen zu können. Hätte indeß Gagern Ernst gemacht und die Sache auf die Spitze getrieben, so würde er schon damals die geforderte Entlassung erhalten und sein Spiel verloren haben. Der Gedanke, welchen späterhin Detmold böslicher Weise dem Reichsverweser suppeditirt haben sollte, war auch jetzt schon vorhanden.*)

*) Läge in dem, was man Detmold zum Vorwurf machte, eine Verschuldung, so würden Andere sie mit ihm auf sich nehmen müssen. Schmerling schrieb in diesen Tagen, der Erzherzog gedenke ein ganz unbefangenes Ministerium aus Männern der kleineren Staaten zu bilden, das sich nur mit der Administration beschäftigen solle, um keinerlei ministerielle Fragen hervorzurufen, wobei der Nationalversammlung die Verfassungsberathung überlassen bleiben würde, und sie dürfte sich beeilen, wo möglich noch etwas Annehmbares zu Stande zu bringen, da es immer sichtlicher hervortrete, daß schon Alles in den Händen der Großstaaten liege. Die Ernennung von Nichtmitgliedern der Nationalversammlung zu Reichsministern unter Beseitigung des Versuchs eines parlamentarischen Regierens von Frankfurt aus in die Staaten hinein und unter strengem Festhalten der Nationalversammlung bei ihrer ausschließlich und möglichst rasch zu fördernden Aufgabe, hatte ich zur

Die Erbkaiserlichen hatten die größeste Eile, sich und Alles zu verderben. Noch nicht zufrieden, den überstürzenden Antrag durchgesetzt zu haben, suchten sie das „beschleunigte Verfahren" noch mehr zu beschleunigen. Als der Präsident am Schluß der Sitzung vom 22. März für die nächstfolgende, dem gefaßten Beschlusse gemäß, den Begin der zweiten Lesung auf die Tagsordnung stellte, und zwar den Abschnitt I vom Reich und von dem zweiten Abschnitte etwa die ersten zehn Paragraphen, wurde im Centrum gerufen: Mehr! Er fuhr fort: ich werde setzen Abschnitt I und II. Das Centrum rief: Noch mehr! Er sagte: es wird vorgeschlagen, noch weiter zu gehen und allgemeiner zu sagen: die zweite Lesung der Reichsverfassung. Das fand Zustimmung.

Sprache gebracht, als Schmerling das erste Reichsministerium bildete, Detmold uns kaum persönlich bekannt geworden war, noch ganz fern stand und überhaupt noch keinerlei Einfluß übte. Die herrschenden Meinungen und beherrschende Umstände waren damals entgegen gewesen. Vom 26. März ist ein in die Allgemeine Zeitung (Nr. 88) geschriebener Brief datirt, in welchem ich aussprach, daß und warum jetzt von einem parlamentarischen Mehrheitsministerium Umgang genommen werden könne. In Frankfurt, wenn man etwa damit hervorkam, war das freilich Ketzerei oder wurde für ganz unthunlich erklärt; es ging indeß unter ungünstigern Konjunkturen im Mai und würde eventuell schon im März unternommen und nach meiner Ueberzeugung auch gegangen sein.

Die sogenannte Zweite Lesung (23. bis 27. März). — Vorbereitungen. — Depesche des Fürsten Schwarzenberg vom 17. März. — Die Sitzungen am 23. und 24. März. — Der Handel der Erbkaiserlichen und der Linken über den Erbkaiser, das Suspensivveto und Wahlgesetz (Paktum Gagern=Simon). — Die Sitzungen am 26. und 27. März. (Die Beschlüsse über das Suspensivveto, die Erblichkeit des Oberhaupts, das Wahlgesetz.) — Die Anträge auf Vornahme der Kaiserwahl und Publikation der Verfassung durch die Nationalversammlung. — Verbindung der Erbkaiserlichen und der Linken zur Durchführung der Beschlüsse des 27. März.

Schon am nächstfolgenden Tage (23. März) sollte der Anfang mit der sogenannten zweiten Verfassungsberathung in der Weise gemacht werden, wie es die Erbkaiserlichen gewollt und durchgesetzt hatten. Es war bezeichnend, daß eben die Repräsentanten der intelligenten Klassen, der gemäßigtern Volkstheile, die Gelehrten, die Höherstehenden und an Jahren Reiferen, die Konservativen und Notabeln des Parlaments im letzten Stadium des Verfassungswerks in dies hastige wüste Wesen zumeist hineingeriethen, und statt der Radikalen und der Volksmassen die Aufgeregtesten waren. Sie sagten: die Nationalversammlung war vor dem 12. März nur noch von geringer Theilnahme begleitet, dieser Tag hat das Interesse wieder angefacht und dieses wendet der wahrhaft nationalen Partei sich zu; wir sind jetzt viel günstiger gestellt als vor der Einbringung

des Welcker'schen Antrags; damals stand uns in Aussicht, daß wir Schritt für Schritt den langen Weg einer zweiten Berathung würden durchmachen müssen, jetzt ist die größte Beschleunigung beschlossen; seit dem Fall der Oberhauptserblichkeit mit 211 Stimmen sind wir durch den Anstoß jenes Antrags bis auf 252 gewachsen; schon einmal — nach dem 5. September — hat der Rücktritt des Ministeriums uns zu einem Siege geholfen, mit dem jetzigen Rücktritt verbunden wird unser Aufschwung, die moralische Niederlage der Gegenpartei, die Nothwendigkeit der Dinge uns um so mehr zu einem neuen Siege führen.

In dieser Stimmung waren sie am Abend des 22. im Weidenbusch versammelt. Sie stellten hier als ihre Aufgabe fest, im Einzelnen zu erreichen, was sie im Großen und mit Einem Schlage zu erreichen verfehlt. Die dazu erforderliche Mehrheit sollte gewonnen werden durch Heranziehung Solcher, welche, wie sie sagten (Haym II, 342) „auf der Grenze stehend, das Direktorium mit uns verwerfen, die Vereitelung alles und jedes Resultats mit uns verhindern wollen". Ihnen war kein Resultat ein solches, das nicht das Erbkaiserthum war, und die mit ihnen so sehr darauf Bedachten, daß wenigstens irgend ein Ergebniß herauskomme, waren die Genossen der Fraktion H. Simon, die sich im Braunfels neu vereinigt hatte und von welcher jetzt die Mittheilung in den Weidenbusch gelangte, daß sie zu einem Uebereinkommen sehr geneigt sei. Die abgebrochenen Verhandlungen wurden sofort mit Lebhaftigkeit wieder aufgenommen; die aus der Westendhalle zu den Erbkaiserlichen Getretenen waren auch jetzt die „Vermittler und Zwischenträger". Nachdem sich nochmals so eklatant herausgestellt, daß sie keine Mehrheit hatten, konnten die Erbkaiserlichen allerdings das, was sie nicht raffen können, bei den Einzelabstimmungen nur durch eine Transaktion mit der Linken erreichen, wodurch aber freilich die wichtigsten Entscheidungen dieser anheimfallen mußten. Was sie gewonnen, bestand im Grunde nur in einem neu geöffneten Raume für ihre schädlichen Parteibestrebungen und Wühlereien und Thorenhoffnungen, wie es die Großdeutschen nannten, deren Korrespondenz dem Zweifel Ausdruck gab, ob der König von Preußen mit seiner Ehre es jetzt noch würde verträglich finden können, das erbliche Kaiserthum vermöge eines Beschlusses dieser Versammlung anzunehmen, die dasselbe trotz solcher Bearbeitung schon einmal verworfen habe.

An demselben Abend besprachen sich auch die Großdeutschen

über den einzuhaltenden Gang, ernannten aber erst am 23. einen Ausschuß — Hermann, Heckscher, Buß, Somaruga, Möring, Egger, Wuttke —, der die ferneren Anträge der Partei Namens derselben, vornämlich auf Grund der „vorläufigen Verbesserungsanträge", bei welchen sie im Wesentlichen auch jetzt stehen zu bleiben beschlossen, einbringen sollte und dazu eine Art Vertrauensvotum erhielt.*) Ihre Stellung war die schwierigste. So nahe auch ihnen die Versuchung lag, sei es um die eigenen Anträge durchzusetzen oder das Durchgehen der gegnerischen zu verhindern, mit der Linken zu transigiren: die große Mehrzahl in ihrem Lager wollte, die dazu Geneigten konnten aus den angeführten und fortwaltenden Gründen nicht. Unter ihnen befanden sich die meisten jener von Freund und Feind als sentimentale Politiker, Pedanten, politische Sonderlinge u. s. w. getadelten schlechten Parteigänger, die sich durch keinerlei Rücksichten des Parteinutzens oder Zweckes bewegen ließen, anders als im konservativen Sinne, die Linke abstoßend, zu votiren, denen es in dem Maße wirklicher Ernst damit war, daß doch lieber irgend etwas als gar nichts zu Stande kommen solle, daß sie eher den Erbkaiserlichen, wenn diese Stand hielten, wider das Hereinbringen korrumpirender Verfassungsbestimmungen helfen als „Alles verderben" wollten. Der Vorwurf, daß sie hierauf hinausgingen, wurde gegen die Großdeutschen insgesammt unabläßig wiederholt und die Erbkaiserlichen befanden sich dabei im Vortheile gegen sie, da bei den Abstimmungen ihr Projekt als Vorlage des Ausschusses in der ersten Linie stand und Jene genöthigt waren, ihren Entwurf stückweis und in der Form von Gegenanträgen einzubringen. Endlich kamen vom einen zum anderen Tage die Oesterreicher auf ihr Davongehen zurück, erklärten die von ihnen geforderte Selbstverläugnung beim Ausharren für zu viel und konnten nur mit Mühe zum Bleiben bewogen werden.

Indeß war ihnen soeben eine bedeutsame Eröffnung gemacht worden. Am 21. hatte Schmerling eine vom 17. datirte Depesche des Fürsten Schwarzenberg, durch welche er und seine Landsleute wesentlich bestärkt und ermuthigt wurden.**) Er erklärte

*) Es war demnach zufällig, welche Namen als Antragsteller in den Protokollen genannt sind. So steht Wuttke's Name bei Parteianträgen, welche hauptsächlich von Somaruga, Würth oder Hermann ausgearbeitet waren u. s. f. (Wuttke 84.)

**) Es wurde darin gesagt: man könne die Motivirung seines Entlassungs-

sich bereit, sein Amt bis zu weiterer Verfügung fortzuführen, das Ausharren in solchem Moment für Pflicht erachtend, zu deren Erfüllung, bis die Verfassung vollendet sein würde, nun auch fast alle Oesterreichischen Deputirten entschlossen wären. Die Gegenpartei nahm die Oesterreichische Kundgebung als eine neue Kriegserklärung gegen ihren Bundesstaat, einen neuen Beweis ihrer Behauptungen über die Oesterreichischen Tendenzen auf. Schmerzlich empfand sie die „Verspottung ihrer edelsten Ideen und besten Männer", die Ueberlegenheit des Fürsten, die Abweisung ihrer Behauptungen, daß Oesterreich sich selbst ausgeschlossen habe, nicht eintreten könne und wolle, die neue Gefährdung ihrer mühevollen Veranstaltungen, mit dem Eisenstuck'schen Antrage durchzudringen, die Oesterreicher auszuschließen oder zu bewegen freiwillig auszutreten. Mit äußerstem Verdruß bemerkte sie die Wirkung bei den Oesterreichern und Großdeutschen, und eben auch unter diesem Eindruck wurde die Sitzung am 23. März eröffnet, die eine so bewegte war, in welcher es zu

gesuchs nicht als richtig anerkennen, über dieses habe der Kaiser Entscheidung noch nicht getroffen, bis sie erfolgt sei führe er seinen Posten fort; es sei nicht richtig, daß die Deutschen Provinzen Oesterreichs in Folge der oktroyirten Verfassung am Deutschen Bundesstaate sich nicht betheiligen könnten; sie würden dies blos nicht können, wenn der zu errichtende Bundesstaat die freie Bewegung und die Selbständigkeit der Einzelstaaten vernichte; ein solches Extrem sei aber mit dem Begriffe des Bundesstaates nicht nothwendig verknüpft; man habe sich leicht einen solchen denken können mit einer mit ausgedehnten Attributen ausgerüsteten und stark organisirten Centralgewalt, mit einer ihr zur Seite stehenden Vertretung der Einzelstaaten und ihrer Stämme, mit einer solchen Organisation des Vereines endlich, welche dem Auslande gegenüber ein großes, starkes, einiges und einheitliches Deutschland dargestellt und im Innern den verschiedenen Deutschen Staaten und Stämmen eine vernünftige Gemeinsamkeit der materiellen Interessen und der nationalen Rechtsinstitutionen gewährt haben würde. „In einen solchen Bundesstaat einzutreten, wäre Oesterreich jeden Augenblick bereit. Der neueste Frankfurter „kühne Griff" stellt freilich Alles aufs Neue in Frage. Wir können für heute blos noch die weitere Entwickelung abwarten. Sie falle übrigens aus wie sie wolle, so wird sie Oesterreich auf seinem Posten finden. Wir erwarten übrigens von dem Patriotismus der dieses Gefühles empfänglichen Oesterreichischen Deputirten, daß sie ihren Posten in Frankfurt nicht verlassen werden, so lange als ihnen dieses durch die äußeren Umstände nur immer möglich gemacht sein wird. Oesterreich denkt nicht daran — ich wiederhole es — sich von Deutschland in den Berathungen über dessen künftige Verfassung loszusagen, und es ist daher Pflicht jedes wohldenkenden Staatsbürgers, seinem Vaterlande dort, wo diese Verfassung berathen wird, das Wort zu reden bis zuletzt."

derartigen Ausbrüchen der Erhitzung und Verbitterung kam, daß es mehrmals schien, als sei das Letzte und Aergste zu besorgen.

In den Motiven des Eisenstuck'schen Antrags war an dem Welcker'schen gerügt, daß die durch ihn geforderte Bauschundbogen-Abstimmung das freie Abstimmungsrecht aufheben und die Gewissen verletzen würde. Indeß war die Sache nun kaum besser, da dem für die zu beginnende zweite Lesung maßgebenden Antrage zufolge über die einzelnen Paragraphen ohne Debatte abgestimmt werden sollte, und da sogleich am Anfange der Sitzung von vereinigten Erbkaiserlichen und Linken, angeblich zur Erleichterung, noch ein Beschleunigungsantrag eingebracht und ohne Debatte angenommen wurde, nach welchem bis zur Beendigung des Verfassungswerkes täglich doppelte Sitzungen gehalten werden sollten. Also in doppelten Sitzungen zum ermüdenden und mechanischen Abstimmen mußten die Mitglieder, und zwar um so unausgesetzter anwesend sein, da es oft um zwei oder drei Stimmen sich handelte, und um so weniger Zeit blieb ihnen, während es der sorgfältigsten Vorbereitung bedurft hätte, den Sachen nachzudenken und sich unter einander zu berathen. Diese Art von zweiter Lesung war nur ein etwas verlängerter Gewaltstreich statt des abgekürzten einer En-bloc-Abstimmung. Wie hätte die Versammlung dabei aus der Ueberstürzung noch wieder herausfinden können? An das Ergebniß eines symmetrischen Ganzen war schon bei einem solchen Verfahren nicht zu denken. Bei der ersten Lesung war die Versammlung durch die Vorlage abgerissener Stücke überrascht; als bei der zweiten ein vollständiger Entwurf vorlag, wurde sie, ohne daß Berathung gestattet war, im „Sturmmarsch" fortgerissen — wie hätte eine taugliche und beständige Verfassung dabei und bei solchen Stimmungen, solcher Parteiung herauskommen sollen? Statt einmüthig zu bauen stand man sich einander erbitterter als je gegenüber, eben so sehr bemüht, den Bauplan der Gegner zu vereiteln als den eigenen zur Ausführung zu bringen, und ließ sich von allerlei schädlichen Rückhaltsgedanken treiben. Von den Großdeutschen trachteten in einzelnen Fällen Manche, den Entwurf der Erbkaiserlichen nicht blos zu beseitigen, sondern unausführbar zu machen; die letzteren trachteten nach gemeinsamem Vorsatz Alle, daß, ob auch durch Bund und Handel mit den Radikalen und unter arger Korruption der Verfassung das Erbkaiserthum oder gar nichts beschlossen werde; indem die Linke ihnen half, suchte sie die Gewalt des Oberhaupts dermaßen zu schwächen, daß das zu errichtende Kaiserthum bald der

Republik weichen müsse, und die Hände ihr bietend hatten Jene gleichfalls ihren Vorbehalt; Manche stimmten mit den Erbkaiserlichen nur aus äußerlichen Gründen und in der geheimen Hoffnung und Zuversicht, der König von Preußen werde das Ganze doch verwerfen; noch Andere, indem sie alle Hoffnung auf ein Resultat verloren gegeben, nahmen Theil, nur um etwa noch Schlimmeres verhindern zu helfen, oder „Geschichte zu konstatiren", oder wie an einem Komödiespielen. Die große Mehrzahl in der ganzen Versammlung befand sich in einer Aufregung oder Betäubung, welche kaum irgend ein Prüfen und Erwägen zuließ. Man begann in der leidenschaftlichsten gänzlich verdorbenen Stimmung und das böse Fieber nahm stündlich zu, ganz natürlich vorzugsweis bei den Angreifern und Beleidigern. Auch die sonst Ruhigern des Weidenbuschvereins ergriff eine Art von Wuth für den Abschluß mit dem Erbkaiser, welche die leidigste Wendung nahm. Das Interesse für die Nationalversammlung, sagt Haym, war nach dem 21. nicht geschwunden, nur seinen Charakter hatte es gewechselt, es war umgeschlagen zur Erbitterung gegen die Oesterreichische Partei. Die Bedenken und auf einen sehr schlimmen Ausgang hinweisenden Vorhersagungen der im Rausch nicht Befangenen und von den Meinungen und Affekten der Menge und der Parteien nicht Beherrschten bewahrheiteten sich schon am ersten Tage und mehr und mehr mit jedem Tage der Ausführung des von den Erbkaiserlichen als die kostbarste Errungenschaft gefeierten Beschlusses, und sehr bald kamen auch Klagen und Eingeständnisse von ihrer Seite, obgleich sie in sausendem Galopp voran eilten und trieben, als gälte es sicherm und nahem Gewinn alles Wünschenswerthen und Rettenden. „Die Todten reiten schnell", schrieb Detmold.*)

*) In der D. Z. war die Rede von den „körperlichen" Anstrengungen, welche die Versammlung mit einer Ausdauer ohne Gleichen ertrage, welche diese Art eine Verfassung schnell zu beschließen nothwendig mit sich führe; wenn die Verhältnisse nicht gar zu ernst wären, so müßte man über die „Maschinenarbeit" lachen, zu der die Versammlung sich selbst verurtheilt habe. Wer hatte aber den Eisenstuck'schen Antrag aufgenommen und durchgesetzt? Die C.-K. schrieb am 23.: „Es erfüllt den Vaterlandsfreund mit der tiefsten Trauer, wenn er gestehen muß, daß es sich bei der zweiten Lesung der Verfassung, nicht um Kampf und Austausch der Meinungen über dasjenige handelt, was dem Vaterlande frommt, sondern um die Taktik der Parteien, um die Kreuz- und Querzüge klug berechneter Operationen, bei denen der Zufall den Ausschlag giebt. Und beobachtet man überdies, wie

Als der Beschluß improvisirt war, täglich zwei Sitzungen zu halten, brachten H. Müller, Beda Weber, Linde, Mühlfeld, Hermann, Reichensperger, Edel, Arndts, Gombart und

---

die numerische Stärke der Parteien sich so ziemlich gleich ist und eben hierdurch die Hartnäckigkeit und Langwierigkeit des Kampfes wächst — wird man da nicht an jenen unseligen Krieg erinnert, der Deutschland nur deshalb dreißig Jahre zerfleischt hat, weil auch damals die Parteien sich die Wage hielten? Sollte auch diese Mahnung der Geschichte ungehört verhallen?" Es handelte sich aber um das Zankprojekt, das eben die Erbkaiserlichen auf die Bahn gebracht, welchem sie eine allgemeine Zustimmung nicht verschaffen konnten und das sie dem andern Theile zunächst durch kleine Stimmenmehrheiten aufzudringen trachteten. Haym (II, 345) nennt den Gang der Erbkaiserlichen bis zur Oberhauptsfrage einen Sturmmarsch unter aufreibendem Wechsel von Glück und Unglück, so daß sie am 27. fast wie ein geschlagenes Heer in die Burg des Feindes eingedrungen wären. „In beständigen Peripetien hin- und hergeworfen, waren wir oft am Vormittage der Verzweiflung nahe, bis uns ein neues Gelingen am Nachmittage wieder den Muth zur Weiterführung des Kampfes gab." Das vorläufig angenommene Programm, das Materielle des Welcker'schen Antrags fortan im Einzelnen zu erreichen (d. h. was die Mehrheit verworfen hatte, handgreiflich nicht wollte zu erreichen und zwar durch künstliche Mehrheiten), habe im Verlauf des Kampfes eine Lücke nach der andern bekommen (d. h. die Verfassung wurde in zahlreichen Punkten anders wie die Erbkaiserlichen sie haben wollten, und disharmonischer in den Theilen). Sie wären eines Theils ihrer Truppen (derer von der Linken) nichts weniger als sicher gewesen, hätten ihnen neue Bewilligungen machen müssen, die ihnen theuer zu stehen gekommen, sich in den Fragen der Freiheit weit hinwegdrängen lassen von dem ihnen richtig Erscheinenden, von dem Maße möglicher und dauernder Freiheit, weil der Drang, der Nation die Einheit zu verschaffen (die von ihnen beliebte Form unter Zwietrachterregung und Aussicht auf unabsehbare Zerwürfnisse aufzuzwingen), jede andere Rücksicht bei ihnen überwogen. Freilich! Laube spricht (III, 377) triumphirend von der Eroberung des beschleunigten Abschlusses, davon wie nun die Nation wieder aufgeweckt sei für die Paulskirche, wie nun von allen Seiten wieder Zuruf und Ermunterung gekommen, wie die Gallerien jetzt nicht mehr vorzugsweis eingenommen gewesen von Anhängern der Linken, sondern der Kaiserlichen. Allerdings ließen diese durch dies und dergleichen zu neuen Illusionen sich verführen. Laube, der auch seinerseits den bösen Umstand nicht bemerkt, posaunt dann, wie nur noch 16 Stimmen zu einer Mehrheit gefehlt hätten, als wenn nicht der Gewinn derselben lediglich konstatirt haben würde, daß die Versammlung in zwei gleichgroße Hälften gespalten war, und daneben steht sein Ruhm und seine Hoffnung auf dem Braunfels, einer Fraktion „der schlimmsten Radikalen", welche „den Ausschlag in Händen hatte". „Man sah diesen Anfang der zweiten Lesung an und mußte ihn ansehen für die hereinbrechende Vernichtung des ganzen Werks",

Andere den Antrag, daß bei der zu eröffnenden Abstimmung über die Vorlage für die zweite Lesung eine schließliche Abstimmung über das Resultat der gesammten Vorlage vorbehalten bleiben möge. Bei den großen Gefahren und Uebelständen des beliebten Beschleunigens, und namentlich weil es kein anderes Mittel gab, die Sanktionirung eines aus unvereinbaren Theilen zusammengesetzten Ganzen zu verhindern, hatte der Antrag ohne Frage die Zweckmäßigkeit für sich. Auf sie und den Gebrauch des Hauses in ähnlichen Fällen beriefen sich die Antragsteller, doch ebenso vergeblich wie darauf, daß eine etwaige Verwerfung des Ganzen nur Ausdruck der Ueberzeugung der Mehrheit von dessen Untauglichkeit sein würde, daß die Versammlung doch nicht eine als untauglich erkannte Verfassung könne oktroyiren wollen. Dagegen sprachen Welcker (der aber doch die Entscheidung aufgeschoben wissen wollte), Plathner, Zachariä aus Göttingen, Breuning, Jordan, Venedey. Es überwog die Furcht, „mit Einem Schlage doch noch wieder verfassungslos zu werden", die Besorgniß, daß eine Gesammtabstimmung ein Resultat wie beim Welcker'=

man sah vor sich, die ganze Verfassung werde nur ein „unlogischer Haufen von Paragraphen, eine verstümmelte Lebensunfähigkeit werden." Und doch war dieser Abschluß eine Eroberung, und wenn irgend ein Lieblingsparagraph fiel, so weinten die bravsten Männer fast wie Weiber und gebärdeten sich wie Verzweifelte. Detmold schrieb: „In überstürzender Hast wurden die einzelnen Paragraphen votirt, durch Aufstehen und Sitzenbleiben entscheidet die Versammlung über das Wohl Deutschlands. Nicht einmal über die Fragstellung wird ein Wort verloren, der Sekretär verliest monoton die Fassung des Antrags oder des Entwurfs, der Präsident fordert auf, wer dafür sei, möge aufstehen: so wird die Verfassung fertig. Kein Wort der Diskussion, selbst nicht über Fragen, die noch gar nicht erörtert, da Manches auf die zweite Berathung verschoben worden; nicht einmal zum Schein kämpft man noch mit Gründen gegen einander, nicht Gründe, nicht Ueberzeugungen, nur Stimmen, nur Ziffern ringen mit einander; allein die Zahl entscheidet, als sei das Ganze nur ein entsetzliches Würfelspiel, wo mehr oder weniger Augen über Wohl und Wehe entscheiden. Und bei dieser rasenden Hast, diesem stummen lautlosen Votiren, diese tödtliche Erbitterung der Parteien gegen einander, der brennendste Haß zwischen Leuten, die noch vor Kurzem Freunde waren. Und dazwischen das ekelhafte Werben um einzelne schwankende Stimmen, das Zerren an einzelnen schwachen Charakteren, und das Schachern mit Grundsätzen und Abstimmungen, das suspensive Veto und das Wahlgesetz für die Erblichkeit u. dgl. m. Das Ganze zeigt den Zustand der vollkommensten Auflösung, es gemahnt Einen wie ein antikes Schattenreich oder eine Dante'sche Hölle und die rasende Eile paßt ganz zu dem Zustande: die Todten reiten schnell!"

schen Antrage haben könnte, der Verdacht, daß eben dies die Absicht sei, die, wie die Deutsche Zeitung sagte, zu offen am Tage lag, um nicht jedes redliche Gemüth zu empören: aber Venedey habe die „unwürdige Kriegslist bloßgelegt."

Am Schluß dieser Debatte hatte nämlich Venedey Anlaß genommen, einen höchst ärgerlichen, die Paulskirche in eine politische Klatschstube verwandelnden Auftritt herbeizuführen, indem er eben so unwürdig als ungeeignet eine Aeußerung, die Schmerling im Privatgespräch gegen Camphausen gethan haben sollte, im Tone der Denunciation auf die Tribüne gezerrt. Der fruchtlose Zank, der sich darüber entspann, wurde am 26. von einem zweiten der Erbkaiserpartei angehörenden Preußischen Abgeordneten (Künzel) noch einmal erneuert und in den Blättern fortgesponnen, unter welchen besonders die Deutsche Zeitung des Disputirstoffs sich bemächtigte. Sie wollte freilich die „skandalöse Zwischenscene nicht zergliedern", nahm aber doch Partei für Venedey, wogegen dann die Frankfurter Zeitung wieder von „Parlamentsaufpassern" sprach, durch welche die Erbkaiserlichen ihre Gegner auf Schritt und Tritt bewachten. Das vornehmste Motiv zu Herbeiziehung des Streites und Skandals lag bei diesem Vorgange wie bei dem was folgte im Alles vergiftenden Mißtrauen und Parteiunwesen.

Als die s. g. zweite Lesung kaum ihren Anfang genommen, wurden die berufenen Paragraphen 2 und 3 abermals zu schweren Steinen des Anstoßes. Sie waren der Erbkaiserpartei, wie es im Bericht ihrer Korrespondenz hieß, seit dem Oktober „gleichsam das Schiboleth des Bundesstaats geworden." Das Programm des Weidenbusches verpflichtete die Mitglieder sie aufrecht zu erhalten. Sie sollten die Vorbedingung des entgangenen und nun doch noch zu erobernden Erbkaiserthums feststellen, zunächst wenigstens Oesterreich ausschließen vom „Bundesstaat", und die Bundesstaatlichen glaubten dies mit der Durchsetzung jener Paragraphen um so sicherer zu erreichen, da die Oesterreichische Regierung so bestimmt erklärt hatte, daß sie dieselben nicht gelten lassen könne. Zudem beabsichtigten sie, was auch bekannt geworden war, sofort nach erfolgtem Beschlusse über den zweiten und dritten Satz in ihrem Sinne, mit dem Antrage auf Ausschließung der Oesterreichischen Abgeordneten hervorzutreten. Dieses Vorhaben zu vereiteln war ein Nebenmotiv des Antrags auf eine Gesammtabstimmung gewesen, und besonders deshalb war er so heftig bekämpft worden. Es war den Erbkaiserlichen geglückt, das ihnen

in den Weg geworfene Hinderniß zu beseitigen. In ihren Augen hing nun das Gelingen ihres ganzen Planes von dieser Abstimmung ab. In der ersten Lesung war der zweite Satz gegen 76 durchgegangen. Jetzt aber standen die Sachen so ganz anders. Ihn durchzubringen war daher Alles in Bewegung gesetzt. Wer irgend noch geschwankt hatte, war herübergezogen oder beschworen sich wenigstens der Stimme zu enthalten, die neu angekommenen Abgeordneten waren umstellt, die Erbkaiserlichen hielten sich der Sache so gut als gewiß. Allein es wurden bedenklich viele verneinende Stimmen vernommen, das Resultat der Abstimmung ward immer zweifelhafter und in demselben Maß überschritt der Zorn der soeben noch Siegsgewissen die gebührenden Schranken. Sie begleiteten das Nein eines Jeden, von welchem sie ein Ja gehofft oder zu erwarten sich berechtigt geglaubt, mit höhnendem oder wüthigem Zuruf und welche Gestalt diese Ausbrüche sonst annahmen. Das Ergebniß war: 265 dafür, 266 dawider. Und nun erfolgte ein so schandbarer Auftritt, wie ihn nach allen abscheulichen die Versammlung noch nicht erlebt hatte, eine der unentschuldbarsten und schmachvollsten Ausschreitungen der Erbkaiserlichen. Der Ausfall auf Schmerling war dagegen nur ein ganz mäßiges Vortreffen gewesen.

Drei Welschtyroler hatten nach der Annahme des ersten Paragraphen: „Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen Deutschen Bundes" eine Verwahrung des angeblichen Rechtes ihres Wahlbezirks eingereicht, fordern zu dürfen, nicht gegen seinen Willen zum integrirenden Theile des Deutschen Reiches erklärt zu werden. Als die Abstimmung über den § 2 beendigt war, erklärte der Vorsitzende, nachdem er die Zahl der bejahenden und verneinenden Stimmen angegeben — dieses Mal auch den in der Regel gut behaupteten Schein seiner bisweilen sehr zweifelhaften Unparteilichkeit preisgebend — daß er das Resultat noch nicht verkündigen könne, weil ein auf die Abstimmung bezüglicher Antrag (von Reh) angemeldet sei. Er gab Reh*) das Wort, der nun einen Protest gegen das Mitzählen der Stimmen jener Welschtyroler zu begründen suchte. Seinem heftigen „Ich protestire dagegen!" folgte ein betäubender Lärm der widrigsten Art, der nicht wieder enden zu wollen

*) Der ihm noch im Amte des Vorsitzenden folgen sollte, und sich jetzt nach Braun's Bemerkung von dem Gefühle eines Spielers hinreißen ließ, welcher, indem er das Spiel für sich verloren sieht, die Figuren um- und durcheinander wirft.

schien und worin „selbst der Damm, den die Geschäftsregel und das Herkommen des Hauses zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeführt, überfluthet und durchbrochen wurde" (Braun). Die Erbkaiserlichen gaben das Signal dazu durch heftiges Bravorufen. Von der andern Seite erfolgte eben so leidenschaftlicher Widerspruch, und besonders die Linke blieb im Schreien und Toben Jenen nichts schuldig, die, indem sie ihrem Verdruß und Ingrimm mit äußerster Unanständigkeit Luft machten, das so nahe Liegende vergaßen, daß die Welschtyroler denselben Protest, zu welchem sie nach Raumer's Bemerkung weder beauftragt waren noch ein Recht hatten, schon bei der ersten Lesung abgegeben und daß dies damals so wenig eine Beanstandung des Stimmrechts derselben veranlaßt, als die Proteste der Abgeordneten von Luxemburg, Posen und Triest; daß die Versammlung soeben erst den Umfang des Reiches bestimmt und nun Abgeordneten aus einem Theile desselben die Eigenschaft als Deutsche Nationalvertreter absprechen sollte; daß dies die Integrität und die Ehre Deutschlands auf die heilloseste Weise preisgeben hieß, daß ohnehin der Plan der Ausschließung der Oesterreicher nach aller Wahrscheinlichkeit mißlingen und wo nicht, die Sprengung des Parlaments herbeiführen mußte, daß die „patriotische" Partei nur ihre Parteilichkeit und Lust zur Gewaltthätigkeit auf das Aergste bloßlegen und ihr und der Nationalversammlung so nöthiges moralisches Ansehen noch mehr herunterbringen werde, ohne nach aller Wahrscheinlichkeit das Mindeste zu gewinnen.*)

*) Großd. Korr. vom 23. März. Der A. A. Z. wurde mit voller Wahrheit geschrieben, man werde sich in der Ferne kaum vorstellen können, welches Bild der Leidenschaft seit diesen Verhandlungen und Abstimmungen die Versammlung in und außer der Paulskirche biete; die Fieberhitze der Aufregung habe jede Würdigung anderer Anschauungen und Gründe unmöglich gemacht; wer in diesem Tumult die Mienen und Gebärden einiger Mitglieder beobachtet, das heisere ewige „nein — nein — nein — ihre Stimmen dürfen nicht gelten" mit angehört, habe sich fragen müssen, ob diese sonst so verständigen Männer über der Parteiwuth alle Logik und parlamentarische Kunde vergessen hätten. „Ja der unheimliche Glanz im Auge einiger mir sonst werther Freunde hätte mir fast Furcht für ihre Geistesverfassung eingeflößt." Einer ihrer Eifrigsten, Riesser, hatte noch in seiner Schlußrede am Tage zuvor gemahnt, die Paulskirche sei kein Fechtboden. Gerade seine Partei that jetzt Alles, sie „zum Cirkus zu machen, mit der höchsten Begier, ihre Gegner ad bestias zu verdammen." Ihre Mitglieder, die des Vorzugs der Intelligenz und höheren Bildung gegenüber den vielen unreifen und rohen Buben und Gesellen der linken Seite sich rühmten, verläugneten bei diesem Anlaß mehr als je die Einsicht und den feineren

Erst nach langer Zeit und nur mit peinlicher Anstrengung gelang es dem sehr mitschuldigen Vorsitzenden, die Ruhe so weit herzustellen, daß er sich hörbar machen konnte mit der Bitte, die Plätze wieder einzunehmen und der Betheuerung, daß Niemand das Wort bekommen würde, bevor nicht Alle säßen. Er sprach sich dann weiter dahin aus: die Frage, ob die Welschtyroler durch ihre Erklärung das Recht des Mitstimmens verloren hätten, müsse von der Versammlung entschieden werden; in dieser Abstimmung sei nach dem Stimmenergebniß der § 2 verworfen, aber diese seine Erklärung könne für die Verhandlung über das Stimmrecht der drei Herren in keinem Sinne präjudicirlich sein; spreche ihnen die Versammlung das Stimmrecht ab, so sei der § 2 angenommen. Unter lebhaftem Verneinen in der Versammlung fuhr er fort: was er gesagt, sei die Auffassung, von welcher er augenblicklich ausgehe, und er werde keinerlei Eingriffe in sein Recht, das Resultat der Abstimmungen zu verkündigen, dulden; gewiß sei, daß, ehe die Abstimmungen fortgesetzt werden könnten, die Frage zur Entscheidung gebracht werden müsse, die zur Präjudicialfrage geworden; er werde dies jetzt nicht mehr vornehmen lassen, sondern schließe die Vormittagssitzung, für welche nur noch eine Viertelstunde übrig sei, und setze den Wiederanfang auf 4 Uhr Nachmittags an, wo dann zunächst der Incidenzpunkt zu erledigen sein werde.

Er hatte sich in leidenschaftlicher Erregung gegen seine eigene Rechtsansicht zu seinem Verhalten fortreißen lassen, da er schon auf dem Heimwege seinen Begleitern auseinandersetzte, daß, sowie diese formellen Rechtsfragen einmal lägen in der Paulskirche, der Rey'sche Protest keinen Einfluß üben könne, die Verwerfung des Paragraphen für gültig erklärt werden müsse. Jedoch im Weidenbusch erneuerte sich der Paulskirchensturm. Zwar ließen sich die Meisten bald bedeuten, daß der Protest der Welschtyroler schlechterdings keinen genügenden Grund abgebe, letzteren das Stimmrecht zu entziehen und daß es übel anstehen würde, begierig einen Anlaß zu ergreifen, beiwege die Lostrennung eines Gebietes des Deutschen Bundes zu dekretiren;

Ton, der das Merkmal echter Bildung ist. Sie schmäheten die Gegner, weil sie sich nicht niederwerfen lassen wollten, sie stießen die verletzendsten Zurufe, die empörendsten Schimpfreden aus, zur allerkläglichsten Unterstützung ihrer Forderung, daß das Gegentheil einer in der That schon verkündeten Abstimmung als Beschluß gelten solle, weil sie abermals geschlagen waren, weil ihnen ihr Anschlag verdorben war.

daß der davon zu erwartende Gewinn als ein äußerst zweideutiger erscheine, da ein durch eine Mehrheit von zwei Stimmen erlangter Beschluß gar zu geringen Werth habe; daß es mehr als zweifelhaft sei, ob eine Majorität für den Ausschluß der Oesterreicher erlangt werden könne und daß der betreffende Antrag leicht unangenehme Gegenanträge herbeiführen dürfte. Reh erklärte, daß er seinen Protest zurückziehen wolle. Das erzürnte indeß Einige dermaßen, daß sie darauf zurückkamen, es müßten sämmtliche Oesterreicher sofort hinausgejagt werden. Nur schwer ließ sich ihnen begreiflich machen, daß nicht blos das Recht, sondern im Augenblick auch die Macht dazu fehle. Andere hielten verzweifelnd Alles für verloren und wollten deshalb keinen nutzlosen Kampf mehr versucht wissen. (Raumer, II, 264.) Wie man vernahm, spielte bis zur Nachmittagssitzung auch der Telegraph zwischen Frankfurt und Berlin, von wo die Weisung kam, daß man ablassen möge, namentlich von dem Antrage auf Ausschließung der Oesterreicher. So übte der Weidenbusch schließlich „rühmlichst Entsagung" wie es Laube hat. Der Streit wurde nicht erneuert. Als die Sitzung wieder eröffnet wurde, war den Erbkaiserlichen die Besinnung zurückgekehrt. Die Welschtyroler gaben zum Ueberfluß eine erläuternde Erklärung, durch welche sie zurücknahmen, was möglicher Weise Anstoß gegeben und wodurch dem Proteste, wenn die Erbkaiserlichen dabei hätten stehen bleiben wollen, der Boden entzogen wäre. Allein Reh zog denselben zurück und gestand, daß derselbe auf einem Irrthume beruht habe und nur „vom tiefsten Schmerze über das Vaterland" eingegeben gewesen sei. Der Vorsitzende erklärte hierauf die Sache — „gewiß zu unserer allerseitigen großen Genugthuung" — für erledigt, nur daß er noch zwei Anträge — von Perthaler und Kohlparzer — zur Sprache bringen müsse. Sie sprachen einen Tadel seines Verfahrens aus, womit er seine Befugniß überschritten, und forderten, daß der Fehler vergütet und die Rechtsbeständigkeit der Abstimmung unabhängig von der Entscheidung über die angebliche Präjudicialfrage ausgesprochen werde. Simson erklärte die ihm gemachten Vorwürfe für begründet nach seiner eigenen Auffassung, er nehme seine Entscheidung als irrig zurück.

Diesen beschämenden Ausgang nahm der unbesonnene Anlauf der „eroberungssüchtigen" Partei vom Vormittage des 23. März. Am Nachmittage, in derselben Stunde ihrer Widerrufe und Niederlage, scheiterte ohne Aufsehen ein kleines Intriguenstück, das sie gleichzeitig

mit ihren antiösterreichischen Anschlägen betrieben hatte. Am Abend des 22. war Mazzegger, ein neu gewählter Abgeordneter aus Tyrol, eingetroffen. Gegen allen bisherigen Parlamentsgebrauch verweigerte ihm Plathner, als Vorstand des Legitimationsausschusses — die Legitimationskarte zum provisorischen Eintritt, womit nach der Geschäftsordnung das Stimmrecht verbunden war, unter den nichtigsten Vorwänden. Mazzegger konnte also an der für Oesterreich so wichtigen Abstimmung, und wobei es auf einzelne Stimmen ankam, nicht Theil nehmen, bis am Nachmittage der Vorsitzende die Ansprüche desselben zum Eintritt für begründet, die Anstände für unbegründet erklärte, und zu seiner Zulassung aufforderte, welche dann auch erfolgte, ohne daß sich auch nur ein Laut dawider erhoben hätte.

Und noch ein Unglück sollte die wiederholt Geschlagenen treffen. Es galt, nun doch beim dritten Satze die für die Verbindung Oesterreichs mit Deutschland ungünstige Fassung der Vorlage durchzusetzen. Bei der Abstimmung wurde der Wechsel der Votirungen zwischen Ja und Nein, die zunehmende Zahl der verneinenden abermals in äußerster Spannung, mit steigender Bangigkeit von ihnen verfolgt, die Verkündung des Ergebnisses — 256 für, 274 wider — mit Entsetzen angehört. Der bei ihnen wahrzunehmende Eindruck hätte trotz ihres hochmüthigen und haßathmenden Verhaltens wahrhaftes Mitleid mit ihnen selbst bei den von ihnen so heftig Angefeindeten erregen müssen, wäre nicht der Gegenstand ihrer Trostlosigkeit den letztern als ein nichtiger wie beim Weinen der Kinder erschienen, so daß ihr Pathos eher ärgerte oder lächerte. Man wird dies Urheil bestätigt finden, wenn man Laube's poetisch gehaltene, doch nicht unwahre Schilderung der „herzzerschneidenden Trauer" der „Patrioten der Paulskirche" und ihres Verhaltens nach jener Abstimmung (III, 383) liest: wie ein Freund Gagern's dies Schicksal für „zum Sterben" erklärte, Gagern, den Kopf tief rückwärts an eine Säule, fern von der Ministerbank, gelehnt, ohne das trostlos irrende Auge zu wenden mit tiefer tonloser Stimme erwiederte: „Ich bin schon gestorben!" u. dgl.*)

*) Den noch immer auf Niederlagen und gänzliches Erliegen oder Zerfallen Oesterreichs spekulirenden und diesem mit preußischen und kleindeutschen Waffen drohenden Patrioten der Paulskirche sollte gleichzeitig auch außerhalb der letztern Unglück widerfahren. Gerade als sie mit dem Begin der zweiten Lesung ihren feindlichen Plan auf andere Weise durchzusetzen anhuben, an demselben Tage, an welchem sie die Oesterreicher aus der Paulskirche zu werfen trachteten und Alles aufboten, die wider Oesterreich gemein=

Raumer hatte am Abend zuvor im Weidenbusch angerathen, sie möchten den Satz zurücknehmen, weil er in dieser Fassung gewiß durchfalle, und sich, um eine große Mehrheit zu erhalten, einem Verbesserungsantrage anschließen, der von Wigard, H. Simon und Andern herrührte. Er ward damit zurückgewiesen. Der Antrag wurde von seinen Urhebern auf Betrieb Simon's zurückgezogen, der dazu durch einen Theil der Oesterreicher bewogen zu sein schien, die auch diese Fassung für ungeeignet hielten. Die Erbkaiserlichen, sich nun des Rathes vom vorigen Abend erinnernd, nahmen abermals auf, was die Linke weggeworfen. Die meisten Großdeutschen stimmten entgegen, weil sie einen Verbesserungsantrag zu unterstützen dachten, der denselben Gedanken noch deutlicher ausdrückte. Der Antrag wurde mit einer beträchtlichen Mehrheit angenommen. Beide Parteien waren einmal leidlich zufrieden, indem jede den Beschluß zu ihren Gunsten auslegte. Als die Abstimmungen über den zweiten Abschnitt beginnen sollten, mußte zuvor über eine Einschaltung abgestimmt werden. Wigard, Schüler und H. Simon forderten, am Eingange solle der Satz stehen: „Das Deutsche Volk ist souverän; alle Reichsgewalt rührt vom Volke her." Es sollte ein Fühler für die Erbkaiserlichen sein, ob sie es bei den ihren Fortgang habenden Unterhandlungen „ehrlich meinten". Allein sie bedachten, welche Schwierigkeiten sie der Annahme der Verfassung bereiten würden, und daß sie insbesondere dem Könige von Preußen nicht kommen durften, wenn mit ihrer Unterstützung das Wahrwort des Radikalismus so auffällig und herausfordernd an die Spitze gestellt war; sie würden sich abermals hingegeben haben, ohne des Preises schon gewiß zu sein; es gab andere Mittel, ihre Ehrlichkeit zu dokumentiren; oder sie waren zum Aeußersten noch nicht entschlossen und stimmten deshalb, mit Ausnahme Derer, die früherhin Fraktionen der Linken angehört, entgegen. Wenn die Gagern, Bassermann, Soiron, Hergenhahn u. s. w. ihr verneinendes Votum abgaben, erscholl ein Gebrause des Hohns, spöttisches Bravo oder Gelächter, laut besonders bei Gagern's Nein. Von den Großdeutschen stimmten nur viele Oesterreicher, meist ehemalige Linke, und Wuttke und v. Hermann für den Antrag, der mit 297 gegen 213 abgelehnt wurde. Außer Jenen votirten selbst die vormaligen Volkssouveränitätsanhänger unter

---

ten Paragraphen zum zweiten Male zu gewinnen, nachdem der erste Beschluß über dieselben so traurig gelungen war — an demselben 23. März schlug Radetzky die Schlacht von Novara.

ihnen entgegen. Sie hätten jetzt den besten Anlaß gehabt, ihre Parteistellung und Aussichten verbessernd, für den Fall, daß das Erbkaiserthum beschlossen würde, dessen Annahme im Voraus durch Verderben der Verfassung zu vereiteln.*)

Bei diesem Gange, diesen abermaligen Niederlagen kamen einzelnen Erbkaiserlichen schwere Bedenken, unter welchen ihnen Licht über die wahre Lage aufging. Es schien selbst in dem Kreise der reichsministeriellen Persönlichkeiten dicht um Gagern her der Fall zu sein. Das reichsministerielle Organ sprach, wenn auch vielleicht nur in der Absicht, den Gegnern gute Lehren zu geben und sie auf andere Wege zu leiten, jedenfalls helle Gedanken aus.**) Allein die Be-

*) Diesem Thatsächlichen zum Trotz wurde die Beschuldigung, daß die Großdeutschen darauf ausgingen, eben bei diesem Vorgange erneuert, und eben jetzt, wo die Verhandlungen der Erbkaiserlichen mit der Linken zum Abschluß standen, ließen diese — wie es scheint, um ihre Bündelei desto unbemerkter betreiben zu können — ihren nutzbaren Popanz, der „schuß- und stichfest den ausgestopften Elephanten der Königin Semiramis glich", von Neuem figuriren. Mit verdoppelter Beeiferung wurde die künstliche, die unnatürliche, die verdammliche Koalition der Großdeutschen und der Anarchisten denunciirt und mußte an allem Unglück Schuld sein. Selbst Leute wie Raumer konnten sagen: die Abstimmung habe gezeigt, aus wie fremdartigen Bestandtheilen die „Koalition" zusammengesetzt sei; die Ultramontanen und Baiern hätten — gegen den Antrag gestimmt, und nicht wenige Oesterreicher seien — zur Thür hinausgelaufen. Die C. K. entschuldigte die dissentirenden Voten ihrer Partei bei der Linken: nicht dem Satze an sich hätten dieselben gegolten, sondern der Ungehörigkeit des Ortes. Aehnlich der vormals radikale Verfasser des Berichts der Großd. Korr. Auch feurige Verehrer der Volkssouveränität hätten entgegengestimmt, weil sie einem rein theoretischen Ausspruche keine Stelle in der Verfassung einräumen wollen, und weil es ihnen überflüssig geschienen, noch zu dekretiren, was durch Thatsachen feststehe.

**) „Die Auswärtigen brauchen sich nicht zu bemühen um Verhinderung der Gründung eines starken und mächtigen Deutschlands. Man darf zu diesem Zweck nur die Deutschen ruhig und ungestört ihren Weg gehen lassen. Jetzt sind es aber nicht die Kabinette oder die Fürsten, die der Tadel vorzugsweise trifft; nein, es sind die Völker selbst und ihre Vertreter, die den ersteren den Rang abgelaufen haben. Das dringt sich auf bei den neuesten Vorgängen in der Nationalversammlung. Welch ein Wirrwarr der Ansichten, Behauptungen, Forderungen, Bestrebungen! Wahrlich es wäre ein Wunder, wenn hieraus etwas anderes hervorginge, als die größte Demüthigung für Alle, welche die Herstellung der Macht und Einheit Deutschlands erstrebt haben. Am Ziele angelangt, entdeckt man, daß Jeder etwas Anderes gewollt, und daß man sich nur deshalb über frühere Beschlüsse vereinigt hat,

fangenheit und der Taumel waren dawider zu gewaltig. Während den Großdeutschen nicht einleuchten wollte, daß sie den ihnen bestimmten Andeutungen Folge zu geben und den Erbkaiserlichen zu helfen hätten, herrschten in den Köpfen der letztern (vergl. Raumer II, 377) unzerstörbar Anschauungen, welche von andauernd absoluter Ver-

---

um sie später wieder umzustoßen. Und wenn nun vollends anerkannt werden muß, daß diese Beschlüsse meist ohne praktische Bedeutung sind, so glaubt man sich in eine Schule der Philosophen, nicht aber in eine konstituirende Versammlung versetzt. Wir sind auf langem Umwege wieder bei dem alten Dualismus Oesterreichs und Preußens angelangt, und es ist unnütz, sich diese Wahrheit länger zu verhehlen. Der Streit um den engeren und weiteren Bundesverein, den einzigen Bundesstaat, das Reichsoberhaupt rc. hat keine andere Bedeutung als diese, und es ist ein neuer Beweis der spekulativen Richtung der Nationalversammlung, daß ihre Mehrheit den Glauben festhält, es könne durch ihre Beschlüsse jetzt noch hierin etwas geändert werden. Für den praktischen Politiker giebt es keine andere Lösung dieses Verhältnisses, als entweder die Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen über das, was in Deutschland geschehen soll, oder einen Bruch zwischen den beiden ersten Bundesmächten, wo alsdann die übrigen Deutschen Staaten, je nach ihren Interessen, sich an die eine oder die andere derselben anschließen, oder einen dritten Staatenkörper bilden müßten. Da nun an einen solchen Bruch jetzt nicht zu denken ist, so müssen wir in das Stadium der Transaktion eintreten, und es wird deshalb nur darauf zu sehen sein, die möglichst besten Bedingungen zu erhalten. Wenn in der Nationalversammlung das Gefühl für das gemeinsame Interesse und die eigene Würde nicht völlig verschwunden ist, so wird sie einsehen müssen, daß sie jetzt nur noch durch solche Beschlüsse wirksam sein kann, die das Zustandekommen jener Transaktion erleichtern und keiner Deutschen Macht das Uebergewicht über die andern verleihen. Möge man sich keinen Illusionen über die Stellung und den Einfluß der Nationalversammlung hingeben. Sie ist nicht mehr von der Sturmfluth der Märzrevolution getragen, vielmehr führen die rückschlagenden Wellen täglich zu dem früheren Zustande zurück, und wenn sie nicht einmal ein lesenswerthes Testament ihrer Wirksamkeit hinterläßt, wird die Geschichte nicht mehr von ihr zu sagen wissen, als daß sie spurlos vorübergegangen ist, und nur als Mittel gedient hat, ein irregeleitetes und vielfach mißbrauchtes Volk zu enttäuschen." Das wurde im Organe des Reichsministeriums gesagt, von Einem, der die Annahme des Welcker'schen Antrags „gewünscht", damit das schwächere Preußen darin das „wirksamste Mittel einer billigen und patriotischen Verständigung mit Oesterreich gefunden hätte". Er nannte deshalb die Verwerfung des Antrags einen verderblichen Grundirrthum der Mehrheit, die Sache anders genommen und geglaubt zu haben, daß der Kaiser, wenn sie nicht dagegen stimme, „hier zu Stande gebracht werden könne."

kennung der wirklichen Lage zeugten. Ihr „Sturmschritt“ war unaufhaltsam.

Sie wollten wissen, Camphausen habe geäußert, Preußen werde in die Oesterreichischen Verfassungsideen nicht eingehen, er lasse deutlich durchblicken, daß es in Berlin bestimmter Plan sei, allenfalls auch blos Norddeutschland unter Preußen zu vereinigen. Es galt ihnen demnach um so mehr, die Verfassung für Preußen wenigstens nothdürftig recht und für Oesterreich möglichst unannehmbar zu machen. Sie operirten nach Kräften dahin, durch die Abstimmungen am 24. (über die §§ 11—53 des zweiten Abschnitts) „den Bundesstaat weiter zu umgrenzen und den Eintritt Oesterreichs unmöglich zu machen“ und zu dem Ende, was an diesem Tage fast durchweg gelang, die „Vorschläge des Ausschusses zur Annahme zu bringen, die mehr centralisirenden Anträge und Minoritätserachten der linken Seite eben so wie die laxeren der direktorialen Partei abzuwerfen, die letzteren sogar meist durch die (vom Vorsitzenden geschickt arrangirte) Reihenfolge der Fragstellung ganz von der Abstimmung auszuschließen.“ (Haym II, 346.) Sie sahen und gestanden sogar, daß sie ihre Erfolge gegen die Linke der Haltung der von ihnen unausgesetzt mißhandelten großdeutschen Gegner verdankten, deren Anträge von denen der Linken am weitesten abstanden, also am wenigsten auf „Koalition“ oder Handbieten dazu hindeuteten.*)

---

*) Die C. K. vom 25. gab als Grund dieser Siege ihrer Partei an, daß bei den konkreten Bestimmungen des Bundesstaats die „Koalition“ in diametral entgegengesetzter Richtung auseinander gehe, d. h. daß Großdeutsche und Linke einander Koncessionen nicht machten. Stets sei die Mehrheit den, das gesunde und mögliche Maß des Bundesstaats innehaltenden Ausschußanträgen gewiß, sobald erst die weiter gehenden Anträge der Linken verworfen worden, denn nur selten und nur bei nebensächlichen Bestimmungen finde sich dafür Oesterreichische Hülfe, und nur selten für die Verbesserungsanträge der Oesterreicher die Hülfe der Linken, so außerordentliche Anstrengungen zu diesem Behufe vom Hotel Schröder gemacht würden, wie man denn auf den Plätzen der Oesterreicher gedruckte Abstimmungsanweisungen sehe, fortwährend Zurufe herüber und hinüber höre und Oesterreichische Posten im Lager der eigensinnigen Bundesgenossen von links meist erfolglos ausgestellt seien. Die Großd. Korr. hatte es kein Hehl, daß man auf ihrer Seite mit aller Anstrengung, aber freilich bei dem Sinne und der abgewendeten Stellung der Linken nur zu oft ohne Erfolg, den „emsig eine Bundesstaatspyramide bauenden, engherzig oder voreilig auf eine erdrückende Centralisation hinarbeitenden Vätern Kleindeutschlands“ entgegenwirke. Die Parlamentskorrespondenz der Erbkaiserthümler gebe selbst Aufschluß über die

Daneben verhehlten sie sich jedoch nicht, und ihre Korrespondenz sprach es offen aus, daß mit dem allen nichts gewonnen sei, wenn es nicht gelinge, das absolute Veto und die Erblichkeit durchzusetzen. Fast jeder Paragraph des Kapitels von der Reichsgewalt sei „ein neuer unübersteiglicher Schlagbaum zwischen dem Deutschen und dem Oesterreichischen Staate", allein die Oesterreicher blieben in der Versammlung, weil sie noch hoffen durften, durch die Verwerfung jener beiden Punkte den erbkaiserlichen Verfassungsplan, den Bundesstaat ohne Oesterreich, unausführbar zu machen; Alles liege daran, daß es noch gelinge, die Stimmen herüberzuziehen, die am 21. gefehlt, die Stimmen Derer, welche der sittlichen Nothwendigkeit Hohn sprechend als Deutsche so gehandelt, wie ein ausländischer Feind handeln müßte; es sei zu hoffen, daß die öffentliche Meinung noch manchen von diesen principienharten Männern herübertreiben werde, denn der Patriotismus sei in Deutschen Herzen eine zwingende Gewalt, welche endlich doch die ehernen Fesseln der Doktrin zersprengen werde. „So eben (am 25.) setzte die Korrespondenz hinzu, wird der stenographische Bericht über die Sitzung vom 21. mit der Erklärung von H. Simon und Genossen vertheilt — in demselben Geiste werden die Kaiserlichen auch jetzt zu handeln fortfahren; möge er auch über Diejenigen Herr werden, welche vielleicht mehr zu opfern haben, denen aber das Vaterland eben deshalb für das gebrachte Opfer größeren Dank schulden wird." Als sie sich so aussprach, waren die Verhandlungen mit H. Simon im besten Gange. Gleichfalls am 25. hieß es in der Deutschen Zeitung, die Kaiserlichen hätten es verschmäht, durch Bewilligungen die Stimmen der Linken zu erkaufen; „möge frei gekämpft werden um Veto und Wahlgesetz!"

Der 25. März war ein Sonntag, es war große Bewegung, vornämlich unter den Weidenbuschvereinten. Bevor sie sich versammelten, hatte der Vorstand die Verhandlungen mit Denen im Braunfels bis zum Abschluß geführt. Diese boten ihre Stimmen für die Erblichkeit, forderten dafür aber die Stimmen der Erbkaiserlichen für das Suspensivveto und allgemeine Wahlrecht. Im Weidenbusch waren noch immer Viele dem Handel abgeneigt. Es galt zunächst, sie zu verwickeln. Der Vorstand „fand die angemessenste

---

eigentliche Absicht so mancher centralisirender Bestimmungen: „sie nennt die angenommenen Paragraphen freudig „Schlagbäume gegen den Oesterreichischen Staat." Vielleicht war dies ihr Sinn: die Wirkung soll es nicht werden."

Form für die zu machende Koncession", zum Beschwichtigen. Er schlug vor, Veto und Wahlgesetz für offene Fragen zu erklären und es wurde nach kurzer Verhandlung beschlossen.*) Allein auch damit war das Ziel noch nicht mit Sicherheit zu erreichen. Die Mehrzahl der Linken war noch immer abgeneigt, für den Erbkaiser zu stimmen, er konnte nur durch feste Stimmen der Linken gewonnen werden, und die Fraktion im Braunfels, von welcher sie zu haben waren, traute noch immer nicht und bestand auf Verpflichtung durch Unterschriften. Demnach wurde das Geschäft durch ein weiteres geheimes Abkommen perfekt gemacht. Früh am 26. gaben etwa 80 Mitglieder der Weidenbuschpartei an H. Simon und Genossen die nachstehende schriftliche Erklärung: „Zur Beseitigung möglicher Zweifel erklären die unterzeichneten Mitglieder der Nationalversammlung, daß sie die Verfassung, wie solche von der Nationalversammlung beschlossen werden wird, für dergestalt endgiltig anerkennen, daß sie für irgend wesentliche Abänderungen derselben, oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite dieselben etwa auch verlangt werden sollten, nicht stimmen werden." Außerdem gaben 114 Erbkaiserliche die schriftliche Erklärung, für das suspensive Veto und das Wahlgesetz stimmen zu wollen. Die Reversirung war für die Erbkaiserlichen eine um so demüthigendere, weil keine gegenseitige, sei es, daß sie von den Simon's und Genossen Unterschriften nicht gefordert oder daß diese dergleichen geweigert, die eigene Vertrauenswürdigkeit so selbstverständlich als ihr Mißtrauen gegen Jene gerechtfertigt achtend. Indeß rechnete und dachte jeder der beiden Theile nur darauf, den andern zu übervortheilen, seine Mentalreservationen mit Hülfe des andern durchzuführen und ihn dann bei Seite zu schieben. Das Paktum Gagern-Simon war der Abschluß der Koalition zweier in einer Lüge, einem gegenseitigen Betruge zum Abschluß und zur Durchführung der Verfassung sich verbindender Parteien. Die von der linken Seite nahmen den Erbkaiser „als Knochen zu dem Fleische" hin, hofften aber, ihn durch Veto und Wahlgesetz zu beseitigen und

*) Raumer (II, 373) berichtet, wie besonders er, Welcker, Arndt, Mevissen gegen heftigen Widerspruch beredt sophistisirend den Beschluß durchgesetzt hätten, um für das aufschiebende Veto das weit Wichtigere, das Erbkaiserthum, zu erhalten. Biedermann (103 ff.) beschreibt das Manöver noch etwas genauer, wie man das Suspensivveto und Wahlgesetz blos durch Freigeben der Vota zur Annahme zu bringen gedacht, ohne daß die Partei direkt und förmlich Koncessionen zu machen gebraucht hätte.

so auf dem einfachsten und leichtesten Wege, durch parlamentarische und Wahlkämpfe und Künste, zum Ziele zu kommen. Sie sagten ohne Hehl: Mit diesem Wahlgesetz und einem solchen Schattenkaiser werden wir in nicht zu langer Zeit, nach Abhaltung weniger Reichstage die Republik haben, wenn der König die Reichsverfassung annimmt; nimmt er sie nicht an, so erhalten wir die Revolution, das Recht, den stärksten Rückhalt einer gesicherten Revolution. Die paktirenden Erbkaiserlichen wußten das ja auch sehr wohl (S. 192 die Anm.). Jene äußerten sich in der That höchst ungenirt, wie z. B. Fröbel (gegen Detmold) ganz frei bekannte: „Wir haben ihnen auf ihr Drängen für ihre gute Waare des Wahlgesetzes die falsche Münze des Erbkaisers gegeben.“ Die gegen die Radikalen sich Reversirenden nahmen den Vertrag ebenso wenig in dem Sinne, wie der andere Theil ihn verstand. Sie handelten in dem Hintergedanken, wegen dessen die von der Linken ihnen mißtrauten. Sie ließen so starke und zahlreiche Ueberschreitungen des Maßes „möglicher und andauernder“ Freiheit sich gefallen, indem sie durch den Erbkaiser alles von ihnen Mißbilligte wieder zu beseitigen hofften.*)

Noch an demselben Tage wurde etwas von dem Handel ruchtbar, und spät Abends erhielten einzelne Großdeutsche aus der Linken

---

*) Vergl. Anh. XVII. Es hatten unterzeichnet nach Gagern an der Spitze aus dem Reichsministerium R. Mohl und Mathy, und weiter Welcker, Reh, Zell, Kierulff, Stahl, v. Reden, Grumbrecht, Freudentheil, Biedermann, Lette, Fuchs, Mittermaier, Höfken, Jordan von Berlin, Soiron, Graf Golz u. s. f. Von einem angeblich nebenher gelaufenen Uebereinkommen wegen demnächstiger Ueberlassung einer Anzahl von Stellen namentlich im Reichsgericht an Mitglieder der Linken wurde geflüstert, doch ist Verbürgtes darüber nicht bekannt geworden. Laut wurde nach einiger Zeit gesagt, eine große Anzahl von Erbkaiserlichen habe sich schriftlich und mit Ehrenwort noch besonders verpflichtet, Verfassung und Wahlgesetz auch dann unverändert aufrecht zu erhalten, wenn sie künftig Mitglieder des Volkshauses werden würden, wodurch die Linke gegen eine spätere Revision sich noch mehr habe sichern wollen. Die Kölnische Zeitung (und nach ihr die A. A. Z. in der Nr. 114) brachte den Umstand in der zweiten Hälfte des April zur Sprache, und bemerkte, es wäre zu wünschen, daß über diesen Punkt eine bestimmte Erklärung, etwa in der Deutschen Zeitung erfolge. Indeß erfolgte eine Erklärung nicht. Weitere Verabredungen der neuen Alliirten sollten dahin gegangen sein, daß man einander zu äußerster Beeilung der Abstimmungen die Hände bieten wolle, um fertig zu werden, so lange noch in der Preußischen Kammer das Feuer für die „Deutsche Sache“ brenne und bevor der Dänische Waffenstillstand ablaufe u. s. f.

Kunde von der Gewißheit und dem wesentlichen Inhalte des abgeschlossenen Pakts. Die Erbkaiserlichen beobachteten jedoch tiefstes Stillschweigen darüber, zumal in ihren Organen, widersprachen und erklärten Alles für erlogen, wenn sie darauf angeredet wurden. Von der andern Seite — den beiden Simon — kam, und zwar am 31. März, die Enthüllung, durch welche sie um so mehr in die peinlichste Verlegenheit gesetzt wurden, da dieselbe in den heißen Tagen erfolgte, wo es um die Annahme der Kaiserwürde von Seiten des Königs von Preußen sich handelte. Einstweilen äußerten sie sich vor wie nach über Transaktionen mit der Linken, bis die ihrige vom 26. bekannt geworden war, unter deren Einwirkung die Abstimmungen fortgesetzt und zu Ende gebracht wurden.*)

---

*) Im Laufe des Tags ging die Sage, Gagern habe die früherhin geforderten Unterschriften selbst überbracht. „Ist die Erzählung gegründet, schrieb Detmold am 26., so ist es möglich, daß die Kaiserwürde und deren Erblichkeit mit Majorität von zwei oder drei Stimmen beschlossen wird. In welcher Form dann, wenn diese Würde beschlossen worden, die Uebertragung derselben stattfinden wird — ist noch nicht zu übersehen. Der Antrag, dieselbe nun durch die Nationalversammlung dem König von Preußen zu übertragen, wird dann natürlich gestellt, aber auch bekämpft werden, und es ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß auch in der darüber stattfindenden Verhandlung die jetzt schon durch allen Koth geschleifte Krone in noch schlimmerer Weise besudelt und zerbrochen werden wird.“ Noch am 27. brachte das reichsministerielle Organ einen vom 25. datirten Artikel aus Mathy's Feder, worin dringend von Transaktionen mit der Linken abgemahnt wurde. Es hieß darin: das Verhalten der Minorität vom 21., daß sie ihre Bemühungen bis zum letzten Augenblick fortsetze, müsse er lobend anerkennen; „nur von Zugeständnissen, die als Preis für den Zuwachs einiger Stimmen verlangt werden könnten, möchten wir dringend abrathen. Es kommt darauf an, daß diejenigen Abgeordneten, welche das Deutsche Volk und nicht die Politik von Olmütz vertreten, ihre Grundsätze, ihren Charakter, ihre Ehre bewahren und hierin einigen unzuverlässigen Stimmen zu Liebe keinerlei Opfer bringen. Nur dann besteht die Aussicht, daß ihr Werk, wenn nicht durch die Versammlung, doch durch die Nation über kurz oder lang zur Geltung gebracht werde.“ Es war das Frankfurter Journal, das die Enthüllung in einer ausführlichen Erklärung der beiden Simon brachte, welche genaue Auskunft über die Kaisersimonie gab und durch welche die Genannten sich wegen ihrer Vota für den Erbkaiser vor den Märzvereinen rechtfertigten, die Transaktion als eine für die Radikalen und Republikaner durchaus vortheilhafte schilderten, insbesondere darlegten, wie sie sich davor gesichert, daß ein Handeln um die Krone und ein demnächstiges Nachgeben Seitens der Nationalversammlung auf Bedingungen, die ihren Ueberzeugungen entgegen wären, nicht stattfinden werde, und schließlich auf die thatsächlich ge-

In der Sitzung am 26. fiel das absolute Veto mit 385 gegen 127 Stimmen. Haym sagt, wir waren nicht überrascht durch dies Ergebniß — und wie hätten sie es sein können? — wir hatten es erwartet, ja ein Theil der Unsrigen hatte es herbeiführen helfen. Freilich war dies geschehen, gerade so wie sie es gewollt und eingeleitet, und daß eben sie das Ergebniß herbeigeführt, ist um so gewisser, da ihr Berichterstatter sie deshalb zu rechtfertigen sucht.*) Dies verhinderte sie jedoch nicht, die andere Seite mit Vorwürfen zu überhäufen und den gewaltigsten Lärm darüber zu schlagen, daß so viele Großdeutsche für das Suspensivveto gestimmt hätten. Die Deutsche Zeitung zum Beispiel, welche damals unter Mitwirkung der Weidenbuschmitglieder Dahlmann, W. Beseler, Droysen redigirt wurde, und doch am 27. mindestens wissen mußte, was bis zum 25.

---

wonnenen Erfolge hinwiesen. Auf ihr besonderes Ansuchen bequemte sich die Deutsche Zeitung, die Erklärung (auch Müller hat sie aufgenommen) in ihrer Nummer vom 2. April abzudrucken. Die reichsministerielle Zeitung brachte selbst an diesem Tage noch eine Korrespondenz aus Frankfurt, worin tadelnd von den „monströsen Verbindungen" der letzten Woche gesprochen wurde, und gab sodann nur eine kurze Notiz nach dem Frankfurter Journal über die mit den beiden Simon eingegangene nebst einer eben so kurzen Bemerkung, wonach dieselbe wie ganz in der Ordnung erscheinen sollte. Gagern selbst äußerte sich, als Vorwürfe laut wurden, ganz verwundert, daß ein Unrecht darin erblickt werde. Am 11. April verantwortete er sich öffentlich darüber. (S. unten.)

*) Haym (II, 348) sagt zur Rechtfertigung: wir retteten die Erblichkeit, indem wir zwei ohnehin schon verlorene Posten fallen ließen, denn wir wußten, daß die Direktorialen für das Suspensivveto wie für das Wahlgesetz stimmen würden; die Konsequenz wäre unter diesen Umständen nur Eigensinn gewesen und eine etwaige Verpflichtung konsequent zu bleiben, datirte ohnedies höchstens von jenem Tage her, an dem sich der gesammte Weidenbusch zur Annahme des Welcker'schen Antrags verpflichtet hatte; die — stets so innerlich homogen gerühmte — Kaiserpartei war keineswegs von Haus aus eine Partei von Veto- und Censusfreunden; die Hälfte von uns hatte vielmehr schon bei der ersten Lesung gegen das absolute Veto votirt. Allein wer es wissen wollte konnte auch wissen, daß ein Theil der Direktorialen, mit welchem die Erbkaiserlichen stark genug gewesen wären, für das Suspensivveto und Wahlgesetz nicht stimmen würde. Das Wahlgesetz war schon durch die von den Erbkaiserlichen durchgesetzten Vorschläge des Verfassungsausschusses beim Welcker'schen Antrage, das Suspensivveto durch ihre Verabredungen vom vorigen Tage preisgegeben. Die Großdeutschen, für welche die Sache außerdem ganz anders stand (S. unten), konnten mit viel größerem Rechte sagen, daß sie nur verlorene Posten fallen ließen und was da sonst für ihre Gegner gesagt wird.

zwischen dem Braunfels und dem Weidenbusch verhandelt, am 25. im Weidenbusch beschlossen war, sagte noch am 27.: die Gegner entfalteten einen Cynismus der Inkonsequenz und Grundsatzlosigkeit, „den wir in Deutschland kaum für möglich gehalten hatten" u. dgl. Dagegen signalisirte dann aber bald genug die Frankfurter Zeitung in einem Artikel: „Wir lassen uns handeln," unter Hindeutung auf die weiteren erbkaiserlichen Pläne revolutionärer Gewaltübung, das widerspruchvolle Verhalten der Weidenbuschkoalition, der Faiseurs, wie Riesser, wegen ihres „schmählichsten Versuchs zum schmählichsten Erkaufen von Stimmen", der Vereinbarer, wie Vincke, die beim Suspensivveto protokollarisch erklärt, nimmermehr glauben zu können, daß ein Deutscher Fürst die so dotirte Oberhauptswürde annehmen werde.*)

Aus Haym's Darstellung ist zu ersehen, in welcher Spannung und Bangigkeit die Erbkaiserlichen dem Ausgange des nächsten Tages entgegensahen, welcher aller wahrscheinlichen Berechnung zufolge die Entscheidung über die Oberhauptsfrage bringen mußte. Sie sagten sich, daß, „nachdem sie bereits so viel geopfert", ein Unterliegen auch in dieser letzten Frage sie vollständig bankerott, die Verfassung zu einer unmöglichen machen würde. Daß sie die letztere durch ihre „Opfer" bereits unmöglich gemacht hatten, sahen sie nicht ein. In ihrer Versammlung am Abend des 26. bestärkten sie sich in ihren Illusionen durch Anhörung einer Adresse aus Stuttgart, die ihnen als ein Zeichen der Zustimmung der „Nation" galt. Es folgten die „schon so oft angestellte" Stimmenzählung und Mittheilungen „über eine hier oder da noch zu gewinnende Stimme". Das Ergebniß

*) „Nun freilich, das absolute Veto wird hergestellt bei dem Geschäft en gros, und wenn das Kaiserlein andere Skrupel sich machte, die Sache ist ja so einfach. Hat man so viele Fürsten zum Anbieten der Kravallkrone schon gezwungen und zwingt vielleicht noch Einige dazu, so wird man am Ende doch auch wol Einen zur Annahme zwingen. Das ist die Verständigungstheorie der Majorität und das Vereinbarungsprincip des Kaffee Milani in seiner neuesten zeitgemäßen Durchbildung. Dieser Bildungsproceß in Milani begann bei dem Ministerialprogramm Gagern, zeigte sich schon sehr entwickelt, wie man für die Endgültigkeit der zweiten Verfassungslesung, wenn auch nicht einstimmig, votirte, und erscheint nun vollendet in der Art und Weise, wie man die eingegangenen Regierungserklärungen bei dem En-gros-Geschäfte erwägt und berücksichtigt. Eine Protokollarerklärung oder irgend ein Amendement wird uns wol belehren, daß das Vereinbarungsprincip vollständigst gewahrt sei."

ihrer Berechnungen war, daß die Entscheidung über die Erblichkeit von einer einzigen oder doch von ganz wenigen Stimmen abhängen werde, ohne daß sie Garantie besessen hätten, daß diese für *sie* fallen würden. Trotzdem war die Stimmung bei ihnen „so gehoben und so tapfer", daß sie fast einmüthig meinten, im anderen Falle sei „*durchaus Alles zu verwerfen*" — was sie Alles verderben nannten, wenn sie es von den Gegnern behaupteten. „Mit gegenseitigem Zuruf, gleichsam todesmuthig wie vor einer Schlacht," gingen sie auseinander. Sie hatten das Wahlgesetz ohne Bürgschaft für den Erfolg hingegeben, um die Linke zu ködern, und jetzt also der Linken sich förmlich verhandelt, wenigstens ohne des dadurch zu erreichenden höchst zweifelhaften Gewinns vollkommen sicher zu sein.*)

Im anderen Lager war man am 27. früh von dem Allen unterrichtet. Die Großdeutsche Korrespondenz vom Vormittage konnte schon mit Bestimmtheit über den abgeschlossenen Pakt und dessen Inhalt berichten. Demgemäß ward Abrede genommen. Zwar keineswegs einmüthig, doch aber von einer nicht unbeträchtlichen Anzahl wurde so etwas wie das beschlossen, was die Gehobenheit und Tapferkeit im Weidenbusch sich vorgenommen. Mehrere Abstimmungen zeigten, daß dahin die Meinung vieler Anderer auf dieser Seite jedoch nicht ging, z. B. die über den Satz: „Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen," der bestimmt war, die Verfassungen der Einzelstaaten davor zu schützen, auf verfassungsmäßigem Wege republikanisch umgewandelt zu werden. Die starke Mehrheit für ihn (310 gegen 206, unter welchen auch erbkaiserliche Stimmen) bewies, daß er durch die Großdeutschen gerettet war. Dagegen fiel das *absolute Veto bei Abänderungen der Reichsverfassung*. Das suspensive war beantragt von Erbkaiserlichen und Linken und wurde mit 272 gegen 242 angenommen. Dafür stimmten Großdeutsche, welche in Fragen dieser Art stets mit der Linken gegangen waren

*) Den Bankerott der *Gagern'schen Schöpfung*, der provisorischen Centralgewalt, die dem Erlöschen nahe, und die bösen Folgen des Welcker'schen Antrags, nach dessen Verwerfung die unpatriotische Renitenz der Einzelstaaten sicher zunehmen werde, gestand die C.-K. dieses Tages ein, um die zur Einwirkung auf die Abstimmungen des folgenden bestimmte Drohung mit der Unmöglichkeit ein anderes Ministerium zu bilden und mit der bevorstehenden peremptorischen Forderung des Gagern'schen, auch von der Besorgung der laufenden Geschäfte entbunden zu werden, einzuleiten.

(ihre Partei war „keineswegs von Haus aus eine Partei von Vetofreunden" u. s. w.), aber auch solche, die der konservativen Richtung angehörten, Arndts, v. Bothmer, Buß, Lassaulx, Reichensperger, Schmerling, Graf Deym, Edel, Heckscher, v. Hermann u. A. Dafür stimmten auch Erbkaiserliche, wie Kirchgeßner, Mittermaier, Ad. Schmidt, Zell. Ihre große Mehrzahl stimmte entgegen, was auch von Großdeutschen, wie Braun, Cornelius, v. Schrenk, Winter u. A. geschah. Bei dem Handel mit der Fraktion Simon scheint nicht daran gedacht zu sein, daß das Veto noch einmal vorkommen werde bei Reichstagsbeschlüssen über Verfassungsänderungen. Daß ihre Gegner es nun auch preisgegeben bei solchen, wo sie selbst es nicht verkauft, darüber erhoben die Erbkaiserlichen ein Geschrei wie über das schwerste unerhörteste Verbrechen; denn daß so etwas möglich, daran hätten sie nicht gedacht und denken können, — sie, denen kein „Opfer" zu groß war, die seit Wochen unausgesetzt Beschwerde führten, die Großdeutschen machten alle denkbaren Koncessionen um die Linke zu gewinnen und gingen darauf aus, Alles zu verderben. Ihre Korrespondenz rührte zuerst die Lärmtrommel, mit Vorwürfen beginnend, die von dieser Seite ausgehend äußerst seltsam lauteten: die Großdeutschen würben um Stimmen, deren sie möglichst viele für sich zu gewinnen suchten; durch den letzten Beschluß über das Veto sei die Stetigkeit und Dauerbarkeit der Verfassung auf das Aeußerste gefährdet und die monarchische Ehre und Stellung auf so bedrohliche Weise untergraben, daß nun sehr zu bezweifeln sei, ob sich noch ein Deutscher Fürst zur Annahme der Krone verstehen werde; am meisten trügen die Oesterreicher die Schuld, die wohldisciplinirt nach der Parole des Bevollmächtigten ihrer Regierung stimmten; die Schmerling, Bothmer, Edel u. s. w. hätten nur so gestimmt, um dem Könige von Preußen die Annahme der von der ehrlich-deutschen (sehr offen für Preußen arbeitenden) und ehrlich-monarchischen (gegen die Simon's und Genossen reversirten) Partei zugedachte Krone zu verleiden, und da die Linke kurzsichtig genug sei, den eigentlichen Zweck ihrer neuen Bundesgenossen, die Zerstörung des ganzen Werkes und die Oesterreichische Oktroyirung, gar nicht zu erkennen, vielmehr bona fide große Siege des demokratischen Princips mit ihnen zu erfechten glaube, so sei es den Freunden der Einheit, Freiheit und Selbständigkeit Deutschlands kaum mehr möglich auf einen glücklichen Erfolg ihrer eigenen Bestrebungen zu rechnen. „Je später desto schmerzlicher wird die Erkenntniß sein, daß die Deutschen ihre Wiedergeburt selbst

unmöglich gemacht und sich durch schnöde Zwietracht zu Grunde gerichtet haben." Die Centrenkorrespondenz kam noch mehrmals auf diese Abstimmung und ihre Vorwürfe zurück, indem sie besonders an Schmerling und Bothmer ihren Groll ausließ und an die Erklärung erinnerte, worin der letztere nebst Phillips, Hayden, Lassaulx, Pretis u. A. sich gegen die Folgen des auf die Beilegung eines blos suspensiven Vetos an die Reichsregierung gerichteten Beschlusses der ersten Lesung verwahrt. Der Zorn der Partei war begreiflich, da sie fürchten mußte, des bei ihrem Pakt stipulirten Gewinns verlustig zu gehen; schwer zu begreifen war aber die „sittliche Entrüstung", womit sie nicht Worte genug fand über die Grundsatzverläugnung und die Verbündung ihrer Gegner mit den Republikanern sich auszulassen, und nicht zu sehen, welch ein Urtheil sie damit ihrem eigenen Verhalten sprach, während sie Die nicht traf, die es treffen sollte, die kein Wahlgesetz oder Suspensivveto als Lockspeise ausgeworfen, keinen Pakt über dergleichen Opfer geschlossen, am wenigsten — was niemals auch nur behauptet ist — der Linken sich verschrieben und nur nach ihren von Anfang offen ausgesprochenen Ueberzeugungen gestimmt hatten.*) Bei der Ausarbeitung der groß-

*) Die Auffassung und Stimmung der Erbkaiserlichen vom 27. März findet sich auch noch in ihren nachträglichen Darstellungen, z. B. läßt Haym sich aus: da seine Partei niemals geglaubt, daß das suspensive Veto auch für Verfassungsänderungen die Mehrheit in dieser sonst so konservativen und gemäßigten Versammlung erhalten könne, so habe sie der Chikane ihrer Gegner nicht hinreichend Rechnung getragen; der Grund der Abstimmung derselben sei lediglich der gewesen, den Kaiserlichen ihren etwaigen Sieg bei der Erblichkeitsfrage zu vereiteln, aus Schadenfreude, aus Hinterlist, um wenigstens das Werk Anderer zu zerstören, wenn sie selbst nichts aufbauen könnten, was denn besonders bei den Oesterreichern die unerhörteste politische Schamlosigkeit gewesen sei, da sie das moralische Recht des Mitstimmens verloren und an der Verfassung (die sie nicht wollten und um deren Feststellung es sich noch handelte) praktisch keinen Theil haben würden. Laube berichtet, man sei am 27. Morgens gutes Muths gewesen, denn freilich habe man das absolute Veto hingegeben, doch dafür das Versprechen Derer vom Braunfels gehabt und von Außen ermunternde Adressen bekommen. Da sei denn unerwartet eine principielle Niederlage tief in die Verfassung eingebrochen — beim Veto in Verfassungsfragen. Daß bei diesem die Gegner einen unsaubern Streich im Schilde führen, mit den Republikanern gemeinschaftliche Sache machen könnten — daran habe Niemand gedacht. Der gemeinste Neid, die unwürdigste Mißgunst habe die Gegner dazu getrieben, eine Handlungsweise, die ein ewiger Schandfleck in unserer Geschichte sei. Laube fährt nach diesem Standpunkte sodann über die Bothmer, Schmerling

deutschen vorläufigen Verbesserungsanträge hatte hauptsächlich Welcker das Suspensivveto als allein mit dem beabsichtigten Direktorium verträglich befürwortet. Bei der ersten Abstimmung, wo der Erbkaiser noch nicht in so bedrohlicher Nähe, auch der Direktorialplan noch nicht reif und durchgebildet gewesen, hätten Viele für das absolute Veto lediglich um der Einzelstaaten willen gestimmt, von deren Kammern zu vermuthen, daß sie den großen Unterschied leicht übersehen möchten, der zwischen einem Bundes- und einem Staatsoberhaupte obwalte; der Erbkaiser sei die größeste aller Kalamitäten, und diejenigen, welche diese Ansicht hegten, könnten sich doch nimmermehr veranlaßt finden, die Stufen zu seiner Verwirklichung aufzubauen u. s. f. Diese Meinung war im großdeutschen Ausschuß durchgedrungen, die vorläufigen Verbesserungsanträge räumten der Reichsregierung nur das Suspensivveto des Beschlusses erster Lesung in etwas veränderter Fassung ein. Wir erinnern uns, daß sie Seitens der Erbkaiserlichen sofort verdächtigt wurden, der Linken Koncessionen zu machen (S. 60) und daß die Centralkorrespondenz (Anh. VI.) als eine solche namentlich jene Bestimmung über das Veto bezeichnet und insbesondere Welcker wegen seiner Mitwirkung dazu heftig gezankt hatte. Diejenigen nun unter den Großdeutschen, welche am 27. für das Suspensivveto stimmten, thaten es nach den Gesichtspunkten, welche ihnen schon bei Aufstellung ihres Gegenprojekts in Betreff dieser Frage die leitenden gewesen waren. Sie meinten, daß es in der Direktorialform des absoluten Veto in keinem Falle bedürfe und obenein, daß sie nur thöricht handeln würden, wenn sie die Verneinung desselben scheuen wollten, weil dadurch die Ausführung des Projektes der Erbkaiserlichen erschwert oder gar unmöglich gemacht werde, indem es eben ihre pflichtmäßige Aufgabe sei, die monarchische Spitze, die Errichtung eines Sonderstaats unter Preußen, den Aus-

u. s. w. her, ereifert sich dabei für Principfestigkeit, und schließt, jene hätten das Verderben der Verfassung zum Princip oder wenigstens zur Waffe gemacht und gesagt: wir wären Narren, sie nicht zu gebrauchen. Aehnlich spricht sich Riesser aus über die Konservativen, welche gegen das Suspensiv-Veto gestimmt, als die die einheitliche Regierung von vorn herein hätten entkräften und entwürdigen wollen, ohne der Absicht seiner Partei die Oesterreicher und Oesterreich zu verdrängen, eine Verfassung zu bilden, worin dieses keinen Platz fand, ohne des Wahlgesetzes, wodurch die Verfassung allein schon unannehmbar, ohne des Paktums, mit Einem Worte ohne der rechtfertigenden Motive zu gedenken, wodurch jene Konservativen zu ihrem Verhalten bewogen wurden.

schluß Oesterreichs zu verhindern, wozu sich insbesondere die Oesterreicher berufen hielten, die jetzt ohnehin auf das Aeußerste gebracht waren durch den nackter als je hervorgetretenen Plan, Deutschland für Preußen zu erobern und Oesterreich von ihm auszuschließen, und durch die Behandlung, welche sie zumal neuerdings erfahren und die sich nun an den Beleidigern rächte, indem sie eine den Absehen derselben äußerst nachtheilige Rücksichtslosigkeit hervorrief.*)

Es war nicht andem, daß man großdeutscher Seits nur verneine, um in der Nationalversammlung gar nichts zu Stande kommen zu lassen, man suchte vielmehr den Verfassungsplan der Gegner zu vereiteln, um die andere positive Seite der Aufgabe, die man sich gestellt, lösen, nämlich um die großdeutsche Aufstellung durchbringen zu können, aber man verrechnete sich freilich, indem man dies — die Festigkeit und Tragweite der Beschlüsse des Weidenbuschvereins unterschätzend und vergeblich das Mitstimmen der Linken

*) Man sagte großdeutscher Seits: sogar Vincke hat bei der ersten Lesung zugegeben und es ist die gemeine Rede der Erbkaiserlichen, das Veto sei praktisch von wenig Bedeutung, aber die Weihe des Kaiserthums. Ein solches lehnen wir als Direktorialisten ab und folgeweis auch das Veto als unnöthig oder gar als zu viel. In der Debatte über den Bericht der Kaiserdeputation nach Berlin suchte Heckscher auszuführen, daß mit einer Direktorialregierung ein absolutes Veto kaum verträglich sei. Am 25. April erinnerte Reichensperger daran, daß es hauptsächlich Welcker gewesen, der im großdeutschen Verfassungsausschuß diesen Satz auf das Entschiedenste vertheidigt; bei der ersten Lesung sei das Kaiserthum noch keineswegs abgemachte Sache gewesen und habe es hauptsächlich gegenüber den Fürsten und den Kammern der Einzelstaaten gegolten, „durch unser Votum nicht der Unterstellung Kraft zu leihen, als ob diese Versammlung überhaupt für das suspensive Veto an und für sich sei;“ bei der zweiten Abstimmung aber hätten die Sachen ganz anders gestanden, da habe die dringendste Gefahr vorgelegen, die nur immer hätte drohen können, und es habe gegolten, die Gefahr für die Ganzheit, für die Integrität des Vaterlandes abzuwenden. — Die O.-P.-A.-Zeitung schrieb, die Oesterreicher und Ultramontanen, an dem Gelingen ihrer Pläne verzweifelnd, hätten das Verderben absichtlich gefördert durch Verwerfung des absoluten Vetos. Die Frankfurter Zeitung bemerkte am 4. April, der Verfasser sage in den nächsten Zeilen selbst, das Suspensivveto habe in einem Bundesstaate sogar eine empfehlungswerthe Seite; die Großdeutschen hätten ganz ihrem Plane gemäß gehandelt, keineswegs indem sie daran verzweifelt; es liege eine arge Heuchelei darin, dem Könige von Preußen rathen ohne absolutes Veto Kaiser zu werden, und den Gegnern des Kaiserthums als Verbrechen vorrücken, daß sie für eine nichtmonarchische Regierungsform darauf verzichtet.

auch ohne Kauf der Direktorialform erwartend — eben auch jetzt noch hoffte.*)

Nach Haym's und Laube's eigenen Berichten ließen die Erbkaiserlichen noch in der Sitzung ihren Unmuth abermals in argen Unge-

---

*) In der Großdeutschen Korrespondenz vom Vormittage des 27. wurde ausgeführt, ein Bundesstaat mit einem erblichen Oberhaupt sei eine noch nie dagewesene Ungeheuerlichkeit, die den Geschichtsprofessoren zu erfinden vorbehalten geblieben, welche die Mehrheit der Nationalversammlung im Hintergrunde geleitet, indem sie ihre Proselyten in den Vordergrund gestellt; an der Spitze einer Föderation könne nur ein Wahloberhaupt oder ein Direktorium stehen; ein solches sei den Verhältnissen am entsprechendsten, und die beste Form desselben aufzustellen, habe der großdeutsche Ausschuß sich bemüht; dann hieß es weiter: „Unserem Vorschlage haben sich daher bei seiner großen Zweckmäßigkeit die Regierungen der größeren Staaten im Wesentlichen angeschlossen, so daß behauptet werden darf: er sei das am leichtesten Ausführbare. Auch die Linke der Nationalversammlung hat ihn angenommen, nachdem sie früher ihr Prinzip hinlänglich gewahrt hat, und wird gegen alle übrigen Anträge für ihn stimmen. Wenn es also nur gelingt, das erbliche oder lebenslängliche Kaiserthum abzuwerfen, so ist eine nicht unbeträchtliche Mehrheit für das Direktorium, denn auch viele patriotische Preußen die aus Stammesrücksichten oder Nachgiebigkeit gegen ihre Partei in erster Linie sich für den Erbkaiser erklären zu müssen glauben, wollen ihm ihre Stimmen nicht versagen. Er ist auch am meisten angemessen wie den dermaligen Zuständen, so dem deutschen Charakter. Gegensätze werden auf diesem Wege beseitigt, der Particularismus versöhnt, den in seiner Berechtigung das Erbkaiserthum förmlich herausfordert, und ein friedlicher Uebergang dergestalt verbürgt. Oesterreich aber bleibt jederzeit, was auch jetzt komme, der Zutritt offen: wohingegen es Heuchelei ist, zu behaupten, die Thore ständen ihm offen, sobald man ein Erbkaiserthum einsetzt.“ Im Uebrigen wurde der Vorwurf, durch Negiren zum Ziele gelangen zu wollen, zurückgegeben: „Alles Unglücks Verantwortlichkeit, das über unser Vaterland hereinbrechen wird, wälzen wir auf die Anhänger des Erbkaiserthums. Der Fanatismus, den sie erregt, die unklaren Vorstellungen, die sie in Schwung gebracht, die Hartnäckigkeit, die sie genährt haben: das sind die Uebel, woran die Nationalversammlung zu Grunde zu gehen in Gefahr ist. Weil herzlich wenig für das Erbkaiserthum sich vorbringen läßt, ging ihre wohlberechnete Taktik darauf hin, es durch einige kühne Phrasen mit der Idee deutscher Einheit zu identificiren und zugleich mit der heftigsten Polemik jedweden Gegenvorschlag zu ruiniren, im Publikum und in der Paulskirche zu discreditiren. Keine Waffe blieb unangewendet. Auf die Negation alles Uebrigen bauten die Leiter dieser Partei das Durchdringen ihres Planes. „Wir stimmen gegen alle anderen Vorschläge — hörte man sie sagen — und eine Mehrheit muß doch zu Stande kommen.“ Ihr müßt mit uns stimmen: war ihre Schlußfolge. Wollt ihr dies nicht, so gehen wir aus Frankfurt fort.“

zogenheiten und wahren Wuthausbrüchen an ihren Gegnern, insbesondere den Oesterreichern aus, wovon jedoch noch weit mehr erzählt werden könnte. In äußerster Selbstgefälligkeit und Verblendung oder in raffinirter Verstellung nahmen sie die Miene an, als wären sie vom tiefsten Abscheu gegen die Männer, die die Verfassung und sich selber mit einem solchen sittlichen Makel befleckt hätten, erfüllt, und als fange ihnen in deren Gesellschaft zu „grauen" an. Noch in der Paulskirche, dann im Weidenbusch, wo sie nach der Sitzung Theils in völliger Niedergeschlagenheit, Theils in heftigster Aufregung sich versammelten, wurden die kaum beseitigten desperaten Forderungen und Vorschläge unter ihnen erneuert, jedoch von Andern — Gagern, Beseler — bekämpft, die ihnen die Unthunlichkeit und Unklugheit derselben deutlich zu machen wußten, jedoch in ihrer Hartnäckigkeit und ihren Einbildungen sie bestärkten, ihre Hitze wo möglich noch mehr anfachten, und nach Allem was geschehen war und trotz alle dem was sie doch einsahen, den Beschluß bewirkten, alle Kraft daran zu setzen, die Bestimmung über die Erblichkeit durchzubringen. Wie thöricht man sich benahm und mit welcher Wichtigkeit es geschah, wird mit einem Pathos erzählt, daß es eben auch an dieser Stelle nicht leicht ist, des nothwendig komischen Eindrucks der Darstellung sich zu erwehren.*)

*) Die C. K. sagte in ihrem Bericht: „Wir wollen es nicht in Abrede stellen: eine schwere Niedergeschlagenheit hatte sich nach den Abstimmungen von gestern Vormittag unserer bemächtigt. Durch die Verwerfung des absoluten Veto bei Verfassungsänderungen hatte die Verfassung einen Flecken erhalten, der die Möglichkeit ihrer Durchführung und ihres Bestehens erschwert. Aber dies war noch das Geringere. Ein größerer Flecken war damit auf die Art und Weise des Zustandekommens dieser Verfassung geworfen. Uns ward unheimlich in der Gesellschaft jener conservativen Männer, welche jetzt auf einmal sich nicht entblödeten, mit schadenfroher Berechnung ein radikales Votum nach dem andern abzugeben. Der sittliche Makel, welchen sie sich damit anhängten, erhöhte die Entrüstung über das Bleiben der Oesterreicher in der Versammlung. Es war daher begreiflich, daß der Gedanke eines entscheidenden Schrittes, der unberechtigten Gäste los zu werden, in manchem Einzelnen aufstieg. Allein über solche Gedanken siegte alsbald das Gefühl unseres Werthes und das richtige Verständniß unserer Pflicht. Es wäre, was wir auch in dieser Richtung unternommen hätten, ein Schritt der Verzweiflung gewesen, und warum denn verzweifeln? „Wer wäre nicht tief betrübt in dieser Stunde", so sprach einer unserer besten Männer (G. Beseler), „aber muthlos soll nie eine Schaar von dritthalbhundert Männern sein!" Es wäre aber (bemerkte Gagern) ein derartiger Schritt auch eine Verschuldung am Vaterlande gewesen. Den Mittelpunkt der deutschen Einigung

In der Nachmittagssitzung kam die Abstimmung über den Ausschußantrag auf die **Erblichkeit des Oberhauptes** und die Gegenanträge. Die Reihefolge derselben war von großer Bedeutung. **Heckscher** bemühte sich vergeblich, die vom Präsidirenden arrangirte zu bekämpfen. Die erste Abstimmung erfolgte über den Satz: „Die

---

aufgebend, hätten wir zugleich die Nationalversammlung, hätten wir zugleich die Centralgewalt hinter uns gelassen. Wir wären aber damit der anderen, bisher mit treuem Ausharren von uns durchgeführten Aufgabe untreu geworden. Wir hätten die Anarchie über das Vaterland ausgesät und, verzweifelnd die eine Revolution zu schließen, hätten wir eine zweite begonnen. Solche Erwägungen schlugen rasch alle die fliegenden Pläne nieder, welche zu fassen verzeihlich, festzuhalten unverzeihlich erschien. Wir gingen nicht ohne Hoffnung des Sieges, jedenfalls mit dem festen Muthe des Ausharrens in die Paulskirche." **Haym**, dieß noch weiter ausmalend, sagt, es hätten sich — noch in der Paulskirche unter den gegen die Oesterreicher Erbitterten — Gruppen von Verschworenen gebildet, Andere hätten ganz muthlos selbst austreten und abreisen wollen, Andere hätten abgemahnt, die Kaiserlichen hätten in ihrer Rathlosigkeit und Uneinigkeit das Bild einer zerfallenden Partei, ihre Sache das Bild einer verlorenen Sache dargeboten; indeß sei ihr Patriotismus zu warm und stark, die Gefahr des Vaterlandes zu groß gewesen, sie hätten noch einmal an den Sieg glauben, ihn wollen lernen und ihn gewonnen; die denkwürdigen Mittagsstunden im Weidenbusch hätten zuletzt über ihr Schicksal entschieden u. s. w. G. Beseler habe vorgestellt, die Verfassung habe freilich am Vormittag einen Flecken erhalten, doch gewinne man dadurch vielleicht etliche Stimmen mehr für die Erblichkeit; der Protest gegen das Mitstimmen der Oesterreicher sei rechtlich nicht zu begründen, und seine Folge würde der Austritt der Erbkaiserlichen sein, die damit Parlament und Centralgewalt, Recht und Macht in den Händen der Gegner lassen würden, und zwar voreilig, ehe das Letzte versucht sei. Man habe nach Gagern gerufen, dieser dem Allen beigestimmt und hinzugefügt, durch den Austritt würden sie eine neue Revolution anfangen u. s. f. Nach wenigen Tagen sollte wenigstens das Drohen damit ein Hauptgeschäft seiner Partei werden. Auch dem widersprach er, es sei zu hoffen, daß bei dem Zerfallen des deutschen Einheitswerkes in Preußen sich ein selbstständiges Staatsleben mit verjüngter Kraft entwickeln werde. **Laube** äußert u. A.: Ueber den Zorn sei man weit hinaus, es sei viel schlimmer gewesen, die nothwendigste persönliche Achtung sei nicht mehr eingeräumt, im Weidenbusch sei die Trostlosigkeit so erschreckend und verzweiflungsvoll gewesen, wie man sie nie gesehen, denn man habe sich jeder Tücke und Unehrlichkeit ausgesetzt geglaubt, ganz dicht am Ziele zum ersten Male es für ganz unmöglich gehalten, mit dieser Versammlung an ein gedeihliches Ende zu kommen; denn die Sache sei an sich nicht so schlimm gewesen, da der Beschluß demnächst leicht hätte abgeändert werden können. Das hätten jedoch die Reversirten und Braunfels-Alliirten nicht zugeben können und Laube konnte es nur im Ignoriren ihres Paktes behaupten.

Würde des Reichsoberhauptes wird einem regierenden Deutschen Fürsten übertragen." Er wurde mit 279 gegen 255 angenommen. Heckscher forderte abermals vergeblich, daß nun zunächst die Anträge auf ein dreijähriges, ein auf Lebenszeit zu wählendes Oberhaupt an die Reihe kämen. Es wurde unter äußerster Spannung, bei lautloser Stille über die Erblichkeit abgestimmt, deren Freunde des Erfolges auch jetzt noch keineswegs gewiß waren, deren Gegner hofften, sie werde abgelehnt werden.*) Der Entscheid fiel für die Erblichkeit, die mit 267 gegen 263 votirt wurde. Merkwürdiger Weise gehörten die 4 Stimmen, welche den Ausschlag gegeben, Oesterreichischen Abgeordneten: Rößler und Schneider aus Wien, Reitter und Makowiczka aus Prag. Mehrere und unter ihnen noch ein Oesterreichischer Abgeordneter (Groß aus Prag) auf welche die Großdeutschen gerechnet (Venedey, Vischer, Fr. Schulz u. A.) hatten sich der Abstimmung enthalten. Wuttke bemerkt: „Acht Mitglieder der Linken, meist Preußen, enthielten sich eingeschüchtert der Abstimmung, ein erwartetes Mitglied der großdeutschen Partei traf ein paar Stunden zu spät in Frankfurt ein." Die Erbkaiserlichen triumphirten, wie noch nie in

---

*) Haym sagt: „Da war Niemand, der nicht Stimme für Stimme verfolgte. War doch dies ernste Geschäft einem Hazardspiele so ähnlich, konnte doch eine Abwesenheit, ein plötzlich geänderter oder wankend gewordener Entschluß das Verhältniß der Stimmen und damit die Entscheidung nach der einen oder andern Seite hin ändern." Wuttke berichtet: „Noch spät Abends am 26. hatte Vogt den Beauftragten der großdeutschen Partei mitgetheilt, die Linke werde in ihrer Gesammtheit, und nur mit Ausnahme derer, die das Hauptgeschäft mit den Erbkaiserlichen geschlossen hätten, für das Direktorium stimmen. Ueber seine Stimmenberechnung befragt, hatte er sich dahin geäußert, letzteres werde mit vier bis fünf Stimmen siegen. Auch war versichert worden, es würden 20 bis 30 der Rechten angehörende Preußen zwar das Erbkaiserthum, an dessen Durchführbarkeit sie zweifelten, nicht verneinen, aber wenn es fiele, für das Direktorium stimmen." Aehnlich wie die Berechnung Vogt's und nicht um ein Haar sicherer waren die Berechnungen aller mit den Gesinnungen und Absichten der Abgeordneten und dem Parteienstande Genauestbekannten. So sehr war das ernste Geschäft einem Hazardspiele ähnlich. Stahl hat es für einen Fehler erklärt, daß man nicht den König von Preußen gemäß der Verfassung zum Kaiser bestimmt, sondern habe wählen lassen. Allein auf diesem direkten Wege konnten die Erbkaiserlichen das Ziel nicht erreichen, sondern sie konnten es nur so, daß sie zunächst die Positionen gewannen, es solle ein Fürst an die Spitze gestellt werden und das Oberhaupt erblich sein. Für die vermißte Bestimmung war keine Mehrheit zu hoffen, was darauf hinweist, daß der Fehler an und für sich in dem Projekte der Erbkaiserlichen lag.

ihrer Korrespondenz: „Die Erblichkeit wurde mit 4 Stimmen Majorität votirt, und so sehen wir endlich nach langer Irrfahrt Land.“ Auf der anderen Seite wurde geurtheilt, es sei damit gar nichts gewonnen und gegründet, sondern Alles nun erst recht verwirrt und in Frage gestellt, und die Vierstimmenmehrheit erscheine um so kleiner, da sie trotz der erhandelten Vota der Fraktion Simon so klein ausgefallen. Viele Erbkaiserliche hegten selbst große Zweifel, ob man mit einer solchen Majorität ein Erbkaiserthum gründen könne (Laube II, 243), allein sie hofften auf Preußen oder sagten, was Haym noch in seinem Berichte sagt: „Eine geringe Mehrheit, es ist wahr; gebildet, wenn man will, durch vier Oesterreichische Stimmen, welche in letzter Zeit immer mit uns gegangen; aber gleichviel! es handelte sich ja nur um das Zustandekommen eines legalen Beschlusses.“ Und dann sollten auch, so gern man jene vier bejahenden Oesterreichischen Stimmen gelten ließ, die hundert verneinenden gar nicht zählen und deshalb der Sieg um so größer sein. Die Großdeutsche Korrespondenz entgegnete: So riefen freilich die Sieger, während sie die 180 Preußischen Stimmen gezählt wissen wollten; ob aber die überwiegende Mehrheit der Preußen das Recht habe, die kleineren Staaten zu erdrücken? Rechne man die Abgeordneten der Letzteren, um die es sich eigentlich handle, weil Oesterreich dem Erbkaiser sich nicht unterwerfen und Preußen seinen König, freilich mit dem Kaisertitel, behalten werde, so ergebe sich, daß von ihnen mit einer Majorität von 60 Stimmen das Erbkaiserthum verworfen sei, und ihnen komme in der Sache das entscheidende Wort zu. Die Nationalversammlung habe den Weg aufgegeben, der zum Heil geführt haben würde, habe Unheil heraufbeschworen, weil der Versuch, Deutschland zu einigen, mit der Vergrößerung Preußens endigen solle, worauf Alles abgesehen sei, wie sich denn G. Beseler und Sauken nach der Abstimmung sofort zu der vereinigten Linken begeben hätten, um sie zur Wahl des Königs von Preußen zu bereden.

Die übrigen Paragraphen wurden nun „im Sturme“ votirt (Haym), der über den Titel des Reichsoberhauptes (Kaiser der Deutschen), die Residenz desselben, die Civilliste, und welche sonst noch zu diesem Kapitel gehörten; sodann ward der Reichsrath mit 269 gegen 245 abgelehnt: Phillips, Künßberg, Deym, Bothmer, Detmold, Edel, Braun und ähnlich Gesinnte, doch auch Kaiserliche wie Freudentheil, Reh, Selasinsky hatten dagegen, Radikale wie Uhland, Großdeutsche wie Cornelius, Döllinger, Eckart, Jordan u. A. dafür gestimmt. Es

konnte Seitens der Letzteren nur für die Eventualität geschehen sein, daß es zum Kaiserstaat komme, für so zweifelhaft sie dieselbe auch hielten. Im großdeutschen Lager war man durchgängig überzeugt, daß daran trotz dem was hier beschlossen werden möchte, nicht zu denken sei und daß man schließlich, sofern nicht eine völlige Auflösung eintrete, doch noch das Direktorium erhalten und wo nicht, zum Bundestage zurückkehren werde. In beiden Fällen war die Institution des Reichsraths etwas Ueberflüssiges oder Unstatthaftes, weshalb sie auch in den „vorläufigen Verbesserungsanträgen" keinen Platz gefunden. Auch den Erbkaiserlichen lag nichts an ihr; sie war von ihnen nur „Maskirens" halber vorgeschlagen. Sie hielten sie selbst für unnütz oder gar für schädlich, sie hatten im Weidenbusch am 17. Februar förmlich beschlossen, „auf den Reichsrath kein Gewicht zu legen" (S. 70). Sie erhoben aber desungeachtet auch über diese Abstimmung Lärm, um Odium auf ihre Gegner zu werfen. *)

So weit mit Hülfe der Linken gekommen, bedurften sie derselben

---

*) Die C. K. schrieb: „In rascher Eile wurde der Rest der Verfassung durchgenommen. Der Kaisertitel ward sofort wie im Sturme erobert und nur ein Manöver unserer Gegner war es, welches uns in etwas die Befriedigung über das Erreichte verkümmerte. Wir nämlich hielten es für keinen Raub, wenn wir, nachdem die feste Spitze gewonnen, dem partikularistischen Interesse die Institution des Reichsraths concedirten. Das erbliche Kaiserthum auch den Widerstrebenden acceptabel zu machen, das hielten wir für eine Pflicht der politischen Klugheit, für eine Pflicht der Loyalität. Aber anders die Gegner. Sie befolgten, auch als Besiegte, noch immer dieselbe Taktik, welche sie vor der Entscheidung innegehalten. Statt das erbliche Kaiserthum jetzt als eine legale Existenz anzuerkennen, zu conserviren und den partikularistischen Bedürfnissen nach Möglichkeit anzubequemen, zogen sie es vielmehr vor, diese Existenz auch jetzt noch zu vereiteln oder doch nach Kräften zu gefährden. Während daher wir, fast Mann für Mann, für den Reichsrath stimmten, so waren es gerade die eifrigsten Vertreter des Partikularismus, die entschiedensten Parteigänger aus dem Lager der Direktorialen, welche illoyaler Weise gegen dies Institut stimmten und dadurch den Fall desselben herbeiführten. Mag sich Hannover dafür bei seinem Bevollmächtigten und dessen treuen Genossen, bei den Herren von Bothmer und Detmold bedanken" u. s. w. Haym (II, 357) läßt gleichfalls seinen Zorn an den Direktorialen aus, welche fortgefahren hätten, den Eingebungen ihrer perfiden Politik zu folgen. Der Reichsrath sei gefallen durch die Stimmen des Hannoverschen Bevollmächtigten und so vieler Baiern, während Hannover und Baiern am Reichsrath offenbar mehr interessirt gewesen wären, als Preußen, und die Preußische Partei habe für denselben gestimmt. Haym selbst verräth jedoch, daß es eben im Interesse Preußens und der Preußischen

aber auch noch ferner, ja noch weit mehr als bisher. Sie war ihnen nöthig, um auch die Annahme der beschlossenen Verfassung durchzusetzen, bezüglich zu erzwingen und um das zu wählende erbliche Oberhaupt zur Annahme der Krone zu drängen, erforderlichen Falls zu nöthigen; zunächst für die Kaiserwahl, die Maßregeln zur Publikation der Verfassung. Sie mußten deshalb, so sehr bedenklich das Verhältniß zur Linken, worin sie sich eingelassen, für sie war und Vielen unter ihnen selbst im Taumel des Moments auch erschien, die neue Verbindung enger zu schließen, zu befestigen, den möglichsten Nutzen daraus zu ziehen und sich in sie und ihre dadurch bedingte neue Stellung zu schicken suchen, so gut sie konnten. Es war nicht leicht. Sie hatten bis zur Stunde so viel sittliche Entrüstung u. dgl. über die unnatürliche, verwerfliche Allianz ihrer Gegner mit den Anarchisten an den Tag gelegt; die große Mehrzahl der Persönlichkeiten auf der linken Seite war ihnen widerwärtig, war unwerth oder verächtlich in ihren Augen. Indeß half die geheime Hoffnung, den andern Part bei der Sache zu übervortheilen, die Einbildung, diese nun, obgleich einstweilen durch Unterstützung der Radikalen, in der Hand zu haben und behalten zu können, über ihre Bedenken, ihr gegen die „ekle" Verbindung sich sträubendes Gefühl hinweg. Was wichtiger war: man mußte sich vertragen, bundesgenossentliche Gesinnung wenigstens zeigen; Manchen kam auch wol so etwas in der Exaltation und nicht wenig thaten bei dem Allen die Freude über den errungenen Sieg, die Illusionen über die Realität des geträumten Gewinns. Als der letzte Paragraph angenommen war, trat die in der Gruppirung der Parteien, ja mit der ganzen Versammlung vor sich gehende, durch das Paktum Gagern-Simon präparirte „Metamorphose der Versammlung" deutlich vor Jedermanns Augen; es erfolgten alle Zeichen eines „herzlichen Einverständnisses" der Neuverbrüderten, man sah, wie Haym richtig erzählt, die Erbkaiserlichen und die Linken sich „mischen", „mancher Händedruck wurde gewechselt, welcher gelobte, daß fortan die Einen wie die Andern die Aufrechthaltung und Durchführung der Verfassung redlich erstreben wollten." Allein es war eigentlich so, daß die Erbkaiserlichen mit hofirender Beeiferung zur Linken gingen

---

Partei gewesen, daß der Reichsrath votirt werde, doch nur um zu täuschen oder zu beschwichtigen. Seine wesentliche Bestimmung sei gewesen, „den Partikularismus der Einzelregierungen mit dem Erbkaiserthum auszusöhnen."

und diese sie kommen ließ und hier mit stillem, dort mit sichtlich triumphirendem Hohn und eben so sichtlich mißtrauend, noch immer mißtrauend sie aufnahm — ein höchst widerwärtiges Schauspiel, wovon ihr vornehmster Erzähler schweigt. Indeß enthält sein nicht Weniges — insbesondere auch das eigentliche Paktum Gagern-Simon — zudeckender Bericht doch eine Andeutung. „Es kam der Linken darauf an, ein Zeichen unserer entgegenkommenden Geneigtheit zu sehen; noch war das Wahlgesetz nicht durch die zweite Lesung gegangen, man wünschte die sofortige Annahme desselben ohne Diskussion.“ Die Erbkaiserlichen beeilten sich, darauf einzugehen. Auch jetzt meinten sie, die größte Eile sei zugleich die größte Klugheit. „Am Besten, wenn wir morgen schon den Kaiser wählen, sofort den Gewählten zur Annahme einladen.“ Ihre Konservativsten unterschrieben ohne Umstände einen auf augenblickliche Annahme des Wahlgesetzes gerichteten Antrag der Linken — doch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, dagegen stimmen zu können, wie Haym behauptet. Wie dem aber sei, sie brachten selbst einen zweiten eben dahin gerichteten Antrag, Zell und Kierulff an der Spitze. Unter dem ersten sah man erbkaiserliche und linke Namen sich mischen — Rösler von Oels und Simon von Trier, und Mevissen, Haym, Scherer, Biedermann, Kerst u. s. w. Die Dringlichkeit wurde den Anträgen sofort zuerkannt und die mit größter Eile betriebene Abstimmung, wobei man doch nicht sah, daß die Erbkaiserlichen Gebrauch von jenem Vorbehalt gemacht hätten, ergab eine beträchtliche Majorität für das Wahlgesetz — wie Haym bemerkt „zum großen Jubel der Linken“, der wohl deren Verbündete selbst gegen ihren Satz von der Klugheit solcher Eile hätte bedenklich machen können, was jedoch nicht der Fall war.

Zumal von diesen Momenten an machten diese Sitzungen den trübsten Eindruck. Man sah, daß es Vielen gar nicht mehr Ernst mit der Sache war, daß sie sprachen und stimmten, als komme nichts darauf an oder als wüßten sie schlechterdings nicht mehr, was sie sprachen und thaten. Ueber die wichtigsten Dinge wurde auf die leichtfertigste Weise entschieden, so noch am 27. über den erheblichen Punkt, was nun zu thun sei, um die Verfassung zur wirklichen Geltung zu bringen, unter welcher Form sie wirkliche Gesetzeskraft erlange. Das hätte vor zehn Monaten ins Auge gefaßt werden sollen. Es waren die „fahrigen Demagogen“ und „politische Schwätzer“ von der Linken, die an die wichtigsten Dinge erinnerten, auf ein besonneneres Verfahren drangen; die Staatsweisen der Erb-

kaiserlichen und des Verfassungsausschusses zeigten sich als die Hitzigsten und Kopflosesten, schienen an jene Punkte gar nicht gedacht zu haben und fertigten sie dann mit ein paar oberflächlichen Bemerkungen ab. Es galt den Siegern nur, die Brücke hinter sich abzubrechen, den Brand hinauszuschleudern, ehe von irgend einer Seite Einspruch gethan werden könnte. Daher die in jeder Weise skandalösen Anträge und Pseudobeschlüsse, die Wahl des Kaisers sofort vorzunehmen, die Verfassung sammt Wahlgesetz sofort durch die Versammlung selbst zu publiciren, nicht etwa wie die bisherigen Reichsgesetze und die einen Theil der Verfassung bildenden Grundrechte durch die Centralgewalt, weil sonst die Gültigkeit erst in zwanzig Tagen eingetreten wäre. Der tumultuarische Hergang war näher der.

Sobald das Wahlgesetz votirt war, verlangte Rüder, „eins unserer Vorstandsmitglieder", das Wort: „Ich beantrage, die nächste Sitzung morgen um 9 Uhr zu halten und zur Tagsordnung zu machen: die Wahl des Kaisers." Der Vorsitzende ging Augenblicks darauf ein, obgleich von der Linken her gerufen wurde: „Donnerstag!" — „Wenn gegen den Antrag kein Widerspruch erhoben wird" —. Indeß wurde widersprochen. Simon von Trier forderte, wenn der Antrag auf die Tagsordnung des Mittwochs gesetzt werde, daß man vorher noch beschließe, die Verfassung nebst Wahlgesetz erst zu publiciren und rechtskräftig werden zu lassen, „damit die Vereinbarungen endlich einmal abgeschnitten seien." Rösler von Oels, der Mädchenschulmeister, beantragte einen kurzen Aufschub, damit Jeder mit seinem Gewissen zu Rathe gehen und die Versammlung alle Eventualitäten berechnen könne, die bei dieser Angelegenheit ins Auge gefaßt werden müßten. Riesser entgegnete, die Verfassung sei gültig und unabänderlich auch ohne die Publikation, und wenn ein Aufschub stattfinden solle, so möge die morgige Sitzung statt um 9 um 12 oder 3 Uhr anberaumt werden. Vogt erinnerte die nach H. Müller's Ausdruck „verwilderte" Rechte, daß noch gar nichts über die Form bestimmt sei, in welcher der Kaiser gewählt werden solle, was doch vorhergehen müsse. Der Vorsitzende schlug vor, die Versammlung möge den Verfassungsausschuß beauftragen, ungesäumt einen Vorschlag über die Vornahme dieser Wahl einzubringen, demgemäß sie dann wählen möge. Wigard, der Professor der Stenographie, erinnerte, der Ausschuß möge aber zugleich beauftragt werden, über die Art der Publikation der Verfassung und ein deßfallsiges Gesetz eine Vorlage zu machen. Simon von Trier beantragte Publikation der Verfassung

und des Wahlgesetzes durch das Reichsgesetzblatt. G. Beseler wollte, daß ohne alle Umstände vorgeschritten, M. Mohl, daß die Geschäftsordnung aufrecht erhalten, der Antrag des Ausschusses abgewartet werde. Denn wie, wenn nun der Kaiser, den man wählen wolle, die Krone nicht annehme, wenn man die Verfassung publicire und keinen Kaiser dazu habe — ob man auch dann noch das Kaiserthum wolle? Viele Kaiserliche riefen Ja! Mohl bat, man möge sich doch 24 Stunden auf die Sache besinnen. Auch Vogt verlangte Aufrechthaltung der Geschäftsordnung. Gagern sprach für den Vorschlag des Präsidenten und auch für den Antrag Simon's, insoweit als Veranlassung sei, daß sich der Ausschuß darüber ausspreche, ob es eines besondern Einführungsgesetzes zu der Verfassung bedürfe. Er erklärte sich aber gegen unverzügliche Publikation der Verfassung. Sie gehöre zwar zu den Pflichten der Centralgewalt, diese aber handle, indem sie die Publikation vollziehe, innerhalb der Grenzen ihres selbständigen Wirkungskreises, und es könne ihr in dieser Beziehung kein anderes und positiveres Mandat werden, als das auf dem Gesetz vom 28. Juni ruhende. Beseler bemerkte, das Verfassungswerk als solches sei keins der eigentlichen Geschäfte der Minister, deren Kontrasignatur dazu nicht gehöre, und die Verfassung sei gültig, wenn auch eine eigentliche Publikation in diesem Sinne nicht erfolge, womit er Gagern einverstanden glaube. Auf Anlaß einiger Bemerkungen Simon's von Trier erläuterte Gagern, er habe keineswegs in Zweifel gestellt, daß die Centralgewalt die Verfassung genau so wie diese sei, zu publiciren habe, aber unbestreitbar müsse die Publikation durch sie geschehen; nur insoweit habe er gegen Simon's Antrag sich erklärt, als danach der Centralgewalt vorgeschrieben werden solle, binnen einer bestimmten Frist die Publikation zu vollziehen. Wigard stellte entgegen, die Centralgewalt habe mit letzterer gar nichts zu schaffen; er habe seinen Antrag gestellt, weil er der Ansicht sei, daß die Publikation unter dem Namen des Präsidiums der Nationalversammlung geschehen müsse, und darum sei es wichtig, daß der Ausschuß die Form derselben berathe und Vorschläge mache. Der Vorsitzende schlug vor, dem Ausschusse den Auftrag zu ertheilen, bis zum Mittage des folgenden Tags Vorlage zu machen, sowohl für die Inswerksetzung des Simon'schen Antrags als bezüglich des Wahlmodus. Waitz bemerkte, das Erste gehe den Ausschuß nichts an. Der Vorsitzende entgegnete, die Versammlung bedürfe Auskunft darüber, da in ihrem Schooße selbst Streit darüber sei und

ein anderer als der Verfassungsausschuß sei nicht vorhanden, der die erforderliche Auskunft geben könnte. Wenn man ihm diesen Antrag zu erheben erlaube, so frage er: Ist Widerspruch dagegen? Zahlreiche Stimmen verneinten. Er setzte darauf die nächste Sitzung auf den andern Tag 12 Uhr Mittags an und stellte auf die Tagsordnung die Berathung und Beschlußfassung auf den Bericht des Verfassungsausschusses, auf welchen er soeben hingedeutet.

Es waren also Beschlüsse gefaßt, Aufträge ertheilt ohne Abstimmung; man war entschlossen, die Kaiserwahl vorzunehmen, doch auch über den Antrag hierauf wurde nicht abgestimmt, er wurde nicht auf die Tagsordnung gesetzt; vormals hatte das Centrum, der Hauptbestandtheil der Kaiserpartei, den Grundsatz aufrecht zu erhalten gesucht, dringlichen Anträgen niemals Folge zu geben, dieser Antrag war nicht einmal als ein dringlicher eingebracht und man war entschlossen, ihm Folge zu geben, selbst ohne über ihn beschlossen zu haben. Die Souveränität der Nationalversammlung war bisher Dogma, Meinung, Ausspruch gewesen, jetzt war sie Beschluß mit praktischer Folge geworden; durch den Pakt mit Simon war gegen Vereinbarung und Verständigung paktirt unter Parteien, nun waren Vereinbarung und Verständigung durch die Nationalversammlung definitiv abgelehnt. Zu den Abstimmungen wurde noch eine Reihe von Erklärungen eingereicht, aus welchen deutlich zu ersehen war, daß Viele nur im Gedränge und damit doch nur e t w a s zu Stande komme, aber ohne Glauben und Vertrauen zu dem, was sie thaten, ja in der Ueberzeugung für die Erblichkeit mitgestimmt hatten, daß man sich auf einem ganz falschen Wege befinde und daß aus dem „Etwas" doch nichts werden könne. Die Mehrzahl jedoch befand sich in einer Exaltation, welche keiner Ueberlegung Raum ließ. Eine Stunde nach der Sitzung hatten die Erbkaiserlichen große Versammlung, und beschlossen, was bisher unerhört gewesen, offene Deputationen in den Braunfels, ja an die vereinigte Linke, diese zu bereden, nun weiter hülfreiche Hand zu bieten. Auch feierten sie ihren Sieg durch ein Festmahl, wo Trinksprüche auf Trinksprüche folgten, unter welchen ihres Erachtens besonders einer von Gagern bedeutsam war. Ihre Korrespondenz äußerte sich anderen Tags sehr bezeichnend und sehr naiv über die auf erbkaiserlich-republikanischen Antrag erfolgte Votirung des Wahlgesetzes, die eingegangene Transaktion, welche sie — jedoch von den geheimen Reversirungen schweigend — eingestand, die süßen Hoffnungen und patriotischen Vorsätze, welche den Bund mit

der Linken auf der gemeinschaftlichen Grundlage der erneuerten Stimmung der Bewegung des vorigen Jahres und des gemeinschaftlich wiedereingenommenen souveränen Standpunktes der Versammlung geknüpft wurden. Es war ihnen gesagt, man wiederholte es ihnen, daß sie sich taumelnd in die Gefahr verlören, auf den revolutionären Boden zu gerathen, denn unzweifelhaft werde die Annahme der souverän beschlossenen Verfassung auf ernsten Widerstand stoßen und was dann übrig bleibe zur Behauptung jenes Standpunkts als die Gewalt? Es kam ihnen zum halbhellen Bewußtsein, sie acceptirten mit stolzen Worten die revolutionäre Stellung, in welche sie hineingegangen waren, nur daß sie zur Rechtfertigung vor Tadlern und zur Beschwichtigung eigenen Bangens versicherten, die Revolution, zu welcher sie eventuell entschlossen waren und sich anschickten, werde eine „maßvolle" sein. Das will sagen, sie dachten es mit Demonstrationen auszurichten; die allenfallsige gröbere Arbeit sollten die Radikalen thun und diese nur so verfahren und da inne halten, wie und wo es ihnen, den Erbkaiserlichen, gut dünken werde.*)

*) Das reichsministerielle Organ machte sogar, nachdem bereits die Erklärung der Simon's über das Paktum veröffentlicht war (am 2. April), im gewohnheitsmäßigen Tone und obenein in einem Leiter die Annahme des Wahlgesetzes und alles sonstige Unheil den Oesterreichern und Ultramontanen zum bitteren Vorwurfe. Die C. K. gestand etwas. Sie suchte in ihrem Tagsbericht zunächst sich und ihre Partei bei der Linken zu insinuiren, indem sie deren Haltung auf Kosten der Großdeutschen als verständig und loyal belobte, und ging dann zu der Behauptung über, die Annahme des Wahlgesetzes sei — sie sagte nicht, seitdem es vom Verfassungsausschuß als Köder ausgeworfen und zumal seit dem Handel mit den Simon, sondern: seit der Verwerfung des Welcker'schen Antrags — also seit der Verwerfung seiner Annahme — zur Nothwendigkeit geworden. Sodann folgerte und erging sie sich: „Es war daher eine rein formelle Koncession, wenn wir dieselbe noch am gestrigen Abend durch einen raschen Beschluß votirten. Seitdem scheint für unsere Partei und für die der Linken nach langen Monaten wieder ein gemeinschaftlicher Rechtsboden gewonnen. In dem erblichen Kaiser haben *wir* nicht allein das reale Symbol der Deutschen Einheit, sondern auch den festen Halt konstitutioneller Freiheit errungen. In dem Wahlgesetz und anderen nach der Seite der Freiheit weit ausschreitenden Verfassungsbestimmungen sieht die Linke im Wesentlichen *ihre* Principien triumphiren. Eins ist an das Andere angeschlossen und die souveräne Durchführung des *Ganzen* wird somit fortan zum gemeinsamen Boden des Handelns. Im Einzelnen gewährt die Entstehung dieses Ganzen, wir bekennen es, zum Theil das unerfreuliche Schauspiel gegenseitiger Koncessionen und unserer Partei sind die radikalen, der Linken die konservativen Ingredienzien der

Wie wenn statt eines kuriosen Anachronismus eine wunderbare Fügung eingetreten und deren Erfüllung gewiß wäre und in der Macht dieses Parlaments läge, und zu einem Zeichen ihres Kurzblicks

---

Verfassung nicht genehm. Aber, am Ziele angelangt, ist es billig, sich zu einer höheren Auffassung dieses Verhältnisses zu erheben. Die wechselseitigen Zugeständnisse erscheinen dann als das Begegnen entgegengesetzter Parteien auf dem Einen und gleichen Boden, welchen die Bewegung des Jahres 1848 für Beide geschaffen hat. Auf diesem Standpunkte der Versöhnung innerhalb des Umkreises der nationalen Idee stand die Versammlung, als sie ihren Beschluß auf den Raveaux'schen Antrag faßte und im gleichen Geiste kam die Schaffung der provisorischen Centralgewalt zu Stande. Die Versammlung kehrt am Schluß ihrer Arbeiten zu der Stimmung zurück, aus welcher ihre ersten Entscheidungen geschöpft waren. Mag man diese Stimmung eine revolutionäre nennen: der „revolutionäre Wahnsinn", in welchem nach dem Ausdruck eines verständig nüchternen Staatsmanns die Versammlung ihre letzten gestrigen Beschlüsse faßte, wird des Maßes nicht entbehren, weil mit neuer Frische fortan in allen Gemüthern ein patriotischer Sinn und der Glaube an die nationale Idee lebendig sein wird. Agitante calescimus illo." Indem H a y m den unglücklichen Sieg seiner Partei feiert, kommt er mit ähnlichen Geständnissen über deren Bund mit der Linken, und über ihre Stellung, wonach sie nunmehr an die letztere gekettet war, heraus, dreht aber die Sache mit großer Kunst und noch größerer Dreistigkeit so herum, als wäre „der Schlagbaum" zwischen seiner Partei und der Linken, der so unzweifelhaft durch den (nicht erwähnten) Handel mit den Simon's fiel, dadurch gesunken, daß jetzt die Direktorialen plötzlich isolirt gestanden, da die Linke ihren letzten Posten verloren, nachdem sie mit jenen nur des Handels wegen gemeinschaftliche Sache gemacht. Er läßt durchblicken, wie man auf seiner Seite die Linke doch für den betrogenen Theil hielt. Sie sei eben so befriedigt gewesen wie die Kaiserpartei, hätte für sich denken mögen, daß sie eigentlich die Gewinnende sei, die ihr Herz von je überwiegend an die — zu ihren Gunsten entschiedenen — Freiheitsfragen gehangen; sie hätte indeß mit den Erbkaiserlichen erkennen müssen, daß der Einheitsgedanke jetzt gerettet und daß es darauf ankomme, ihn zu erhalten. Andrerseits sei die Achtung vor dem Rechte der Majorität bei den Erbkaiserlichen (die einem Theile ihrer Gegner das Stimmrecht absprachen, wenn dieselben die Mehrheit hatten, bei jeder Niederlage davon gehen, ein Sonderparlament bilden wollten u. s. w.) groß genug gewesen, um die einmal fertige Verfassung, wie mangelhaft sie an einzelnen Stellen auch hätte sein mögen, für den in allen wesentlichen Punkten f ü r j e t z t unantastbaren und auch in Zukunft nur verfassungsmäßig veränderbaren Besitz der Nation zu betrachten. An der Durchführung der Verfassung hätte nun der Linken so viel wie ihnen gelegen sein und sie hätten dieselbe fortan — der Zustimmung der Nation vertrauend und „ihres souveränen Charakters sich erinnernd" — zu ihrem Programm machen müssen, statt sie dem guten oder bösen Willen der Fürsten zu überlassen. „So standen wir auf einmal

und der Naivität ihres Wahnglaubens hörte man Erbkaiserliche wie Riesser sagen, die Verwirklichung des Gedankens von einem Erbkaiserthume würde ein halbes Jahr früher noch in das Gebiet des Unmöglichen gehört haben! Es war erklärlich, wenn die Versammlung im Sommer 1848 glauben konnte, daß sie nur beschließen und sprechen dürfe, um ihren Willen verwirklicht zu sehen. Die Mitglieder lebten eng zusammen in einer Atmosphäre der Anerkennung und Beräucherung von nahe und fern. Seitdem hatte man so viel thatsächliche unwiderredliche Beweise der Unmacht erhalten, ja diese war — Seitens der Erbkaiserlichen, indem sie Alles auf einen Einzelstaat und dessen Zuthun und Vollbringen gestellt — in der Versammlung anerkannt; so Viele waren draußen im Kreise der Macht der Einzelregierungen und des Widerspruchs, der Abneigung, der Gleichgültigkeit gewesen oder aus ihr neu eingetreten. Es ähnelt einem Phänomen, daß die Erbkaiserlichen jetzt noch glauben konnten, ihrem Beschlusse über die Verfassung Geltung verschaffen zu können. Ihre unausgesetzten Klagen und Beschuldigungen der Gegner, daß diese die Verfassung verdürben, um sie unmöglich zu machen, bezeugen, daß ihnen das Gefühl nicht mangelte, die Verfassung werde dies in der That, wenn sie verdorben werde. Dennoch thaten sie selbst und schließlich das Meiste dazu, ja sie gingen, um die Verderbniß der Verfassung zu erreichen oder aber um eines als unrealisirbar erkannten Gewinnes willen, ein Bündniß ein, wodurch die Sache handgreiflich noch viel schlimmer werden mußte. Der Grund zum Scheitern des Deutschen Verfassungswerkes war dadurch gelegt, daß zwei Parteien, welche zusammen die weit überwiegende Mehrheit bildeten, die kaiserliche und republikanische, unmögliche Verfassungspläne verfolgten. Durch die Wirkungen jenes Bündnisses wurden diese zu einer noch viel mon-

nach beinahe jahrelangem Gegensatz gegen die Linke, auf wesentlich gleichem Rechtsboden mit diesen unsern Gegnern." Das Souveränitätsprincip „war nun am Ende unseres Werkes plötzlich wieder unter uns, es bildete das Einigungsband zwischen so lange getrennten Parteien und schloß nur die Oesterreicher mit den übrigen Partikularisten, jene Metternich'sche Rechte, aus." Die der Parteihaß so und ähnlich betitelte, gewahrten gleichfalls, doch mit Gefühlen des Schmerzes und Mitleids, die ihnen das Verhalten und die Verblendung der alten Freunde in den Centren einflößte, was freilich „unverkennbar" war: „diese geistige Metamorphose, diese Auferstehung eines nie (auch nicht erst noch am 23. März?) verläugneten, aber auch nie so energisch bekannten Princips" — so sich offenbarend und bewirkt durch eine solche Transaktion.

ströseren Verfassung, als die kaiserliche oder republikanische eine jede für sich gewesen sein würde, verschmolzen. Die Nationalversammlung war ein Tummelplatz der Intriguen und Transaktionen geworden, die den Macchiavellismus hereingezogen und die Lüge an die Stelle der Wahrheit und Redlichkeit gesetzt hatten. Eine politische Versammlung kann am wenigsten schlechte Diplomatie treiben und Ränke spinnen, ohne daß es häßlich aussieht und schlecht endet. Das Paktum Simon-Gagern war die Spitze des Unwesens und brachte das Verwerfliche vor die Augen aller Welt, deren verdammendes Verdikt dann auch nicht lange auf sich warten ließ, so viel auch in dem Taumel, worein große Volkstheile sich hatten bringen lassen, und da spannende Erwartungen und Ereignisse die Blicke abzogen und Besinnung erschwerten, übersehen und nachgesehen wurde. Sie meinten ihre Partei zu stärken und richteten deren beste, die moralische Kraft derselben mit dem Gelöbniß in Simon's Hände gethan zu Grunde. Sie thaten es, um einen Beschluß durchzusetzen, durch welchen das Parlament bei Ehren und bei der Machtfülle erhalten werden sollte, welche sie ihm beimaßen, und zogen durch den klug geglaubten Pakt die Todesstunde des Parlamentes nur näher herbei. Vermöge des Schachers sollte der Verfassungsplan der Erbkaiserlichen und die Allgewalt der Nationalversammlung durchgesetzt werden, und gerade durch ihn und seine Ergebnisse, die Abstimmungen über Veto und Wahlgesetz, insbesondere durch die Klausel, welche Abänderungen der ganz verdorbenen Aufstellung unmöglich machte, sollten die Erbkaiserlichen und ihr Projekt und die Nationalversammlung, das ganze Verfassungswerk mit ihnen scheitern.

Dahin gingen schon an dem verhängnißvollen Tage die Urtheile auf der Seite der Großdeutschen, das wurde von ihnen schon damals vorhergesagt. Sie sahen die Sache nun für gänzlich verdorben und verloren an, zürnten den Erbkaiserlichen, bedauerten sie, belächelten deren ungemessenen Jubel, deren stark zur Schau getragene Zuversicht auf den Erfolg. Sie sagten, man muß einen endgültigen Beschluß dieser Art nicht fassen, wenn man ihn nicht durchführen kann. Ein Beschluß wie dieser von diesem 27. März 1849 hätte vielleicht im Juni 1848 durchgesetzt werden können, als die Befugniß dazu ohne Erfolg proklamirt wurde; jetzt kann es nicht mehr geschehen, und am wenigsten durch die, die es vor neun Monaten versäumt oder nicht gekonnt. Diese Linke, diese Centrenmänner der Paulskirche, darauf und daran vollen Ernst zu machen aus der schwächsten Nachahmung der fran-

zösischen Revolution, ihrer Jakobiner und Girondisten! „Ein Erbkaiser mit 4 Stimmen beschlossen — lächerlicher Gedanke! Wir sind geschlagen, aber nicht niedergeschlagen. Wir sind betrübt, weil der Weg aufgegeben ist, der zum Heile führte, weil Unheil heraufbeschworen wird, weil der Versuch, Deutschland zu einigen, mit der Vergrößerung Preußens endigen soll! Morgen oder übermorgen macht man vielleicht den Preußischen Kaiser — armes Vaterland!" So schloß ihre unmittelbar nach der Sitzung abgefaßte Korrespondenz.*)

Die Linke, von beiden Seiten um ihren Zutritt bestürmt, so ärgerlich es denen von der Rechten im großdeutschen und auch im erbkaiserlichen Lager sein mochte, hatte zunächst die besten Geschäfte gemacht. Ihrem bon plaisir war beim Abschluß, in der sg. zweiten Berathung der Verfassung die Gestaltung der letzteren zu einem übermäßigen Theile anheimgefallen und sie gab ihrem stolzen Bewußtsein offentriumphirenden Ausdruck und beklagte weiter nichts, als daß der revolutionäre Geist in der Nation so ganz erloschen sei, daß jetzt die prächtigsten radikalen Institutionen für den Augenblick nichts helfen könnten. Das sahen ihre Klügeren sehr deutlich, die Meisten gleichfalls, wenn auch minder deutlich ein, wie man es aus der auf ihrer Seite gemeinen und täglich wiederholten Rede ersah: Wenn man uns im vorigen Sommer gefolgt wäre! Sie fühlten es mehr heraus als ihre konservativen Verbündeten, daß ihnen eine Macht zugefallen sei, die sie zu nichts würden gebrauchen können, als zur Herbeiführung mißgeborener und mißgebärender Beschlüsse und Bewegungen. Den Sendboten der Erbkaiserlichen machte die Linke Hoffnung, den Kaiser — wobei die Person des zu Wählenden sich von selbst verstand — mitwählen zu wollen, und verhieß, der wirklichen Einsetzung desselben nicht hinderlich zu sein.

*) Einiges zur Erläuterung und Beurtheilung, insbesondere des Paktums Gagern=Simon und der verschweigenden, verhüllenden, aufschließenden oder entschuldigenden Darstellungen der betheiligten Parteien im Anh. XVII.

Vorbereitungen im Verfassungsausschuß zur Publikation der Verfassung, Permanenzerklärung, Kaiserwahl. — Die Nationalversammlung am 28. März. — Die Erbkaiserlichen und die Linke, die Großdeutschen, die Oesterreichischen Abgeordneten (Schmerling's Entlassung).

Am Vormittage des 28. März berieth der Verfassungsausschuß in einer seiner widerwärtigsten und meisttumultuarischen Sitzungen, zunächst über die Vollziehung und Verkündigung der Verfassung. Von den Erbkaiserlichen wurde beantragt, die letztere möge von dem Bureau und den Mitgliedern unterzeichnet, von der Nationalversammlung verkündigt werden. Die Publikation der Verfassung sollte also erfolgen ohne Patent, ohne die nothwendige Form der Publikation, nicht durch den Reichsverweser und das Reichsgesetzblatt, ohne ministerielle Gegenzeichnung. Sie schlugen weiter vor: die Wahl des Kaisers solle sofort von der Nationalversammlung vollzogen werden, durch absolute Stimmenmehrheit erfolgen, im Namen der Nationalversammlung vom Vorsitzenden sofort öffentlich verkündet und der erwählte Kaiser durch eine Deputation der Versammlung eingeladen werden die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Reichsverfassung anzunehmen; daneben sollte die Nationalversammlung das feste Vertrauen aussprechen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung die Verwirklichung der von dieser gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern würden (worin sowol eine Unwahrheit als ein Hohn lag); endlich sollte das Parlament versammelt bleiben, bis der nächste Reichstag nach den Bestimmungen der Reichsverfassung berufen und zusammengetreten

sein werde, wodurch sich bekundete, daß man selber an das nicht sonderlich glaubte, was man die Versammlung aussprechen lassen wollte.

Wenn nun aber die Publikation der Verfassung nach dem Vorschlage der Erbkaiserlichen erfolgte, wurde dadurch nicht die Gültigkeit sowol der Verfassung als der Kaiserwahl zweifelhaft? Konnten die Folgen solcher Formlosigkeit nicht immens sein? Man wollte mit der Publikation der Verfassung das bei der Publikation der Grundrechte beobachtete Verfahren noch überbieten. Neben dem Reichsverweser und den Regierungen vorbei sollte die Verfassung in das Volk hineingeschleudert werden. Dadurch wurde der Rechtsboden wieder ganz ungewiß und die Geltung der Verfassung allein durch Appellation an das Volk gesichert. Mußte dadurch nicht das Rechtsbewußtsein im Deutschen Volke auf lange Zeit untergraben werden? Und diese schlimmste aller Verschuldungen sollte die Nationalversammlung auf sich laden vornämlich durch Betreiben der geschichts- und rechtsgelehrten Führer ihrer Centren, ihres eigentlichen Kerns. Der Versuch, das Verfassungswerk allein durch die souverän erklärte, aus ganz Deutschland gewählte Versammlung zu Stande zu bringen, nahm den Ausgang, daß nun erst vom Oberhaupte die definitive Lösung der ganzen Aufgabe geschehen, daß erst, indem vom Oberhaupte die in ihrer letzten Gestalt festgestellte Verfassung zur bündigen Anerkennung und Geltung gebracht wurde, wobei man abermals auf Volksgewalt rechnete, Gewißheit darüber erreicht werden sollte, welche Staaten sich an der Verfassung betheiligen und was aus dem Verhältnisse mit Oesterreich werden würde. Man hatte die Verfassung nach § 1 für ein aus den Landen des Deutschen Bundes bestehendes Reich gegeben, und doch war es von ihnen zum Theil ungewiß, oder zum Theil gewiß, daß sie nicht eintreten würden. Also mußte die Verfassung, wenn dieser Punkt bereinigt war, sofort revidirt werden; allein das konnte mit dieser alle Theile repräsentirenden Versammlung nicht geschehen, die aber dennoch weiter bis zum ersten Reichstage für permanent erklärt werden sollte. Eigentlich war die Verfassung für Preußen und in der Rechnung auf Preußen zum Abschluß gebracht, und doch war auch hier Alles ungewiß. Durch die vorgeschlagene Publikation der Verfassung mußten die Deutschen Angelegenheiten noch mehr verwirrt werden, so daß ihre Leitung der allerfestesten Hand bedurfte, und doch hatten die Erbkaiserlichen selbst kein Hehl ihrer Zweifel, ja sie waren am lautesten und heftigsten im Tadel des zu wählenden Königs und der an die Spitze zu stellenden

Regierung, als die recht eigentlich durch Unfestigkeit charakterisirt würden. Die Versammlung hatte souverän entschieden und doch hatte der König gegen Gagern die Annahme bestimmt geweigert, Preußen ausdrücklich die Zustimmung sich vorbehalten. Preußen hatte Erinnerungen gemacht und die Versammlung mit der von ihm geforderten Verständigung ein Blendwerk getrieben, die Erinnerungen nicht berücksichtigt und neue Bestimmungen beschlossen, welche Preußen unfehlbar als noch unzulässiger erschienen; Preußen detestirte die Revolution und den Zwang, und in so mancher Bestimmung, im Abschluß der Verfassung, der Kaiserwahl, der Permanenzerklärung — in dem Allen fand es ohne Zweifel die Revolution und Revolutionsdrohung; Preußen faßte das Verhältniß zu Oesterreich noch ganz so auf wie am 23. Januar, konnte also den Bund im Bunde oder den Bundesstaat gegen Oesterreichs Protest nicht wollen, und die Erbkaiserlichen klagten unablässig, es zeige höchstens Velleität aber keine Entschlossenheit, ihn wider denselben zu errichten und durchzufechten.

Das Alles kam zur Sprache, fand jedoch sammt dem, was sonst über die Lücken der Verfassung gesagt oder an weiteren Bedenken vorgebracht werden mochte, keinerlei Berücksichtigung. Die Mehrheit entschied gegen den Antrag, die Verfassung nicht blos einfach durch die Versammlung, sondern auch durch das Reichsgesetzblatt zu publiciren.*) Die Kaiserwahl sollte sofort erfolgen, es entschied, daß sie, wenn er genehmigt wurde, erst nach drei Wochen hätte vorgenommen werden können. Der Reichsverweser konnte Schwierigkeiten machen. Detmold warf die Frage auf: Wie, wenn der gewählte Kaiser stürbe und eine Regentschaft angeordnet werden müßte? Beseler entgegnete: die Frage würde durch das Preußische Hausgesetz entschieden werden. In dieser Weise wurde alles Aehnliche abgewiesen. So der Antrag, der dann als Minderheitserachten eingebracht wurde, daß die Wahl des Reichsoberhauptes von einem zu diesem Zwecke einzuberufenden Reichstage geschehen möge. Der Ausschuß zeigte wenn je das Bild der ausgearteten Nationalversammlung im Kleinen. So viel von Gesinnung, Charakter u. dgl. die Rede war, so gründlich wurde Recht, Befugniß und Kompetenz mißachtet und mit Sophismen beseitigt. Gerade die bedeutendern Persönlich-

*) Ein darauf gerichtetes Minderheitserachten (Mühlfeld, Detmold, Lassaulx, Somaruga) gelangte in die Nationalversammlung, wurde indeß zurückgezogen, weil es den Antragstellern gerathen schien, die Centralgewalt von jeder Betheiligung loszuzählen.

keiten übten den heillosesten Einfluß auf die größere Zahl, und er verpflanzte sich aus dem Ausschuß in die Versammlung, aus dieser weithin in das Volk. Das für den gesunden Sinn so widerwärtige Schauspiel, daß die Wenigern, die von Recht und Befugniß sprachen oder vor dem Liebäugeln mit der Revolte warnten, auf die Grundlosigkeit der Machteinbildungen und anderer Illusionen hinwiesen, nicht blos kein Gehör fanden, sondern von den Männern der Centren mit Gelächter und Hohn abgewiesen wurden — dies Schauspiel und das einer wüsten Diskussion und ordnungswidrigen Beschlußfassung bot der Ausschuß und es wiederholte sich in der Versammlung, die durch das Alles den Boden für gesetzliche Zustände, den Sinn für Heilighaltung des Rechtes und gesetzlicher Regel auch im Volke verdarb — dem Volke, auf dessen Vernunft, Mäßigung, Ordnungs- und Rechtssinn diese Centrenmänner, wie sie so oft sagten, ihre Hoffnungen stellten.

Man wußte, daß in der Mittagssitzung die Kaiserwahl erfolgen sollte. Die Versammlung war dazu nicht eingeladen, nicht vorbereitet darauf, die Kaiserwahl stand nicht auf der Tagesordnung, auf welche gesetzt war: Berathung — und freilich — Beschlußfassung auf den Bericht des Ausschusses. Die Stimmung war unverändert die verdorbene der letzten Tage, nicht von fern der ähnlich, welche bei der Wahl des Reichsverwesers gewaltet, nichts weniger als eine „gehobene“, gehoben und siegesfreudig, obschon sie dessen sich rühmten, nicht einmal bei den ungläubigen oder zweifelnden und mißtrauenden Siegern. Die Sitzung der Nationalversammlung am 28. März wurde um 12 Uhr eröffnet. Als der Präsident die Tagesordnung über den Ausschußbericht ankündigte, wurde ihm zugerufen: wir haben aber noch keinen Bericht. Die Entgegnung lautete: der Bericht werde sogleich in den Händen der Mitglieder sein, die ihn noch nicht hätten. Er verlas die verschiedenen Anträge, die des Ausschusses, einen von Linde, einigen anderen Mitgliedern der Rechten und meist von Mitgliedern des Pariser Hofs unterzeichneten und ausführlich motivirten: über die Anträge des Ausschusses zur Tagesordnung überzugehen und einen neuen Ausschuß zu ernennen, welcher Vorschläge über die nunmehr zu ergreifenden Maßnahmen zu machen habe; einen weiteren von Ahrens, die Centralgewalt zu beauftragen, sich über die Annahme der Kaiserwürde für das gesammte Deutsche Reich mit der Krone Preußen in Einvernehmen zu setzen und darüber der Nationalversammlung die geeigneten Vorlagen zu

machen. Lassaulx beantragte einfachen Uebergang zur Tagesordnung, und zwar in Erwägung, daß Tollkühnheit nicht Kühnheit, die Nationalversammlung erfahrungsmäßig in kühnen Griffen nicht glücklich sei, Keiner in ihr ein Mandat zur Kaiserwahl habe, eine neu zu gründende Rechtsordnung, wenn sie Bestand haben solle, nicht auf Unrecht gegründet werden dürfe und daß nach den Gesetzen der Weltordnung Hochmuth stets vor dem Falle komme. Die Fraktion Radowitz beantragte, es möge die Verfassungsurkunde den Regierungsbevollmächtigten mit dem Ersuchen zugestellt werden, ihren Regierungen die erfolgte Wahl anzuzeigen und denselben die Verfassung behufs ihrer Zustimmung vorzulegen. Buß und Einige, meist Oesterreicher, beantragten, Falls die Wahl eines Kaisers beschlossen werde, daß sie vom gesammten Volke in der Art geschehe, wie dasselbe zum Volkshause wählen solle. Indeß war Alles schon abgemacht und verabredet, daß die Sache gar nicht mehr erörtert werden, außer dem Berichterstatter Niemand für die Ausschußanträge sprechen und auch keiner der Gegner, oder doch nur zum Schein das Wort erhalten solle. Mittermaier, als Berichterstatter des Ausschusses, breitete ein Gewebe von Sophistereien, darunter sehr charakteristischen, vor der Versammlung aus.*) Für die Ausschußanträge wurde nur ein einziger Redner angekündigt, Eisenmann, der zu den Undisciplinirbaren gehörte. Gegen dieselben hatten sich mehrere Redner gemeldet, doch nur einer von ihnen erhielt das Wort nach

*) Er verrieth manchen geheimen Gedanken. Bezeichnend für das ganze gewaltsame Verfahren, worin man sich befand, war die Entgegnung auf so vielfache und eindringliche Mahnungen, das Recht, das Recht der Einzelstaaten zu ehren: ob denn die große Frage in einen „bloßen Kompetenzstreit", in einen „Rangstreit über persönliche Befugnisse" sich auflösen solle? Wie aber, wenn die Fürsten eine Verfassung dekretirt, in die Paulskirche gesendet und die Nationalversammlung eingeladen hätten, die große Frage nicht in einen Kompetenzstreit aufzulösen, sondern ruhig heimzugehen? Der Redner behauptete daneben, die Nationalversammlung (indem sie Könige und Fürsten mediatisirte) anerkenne eben die wahre hohe Bedeutung des Königthums, als des Trägers der einheitlichen Macht, durch den Beschluß, den sie fasse, durch die Wahl, die sie treffe u. dgl. Er schloß: „Ist unser Werk gut, dann wird es bestehen; wir empfehlen es dem guten Willen Derer, die die Vorsehung an die Spitze ihrer Staaten stellt und die gerichtet sind, wenn sie den Ernst der Zeit nicht erkennen. Wir empfehlen es aber vor Allem dem Deutschen Volke, dem Volke „das unüberwindlich ist, wenn das Recht ihm zur Seite steht."

dem Ausschußwortführer und vermochte sich unter unausgesetzten lärmenden Unterbrechungen kaum vernehmlich zu machen — Reichensperger.*) Er bekam mitten in seinem Vortrage Ursache zu der Aeußerung: „Um Gottes Willen nur ein wenig Geduld, so unangenehm Ihnen die Sache (Erinnerung an die Preußischen Erklärungen) auch ist. Ich werde gleich fertig sein.“ Allein der Schluß wurde von drei Seiten beantragt und sofort angenommen. Abgelehnt wurden sodann die Anträge auf Uebergehen zur Tagesordnung, sowie der Zusatzantrag von Radowitz; angenommen ohne Namensabstimmung die Ausschußanträge, Alles in drängender Hast. Der Vorsitzende erklärte, die Verfassung müsse nun als von der Nationalversammlung verkündet angesehen werden, er forderte zur Kaiserwahl auf und schloß mit dem inbrünstigen Wunsche, daß über dieser „der Genius des Vaterlandes walten möge.“ Die Abgabe der Stimmen erfolgte. Von denselben vereinigten sich gegen 248, welche jede Wahl verweigerten, 290 auf den König von Preußen. Der Vorsitzende hielt

---

*) Diese Wahl sei so viel wichtiger als die des provisorischen Reichsverwesers. Selbst die Befugniß zur letztern sei von den gewichtigsten Autoritäten in Zweifel gezogen, selbst Gagern habe damals anerkannt, daß dabei auf die nachträgliche Zustimmung der Regierungen gerechnet werden müsse, und 200 Mitglieder der damaligen Majorität hätten ausdrücklich erklärt, nur im Vertrauen auf jene Zustimmung gewählt zu haben. Wenn die Erbkaiserlichen nur einen Schatten von Konsequenz retten wollten, so müßten sie dem Minderheitserachten beistimmen. Damals sei jene Zustimmung Vermuthung gewesen, jetzt stehe fest, daß sie fehlen werde. Die Königreiche, von Oesterreich abgesehen, hätten es deutlich erklärt, auch Preußen in der Note vom 23. Januar, und erst noch vor wenigen Tagen (23. März) habe der Minister des Auswärtigen förmlich erklärt, daß die Regierung nach wie vor auf dem Fundament dieser Note stehe. Noch vor wenigen Tagen sei Streit nur darüber gewesen, ob Vereinbarung oder Verständigung, seit ein paar Tagen wolle man auch von dieser nichts mehr wissen, und gerade in der allerwichtigsten Sache, die den Schlußstein der Verfassung bilden solle, der so leicht das ganze Gebäude zusammendrücken könnte. Man möchte allseits meiden, was die Spannung zu vergrößern geeignet sei, möge von der überstürzenden Hast lassen, die einen unheimlichen Eindruck mache, auf Schwäche und Mangel an Vertrauen zur Sache, darauf deute, daß die Geschicke sich erfüllen zu sollen schienen. — Die O.-P.-A.-Zeitung beschuldigte in den nächsten Tagen die Partei der Großdeutschen u. A. eines blos heuchlerischen Konservatismus, den sie durch ihren Vorschlag einer Appellation an das Volk bewiesen. Es war der Antrag von Buß und einigen Anderen gemeint. Die Partei hatte keinen Theil daran. Ihr einziger Redner, Reichensperger, sprach ausdrücklich dawider.

die kurze, so bekannt gewordene Ansprache. Wie bald sollte seine Berufung auf das: „Dies ist unser!“ und auf das Wort des Dichters: „Nicht den Deutschen gezieme es, die fürchterliche Bewegung ziellos fortzuleiten und zu schwanken hierhin und dorthin,“ großentheils durch seine eigenen Parteigenossen und durch den Gang der Ereignisse zum bittern Spotte werden.*)

Vor und während der Wahl war von Solchen, die mitgewählt, eine Reihe von meist schwer erklärlichen oder zu rechtfertigenden Protesten und Vorbehalten überreicht, wodurch die Bedeutung der Wahl noch zweifelhafter, nichts aber deutlicher dokumentirt wurde, als das Gedränge oder das Schwanken, worin nicht Wenige durch den Gang, den die Sachen genommen und je nach ihrem besonderen Verhältniß dazu durch Stellung, Ansicht, Stimmung gebracht waren. So legten Radowitz u. A. eine ausdrückliche Verwahrung ein, worin sie der Nationalversammlung das Recht absprachen, die Verfassung endgültig zu beschließen und die Krone zu vergeben; sie erklärten die Rechtsbeständigkeit dieser Handlungen von der freien Zustimmung der Regierungen abhängig, und daß sie an dem Wahlakte nur Theil genommen, weil sie dafür hielten, daß sie ihres Stimmrechts sich nicht begeben dürften, nachdem gegen ihre Ansicht die Nationalversammlung den Beschluß gefaßt habe, ein Reichsoberhaupt zu wählen. Die Unterzeichner dieser Erklärung konnten unmöglich späterhin anerkennen, daß der König von Preußen durch diesen Wahlakt ein „Anrecht“ auf die Kaiserkrone erworben habe. Außerdem sprach sich Radowitz in ähnlichem Sinne und mit noch weit größerer Schärfe überall und nach einigen Tagen auch in einer anderweiten öffentlichen sehr merkwürdigen Erklärung aus, in welcher die auffälligsten Aeußerungen über und wider die Oesterreichische Regierung, die Großdeutschen, ja selbst die Katholiken in der Nationalversammlung vorkamen, wodurch er aber auch Denen, welche diesen

*) Das reichsministerielle Organ lamentirte darüber, daß kein einziger Oesterreicher den Preußischen Erbkaiser mitgewählt habe, da doch so viele Preußen dem Erzherzoge bei dessen Wahl zum Reichsverweser ihre Stimmen gegeben. Die Frankf. Ztg. stellte die nachstehende Rechnung auf: Zieht man von den 290 Stimmenden, welche den König von Preußen wählten, die 170 Preußen (worunter sich nicht wenige republikanisch gesinnte befinden) ab, welche dafür stimmten, und von den 248 Stimmenden, welche gegen die Wahl des Königs von Preußen sich erklärten, die 101 Oesterreicher ab, welche dagegen stimmten, so bleiben 120 für, 147 gegen; — wo ist da die Mehrheit?

Abschluß der Verfassung und die Kaiserwahl betrieben, sowie den Voraussetzungen der Gagern'schen Partei die stärksten Dementis gab und sehr lebhafte Erörterungen von Interesse, namentlich eine solche über die Frage hervorrief, ob man von Berlin aus die Kaiserwahl gefördert, oder wo nicht, ob man sie nicht hätte verhindern können und sollen? (Anh. XVIII.) Der Vorsitzende hatte sämmtliche Erklärungen bis nach dem Wahlakte zurückgehalten. Als dieser beendet war, kündigte er an, daß über die Kaiserwahl eine große Reihe von Erklärungen abgegeben worden, schlug vor, sie drucken zu lassen und ließ abstimmen als ihre Verlesung gefordert wurde. Die Forderung wurde begreiflicher Weise von der Mehrheit abgelehnt. Aerger war es, daß sie nicht in das Protokoll aufgenommen wurden, wie sich's in der folgenden Sitzung fand. Berger brachte das Versäumniß zur Sprache, und nun mußte freilich die Aufnahme in das Protokoll verfügt werden. Schließlich wurde sehr summarisch über die Deputation bestimmt, die den erwählten Kaiser einladen sollte, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Reichsverfassung anzunehmen. Man hätte ihr gern den Anschein einer von der Nationalversammlung erwählten gegeben. Allein ihre Ernennung (24 Mitglieder) wurde dem Bureau überlassen. Wäre in den Abtheilungen gewählt worden, so würden deren mehrere unfehlbar die Wahl verweigert haben.

Der politische Kalkul der Erbkaiserlichen war bei der Kaiserwahl der bodenloseste und konfuseste.*) Sie suchten und zeigten das

*) Zwar wurde in ihren Kreisen allgemein gesagt, es sei undenkbar, unmöglich, daß der König von Preußen ablehne. Allein in der That hofften nur die Wenigern unter ihnen mit voller Zuversicht, die Mehrerern nur mit größeren oder geringeren Zweifeln und Bangen, und wenn der König annahm, so waren sie es doch gerade, unter denen das entschiedenste Mißtrauen gehegt wurde, ob er der Mann für die Stellung sei und die sehr bald öffentlich erklärten, daß sie vom Anfange daran gezweifelt hätten, überzeugt gewesen wären, daß eben an seiner Persönlichkeit zuletzt Alles scheitern werde. Seitdem sie ihre ganze Rechnung auf Preußen gestellt, hätten sie Alles, was geeignet war Preußen zu gewinnen und den Beistand und Zutritt ihm zu erleichtern, thun, Alles meiden sollen, was ihm letzteren erschweren mußte. Das war vom Anfange und nun auch im Ausgange nicht geschehen, obgleich die Meisten unter ihnen so dachten wie Raumer noch am 24. geschrieben: „Freilich, wenn Preußen nicht den Reigen muthig führt, wird aus Allem gar nichts." (Er hatte hinzugefügt: „Und dann — après nous le déluge! — Sie wird nicht ausbleiben, die Sündfluth, zur Strafe Aller, welche sündigten!") Wie nun aber, wenn die Voraussetzung nicht eintraf, an deren Eintreffen sie selbst im Grunde doch nicht glaubten? Sie sagten:

innigste Einvernehmen mit der Linken. Noch desselben Tages vernahm man, daß der Weidenbusch eine Deputation — G. Beseler und der Preußische Major Teichert — in den Donnersberg entsendet

die Kraft zur Durchführung ist nur in der dem Könige von Preußen zu gebenden Stellung zu finden — und hatten ihm eine Stellung aus Volksgewalt gegeben, von welcher sie wußten, wie er sammt allen Deutschen Fürsten darüber dachte. Sie sagten: das Preußische Oberhaupt ist bei den vielen und starken Abneigungen gegen ein solches nur durch den Volkswillen, der allein die Einwilligung der Fürsten ersetzen kann, zu gewinnen. Sie wußten, daß jene Abneigungen auch im Volke vorhanden waren und sagten daher: der Volkswille ist nur dadurch zu gewinnen, daß die Nationalversammlung den „Grundsatz der Freiheit" feststellt, souverän verfährt. Zuerst also sollte dem Volke, sofern es dem Preußischen Oberhaupte abgeneigt war, durch den Freiheitsköder der Wille für ein solches gemacht, sodann sollte durch Volksgewalt die Einwilligung der Fürsten erzwungen und allenfalls auch der König von Preußen genöthigt werden, die Krone anzunehmen und die so gewordene und zu Stande gebrachte Verfassung zu handhaben. Nur so könnten, sagten sie, Anarchie und Despotismus abgewendet, Monarchie, Gesetzlichkeit und Ordnung aufrecht erhalten werden. Weiter wurde dann aber auch wieder auf den Preußischen Säbel zur Nöthigung der — sei es im Volk oder unter den Fürsten — Widerstrebenden gerechnet. Noch in den letzten Tagen hatte die erbkaiserliche Korrespondenz gewarnt, daß man nicht Bestimmungen in die Verfassung bringen möge, welche dieselbe den Regierungen unannehmbar machen, die Regierungen zu Oktroyirungen fast gewaltsam hindrängen würden. Es war geschehen und nun sollte die Verfassung im Handumdrehen den Regierungen doch annehmbar sein und aufgezwungen werden, und es sollte ein Uebermaß von Verkehrtheit und Verbrechen — Rebellion gegen den Willen des Volkes — sein, wenn es den Regierungen beikäme abzulehnen oder zu oktroyiren. Noch in den letzten Tagen hatte die Korrespondenz gesagt, nun sei es vollkommen zweifelhaft geworden, ob irgend ein Deutscher Fürst sich herbeilassen werde, die Würde des Oberhaupts anzunehmen, und doch hatten sie diese dem Könige von Preußen übertragen und Alles darauf gestellt, daß er sie annehme und gebahrten nun, als wäre Ablehnen so undenkbar als unzulässig. Es lag vor Augen, daß die Meinung im Volke wie im Parlament getheilt, daß die der Hälfte heftig entgegenströmte, daß die Verfassung so nicht bleiben konnte, daß überall, wo der Volksbeistand in Frage kam, die Radikalen die Meister sein würden, und doch rechneten sie auf einen allgemeinen Enthusiasmus für das Preußische Kaiserthum, darauf, daß die Parteien die Verfassung als Kompromiß einverständlich annehmen, daß sie ihrerseits über die Radikalen gewinnen würden, sei es in Wahl- oder parlamentarischen Kämpfen oder wo sonst. Sie gestanden ein, daß die Verfassung verdorben, durch Transaktionen völlig verdorben sei, und rühmten sich allein „praktisch", indem sie allein „doch etwas zu Stande gebracht" — als wenn es schwer und nicht vielmehr ganz leicht, aber auch verkehrt wäre, etwas Unpraktisches

und durch dieselbe erklärt habe, daß der Vereinigung nun gar nichts mehr entgegenstehe u. dgl. In tiefem Groll standen Groß- und Kleindeutsche, Oesterreicher und Preußen einander gegenüber, ihre Stellung ein Bild des Risses, der in die Einheit gethan worden, die man enger und fester machen wollen. Das Publikum, die Stadt zeigten sich in und außer der Paulskirche, Nachmittags und Abends weit eher wie in bangender Erwartung gedrückt als elektrisirt, und sichtlich war Alles, was nach froh-begeisterter Theilnahme aussah, gemacht. Erdichtet war, was die erbkaiserlichen Blätter von dem Jubel meldeten, der bei der Verkündigung des Beschlusses auf dem Paulsplatze geherrscht habe; der alte Arndt kam zwar mit freudetrunkenem Gesichte heraus auf die Treppe, um sich über das Ergebniß der Abstimmung auszusprechen; man hörte ihn an, aber Niemand rief Beifall, im Gegentheil konnte man hier ein bitteres Lächeln, dort Bestürzung oder wenigstens Verblüffung auf den meisten Gesichtern lesen. Unter den verschiedenen Truppentheilen in Frankfurt — und dann in Mainz — entstanden Reibungen von schlimmster Vorbedeutung. Nicht einmal eine Illumination wollte gelingen. Ganz melancholisch brannten die Lämpchen, die man vereinzelt hier und da erblickte, wie auf dem Balkon des Hauses, worin Dahlmann wohnte. Mit Enthusiasmuserregung in den Gasthäusern glückte es ebenso wenig. Spöttereien folgten der Kaiserwahl noch viel rascher als die Spottbilder den Anfängen der Nationalversammlung. Wie es hieß ward selbst bei einem großen Zweckessen der Gagern'schen im Römischen Kaiser unter schallendem Gelächter ein Hoch ausgebracht auf die vier Oesterreichischen Deputirten, die den Deutschen Kaiser gemacht.

Die Korrespondenz der Großdeutschen fällte ein strenges Urtheil.*) Letztere erklärten, daß sie es als ihre Pflicht ansähen, „wie

zu Stande zu bringen, d. h. zu beschließen. Diesen und ähnlichen Gedankengängen begegnete man in den mündlichen Aeußerungen wie in den Organen der Erbkaiserlichen, nachdem die Kaiserwahl geschehen, die Kaiserdeputation abgesendet war; man hat sie auch nachträglich noch vernommen. (Anh. XVIII.)

*) „Die Mehrheit der Nationalversammlung ist also an ein Ziel angelangt, welches das gerade Gegentheil der ihr gestellten Aufgabe ist, und eine Schamlosigkeit muß es genannt werden, wenn behauptet wird, sie habe nun das große Werk, zu dem sie berufen, glücklich vollbracht. Sie hat es erschwert, vielleicht sogar unmöglich gemacht. Statt der Einheit hat sie die Spaltung dekretirt, und Zerwürfnisse gesäet statt die Einigung zu fördern. Das betäubende Geschrei ward von der nüchternen Besonnenheit nicht über-

treue Söhne des Vaterlandes auch ferner Stand zu halten". Etwa sechszig von ihnen, Bothmer und Wuttke an der Spitze, vereinigten sich zu einem „Bericht über die Vorgänge in der Paulskirche am 27. und 28. März". (Allg. Ztg. Nr. 94.) In den Blättern erschienen noch weitere Proteste und Verwahrungen, eine sehr zahlreich von Großdeutschen, besonders Oesterreichern unterschriebene Erklärung dieser Art am 30. in der Frankfurter, eine von der linken Seite ausgegangene in der Nummer 89 der Deutschen Zeitung. Schmerling erhielt am 29. Benachrichtigung über seine Entlassung; das Reskript wiederholte, die Regierung werde Alles thun, Oesterreich bei Deutschland zu erhalten, die Abgeordneten möchten ausharren; um so mehr beschlossen sie zu bleiben. Eine schon an diesem Tage beabsichtigte, durch die Geschäftsordnung verspätete Interpellation von Kreutzberg sollte zeigen, daß sie den Riß als noch nicht vollbracht betrachteten. Eine Anzahl von ihnen veröffentlichte (Frankf. Ztg. vom 31. März) eine „Unser Vorsatz" überschriebene Erklärung, worin sie über die ihnen widerfahrende Behandlung sich beklagten, die Leichtfertigkeit und überstürzende Hast rügten, womit ihre Gegner die wichtigsten Sachen abthäten und auseinander setzten, daß ihnen Ehre und Pflicht gebiete, auch jetzt noch auszuharren, da Aenderungen gefordert werden würden und also noch eine dritte Lesung stattfinden dürfte, da die Verfassung eben nur erst auf dem Papiere stehe; es werde, bis sie ins Leben trete, noch heiße Kämpfe und Mühen geben, die sie zu theilen sich und Deutschland schuldig. Sie hoben ferner hervor, daß die Erblich-

---

wunden, denn durch alle Mittel war die Aufregung gesteigert worden. Erst hieß es: die Rothen werden sich fürchterlich erheben und die Russen werden kommen; dann, als dieses Mittel abgebraucht war: die Höfe werden Deutschland eine Verfassung oktroyiren u. s. w.; mit Zuverlässigkeit wollte man wissen, daß der König von Preußen keine Reichsstatthalterschaft und kein Wahlkaiserthum annehmen, aber das erbliche Kaiserthum nicht ausschlagen werde. Jeder große Gedanke war den kleinen Leuten zu kühn und zu hoch. Unsere Rathschläge blieben unbefolgt, unsere Mahnungen unbeachtet: die Schmähungen und Verlästerungen, mit denen wir tagtäglich überschüttet werden, sind der Lohn für unser treues Ausharren, für unsere Gewissenhaftigkeit. Aber, was wir voraussagten, traf ein. Die Paulskirche wird zum Grab für viele berühmte Namen! Wenn der Engländer sein Rule Britannia jauchzt, ist ihm die Welt zu klein, und wir erlebten die Schande, daß unser „ganzes Deutschland" einigen hundert Nationalvertretern zu groß ist. Noch bevor die Schwankenden durch ruhige Ueberlegung sich stärken konnten, waren sie zur Kaisermacherei fortgerissen" u. s. f.

keit gerade mit vier Oesterreichischen Stimmen angenommen sei und erinnerten an einen Umstand, der auffallend genug bisher noch wenig oder gar nicht zur Sprache gebracht war, den die blinde Parteiwuth der Preußischen Partei so stark dokumentirenden Umstand, daß ihnen die Berechtigung zur Theilnahme abgesprochen, die der Schleswiger aber nicht beanstandet werde, und daß, wenn man deren unfehlbar so viel weniger gültige Stimmen abzöge, eine Mehrheit gegen ein Erboberhaupt sich ergeben würde. Sie beschlossen demnächst in noch größerer Zahl eine von Somaruga abgefaßte, vom 3. April datirte Vorstellung an ihre Regierung.*)

*) Sie deuteten darin an, daß die Wendung, welche die Verfassungsangelegenheit genommen, und gegen welche sie vergeblich angekämpft, durch das Verhalten des Oesterreichischen Kabinets mitverschuldet sei, setzten die, insbesondere auch daraus hervorgegangenen Schwierigkeiten ihrer Stellung in der Nationalversammlung auseinander, betonten die gerechten Erwartungen des Volkes von den Regierungen, Deutschlands von Oesterreich, sprachen den Wunsch aus, daß es der kaiserlichen Regierung gelingen möge, im Unterhandlungswege die augenblicklichen großen Schwierigkeiten der Einigung Oesterreichs mit Deutschland zu mindern, erklärten es für ihre Pflicht, derselben nochmals dringend ans Herz zu legen, daß es nicht mehr genüge, nur durch Einsprechen gegen die Form des Oberhaupts die Deutsche Verfassung zu ändern, und daß nur in nochmaliger Erwägung der Nothwendigkeit jener Institutionen (namentlich Staaten- und Volkshaus), die das Deutsche Volk verlange, und in rascher Erklärung hierüber Seitens der kaiserlichen Regierung eine gedeihliche Lösung herbeigeführt werden könne.

Verhandlungen über den Rücktritt des Reichsverwesers. — Bestimmung über das Reichsministerium.

Der Erzherzog-Reichsverweser, dem ersten Eindrucke folgend, beabsichtigte seinen Rücktritt, wodurch eine Zwischenscene erfolgte, die einen sehr bedeutsamen Wendepunkt bildet. In Folge der stattgefundenen Kaiserwahl ließ er Abends zwischen sechs und sieben Uhr den Präsidenten und das Bureau der Nationalversammlung, sowie Gagern und Mohl zu sich bescheiden, und gab die Erklärung ab, daß er sich bestimmt finde, unter den obwaltenden Umständen seine Würde niederzulegen; der Präsident möge diesen Entschluß der Nationalversammlung ankündigen. Simson, unterstützt von Kirchgeßner und Jucho, bot seine Beredtsamkeit auf, ihn zu bewegen, seinem Vorhaben nicht eher Folge zu geben, als bis das Verfassungswerk vollständig ins Leben getreten wäre. Der Erzherzog entließ die Anwesenden; sie sollten in einer Stunde seinen weitern Bescheid erhalten. Nach Ablauf derselben erhielt Gagern ein Schreiben von ihm, dahin lautend, daß er bei seinem Beschlusse beharre. Schon hatte er über seinen Rücktritt ein Protokoll vom Justizminister aufnehmen lassen. Es lag dem Schreiben bei, das damit schloß, Gagern möge das Nöthige veranlassen, daß der Erzherzog, sobald es ohne Nachtheil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands irgend geschehen könne, sich als der Pflichten seines Amtes enthoben betrachten könne. Auch Gagern gab sich nun Mühe, ihn vorerst noch festzuhalten. Es wurde Ministerrath gehalten. Das Resultat bestand in einem Schreiben, das früh Morgens am 29. März dem Erzherzoge zugesendet wurde. Gagern stellte ihm vor, daß sein Rücktritt nicht eher erfolgen dürfe, als bis die Ausführung des Verfassungswerkes begonnen (der König angenommen) habe, und bat zugleich um

Entschließung über das Reichsministerium.*) Der Erzherzog ließ Gagern auf der Stelle die nachstehende Erwiderung zugehen: „Ich halte es für nothwendig, daß jetzt die ganze Verhandlung der Nationalversammlung mitgetheilt werde, damit sie auf dem legalen Wege davon in Kenntniß komme, und jene Bestimmungen treffe, welche mich in die Lage setzen, meinen Entschluß in Ausführung bringen zu können. Was das interimistische Ministerium betrifft, so hat dasselbe die Geschäfte dermalen noch fortzuführen." Beim Anfange der Sitzung dieses Tages eröffnete der Präsident der Nationalversammlung die Rücktrittserklärung des Reichsverwesers und verhieß weitere Mittheilung auch über den Briefwechsel, welcher noch zur Zeit statt habe. Sie ist jedoch nicht erfolgt. Das von Mohl auf-

*) „Euere Kaiserliche Hoheit haben gestern zu erklären geruht, daß Höchst Sie Sich bestimmt finden, unter den obwaltenden Umständen die Würde eines Reichsverwesers zurückzulegen. Euere Kaiserliche Hoheit haben mir sodann aufgetragen, das weitere Nöthige in der Art zu veranlassen, daß Euere Kaiserliche Hoheit, sobald es ohne Nachtheil für die Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands irgend geschehen könne, Sich als der Pflichten Ihres Amtes enthoben betrachten könnten. Das inter. Ministerium Euerer Kaiserlichen Hoheit ist über diese höchste Erklärung in Berathung getreten und glaubt dem einmüthigen Gefühl der Nation Ausdruck zu verleihen, wenn es den wärmsten Dank für die letzte Erklärung ausspricht, die den vielen Opfern, die Euere Kaiserliche Hoheit in der Deutschen Sache gebracht haben, ein neues, Ihren fürstlichen Sinn und Ihr patriotisches Herz hochehrendes hinzufügt. Das inter. Ministerium theilt einstimmig die Ansicht, daß das Zurücklegen der Würde eines Reichsverwesers mit den daran geknüpften Rechten und Pflichten von Seiten Euerer Kaiserlichen Hoheit ohne Nachtheil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands dann erst geschehen kann, wenn die Ausführung des Verfassungswerkes begonnen, d. h. Se. Majestät der König von Preußen nicht allein erklärt hat, daß er die ihm übertragene Würde eines Reichsoberhaupts annehmen, sondern die Regierungsgewalt erblich antreten zu wollen, sich bereit erklärt haben wird. Die Schritte, Se. Majestät den König von Preußen dazu zu veranlassen, sind von der Nationalversammlung bereits angeordnet. Sollten Euere Kaiserliche Hoheit der Ansicht sein, daß etwas Weiteres noch von mir zu veranlassen sei, so erlaube ich mir um die Eröffnung der Willensmeinung Euerer Kaiserlichen Hoheit unterthänigst zu bitten. Dabei nehme ich mir die Freiheit Euere Kaiserliche Hoheit auf die Umstände aufmerksam zu machen, daß das von Euerer Kaiserlichen Hoheit entlassene Ministerium nach dem Befehl Euerer Kaiserlichen Hoheit nur noch berechtigt ist die laufenden Geschäfte fortzuführen, folglich nicht berechtigt ist Amtshandlungen vorzunehmen, womit große Verantwortlichkeiten verknüpft sind. Auch in letzter Beziehung bitte ich um hohe Entschlußmeinung."

genommene Protokoll wurde nicht vollzogen, der Reichsverweser trat nicht zurück.

Jener Briefwechsel bestand zunächst in einer, noch eine Erläuterung erbittenden Rückäußerung Gagern's von demselben Tage.*) Der Erzherzog erwiderte gleichfalls noch am 29. in einem Schreiben, worin er sich zugleich sehr ungehalten über eine falsche Darstellung der ganzen Angelegenheit im reichsministeriellen Organe aussprach.**)

Der Erzherzog erwog, daß er ohne Zustimmung der sämmtlichen

*) „Dem mir heute Morgens nach 9 Uhr von Euerer Kaiserlichen Hoheit mündlich ausgesprochenen Wunsche unterthänigst entsprechend, habe ich dem Herrn Präsidenten der Nationalversammlung von dem mir gestern Abend zugekommenen Handschreiben Euerer Kaiserlichen Hoheit durch Abschrift vor der heutigen Sitzung Kenntniß gegeben. Der Präsident der Nationalversammlung gab darauf der Versammlung Nachricht von dem Hergange während und nach der gestern Abend von Euerer Kaiserlichen Hoheit befohlenen Konferenz und theilte ihr insbesondere die von Euerer Kaiserlichen Hoheit abgegebene Erklärung, sowol die in das Protokoll niedergelegte, welches Herr Reichsminister Mohl in der Konferenz geführt hat, als die in dem gnädigen Schreiben Euerer Kaiserlichen Hoheit von gestern an mich enthaltene wörtlich mit; damit scheint der hohen Intention entsprochen zu sein, die Euere Kaiserliche Hoheit in dem gnädigen Handschreiben an mich, welches auf meinen heute erstatteten unterthänigen Bericht erfolgte, dahin wiederholt ausgesprochen haben, daß die Nationalversammlung auf legalem Wege von Höchst Ihren Entschließungen in Kenntniß gesetzt werden möge. Dieses gnädige Handschreiben ist mir erst nach dem Schluß der Sitzung der Nationalversammlung von meinem Diener Goth übergeben worden. Die Verfügung am Schlusse dieses gnädigen Handschreibens verstehen die versammelten interimistischen Minister Euerer Kaiserlichen Hoheit dahin, daß sie angewiesen werden, die Geschäfte mit voller Amtsgewalt und Verantwortlichkeit fortzuführen und die inter. Minister erklären sich danach bemessen zu wollen, wenn es sich aus der Entschließung Euerer Kaiserlichen Hoheit, die ich mir hierdurch unterthänigst erbitte, ergeben sollte, daß wir den Willen Euerer Kaiserlichen Hoheit richtig aufgefaßt haben."

**) „Auf Ihre, bezüglich des Ministeriums gemachte Anfrage finde ich im Sinne meines Schreibens von heute Morgen zu erwidern, daß es mein Wunsch ist, die dermaligen interimistischen Minister möchten die Geschäfte mit voller Amtsgewalt und Verantwortlichkeit bis auf Weiteres interimistisch fortführen. So eben lese ich mit Entrüstung in der Frankfurter O.-P.-A.-Zeitung die Art der Darstellung des gestern vorgenommenen Aktes. Da diese Zeitung als das ministerielle Organ betrachtet wird, so finde ich mich veranlaßt Sie aufzufordern, die Verfügung zu treffen, daß der wahre Sachbestand mit genauer Angabe dessen, was schriftlich und mündlich darüber verhandelt wurde, ehebaldigst in dasselbe Blatt als Berichtigung eingerückt werde."

Regierungen zur Niederlegung seiner Würde nicht ermächtigt sei, er erwog näher die ganze Situation, die Folgen. Es wurden ihm von anderer Seite — namentlich von Schmerling und Heckscher — dringende Vorstellungen gegen seinen Entschluß gemacht. Er ließ ihn auf sich beruhen. Die Bedingung — Rücktritt sobald der König angenommen — trat nicht ein. Bald darauf wurden von Seiten der Gagern'schen Partei an sein Bleiben heftige Vorwürfe geknüpft, obgleich man ihn doch bestürmt hatte, sein Amt fortzuführen bis das Verfassungswerk vollständig ins Leben getreten sei. Besonders in dieser Beziehung ist der Moment interessant. Gagern war Herr des letztern, er hatte die Sache in der Hand. Wenn der Erzherzog resignirte, so würde der König von Preußen nach aller Wahrscheinlichkeit — man vergleiche die unten folgenden Erklärungen vom 3. April — angenommen haben oder doch der Annahme noch ein gutes Theil näher gekommen sein. Ja, wie hätte er anders können? Es drängte die Nothwendigkeit, die hereinbrechende Anarchie abzuwehren. Wie konnte er Deutschland ohne gemeinsamen Mittelpunkt, ohne Leitung lassen? Gagern wurde aufmerksam darauf gemacht von einem Staatsmann, der einen schärferen und praktischeren Blick besaß, ich glaube sagen zu können von Lord Cowley. Man hatte sich leiten lassen durch Furcht vor den Folgen des Rücktritts und machte die Rechnung so. Der Erzherzog hatte nicht wenig in der Hand. Er sollte sich benutzen lassen bis man seiner nicht mehr bedurfte, abtreten, sobald der König in seine Stelle rückte. Er sollte die Centralgewalt feierlich in die Hände des Königs legen, das Ministerium die Geschäftsführung an sich behalten, während es mit dem Reichsverweser hätte zurücktreten müssen und der König wol mit Preußischen Ministern anlangte. Aber die Annahme des Königs war schwer zu erwarten, und wenn sie nun ausblieb, wenn er zögerte, der Erzherzog unbequem wurde, dadurch die ganze Rechnung fehlschlug, der Vortheil, der aus seinem Rücktritt gezogen werden konnte, versäumt wurde? Gagern hätte je nach seinen Zielpunkten viel eher auf den Rücktritt des Erzherzogs hinoperiren, am wenigsten die Zurücknahme des Resignationsentschlusses betreiben sollen. Er begriff das vollkommen als es zu spät war und soll äußerst betroffen gewesen sein. Er sann darauf seinen Fehler einzubessern und suchte nun die Gelegenheit aufs Neue herbeizuführen, die er am 28. und 29. März unbenutzt hatte verstreichen lassen. Wir werden noch auf die von hier an datirenden Versuche kommen, den Reichsverweser fortzutreiben,

damit Preußen ohne Verbindlichkeiten — d. h. ohne die Reichsverfassung — die Centralgewalt übernehme.*)

---

*) Haym (III, 18 f.) stellt die Momente, wodurch die Aussichten der neuen Kaiserwürde „eine Stunde lang" so günstig gewesen, und die Gründe zusammen, weshalb seine Parteigenossen, gerade sie, den Rücktritt des Reichsverwesers hätten fördern müssen, statt wie Simson das Umgekehrte zu thun, der es verpaßt habe, das „gute Herz!" dem „Vaterlande einen großen Dienst zu leisten". Von Gagern spricht Haym an dieser Stelle nicht. Auch ist ihm wohl erst nachher solch Licht aufgegangen. Die C.-K. vom 29. rühmte, es sei dem Präsidenten der Nationalversammlung gelungen, den Erzherzog zu nochmaliger Ueberlegung zu bestimmen. Sie äußerte weiter: Deutschland sei dem Erzherzoge großen Dank schuldig, seine Stellung sei eine schwierige, höchst peinliche; aber er hätte den Schritt doch nicht so plötzlich thun sollen, auch sei ihm der Entschluß sicher nicht lediglich aus dem eigenen Innern gekommen; es sei hoch erfreulich, daß er ihn wenigstens vertagt habe. Man glaubte seltsam genug, so etwas müsse mit mehr Pomp abgemacht werden und am meisten scheint die Furcht gewirkt zu haben, daß, wenn der Erzherzog Ernst mache, bevor der König angenommen, worüber man innerlich doch sehr bedenklich war, Verwirrungen und Unruhen einträten, denen man sich nicht gewachsen hielt. Am 30. schrieb die C.-K.: der Erzherzog, wie man sichs gleich gedacht, habe nie beabsichtigt, durch einen zu eiligen Rücktritt die Gefahren des Vaterlandes zu erhöhen; vielmehr werde er, wie einer jener antiken Charaktere, auf dem Posten ausharren, auf den die Nation ihn berufen, bis der König von Preußen ihn ablöse, der dadurch einen neuen Grund zum Annehmen und Nichtzögern erhalte, daß der Erzherzog aus Gesundheitsrücksichten, wie man höre, zum Rücktritt entschlossen sei, wenn der König nicht annehme oder zögere und das Provisorium sich zu verlängern drohe. Auch die D. Z. freute sich, daß Simson's Vorstellungen Erfolg gehabt, war aber doch auf richtigerer Spur, indem sie andeutete, daß anderen Falls die Gefahren nicht zu groß gewesen sein dürften. Von Seiten der Preußischen Partei suchte man Heckscher etwas anzuhängen, indem man im ersten Schrecken über ihn verbreitete, er sei Schuld daran, daß der Erzherzog den Entschluß des Rücktritts gefaßt. Die Großd. Korr. vom 5. April glaubte der „Lüge" entgegentreten zu sollen. Heckscher und Simson waren sich in der That einmal auf denselben Wegen begegnet und hatten dasselbe gethan, das freilich nicht dasselbe war. Haym (a. a. O.) sagt giftig, die Mitglieder des Bureaus wären nach Ablauf der Stunde, die der Erzherzog zum Ueberlegen gefordert, nicht wieder vorgelassen, und in der Thür seiner Wohnung Heckscher und Schmerling ihnen begegnet; und: es habe keine „gemeine Unaufrichtigkeit" dazu gehört, wenn der Erzherzog in dem Schreiben, das er an Gagern gerichtet, seinen Rücktrittsentschluß nun dahin zu interpretiren gesucht habe, daß er sich der Pflichten seines Amts alsdann enthoben betrachten werde, sobald dies „ohne Nachtheil für die Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands irgend geschehen könnne". Der Entschluß zu bleiben und die Vorstellungen, die

Es wurde bemerkt, daß Gagern mit dem Ministerium wieder alle Verantwortlichkeit für die Schleswig'schen Händel übernehme, während Preußen dabei die Centralgewalt weitab beiseit ließ. Er gerieth freilich abermals in die Position, als Reichsminister deutsch-patriotisch im Sinne der Schleswigholsteiner handeln zu sollen und doch Preußen nicht antasten zu dürfen, um nicht den ganzen Kaiserplan und seine Zukunftsministerschaft zu kompromittiren, woran wenigstens seinen Verehrern viel gelegen war.*)

Die Centralkorrespondenz äußerte am 30.: Da der Erzherzog dem interimistischen Ministerium, das nur zur Fortführung der laufenden Geschäfte sich anheischig gemacht, die weitere Amtsführung mit voller Machtvollkommenheit und Verantwortlichkeit wieder übertragen habe, so scheine er die Versuche zur Bildung eines neuen Ministeriums aufgegeben, aber auch eine definitive Berufung des Ministeriums wegen des muthmaßlich bald erlöschenden Mandats der provisorischen Centralgewalt nicht für angemessen gehalten zu haben, und da die gewichtigsten Gründe für diese Auffassung sprächen, so habe die Wiederberufung Gagern's aufs Wesentlichste beruhigt, indem das öffentliche Vertrauen die mangelhafte Form ergänze und das Ministerium „mit froher Ahnung als ein definitives begrüßt“.. Der Erzherzog wendete sich noch am 29. nach Berlin wegen Bildung eines neuen Ministeriums. Allein man kam dort nicht entgegen, wollte sich vorerst weder entschließen einen Preußischen General zum Reichskriegsminister zu designiren, noch Peuker zu veranlassen ein neues Ministerium zu bilden oder in ein zu bildendes wieder einzutreten, was der Erzherzog besonders wünschte. In Wien übersah man damals die Situation ebenso wenig, erwartete, wünschte, forderte sogar den, wenn auch nicht augenblicklichen Rücktritt des Reichsverwesers.

---

darauf eingewirkt haben mögen, kamen erst am folgenden Tage. Jenes Schreiben spricht noch den Resignationsentschluß aus. Einen „zu eiligen“, ganz unvorbereiteten Rücktritt hatte der Erzherzog überhaupt nicht beabsichtigt.

*) Die reichsministerielle Zeitung sagte, man wisse bei der Centralgewalt nichts von einer Verlängerung des Waffenstillstandes, was nur bewies, daß man derselben keine Anzeige von dem gemacht, was der Preußische Konsul in London und der Preußische Staatsanzeiger verkündigten. (Allg. Ztg. Nr. 92.)

Die Kaiserdeputation. — Die Sitzung am 29. März (Unterzeichnung der Verfassung). — Das Reichsministerium am 30. März. (Camphausen.) — Die Vorgänge in Berlin. (Die Erklärung des Königs von Preußen.) — Die Erbkaiserlichen im Warten auf die Annahme der Kaiserwahl. — Radowitz.

Das Bureau hatte die Zahl der Mitglieder der Kaiserdeputation um acht vermehren zu müssen geglaubt. Dies wurde in der Sitzung am 29. März genehmigt. Die Deputation begab sich noch an demselben Tage auf ihren Weg, keineswegs gutes Muthes.*) In jedem Falle war man der Sache trotz allen Illusionenreichthums nicht gewiß, hoffte indeß auf allerlei Einwirkungen, namentlich durch die Kammern, mit welchen die Deputation sich in Einvernehmen setzen sollte. Nach den Aeußerungen der Centralkorrespondenz wurde namentlich auch auf den Kaiserenthusiasmus gerechnet, der die Deputation begleiten oder den sie hervorlocken sollte und der seinen Eindruck bei den Königen von Hannover und Preußen nicht verfehlen werde.**)

---

*) Gagern soll die Mitglieder vor ihrer Abreise versammelt und ihnen vertraulich die Mittheilung gemacht haben, daß ihm bereits die Kunde vom wesentlich verneinenden Inhalte der Antwort des Königs zugegangen sei. Selbstverständlich instruirte er sie oder doch die vertrauten Mitglieder nach bestem Vermögen, wobei nicht wohl verschwiegen werden konnte, was ihm von den in Berlin zu erwartenden Hindernissen bekannt war. Mitglieder der Deputation, wie Beseler und Dahlmann, gehörten zu denen, die aus seinem Munde die Erzählung von seinem Fiasko beim Könige vernommen.

**) Zu dem die Reise und die Schicksale der Deputation betreffenden Eigenthümlichen gehörte, daß ihr die Kasse und der Kredit des Hamburgischen

Den Erbkaiserlichen war aus nahe liegenden Gründen sehr daran gelegen, daß, bis in Berlin Entscheidung erfolgt und die Sachen geordnet, nichts mehr verdorben werde. Allein sie fielen mit ihren Anträgen auf eine vierzehntägige Aussetzung der Sitzungen gegen den unüberwindlichen Widerspruch der Linken durch, die das entschiedenste Mißtrauen zu erkennen gab. Eine solche Vertagung würde so viel heißen als die der Nationalversammlung anvertraute Sache in andere Hände legen, die ihr allenfalls einen Strich durch die Rechnung machen könnten u. s. f. Es wurde beschlossen, daß die nächste Sitzung am 4. April stattfinden solle. Der Vorsitzende zeigte sodann noch an, daß ein rektificirtes Exemplar der Verfassung vom Bureau unterzeichnet und zur Unterzeichnung ausgelegt werden solle. Nicht Wenige enthielten sich der Unterschrift, Andere unterzeichneten in der Meinung, lediglich die Thatsache zu beurkunden, daß diese Verfassung in der Versammlung durch die Mehrheit beschlossen sei.

Gagern ladete am 30. Camphausen zu einer vertraulichen Berathung im Reichsministerium ein. Es fand eine ausführliche Erörterung der Eventualitäten der Aufnahme der Kaiserdeputation statt. Man tauschte die Ansichten aus über die Gestaltung der nächsten Zukunft, die Wünsche und Befürchtungen, welche sich an die der Deputation zu ertheilende Antwort knüpften. Camphausen machte kein Hehl daraus, daß seiner Meinung nach der König weder annehmen noch geradezu ablehnen werde, daß die pomphafte Proklamirung des Kaiserthums unpassend gewesen, daß von Annahme der Verfassung, wie sie vorliege, nicht die Rede sein könne; Preußen habe andere Rücksichten zu nehmen als die Kleinstaaten, habe die europäischen Verhältnisse und Mächte, die Verträge zu berücksichtigen; die unverhüllte Errichtung eines Preußischen Kaiserthums löse den Bund auf, alterire die Verträge, den territorialen Besitzstand, erscheine als Inkorporation der kleineren Staaten in ein sich vergrößerndes Preußen — es müßten Mittel und Wege gefunden werden, die Sache schicklich durchzuführen. *) Demgemäß beschloß man nach Laut des Protokolls

---

Handelsherrn, E. Merck's, eines ihrer Mitglieder, unterwegs aushelfen mußte, und daß sie sich vielfältig mit dem Refrain ansingen ließ: das ganze Deutschland soll es sein.

*) Als der Erzherzog zum Reichsverweser gewählt war, hatte er ein Schreiben von dem Könige von Preußen erhalten, worin ihm dieser seine Anerkennung ausgesprochen, jedoch betont, daß sie aus persönlicher Hochachtung und nicht wegen der durch eine dazu inkompetente Versammlung erfolgten Wahl, die

etwas, woran man wol früher hätte denken und dergleichen jedenfalls der Kaiserwahl hätte vorhergehen sollen: „Die Herren: Präsident v. Gagern, Reichsminister v. Beckerath und Unterstaatssekretär v. Biegeleben zu ersuchen, in gemeinschaftlicher Berathung ihre Ansichten über die Frage der Bildung des Deutschen Bundesstaates und der möglichen Gestaltung des Verhältnisses dieses Bundesstaates zu denjenigen Staaten, welche bisher dem Deutschen Bunde angehört haben, ohne in diesen Bundesstaat einzutreten, zusammenzufassen und dem Ministerrath später vorzutragen."

In Berlin setzten die Freunde der Erbkaiserlichen in Frankfurt, die sich mit ihnen in unausgesetztem Rapport hielten, alle Hebel an, die Annahme des Königs zu erwirken. Die reichsministerielle Zeitung sah sich veranlaßt, am 2. April die Lage ganz richtig dahin zu bezeichnen, daß die Nation so gespalten sei, wie es die Nationalversammlung beim Abschluß der Verfassung gewesen, und daß sich das ganze Interesse nach Berlin gezogen habe. Sie bekannte am 3., daß die Nationalversammlung (d. h. die Erbkaiserpartei) und der Preußische Landtag die letzten Tage hindurch „wie in galvanischem Zusammenhange" gestanden und unausgesetzt durch den Telegraphen mit einander gesprochen hätten. Die Kaiserdeputation traf am 2. April in Berlin ein. An demselben Tage beschlossen beide Kammern Adressen, worin sie den König angingen, gemäß seiner Erwählung „die Leitung der Geschicke des Vaterlandes" zu übernehmen, doch auch die zur Erwägung kommenden Schwierigkeiten berührten. Die erste Kammer nannte darunter die Verständigung mit andern Deutschen Regierungen, den Inhalt mehrerer in die Verfassung aufgenommenen Bestimmungen. Am 3. hatte die Deputation Audienz beim Könige, der auf Simson's Anrede die vorauszusehende Antwort ertheilte. Eine Cirkulardepesche der Regierung von demselben Tage gab noch einen Kommentar dazu.*)

---

für die Regierungen unverbindlich. Kurz vor der Kaiserwahl äußerte der Erzherzog gegen Camphausen, der König könne nicht annehmen. Camphausen machte Einwendungen, worauf der Erzherzog jenes Schreiben ihm vorlegte, worüber denn Camphausen in große Betroffenheit gerieth. So wurde in gut unterrichteten Kreisen erzählt. Es mag leicht Einfluß darauf gehabt haben, daß Camphausen im Reichsministerium so sich äußerte.

*) Der König anerkannte in dem Beschlusse der Nationalversammlung die „Stimme der Vertreter des Deutschen Volks", anerkannte die Bedeutung der Wahl, die ihm ein „Anrecht" gebe, dessen „Werth er zu schätzen wisse"; allein er hielt fest daran, daß die Verfassung nur im Wege der Verein-

Die Erbkaiserlichen in Frankfurt befanden sich bis die ersten telegraphischen Nachrichten über die Vorgänge in Berlin eintrafen und die großen Enttäuschungen und Beschämungen, welche sie erfahren sollten, ihren Anfang nahmen, in hoffensseliger Erwartung, mehr jedoch und stündlich mehr in peinlichster Spannung; ihre Stimmungen waren sehr gemischter Art oder unterlagen raschen Wechseln, ihr „Warten auf Preußen" begann ihnen zur Folter zu werden. In den ersten Tagen nach der Kaiserwahl redeten ihre Organe in hohen Tönen, es geschah noch bis zum 3. April und noch länger, wo sie dann aber sichtlich mit Mühe dazu sich hinaufschraubten und mit ungebärdigen, stolzen und großsprecherischen sehr kleinlaute und zahme Aeußerungen wechseln ließen, die auf das deutlichste ihre Verlegenheit und Rathlosigkeit ausdrückten. Sie ließen es nicht an redefertiger und eifriger Vertretung ihrer Sache, nicht an lebhafter Agitation dafür fehlen, nicht an dem, was das „Volk" aufreizen, mittel- oder unmittelbar auf den Entschluß des Königs einwirken sollte und ihrer Meinung nach dazu geeignet war, nicht an abwechselnden Beschwichtigungen und Provokationen zur Gewalt, Schmeicheleien und Drohungen. Sie streichelten und striegelten den designirten Kaiser, sie hofirten ihm und verletzten ihn durch Pochen auf die Kraft der Emeute und Vorhalten der Zwangsjacke. Sehr beträchtlich wurde dabei ihr Gang und ihre Haltung durch die einlaufenden Nachrichten über bedenkliche Vorgänge, welche nahen Bezug auf das Geschehene und zu Erwartende hatten, über ungünstige Eindrücke bestimmt, welche die Frankfurter Beschlüsse gemacht. Sogleich nach der Kaiserwahl las man in allen Blättern von einer Berliner Depesche nach Paris, worin der König kund gegeben, daß er nicht annehmen werde, und von der Absendung

---

barung festgestellt werden, die Wahl nur durch das freie Einverständniß der Regierungen zur vollen Rechtgültigkeit gelangen könnte; nicht einmal unter Vorbehalt desselben wollte er die Annahme aussprechen; doch erklärte er sich bereit, in Betracht, daß der Reichsverweser den Beschluß gefaßt, seine Stelle niederzulegen, und der großen Gefahren, welche Deutschland aus der Verwirklichung dieses Entschlusses erwachsen könnten, auf den Antrag der Regierungen und unter Zustimmung der Nationalversammlung die provisorische Leitung der Deutschen Angelegenheiten zu übernehmen; er erklärte sich ferner entschlossen, an die Spitze eines Bundesstaats zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bildete, welche aus freiem Willen demselben sich anschließen möchten. Die Regierungen sollten aufgefordert werden, darüber mit dem Preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt alsbald in Verhandlung zu treten.

eines Kouriers von Berlin nach St. Petersburg, die das Erste gewesen, was man dort nach Einlauf der telegraphischen Depesche über die Kaiserwahl gethan. Man las gehäufte Notizen, die auf Verhandlungen über eine Oktroyirung hindeuteten, und dazu brachten die Organe der so laut angerufenen öffentlichen Meinung, die nicht-frankfurtischen, und zwar nicht blos etwa bairische u. s. w., sondern eben auch preußische schon in den nächsten Tagen, statt den gehofften allgemeinen Enthusiasmus zu verkünden, immer zahlreichere Aeußerungen der Mißbilligung und des Widerspruchs, des Erstaunens, der Entrüstung, ja des Hohns über den kühnen Kaisergriff, und so ließen sich nicht etwa nur Blätter wie die Neue Preußische, sondern auch solche, wie die Kölnische Zeitung vernehmen, in welcher es z. B. hieß: „Die Verfassung trägt den Todeskeim in sich, sie **kann** in dieser Gestalt nicht bestehen. Wir bedauern es, dieses Urtheil wiederholen, das Werk einer Versammlung tadeln zu müssen, die wir stets hochgehalten haben als die gesetzmäßige Vertretung unserer Nation; aber wir können nicht anders — es ist *wahr*.“ Es rächte sich, daß die Transaktion, durch welche die Erbkaiserlichen sich gebunden, eine geheime gewesen war, im Dunkel von ihnen gehalten wurde. Die Freunde in Berlin und anderwärts ängsteten nun die Frankfurter Erbkaiserlichen und mehrten deren Verlegenheit durch unerfüllbare, auf Abänderung der Verfassung gehende Rathschläge und Forderungen. Daraus, daß die verbündeten Radikalen lauerten, mehr und mehr Verdacht an den Tag legten und unruhig wurden, erwuchs ihnen eine Verlegenheit anderer Art. Sie erkannten mitten in ihrer hochfliegenden Stimmung und während sie vielfältig nach dem Standpunkt der gefaßten souveränen Beschlüsse sich äußerten, die Nothwendigkeit, doch auch auf den Fall vorbereiten zu müssen, daß der König nur unter der Bedingung annähme, daß die Verfassung revidirt werde, wußten jedoch für diesen Fall keinen Rath, und durften auch wegen der Linken nicht einmal mit der Sprache herausgehen, mußten also dorthin Bedenken wegen der Verfassung auszureden und Hoffnung auf Abänderungen durch den nächsten Reichstag oder auch noch durch die Nationalversammlung zu machen suchen, sich aber zugleich hüten durch Verrath ihrer Gebundenheit oder einer Geneigtheit, den Pakt zu brechen, sich bloßzugeben und mindestens den Schein zu behaupten suchen, als hielten sie unverbrüchlich an den der Linken gegebenen Zusicherungen fest. (Anh. XVIII.)

Radowitz wurde den Erbkaiserlichen in diesen Tagen ein

wichtiger Mann, den sie auszuforschen suchten. Sie vermutheten oder fürchteten, daß seine Ideen und Rathschläge auf den Entschluß des Königs stärker einwirken dürften, als die von der „Deutschen" Partei herrührenden. Sie wollten wissen, die Einen und Andern aus seinem Munde gehört haben, daß er nach Lage der Dinge zu unbedingter Annahme der Verfassung rathen werde, gerathen habe. Allein das Gegentheil war der Fall. Nach seiner Ansicht sollte die Zurückweisung der vom Volke angebotenen Krone des Legitimitätsprincip wiederherstellen, weil eine vom Volke den Fürsten oktroyirte Verfassung ihren demokratischen Ursprung auch in ihrer Entwickelung nicht verläugnen könne und dagegen eine von den Fürsten zu Stande gebrachte den unvertilglichen fruchtbaren Keim einer Wiederbelebung und Ausbreitung des Legitimitätsprincips in allen Theilen des Staatslebens in sich trage. Indeß wollte er doch auch, daß die Gelegenheit zum Gewinn für Preußen benutzt werde. Ueber den ersten Stein des Anstoßes, den demokratischen Ursprung der Verfassung, hätte man hinwegkommen können durch „Verständigung", ernstliche oder scheinliche. Aber ein größerer war der demokratische Inhalt der Verfassung, deren Annahme Bedingung war. Sie konnte deshalb nicht angenommen werden, wie sie war, aber — sie konnte auch vor der Annahme nicht wesentlich revidirt werden. Dadurch, daß die Kaiserpartei zur Korruption der Verfassung die Hand geboten und schließlich sich reversirend mit den Radikalen paktirt, hatte sie sich in eine Sackgasse verlaufen, wenn der König nicht zu bewegen war, unbedingt anzunehmen. Radowitz suchte statt der Umkehr aus derselben einen Ausweg. Er hat ihn nicht gefunden, sondern nur Mühsal und Irrsal für sich und den König, Preußen und Deutschland. Ob oder wiefern die Erklärung des Königs vom 3. April sein Gedanke und seine Eingebung gewesen, steht dahin. Eine seiner Privataufzeichnungen — sie ist vom 3. April datirt — giebt Auskunft, wie er die Sache zu dieser Zeit ansah und wohin er steuerte (Anh. XIX).

Die Nationalversammlung am 4. April. — Die Parteien nach der Ablehnung des Königs von Preußen. — Kaiserdeputirten-Berichte am 7. April. — Tendenzen und Operationen der Erbkaiserlichen. — Ihr neues Bündniß mit der Linken „zur Durchführung der Reichsverfassung" am 10. April (der Dreißigerausschuß).

Noch vor der Sitzung am 4. April war durch Extrablätter der reichsministeriellen und deutschen Zeitung der wesentliche Inhalt der Erklärung, die der König von Preußen am 3. abgegeben, kund geworden. Auch die Erbkaiserlichen sagten sich, daß eine Ablehnung erfolgt sei. Die Bemühungen Einiger, optimistisch zu interpretiren, hatten einen schweren Stand (Haym III, 25). Die Sitzung, zu welcher die Mitglieder zögernd und spärlich sich eingefunden, wurde mit Verlesung einer telegraphischen Depesche der Deputation eröffnet, worin diese nur sagte, daß sie über die Antwort des Königs in Berathung getreten sei, baldigst berichten werde, ihrer Pflicht und Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber sich vollständig bewußt sei. Die Linke lachte. Hoffbauer und L. Simon überreichten einen dringlichen Antrag: Die Nationalversammlung möge sofort über die Antwort des Königs berathen und ihr Beschluß der Deputation zur Ausführung gemeldet werden. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt. Schlöffel forderte einen Vollziehungsausschuß; die Ablehnung des Königs sei deutlich genug, die Verfassung aber proklamirt und die Nationalversammlung habe jetzt für ihre Ausführung Sorge zu tragen. Nauwerk: man warne, nicht voreilig zu verfahren; aber vor Kurzem habe das Vaterland in Gefahr sein sollen, wenn man nicht eile mit dem Abschluß der Verfassung; jetzt sei Vaterland und Alles in Gefahr; der Fürst, der die Verfassung nicht anerkenne, habe und

könne keine andere Absicht haben, als der Nationalversammlung und ihrem Werke ein Ende zu machen. Es erhob sich unerquicklicher Streit über die Behandlung des Antrags. Er wurde zurückgezogen. Nun beantragte Raveaux, daß die Kaiserdeputation abberufen werde, da sie sich ihres Auftrags entledigt habe und die Nationalversammlung selbst über die königliche Antwort berathen und beschließen werde. Ueber die Dringlichkeit mußte namentlich abgestimmt werden. Sie wurde mit 191 gegen 163 abgelehnt. Hierauf eine dringliche Interpellation L. Simon's: ob das Reichsministerium eine telegraphische Depesche von Berlin erhalten, durch welche die Antwort des Königs der Nationalversammlung mitgetheilt werde, und ob es gesonnen sei diese mitzutheilen? Gagern erklärte, daß eine solche Depesche nicht eingegangen sei. Die Linke forderte die Ansetzung einer Sitzung auf den nächsten Tag. Die Kaiserpartei suchte das abzuwenden. Waitz sagte, was schon oft wahr gewesen, Sitzungen wie diese wären unfruchtbar für die Sachen, und mehrten im Volke nur die Unruhe, während die Nationalversammlung nicht in der Lage sei, diesem Uebel vorbeugen zu können. Die nächste Sitzung wurde auf den 11. anberaumt. Die Linke interpellirte noch einmal dringlich, ob dem Reichsministerium auf irgend einem offiziellen Wege Kenntniß von der Antwort des Königs zugegangen, die in der Ober-Post-Amts-Zeitung und anderen Blättern als telegraphische Depesche gegeben werde? Gagern gab zur Antwort, die telegraphische Depesche über die königliche Antwort sei ihm nur auf vertraulichem Wege durch den Preußischen Bevollmächtigten zugegangen. Schließlich nannte Venedey die Sitzung mit Recht eine trostlose und fügte eine Tirade hinzu: daß die, welche die Verfassung unterschrieben hätten, dafür einstehen würden wie Ein Mann.

Die Großdeutschen, die Oesterreicher insbesondere, fanden in dem was vorgekommen war eine Bestärkung, daß sie Recht gehabt, in ihrem Vorsatze auszuharren und nach Möglichkeit zum Bessern, mindestens zum Abwenden des Schlimmern zu wirken. Ihnen hatten es die Erbkaiserlichen zu verdanken, daß nicht schon in dieser Sitzung extreme Beschlüsse der Art, wie ihre Verbündeten sie betrieben, gefaßt wurden. Die Centralkorrespondenz mahnte die Abwesenden dringlich zur Rückkehr; es könnten sonst leicht sehr böse Beschlüsse gefaßt werden, die in der Sitzung am 4. nur mit Mühe abgewendet worden. Den Kaiserlichen fing es an vor ihrem Bunde mit der Linken, vor einem Konvent zu grauen. Die Korrespondenz glaubte anerkennen

zu müssen, daß ihre Partei zur Durchführung der Verfassung mit der Linken verpflichtet sei, gab dieser jedoch zu verstehen, daß sie die Alliirten und deren Festigkeit auf keine zu schwere Probe stellen dürfe. Die Allianz war schon jetzt erschüttert, doch wurde in den nächsten Tagen, da man einmal verwickelt war, den wirklichen Stand der Dinge auch jetzt noch nicht begriff und noch immer falsche Rechnungen machte, eifrig auf ihre Befestigung, auf eine noch innigere Vereinigung hingearbeitet.*)

Die Dinge standen freilich so, daß die Erbkaiserlichen, wenn sie bei den Beschlüssen vom 28. März nach deren Geist und Sinn stehen bleiben, dem Pakt nach strenger Auslegung desselben treu bleiben, die Konsequenzen von dem was sie gethan auf sich nehmen, sich nicht die ärgsten Blößen geben wollten, in Gemeinschaft mit den Radikalen die Nationalversammlung zum Konvente konstituiren, das Volk zur Gewalt aufrufen mußten; davon war bereits sattsam die Rede gewesen, allein wenn sie erkannten, daß durch das Geschehene gefehlt

*) Die C.-K. gab der Linken neben jener Anerkennung zu bedenken, daß die Durchführung der Verfassung nicht gelingen könne, wenn die Nationalversammlung durch ihre Beschlüsse und Schritte das Maß des praktisch und moralisch Möglichen überspringe; daß dringliche Anträge auf Konventsmaßregeln nicht geeignet wären, im Volke den Glauben zu stärken, daß in Frankfurt die Männer noch forttagten, die neben der Entschiedenheit des Entschlusses die Weisheit und die Mäßigung in der Wahl der Mittel nach wie vor zu bewahren verstünden. Einem Seitenhiebe auf die Großdeutschen wegen der bei ihnen wahrzunehmenden sehr natürlichen Zufriedenheit mit der Erwiderung des Königs fügt Haym (III, 26) das Geständniß hinzu, daß nur mit Mühe und nur mit ihrer Hülfe Beschlüsse abgewendet worden, die den Erbkaiserlichen sehr widerwärtig gewesen sein würden, denen nur das Anstandsgefühl der Gegner ein mäßiges Uebergewicht der Stimmen verschafft habe, während sie nur die Seele rettend die Versammlung verlassen hätten. Man findet bei ihm ferner: Durch den Ausgang in Berlin habe die Freundschaft der Rechten und Linken den ersten Stoß erlitten, schon jetzt habe das bindende Moment jener Freundschaft sich zu verflüchtigen gedroht, die unveränderlich entgegengesetzte Richtung der Verbündeten sich wie nach einem Naturgesetze verrathen, die Politik der Einen habe verschiedene Wege von denen der Andern gesucht; es habe dem Herzen Venedey's alle Ehre gemacht, daß ihn diese Entdeckung schmerzlich berührt; indeß sei man noch nicht so weit auseinander gewesen, daß nicht die Erinnerung an den seit dem 27. März gemeinsam betretenen Rechtsboden einen versöhnenden Wiederklang in der Versammlung gefunden hätte. Und dann — beide Parteien hatten doch einander nöthig. Die Rechte konnte nicht los, die Mehrzahl der Linken war klüger als Schlöffel.

worden und daß sie frevelhaft und unklug handeln würden, wenn sie den Weg der Rebellion beträten, war hierzu eine bindende Verpflichtung, eine Nothwendigkeit vorhanden? In jedem Falle war der eigentliche Entschluß doch nicht so leicht gefunden. Sie suchten ihm noch aus dem Wege zu gehen. Zunächst strengten sie sich an, ihren Muth dadurch wieder aufzurichten, daß sie der Antwort des Königs eine günstigere Deutung gaben. In der Korrespondenz der Großdeutschen wurde gesagt: Der König hat abgelehnt, eine Antwort wie ein deutscher Ehrenmann, würdig eines Deutschen Fürsten, gegeben; die Deputation hat ihren Auftrag erfüllt, nichts mehr zu thun als zurückzukehren.*) Die Korrespondenz der Erbkaiserlichen gab sich alle Mühe zu deduciren, daß die Antwort des Königs doch keine unbedingte, keine definitive sei. Unmittelbar darauf traf die Nachricht ein, daß die Deputation eine Erklärung dahin abgegeben habe, daß die Antwort des Königs als eine Ablehnung anzusehen sei und nur völlig mißverständlich so gedeutet werden könne, als sei mit ihr eine Annahme oder selbst nur eine Nichtablehnung vereinbar. Großdeutscher Seits fand man nun die Erklärung der Deputation der Sache angemessen, und derselben Meinung war die Linke, die damit sofort die Forderung einer Konventkonstituirung, eines Volksaufgebots, einer Beseitigung aller Regierungen verband. Allein die Kaiserlichen sagten, die Deputation habe ihre Vollmachten überschritten, sei fälschlich von der Voraussetzung ausgegangen, daß der König die Kaiserwürde ab-

*) „Seiner (des Königs) Person ward eine hohe Genugthuung im Anerbieten und er hat höher noch sich selbst gestellt durch sein Ablehnen! Als Beherrscher von Preußen faßt er wohl den Vortheil („das Anrecht") das dieser Ruf ihm giebt, aber, die Anbieter beschämend, antwortet er: „Ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten" u. s. w. — Was hat die Deputation jetzt noch in Berlin zu thun? Ihr Auftrag ist von ihr erfüllt. Sie aber „tritt in Berathung über das, was in Folge der Antwort ihr zu thun obliege." Heimkehren, denken wir, das ist sehr einfach! Die Nationalversammlung hat gestern die Artigkeit gehabt, sie nicht ausdrücklich zurück zu rufen. Auch war uns, als wir in die Paulskirche traten, die Antwort des Königs noch unbekannt und auf eine bloße Zeitungsmittheilung wäre ein Beschluß vielleicht voreilig gewesen, denn erst nachdem lange herum gestritten war, erfuhren wir am Schlusse der Sitzung von Herrn H. v. Gagern, daß die Antwort ihm vom Preußischen Bevollmächtigten vertraulich mitgetheilt sei; also doch zuverlässig! Wir fragen noch einmal, was hat die Deputation noch in Berlin zu schaffen?"

gelehnt habe, er habe nur nicht den Souverainetäts-Anspruch der Nationalversammlung in erwünschtem Maße anerkannt. Ihre Korrespondenz schrieb, es sei einzusehen, der König habe nicht anders gekonnt; man habe zu viel gehofft, die Schwierigkeiten zu gering angeschlagen; allein man werde jetzt zu besorgt, möge neue Hoffnung schöpfen — worauf sie den souveränen Ton wieder anschlug. Aehnlich äußerte und hielt sich die reichsministerielle Zeitung. Sie deducirte, der König habe noch gar nicht definitiv abgelehnt, doch nur die unbedingte Annahme der Verfassung könne die „Deutsche Einheit" retten und eine nochmalige Revision sei ganz unmöglich. Sie suchte dabei ihren eigentlichen Grund — den Pakt mit der Linken — hinter allerlei Vorwänden zu verstecken und dann auch, so viel sie von Annehmen müssen u. dgl. sprach, das „Volk" in das Treffen und die Nationalversammlung hinter die Schußlinie zu bringen.*)

---

*) Sie sagte: Nicht eben, weil es der Ehre der Nationalversammlung zu nahe, darein zu willigen, sei eine nachträgliche Aenderung der Verfassung durchaus unmöglich, worüber die Kabinette sich täuschen dürften, die die Versammlung minder genau kennten. „Wo das Zustandegekommene in Vielen so bitteren Grimm erregt, da lauert die mit vergifteter Kugel geladene Büchse auf den Augenblick, wo der Feind etwa noch einmal durch die hohle Gasse der zweischneidigen Abstimmungen wandern müßte. Um dieses sichere Verderben zu vermeiden, nicht um einem theoretischen Grundsatze Geltung zu verschaffen, müssen wir im Namen des Vaterlandes auf unserer Forderung bestehen. Und wenn die Regierungen, welche den Bundesstaat wollen, mit Recht darüber klagen, daß sie den Beschlüssen einer Versammlung sich fügen sollen, in welcher ein namhafter Theil der Stimmen diesen Bundesstaat nicht will, in welcher, wie noch nirgend in der Geschichte erhört, ein Volk dem andern die Verfassung votirt, so mögen sie bedenken, daß es kein anderes Mittel giebt, diese Versammlung los zu werden, als eben nur durch Annahme der von ihr beschlossenen Verfassung." Mathy legte die Erklärung des Königs so aus, als habe dieser nur Frist verlangt; er nannte die Deputation doktrinär und unbillig, daß sie Letztere nicht zugestanden. Im Leiter derselben Nummer wurde ausgeführt, die Deputation habe die königliche Antwort nicht richtig aufgefaßt, indem die Verfassung unbedingt angenommen und, wenn die Regierungen sich weigerten, von der Nation ausgeführt werden müsse. Folgenden Tags schrieb Mathy, er habe, anders als die Deputation, gar nicht mehr erwartet; allein man habe in Berlin A gesagt und müsse nun auch B sagen, damit das B nicht durch Zögerung in W verhauche; die Nationalversammlung aber könne, nachdem sie ihr mühsam zu Stande gebrachtes Werk verkündet, nicht weiter gehen, bevor sie die Aufnahme der Verfassung, die Hindernisse, welche ihr draußen in den Weg gelegt würden, in zuverlässiger Weise kennen gelernt. Inzwischen liege es

Am 6. traf Camphausen's Berufung nach Berlin ein, was den Ideen Gagern's und der Kaiserpartei abermals nichts Gutes bedeutete. Man hatte nun schon genauere Kunde über die königliche Antwort, die Cirkulardepesche desselben Datums. Abends wurde auch die Erklärung des Grafen Brandenburg in der Zweiten Kammer vom 4. bekannt. Die Erbkaiserlichen, die es dahin getrieben und auch jetzt mit Freuden zugegriffen haben würden, wenn sie freie Hand gehabt hätten, wollten nun nichts davon wissen, daß der König an die Spitze eines freiwillig sich bildenden Bundesstaats trete, eine provisorische Leitung übernehme. Ihre Verbündeten und ihre Gegner hatten ebensowenig Ohr dafür, Preußen, das, wie sie meinten und die kaiserlichen Organe mit äußerster Bitterkeit und Schonungslosigkeit sagten, auf die unerreichbare Kaiserkrone verzichte, jedoch die Gelegenheit zu benutzen trachte, sich durch einen Theil der kleineren Staaten zu vergrößern, behülflich zu sein. Die Mitglieder der Kaiserdeputation trafen einzeln wieder ein, die ersten Abends am 6. und Morgens am 7. Man kann keine trübseligere Jeremiade lesen, als die Beschreibung, welche Haym (III, 27) von der Rückkehr der „wie Triumphatoren" Ausgezogenen und „wie versprengte Flüchtlinge" wieder Eintreffenden macht. Sie brachten nur Enttäuschtheit und Verstimmung zurück, über das Volk wie über den König. Abends am 7. berichtete Einer von ihnen unsäglich trostlos im Weidenbusch, ein Anderer in einer aus verschiedenen Fraktionen gemischten Versammlung, die in der Mainlust veranstaltet war. Man erörterte hier die Frage, was nun zu thun sei. Die früheren Anhänger des Vereinbarungsprinzips unter den Erbkaiserlichen wären gern zu diesem zurückgekehrt und hätten den vom Könige vorgezeichneten Weg betreten mögen; allein sie wagten sich kaum damit hervor. Die Linke hätte nun gern troß Prinzip eine Abänderung, eine Abänderung der Verfassung zugegeben, nämlich im Punkte vom Oberhaupte. Ihre Sprecher sagten: durch die Ablehnung sind die Oberhauptsbestimmungen unausführbar geworden, im Uebrigen bleibt Alles wie es ist und nur die Spitze wird eine republikanische. Darauf konnten die Erbkaiserlichen nicht eingehen. M. Mohl rieth, an der Verfassung bis auf den einen unausführbar gewordenen Punkt festzuhalten und an die Stelle des Erbkaisers das

---

dem Volke ob, das zu thun, wozu sie außer Stande sei. Er stellte alle Hoffnung auf kräftige Kundgebungen des Volkswillens in den nächsten Tagen.

Direktorium zu setzen. Allein sie lehnten auch dies kurz ab; sie zogen es vor, trotz aller vor Augen tretenden Hindernisse und trotz dem Könige und erwählten Kaiser, am Kaiserthume und souveränen Standpunkte festzuhalten; die Direktorialpartei war ihnen verhaßter als die Linke, an diese waren sie gekettet; die Verhandlungen mit ihr über ein engeres Bündniß waren in vollem Zuge. Sie wußten freilich sehr wohl, welche Konsequenzen darin lagen, indem es, wenn auch für sie nur eine theoretisch-, doch für die Linke eine praktisch-revolutionäre Bedeutung hatte, wofür sie mit verantwortlich wurden. Es fehlte auch dieses Mal nicht, daß ihnen große Bedenken kamen, allein sie ließen sich auch dieses Mal durch ihre Unterhändler tiefer hineinziehen, als ihre Absicht ging. Die Unterhandlungen mit der Linken waren nach Haym's Bericht meist in die Hände Solcher gegeben, die der Linken am nächsten standen, weil man von der Ansicht ausging, sie würden am meisten von derselben erlangen, während sie in Wahrheit am wenigsten von ihr zu fordern pflegten. Sodann hofften die Vollmachtgebenden, die dies nicht sahen, „der König werde zu der früheren Auffassung der deutschen Frage zurückkehren", man werde „in Berlin noch einlenken", und machten in Wahrheit die unglaubliche Rechnung so: die Konsequenzen des Bündnisses werden nicht eintreten, der König wird noch annehmen, gedrängt durch „loyale Mittel" — Kammer- und andere populäre Demonstrationen — und geschreckt durch Bedrohung mit der Revolution und durch die, vermöge rühriger Agitation zu bewirkenden Anzeichen derselben, durch die vorhandene und zu verstärkende Bewegung im Volke, und insbesondere durch den Ernst welchen Frankfurt zeigt, indem wir in offenes Bündniß zur Durchführung der Verfassung mit den Radikalen uns einlassen — worauf dann der König, nachdem er aus Furcht Kaiser geworden, von den Frankfurter Paladinen berathen und unterstützt, das Kaiserthum heldenmüthig durchfocht u. s. w. (Anh. XX.) Ueber die Frage, was nun zu thun sei, konnte freilich ein gemeinsamer Beschluß noch nicht erzielt werden, doch beseelte, wie ein Berichterstatter der Deutschen Zeitung sagte, Alle der Gedanke, daß die Verfassung in allen ihren Theilen aufrecht erhalten werden müsse.

Sofort und bis zum 10., wo es zu dem gemeinsamen Beschlusse kommen sollte, ließen sich die erbkaiserlichen Organe im Sinne der Reden und Vorsätze des Abends in der Mainlust vernehmen, bestens sich bemühend, im Volke Bewegung, in Berlin Furcht zu erregen. Die Central-Korrespondenz fuhr heftig gegen das Preußische Ministerium

und den König aus; sie verkündete, in den Versammlungen ihrer Partei werde jetzt berathen, wie sich die Nationalversammlung zu verhalten habe, nachdem sie den Bericht der zurückgekehrten Kaiserdeputirten vernommen, in ihren sämmtlichen Genossen lebe kein anderer Gedanke, als der der Aufrechterhaltung der Verfassung als eines ungetheilten Ganzen; sie erklärte, „wie an ihrem Gotte" müsse die Nationalversammlung daran festhalten. Noch bitterer und schneidender war der Ton der Deutschen Zeitung und wurde es fortan mehr und mehr. Die ganze professorische Fraktion hatte sich stets mit vornehmster Geringschätzigkeit über die Begriffe des gemeinen Mannes von einer Verfassung geäußert. Im September hatte sich die Deutsche Zeitung heftig ereifert, daß die scheußliche Bildung der unteren Klassen zur blutigen Kritik über die Nationalversammlung aufgerufen sei, jetzt riefen die Professoren selbst den gemeinen Mann, jetzt rief ihr Organ diese Klassen zur Kritik über die Verfassung, über die ablehnenden Regierungen auf. Die Deutsche Zeitung überbot gleich der Centralkorrespondenz weit den aus dem großdeutschen Lager über Preußen ergehenden Tadel. Sie mahnte nach Frankfurt zum eigensinnigsten Beharren, drohete nach Berlin mit dem Alten der Tage, sprach in Andeutungen und direkter Rede von „Beseitigung des persönlichen Hindernisses". Den beiden andern gab das reichsministerielle Organ im Aufstacheln nichts nach; die Beflissensten darin waren eben die Badensischen Schriftsteller der Postzeitung im Verein mit denen der in Baden erscheinenden kaiserlichen Zeitung, wo sich sobald zeigen sollte, was sie anrichteten, wie falsch sie rechneten. Indeß war aus den Aeußerungen des reichsministeriellen Organs am deutlichsten zu entnehmen, wie die Centrenmänner der Nationalversammlung oder sich selbst bei ihrem Agitiren den Rücken zu decken beflissen waren, womit zugleich erreicht werden sollte, die Linke zu beschwichtigen und von ihrem Drängen auf weitergehende Beschlüsse zurückzuhalten. Am 10. legte die Postamtszeitung die Theorie für das Bestreben, der Revolution Bahn zu brechen ohne selbst Hand anzulegen und Gefährde zu leiden, den Satz: die Nationalversammlung muß ruhen, das Volk muß handeln! exponirend, in einem Leiter, überschrieben: „Entweder die Verfassung oder die Revolution" ausführlich dar. (Anh. XX.) Es hat nicht gefehlt, daß den so Gebahrenden unter dringendsten Bitten und Warnungen zehn- und hundertfach buchstäblich vorhergesagt wurde, wie das „Volk" das Alles verstehen, und daß sie dadurch, ohne für ihre Zwecke das Mindeste zu gewinnen, nur den

praktischen Unruhestiftern und dann der „Reaktion" in die Hände arbeitend, Andere zu unmächtigen Gewaltsamkeiten verleiten und dann im Stich lassen würden.

Von den Großdeutschen hatten nur Wenige jene Mainlustversammlung am 7. besucht und dann unter sich berathen. Ihre Meinung, und welche folgenden Tags in der Korrespondenz der Partei ausgesprochen wurde, ging dahin, daß die Erledigung der Verfassungssache weder den Regierungen allein noch den Erbkaiserlichen und der Linken hingegeben werden dürfe, was geschehen würde, wenn die Großdeutschen sich zurückzögen; diese hätten mitzuwirken, daß die Verfassung aufrecht erhalten werde, doch sei — wie es M. Mohl den Gegenparteien gesagt — das Erbkaiserthum aufzugeben und die Direktorialform nebst einigem Ergänzenden zu beschließen, die noch weiter erforderliche Revision dem ersten Reichstage vorzubehalten. Die Uebrigen schlossen sich dem nur bedingt und nur insofern an, als sie darin den letzten möglichen Versuch, um noch zu einem leidlichen Ausgange zu gelangen, erkannten und zugeben mußten, daß nicht daran zu denken sei, eine Mehrheit für das nach ihrer Ueberzeugung Richtigere und Bessere zu gewinnen. Wenn sie aber auch ihre Theilnahme nicht entziehen wollten, so hegten sie doch zu dem, was nun erzielt werden sollte, wenig oder gar kein Vertrauen; sie waren der Meinung, daß ihre Freunde sich zwiefach täuschten, indem sie die Annahme der von ihnen bezeichneten Abänderungen der Verfassung in der Nationalversammlung, und wenn dieselbe erfolgt sein sollte, die Annahme der so, nur so geänderten Verfassung Seitens der Regierungen hofften; am wenigsten waren sie darin einverstanden, daß nun alle Parteien der Nationalversammlung — Falls diese jene Abänderungen beschlösse, die Regierungen aber dennoch die Annahme weigerten — für die Aufrechthaltung der so verdorbenen, so zu Stande gebrachten Verfassung einzustehen haben sollten, was ihnen sowol der Konsequenz und dem Rechte als der Lage der Dinge völlig entgegen zu sein schiene. (Anh. XX.)

Inzwischen war die Linke sehr rührig nach ihren Tendenzen. Eine beträchtliche Anzahl ihrer Mitglieder hatte am 5. im Verein mit Abgeordneten des Centralausschusses der Märzvereine und radikalen Kammermitgliedern aus verschiedenen Ländern in Heidelberg getagt und beschlossen, es solle in den Kammern der Einzelstaaten auf unbedingte und unveränderte Annahme und Durchführung der Verfassung sammt dem Wahlgesetze hingewirkt werden. Vom 8. und 11. April

sind zwei sehr wirksam gewordene Ausschreiben des Centralmärzvereins datirt. Die Linke hielt mit dem scharfen Blicke des Verdachts die Erbkaiserlichen im Auge, die der „Erhebung", welche sie erwartete und präparirte, Relief geben sollten, und suchte sie enger an sich zu ketten. Am 10. kam es zu einer sehr zahlreich besuchten, für ein weiteres Verbündniß der Alliirten entscheidenden Versammlung in der Mainlust.

Die Einladung dazu war von der Linken ausgegangen und an alle Parteien der Nationalversammlung gerichtet. Am zahlreichsten waren die Radikalen und Kaiserlichen vertreten. Raveaux führte den Vorsitz; er bezeichnete als Zweck der Versammlung, sich über den Beschluß zu einigen, der in der morgenden Sitzung in Folge des Berichts der Deputation zu fassen sein werde; er forderte zu Aeußerungen und Vorschlägen mit dem Beisatze auf, daß es erwünscht sei, jetzt schon durch bindende Abstimmung zu erfahren, auf welche Mehrheit besonders in der Frage über strenges Festhalten an der endgültig beschlossenen Verfassung zu zählen sei. Ahrens und M. Mohl beantragten, nachdem sich die Erbkaiserwürde als undurchbringbar erwiesen, zum Direktorium überzugehen und den desfallsigen Vorschlag der großdeutschen Partei dahin zu erweitern, daß Preußen, so lange Oesterreich dem Bundesstaate nicht beitreten wolle oder könne, die Reichsstatthalterschaft allein führe. Allein der Gedanke der Direktorialen „war für die Erbkaiserlichen schon todt". Haym berichtet, desto aufmerksamer sei L. Simon angehört. Dieser erklärte sich dahin, daß es jetzt gelte, die ganze Verfassung so wie sie sei durchzuführen.*) Es war deutlich, daß nur die Ausgangspunkte der Ansichten der koalirten Parteien zusammenfielen, daß „ihnen nur die erste Formel gemeinsam war, daß die Linke dieselbe anders verstand und von ihr aus zu andern Folgerungen kam." Dennoch glaubten die

---

*) Er gab Auskunft über die Vorgänge und Stimmung im demokratischen Lager. Er erklärte die Verfassung ihrem ganzen Inhalte nach für unantastbar; diesen Standpunkt nehme jetzt auch seine Partei ein; in diesem Sinne habe auch die neuliche Versammlung zu Heidelberg ihren ganzen Einfluß im Volke aufzuwenden beschlossen; die Ablehnung der Wahl Seitens des Königs von Preußen ändere daran nichts; es gelte jetzt, die Verfassung so wie sie sei durchzuführen, und da der König abgelehnt habe, neue Wege zu versuchen; eine Umwandelung der Stimmung in Preußen hoffe er nicht; er würde zu einer Aufforderung an alle Deutsche Fürsten, ihren Beitritt zu erklären, rathen, aus den beigetretenen sei dann noch einmal das Oberhaupt zu wählen.

Erbkaiserlichen gezwungen zu sein, daran anzuknüpfen. In diesem Sinne erläuterte Biedermann als Mitglied der Kaiserdeputation deren Erklärung.*) Zell „sprach die Meinung der Centren aus". Er stellte den Antrag: „Die Nationalversammlung soll beschließen: 1) An der endgültig beschlossenen Verfassung und dem Wahlgesetz werde sie unter allen Umständen unwiderruflich festhalten; 2) Es werde in den Abtheilungen ein Ausschuß von 30 Mitgliedern erwählt, welcher den Bericht der Deputation zu prüfen und die desfalls zu fassenden Beschlüsse zu begutachten, zugleich aber auch die Mittel zu berathen habe, welche zur Durchführung des Beschlusses ad 1) zu ergreifen seien." Aeußerst naiv sprach Wurm, indem er den Antrag unterstützte.**) Cynischer äußerte sich Vogt über die Aufgabe: die beiden Hauptparteien zum Zwecke der eventuell auch gewaltsam zu bewirkenden Durchführung der Verfassung „zusammenzuschweißen".***) Vom Festhalten an

*) Sie habe sagen wollen, daß eine bedingte Annahme unthunlich sei, daß es dem Könige nicht zustehe, die Krone anzunehmen, die Verfassung nicht; die Nationalversammlung könne nun das Anerbieten jener für erloschen erklären oder dasselbe mit der Forderung der unbedingten Annahme wiederholen; sei das die Meinung der Erbkaiserlichen, so stellten sie sich durchaus auf den Boden der Linken, hielten mit ihr fest an der Verfassung, forderten deren Anerkennung, wendeten sich mit der Aufforderung nun zuerst an den König.

**) Wenn der König von Preußen abgelehnt habe, so habe damit Preußen noch nicht abgelehnt; die Antwort des Königs sei nur eine persönliche, aber darum sei die Kaiserwahl keine persönliche gewesen; sie habe nicht dem Könige von Preußen seiner schönen Augen wegen, sondern wegen der sechzehn Millionen Preußen gegolten, die nun das Ihrige zu thun hätten; gerade das werde eine Hauptaufgabe des niederzusetzenden Ausschusses sein, die verschiedenen Eventualitäten — eine erforderlich werdende Neuwahl u. dgl. — ins Auge zu fassen, wie trotz der Ablehnung des Königs dennoch Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen sei u. s. f.

***) Er sprach „mit seiner listigsten Miene". Der Zell'sche Antrag sei ein blos formeller; der Hauptpunkt fehle; die Nationalversammlung müsse sich auf die Eventualitäten rüsten, dem Ausschuß außer der Prüfung des Berichts die Befugniß ertheilt werden, die Maßregeln vorzuberathen, welche zur Durchführung des unter 1) erklärten Beschlusses nöthig erschienen; es gelte jetzt, die beiden Hauptparteien, die Ordnungs- oder Stabilitätspartei (Centren) und die Bewegungs- oder Fortschrittspartei (Linke) zusammenzuschweißen, um mit vereinigter Kraft den Regierungen entgegenzutreten und dieselben von Oktroyirungsgelüsten fern zu halten; um dies zu können und die erforderliche Gegenseitigkeit zu begründen, müsse die Linke das Centrum unterstützen im Festhalten an dem nunmehrigen Stabilitätsgrundsatze, der neuen Verfassung — vorbehältlich natürlich eines Ankämpfens gegen einzelne

der Verfassung redend hatte sich Vogt ein „vorläufiges" entschlüpfen lassen, was zu einer Art Sturm, zu Erörterungen führte, welche sehr deutlich an das Licht stellten, was in der Sache liege und wie nur jede Partei die andere zu benutzen dachte. Bei seinen Schlußäußerungen über Beseitigung des persönlichen Hindernisses gab es betroffene Gesichter, doch erhielten sie großen Beifall von den Erbkaiserlichen. Stavenhagen schloß sich dem Zusatzantrage an. Raveaux bemerkte noch zu thatsächlicher Aufklärung, daß er und seine Genossen im Central-März-Verein an sämmtliche März-Vereine Deutschlands die geeigneten Aufforderungen zum Festhalten an der Verfassung erlassen, auch in Volksversammlungen bereits dahin gewirkt hätten. Was die Centrenmänner von Vogt zu hören bekommen, überbot um das Zehn- und Zwanzigfache das, was vor kaum vier Wochen der Letztere an demselben Orte geäußert und worin sie eine so arge Schmach für die Großdeutschen gefunden, die doch nachdrücklich entgegnet, Unwillen statt Beifall zu erkennen gegeben. Was hinter dem Allen steckte und wohin es führen mußte, konnte Niemandem verborgen sein. Allein die Erbkaiserlichen waren mit sehenden Augen blind, keiner von ihnen widersprach, sie ließen sich in ihrer Gereiztheit und von der klügeren Linken und Denjenigen übermeistern und am Seile führen, die die Unterhandlungen mit der letztern betrieben hatten. Es wurde über den Zell-Vogt'schen Antrag in dem Sinne abgestimmt, daß damit zwar kein bindender Vorausbeschluß, aber doch eine Ermittelung des Willens der Mehrheit der Anwesenden erreicht werden solle, die dann fast ausnahmlos ihre Zustimmung durch Handaufheben erklärte. Am Schluß der Versammlung wurde auch schon die Zahl der Mitglieder des zu wählenden Ausschusses bestimmt, der davon den Namen des Dreißigerausschusses erhielt. Jede der beiden paktirenden Parteien sollte in ihn funfzehn Mitglieder wählen. So kam es zu einem neuen Verbündniß der Erbkaiserlichen mit der

---

Punkte derselben im verfassungsmäßigen Wege auf künftigen Reichstagen —, wogegen das Centrum der Linken die Garantie zu bieten habe, erforderlichen Falls durch Thaten zur Durchführung der von der souveränen Nationalversammlung beschlossenen Verfassung den Regierungen die Spitze zu bieten; die Linke gebe die erforderliche Garantie den Erbkaiserlichen, indem sie erkläre, mit ihnen festhalten zu wollen an der Verfassung. Jene habe dagegen zu erklären, vorkommenden Falls mit der Linken handeln, an der Verfassung festhalten zu wollen durch kräftige Handlungen, wie weit dieselben auch gehen möchten; gegen die so geeinigten beiden Parteien würden die Regierungen keinen Widerstand leisten können, nichts

Linken: „zur Durchführung der Reichsverfassung" allenfalls auch auf dem Wege der Gewalt. Die Kaiserlichen gingen dabei über strenges Worthalten einen weiteren Schritt hinaus, wie verwickelt sie sein mochten ohne alle nur irgend rechtfertigende Nöthigung, entgegen den begründetsten Erwägungen, vor der Zeit und verschmähend was sich ihnen darbot, sei es Zeit zu gewinnen oder Wege zur Umkehr zu finden; sie zeigten, ohne bös zu sein, bösen wie schwachen Willen, sie beschlossen Gewalt und Aufruhr oder verpflichteten sich wenigstens dazu, ohne dazu entschlossen zu sein, ermangelnd der Rücksichtlosigkeit, der Energie, jenes Erstnöthigen, wenn der revolutionäre Weg zum Ziele führen sollte.*)

---

zu unternehmen wagen, eine Spaltung derselben jedoch sofort benutzen; die Anerkennung der Verfassung von den Fürsten zu erzwingen, sei Sache der Nationalversammlung, nicht des künftigen Kaisers, wie es Sache des Preußischen Volkes sei, die Persönlichkeit, welche die Erhebung Preußens an die Spitze Deutschlands hindere, zu beseitigen.

*) Das Alles geht zu allermeist aus den eigenen Berichten der Erbkaiserlichen hervor, namentlich aus Haym's Darstellung. „War das die Meinung der Linken, bemerkt Letzterer (III, 37) zu deren Aeußerungen, wie tief verwickelte die Kaiserlichen das Bündniß mit ihr in die Gefahr der Principien und Hintergedanken derselben! Es konnte keine plumpere und ordinärere Sophistik geben als die der Vogt'schen Rede. Die Bedenken eines Beschlusses, wie er aus der Kombination der Zell'schen Formel und des Vogt'schen Zusatzes erwachsen sollte, lagen auf der Hand. Durch die Hinzufügung des dem Ausschuß zu gebenden Auftrags, sich mit Maßregeln für weitere Eventualitäten zu beschäftigen, wurde die von den Kaiserlichen beabsichtigte Wirkung des Beschlusses wesentlich aufs Spiel gesetzt." Und dennoch! Sie hatten Bedenken, Sorgen, Angst u. s. f., beruhigten sich jedoch u. a. damit, daß der beabsichtigte Ausschuß doch noch bei weitem kein Vollziehungs- und Wohlfahrtsausschuß sei, daß die Aufnahme des Zusatzes noch keinen Schritt über die Grenzen ihres Princips hinausginge — denn die Maßregeln sollten ja nur eventuell vorberathen werden und die Meinung war, daß diese Eventualität gar nicht eintreten solle, und dann war der Begriff einer „Maßregel" der weitesten Auslegung fähig, und was ein Ausschuß vorschlug, konnte von der Versammlung noch immer verworfen werden, in welcher sich doch auch noch viele konservative Großdeutsche befanden. Freilich war der Beschluß keineswegs in genauer Uebereinstimmung mit ihrem Zwecke, und man mußte annehmen, daß die Preußische Regierung, wie sie nun einmal war, ihn zurückstoßen würde, allein „nur Wenige sahen seine Fehler ein, Einzelne fühlten sich wol gar ganz behaglich in dieser laxeren Politik, die ihnen den Geschmack der Opposition auf die Zunge brachte"; endlich die, die sich weder täuschten noch freuten, wußten, daß die Linke bereits sondirt sei und daß schon Privatunterhandlungen die

Der erste Eindruck bei den Großdeutschen war ein sehr trüber und schmerzlicher. Alle waren entrüstet über das Verhalten, den Beschluß ihrer Gegner, Viele bekümmert um die persönlichen, die noch vor Kurzem auch politischen Freunde unter denselben. Sie hegten anfänglich große Sorge wegen der Folgen des neuen Bündnisses, das ihnen jedoch bald mehr wie eine lächerliche, freilich sehr unerlaubte Komödie als wie eine ernste Gefahr erschien.*)

Grenzen ihrer Nachgiebigkeit ermittelt und festgestellt hatten. Das war denn freilich ein starker, für sich allein schon entscheidender Beweggrund, wenn Geirrthaben und Ablassen außer Frage war.

*) Ihre Korrespondenz äußerte sich andern Tags mehr spöttisch über die Beckerath, die erbkaiserlichen Professoren, die fortan Barrikaden statt des „Domes der Deutschen Einheit" bauen und ihr kaiserloses Erbkaiserthum hinter denselben gegen ihren Kaiser unter dem Blasen der revolutionären Trompeterstückchen verfechten würden, in welchen die Postamtszeitung seit einigen Tagen unausgesetzt sich übe. Noch am 10. begleitete sie ihren Bericht mit sehr ernsten Bemerkungen. „Unsere versöhnlichen Worte waren vergebens, unsere Mahnungen zur Besonnenheit erfolglos: die Erbkaiserthümler beharren in ihrem Wahne. Der König von Preußen hat die Kaiserkrone nicht angenommen, folgerecht müßte jetzt entweder von der Mehrheit zu einer neuen Wahl geschritten, oder die Bestimmung in Betreff des Oberhauptes abgeändert werden. Nun denken aber in der Paulskirche nur Wenige an die Erwählung des Kaisers von Oesterreich oder eines anderen Fürsten zum Erbkaiser: es bleibt also nur das Zweite übrig. Aber die Mehrheit raisonnirt anders. Sie sagt ungefähr so: wir müssen die widerstrebenden Regierungen zur Unterwerfung unter den Erbkaiser und hierdurch Friedrich Wilhelm IV. zur Annahme zwingen. Ihr Weg wird also der der Revolution. Einstimmig haben zwar die 33 nach Berlin geschickten Häupter in des Königs Antwort eine Ablehnung gefunden und dies vor aller Welt ausgesprochen. Jetzt bemüht man sich jedoch, ihr eine Wendung zu geben, als enthalte sie eine bedingte Annahme, als werde erst in 14 Tagen eine definitive Erklärung erfolgen. Inmittelst aber will man mit den Gefahren einer Revolution schrecken, allein überall in Nord- und Mitteldeutschland äußert das Volk gerade umgekehrt seine Mißstimmung über die Erbkaiserlichkeit, wie viele Berichte aus Rheinpreußen, Westphalen, Baden, Würtemberg u. s. w. uns mittheilen. Man droht mit einem Abfalle Rheinpreußens: und gerade in Rheinpreußen herrscht lebhafter Unwille über die letzten Parlamentsbeschlüsse. — — Das Volk will keine neue Revolution und die Führer dieser Verbündeten werden sich nur ruiniren und mit sich die Nationalversammlung. Die Linke wird von der Rechten gemißbraucht, um ihr das Erbkaiserthum durchzusetzen, worauf der nächste Reichstag die Verfassung nach den Absichten der Rechten ändern soll, und die Rechte giebt zu Umwälzungsmaßregeln ihren Beistand. Die Rechte schreit in ihren Organen Wehe über die Kabinette und die Fürsten von Gottes

Gnaden, während es doch die Stämme sind, deren Recht von ihren Regierungen vertreten wird. Entweder Annahme dieser Verfassung — oder Revolution: so lesen wir in der Oberpostamtszeitung, die von der Spannung der Gemüther, von der Gewitterschwüle u. s. w. viel fabelt, um Aengstlichen Angst zu machen. „Auf! ruft diese Partei, das Vaterland ist in Gefahr!" — ja es ist in Gefahr, aber diese Gefahr rührt hauptsächlich von der dogmatischen Verranntheit der Männer in der Paulskirche her."

Die Nationalversammlung am 11. April. — Der Bericht der Kaiserdeputation. — Der Beschluß über Maßregeln zur Durchführung der Reichsverfassung. — Der Dreißigerausschuß.

Zu der Sitzung am 11. April hatten sich, wie zu einem Spektakelstück, zahlreiche Zuhörer auch aus der Ferne eingefunden. Sie verlief jedoch weniger stürmisch, als man es nach der Mainlustscene des Abends zuvor von einer Sitzung erwartet, in welcher es galt, einen ersten Stein zum Konvent zu legen. Sie streifte im Gegentheile in mehreren Momenten sehr nahe an das Burleske, war indeß für den Beobachter reich an Ergebnissen. Gleich im Anfange hatte Gagern eine Interpellation zu erdulden, welche von Archer an ihn wegen des Pakts mit den beiden Simon gerichtet wurde. Er beantwortete sie anscheinend sehr unbefangen, doch drückte die Oeffentlichkeit, welche der Sache in dieser Weise gegeben wurde, sichtlich seine ganze Partei.*)

*) Er gestand das Faktum ein, wollte jedoch gleich den übrigen Mitgliedern des Reichsministeriums die den beiden Simon eingehändigte Erklärung nur als Abgeordneter und nach eingegebener und angenommener Entlassung unterschrieben haben; er habe dies gethan, nicht weil alle Bestimmungen der Verfassung seiner politischen Ueberzeugung zusagten, sondern weil er der Ansicht gewesen, daß in der damaligen Lage des Verfassungswerkes Opfer ihrer Ueberzeugung von Allen gebracht werden müßten, wenn etwas von dieser Nationalversammlung geschaffen werden sollte, und er habe das zum Theil mittelst der ausgestellten Erklärung Erreichte für überwiegend wichtig gehalten; heute wie damals sei er von derselben Ueberzeugung durchdrungen, daß an der Verfassung, wie sie als Reichsgesetz verkündigt worden, nichts Wesentliches geändert werden dürfe, als nur auf dem Wege, den die Verfassung selbst zeige.

Simson erstattete sodann den Kaiserdeputationsbericht, worauf die Anträge der Parteien und Fraktionen an die Reihe kamen. Es war vorherzusehen, daß der der Neuverbündeten den Sieg davon tragen werde. Er war unterschrieben von Kierulff, Vogt, Lette, Raveaux, Reh, Langerfeld, Franke, Levysohn und anderen Radikalen und Erbkaiserlichen; er forderte eine feierliche Erklärung, daß die Nationalversammlung an der Verfassung und am Wahlgesetz unwandelbar festhalte, und die Wahl eines Ausschusses von dreißig Mitgliedern zur schleunigen Berichterstattung und zur Vorberathung der Maßregeln, welche zur Durchführung jener Erklärung nöthig erschienen.*) Die Dringlichkeit des großdeutschen Antrags so wie

*) Der großdeutsche Parteiantrag wurde von Heckscher, Hermann und etwa zwanzig Andern eingebracht. Er war seit dem 7. April von Heckscher, Wuttke, Egger, Mühlfeld durchgesprochen; sie entwickelten in ihm diejenige Form der Reichsregierung, welche sie unter den gegebenen Umständen für möglich und ausführbar hielten, erneuerten die „vorläufigen Verbesserungsanträge", hatten nur größere Bestimmtheit in die Fassung mehrerer Sätze gebracht; sie wollten die Besetzung der Reichsstatthalterschaft der Vereinbarung zwischen Oesterreich und Preußen vorbehalten wissen. Detmold, Beisler, Somaruga, Gombart u. A. beantragten, daß sich die Nationalversammlung auf vier Wochen vertage, indem sie nur zur Vereinbarung einer Verfassung berufen sei, der König von Preußen erklärt habe, den Weg der Vereinbarung betreten zu wollen, der Nationalversammlung nichts zu thun bleibe, als die Entschlüsse der Regierungen über die projektirte Verfassung abzuwarten. Der Antrag wurde mit Gelächter aufgenommen. L. Simon wollte eine Erklärung des Einverständnisses mit der Deputation, Annahme des ersten Satzes des Zell'schen Antrags u. s. w. M. Mohl, Ahrens, Römer, Uhland beantragten, die Oberhauptsfrage für eine offene zu erklären und neue Vorschläge dafür zu machen, die Verfassung aufrecht zu erhalten und wegen der Mittel einen Ausschuß zu bestellen. Noch andere Anträge gingen dahin, daß — da die Revolution mit ihren Principien und Konsequenzen vom Könige von Preußen auf die offenbarste Weise in Frage gestellt worden, da seine Erklärung, Reden, Depeschen eine offene Kriegserklärung des Rechtes von Gottes Gnaden gegen die Souveränität der Deutschen Nation enthielten u. s. w. — die Nationalversammlung einen Präsidenten zur Ausübung der Reichsgewalt wähle und an das Volk appellire, sofort eine zweite souveräne Nationalversammlung berufe und bis zum Zusammentreten derselben allein und ausschließlich die Centralgewalt übernehme, dem Deutschen Volke zur Pflicht mache, für den Schutz der Nationalversammlung auch gegen sogenannte gesetzliche Streitkräfte sich zu erheben, die Verfassung zurückziehe, aber sofort mit dem Amendement wieder beschließe, daß fortan ein verantwortlicher Vollziehungsausschuß das Regiment übernehme u. dgl. Wulffen brachte einen zweiten Vertagungs-

der übrigen von dieser Seite und von der extremen Linken eingereichten Anträge wurde abgelehnt, dem Antrage von Kierulff wurde sie unter tobendem Gallerienlärm zugestanden. Wurm führte sein Thema von der Mainlust nur etwas verhüllter weiter aus. L. Simon warf die Frage auf: Wozu ein Bericht über einen Bericht? und fügte hinzu, es sei offenbar, man hege im Centrum Temporisirungsideen; Maßregeln vorzuberathen müsse die einzige Bestimmung des Ausschusses sein. Er gab überaus deutlich zu erkennen, daß die Linke fürchtete, die Erbkaiserlichen dächten sie nur dazu zu gebrauchen, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, daß die „Rechte“ später nicht mehr dürfte wissen wollen, was die „Linke“ gethan. Er las den neuen Verbündeten den Text, daß sie früherhin die Linke schonungslos getadelt und auf deren nun eingetroffene Vorhersagungen nicht hören wollen, hielt ihnen nachdrücklich die Verpflichtungen vor, welche sie übernommen, und ermahnte sie, nicht davon zu laufen, wenn es zur That gehe; die Linke sei jedoch jetzt entschlossen, mit ihnen vorzugehen, es heiße nun aber auch Stand halten, es gebe keinen Unterschied zwischen ihnen mehr als den von Muthigen und Feigen. Der Antrag der Alliirten mit den Verbesserungen, welche L. Simon vorgeschlagen, erhielt die Mehrheit nicht. Ahrens wollte dem „an der Verfassung festzuhalten“ des Kierulff-Vogt'schen Antrags zugesetzt wissen: mit Ausnahme der Oberhauptsfrage, welche als offen betrachtet werde und worüber ein Ausschuß Vorschläge zu machen habe. Der Antrag mit diesem Zusatze wurde von 328 gegen 106 abgelehnt und sodann der Antrag Kierulff-Vogt von den vereinigten 276 Stimmen des Weidenbusches und der Linken gegen die 159 der Großdeutschen und von allen Parteien sich Fernhaltenden, deren Zahl durch Austritte schon angefangen hatte sehr zusammenzuschmelzen, angenommen. Einige Erbkaiserliche hatten sich der Abstimmung enthalten oder gar mit Nein gestimmt. Der eingeschlagene Weg mochte ihnen doch zu bedenklich erschienen sein. In der That waren die Brücken nun abgebrochen, eine konventartige Gestaltung der Nationalversammlung war beschlossen, die Erbkaiserlichen wollten ihren Kaiser pressen. Dennoch war der Beschluß nur Halbheit und konnte nicht leicht zu etwas Anderem als zu gefährlichen Verkehrtheiten führen.

---

antrag. Arndts forderte besonders in Erwägung der auf die Errichtung eines Sonderbundes zielenden Schritte der Preußischen Regierung, die Wahl eines neuen Ausschusses, der den gegenwärtigen Stand des Verfassungswerks in Erwägung zu ziehen habe.

Es handelte sich weiter um die in den Abtheilungen vorzunehmende Wahl des Dreißigerausschusses. Die Wahlen in den Abtheilungen pflegten unmittelbar nach den Sitzungen vorgenommen zu werden. Es wurde ein Aufschub bis zum anderen Morgen beliebt, damit sich die verschiedenen Fraktionen noch besser verständigen könnten, welche und wie viele Mitglieder sie in den Ausschuß schicken sollten. Daß die Verbündeten sich darüber vereinbaren sollten, war in ihrem Kartell begründet. Die Weidenbuschpartei hatte schon vor der Sitzung Unterhändler zur Verhandlung mit der Linken bestellt, aber dabei falsch gerechnet. Sie hatte geglaubt, daß auch bei dieser Wahl in den Ausschuß, weil sie in der Nationalversammlung das numerische Uebergewicht hatte, und weil sich doch in ihrem Lager Namen befanden, mit denen in früheren Zeiten ein Mitglied des Kasinos oder Augsburger Hofs den Begriff eines Radikalen verbunden — die Linke dieses Verhältniß werde gelten lassen. Die Beschlüsse waren gefaßt, als die Unterhändler das Resultat mittheilten. Es wurde mit Schrecken vernommen. Auf je ein Mitglied der Weidenbuschpartei sollte eins der Linken kommen. Die Namen waren schon bestimmt. In jeder der funfzehn Abtheilungen sollten die Parteien sich gegenseitig zu Hülfe kommen, um das seltsam zusammenstimmende Kandidatenpaar gegen die großdeutschen Anstrengungen durchzubringen. Noch nie hatte Einer aus den Centren den Namen eines Vogt oder Fröbel auf einen Wahlzettel geschrieben. Allein man mußte der Vereinbarung nachkommen, das von den Unterhändlern gegebene Wort einlösen. (Haym III, 39.) Die Wahl fand dem gegebenen Worte gemäß am Vormittage des 12. statt. In vierzehn Abtheilungen brachten die Koalirten ihre verabredeten Kandidaten durch, in jeder ein Mitglied der Linken und eins vom Weidenbusch, nur daß in einer Abtheilung zwei aus dem letzteren gewählt wurden, jedoch „aus dessen am weitesten links gelegenen Winkel“. (Haym.) Gewählt wurden: Waitz, Wydenbrugk, Plathner, Wurm, Böckler, Droysen, Welcker, Breusing, Stahl, Langerfeld, Wernher von Nierstein, Duncker, Fischer von Jena, Kierulff, Engel, Eckert, Vogt, Fehrenbach, Eisenstuck, Spatz, Umbscheiden, Hagen, Fröbel, Tafel von Stuttgart, Tafel von Zweibrücken, Raveaux, Venedey, L. Simon. Die Linke hatte offenbar den Sieg davon getragen, hatte selbst das numerische Verhältniß für sich. Kierulff, Wydenbrugk und Andere gehörten dem Weidenbusch, hatten aber wenigstens dem rechten Centrum nicht

angehört und fast immer mit der Linken gestimmt, während ein gleiches Verhältniß auf der anderen Seite nicht stattfand. Außerdem hatte die Linke verhältnißmäßig mehr Sommitäten in den Ausschuß gebracht, die Entschiedenheit und Energie so wie das Bewußtsein eines bestimmten Ziels war auf ihrer Seite, so wie auch die mehrere Unterstützung von draußen. Nur in einer einzigen Abtheilung waren zwei Großdeutsche gewählt, Detmold und Reichensperger. Es ließen sich leicht Fälle denken, wo sie den Ausschlag gaben. Die Kaiserlichen hatten ihnen als ihren Kandidaten Sachs aus Mannheim, den exaltirten Republikaner, entgegengestellt, ebenso vergeblich kleine Künste geübt, indem sie das Wahlrecht Derer zu bestreiten gesucht, die die Verfassung nicht unterschrieben. Noch denselben Tag konstituirte sich der Ausschuß.*) Auf Grund einer Vereinbarung, bei welcher der Kompromiß noch eingehalten wurde und wobei die Kaiserlichen dennoch abermals zu kurz kamen, erfolgte die Wahl von Wydenbrugk und Raveaux zu Präsidenten. Zu Schriftführern wurden Spatz und Langerfeld gewählt. Als unerwartet eine Subkommission in Vorschlag gebracht und genehmigt wurde, trat sofort der Dissens hervor. Die Linken suchten Vogt, Simon und Eisenstuck durchzusetzen. Die konservativen Revolutionsspekulanten wurden von ihren Zwillingsbrüdern geschlagen. Sie mußten sich Eisenstuck und Simon gefallen lassen und setzten nur statt Vogt Kierulff durch. Es war sogleich offenbar, die Republikaner hofften und trachteten, die Monarchisten nachziehend, den Ausschuß zum Wohlfahrtsausschuß zu machen und waren siegsbewußt. Die vom Centrum schämten sich tiefinnerlich solcher Verbrüderung mit Alliirten, die aus ihrer Mitte öffentlich als „Buben" bezeichnet waren und die sie nach wie vor tief unter sich hielten, gegen die sie Abneigung, ja Ekel empfanden; die von der Linken waren voll von altem Groll wegen der Mißachtung, die sie erfahren und wovon sie die Stolzen noch immer erfüllt wußten, welche sie ihrerseits als höher Gebildete haßten und als Feige und Maulschwätzer verachteten. Die Männer der Doktrin sahen sich in der größten Verlegenheit, wie sie es anfangen wollten, mit den wenigstens vermeinten Männern der That ein Resultat zu erzielen und trotz des fehlenden Kaisers die fixe Idee des kleindeutschen Erbkaisers zu verwirklichen.

*) Als Detmold und Reichensperger zu den schon versammelten Uebrigen eintraten, rief Vogt lachend: „Da wäre ja die Gesellschaft zusammen; 14 Schwarzweiße, 14 Rothe und 2 Violette" (Ultramontane), — Detmold figurirte zu dieser Zeit als solcher besonders in kaiserlichen Blättern.

Ihre verwundbarste Seite war ihre Verbrüderung mit der Revolution, dasselbe, was sie stets ihren Verbündeten, später den Großdeutschen vorgeworfen hatten. Die Bangigkeit der Monarchisten vor den Tendenzen der Linken steigerte sich nicht wenig, als jene Blöße so offenbar wurde und als sie erkannten, daß sie die Besiegten und Schwächeren waren. Indem ihr Bündniß mit den Republikanern zur völligsten Harmonie, zur unbedingtesten gegenseitigen Anerkennung gediehen zu sein schien, war es schon an dem Punkte unvermeidlicher Auflösung angelangt, was sie sogleich zu fühlen anfingen. Die Zusammensetzung des Ausschusses, der Gedanke an den Eindruck, den dieselbe bei allen nur irgend Konservativen, bei den Regierungen hervorbringen mußte, erweckte in ihnen die ernstlichsten Besorgnisse. Sie waren im Schlepptau und mußten erwarten, daß die Republikaner ihr Uebergewicht rücksichtslos benutzen würden, sie erhielten davon Augenblicks noch eine Probe. Jene stellten ihre Bereitwilligkeit zur Wiederwahl Simson's zum Präsidenten als eine Koncession dar, die durch die Wahl von zwei der entschiedensten Linken zu Vicepräsidenten erwiedert werden müsse. *)

So bange den Kaiserlichen aber werden mochte, die Bedenklichkeiten traten für jetzt noch bei ihnen zurück; die Exaltation überwog, sie geriethen vorerst in einen wahren Revolutionsleidenschaftsrausch. Ihre Organe ließen es sich sehr angelegen sein, die Motive, die Weisheit, die Nothwendigkeit des Beschlossenen zu deduciren, und setzten daneben ihr Aufstacheln, Poltern und Drohen zum Bedauern ihrer Freunde auf der großdeutschen Seite und unter wenig verhehltem Indiefaustlachen der Linken fort. So hieß es im lithographirten Moniteur der Partei: diese habe nach der Ablehnung des Königs zwei Wege gehabt; sie hätte ihr Princip fallen lassen, zu den Direktorialen übergehen und die alte konservative Majorität wiederherstellen können, habe aber statt dessen am Kaiser trotz des Kaisers festgehalten (den Kaiser zu gewinnen, indem sie ihm widersprochen, vergl. Anh. XX), denn die

*) Nichts hätte stärker zumal gegen die Erbkaiserlichen und ihren politischen Verstand und Charakter zeugen können, als die Bildung und demnächst das ganze Verhalten des Ausschusses, weshalb denn auch in den Organen der letztern sehr wenig darüber berichtet wurde und ihre Darsteller, Haym, Laube, Biedermann u. s. w. wie mit Katzenpfoten darüber hinschleichen. Ihre schmerzlichen und wohlverdienten Demüthigungen und ihre Verrichtungen im Ausschuß waren freilich nicht danach angethan, zum Heraussagen der Wahrheit darüber einzuladen.

Ablehnung sei noch keine definitive, die Ihrigen hätten nicht selbstmörderisch verfahren und einen Paragraphen nach dem andern aufgeben dürfen; der Kern der Linken höre auf, die Revolution zu sein, werde eine parlamentarische Partei, regierungsfähig (die Frankfurter Linke regierungsfähig erklärt durch die verfassungmachenden Erbkaiserlichen — gleich ihnen oder vermöge der Verbindung mit ihnen?) und berechtigt wie jede andere; das Volk werde sich um die Nationalversammlung wie diese um die Verfassung als Fahne sammeln und in diesem Zeichen werde es gelingen, denn es müsse gelingen; dabei sei freilich die Gefahr, daß die Regierungen hartnäckig Abänderungen forderten, allein sie wären zu erinnern, daß die Nationalversammlung, die man neun Monate habe gewähren lassen, am Schlusse ihres Werkes nicht im Stande sei, ohne sich moralisch zu vernichten, wegen der Bedenken der Regierungen auf eine Revision einzugehen und von der Verständigung auf die Vereinbarung sich zurückwerfen zu lassen; bei der Stellung der Parteien in der Nationalversammlung würde auch eine dritte Lesung kein anderes Resultat geben (d. h. wenn die Erbkaiserlichen in der ihrigen verharrten und es abwiesen, mit den Direktorialen die alte konservative Mehrheit wiederherzustellen); man erwartete daher von den Regierungen eine großartige und versöhnende Politik; eine gedeihliche Entwickelung in Deutschland sei nur denkbar, wenn die (verkehrt angelegte und im Abschluß völlig verdorbene) Verfassung allseits angenommen werde, die man in einzelnen Bestimmungen freilich mit Recht tadele, was jedoch jetzt unpraktisch sei, wenn kein anderer Weg zur Gewinnung der Majorität der Nationalversammlung angegeben werden könne (von den Erbkaiserlichen eingeschlagen werden wollte oder des Pakts halber konnte); die Ablehnung der Verfassung gefährde die Dynastien (?) am meisten; die Partei der Nationalversammlung, die jene aufrecht erhalten wolle, werde mit ihr stehen und fallen, erkenne in ihr den Rechtsboden und werde ihn gegen alle Feinde vertheidigen und den durch eine etwa von den Regierungen aufgestellte Verfassung herbeigeführten Zustand als einen Zustand der Gewalt und des Unrechts bezeichnen.*)

*) Gleich der C.-K. plaidirte die O.-P.-A.-Ztg. vollkommen billigend für die von den Erbkaiserlichen eingenommene Stellung und gegen Vereinbarung. Man könne mit so vielen Regierungen nicht vereinbaren, was die Nationalversammlung gewiß gern thun würde, wenn sie es nur mit einer einzigen zu thun (wenn man nur freie Hand) hätte; die Regierungen möchten ihre

Außer den Kaiserlichen selbst sah Jeder, daß sie eine Bewegung hervorzubringen sich bemüheten, die, sobald sie in Gang kam, über ihre Urheber und deren Ziel hinausgehen und in die Hände der

---

Gefahren bedenken; im März 1848 sei die Revolution vor den Thronen stehen geblieben, da habe sich die öffentliche Meinung von den Republikanern abgewendet, weil deren Führer durch die Wahl ihrer Mittel das Vertrauen des gebildeten und ehrlichen Theils der Nation sofort hätten verlieren müssen, wenn aber Männer wie Gagern, Dahlmann, Beckerath, Beseler, Mathy, Bassermann an die Spitze einer neuen Bewegung träten, dann werde diese von einem ganz anderen Vertrauen getragen und unwiderstehlich werden; solchen Männern gegenüber werde auf die Bajonette „unserer Söhne und Brüder" kein Verlaß sein; jetzt würden die Throne der widerstrebenden Fürsten auf schwachen Füßen stehen und das Deutsche Volk in diesen Tagen lernen, welche Namen auf der Liste seiner 33 Fürsten es roth und welche es schwarz anzustreichen habe, was nicht zur Drohung, sondern aus Voraussicht gesagt werde; jeder einzelne Volksstamm habe nun dafür zu sorgen, daß seine Regierung ihn nicht auf der Seite der Gegner der Deutschen Einheit einreihe; es sei nun an den Vereinen, eine entscheidende Thätigkeit zu entwickeln, wie es in Baden bereits rühmlich geschehen, ein Land müsse darin dem andern folgen; damit der friedliche Volkssieg aber errungen werde, „ist vor Allem nöthig, daß die Nationalversammlung dem Volke Zeit gebe und lasse, den Beschluß vom 11. April zu würdigen und nach seinem Anstoße zu wirken. Erst in dem Widerhall *dieser* Wirkung wird die Nationalversammlung ihre *wahre* Stärke finden. Wir wiederholen daher, was wir vor wenigen Tagen ausgesprochen: *Die Nation hat jetzt zu handeln, die Nationalversammlung aber zu ruhen.*" In den nächsten Tagen wurde das Thema der Halbrevolutionärs und Gernemöchte-Revolutionsmänner noch mehrfach wiederholt. Die Kölnische Zeitung sagte: die Aufforderung sei entweder nicht ernstlich gemeint und bedacht oder ein feiges Verbrechen; eine Revolution sei kein Spiel; das Volk solle die Kastanien aus dem Feuer holen, während die Aufhetzer hinterm Ofen säßen oder höchstens in der Paulskirche deklamirten. Die reichsministeriellen Artikelschreiber benutzten jeden Anlaß zur eigenen Bestärkung in der Irre wie zum Irreführen. Als Gagern in Berlin das Ehrenbürgerrecht erhalten, schrieben sie: das Aufgehen Preußens in Deutschland sei immer tiefer ins Volk gedrungen u. dgl.; bei Wessenberg's Anwesenheit in Frankfurt: außer der Reichsverfassung sei nun einmal gar nichts möglich und sie werde eingeführt werden — auch Wessenberg werde dazu rathen. Komisch genug erklärte Bassermann, während Mathy mit Zuversichtlichkeit von Annahme der *ganzen* Verfassung sprach, guten Rath für theuer und fand allein bei Gagern Trost. Die D. Z. sagte: Die Nationalversammlung habe sich im Kierulff-Vogt'schen Antrage wiedergefunden und so kehre auch das Vertrauen zu ihr zurück; die österreichisch-bairisch-ultramontane Partei sei deshalb auch äußerst niedergeschlagen und sehe nun ein, daß das Spiel, das sie (*sie!*) mit der Linken getrieben, ihr bittere,

verbündeten Radikalen gerathen werde. Diese rechneten auch mit Bestimmtheit darauf, indem sie ihrerseits eben so irrig glaubten, die Herren und Meister zu bleiben — die Radikalen der Nationalversammlung, die Gemäßigtern und Klügeren unter ihnen, die bisher die Leiter gewesen waren und auch die Leitung noch hatten. Allein schon jetzt war zu ersehen, daß diese sehr bald ihnen und wiederum bald auch den Heftigern und Heftigsten der Paulskirche verloren gehen werde. Schon drohte eine förmliche Spaltung der Linken, ein Theil ihrer Angehörigen ging über die festgestellte Linie hinaus, die Vorsichtigern vermochten es nicht zu hindern. Die Fraktion vom Donnersberg war im Begriff, sich als republikanischer Klub zu konstituiren; 28 Mitglieder der äußersten Linken (Wiesner, Titus, Schlöffel, Trützschler, Brentano u. s. w.) unterzeichneten eine Erklärung, welche nach einigen Tagen im Frankfurter Journal veröffentlicht wurde, dahin lautend, daß sie zwar die Verfassung als gültig anerkennten und ihre Mitwirkung zu deren Durchführung nicht versagen wollten, jedoch die Oberhauptsfrage nun wieder als eine offene ansähen und bei deren Erledigung zunächst nur im Sinne ihrer stets befolgten demokratisch-republikanischen Principien verfahren würden. Demgemäß stellte die äußerste Linke ihr Programm fest.*)

---

dem gesammten Deutschen Volke gesunde Früchte getragen habe u. dgl. Das professorische Organ war ganz sicher, wie die neue Revolution zu machen sei, und erwartete die größesten Dinge vom Dreißigerausschuß. Er werde der Natur seiner Zusammensetzung nach ein Machtwort sprechen und den Regierungen Unterwerfung vorschreiben, die Ständekammern anrufen und das Volk in Bewegung zu setzen suchen u. dgl. Noch ganz anders lauteten die mündlichen Aeußerungen, roth, blutroth und noch immer röther — zur großen Belustigung der Linken, die ohnehin schon in den letzten Tagen ihren Spott darüber gehabt, daß nach der Rückkehr der Kaiserdeputation hinter dem Rücken Sr. Majestät des „allergnädigsten Königs und Herrn" von „hochgebildeten" und „besten Männern" schlimmere Reden fielen, als „rohe" Demokraten sie sich jemals gestattet und daß die „Weisesten" nichts versäumten, ihnen, den Republikanern zu gut, „den halbgebrochenen König ganz zu brechen, bevor er die Kaiserkrone annähme."

*) Darunter stand auch Berger's Name, der aber dawider protestirte, so wie der Central-Märzverein den Vorwurf hören mußte, daß er diejenigen an ihn gelangten Adressen, worin die Oberhauptsfrage für einstweilen erledigt erklärt und auf eine Revision dieses Abschnitts der Verfassung gedrungen werde, unterschlagen habe.

Volksversammlung in der Katharinenkirche am 12. April. — Eisenstuck Vicepräsident am 13. — Oesterreichische Depesche vom 5. April. (Abberufung der Oesterreichischen Abgeordneten, Austritt eines Theiles am 16., anfangende Selbstauflösung der Nationalversammlung.) — Oesterreichische Note vom 8. über die Preußischen Erklärungen. — Die Nationalversammlung und die Kaiserpartei vom 16. bis 19. April.

Noch am Tage der Wahl des Dreißiger-Ausschusses wurde mit großem Geräusch eine Volksversammlung veranstaltet, die in der überfüllten Katharinenkirche stattfand. Nach dem Bericht des in Heidelberg erscheinenden Organs der Erbkaiserlichen war sie von „Männern der verschiedensten politischen Richtungen" berufen, doch waren unzweifelhaft Republikaner vom reinsten Wasser die Anstifter, während Jene sich hineinziehen ließen und sich hergaben. Freilich beruhte die Veranstaltung der Versammlung auf einer Verschmelzung verschiedener politischer Richtungen, auch ihrerseits auf einer Koalition — zweier Frankfurter Klubs, die sich bisher auf Tod und Leben bekämpft und beschimpft hatten, des Bürgervereins und Montagskränzchens. Als Veranstalter wurden wenig geachtete Leute, zum Theil von sehr dubiösem Charakter, genannt. Die Verhandlungen waren sehr arg, ärger die Theilnahme, wozu die Kaiserlichen, wenn auch meist nur als stumme Personen, sich herbeiließen, und die schmachvoll-pomphaften Berichte ihrer Organe, der deutschen und reichsministeriellen Zeitung. Präsident war ein bekannter exaltirter Frankfurter Demokrat, Hadermann. Das erste Wort hatten Frankfurter. Hadermann: es könne jetzt nicht mehr die Rede sein, ob die Verfassung gut oder schlecht, es gelte nur sie zu vertheidigen. Reinganum: die Nationalversammlung habe Regierungshandlungen geübt, wozu sie keine Fürstenzustimmung

eingeholt, Armeen aufgeboten u. s. w.; wer nun leugnen wolle, daß ihr die verfassunggebende Gewalt zustehe? Die D. Z. sprach von Schwächen und Auswüchsen des „glänzenden“ Vortrags, posaunte aber dennoch. Der Redner schlug eine Adresse hochtönendster Art an die Nationalversammlung vor. Mappes lockte ein donnerndes Hoch auf die deutsche Verfassung hervor. Die Reichsministerielle reproducirte die schamlosen Aeußerungen eines Dr. Löwenthal mit Notirung des stürmischen Beifalls, welchen dieselben, verbunden mit Aufstehen von den Sitzen hervorgerufen. Die Deutsche Zeitung schrieb: Löwenthal habe mit seinen trivialen und lärmenden Deklamationen den ersten Mißton in die Verhandlungen gebracht und mit einem Plagiat von der Pfingstweide geschlossen, indem er gefordert, daß mit den gekrönten Rebellen Fraktur gesprochen würde; dann aber hätten sich Aller Häupter entblößt, als L. Simon das Wort genommen und mit Freude gebe man die Worte eines „Ehrenmannes“ wieder. Simon unter zahllosen Unterbrechungen jubelnder Zustimmung: er habe von Anfang bis zu Ende für die Republik gekämpft, wer aber jetzt nicht seine besonderen Ansichten und Wünsche zum Opfer bringe, sei ein Verräther am Vaterlande; die Linke, dem rechtsgültigen Beschlusse der Nationalversammlung sich unterwerfend, acceptire das erbliche Kaiserthum so vollständig wie Grundrechte und Wahlgesetz; erst wenn von einer anderen Seite die Verfassung in Frage gestellt werde, beginne der Kampf von Neuem und über das Oberhaupt entscheide dann die siegende Partei; die Linke sei kaiserlich um der Verfassung willen, die stets wieder auf demselben Wege durch das souveräne Volk abgeändert werden könne; er sei wegen seiner Rede auf der Pfingstweide in Untersuchung genommen, während ihm jetzt trotz des Gesetzes, das alle Volksversammlungen inner- und außerhalb Frankfurts verbiete, mitten in der Stadt und unbeirrt durch das Ministerium Gagern-Bassermann aufzutreten verstattet sei; die Worte seien nun zur That geworden und diese solle sprechen; überall möchten Volksversammlungen wie diese veranstaltet, alle Parteien dazu geladen, namentlich die Soldaten abgehalten werden, gemeinschaftliche Sache mit den gekrönten Rebellen zu machen; noch sei kein Fürst so hoch gefürstet u. s. f. Nach ihm Mittermaier „mit einer Heftigkeit, die einen starken Kontrast bildete zu der gehaltenen Kraft des jugendlichen Simon — der greise Mittermaier das Wort führend gegen die Fürsten, von welchen er gleichwohl dankbar Titel und Orden angenommen.“ Ein Ausschuß hatte Erklärungen formulirt, die durch Handaufheben und ohne Ein-

sprache angenommen wurden.*) Die D. Z. sagte am Schlusse ihres Berichts: „Durch die ganze Verhandlung zog sich ein hoher Ernst. Die Versammlung schien sich bewußt zu sein und mehrere Redner sprachen es mahnend aus, daß eine Zeit kommen könne und bald kommen könne, wo es gelte, die Worte wahr zu machen, welche heute hier erklungen, wo es gelte, der kühnen Rede die kühnere That folgen zu lassen. „Mögen dann — sprach Ludwig Simon — nicht diejenigen gegen das Volk stehen, die gekleidet sind mit dem Tuch des Volkes, genährt mit seinem Brote und bezahlt mit seinem Gelde!" Und der Vorsitzende schloß die Versammlung mit den Worten:

„Will das Wort nicht länger frommen,
Mag es zu dem Schwerte kommen!"

Es zeugte von der in der Linken schon weit klaffenden Spaltung, daß selbst demokratische Organe großen Unwillen äußerten, wie z. B. die Neue Rheinische Zeitung insbesondere ein sehr herbes Urtheil über L. Simon fällte. Die großdeutsche Korrespondenz rügte nachdrücklich das Aufhetzen, Wühlen und Drohen der Erbkaiserlichen, namentlich in ihrer Presse, und betonte insbesondere, daß es für den Zweck unfraglich nutzlos sei und nur zu dem Ausgange führen werde, daß die zahmen Revolutionärs die Leitung gänzlich an die Linke würden abgeben müssen, wie denn die Versammlung in der Katharinenkirche deutlich gezeigt habe, daß sie schon jetzt von den Republikanern nachgeschleift würden.**)

*) „Die Versammlung erkennt die von dem Parlamente am 28. März l. J. beschlossene und verkündigte Verfassung als endgültiges, oberstes und unverbrüchliches Grundgesetz des deutschen Reiches an; sie erklärt, daß sie unter allen Umständen fest und entschieden dahin wirken werde, daß kein Einzelwille weder eines Fürsten noch eines Volksstammes diese Verfassung antaste oder abändere, ihr hinzusetze oder von ihr hinwegnehme; sie ist der Ansicht, daß eine etwa erforderliche Ergänzung der Verfassung für den Fall, wenn die Würde eines Oberhauptes erledigt wäre, nur von der verfassunggebenden Versammlung selbst, jede künftige Aenderung aber nur durch die in der Verfassung bezeichneten Reichsgewalten und in der von ihr festgestellten Weise vorgenommen werden könne; sie spricht die Erwartung aus, daß die Reichsversammlung unerschütterlich festhalten werde an der von ihr beschlossenen Verfassung; sie hofft, daß die Behörden des Freistaats Frankfurt nach Kräften dahin wirken werden, dieselbe ins Leben zu führen; sie lebt endlich der festen Zuversicht, daß das ganze deutsche Volk, alle Parteirücksichten bei Seite setzend, sich um seine Vertreter schaaren und für die Verfassung einstehen werde."

**) In einem Frankfurter Briefe der N. Rh. Ztg. hieß es: „Sie haben in

Die Erbkaiserlichen hofften theils noch immer eine günstigere Wendung in Berlin, theils Erfolg von einem neuen Projekt oder Stratagem, das eben seit dem 12. betrieben wurde (S. unten); die

---

Ihrem Blatte bereits von dem glücklichen Aufgehen Ludwig Simon's in die „Reichssimonie" Akt genommen. Wer die ganze frühere Haltung des „Trierer Republikaners" verfolgt hat, konnte ein solch tragisches Ende nicht ganz unerwartet finden. Ludwig Simon war nie etwas anderes, als ein Phantast. Seine sämmtlichen Reden in der Paulskirche sind ein Zeugniß dieser Unklarheit und Phantasterei, welche ihn höchstens zum bewußtlosen Nachzügler der Demokratie machte, der von seiner „Sache" nur in Phrasen und Deklamationen zu reden wußte. Dieselbe politische Unmündigkeit und Phrasendufelei, welche ihn zum Werkzeug der Frankfurter äußersten Linken machte, konnte ihn bei praktischen Fragen früher oder später auch einer anderen Partei in die Arme führen. In der That ist Ludwig Simon in der Kaiser- und Verfassungssache zum Dupe des rohen, abgeschmackten Bierpolterers Vogt geworden, der ihn trefflich zu exploitiren weiß. In der Katharinenkircher Volksversammlung sagte Hr. Simon unter dem blühendsten deklamatorischen Schwulst u. A.: „Ich sehe hier zu meinem großen Vergnügen verschiedene Parteien versammelt, ich sehe Männer, die zu gewissen Zeiten meine Worte in der Paulskirche wohl auch nicht gern vernommen haben. Ich gehöre nämlich der Partei an, welche in der Paulskirche während des ganzen Jahres die Republik vertheidigt hat. Aber (!) ich würde denjenigen, welcher in diesem Augenblicke durch Sonderbestrebungen (!) Einzelne von der großen Strömung ableitet, für einen Verräther am Vaterlande halten." Für Hrn. Simon sind es also „Sonderbestrebungen", wenn man „in diesem Augenblick" vor dem großartigen Werke der Dahlmann-Welcker'schen Verfassungsammen, noch länger an die „während eines ganzen Jahres von Hrn. Simon vertheidigte Republik" denken sollte" u. s. f. Die Großh. K. schrieb: „Die Blätter der erbkaiserlichen Partei fahren mit ihrem Drohgeschrei fort. Eine entsetzliche Revolution, sollte man meinen, sei im Anzuge, wenn das Erbkaiserthum nicht durchgeht. Sie möchten uns Angst einjagen, und vergessen in ihrem Eifer ganz, daß Uebertreibungen lächerlich machen. Wenn die Führer der Erbkaiserlichen, radotirt die Oberpostamtszeitung, an die Spitze einer neuen Bewegung treten, so wird diese von einem ganz andern Vertrauen getragen, als die frühere, unwiderstehlich sein. Aber sie nennt Namen, die in der Nation längst einen guten Theil ihres Klanges eingebüßt haben. Die Massen werden diesen Bannerträgern nicht folgen, und die nach Ruhe schreienden Philister, welche nach einem Erbkaiser die Hände flehend emporstrecken, sich wohl fern halten von Gewaltthätigkeiten. Verlangen sie doch nur nach dem Erbkaiser um der Ruhe willen, die sie von ihm erhoffen. Wie sollten sie es sein, die Unruhe anzetteln? Wenn es jedoch den Treibereien der Erbkaiserlichen gelingen sollte, mit Benutzung aller Mittel Störungen herbeizuführen, und namentlich durch Vorschieben sogenannter Volksmänner die Massen in Schwung zu bringen, so wird die von ihnen hervorgerufene Bewegung weder von ihnen geleitet werden können,

Wirkungen ihres Drohens und Aufstachelns sollten erwartet werden, ihnen bangte vor den Vorschritten, zu welchen die Linke drängte, sie richteten deshalb ihr Bestreben dahin, Zeit zu gewinnen, die Sachen hinzuziehen, heftige Anträge und Beschlüsse im Ausschuß und in der Nationalversammlung zu verhindern. Die letztere hielt Sitzung am 13, um sich mit Gesetzgebung über die Spielbanken zu beschäftigen. Man konnte wahrnehmen, daß auch durch Wandel in ihren Bestandtheilen ihre Physiognomie rasch eine andere wurde. So befand sich unter den am 13. eintretenden Mitgliedern der steckbrieflich verfolgte Altenburger Demagog Erbe. Die Linke ließ es an dringlichen Anträgen nicht fehlen.

Löwe forderte, die Versammlung solle in Beziehung auf ihren Beschluß, daß sie sich nicht auflöse, erklären, daß die Abberufung der Deputirten Seitens der Regierungen unzulässig sei; Levysohn, daß sie die Verfassung und das Wahlgesetz in 100,000 Exemplaren drucken lasse, zur Verbreitung durch die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt. Darauf folgte eine neue Präsidentenwahl. Zum ersten Vorsitzenden wurde Simson mit 295, zum zweiten Bauer von Bamberg mit 170, zum dritten Eisenstuck, der auch noch in dieser Sitzung präsidirte, mit 159

---

noch an den Haltpunkten stille stehen, welche ihre thörichte Vermessenheit ihnen vorzuschieben gedenkt. Ihre Hände werden dann die Zügel nicht haben, nicht behalten. Ein außerhalb ihrer Berechnung liegender Ausgang wird den Weg derer strafen, welche rufen und wiederholen: „die Nation hat jetzt zu handeln.“ Schon ist es für den Eingeweihten ergötzlich zu sehen, wie die Linke (wenigstens der größere Theil der Linken) von der Rechten nachgeschleift wird. Die Rechte benutzt jetzt die Linke, um Schrecken einzujagen und es giebt unverkennbar Leute, welche sich freuen für die Wühlereien ein Feld zu haben, ohne daß sie merken, wie sie gegen sich selbst wüthen. Ein erbauliches Vorspiel war die Volksversammlung in der Katharinenkirche, wo von der Kanzel herunter gedonnert wurde, wie ehemals auf der Pfingstweide. Die Preußen unter der Linken waren es zuerst, welche (bis auf eine geringe Zahl fester Charaktere) mit unsern Gegnern gemeinsame Sache machten. Für die Uebrigen diente zum Köder die Phrase: man dürfe in Nichts an der Verfassung rütteln lassen, weil sonst auch die Freiheitsrechte, die sie enthält, verloren gehen würden. Diese Sophistik verlockte sie, nachdem der König von Preußen abgelehnt hatte, noch das Erbkaiserthum in der Verfassung zu lassen und den Erbkaiserlichen die Hand zu reichen. Die Linke hilft schwächen und brechen, was dem Erbkaiserthum im Wege steht. Der Märzverein hat seinen tausend Untervereinen die Losung gegeben zur Freude der Erbkaiserlichen.“

von 316 gewählt. Seine Wahl wurde nur mit Mühe durchgesetzt, weil ein Theil der Kaiserlichen sich nicht überwinden konnte ihm die Stimmen zu geben. Sie wendeten sich nach seiner „unmoderirten“ Anrede „mit Unwillen und nicht ohne Scham“ von dem Auftritt ab. (Haym III, 41.) Die Centralkorrespondenz und die Deutsche Zeitung äußerten sich jedoch ohne sonderlich Scheu oder Scham blicken zu lassen.*)

Die Großdeutschen hatten am Abend des 11. beschlossen zu abwarten und den in Vorschlag gebrachten Austritt noch zu verschieben. Der „Vollziehungsausschuß“ machte ihnen Sorge, obschon sie dafür hielten, daß er sich zuletzt nur lächerlich machen und nicht erreichen werde, was er beabsichtige.**) Am 13. erhielt man durch

---

*) Sie kündigten mit großen Worten an, wie Centrum und Linke auf gemeinsamem Rechtsboden stehend, auch an diesem Tage verbunden gewesen, begrüßten darin, daß zum ersten Male ein Mitglied der Linken zur Leitung des Hauses berufen sei, wodurch alle früheren Parteiunterschiede verwischt worden, einen neuen Beweis für die ehrenwerthe Gesinnung der Mehrheit des Hauses, die keine Spaltung mehr kenne, wo es gelte festzuhalten am Verfassungswerke, welches, wie Eisenstuck sich ausgedrückt habe, das souveräne Deutsche Volk sich gegeben. In der D. Z. wurde den Großdeutschen fälschlich Ingrimm, Konsternation u. dgl., ganz richtig aber nachgesagt, sie hätten (auch) aus diesem Vorgange den Untergang der Nationalversammlung prophezeit. Wegen Eisenstuck's Wahl könnte das principielle Bedenken entstehen, daß auf den Präsidentenstuhl ein Mitglied des Deutschen Hofs erhoben worden, der in jüngster Zeit in excentrischer Tendenz den Donnersberg überflügeln zu wollen scheine, allein dieser habe sich von der gesammten Linken getrennt und letztere mit der erbkaiserlichen oder vielmehr Deutschen Partei sich vereinigt, um die Verfassung in allen Theilen, also auch in der Oberhauptsfrage aufrecht zu erhalten, es könne also im Hinblick auf das Verfassungswerk von einer Linken keine Rede mehr sein und sei es nicht mehr als gerecht gewesen, den von der früheren Linken vorgeschlagenen Kandidaten nicht vom Präsidium auszuschließen.

**) Die Frankf. Ztg. berichtete am 12.: „Gestern Abend waren im Schröder'schen Gasthof die Großdeutschen beisammen, um sich über ihr künftiges Verhalten zu verständigen; es kam die Frage zur Verhandlung, ob es an der Zeit wäre, aus der Paulskirche zu scheiden. Anerkannt wurde, daß im Wesentlichen die Aufgabe der Nationalversammlung vollendet sei, und daß es nun den Regierungen obliege, sich auf die Verfassung mit Bestimmtheit zu erklären; Oesterreich werde dies, wie mitgetheilt wurde, in den nächsten Tagen thun, so lange aber müsse unter allen Umständen ein Jeder auf seinem Posten bleiben, damit es nicht das Ansehen gewinne, als gedenke man den Gegnern das Feld zu räumen; ohnehin lasse sich voraussehen, daß in kürzester Frist die Parteistellung in der Paulskirche oder außerhalb

die Postzeitung über Berlin die erste Kunde einer für die Großdeutschen, insbesondere die Oesterreichischen Abgeordneten sehr wichtigen vom 5. datirten Depesche des Fürsten Schwarzenberg an den Bevollmächtigten in Frankfurt. Es wurde darin der Reichsverweser, unter Billigung der Beweggründe, welche ihn bestimmt seine Würde niederzulegen, aufgefordert, sein Amt so lange noch fortzuführen, bis für die Uebernahme der Leitung der Centralgewalt angemessen gesorgt sein werde; Schmerling erhielt die Benachrichtigung, daß seine erbetene Entlassung vom Kaiser genehmigt und Graf Rechberg zu seinem Nachfolger bestimmt sei; den Oesterreichischen Abgeordneten wurde angekündigt, daß sie ihre Sendung in Folge des Schlusses der Berathungen über das Verfassungswerk als beendigt zu betrachten und sofort in ihre Heimath zurückzukehren hätten, da ihre fernere Theilnahme an einer Versammlung, die durch den von ihr am 28. März gefaßten Beschluß den Boden des Rechtes und Gesetzes verlassen, durchaus nicht mehr stattfinden könne. Zur Motivirung wurde ausgeführt, der Erzherzog habe das in ihn gesetzte Vertrauen gerechtfertigt, seine Aufgabe gelöst, die Nationalversammlung dagegen der ihrigen entgegengehandelt, den von ihr gehegten Erwartungen nicht entsprochen, insbesondere durch ihre Beschlüsse vom 27. und 28. März weit gefehlt und sich auf einen Boden gestellt, auf welchen ihr zu folgen die Regierungen sich nicht veranlaßt finden könnten. Am Schluß folgte die Erklärung, Oesterreich könne und werde sich von der Deutschen Gemeinschaft nicht lossagen, noch sei der Bund nicht aufgelöst, noch beständen die Rechte und Verbindlichkeiten seiner Mitglieder; es lehne die Theilnahme an dem beabsichtigten Bundesstaate unter Vorbehalt seiner Rechte ab, werde fortfahren seinen Antheil an den Deutschen Geschicken unter veränderten Verhältnissen

---

derselben leicht eine ganz andere werden könnte, und es dann sehr mißlich sein dürfte, nicht mehr an Ort und Stelle zu sein. Die Baiern und andere Nichtösterreicher erklärten, wenn es dennoch zum Austreten kommen sollte, so müsse dies in Masse geschehen, und dann würde auch nicht Einer von ihnen mehr in der Paulskirche zurückbleiben; der Moment dazu sei aber noch nicht gekommen, da die von dem sogenannten Vollziehungsausschusse der Gegenpartei angedrohten revolutionären Maßregeln zur gewaltsamen Durchführung der Verfassung, wie sie jetzt vorliege, ein lächerliches Gerede sei, und in ganz Deutschland kein Hahn nach einem kleindeutschen Konvent krähen werde. Als die Frage des Austritts aus der Paulskirche zur Abstimmung gebracht wurde, erhoben sich aus der großen Zahl der Anwesenden nur fünf bis sechs Hände dafür.

zu bethätigen; der Kaiser sei entschlossen die Oesterreichische Staatsgewalt ebenso wenig, als er einem andern Deutschen Fürsten sich unterordnen werde, einer fremden gesetzgebenden Versammlung unterzuordnen.

Die Oesterreichischen Abgeordneten beriethen sofort mit den Großdeutschen. Schmerling erschien und verlas die ihm zugefertigte ministerielle Aufforderung zum Austritte mit bewegter Stimme und sichtbar ergriffen von der Bedeutung und den Folgen des Ausscheidens der Oesterreicher aus der Paulskirche. Entschieden für den sofortigen Austritt sprach nur Mühlfeld; doch schien derselbe auch Anderen durch die Umstände geboten. Dawider erklärten sich eifrigst Heckscher, Döllinger, Reichensperger, Berger, Somaruga, Gombart.*) Mehr und mehr neigte die Majorität dahin,

*) Es wurde u. A. hervorgehoben, „wie wenig selbst in Preußen, namentlich bei der Armee, man Lust habe, auf die Projekte der hiesigen Kleindeutschen einzugehen; wie nun die erste Kammer in Berlin mit großer Mehrheit sich für das Ministerium erklärt habe; wie wenig Aussicht vorhanden sei, daß Vincke in der zweiten mit seinen sonderbündlerischen Projekten durchdringen werde, und wie endlich Friedrich Wilhelm in innigster Seele kein Großpreuße, sondern ein Großdeutscher sei. Unter solchen Verhältnissen müsse das Erbkaiserthum trotz der submissesten Unterthänigkeitsadressen einiger Duodezregierungen in wenig Tagen sich im Sande verlieren; dann werde für die großdeutsche Partei der günstige Moment gekommen sein, ihre Ansichten geltend zu machen und zweifelsohne wol auch durchzusetzen, um so mehr, als es einem Theile der Kleindeutschen vor dem rothen Popanz, wie er in der Katharinenkirche ausgehängt worden sei, zu grauen anfange.“ Weiter wurde gesagt, daß die Verfassung, so wie sie beschlossen mit dem Erbkaiser an der Spitze, abgesehen von allen rechtlichen Gründen, thatsächlich nicht mehr bestehe, indem Derjenige, zu dessen Nutz und Frommen sie zugerichtet worden sei, nichts von ihr wissen wolle; es handle sich also jetzt vor Allem darum, in Bezug auf diesen Punkt die Verfassung umzuändern, sie dem Deutschen Volke und dessen Regierungen annehmbar zu machen; — thue man dies nicht, und beharre die Paulskirche eigensinnig auf der ganzen, unmodificirten Verfassung, so zwinge man die Regierungen der größeren Staaten selbst gegen ihren Willen zur Oktroyirung zu schreiten, und dann möchte wol etwas ganz Anderes zu Tage kommen, als wenn man durch Eingehen auf das Mögliche von Seite der gesammten Linken solch extreme Schritte unnöthig mache, der Linken, von welcher sich jetzt allenfalls der Verstand erwarten lasse, den die Erbkaiserlichen eher zeigen sollten, aber freilich nicht hoffen ließen. Dies beruhete darauf, daß während der Verhandlungen Deputationen aus zwei Fraktionen der Linken erschienen waren, welche die Oesterreicher beschworen, daß sie bleiben möchten und die kräftigste Unterstützung ver=

die Anträge des Dreißigerausschusses zu abwarten, um danach die weiteren Schritte zu bemessen. Beschlossen wurde, an das Oesterreichische Ministerium, welches zur Zeit der Ausfertigung des Reskriptes unmöglich den dermaligen Stand der Dinge in Frankfurt voraussetzen können, eine Vorstellung zu richten, in welcher es ersucht werden möge, von der Aufforderung die Paulskirche zu verlassen, zur Zeit noch Umgang zu nehmen. Doch blieben nicht Wenige dabei, baldigst gehen zu wollen. Am 16. zeigten etwa dreißig, fast alle unter gemeinschaftlicher Erklärung, Mühlfeld an der Spitze, ihren Austritt an. Giskra eiferte vergeblich dawider. Am 19. gaben Mehrere in der Nationalversammlung eine Erklärung dahin ab, daß sie ein Recht ihrer Regierung, die Abgeordneten abzurufen, nicht anerkennen könnten noch dürften. Am 16. wurde auch die Depesche an Hrn. von Prokesch, datirt vom 8. bekannt, worin sich das Oesterreichische Kabinet ablehnend und protestirend über die Preußischen Erklärungen, und ähnlich wie in dem Reskripte vom 5. über die Nationalversammlung und seine Stellung aussprach.*)

Der Eindruck der neuen Kundgebungen der Oesterreichischen Regierung war bei den Großdeutschen freilich ein schmerzlicher; sie fanden indeß eine weit unbefangenere und gerechtere Beurtheilung

---

hießen, indem sie erklärten, daß die Linke Oesterreichs Verbleiben bei Deutschland eifrigst wolle und daß sie das Erbkaiserthum als beseitigt betrachte. Mit ähnlichen Vorstellungen traten Bairische, erschienen selbst konservative Preußische Abgeordnete, welche namentlich hervorhoben, wie übel es vom Deutschen Volke aufgenommen werden müßte, wenn die Oesterreicher, zu denen man in Leid und Freude treu und fest gestanden habe, jetzt ihre eigenen Bundesgenossen im Stiche lassen wollten.

*) Weder Recht noch fernere Thätigkeit könne die Oesterreichische Regierung der Nationalversammlung zugestehen, die für sie nicht mehr bestehe, weshalb sie weder auf Anordnungen hinsichtlich einer neu zu bildenden provisorischen Centralgewalt Einfluß üben, noch Antheil an Verhandlungen zum Behufe einer Vereinbarung über das von ihr für abgeschlossen erklärte Verfassungswerk eingehen könne; der Erzherzog sei dringend ersucht, sein Amt fortzuführen, bis auf gesetzlichem Wege für die Leitung der Deutschen Angelegenheiten Vorsorge getroffen sein werde; sollte er diesem Wunsche nicht zu entsprechen vermögen, so müsse doch die Oesterreichische Regierung gegen die Uebernahme und Ausübung dieser Gewalt durch eine der Deutschen Regierungen allein entschiedene Einsprache erheben und darauf bestehen, daß sie in einer Weise organisirt werde, welche sämmtlichen Regierungen eine gerechte Vertretung in derselben zu sichern im Stande wäre. Es folgten sodann noch weiter die bestimmtesten Verwahrungen gegen die beabsichtigten Schritte Preußens.

als die früheren, und die Ueberlegungen, zu welchen sie Anlaß gaben, vermochten zwar bei den Mehreren nicht den Eindruck zu überwinden, daß die neuere vielfach unerwünschte Politik des Oesterreichischen Kabinets gegenüber Deutschland, gegenüber insbesondere der Nationalversammlung alte Fehler, wodurch Oesterreich entfremdet und die unordentliche Bewegung mit verschuldet worden, repetirt und das Berechtigte und Kernige in den diesseitigen Ideen, Forderungen und Strebungen zu wenig gewürdigt habe; allein sie führten doch zu dem Ergebniß der Anerkennung, daß jene Politik weit mehr, theils gerechtfertigt, theils wenigstens natürlich und entschuldbar erscheine, als man sie bisher beurtheilt, und daß die letzten Erlasse nur die nothwendigen Konsequenzen eines konsequenten Systems enthielten. Sehr wesentlich wirkte dabei die Beobachtung, daß die Staatskraft Oesterreichs mehr und mehr sich bewährte, der jugendkräftige Aufschwung, die Bestimmtheit und Energie, die unerschütterliche Festigkeit, die Größe in Siegen und noch mehr in Mißgeschicken und Schwierigkeiten, welche sich da zeigten, mit. Die Erbkaiserlichen ereiferten sich abermals und schlugen höchste Töne gegen Oesterreich an, während sie von Preußen hofften und forderten, daß es sich endlich entschließe, Oesterreichs Noth der „Deutschen Sache" und sich selbst — was leiser gesagt wurde — zu Nutz zu machen und mit neuem Muthe und Glanze die Zeit der schlesischen Kriege erneuere; sie behaupteten, daß der Bund rechtlich nicht mehr existire, debutirten daneben mit der Theorie, welche nachmals famos werden sollte, daß der Bund noch bestehe, dessen Verfassung nicht mehr, und tröstete sich sowol der doch in Ungarn noch andauernden Bedrängnisse Oesterreichs als der ersten ihrem Appell antwortenden Anzeichen entstehender Volksbewegungen in den kleineren Staaten für die Reichsverfassung. *)

*) Am heftigsten führen sie gegen die in den Oesterreichischen Erlassen über die Nationalversammlung gefällten Urtheile, die Charakterisirung der letztern als eines politischen Klubs, welche man darin finden konnte, aus, während die Nationalversammlung dieselbe mehr und mehr wahr machte. In ihren Zorn mischte sich unverholene Freude, daß abermals eine Kluft zwischen Oesterreich und Deutschland gelegt sei, Freude über Oesterreichs Verlegenheiten in Ungarn. Besonders die D. Z. that sich darin hervor, Oesterreich ungünstige Nachrichten aus dem Lager der Aufständischen schadenfroh und beflissen zu verbreiten, allarmirende Erfindungen und sinistre Gerüchte herumzutragen, von Siegen der Ungarn, die vor Wien stehen, von Unruhen, die in Wien ausgebrochen sein sollten, um das Vertrauen zu Oesterreich niederzudrücken, um Unruhe zu erregen, fortan mehr und mehr die

Zunächst in Würtemberg hatten die Hetzereien der zahmen und wilden Revolutionärs angefangen ihre Früchte zu tragen. In der S i t z u n g a m 16. gelangte ein Schreiben der Würtembergischen

---

Künste übend, worin die revolutionäre Presse seit dem März des vorigen Jahres excellirt. Sie machte in zahlreichen Ergüssen ihrem Ingrimm über die „unerhörte Anmaßung" Oesterreichs und über die Oesterreichischen Deputirten Luft, welche trotz den neuesten Depeschen aus Olmütz noch immer blieben. Sie meinte: „Immer noch der alte Hochmuth, welcher gewohnt ist auf Deutschland mit Geringschätzung herabzublicken. Wenn die Ollmützer Kamarilla das Urtheil vernimmt, welches das Deutsche Volk über jene Antwort (auf die Preußischen Erklärungen) fällt, dann wird sie wissen, wie es um die Stimmung in Deutschland steht. Kein Deutscher Mund, der sich nicht mit Entrüstung über jene Antwort ausspricht." Indeß lautete der einigermaßen hinkende Nachsatz: „Alles kommt nun aber darauf an, ob sich Deutschland und Preußen durch die Oesterreichische Antwort einschüchtern lassen. Das Volk hofft es nicht, die Eingeweihteren besorgen und die ultramontane Partei wünscht es." Die C.-K. fand, daß es nach den letzten Aeußerungen des Oesterreichischen Kabinets nicht mehr gelte mit Oesterreich unterhandeln, sondern die Machtstellung annehmen, welche Deutschland darbiete; abermals hänge Alles ab — von einem großen Entschlusse Preußens, das annehmen m ü s s e, wozu nur die Nationalversammlung die Frist nicht abschneiden möge. Die reichsministerielle Zeitung stand, zum Theil in Bassermann-Mathy'schen Artikeln, auch jetzt in heftigem Poltern nicht zurück. Sie war es, die zuerst mit der Doktrin hervortrat, der Deutsche Bund und die Bundesverfassung hätten rechtlich zu sein aufgehört, und dann die rabulistische Theorie folgen ließ: Bund ohne Bundesverfassung. Sie erklärte, Oesterreich müsse unbedingt in den „Bundesstaat" eintreten oder sei von Deutschland g a n z ausgeschlossen; auch kein Schutz- und Trutzbündniß sei mit ihm zu schließen, was der sittlichen Ueberzeugung des bessern und einsichtigern Theils von Deutschland und den Deutschen Interessen widerstreiten würde, denn welche Ströme von Blut habe es in Italien und Ungarn vergossen, welche Verwickelungen ständen ihm noch bevor. Daneben höhnte oder heuchelte sie: Oesterreich hätte die Hülfe Deutschlands, das ja dieselbe schuldig gewesen, in Ungarn und Italien annehmen sollen. Sie triumphirte: als Gagern den kühnen Griff gethan, sein Programm aufgestellt, hätten die „Staatsmänner" ihn über die Schulter angeblickt, jetzt bewähre sich seine Voraussicht, seine Politik; durch die ganze Verfassung laufe ein Grundgedanke hindurch, der den Wünschen und Forderungen des größern Theils von Deutschland entspreche und sich daher unfehlbar Bahn brechen und zur Vollziehung und Anerkennung der Verfassung führen müsse; er bestehe in dem Siege der Demokratie über jede Art von Bevorzugung und finde seinen vollständigsten Ausdruck im Wahlgesetze; man sehe es schon an den Bewegungen in Würtemberg und anderwärts, daß Grundrechte und Wahlgesetz die Verfassung durchbringen würden; die Oesterreichische Note werde den Sieg der Demokratie nicht aufhalten sondern befördern.

Kammer wegen unbedingter Anerkennung der Verfassung zur Verlesung, und bald folgten gehäufte Nachrichten über die Volksversammlungen in Stuttgart und anderen Orten, den König zur unbedingten Anerkennung zu nöthigen und die ähnlichen Regungen nah und fern, die Anfänge der demonstrativen Volkserhebung nach dem Herzen der Erbkaiserlichen, jene Unordnungen, auf welche, indem sie von diesen mit innigstem Behagen begrüßt wurden, die Linke weitergehende Hoffnungen setzte.*) Die Nationalversammlung förderte den aufrührischen Sinn durch ihr Verhalten in jeder ihrer folgenden Sitzungen, und um so mehr, je mehr sie selbst und ihre Stärke abnahmen. Die Austrittserklärung der dreißig Oesterreicher am 16. war ein deutliches Zeichen beginnender Selbstauflösung. Die Frankfurter Zeitung fing schon an vom „Rumpfparlament" zu sprechen. Man berieth am 16. in der Hauptsache über einen Ausschußbericht, betreffend Bernburgische Mißstände, Beschwerden über den Reichskommissär von Ammon u. dgl. Entgegen dem gemäßigten Ausschußgutachten wurde von der Linken gefordert: zwei Reichskommissäre abzusenden, mit dem Auftrage zu untersuchen, ob die Beschwerden gegen Ammon begründet, ob für das Militär unumgängliche Nothwendigkeit vorgelegen von den Waffen Gebrauch zu machen, ob der Belagerungszustand in Bernburg gerechtfertigt sei u. s. f. Bassermann sprach ähnlich wie nach seiner Berliner Mission und es fehlte an Verhöh-

*) Die C.-K. sah „mit Schmerz" das Deutsche Volk wiederum auf den revolutionären Weg gewiesen und verband mit der Selbstbelügung oder Gleißnerei immer neue Anstachelungen und Revolutionsdrohungen, woneben auch Wirkungen derselben, z. B. Zuzüge nach Stuttgart aus Hanau zu melden waren. Die D. Z. kam auf die Antwort des Königs von Preußen zurück, die sie „keine königliche" nannte, nahm Gelegenheit ihr „Bedauern" auszusprechen, daß Deutsche Fürsten aufs Neue so muthwillig das fürstliche Ansehen schwächten, und verband damit Aufforderungen an die „Brüder" in Würtemberg, Baiern u. s. f. im Eifer nicht nachzulassen. Sie belobte das Militär in Ludwigsburg und wiederholte, wer die deutsche Einheit nicht wolle, müsse allerdings gezwungen werden, überall müsse es gehen wie in Würtemberg. Die O.-P.-A.-Ztg. suchte durch Rhetorik ihrer Art das Würtembergische Volk aufzuhetzen; sie wünschte sehnlichst, daß die Aufregung, die im Falle der Weigerung des Königs vorauszusehen gewesen, schnell zum guten Ende führen möge, weil sie sonst befürchten müsse, daß die Bösen, die Anarchisten, die Sache am schlimmen Ende anfassen und für ihre Zwecke ausbeuten würden. In der Frankf. Ztg. hieß es: Sollte den Preußisch-Kaiserlichen noch immer nicht bange werden vor ihrer Allianz mit den Rothen?

nung nicht. Indeß wurden sämmtliche Anträge der Linken abgeworfen, wobei, wie in allen Fällen dieser Art, die großdeutsche Hülfe das Beste thun mußte. Am Schluß nahm ungeduldige Bestürmung des Dreißigerausschusses um seinen Bericht ihren Anfang. L. Simon erwiederte auf die betreffende Interpellation: der Ausschuß hat am 14. eine Plenarsitzung gehalten und die Subkommission darin einen Bericht vorgelegt, worüber die Berathung an jenem Tage indeß noch nicht beendet ist; die 14 Mitglieder der Linken haben die Fortsetzung der Berathung am 15. gefordert, die 14 der Rechten für den 16. gestimmt und die beiden übrigen Stimmen sind gespalten gewesen, so daß die Berathung am 15. abgelehnt worden; bis zum 19. dürfte die Sache zur Berathung in der Nationalversammlung reif geworden sein. Bemühungen, abzuwenden daß schon wieder am folgenden Tage Sitzung gehalten werde, waren vergeblich. Eisenstuck als Präsidirender griff durch und setzte Berathung über zwei Ausschußberichte, betreffend Ertheilung der Erlaubniß den Abgeordneten Peter aus Konstanz zu verhaften, auf die Tagesordnung.

Am 17. wurde unter großem Beifall der Gallerie nach lebhafter Verhandlung beschlossen, daß dem Antrage nach dermaliger Sachlage nicht stattzugeben sei, jedoch der Fortsetzung des gegen Peter eingeleiteten gerichtlichen Verfahrens kein Hinderniß entgegenstehe. Zachariä, als Berichterstatter für den Beschluß, sprach sein Bedauern aus, daß durch die Frage ein Mißton in die schöne Harmonie zwischen Rechts und Links falle. In den Verhandlungen hielt Brentano eine lange Rede, die mit der Mahnung schloß, die Versammlung möge die Stimmung des Volkes in Baden, wo selbst die Demokraten für ihre Verfassung einstehen wollten, berücksichtigen und seinem Willen einmal dadurch Rechnung tragen, daß sie den Volksmann, an welchem das ganze Badische Volk mit Liebe hänge, vor den Verfolgungen der Regierung schütze. Am Schluß bestimmte der Präsidirende (Eisenstuck), da der Bericht des Dreißigerausschusses noch nicht vorliege, eine „unschuldige" Tagesordnung für die nächste am 19. zu haltende Sitzung.

Zu den Gegenständen dieser Tagesordnung gehörten Berichte über einen Antrag Lassaulx's vom 27. November v. J. auf Erläuterung des Gesetzes vom 30. September, betreffend das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklage gegen Mitglieder der Versammlung; einen Antrag Wesendonck's vom 26. September auf Verweisung der Anklage und Aburtheilung der bei den Frankfurter Ereignissen vom

16. bis 18. September betheiligten Beschuldigten vor das Appellationsgericht zu Köln, beziehungsweise die Assisen zu Koblenz; Anträge von Esterle und Nauwerck, das Verfahren Radetzky's in der Lombardei und die Oesterreichisch-Italienische Frage betreffend. Die Berichterstatter über die Anträge von Lassaulx und Wesendonck proponirten den Uebergang zur Tagesordnung, was ohne Debatte genehmigt wurde. Esterle forderte Aufwendung aller Mittel, daß im Oesterreichischen Italien der Militärherrschaft ein Ende gemacht werde u. dgl. Nauwerck's Antrag datirte vom November 1848 und der Berichterstatter (Raumer) sagte davon u. A.: er gehe von dem philanthropischen Gesichtspunkte aus, von welchem die größesten, freiesten und mächtigsten Völker Europas bisher keine Proben machen wollen und deren erste Probe die Deutschen im Frühjahr 1848 mit den unglücklichen Polen unglücklich genug gemacht hätten. Nauwerck und mehrere Andere brachten einen neuen Antrag ein: das Recht der Italiener auf Unabhängigkeit sollte anerkannt, von der Centralgewalt sollten ständige Gesandte an die Italienischen Regierungen geschickt werden. Selbst ein Theil der Linken vermochte doch, zumal bei den Siegen Radetzky's, nicht beizustimmen. Die Anträge wurden von Arndt und Gagern bekämpft und sodann abgeworfen. Am Schluß vernahm man auf ergangene Anfrage von Waitz, daß der Bericht des Dreißigerausschusses erst in etwa drei Tagen zu erwarten sei. Demgemäß wurde bestimmt, daß die nächste Sitzung am 23. stattfinden solle, und zwar in der Voraussetzung, daß der gedruckte Bericht 24 Stunden vorher in den Händen der Mitglieder sei. — Wir kommen im nächsten Abschnitt darauf, wie die Kaiserlichen in diesen Tagen das Sturmläuten ihrer Organe fortsetzten.

Die Erklärung der Bevollmächtigten der Kleinstaaten über die Annahme der Verfassung am 14. April und die Kaiserpartei.

Inzwischen hatte ein Vorgang stattgefunden, der ein nicht unbedeutendes Moment im Verlaufe der Sachen bildet. Es handelte sich dabei, wenn auch die Motive nicht ganz dieselben und nur die nächsten Zwecke völlig gemeinsame waren, um zusammentreffende Gesichtspunkte und Absichten der kleineren Staaten oder der Bevollmächtigten derselben und der Kaiserlichen. Die Königreiche sollten zur Annahme der Verfassung — zuvor Preußen mindestens zu einer Entscheidung, zum Eintreten in die vorderste Reihe — gedrungen werden. Die Bevollmächtigten wollten die kleineren Staaten in eine vortheilhaftere Lage bringen und sicher stellen sowol gegenüber den größeren, insbesondere Preußen, als gegen die Emeute, die Kaiserlichen die Königreiche nöthigen und insbesondere den König von Preußen zum Kaiser pressen durch die kleineren Staaten. Die Faiseurs unter den Bevollmächtigten waren Mosle, der die Sache äußerlich anregte und am eifrigsten betrieb, und nächst ihm Hergenhahn; der intellektuelle Leiter war auch diesmal Liebe. Sie traten mit mehreren Anderen zuerst am 12. April über die Anerkennung der Reichsverfassung von Seiten der kleineren Staaten in Berathung. Die kaiserlichen Organe plauderten aus und suchten nachzuhelfen; das reichsministerielle kündigte noch vor der Konferenz dieselbe und den Zweck nach der Rechnung der Kaiserpartei an: Diese Nationalversammlung kann sich schlechterdings auf Aenderungen nicht einlassen, die Kleinstaaten haben die Sache jetzt in der Hand, werden für letztere und für sich selbst am besten sorgen, wenn sie die Verfassung

unbedingt anerkennen und dadurch die größeren Regierungen und insbesondere die Preußische nöthigen, ihnen darin nachzufolgen, widrigenfalls zum wenigsten Preußen und die mittleren Königreiche alles Odium auf sich ziehen.*) Die Erbkaiserlichen glaubten die durch

*) „Ein Theil der hier angelangten Bevollmächtigten wird sich heute bereits zu einer vorläufigen Konferenz vereinigen. Möge diese Versammlung zu ihrer nächsten Folge den Entschluß haben, den Bevollmächtigten der größeren Staaten, und namentlich auch dem Bevollmächtigten Preußens, mit der festen und unabänderlichen Erklärung einer unbedingten Annahme der Verfassung entgegenzutreten. Auf diese Weise und nur auf diese Weise wird es den einer patriotischen Hingebung fähigen Regierungen gelingen, sich zu einem festen Angel- und Haltpunkte des letzten nun noch nöthigen Umschwunges zu machen, und sich ein dauerndes Verdienst um die Zukunft unseres großen Vaterlandes zu erwerben. Ihre Lage ist, wenn sie dieselbe recht zu benutzen verstehen, eine sehr günstige. Preußen hat sich das Recht, mit anderen Deutschen Staaten zu einem engeren Verbande, einem Bundesstaate zusammenzutreten, in seinen früheren Erklärungen gewahrt; es kann dieses Recht anderen Deutschen Staaten, und würde es ihm selbst gegenüber geltend gemacht, nicht bestreiten. Darin liegt es, daß diejenigen Staaten, welche ohne Vorbehalt auf die Verfassung eingehen, an der Spitze der jetzigen Entwickelung stehen und alle anderen nöthigen werden, sich ihnen anzuschließen. Ob mehr oder weniger Staaten diese Partei bilden, ob die zu ihr gehörenden Staaten größer oder kleiner sind, ist in der That von viel geringerer Wichtigkeit, als daß sie bei ihrer Erklärung mit eiserner Festigkeit stehen bleiben und sich nicht in das politische Geleise, welches einige der größeren Staaten verfolgen möchten, hinüberziehen lassen. Wir wollten es ihnen sehr verdenken, wenn sie den Haß mit auf sich nehmen wollten, welchen das Einschlagen eines andern Weges zur unheilvollen Folge haben muß, und wenn sie durch denselben vielleicht selbst ihre Existenz wagten. Möge sich der Unwille des Deutschen Volkes gegen die Regierungen wenden, welche es nicht für ihre Pflicht halten, dem heiligen Rechte der Nation auf politische Einheit und Größe in gleicher Weise zu genügen. Wir glauben nicht, daß viele Regierungen so unüberlegt sein werden, den Sturm selbst heraufzubeschwören. Am wenigsten aber dürfte die Preußische Regierung geneigt und in der Lage sein, ihrerseits noch besondere Bedingungen zu stellen, wenn ihr auch nur einige Regierungen mit der festen Erklärung entgegenträten, die Verfassung ohne jede Restriktion annehmen zu wollen; es ist das die natürliche und nothwendige Folge der Stellung der übrigen Deutschen Fürsten zu dem unter ihnen, welchem sie sich zum Heile des Vaterlandes unterordnen wollen.“ Gervinus hatte am 10. geschrieben: Hätten die Kleinen nach der Ablehnung des Königs von Preußen nur so gethan — wie sie jetzt thaten — so wäre die Konstituirung des Bundesstaats eine vollendete Thatsache gewesen; er hatte den Gang, den die Dinge in jenem Falle hätten nehmen müssen,

die Antwort des Königs und die Cirkulardepesche vom 3. begangenen Fehler „im Interesse Preußens und Deutschlands“ einbessern zu sollen. Sie mißtrauten Camphausen und dessen Wirksamkeit in Berlin, sie meinten seine Rückkehr nicht abwarten zu dürfen, vielmehr vor derselben Schritte thun zu müssen, die den Zusammentritt des von dem Preußischen Gouvernement beabsichtigten Regierungenkongresses verhinderten, die Politik der Preußischen Regierung durchkreuzten und vereitelten; sie wollten „die Brücken abbrechen, welche die Preußischen Erklärungen dem Widerstreben der Einzelregierungen gebaut“, sie wollten dafür sorgen, daß man in Berlin einen ostensibeln Grund zur Umkehr, einen mit Anstand zu betretenden Rückweg habe. So Haym (III, 46), indem er das was die Bevollmächtigten thaten, ausdrücklich als das Werk seiner Partei bezeichnet.*)

Wie in der letztern — namentlich die Deutsche Zeitung sprach den Gedanken wiederholt aus — wurde auch unter den Bevollmächtigten geglaubt, Preußen wünsche eine der seinigen vorhergehende Erklärung für den „Bundesstaat“ auf Grundlage einer andern oder der zu ändernden „Reichsverfassung“ doch eigentlich nur

---

beschrieben und hinzugefügt: „Wer der Nothwendigkeit dieses Ganges der Dinge widerspricht ist lächerlich.“ Am 12. schrieb er — der scharfe Kritiker der „Preußischen Kniffe“ —: Die Deutschen Fürsten — die kleinen nämlich — wären das Letzte; sie könnten noch immer die Deutsche Sache retten, wenn sie den König zur unbedingten und unbedenklichen Annahme brächten, ihm zwar zustimmten, daß kein Zwang geübt werden solle, jedoch dahin wirkten, daß dieser — darauf lief es hinaus — mittelbar, unter anderm Titel und Namen geübt werde. Am 13. hieß es in der D. Z.: die kleineren Staaten würden anerkennen, ehe sich Preußen erklärt habe, und das Deutsche Volk werde es nicht vergessen, daß sie in der entscheidenden Stunde wirklich der Kitt und Mörtel der Deutschen Einheit gewesen.

*) Mehrere derselben hätten redlich die Pläne der Kaiserpartei getheilt, ihr zur Vermittelung mit ihren Regierungen in ähnlicher Weise gedient, wie der Linken ihre predigend reisenden Volksmänner bei den Massen, wären ihre Extraneen gewesen, würden in der Paulskirche ihren Platz eben da, wo die Gagern, Dahlmann, Beseler genommen haben, und zwar gerade die einflußreichsten, wie Watzdorf, Gabelentz, Eigenbrodt, Seebeck, Schenk; außer Gagern habe wol Hergenhahn am meisten zu dem Schritte mitgewirkt. Liebe wird auch hier gar nicht genannt. Man wußte in der Kaiserpartei sehr wohl, daß er den Ideen und dem Gange, den Gagern genommen, vom Anfange abgewendet gewesen, sie kannten, haßten und fürchteten ihn als den geistmächtigsten Widersacher bei ihrer Beeinflussung der Bevollmächtigten der kleineren Staaten.

von den kleineren Staaten, wünsche den Beitritt der mittleren Königreiche nicht; man vermeine dort, die Verfassung lasse sich, den letztern vorausgesetzt, danach an, den Einfluß Preußens zu mindern, seiner Kraft abzubrechen, in einigem und nicht genau zu berechnenden Maße es in Deutschland aufgehen zu machen, ohne doch geeignet zu erscheinen, Ersatz für das aufgelöste Preußische Staatswesen zu gewähren; dieses möge der Demokratie widerstehen können, aber ob auch der „Bundesstaat" mit dieser Verfassung? Bei den Bevollmächtigten walteten viele und große Bedenken, durch die Haltung Preußens erregt, das an die Spitze treten, Ordnung schaffen solle und nichts wisse als Temporisiren, nicht offen Ja, nicht Nein sage, zurückhalte statt die Initiative zur Herbeiführung geregelter Zustände zu ergreifen. Man hat in Berlin, namentlich nach Camphausen's Eingebungen, die Rechnung auf Zögern und Abwarten gestellt, will dadurch erreichen, daß die Unpopularität und Gefahr des Ablehnens den anderen Regierungen zugeschoben wird; indem man die Nationalversammlung durch die ihrer Deputation ertheilten Antworten in Ungewißheit gelassen über das was kommen werde, hat man Zeit gewinnen wollen, um die Vorgänge in Frankfurt und den einzelnen Staaten zu beobachten; zeigen sich die Regierungen widerstandsfähig, so kann man nach dem Kalkul gemeinschaftlich mit ihnen handeln, im entgegengesetzten Falle zur Nationalversammlung halten und statt den Widerstand der Regierungen zu unterstützen, vielmehr deren Schwäche benutzen; man neigt mit Camphausen, der auch seinerseits die Verfassung mißbilligt und deren Annahme für bedenklich und gefährlich hält, dahin, von der Gelegenheit, dem „Anrecht" Nutzen zu ziehen, man ist mit ihm der Ansicht, daß die Nationalversammlung ungeachtet der Beschlüsse vom 28. März und 4. April im äußersten Falle mit sich reden lassen wird, daß die Gagern u. s. w. sich zuletzt lieber zu Abänderungen verstehen, als das ganze Werk scheitern lassen, daß im allerschlimmsten Falle doch die kleinen Staaten genöthigt sein werden, mit Preußen eine engere Verbindung einzugehen, die für letzteres wenigstens mit der Zeit vortheilhaft werden kann; der König ist bis jetzt nicht zu bewegen gewesen, die Verfassung solchen Ursprungs und von solchen Elementen erfüllt anzuerkennen, er will nicht hören von einer Vergrößerung, einem Gewinn für Preußen durch rechtswidrige Mittel, und außerdem paßt auch die „Reichsverfassung" für einen blos aus Preußen und den Kleinstaaten zu bildenden „Bundesstaat" nicht; das Wahrscheinlichste

ist, daß man in Berlin das Scheitern der Verfassung, worin doch aber große Gefahren liegen, wünscht, um dann mit den zu Preußen haltenden kleineren Staaten einen besondern Bund zu schließen, der aber die letzteren absorbiren würde, ohne doch mit der gesuchten Befriedigung der Wünsche der Nation einen sichernden Abschluß zu bringen. So die Meinungen, die Argumentationen. Das Interesse der kleineren Staaten forderte, sich möglichst zu decken, Preußen vorzuschieben statt vorgeschoben zu werden. Die Einheit wollten sie wol, aber ein Preußisches Protektorat betrachteten sie doch nur als Nothbehelf. Sie wünschten die baldigste Entscheidung. Sie besorgten, wenn es dazu nicht komme, wenn Preußen den von ihm vorgeschlagenen Weg verfolge, daß Unordnungen, revolutionäre Schilderhebungen unter dem Vorwande der „Durchführung der Reichsverfassung" eintreten würden, von welchen sie am meisten zu leiden hätten und denen sie entgingen, wenn sie die Verfassung anerkannt. Sie hofften hierdurch Preußen zu nöthigen das Gleiche zu thun, und daß dann auch die mittleren Königreiche folgen müßten, in welchem Falle ihre Lage eine weit erträglichere, von ihrer Selbständigkeit so viel mehr gerettet, ihr Gefühl so viel weniger verletzt wurde. Der Gedanke „mediatisirt" zu werden war ihnen widerwärtig, noch widerwärtiger, wenn den Mittleren nicht dasselbe geschehen sollte.

Wenn das was die Kleinstaaten-Bevollmächtigten vor sich nahmen das Werk der Kaiserpartei, oder wenn diese auch nur, was außer Frage ist, wie immer betheiligt war, so erhellt um so mehr, mit welchem speciellen Interesse sie das Ruhen der Nationalversammlung betrieb, und mit welcher stillen Nebenbedeutung und Absicht am Vormittage des 14. eine Bevollmächtigten-Versammlung von Gagern veranstaltet wurde, nachdem im Reichsministerium beschlossen war, thätig einzugreifen und die Erklärungen der einzelnen Regierungen zu erfordern.*) Unmittelbar darauf vereinigten sich die

*) Gagern sprach den Bevollmächtigten von den großen Schwierigkeiten des Zustandekommens des Verfassungswerkes. Die Aufrichtung des Bundesstaates mit starker Centralgewalt und Volksvertretung erheische große Opfer von den Regierungen, die Entschädigung dafür liege in der Wohlfahrt des Ganzen; das Ministerium sehe es für seine Pflicht an, zur Verwirklichung der beschlossenen Verfassung so viel an ihm sei mitzuwirken; künftigen Bestimmungen über das besondere Bundesverhältniß mit Oesterreich werde nicht präjudicirt; er überreiche Jedem ein Exemplar der authentisch ausgefertigten Verfassung zur Mittheilung an seine Regierung und drücke Namens des Ministeriums

Bevollmächtigten der 28 kleineren Regierungen, Baden an der Spitze, zu einem Schreiben an Camphausen, dessen Rückkehr von Berlin auf den Abend erwartet wurde. Sie erklärten darin das volle Einverständniß ihrer Regierungen mit der Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser, die Anerkennung und Annahme der Verfassung von Seite derselben, und sprachen die Erwartung aus, daß die anderen Regierungen und insbesondere die Preußische, nachfolgen würden.

Gegenüber der kleindeutschen Seite wurde der „Schreckschuß", die „Selbstmediatisirung" der Kleinstaaten belächelt. Auch sehr ernster Tadel fehlte nicht: man sucht abermals durch eine Demonstration zu imponiren, die jedoch keinen Erfolg haben kann, weil die größeren Staaten nicht beitreten wollen und sich nicht einschüchtern lassen werden, während man nicht einmal den Zweck erreichen wird, sich selbst vor Krawallen und Aehnlichem zu sichern; viel zu viel haben die Regierungen, die Bevollmächtigten der Kleinstaaten die erbärmlichen Drohungen mit der zweiten Revolution, das Geschrei auf sich einwirken lassen, das Vaterland sei in Gefahr, wenn die Verfassung nicht unbedingt angenommen werde, woher die größeste wenn nicht einzige Gefahr rührt; sie haben nur abermals gezeigt, wie abhängig sie von den Tagesmeinungen und Stimmungen, den Wortführern in der Presse, den Kammern, den Klubs und Volksversammlungen sind, wie sehr ihnen der Blick für größere Verhältnisse abgeht, wie schwach ihr politisches Urtheil, wie vorherrschend bei ihnen Angst und Selbstsucht ist. Aus dem kaiserlichen Lager wurde die Zuschrift noch am 14. durch Extrablätter veröffentlicht. Man glaubte dort einen Hauptcoup vollführt zu haben und triumphirte, daß nur noch Preußen

---

den Wunsch und die Hoffnung aus, alle Regierungen möchten in der Verfassung das sicherste, wol das einzig mögliche Band der Einigung unter den Fürsten und Völkern Deutschlands erblicken und deshalb durch deren Vollziehung dem Vaterlande die lange ersehnte friedliche und gesetzliche Grundlage sichern. Schmerling nahm Bezug auf den von seiner Regierung behaupteten Vereinbarungsstandpunkt. Ebenso Luxemburg. Die Bevollmächtigten der meisten Kleinstaaten kündigten die Anerkennung der Verfassung von Seiten ihrer Regierungen an. Oldenburg und ein paar andere erklärten, sie beabsichtigten eine gemeinschaftliche Erklärung noch im Laufe des Tages. Würtemberg war ohne Instruktion, glaubte aber am Beitritt seiner Regierung nicht zweifeln zu dürfen; Kamptz für Preußen war ohne Instruktion; Hannover war nicht vertreten; Baiern und Sachsen behielten jede Erklärung ihren Regierungen vor.

und die anderen Königreiche fehlten.*) In Wahrheit hatten sich die Kaiserlichen, wenn die Erklärung der Achtundzwanzig ihr Werk war, durch den so geschickt vermeinten Griff in die elendeste Lage versetzt. Sie selbst sagten in ihrer Korrespondenz: Von der Erklärung Preußens, die Camphausen gestern mitgebracht haben wird, hängt nun Alles ab; ist sie nicht günstig, so würde die Nationalversammlung auf die Kraft der Demokratie sich stützen müssen; denn von den Beschlüssen des 11. April werden wir auf keinen Fall zurückgehen. In der That blieb ihnen, wenn Preußen durch die Kleinen nicht gebeugt wurde, was doch unwahrscheinlich genug war, nichts als der Appell an das Volk als letzter Trumpf, wirkte voraussichtlich in den Königreichen nicht, mit denen sie es nun zu thun bekamen, und wirkte in den Kleinstaaten zwecklos oder nur dazu, daß das Einschreiten der größeren mit Entfaltung der Militärgewalt und deren Folgen veranlaßt wurde.

In Berlin hatte man nach allem Anschein geglaubt, es werde sich eine Einigung der Mehrzahl der Regierungen erzielen, die Nationalversammlung zu Abänderungen der Verfassung sich bestimmen, zu einem Parlamente des engeren Bundesstaates sich umbilden lassen; man hatte gehofft, dadurch den Schwierigkeiten und Gefahren der verworrenen Lage zu entgehen. Nun war die ganze Rechnung vereitelt, die Sache geradezu umgekehrt, die Entscheidung mit ihren Mißlichkeiten Preußen zugeschoben, und dessen Lage so viel unangenehmer geworden, da es, wenn es nicht unbedingt annahm, mit der Nationalversammlung brechen und die Folgen auf sich nehmen mußte, und sich bloßgestellt sah, während sich die kleineren Staaten den Rücken gedeckt hatten.

Camphausen gab, sobald er in Frankfurt wieder eingetroffen

*) Die C.=K. gründete neue Hoffnungen ganz besonders auf den Schritt der Bevollmächtigten. Die D. Z. überhäufte die kleinen Fürsten mit Lob, die die Vordersten und Ersten sein sollten u. s. f. Die besonnenste Erwägung führe jetzt zur besten Zuversicht; der Englische Globe rede dem Kaiserthume das Wort, das Journal d. D. sage, die Deutschen lassen nicht nach, Schaffrath bringe die Nachricht, daß Sachsen annehmen werde, in Baiern habe das Herrscherhaus zu wenig Zuneigung und Ansehen, um auf Unterstützung im Volke rechnen zu können, das Herz schwelle bei dem Gedanken, daß die Aussichten auf ein großes Deutsches Reich näher als je gerückt, Deutschland werde eine wirkliche, entwickelungsfähige, lebensvolle Verfassung haben, nicht eine solche, die den Keim des Todes in sich trage, wie nur irrig und mißverständlich gesagt werde u. s. f.

war, sehr deutlich seinen Mißmuth darüber zu erkennen, daß, kaum daß er den Rücken gewendet, die Achtundzwanzig zur Reichsverfassung übergetreten waren. Er erklärte, die von Preußen beabsichtigte Verhandlung sei nun unstatthaft, er müsse neue Instruktionen abwarten. Was man von ihm vernahm bedeutete wenig Gutes. Sichtlich genug stand jetzt auch die Rechnung der Kaiserlichen am Scheitern. Sie hatten ihre letzte Karte ausgespielt, sahen ein, daß Preußen durch Revolte schwerlich zu zwingen sei, trauten ihren Drohungen damit nicht, hatten Angst, daß Ernst daraus werde; es war nun eben wieder in Deutschland wie 1815, wo Preußen, Oesterreich, die mittleren und die 29 kleinen Staaten einander entgegenstanden, — die Aehnlichkeit wurde auch von der andern Seite in Erinnerung gebracht (Anh. XXI) —, nur war es jetzt viel schlimmer, weil eine solche Versammlung und solches Parteiwesen, und eine so viel größere Aufregung und Erbitterung im Spiele war; die Verwirrung der Deutschen Angelegenheiten hätte kaum größer sein können, die Kaiserlichen hatten sie angerichtet und wußten nicht was sie anfangen sollten, wenn ihre Demonstrationen den Zweck verfehlten. Es kam in der That Alles darauf an, daß das Stratagem mit der Erklärung der Achtundzwanzig Effekt habe. Sie bestürmten Camphausen, bestürmten die Bevollmächtigten, auf ihn, auf das Preußische Kabinet einzuwirken; die Bevollmächtigten suchten von Camphausen wenigstens zu erfahren, was Preußen eigentlich wolle, wo möglich bestimmte Erklärung zu erlangen.*) Am 17. April stellte er Gagern ein

*) Unter den kaiserlichen Organen beschäftigte sich besonders die D. Z. mit der Sache, bot auch ihre Beredtsamkeit zum Zwecke auf. Sie berichtete über eine Versammlung der Preußischen Abgeordneten. Sie wären eins geworden, durchaus keine besondere Schritte in ihrer Eigenschaft als Preußen zu thun; Einige hätten sich zu Camphausen begeben, ihm die für Deutschland und insbesondere für Preußen so gefahrdrohende Lage der Dinge mit kräftigen Worten vorgestellt, ihn persönlich für das verantwortlich gemacht, was Seitens der Preußischen Regierung durch Handeln oder Unterlassen ferner noch in der Sache gefehlt werden möchte, ihm die Gefahr gezeigt, die darin liege, daß man in Berlin die Verhältnisse in Frankfurt fortwährend ganz irrig aufzufassen scheine, ihm gesagt, er werde sich vor dem unerbittlichen Gerichte der Geschichte dereinst nicht mit Unwissenheit entschuldigen können, ihm geradezu den Vorwurf gemacht, er habe die Preußische Regierung von den Zuständen in Frankfurt nicht genugsam unterrichtet und dadurch zu den verkehrten Maßnahmen in Berlin Anlaß gegeben. Die D. Z. erzählte: von allen Seiten werde Camphausen in das Ohr gerufen, er halte das Schicksal Deutschlands in Händen und werde der Geschichte

Schreiben zu, das kaum den geringsten Trost enthielt.*) Drei Tage hatte er gezögert, um endlich zu erklären, daß man in Berlin vorläufig zu nichts entschlossen sei. Die Erbkaiserlichen hätten vergehen mögen vor Ingrimm und Ungeduld, schickten sich jedoch in die Politik des Abwartens und Hinhaltens, welche mit der der Linken zu vertauschen sie sich auch jetzt noch nicht entschließen mochten, und suchten und fanden bald neue Gründe des Hoffens und Trotzens, daß der König nach dem Schritte der Achtundzwanzig sich fügen werde und müsse, und zwar so, daß nicht etwa von den abermals drohenden Preußischen Absichten, von einem bloßen Sonderbunde der Kleinen mit Preußen unter dessen Vorsitz die Rede sein dürfe. Denn es sollte — die Reichsverfassung hätte sonst nicht gepaßt und die

---

dafür verantwortlich sein; man habe ihn aufgefordert, eine Erklärung, wie man sie wünschte, im Namen seiner Regierung auf seine Gefahr abzugeben; er müsse seine Instruktionen in seiner eigenen Brust finden. Noch am 17. schrieb sie: während die von Preußen gestellte kurze Frist viel zu lang sei, um nicht unheilvollen Machinationen Raum zu geben, scheine das Preußische Ministerium selbst keine eifrige Wünsche für den Beitritt der Königreiche zu hegen, um, wenn sie nicht beiträten, desto eher sagen zu können, die Verfassung sei für das Ganze gegeben und passe nicht für einen Theil, und nun laste auf Camphausen eine furchtbare Verantwortlichkeit, Aller Augen wären auf ihn gerichtet, wenn er sich zum Werkzeuge der Preußischen Minister hergebe, sei die Nation um einen ihrer besten Namen ärmer, wogegen der schönste Ehrenplatz für ihn bestimmt sei, wenn durch ihn das Siegel gedrückt werde auf das große Werk von 1848.

*) Der König habe die Uebernahme der Oberhauptswürde an die Vorbedingung freien Einverständnisses der Regierungen geknüpft; wenn sich Oesterreich ausschließe, so sei dies vorgesehen und der Bundesstaat im Bunde immer noch möglich; 28 Regierungen hätten freilich unter gewissen Voraussetzungen sich einverstanden erklärt, nicht aber mehre größere Staaten Einverständniß zu erkennen gegeben; die Vorbedingung der Entschließung des Königs sei zur Zeit nicht vorhanden, doch werde die Preußische Regierung mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Augenblicks für die Geschicke Deutschlands noch eine kurze Frist warten, ehe sie ihren weiteren Entschlüssen die Thatsache zum Grunde lege, daß die Zustimmung der größeren Deutschen Staaten fehle. Derselbe 17. April brachte noch ein anderes Zeichen schlimmer Vorbedeutung, indem die Frankf. Zeitung äußerst unbequem eine der Preußischen Gesandtschaft übergebene Erklärung der Badischen Regierung veröffentlichte, wonach diese, entgegen allen Darstellungen der kaiserlichen Organe, gleichsam kommentirend was in der Erklärung der Bevollmächtigten vom 14. als Erwartung und Voraussetzung figurirte, ihren Zutritt von Bedingungen, namentlich der abhängig machte, daß wenigstens alle Staaten außer Oesterreich beistimmten.

Linke wollte es nicht anders — jetzt nun doch wieder das ganze Deutschland sein, lediglich mit der Verkürzung da, wo die Erbkaiserlichen die Grenze gezogen. Ihre Organe gaben ihrer Stimmung den lebhaftesten Ausdruck. Sie setzten eben in diesen Tagen ihr Sturmläuten crescendo fort, ließen sich dazwischen aber auch höchst bezeichnend die Angst und Noth ansehen. Eifernd und drohend sprachen sie von der allgemeinen Volkserhebung, wozu es kommen müsse, von dem angehenden durch die Straßen tobenden, jeden Widerstand niederwerfenden Aufruhr. Das „Volk" sollte wild werden, die Nationalversammlung jedoch „sich mäßigen" — auch die Deutsche Zeitung adoptirte jetzt die Theorie der reichsministeriellen — und die Linke sie in ihrem Ruhen nicht stören, den Kaiserlichen und Preußen Zeit lassen. Sie fühlten, daß die Mittel und die Stimmung zu einer Revolution fehlten, daß trotz aller Mühe, welche die „Monarchischgesinnten" um die Wette mit dem Märzverein sich gaben, das Deutsche Volk gar nicht aufgelegt sei, um der Verfassung willen mehr als Lärm und Demonstrationen zu machen. Die Polen waren in Ungarn beschäftigt. Wer sollte Barrikadenkämpfe führen? Selbst in Würtemberg sah es doch eigentlich nicht danach aus, daß das Volk revolutioniren werde, um einen Preußischen Kaiser zu erhalten. Ja sie malten im Grunde den Teufel nur an die Wand in der Voraussetzung, daß es zum Ernste nicht kommen werde, droheten mit der Revolution, indem sie wußten, daß sie eine solche nicht machen, nicht hinausführen könnten, indem sie eine solche auch gar nicht einmal machen wollten, und indem ihnen genau bekannt war, daß sie Aufregung für Andere producirten, die ganz entgegengesetzte Zwecke verfolgten, und wenn die Revolte überhaupt zu Kraft gelangte, die Reichsverfassung und insbesondere den Erbkaiser über Bord werfen würden, deren Einsetzung ihr, der Kaiserlichen Agitiren galt. Besonders scharf nahmen die kaiserlichen Organe die Regierungen der Mittelstaaten auf das Korn; sie heuchelten, es schmerze die Monarchischgesinnten tief, daß dieselben, weil sie noch immer verhinderten, daß das Deutsche Volk seinen Willen bekomme, gezwungen werden müßten durch Volksgewalt, wozu es doch aber kommen werde, denn die Treue sei in den letzten vierzehn Tagen sehr erschüttert. (So die C.-K.) Sie schmeichelten und droheten abwechselnd den Regierungen der Mittelstaaten, die in demselben Athem für die größesten Hindernisse erklärt und so verächtlich behandelt wurden, als wenn sie gar nichts wären. Die Ständeversammlungen zeigten zum Theil noch

mehr „Partikularismus", wurden indeß ein gutes Theil schonender behandelt. Die kaiserlichen Organe fuhren fort, nach da ihren Bund mit der Linken zu preisen und unverbrüchlich zu nennen, nach dort aber zu versichern, daß sie keineswegs so wären und auf so argen Wegen zu wandeln gedächten wie Jene. Insbesondere fuhren sie fort, mit Aufbieten ihrer ganzen Beredtsamkeit auf Preußen einzuwirken und gegen Preußen zu wüthen und auf Preußen zu hoffen, denn aus dem freiwilligen oder gezwungenen Preußen, welchem sie nichts Gutes zutrauten und alles Böse nachsagten, sollte nach ihrem Sinn doch alles Heil kommen. Sie hatten ihm eine falsche Mission angedichtet, eine unlösbare Aufgabe aufzudringen gesucht, die von ihm abgewiesen wurde, sie forderten Rechtswidriges, Unkluges, wo nicht Unmögliches von ihm und überhäuften es, indem es nach dem Rechte und vernünftig handelte, mit den bittersten Vorwürfen. Das ganze ebenso gewissenlose als unverständige Gebahren war, sofern es von einer Partei ausging, die weit zum größesten Theile aus sonst gescheidten und wohldenkenden Männern bestand, nur daraus zu erklären, daß diese in der Rathlosigkeit und Exaltation, in welche sie sich gebracht, momentan den Kopf gänzlich verloren hatten. (Anh. XXI.)

Die Centralkorrespondenz sprach noch am 20. von Schritten, die die Bevollmächtigten bei Camphausen hätten thun wollen und die sein Schreiben verhindert habe, wogegen nun aber das Deutsche Volk handeln werde; am 21. berichtete sie, wie die Bevollmächtigten doch nicht abließen ihn zu drängen. Er befand sich auch jetzt in der Lage, Auskunft geben zu sollen, während er selbst nichts wußte, und zwar deshalb nicht, weil man auch in Berlin unschlüssig war und ihm daher nichts sagen konnte. Man wollte ein Zeichen der in Berlin vorhandenen Noth darin sehen, daß Beckerath gerufen wurde. Er reiste am 18. ab.*) Am 21. gab der Graf Branden-

*) Die C.-K. sagte, daß ihm die besten Wünsche aller wahren Patrioten nachfolgten und daß sicherlich von Allen, die in den letzten Wochen um Rath zu geben nach Berlin berufen worden, Niemand eine tiefere und klarere Anschauung der gegenwärtigen politischen Lage Deutschlands besitze, als er. Nach Biedermann (254) wäre er ohne officiellen Beruf gereist, um eine persönliche Vermittelung zu versuchen und hätte aus Berlin voll seiner schönen Zuversicht geschrieben, es werde noch Alles gut gehen, brauche nur Zeit, man möge sich nur übereilter störender Schritte enthalten. Indeß wurde gesagt, er besonders habe den Schritt der Achtundzwanzig gefördert. Am 26., als die Sache schon ganz anders stand, kehrte er zurück.

burg in der Kammer die Erklärung mit dem berufenen Niemals ab. Vincke's Rede an diesem Tage hatte den gehofften Erfolg nicht. Die Kammer nahm von einem „Deutschen" Amendement nur einen Satz an. Man that in Berlin nicht einmal Camphausen genug. Er forderte am 21. seine Demission. Den Anlaß gab die Ministerialerklärung, dem Könige zur unbedingten Annahme nicht rathen zu können. Camphausen war ohne Zweifel mit derselben ganz einverstanden, aber ihre Offenheit durchkreuzte seinen Operationsplan. In der Partei der Kaiserlichen wurde der Schritt, den er gethan, erst am 23. kund, als die Nachricht der Genehmigung seines Gesuchs eingetroffen war. Sie waren an diesem Tage noch voll der Hoffnung auf den Sturz des Preußischen Ministeriums durch die Kammern und ein „Deutsches" Ministerium. Der Dreißigerausschuß hatte endlich seinen Bericht zu Stande gebracht. Die Berathung desselben sollte am 23. stattfinden. Die Kaiserlichen und die Linke glaubten, daß die wichtigsten Beschlüsse und Entwickelungen bevorständen. Jene hofften mit Bangen auf Preußen, Diese mit Ungeduld, Konvent und Wohlfahrtsausschuß zu spielen und St. Just- und Danton-Affen zu werden. Andere erwarteten und besorgten große und nicht ungefährliche Thorheiten.

Der Dreißigerausschuß bis zum 23. April. — Die Nationalversammlung am 23. April (Debatte über die Anträge des Ausschusses). — Radowitz' Abgang nach Berlin. — Die Nationalversammlung am 24. und 25. April (Fortsetzung der Debatte über die Ausschußanträge). — Die Beschlüsse über Maßregeln zur Durchführung der Reichsverfassung am 26. April.

Was bei der Bildung und den Anfängen des Dreißigerausschusses vorgegangen war, erzeugte bei der rechten Seite des Weidenbusches sofort die von Tag zu Tag zunehmende Geneigtheit, von der Linken sich wieder abzukehren oder doch ihrem fortschreitenden Einfluß sich zu widersetzen. Die Centrenmänner wurden inne, daß sie bereits das Heft aus den Händen verloren hatten, daß sie in einer Gesammtpartei aufgegangen waren, die der Linken übergroße Zugeständnisse gemacht und von derselben überflügelt war. Sie dachten an Auflösung des Weidenbuschvereins, suchten bei einer Neuwahl des Vorstandes die Leitung in ihre Hände zu bringen, beschlossen endlich, die früheren Fraktionsversammlungen wiederherzustellen. Im Dreißigerausschuß brach sofort Streit aus, koncentrirte sich ihr ohnmächtiges Ringen, aus der Verbindung loszukommen, in welche sie so unbedacht sich hineingelassen und deren Verderblichkeit für sie sie mehr und mehr erkannten. (Haym III, 41.)

In der ersten Plenarberathung des Ausschusses am 14. April wurden vier verschiedene und zum Theil sehr weit auseinander gehende Anträge vorgelegt, die gemäßigtern von Kierulff und Raveaux, die sehr extremen der eine von Spatz und der andere von Eisenstuck und L. Simon. Die Berichte geben die

abweichenden Ansichten ziemlich genau. Die Rechte wählte bei dieser ersten Aufgabe des Ausschusses Kierulff, die Linke L. Simon zum Berichterstatter. Als sich die Debatte über die Frage verbreitete, ob der König provisorisch, nach einer Suspensivbedingung oder definitiv abgelehnt habe, behandelte L. Simon dieselbe in seiner heftigen Weise als ziemlich irrelevant und verwies auf die Allmacht des Volks und der Klubs, die der Reichsverfassung schon Bahn zu brechen wissen werde. Dawider erhob sich Kierulff und entwickelte in einer wohlgesetzten Rede die Lage und die Eventualitäten. Den Schwerpunkt darin bildete die Insinuation, daß allerdings im Grunde wenig darauf ankomme, ob Friedrich Wilhelm IV. Kaiser sein wolle oder nicht, daß bei seiner ferneren Weigerung ein Anderer an seiner Stelle annehmen werde.*) Nach Kierulff hatte Reichensperger das Wort, und ließ in seiner Indignation seiner Lunge und Zunge mehr als jemals sonst im Ausschuß den Zügel schießen.**) Er schloß: da er und Detmold weder mit der einen noch der andern

*) Nicht um ihn handele es sich, sondern um die Macht des Preußischen Staates; lediglich in Berücksichtigung dieser Macht, nicht der Person des gerade regierenden Königs habe man letzterem die Krone angetragen, und — darauf möge man mit Sicherheit bauen — was der König verschmähe, dafür werde sich schon ein Würdigerer finden; die Person des Königs werde nicht lange mehr ein Hinderniß abgeben, eine andere dem Throne nahe stehende werde — wie alle Briefe aus Berlin, namentlich auch die der Mitglieder der Kaiserdeputation besagt — den hohen Beruf Preußens besser zu erkennen wissen; Alles sei dazu vorbereitet, in Berlin reine Bahn zu bekommen; auf diese Weise erhalte man eine „organisirte Macht" als Stützpunkt für die Verfassung, während die „unorganisirten Massen", worauf Simon und die Linke Alles setzen wollten, eine hinreichende Gewähr nicht darböten u. s. f. Aus demselben Tone sang die zu der Zeit von Camphausen durch Dr. Claassen inspirirte Köln. Ztg.

**) Er billige weder des einen noch des anderen Theiles Zwecke und Mittel, würde aber, wenn er wählen müßte zwischen den beiden Uebeln, doch lieber eine Volks- als eine Palastrevolution, wie die Konservativen sie im Schilde führten (auch G. Beseler hatte ihm davon gesprochen, wo er sich denn bereits ebenso geäußert), über Deutschland hereinbrechen sehen; mit Erstaunen habe er hier die Andeutungen Kierulff's vernommen, aus welchen hervorgehe, daß die vorgeblichen Vertheidiger der Monarchie, des Rechtes, der öffentlichen Ordnung unbedenklich die Axt an einen legitimen Königsthron legen wollten, wenn sein Inhaber sich nicht sofort in ihren Kaiser wolle umwandeln lassen; ein trefflicher Grund würde dadurch für die neue Kaiserdynastie gelegt werden, daß man den Erstgewählten von seinem angestammten Throne stoße u. dgl.

Fraktion der Kaiserlichen gehen könnten, so hätten sie einen besonderen Antrag gestellt, den sie allein den Verhältnissen anpassend erachteten. In einer zweiten Plenarberathung am 16. vermochte man sich gleichfalls noch nicht zu einigen. Umbscheiden, Waitz, Venedey brachten neue Anträge ein. Es gelang den Kaiserlichen, die Beschlußfassung noch abzuwenden.*) Am 18. jedoch konnte die Abstimmung nicht mehr verhindert werden. Eine Mehrheit von 15 gegen 14 vereinigte sich für den kombinirten Antrag von Kierulff und Waitz. Haym (III, 51) sagt von ihm, sein wesentlicher Inhalt sei in der That gewesen: Warten, Zeitlassen, Festhalten an der einzigen Möglichkeit, „die für eine Durchführung unserer Verfassung bestand", er habe eigentlich nur durch Zufall eine allerschwächste Mehrheit erhalten. Der kombinirte Antrag von Raveaux und Umbscheiden erhielt 13 Stimmen gegen 16, der Antrag von Eisenstuck und Simon 8 Stimmen gegen 21, der Antrag von Reichensperger und Detmold nur die Stimmen seiner beiden Urheber.**)

---

*) Die C.-K. führte am 17. aus: noch sei die Stellung Preußens unklar, man habe die Wirkung des patriotischen Vorantritts der 28 auf das Preußische Kabinet, so wie die von Neuem nachgesuchten Instruktionen für den Preußischen Bevollmächtigten abzuwarten; dazu zeigten sich die linken Mitglieder des Ausschusses zwar wenig bereit, doch sei es der gemäßigten Hälfte gelungen, die Beschlußfassung aufzuhalten und im Sinne politischer Klugheit und Mäßigung zu dirigiren; die Stimmung der Mehrheit des Parlaments sei gemäßigt, und: „sie wird nicht lassen von ihrem Werke; aber eben weil es ihr wie der Nation theuer ist, so wird sie es auch nicht den raschen Händen einer Partei überlassen, welche, wenigstens in den Mitteln, nur zu sehr geneigt ist, den konservativen Sinn zu verläugnen, welcher mit dem Festhalten einer Verfassung nothwendig verbunden ist." Und worauf die Linke auch sinnen möge, „wir unsererseits beharren ebenso in loyaler Treue auf dem Boden unseres Beschlusses vom 11., wie wir andererseits Sorge tragen, uns nicht von unseren neuen Bundesgenossen überholen zu lassen. Zu diesem Ende hat sich die Weidenbuschpartei aufs Neue zusammengeschlossen und sich in einer gestern Abend abgehaltenen Sitzung zur Abhaltung regelmäßiger wöchentlicher Zusammenkünfte verpflichtet."

**) Antrag von Kierulff und Waitz: „Die Reichsversammlung erklärt in Uebereinstimmung mit der Reichstagsdeputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichsversammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhauptes die Anerkennung der Verfassung voraussetze. 2) Die Reichsversammlung beschließt: die Preußische Regierung sowie die übrigen Deutschen Regierungen, welche die Annahme der von der Reichsversammlung beschlossenen und verkündigten Verfassung noch nicht erklärt haben, sind aufzufordern, ihre Anerkennung nunmehr auszusprechen, und

Die Anträge und der Bericht der kaiserlichen Mehrheit lösten, beide gleich charakteristisch, die Aufgabe vom Pelzwaschen und Nicht-

erklärt, daß zugleich mit der Anerkennung der Verfassung seitens der Preußischen Regierung die Uebertragung der Würde des Reichsoberhauptes an den König von Preußen in Wirksamkeit tritt. 3) Die Reichsversammlung beschließt, die provisorische Centralgewalt aufzufordern, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln zur Durchführung der Verfassung mitzuwirken. 4) Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach der Lage der Dinge weitere Maßnahmen vorzubereiten und der Reichsversammlung vorzuschlagen." Antrag von Raveaux und Umbscheiden: „Die Reichsversammlung 1) genehmigt die von ihrer Deputation nach Empfang der Antwort des Königs von Preußen an das Preußische Ministerium abgegebene Erklärung als der Lage der Sache vor Erlassung der Cirkularnote vom 3. April vollkommen angemessen; 2) sie erklärt unter gehöriger Berücksichtigung des Gesetzes vom 28. Juni 1848 sofort zur Verwirklichung der Verfassung zu schreiten; 3) sie beauftragt demgemäß die Centralgewalt, die Wahlen zum ersten Reichstage in der Art auszuschreiben, daß die Eröffnung desselben am 15. Juli d. J. stattfinden könne; 4) sie beauftragt ferner die Centralgewalt, sämmtliche Regierungen aufzufordern, das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die Reichsverfassung beeidigen zu lassen; 5) sie beschließt, einen Aufruf an das Deutsche Volk zu erlassen, in welchem dasselbe aufgefordert wird, unverbrüchlich an der von der Reichsversammlung endgültig festgestellten Verfassung festzuhalten; 6) sie beauftragt endlich ihren Ausschuß: a) mit dem Vorschlage aller weiteren Maßregeln, welche durch Renitenz einzelner Regierungen gegen den Vollzug der Verfassung nothwendig werden könnten; b) zu dem Ende nöthigenfalls in direktes Benehmen mit der Centralgewalt zu treten, und setzt schließlich die Sitzung am 24. d. M. fest, in welcher über die Vorschläge sub a weiter verhandelt werden soll." Antrag von Eisenstuck und L. Simon. I. Die Nationalversammlung erklärt in Folge der Antwort Friedrich Wilhelm IV. die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiser der Deutschen für erledigt. II. Zur Vollziehung der Reichsverfassung beschließt demnächst die Nationalversammlung: 1) Die Nationalversammlung wählt durch absolute Majorität aus ihrem Schooße eine Regentschaft von fünf Mitgliedern; 2) der Regentschaft stehen alle verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers zu; 3) die Regentschaft ist gehalten, den verfassungsmäßigen Reichstag auf Grund der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes auf den 1. Juni 1849 nach Frankfurt einzuberufen; 4) der Reichstag wählt in gemeinsamer Sitzung beider Häuser den Kaiser mit absoluter Stimmenmehrheit; 5) die Regentschaft hat auf Grund der §§ 14, 191, 193 der Verfassung ungesäumt die ganze bewaffnete Macht einschließlich der Bürgerwehren, sowie sämmtliche Beamte des Reiches und der Einzelstaaten auf die Verfassung vereidigen zu lassen; 6) die Regentschaft hat für die unverzügliche Aufstellung einer zum Schutze der Nationalversammlung und zur Durchführung der Verfassung erforderlichen bewaffneten Macht Sorge zu tragen; 7) die Nationalversammlung fordert die Volksvertretungen der Einzelstaaten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Durch-

naßmachen meisterlich.*) Die Ausschußwahl, die Forderungen der Linken, die Anstalten zum Konvent und Wohlfahrtsausschuß sollten Furcht machen und dazu sollte die Linke benutzt werden; aber weiter wollte man auch nicht gehen, denn zu einem eigentlichen kühnen Schritte fehlte der Muth. Das Ganze war darauf berechnet, daß es aussähe, als thue man etwas, um die Verfassung durchzuführen,

führung der Reichsverfassung zu unterstützen; 8) die Nationalversammlung beschließt, das Deutsche Volk durch einen Aufruf zur thatkräftigen Durchführung der Reichsverfassung aufzufordern, und beauftragt den Ausschuß mit der desfallsigen Vorlage. Antrag von Reichensperger und Detmold: In Erwägung, daß: 1) was die Frage in Betreff der Deutung der Antwort Sr. Majestät des Königs von Preußen an die Deputation der Reichsversammlung betrifft, in wenigen Tagen eine Erklärung der königlich Preußischen Regierung zu erwarten steht, welche als authentische Interpretation entscheidend sein wird; 2) was die Maßregeln zur Durchführung der Verfassung anbelangt, die Mehrzahl der Deutschen Regierungen die Verfassung bereits anerkannt hat, die Erklärungen der übrigen Regierungen aber in kürzester Frist zu erwarten sind; daß aber, wenn die Anerkennung der Verfassung von Seiten sämmtlicher Regierungen erfolgen sollte, es weiterer Maßregeln zur Durchführung derselben Seitens der Reichsversammlung nicht bedarf: setzt die Reichsversammlung ihre Beschlußnahme über den Bericht der Deputation, sowie über die etwa zur Durchführung der Verfassung nothwendig werdenden Maßregeln bis dahin aus, daß die Erklärung der königlich Preußischen Regierung und der sonst noch mit ihren Erklärungen über die Verfassung in Rückstand befindlichen Regierungen eingegangen sein werden.

*) Der Mehrheitsbericht bemühete sich, den Erklärungen des Königs von Preußen und der Kaiserdeputation die möglichst günstigste Deutung zu geben. Der Weg, den der König angedeutet, könne doch auch zum Ziele führen, und wenn dann die Reichsverfassung nur anerkannt werde, so verschlage die Verwerfung des Princips nichts, durch welches die Versammlung sich habe leiten lassen, die die Mitanerkennung dieses Princips ja gar nicht gefordert habe u. s. f. Die Nummer 1 des Antrags solle der freilich möglichen aber doch auch nicht nothwendigen Deutung begegnen, als werde die praktische Durchführung des Vereinbarungsprincips der Versammlung gegenüber verlangt; das „Nunmehr“ der Nummer 2 solle darauf hindeuten, daß man einer etwaigen Verzögerung der Erklärung über die Annahme der Reichsverfassung möglichst entgegenzuwirken gedenke; die darin enthaltene Aufforderung habe lediglich den Zweck, thatsächlich festzustellen ob die übrigen Regierungen anerkennten oder nicht; der Antrag unter 4 bezwecke, der Versammlung im Dreißigerausschusse ein Organ zu erhalten, das durch Vorberathungen und Vorschläge für die Durchführung der Verfassung wirksam werden könne; die Mehrheit habe sich auf diese Anträge beschränkt, weil sie der Meinung sei, daß man zwar fest, aber besonnen vorschreiten müsse, um das vorgesteckte Ziel zu erreichen u. s. f.

während man doch im Grunde nichts that und nur Worte machen wollte, bis die entscheidende Antwort von Berlin eintraf, um sich dann Allem zu fügen, was von dort aus gewünscht werden mochte, nur vorausgesetzt, daß es mit guter Manier geschehen konnte. Eben dieser Lüge hatten Reichensperger und Detmold durch ihren Antrag entgegentreten wollen. Die Centralkorrespondenz belobte den Mehrheitsantragsbericht, der mit Klarheit die Ansicht vertheidige, daß die Nationalversammlung fest, aber besonnen voranschreiten müsse, und sagte über den Bericht zum Simon'schen Antrage, er sei einer Simon'schen Rede ähnlich, Handeln sei sein Thema, dazu rufe er mit Eifer die Nationalversammlung auf, ohne jedoch die Mittel, die er anwenden wolle, und die Ziele, wozu dieselben führen müßten, in genauere Erwägung zu ziehen. Das war ganz richtig, doch hatte auch Simon ganz Recht, wenn er auf etwas Naßmachen zielte. Mit dieser Centralgewalt war allerdings die Sache nicht durchzuführen. Wie hätte dem Reichsverweser die Ausführung der erforderlichen Maßregeln zur Nöthigung der Widerstrebenden angesonnen werden können!

Die Weidenbuschpartei hielt am 21. große Versammlung. Camphausen's Aeußerungen hatten niederschlagend gewirkt. An Einzelne waren besorgliche Winke von hoher Hand aus Berlin gelangt: wenn man in Frankfurt nicht Mittel finde, entgegenzukommen, so werde das Felsstück des Sisyphus wieder hinabrollen. Mehrere wünschten Hinausschiebung der Verhandlung über die Ausschußanträge. Die nächsten Tage könnten Ereignisse herbeiführen, die die Beurtheilung der ganzen Sachlage wesentlich änderten. Darauf aber wollten Andere nicht eingehen. Zögern werde zaghaft erscheinen, das Vertrauen des Volks auf den Ernst und die Festigkeit der Nationalversammlung schwächen; man müsse den Dingen frisch und muthig ins Auge blicken. Der materielle Inhalt der Anträge wurde erörtert. Es hieß: überstürzende Maßregeln verlange man nicht, aber der Mehrheitsantrag sei doch zu matt, zu allgemein und milde, scheine eine Aufschiebung ins Unbestimmte zu enthalten, die nicht in der Absicht der Nationalversammlung liegen könne. Zu einem Beschluß kam es nicht, außer zu dem, die verschiedenen Anträge, welche gestellt wurden, dem Vorstande zu übergeben, damit derselbe mit Zuziehung noch einiger Parteimitglieder sie erwäge und am folgenden Abend Vortrag darüber mache, wo denn sehr viele Reden gehalten wurden und große Angst sich aussprach, was aus Deutschland und den Dynastien werden solle,

wenn die Regierungen nun auch von den besten Männern der Nation sich trennten, ihnen nur die bittere Wahl ließen, noch am Ende ihrer ruhmreichen Kämpfe den Rubikon der Revolution zu überschreiten oder ihr großes Werk aufzugeben. (Haym III, 51, C.=K. vom 22., Post=Ztg. 97.)

So hatten die Kaiserlichen auf die Verhandlungen über die Ausschußanträge sich vorbereitet, die in der Sitzung am 23. beginnen sollten. Nach der Physiognomie, welche die Versammlung in dieser zeigte, begannen die Dinge schon die seltsam unheimliche Färbung anzunehmen, wenn nach dem Maskenball die Lampen erlöschen und üble Gerüche verbreiten, die Koulissen und Dekorationen verrückt werden, die Schminke und die falschen Bärte von den Gesichtern fallen, die, halb ernüchtert, halb noch berauscht in die Welt hinaussehen, wo die Dinge so ganz anders, als sie eine Zeitlang geträumt wurden und sich präsentirten.

Die zur Durchführung der Reichsverfassung Verbündeten wurden zunächst durch ständische Adressen aus Holstein, Nassau, Schwarzburg gelabt. Dann kamen die Würtembergischen Angelegenheiten zur Sprache. Die Nachrichten aus Würtemberg hatten in den letzten Tagen auf das Lebhafteste beschäftigt.*) Besonders nach dort waren die hoffenden Blicke gerichtet. Bislang hatte sich Römer durch ein sehr künstliches Schaukelsystem oben gehalten, an dessen einem Ende der König, am anderen die Volksvereine saßen. Er konnte jetzt den Konflikt nicht länger vermeiden. Die Erbkaiserlichen rechneten mit großer Genugthuung darauf, daß, wer auch oben bleibe, der König das Spiel verlieren müsse. Ihr System gelangte in Würtemberg in erwünschtester Masse zur Anwendung. Das Königthum erlitt dort schwere Niederlagen unter dem Beifall und durch Mitwirkung der Erbkaiserlichen von Frankfurt aus. Ein Vorgang in der Sitzung

*) Der König wurde von allen Seiten gedrängt, sein Dekret vom 19. an das Gesammtministerium von diesem mit der Drohung des Rücktritts beantwortet. Als er auf die Kammeradresse vom 21. geantwortet, er unterwerfe sich einem Hohenzoller nicht, äußerte Römer in der Kammer, wenn sich die Regierungen von Hannover u. s. w. auch nicht unterwürfen, so würden sie von den Völkern dazu gezwungen werden. So sehr war das Vertrauen zur Nationalversammlung und auch zu der vermittelst des erbkaiserlichen Reichsministeriums in den Händen der Partei befindlichen Centralgewalt gesunken, daß sich der König, was sonst so nahe gelegen hätte, um Intercession an letztere nicht wandte, wodurch Gagern genöthigt wäre, sich offen für die Revolution zu erklären oder sich von ihr loszusagen.

am 23. zeigte, wie sie im Bunde mit der Linken den so hart mit der Revolte kämpfenden König immer wehrloser zu machen suchten. Die Reichstruppen, die er nach Baden hatte entsenden müssen, wären ihm von großem Werthe gewesen. Man hatte gehört, sie seien zurückbeordert, zwei Simon's hatten interpellirt. Peucker legte in seiner Antwort seine Fürsorge dar, daß der König keine Widerstandsmittel behalte. Aehnliches kam in den folgenden Sitzungen. Der Rest der Oesterreichischen Abgeordneten hatte bis auf ein halbes Dutzend beschlossen, nur noch diesen Verhandlungen beizuwohnen und dann auszutreten. Grävell brachte nun den Antrag, an welchem die Preußische Partei so lange herumgegangen war, sie auszuschließen.

Hiernach der Hauptgegenstand des Tages. Zuvörderst Anträge aus der Versammlung.*) Es waren viele sehr schöne und außerordentlich energische Redensarten in Bereitschaft für die Sitzung, allein es waren auch viele sehr unangenehme Thatsachen dazwischengefahren, so daß sich jene Redensarten theils gar nicht, theils nur schüchtern durch allerlei Konjunktive und Hülfswörter gesichert hervorwagten, und obendrein in der durch mehrfache eintreffende Nachrichten aufgeregten und zerstreuten Versammlung kein aufmerksames Publikum fanden. Zuerst kam die Nachricht, daß der König von Würtemberg

*) Grävell forderte, dem Könige von Preußen solle eine peremtorische Frist bis zum 28. zur endlichen Erklärung gesetzt werden u. s. f. Linde beantragte den Gegenstand an den Ausschuß zurückzuweisen, die Berichterstattung vor Allem auf die in seinen (ausführlichen) Erwägungsgründen angedeuteten Erfordernisse und Mängel der Verkündigung der Reichsverfassung auszudehnen und die dadurch nöthigen Anträge zu stellen. Müller beantragte Annulliren der Beschlüsse vom 28. März und 11. April, Vertagung der Versammlung u. s. f. Er lieferte dazu in der Motivirung eine scharfe Kritik des Ganges und der Beschlüsse der Versammlung, der Ausschußanträge, des für die Versammlung beleidigenden Verhaltens Preußens, man möge auf dem souveränen Standpunkte stehen oder nicht, eines Verhaltens, wonach Preußen handgreiflich von dem geschehenen Antrage so viel wie möglich Nutzen ziehen wolle, und insofern um mit Camphausen zu reden bedingt angenommen habe, als es eine bedingte Neigung ausgesprochen, etwas zu nehmen, aber himmelweit entfernt gewesen sei, das zu nehmen, was angetragen worden u. s. f. Weitere Anträge mit zahlreichen Unterschriften kamen von Dieskau, M. Mohl, Schulz, Culmann, Schlöffel, Wedekind, Sepp, Fehrenbach. Schulz z. B. wollte, daß diejenigen Fürsten, die binnen einer festzusetzenden Frist ihre unbedingte Zustimmung zur Reichsverfassung nicht erklärt hätten, als verzichtend auf die Regierung betrachtet werden, ihre Regierungshandlungen von da an keine für Volk und Heer verpflichtende Kraft mehr haben sollten u. dgl.

auf das Allerentschiedenste und Bestimmteste verweigert habe, sich dem Preußischen Erbkaiserthume zu unterwerfen. Also hatte all der gegen den König aufgebotene revolutionäre Apparat dessen Willen nicht brechen können. Dann kam die Nachricht, der Bairische Bevollmächtigte habe von seiner Regierung eine Erklärung über die Verfassung erhalten, die noch energischer und entschiedener laute als die des Königs von Würtemberg. Zuletzt die Nachricht von der Annahme des Rodbertus'schen Antrags, zugleich aber von der entschiedenen Erklärung des Grafen Brandenburg in der Preußischen Kammer. Haym (III, 54) sagt: „Wir waren wirklich so weit, daß wir Rath von den Dingen erwarten mußten, die sich täglich anders gestalteten. Wir traten — ein bisher kaum erhörter Fall — am 23. in eine Debatte ein, über deren Ausgang wir selbst noch keinen Entschluß gefaßt hatten."

Zuerst sprach Kierulff als Berichterstatter. Die Deutsche Zeitung sagte, man könne den Mehrheitsvorschlägen wenigstens die Gerechtigkeit nicht versagen, daß sie „vorsichtig" wären und nicht durch etwaige Unausführbarkeit die Versammlung kompromittiren würden, und das habe denn auch Kierulff als ihren Vorzug hervorgehoben und mit besonderer Feinheit entwickelt, wie der König von Preußen so klar wie er nicht angenommen, eben so klar seine Geneigtheit dargethan habe. Nach Kierulff Heckscher. Gänzlichen Mangel an richtiger Erkenntniß der Lage warf ihm in der Postzeitung Bassermann, der sich auf so etwas verstehen mußte, vor, und daneben die tiefste Selbstverwundung seines Rufes als Staatsmann, indem er auch jetzt noch Gagern's Programm als fehlerhaft verworfen, während doch nie eine staatsmännische Voraussicht glänzender gerechtfertigt worden sei, als gerade die in jenem Programm ausgesprochene. Die Deutsche Zeitung judicirte, Heckscher's Rede sei äußerst geschickt und nicht ohne Bedeutung gewesen, weil er mit voller Offenheit und Wärme die Pläne und Handlungen der großdeutschen Partei zu rechtfertigen gesucht habe; allein sie habe nicht in diese Verhandlung gehört, da die Verfassung festgestellt sei und es sich nur noch um ihre Ausführung handele. Nach Heckscher Münch für den Ausschußantrag und nach ihm Schmidt von Löwenberg, der sich als ein rechter Repräsentant der Halbbildung, des Mangels an jeder Würde und des Ueberflusses an Dreistigkeit, die die äußerste Linke charakterisirten, erwies und wenigstens für sich und seine Parteigenossen nicht bewies, was nach ihm Welcker sagte, der Verstand des Volkes werde alle

Tage größer. Welcker war der letzte Redner in dieser Sitzung. Er hielt sie nach und unter dem Eintreffen der oben erwähnten Nachrichten. „Wir stehen und fallen mit der Verfassung“ war das Thema, das er fort und fort auf das Langweiligste variirte. Das Volk müsse die Verfassung halten, diese herrliche Verfassung, die ihres Gleichen nicht habe, wie er, der Redner, ein alter Staatsrechtslehrer, bezeugen könne u. s. f. Komisch war es und noch mitleidswürdiger, wie er zugleich im Bewußtsein, daß er Badischer Bevollmächtigter und Hofrath sei, es nicht wagte, offen zur Revolution aufzufordern, sondern immer nur implicit und verdeckt von dem sprach, wovon Schmidt sehr ungenirt gesprochen. Doch war es auch von ihm immerhin deutlich genug geschehen, um die Deutsche Zeitung in den Stand zu setzen, berichten zu können, er habe mit der gewohnten derben Heftigkeit die Fürsten „bedroht“, welche sich der Reichsverfassung widersetzen würden, und klar gezeigt, daß das Festhalten an derselben die unerlaßliche Bedingung zu ihrem Heile sei.*)

Die kaiserlichen Organe sprachen von der „ehemaligen“ großdeutschen Partei und triumphirten über deren Verschwinden. „Ihr Triumph ist voreilig, schrieb die Korrespondenz der letztern; die großdeutsche Partei besteht noch und sie wird fortbestehen, so lange im Deutschen Volke das Streben nach Einheit und Größe Kraft behält. Sie ist geschlagen und überwunden in der Reichsversammlung und geschwächt durch den Abgang der Oesterreicher, aber die Folge wird

*) Haym sagt: „Fast that er (Welcker) des Guten zu viel. Die Verfassung war bei weitem so schlecht nicht, als man sie in Berlin ausgab; aber dieses hyperbolische Lob aus Welcker's Munde machte sie doch nun auch nicht besser als sie war. Nur freilich, daß er in Einem unbedingt Recht hatte, daß sie der einzige Faden, der aus dem Labyrinthe der Gegenwart (die Kaiserlichen aus ihrer Sackgasse) herausführen könne. Das war's, und wir Alle stimmen noch heute in den stürmischen Beifall, mit dem wir, Du redlicher, heftiger Mann, Du unverdrossener Streiter für Freiheit und Vaterland, den Schluß Deiner Rede begleiteten.“ Letzterer bestand in einer an die Fürsten gerichteten Apostrophe des Sinnes, dieselben möchten sich selbst die Ruthe binden, um den kaiserlichen Drohern und Anbellern aus ihrer Noth zu helfen. Die Großdeutsche Korrespondenz bemerkte: bei Welcker's Rede „trauten wir unsern Ohren kaum, denn gerade das Gegentheil von Alle dem, was er auf der Rednerbühne äußerte, hat er zu wiederholten Malen im großdeutschen Verfassungsausschuß und im Pariser Klub gesagt. Aber wir haben so Seltsames erlebt, daß wir über nichts mehr uns wundern dürfen, am wenigsten über Widersprüche und Charakterlosigkeit.“

lehren, daß mit ihrer Besiegung die Reichsversammlung die eigene Stärke brach und die Losung zu Umsturz und Krieg gab. Noch harrt die großdeutsche Partei im Parlamente aus, obgleich sie dieses Parlament für verloren erachtet, denn seine Mehrheit rennt eine abschüssige Bahn, die in den Abgrund führt. Die rettenden Brücken haben die Sieger selbst abgebrannt, um sich zur Verwegenheit anzuspornen, um sich Muth zu machen. Wir halten es aber für Pflicht, noch auszuharren, damit im Parlament eine Minderheit bestehe, welche wirklich die Einheit von Deutschland vertritt, eine Minderheit, welche die Verfassung nicht unterschrieben hat." Die Korrespondenz malte die Sitzung, den ganzen Zustand grau in grau, die Berichte der Kaiserlichen bestätigten bei allem Stolziren und Klugthun die Richtigkeit der Darstellung.*) Wie höchst mißlich die Dinge sich aber auch

*) Die Großd. Korr. schrieb am 24.: „Schon sinkt das Parlament immer mehr zu einem Rumpfparlamente herab. Todesmattheit verrathen die langen Pausen von einer Sitzung zur andern. Seit dem 28. März bis gestern, in dieser ereignißschweren Zeit, nur 7 Sitzungen, heute ist die 8. Die leeren Bänke gewähren, wenn so bedeutende Verhandlungen stattfinden, einen trostlosen Anblick und geben den Eindruck der Oede. Als gestern Welcker sprach, zählten wir nicht einmal anderthalb hundert Anwesende. Die Oesterreicher verlassen uns nach und nach. — — Unserer Meinung nach ist diese Reichsversammlung in Sackgassen verrannt, bankerott. Ein großer Theil ihrer Mitglieder wird sich aus der Befangenheit nicht losreißen, in welche sie durch das Zusammenleben und Verhandeln während eines ganzen Jahres gerathen sind. Unsere Wünsche sind daher dahin gerichtet, daß die Nationalversammlung sich vertage und an ihre Stelle ein Reichstag trete, in welchen das Volk frische Männer senden möge. Die Kaisermacher sehen Alles durch die Brille ihrer Vorurtheile; sie sind verbraucht. Inmittelst hat das Parlament eine neue Revolution begonnen, statt die vollbrachte zu gestalten und zu schließen. Dieselben Männer, die es im Frühjahr für ihre Pflicht hielten, der Anarchie zu wehren, suchen Hülfe, Belehrung und Trost bei Männern des Umsturzes. Trotzdem, daß ihr Spiel so gewagt ist, behaupten sie durch das früher erworbene Vertrauen noch so viel Autorität, daß Piepmeyer es mit ihnen hält und auf ihren Ausspruch schwört. Denn Piepmeyer ist Kaisermacher, ihm gebührt der vierte Theil des Verdienstes, daß es zur Kaiserwahl kam. Doch ist die Verlegenheit bei Manchem schon groß und mit Versicherungen, daß ihr Werk, welches sie „die Deutsche Sache" getauft haben, gut von statten gehe, sucht einer dem andern den Muth einzusprechen, den er selbst nicht hat. Die großen Worte, die sie in die Welt hinausrufen, sollen über ihre kleinen Kräfte täuschen. Der Märzverein aber ist in voller Thätigkeit und ertheilt überallhin seine Befehle und Weisungen und wir gewahren die Größe seines Einflusses. Die Ereignisse in Sachsen, Würtemberg u. s. w., wo das

anließen, die nie zur Erkenntniß der Lage Kommenden schöpften auch am Tage dieser trostlosen Sitzung neue Hoffnungen und zwar aus Umständen, welche ihnen und ihrer Sache nichts weniger als Gutes bedeuteten. Es wurde kund, daß Camphausen seine Entlassung gefordert. Sie schlossen, daß sich in Berlin ein wichtiger Schritt, eine Umwandlung zu ihren Gunsten vorbereite, stimmten Freudengesänge an, ließen Wehklagen folgen und verbanden damit neue Großsprechereien und Drohungen, dem Anschein nach ohne die leiseste Ahnung, daß sie dadurch, sowie durch ihre ganze Auffassung, zumal in Berlin mehr und mehr gefährlich und verhaßt und zuletzt lächerlich erscheinen und das Feld sich verderben müßten.*) Sodann war

---

Unglaubliche geschah, sind lediglich seiner Einwirkung zuzuschreiben. Denn weder in Stuttgart noch in Dresden will das Volk Preußisch werden. — Man schreit über dynastischen Eigensinn: in diesem Augenblick sehr mit Unrecht, denn die Fürsten haben jetzt das Recht ihrer Stämme gegen die Preußische Eroberung und die Verblendung der Vereine und augenblickliche Uebereilung zu wahren und können der Forderungen, die früher in den Ständeversammlungen wiederholt wurden, ebenso eingedenk wie gewiß sein, daß die Zukunft ihren Widerstand ihnen danken wird." Haym schreibt: Nur so viel sei aus den Anträgen und bunt durcheinanderklingenden Reden klar geworden, daß seit dem 11. die ganze Versammlung eine andere geworden. Noch wären die Vereinbarer (Grävell u. A.) dagewesen, die rand= und bandlosen Radikalen hätten ihre theils rohen, theils abgeschmackten Anträge aufgetischt, Schlöffel, der Unsinnigste und Rötheste von ihnen, den Erbkaiserlichen Hohn und Gemeinheit ins Antlitz geschleudert, aber zusammengeschmolzen sei die Partei der Großdeutschen gewesen, die imposante Mehrheit vom 11., die verbündete Macht der Linken und erbkaiserlichen Centren gesprengt. Es sei jetzt offenkundig geworden, daß auch für die Frage der Durchführung der Verfassung aus einer Partei wieder zwei geworden, daß die Linke mit dem Weidenbusch, dieser mit jener gebrochen habe.

*) Bassermann beeilte sich, das große Ereigniß in der Postzeitung zu verkünden und fügte hinzu: „Es freut uns, daß dieser gewichtige Mann sich von einer Politik lossagt, welche Preußen mitsammt Deutschland ins Verderben führen müßte. Ein solches Lossagen aber wird wol gehörigen Ortes ein nicht zu übersehender Fingerzeig sein, welchen Weg man nun endlich einzuschlagen habe. Ueberhaupt sind wir der Meinung, daß es in Berlin zu dem jetzt eingetretenen Wendepunkt hat kommen müssen, ehe eine heilsame Krisis eintreten konnte, die wir näher glauben als je, sobald nur das Preußische Volk selbst, gleich dem Würtembergischen, es am rechten Gebrauch seiner gesetzlichen Organe nicht fehlen läßt." Die C.=K. judicirte ebenso klug: Camphausen scheine durch die letzten Noten des Preußischen Ministeriums und durch Brandenburg's Auslassungen vom 21.

Radowitz nach Berlin berufen. Er reiste am 23. ab. Auch dies, glaubten sie, deute darauf hin, daß dort die Zeit der halben und ausweichenden Politik zu Ende gehe. Sie hatten seine Ideen und Rathschläge stets verworfen, so weit von sich gewiesen und sich so darüber geäußert, daß ihre Auffassung seiner Berufung zum Könige als eines „glücklichen und versprechenden Zeichens" seltsam genug, und daß es allerdings, und um so mehr charakteristisch war für den niedrigen Stand ihrer Aussichten (doch nicht blos dafür), daß sie „neue Erwartungen aus einer Nachricht schöpften, welche zu jeder andern Zeit die gesteigertsten Erwartungen hätte niederschlagen müssen." (Haym III, 76.) Diese Erwartungen knüpften sich an eine Unterredung, welche Radowitz vor seiner Abreise mit Gagern gehabt, und in welcher er diesem seine Verwendung für die Annahme der Reichs-

---

zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß die Preußische Politik dieses Ministeriums eine völlig unfähige und deshalb gerade in diesem Augenblicke die verderblichste sei. „Sein Rücktritt wird das Gewicht der Abstimmung über den Rodbertus'schen Antrag bedeutend vermehren. Von Neuem schöpfen wir Hoffnung, daß ein neues Ministerium die Deutsche Frage im Sinne Deutschlands lösen werde. Wir wiederholen diesem neuen Ministerium, daß es unmöglich ist, einen anderen Weg zu gehen als den der Reichsversammlung." Unmittelbar darauf folgten alte und neue Klagen über die Erklärungen vom 3. und daß Graf Brandenburg die Nationalversammlung in den April schicke, daß der große Augenblick ein so kleines Geschlecht gefunden, daß die Preußische Politik nie schlechter gewesen, während die der Kaiserlichen in Frankfurt — die ein Geschlecht und zehn andere Dinge voraussetzte, wie sie nicht vorhanden waren — so ausgezeichnet. Die C.-K. sagte: Nur unsere Verfassung ist möglich und — nur durch die Demokraten kann die Renitenz der Könige überwunden werden. Ihre Partei hatte auf Kleindeutschland oder Großpreußen hinoperirt, jetzt sagte sie von dem Gedanken, in welchen sie Preußen hineingezerrt: Der Gedanke von einem Großpreußen bis zum Main, der in Berlin eine Zeitlang gehegt zu sein scheint, ruinirt Deutschland. Das neue Preußische Ministerium hoffe nicht, die Hoffnungen der Nation noch länger hinauszuziehen oder zu betrügen; entweder man überwindet die armseligen Skrupel, oder bekommt die zweite Revolution! Es fehlte nicht an Stimmen eben auch aus Preußen wie die Bonner Erklärung vom 23., der König könne die Verfassung wie sie sei unmöglich annehmen, man möge das Drohen mit der Revolution lassen u. s. f. Die kaiserlichen Organe konnten nicht umhin, Notiz davon zu nehmen; aber trotz alledem sollte das Deutsche, das Preußische Volk ganz begeistert für die Reichsverfassung und so ungeduldig sein, den Preußischen Erbkaiser zu erhalten, daß es der Weidenbuschpartei fast unmöglich war, energischere Beschlüsse noch ein paar Tage zurückzuhalten.

verfassung zugesagt haben sollte.*) Gagern und seine Partei hätten, wenn die bestimmteste Zusicherung dieser Art erfolgt wäre, eher das gerade Gegentheil annehmen, als steif und fest glauben sollen, wie sie wenigstens in der nächsten Zeit thaten, daß Radowitz in Berlin nach ihrem Sinne wirken werde. Es währte freilich nicht lange, bis ihnen ein richtigeres Licht zuerst aufdämmerte und noch etwas später grell in die Augen leuchtete, wo sie denn Radowitz auf das Bitterste beschuldigten, der eigentliche Ursächer der Preußischen Politik von der Ablehnung des Königs bis zur Maiverfassung gewesen zu sein. Verborgen blieb ihnen jedoch, daß Radowitz, bei welchem man deshalb die ihm vorgeworfene Falschheit nicht vorauszusetzen genöthigt ist, Gagern bei der schwachen Seite fassend, sie zu Werkzeugen seiner gemuthmaßten, insbesondere auf die Verdrängung des Reichsverwesers gerichteten Pläne zu machen suchte, was ihm auch gelang. (Anh. XXII.)

Aus den Hoffnungen, welche sie an Camphausen's Rücktritt, Radowitz' Berufung, Beckerath's Mittheilungen knüpften, erklärt sich noch mehr ihr Zaudern, ihr Bestreben, Beschlüsse abzuwenden, welche den „Entwickelungsproceß" in Berlin hätten stören können. Sie beriethen Abends, was nun zu thun sei. Sie hatten zwei Wege vor sich zu Anträgen auf den folgenden Tag. Entweder sie beharrten auf dem Beschlusse vom 11. April, gingen mit der Linken weiter vor zur Konventsgestaltung. Aber dann rief die Preußische Regierung

---

*) Die C.=K. meldete am 24., Radowitz habe mit dem Reichsministerium (was nicht richtig war) eine längere Berathung gehabt, in welcher er sich dahin ausgesprochen, daß er dem Könige nur den Rath geben könne und werde, die Reichsverfassung ohne weitere Bedingungen anzunehmen; jedenfalls kenne er die Stimmung der Versammlung und die Zustände Süddeutschlands sehr genau und werde der thörichten Kurzsichtigkeit der Berliner Bureaukratie mit der siegreichen Kraft seiner Einsicht entgegentreten. Die Deutsche und nach ihr die Postzeitung berichteten am 24., Radowitz habe Gagern versichert, er werde dem Könige zur unbedingten Annahme der Reichsverfassung rathen. Gagern soll über die Indiskretion sehr unglücklich gewesen sein. Die Postzeitung brachte am folgenden Tage nachstehende Bassermann'sche Korrespondenz: „Verschiedene gestrige Blätter enthalten die Nachricht und auch wir haben sie aus der Deutschen Zeitung aufgenommen, daß Herr v. Radowitz vor seiner Abreise nach Berlin eine Unterredung mit Hrn. H. v. Gagern gehabt und dabei geäußert habe, er werde Sr. Maj. dem König von Preußen die unbedingte Annahme der von der Deutschen Nationalversammlung verkündeten Verfassung anrathen. Es kann aus bester Quelle versichert werden, daß eine so bestimmte Aeußerung von Seiten des Herrn von Radowitz nicht erfolgt ist."

ihre Deputirten ab, oder diese gingen von selbst. Oder sie brachen mit der Linken und fanden einen Antrag, durch welchen man demnächst zur Aenderung der Verfassung kommen konnte. Ein solcher Antrag hätte als Basis zur Rekonstruirung einer konservativen Mehrheit dienen können. Allein der Simon-Gagern'sche Handel, falsche Scham und was nicht Alles stand im Wege. Beschlossen wurde, der Diskussion ihren Fortgang zu lassen und alle etwa zu stellenden Anträge noch zu verschieben, „um jede Ueberstürzung nach Möglichkeit zu verhüten".

In der Sitzung am 24. April wurde zunächst eine Zuschrift vom Vorsitzenden der Würtembergischen Kammer unter den lebhaftesten Zurufen verlesen, wonach jene ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß die von der Deutschen Nationalversammlung verkündigte Deutsche Reichsverfassung in Würtemberg als Gesetz bestehe; daß jeder Würtembergische Staatsbürger, gleichviel, ob er dem Civil- oder Militärstande angehöre, zur Befolgung und zum Schutze dieser Reichsverfassung ebenso wie der Würtembergischen Landesverfassung verpflichtet, daß jeder Angriff auf dieselbe ein Verbrechen sei, und daß deshalb weder Civil- noch Militärbeamte verpflichtet seien, einem Befehle Folge zu geben, bei dessen Ausführung sie sich an diesem Verbrechen betheiligen würden. Fetzer und Vischer stellten sofort einen entsprechenden dringlichen Antrag, und beantragten außerdem, daß die Abstimmung ohne Diskussion erfolgen möge. Es geschah. Fast die ganze Versammlung erhob sich, wie es in den stenographischen Berichten heißt. Eine bare Unwahrheit war es, wenn die Zeitungen, unter ihnen die Deutsche schrieben, es habe Stimmeneinhelligkeit stattgefunden, die Mitglieder aller Fraktionen hätten sich zu dem — nicht wenig revolteförderlichen — Beschlusse erhoben. Aber freilich hätte letzterer ohne Betheiligung der monarchischen Centrenmänner nicht gefaßt werden können. Es war nicht ohne Wahrheit, wenn die Deutsche Zeitung bemerkte, der Unterschied zwischen den verschiedenen Theilen des Dreißigerausschusses und den von ihnen vorgelegten Anträgen sei weniger ein Unterschied in den Principien als in der Art und Weise dieselben zur Ausführung zu bringen; Alle wollten mit gleicher Entschiedenheit den Widerstand der einheitfeindlichen Regierungen und Fürsten brechen, sie wären darin einverstanden, für die Aufrechthaltung der Verfassung selbst zu den äußersten Mitteln zu greifen, nur wollten die Einen sofort die Exekution anwenden, die Anderen noch (nämlich die hierzu doch nicht

gleich Entschiedenen) eine peremtorische Frist anwenden; diese Einigkeit habe sich in dem einstimmig gefaßten Beschlusse gezeigt und sich dann in den Reden ausgesprochen; ob die Sprecher den Mehrheits- oder Minderheitsantrag vertheidigt hätten, gleich heftig wären ihre Angriffe gegen das Preußische Ministerium und die sonderbündlerischen Regierungen der Mittelstaaten gewesen.

Dem war so. Die Hauptrede hielt gleich zu Anfange Vogt. Er erschütterte damit die Centrenmänner, sie auch persönlich beugend, ihren Gedankengang, ihre Hoffnungen, ihren Muth auf das Gewaltigste. Wie konnten sie noch länger einhergehen mit Alliirten, die so im offenen Parlament sich vernehmen ließen, sie und die gemeinsame Sache so kompromittirten!*) Plathner forderte Besonnenheit.

*) Er setzte höchst ungenirt auseinander, daß die Linke das Kaiserthum nicht aus geänderter Ueberzeugung, sondern nur aus Resignation gegen den „Ausfluß der Volkssouveränität" annehme, deren Princip die Linke in allen seinen Konsequenzen durchzuführen gedenke; welche Abneigung gegen das Kaiserthum, die „unmögliche Spitze", sie habe überwinden müssen; wie schwer es ihr werde, der für Preußen gemachten Verfassung sich anzuschließen, und welche innere Mißbefriedigung diese Erhebung für die Verfassung ihr gebe wegen des selbstsüchtigen, unredlichen, undeutschen Verhaltens von Preußen. Er ergoß reichlichen Spott über das konstitutionelle System, deducirte die Schädlichkeit der Monarchie, nannte sich offen einen Republikaner, kritisirte mit Glück das politische System der Monarchisten wie die Kaiserlichen, forderte Handlungen von der Versammlung, weil sie schuldig sei dem Volke voranzugehen, ihm die Ziele aufzustecken, wohin es die Bewegung zu richten habe. Am meisten hatten die Alliirten der Linken von ihm zu leiden, so groß auch die Frechheit war, mit welcher er über die Regierungen herfuhr. Die D. Z. konnte den Punkt nicht ganz übergehen, suchte indeß, so gut es gehen wollte, durch die Bemerkung darüber hinwegzukommen: „Daß Herr Vogt bei Darlegung seiner Meinung viele Seitenblicke auf die Politik seiner früheren Gegner, der Centren warf, versteht sich von selbst. Auch diese Blätter erhielten ihr Theil. Vor Allem aber „gewisse Unterstaatssekretäre", die Herr Vogt stets mit Vorliebe zu bedenken pflegt." Haym (III, 56) sagt, Vogt habe sich bemüht, jeden Zweifel über die eigentlichen Tendenzen seiner Partei, sowie über deren nunmehrige Stellung zu den Centren verschwinden zu machen, welchen er ihre Thatlosigkeit zum Verbrechen gemacht, womit sie das zumeist von der Linken (?) zu deren Zwecken aufgeregte Volk im Stich ließen; unbestreitbare Wahrheit habe in der Vogt'schen Rede gelegen; die Aussicht auf eine Aenderung in den Preußischen Entschließungen sei so prekär gewesen, daß sie sogar das gänzlich unverbürgte Gerücht von einer neuerdings beabsichtigten Abdikation des Königs zu ergreifen nicht verschmäht. „Es war ein Zustand der Dinge, welchem unthätig zuzusehen das Quälendste von der Welt war. Wenn es

Er werde auch vor den äußersten Konsequenzen eines als richtig erkannten Standpunkts nicht zurückschrecken, aber — was am 27. März hätte bedacht werden sollen — der erste übereilte Schritt sei zu meiden, der die Versammlung in eine schiefe Richtung bringe, mit Nothwendigkeit zu weiteren Schritten in derselben Richtung führe, ihr von Stufe zu Stufe die Nation entfremde, bis sie vereinsamt dastehe und wegoktroyirt werde; der andern Seite sei jedes Mittel recht, diese wolle nur legale, von dem Rechtsboden aus, den sie gewonnen; der Beschluß wegen der Würtembergischen Kammer — das sei etwas Anderes gewesen, da eine gesetzliche Erklärung eines gesetzlichen Volksorgans vorgelegen hätte u. s. f. Und dann sprach er auch noch von seiner Partei als der, die es ehrlich meine, und davon, wie schuldfrei die Versammlung sein würde, wenn es zur offenen Rebellion käme, sofern sie nur den legalen Weg seiner Partei einhalte. Darauf Wichmann und Francke, der noch viel heftiger und böser als Vogt und Plathner über die Preußische Regierung herfuhr, vernichtend wegen ihres Verhaltens in der schleswig-holsteinischen Sache, er, der Regierungsbevollmächtigte, wie die Deutsche Zeitung sagte.*) Er gab schließlich eine Schilderung des Schmerzes und der Mühe, welche es die Weidenbuschpartei koste, bei Mäßigung, Ruhe und Würde zu bleiben, bis die äußersten Mittel unumgänglich nothwendig erschienen, sie, welche anders spreche wie die im Donnersberge, und die nicht donnern wolle, wenn sie keinen Blitz habe.

Nach jeder Rede hatte die Linke den Schluß verlangt, um die

---

wirklich einen Parlamentsbeschluß gegeben hätte, der ihm ein Ende hätte machen können: er hätte ohne Zögern gefaßt werden müssen." Die Centren verzweifelten also an Preußen, an der Nationalversammlung, an sich selbst und hofften allein noch etwas vom „Volke". Dies das Minimum von Raison bei ihrem Aufregen desselben, da ihnen nicht entging, daß letzteres im Erfolge und Ausgange zu den Zwecken der republikanischen Linken geschah.

*) Die D. Z. schloß ihren betreffenden Artikel: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten! sagte neulich ein sehr Hochgestellter. Das ist die Lehre, welche das vorige Jahr mir gegeben hat!" Aber die Lehre ist ja schon sehr alt, wie er von seinem Lehrer Niebuhr erfahren haben wird. Septimius Severus gab sie seinen Söhnen beim Sterben. „Stützt Euch auf die Soldaten, sagte der rauhe Kaiser auf seinem Todtenbette, und achtet alles Andere für nichts!" Der älteste Sohn befolgte diese Lehre, und sein Name ist — Caracalla! Nein, der König von Preußen wird keine Gewaltherrschaft ausüben wollen, sondern nur eine gesetzliche. Dann muß er sein Ministerium entlassen."

Sache zu der raschen Entscheidung zu bringen, welcher ihre Verbündeten aus dem Wege zu gehen suchten, die noch immer die Mehrheit hatten, wenn sie sie haben wollten. Der Schluß wurde abgelehnt, und, obgleich es erst zwölf Uhr war, Vertagung beliebt, nachdem noch M. Mohl das Wort erhalten. Er fragte, wie viel Fußtritte die Versammlung sich noch geben lassen wolle, indem sie trotz ihrer innern Ueberzeugung von der Ablehnung des Königs immer von Neuem die Krone anbiete; er wollte über die Oberhauptsfrage auf der Stelle anderweit entschieden wissen. Nach ihm erhielt auch noch Gagern zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Der König von Würtemberg habe gegen eine Deputation geäußert, daß er, Gagern, mit Camphausen über Aenderungen der Verfassung unterhandelt; dem sei nicht so und er spreche wiederholt seine Ansicht aus, daß die Verfassung, so wie sie vorliege, zur Verwirklichung kommen müsse, und daß er, seitdem sie verkündet, in keine Verhandlungen eingetreten sei, welche Abänderungen derselben zum Gegenstand gehabt hätten. Darauf ein heftiger Streit über den Tag der nächsten Sitzung. L. Simon sagte den Alliirten, sie hätten so früh vertagt, sie suchten die Sache hinzuziehen, weil sie auf eine Ministerkrisis in Preußen warteten, um, wenn dieselbe nach ihrem Sinne ausfalle, ihr Projekt der Preußischen Hegemonie in Ausführung zu bringen; wenn dieselbe aber nicht so ausfalle, ob sie abwarten wollten, daß die Königreiche, Oesterreich und Preußen und Rußland das Schlagwort gefunden hätten? Die Linke wolle sich jedoch der Verdächtigung ihrer Partei nicht ausgesetzt sehen, um hier wehrlos überfallen zu werden; er beantrage, daß sie nun wenigstens die Fortsetzung der Berathung auf den nächstfolgenden Tag festsetzten. Riesser beklagte, daß der Schluß der Sitzung schon so zeitig angenommen sei, gab jedoch zu und unternahm es zu rechtfertigen, daß auf eine Ministerkrisis in Preußen gewartet werde: die Versammlnng könne einen Aufschub um einen Tag vor dem Vaterlande verantworten, sie werde durch einen solchen ihre Pflicht gegen dasselbe üben, da ja jeder Tag Entscheidendes bringen könne, die Beschlüsse der Versammlung aber leicht störend eingreifen und wirken könnten. Das Alles unter Hohn und Gelächter der Linken. Raveaux entgegnete: die Versammlung könne es vor der Nation nicht verantworten, daß sie einen Tag nichts thue; es seien 47 Redner eingeschrieben und die Reden könne man doch wenigstens hören. G. Beseler suchte den von Neuem ausbrechenden Konflikt der Alliirten vermittelnd zu beseitigen. Auch

er sprach davon, daß die Thatsachen noch nicht so reif wären, um einen sichern Entschluß zu fassen. Suche die Linke einen Zwang auszuüben, indem sie den Schluß der Debatte beantrage, so müsse sie sich auch einen Antrag auf Vertagung gefallen lassen. Es möge in der folgenden Sitzung fortdebattirt werden, nicht aber um zum Schlusse zu kommen.

Die Centrenpartei hielt Abendberathung. Die Hitzigsten wollten den Regierungen bewiesen wissen, daß die Versammlung Muth und Thatkraft besitze; die Kühleren erwiederten: um Muth zu zeigen regen wir keinen Finger, wir thun oder lassen in jedem Augenblick, was den Umständen gemäß ist. Dies auszufinden schaffte Mathy Rath. Er brachte einen Vorschlag auf die Bahn, der die Theorie in Praxis übersetzen sollte, wonach die Nationalversammlung zu ruhen, die Nation zu handeln, legale Revolte einzutreten habe. Die Kammern sollten es thun, ihnen gegenüber den Regierungen die Hände gebunden werden. Es war theilweis und verhüllt eben das, was Schulz in seinem unsinnigen Antrage offen und ganz forderte. Der Weidenbusch machte den Vorschlag zu seinem einzubringenden Antrage, den Mathy vorzog unter anderm (Schubert's) Namen einbringen zu lassen und welchem er von der Tribüne das Wort zu reden verhieß. (Haym III, 58 ff.)

In der Sitzung am 25. kam zu Anfange eine Interpellation wegen der Würtembergischen Truppen mit ähnlichem Verlauf wie die am 23. und bei ähnlichem Verhalten der Kaiserlichen gegenüber den Unordnungen in Würtemberg, wie am 24.*) Sodann weitere Verbesserungsanträge von Schubert und Genossen und von

*) Es war ein Centrenmann, Albert, der den Reichsminister interpellirte, welchen Erfolg die von ihm bezüglich der Würtembergischen aus Baden heimbefehligten Truppen gehabt. Peucker hatte Veranstaltung getroffen, daß dem Könige die Hülfe jenes Korps entzogen bleibe, ohne demselben Hülfe von Seiten der Centralgewalt gegen legale und illegale Revolte zu gewähren. Die Konservativen billigten es höchlich, daß Zwang geübt worden war gegen einen königlichen Willen, weil dieser dem Willen seines Volks und des Parlaments entgegentrat; sie freuten sich, daß dem königlichen Willen die Mittel versagt hatten, um diesen Zwang abzuwehren; sie nahmen es mit anerkennendstem Beifall auf, als der Reichsminister erklärte, daß er den Befehl des Würtembergischen Korpskommandanten durch einen Gegenbefehl annullirt habe; sie bekräftigten, daß ein fürstlicher Eigenwille nicht unterstützt werden dürfe durch fremde Hülfe oder von Reichswegen im Widerstande gegen eine auf Anerkennung der Reichsverfassung gerichtete Bewegung des Volkswillens.

Reden. Mathy-Schubert's Antrag ging auf Lahmlegung des konstitutionellen Rechtes der Regierungen, die Kammern zu vertagen oder aufzulösen. Der Antrag Reden's war ein weitergehender, und es war eigenthümlich genug, daß Mitglieder wie Reden jetzt sich vordrängten. Das professorische Organ bemerkte, die längere Fortsetzung der Berathung habe den Vortheil gehabt, daß Vorschläge sich Bahn gebrochen, die, ohne gerade zu revolutionären Mitteln zu greifen, doch die Bahn des Handelns etwas kühner beträten, als der Ausschuß mit seinen friedlichen Erklärungen thue. Ein Antrag v. Nagel's aus Oberösterreich drückte vollständiges Beharren auf dem Vereinbarungsprincipe und die fortwährende Voraussetzung eines unauflöslichen Zusammenhangs mit Oesterreich aus. Brentano, Erbe und ein paar Andere erklärten: sie verzichteten auf das Wort, während die rechte Seite die Sache hinziehen wolle, die Zeit des Redens aber vorüber sei.

Grävell sprach zuerst, unter Schlußrufen beginnend. Niemand hörte. Nachdem er geendet mußte schon wieder über einen inzwischen eingebrachten Antrag auf Schluß der Debatte entschieden werden. Dann bekam Schlöffel das Wort.*) Nach ihm Mathy, obschon ihm selbst die Deutsche Zeitung Sophismen Schuld gab, doch so gut als für die Sache sich sprechen ließ, für die er plaidirte. An der unveränderten Verfassung müsse festgehalten werden, allein die Anträge der Linken griffen zu sehr in die Thätigkeit der Einzelstaaten ein und führten über das Ziel hinaus; die Hindernisse der Durchführung müßten in letzteren durch deren eigene Kraft überwunden werden; Alles was die Nationalversammlung thun könne, müsse dahin gerichtet sein, die befreundeten Kräfte zu stärken, die widerstrebenden zu schwächen.**) Am Schluß: Er sei bereit, zu rechter

*) Da hier offen erklärt sei, die Diskussion dieses Tags solle nur zu dem Zwecke stattfinden, um Zeit auszufüllen, so fühle er sich gedrungen auf das Wort zu verzichten, weil er es für unwürdig halte, in dem eingelegten Zwischenakte der lächerlichen Ausschußposse zu fungiren. Auf den Ordnungsruf des Vorsitzenden entgegnete er, daß er sich denselben um so lieber gefallen lasse, da er hoffe, daß eine Zeit kommen werde, in welcher der Ordnungsruf über dieses Haus anderweitig ertöne.

**) In Preußen bestehe das Hinderniß nur im Ministerium Brandenburg, doch werde sich bald zeigen, was unmöglicher sei, die Aenderung des letztern oder die der Verfassung; Deutschland könne eher ohne Erbkaiser als ohne Preußen, und Preußen eher ohne Erbkönig als ohne Deutschland bestehen; zur Entscheidung des Sieges der Deutschen Sache bedürfe es nur des mora-

Zeit für alles Das zu stimmen, was nothwendig sei — es möge gehen so weit es wolle — um die Verfassung durchzuführen, aber nicht für mehr und nicht zur ungehörigen Zeit. Hiernach abermals ein Schlußantrag und Ablehnung desselben. Darauf Reichensperger. Er hielt der Kaiserdeputation die Inkonsequenz vor, nach ihrer ersten Erklärung in der Antwort des Königs eine Ablehnung gefunden, dann in ihrem Bericht um diese wieder herumzukommen gesucht zu haben; er legte die Rückhaltsgedanken, die Unwahrheit, die Unangemessenheit des Antrags der Ausschußmehrheit bloß: selbst ihm zufolge, der die Regierungen zur Anerkennung auffordere, stehe die Zurechtbeständigkeit der Verfassung nicht fest, die — wegen § 1 — zugeständlich auch nicht einmal ausgeführt werden könne; er erörterte nach der Rechts- die Machtfrage und führte den Verbündeten nachdrücklich zu Gemüth, daß, wer seine Sache auf die Gewalt stelle, sich die Gewalt auch gefallen lassen müsse; er zeigte den Centrenmännern, insbesondere Welckern, die Widersprüche und ebenso der Linken die Verkehrtheit ihres Verhaltens und den Ausgang; er schloß mit einer dringend warnenden Ansprache an Diejenigen, denen es darum zu thun, daß noch irgend etwas bestehen bleibe, das einer bürgerlichen Ordnung nur ähnlich sehe.*) Ehe der Vorsitzende Biedermann das Wort gab, mahnte er mit dem extraordinären Beifügen zur Ruhe, daß auf diesem Wege (bei solchen Störungen)

---

lischen Beistandes der Versammlung, die nur ja den wohlthätigen Proceß nicht stören möge, der in Preußen vor sich gehe und in dem Augenblicke vielleicht schon entschieden sei; es möge nur der Bewegung in den Ständekammern freie Bahn geschafft werden. Keine Einsetzung einer Regentschaft u. dgl. Die Centralgewalt habe noch keinen Anlaß zu der Befürchtung gegeben, daß sie die Beschlüsse der Versammlung nicht vollziehen werde; das Ministerium sei entschlossen, mit der Verfassung zu stehen und zu fallen.

*) Die Folge dieser Gebahrungen der Linken und Centren sei klärlich, „daß wir dem Systeme des Nihilismus, einer allgemeinen Auflösung zusteuern, und ich fürchte, wenn die Einen, welche die konstitutionelle Monarchie wollen, und die Anderen, die die Republik anstreben, auf ihrer bisherigen Verfahrungsweise beharren, daß eine Zersetzung, ein Durcheinander sich einstellen wird, hinter welchem die Despotie als ein rettender Engel erscheint. Deswegen wollte ich Sie dringend bitten, bei allen Maßregeln zum Zwecke der Durchführung der Verfassung, die Sie ergreifen mögen, doch fest im Auge zu behalten, daß Sie die noch aufrechtstehenden Trümmer der konstitutionellen Monarchie wahren, daß Sie die letzten noch bleibenden festen Punkte, daß Sie das Princip der Autorität wenigstens behaupten möchten."

nichts Heilsames werde zuwege gebracht werden. Auch Biedermann sprach, wie die Deutsche Zeitung sagte, die feste Entschlossenheit aus, auf jede Weise, selbst auf die Gefahr des Königthums, die Verfassung ins Leben zu rufen, erklärte „offen und männlich", er habe geglaubt, die Einheit Deutschlands würde am besten durch das Erbkaiserthum herbeigeführt werden, zeige es sich aber unausführbar, so sehe er das einzige übrigbleibende Mittel dazu in der Föderativrepublik, der er dann unbedingt beitrete; doch werde sich das tüchtige Preußische Volk, das tapfere Preußische Heer die Gelegenheit nicht zum dritten Male entgehen lassen, mit Deutschland die ihm vorbehaltene Weltstellung einzunehmen. Weiter sprachen Bally (für den Antrag von Detmold und Reichensperger) und nach ihm Bassermann, der sehr geschickt die Politik, besonders die frühere Haltung der Centren gegen Vogt's Angriffe vertheidigte und seinerseits angriffsweis gegen die Linke verfuhr. Löwe nahm den Handschuh auf, heftig gegen den Weidenbuschantrag eifernd und insbesondere fordernd, daß die Regierungen, die die Verfassung anerkannt, nun auch zu deren Durchführung verpflichtet würden, daß die Nationalversammlung das Volk nicht im Stich, nicht auf unordige Wege gerathen lasse, nachdem sie, zumal die Centren, es aufgeregt.*)

Der abermals beantragte Schluß wurde jetzt angenommen. Freudentheil und Venedey erhielten noch das Wort zu persönlichen Bemerkungen.**) Die Abstimmung sollte in der folgenden

*) Die Frage sei nur noch darüber, wann zu handeln sei. Es müsse sogleich geschehen: Die Rechte wird eben durch ihr Temporisiren verlieren was sie zu erlangen sucht; die Versammlung kann die Verfassung nicht durchführen, weil ihr die Macht fehlt, und diese fehlt ihr, weil es ihr nicht gelungen, eine Macht zu erringen, es ist ihr nicht gelungen, weil sie den Konflikt mit den Regierungen vermieden hat, diese um jeden Preis schützen wollte, selbst um den der eigenen Existenz; durch dieselben Fehler wird sie auch jetzt keine Macht erringen; sie ist hergesandt, um die Regierung von Deutschland zu übernehmen, jetzt ist der Konflikt mit den Regierungen dazu zu benutzen, die zur Durchführung der Verfassung zu verpflichten sind. „Wir werden dazu um so mehr gezwungen sein, weil durch Ihre Haltung, durch die Worte, die hier gesprochen sind, eine große Aufregung im Volke hervorgerufen ist, weil diese Aufregung möglicherweise zu einer ungeordneten Thätigkeit gelangen kann; es ist unsere Pflicht, nicht dem Volke es allein zu überlassen, sondern dem Volke beizustehen, daß es diese Thätigkeit in den geordneten Weg hineinbringe."

**) Freudentheil vertheidigte die Hannoversche Zweite Kammer gegen den Vorwurf Vogt's, daß sie die Zügel der Regierung nicht selbst in die Hände

Sitzung stattfinden. Die kaiserlichen Organe gaben sich alle Mühe, nach dem Sinne ihrer Partei darauf einzuwirken.*) Während der Verhandlungen der Nationalversammlung hatte der Märzverein beschlossen, seine ganze Kraft zunächst auf Baiern zu werfen. Bassermann sagte, es gelte jetzt die Bomben in die renitenten Königreiche zu werfen. Im Dreißigerausschuß dauerte die vorherige Zwietracht und Eintracht fort. Er beschloß mit 16 gegen 13 Stimmen, die

genommen, nachdem sie ihre Beschlüsse durchgesetzt. Venedey verantwortete sich gegen Reichensperger, der davon gesprochen, daß er — Venedey — feierlich erklärt habe, daß er keinen Augenblick auf seinem Abgeordnetenplatze bleiben werde, sobald die Oesterreicher gegangen, und nun da sitze, obgleich sie fort wären.

*) Bassermann schrieb in das reichsministerielle Organ: Herr von Beckerath ist heute von Berlin zurückgekehrt und bringt, wie wir hören, gute Aussichten mit, sofern nur die Nationalversammlung in den in Preußen stattfindenden Entwickelungsproceß nicht durch störende Beschlüsse eingreift. Es war nicht andem; Beckerath hatte in Wahrheit traurige Aussichten mitgebracht, und die Augen weit aufgethan, die, wie Gervinus mit Recht und vergebens geklagt, seine Parteigenossen sich und Andern fortwährend zu verkleben beflissen waren. Auch die C.-K. schrieb wiederholt, nach Beckerath's Mittheilungen sei ein günstiger Umschwung in Berlin zu erwarten, obgleich sie sich und ihren Lesern nicht verhehlte, daß Brandenburg's Niemals stark im Wege stehe, daß sich Preußen der Politik ihrer Partei nicht fügen werde, so lange dies Ministerium am Ruder sei. Sie setzte die Gründe des dilatorischen Verhaltens der letztern auseinander; sie lägen nicht darin, als wolle sie sich erst noch Klarheit verschaffen, oder als sei sie unentschlossen, sondern nur darin, daß der Knäuel der Ereignisse so unentwickelt und doch der Entwickelung so nahe sei, daß Voreiligkeit und Ungeduld, die die Krisis nicht abwarten wollten, leicht zum Verderben des Vaterlandes ausschlagen könnten; sie stehe mit ihrer Ansicht freilich nicht auf dem Boden Vogt's, welcher gestern entwickelt, daß die Versammlung die Ereignisse selbst machen und als Officierkorps des Volks im kritischen Momente leiten müßte, (wogegen Bassermann gesagt, nicht der Generalstab, den die Nationalversammlung bilde, müsse handeln, sondern die Armeekorps handeln lassen); sie würde sich den Vorwurf eines sehr ungeübten Führers verdienen, wenn sie schlagen wollte bevor ihr Kenntniß vom Terrain geworden. Das mochte als eine kleine Satisfaktion für das gelten, was die sonst Konservativen und nun der Linken Verbündeten und Verpflichteten sich hatten sagen lassen müssen: „Vorhin schaltet ihr uns, daß wir gegen die Regierungen wühlten, nun thut ihr es mit, hatten wir nicht so sehr Recht?" u. s. f., und womit es andern Tags noch besser kam. Die D. Z. brachte Korrespondenzen aus Berlin, wonach die Minister und die Kammern schwanken sollten, die Stimmung bei Hofe günstiger werde, womit dann doch weder die Thatsachen noch ihre bittern Kritiken stimmen wollten.

Abberufung der Oesterreichischen Deputirten für null und nichtig zu erklären, den letzteren die Diäten aus der Reichskasse auszahlen zu lassen, die Centralgewalt mit dem Vollzuge zu beauftragen. Mit Ausnahme von Detmold und Reichensperger waren jedoch alle Mitglieder darin einig, den Widerstand der Regierungen brechen zu wollen.

In der Sitzung am 26. April kam zuerst eine Interpellation von Wuttke, welche Gagern dahin beantwortete, daß eine noch unbekannte auf die Verfassung sich beziehende Erklärung der Preußischen Regierung nicht, wol aber eine solche aus Baiern eingegangen sei, wodurch die Verfassung abgelehnt werde. Sie werde der Versammlung baldigst mitgetheilt werden, daß es vor der heutigen Abstimmung geschehe, halte er nicht für nothwendig, da er den Inhalt im Allgemeinen angegeben habe. Als im Laufe der Sitzung die Note an das Präsidium gelangt war, verbat sich auf Befragen des letztern die Versammlung ausdrücklich die Verlesung. Nie war verfehlt worden, die unbedeutendsten Adhäsionsadressen aus den Kleinstaaten der Versammlung vorzuleiern.*) Vor der Abstimmung sprachen noch die Berichterstatter, zuerst L. Simon, heftig über das Verhalten der Oesterreichischen, schneidender über das der Preußischen, am bittersten und schlagendsten über das der Centrenmänner und über deren Antrag, sehr wortreich und excentrisch, doch logisch im Gedankengange zum Zwecke.**) Raveaux sodann traf darin mit ihm

---

*) Die D. Z. sprach von der Bairischen Note als von einer „monströsen", auf deren Anhörung die Nationalversammlung „verzichtet" habe, unterwarf sie dann als „Herrn v. d. Pfordten's Bairische Jungfernrede" einer bissigen Kritik und zählte auf die Schwärmerei des Bairischen Volks für das Preußische Erbkaiserthum. Die C.-K. bekrittelte und beklagte tief die Bairische Erklärung, doch richte ein Blick auf Würtemberg wieder auf, wo nun Militär und Beamte auf die Reichsverfassung beeidigt worden wären. In den nächstfolgenden Tagen äußerte sie: die Erklärung Baierns errege weniger Aufsehen als ihr Inhalt verdienen möchte, weil sie für Niemand überraschend gewesen; man könne sogar zugestehen, daß der dortige Widerstand relativ der berechtigtste sei, daß wenigstens dort die Opfer und Schwierigkeiten allerdings die größesten wären, die in irgend einem Deutschen Staate zu überwinden sein möchten. Daneben sprach sie jedoch von den Abgeschmacktheiten des Herrn v. d. Pfordten u. s. f.

**) Von einem gemeinschaftlichen Handeln mit der Oesterreichischen Regierung, der Kerkermeisterin von Zwingdeutschland, könne nach deren nackt hervorgetretenen Schamlosigkeit nicht mehr die Rede sein; möge Oesterreich draußen bleiben bis es zahm geworden oder bis es den diesseitigen Interessen angemessen

zusammen, daß es sich jetzt lediglich um die Frage handele, welche Maßregeln zu ergreifen seien, um Diejenigen, die die Verfassung nicht annehmen wollten, dazu zu zwingen; er konnte die von Simon geforderten nicht gut heißen; zur Ernennung einer Regentschaft neben der Centralgewalt sei der Zeitpunkt noch nicht eingetreten; allein stärkere, revolutionäre Maßregeln statt der halben, die das Centrum vorschlage, wollte er doch auch; er forderte geradezu zur Revolte auf — zur gesetzlichen, weil die Reichsverfassung das Gesetz — forderte, daß Zwang namentlich gegen Preußen angewendet werde, wußte dann aber freilich auch seinerseits keine andere Mittel als Proklamationen, als eben solche, wobei die Nationalversammlung ruhete und das Volk handelte nach dem Centrensysteme, worüber er mit höchster Indignation und die Centrenmänner unsäglich bloßstellend und prickelnd sich aussprach.*) Kierulff wußte diese Vorwürfe nicht

---

scheine, ihm mit den Waffen entgegenzutreten; ebenso wenig könne von dem, was Preußen wolle, die Rede sein, einem Bundesstaate innerhalb des alten Staatenbundes, einem noch verkleinerten Kleindeutschland, einem beliebigen Beitreten oder Nichtbeitreten der nicht-österreichischen Deutschen Staaten; er habe nicht gewollt, daß man sich auf den theoretischen Weg des Princips beschränkt und von den Thatsachen sich überfluthen lassen, betrachte die Frage der Revolution zugleich als eine der Humanität und liebe seine Partei zu sehr, als daß er sie jetzt mit ihren alleinigen Kräften in einen mindestens zweifelhaften Kampf für eine rein demokratische Verfassung mit der wohlgerüsteten Reaktion hätte hinweisen sollen; er habe den dritten Weg vorgezogen, an der Verfassung festzuhalten und mit denjenigen, die sich der Linken als Bundesgenossen angeschlossen, gemeinschaftlich vorzugehen; diese würden das Erbkaiserthum haben, wenn die Verfassung friedlich zu Stande komme, im andern Falle werde jeder Theil nach Maßgabe seines Mithandelns Theil nehmen an der Lösung der Oberhauptsfrage; Preußen hätte lieber gesehen, daß ihm die Anderen die reaktionären Kastanien aus dem Feuer geholt, nach der Erklärung der Achtundzwanzig sei es in Brandenburg's Niemals mit seinem völlig offenen Ablehnen hervorgetreten, und nun frage sich, ob die Versammlung das dem Könige gemachte Anerbieten noch fortbestehen lassen wolle; der Antrag Kierulff lasse letzteres ausdrücklich, der von Raveaux stillschweigend fortbestehen, er fordere, daß es ausdrücklich zurückgezogen werde; es handele sich jetzt um Ausführen von dem, was am 11. feierlich erklärt worden, wogegen der Mehrheitsantrag nur warten und Andere vorschieben wolle, damit sie auch nichts thäten und überhaupt nichts geschähe. Hierauf Empfehlung der in seinem Antrage vorgeschlagenen Mittel, freilich die schwächste Partie.

*) Die provisorische Centralgewalt habe noch nicht aufgehört zu fungiren, die letzte Oesterreichische Note setze freilich den Reichsverweser in ein schiefes Licht, welchen auch einer der Centrenredner exkusirend verdächtigt, allein

besser zu pariren als dadurch, daß er sie zurückgab und mit leichter Mühe die freilich bodenlosen Behauptungen der Linken abwies, als ob sie allein die sei, die Thatkraft bewiesen, und deducirte sodann,

---

Gagern habe gestern im Ausschuß alle bösen und zwar aus dem Reichsministerium stammenden Gerüchte, auf welche hin Simon und dessen Freunde ihre Anträge gestellt, Lügen gestraft und erklärt, daß der Erzherzog nie seine Unterschrift verweigert. Aehnlich wie Simon die Centrenmänner, deren Anträge, deren Haltung kritisirend, namentlich Gagern und Bassermann durch Erinnerung an frühere Aeußerungen peinigend, zeigte er ihnen ad oculos, daß die Zustimmungszeichen aus dem Volke nicht an sie sondern an die Linke gerichtet und daß es deren Freunde vorzugsweis wären, die auch in den Kammern die Bewegungen zu Nutz und Frommen der Linken machten; er geißelte mit Skorpionen ihr System, das Volk ins Feuer zu treiben und derweil ruhig und außer Gefährde zuzusehen. „Man will den Zeitpunkt abwarten. Man sagt immer, man sei bereit zu handeln. Ich erinnere Sie an die Zeit, als die abschlägige Antwort von Berlin ankam. Da habe ich sehr viele Herren von der Rechten gehört: Wir gehen mit bis auf die Barrikaden! Und später: Wir wollen die 14 Tage abwarten, dann gehen wir mit. Die 14 Tage verliefen und jetzt wollen Sie wieder abwarten, und wenn Sie noch einmal abgewartet haben, gehen Sie doch nicht mit, meine Herren.“ Er forderte Maßregeln statt Aufforderungen an die Regierungen, die dieselben gar nicht beachten würden, die Maßregeln im Großen, die man in Würtemberg im Kleinen angewendet. „Wir müssen bewaffnen, Militär und Bürgerwehr vereiden, kurz Revolution machen. Gesetzliche Revolution ist nicht verboten, sie ist erlaubt. Herr Grävell lacht darüber, meine Herren. Ich glaube, Sie werden mir zugeben, daß jede ungesetzliche Revolution gegen das Gesetz ist; und was gegen das Gesetz geht, ist verboten. Ich sage, meine Herren, es ist nicht allein zweckmäßig, zu revolutioniren, sondern es muß geschehen, wenn wir unsere Pflicht üben. Wenn wir nicht revoltiren, so handeln wir gegen unser Mandat. Sie haben gesagt, Sie gehen bis zum Aeußersten mit, und nun nennen Sie es Revolution, wenn wir auf die Reichsverfassung uns stützend, uns gegen die bestehenden Gewalten, die uns niederdrücken wollen, auflehnen, wenn wir alle Mittel, die uns zu Gebote stehen, benutzen, um den Feind niederzuschmettern. Nun gut. Ich bin dafür, Sie mögen dagegen sein. Ich bin durch und durch davon überzeugt, daß alle Ihre halben Maßregeln zu nichts führen, und daß alle Ihre Maßregeln, die nur Complimente sind, Sie nur lächerlich machen werden.“ Und gerade Preußen müsse gezwungen werden, denn der Kurzsichtigste müsse einsehen, daß es sonst das Parlament zwingen werde; dieses müsse sogleich in das Herz des Feindes einbohren und, und — eine Proklamation erlassen, worin es alle Provinzen, die die Reichsverfassung haben wollten, auffordere, sich von Preußen zu trennen, denn — wer Ruhe und Ordnung wolle, müsse auch die Mittel dazu wollen, also müsse man etwas thun; Riesser habe gesagt und damit zum Handeln aufgefordert: „Wenn ein Römer am Vaterlande verzweifelte,

daß es sich allerdings nicht mehr darum handele, ob Maßregeln zu ergreifen, wol aber um das Wann, daß die Ergreifung der von der Linken geforderten nur den umgekehrten Erfolg haben würden, daß besonders die Schubert'schen Vorschläge das zur Zeit Angemessene wären; die Zeichen der Volkszustimmung mehrten sich täglich, die Masse der einlaufenden Adressen drücke die öffentliche Meinung aus und deren Stärke, diese moralische Macht, die in Würtemberg schon gewirkt, sei die beste Exekutive; Maßregeln also, die er nicht verwerfe, möchten — für jetzt vorgeschlagen, für den Fall der Nichtannahme von Seiten des Königs vorbereitet werden.*)

In der Abstimmung wurden zuerst die Anträge von Detmold und Reichensperger und sodann viele andere, sowol der aus dem Ausschuß als aus der Versammlung eingebrachten, abgeworfen, unter ihnen der Reden'sche, der den Aussichten der Weidenbuschpartei gefährlich zu werden drohete.**) Ohne den Austritt so vieler Oester-

---

so geschah es, indem er auch am Leben verzweifelte und sich selbst den Tod gab; als Kosziusko das berühmte Wort finis Poloniae ausrief, da lag er zerschmettert unter den feindlichen Hufen; aber, sagt Riesser, wenn Buben am Vaterlande verzweifeln in gemächlicher Behaglichkeit, dann ist das eine widerwärtige Erscheinung." Die D. Z. schrieb: „Welch eine Rede! (Die von Simon.) Uns schwindelt noch in der Erinnerung. Er sprach voller, feuriger, als wir ihn jemals gehört, und wie er seine Worte langsam gleich ebenso vielen glühenden Pfeilen einbohrte, da begriffen wir die hirnverbrennende Wirkung dieses Priesters der Revolution. Man hat einen Maßstab des Eindruckes, den er hervorbrachte, daran, daß nach ihm Raveaux doktrinär erschien, wenn auch nur im Anfange, bis er in seinen gewöhnlichen Gemüthston fiel."

*) „Ich glaube, daß die Linke in keiner Weise ein Recht hat zu fragen, ob denn wol die Rechte zur rechten Zeit dieselbe Charakterstärke, denselben Muth und dieselbe Ausdauer beweisen werde, wie die Linke? Ich möchte doch fragen, ob bis dahin die Linke in anderer Weise, als durch ihre Versicherung, daß sie diesen Muth, daß sie diese Charakterstärke haben werde, etwas bewiesen hat. Bis dahin haben beide Parteien, es hat die Linke, es hat die Rechte sich gleichmäßig ausgezeichnet durch starres und zähes Festhalten an ihren politischen Principien. In diesen Beziehungen haben die Parteien gleiche Ausdauer und gleiche Kraft bewiesen; was aber die sogenannte Kraft und That betrifft, welche die Linke bewiesen haben soll, so wüßte ich nicht, wie dieses besondere Prädikat für die Linke allein vindicirt werden sollte; denn bis dahin ist nichts vorgefallen. Also bis daher sind die Rollen vollkommen gleich, und es fragt sich lediglich nur über das Wann? und nicht über das Ob?"

**) Sie wußte, daß sie für ihren Antrag nur auf ihre eigenen Stimmen

reicher wäre unfehlbar der Satz der Ausschußminderheit angenommen, welcher die Kaiserkrone für abgelehnt erklärte; die Centren trugen mit geringen Mehrheiten allein den Sieg davon, das erste Mal seit Vollendung der Verfassung, vielleicht auch das letzte, wie sie sich gestanden. Jedenfalls, sagten sie, wenn man jetzt in Berlin nicht einlenkt, sind wir außer Stande noch einmal einen so mäßigen Beschluß zu fassen. (Haym III, 65.) Angenommen wurde Ziffer 1 des Mehrheitsantrags: „Die Reichsversammlung erklärt, in Uebereinstimmung mit ihrer nach Berlin gesandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichsversammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhaupts die Anerkennung der Reichsverfassung voraussetze;" Ziffer 2 und 3 der Anträge von Schubert und die Ziffer 4 der Anträge der Ausschußmehrheit. „Die Nationalversammlung beschließt: Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfassung noch nicht erklärt haben: a) sind aufzufordern, die Anerkennung der Reichsverfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes nunmehr auszusprechen; b) dieselben Regierungen sind zu veranlassen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu geben, in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden; insbesondere von ihrem Rechte, die Ständeversammlungen zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein wird. Die Nationalversammlung beschließt, die provisorische Centralgewalt im Interesse der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands zu ersuchen, die vorstehenden Beschlüsse in Vollzug zu setzen, und erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichsministeriums über den Erfolg. Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsversammlung vorzuschlagen." *)

---

rechnen konnte, und war bedacht dieselben sorgfältig zusammenzunehmen. Reden hatte es nicht über seine Eitelkeit gewinnen können, seinen Antrag zur Sicherung des Erfolgs seiner Partei zurückzuziehen. Der Antrag hielt eine Art Mitte und konnte leicht die Mehrheit erhalten. Die Abstimmungsordnung des Präsidenten hatte ihn möglichst in den Hintergrund geschoben.

*) Auffällig genug war am Schluß der Debatte in der vorigen Sitzung die namentliche Abstimmung nicht gefordert und als nachträglich die Rede

Die Linke gab durch lebhafteste Zeichen ihr Mißbehagen über das Ergebniß kund. Sie schäumte vor Wuth, sie warf den Verbündeten Feigheit, Verrath an der Sache des Volkes u. dgl. vor, indem sie, um den Feinden der Deutschen Sache diese selbst und die Versammlung waffenlos zu überliefern, nur immer nichts thun, die praktischen Konsequenzen aus den am 11. und 24. mitgefaßten theoretischen Beschlüssen nicht ziehen wollten. Die alliirten „Konservativen" freuten sich des Resultats. Es befreite sie von der Angst wegen des Durchgehens der Anträge der Radikalen und eröffnete ihnen die Aussicht auf „legale" Revolte, wobei sie ruhen und aus der Schußlinie bleiben konnten, besonders durch die Annahme des Schubert'schen Vorschlags wegen Nichtvertagung und Auflösung der Kammern, der den Regierungen gesetzliche Widerstandsmittel illegal nahm, und von welchem die Deutsche Zeitung sagte, ein billigeres Verlangen wäre sicherlich niemals gestellt worden. Sie waren freilich in größester Noth. Was sie in der Debatte von den Republikanern gehört, war ganz geeignet, ihre Besorgnisse wegen der brüchigen Allianz mit

---

darauf gekommen, beliebt, sie nicht stattfinden zu lassen. Die Frankf. Ztg. bemerkte darüber am 27.: „Eines wäre bei den gestrigen Beschlüssen von hoher Wichtigkeit gewesen: zu erfahren, wer all für dieselben gestimmt hat, und wie groß die Stimmenzahl war, mit welcher sie gefaßt wurden. Man hatte es aber weislich vermieden, namentliche Abstimmung anzuordnen, denn wer hätte es verbürgen können, ob die zu einer Beschlußnahme nöthige Anzahl Abgeordneter sich noch vorfinden, oder ihr Votum abgeben würde; ebenso wenig weiß man, ob es auch wirklich die Mehrheit der Anwesenden war, welche sich für die als angenommen erklärten Sätze ausgesprochen hat; denn durch Aufstehen und Sitzenbleiben läßt sich nie ein genaues Resultat erzielen, und oft genug schon sind die auf solche Weise erlangten Schätzungen des Präsidenten durch hinterher angeordnete regelmäßige Stimmzählungen als irrig nachgewiesen worden. Gestern theilte sich das Haus so ziemlich in zwei gleiche Hälften, und Herr Simson legte Proben von nicht ungewöhnlichem Muthe ab, als er bei verschiedenen Abstimmungen, der Ansicht eines großen Theiles der Abgeordneten entgegen, autokratisch bald diesen, bald jenen Paragraphen für angenommen erklärte. Ein solches Verfahren paßt übrigens vollkommen zu der von der kleindeutschen Partei überhaupt eingeschlagenen Politik; denn wer im Stande ist, die Theilung Deutschlands für dessen Einheit, die Wühlerei als eine Quelle von Gesetz und Ordnung, und ein Konventsregiment für einen Zustand der Freiheit auszugeben, dem kommt es auch bei der Abstimmung über einen Satz, der Zwietracht und Bürgerkrieg in allen Gauen Deutschlands anzufachen berechnet ist, nicht darauf an, ob er von einer Mehrheit oder von einer Minderheit gefaßt wurde."

denselben zu einem Unternehmen sehr beträchtlich zu erhöhen, das sich sogar ihnen selbst fast seit den ersten Anfängen der Ausführung als ein desperates gezeigt, ein gemeinsames hatte sein sollen, sichtlich genug ihren Händen entschlüpfte und wofür sie dennoch mit verantwortlich waren. Sie waren nach Grundsatz und Gesinnung wie aus Furcht nicht geneigt, den Weg der offenen Revolte zu betreten, an dessen Rande sie einhertaumelten; so viel sie auch davon sprachen oder sich's einzureden suchten und vielleicht sich einbildeten, daß sie ihn im äußersten Falle, wenn Preußen nicht hülfe, betreten würden, sie wußten insgeheim, daß es nicht geschehen werde. Blieb nun, was so sehr wahrscheinlich, die Preußische Hülfe aus, dann waren die Schritte unvermeidlich, welche mitzuthun der Entschluß und Muth ihnen fehlte und deren Nichtmitthun ihnen Scheitern und Schmach bedeutete, dann kam doch, da die Dinge einmal so weit getrieben waren, die Revolte, und zwar jedenfalls in den Händen ihrer Alliirten, denn die wie sie Gesinnten, Gearteten und ihnen Folgenden in den mittleren Klassen besaßen das Vermögen und jedenfalls den energischen Willen nicht, ihrerseits die Revolution zu machen und auf der von ihnen beliebten Linie zu erhalten, zugleich den Regierungsgewalten das Gesetz zu diktiren und das „Volk" im Zaume zu halten, das, wo es sich „für die Reichsverfassung" erhob, dies zumeist auf das Geheiß der Linken und in deren Sinne that. Sie hatten abermals verloren, weil sie sich in Sachen, wo nur Energie zu gewinnen Aussicht hat, schwach und unentschlossen dargestellt, sie hatten gar nichts gewonnen als ein klein wenig Zeit, worin sie eines mattesten Hoffnungsschimmers sich trösten und allenfalls auf neue Ausflüchte sinnen mochten. Nichtsdestoweniger glaubten sie sehr viel erreicht, und priesen sich selbst, äußerst geschickt operirt zu haben. Sie hatten erreicht — wie sie meinten — daß die Ergreifung der Kaiserkrone auch nach der „unheilvollen" Antwort des Königs noch immer möglich war, hatten die großdeutsche Partei, die „Einsprüche der am meisten partikularistischen Regierungen gebrochen", den Beschlüssen der Nationalversammlung durch die Zustimmung der Achtundzwanzig Nachdruck zu verleihen gewußt, Preußen „von Termin zu Termin so viel Bedenkzeit auszumitteln verstanden, als nur irgend die Ungeduld der Nation zu ertragen vermochte"; beständig gezwungen „die gröbsten Fehler des Preußischen Kabinets wieder gut zu machen, waren sie doch niemals müde geworden, demselben wider seinen Willen die größten Dienste zu leisten" u. s. w. (Haym III, 66.)

Daß Wohlthaten nicht aufgedrungen werden, daß man nicht zudringlich sein soll, kam ihnen dabei um so weniger in den Sinn, je fester sie an ihre Untrüglichkeit glaubten und je unbefangener sie ihr Verranntsein in ihrem Projekt und ihre Hartnäckigkeit für eitel Tugend, Patriotismus, Beharrlichkeit u. dgl. hielten. Sie suchten und fanden Stärkung in den allerschwächsten Stützen, sie bemüheten sich, noch immer eine sichere und selbst drohende Haltung zu behaupten, als wenn sie eventuell Ernst machen würden, ließen aber auch Noth- und Aufrufe zu Thaten an die „Freunde der Mäßigung, Ordnung und Monarchie" ausgehen.*) Aus der Centralkorrespondenz des folgenden Tages war die trostlose Stimmung der Partei und insbesondere nochmals recht deutlich zu ersehen, daß der Ausgang, den die Verfassungssache genommen, hauptsächlich das Werk derjenigen war, die, ganz von den vulgären Schulbegriffen über die „geschichtliche Mission"

---

*) Indem ihnen so bange in der Haut war, stärkten und ermuthigten sie sich an Gerüchten und durch Verbreitung von Gerüchten: die Stadt Hanau habe der Centralgewalt ein wohlgerüstetes starkes Freikorps zum Schutze der Reichsversammlung zur Verfügung gestellt. Die D. Z. setzte hinzu: hoffentlich bedarf es dieses Schutzes nicht, und wenn es sein muß wird auch Frankfurt für die Sicherheit der Volksvertreter Deutschlands in die Schranken zu treten wissen. Im professorischen Organe polterte der alte Herr Arndt in apokalyptischem Tone fast blasphemisch. Andere schrieben darin: die Mehrheit habe vollkommen klug gehandelt, sich vorerst noch nicht auf den Standpunkt der „erlaubten Revolution" zu stellen, um mit Raveaux zu sprechen, sondern noch einen kurzen Termin bis zur definitiven Erklärung der Preußischen und übrigen Regierungen zu setzen; die Versammlung bleibe dabei fest entschlossen, durch die Centralgewalt die Verfassung überall zur Durchführung zu bringen; die Linke habe praktische Vorschläge, zum Ziele zu gelangen statt dasselbe in eine unabsehbare Ferne hinauszurücken, eben nicht gemacht; sie habe also keinen Grund zur Aufgebrachtheit, auch derjenige Theil von ihr nicht, der zur Durchführung der Verfassung, wie sie vorliege, die Hand geboten, während der andere bei der Durchführung der Verfassung nur die Wiederbeseitigung der letztern und das Zurückgehen auf ihre republikanischen Ideen im Auge gehabt habe. Acht Tage wären der ruhigen, friedlichen Entwickelung der Verfassungsfrage noch gegönnt, möchten nur aber auch alle Freunde der Mäßigung, der Ordnung, der Monarchie nicht vergessen, daß an Förderung durch alle gesetzlichen Mittel gelegen sei, und daß es für die konservative und monarchische Mehrheit in der Paulskirche ein äußerstes Maß der Zurückhaltung und des Abwartens gebe, welches sie nicht überschreiten dürfe, wenn sie nicht sich selbst und mit sich die Sache, für die sie kämpfe, die Sache der Ordnung und des besonnenen Fortschritts, unmittelbar zu Grunde richten wolle.

Preußens erfüllt, lediglich für deren Verwirklichung gearbeitet, und nun für ihre Irrungen Preußen verantwortlich machten, ohne trotz der klarsten Thatsachen, trotz dem eben in ihren Klagen über Preußen handgreiflich liegenden Beweise gegen ihre Meinungen und Strebungen, auch nur von fern der Einsicht sich zu öffnen, daß sie sich über sämmtliche in Betracht kommende Wirklichkeiten, der Verhältnisse, der Kräfte, der Stimmungen, namentlich über Preußen selbst — nicht etwa blos den König — und über das Deutsche Volk und dessen Willen und Richtung geirrt, daß also auch ihr Projekt, den vermeinten Beruf Preußens zur Erfüllung zu bringen, ein fehlsames und unausführbares, daß jene ihre Begriffe falsche waren. Als bei ihrem Kalkul statt des erwarteten Facits ein ganz anderes herauskam, kam ihnen doch nicht der mindeste Zweifel an der Richtigkeit und Untrüglichkeit ihres Rechnens, sondern sie erboßten sich auf das Heftigste gegen den vornehmsten ihrer Faktoren, den sie nach den irrthümlichsten Voraussetzungen und ohne ihn zu fragen, ja entgegen seinem Nein in die Berechnung, die verkehrteste aller politischen Rechnungen gezogen.*)

---

*) „Noch einmal hat die Versammlung trotz dem Niemals, Niemals, Niemals, das uns von Berlin ins Gesicht geschleudert wurde, es über sich vermocht, den gerechtesten Unwillen in sich niederzukämpfen und nur der Stimme besonnener Mäßigung Gehör zu schenken selbst auf die Gefahr hin, daß diese Beschlüsse dem Hohn und Spott von zwei entgegengesetzten Seiten her ausgesetzt sind. Ob es bei der nächsten Abstimmung auch wieder möglich sein wird, einen offeneren Bruch zu vermeiden, ist nach dem gestrigen Stimmenverhältniß sehr zweifelhaft; dennoch muthet man uns zu, in unterthäniger Resignation abzuwarten, was man in Berlin für gut finden wird anzunehmen und was nicht. Es soll sich Niemand mehr wundern, wenn Denjenigen, die sich seit Jahr und Tag unter den unsäglichsten Schwierigkeiten nach oben und unten abmühten, Preußen zum Kern und zur Grundlage des neuen Deutschlands zu machen und die geschichtliche Mission dieses Staats vollenden zu helfen, und die nun gerade da den größten Widerstand finden wo der kleinste sein sollte, endlich der Geduldsfaden über eine so kurzsichtige, so klägliche und heillose Politik abreißt und dem bittersten Unmuth Platz macht. In Stuttgart ist das Volk vor den Thron seines Königs getreten, der die ganze Verfassung anerkennen wollte, nur den Erbkaiser nicht, und dafür in der Antwort des Königs von Preußen sehr scheinbare Gründe anführen konnte, und hat von ihm gerade die Unterwerfung unter die im ganzen Lande unvolksthümliche Bestimmung des Preußischen Erbkaiserthums erzwungen. In Berlin aber marktet man bei dem größten Anerbieten, das jemals einem Volke, einem Fürsten gemacht worden, in kleinlicher Weise um ein paar Punkte, von denen man doch wissen kann

Auf der Seite der Großdeutschen wurde geurtheilt, daß die Versammlung durch ihre Beschlüsse vom 26. einen neuen Schritt dazu gethan habe, sich fortan konventartig zu geriren, einen neuen Schritt auf einer Bahn, auf welcher es keinen Rückweg gebe und die doch mit Nichten verspreche, auf welcher sie vielmehr ihrem Verderben entgegengehe, voraussichtlich einen Theil von Deutschland in dasselbe mit hineinziehend. Man sagte: Die revolutionäre Bewegung, welche sich schon in den Kleinstaaten kundgegeben, wird weiter um sich greifen, dürfte auch Preußen erfassen, das nun zusehen mag sich aufrecht zu erhalten in den Erschütterungen, die seine enragirten Freunde ihm bereiten, während Oesterreichs und Baierns Haltung fest genug ist; die ganze Opposition, alle Parteien des Umsturzes werden sich der Frage bemächtigen, der gestrige Beschluß der Paulskirche wird das Signal zu Demonstrationen abgeben, die weit über das gesteckte Ziel hinausreichen; denn nicht umsonst haben sich die Märzvereine erhoben, und so wenig im Februar vorigen Jahres Odillon Barrot es in der Hand hatte, die Bewegung zu zügeln und das Ausrufen

---

wie sie in die Verfassung gekommen sind und wie unmöglich es jetzt ist sie zu entfernen. Man geht dort in dem natürlichen Großstaatsgefühl, mit welchem man sonst auf das übrige Deutschland herabzusehen sich gewöhnen konnte, allzuweit; man bildet sich ein, die Macht, die man mit Deutschland habe, auch gegen dasselbe zu haben; man glaubt, Preußen besitze ohne Frankfurt, ohne die Reichsverfassung die Stellung, die ihm zugewiesen werden soll; man hat mit einem Wort von dem nichtpreußischen Deutschland die alleroberflächlichste und kurzsichtigste Vorstellung und würde sich jetzt, wenn es zu einem Bruch mit dieser Nationalversammlung käme, auf die man als einen so schwachen Gegner herabsieht, gewaltig in seinen Erwartungen getäuscht sehen. Man stellt das Vereinbarungsprincip in der Form eines Revisionsrechts auf, weil man eine unerhörte Zumuthung für einen Staat wie Preußen darin sieht, sich eine Verfassung selbst mit einer Kaiserkrone nur *geben* zu lassen; man denkt aber kaum daran, daß dies Recht auch 36 andere Regierungen hätten, und daß man in München und Stuttgart ganz anders revidiren würde, als in Berlin; daß auf diesem Wege überhaupt Alles eher zu Stande kommen kann, als ein einiges Deutschland. — So ist denn die herrschende Stimmung in diesen peinlichen Tagen der Ungewißheit die, daß man zwar einer Entscheidung von Berlin mit Spannung und Bestimmtheit entgegensieht, aber nicht mit der Bestimmtheit darüber, ob die Reichsverfassung überhaupt ins Leben trete, sondern nur, ob dies in friedlicher Weise geschehen und die Revolution dadurch geschlossen werden, oder ob man mit Gewalt auch Diejenigen auf die Seite der Gegner hinüberstoßen will, die bis jetzt die treuesten Hüter der gesetzlichen Ordnung in stürmischer Zeit gewesen sind."

der Republik zu verhindern, ebenso wenig werden die Gagern und Bassermann dafür einstehen können, was ihre Bundesgenossen, die Schlöffel und die Simone noch Alles auszuführen beabsichtigen oder im Stande sein werden; klar genug haben letztere gesprochen, und es wäre in der That nicht nöthig gewesen, den Dreißiger-Ausschuß für permanent zu erklären, um anzudeuten, was man noch Alles zu thun gedenke. Insbesondere wurde der Beschluß der „Konstitutionellen" wegen der Nichtauflösung der Kammern als ebenso feig und perfid wie rechtswidrig und das Recht mißachtend, und als doch ohnmächtig und nur Verwirrung anzurichten geeignet, scharf beurtheilt.*)

*) In der Frankf. Ztg. wurde in einem Artikel über die „achtunddreißig Konvente" gesagt: „Die gestrigen Beschlüsse der Paulskirche sind leidlich revolutionär ausgefallen; zwar wurden die Regierungen nicht ohne Weiteres abgesetzt, doch ist es ihnen von jetzt an verboten, sich irgendwie gegen ihre Feinde zu wehren und Sicherheitsmaßregeln zu treffen, falls ihren Kammern die Lust ankommen sollte, sich in einen souveränen Konvent umzuwandeln. Die Ständeversammlungen, so hat das Rumpfparlament zu Frankfurt am Maine dekretirt, dürfen von nun an nicht mehr weder vertagt noch aufgelöst werden, so lange nämlich, als bis Deutschland in Wirklichkeit getheilt und dem Könige von Preußen mit Gewalt die Papierkrone auf das Haupt gedrückt ist. Glückliche Aussichten für den „Rechtsstaat", den die hohe Nationalversammlung an die Stelle des bisherigen „Absolutismus" zu setzen berufen war! Wir wären wol begierig, zu vernehmen, in welchem Paragraphen der Grundrechte oder der Verfassung der Satz geschrieben steht, daß einer Regierung das Recht entzogen werden dürfe, an das Volk zu appelliren, um durch Auflösung einer eigensinnig und widerspänstig gewordenen Kammer und durch Anordnung neuer Wahlen eine Uebereinstimmung der Ansichten zwischen beiderlei Gewalten zu erzielen? Eine Versammlung, welche nicht aufgelöst werden kann, ist ein Konvent, und durch den gestrigen Beschluß sind sämmtliche Kammern der Deutschen Gliederstaaten zu Konventen umgestaltet worden; somit ist allen Regierungen unverholen der Krieg erklärt und es wird sich nun zeigen, wohin diese Maßregel weiter führen wird, und welche Staaten sich durch die Machtgebote des Frankfurter Wohlfahrtsausschusses ohne Widerstand werden vernichten lassen."

Neue Konferenzen mit den Bevollmächtigten der Kleinstaaten. — Differenzen zwischen dem Reichsverweser und Reichsministerium; Absendung von Reichskommissären. — Die Kammerauflösungen. — Eine Parteiversammlung bei Gagern. — Die Kaiserlichen und die Linke gegenüber den Volksbewegungen. — Die Nationalversammlung am 30. April (Beschlüsse über Abänderungen der Geschäftsordnung und die Auflösung der Kammern in Preußen und Hannover).

Sogleich am 27. April versammelte Gagern die Bevollmächtigten der kleineren Staaten. Es lag offenbar in deren Interesse, möglichst fest mit der Centralgewalt zusammenzuhalten, aber auch thunlichst zu verhindern, daß dieselbe, ihrem Berufe zuwiderhandelnd, extreme Beschlüsse vollziehe. Gagern wünschte seinerseits die Unterstützung der Bevollmächtigten bei seinem Bestreben, den Reichsverweser zu vermögen, die Maßregeln und Agitationen zu genehmigen, wie die Nationalversammlung und er sie wollte. Er sagte den Bevollmächtigten, der Erzherzog habe sich freilich eine Grenze gesetzt, diese aber sei eine so weite, daß es so leicht noch keine Noth haben werde. Die Bevollmächtigten äußerten große Bedenken und Sorgen, brachten Klagen vor, die ihm zum Theil sicher sehr ungelegen kamen. Es war ihnen trotz aller Mühe noch immer nicht gelungen, über die Absichten und Entschließungen des Preußischen Kabinets ins Klare zu kommen. Auch besondere dahin zielende von Hannover gemachte Versuche waren erfolglos geblieben. Die Bevollmächtigten erblickten in diesem Zögern Preußens eine große Gefahr.

Die sichtliche Folge desselben sei, daß die „Deutsche Sache“ mehr und mehr Mittel werde, die Regierungen zu schwächen; die Konservativen gingen mit den Anarchisten, die mittleren mit den aufgewühlten unteren Volksklassen Hand in Hand, indem das Verschreien jedes Widerstrebens gegen die Reichsverfassung als Reaktion und unzeitiges Festhalten am dynastischen Interesse zu wirken angefangen habe. Schließlich wurden öftere Zusammenkünfte mit Gagern verabredet, um darin — wie es wenigstens die Bevollmächtigten verstanden — für den Zweck zu wirken, daß die Centralgewalt eng mit den Regierungen zusammenhalte und diesen für mögliche Fälle eine moralische Stütze in den Territorien gewähre, die bei isolirtem Handeln fehlen würde.

Inzwischen waren Differenzen zwischen Gagern und dem Reichsverweser bereits eingetreten, oder sie folgten auf dem Fuße. Die Kaiserlichen freuten sich des mäßigen Charakters ihres Beschlusses vom 26. voll Genugthuung und machten sich fast Vorwürfe nicht weiter gegangen zu sein. Um so unangenehmer wurden sie überrascht, als — und zwar schon desselben andern Tags — etwas davon transpirirte, daß der Reichsverweser Schwierigkeiten wegen der Ausführung erhebe, wodurch die Vorhersagungen der Linken bestätigt, ihren Behauptungen über das von der Centralgewalt zu Erwartende widersprochen wurde. Es verhielt sich damit so: Gagern wollte vier Reichskommissäre abschicken, Bassermann nach Berlin, Mathy nach München, Seebeck nach Hannover, Watzdorf nach Dresden. Der Erzherzog verweigerte aus einer Menge von Gründen die Genehmigung, weil man niemals Glück gehabt mit diesen Sendungen u. s. f., was Alles so klar war, daß man der Berufung auf Intriguen von Schmerling und Heckscher zur Erklärung nicht bedurft hätte. Der Hauptgrund, weshalb der Erzherzog die Vollmachten nicht unterschreiben wollte, war der, daß durch die letzteren die Reichssendboten gleichsam Prokonsuln, schädliche und lächerliche Prokonsuln werden würden, die den betreffenden Regierungen die Annahme der Reichsverfassung vorzuschreiben unternähmen und unter ihren Augen revolutionäre Intriguen anzettelten, Excesse anstifteten, in der That auch nur eine wühlerische und nach allen Umständen unwirksame Wirksamkeit entwickeln könnten. Namentlich Xylander, der Bairische Bevollmächtigte, legte sich ins Mittel. Er äußerte sich gegen Gagern und Mathy, die darauf sehr kleinlaut wurden, mit Nachdruck dahin, daß die Kommissäre allenfalls zur

Ueberbringung der Beschlüsse der Nationalversammlung, nicht aber zum Verweilen an den Orten ihrer Bestimmung beauftragt werden möchten, daß sie sonst zu perpetuirlichen Unruhestiftern und Mittelpunkten von Unruhen werden würden, daß die Bairische Regierung sich erklärt habe und Antwort von der Nationalversammlung erwarte, nicht aber Kommissäre, die lediglich auf das erste Wort zurückkämen u. dgl. Gagern entschloß sich zu einer Aenderung der Vollmachten. Die Kommissäre sollten, wie er am 3. Mai in der Nationalversammlung sagte, den betreffenden Regierungen nur die Beschlüsse der Nationalversammlung officiell bekannt geben, auf Erklärungen dringen, die Gründe geltend machen, welche geeignet, den Widerstand gegen die Anerkennung und Durchführung der Reichsverfassung zu besiegen, die Centralgewalt vom Stande der Dinge und den Meinungen in den betreffenden Ländern in Kenntniß setzen. Nun unterschrieb der Erzherzog die Instruktionen und die Reichskommissäre gingen am 29. mit Ausnahme von Bassermann, der wegen der sogleich zu erwähnenden Nachricht von der Auflösung der Preußischen Kammer noch zurückblieb, nach ihren Bestimmungsorten ab. Gagern kompromittirte sich handgreiflich abermals und zeigte nur seine Ohnmacht durch ihre Absendung mit solchen Vollmachten. Es entging ihm selbst nicht; er äußerte, er habe sie abgeschickt, weil es besser sei, daß er, als wenn die Nationalversammlung es thue. Auch zum Rücktritt fand er den Entschluß nicht. Nach einem Extrablatte der Deutschen Zeitung sollte das Reichsministerium abgedankt haben (und dann sollten in München Unruhen ausgebrochen sein, die Ungarn vor Wien stehen u. s. f.). Ein Extrablatt des reichsministeriellen Organs widersprach dem Gerüchte, als ob überhaupt eine Differenz stattgefunden. Wie dem sei, die Beschlüsse der Nationalversammlung waren matt, die Ausführung war wiederum matter. Sie hatte nur zur Folge, daß die falsche Stellung zu Tage trat, in welche das Reichsministerium und die Nationalversammlung die Centralgewalt gebracht, die die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten, und doch Werkzeug einer Versammlung sein sollte, welche extreme, dieselben gefährdende Beschlüsse zu fassen angefangen hatte.

So wenig indeß die Absendung der Kommissäre an sich selbst bedeuten mochte, war sie nach der Sachlage doch stark, hatte wenigstens den Schein und mochte als Ausdruck eines gewissen desperaten Muthes gelten können. An demselben Tage, wo die Nationalversammlung ihren Beschluß gegen die Kammerauflösungen gefaßt, war

die Hannoversche, am 27. wurde die Preußische, am 28. die Sächsische Kammer aufgelöst. Der Telegraph konnte die Nachricht vom Bevorstehen der Beschlüsse des 26. nach Berlin gebracht haben, und so erschien die Auflösung der Preußischen Kammer nur um so mehr als Antwort auf dieselben, wenn sie den Schein, eine solche zu sein, durch die, wenn auch nicht völlige Gleichzeitigkeit vermeiden sollte. Man erhielt die Kunde von ihr spät Abends am 27. Die Reichskommissäre waren dennoch abgeschickt. An demselben Abende, bevor man die Berliner Nachrichten hatte, konferirten „notable“ Mitglieder der Partei bei Gagern. Die anwesenden Regierungsbevollmächtigten sprachen sich über die schwierige, die seltsame Stellung ihrer Regierungen bei dem Verhalten Preußens aus. Beckerath äußerte, daß eine Umkehr des Berliner Kabinets für den Augenblick mehr als unwahrscheinlich, am Erfolge jedoch noch nicht gänzlich zu verzweifeln sei, da das so nahe gerückte Ziel in Berlin mit dem größten und verlangendsten Interesse betrachtet werde. Eben als er geendet traf die Nachricht der Kammerauflösung ein. Nun wurde mit großer Verwegenheit überlegt, welche kühne Maßregeln etwa retten könnten. Selbst in dieser notabeln Versammlung wurden Vorschläge wie die auf die Bahn gebracht, einen Vollziehungsausschuß niederzusetzen, den Prinzen von Preußen zum Reichsverweser zu bestellen u. dgl. Bei jedem wurde jedoch erkannt, daß man kein Recht, keine Macht, keinen Muth zur Ausführung habe; durch die ganze Diskussion wurde klar, daß jeder Ausweg versperrt sei, den man ohne Risiko hätte einschlagen können; allein die Meinung schlug vor: „jedenfalls müsse Preußen die Oberhauptsstellung vorbehalten bleiben und jedenfalls müsse auch ohne Preußen die Verfassung ins Leben treten“. Nur über die Art und Weise gelangte man zu keinem Meinungsabschluß. Eine Kommission sollte das durchsprochene Material benutzen und bestimmte Vorschläge formuliren. (Haym III, 86.)

Besonders die „Unglücksbotschaft“ von der Auflösung der Preußischen Kammer erzürnte die Weidenbuschpartei und machte sie muthlos und rathlos. Sie war ganz danach angethan, den Radikalen Recht zu geben, die Politik der Centrenmänner im kläglichsten Lichte erscheinen zu lassen. Ihre Hoffnung, daß der König noch für die Annahme zu gewinnen sei, hatte abermals einen harten Stoß erlitten. Sie sagten sich mit verstärkter Bangigkeit, wenn die Pläne der Radikalen zur Ausführung kämen, wozu sie die Hand zu bieten sich

doch für den Fall des Fehlschlagens der ihrigen anheischig gemacht, daß dieselben zu „nichts Anderem als zu einem großen Ruine bestehender staatlicher Ordnungen, keineswegs zur Aufrichtung eines Deutschen Reichs, zu verfassungsmäßigen Zuständen führen würden“. Sie „hielten es nach wie vor für Pflicht, mit aller Kraft diesen revolutionären Plänen sich zu widersetzen“. Aber sie fühlten, „daß der Boden unter ihren Füßen versank“, der schon bisher „von der Natur einer Hypothese“ gewesen war. Sie sahen nur Vereitlung ihres „großen Gedankens“, hier von den Regierungen, dort von den Radikalen. Ein Ziel hatten sie nicht mehr vor sich, sie hatten nur die alte Gewohnheit ihrer antirevolutionären Denkweise und ihre neuen revolutionären Gelüste; sie fühlten, daß sie nichts mehr vermochten und waren, träumten von Möglichkeiten, die sie sich offen halten müßten, noch einmal wieder etwas zu werden und vornehmen zu können, waren „für den Augenblick nur darauf bedacht, dem Absehen der Linken nicht sofort freie Bahn zu lassen“. Ihre Besprechungen im Weidenbusch am Abend vor der nächsten Sitzung der Nationalversammlung, die auf den 30. anberaumt war, trugen ganz den Charakter dieser völligen Rathlosigkeit. (Haym III, 82.) Sie gingen bis zur Sitzung mit mancherlei phantastischen Plänen um. Der Erzherzog sollte zur Uebernahme der Reichsregentschaft bewogen werden, der nächste Reichstag über die Oberhauptsfrage zu entscheiden haben, Oesterreich dadurch wieder Aussichten erhalten. Die eingefleischtesten erbkaiserlichen Preußen wollten, daß, wenn Gefahren droheten, durch einen neuen Beschluß die Krone Preußen mit der Ausführung der Verfassung beauftragt und dafür verantwortlich gemacht werden solle, die Wahlen binnen Monatsfrist auszuschreiben, bei Strafe der Zurücknahme der Kaiserwahl. Gagern sah man in diesen Tagen wie der Verzweiflung nahe, ohne Sinn dafür das zu thun, was das Rechte gewesen wäre, ohne Muth zu dem, was er jetzt am liebsten gethan hätte, ohne den Entschluß zu resigniren.*)

*) Darauf angeredet, daß seine Partei in Gefahr sei, von der Linken immer weiter zu revolutionären Schritten gedrängt zu werden, und daß er genau zu überlegen habe, wie weit er zu gehen gedenke, erwiederte er: „Das weiß ich sehr wohl. Man muß Zeit gewinnen. Wenn gar zu extreme Beschlüsse gefaßt werden, so wird das Ministerium und auch der Reichsverweser abtreten.“ — Aber damit ist es nicht gethan; man muß der hereinbrechenden Anarchie entgegentreten von Seiten der Centralgewalt. — „Es giebt nur die Wahl zwischen „an die Spitze der Revolution treten oder Resignation.“

Er wurde getrieben und ließ sich treiben — gerade jetzt, vier Wochen nach dem souveränen Abschließen und Verkünden der Reichsverfassung, zu einem Akte, der früher oder gar nicht hätte geschehen sollen, der eben in diesem Moment so unzeitig als möglich erschien, durch welchen sich die Kaiserlichen oder ihre Minister einen neuen Riegel der Umkehr vorschoben, etwas thaten, das zur Durchführung der Verfassung nicht helfen konnte, wol aber hier zur Revolte zu reizen, dort die Hartnäckigkeit derselben zu vergrößern geeignet war, weil es ihr einen mehren gesetzlichen Schein lieh. Am 16. April war das Wahlgesetz, am 23. eine Verordnung, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Munitionsgegenständen vom 22., am 25. eine Disciplinarstrafordnung für das Deutsche Reichsheer vom 22., am 28. wurde die Reichsverfassung im Reichsgesetzblatt publicirt. Der König von Würtemberg nahm sie zwar durch eine, ob auch gewundene, Erklärung vom 28. an; aber eben an diesem 28. lehnte der König von Preußen durch eine unten noch weiter zu erwähnende Erklärung definitiv ab. Aehnlich seltsam wie die Lage der Sache der Reichsverfassung und die Publikation derselben im Reichsgesetzblatt kontrastirten mit der Niedergeschlagenheit der Weidenbuschpartei die großen Worte, die sie auch jetzt noch machte von endlichen verwegenen Maßregeln, welche ergriffen werden sollten, wenn der 3. Mai die erwarteten Erfolge der Aufforderung an die renitenten Regierungen nicht brächte u. dgl. Denselben Selbstwiderspruch zeigte ihr um die Wette mit der Linken fortgesetztes Aufregen und Schüren im Volke und ihr Dringen auf Ruhen und Maßhalten bei derselben Linken, ihr Gebahren nach da als Agitatoren und ihr Bezeigen nach dort als loyale Anarchiefeinde, ihr Drohen mit der Revolution und ihre sichtliche Furcht davor.*) Diese ward um so mehr gesteigert, als eben

— Es giebt ein Drittes: Auf die Kräfte der Ordnung vertrauen und sie anwenden. — „Dergleichen Kräfte giebt es nicht mehr. Wir dringen durch oder es kommt Absolutismus, krude Reaktion, unbedingte Rückkehr zum Alten." — Die will man doch nicht, am wenigsten überall, namentlich auch in Preußen nicht, eben der König nicht und auch Brandenburg nicht, wenn man nicht zum Aeußersten gedrängt wird. — Es folgten hoffnungslose Aeußerungen über die in Preußen leitenden Persönlichkeiten, Zeichen eines bestimmten Gedankens und Entschlusses nicht. Es machte den Eindruck, als passe Einiges von dem was die Lady Macbeth in der fünften Scene des ersten Akts ihrem Gemahl sagt.

*) In einem Leiter der D. Z. vom 27. wurde alle Beredtsamkeit verdoppelt, das Volk in Bewegung zu bringen, an Gervinus Ausspruch erinnert, daß

jetzt das gemeinsame Agitiren der Kaiserlichen und der Linken in nächster Nähe seine Früchte zu bringen anfing, wobei unmittelbar vor Augen trat, daß das „Volk" den Radikalen horchte und gehorchte und daß der Anhang der Centrenmänner mit denselben lediglich sich aufgeregt und redefertig zeigte und fürchtete. Am 27. erklärten mehrere Mitglieder der Linken (Raveaux, Löwe, Nauwerck, Vogt, Eisenstuck u. A.) im Frankfurter Journal das Vaterland in Gefahr und erließen einen Aufruf.*) Am 28. wurden aufregendere und mehrere Plakate angeschlagen und herumgeboten und auf den Straßen zeigten sich belebtere Volkshaufen als gewöhnlich. Es wurde für nöthig gehalten, die Wachen zu verdoppeln. Die Blätter brachten Nachrichten von Volksversammlungen, welche an hundert Orten rings

---

die Presse jetzt nicht rücksichtslos genug sein könne, was die Barrikaden spare; es sei hohe Gefahr, daß dieselben kämen, was die Fürsten bedenken möchten u. s. f. Gleichfalls am 27. las man in der reichsministeriellen Zeitung, das Ziel sei allen Regierungen gebieterisch gesteckt. Als die Berliner Nachrichten am 27. eingetroffen waren, sagte die Centralkorrespondenz: Einige hofften, Andere sähen schwarz; die Nationalversammlung müsse auf Alles gefaßt sein. In der That hofften Einige auf die Preußische Revolution, die nicht in Gang kommen wollte. Weiter sagte die Korrespondenz, die Auflösung der Preußischen Kammer verspreche nichts Gutes, — das Land müsse gegen die Krone in der Deutschen Sache auftreten, statt in träger Ruhe zu verharren. Es folgten Klagen hierüber wie über höchst Verdammliches, Auffälliges, Ueberraschendes, als wäre es nicht so deutlich aus hundert Zeichen, nicht schon aus dem Bericht der Kaiserdeputation zu entnehmen gewesen. Die Auflösung der Kammern wurde auf das Heftigste und Bitterste kritisirt. Nach der Theorie der Konstitutionellen war Kammerauflösung Appellation an die wahre, wenigstens die von der Regierung für die wahre gehaltene Volksmeinung von einer falschen, oder aber Erkundung der wahren Volksmeinung. Jetzt sagten sie: So sehr ist die Stimme des Volks für die Reichsverfassung, daß die Regierungen sich genöthigt sehen, sie zum Verstummen zu bringen; Blüthen des Preußischen Konstitutionalismus, die in der gefährlichsten Weise eine Krisis für die Monarchie heraufbeschwören, deren Ende schon jetzt mit Bestimmtheit vorauszubestimmen wäre — wenn das Königreich Preußen von Schwaben bewohnt wäre! (D. Z.)

*) „Das Vaterland ist in Gefahr! Die Preußischen Kammern sind aufgelöst! Bei Kreuznach werden Truppen zusammengezogen; zur Oktroyirung sind Truppen nöthig. Der vormärzliche Despotismus will den letzten Schlag führen. Frankfurt muß und wird endlich handeln! Kein Abgeordneter darf sich jetzt entfernen, jeder Abwesende möge sofort zurückkehren! Die Volksversammlungen in der Umgegend mögen sich nicht wundern, wenn unter diesen Umständen die Abgeordneten zu erscheinen verhindert sein sollten."

umher abgehalten sein oder bevorstehen sollten. Die Linke rührte sich mit allen Kräften, es zu etwas nach ihren Ideen und Deklamationen zu bringen. Doch freilich war auch sie eines sonderlich guten Muthes nicht; sie fing an in ihrer Korrespondenz zum Rückzuge zu blasen.*) Ihr war nur wohl gewesen so lange die Regierungen machtlos gewesen waren. Sie hatte stets einen großen Widerwillen gezeigt, unter dem Schutze von Bajonetten statt unter dem der Gallerien zu berathen, das Gespenst von militärischen Attentaten gegen die Paulskirche schwebte ihr Tag und Nacht drohend vor. Eben jetzt liefen wieder Gerüchte von bedrohlichen militärischen Vorkehrungen in der Nähe Frankfurts um. Die Reichsminister mußten am 29. im Dreißigerausschuß erscheinen. Es wurde von ihnen die Entfernung derjenigen Theile der Besatzung Frankfurts verlangt, deren Regierungen die Reichsverfassung noch nicht anerkannt hätten. Gagern und Peucker gaben jedoch die beruhigendsten Versicherungen über die Stimmung der Truppen und widersprachen alle dem, was von der Zusammenziehung eines Preußischen Armeekorps am Rhein und Aehnlichem gesagt wurde. Es hieß, die Befehlshaber der betreffenden Truppentheile hätten dem Kriegsminister ihr Ehrenwort gegeben, daß sie und ihre Mannschaft nichts gegen die Nationalversammlung unternehmen und sich ganz den Anordnungen der Centralgewalt fügen würden. Die Linke im Dreißigerausschuß ließ ihre beabsichtigten Anträge vorläufig fallen.

*) Sie habe, hieß es darin, den letzten Versuch gemacht, Leben in den todten Körper der Nationalversammlung zu bringen — er sei mißlungen. Auch für sie sollte nun das Volk handeln, an welchem sie doch gleichfalls zu verzweifeln anfing. Sie sagte weiter, das Deutsche Volk werde nun sehen, wo die thatlosen Philister säßen; sie werde ihm sagen, daß es nicht an ihm sei, für faule Gäuche seine Haut zu Markte zu tragen, dieses Symbol der Deutschen Einheit zu stützen und Selbstverläugnung zu üben; sie werde ihm sagen, es möge thun, was zur Gewinnung der Freiheit im Einzelstaate fromme und den Gedanken der Einheit fortan hinten lassen, denn mit solchen Menschen sei keine Einheit, mit solchen Bleigewichten an den Füßen kein Vorschreiten denkbar; das Traurige bei der Sache sei, daß diese Majorität auch wirklich der Ausdruck der Mehrheitsmeinung wenigstens in Norddeutschland zu sein scheine; die Linke werde nunmehr statt der Einheit das Banner des Partikularismus aufpflanzen und die Paulskirche negiren müssen; sie werde die Freiheit in den Einzelstaaten zu verwirklichen suchen und den Traum von Einheit, Größe, Macht fahren lassen; ihre Mitglieder des Dreißigerausschusses würden denselben verlassen.

Es war wegen der Rathlosigkeit, worin man sich befand oder nach dem Systeme, daß das Volk zu handeln, die Nationalversammlung zu ruhen habe, geschehen, daß man erst wieder auf den 30. eine Sitzung und für diese eine „unschuldige" Tagesordnung beliebt hatte. Die größtentheils ingrimmig aufgeregte Versammlung stand sichtlich unter dem Eindrucke, daß ihr von Seiten der größeren Regierungen Gefahr drohe und daß es darauf ankomme, Maßregeln zur Behauptung der eingenommenen Stellung zu ergreifen, aber auch extreme Schritte zu vermeiden. Daß solche gefährlich sein würden, schien auch die Linke einzusehen, so ungeduldig sie die Sitzung und den Moment erwartet, wo sie mit den von ihr vorbereiteten Anträgen würde zu Wort kommen können.*) Wer wollte, konnte sich zu Anfange an verschiedenen Erklärungen erfreuen, motivirten Austrittserklärungen mehrerer Oesterreicher, unter welchen Schmerling, Möring, Somaruga, einer Erklärung des Würtembergischen Bevollmächtigten, einer andern des Präsidenten der Würtembergischen Abgeordnetenkammer. Nach der Tagesordnung hatte Duckwitz einen längeren die Marineverwaltung betreffenden Vortrag zu halten. Kaum war der Vorsitzende (Simson) im Stande ihm Gehör zu verschaffen, dann durch die schärfsten Aeußerungen, durch die Drohung mit Aufhebung der Sitzung und Räumenlassen der Gallerien zu bewirken, daß man ihn vollenden ließ. Von der linken Seite waren zwei dringliche Anträge überreicht; beide gingen auf Abänderung der Geschäftsordnung; durch formelle Mittel sollte „der in ihrem äußern und innern Bestande gefährdeten Versammlung eine größere Beweglichkeit" verschafft werden. Das Präsidium sollte nach dem Antrage von L. Simon und Goltz ermächtigt werden, zu jeder Zeit und an jedem Orte, welchen es zu wählen für zweckmäßig erachte, Sitzungen der Nationalversammlung anzuberaumen, und diese

*) Die im Weidenbusch waren Abends zuvor schon gar nicht mehr mit eigenen Anträgen, sondern nur mit solchen beschäftigt gewesen, von welchen sie aus dem Dreißigerausschuß Kunde bekommen, daß sie, in diesem abgewiesen, von der linken Seite des Hauses als dringlich eingebracht werden sollten. Es war ihnen nothwendig erschienen, jene Anträge durch die Tagesordnung zu beseitigen, allein sie waren uneins darüber gewesen, bei welchen derselben die Dringlichkeit zuzulassen, bei welchen abzuschlagen sei, ja sie waren unsicher gewesen, ob ihre Verabredungen gehalten werden würden, sie hatten diskutirt „ohne zu wissen, ob der Weidenbusch als Partei noch bestehe." (Haym III, 84.)

sollte schon (nach Simon's Antrage) bei Anwesenheit von hundert, nach Goltz Antrage von hundert und fünfzig Mitgliedern beschlußfähig sein. Goltz forderte außerdem, daß auf das Verlangen von fünfzig Mitgliedern eine außerordentliche Sitzung anberaumt werden müsse. Die Dringlichkeit wurde sofort zugestanden. Haym sagt: „Die Linke operirte mit Schlauheit. Sie glaubte den Moment gekommen, wo sie die Freundschaft mit uns wieder aufnehmen könne. Sie sah in der gemeinschaftlichen Gefahr ein kräftigeres Bindemittel als in dem gemeinschaftlichen Rechtsboden. Sie drohete weniger als sie bat." Für die Anträge sprach Fröbel, dann L. Simon, der einen heftigen Ausfall auf Schmerling einmischend, den Verbündeten eine moralische Ohrfeige über die andere austheilte. Haym ist ganz entzückt von all den Sottisen, die der advokatische Zungenheld der Linken seiner Partei an den Kopf warf. „So dringend und mit so warmer Leidenschaft hatte Ludwig Simon noch niemals gesprochen."*) Und: „Nicht getragen durch selbständige Zwecke,

*) Simon: er betrete unter drei Eindrücken die Tribüne. Man möge die Linke wegen ihrer Unaufmerksamkeit bei Duckwitz' Vortrage entschuldigen. Mit solchen Dingen in solcher Weise das Parlament beschäftigen, während die Agitation zum Schutze und zur Rettung der Versammlung fieberhaft im Lande gehe, heiße der Agitation kaltes Wasser über den Kopf schütten. Ein fernerer Eindruck sei die Austrittserklärung Schmerling's. Er trug ein Sündenregister desselben vor, in welchem der 18. September freilich fehlte, und schloß mit den Worten: „Möge er ziehen; die Verwünschungen des Deutschen Volkes folgen ihm nach!" Vorzugsweis die Weidenbuschpartei rief und klatschte dem Schmähenden, der ihnen einst mit dem Stricke gedroht, wie rasend Beifall, alles Anstands, der gewöhnlichsten Klugheit sowie des Tags vergessend, an welchem sie dem Geschmäheten Schutz und Rettung zu verdanken gehabt hatten. Auch der Vorsitzende vergaß seiner Pflicht der Gerechtigkeit. Ich verlangte das Wort zu einer Entgegnung. Er hatte Simon das Wort nicht entzogen, nichts an dessen Aeußerungen gerügt; er erwiederte mir: „Ich gebe Ihnen das Wort nicht. Schmerling ist kein Mitglied der Versammlung." Also durften Nichtmitglieder von der Tribüne mißhandelt, doch nur mißhandelt werden. Der dritte Eindruck sei der der Mittheilung der Würtembergischen Regierung (vom 28. April). Er entnehme daraus, wie nöthig es sei, wachsam zu sein und nicht nachzulassen. Weiter: Uebertragung der Centralgewalt an den König von Preußen sei ganz unzulässig; eben aus Preußen drohe die äußerste Gefahr; die Versammlung wolle nun einmal nur langsam gehen, das Volk werde hoffentlich seine Schuldigkeit thun, so wolle die Linke aufs Aeußerste sich verläugnen und mäßig sein im Verlangen von Thaten, nur möchte die Rechte auch Maß halten im Nichtsthun; das Volk lechze förmlich nach jedem Schimmer

nicht gebunden durch eigene Gegenanträge, war es schwer zu widerstehen. Unsere Redner läugneten nicht, daß man sich der Linken wiederum genähert fühle. Sie wollten die gemachten Vorschläge nur auf das Maß des Nothwendigen beschränkt wissen, sie verlangten für einen Theil derselben nur die Vorberathung durch einen Ausschuß, sie brachten nur Milderungen und Modifikationen in Antrag. So Biedermann mit nüchternem Scharfsinn, so Riesser mit begeisterter Wärme." Biedermann genehmigte mit Beeiferung, was Simon vom Zusammengehen der Parteien gesagt, und verfehlte nicht die Versicherung zu geben, daß die Linke seine Partei im rechten Momente zum Handeln bereit finden werde. Venedey: ein einziges Bajonet, das gegen die Versammlung gerichtet würde, müßte der blutrothen Republik die Macht in die Hände geben; rühre Gewalt an die Paulskirche, so solle sie über seinen Leib wegschreiten; Entschlossenheit sei auf beiden Seiten, es handle sich jetzt aber um eine Maßregel zur Beruhigung des Volks. Zimmermann: in der Pfalz würden schon bewaffnete Versammlungen gehalten. Riesser gestand, daß er zweifelhaft geworden sei an der auf die Souveränität der Vernunft und Gerechtigkeit gebauten Politik seiner Partei; es könnte doch Gewalt gegen Gewalt nöthig werden, aber dann würde die Versammlung stärker und zahlreicher sein als je; indeß glaube er an das schändliche, mit dem Fluche des Vaterlandes belegte Verbrechen nicht eher, als bis ein Bajonet an diese Pforten zu klopfen wage. Vogt hatte allezeit Jedermann gesagt, der es hören wollen,

---

von Entschlossenheit, die seine Vertreter zeigen möchten — nun möge aber die Rechte, die ihm noch nicht den geringsten Hoffnungsstrahl gewährt habe, auch das Minimum von Energie von dem was sie thun könne und was die Linke fordere dieser bewilligen; sie greife ja noch Niemanden durch Annahme der Anträge an, zeige dadurch blos die Absicht an, nicht zu Grunde gehen zu wollen; jedenfalls werde ein Theil nicht vom Platze weichen; sollte Gewalt kommen, so würde die Sache nicht sanft abgehen; noch sei die Linke der Rechten verbündet, die nun aber auch in der Gefahr endlich ein Zeichen ihres Muthes geben müsse u. s. f. Das war Simon's Bitten, das war die „warme Leidenschaft", womit er wie noch niemals gesprochen, Simon, der ganz und gar nicht geneigt war für seine Parteisache, seine Maximen seine Haut zu Markte zu tragen oder eben Opfer zu bringen, sondern — wenn auch nicht im gemeinsten Sinn — „auch etwas davon haben und nicht riskiren wollte ohne etwas davon zu haben, er und seine Partei", was er in seinen Reden deutlich genug durchblicken ließ und woraus er unter vier Augen ganz und gar kein Hehl machte.

daß er keine Neigung zum Märtyrerthume verspüre; er sprach in höchsten Tönen von der Tribüne, drückte indeß doch auch seinerseits große Besorgnisse aus — weniger zwar vor offener Gewalt als vor einem Systeme, wonach die Versammlung gezwungen werden könne, auf dem Siechbette langsam und unrühmlich an der Auszehrung zu sterben — und behauptete, die Anträge seiner Partei gingen nur dahin, es solle, wenn die Versammlung, ergriffen von der Demoralisation des Rückzugs, zusammenschwände, nicht auch noch die Geschäftsordnung dazu dienen, sie in Unfähigkeit zu versetzen.

Nach der Rede Vogt's wurde der Schluß beliebt. Es folgten die Abstimmungen, auch über noch weitere improvisirte Anträge. Zunächst wurde beschlossen: „Das Präsidium ist ermächtigt zu jeder Zeit und an jedem Orte, den zu erwählen es für zweckmäßig erachtet, Sitzungen der Nationalversammlung anzuberaumen." Der Zusatz, daß eine außerordentliche Versammlung auf das Verlangen von 50 Mitgliedern stattfinden müsse, wurde abgelehnt mit 216 gegen 162 Stimmen, angenommen nach dem Verbesserungsantrage von Zell die Bestimmung, daß eine solche Sitzung anberaumt werden müsse auf den Antrag von hundert Mitgliedern; angenommen wurde endlich, daß die Versammlung bei Anwesenheit von hundert und fünfzig Mitgliedern beschlußfähig sein solle. Es handelte sich hierauf noch um fünf dringliche Anträge. Wigard forderte, daß das Reichsministerium unverweilte Untersuchung und Verhaftung gegen den Mörder Robert Blums, den Fürsten Windisch-Grätz verfüge 2c. Die Dringlichkeit wurde nicht anerkannt. Ebenso bei einem Antrage von Schlöffel, Hoffbauer und Genossen. Anträge von Ziegert und Kierulff wurden als zusammenhängende behandelt und die Abstimmung entschied für den Kierulff'schen: 1) die Mißbilligung der von der Preußischen und der Hannoverschen Regierung angeordneten Auflösung der dortigen Volksvertretungen vor dem ganzen Deutschen Volke auszusprechen; 2) die Regierungen von Preußen und Hannover aufzufordern, auf das schleunigste neue Wahlen anzuordnen; 3) gegen die noch übrigen gesetzlichen Organe des Preußischen und des Hannoverschen Staates die Bemerkung auszusprechen, daß sie die Ansicht und den Willen des Volks in der Deutschen Verfassungssache offen, muthig und schleunig den genannten Regierungen kund thun. Abgelehnt wurde der Ziegert'sche Zusatz, einen Antrag auf Erlaß eines Aufrufs an das Deutsche Volk, eine Aufforderung zur Vertheidigung der Verfassung u. s. w. enthaltend.

Die Centrenmänner waren also abermals weiter nach Links getrieben und leidenschaftlich genug waren sie, sich noch immer weiter dorthin treiben zu lassen. Nicht leicht würde die Partei, die „nur noch ihren Unwillen statt aller Politik hatte", würden diese Politiker, die sich gänzlich von ihren Affekten beherrschen ließen und jetzt alle und jede Haltung verloren, als so kläglich geschildert werden können, als es durch die eigenen Geständnisse Haym's geschieht; nichts beweist stärker, daß die Radikalen in ihrem Urtheile über sie großentheils Recht aber freilich auch Unrecht hatten, wenn sie glaubten, in solcher Allianz ihre Dinge ausrichten zu können.*)

---

*) Haym sagt, es sei an diesem Tage gut gegangen, „da es nur nicht ganz schlecht ging". Der Antrag, daß auf das Verlangen von 50 Mitgliedern eine Sitzung anberaumt werden müsse, habe allzu augenscheinlich die Versammlung der Willkür und Chikane der Linken preisgegeben und die Erhöhung der Zahl auf 100 sei nicht viel anders gewesen; allein ein solches Amendement war von der linken Seite des Weidenbusches extemporirt, es mußte deshalb wol die Mehrheit erlangen, und für die Uebereilung dieses Beschlusses mußten die Nichtzustimmenden später mitbüßen; es war kein Wunder, daß nach diesen Vorgängen auch die Beschränkung der Zahl der beschlußfähigen Mitglieder von 200 auf 150 genehmigt wurde, ein Beschluß, der für den Augenblick ungefährlich, im Principe jedoch nicht unbedenklich, in seinen Konsequenzen höchst schädlich war. Aber die Weidenbuschpartei war planlos, rathlos, zügellos. Man war einmal im Gange; die Grenzpartei zwischen dem Kerne der Centren und der Linken, die Weidenbuschglieder aus dem Würtemberger Hofe und der Westendhalle hatten die ganze Partei in Händen, die nun für die Früchte ihrer Allianz mit der Linken zu kosten und zu fühlen bekam, was es heiße, eine bunt zusammengewürfelte Partei sein. Dem „Kern" erschien das Verfahren der Hannoverschen Regierung als eine Beleidigung gegen die Versammlung, er war ingrimmig darüber; er sah ein, daß daraus die Zweckmäßigkeit eines darauf bezüglichen Beschlusses nicht folge, konnte sich aber nach seiner Auffassung und seinen Aeußerungen demselben nicht entziehen. „Allein Anträge, bemerkt Haym, zur Annahme des Kierulff'schen, in der Hast des Augenblicks aufgestellt und angenommen, konnten nicht als Mittel gelten, der Versammlung den Ereignissen gegenüber eine Haltung, den Gefahren gegenüber einen Schutz zu verschaffen. Das halbe Eingehen auf die Proposition der Linken konnte lediglich dazu dienen, das Ansehn der Centren zu schwächen, ohne irgendwie die Pläne jener zu läutern oder zu lenken. Wir glitten auf diese Weise von Stufe zu Stufe tiefer in eine heillose politische Charakterlosigkeit. Wir weckten Erwartungen, die wir doch niemals zu erfüllen gemeint waren. Wir regten einen rebellischen Geist auf (indem sie versicherten, sich fortwährend für verpflichtet zu achten, der Anarchie entgegenzutreten),

Es sollte noch eine Zeitlang währen, bis sie aus ihrem Taumel erwachten. Wie Ertrinkende an Strohhalmen sich haltend erwarteten sie noch immer eine günstige Wendung in Berlin, Erfolge der Bassermann'schen Sendung. Es steht eine abermalige Preußische Erklärung bevor, schrieb ihre Korrespondenz an diesem Tage, die uns aus der passiven Stellung bringen und einen positiven Beschluß herbeiführen wird, wozu wir aber die Bassermann'schen Berichte erwarten müssen. So auszuharren ist sehr schwer! Im reichsministeriellen Organe wurde zum zehnten und zwanzigsten Male ausgeführt, die Nationalversammlung habe nach Vollendung ihres Werkes dasselbe lediglich zu vertheidigen und abzuwarten ob angegriffen oder ausgeführt werde, und ihre rein defensive Stellung sei unangreifbar; transigiren könne sie nicht mehr, sie möge nur den „Muth der Geduld" haben, denn für sie wirkten andere Kräfte; abzulehnen dürfte Preußen, das es so weit habe kommen lassen, nicht wagen u. dgl. Das Volk bewaffne sich, hieß es ähnlich in der Deutschen Zeitung, allein die Nationalversammlung dürfe die Selbsthülfe nicht voreilig bewilligen. Den Vereinbarern aus der Fraktion Milani wurde es zu viel; sie trennten sich jetzt wieder vom Weidenbusch; dieser blieb aber trotz der Lage, trotz

---

den wir doch zu bändigen nicht die Kraft besaßen" u. s. f. In Wahrheit wurde es seit diesen Tagen ärger, immer ärger und am ärgsten mit ihnen. Man hörte nicht Wenige von ihnen in Privatunterredungen, zwischen den Bänken, ja auf den Gassen — keineswegs so diskret, daß das „Volk" es nicht hätte hören können oder sollen — fast nicht mehr anders sprechen als jakobinisch und maratistisch. Daß man die monarchische Form wol werde aufgeben müssen und dergleichen war das Wenigste. „Sie müssen Alle fort, wenn sie nicht nachgeben" — „es müssen Köpfe fallen!" Das und viel Aehnliches vernahm man mit Staunen und Ekel aus dem Munde so mancher dieser als milchblütig und zahm genug bekannten Centrenmänner, die, als es „zur That ging", ohne sich einen Finger an dem Feuer zu verbrennen, das sie angezündet, in ihre sichern und gemächlichen Situationen zu Hause, ihre Staatsämter und Würden zurückkehrten, in höhere sich befördern ließen, in Gunst und Gnaden prosperirten. Die von der Linken trauten auch in Wahrheit den noch so „roth" sich Gerirenden nichts Anderes zu, hielten sich laut und lachend über ihr Ungeschick in der Jakobinerrolle auf, kamen allmählig davon zurück, in dem Mitgehen, den Namen der Gagern, Dahlmann u. s. w. eine wesentliche Hülfe, einen „Schild" für sich und ihre Operationen zu erblicken, und dachten sie schließlich allenfalls nur noch als „Futter für Pulver" in ihrem Heerhaufen zu benutzen.

seiner Schwäche und Rathlosigkeit steif und fest beim Principe der Souveränität der Nationalversammlung und insbesondere dabei stehen, die Reichsverfassung durchführen zu wollen; seine Notabeln waren eifrigst mit ihrem neuen Projekte beschäftigt, es auch ohne Preußen zu thun.

Die Preußische Definitiv-Ablehnung vom 28. April. — Die Nationalversammlung am 1. Mai. — Das Projekt der Kaiserpartei, die Reichsverfassung auch ohne Preußen durchzuführen (Wydenbrugk's Antrag). — Die Ansprache der großdeutschen Partei der Nationalversammlung an ihre Gesinnungsgenossen vom 1. Mai. — Der Antrag Wydenbrugk's im Dreißigerausschuß. — Die Nationalversammlung am 3. Mai. — Das Reichsministerium (Telegraphische Berichte Bassermann's aus Berlin, Gagern). — Der Antrag Wydenbrugk's im Weidenbusch.

Die schon beiläufig erwähnte definitive Ablehnung des Königs von Preußen war in zwei Schriftstücken, beide vom 28. April datirt, ausgesprochen, in einem Schreiben des Grafen Brandenburg an den Preußischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt und in einer, dasselbe zur Kenntniß der Deutschen Regierungen bringenden Circulardepesche. Freilich, die Kaiserkrone, die Reichsverfassung wurde zurückgewiesen, aber wie viel bot doch Preußen noch immer, wie Vieles ganz nach dem Herzen der preußisch und kleindeutsch Gesinnten, zu einer noch immer günstigeren Zeit nicht weniger als alles Das, was sie später auf Umwegen und unter unsäglichen Anstrengungen in Erfurt zu gewinnen trachteten!*) Allein die Weidenbuschpartei hatte keine

*) Das Schreiben des Preußischen Ministerpräsidenten erinnerte zunächst an die der Kaiserdeputation ertheilte Antwort, dann hieß es darin weiter: Die königl. Regierung habe sofort sämmtliche Regierungen eingeladen, sich offen und umfassend über ihre Absichten und Wünsche auszusprechen, und selbst die durch rasche Beschlüsse zur Vollendung gelangte Verfassung vor Ertheilung ihres Rathes an den König wegen der Annahme derselben einer reiflichen Prüfung unterziehen und gründlich erwägen müssen;

Ohren für Preußens Stimme und Angebot, worüber man genauere Auskunft hatte, als die Sitzung am 1. Mai eröffnet wurde. Das Schreiben des Grafen Brandenburg erschien an diesem Tage in der

---

sie sei damit den Grundsätzen treu geblieben, die sie in der Cirkularnote vom 23. Januar dargelegt; sie habe am 16. Februar ihre Abänderungsvorschläge kund gegeben, denen die meisten Regierungen sich angeschlossen hätten; dieser Weg der Verständigung würde gewiß zum Ziele geführt haben, aber die Nationalversammlung sei darauf nicht eingegangen, indem sie ihre Beschlüsse über die zweite Lesung der Verfassung und die Wahl des Königs gefaßt, die Regierungsvorschläge meist unberücksichtigt gelassen, abermals etwas Neues und noch Bedenklicheres producirt und zur unbedingten Annahme als ein Ganzes dargeboten habe; der König habe sich entschlossen, abzulehnen; Preußen ziehe sich jedoch von dem Werke der Deutschen Einigung nicht zurück, sei fortwährend bereit, die Hand zur Verständigung zu bieten, die Nationalversammlung möge dazu gleichfalls entgegenkommen, möge die Verfassung nach den Ansichten der Regierungen und gemäß den Deutschen Verhältnissen modificiren, was um so mehr möglich sein müsse, da klärlich der § 1 der Verfassung nur durch Gewalt, Krieg und Revolution ins Leben würde geführt werden können, eine Aufgabe, welche die Nationalversammlung sich so wenig stellen werde, wie irgend ein Deutscher Fürst es thun könnte. Der Bevollmächtigte möge den definitiven Entschluß des Königs zur Kenntniß der Centralgewalt und durch diese zu der der Nationalversammlung bringen. In der Cirkularnote wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierungen die Bundestreue und Uneigennützigkeit des Königs anerkennen und auch ihrerseits den Ernst und die Gefahren des Moments mit vollem Bewußtsein ins Auge fassen würden; daß das Bedürfniß größerer Einigung und Kräftigung befriedigt werde, auch nachdem sich die in Frankfurt erstrebte Form als unmöglich erwiesen, sei unabweisbare Nothwendigkeit; Preußen habe jetzt der Nationalversammlung noch einmal die Hand dazu geboten, setze jedoch nur geringe Hoffnung darauf, daß sie dieselbe ergreife; ihr starres Festhalten an ihren Beschlüssen könne in manchen Ländern gefährliche Krisen hervorrufen, ihnen kräftig entgegenzutreten, sie wo möglich zu verhindern sei Aufgabe und Pflicht der Regierungen; Preußen sei darauf gefaßt, auch darauf die etwa erforderliche Hülfe zu leisten; der Revolution müsse ein Ziel gesetzt werden, und dies werde am besten geschehen, indem ihr die Regierungen den Vorwand entzögen und handelten; der von Preußen am 3. vorgeschlagene Weg habe sich als unmöglich erwiesen durch die Abgeneigtheit der größeren Staaten, durch das, was die 28 kleineren gethan; es möchten nun die Regierungen, die mit Preußen weiter berathen wollten, sich direkt nach Berlin wenden, es sei bereit, mit Vorschlägen entgegenzukommen, nach dem Zielpunkt, daß, wenn sich eine Verständigung mit der Nationalversammlung unmöglich zeige, eine die Bedürfnisse der Nation befriedigende Verfassung von den Regierungen — jedenfalls mit einer einheitlichen kräftigen Exekutivgewalt und einer Nationalvertretung in Staatenhause und Volkshause mit legislativen Rechten — zu Stande gebracht werde.

Postzeitung, die Cirkulardepesche freilich erst am 4. Zu Anfange der Sitzung ward unter andern Austrittserklärungen die von Künßberg kurz angezeigt. Der gewichtigen Motivirung derselben geschah keine Erwähnung. Die Verlesung dieser Motivirungen war schon seit einiger Zeit unterblieben, sie wurden nicht einmal mehr in den Protokollen abgedruckt. So wurde auch seit vielen Wochen schon keine Anzeige mehr von den Protesten verfügt, die von verschiedenen Seiten her, mit vielen tausend Unterschriften bedeckt, einliefen. Heisterbergk und Genossen interpellirten wegen angeblich bevorstehender Verwendung Deutscher Reichstruppen und zwar Preußischer, um das rebellische Olmützer Kabinet gegen das für seine Selbständigkeit heldenmüthig kämpfende Magyarenvolk zu unterstützen u. s. f. Bei der Feststellung der Tagesordnung war der Stoff zu Verhandlungen mühselig zusammengelesen. Es sollte berathen werden über Anträge des Dreißigerausschußes, die Abberufung von Mitgliedern der Nationalversammlung betreffend. Die Berathung wurde auf den Wunsch des Ausschusses ausgesetzt, aus Rücksicht auf die inzwischen veränderte Lage der Dinge und auf die wegen letzterer so sehr wichtige Einheit im Hause. Man berieth zerstreut über Petitionen und Eingaben beim volkswirthschaftlichen Ausschusse. Am Schluß interpellirte Würth von Sigmaringen den Oesterreichischen Ausschuß, weshalb der Bericht über die Blum'sche Angelegenheit so lange ausbleibe. Francke's Antwort lautete, der Ausschuß habe es nicht geeignet gehalten, in der Sache ein Referat abzugeben. Würth protestirte und polterte ohne irgend welche Unterstützung zu finden. Zu allerletzt interpellirte noch Levysohn den Dreißigerausschuß wegen seines Antrags auf Verbreitung des Wahlgesetzes in 100,000 Exemplaren.

Wären die Kaiserlichen jetzt auch geneigt gewesen, sich zur Verständigung mit Preußen, zur Umkehr zu bequemen: ihr Pakt, ihr Revers lag im Wege, woran die Linke zu erinnern nicht verfehlte. Diese, um sie festzuhalten und nachzuziehen, sagte ihnen, sie, die Gemäßigten, hätten immerhin genug gethan, um sich die Regierungen gründlich zu verfeinden, so daß es ihnen, wenn eine wahre Reaktion komme, schlimmer ergehen werde als den offenen Radikalen. Von anderer Seite wurde ihnen freilich vorgehalten, sie würden, wenn die letzteren siegten, mehr als die offenen Gegner von denselben gehaßt, die ersten Opfer sein. Dies wog jedoch im Augenblick bei den ganz vom Affekt Uebermannten nicht schwer, und die genauere Kunde des Inhalts der königlichen Ablehnung mit dem über sie darin ergangenen

Tadel vergrößerte ihre Erbitterung noch. War er sonst geeignet, sie zur Besinnung zu bringen, so waren andererseits die Beschlüsse des vorigen Tages gefaßt. Und was noch mehr war, sie hatten sich schon verfangen in dem auf die Bahn gebrachten neuen Projekt und darüber auch bereits sondirend mit der Linken verhandelt. Die am 27. April ernannte Notabelnkommission berieth mit erhöhtem Eifer den ganzen Tag nach der Sitzung am 1. Mai, in welcher eben wegen dieser schwebenden Sache die Berathung über den Hauptgegenstand der Tagesordnung abgebrochen war. Die Kommission kam mit einem ausgeführten Vorschlage zu Stande, der, vornämlich W y d e n b r u g k's Werk, Abends in einer Privatkonferenz bei Gagern vorgelegt wurde.*) Hier war „der leitende Gedanke für Dasjenige, worauf es jetzt

*) I. Die Nationalversammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte Deutsche Volk auf, die Verfassung des Deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen. II. Sie bestimmt den 22. August d. J. als den Tag, an welchem der erste Reichstag auf den Grund der Verfassung in Frankfurt a. M. zusammenzutreten hat. III. Sie bestimmt als den Tag, an welchem im Deutschen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen sind, den 15. Juli d. J. IV. Sollte, — abgesehen von Deutsch-Oesterreich, dessen zur Zeit etwa nicht erfolgter Eintritt bereits durch § 87 der Verfassung berücksichtigt ist, — einer oder der andere Staat im Reichstage nicht vertreten sein und deshalb eine oder die andere Bestimmung der für ganz Deutschland gegebenen Verfassung nicht ausführbar erscheinen, so erfolgt die Abänderung derselben auf dem in der Verfassung selbst vorgeschriebenen Wege provisorisch bis zu dem Zeitpunkte, wo die Verfassung überall in Wirksamkeit getreten sein wird.' Die § 196 Nr. 1 der Verfassung gedachten zwei Drittheile der Mitglieder sind dann mit Zugrundelegung derjenigen Staaten, welche zum Volks- und Staatenhause wirklich gewählt haben, zu ermitteln. V. Sollte insbesondere Preußen im Reichstage nicht vertreten sein, und also bis dahin weder ausdrücklich noch thatsächlich die Verfassung anerkannt haben, so tritt das Oberhaupt desjenigen Staates, welcher unter den im Staatenhaus vertretenen Staaten die größte Seelenzahl hat, unter dem Titel eines Reichsstatthalters in die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes ein. VI. Sobald aber die Verfassung von Preußen anerkannt ist, geht damit von selbst die Würde des Reichsoberhauptes nach Maßgabe der Verfassung § 68 ff. auf den zur Zeit der Anerkennung regierenden König von Preußen über. VII. Das Reichsoberhaupt leistet den Eid auf die Verfassung vor der Nationalversammlung und eröffnet sodann den Reichstag. Mit der Eröffnung des Reichstages ist die Nationalversammlung aufgelöst. VIII. Die Nationalversammlung vertagt sich auf unbestimmte Zeit mit Zurücklassung ihres Bureaus und überträgt dem letzteren die Befugniß, sie nöthigenfalls wieder einzuberufen.

ankomme, rasch ausgesprochen." Er war der: die Ablehnung des Königs von Preußen widerlegt nicht die innere Wahrheit und die zweifellose Berechtigung unseres Planes, an welchem daher festzuhalten und zu dessen Ausführung noch ein Versuch zu machen ist; das Reich wird und soll freilich ohne Preußens Primat nicht bestehen, aber das Zustandekommen des Bundesstaats muß unabhängig sein von dem Eigensinn und der Phantasie des gegenwärtigen Königs." Aus einer Unterredung, welche Gagern mit Abgesandten der Linken gehabt, glaubten sie die Hoffnung entnehmen zu dürfen, daß auch die Linke den auf diese Grundgedanken gebauten Plan unterstützen werde. Er sollte Keckheit und Feinheit vereinigen, deren Vereinigung der Moment erforderte, weshalb, ob auch „schlimm genug", jetzt „vorzugsweise der Weimarische Staatsmann an seinem Platze zu sein schien." (Haym III, 90.) Es sollte jetzt also praktisch werden, wovon schon oft gesprochen war, daß man, nachdem man auf Oesterreich, Baiern u. s. w. hatte verzichten müssen, nun auch auf Preußen verzichten wollte, bis das Volk dort wie hier der Parole nachkäme: die Nationalversammlung ruht nach gethaner Arbeit, die Arbeit des Volkes beginnt. Deutschland sollte abermals reducirt werden, damit die zweifellos Recht habenden Professoren und Gagern nebst Anhang Recht behielten und in Sicherheit abwarten könnten; sie wollten jetzt wieder, nachdem sie erst vor ein paar Tagen mit Hand und Fuß abgewehrt, daß irgend ein Staat draußen bleiben dürfe, das „kleinste Kleindeutschland", wollten wenigstens das Reich mit den Kleinstaaten und entgegen den großen a n f a n g e n, indem ja freilich die Kaiserkrone für Preußen reservirt und allerlei Reiz angewendet werden sollte, daß es demnächst doch noch danach greife. Und darin, daß sie heimgingen, nachdem sie dies veranstaltet, sollte das Handeln der Centrenmänner bestehen. Die Versammelten erkannten in Wydenbrugk's Vorschlage sofort den „schmalen Ausweg", den sie im Sinne gehabt. Nur B e c k e r a t h war anderer Meinung. Entweder halte man sich streng auf dem gesetzlichen Boden oder man werfe sich auf die Bahnen der Revolution; die Lage sei nicht so, daß nur Gewalt Gewalt vertreiben könne; wer jetzt eine solche Anforderung an das Volk stelle, den werde dieses verlassen, namentlich in Preußen, wo man dadurch das Volk der Deutschen Sache nur entfremden würde; der Vorschlag sei aber wesentlich revolutionär; er unterbreche die Kontinuität der staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland, löse das einzig noch bestehende Band der deutschen Staatseinheit, die provisorische Centralgewalt, durch die

Errichtung des projektirten Staates auf; die Wahlen könne laut der Verfassung nur der Kaiser ausschreiben; endlich, man sei außer Stande, der Kollisionen Herr zu werden, die man hervorrufe. Riesser, Fr. v. Raumer, Wurm, Waitz u. A. eiferten entgegen, die windigsten Einwendungen, die barsten Sophistereien vorbringend: ein Zusatz könne die staatsrechtlichen Bedenken beseitigen; man sei es den 29 schuldig, sie — durch Betreten der revolutionären Bahn! — vor der Anarchie zu schützen; der Vorschlag sei keineswegs revolutionär, sondern höchstens — nicht ganz gesetzlich; es werde ein allgemeiner Wettlauf der Regierungen entstehen, dem Reiche beizutreten, auch Preußen werde sich besinnen; man könne — nach Waitz' Bemerkung — die Lösung der Konflikte der eigenen Entwickelung der Dinge und der Geschichte anheimgeben, was freilich das Sicherste für die Urheber der Konflikte war. „Man war nur desto eifriger, sich alle Vorzüge des Antrags zum Bewußtsein zu bringen, fast Jeder wußte etwas Anderes an demselben zu rühmen." Aber die Hinausführung des Abenteuers? Haym, indem er das Projekt in das thunlichst beste Licht setzt, gesteht, „daß unsere Partei zum Theil über den Geist und die Bereitschaft der Nation sich Illusionen machte", daß sie — den „Kostenanschlag", die „Berechnung des eigenen Vermögens" vergessen habe.*) Doch sei dies nicht völlig und von Allen geschehen; es habe nämlich in dem Antrage einen Punkt gegeben, mit welchem die ersten Erfinder fast allein die Mittel zur Ausführung des Ganzen zu bestreiten gedacht: — mit Einem Worte, die ersten Erfinder machten nach Haym's Angaben die Rechnung so: die Nationalversammlung wird nach dem Antrage vertagt und dadurch erhält Gagern die Möglichkeit in die Hände, die positiven Maßregeln, die der Antrag will, durchzuführen. Gagern, „der sich damals getraute, den Erfolg der letztern verbürgen zu können, wenn nur nicht die Thätigkeit der exekutiven Gewalt beständig in Gefahr sei, durch neue und heftige Beschlüsse des gesetzgebenden Körpers durchkreuzt und vereitelt zu werden." Den ersten Erfindern war also bei dem ganzen Projekt die Vertagung die Hauptsache, sie wünschten sich mit guter Manier herauszuziehen, auf Gagern sollte die Last liegen bleiben. Es war unmöglich, sie konnten nicht glauben,

*) Die „Geschicklichkeit" des Antrags habe die Täuschung begünstigt; er „überschritt die Linie des streng Gesetzmäßigen nur soweit, als der Zweck es erheischte und enthielt in sich selbst die Rechtfertigung dieser Ausschreitungen"; er „lag genau auf unserer Bahn, war nur die in das Medium der veränderten Umstände verlängerte Linie unserer bisherigen Politik" u. s. f.

oder sie, die angeblich Vorsichtigeren und Klügeren, rechneten wieder in anderer Weise ganz ohne den Wirth, wenn sie glaubten, nicht blos daß die Vertagung gegen die Linke durchgesetzt werden könne, sondern auch, wenn es geglückt wäre, daß der Erzherzog zu den erforderlichen Genehmigungen sich hergeben werde, daß Gagern der Mann sei, der er, wie Haym behauptet, zu sein sich zutraute. Wie dem sei, die Faiseurs erreichten ihren Zweck, die Vertagung, nicht, und trugen das davon, daß sie, ihre Partei in ihr Projekt verwickelnd, mit derselben an dem überfeinen und allerdings kecken Antrage hängen blieben, nach welchem das Reich, nun auch ohne Kaiser und ohne und wider Preußen und alle bei der Kontinuität und Integrität der Deutschen staatsrechtlichen Verhältnisse, bei Abwendung von Volksgewalt und Anarchie Betheiligten in den Kleinstaaten errichtet, die Verfassung in diesen und zwar so durchgeführt werden sollte, daß eine Verletzung derselben zu den ersten Mitteln ihrer Durchführung gehörte. Die von den Notabeln und ersten Erfindern dirigirten sehr genau unterrichteten Parteiorgane läuteten das Projekt sofort ein. Aus ihren, bei diesem Vorgange wieder höchst charakteristischen Aeußerungen sind die Gedankengänge der Einfädler und ihrer Vertrauten noch deutlicher zu erkennen. Das reichsministerielle Organ, weit entfernt, redliche Gedanken und Absichten bei den Aeußerungen der Politik des Königs und des Grafen Brandenburg vom 28. April vorauszusetzen, gründete Hoffnungen auf das Walten eines hinterhältigen Systems in Berlin und gab Anleitung zu „Kniffen"; die Professorenzeitung drehte Beckerath's Wort vom Warten auf Oesterreich herum: das Warten auf Preußen sei jetzt der Tod der Deutschen Einheit, und zeigte sich keck und fein trotz dem Weimarischen Staatsmanne; die Korrespondenz, nachdem sie sich über die „Hiobsposten", die (am 1. Mai) die Stimmung der Paulskirche beherrscht hätten, ergangen und eine ziemlich nackte Bettelei bei der Linken, die Kaiserlichen doch als Gleichberechtigte gelten zu lassen, damit sie im Bunde mit ihr die Vereinbarung ablehnten, angeknüpft, erklärte, wie weit ihre Partei gehen werde, hänge ab von ihrer Würdigung des Maßes der Zustimmung der Nation; die sämmtlichen Organe der Partei enthielten Aehnliches und nicht wenig des Sinnes: Macht nur Rebellion; wenn sie erfolgt und sich uns, die wir nicht recht trauen, hinlänglich stark zeigt, um uns zu decken, so treten wir hervor und legalisiren Alles. (Anh. XXIII.)

Die Großdeutsche Partei zählte nur noch gegen vierzig ihr Gehörende, denen es gleichfalls schwer und peinlich war, noch

auszuharren; gebrochen aber, wie die Kaiserlichen meinten, hatten diese sie nicht. Die von ihr noch Anwesenden beriethen am letzten April und konstituirten sich bei der Voraussicht eines übeln Ausganges für die Zukunft als Verein, um dadurch den gleichgesinnten Vereinen in ganz Deutschland als Anhaltspunkt zu dienen. Es wurde ein Ausschuß bestellt und mit den Einleitungen zur weiteren Organisation beauftragt. Sie verbreiteten eine vom 1. Mai datirte, von Beisler, Detmold, Edel, Gombart, Perthaler, Reichensperger, Wuttke unterschriebene Ansprache an ihre Gesinnungsgenossen, worin sie über ihre Aufgabe sich ausließen, ihr „Programm“ vorlegten, und durch welche sie auch außerhalb der Paulskirche auf die Organisirung der großdeutschen Partei hinwirken wollten. In ihrer Korrespondenz faßten sie ihre Ansicht über die Lage zusammen, unterwarfen die Aeußerungen des reichsministeriellen Organs und die neuen Projekte der Centrenmänner einer scharfen Kritik, wiesen insbesondere darauf hin, daß nun auch Preußen die Richtigkeit der Vorwürfe anerkannt habe, welche vor ihm namentlich Oesterreich — deshalb geschmäht und zum Ausschluß verurtheilt — dem Verfassungswerke der Nationalversammlung gemacht, und zeigten die Wege, wie ihrer Meinung nach die Sachen jetzt behandelt werden müßten, die Wege, auf welchen noch immer „für das ganze Deutschland ein schönes Maß von Freiheit und Einheit gesichert werden könne“, die Wege, welche die Mehrheit der Centren und der Linken verwarf. (Anh. XXIII.)

Im Dreißigerausschuß hatte sich die schon bei seiner Konstituirung hervorgetretene Spaltung zunehmend geäußert, sowol in dem Materiellen der Anträge als im Tone der Diskussion, der bisweilen auf den höchsten Grad der Erbitterung — so namentlich zwischen Waitz und Vogt — stieg. Reichensperger und Detmold waren denen vom Gagern'schen Anhange Dorn im Auge, da sie bei untergeordneten Fragen bisweilen mit der Linken stimmten, z. B. wenn es galt, die Minister in den Ausschuß zu rufen, aus welchem Jene dieselben stets mit aller Macht fern zu halten suchten, da die Linke sie durch Fragen in die Enge trieb und mit Hohn an der Schlinge zerrte, die sie sich hatten um den Hals legen lassen. Zu einer sehr bitteren Debatte kam es u. a. über die Forderung, daß der Ausschuß der Nationalversammlung empfehlen möge, das Wahlgesetz in 100,000 Exemplaren abdrucken zu lassen, was der Professorenpartei gar nicht recht war. L. Simon rief ihnen mit

giftiger Ironie zu: „Wir haben Euch an Euern Erbkaiser geholfen, nun aber gebt uns auch das Wahlgesetz — seid wenigstens soweit ehrlich im Handel!" *) Derartige Familienstreitigkeiten fielen fast in jeder Sitzung vor; Welcker polterte wie unsinnig und wurde beiden Parteien zur Last; ein halb ersticktes Gift brodelte unaufhörlich auf; die Bundesgenossen erspähten an einander die verwundbarsten Stellen und machten sich jede Blöße schonungslos zu Nutze, wobei die vom Centrum in Folge ihrer falschen Position fast immer im Nachtheil waren. Man war im Ausschuß bis zum 1. Mai nicht vom Fleck gekommen. Die Kunde von der definitiven Ablehnung des Königs und das neue Projekt vom Reich auch ohne Preußen brachten neues Leben in seine Berathungen. Die Linke faßte sofort so auf, die Kaiserlichen ließen durch Wydenbrugk zum Rückzuge blasen, ihr Vorschlag sei lediglich ein verzweifelter Versuch, sich aus der Klemme zu helfen und die Alliirten im Stich zu lassen und aller Gefährde preis zu geben. Sie hatten das Gefühl, daß ihre ganze Existenz durch das Fortbestehen der Nationalversammlung bedingt sei, sie geriethen in der Diskussion über die angesonnene Vertagung in Feuer und Flamme. Simon tobte. „Glauben Sie, daß wir solche Esel sein und darauf eingehen werden? Ihnen thut Niemand etwas, wenn Sie nach Hause kommen, wir werden beigesteckt" u. dgl. Als die Waage schwankte, schrieb Detmold auf einen Stimmzettel folgenden Antrag: „In Erwägung, daß das Vaterland in Gefahr ist, vertagt sich die Deutsche Reichsversammlung bis dahin, daß die Gefahr vorüber ist. Piepmeyer." Der Zettel wurde der Linken vertraulich mitgetheilt und erregte große Heiterkeit; der Inhalt transpirirte auch in die andere Seite des Ausschusses, von den Kaiserlichen des Ausschusses in die Partei derselben und dämpfte in jenem und in letzterer das Feuer für die Vertagung. **)

*) Einst nach einer Sitzung äußerte Fröbel gegen Reichensperger, er wolle ihm nur gestehen, daß er aus Bosheit für den Kaiser gestimmt habe; die Kaisermacher möchten nun ausfressen, was sie eingebrockt.

**) Doch nicht, als hätte Detmold die Thätigkeit des Dreißigerausschusses lediglich wie eine Farçe aufgefaßt, und noch viel weniger war dies früherhin bei der des Verfassungsausschusses der Fall gewesen. Seine Exemplare der Entwürfe, welche im letzteren berathen wurden, waren voll von Notizen und Bemerkungen, die sein lebhaftes, ernstes Interesse bezeugten und nur selten fand sich eine Plaisanterie darunter. Doch waren es meist nur seine witzigen Einfälle, die herumgetragen wurden: einer der Gründe, weshalb den Mehreren die ernste Seite an ihm und seinem Mitwirken entging.

In der Sitzung am 3. Mai erfolgte die Mittheilung der Definitiv-Erklärung der Preußischen Regierung. Sie wurde an den Ausschuß verwiesen; dann kam auch hier ein satyrischer, doch die Linke wie die Kaiserlichen höhnender Antrag;*) dann erhielt Gagern das Wort. Er äußerte sich über die Ausführung der Beschlüsse vom 26. April. Es seien Reichskommissäre abgesendet; er habe erst einen kurzen vorläufigen Bericht des nach München und ein vertrauliches Schreiben des nach Berlin abgegangenen erhalten, er sei noch nicht im Stande, eine definitive Vorlage an die Nationalversammlung wegen ihrer Beschlüsse gelangen zu lassen; nach den Andeutungen Bassermann's ständen noch an diesem Tage wichtige Entschließungen der Preußischen Regierung bevor, deren wahrscheinlicher Inhalt der Art sei, daß er ersuchen müsse, ihm Zeit zu geben, den Gegenstand in reifliche Erwägung zu ziehen, um der Versammlung weitere Vorlage machen zu können, die Sitzung baldigst zu schließen und auf einen der nächsten Tage eine neue anzuberaumen. Die Aufhebung der Sitzung wurde beschlossen, nachdem noch drei Anträge (von Eisenstuck, Roßmäßler, Kierulff), betreffend die Auflösung der Sächsischen Kammer, verlesen, für dringlich erklärt, dann aber nach Zell's Antrage durch Uebergang zur motivirten Tagesordnung beseitigt waren.

Bassermann hatte Tags zuvor ein Schreiben an den Grafen Brandenburg gerichtet, der am 3. abweisend geantwortet. Bassermann hatte telegraphirt. Das waren die Andeutungen, welche Gagern veranlaßt, in der Nationalversammlung die Unterbrechung der Sitzung zu beantragen. Was von Bassermann gekommen, war sicher der Art, zur Vorsicht zu mahnen, scheint jedoch bei Gagern abermals Hoffnungen erweckt zu haben, sei es durch die Beschaffenheit oder

*) Sepp beantragte dringlich: die Nationalversammlung möge endgiltig beschließen, die sämmtlichen 29 Deutschen Fürsten, welche durch ihre eingereichte Unterwerfung unter den nominellen Erbkaiser ihre Ohnmacht und Entbehrlichkeit zur Genüge eingestanden, sofort zu mediatisiren, ein Direktorium als die allein mögliche Form der Centralgewalt zu errichten, damit es nicht durch die Fürsten oktroyirt und die Nationalversammlung in ihrem Bestande gefährdet werde, oder unverrichteter Dinge auseinanderzugehen, die Verantwortung auf die zu wälzen, die durch Verhetzung zur Kaiserwahl, ohne sich vorher der Annahme der Krone versichert zu haben, die Nationalversammlung so furchtbar kompromittirten, und so der rothen Republik Thür und Thor zu öffnen. Eisenmann brachte den Zusatz: „Und Herrn Sepp mit der Ausführung zu beauftragen“.

durch seine Auffassung der Mittheilungen des Badensischen Diplomaten. Das Reichsministerium beschloß, „nach Möglichkeit Beschlüsse der Nationalversammlung zu verhindern, zu deren Vollziehung der Erzherzog muthmaßlich schwer zu bewegen sein würde." Allein daneben erörterte es seine Stellung zum Wydenbrugk'schen Antrage und erklärte sich für denselben. Nur Beckerath war entgegen, dringend und vergebens hier wie darauf im Weidenbusch abrathend und warnend. Es steht dahin, ob man nicht im Ministerrathe anders beschlossen, nicht die Parole ausgegeben hätte, mit allen Kräften die Annahme des Antrags zu verhindern, die verhängnißvoll werden sollte, hätte man Bassermann's ausführlichen Bericht schon gehabt.

Gagern schwankte zwischen dem Entschluß, die Revolution walten zu lassen, mitzugehen, an die Spitze zu treten oder zu resigniren. Die Linke schickte eine Deputation an ihn ab, um seine Meinung zu hören und ihn ihres ganzen Beistandes zu versichern, wenn er kühn für die Reichsverfassung vorangehen wolle. Seine Antwort lautete: „Meine Herren, es ist im Ministerrathe die Frage aufgeworfen worden, ob Resignation oder Revolution. Zu dem Ersteren kann ich mich nicht entschließen. Sie kennen nun meine Meinung." Fast in derselben Stunde äußerte er gegen Mitglieder der Linken, die ihn vorwärts zu drängen suchten: „Ich habe wol den Willen, aber es fehlt mir die Kraft — und manchmal zweifle ich auch an meinem Willen."*)

Die Kaiserlichen, froh, daß es ihnen geglückt war, heftige Beschlüsse abzuwenden, eilten aus der Paulskirche in den Weidenbusch. Es galt, ihnen den Wydenburgk'schen Antrag und insbesondere die Vertagung „plausibel zu machen", was sich auch in Beziehung auf ersteren ganz leicht erwies. Die Vertagung wurde von Beseler und Waitz standhaft befürwortet; allein der „hauptsächlichste Grund für die Sache ließ sich nicht auf die Tribüne der Paulskirche, die ganze Bedeutung dieses Grundes nicht einmal auf die Tribüne des Weidenbusches bringen;" die Mehreren merkten die Absicht, begriffen

*) Kolatschek's Monatsschrift, 1850, Jan. S. 99, in einem Artikel über Gagern. Ebendaselbst sagt in einem andern Artikel Fetzer: Gagern habe (zu dem gefaßten oder zu fassenden Beschlusse vom 4. Mai) weitere Erklärungen privatim abgegeben, „die auf einen thatkräftigen Entschluß hinzuweisen schienen." Dasselbe wird berichtet im Märzheft, S. 476. Gagern hat diesen Angaben nicht widersprochen. Für mich, nach Allem mir sonst Bekannten und nach dem ganzen Zusammenhange, haben sie die innere Wahrscheinlichkeit für sich.

die Feinheiten der Professoren nicht; sie waren einmal hinaufgeschraubt in Exaltation, die unter ihnen gebräuchliche Phraseologie wurde mit Effekt zur unrechten Stunde bei ihnen angewendet, auf ihren Scheinmuth zu verzichten fehlte der Muth, „Niemand wollte Piepmeier sein": sie beschlossen, den Vertagungsvorschlag vom Wydenbrugk'schen Antrage vorläufig zurückzuziehen.*)

Im Ausschuß ging es noch heißer her. Es regnete und schneiete Anträge der Mitglieder und Eingaben mit Vorschlägen und Forderungen, an den Ausschuß gerichtet, die großentheils so charakteristisch als extravagant waren.**) Die aus den Centren hatten einen

*) Nach Haym's Erzählung schlug Soiron die auftauchenden Bedenken wegen der Legalität des Antrags „kurzer Hand nieder", Beseler „schob sie behutsamer mit dem Hinweis auf den Nothstand des Vaterlandes bei Seite". Für die Vertagung sprachen außer dem Antragsteller nur die Professoren von Greifswalde und Göttingen. Beseler stellte den Parteigenossen die Nothwendigkeit ihrer persönlichen Anwesenheit in der Heimath bei den Wahlen vor; werfe man ein, es werde, wer einmal die Versammlung verlassen habe, nicht wiederkommen, so denke er besser „von uns selbst"; jedenfalls werde „ein Kern von Männern wiederkommen, wenn sie das Vaterland rufe." Waitz „ergänzte die Winke seines Freundes", er „gab ein sauber gezeichnetes Gemälde einer verfallenden Versammlung — das sich nur zu bald verwirklichte!" Wenn sie hier forttagten, so würden sie von der Linken unfehlbar immer weiter getrieben, im Südwesten werde dadurch, unter dem Vorwande das Parlament zu schützen, die Agitation unterhalten werden, die es gelte von Frankfurt weg in die Einzelstaaten zu tragen u. s. f. Ein jugendlicher Heißsporn erklärte sich indignirt über den Vorschlag, drohte, daß die Linke bleiben und Sitzungen mit 150 Mitgliedern veranlassen werde; die „Jugend war nicht hitziger als das Alter", Raumer erging sich in den hergebrachten Phrasen der Kaiserpartei und „wie große Worte machte er heute!" Lautestes Bravo folgte seinem Kraftschlusse, andere nach dergleichen Lüsterne perorirten nach ihm ebenso, „Niemand wollte gern Piepmeier sein", und so wurden sie es eben; als die Debatte diese Wendung genommen, sprach Wydenbrugk selbst, dazu vorangehend, gegen das Vertagen im Augenblick. (Haym III, 100.)

**) Nach dem Antrage Venedey's, der als Minoritätsantrag in die Nationalversammlung gelangte, sollte die Nationalversammlung, Falls der Reichsverweser die Verfassung nicht beschwöre, eine neue provisorische Reichscentralgewalt schaffen u. dgl., insbesondere auch für den Tag der Eidesleistung (13. Mai) eine allgemeine Volksfeier durch ganz Deutschland zur öffentlichen Vorlesung der Verfassung und Anerkennung derselben durch alle Deutsche Männer beschließen, was denn doch Niemand im Ausschuß sich aneignen mochte und von Venedey selbst aufgegeben wurde. Schüler, Hagen, Zimmermann, Wigard u. A. forderten, daß der Ausschuß der Nationalversammlung anempfehle zu beschließen: 1) Die Stände-

harten Kampf um den Wydenbrugk'schen Antrag zu bestehen, der jedoch schließlich, ebenfalls unter Hinwegfall der letzten Nummer mit kleinster Mehrheit durchging, um anderen Tages als ein dringlicher in die Versammlung gebracht zu werden. Als Abends die Nachricht in den Weidenbusch gelangte, ward noch ein Mal berathen. Wer noch Bedenken gegen die Annahme habe, möge sie zur Sprache bringen. Der einzige Beckerath entwickelte die seinigen, „offenbar nur, um eine letzte Pflicht zu erfüllen.“ Seine Ueberzeugung lag ihm schwer auf dem Herzen, doch überzeugte er weder Andere, noch gelang es Anderen, ihn umzustimmen. (Haym III, 103.)

---

versammlungen derjenigen Deutschen Staaten, deren Regierungen die Deutsche Reichsverfassung nicht sofort einführen, sind ermächtigt, die renitente Regierung, so lange als es erforderlich ist, zu suspendiren, und eine provisorische Regierung einzusetzen und mit Durchführung der Reichsverfassung zu beauftragen. 2) In denjenigen renitenten Deutschen Staaten, in welchen die Ständeversammlungen dermalen nicht zusammen sind, haben sie sich zu diesem Zwecke bis zum 14. Mai d. J. ohne Einberufung zu versammeln. 3) In den größeren Staaten, welche die Anerkennung und Durchführung der Reichsverfassung verweigern, sind die einzelnen Provinzen ermächtigt, die Reichsverfassung nebst den Grundrechten anzunehmen und einzuführen, und zu diesem Zwecke provisorische Regierungen so lange als nöthig einzusetzen.

Die Nationalversammlung am 4. Mai (Annahme des Wydenbrugk'schen Antrags). — Bassermann's Berichte aus Berlin.

Die Sitzung am 4. Mai wurde mit der Austrittsanzeige einiger Preußen, Beckerath's namentlich, der gleichzeitig auch aus dem Ministerium ausschied, eröffnet. Hauptgegenstand der Verhandlungen war der Antrag der Mehrheit des Dreißigerausschusses (ohne den Vertagungsvorschlag). Ihn ankündigend bemerkte Wydenbrugk, daß Tags zuvor der Termin abgelaufen sei, bis zu welchem die Regierungen, die die Reichsverfassung noch nicht anerkannt, sich hätten erklären sollen; der Ausschuß mache nun seine Vorschläge, nachdem er den Inhalt namentlich der Bairischen und Preußischen Erklärungen in den Bereich seiner Berathungen gezogen habe. Es fehlte neben ihm nicht an Minoritäts- und einer Menge von Anträgen aus der Mitte der Versammlung. Vogt, Venedey, L. Simon wollten Uebertragung der Befugnisse des Kaisers an einen republikanischen Reichsstatthalter, Aufforderung an die vertagten oder aufgelösten Volksvertretungen zu eigenmächtigem Vorgehen den renitenten Regierungen gegenüber, Ausschreibung der Wahlen zum ersten Reichstage, Beeidigung aller Behörden und Truppen auf die Verfassung. Die von der äußersten Linken forderten noch viel mehr, einen Vollziehungsausschuß, Errichtung eines Parlamentsheeres — was schon im Funfzigerausschuß der in unserer Kommission zu Grabe getragene Lieblingsgedanke Venedey's und einiger Anderer gewesen war — Krieg gegen die rebellischen Fürsten. Der Rest der Großdeutschen hatte sich über einen Antrag nicht geeinigt, doch brachten

Einzelne, Haubenschmidt, Eckart, Graf, Braun, Philipps, Hugo u. A. ihre Vorschläge, den Abschnitt vom Oberhaupt zu revidiren, die Maßregeln zur Einführung der Verfassung bis dahin auszusetzen u. dgl. Kaum eröffnet, wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen. Das Reichsministerium hatte eine Mittheilung zu machen. Nach dem Wiederanfange wurde eine Zuschrift Gagern's verlesen. Die Preußische Regierung habe ihrer Erklärung vom 28. April noch eine zweite folgen lassen, die Cirkulardepesche von demselben Datum, von welcher zwar die Centralgewalt offiziell nicht in Kenntniß gesetzt, die aber im Preußischen Staatsanzeiger publicirt sei; das Reichsministerium protestire Namens der Centralgewalt, die, eingedenk ihrer Pflichten und Rechte, bei Erfüllung derselben auf die Unterstützung der Einzelstaaten rechne, gegen den darin erhobenen Anspruch Preußens auf die Leitung gemeinsamer Maßregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und des Reichsfriedens, sofern ein solcher, der einem Einzelstaat nicht zugestanden werden könne, in jener Cirkulardepesche liege. Sollte Gagern die letztere nicht wenigstens vertraulich sofort nach ihrem Einlauf vom Preußischen Bevollmächtigten mitgetheilt gewesen sein? Oder war sie in der That erst durch den Preußischen Staatsanzeiger zu seiner Kenntniß gelangt? Wie dem sei, er beabsichtigte nach allem Anschein einen Effekt, und der auch nicht ausblieb.

Haym (III, 104) bemerkt, die Erklärung habe Gagern's furchtlosen Geist, sein tapferes Wesen und seine Hoffnungen verrathen, und Zuversicht und Muth in die Gemüther der durch Beckerath's Rücktritt mit Niedergeschlagenheit erfüllten Partei zurückgeführt; sie sei mit stürmischem, ja mit unermeßlichem Beifall vom Hause und den Gallerien empfangen. Dem war so. Allein die Sache hatte auch noch eine andere Seite. Der Rücktritt des ernüchterten Beckerath hatte sichtlich dahin gewirkt, daß ein beträchtlicher Theil der Partei zur Ernüchterung und Besinnung kam. Diesen Eindruck schwächte Gagern wieder ab, und geschah dies nicht, so leidet es nach dem Stimmenverhältniß beim Entscheide keinen Zweifel, daß der Beschluß nicht gefaßt wäre, der die Sache der Centren und speciell eben Gagern's und seiner erklärtesten Partisane unrettbar verderben sollte. Die Gallerien betreffend, so mischten sie sich gerade in diesen Tagen immer bedenklicher ein. Verschiedentlich verbot es der Vorsitzende, was nichts nützte, da es in Fällen wie diesem so gern gesehen wurde, wofür gleichfalls Strafe noch in dieser Sitzung kam.

Zuerst sprach Welcker. Nichts Unerwartetes. Doch war Einiges bezeichnend.*) Die Linke verlangte schon jetzt den Schluß, drang jedoch nicht durch. M. Mohl. Sein Hauptandringen ging auf die Sammlung eines Reichsheeres, Gewalt mit Gewalt abzutreiben, das Weitere wider den Preußischen Erbkaiser, den Vorbehalt der Oberhauptswürde für Preußen.**) Nach Mohl erhielt noch

*) Er kritisirte in einseitigster Weise die Erklärungen, das Verhalten der widerstrebenden Regierungen. Sodann: die kleineren würden nicht nach Berlin gehen, um mit Preußen zu konferiren, und wenn sie gingen, ihre Throne zu Hause umgestürzt finden. Umsturz der Throne war das dritte Wort. Die Nationalversammlung sei es, die dieselben geschützt habe; wenn sie aber Gewalt wollten, so werde eine große Nation sprechen: So kommt her! Das wurde mit stürmischem Bravo aufgenommen gleich Aehnlichem und dem kuriosen, für den Gedankengang des Redners und viele seiner Meinungsgenossen charakteristischen Schluß nach dem Rühmen der Nationalversammlung als Schirmhalterin der Ruhe und Ordnung, das jetzt von ihr eitel gemacht wurde: „Nun haben wir unter schweren Anstrengungen und Opfern mit Achtung und Schonung der Fürstenrechte eine Verfassung zu Stande gebracht, die eine der besten ist, die der Nation Einheit und Ehre sichert, und für die Fürsten und die Ordnung schützender und konservativer ist, als irgend Jemand im Jahre 1848 nur hoffen durfte, und nun kommen die Fürsten und wollen Principienstreit anfangen und drohen mit Armeen, ehe wir verletzt oder gedroht haben. Ich sage auch den Fürsten: Seid billig gegen das Volk, denn das Volk ist billig gegen euch gewesen!"

**) Wie am Rhein so werde bei Erfurt ein Armeekorps aufgestellt; das sei die volle Kontrerevolution, wogegen nur die Revolution helfe, der Bürgerkrieg, und dazu gehörten Kräfte; es würde gimpelhaft sein, wenn die Versammlung warten wollte, bis ihr Heere vom Himmel fielen, um gegen die fürstlichen Empörer zu Felde zu ziehen; es sei kein Augenblick zu verlieren und in 36 Stunden könne schon ein kleiner Heerhaufe in Frankfurt versammelt sein und dann möchten die Manteuffel und Brandenburg nur kommen — „wir wollen ihnen zeigen, daß wir, daß die Nation die Herren im Hause Deutschlands sind, welche diejenigen zum Hause hinauswerfen, die Empörung gegen das Haus machen", u. s. f. Die Oberhauptsfrage müßte Augenblicks gelöst werden, oder man werde den größten Fehler begehen; der König von Preußen habe die Krone nicht abgelehnt, sondern der Nationalversammlung in das Gesicht geworfen; in Deutschland sei Niemand, der nicht vor Ingrimm bei dem Gedanken zittere, daß sie ihm noch ein Mal angeboten werden solle; die Stämme, die jetzt für Deutschland kämpfen wollten, würden jetzt nimmer um den Preußischen Erbkaiser kämpfen, den sie schon vorhin nicht gewollt; die Bewegung für die Versammlung sei eben darum nicht allgemein geworden, weil er darin gesteckt habe, alles Gelingen hänge an der Herbeischaffung eines Heers und dem Hinauswerfen des Erbkaisers aus der Verfassung.

G. Beseler das Wort. Ein abermaliger Schlußantrag war zu spät eingereicht.

Unser Antrag suchte, bemerkt Haym, nach Beseler's Ausdruck die Mittel zur Durchführung der Verfassung in der Anlehnung an die konstituirten, die gesetzlichen Gewalten, der Vogt'sche stieß diese um oder umging sie, schuf neue und revolutionäre Gewalten; um diesen Unterschied handelte es sich allein, nach ihm schieden sich die Parteien, und nach ihm, wir hofften es, entschied sich das Schicksal der Reichsverfassung. Die Parteiführer und Exaltirtesten wurden jetzt auf einmal und zu spät inne, daß Beckerath's Vorstellungen, der Unterschied sei nicht rein gehalten, auch in den Wydenbrugk'schen Antrag sei das revolutionäre Element wesentlich eingedrungen, bei Vielen Eindruck, Viele kopfscheu gemacht hatte, die am Abend vorher gegen denselben nichts eingewendet, vielleicht jedoch über Nacht schon halb und halb eingesehen, was er zu bedeuten habe. Ein Bedenklicher nach dem Andern meldete sich bei den Häuptern, forderte, eingeschüchtert durch Beckerath's Beispiel oder nur nach einem Vorwande suchend, sich der Zustimmung zu entziehen, diese oder jene Aenderung, namentlich den Zusatz, daß die Verfassung lediglich durch gesetzliche Mittel zur Anerkennung gebracht werden solle. Die Erfinder und eifrigen Förderer des Antrags geriethen in die peinlichste Verlegenheit. „Dies war zu spät, dies kam so ganz unerwartet"; es „war problematisch geworden, ob der Antrag unter solchen Umständen noch eine Mehrheit habe", und: „nur von der Tribüne konnte noch die vermißte Aufklärung und Beruhigung gegeben werden." Beseler und nach ihm Gagern, der sich noch vor dem Schluß das Wort vorbehalten, gaben sich die ersinnlichste Mühe, den Aengstlichgewordenen die Bedenken auszureden, den sich Besinnenden die Erkenntniß, was in Wahrheit der Antrag bedeutete und wohin die Reise mit ihm ging, wieder zu verdunkeln. Hatte Gagern gute Bemerkungen über und wider die, den Erfolg zu vereiteln, nicht zu verbürgen geeigneten gewaltsamen Maßregeln, welche die Linke forderte, vorgebracht, so war dann doch Vogt's Kritik der halben Maßregeln, welche der Antrag der Gagern'schen Partei in Vorschlag brachte, noch viel treffender. Vogt belegte mit schlagenden Beispielen, daß das „Volk" das wolle, was die Linke beabsichtige und die von den Centren gezogene dünne Linie nicht respektiren werde, zu überschreiten im Begriff sei, ja schon angefangen habe. Was er und was dann Venedey und L. Simon in der Nachmittagssitzung unter tobendem Zu-

jauchzen der Gallerien äußerten, war höchlich geeignet, die Beklommenen in den Centren, die nun nach Räumung jener riefen, noch viel ängstlicher zu machen. Simon sagte den Alliirten wiederholt und schloß damit: „Wer zum aktiven Widerstande nicht entschlossen ist, wer den großen Moment nicht groß aufzufassen vermag, der gehe lieber nach Hause, und störe nicht Diejenigen in Erstrebung des großen Zweckes, die bereit sind, Alles daran zu setzen.“ Endlich Stahl bemühte sich vergebens, die Linke für den „Weg der Mäßigung“ zu gewinnen. Auch Vorstellungen wie die, daß die Nationalversammlung, wenn sie denselben verlasse, eben das thue, was die Preußische Regierung eigentlich wünsche und erwarte, brachten ihm nur Gezisch von ihr und den Gallerien. So kunstvoll Beseler und Gagern interpretirt hatten, die Sophistik dieser Ausführungen war zu offenbar, Manche entfernten sich — „trotz des klaren Rechts dieser Ausführungen“, wie Haym bemerkt — eiligst vor dem Namenaufrufe, Andere, wie Giech und Rotenhan, stimmten entgegen, und nur durch Herbeiholen Flüchtiger, durch Bearbeiten und Beschwören gelang es, dem Antrage der Partei eine winzige Mehrheit (190 gegen 188) zu gewinnen. Die Hälfte der Fraktion Milani, die für denselben gestimmt, nebst einigen Centrenmännern, unter ihnen Simson, hängten an ihr Votum eine nachträgliche abschwächende Verwahrung an. Gombart, Linde und einige Andere legten „ein für alle Mal“ förmlichen Protest gegen die Rechtsgültigkeit der Beschlußfassungen über die dringenden Anträge des Dreißigerausschusses ein. Die Gagern'sche Partei konnte sich nur dessen trösten, daß Haubenschmid's Antrag, des „geschickten Vermittlers“ Reden Antrag auf eine Quasi-Vereidigung und alle Anträge der Linken — mit Hülfe der noch anwesenden Großdeutschen — so der Vereidigungsantrag mit ziemlich starker Mehrheit — abgelehnt wurden, „wofür man sich von der anderen Seite mit Hülfe der Gallerien durch die unanständigsten Aeußerungen des Unwillens rächte“ (Haym III, 107) — der Gallerien, über deren Zuruf man bei Gagern's Effekt-Mittheilung so sehr sich gefreut hatte. Es steht um so fester, daß der Beschluß des 4. Mai, der die Gagern'sche Partei nur noch tiefer und aussichtlos verwickelte und so bald insgeheim und dann auch offen bereut werden sollte, ohne die Erklärung, welche Gagern's Hoffnungen verrieth u. s. w. und neue trügerische Hoffnungen weckte, nicht gefaßt sein würde, da der Eindruck, den der Rücktritt Beckerath's hervorgebracht, durch erneute dringende und nicht unwirksame Vorstellungen verstärkt war, womit es einige von den

Großdeutschen und Denen, die hier, wo jetzt „der Unsinn zu Hause war", nur aus treuer Meinung zurückgeblieben waren, bei den ehevorigen Freunden versucht hatten, die noch oder die heute wieder einmal mit sich reden ließen.*)

Die Centrenmänner glaubten ihre Sachen vortrefflich gemacht zu

*) „Zieht euern Antrag oder euch von ihm zurück; werdet euch bewußt, daß ihr mit ihm ein Projekt verfolgt, an dessen Ausführbarkeit die Meisten von euch selbst nicht glauben, daß ihr euch für die Durchführung einer Verfassung ereifert, deren Verdorbenheit und Lebensunfähigkeit ihr oft genug selbst eingestanden habt; ihr behauptet, in die kläglichste Nachäfferei des berüchtigten langen und Rumpfparlaments verfallend, in barem Unsinn die souveräne Berechtigung und Haltung der Nationalversammlung, die gerade kein unbeschränktes Mandat und weniger Macht als je besitzt, und da doch Tyrannei Tyrannei ist, mag Fürst oder Versammlung absolut sein; gar zu matt, um nicht sehr bald verschwinden zu müssen, ist der Schein von Vernunft und Recht, womit ihr von den widerstrebenden Regierungen und Volkstheilen die Annahme einer eingeständlich verpfuschten Verfassung fordert; ihr zürnt und lärmt gegen die Regierungen und wollt sie zur Annahme euerer Reichsverfassung zwingen, während die Schwächeren angenommen haben, während ihr die nicht zwingen könnt, auf deren Entscheid es ankommt; was ihnen zur Last fallen mag, jetzt setzt ihr die Nationalversammlung gegen sie ins Unrecht; ihr helft lediglich der Linken, ein wenig Revolution und Republik in dem oder jenem unglücklichen Winkel auf eine Galgenfrist spielen, und wird dies nicht jetzt noch in der elften Stunde abgewendet, so folgt die gewaltsame Gegenwirkung, und fährt die stärkere Gewalt einmal erst daher, so geht sie mit schwerem Fuße auch über alles Gute und Berechtigte der Wünsche und Hoffnungen her, deren Erfüllung anzubahnen wir hier versammelt wurden; und was das Allerärgste, ihr setzt alle Ordnung und allen Bestand auf das Spiel, beschwört Gefährde und Verderben Deutschlands, zum guten Theile nur, um zu Hause populär zu bleiben, um den Schein der Konsequenz oder eure Fensterscheiben zu retten, aus Angst vor Mißtrauensadressen, aus leidiger Furcht und Servilität, gegenüber momentaner kopf- und bodenloser Aufgeregtheit und Schreierei für die Reichsverfassung in euern Heimathländern oder Ländchen und Wahlkreisen, wo auch die intelligenten Klassen, die verständigern Leute wiederum großentheils nur mittollen, um populär zu sein und sich nicht fürchten zu dürfen; zieht euern Antrag zurück, laßt schlimmsten Falls die Anträge der Linken durchgehen und geht dann mit einer Erklärung, die euch thunlichst mit Ehren herauszieht, nach Hause — thut, was ihr binnen Kurzem noch mehr kompromittirt doch thun werdet, ehe ihr euch noch mehr kompromittirt habt." Das und Aehnliches wurde mit möglichster Dringlichkeit, derb oder schonend im Ausdruck manchem der Taumelnden und sich Ernüchternden gesagt und that seine Wirkung. Es hätte nur bei noch Zweien oder Einem zu wirken gebraucht, und wie ganz anders wäre das Ergebniß und der fernere Verlauf gewesen!

haben. Sie sagten: auf den einen Passus der Preußischen Note hat Gagern, auf den ganzen Text die Nationalversammlung geantwortet, deren Beschluß nicht mißverstanden werden kann; unser bisheriges Verfahren war zur einen Hälfte Warten auf Preußen, zur anderen Entgegenkommen, von jetzt an geht unser Weg entgegen; die Preußische Regierung glaubt noch, uns von unserem Wege ab auf den ihrigen ziehen zu können, nach unserm Beschlusse bleibt ihr noch offen auf die Verfassung und die Oberhauptsstellung einzugehen, doch wird sie durch die Aussicht gedrängt, daß das Deutsche Reich vorerst sich auch ohne Preußen helfen und daß ein anderer Fürst an die Spitze treten möchte; die Nation hat sich unter sich und mit 29 Regierungen geeinigt, das Preußische Kabinet ist noch mit keinem einzigen einig und Radowitz hat noch keine fertige Verfassung; er rechnet auf die Dankbarkeit der Fürsten, wir rechnen auf deren Eifersucht, und es ist ganz unwahrscheinlich, daß er mit ihnen eine Verfassung zu Stande bringt; die Nation ist für uns und die Reichsverfassung, sie schreitet dort, sie schreitet da auf den von uns empfohlenen Wegen voran! (Haym III, 108.) Es wiederholte sich bei dem gleich thörichten und unglücklichen Beschlusse vom 4. Mai, was den Politikern des Preußischen Erbkaiserthums schon mehrmals begegnet war, daß sie Großes und Erfreulichstes erreicht, Wunder wie klug operirt zu haben glaubten und zunächst durch Einbildung gewonnener Resultate und verrichteter Thaten im alten Taumel sich bestärkten und in neue Hitze geriethen. Ihre Korrespondenz sprach sich mit unglaublicher Verblendung über die Verdienste und Tugenden ihrer Partei, namentlich deren richtigere Beurtheilung der Wirklichkeiten rühmend, mit äußerster Bitterkeit über Preußen — auf das nun „die letzte Hoffnung geschwunden" — und die Preußische Regierung aus, deren letzte Schritte den „krassesten Egoismus" enthüllten, einem „Verrathe am Rechte und Reiche" gleichkämen, indem sie — auf ein Kleindeutschland mit Preußen an der Spitze zielten. Sie verkündete, trotz Beckerath werde ein „Kern von Männern" ausharren. Etwas später, nach deren „Aufbruch", auf den Beschluß vom 4. Mai zurückkommend, brachte sie eine merkwürdige Charakteristik der Kasinofraktion mit hinlänglich klaren Andeutungen, daß dieselbe vom Anfange eben auch auf jenes Kleindeutschland gezielt und mit der Erklärung, daß der Beschluß vom 4. Mai der letzte Akt der Kasinopolitik gewesen sei. Das reichsministerielle Organ pries gleichfalls die Weisheit und Beharrlichkeit seiner Koryphäen und führte den Beschluß auf ein Nothrecht zurück, weil sonst — wegen des Pakts

Gagern-Simon, der freilich nicht genannt wurde — kein Ausweg zu finden sei und am wenigsten in dem gefunden werden könne, was Preußen mit den Regierungen im Sinn habe, an welche es sich gewendet. Im Heidelberger Organ bedrohte E. M. Arndt die Könige und Fürsten mit der Acht und Aberacht. Die professorische Zeitung mahnte die Centrenmänner zum Ausharren und stellte die Lage als eine gar nicht so ungünstige dar, wie Viele glaubten und Andere glauben machen wollten, da die Bewegung für die Reichsverfassung in Preußen, Baiern, Hannover kräftig vorwärts gehe, da in Sachsen bereits eine ähnliche Krisis wie in Würtemberg eingetreten sei; sie sprach sich fast noch schärfer und herber als die Korrespondenz über Preußen und die Preußischen Vorschläge und Pläne aus. Allein der mit dem Beschlusse des Tages betretene Weg sollte trotzdem weiter verfolgt, das so beurtheilte und aufgegebene Preußen trotzdem an die Spitze des mit den Kleinstaaten anfangenden Reichs gebracht werden, erforderlichen Falls auch mit Gewalt; und trotz alledem waren im Handumdrehen auch die Hoffnungen auf Preußen wieder da nebst starken Neigungen und emsigen Einleitungen zum Eingehen in die verurtheilten Preußischen Tendenzen. (Anh. XXIV.)

Dem gerühmten Beschluß folgte ein erster erschreckender, die Enttäuschungen einleitender Beweis der Falschheit der ganzen Rechnung sowol gegenüber Preußen als der „Nation" und den Volksbewegungen auf dem Fuße. In ersterer Beziehung mußte es Gagern und seinen Eingeweihten, trotz der Decke auf ihren Augen und trotz ihrer Abneigung zu sehen was vor Augen lag, wenigstens sehr schwer werden, nicht einzusehen, wie sehr Beckerath in seiner Beurtheilung der Wirklichkeiten insbesondere in Preußen und mit seinen Rathschlägen und Warnungen Recht gehabt, als bei ihnen die Briefe, die Bassermann mit dem Grafen Brandenburg gewechselt und Bassermann's ausführlicher Bericht (Anh. XXV) anlangten, der freilich nicht veröffentlicht wurde, während man nach einigen Tagen zuerst im Preußischen Staatsanzeiger und dann in allen Blättern las, was der Reichskommissär am 2. geschrieben und was der Preußische Ministerpräsident am 3. geantwortet. Bassermann sendete nebst seiner Zuschrift diese Erwiederung ein. Lag in ihr genug und übergenug, die Hitze zu dämpfen und die Nebel zu zerstreuen, die im Gagern'schen Parteikreise walteten, so enthielt dessen jener Bericht noch drei Mal mehr, der von demselben Tage datirt war, an welchem man in Frankfurt den so klug und erfolgreich geglaubten Beschluß gefaßt

hatte. Bassermann schrieb, es sei der Preußischen Regierung voller Ernst mit ihren Erklärungen, sie sei vollständig gerüstet, denselben Geltung zu verschaffen, gar nichts sei für die Tendenzen der Nationalversammlung zu hoffen nach der Stimmung im Preußischen Volke und Heere, wol aber werde die Regierung auch noch jetzt sich einlassen, wenn die Nationalversammlung zur Verständigung über die Bestimmungen in der Verfassung, die die Steine des Anstoßes bildeten, sich bereit zeige, in welchem Fall das Wünschenswertheste in Aussicht stehe; es sei doch nun in die ernsteste Erwägung zu ziehen, ob man darauf eingehen oder, auf einer thatsächlichen Unmöglichkeit beharrend, den entsetzlichsten Kampf herbeiziehen wolle. Man erhält eine Vorstellung von dem Eindrucke, welchen diese Mittheilungen bei Gagern und seinen Freunden hervorbringen, wie schmerzlich nun die Ketten, mit welchen sie an die Linke gefesselt waren, die bindenden Zusagen, zu keiner Verfassungsänderung die Hand zu bieten, sie drücken mußten, wenn man die eigenen Worte des Berichts liest. Der Eindruck mußte ein noch stärkerer sein, weil der Bericht eben von Bassermann kam, und ähnlich niederschlagende waren von den Reichskommissären aus Dresden und besonders aus München und Hannover eingelaufen. (Anh. XXV.)

Die Sendung Eisenstuck's als Reichskommissär in die Pfalz. — Die Gagern'sche Partei gegenüber dem Aufruhr. — Die Nationalversammlung am 7. und 8. Mai. (Debatte über Beeidigung der Truppen auf die Reichsverfassung.)

Noch am 4. Mai, ehe Bassermann's Bericht eingetroffen sein konnte, ließ Gagern sich abermals einen Schritt weiter drängen, durch welchen er sich noch mehr verwickelte. Zum wenigsten begannen im Laufe dieses Tages, wie es scheint zwischen der Vor- und der Nachmittagssitzung, einleitende Verhandlungen über die Absendung eines Reichskommissärs, und zwar in der Person Eisenstuck's, nach Rheinbaiern. Seine und seiner Partei ganze Rechnung war verdorben, wenn die Bewegung im Volke, worauf sie hinwirkten und zählten, nicht in den von ihnen beliebten Schranken gehalten werden konnte, aus einer legalen oder scheinlegalen eine offen und geradezu illegale wurde. Es war eben jetzt in der Bairischen Pfalz geschehen, wo ein Landesvertheidigungsausschuß errichtet worden, dessen Beschlüsse sich bis zur Lossagung von der Regierung erstreckten und dessen Mitglieder von entschieden republikanischer Gesinnung waren. Der wahre Charakter der Pfälzer Unruhen und überhaupt der Stimmung im Süden und Westen wurde auch in der Gagern'schen Partei von Anfang erkannt.*) Es kamen in

*) Die Deutsche Zeitung begleitete ihre ersten Nachrichten darüber, an demselben Tage wo Gagern Eisenstuck abschickte, mit Bemerkungen wie die: die Sturmbotschaften wurden mit unzweideutiger, ja fast ungetheilter Freude

jenen die Geister, die sie riefen. Gagern spielte die Rolle des Zauberlehrlings. Deputirte aus Rheinbaiern sprachen ihm den Wunsch aus, daß die Centralgewalt die Sache der Pfalz in die Hand nehmen möge. Er theilte dies noch am Schluß der Sitzung des 4. Mai dem Bairischen Bevollmächtigten Xylander mit, hinzufügend, daß er sich vorläufig nicht weiter eingelassen habe. Allein er ließ sich weiter ein. Am folgenden Morgen forderte der Bevollmächtigte Baierns die Entsendung des in Frankfurt garnisonirenden zuverlässigen dritten Jägerbataillons, Gagern verweigerte sie, entließ nach der Pfalz eine verwühlte, fast durchweg aus Pfälzern bestehende Truppenabtheilung und bestimmte ohne Einverständniß mit dem Bairischen Bevollmächtigten, und schickte gegen dessen Protest Eisenstuck als Reichskommissär nach der Pfalz mit einer weitgehenden

---

aufgenommen; mit Ausnahme des kleinen Häufleins hartgesottener vormärzlicher Erhaltungsmänner waren alle übrigen Parteischattirungen von den Konstitutionellen im Centrum an bis zur äußersten, alleräußersten Linken wieder einmal ganz einig, wie in den Flitterwochen unserer Freiheit im vorigen März. Man warf sich nicht einmal die Frage auf: was nun weiter? Man prüfte nicht mehr, ob nicht etwa unter einem so wiederholten und verstärkten Stoße der Volksgewalt, Reichsverfassung, Kaiserthum und Alles was daran hängt von konstitutionellen Errungenschaften mit in die Brüche fallen würden: man war zufrieden über die angebliche neue Revolution. Das ist die Stimmung im Süden und Westen; das Volk hofft abermals nur noch von gewaltsamen Erschütterungen eine Lösung seiner Krise, die Idee von der friedlichen Evolution wird auch von ihren eifrigsten Anhängern preisgegeben, es wächst der innere Groll und die Erbitterung gegen die, denen man allein die Schuld aufbürdet; ungemein rührig sind dabei die Männer der Linken, verhehlen ihre Freude nicht, wissen den Vortheil des Augenblicks zu fassen. Doch sei die innere Stärke der Bewegung in der Pfalz bei dem Gange den sie nehme nicht sehr beträchtlich; die leichtblütigen Pfälzer hätten der Spannkraft und Ausdauer zu wenig, als daß die Pfalz eine Vendée für die Reichsverfassung werden könnte, die auch großentheils nur Vorwand für andere Hintergedanken sei; die Fürstenpolitik dürfte an diesem Felsen schwerlich Schiffbruch leiden, viel eher werde es ihr hier leicht gemacht, mit „Pulver und Blei“ die Ruhe wieder herzustellen u. s. f. Daneben wurde natürlich nicht gesagt, daß eben auch die Partei, aus welcher man so schrieb, das Volk in diese Stimmung, insbesondere in den Irrthum hineingeleitet, als liege alle Schuld nur bei den Regierungen und alles Uebel nur in deren Widerstande gegen die Annahme der Reichsverfassung; vielmehr setzte derselbe Artikel dies Irreleiten fort, indem er die äußersten Bitterkeiten über den „gottverlassenen Hof in München“ ausschüttete.

Vollmacht, bei welcher unzweifelhaft sein Gedanke der war, daß der Aufruhr gedämpft, zugleich aber doch gegen die Regierung zur „Durchführung der Reichsverfassung" benutzt, oder aber daß die Revolte in die Schranken der Gesetzlichkeit nach seinem Sinne zurückgebracht und demgemäß geleitet werden sollte. Er verhandelte persönlich und im Ministerium mit Eisenstuck, und dieser gab unumwunden seine Herzensgedanken über die in Rede stehende Mission kund, wie es in der Sitzung am 15. herauskam. Gagern hätte aber, wenn dem auch nicht so gewesen wäre, unmöglich glauben können, daß eben Eisenstuck den Auftrag ausführen werde in dem guten Sinne, welchen die Vollmacht zuließ, und nicht benutzen werde nach den Ideen und Tendenzen der Linken oder der äußersten Linken, der er — nur nicht der alleräußersten — und bekannt als einer der Heftigsten und Rücksichtslosesten angehörte. Der Pfälzer Reichskommissär erklärte auch an seinem Bestimmungsorte sofort mit unschuldigster Offenheit „die Leitung der Bewegung" für seinen Auftrag, und schon nach wenigen Tagen sah sich Gagern genöthigt, seinen Sendboten, der es doch gar zu arg trieb, wegen mißbrauchter Vollmacht zu maßregeln, zurückzurufen. Das der Ausgang, nachdem der Schade in der Pfalz geschehen war und Gagern sich abermals unsäglich kompromittirt hatte, das das matte Ergebniß eines ersten heroisch aussehenden Versuchs des Hauptes der Kaiserpartei, beherrschend an die Spitze der Bewegung zu treten, auf welche sie ihre Rechnung gestellt. Hatte Gagern keinen geeigneten Centrenmann, den er schicken konnte, oder durfte er mit einem solchen den Republikanern der Pfalz nicht kommen, oder sollte es Klugheit sein, Jene am besten zu lenken und zu zügeln durch einen Gleichgesinnten: es war doch gar übel, daß er die Ausführung seiner probenden Maßregel einem Entgegengesinnten überließ oder hingeben mußte; er nöthigte durch Eisenstuck's Sendung auch Denen, die ihm befreundet waren und wohlwollten, das Urtheil ab, daß er eine nur zu arge Schwäche der Beurtheilung, nur zu viel Mangel an Umsicht bei einem in allen Beziehungen ungeschickten Griff, gezeigt; er durfte sich über Anschuldigungen eines perfiden Verhaltens bei so starkem Anscheine eines solchen nicht sonderlich beklagen; es ging nicht gänzlich an ihm vorbei, wenn zehn und hundertfach, und zwar keineswegs blos von hartgesottenen vormärzlichen Erhaltungsmännern gesagt wurde: So wie die Nationalversammlung gegen den Hochverrath und Aufruhr kein abmahnendes Wort hat, ihn durch Aeußerungen

und Beschlüsse schürt, macht er — von dem an, was er am 12. April unter seinen Augen geschehen ließ, bis zu diesem seinem hinlänglich deutlichen und noch schlimmer zweideutigen, doch nicht ganz offenen Mitthun — die in seinen Händen befindliche Centralgewalt ihre Septemberthaten sowie die an ihre Einsetzung geknüpften Hoffnungen, ein fester Damm gegen die Unordnungen zu werden, vergessen.*)

Gagern ließ sich wie es scheint zum Theil durch die falsche Ansicht verleiten, daß er und seine Partei durch den Beschluß vom 4. in eine günstige Stellung gekommen sei, aus welcher er sofort Nutzen ziehen zu müssen glaubte, indem er, sonst so frei von Selbstüberhebung, sich in der That damals zu viel zutraute. Möglich, daß er schwankend, rathlos und von den Ereignissen gedrängt, das erste Beste that, was sich darbot oder wozu Drang stattfand. Es steht dahin, ob er Bassermann's Berichte schon hatte, bevor er Eisenstuck abschickte, was dann als um so gewagter erscheinen würde. Möglich, daß er sie am 5. erhielt, als die Sache schon zu weit gediehen war. Wie dem sei, gleich darauf und unmittelbar nach Bassermann's Berichten oder gleichzeitig damit liefen neue Unglücksposten ein, denen gegenüber die Träume über die Klugheit und die Erfolge des Beschlusses um so völliger zerrinnen mußten. Haym bemerkt, nachdem er die vermeintliche „Gunst der Stellung" seiner Partei am 4. Mai gerühmt: „jedes Zeitungsblatt, welches uns nach demselben zukam, bewies uns, daß wir sie eingebüßt hatten; in rascher Folge drängten sich die Nachrichten von den Excessen in verschiedenen Theilen des Vaterlandes, die sich der Autorität der Nationalversammlung (und insbesondere der Namen der Gagern u. s. w. und der Aeußerungen der monarchischen und konservativen Centrenpartei) bedienten, um das

*) In den Verhandlungen der Zweiten Bairischen Kammer am 26. November und in dem Erlaß v. d. Pfordten's an die Königl. Bairische Gesandtschaft in Frankfurt vom 18. Juli findet man, Gagern habe, die Nothwendigkeit der Einsetzung der unglückseligen provisorischen Regierung anerkennend, den Pfälzischen Mitgliedern der Nationalversammlung gesagt, er wolle die Angelegenheiten ihrer Provinz in seine Hand nehmen, worauf denn jene Mitglieder den Wunsch zu erkennen gegeben hätten, daß er Eisenstuck zum Reichskommissär ernennen möge. Im Dreißigerausschuß gab Gagern die ebenso lautende Erklärung, da es sich gezeigt (?), daß die Pfalz von allen Seiten verlassen sei, so wolle er die Regierung derselben in die Hand nehmen. Eisenstuck's Erklärungen in den mit ihm gepflogenen Verhandlungen, die Zugeständnisse der Reichsminister an ihn und der Bericht, welchen der Bairische Bevollmächtigte seiner Regierung erstattete, im Anh. XXVI.

Werk derselben in die Schmach und in das Verderben des Aufruhrs zu verwickeln." In der That bereitete dieser an hundert Stellen sich vor, brach an vielen schon aus.*) Noch an dem Tage der Absendung Eisenstuck's kamen die ersten Nachrichten von dem Ausbruch in Dresden. Die Centrenmänner, die Wind gesät und nur Wind gewollt hatten, erschraken heftig über die Sturmernte. Und auch in der unmittelbarsten Nähe traten, eben durch diese gleich sehr oder noch mehr erschreckend, Zeichen hervor, welche, sichtlich auch für die umflortesten Augen, dahin wiesen, daß die Reichsverfassung zum Wühlwerke in den Händen der Umsturzpartei herabsinke, daß die Bestrebungen zu ihrer „Durchführung" lediglich dieser Partei zu gut kamen und so die Gedanken der Gönner des scheingesetzlichen versteckten Aufruhrs im ersten Thatwerden zu vereiteln drohten. Die konstituirende Versammlung der Stadt Frankfurt rührte sich in revolutionärem Sinne, desgleichen die Bürgerwehr, die auf die Reichsverfassung beeidigt werden wollte, um sich bei weiter gehenden Intentionen den Rücken zu decken, auf Verbindung mit anderen Bürgerwehren dachte u. s. f. Bei dem was in Dresden geschah, war des Russen Bakunin Thätigkeit, des Freundes der Vogt und Kumpane, im Spiele. Vom 2. April war das berüchtigte Manifest der Deutschen Demokraten im Auslande datirt. Damit hing zusammen, was in Frankfurt weiter gezettelt und betrieben wurde. Schon am 4. Mai waren Abgeordnete der Märzvereine eingetroffen, deren seit dem April eine noch viel größere Zahl gegründet worden. Die einzelnen Vereine sollten unter den aus radikalen Parlamentsmitgliedern gebildeten Ausschuß des Centralmärzvereins gestellt werden, mit dem Zwecke, durch ganz Deutschland Einheit in die Bewegungen der Empörung zu bringen und Deutschland vermittelst gewaltsamer Durchführung

*) Und während Deutschland im Innern der allgemeinen Auflösung eilends entgegenging, war es von Außen allseits theils gefährdet, theils unbefreundet; es ladete durch seinen Zustand, zumal im Süden und Westen zur Französischen Einmischung ein, während ostwärts die Russische der Waffen und Noten vorhanden war; es hatte im Norden Krieg zu führen, in der Italischen Mark lauerte Sardinien, und noch viel schlimmer freuten sich Demokraten und die „deutsch=patriotische" Partei der Gefährde und Noth wenigstens der einen Deutschen Großmacht — die Partei, die mit den Anarchisten im Bunde durch Anstiften lähmender Unordnungen die stärkeren Deutschen Staaten unter ihr Gebot zu zwingen trachtete, deren Truppen gegen die Dänen im Felde standen und von welchen sie die nachdrücklichste Kriegführung forderte.

der Reichsverfassung zur demokratischen Republik zu gestalten. Vom 5. bis zum 7. Mai tagten in großem Kongreß unter dem Vorsitze von Fröbel und Raveaux die Märzvereine in Frankfurt, wohin gleichzeitig auch ein allgemeiner Turnerkongreß ausgeschrieben war. Es hatte ein um so unheimlicheres Aussehen, weil es bei verschlossenen Thüren geschah, indem doch bedenkliche Ergebnisse durch die Frankfurter Blätter kund wurden, unter welchen auch die reichsministerielle Zeitung ähnlich wie beim Anlaß der Volksversammlung in der Katharinenkirche berichtete. (Anh. XXVII.) Die Dinge nahmen ein so bedrohliches Aussehen an, daß die wohlhabenden Familien der Stadt zu flüchten oder auf Entweichen sich vorzubereiten, die radikalen Parlamentsglieder ihre Frauen fortzuschicken anfingen. Und noch ein Symptom verkündete einen angehenden aussichtlos wüsten Zustand. Während die Linke des Parlaments augenscheinlich eine jakobinische Organisation und Macht anstrebte, zeigte sich in und neben dem Kongreß, daß die erwähnte Spaltung der Radikalen schon viel weiter gediehen war, die gemäßigtern Individuen und Fraktionen derselben von den heftigern schon so weit wie von ihnen die Centrenmänner übermeistert wurden. Als die Radikalen des Parlaments, wie L. Simon vor ein paar Tagen sich ausgedrückt, die erste Höhe erstiegen hatten, um dort — doch immer das Ziel vor den Augen — ihre Fahne aufzupflanzen, trat Neid und Mißgunst gegen die Parlamentsmitglieder hervor, die aus ihrer Stellung das Recht zu führen ableiten wollten. Es erschienen in Frankfurt trotzige Gesellen, die die zweite Rolle zu spielen verschmäheten und die Führer aus dem Parlament mit Spott und Hohn überschütteten. Die Reichsverfassung sei gut gewesen, erklärten sie, um als Revolutionshebel zu dienen, nun aber sei es Zeit, das Machwerk und alle die Redner, die daran gearbeitet, bei Seite zu schaffen; von den angemaßten Herrschersitzen müßten die Fröbel, die Raveaux, die Ludwig Simon herunter, um wahrhaft revolutionären Charakteren Platz zu machen. Die Zeit der Sigel, Struve, Brentano, der Abenteurer, wie Mieroslawsky, war im Anzuge.

Es lag deutlich vor Augen, dieser Zustand war die Folge der Operationen und Agitationen der Alliirten für die „Durchführung der Reichsverfassung“, die Empörung erhielt in ihrem Vorschreiten dadurch am meisten Kraft und Umfang, die Bewegung wurde dadurch eine um so verworrenere und schwerer beherrschbare, daß die beiden dominirenden Parteien der Nationalversammlung, die für loyal

geltende und die nun den Schein der Loyalität annehmende, jede auf ihre Weise und nach ihren Gesichtspunkten, den Aufstand präparirten und schürten, die eine auf die bewaffnete gewaltsame, die andere auf die demonstrirende scheinlegale Revolution hoffte und sich stützte, die eine jene, die andere diese und damit doch zugleich auch jene fördernd; und wie bezeichnend war es, das Heilloseste von Allem, daß eben Frankfurt der Mittelpunkt der Agitation und der Konspirationen sein mußte, daß die Empörung im Parlamente den festesten Anhalt fand, daß von ihm die gefährlichsten Anregungen ausgingen, daß die Reichsverfassung den allgemeinsten und scheinlichsten Vorwand hergab, daß die Centralgewalt zur Förderung der Revolte thunlichst verwendet und mißbraucht wurde. Es trat täglich und stündlich deutlicher zu Tage, daß die Centrenmänner sich in falscher und unhaltbarer Lage befanden, indem sie, um konsequent zu sein, mit der Revolution gemeinsame Sache hätten machen müssen, hiervon aber sowol durch ihre Vergangenheit als durch die damit verknüpfte Gefahr abgehalten wurden. Die Bewegung ging offenbar über die Grenzen hinaus, wenn zum Anfange der Anarchie von Klubs und Vereinen Freischaaren organisirt wurden, wenn man unter den Augen der Centralgewalt den Aufstand organisirte. Schritt das Reichsministerium dawider ein, so verdarb es die Sache der Centren bei den Radikalen, schritt es nicht ein, so ruinirte es sich und seine Partei bei allen Konservativen, allen auch sonst Zuneigenden, doch Besonnenen und insbesondere in Berlin. Eine Stimme, eine Thatsache über die andere that es Gagern und Genossen kund, in welchem Maß sie es bereits mit den Parteien der Ordnung und Unordnung verdorben, indem sie legal bleiben wollen und dennoch unablässig mit der Revolution gespielt und gedroht. Die Nationalversammlung war durch ihren Bund mit den Radikalen zur Durchführung der Reichsverfassung zu Grunde gerichtet, sie selbst in der Allianz und durch dieselbe so tief heruntergedrückt. Welche Hoffnungen hatten sie für ihren neuesten Gedanken, das Reich mit den Kleinstaaten entgegen den Königreichen und so vielem und starkem Widerspruch auch in den Bevölkerungen, den sie freilich nicht sehen wollten, anzufangen, auf die Drohung mit der Revolution, auf die Bewegung in Würtemberg und Aehnliches, auf so viel Kraft und Anerkennung der Frankfurter Souveränitätsansprüche, auf das Vorhandensein eines allgemeinen Sinnes und Willens in der Nation, eben nach ihrer Meinung und Weisung zu „handeln“, auf die

Achtundzwanzig gesetzt. Nun aber kamen mit jedem Tage zu den Nachrichten vom Aufruhr neue Zeichen von Hannovers und Baierns und zumal von Preußens Entschlossenheit und Rüstung gegen die Revolte, ja von Abneigung unter den 28 Regierungen, mit Hülfe und Kraft der letzteren den „großartigen" Gedanken ausführen zu helfen. Blieb nur Preußen fest, so konnte vom Beitritt der Nordsee- und Ostseestaaten nicht die Rede sein, so blieben nur allenfalls die mittel- und südwestdeutschen, wo die Bewegung einen den Gedanken der Freunde der Durchführung der Reichsverfassung in den Centren abgewendeten, ja feindseligen Gang nahm; und auch im Süden drohte noch in anderer Weise ihren Hoffnungen Vereitlung. Der Badischen Klausel folgten Würtembergische Proteste; während das Parlament täglich reducirt wurde und in Reduktionen sich zu verschanzen suchte, erklärten sämmtliche Minister in der Kammer, Würtemberg habe sich der Nationalversammlung nur unterworfen, sofern sie eine verfassunggebende und vollständige sei. Zusehends schwand Gagern und dessen Parteigenossen die Aussicht, zunächst einen „Kern" für das Reich zu gewinnen, und viel eher nahm mit jedem Tage die Aussicht der Linken zu, einen solchen für die Republik zu erobern, einen Mittelpunkt für Tendenzen, die von ihnen als eben so unglücklich wie unstatthaft angesehen wurden. Aber trotz dem Allen, wodurch es so klar war, wohin ihre abschüssigen Wege führten und wie besiegelt ihre Ohnmacht, trotz dem Allen glaubten sie noch immer, die revolutionäre Bewegung beim Scheine der Legalität oder in dem, was sie die Schranken derselben nannten, erhalten, ihrer zahmen „Erhebung" für die Reichsverfassung die Oberhand verschaffen und durch dieselbe siegen und zu ihrem Ziele, dem Reiche mit dem Preußischen Kaiser, gelangen zu können, wenn sie auf ihrem Standpunkt beharrten, ihren Gang fortsetzten. „Wer Wind säet erntet Sturm" führte das Professorenorgan, selber fortfahrend mit Windsäen, die Agitatoren im Südwesten belehrend, aus. Es wurde in diesen Tagen zum berufenen Rheinischen Städtetage auf den 8. geläutet. Nur in der Rheinprovinz und in Westphalen, bemerkt Haym, wo er von den Excessen spricht, welche die Gunst der am 4. gewonnenen Stellung so bald verdarben, bemächtigten sich die städtischen Behörden der Agitation für die Reichsverfassung in dem gesetzlichen Sinne, der unserm Beschlusse zum Grunde lag. In der Seifenblase erblickten sie ihr Reich, in dem Nebelstreif ihren Erbkaiser. Wir glaubten, sagt Riesser (31), an der Bewegung im Rheinlande eine Stütze zu

finden. Eine Anzahl ihrer Eifrigsten — namentlich Zell — begab sich gen Köln, damit auch dort beim Wühlen, „gesetzlichen" Revoltiren oder Revoltepräpariren unmittelbare Bethätigung von Parlamentsmitgliedern nicht fehle. Auch die gemäßigtste Fraktion des Centrums blieb dabei, das Unternehmen der Durchführung der Reichsverfassung im zwieträchtigen Bunde mit der Linken fortsetzen zu wollen wie bisher. In einer Abendversammlung am 5. sprach sich das Kasino dahin aus, man habe Gewalt zu meiden, auf dem Boden des Rechtes zu verharren und ihn nur durch gesetzliche Mittel zu vertheidigen, worüber ein Programm aufzustellen sei; allein sie glaubten, daß sie vertrauen könnten, denn das Volk werde die Sache schon durchführen, sie nannten das muthige Treue der Ueberzeugung und Zuversicht; sie hofften auf Adressen und andere Demonstrationen, sie trösteten sich mit dem und dergleichen gegenüber den Thatsachen, welche kündlich gegen ihre Phantasien zeugten, dem Vorwurfe der Feigheit, womit die Linke sie unaufhörlich verfolgte, den Erinnerungen besorgter Freunde, die ihnen bemerklich machten, daß die Verfolgung ihres Projekts jetzt wie eine halsbrechende Produktion auf dem politischen Drahtseile sich ausnehme.

So kamen die Sitzungen vom 7. und 8. Mai heran, in welchen sie noch einen heißen Kampf um die Behauptung ihrer unhaltbaren Position führten, endlich aber zur Einsicht der Unhaltbarkeit derselben durch die Linke unter unerhörten Mißhandlungen sich zwingen ließen.

Die Sitzung am 7. eröffnete mit Austrittserklärungen besonders von Baiern, wie Beisler, Xylander, Lassaulx, und auch von Preußen, wie Schwerin, von welchem nach ein paar Tagen auch noch in der „Deutschen Reform" ein die Gagern'sche Partei, und namentlich die Gagern, Dahlmann, Beseler empfindlich treffendes Schreiben erschien. (Anh. XXVII.) Alle gaben als Motiv die neuerlichen Beschlüsse an, wodurch die Nationalversammlung ihre Kompetenz überschritten habe und keine Aussicht auf heilsames Wirken mehr zeige. Gagern machte die Mittheilung, daß er Reichskommissäre nach Sachsen und der Pfalz abgesendet habe, dann kam sofort — nach Haym's Ausdruck — das ganz Peinliche und Heillose der Sachlage zum Vorschein. Die Linke war eifrig, den Beschluß vom 4., obgleich sie ihm — worin der Beweis gefunden wird, daß er gesetzlich gewesen — nicht zugestimmt, in ihrem Sinne auszubeuten, was mit Ausnahme seiner Urheber Niemand

anders erwartet. „Ihr habt, riefen sie, das Volk zur Empörung aufgefordert; Ihr wollt ihm die Waffen verweigern?"*) Die Centrenmänner sollten die Konsequenzen ihres Beschlusses auf sich nehmen, die Erwartungen erfüllen, welche sie erregt: damit ängstete sie nun die Linke erbarmungslos und indem sie, was das Schlimmste war, ganz anders wie sonst bei Maßlosigkeiten, Ausfällen, Ungezogenheiten u. dgl. ein gut Theil Recht hatte. Wesendonck machte den Anfang. Er verlangte, daß sämmtliche Deutsche Truppen unter den Befehl eines von der Centralgewalt zu ernennenden Oberkommandanten gestellt, auf die Reichsverfassung vereidet werden sollten u. dgl. Der Vorsitzende (Simson) brachte dabei zur Sprache, daß ihm an diesem Morgen eine Deputation der Märzvereine (Fröbel, Raveaux u. A.) eine Eingabe desselben Inhalts überreicht habe. Die Dringlichkeit wurde durch eine große Mehrheit unter stürmischem Bravorufen der Gallerien anerkannt. Nur Gagern meldete sich zum Wort. Er bemühete sich, appellirend „an die politische Vernunft des Volkes und an sein sittliches Gefühl", die Zweckwidrigkeit der Anträge darzuthun. Er forderte, daß die weitere Entwickelung der öffentlichen Meinung, die in den letzten Tagen so erfreulich stattgefunden, daß die Erreichung des Ziels wol nahe sei, und daß die kommissarischen Berichte abgewartet würden. Er hatte davon doch wol genug, mußte also etwas Anderes im Sinne haben, wovon er nicht sprach. Die Linke sollte nun über den wahren Zustand der öffentlichen Meinung nicht so irren wie er selbst und das Ganze im Auge haben. „Wir werden siegen mit unserer Verfassung", schloß er, „aber gedenken Sie der Gesinnung des ganzen Deutschlands und nicht blos eines Theiles". Die Linke zischte. Es wurden neue, modificirende, doch auf dasselbe hinauslaufende Anträge eingebracht. Nun gab sich auch der Reichskriegsminister (Peucker) alle Mühe, ihre Verkehrtheit ins Licht zu setzen. Die Truppen seien ihren Kriegsherren durch einen Eid verpflichtet, vermöge dessen ihnen ein neuer nur durch jene auferlegt werden könne; nur im Kriegsheere und Feldlager sei die Deutsche Einheit zur Wahrheit geworden; in der Paulskirche und in den Klubs und anderen Gesellschaften bekämpften die politischen Parteien und die Volksstämme einander; unberührt von diesem Streit

*) Haym berichtet, als hätte sich da etwas ganz Absonderliches ereignet, vertheidigt bei dem Anlaß den Beschluß vom 4. Mai so schwach als sophistisch und äußert sich namentlich über die „boshafte Mißdeutung" desselben als eines aufruhrprovocirenden sehr ungehalten. (Anh. XXVII.)

thäten die Truppen brüderlich vereint ihre Pflicht, die geforderte Vereidung würde — er betonte das vorzugsweis — die politische Spaltung auch unter sie bringen u. s. f.

Sodann die Linke, die Noten zum dunkeln Texte der Gagern'schen Andeutungen liefernd. L. Simon: Die Hauptmittel zur Durchführung der Reichsverfassung sind die Wahlen und die Vereidigung. Jene haben Sie ausgeschrieben, diese steht noch zurück. Das erstere ohne die letztere treibt möglicherweise die Wähler in die Bajonette. Jene Spaltung sei eben die einzige Rettung der Versammlung.*) Riesser nach ihm kündigte einen Antrag an für den Fall bewährter Kunde — er zweifele noch —, daß Preußische Truppen die Bewegung in Sachsen mit Gewalt unterdrückt hätten, daß eine nach dem Standpunkte, den die ganze Versammlung als den rechtlichen in Deutschland betrachte, unrechtmäßige Gewalt siegreich bereits ausgeübt sei, wodurch die ganze Lage der Nationalversammlung eine andere werden würde. Vogt sagte nachher, dies Raisonnement komme ihm vor, wie wenn Einer sage: ich muß erst die Ohrfeige haben, eher mache ich mir aus der Drohung mit der Ohrfeige nichts. Es war schon gewiß genug und wurde jeden Augenblick gewisser, daß Preußen mit Truppen eingeschritten war. Riesser erwies auch an diesem Tage seine Leidenschaft, seine Stärke darin, seine Partei ohne Noth zu verwickeln. Wider die Anträge sprach er nach seiner Weise, mit großer Lebhaftigkeit verständige Gründe vorbringend, sonst aber über die Wirklichkeiten wie ein wachend Träumender, als der Phantasiepolitiker seines Kreises par excellence, offenbarend, mit welchen Chimären man sich da auch jetzt noch trug, wie nach der da herrschenden Anschauung die ganze Welt auf dem Kopfe stand, vorzugsweis producirend, was die Partei demnächst charakterisirte, Reichthum an großen Worten von verwegenen Dingen worauf man denke und

*) Das Ministerium Brandenburg tritt Ihnen bewaffnet entgegen, Sie müssen sich nun auf dem Boden, den Sie bis jetzt noch haben, selbst waffnen, es stürzen auf den Beschluß der Vereidigung, während es durch Nichtsthun nicht gestürzt wird. Die Linke lege deshalb auf den Eid so viel Gewicht, weil sie darin das gegebene Mittel erkenne, um den sittlichen Strom der Deutschen Freiheit und Einheit hinunter bis in die tiefsten Schichten zu leiten; überall warte man darauf, vereidigt zu werden; das Militär schwanke und die Nationalversammlung könne und solle dies Schwanken durch den Beschluß der Vereidigung beseitigen, der nicht deshalb zu unterlassen sei, weil letztere nicht sofort überall durchgesetzt werden könne.

beträchtliche dialektische Kunst und Beflissenheit, um die wirkliche Verrichtung derselben herumzukommen.*) Zimmermann (aus Stuttgart) führte, Gagern und Riesser verhöhnend, aus: Es gilt das Volk zu entflammen und in beeidigten Truppen, so viel wir deren bekommen können, einen Kern für uns zu gewinnen, damit nicht die ganze Heeresmacht gegen uns gebraucht wird. Durch Waffen zur Freiheit, durch diese zur Einheit! Waffen und nichts als Waffen! Stavenhagen setzte sehr einleuchtend auseinander, daß man durch den geforderten Beschluß das was man im Sinne habe nicht erreichen und umgekehrte Wirkungen produciren werde. „Eigentlich handelt es sich nur darum, den Widerstand der Preußischen Regierung, also des Ministeriums Brandenburg zu brechen, das befestigt werden würde durch den Beschluß der Vereidigung, was Jedem klar sein muß, der das Preußische Heer kennt.“ Wigard: Gagern wünscht, daß die öffentliche Meinung zum Durchbruch komme. Noch immer durch die nichtsnutzenden Adressen? Sie muß durch kräftigere Mittel eben unter den Truppen zum Durchbruch gebracht werden, auf welche die verrätherischen Regierungen sich stützen. Er sprach sich sehr nachdrücklich, den Gagern'schen scharf ins Gewissen redend, über das „grausame Spiel“ aus, das auf unverantwortliche Weise mit dem Deutschen Volke in Bezug auf den „Durchbruch der öffentlichen Meinung“ getrieben werde.**) Nach ihm wieder Breusing mit

---

*) Ein gewaltsames Vorgehen würde nur störend wirken gegen die Einheit; die Nationalversammlung suche diese auf dem Wege freier Einigung im Parlament zu erreichen, weshalb sie sich eine souveräne Befugniß vindicirt habe, in der Ueberzeugung, daß der freie Wille der Majorität aller Stimmen des Deutschen Volks in ihr ihren wahren Ausdruck finden werde; der Erfolg spreche dafür; die Bevölkerungen in der Mehrheit wären für die Verfassung, gegen diese nur einige Dynastien und jenen müsse man es überlassen, die Frage der Zustimmung mit den letzteren auszumachen; sollte die Reaktion in Preußen wirklich siegen und Preußen sich vermessen, dieselbe in andere Staaten hineinzutragen, dann müsse freilich solche Gewalt mit Gewalt abgewehrt werden; aber die Annahme der Anträge könnte in den Staaten, die sich zu wehren hätten, Zwiespalt zwischen die Regierungen und Bevölkerungen werfen und dadurch den Widerstand schwächen; man dürfe den Bürgerkrieg nicht herbeirufen bevor er nicht von der anderen Seite eröffnet sei u. s. f.

**) In den Vorschlägen Gagern's liegt nichts Anderes als dieses Spiel, als Aufforderung an das Volk zu entschiedenem Auftreten ohne es unterstützen zu wollen, ein Hineinjagen der edelsten Bürger in einen gefährlichen ungewissen Kampf. Nur Hohnlachen verdient, daß noch gesagt werden kann,

großer Naivität für den Standpunkt „Piepmeier's".*) Gelächter und Schlußruf unterbrach die Rede häufig, Zischen der Linken folgte ihr. Vogt nahm sodann das Thema Wigard's nach seiner Weise auf: Die Meinung ist hinlänglich vorgeschritten. Die Märzvereine und tausend Stimmen sagen: wir halten fest an der Verfassung und Nationalversammlung, aber für diese ist die letzte Stunde eingetreten, sie muß vorwärts gehen, sonst wendet überall die Stimmung von ihr sich ab und geht über sie hinaus. Preußische Bataillone rücken gegen die Fahne der Reichsverfassung an, und unsere Exekutivgewalt, die diese Fahne schützen sollte, schickt ihnen einen Kommissär entgegen; Bairische Kürassiere rücken gegen die Pfalz — auch dort und überall thut sie nichts, sie handelt in noch unverantwortlicherer Weise, sie jagt das Volk durch pomphafte Erklärungen in die Bajonette hinein. Wir beantragen die Beeidigung des Heers, um es vorkommenden Falls gegen den Verrath seiner eigenen Obern und Lenker zu schützen.

---

die Reaktion werde so weit nicht vorgehen. Dresden! Preußische Regimenter nach Dresden! Was gedenkt der Ministerpräsident zu thun? Will er Dresden, das sich für die Verfassung erhoben, hinschlachten lassen? Wäre die Beeidigung von hier aus vorgeschrieben, so hätten die Sächsischen Soldaten, die so den Eid gegen ihren Fürsten allein vor Augen hatten, nicht auf das Volk geschossen, und so wird es überall gehen, wenn letzteres aufgeregt und nichts zu seiner Unterstützung gethan wird. Wie kann man dies Unverantwortliche verantworten? Daß die Nationalversammlung und der Bürger im Recht sei, der die Verfassung vertheidigt, ist so laut gesagt, der Soldat hat es auch gehört, und soll er nun nach seinem Eide gegen den Bürger handeln, wird er von jenem nicht durch eine neue Verpflichtung befreit, so beläßt man ihn im schrecklichsten Gewissenskonflikte. Das eben ist das muthwilligste Spiel mit dem Herzblute des Volkes, es aufregen und das Heer den Fürsten überlassen, damit sie das aufgeregte Volk durch dasselbe niederschmettern.

*) In Hannover erklärt sich das ganze Volk mehr und mehr für die Reichsverfassung, aber die Regierung ist entgegen; diese wird überwunden werden, aber nach dem Sinne des Volks soll Alles gesetzlich zugehen; greift da nicht störend hinein; ich erhalte täglich Briefe von den lebhaftesten Männern in meinem Vaterlande, die den Vereinen angehören, die am meisten für die Bewegung sind — sie schließen alle mit dem Praeterea censeo: hütet euch vor excentrischen Maßregeln, geht um Gottes Willen nicht über die Verfassung hinaus, nehmt nicht die Exekutive in die Hand! Das Verlassen des friedlichen und gesetzlichen Wegs, so lange er noch möglich, würde uns die Zustimmung Hannovers kosten, und ebenso würde es anderwärts gehen; wir würden auf kurze Zeit Revolution machen, sie aber nicht zu Ende führen können.

Wir sind überall von Verrath umsponnen. Zum Beweise berief er sich auf ein angebliches Schreiben des Erzherzogs an den König von Würtemberg, worin derselbe diesem gesagt, das Princip der Vereinbarung sei das einzig richtige, und die Regierungen hätten daran und an den Konsequenzen festzuhalten. Wigard schrie nach der Ministerbank hin: „Wer ist der Verräther?“ Vogt verlängerte, verstärkte seine Diatribe gegen die Centralgewalt und insbesondere gegen Gagern,*) bis zu dem von betäubendem Galleriezujauchzen begleiteten Appell an den Ministerpräsidenten und dessen Partei: „Tretet heraus aus eurer zuwartenden Stellung, seid nicht Feinde des eigenen Vaterlandes, nehmt Partei für oder gegen, mit dem Verrath oder wider ihn!“

Es folgte ein höchst ärgerlicher Auftritt. Gagern beeilte sich in sichtlichster Gereiztheit zu entgegnen. Nicht wegen Rücksicht auf den Inhaber der Centralgewalt weigere das Ministerium seine Zustimmung zur Vereidigung, sondern wegen seiner Ueberzeugung; eine Privatkorrespondenz des Erzherzogs hätte nicht auf die Tribüne gebracht werden sollen; Niemand sei für seine Privatkorrespondenz verantwortlich, das Vereinbarungsprincip habe stets auch in der Nationalversammlung Vertheidiger gehabt, für die Akte der Centralgewalt sei das Ministerium verantwortlich, die persönliche Ansicht

*) Wir müssen wissen, wer Freund oder Feind, für oder wider uns ist, wer die Männer sind, die das hier Beschlossene durchführen, wohinaus man dies Ganze lenken will. Ich würde nicht auf die Vereidigung dringen, wenn in dieser Gefahr das Ministerium vorschritte, das dem im Sumpfe Versinkenden gleicht, der, so oft er die Hände nach Rettung ausstrecken will, durch seine eigene Bewegung immer tiefer in den Abgrund gezogen wird. Mit unseren ob auch gemäßigten Beschlüssen wäre etwas auszurichten gewesen, hätte sich die Exekutivgewalt nicht, statt vorauszugehen, stets im Nachtrabe der Versammlung befunden; man hat die Wahlen durch die Nationalversammlung ausgeschrieben, weil man sehr wohl wußte, daß sie sie nicht ausschreiben, hat sich hier eine Befugniß der Exekutive angemaßt, weil man wußte, daß die Exekutivgewalt die Maßregel nicht ausführen würde; bei jedem Schritte, den die Versammlung thun will, ruft und wird man ihr zurufen: thut ihn nicht, eure Existenz ist bedroht; sie ist am meisten befangen durch den Hinblick auf die Exekutivgewalt, von welcher sie sich nicht lossagen zu können glaubt und von der sie dennoch weiß, daß sie die so nöthigen Beschlüsse nicht ausführen will und wird; noch ist der Boden, auf dem die Nationalversammlung steht, zu halten, aber nur wenn die Exekutivgewalt von ihm aus vorwärts schreitet; der Verrath lauert überall, der Krieg ist da, aber man will ihn nicht sehen und verstopft sich die Ohren, um den Kriegslärm nicht zu hören u. s. f.

des Reichsverwesers sei unabhängig. „Die Lage ist von unermeßlichen Schwierigkeiten umgeben, welche Mittel auch gewählt werden mögen denselben zu begegnen; man fordert mit Unrecht von der Exekutive, was nur die eines Einheitsstaates leisten kann; die Centralgewalt wird thun, was bei der kritischen Lage Sachsens ihre Stellung erfordert, ihre Mittel erlauben; das Bestreben, die größeren Staaten zur Anerkennung der Verfassung zu bringen, ist noch nicht aufgegeben, nicht hoffnungslos; dem auswärtigen Feinde gegenüber sei die erste Bewegung an das Schwert und die Scheide weggeworfen, gegenüber einem Bruderstamme, dessen Regierung uns Uebles zugefügt, müssen alle Mittel erschöpft werden den Frieden zu erhalten, und wenn die Schwerter gezogen würden, ich würde mich noch im letzten Augenblicke dazwischenwerfen." Die Linke schlug ein schallendes Gelächter auf. „Buben lachen darüber!" schrie Gagern, seiner selbst nicht mehr mächtig. Es entstand ein Tumult, wie ihn selbst die Paulskirche kaum je gesehen. Von Oben und Unten ertönte Geschrei: Herunter mit dem Verräther! Ein Haufe von Deputirten wie L. Simon drang mit geballten Fäusten gegen die Tribüne. Die Gallerien schimpften: Faule Bäuche, feige feile Hunde, von uns bezahlt! Der Vorsitzende verschaffte sich nur mit großer Mühe Gehör und rief dann Gagern zur Ordnung, eine elegische Erklärung, daß er sich seinem Amte nachgerade nicht mehr gewachsen fühle, und eine wiederholte fruchtlose Bedrohung der vom Anbegin verzogenen Gallerie beifügend. Gagern bat den Vorsitzenden und das Haus um Verzeihung: „Ich hätte den Ausdruck nicht gebrauchen sollen. Es ist aber empfindlich, wenn man sich bewußt ist sein Vaterland zu lieben und für diese Liebe und Hingebung noch verhöhnt wird." Er verbreitete sich sodann über das was er — das Möglichste — gethan, wiederholte, daß er seine Hoffnungen noch nicht aufgegeben habe, daß er und seine Partei in der Allianz mit der Linken festständen, sich aber nicht von ihr übermeistern zu lassen gemeint wären, gestand jedoch, daß die Lage zum Einschlagen einer entscheidenden Richtung, zu einem Entschluß, wie weit man die Bewegung unterstützen wolle, zu einer schnellen Entscheidung dränge, und schloß mit der Erklärung, daß er, wenn die Mehrheit glaube, daß er dem zur Nothwendigkeit gewordenen Entscheide im Wege stehe, sein Amt gern niederlege.*)

---

*) „Der Centralgewalt steht nur das Mittel zu Gebot, ernste Vermittelung

Als er geendet, brachte Würth von Sigmaringen den Antrag: das Deutsche Volk zu den Waffen zu rufen und aufzufordern, die rebellischen Fürsten zu vertilgen. Vorhergegangen war ein Antrag von Buttel, Merck, Waitz u. A. auf den Uebergang zur Tagesordnung. Die Diskussion wurde geschlossen. Wesendonck als Antragsteller vollendete, was Wigard angefangen, Vogt fortgesetzt hatte, den er noch überbot; er nahm Riesser beim übereilten Wort, er faßte Gagern und dessen Partei bei den gegebenen Blößen, Konsequenz und Wahrmachen fordernd;*) er schloß: „Jetzt ist das

eintreten zu lassen; den Sächsischen Reichskommissär konnte sie freilich von keinem Heere begleiten lassen, hat ihn aber angewiesen, die Herstellung des Reichsfriedens durch Anordnung von Maßregeln in seine Hand zu nehmen und zu verhindern, daß die etwa intervenirenden Preußischen Kräfte außer dieser von ihm gegebenen Richtung sich bewegen; der Zweck wird hoffentlich erreicht werden, da die Centralgewalt nur innerhalb ihrer noch von keinem Staate bestrittenen Befugniß gehandelt; allerdings ist der Augenblick nahe, in welchem eine entscheidende Richtung eingeschlagen, eine bestimmte Linie gezogen werden muß, wie weit die Bewegung zu Gunsten der Verfassung zu unterstützen, wie sie zu leiten ist, noch habe ich aber die Hoffnung auf Anerkennung der Verfassung Seitens der größeren Staaten nicht aufgegeben; so lange sie bleibt würde ich es nicht verantworten können, brüderliche Kräfte gegen einander zu führen zu blutigem Kampfe; indeß hat die Centralgewalt die Mobilmachung in mehreren Staaten angeordnet; ich bin vollständig überzeugt, daß die Mitglieder der Märzvereine es mit dem Vaterlande wohlmeinen, in der Hoffnung und mit dem Vorsatze ihm zu nützen hieher gekommen sind; allein ihr Urtheil weicht von dem der übrigen Bevölkerung ab, da sie nur eine politische Richtung vertreten, die der Linken; wir stehen zusammen auf dem Boden der Vereinigung zu dem Zwecke der Durchführung der Verfassung; diejenigen aber irren, welche glauben, daß die große Partei, der ich angehöre, plötzlich mit Sack und Pack in das andere Lager übergegangen sei; wir verlangen die Geltung unserer Principien und eine Verständigung über die Maßregeln zur Erreichung unserer Zwecke; ich bestreite, daß die in Rede stehenden zweckgemäß sind; die jetzigen Zustände sind unabhängig von der viel getadelten Politik des Ministeriums, und wir konnten uns darüber nicht täuschen, daß im entscheidenden Augenblicke solche Krisen eintreten würden; glauben Sie nicht, daß ich einer anderen Entwickelung der Dinge im Wege stehe; der jetzige Zustand der Centralgewalt kann nicht lange dauern, wir müssen bald zur Entscheidung und definitiven Konstituirung gelangen, wenn das Vaterland nicht die größte Gefahr laufen soll" — worauf dann die Schlußerklärung.

*) Kein Bewußtsein sollte das Ministerium jetzt so stark durchdringen als das der Pflicht, nicht eher vom Platze zu weichen, als bis es das Werk der Einigung Deutschlands durchgeführt, auch dann nicht, wenn zu anderen

Vaterland in Gefahr, und nun ist es Zeit, daß Sie Muth zur That fassen, der Ihnen bisher gefehlt; jetzt muß Fraktur gesprochen werden!"

Es wurde abgestimmt über den Antrag auf die motivirte Tagesordnung; er wurde mit 209 gegen 140 angenommen, womit die ganze Sache erledigt war. Einige, Gombart, Wuttke u. s. w. gaben die Erklärung ein, daß sie aus anderen als den vom Reichsministerium angegebenen Gründen mit Ja votirt hätten. Nach beendeter Abstimmung brachte M. Mohl einen dringlichen Antrag, der ähnlich einen revolutionären Schritt bezweckte. Die Dringlichkeit wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt, worauf aber neue Noth begann. Es wurde eine Anzeige und Erklärung der „provisorischen Regierung von Sachsen" — die ihr Wirken unter den Schutz der Nationalversammlung stellte — verlesen. Sofort erfolgten darauf bezügliche dringliche Anträge von Wigard, Hensel, Erbe, Trützschler u. A. Das empörte Sachsen sollte geschützt, der Dank des Vaterlandes ihm ausgesprochen werden u. dgl. Die Dringlichkeit

---

Maßregeln übergegangen werden muß als zu denen, welche das Ministerium im Auge hat. Worauf stützen sich seine Hoffnungen? Es ist nichts mehr übrig, als Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Was Riesser noch bezweifelte, ist gewiß: nach seinen Worten, die er doch wol im Namen der Parteigenossen gesprochen, muß, nachdem es gewiß geworden, angenommen werden, daß die Mehrheit sich nicht mehr gegen die Vereidigung sträuben wird. Namentlich das Preußische Volk muß sich gegen seine Regierung erheben. Er fügte hinzu: leider zeige sich so wenig davon, auch in der Rheinprovinz; allein die Linke machte ihren politischen Kalkul wie die Centren; er fügte hinzu: ich rechne aber dennoch darauf, und nur so kann die Verfassung durchgeführt werden, und: geben Sie das zu, so müssen Sie auch die Mittel wollen; die Beeidigung soll dazu dienen, daß namentlich in Preußen das Volk und auch das Heer für die Verfassung und gegen seine Regierung aufsteht; das ist der Zweck, die Insurrektion herbeizuführen; Sie müssen sich an die Spitze der Bewegung stellen, die nimmer ausbleibt, Sie haben kein anderes Mittel mehr als den Aufstand; die Regierungen werden Ihre bisherige Richtung nicht als gesetzlich anerkennen, Sie haben die Bahn der Revolution beschritten und müssen darauf fortschreiten wenn Sie auch nicht wollen; folgen Sie dem Beispiele des Ungrischen Reichstags, sich an die Spitze des Aufstands zu stellen; rufen Sie das Volk, für dessen größesten Theil die Nationalversammlung der einzige Ausdruck des Gesetzes ist, es wird hören, sagen Sie dem Militär, daß es noch einen andern Eid gebe, Alles wird Ihnen zufallen; die Preußische Rheinprovinz insbesondere wartet nur auf einen Zuruf, einen Schritt der Nationalversammlung.

wurde anerkannt. Gagern forderte, daß die Berathung bis nach dem Eingange des Berichtes des Reichskommissärs ausgesetzt werde. Dietsch polterte: Wenn sich die Versammlung jetzt abermals der Centralgewalt und deren Kommissären übergiebt, die die Sache in Wien und Berlin verpfuscht haben, so wird in ganz Deutschland der letzte Rest von Vertrauen zu ihr schwinden; läßt sie das Sächsische Volk im Stich, das für die Verfassung, wie sie von ihr beschlossen, in die Schranken getreten, so wird das Volk auch sie im Stich lassen, und mit Recht; verdirbt und verräth sie die Erhebung des Volks für ihre Verfassung selbst, so wird man ihr bald von allen Seiten recht thätlich den Rath ertheilen, zu machen, daß sie fortkomme. Die Gallerie that ein Uebriges im Zujauchzen. Plathner beantragte förmlich ihre Räumung und erinnerte an die Drohungen des Vorsitzenden. L. Simon nahm sich des Galleriepublikums an und drohete mit den Folgen, wenn jene wahr gemacht würden. Der Vorsitzende (Bauer) erklärte die Fortsetzung der Verhandlungen im Augenblick für unmöglich und suspendirte die Sitzung auf eine halbe Stunde. Es war vergebliche Mühe nach Wiedereröffnung derselben, Vertagung bis zum andern Tage durchzusetzen. Soiron u. A. wollten sodann, daß die Anträge dem Reichsministerium zu schleuniger Ergreifung der geeigneten Maßregeln überwiesen würden. Die Zeitungsberichte wären unsicher, Debatten hülfen in der Sache nicht, das Ministerium sei ja eben aufgefordert zu handeln. Darauf Zimmermann: „Wirft sich Gagern zwischen die Streitenden, so thut er etwas ganz Vergebliches; man kann nicht mehr zuwarten mit Ehren, nur der eine ehrenhafte Weg erübrigt, besonders für einen Mann wie Gagern: die Revolution im blutigen Ernst durchzukämpfen; die Mittel sind vorhanden; er beginne nur damit die Truppen der verfassungstreuen Staaten zu einem Kern zusammenzuziehen, er bleibe, handle aber; will er nicht handeln, so trete er je eher je lieber zurück, damit er uns die Sache nicht verderbe; ohne Handeln ist Alles verloren; geschieht es nicht, so werden Fürstenbajonette uns treffen, die Wogen des in gerechtem Zorn aus seinem Bette getretenen Volksstromes über uns hingehen." Nach dem exaltirten Schreier aus Stuttgart ein noch Aergerer aus den Neueingetretenen, Erbe.*)

*) „Ich will nicht mehr an Ihre Vaterlandsliebe, Ihr Rechtsgefühl u. dgl., sondern nur noch an Ihr Ehrgefühl appelliren; Sie haben das Volk

Der Schluß wurde gefordert und beliebt; es wurde abgestimmt über den Antrag von Soiron; er erhielt die Mehrheit. Dann kam noch ein dringlicher Antrag von Wedekind, dem so sanftmüthig in die Paulskirche Eingetretenen, von ihrer Hitze mehr und mehr Ergriffenen: Vor Deutschland und der ganzen civilisirten Welt zu erklären, wenn die Nationalversammlung genöthigt werden sollte durch die Preußische Kontrerevolution, Bürgerkrieg und Revolution zu provociren, so falle die schwere Verantwortlichkeit allein der Preußischen und anderen renitenten Regierungen zu u. s. f. Statt der Dringlichkeit wurde ein Antrag auf Schluß der Sitzung angenommen. Von den Gallerien ertönte ein allgemeines Pfui. Beim Hinausgehen wurde Gagern von der Menge verhöhnt und fast insultirt. Es

---

gerufen, es ist aufgestanden — jetzt wollen Sie es in seinem Kampfe verlassen und verrathen; ein Volksaufstand ist Ihnen nicht recht, selbst wenn er zu Ihren Gunsten ist; Sie wollen Ihre Beschlüsse nach Oben mit Diplomatisiren durchsetzen nnd fürchten sich vor der Volkshülfe, weil Sie wissen, das aufstehende Volk schreitet über Ihre Künste hinweg und macht Ihrer Herrlichkeit ein Ende; haben Sie auch den Volksaufstand zu Ihrem Schutze heraufbeschworen, es war nicht Ihre Meinung, daß der angerufene Bundesgenosse so schnell erscheinen solle; handeln Sie aber für Sachsen, nachdem Sie es in Kampf gestürzt, nicht kräftiger als durch ohnmächtige Kommissäre, so wird man im Volke mit Recht sagen: die Nationalversammlung war die Freiheitsmörderin in Wien und Berlin; sie ist es auch in Dresden." Die Gallerien tobten fort. Der Vorsitzende rief Erbe zur Ordnung, von der Linken ward gerufen: exceptio veritatis! Erbe: der Ordnungsruf werde bald in der gewaltigen Stimme der Revolution verhallen. „Gagern sagt: wir sind zu schwach und können nichts thun, und dann wieder: ist nur die Zeit erst da, dann wollen wir energisch handeln. Das sind Widersprüche; er scheut sehr den Bürgerkrieg, will sich selbst den Bajonetten entgegenwerfen, um ihn zu verhindern: warum that er es am 18. September nicht, statt zu sagen: wir müssen die Revolution mit Waffengewalt niederkämpfen?" Aus dem Centrum riefen Mehrere: „Wir wollen solche Sachen nicht hören!" Erbe: „Ihr sollt noch mehr unangenehme Sachen hören, werdet sie vielleicht auch vom Volke und noch eindringlicher hören; es soll jetzt mit Dresden und dem Sächsischen Kommissär gehen wie mit Wien und Welcker und Mosle und Windisch-Grätz; seid Ihr zu schwach zum Handeln — eine schwache Exekutive brauchen wir nicht! Wollt Ihr bleiben, so handelt, wollt Ihr nicht handeln, so geht und die entschiedene Minderheit dieses Hauses wird dann allein handeln; die Nationalversammlung wird zum Spott und Fluch Deutschlands werden, wenn sie nicht endlich handelt; handelt sie, so kann sie auch sterben, aber solches Ende derselben wird dann doch ein Gewinn für das Volk sein."

wurde bemerkt, das Schicksal von Auerswald und Lichnowsky würde das ihrige geworden sein, hätten er oder Riesser oder Peucker in eine der Gassen sich verirrt, wo der permanente Aufstand geschürt wurde. Die Optimisten der „gesetzlichen Revolution" erhielten die deutlichsten Beweise, daß sie eine solche nicht durchführen könnten, daß sie die Männer des „Volkes" nicht waren, daß ihr Anhang in den Mittelklassen nichts für sie thun werde. Die Linke und der Kongreß der Märzvereine, nicht mehr die Gemäßigten der Nationalversammlung oder diese hatten die Bewegung in der Hand. Jene gaben die Parole aus: von Frankfurt ist nichts mehr zu erwarten, Gewalt wider Gewalt, Wehe über die Fürsten! Gagern und seiner Partei mußten nun die Augen wol aufgehen, doch auch die gemäßigtere Linke des Parlaments konnte kaum noch verkennen, daß, wenn und wo es zu dem Aufstande kam, nach welchem sie dürstete, auch ihre Zeit sehr bald vorüber und überhaupt keine Leitung mehr möglich sein werde. Gagern und seine Partei hatten nur eine kurze Frist gewonnen; sie zweifelten selbst nicht daran, daß diese unerträglichen Auftritte sich wiederholen würden, hofften jedoch noch immer auf eine Entscheidung der Verfassungsfrage in ihrem Sinne, und Gagern trug sich offenbar genug mit Plänen, sei es einer Herbeiführung derselben unter seiner Leitung oder seines Rücktritts. (Anh. XXVII.)

Die nächstfolgende Sitzung (am 8. Mai) wurde mit der Ankündigung von vier als dringlich bezeichneten Interpellationen eröffnet. Der Vorsitzende erklärte, das Ministerium habe Sitzung. Umbscheiden verlangte, daß es sofort aufgefordert werde zu erscheinen. Rüder wollte, daß man das Erscheinen der Minister unter Erledigung des übrigen Theils der Tagesordnung abwarte. Umbscheiden, Hoffbauer, Heisterbergk tobten: das Ministerium solle herbei, um sich wegen Handlungen zu verantworten, die man ihm vorwerfe; schwere Anklagen könnten erhoben werden und es müsse Augenblicks herbeigeholt werden. „Es hat die Bewegung in der Pfalz als eine anarchische bezeichnet, darauf bezieht sich eine der Interpellationen, und wo das Feuer uns auf die Nägel brennt, müssen die Minister erscheinen um sich zu rechtfertigen" u. s. f. Plathner für Rüder's Vorschlag unter Hohngelächter der Linken. Er verachte letzteres. M. Hartmann: Wir verachten Sie selbst. Plathner forderte, daß Hartmann zur Ordnung gerufen werde. Der Vorsitzende (Bauer) hatte dessen Aeußerung nicht gehört. Schmidt von Löwenberg: Nicht das Vaterland,

wie gesagt worden, sondern das Volk ist in Gefahr, unter den Bajonetten der Fürsten zu verbluten, das Ministerium schickt Truppen in die Pfalz, um die „anarchische“ Schilderhebung zu unterdrücken (Pfui!); wir wollen binnen einer Stunde wissen, ob die Versammlung hier sitzt, um das Deutsche Volk zu schützen gegen die Fürsten, oder um es zu dupiren und an die Könige zu verrathen. — Von der Linken: „Verrath, Schmach, Schande über Euch! Wir haben die Beweise!“ Von der Rechten: „Zur Ordnung!“ u. dgl. Die letzten Reste von Haltung schwanden. Die Gallerien waren zahlreich von Mitgliedern der Märzvereine besetzt und griffen noch ärger als Tags zuvor, einzelne Deputirte nennend und schimpfend, ein. Mitten im wüsten Aufruhre traten die Minister Mohl und Peucker ein. Der Vorsitzende (Bauer) flehete: „Haben Sie doch die Güte, etwas ruhig zu sein!“ Er stellte die Dringlichkeitsfrage für die Interpellationen. Mit der Linken erhoben sich Mitglieder des linken und nur ein Mitglied des rechten Centrums, Dahlmann. Wie es die Turner und viel Galleriepublikum im Vorparlament bei der Abstimmung über die allgemeinen Wahlen gethan, schrieen die Linken und die Gallerien: „Auf, auf!“ und: „Schmach über Euch, Verrath!“ Drohungen wurden ausgestoßen, Fäuste geballt. Auf der Rechten wurde gerufen: „Wir haben doch unsern freien Willen!“ auf der Linken: „Diese Menschen sollten doch wenigstens Ehre im Leibe haben — Sie haben keine Ehre im Leibe!“ Der Vorsitzende rief Hoffbauer, den lautesten Schreier, zur Ordnung, erklärte jedoch die Fortsetzung der Verhandlungen bei solchem Tumult für unmöglich, setzte die nächste Sitzung auf den zweitfolgenden Tag an, schloß diese. Es war gegen zehn Uhr Vormittags. Die Linke protestirte und lärmte fort, während die Rechte sich entfernte; 110 Mitglieder beantragten, einem der neulichen Beschlüsse gemäß, daß auf Mittags zwölf Uhr eine außerordentliche Sitzung anberaumt werde. Der Vorsitzende entsprach dem Antrage.

Die Mißhandelt-Bedrängten versammelten sich im Weidenbusch, als sie Kunde davon erhielten. Sie sahen, daß sie auf noch Aergeres gefaßt sein mußten, allen Boden unter den Füßen verloren hatten, schlechterdings nicht mehr umhin konnten, sich aufs Neue mit den Alliirten auseinanderzusetzen wenn sie nicht weichen wollten; sie sannen auf einen entscheidenden Schritt. Rotenhan zeigte ihnen, wie man es bei Haym (III, 124) lesen kann, ganz vortrefflich, daß dies Alles die Folge ihrer schiefen Stellung zur Linken, ihres

Schwankens zwischen Legalität und Illegalität, ihrer unehrlichen und widerwärtigen Buhlerei mit der Ungesetzlichkeit und Revolution, ihrer den Ausdruck davon enthaltenden Beschlüsse, namentlich des am 4. gefaßten sei. Haym sagt: „So wurde die Verlegenheit der Partei zuerst von ihrer Rechtlichkeit untersucht; es war das Gewissen der Partei, das durch Rotenhan zu Worte und zu Rathe kam.“ Rotenhan beantragte die Entwerfung eines neuen Programms für die Partei, wodurch deren Sache klar und unzweideutig von der der Linken geschieden und der Halbheit ein Ende gemacht werde. Mit einem solchen Programm wäre fortzukommen gewesen, es hätte die Centralgewalt, die Rechte, die Reste der Großdeutschen für sich, die Weidenbuschpartei hätte mit diesen noch immer die unzweifelhafteste Mehrheit in der Nationalversammlung gehabt. Sie hatte beim Pakt freilich vernünftigerweise nicht darauf rechnen können, daß die Linke der Voraussetzung eines maßvollen, die Linie der Gesetzlichkeit achtenden Verhaltens nachkommen werde, hatte wissen müssen, daß die Radikalen die Leute nicht waren, die im rechten Sinne hätten Revolutionsmänner sein und mehr können als blos revolutionären Lärm und Unfug machen; allein sie durfte, wenn es auch nicht ohne Beschämung anging, sich doch darauf berufen, daß das ausschreitende Gebahren Jener gleichfalls wider den Bund sei, daß sie sich unfähig zeigten und daß sichtlich die Mittel und Bedingungen nicht vorhanden, weggefallen oder nicht eingetreten waren, eine wahrhafte Revolution zu machen und auf dem Wege der Gewalt zum Ziele zu kommen. Jedoch ihr fehlte Rotenhan's bessere Selbsterkenntniß und richtigere Beurtheilung der Lage, Rotenhan's Anspruchlosigkeit und Bescheidenheit, Rotenhan's Rechtlichkeit und regeres Gewissen und der Muth der Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit zum Eingestehen des Irrthums und Unrechts. Sie ging auf den Vorschlag Rotenhan's nicht ein; noch ehe sie ihn in Berathung zu ziehen angefangen, trat die Linke dazwischen, dann eine Botschaft von Gagern. L. Simon, von einem Parteigenossen begleitet, trat ein und sein hochfahrendes und barsches Auftreten bestätigte, was Rotenhan gesagt hatte, die Revolutionärs glaubten ein Recht an die verbündeten Halbrevolutionärs zu haben. Sie wollten einen letzten Versuch des Zusammengehens machen, obschon von dem früheren Freundschaftsverhältnisse kaum noch der äußere Schein geblieben war; sie erschienen fordernd, kamen nicht um zu transigiren; sie forderten die Zustimmung des Weidenbusches zu einem am andern Tage zu

verhandelnden Antrage Simon's und Vogt's, wonach die Nationalversammlung beschließen sollte, die Volkserhebungen in der Pfalz und in Sachsen zur Durchführung der Reichsverfassung thatkräftig zu stützen und zu schützen. Die Centrenmänner fühlten das Verletzende in diesem Vorgehen, sie erkannten, daß der Antrag die Revolution klar präcisire. Nur Wenige hätten sich entschließen mögen darauf einzugehen, die Mehreren dürften auf Rotenhan's Vorschlag eingegangen sein, doch nun verdarb es Gagern, der noch einen Versuch machen wollte, seinen Kurs zwischen Gesetzlichkeit und Revolte behauptend, das Ziel zu erreichen. Er ließ ankündigen, daß er ein Programm beabsichtige, in welchem das Reichsministerium sich über die Stellung der Centralgewalt zu den Bewegungen auf Anlaß der Reichsverfassung, überhaupt über die Art und Weise erklären wolle, in welcher es die Durchführung der Reichsverfassung fortan auf sich zu nehmen gedenke. Der neue Mittelweg, auf welchen Gagern verfallen oder hingeführt war, gefiel den Weidenbuschmännern am besten; sie folgten ihm auf denselben ohne sich noch viel zu besinnen; sie verwarfen sowol den Vorschlag Rotenhan's als das „Gegenprogramm" der Linken und gingen, ohne daß ihre Rechtlichkeit und ihr Gewissen noch weiter zu Worte und Rathe gekommen wären, in die Zwölfuhrsitzung.

Simson eröffnete dieselbe mit der Ankündigung von sieben, auf die Pfälzischen und Bairischen Angelegenheiten sich beziehenden Interpellationen von Schoder, Schlöffel, Umbscheiden, Würth von Sigmaringen, Nauwerk, Erbe und Genossen. Die Partei Gagern sah eine Krisis als unvermeidlich an. Es müsse Alles zur Entscheidung kommen, der Standpunkt der Partei, ihr Verhältniß zur Linken, die Frage der Reichsverfassung, der Existenz des Ministeriums und des Parlaments. Das angekündigte ministerielle Programm sollte zur Entscheidung führen. Die Dringlichkeit wurde deshalb vom Weidenbusch zugelassen. Als die Interpellationen verlesen waren, nahm Gagern das Wort. „Anbelangend die Frage, wie sich das Ministerium zu den Bewegungen verhalten wird, so werde ich darüber spätestens übermorgen eine Vorlage machen. Ich verlange den Termin nur deshalb, weil es nicht genügt, daß das Ministerium unter sich einig sei, sondern weil nöthig ist, daß es seine Stellung zum Reichsverweser und zu den Fraktionen des Hauses dabei in Erwägung ziehe." Eben an diesem Tage hatte er sich gedrungen gesehen, eine Verfügung zum Schutze der Festung

Landau trotz Eisenstuck zu treffen.*) Peucker äußerte in Beantwortung der Schoder'schen Interpellation unter Beifall: die Centralgewalt habe dem nach der Pfalz Behufs Wahrung des Reichsfriedens entsendeten Kommissär auch die bewaffnete Macht daselbst zur Verfügung gestellt. Unruhe bei der Linken erregte es, als er in Beantwortung der Interpellation Schlöffel's von Maßregeln sprach, die Eisenstuck zur Herstellung der Ordnung anordnen solle. Hierauf der im Weidenbusch vorgelegte Antrag von L. Simon und Vogt, die jedoch selbst proponirten, daß die Diskussion desselben erst am folgenden Tage stattfinden möge. Es wurde genehmigt, so viel Lärm auch die Gallerien, Schmidt von Löwenberg, Schlöffel u. A. machten, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.

---

*) Bei ihm sich jedoch höflich entschuldigend. „Auf Ihren mir so eben (11 Uhr Mittags) zugegangenen Bericht, d. d. Neustadt, den 6. d. M., beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß vom Kommandanten der Reichsfestung Landau die Zusendung einer Verstärkung zu dortiger Besatzung dringend verlangt worden war, widrigenfalls derselbe für die Sicherheit und Bewachung dieser Reichsfestung gegen äußere Gefahr nicht haften könne. Der Kommandant hat nämlich, sowol schriftlich als mündlich hieher melden lassen, daß der Bestand der Garnison die Sicherheit der Reichsfestung nicht mehr verbürge. Die einberufenen Beurlaubten rückten nicht ein, die Garnison werde durch Freitrunk demoralisirt, in Französisch-Weißenburg befänden sich zuverlässiger Nachricht zufolge zwölf Polen (ehemalige Officiere), man besorge, daß dieselben zu einem Handstreich auf die Festung verwendet werden sollten; der Kommandant habe nach dem dortgültigen Französischen Gesetze vom 24. December 1811 die Reichsfestung Landau in Kriegszustand erklärt; die betreffenden Proklamationen seien von Einwohnern wieder abgerissen worden, bewaffnete Zuzügler seien erschienen 2c. Die Centralgewalt hat die Verpflichtung, die Reichs- und Grenzfestung Landau mit ihren Vorräthen dem Reiche zu erhalten, und sie gegen jeden Handstreich, er komme, woher er wolle, zu schützen. Deshalb hat das Reichsministerium dem dringenden Ansuchen des Kommandanten durch sofortige Absendung der zwei nächst liegenden verfügbaren Bataillone (ein k. Preußisches aus Mainz, ein großh. Badisches aus Mannheim) entsprochen. Andere Truppen sind von Reichswegen nicht nach der Rheinpfalz gesendet worden. Was die am 5. d. M. (Samstag Nachm.) angeordnete und am 6. d. M. früh vollzogene Sendung eines bisher der hiesigen Besatzung angehörenden Bataillons des k. Baierisch. 6. Inf.-Regts. und einer Eskadron Baierisch. Chevauxlegers nach der Rheinpfalz betrifft, so habe ich Ihnen, Herr Reichskommissär, von dieser Anordnung des Reichsministeriums am Samstag Nachmittag dahier Kenntniß zu ertheilen nicht ermangelt. Daher scheint Ihre Voraussetzung, als seien diese Truppensendungen ohne Ihre vorherige Kenntniß erfolgt, auf einem Irrthum zu beruhen." Eisenstuck wies das Preußische Bataillon zurück.

Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium, dem Reichskommissär in Berlin und dem Preußischen Ministerium vom 6. bis 8. Mai. — Gagern's Programm vom 8. Mai. — Der Erlaß an die Oberpräsidenten vom 7., die Denkschrift vom 9., die Instruktion an v. Canitz vom 10. Mai. — Die Nationalversammlung am 9. Mai. (Anträge auf Unterstützung der Volkserhebungen in der Pfalz und Sachsen.) — Spaltung der Weidenbuschpartei. — Eine Deputation der Weidenbuschpartei an den Reichsverweser; dessen Weigerung, die Entlassung des Gagern'schen Ministeriums.

Auf das was Gagern am 7. und 8. Mai geäußert hatte und that, fällt ein helles Licht durch die mehrfach bemerkenswerthen, geheim gehaltenen Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium, dem Reichskommissär in Berlin und dem Preußischen Ministerium bis zum 8. Bassermann's telegraphische Depeschen bis zum 5. hatten seine Hoffnungen auf eine Verständigung mit Berlin neu belebt, doch lag das schwer zu überwindende Hinderniß entgegen, daß Verfassungsänderungen gefordert wurden. Er hätte sie gern zugestanden, wenn nur der Pakt mit der Linken nicht gewesen wäre, und wenn er ihn unter irgend einem Vorwande hätte brechen mögen, war die gesammte Weidenbuschpartei dazu zu bewegen, war Nachgiebigkeit der Nationalversammlung, und in wieweit, zu hoffen, zu bewirken? Er telegraphirte am 6. an Bassermann: ein weiterer Verständigungsversuch könne nur eröffnet werden, wenn die Preußische

Regierung diejenigen Verfassungsänderungen bestimmt artikulire, von welchen sie die Annahme der Verfassung und Oberhauptswürde abhängig mache. An demselben Tage berichtete Bassermann, er habe dem Preußischen Ministerium einen Verständigungsvorschlag überreicht, den er jedoch als nur auf seiner (von Radowitz eingegebenen?) persönlichen Ansicht beruhend erklärt; er wünschte zu vernehmen, ob das Reichsministerium glaube, daß die Nationalversammlung zur Annahme desselben bewogen werden könne, der in einer an den Grafen Brandenburg gerichteten, gleichfalls vom 6. datirten Eingabe enthalten war. Er war der nachstehende: „1. Se. Majestät der König von Preußen übernimmt auf den Antrag der Nationalversammlung vorläufig die Centralgewalt mit den nämlichen Befugnissen, welche die Reichsverfassung dem Oberhaupte giebt. 2. Er beruft alsbald nach Maßgabe dieser Verfassung und des Reichswahlgesetzes einen Reichstag. 3. Er erklärt, daß er diesem Reichstag die folgenden Ihm nöthig scheinenden Abänderungen und nur diese zur Zustimmung oder Ablehnung verlegen werde. (Folgen die einzelnen Vorschläge). 4. Bis dahin, daß über diese Vorschläge durch den Reichstag entschieden ist, behält Er sich seine definitive Erklärung über Annahme der Verfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes vor. 5. Die Nationalversammlung beschließt durch einen Zusatzartikel zur Reichsverfassung, daß dem ersten Reichstag freistehe, Abänderungen der Verfassung in den oben erwähnten Punkten mit einfacher Stimmenmehrheit zu beschließen." In den Motiven hatte Bassermann namentlich Bezug genommen auf den für alle Theile wünschenswerthen Rücktritt des Reichsverwesers als Bedingung der Möglichkeit einer Vermittelung der anscheinend schroff entgegenstehenden Beschlüsse (Frankfurts und Berlins). Wenn Gagern an dem was Bassermann gethan keinen Antheil gehabt hatte, so nahm er doch den Ball sofort auf. Er veranstaltete am 7. im Reichsministerium eine Konferenz unter Zuziehung von G. Beseler, Biedermann, Soiron, Wurm und Riesser, um die Lage, in welche die Centralgewalt durch die an so vielen Orten entstandenen gewaltsamen Bewegungen gerathe, die Haltung welche sie denselben gegenüber einzunehmen habe und die Frage in Erwägung zu ziehen, bis zu welchem Grade der Bewegung, sofern sie die Durchführung der Verfassung zum Zweck habe, Spielraum zu geben sein dürfte. Bassermann's Korrespondenz wurde vorgelegt, Briegleb's Absendung als Reichskommissär beschlossen, das Programm des Reichsministeriums festgestellt, von welchem

Gagern folgenden Tags Kunde in den Weidenbusch gegeben. Es war darin namentlich auf den Beschluß vom 4. Mai Bezug genommen, die „gesetzliche" Revolution, sofern sie durch die Centralgewalt befördert werden sollte, gleichsam in ein System gebracht; die Basis des Ganzen war die für das Reichsministerium in Anspruch genommene Befugniß und Verpflichtung, „mit allen gesetzlichen und friedlichen Mitteln und durch das Gewicht der moralischen Macht der Centralgewalt die Durchführung der Reichsverfassung zu unterstützen." Offene Auflehnung sollte zurückgewiesen werden, das Reichsministerium jedoch, wenn eine Regierung dawider einschreite, „vermittelnd eintreten," und der letzte sechste Satz lautete: „indem das Reichsministerium die Frage der Durchführung der Reichsverfassung als eine allgemeine Deutsche Angelegenheit betrachtet, wird es jeder Intervention eines oder mehrerer Einzelstaaten zur Unterdrückung etwaiger Bewegungen zum Zwecke der Anerkennung der Reichsverfassung in anderen Einzelstaaten entgegentreten." Die Preußische Regierung hatte am 28. April ihre Intervention für solche Fälle angekündigt, schon am 5. Mai war das erste Preußische Bataillon in Dresden eingetroffen, am 8., von welchem Tage das Programm datirt wurde, erschien das dritte. Gagern legte das letztere dem Reichsverweser Abends am 8. Mai mit der Erklärung vor, daß er und das ganze Reichsministerium im Falle der Nichtgenehmigung desselben seine Entlassung fordern müsse.

Der jedenfalls höchst auffällige Schritt wurde außerhalb des Lagers der Gagern'schen Partei nach einer, auf die in Betracht kommenden Umstände sich stützenden und mit jedem Tage sich befestigenden Meinung dahin beurtheilt, daß Gagern einen Doppelzweck verfolge, einen sachlichen und einen mehr persönlichen; daß er nämlich — und zwar nach allem Anschein im Einverständniß mit maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin oder doch mindestens in der Voraussetzung ihrer nachträglichen Zustimmung und Unterstützung — einen Konflikt mit dem Reichsverweser herbeizuführen suche, um diesen zur Resignation zu nöthigen, damit der König von Preußen zunächst die provisorische Centralgewalt übernehme, und um eventuell einen Vorwand zu einem nicht unehrenhaften Rücktritt für das Reichsministerium zu erhalten. Dadurch klärten sich seine Aeußerungen in den letzt=stattgefundenen Debatten über seine noch immer vorhandenen Hoffnungen und seine Geneigtheit zu resigniren auf. Man fand sich in dieser Ansicht durch die Erklärungsgründe bestärkt, welche von

seinen Parteigängern für die Sache angegeben wurden. Sie erschienen lediglich als Vorwände, die verhüllen sollten und nur um so mehr verriethen, daß etwas ganz Anderes dahintersteckte als gesagt wurde. Auf dieselbe Spur leitete noch Mancherlei. Das ernstlich gemeinte Programm wäre so sehr wenig geeignet gewesen Preußen zu gewinnen, und doch gaben notable Centrenmänner wie Gagern selbst auf einmal wieder die lebhaftesten Hoffnungen auf Preußen kund. Man hörte die Parteigänger Gagern's daneben mit Zuversichtlichkeit, wie triumphirend äußern, nach ihm sei ein anderes Ministerium unmöglich — und wir werden bald auf Vorgänge kommen, welche zeigen, wie fest dies bei ihnen stand. Sie und die Linke hatten schon seit einigen Tagen laut genug davon gesprochen, daß jetzt mit dem Erzherzoge reine Bahn gemacht werden müsse, und durch alle „kleindeutschen" Blätter liefen Andeutungen über die „baldige" Abreise desselben, an welche Niemand gedacht. Es kam hinzu die Erinnerung an die Vorgänge des 28. März, als der Erzherzog zurücktreten zu wollen erklärt hatte; hinzu — und zwar als nicht am wenigsten bedeutend — der Gedanke an Radowitz, dessen dermalige Stellung, die mystische Unterredung, die er vor seinem Abgange nach Berlin mit Gagern gehabt, die Zusicherungen, die er diesem ertheilt haben sollte; dann der Umstand, daß in Berlin gleichzeitig der Unionsplan zur Reife gedieh, dann das Weitere, was in den nächstfolgenden Tagen geschah, um die Resignation des Erzherzogs zu bewirken. (Anh. XXVIII.)

Inzwischen hatte Graf Brandenburg noch am 7. erwidert: der Plan sei unmöglich geworden schon durch den ersten Satz des am 4. Mai erfolgten Beschlusses der Nationalversammlung. Am folgenden Tage erstattete Bassermann umständlicheren Bericht an das Reichsministerium. Seinem Vorschlage wären seit dem 3. Mai vertrauliche und die besten Hoffnungen für denselben versprechende Verhandlungen vorhergegangen, deren Basis jedoch gewesen, daß die Sachlage nicht durch Beschlüsse der Nationalversammlung alterirt werde; deßhalb habe er hiervon zurückzuhalten gesucht; in einer Besprechung, die er am 5. im Preußischen Ministerium gehabt, sei sein Vorschlag gebilligt, er selbst aufgefordert, letzteren schriftlich einzureichen; während der Konferenz habe Kamptz telegraphirt, in der Nationalversammlung sei am 4. ein Antrag Wydenbrugk's angenommen, doch sei wegen einer Unterbrechung des Drahtes der Inhalt nicht mitgetheilt, und er habe um so mehr am 5. telegraphisch wiederholt, daß man

die Sachlage nicht alteriren möge; nun sei dies durch den Beschluß vom 4. geschehen und Alles verdorben; es verstärke die Abneigung und die Bedenken in Berlin noch mehr, daß beim Aufruhr in Dresden von den Republikanern die Durchführung der Reichsverfassung zum Vorwande genommen werde; die Preußische Regierung sei entschlossen ihn und nicht minder den Widerstand in der Rheinprovinz mit starker Hand zu unterdrücken, sie gebiete über mehr als hinlängliche militärische Kräfte und leider sei in der Bevölkerung Berlins nnd der Umgegend durchaus keine Sympathie für die Deutsche Sache wahrzunehmen; dazu komme, daß nach Matty's und Seebeck's Nachrichten zu erwarten sei, daß Baiern und Hannover die Reichsverfassung nicht anerkennen würden, und die Preußische Regierung, die noch immer den besten Willen habe, den Nationalwunsch einer gemeinsamen Verfassung zu befriedigen, gedenke nun um so mehr auf dem Wege weiterzugehen, den sie in ihrer Cirkularnote vom 28. April angezeigt und im Falle des Scheiterns alle Schuld auf diejenigen zu werfen, die den Muth haben würden, ihre Vorschläge abzulehnen; es stehe ein Erlaß bevor, der den völligen Bruch herbeiführen werde. In der Nacht vom 6. auf den 7. war ihm Gagern's telegraphische Depesche vom 6. zugegangen. Er theilte sie früh Morgens am 7. dem Preußischen Ministerpräsidenten mit, indem er demselben dringend vorstellte, wie groß die Gefahr, wie nothwendig eine schleunige Verständigung sei, worauf doch auch Gagern hinziele und woran derselbe noch immer glaube. Die prompte Erwiderung lautete: die Bedingungen wären nicht mehr vorhanden. Am 8. berichtete Bassermann an das Reichsministerium: von seiner Seite könne nun kein Versuch der Annäherung mehr geschehen, er müsse seine Abberufung anheimstellen, die sich um so mehr empfehlen dürfte, da er die Erfahrung gemacht, daß auch seine Person nicht willkommen; es sei ein Ministerialschreiben an die Oberpräsidenten (vom 7.) veröffentlicht, worin der Beschluß vom 4. als außer der Kompetenz der Nationalversammlung liegend zurückgewiesen werde; Alles deute unverkennbar auf den Entschluß der Preußischen Regierung, rasch und energisch auf ihrem Wege voranzugehen; sie hoffe schon nach wenigen Tagen die Verhandlungen über ihren Verfassungsentwurf zum Ziele führen zu können; es sei nach dem Bekanntwerden des Beschlusses vom 4. wieder zweifelhaft geworden, ob die unter den Regierungen zu vereinbarende Verfassung der Nationalversammlung werde vorgelegt werden; die Berliner Bevölkerung verharre der Bewegung im Süden gegenüber in derselben Ruhe und

Gleichgültigkeit, die ihm schon bei seiner Ankunft aufgefallen sei. (Anhang XXIX.)

Der Preußische Staatsanzeiger veröffentlichte sofort das Ministerialschreiben vom 7., das sichtlich zumal am Schluß auf radowitzische Ideen deutete. Seine Motivirung beruhete auf „boshafter" oder boshaftester „Mißdeutung" des Viertemaibeschlusses, es enthielt wenigstens indirect einen sehr herben Tadel der Nationalversammlung und die Ankündigung, daß die Preußische Regierung allen Versuchen der Ausführung jenes Beschlusses mit vollem Ernste entgegen treten und dagegen den königlichen Willen zur Ausführung bringen werde.*)

Vom 9. war dann die Denkschrift der Preußischen Regierung „über die künftigen Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs" mit dem Entwurf einer Unionsakte, vom 10. die Instruktion für Canitz, der in Wien darüber verhandeln sollte, datirt, Dokumente, welche abermals den fortdauernd eifrigen Wunsch und Willen der Preußischen Regierung bewiesen, die im Gagern'schen Kreise geborene und großgezogene, das Sehnsuchtsziel desselben bildende, nun von Radowitz aufgenommene Idee vom „Bundesstaat" unter Preußens Führung zu verwirklichen, worauf ja Gagern's Programm und auch die „Reichsverfassung" hinauslief, wobei nur die Auseinandersetzung mit Oesterreich verabsäumt war, ein Fehler, welchen Preußen jetzt einzubessern suchte. Sodann der Entwurf, für welchen Preußen die kleineren Deutschen Staaten zu gewinnen suchte, wie sehr nahe hielt er sich an die Aufstellung der Nationalversammlung, wodurch er scheitern sollte. Und nicht aus Liebhaberei für jene Aufstellung, sondern trotz großer Abneigungen dawider und trotz deutlicher Einsicht ihrer Gebrechen

*) Die Gagern'sche Partei hatte — woher das Mißtrauen und die Beschuldigungen der Linken — die Beschlüsse vom 4. Mai so verstanden wissen wollen, daß das Volk die Anerkennung der Verfassung nur auf dem gesetzlichen Wege erstreben solle; sie hatte — woher die Vorwürfe von der anderen Seite — dabei aber sehr wol gewußt, daß die Worte doch auch in einem weiter gehenden Sinne genommen werden konnten und vom Volke genommen werden würden, hatte die ihr bewußt zweideutige Fassung beliebt, bezüglich sich gefallen lassen, um wo möglich noch legal zu bleiben, aber auch eine drohende mehr populäre Stellung anzunehmen. Dies Balanciren, diese Halbheit und Unaufrichtigkeit wurde in dem Preußischen Erlasse vom 7. damit bezeichnet, daß sich die Nationalversammlung der Gefahr ausgesetzt, dahin verstanden zu werden, daß sie das Volk zur Emeute aufrufen wollen.

hielt sich der Preußische Entwurf so nahe daran, weil man in Berlin glaubte, daß es keinen andern Weg mehr gebe zur Befriedigung, weil man den Gewinn wünschte, welchen sie Preußen bot, weil man deßhalb so lange, eben noch bis in diese Tage, und zu lange, eine Einigung mit der Nationalversammlung — eigentlich der Gagern'schen Partei — und Nutzen davon für die Erreichung des Ziels erwartete. Man sieht gleich deutlich, worauf Gagern zielte und sich stützte, als er noch in den letzten Sitzungen der Nationalversammlung von den Hoffnungen sprach, die er fortwährend hege, und wie er und seine Partei, Theils im Gedränge, Theils in falscher Beurtheilung auch in diesem Moment Preußen und sich selbst die Rechnung verdorben. Seine Berather und Parteigänger würden schwerlich den Antrag Wydenbrugk's formulirt, eingebracht und durchgesetzt, würden schwerlich dazu geholfen haben, wenn ihnen am 3. und 4. Mai die Berichte und Mittheilungen Bassermann's von eben diesen Tagen schon vorgelegen und wenn sie damals nicht ganz andere Dinge von Berlin erwartet hätten. Schwerlich würde Gagern am 7. sein Programm festgestellt, am 8. es vorgelegt haben, hätte er an diesen Tagen Bassermann's Berichte vom 6. und 7. schon gehabt. Wollte er durch dasselbe dem Uebergange der provisorischen Centralgewalt an Preußen die Bahn brechen, so traf er darin freilich mit den Preußischen Intentionen zusammen, aber er kreuzte diese, er vereitelte jede Aussicht, wenn eine solche noch vorhanden gewesen wäre, daß man von Seite Preußens auf Verhandlungen mit der Nationalversammlung über Anerkennung der von derselben beschlossenen Verfassung eingehen werde, indem er durch sein Programm den Beschluß vom 4. noch überbot. Daß er dasselbe mit seiner Kriegserklärung gegen Preußen, falls dieses gegen den Aufruhr einschreite, mit seinen Hoffnungen auf nachdrückliche Volkserhebungen im Sinne des Beschlusses vom 4. aussann und formulirte, daß er dem Erzherzoge es vorlegte, daß er die Genehmigung des Letztern erwartet, daß er an ein Fortkommen mit dem Programm geglaubt hätte — wenn er anders *hieran* geglaubt haben sollte — Riesser's kühne Ankündigung und Aehnliches in der Sitzung am 7. und auch noch die Haltung Gagern's und seiner Partei zunächst nach der Vorlage des Programms — das Alles war nur vor dem Einlaufe der Bassermann'schen Berichte vom 7. und 8. möglich.

Die Sitzung am 9. Mai drohete mit dem Antrage von *Simon* und *Vogt* auf *Unterstützung der Volkserhebungen* in der *Pfalz* und *Sachsen*. Die Weidenbuschpartei hatte sich über einen

Gegenantrag nicht zu einigen vermocht.*) Sie richtete ihr Bemühen dahin, den Aufschub der Verhandlungen zu erzwingen. Gagern gab eine allgemeine Erklärung über sein Programm, und verband damit die Bitte um eine vierundzwanzigstündige Bedenkzeit für den Reichsverweser. Das fernere Verhalten der Versammlung sei durch die Entscheidung der Alternative bedingt, ob der Inhaber der Centralgewalt die Durchführung der Verfassung, auf den Grund der Anerkennung derselben, sich zur Aufgabe setzen werde oder nicht? Wenn seine Bitte kein Gehör finden sollte, und die Versammlung auf die Tagesordnung eingehen würde, so sei das Ministerium als solches an dieser Verhandlung Theil zu nehmen außer Stande.

Er unterstützte seinen Antrag auf Aussetzung der Verhandlungen bis auf den nächsten Tag durch einige Nachrichten aus Sachsen und der Pfalz. Dort schienen sich die Parteien einander schroff gegenüberzustehen auch abgesehen von der Interventionsfrage; die Stadt Leipzig habe sich bis zu Austrag der Konflikte zwischen Krone und Volk unter den Schutz der Centralgewalt gestellt; in der Pfalz bestehe kein Konflikt, die Bevölkerung scheine übereinstimmend die Durchführung der Reichsverfassung zu wollen; eine Dringlichkeit zum Einschreiten sei nur insoweit vorhanden, als nicht alle dort zum Zweck geschehene Schritte gerechtfertigt werden könnten, eine Frage, die mit dem Reichskommissär verhandelt werde. Umbscheiden: der Zustand erfordert gerade rasche und bestimmte Entscheidungen und soll fortbestehen, weil sich die Centralgewalt nicht klar ist, welche Stellung sie annehmen

*) Nachmittags am 8. arbeitete eine Kommission einen Entwurf aus, der jedoch in der Abendversammlung wenig Anklang fand. Die Preußische Intervention in Sachsen war darin als eine unbefugte bezeichnet, worüber sich Streit erhob. Die Einen, so sehr ihnen das Unterlassen jeder Anzeige an die Centralgewalt als eine beabsichtigte Nichtachtung derselben erschien, und so geneigt sie waren einen Bruch des Bundesrechts anzunehmen, sahen doch ein, daß die Preußische Regierung immerhin die Befugniß, militärisch in einem Nachbarstaate zu interveniren, aus dem Bundesrechte deduciren konnte, und daß sie, da offenbare Gefahr im Verzuge war, durch ihre rasche Dazwischenkunft der Sache der Ordnung einen dankenswerthen Dienst geleistet. Die Andern aber blieben diesen Erwägungen unzugängig. Man einigte sich nicht, erkannte daß es schwierig sein werde überhaupt eine Einigungsformel zu finden, tröstete sich damit, daß das Gagern'sche Programm eine solche enthalten und einen selbstständigen Antrag ersetzen werde, und beauftragte die Kommission mit einer Revision ihres Entwurfs. Vor der Sitzung am 9. fand eine abermalige Zusammenkunft statt, ohne zu einem Beschlusse gelangen zu können. (Haym III., 128.)

soll. Raveaux: es komme weit weniger auf das was der Reichsverweser, der möglicherweise andern Tags resigniren könne, als darauf an, was das verantwortliche Ministerium zu thun entschlossen sei, das nicht den Muth habe die Bewegung des Volks zu unterstützen, das der Beschluß der Versammlung zur Erhebung aufgefordert; die Linke werde gegen die Vertagung stimmen, die sie für ein Verbrechen am Vaterlande halte. Schwetzschke, im Eifer gegen die Motivirung des Antrags von Simon und Vogt auch Gagern treffend, oder ausplaudernd: die Volkserhebungen in der Pfalz und Sachsen hätten die Durchführung der Reichsverfassung nicht zum Gegenstande. Erbe: das Volk vergieße sein Blut in Dresden für die Nationalversammlung, die dieser Aufopferung nicht werth sei; für dasselbe nichts thun wollen, sei eine Schmach und Schande wofür die Worte fehlten; das Ministerium habe ihm statt Regimenter einen Kommissär geschickt, und nichts Anderes zu thun um sein Benehmen wieder gut zu machen, als nach Dresden zu eilen und einen ehrlichen Tod unter den Preußischen Kugeln zu suchen. Beseler: es sei nicht andem, daß das Meiste an Beschlüssen der Nationalversammlung liege und der Reichsverweser nur wenig in Betracht komme; gewaltsame Mittel dürften mit Nichten in Anwendung gebracht werden; das sei gegen den Sinn der ersten Nummer des Beschlusses vom 4. und dahin, daß das Volk nur zu gesetzlichen Handlungen aufgefordert werden solle, hätten er und Gagern sogleich sich ausgesprochen und letzterer habe deßhalb eine andere Formulirung vorgeschlagen, die nur nicht zur Abstimmung habe gebracht werden können, weil sie nicht zur rechten Zeit vorgelegt sei. Wigard: geradezu unbegreiflich sei das Verhalten des Ministeriums, das privatim die Bewegung zu Gunsten der Reichsverfassung nicht ungern sehe und sie öffentlich als anarchisch bezeichne, ja nicht einmal dem Hause über die Lage in Sachsen wahre Kunde gebe, wie sie ihm beiwohnen müsse; es besitze Berichte, die seiner Darstellung entgegen wären; es sei das Allerärgste, das Volk in Tod und Verderben jagen und immerfort abwarten. Gagern wollte nur nicht-erwähnte Berichte von einem Abgeordneten der Stadt Glauchau besitzen und sie herbeiholen lassen. Fallati erntete Gelächter, indem er ausführte, der feste Boden für das Ministerium sei seine Augenblicks nicht vorhandene klare Stellung zum Reichsverweser; es befinde sich in der schwierigen Position zwischen Reaktion, die es nicht dulden wolle, und Revolution, mit welcher zu gehen es sich nicht entschließen werde; gerade zum Mittelwege gehöre der größeste Muth und nur den Muth

habe das Ministerium nicht, die Angelegenheiten Deutschlands aus der Hand zu geben, damit sie in die Luft fielen, die Partei der Gesetzlichkeit in Deutschland, die an der Centralgewalt hauptsächlich ihren Stützpunkt finde, zu verlassen.

Nun wurde der Schluß angenommen. Der Namensaufruf ergab 221 gegen 133 Stimmen für die Vertagung der Verhandlungen. Biedermann wollte jedoch nur deßhalb für die letztere gestimmt haben, weil er vertraue, daß das Ministerium von sich aus das Nöthigste, insbesondre die sofortige und energische Zurückberufung der Preußischen Intervention in Sachsen, in Gemäßheit seiner neulichen Erklärung vorgekehrt habe und mit allem Ernste durchführen werde. Die Linke verhielt sich unerwartet ruhig. Ihre alliirten Widersacher besaßen doch noch eine erhebliche Mehrheit. Aus Sachsen und der Pfalz waren auch Nachrichten da, daß das Volk keineswegs ungetheilt für Gewalt, noch weniger für die Republik war, ja dawider Partei nahm. Indeß gab es nachträglichen Lärm über Aufstellung von Pikets Preußischer und Oesterreichischer Truppen in der Nähe der Paulskirche und anderwärts.*) Nur einige Mitglieder der Linken erhoben sich für die Dringlichkeit eines Antrags von Schlöffel, den der Vorsitzende (Simson) vorlegte ohne Rüge und geschäftsmäßig wie jeden andern behandelte, die Centralgewalt für Verrätherin am Vaterlande zu erklären, ihres Amts zu entsetzen und sofort einen provisorischen Vollziehungsausschuß zu wählen. Simson brachte schließlich noch eine bei den Beschlüssen vom 4. vorgekommene kuriose Mangelhaftigkeit zur Sprache.**)

*) Dietsch interpellirte, ob dieselbe auf Befehl des Reichskriegsministers erfolgt sei. Peucker antwortete: „Mir ist nicht bekannt, welche Maßregeln von dem hiesigen Truppencommando, welchem die verantwortliche Sorge für die Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit übertragen ist, getroffen worden sind. Ich bin vorhin herausgegangen, und habe eine Compagnie aufgestellt gesehen, die ich von selbst fortgeschickt habe, weil ich gefunden habe, daß sie überflüssig ist.“ Würth schrie, es sei nur eine Compagnie zurückgezogen. Peucker erklärte: „Ich habe keine andere Compagnie sehen können, als die ich auf dem Wege gefunden habe, den ich zurückgelegt habe. Ich werde mich persönlich von der Sachlage überzeugen, und Dasjenige anordnen, was meine Pflicht ist; ich werde keine überflüssige Truppenaufstellung hier in der Nähe der Paulskirche dulden.“

**) Bei jenen Beschlüssen sei die Instanz nicht bezeichnet, durch welche sie zur Ausführung gebracht werden sollten; man habe ausdrücklich und absichtlich Abstand davon genommen, die Centralgewalt damit zu beauftragen, er glaube also annehmen zu müssen, daß man die Ausführung durch das

Bereits trafen Versprengte aus Dresden ein, Polen und Deutsche, unter welchen z. B. Jakobi und Ruge. Es mußte also wol zum Ende gegangen sein mit dem Aufstande, der socialistischen Erhebung. Die Verbitterten und noch Erhitzten, die ihre noch übrigen Hoffnungen auf den Süden, zunächst auf Frankfurt setzten, trugen das Ihrige bei, daß hier die Aufregung zunahm. In der Paulskirche fand es selbst die gegen militärischen Schutz derselben sich sträubende Linke nöthig, die Gallerien zur Ruhe zu ermahnen. Trotz dem Allen fuhren die beiden nichtverwaisten Organe der Centren fort, die widerstrebenden Fürsten abermals mit der Acht und Aberacht und mit den Gerichten Gottes bedrohend, Oel in das Feuer zu gießen. Es ist sehr bemerkenswerth, wie sie eben in diesen Tagen, dicht vor dem Ausbruch in Baden, sich äußerten, über Alles kläglich die Wirklichkeiten beurtheilend und verkehrt operirend, sodann böser als je von Preußen redend, demselben Preußen, das sie doch auch jetzt noch in das Regiment Deutschlands eingesetzt wissen wollten, das ihre Parteiführer eben jetzt sich anstrengten zunächst in den Besitz der provisorischen Centralgewalt zu bringen. Sie wiederholten und verstärkten ihre Anschuldigungen, daß Preußen in sonderbündlerischer Tendenz nur nach seiner Vergrößerung, und zwar in doppelter Beziehung perfid trachte, indem es seine projektirte Verfassung, mit welcher es so nahe an die der Nationalversammlung sich halte, unehrlich meine, und um Norddeutschland zu gewinnen die überrheinischen Lande recht gern an Frankreich hingeben würde und den Ausbruch von Aufständen im Süden wünsche, um sie später mit Waffengewalt zu unterdrücken. Die Centralkorrespondenz wollte wissen, daß an die Commandeure Preußischer Reichstruppen der geheime Befehl ergangen sei, nach dem Rücktritte des Reichsverwesers sofort aus dem Reichsdienste auszuscheiden. (Anhang XXX.)

In der Weidenbuschpartei nahm nach der Sitzung der Zwiespalt des vorigen Tags über den einzubringenden Gegenantrag noch beträchtlich zu. Dreißig bis vierzig von ihren Mitgliedern waren durch das ministerielle Programm nicht befriedigt. Sie forderten ein entschiedeneres Auftreten gegen die Preußische Regierung, worauf sich die

---

Bureau vorgenommen wissen wolle; er habe nun die Ausfertigung achtunddreißig Mal besorgt; betreffend den Modus der Mittheilung und die Frage, die er ungern in der Versammlung berühre, ob sämmtliche Regierungen ohne alle Ausnahme mit einer solchen Zuschrift zu versehen seien, schlage er vor, das Bureau darüber mit dem Dreißigerausschusse konferiren zu lassen. Der Vorschlag wurde genehmigt.

Mehrheit nicht einlassen wollte, die Wenigern nicht, weil sie dasselbe für rechtlich und politisch nicht gerechtfertigt hielten, die Meisten weil sie in einem direkten Tadel eine zweck- und erfolglose Reizung einer weit überlegenen Macht erblickten. Es war klar, daß sich der Erzherzog zur Ausführung eines noch weiter gehenden Beschlusses niemals verstehen würde. Ein solcher Beschluß setzte also die Beseitigung der Centralgewalt, die Schaffung einer neuen, völlige Hingabe an die Revolution voraus. Am Abend wurde im Weidenbusch ein Streit der traurigsten und niederschlagendsten Art geführt. Beseler hatte den einzubringenden Parteiantrag endlich soweit gemildert, daß er im Wesentlichen als identisch mit dem Gagern'schen Programme gelten konnte. Es waren besonders Preußen, welche darauf drangen, daß die Bezeichnung „unbefugt" in Betreff des militärischen Einschreitens eines Staates in den andern wegfalle, und die die ausdrückliche Erwähnung Preußens in dem Antrage nicht zugeben wollten. Jene, welche entschlossen waren weiter zu gehen, hatten Versammlung im Nürnberger Hofe gehalten und vorläufig sich abgesondert. Sie erschienen, opponirten mit Heftigkeit Denen, welche für den gemilderten Antrag sprachen, „mit klarerem Blicke erkannten, daß Alles verloren war und Einer nach dem Andern den Saal verließen." Die im Nürnberger Hofe sich Abzweigenden schieden verletzt, indem sie in dem Verhalten der Mehrheit der Partei den Beweis fanden, daß es dieselbe mit dem thatkräftigen Auftreten für die Verfassung und gegen die Preußische Reaktion nicht ernstlich meine, zwar den Schein annehme etwas thun zu wollen, im Grunde des Herzens aber nicht gesonnen sei, wirklich etwas Entschiedenes in dieser Richtung zu unternehmen. So trat bei grenzenloser Zerfahrenheit und zunehmender Stumpfheit eine förmliche Spaltung der Weidenbuschpartei ein. (Haym III, 131. A. A. Z. 1849, S. 2458.)

Die Zurückgebliebenen begriffen, daß die Entscheidung in dem Entschluß des Reichsverwesers beruhe und beschlossen daher, ihm — wie am 28. März — durch eine Deputation die Lage der Dinge vorzustellen, ihn zur Annahme des Programms als zur Erfüllung einer patriotischen Pflicht zu bewegen zu suchen. (Anhang XXXI.) Die Deputation bestand, wie Haym sagt, „aus zwölf unsrer besten Männer", die nach seinem Berichte einen Bescheid empfingen, der bei ihnen der Hoffnung Raum ließ, daß der Erzherzog dem ihm vorgetragenen Wunsche entsprechen werde. Sie begaben sich in den Bundespalast, um Gagern Mittheilung von dem Erfolge ihrer Audienz zu machen. Sie hörten von ihm, daß er vor einer Stunde ein eigen-

händiges Schreiben vom Erzherzoge erhalten, worin dieser die Genehmigung des Programms definitiv verweigert habe. Der Erzherzog hatte geschrieben, die legalen Mittel zur Durchführung des letztern fehlten; er hatte auch von seiner interimistischen Stellung gesprochen, wodurch die Schwierigkeiten vergrößert würden. (Anhang XXXI.) Das Ministerium hielt eine Abendsitzung, zu welcher auch G. Beseler, Biedermann, Hergenhahn, Reh, Riesser, Rotenhan, Saucken und Wurm berufen wurden, und beschloß einstimmig, — vielleicht um so mehr, da der mit der Sendung Eisenstuck's versuchte Coup sich eben jetzt mißlungen zeigte — seine definitive Entlassung nachzusuchen. Zu Anfange der Sitzung des nächstfolgenden Tags zeigte Gagern durch eine Zuschrift an, daß das Ministerium seine Entlassung nachgesucht, soeben erhalten und nicht versäumt habe, die dringende Nothwendigkeit der Bildung eines anderen vorzustellen. Gagern und die Seinen durften nicht wol geradezu sagen, daß sie diese für unmöglich hielten, ihre Korrespondenz deutete es jedoch an. Der Erzherzog dürfte zunächst versuchen, ein Minderheitsministerium zu bilden und zu erhalten. Sie machte bei dem Anlaß noch große Worte vom Beharren ihrer Partei in dem Unternehmen der Durchführung der Reichsverfassung, kündigte daneben aber den muthmaßlich baldigen Rückzug eines Theils der Tapfern an und fing an bedenklich von der Reichsverfassung als einem Ideal zu sprechen, das einst — doch eher als Manche glaubten — in die Wirklichkeit übergehen werde. Es wurde Gericht gehalten über das entlassene Ministerium. Die Urtheile lauteten je nach den sehr entgegengesetzten Parteistandpunkten. (Anhang XXXI.)

Die neue Fraktion im Nürnberger Hofe. — Spaltung der Linken. — Die Nationalversammlung am 10. Mai (Annahme des Reden'schen Antrags wegen der Preußischen Intervention in Dresden und Unterstützung der Volksbewegungen). — Deputation der Nationalversammlung an den Reichsverweser. — Die beginnende Auflösung der Gagern'schen Partei. — Unterhandlungen der Nürnbergerhoffraktion mit Gagern.

Am andern Morgen (10. Mai) wurden vergebliche Versuche einer Wiedervereinigung der im Weidenbusch Zurückgebliebenen und der in den Nürnberger Hof Gegangenen gemacht. Die große Mehrzahl Derer, welche die von diesem benannte neue Fraktion bildeten, hatte seit dem Anfange der Nationalversammlung dem linken Centrum angehört, dessen Programm schon die erste Nummer der Flugblätter eine Reihe von Ungenauigkeiten und Unklarheiten nachgewiesen, und ein haltloses Schwanken zwischen Links und Rechts, den ärgsten Mangel an Festigkeit und Konsequenz unter Hindeutung auf die Ausgänge vorgehalten. Als Führer galten Zell, Biedermann, Wurm, Riesser. Der Hitzigste unter ihnen war der grundsatzlose, lediglich unter der Herrschaft seines Nervensystems stehende Sanguiniker Zell. Der Kölnische Städtetag war inzwischen zu Ende gegangen, der die Perspektive auf die Entwickelungen der Deutschen Geschichte, Falls die Erbkaiserlichen das Ruder behalten und der Reichsverweser noch etwas schwächer gewesen, eröffnet. Auf ihm hatten die Theils bewußten, Theils unbewußten zahmen Revolu-

tionärs von der Kaiserpartei neben ehrlichen, doch kurzsichtigen und feigen Stadträthen, die auf diesem Wege wieder populär bei den Demokraten zu werden und zugleich nach Oben hin sich nothwendig zu machen gesucht, das große Wort geführt, Zell hatte ihm präsidirt, und die Beschlüsse triumphirend nach Frankfurt gebracht. Noch am Abend zuvor, nach dem Schluß der Weidenbuschversammlung waren an Einzelne, andern Morgens wurden an die Partei Anträge auf ein gemeinsames Handeln von der Linken gebracht, welche kund gab, daß sie, getrennt von den Aeußersten ihrer Seite, entschlossen sei, an die gemäßigte Partei sich anzuschließen, wenn diese nur Hand in Hand mit ihr gehen wolle; sie sehe ein, daß sie für sich allein zwar Bewegung hervorrufen, aber nicht bewältigen und zu einem gedeihlichen Ende führen könne, daß sie vielmehr in solchem Falle nothwendig bald überrannt werden müsse von jener extremen Gruppe, während man, wenn die Gemäßigten mit ihr gingen, die Mittelklassen für sich haben und dadurch die Bewegung in eine zugleich gemessenere und erfolgreichere Bahn leiten werde. Die vom Nürnberger Hofe, nur sie, ließen sich gewinnen, jedoch auch nur so, daß sie zwar der Linken sich annäherten, allein eine mittlere Stellung zwischen dieser und den verlassenen Freunden einnahmen, welche zu ihnen etwa in dem Verhältniß standen wie zur gesammten Weidenbuschpartei Beckerath bei seinem Rücktritt gestanden hatte. Die Haltung und die politische Rechnung der neuen Schaukler war eine fast noch phantastischere und kuriosere als es die der letzteren in der letzten Zeit gewesen war. Sie wollten in Halballianz mit der halben Linken legal bleiben, doch auch Gewalt mit Gewalt abtreiben, wollten auch jetzt noch die Reichsverfassung durchführen, aus den Staaten, welche diese anerkannt, einen Kern bilden, mit deren Kräften den Aufruhr bändigen, die ordentliche Volkserhebung gegen die widerstrebenden und einschreitenden Regierungen unterstützen, diese zur Anerkennung der Reichsverfassung zwingen und zwar das Alles mit Gagern an der Spitze, den sie deshalb heftig bestürmten, und während dessen eigentlicher Anhang und intimste Freunde und Parteigänger die Sache aufgaben. Ihr am meisten bestimmender ehrenhafter Beweggrund war der, daß es nicht zu rechtfertigen sei, die Bewegung, nachdem man sie verursacht, sich selbst zu überlassen, doch erschien das Unternehmen, den — nur halb erkannten — Fehler durch eine bei der offenbaren Unzulänglichkeit der Kräfte und Mittel desperate Fortsetzung desselben einzubessern als ein todtgeborenes, als ein um

so verkehrteres, da so sichtlich die Bedingungen nicht vorhanden waren, von welchen sogar nach ihren eigenen Aussagen der Erfolg ihrer Politik abhing. Es mußte vergeblich sein und machte fast nur einen komischen Eindruck, wenn sie, wie es mehrfach geschah, über die letztere in pathetisch-schwungvoller Rede sich verbreiteten, entgegen den wider ihren Kalkul zeugenden Thatsachen, dem allgemein verwerfenden Urtheile, insbesondere dem Tadel ihrer bisherigen Parteigenossen und ihrer neuen Alliirten oder Halballiirten. Denn die gemäßigte Linke, mit welcher sie sich einließen, beschuldigte bald sie ebenso, wie sie die gesammte Weidenbuschpartei beschuldigt hatte, und das kam nun von allen Seiten, indem die vom Nürnberger Hofe in die Vorwürfe der Linken gegen die Weidenbuschmänner einstimmten und die äußerste Linke dieselben Vorwürfe gegen die gemäßigte erhob. (Anh. XXXII.)

Die neue Parteigestaltung bestimmte das Ergebniß der nächstfolgenden Sitzung am 10. Mai. Dieser präsidirte zu Anfange Bauer, der jedoch nicht wiedergewählt wurde, indem die Versammlung Simson, Reh und Eisenstuck zu Vorsitzenden ernannte. Zell hatte die Beschlüsse des rheinischen Städtetags eingereicht. Sie erhielten, womit die Sitzung eröffnet wurde, die Auszeichnung, vorgelesen und dem Druck übergeben zu werden. Sodann das Schreiben Gagern's, worin er die Entlassung des Ministeriums anzeigte. Der Vorsitzende wollte es dem Dreißigerausschusse zugewiesen wissen. Raveaux forderte, daß eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Deputation an den Erzherzog abgesendet werde, um ihn zu bitten seine Erklärung abzugeben, ob er unter den jetzt vorliegenden Umständen gesonnen sei, das Verfassungswerk durchzuführen oder nicht. L. Simon wollte, daß zuerst sein und Vogt's Antrag diskutirt werde. Er drängte Gagern heftig.*) Raveaux trat ihm bei. Gagern:

*) Die Errichtung des Verfassungswerkes sei gesetzlich von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen, deren Thätigkeit aufhöre, sobald die Verfassung vollendet und in Ausführung gebracht sei. Ausgeführt müsse sie werden. Wer es nun thun solle? Es wäre zu erwarten gewesen, daß in diesem kritischen Augenblicke die Männer zunächst ihre Meinung ausgesprochen hätten, welche vom März des vorigen Jahres an unter Bekämpfung aller anderer Richtungen die Bewegung an ihre Person geknüpft und einen Oesterreichischen Prinzen „nicht weil sondern obgleich“ hier an die Spitze gebracht. Er erinnerte an Gagern's Aeußerungen und Gelöbnisse vom 19. Mai 1848. Erscheine Gagern jetzt nicht auf der Tribüne,

er könne nicht begreifen, wie man sich wundern könne, daß er in diesem entscheidenden Momente nicht auf der Tribüne erscheine, die er nie gemieden; der Forderung, sein Programm mitzutheilen, könne er nicht entsprechen, wol aber erkenne er heute wie am ersten Tage als eine Nothwendigkeit an, daß die Nationalversammlung wie es geschehen die Verfassung endgültig abschließe, und er werde für die geeigneten Mittel, welche zum Ziele führen könnten, damit die Verfassung eine Wirklichkeit werde, mit einstehen.

Dann folgte die Debatte über den Antrag von Simon und Vogt, neben welchem noch mehrere, meist sehr excentrische Zusätze und Verbesserungsanträge vorlagen. Die Weidenbuschpartei brachte einen Antrag, den sie „wie ihr Testament" betrachtete und für welchen sie nicht einmal zu hoffen wagte, daß er auch nur zur Abstimmung kommen werde. Wichtig vor allen andern wurde ein von Reden eingegebener Antrag: „die Reichsversammlung beschließt: 1. Dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegen zu treten. 2. Neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volks und seiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgiltig beschlossenen Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen. Die provisorische Centralgewalt ist zur Ausführung dieser Beschlüsse aufzufordern." *)

---

trete er jetzt nicht voran, so sei dies eine Thatsache „die ich (L. Simon aus Trier) von hier aus dem Urtheil der Deutschen Geschichte übergebe."

*) Haym (III, 135) berichtet, die Partei des Weidenbusches habe diesen vor der Sitzung zum letzten Male, zu einer flüchtigen Besprechung betreten, und sei ohne Verständigung in die Sitzung gegangen, auch die zum Nürnberger Hofe sich Abzweigenden hätten sich über einen bestimmten Antrag nicht einigen können, die Geduld habe gefehlt gegenüber der Ungeduld der Linken den Gedanken einer Vertagung zu verfolgen, dem Zufall und der antragstellerischen Routine wären die Stimmen des Nürnberger Hofes und das Schicksal des Tages preisgegeben gewesen; Reden sei der Herostrat der Paulskirche geworden, habe das Ziel seiner Ambition in einem Augenblicke erreicht, wo der Majorität die politischen Gedanken ausgegangen, das gedankenlose Fabrikat Abnehmer finden können; die Linke habe den Vortheil der im Weidenbusch ausgebrochenen Spaltung sofort benutzt, die Stimmen des Nürnberger Hofes an sich zu ziehen, weßhalb sich Vogt und Simon dem Reden'schen Antrage angeschlossen hätten; während der ausschließend der Linken anheimfallenden Debatte habe seine Partei Zeit gehabt, den

Zimmermann war der einzige Redner. Er setzte Simon's Anlauf fort. Der Kampf der Deutschen Volkssache ist im Beginn; um aber zum endlichen Siege zu kommen, muß die Linke, muß das Deutsche Volk wissen, wie weit sie sich verlassen können auf den Reichsverweser und auf die Bundesgenossenschaft der andern Seite des Hauses, damit wir uns nicht in Unternehmungen einlassen, bei deren Beginn der Eine oder Andre oder vielleicht Beide uns im Stich lassen könnten. Ob Gagern und dessen Freunde bereit wären, in einem andern Sinne wie bei der Wahl des Reichsverwesers, nicht weil sondern obgleich? Die letzte Hoffnung des Deutschen Volkes klammere sich an energische Charaktere an; jenes habe ein gutes Gedächtniß und werde die Männer sich markiren, die für es handelten, so wie die, die es verließen. Grävell sprach einige bittre verhallende Worte, der Schluß wurde gefordert und angenommen, Vogt und Simon eigneten den Antrag Reden's sich an, dieser trat das Wort an Vogt ab. Vogt: „Sie sind an dem Punkte angelangt, den wir Ihnen seit Wochen vorausgesagt, wo es nicht mehr biegen kann sondern brechen muß; mit der Politik des Zögerns kann jetzt nur noch Alles verloren werden; die Schranken, die unserm Vorschreiten entgegenstehen, müssen jetzt nothwendig niedergeworfen, ein neues Ministerium könnte nur aus einer Mehrheit gebildet werden, die energischer zu handeln gedächte; der Träger der Centralgewalt

---

gemessensten Ausdruck ihrer Ansicht in einem sorgfältig redigirten Antrage zu suchen, und Waitz sei es gewesen, der dem Beseler'schen Werke die letzte Feile gegeben; auch Gagern habe seine Zustimmung ertheilt und in großer Zahl hätten die Mitglieder seiner Partei sich gedrängt, einen Antrag zu unterzeichnen, den sie wie das Testament der Partei betrachtet und der zur Abstimmung zu kommen keine Aussicht gehabt. — Die Centralgewalt sollte nach dem die Summe der politischen Weisheit des Weidenbusches enthaltenden Antrage aufgefordert werden, 1. jeder Störung des Reichsfriedens, von woher sie auch komme, zu begegnen, uud demgemäß einen gewaltsamen Angriff gegen die Regierungen mit aller Kraft zurückzuweisen, und die gestörte Ordnung wieder herzustellen, dagegen aber auch zur Vermittelung dauernden Friedenszustandes, mit gleicher Kraft und allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf zu dringen, daß dem gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen in Bezug auf die Anerkennung der Reichsverfassung die ihm gebührende Geltung nicht länger verweigert werde; 2. jedem Eingriff von Seiten eines Einzelstaates in die Befugnisse der Centralgewalt, namentlich auch dem militärischen Einschreiten eines Staates in andere Deutsche Staaten ohne Autorisation der Centralgewalt mit Entschiedenheit entgegenzutreten."

würde ein solches Ministerium nicht annehmen, er kann nur eins nehmen, das mit ihm Hand in Hand gehen und feindlich gegen die Versammlung auftreten wird, also muß diese ein letztes Wort sprechen und sagen: entweder wird ein Ministerium gebildet, das mit Genehmigung des Reichsverwesers die heute zu fassenden Beschlüsse ausführt, oder die Centralgewalt wird selbst von uns, ihren Schöpfern, zerbrochen. Die Reichskommissäre in Sachsen und Preußen haben nichts gethan, nur bewiesen wie die Resultate ausfallen, wenn man sich mit unfähigen Subjekten umgiebt, die auf einem andern Boden stehen." Die Linke und die Gallerien jauchzten stürmischen Beifall; der Vorsitzende (Reh) machte sie höflich aufmerksam auf die Geschäftsordnung. Vogt: „Mit Subjekten, die im Momente der Gefahr nichts zu thun wissen als den Rücken zu biegen und zu scherwenzeln." Seine weitre Kritik des dem Bunde und den Anstalten der Regierungen gegenüber völlig nutzlosen Antrags und der in Halbheiten sich bewegenden Politik der Gagern'schen Partei war treffend genug, allein wenn diese fühlte, daß er nur zu sehr Recht darin hatte, so mußte es ihm doch, da sie so beträchtlich sowol ernüchtert als gebeugt war, um so mehr mißlingen sie zu überzeugen, daß die excentrische Bahn zum Ziele führen werde, in welche er sie hereinzureißen suchte. Er schloß mit einer an sie gerichteten Apostrophe, im letzten entscheidenden Momente Männer zu sein, sie saß stumm da, Keiner aus ihr folgte ihm auf die Tribüne, die Linke rief nach dem Schluß, der Reden'sche Antrag wurde in Folge der Vereinigung der Fraktion im Nürnberger Hofe mit der Linken von 188 gegen 147 angenommen. Die Centralkorrespondenz sagte in einer ihrer nächsten Nummern: „die bisherige Centrenmajorität — nach welcher das Ministerium Brandenburg sich noch zurücksehnen werde, so hoch würden die Wellen der Volksbewegung gehen — ist nun zersprengt und wird sich nicht wieder bilden." Die Geschichte des Vaterlandes dürfte dies Resultat zu bedauern haben, es sei den Nürnbergern zu verdanken, den Urhebern des Reden'schen Antrags, die damit den unglücklichen Austritt einer beträchtlichen Anzahl von Mitgliedern der Centren und der Rechten verschuldet und Mißtrauen bei den bisherigen Parteigenossen erzeugt hätten.*) Als die Abstimmung

*) „Wunder hat es uns genommen, daß bei den Verhandlungen im Schooße der früheren Majorität derselbe nicht vorgebracht und vertheidigt worden ist, daß sich die Mitglieder des Nürnberger Hofes, welche bis dahin wiederholt erklärten der Partei der Weidenbuschmajorität noch anzugehören und auch

erfolgt war, kam ein dringlicher Antrag von Umbscheiden und Raveaux an die Reihe, eine Deputation an den Erzherzog abzusenden, die Erwiederung desselben auf die Frage entgegenzunehmen, ob er zum sofortigen Vollzuge der gefaßten Beschlüsse bereit sei, und bis zum Eintreffen der Antwort die Versammlung für permanent zu erklären. Die gewöhnliche Abstimmung über die Dringlichkeit war zweifelhaft, die darauf durch Zettel folgende ergab 169 gegen 162. Biedermann erinnerte, daß man sich doch möglichst in den Formen bewegen möge, die von der andern Seite mit Recht geltend gemacht werden könnten; die Ausführung der Beschlüsse sei nicht von der Person des Reichsverwesers zu verlangen, von welchem nur die sofortige Ernennung eines Ministeriums gefordert werden könne, das die Beschlüsse ausführen wolle. Umbscheiden entgegnete, das wäre wol ganz richtig nach dem Gesetz und konstitutionellen Princip, allein wenn man danach gehen wollte, so würde das Vaterland zu Grunde gehen und sein Antrag zu einer Komödie werden u. dgl. Es kamen Verbesserungsanträge: den Erzherzog zu ersuchen „noch heute", „sobald als möglich" ein Ministerium zu ernennen. Umbscheiden und Raveaux zogen ihren Antrag zurück. Die Versammlung beschloß: „dem Erzherzog Reichsverweser durch eine aus ihrer Mitte zu erwählende Deputation von 12 Mitgliedern durch abschriftliche

an jenem Abende zum Theil anwesend waren, sich völlig schweigend verhalten, ja nicht einmal erklärt haben, daß sie dem Majoritätsbeschlusse der Partei in keinem Falle beitreten würden. Statt dessen haben sie die eigene Partei am andern Tage durch die Einbringung des von Reden'schen Antrages überrascht und durch die Durchbringung desselben gespalten, ein Resultat, welches die Bildung ihres Vereines freilich vom ersten Augenblicke an voraussehen ließ. Der nächste Erfolg war der Austritt einer erheblichen Anzahl von Mitgliedern der Rechten und äußersten Rechten. So wenig wir diesen Austritt billigen können und so sehr wir es geltend machen müssen, daß gerade im jetzigen Augenblick der Ernst der Verhältnisse und die gefährdeten Interessen des Vaterlandes jeden Vertreter des Deutschen Volkes fester als je an Amt und Pflicht binden sollten, so wenig läßt sich doch leugnen, daß bei einer anderen, offneren und, wenn wir so sagen dürfen, loyaleren Behandlungsweise jenes Antrages, derselbe ohne die Herbeiführung eines solchen bedauernswerthen Resultates hätte angenommen werden können. Eine zweite fast noch bedauerlichere Folge jenes Verfahrens ist ein gewisses Mißtrauen, welches bei dem Theile der Majorität, welche dem von Reden'schen Antrage nicht beigestimmt hat, sich gegen die früheren Gesinnungsgenossen, welche sich von ihnen getrennt haben, einzuschleichen und jedes Verständniß zu verhindern droht."

Zustellung von dem eben gefaßten Beschlusse Kenntniß zu geben. Die Deputation hat den Erzherzog Reichsverweser um Antwort auf die Frage zu ersuchen, ob er geneigt sei, in Anbetracht der dringlichen Sachlage, sobald als irgend möglich ein Ministerium zu bilden, welches sich der Ausführung der beschlossenen Maßnahmen unterzieht. Bis zur erfolgten Antwort bleibt die heutige Sitzung permanent. Die Wahl der Deputirten erfolgt durch das Büreau." Letzteres ernannte: Löwe, Raveaux, L. Simon, Zell, Kirchgeßner, v. Reden, Hollandt, Claussen, Hallbauer, Rößler von Wien, Eckert von Bromberg, Jucho.

Als die Deputation beschlossen wurde, veranlaßte Detmold Bally, sich zum Erzherzoge zu begeben und demselben seine Ansichten mitzutheilen, denen gemäß der Erzherzog auch verfuhr. Das Eingreifen Detmold's nahm damit seinen Anfang. Die Gassen hatten sich stark gefüllt. Als die Deputation das Hotel des Reichsverwesers betreten hatte, wurde an dem Thurn- und Taxis'schen Palais von einer Abtheilung Oesterreicher unter Kommando eines Offiziers und unter eigener Leitung des Stadtkommandanten die Eschenheimergasse für größere Haufen abgesperrt. Einzelne Fußgänger und Wagen wurden indeß unbehindert durchgelassen, und die Maßregel hörte auf, sobald die Deputation den Rückweg angetreten. Die Wache an der Paulskirche war bedeutend verstärkt. Gegen 5 Uhr kehrte die Deputation zurück. Raveaux berichtete. Der Erzherzog, wie Haym (III, 139) sagt, war der Botschaft mit klugem Anstande begegnet, hatte die Haltung des Soldaten angenommen, sich streng innerhalb der Grenzen seines konstitutionellen Rechtes behauptet. Er hatte alles Andringen abgewiesen, indem er erklärt, er stehe gesetzlich in direkter Beziehung zur Nationalversammlung nicht, werde ein geeignetes Ministerium ernennen, durch dieses seine Antwort mittheilen, Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten, nach seinen Ueberzeugungen handeln; eine bestimmte Antwort auf die Frage zu geben, bis wann das Ministerium spätestens ernannt sein könne, hatte er abgelehnt, und in höflichen Formen die Deputation wiederholt bedeutet, daß sie ihre Audienz als beendet ansehen möge. Der Anhörung des Berichts folgten sogleich mehrere sehr charakteristische dringliche Anträge.*) Sogar L. Simon sah

*) Die Antwort des Reichsverwesers dem Dreißigerausschusse zu übergeben, der andern Tags zu berichten, bis dahin in Permanenz zu bleiben und provisorisch diejenigen Beschlüsse zu fassen und in Vollzug zu setzen habe,

jedoch ein, daß die Versammlung nicht in der Lage sei, aus der großen Zahl der Anträge mit Ruhe und Würde sofort den herauszufinden, der die Majorität, die sich heute gebildet, für sich haben würde; er sprach sich deßhalb dafür aus, daß sämmtliche Anträge dem Ausschusse übergeben würden, der dann andern Vormittags zu berichten habe. Wedekind verwendete sich vergebens für die Annahme seines Antrags, der bestimmt sei, den Erzherzog aus seinem Dilemma zu befreien und den leichtesten Ausweg biete, das ganze Verfahren der Versammlung in den Weg einzuleiten, der durch den Beschluß vom 4. Mai vorgezeichnet sei, wonach, solange Preußen die Verfassung nicht anerkannt habe, das Oberhaupt eines anderen Staates als Reichsstatthalter in die Rechte und Pflichten desselben eintreten solle. Simon's Vorschlag wurde genehmigt. Als es geschehen brachten Schlöffel, Titus, Hoffbauer und Andere den dringlichen Antrag: „in Erwägung, daß im gegenwärtigen Augenblicke eine Behörde zur Ausführung der endgültig beschlossenen Verfassung dringend nothwendig; daß der Erzherzog-Reichsverweser nach seiner heutigen Erklärung hierzu nicht bereit ist, erklärt die deutsche konstituirende Nationalversammlung: den Reichsverweser Erzherzog Johann als Feind des Deutschen Volks und beschließt: dessen Entsetzung von der Würde als Reichsverweser, und an dessen Stelle die Ernennung eines der Nationalversammlung verantwortlichen provisorischen Vollziehungsausschusses von fünf Mitgliedern." Viele Stimmen hatten die Vorlesung mit „Pfui!" und „Zur Ordnung!" unterbrochen. Reh stellte einfach die Frage der Dringlichkeit, die jedoch nur von Wenigen bejaht wurde. Damit schloß die Sitzung.

Man hatte und erhielt stündlich neue Nachrichten über Unruhen

---

welche nach Lage der Sache nothwendig werden könnten (Spatz und Genossen); den Dreißigerausschuß zu ermächtigen, Falls der Reichsverweser nicht binnen drei Stunden ein zur Ausführung des gefaßten Beschlusses bereites Ministerium ernenne, sich der Ausführung des letztern auf so lange zu unterziehen, bis ein solches Ministerium ernannt sei (Goltz); die am 28. März bedingt eingegebene Resignation des Reichsverwesers anzunehmen und auf den folgenden Tag die Wahl eines neuen anzuberaumen (Wedekind); fünf Mitglieder zu wählen, die, so lange kein neues Ministerium ernannt worden, für die Ausführung der Beschlüsse zu sorgen hätten und die Nationalversammlung und die Verfassung unter den Schutz des Deutschen Volkes in und außer der Armee zu stellen (Wesendonck); die Antwort des Reichsverwesers an den Ausschuß zu verweisen, der bis 9 Uhr andern Tags zu berichten habe (Soiron).

und Ausschreitungen an hundert Orten, sie wurden gebracht mit den üblichen Uebertreibungen und im aufregenden Tone, das Heidelberger Organ der Gagern'schen Partei spielte dabei die bisherige Rolle fort. In Frankfurt nahm der Zustand ein noch unheimlicheres Aussehen an. Die in der Stadt befindlichen Reichstruppen erhielten den Befehl, die Wachen und Posten sollten allen Nichtmilitärs, welche außerhalb ihrer Wohnungen bewaffnet erschienen, die Waffen abnehmen, auch auf den Straßen keinerlei rothe Kopfbedeckungen, Federn und ähnliche Abzeichen dulden. Es wurden gegenüber sichtlichen, natürlich abgeläugneten Präparationen eines Putsches einige militärische Vorkehrungen getroffen. Der Rücktritt Gagern's und der Beschluß vom 10. warf die Wucht des Hasses auf den Erzherzog. Sein Haus mußte eine starke Militärwache erhalten. Sprengung der Centralgewalt und Einsetzung einer provisorischen Regierung war so sehr die Parole der Linken, daß sie auch auf den Gassen gehört wurde. Zum Zeichen wie jener Beschluß ausgelegt wurde, drückten Volkshaufen laut ihre Freude aus, daß in der Paulskirche endlich die Republik proklamirt sei.*)

*) Die D. Z. sparte Extrablätter zur Verbreitung der allarmirendsten Nachrichten und die manchfachen schlechten Aufregungsmittel nicht. Die Festung Landau befinde sich nach Verkündung durch Estafette in den Händen des „Volks"; die Bairischen Abgeordneten hätten die nachstehende glorreiche Proklamation an das Bairische Volk (das Machwerk war von Niemand unterschrieben) erlassen; alsbald würden die Waffenübungen der Frankfurter Stadtwehr beginnen und mit Nachdruck fortgesetzt werden; Eisenstuck sei in seiner Eigenschaft als Reichskommissär „ein wenig" aus der Rolle gefallen und deßhalb abberufen; Abtheilungen von Reichstruppen hätten patrouillirt und zum Erstaunen der Anwohner bivouakirt, während doch die Ruhe in den Straßen noch tiefer als gewöhnlich gewesen sei; man möge nur ja beharren, der Beschluß sei wol ein wenig voreilig gewesen, wie denn jede große Versammlung in aufgeregter Zeit Beschlüsse, die besser unterblieben, fasse, allein ängstliche Seelen machten zu viel Wesens davon; eine glückliche Wendung der Dinge sei wol näher als man glaube, der König von Preußen gedenke „dem Vaterlande durch Entsagung zu dienen," die Regierung seinem Bruder zu übergeben, der die Oberhauptswürde mit der Reichsverfassung annehmen werde u. s. f. Im Juni, als die D. Z. dem Bündniß und der Verfassung vom Mai das Wort zu reden anfing, urtheilte sie über die Beschlüsse vom 4. bis 10. Mai, die Nationalversammlung habe dadurch den Weg verlassen, auf welchem vielleicht doch bei muthigem Beharren noch eine befriedigende Lösung zu finden gewesen wäre; es hätte der Abberufung der Deputirten nicht bedurft, um die Auflösung der Versammlung zu bewir-

Die Gagern'sche Partei dachte nun ernstlich auf den Rückzug. Haym gesteht, Einige von ihr wären schon vorhin nicht sowol ausgeschieden als davongegangen. Seit dem 4. und den Nachrichten über den Dresdener Aufstand, wodurch der Meisten sich Muthlosigkeit bemächtigt, und seit der Aussicht auf Abberufung durch die Regierungen war in den Klubs der Centren die Frage des Austritts unaufhörlich erörtert, jedoch war immer noch gegen denselben entschieden. Am Nachmittage des 10. erörterte eine Kommission die Frage. Am Abend wurde darüber im Kasino verhandelt. Besonders Dahlmann erklärte sich gegen den Austritt. Es wurde beschlossen, ihn noch zu verschieben und dann so zu bewerkstelligen, daß sich noch eine Erreichung daran knüpfe, daß er als ein politischer Akt erscheine, und, da alle Schuld des Mißlingens auf Preußen falle, das Odium auf dessen absolutistisch gesinnte Regierung zu werfen, weßhalb besonders die Preußen nicht vor einem Gesammtbeschluß austreten dürften. Haym's Bericht über die Debatte veranschaulicht sehr treffend die Verlegenheiten, die Verzagtheit und den Trotz, die Selbstgefälligkeit, die noch immer fortdauernde und unsägliche Befangenheit der Politiker des Kasino in den handgreiflichsten Irrungen. Die Korrespondenz sagte anderen Tags: Wir bekennen, unsre Hoffnung für die Durchführung der Verfassung im gegenwärtigen Momente ist vernichtet. Sie warf die Schuld auf die Ablehnung des Königs von Preußen, die schwachsinnige Preußische Regierung, Radowitz' Verrath, die Ausartung der Volksbewegung, den Erzherzog wegen seiner Weigerung, den Reden'schen Antrag, womit das Verfassungswerk ihren Händen entschlüpft und in andre weder hinlänglich geschickte noch kräftige übergegangen, eine abschüssige Bahn betreten sei, worauf es keinen Halt mehr gebe. Die Kasinomänner, deren hinlänglich geschickten und kräftigen Händen das Verfassungswerk nun freilich entschlüpft war, die es dahin gebracht oder doch kommen lassen, die sich thatlos verhalten, stumm dagesessen, hatten in Allem Recht gehabt; ihre Politik, Preußen zu gewinnen oder zu nöthigen „unter Anwendung des sanften Mittels des Zauderns und Zeitgebens und des keckeren und stärkeren der legalen Agitation" — Mittel die nur „wirkungslos" geblieben — war die vollkommen richtige gewesen; sie würden damit obgesiegt haben, wenn sie in ihrer bisherigen Haltung, wozu Gagern's

ken; sie hatte durch jene Beschlüsse ihr Fortbestehen, sofern dasselbe nicht geradezu der Anhaltspunkt der Revolution werden sollte, unmöglich gemacht.

Programm dienen sollen, nur noch eine Zeit lang „vor der Nation hätten verharren können", wenn diese nicht, statt der Durchführung der Reichsverfassung sich anzunehmen, „in einen Gegensatz für und wider auseinander gegangen", wenn die Bewegung nicht über das angezeigte Ziel hinausgeschossen, sondern nur gerade bis an dasselbe gegangen wäre. Die Korrespondenz schloß ihr Rückzugsgeläute: „Vorzeitig wollen schon heute viele der Centren die Versammlung verlassen. Die Majorität wird fortan an die Weisheit der Linken gebunden sein, die Politik der Centren kann nur noch darin bestehen, die Versammlung, sobald sie zum Werkzeuge der Anarchie geworden, möglichst unschädlich und unwirksam zu machen; ja der Augenblick dürfte nicht fern sein, wo dies am wirksamsten durch einen gemeinsamen Austritt geschehen würde." Sie fügte die Versicherung hinzu, die Partei werde ihn zu berechnen wissen und „nicht versäumen". Die sämmtlichen Organe der Partei boten alle Beredtsamkeit auf, die Flucht der Einzelnen zu verhindern. Die Korrespondenz bemühete sich deshalb in den nächsten Tagen, den Beschluß vom 10. in ein möglichst günstiges Licht zu rücken, und verband damit um so beflissener Belobung und Vertheidigung ihrer Partei, je lauter und häufiger Tadel derselben sich erhob.*)

---

*) „Der Beschluß vom 10. Mai, bei welchem wir übrigens das Unlogische, ja Lächerliche der Erwägungsgründe und das wenigstens Verfehlte, Unklare und Renommistische im Ausdrucke des Beschlusses selbst keineswegs verkennen, und den wir nur der Eitelkeit des Herrn v. Reden verdanken, welcher seinen Antrag ohne Vorwissen und gegen den Willen seiner politischen Freunde einbrachte, und dadurch, indem eine Zersplitterung der Stimmen zu besorgen war, das Einbringen eines anderen Antrags, den seine Gesinnungsgenossen vorbereitet hatten, verhinderte, dieser Beschluß also will allerdings ein entschiedenes Handeln, einen kräftigen Widerstand gegen die gewaltsamen Eingriffe von anderer Seite, so weit die Mittel reichen; aber er verlangt, wie wir ihn verstehen, durchaus keine Ungesetzlichkeiten." Der Hauptunterschied der beiden Seiten der erbkaiserlichen Partei liege nur in der verschiedenen Ansicht über die Rechtlichkeit und Möglichkeit von Mitteln zur Durchführung der Reichsverfassung gegenüber dem Preußischen Absolutismus, der die Sächsische Regierung bewogen, dem Willen und der Vernunft des ganzen Sächsischen Volkes ihren Eigenwillen, der nothwendigen Entwickelung der Geschichte ihre Willkür entgegenzusetzen und der dadurch einen blutigen Bürgerkrieg herbeigeführt habe. „Ueber den Werth des materiellen Inhalts jenes Beschlusses sind, wie schon gesagt, die Mitglieder der erbkaiserlichen Partei selbst verschiedener Ansicht. Aber das wird Niemand in Deutschland dieser Partei in allen ihren verschiedenen Richtungen abstreiten können, daß sie stets,

Nach der Darstellung eines Erbkaiserlichen des Nürnberger Hofes in der Allgemeinen Zeitung stimmte diese Fraktion für den Reden'schen Antrag nicht sowol weil sie ihn für gut hielt — sie habe vielmehr sehr wohl das Ungeschickte und zum Theil Widersprechende seiner Fassung (seine Unausführbarkeit ist nicht erwähnt) erkannt —, als vielmehr weil sie weder für den Antrag des Weidenbusches nach den damit vorgenommenen Umwandlungen, noch für den Vogt-Simon'schen stimmen können, der auch die anarchischen Elemente habe in Schutz genommen wissen wollen und dessen Zurücknahme sie bewirkt, während der Antrag des Weidenbusches dasselbe nur abgeschwächt und so enthalten, daß man sich über die Konsequenzen leichter habe täuschen können. Reden selbst vertheidigte sich in der Deutschen Zeitung. Auch Riesser hat sich mit einer Erklärung und Rechtfertigung der Zehntemai-Politik, woran er beträchtlichen Antheil hatte, bemüht. (Anh. XXXII.)

Die im Nürnberger Hofe hatten bei ihrer Zustimmung zu dem Reden'schen Antrage darauf gerechnet, daß es ihnen noch gelingen würde, Gagern und mit ihm den Weidenbusch auf ihren Weg zu ziehen. Sogleich nach der Sitzung am 10. unterhandelten vier Mitglieder der Fraktion mit ihm über den abenteuerlichen Vorschlag, die Sache in seine Hand zu nehmen und mit Wurm und Riesser und Biedermann und Vogt und Simon der Reichsverfassung das Reich zu erobern, während die Zuletztgenannten „plump genug waren" ganz offen zu sagen, daß sie ihn nicht als Haupt anerkennen sondern nur als Werkzeug benutzen würden, und während die Ersteren auch dadurch als Politiker sich kennzeichneten, daß sie trotzdem mit ihrem Projekte umgingen. Gagern schwankte. Haym beschreibt es mit Pathos. Schließlich machte „die lange Spannung, womit er den Gang der Dinge verfolgt hatte, mit einiger Heftigkeit der Ueberzeugung Platz,

---

und oft mit Verläugnung ihrer erregten Gefühle, redlich bemüht gewesen ist, eine feste und starke Einheit Deutschlands (nach ihrem untrüglichen Schema) auf dem Wege friedlicher Reform (mit Revolutionsdrohung u. dgl. verbunden) zu schaffen. Gelingt dies nicht, wie es (der nothwendigen Entwickelung der Geschichte zum Trotz) gegenwärtig scheint, facht der Egoismus der Regierungen den im Verlöschen begriffenen Funken der allgemeinen Abneigung gegen dieselben von Neuem an, führt er durch die Reaktion, welche er über unser Vaterland bringt, dem Republikanismus neue und gute Kräfte zu: so wird die Geschichte einst darüber richten, wem die Schuld an dem dann unvermeidlichen Ausbruch einer neuen, blutigen Umwälzung zuzuschreiben ist."

daß das Spiel verloren sei; seine Gewissenhaftigkeit und sein Patriotismus entrichtete der Größe seiner Entscheidung einen gerechten Tribut; sein Entschluß der Weigerung war weise, und trotz aller Versuchungen nicht mehr zu erschüttern". Abends im Kasino erklärte Riesser, wie seine Fraktion gehofft und wie es nun scheine, daß sie in ihrer Voraussetzung geirrt habe. Indeß gab sie ihre Hoffnung auf Gagern und dessen Diktatorschaft noch nicht gänzlich auf und wir werden unten sehen, daß auch das Schwanken Gagern's noch nicht völlig sein Ende erreicht hatte. (Anh. XXXII.)

Die Nürnberger erkannten, daß die Bewegung nur Aussicht habe, wenn der Mittelstand sich energisch bei ihr betheilige und wenn sie sich nicht hier überstürze, dort zurückbleibe. Sie meinten das durch die Nationalversammlung ausrichten zu können, suchten die Linke zu bewegen, nicht einseitig zu schüren, sondern die unteren Klassen von Ausschreitungen zurückzuhalten und zu bestimmen, die Bahn zu verfolgen, auf welcher die Mittelklassen ihnen vorangehen würden. Sie unterhandelten mit Gagern lange und wiederholt wegen dessen Betheiligung bei dem Plane. Die Unterhandlungen führten zu keinem Resultat. Einige Mal schien er fast entschlossen, die ihm zugedachte Rolle zu übernehmen, allein bald traten wieder seine Bedenken in voller Kraft hervor, bis er zuletzt entschieden weigerte. So der Historiograph des Nürnberger Hofs. Er meint, die Gründe hätten darin gelegen, daß Gagern zu einseitigen Widerwillen gegen die Linke wegen der unreinen Elemente in derselben gehegt, daß er besorgt habe, die gegen Preußen gerichtete Bewegung werde das Preußische Kaiserthum vollends unmöglich machen, daß er seiner Kraft mißtraut, daß er noch immer an die Möglichkeit einer gütlichen Verständigung mit Preußen und einer friedlichen Lösung geglaubt habe. Nicht an der Gerechtigkeit des Kampfes habe er gezweifelt, mehrfache Aeußerungen von ihm hätten darauf hingedeutet, daß er selbst eine neue Revolution für gerechtfertigt und nothwendig gehalten, nur habe er nicht an die innere Berechtigung dieser Bewegung und einen günstigen Ausgang derselben geglaubt.

Jene Aeußerungen sind sehr wahrscheinlich. Er hatte Aehnliches nach seiner Rückkehr aus Berlin geäußert. Noch vor der Sitzung am 15. muß er sich wenigstens schwankend, die Hoffnung auf ihn nicht abschneidend, geäußert haben. Biedermann hätte sonst den Antrag, den er in jener Sitzung einbrachte (S. unten), nicht wol stellen können. Die vom Nürnberger Hofe wußten sehr wohl,

daß „seine Führerschaft die Lebensbedingung ihres eigenen Mitgehens" war. Freilich kann sie seine Ernennung zum Reichsstatthalter betrieben haben trotz seiner Abgeneigtheit, so wie er die Wahl des Preußischen Königs betrieb. Von Zell hörte man sagen, Gagern habe bei den Verhandlungen einst, oder zuletzt, ausgerufen: „Ich passe dazu nicht, aber gebt mir eine Flinte und stellt mich auf die Barrikade."

Der Gedanke, daß der Reichsverweser zu entfernen sei, beschäftigte die Linke und die Gagern'sche Partei seit Wochen. Sie konnten nicht zur Einigung, zum Entschluß kommen, über den Zeitpunkt, die Art und Weise, das an die Stelle zu Setzende. Biedermann's Antrag war Folge eines verspäteten Entschlusses ohne gehörige Vereinbarung aller in Betracht kommenden Faktoren. Gagern hielt besonders zurück, daß die Linke zwar seiner Führerschaft sich unterordnen zu wollen erklärte, allein daneben forderte, daß er auch „mitgehen", d. h. nach ihrem Sinne führen sollte.

Zeichen der Auflösung (auch im Dreißigerausschuß). — Die Nationalversammlung am 11. und 12. Mai (Verhandlungen über Beeidigung auf die Reichsverfassung, Beschlüsse über Absendung von Reichskommissären nach Franken und Verpflichtung der bewaffneten Macht auf die Reichsverfassung). — Zustände und Verhalten der Gagern'schen Partei.

Vor der Sitzung am 11. Mai brachten Mitglieder des Dreißigerausschusses aus dessen Sitzung die Kunde von der Annahme eines nach den Umständen mäßigen Antrags in eine Kasinoversammlung; denn auch in den Ausschuß war die Auflösung eingedrungen. Waitz, Droysen, Wernher, Fischer, Stahl, Plattner hatten soeben ihren Austritt angekündigt, Andere waren, ermüdet und muthlos, nahe daran es zu thun. Die im Kasino Versammelten erwarteten die Annahme der Mehrheitsanträge des Ausschusses und sodann ein noch weiteres Ausschreiten. Gagern sagte zu denen, die ihn in die Sitzung begleiteten, „ich glaube, dies wird unsere letzte Sitzung sein". Die Weidenbuschmehrheit hatte eingestandenermaßen keinen politischen Gedanken mehr, der sie hätte flott machen können; allein der Nürnberger Hof hatte keine Eile, auf der soeben beschrittenen Bahn vorwärts zu gehen und mußte zuvor versuchen, Gagern und den Weidenbusch wieder mit sich zu vereinigen; die Linke, welche ihrerseits noch einen „politischen Gedanken", freilich nur einen ähnlichen und keinen gescheidteren hatte, als der letzte der Erbkaiserlichen gewesen war — sie wollte sich auf die Bewegung im Südwesten stützen, hier den Republikanismus feststellen, von hier aus den Norden für letzteren erobern — die Linke erschrak, als sie

plötzlich freies Feld zu allen ihren Handlungen vor sich erblickte, mäßigte nun ihrerseits den Ungestüm, als sie von Phrasen zu Handlungen schreiten, ihre Politik von der Tribüne auf den wirklichen Kampfplatz verlegen sollte, hatte die äußerste Linke zu zügeln, auf den Nürnberger Hof zu warten. So gerieth dicht vor den weit geöffneten Pforten der Revolution — vor dem wirklichen Eintreten in die Konvent- und Wohlfahrtsausschußrolle — Alles in Stocken, was einige noch zurückgebliebene Großdeutsche, deren Wortführer Hermann wurde, zu einem nochmaligen Hervortreten veranlaßte. (Haym III, 147.)

Reh eröffnete die Sitzung mit der niederschlagenden Anzeige, daß Simson resignirt habe. Es folgte Mittheilung von Zuschriften und Adressen aus Würtemberg u. s. w. Sie brachten Aufforderungen und Motive zum Beharren und Vorschreiten auf der betretenen Bahn, waren also jetzt nur geeignet, die peinliche Verlegenheit der Erbkaiserlichen zu vergrößern. Mit dem Beschlusse des vorigen Tags hatte die Versammlung die Bahn der Revolution betreten oder eine Renommisterei begangen. Eine solche war er auf Seiten der Centrenmänner gewesen, die zu ihm mitgewirkt, und schon war ihnen wegen desselben bange geworden. Insbesondere die Preußen fühlten, daß er in ihrer Heimath der Nationalversammlung alle Zuneigung entziehen, die Regierung noch mehr wider jene in Harnisch bringen und ihr ihre Maßregeln erleichtern würde. Sie hatten nur die Wahl, Theil zu nehmen an letzten verzweifelten Schritten, denen sie nicht trauten, oder, wenn die Abberufung nicht kam, die wol von den Meisten in der Stille als Wohlthat ersehnt wurde, davon zu gehen oder zu schleichen. Und es hatte schon angefangen, daß Manche das Letztere erwählten. Die Geschäftsordnung führte weiter die Anzeige von Austrittserklärungen mehrerer Weidenbuschmitglieder herbei. Fr. v. Raumer, Scheller, Stavenhagen u. A. legten ihr Mandat nieder, „weil die friedlichen und gesetzlichen Mittel erschöpft wären und weil sie sich nicht berufen erachten könnten, gewaltsame Mittel hervorzurufen, dergleichen am vorigen Tage beschlossen worden“. Zimmermann von Spandow, Langerfeldt, Zell verlangten die Einberufung der Stellvertreter. Das Ministerium könne die erforderlichen Schritte thun, da es die laufenden Geschäfte zu besorgen habe, noch immer verantwortlich sei, auch für die militärischen Kräfte, die verwendet würden, während es interimistisch im Amte. Reh hatte verstanden, daß die Minister

definitiv abgetreten seien. Gagern: sie wären noch immer verantwortlich für Alles, was unter ihrer Gegenzeichnung geschehe oder nicht geschehe. Reh erklärte, der Forderung nachkommen zu wollen. Sodann die Ausschußanträge. Die Ausschußmehrheit beantragte zu beschließen: „1) die Mitglieder der Nationalversammlung schwören in einer zu diesem Zwecke anzuberaumenden feierlichen Sitzung den Eid auf die Reichsverfassung; 2) den Reichsverweser aufzufordern, die Verfassung ebenfalls zu beschwören; 3) die Deutschen Regierungen aufzufordern, die Beamten, Militär und Bürgerwehr sofort auf die Reichsverfassung und die sie durchführende Reichsgewalt beeidigen zu lassen; 4) diejenigen Deutschen Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, aufzufordern, ihre bewaffnete Macht zum Behuf der Bildung eines Reichsheeres der Nationalversammlung zur Verfügung zu stellen; 5) eine neue Deputation von zwölf Mitgliedern, welche das Bureau bezeichnet, zu beauftragen, sich sofort zum Reichsverweser zu begeben, und die Antwort auf die Frage entgegenzunehmen, ob nunmehr das neue Ministerium gebildet sei. — Die Nationalversammlung gewärtigt in permanenter Sitzung die Berichterstattung der Deputation, um dann weiter zu beschließen, was der Lage der Sache angemessen ist." Die Minderheit beantragte durch ihren Berichterstatter Wernher den Uebergang zur motivirten Tagesordnung. Hermann's Antrag konnte die Bedeutung eines Parteivorschlags nicht wohl haben. (Anh. XXXIII.)

Eisenmann eröffnete die Debatte. Er bekämpfte die Mehrheitsanträge, doch auch Thatlosigkeit und nur wortmachende Beschlüsse. „Die Nationalversammlung muß sich vor Allem mit der Centralgewalt wieder ins Reine setzen, und ist dies unmöglich, aus den Fürsten, welche die Verfassung anerkannt haben, einen provisorischen Statthalter wählen." Ueber die sich Davonschleichenden sagte er die empfindlichsten Dinge.*) Nach ihm Welcker. Er sprach gegen einzelne Anträge, weil die Nationalversammlung die Revolution nicht

---

*) „Es muß einen höchst traurigen Eindruck machen, wenn gerade die Mitglieder derjenigen Fraktion, die durch ihre Beschlüsse dazu beigetragen haben, die Verlegenheit in der wir uns befinden herbeizuführen, jetzt sich schaarenweis entfernen, wo es gilt die Beschlüsse geltend zu machen — ein sehr unmännliches Verhalten. (Am 13. erinnerte die C.=K. an Eisenmann's Aeußerungen, indem sie ihnen Recht gab.) Wir haben wiederholt aufmerksam darauf gemacht, welche Folgen der Deutsche Kaiser haben wird, sie sind eingetroffen, nehmen Sie hin, was Sie gesät haben" u. s. f.

anfangen sondern nur Nothwehr gegen sie üben dürfe, weil es nicht angehe, sämmtliche Heere unmittelbar unter die Nationalversammlung zu stellen. Sonst aber äußerte er sich genau so wie er es in seiner ganzen jüngsten Periode gethan. „Wenn nur die zur Vertheidigung der Verfassung Berufenen sie nicht im Stich lassen, so ist sie fest, fester als die fürstlichen Throne; zurückgedrängt, würde sie nur immer wieder und wieder kommen wie die Cortesverfassung; Wehe dann den Thronen, gegen welche in ihrem Namen gekämpft werden muß" u. s. f. Er hatte kurz zuvor für seine Person einen schlagenden Beweis erhalten, wie es mit jenen Berufenen und wie es sonst in der Wirklichkeit und namentlich im Lande Baden stand. Er mußte wissen, wie dort die Regierung, ja alle bürgerliche Ordnung bedrängt wurden von Aufrührern, die die Reichsverfassung vorwendeten, um sie demnächst in den Koth zu treten. Am 9. war der altliberale Volksmann in Heidelberg von den Einen beschimpft, von den Anderen im Stich gelassen. Waitz erklärte, Niemand stehe ihm und seinen Freunden in Liebe, Anhänglichkeit und Vertrauen auf die Verfassung voran, aber sie würden den Eid auf die Verfassung nicht leisten, denn: „wir stehen noch nicht in der Verfassung, sondern vor ihr." Er sprach die schönsten Hoffnungen für diese, die tapferste Gesinnung für sich und seine Freunde aus.*) Linke und Gallerie lachten und höhnten. Raveaux las dem Geschichtsprofessor den Text, sowol über seine Tapferkeit als über seine Auffassung.**)

*) Es fehlt der ganze zu beschwörende Organismus der Verfassung, die noch nicht lebendig und wirksam ist und sein kann. Meine Hoffnung, daß sie gleichmäßig und rasch zur Ausführung komme, ist gesunken, und zwar seit dem gestrigen Beschlusse; es hätte der gesetzliche Weg und die Centralgewalt dazu gehört, die heutigen Anträge lassen nicht viel Aussicht, daß sie mit und neben der Verfassung bestehen bleibt; die Gewaltsamkeiten, die Niemand mehr beklagen kann als wir auf dieser Seite, haben mehr als alles Andere die Verfassung in Frage gestellt; von den letzten Tagen an dürfte ein Kampf zweier extremer Parteien über Deutschland sich ausbreiten, der die von uns gehoffte Entwickelung auf das Entschiedenste bedroht; dennoch vertraue ich, daß keine von ihnen siegen und nach heftiger Erschütterung aus dem Kampfe wieder die Verfassung heraustreten wird als ein Panier der Versöhnung, um das sich alle Parteien schaaren und für das wir jederzeit nicht am wenigsten einstehen werden.

**) Ich kann mir nicht erklären, wie sich Herr Waitz das denkt, daß die Verfassung sich selbst durchführen werde. Nicht die Reaktion und Republik stehen einander gegenüber, sondern die rebellischen Fürsten und die, die die Fahne der Verfassung aufgepflanzt, welche Sie gemacht haben; Sie haben die

Er sprach aus, was Jeder sich sagen mußte, wenn es so fortgehe und nichts geschehe, so werde die „Reaktion" gegen die Nationalversammlung freies Spiel haben und das Volk dann nicht sagen wie Herr Waitz: Wir halten an der Reichsverfassung fest! sondern: Man muß sich in das Unvermeidliche ergeben. Bei den Herren auf der andern Seite dominirten nicht das Herz und energische Vaterlandsliebe, ohne die in der Geschichte nie etwas Großes ausgerichtet sei, sondern lediglich der — was kommen könne oder mehr oder minder schädlich sei — kalt berechnende Verstand, und ihre Berechnung sei so schlecht, daß Alles fehlschlage, was sie berechnet und Alles anders komme, als sie es prophezeit; Waitz gestehe selbst, daß das, was vorgeschlagen werde, nothwendig sei zum Zweck, und stimme blos entgegen, weil ihm der Weg zu gefährlich sei. Hermann zeigte den Erbkaiserlichen und Linken, die zusammen die Verfassung beschlossen, daß sie zwei wesentliche Fehler begangen, indem sie, den Boden der Souveränität der Nation verlassend, die Regierungen zur Anerkennung aufgefordert, also auch zur Ablehnung berechtigt, und indem sie von der Durchführung der Verfassung gesprochen, wie wenn der dazu Berufene außerhalb der letztern stehe und als ob die Verfassung ein Ding wäre, das wie eine bestellte Arbeit ausgeführt werden könnte; die von ihnen vorgeschlagenen Mittel wären unregelmäßige, außerordentliche und unzuverlässige; um aus der durch revolutionäres Verfahren entstandenen Verwirrung herauszukommen, gebe es kein anderes Mittel, als zunächst die Einsetzung eines Reichsregiments,*) sodann Wiederanknüpfung mit

Leute aufgefordert, sie zur Geltung zu bringen, wüthen Sie gegen sie, so wüthen Sie gegen sich selbst; haben sie etwas gethan, das nicht Recht ist, so tragen Sie die Schuld; hat sich das Volk erhoben und Muth und Aufopferung gezeigt, so steht es weit höher als Sie: das ist der einzige Unterschied zwischen Ihnen und der Partei, die jetzt kämpft; hier sind Viele, die nicht einmal den Muth haben das zu sagen, wozu sie berechtigt sind, sie eilen nach Hause und überlassen die Verfassung und das Vaterland sich selbst: sind das Volksvertreter? Das sind Volksverräther! Es ist jetzt nicht die Zeit, unsere Anträge formell-juristisch zu beleuchten, es handelt sich um ihre Zweckmäßigkeit, um Maßregeln zu ihrem und unserem Schutze, also zunächst um die Schaffung einer andern Exekutive, da die vorhandene sich versagt.

*) Das einzige Mittel nach der Ablehnung des Königs von Preußen war, einen Andern mit der Würde des Reichsoberhauptes und mit der Gewalt, die die Verfassung dem Oberhaupt überträgt, zu bekleiden. Nur das Oberhaupt des Staates vermag die Verfassung ins Leben zu setzen, nur wer

Oesterreich, Vereinbarung u. s. f. Indeß mußten auch seine Vorschläge, wenn die Mehrheit auch geneigt gewesen wäre darauf einzugehen, in der Sachlage unpraktisch erscheinen, schon weil vorauszusehen war, daß der Reichsverweser, wenn man ihm interimistisch die Oberhauptswürde übertrug, ablehnen werde.

Die Debatte wurde geschlossen. Wernher für die Minorität. Er hatte ganz Recht, mit den Mehrheitsanträgen wurden eben auch nur Worte gemacht. Was er den Linken, die seinen Vortrag mit Gelächter begleiteten, zu Gemüth führte, sie richteten böse Sachen an, die sie nicht beherrschen könnten und bereuen würden u. dgl., traf die Centrenmänner nicht minder.*) Hagen für die Mehrheits-

---

nach der Verfassung zu regieren berechtigt ist, kann dieselbe durchführen, und nur eine solche Durchführung ist gesetzmäßig. Diejenigen Wege, die Sie zu gehen beschlossen, sind durchaus revolutionär. Sie haben eine Revolution hervorgerufen, ehe Sie nur eine Probe gemacht haben, ob die Verfassung auch auf gesetzmäßigem Wege durchgeführt werden könnte, und Sie haben sie hervorgerufen, weil Sie glaubten, auf diesem Wege eher zum Ziel zu kommen. Man hält stillschweigend noch für möglich, daß der König von Preußen doch noch einwilligen würde. Man hat geglaubt, die Früchte zu ernten von der Revolution, die man durch Andere machen ließ. Dieses Mittel finde ich verabscheuungswürdig. Ich rathe daher, von solchem Verfahren abzugehen und den einzigen legalen Weg, der offen ist, zu betreten, und die Verfassung unmittelbar selbst ins Werk zu setzen, indem Sie ein Oberhaupt und sofort die Reichsregierung einsetzen. Wenn das Oberhaupt seine Regierung beginnt, setzt es die Verfassung ins Werk. Einen andern Weg, eine andere Ausführung der Verfassung kenne ich nicht, und es ist überhaupt kein anderer möglich.

*) Die Mehrheitsanträge sind sehr sanft auftretende Konsequenzen des Beschlusses der gestrigen Mehrheit und der Auslegung, welche man dem ersten Satze des bekannten Antrags von Wydenbrugk giebt; es kann jener nicht zweifelhaft sein, daß der Reichsverweser den Eid nicht leisten und ein Ministerium im Sinne des gestrigen Beschlusses nicht bilden wird; die heutigen Vorschläge sind nichts als ein Kompliment, das man ihm noch macht, um darauf nach Raveaux's Erwarten die Wahrheit und die That folgen zu lassen; die gestrige Mehrheit hat sich auf die schwindelnde Höhe der politischen Alpen gestellt, ein Theil von ihr sind Dilettanten in dieser Stellung und wird darin sicher bald schwindelig werden; Sie richten Lawinensturz an, bald wird die Lawine aus dem Bereich Ihrer Macht sein und Sie werden das Unglück bewehklagen, das Sie angerichtet, wenn Sie einst von Ihrer eisigen Höhe hinuntersteigen und es ansehen; Sie bedürfen des Bürgerkriegs, des Trugs und Verraths, des Brandes und Mordes, und wer den Teufel zu seiner Hülfe ruft und mit ihm paktirt, kann gewiß sein von ihm geholt zu werden.

anträge, gegen die Centren, besonders gegen Waitz. Wir verlangen, daß die Nation einstehen soll für die Durchführung der Verfassung — da ist doch das Nächste, daß wir selbst dafür einstehen; verlangen wir vom Reichsverweser den Verfassungseid, so ist es doch natürlich, daß wir diesen zuerst selbst leisten müssen; wer die Wahlen ausgeschrieben hat auf den Grund der Verfassung zu einem neuen Reichstage, hat auch die Wirksamkeit der letzteren anerkannt u. s. f. Zell hatte einen Antrag auf Verschiebung der Abstimmung bis zur nächsten Sitzung zurückgezogen, den Hollandt und Breusing jetzt wieder aufnahmen und für den, freilich vergeblich, Würth den Namensaufruf forderte, damit man außen erfahre, welche Mitglieder die Thätigkeit des Hauses stets hemmten. Von den Aeußersten abgesehen hatte Niemand Eile, die Entscheidung zu beschleunigen. Die Weidenbuschpartei erhob sich besonders um des Hermann'schen Antrags willen für die Vertagung; sie meinte, er enthalte vielleicht das neue Ministerprogramm, es verlohne sich doch der Mühe ihn zu prüfen, er sei auf keinen Fall schlechter als die Vorschläge der Linken, ein positiver Gedanke sei unter allen Umständen besser als keiner. (Haym III, 148.) Der Antrag wurde angenommen. Dann interpellirte L. Simon noch dringlich, ob es wahr, daß in Frankfurt wiederum Oesterreichische Dragoner und Oesterreichische Artillerie eingetroffen, warum gerade Oesterreichische Truppen nach Frankfurt gezogen würden, da die Oesterreichische Regierung die Nationalversammlung als zu Recht bestehend nicht mehr anerkenne u. s. f. Gagern antwortete ausweichend. Für den Antrag Hermann's wurde nach der Sitzung ein fruchtloser Versuch gemacht. Er scheiterte namentlich bei den Kasinomännern an dem „Gedanken ihres Lebens", ihrer „tiefsten Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Preußischen Hegemonie", für deren Errichtung sie freilich keinen Rath wußten. (Anh. XXXIII.)

In der Sitzung am 12. Mai wurde zunächst eine Adresse des „Komite's für Volksversammlungen in Nürnberg" und ein darauf bezüglicher dringlicher Antrag von Reden verlesen, namentlich in Erwägung: daß die mit Zustimmung des früheren Reichsministeriums von der Reichsversammlung gefaßten Beschlüsse wesentlich dazu beigetragen haben, die im Volke für die Reichsverfassung entstandene Bewegung hervorzurufen und zu nähren, und daß Diejenigen, welche zur Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten Deutschlands gesetzlich berufen sind, eine schwere Verantwortung auf sich

laden würden, wenn sie die entstandene Bewegung sich selbst überließen, zu beschließen, das Ministerium aufzufordern, ungesäumt Reichskommissäre nach Franken zu senden, und dieselben im Sinne des Beschlusses vom 10. Mai dieses Jahres zu instruiren. Der Antrag wurde nach einer schwachen Gegenbemühung Plathner's auf der Stelle angenommen. Es folgte die Verlesung von abermals niederschlagend lautenden Austrittserklärungen (Selasinsky's, Teichert's und Anderer, besonders Preußen). Hierauf Präsidentenwahl. Haym sagt: der Genius der Ordnung war mit Simson den Verhandlungen entrückt, aber es gelang den Kandidaten der Linken durch einen Mann des Nürnberger Hofes zu verdrängen: Reh. Er sprach über und wider die Austritte. Wenn je, so sei es jetzt Pflicht auszuharren; der Beschluß, daß man sich nicht trennen wolle, bis der Reichstag zusammengetreten, gelte für die Einzelnen wie für Alle. Und: nur durch die Nationalversammlung könnten Reaktion und Anarchie gezwungen werden die Waffen niederzulegen; möchte sie durch Besonnenheit und Einigkeit die Zukunft, Freiheit und Einheit retten! Sodann die Abstimmungen. Der Minoritätsantrag wurde mit 172 gegen 143 abgelehnt; Hermann zog den seinigen unter dem Vorbehalt ihn später wieder vorzubringen zurück; auch der Mehrheitsantrag wurde zurückgezogen, die Linke mußte dem Nürnberger Hofe folgen; die Urheber des Mehrheitsantrags vereinigten sich mit Backhaus, Böcking, Viebig und Freudentheil zur Annahme des möglichst mildesten, doch aber ausschreitenden, zugleich gefährlichen und nutzlosen Vorschlags: „Die Nationalversammlung beschließt: 1) die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands, einschließlich der Landwehr und der Bürgerwehr, ist zur Aufrechthaltung der endgiltig beschlossenen Verfassung feierlich zu verpflichten; 2) die provisorische Centralgewalt wird aufgefordert, das demgemäß Erforderliche unverzüglich zu veranlassen, soweit in den einzelnen Staaten nicht sofort aus eigener Bewegung danach vorgeschritten wird." Die Parteigänger Gagern's verurtheilten die Nürnbergerhof-Arbeit, indem sie mit Recht eben das an ihr tadelten, was an ihrer bisherigen eigenen auszusetzen gewesen und nur von ihnen nicht gesehen war; einer der Nürnbergerhof-Koryphäen selbst — Riesser — zog seine Hand davon ab.*) Als die Abstimmung

*) „Beschlüsse, sagt Haym, ohne Zweifel revolutionär, aber in der Luft hängend, unausführbare Dinge, aber in ihrer Unausführbarkeit mit einer

beendet war, erhob sich Gagern gegen den zu Anfange der Sitzung abrupt angenommenen Reden'schen Antrag, dessen Unzulässigkeit und Unausführbarkeit er nachwies. Er wollte insbesondere nichts davon wissen, Leute wie Simon, Raveaux oder Vogt zu schicken, wobei er sich auf seine mit Eisenstuck gemachten Erfahrungen bezog,*) und

---

Dosis von Recht und Mäßigung versetzt. In der Paulskirche war die Revolution, sie war wie ein schleichendes Gift und nicht wie eine offene Wunde da." Riesser bemerkt: alle Gründe hätten noch in voller Kraft bestanden, welche am 7. gegen die Beeidigung besonders des Militärs auf die Verfassung geltend gemacht worden wären. Eben als der Beschluß gefaßt war brach der Badische Aufstand aus, in welchem sich erfahrungsmäßig zeigen sollte, wie sehr der Eid dem Mißbrauch ausgesetzt war, indem man die Soldaten, die ihn leisteten oder eben leisten sollten, damit zum Treubruch verführte, und später in den Eid ein Gelöbniß des Gehorsams gegen den Landesausschuß einschwärzte. Indeß, meint Riesser, sei es schwer gewesen solchem Drange der Meinung sich zu entziehen, da die Bevölkerungen und Landtage der Staaten, in welchen die Verfassung anerkannt worden, die Beeidigung so laut gefordert hätten; er habe den Beschluß aus innern Gründen nicht gutheißen, aber das Gewicht der dafür sprechenden Motive nicht verabreden können und deshalb zu dem traurigen Auskunftsmittel gegriffen, sich der Abstimmung zu enthalten.

*) Er deducirte die Unzulässigkeit des Beschlusses aus der Reichsverfassung selbst (§ 54 f.). Sodann: Reichskommissäre sollten wahrlich nicht abgeschickt werden, um die so häufigen Volksversammlungen zu leiten und von Excessen abzuhalten; es könne doch nicht Absicht sein, die Bevormundung wieder einzuführen gegen die Grundrechte und die ganze Verfassung; bei den Beschlüssen, auf die der Antrag Bezug nehme, hätten er und seine politischen Freunde nicht daran gedacht, daß gewaltthätige Mittel zum Zweck angewendet werden dürften; den Beschluß vom 10. Mai habe das Ministerium nicht unterstützt, mit dessen System es nicht in Einklang stehe, Kommissäre im Sinne dieses Beschlusses abzusenden; auch bestehe eine Meinungsverschiedenheit über den Sinn der frühern Beschlüsse zwischen dem Ministerium und Reichsverweser, der nicht blos jeden Zwang zur Anerkennung der Verfassung ausgeschlossen wissen wolle, sondern auch dafür halte, daß der Reichsregierung die Mittel nicht zu Gebot stehen würden, das Einschreiten auch benachbarter Staaten zur Unterdrückung der entstandenen Bewegungen, wo sie die Schranken überschritten, zurückzuweisen; die Vollziehung des Beschlusses sei mit Billigkeit von den zurückgetretenen Ministern nicht zu verlangen, die auch die Vollmacht für den Kommissär nicht würden auswirken können; die anwesenden Nürnberger Petenten hätten erklärt, wenn die Mission Werth haben solle, so müsse sie bis andern Tags 2 Uhr eintreten, sie hätten L. Simon, Vogt und Raveaux bezeichnet; so sehr er diese aber auch achte u. s. w., die ausübende Gewalt müsse sicher sein, daß der Auftrag im Sinne der Vollmacht angenommen und vollzogen werde, und

bat schließlich, die Versammlung möge die Sache noch einmal in Berathung ziehen. Indeß wußte der Vorsitzende keinen Rath. Er könne eine neue Diskussion nicht einleiten, wenn kein neuer Antrag eingereicht werde; er wolle darauf warten — es kam jedoch keiner — und in der Zwischenzeit dringliche Anträge und Interpellationen zur Kenntniß bringen.

Jene Anträge bezogen sich auf die Sachen in Dresden. Wigard forderte z. B., daß die Nationalversammlung, in Erwägung, daß die Nichtanerkennung der Reichsverfassung Seitens der Sächsischen Regierung Schuld an dem in Dresden vergossenen Blute sei, beschließe: 1) die königlich Sächsischen Staatsminister v. Beust und Rabenhorst sind für das in Dresden vergossene Blut verantwortlich; 2) der Reichskommissär hat die sämmtlichen in Sachsen befindlichen militärischen Kräfte unter seine Befehle zu stellen und diejenigen Truppentheile, welche sich seinen Befehlen nicht unterwerfen, sofort aus Sachsen zu entfernen u. s. w. Die Dringlichkeit wurde jedoch nicht zugestanden. Gagern antwortete ausführlich auf L. Simon's Interpellation vom vorigen Tage.*) Nun beantragte L. Simon

---

er habe in den letzten Tagen (er hatte am 10. Eisenstuck zurückzurufen sich benöthigt gesehen) eine Erfahrung gemacht, die ihm die Gefahren desfallsigen Zweifels vor Augen gestellt habe.

*) Raveaux hatte gesagt: „Wir haben in unserer Garnison Truppentheile von Regierungen, welche nicht allein bis dato die Verfassung nicht anerkannt haben, sondern die uns sogar den Krieg erklärt haben. Es ist wirklich ein merkwürdiges Beispiel, und ich glaube, es kommt in der ganzen Geschichte nicht mehr vor, daß man den Todfeind in dem Herzen seiner Hauptstadt beherbergt, und zum Schutze Derer aufstellt, als deren Feind er sich erklärt hat." Das Ministerium glaube selbst nicht, daß z. B. das Preußische Militär anderen Befehlen Folge leisten werde als denen, die es von Berlin erhalte; wie man nun die Nationalversammlung gegen Gewalt gesichert halten könne? Gagern sagte, eine halbe Schwadron Oesterreichischer Dragoner sei allerdings eingerückt und einstweilen dabehalten; er fügte hinzu: „Das Reichskriegsministerium muß gegen jede Voraussetzung einer Verschiedenheit in der Zuverlässigkeit der zum Reichsdienst hierselbst aufgebotenen Truppen feierlich Verwahrung einlegen. Alle diese Truppen, welchem Deutschen Volksstamme sie auch angehören mögen, kennen nur das Gebot der Dienstpflicht und Dienstreue, und werden von der Liebe zum gemeinsamen Vaterlande beseelt." Er theilte den urgirten Tagsbefehl des Generalkommandos mit und bemerkte dazu: „Es ist demnach nicht wahr, daß der Befehl gegeben worden ist, diejenigen Männer, welche Waffen tragen, zu verhaften, sondern es ist nur der Befehl gegeben worden, der auch wol in der Krisis unserer Lage seine volle Rechtfertigung finden wird, daß man

dringlich: das interimistisch für die Sicherheit der Nationalversammlung verantwortliche Ministerium aufzufordern, hinfort es nicht zu gestatten, daß Truppen solcher Staaten nach dem Sitze der Nationalversammlung zusammengezogen würden, deren Regierungen derselben den offenen Krieg erklärt hätten. Der Vorsitzende stellte die Frage, ob der Antrag für sehr dringlich erkannt werde, da auf einen Antrag, der einer Interpellation folge, lediglich im Falle besonderer Dringlichkeit sofort eingegangen werden könne. Nur die Linke erhob sich. Das Geschrei der Gallerien: Auf, auf! half nicht. Als gewählt in den Dreißigerausschuß wurden sodann verkündet: Liebmann, Stedmann, Nauwerck, Zachariä aus Göttingen, Kudlich, Backhaus. Schließlich bemühete sich Simon vergebens für ein Supplement seines Antrags: „Die Nationalversammlung erklärt das gegen die Bürger einseitig gerichtete Verbot des Tragens von Waffen und anderen als schwarz-roth-goldenen Abzeichen für gesetzlich unbegründet, und zur Herbeiführung unnöthiger Konflikte nur zu geeignet."

Die zur Anzeige gekommenen Dokumente über die zunehmende Desertion im erbkaiserlichen Lager, die Annahme des Reden'schen, des Nürnbergerhof-Antrags waren gehäufte traurige Zeichen der Demoralisation und Ohnmacht der Gagern'schen Partei. Schlimm für diese, wenn sie keine Majorität mehr hatte oder bilden konnte gegen das, was ihr selbst als Ueberstürzung und Verderb erschien, schlimmer, wenn sie so muthlos und rath- und thatlos geworden, das Gewicht nicht anzuwenden, das sie noch besaß. Und so verhielt es sich. Haym bemerkt, weil die Revolution wie ein schleichendes Gift dagewesen, wäre seine Partei in einer langen und

---

von Seite Derjenigen offen keine Waffen trage, die überhaupt nicht zum Militär gehören. Sie werden das Außerordentliche der gegenwärtig dabei obwaltenden Verhältnisse nicht verkennen, und der Zweck dieser Maßregel ist und kann kein anderer sein, als der Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Was aber die rothen Farben betrifft, so besteht seit der Versammlung, meines Erachtens, in Deutschland nur noch ein Abzeichen, nämlich das Schwarz-Roth-Gold, und wir wollen kein anderes Abzeichen als öffentliches Symbol einer bestimmten Gesinnung und als Aufforderung zum Anschluß gelten lassen. Ich glaube, auch diese Maßregel wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen als gerechtfertigt erscheinen." Das Centrum, welchem dies ausnehmend gefiel, gab seinen lebhaften Beifall zu erkennen. Die Linke meinte, es müßte dann nur aber auch kein Schwarz-Weiß gestattet sein.

zehrenden Krankheit hingesiecht, und nichts habe zu der Aehnlichkeit dieses Bildes gefehlt. Allein sie lernte nicht die Lage und sich selbst erkennen, die Ueberschätzung und Selbstgefälligkeit verließ sie nicht. Sie schrieb sich laut ihrem Moniteur eine „noch immer hohe Bedeutung“ im Parlamente zu, welche darin bestehen sollte, daß sie — die Partei — sowie die Präcedentien und den Beruf, noch immer die Mehrheit, wenn sie sie haben wolle, die Kraft und das Vermögen besitze, den revolutionären Gelüsten der Linken siegreichen Widerstand entgegenzusetzen, Ungesetzlichkeiten und thörichte Eingriffe in die Exekutive abzuwenden. Das habe die Sitzung erwiesen — und das schrieb die Centralkorrespondenz in derselben Nummer, in welcher sie ein gestrenges Verwerfungsurtheil über Reden und dessen ausschreitenden Antrag, über die Annahme desselben durch Mitbejahung von Seiten mancher Weidenbuschmitglieder aussprach und über die leidig vorhandene „Erschlaffung“ ihrer Partei wehklagte, welche sich darin zeige, daß kaum noch einer der bedeutenderen Redner der Centren einmal die Tribüne betrete, die die Anträge kaum auch nur gehörig zu prüfen geneigt sei und selbst die besonnensten Männer der Rechten für Anträge stimmen lasse, die sie sonst auf das Entschiedenste verwerfen würden, die es allein erklärlich mache, daß der Reden'sche Antrag angenommen worden. Welch eine Demoralisation der Gagern'schen Partei mußte das aber sein, wenn es so, wie ihre Korrespondenz sagte, um den Antrag und dessen Annahme und mit Reden stand, zu welches Letztern Spielball sie, nun schon zum zweiten Male und noch viel mehr, sich hatte machen lassen. Die Linke nahm von der unter den Kaiserlichen einreißenden Fahnenflüchtigkeit Anlaß, ihre Vorwürfe des Wort- und Treubruchs, der Feigheit, der Poltronerie nach solchem Großsprechen, des Verraths zu erneuern, und man hörte aus dem Munde der Parteigenossen der Davongehenden fast noch strengere Urtheile über diese. Die reichsministerielle Zeitung wußte „kaum Worte zu finden zum Ausdrucke der Indignation über die Feldflüchtigkeit“ so vieler, besonders Preußischer Abgeordneten, die „eben die Sache auf den Punkt geleitet, wo die Krisis ausbrechen mußte“, die sich durch größere Ueberzeugungstreue und Aufopferungsfähigkeit der Linken beschämen ließen, die Rechtfertigungsgründe wie Andere, z. B. die Oesterreicher, nicht hätten. Die Korrespondenz nahm die zum Davongehen Neigenden scharf ins Gebet, führte ihnen zu Gemüth, wie die Flucht der Einzelnen, die „Energie“ der Centrenmehrheit im Verhindern eines entscheidenden

Siegs der Linken schwäche u. dgl. und mahnte — den Augenblick des Gesammtaustritts falsch berechnend statt wahrzunehmen — ja noch auszuharren. Die Partei Gagern-Dahlmann hegte noch die größesten Vorstellungen von dem gewaltigen, ja den Gang der Ereignisse, die Nation beherrschenden Eindruck, welchen ihr Gesammtaustritt — in diesem ihrem Zustande und in der Lage der Dinge — hervorbringen werde und solle, Falls er beschlossen werden müsse. Ihr Organ beschrieb die Schwierigkeiten, die aussichtlose Situation der Partei, die nach jedem Schatten einer Hoffnung haschte und den Entschluß nicht zu finden wußte die verlorene Sache aufzugeben, ganz richtig, und sprach davon, daß dem Austritt doch vorzuziehen sei, daß man — nur war Rath in Betreff der Wege und Mittel theuer — die Reichsverfassung für diejenigen Staaten, welche dieselbe anerkannt, „schon bald ins Leben führe" und sich dann vertage. Die Korrespondenz erklärte mittel- und unmittelbar die Nationalversammlung für unfähig zu neuen Gestaltungen, auf einer Thoren- und Verderbensbahn befindlich, die eigene Partei für bankerott, und hielt immerfort schärfstes Gericht über Andere, namentlich die Preußische Regierung, welche sie „aller großen Gedanken baar" nannte, weil sie das im Sinne habe — was die Erbkaiserlichen vor ihr im Sinne gehabt, Klein- oder selbst ein kleinstes Deutschland, wogegen sie in der letzten Zeit geeifert und wofür sie bald wieder in Gotha und Erfurt sich enthusiasmirten und mit allen Kräften sich anstrengten. Das Heidelberger Organ sprach ähnlich über die Einzelaustritte und die schwierige Lage der Partei und ähnlich wie im Traume von der noch schwierigern Lage der Widersacher, der ungeschickten Träger der Monarchie, von der Einigung aller Parteien im Süden und Westen um die Reichsverfassung, die das ganze Deutsche Volk haben wolle u. dgl. (Anh. XXXIII.) Aehnlich charakteristisch war Gagern's Verhalten noch am 12. Mai bei dem zunächst zu erwähnenden Vorgange.

Der Aufstand in Baden und das Reichsministerium (Raveaux Reichskommissär). — Eine Deputation an Gagern aus Elberfeld. — Der Aufstand und die Parteien der Nationalversammlung. — Die Nationalversammlung am 14. und 15. Mai (Verhandlungen über Maßregeln zum Schutze der Nationalversammlung; Mittheilungen vom Reichsverweser, Anträge wegen Ernennung eines Reichsstatthalters, einer Reichsregentschaft, Gagern's; Verhandlungen und Beschlüsse über Schutz der Bewegung in der Pfalz; Eisenstuck's Bericht). — Zell und Christ Reichskommissäre für Baden.

Schon seit mehreren Tagen hätten auch Blinde sehen müssen, daß es in Baden sehr bald zu einer heftigen, einer über die von den Kaiserlichen, ja auch über die von der Linken der Paulskirche gezogene Linie hinausgehenden Explosion kommen werde. Was sich da vorbereitete stand mit dem Fortgange des Pfälzischen Aufruhrs und so mancherlei Unruhen an den verschiedensten Orten, mit den Plänen einer allgemeinen Empörung, die am 20. Mai zum Ausbruch kommen sollte, in Verbindung. Der Ausbruch in Baden erfolgte gleichzeitig mit den letzten Verhandlungen und Beschlüssen der Nationalversammlung. Am 10. Volks- und Soldatenversammlung in Rastatt, am 11. Tumult hier und in Lörrach, am 12. Vorversammlung der Abgeordneten der sämmtlichen Volksvereine zur Vorbereitung der Beschlüsse, die am 13. in großer Volksversammlung zu Offenburg angenommen werden sollten. Am 12. und 13. wendete

sich die Regierung durch vier Eilboten um Hülfe nach Frankfurt. Gagern schickte eine Proklamation des Reichsverwesers und die Auskunft, daß die Centralgewalt über keine Truppen zu verfügen habe, nicht über ein einziges Bataillon; er schickte bald darauf noch eine Benachrichtigung über Anordnungen, die nicht zum Vollzuge kamen, und wenn sie auch vollzogen wären, die augenblickliche Ueberwältigung des Großherzogs nicht hätten abwenden können. Weiter schickte Gagern, nach den Erfahrungen die er mit diesen Sendungen gemacht, Reichskommissäre, nach den Erfahrungen die er mit Eisenstuck gemacht — zuerst Raveaux — am 12. Mai — mitten in eine rebellionsüchtige Volksversammlung hinein — wie es scheint aus eigener Bewegung, oder doch lediglich einer Anregung, beiläufigen, unautorisirten, unverläßlichen Aeußerungen Welcker's folgend, der ihm in der Sitzung am 12. sagte, es sei der Wunsch der Badischen Regierung, daß ein der linken Seite angehörender Abgeordneter nach Offenburg gesendet werden möge. Ein paar Stunden nach dem Schluß dieser Sitzung, in welcher sich Gagern über Raveaux, wie oben berichtet ist, geäußert, fand derselbe Raveaux, der sich bei seiner Sendung in die Schweiz so zweideutig erwiesen, derzeit erklärter Fürsprecher der Revolution, eben noch scharfer Tadler Gagern's, stets erwiesener politischer Schwachkopf und heilloser Schwätzer, zu seinem Erstaunen in seiner Wohnung eine Vollmacht als Reichskommissär zur Versammlung nach Offenburg. Er begab sich sofort nach Offenburg, nur daß er noch vor seiner Abreise, jedoch vergebens, von Gagern und Welcker Ausführlicheres über den Zweck der dortigen Versammlung und die Badischen Zustände in Erfahrung zu bringen suchte. Gleichfalls am 12. erschien bei Gagern ein Deputirter, Rechtskonsulent Weidtmann, aus Elberfeld, wo seit dem 10. der Aufruhr eklen Angedenkens im Gange war. Der Sicherheitsausschuß, welchem der Gemeinderath nach dem Abzuge der Truppen und nach der Zerstörung des Hauses des Oberbürgermeisters die Leitung der städtischen Angelegenheiten übergeben, hatte eine Sendung nach Frankfurt beschlossen, um die Reichsgewalt von dem Zustande der Dinge zu unterrichten und den Schutz der Centralgewalt in Anspruch zu nehmen. Zufolge seiner späteren Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter erhielt der Beauftragte, jener Weidtmann, durch Vermittelung eines ihm bekannten Mitgliedes der Nationalversammlung sofort nach seiner Ankunft in Frankfurt Zutritt zu Gagern, machte demselben Vortrag und beschwor ihn die friedliche Lösung des Konflikts herbeiführen zu helfen, indem

ja gerade die Reichsverfassung die wahre und alleinige Ursache des Zerwürfnisses sei, worauf Gagern den Bescheid gab, daß Alles was er thun könne sich darauf beschränke, mit dem Preußischen Gesandten zu konferiren, hinzufügend, mit dem Reichsverweser sei nichts zu machen, und: schicke er (Gagern) Einen von der Rechten, so schreie die Linke, schicke er Einen von der Linken, so thue dieser nicht was ihm aufgetragen worden. Am 13. begann die Meuterei in Karlsruhe, welche die Flucht des Großherzogs zur Folge hatte. Peucker verfügte an diesem Tage, die Würtembergische Abtheilung des G. L. v. Miller solle sich sofort gegen Rastatt wenden, um den Platz wiederzugewinnen, sämmtliche großherzoglich Hessische Truppen sollten sich bei Darmstadt vereinigen. Am 14. requirirte er von den zwei Mecklenburgischen Regierungen 4 Bataillons und 4 Schwadronen, wogegen darauf von Strelitz Einwendungen erhoben wurden, welche dann wieder das Reichsministerium nicht gelten lassen wollte.

Der Aufruhr in Baden machte nach dem Aufstande in Dresden den zweiten großen Strich durch die Rechnung der Kaiserpartei und verdarb auch die der Linken. Denn einerseits schoß in ihm die Volksbewegung selbst über das Ziel der letztern hinaus, erwies sich beiden unbeherrschbar, und zeigte an einem großen Exempel, daß die Durchführung der Reichsverfassung nach den Tendenzen der Parlamentsmehrheit weder im Sinne der Nation noch im Gange der Ereignisse, der geschichtlichen Entwickelung lag, daß die intelligenten gemäßigten Mittelklassen, sofern sie zuneigten, doch nicht den energischen Willen und die Kraft zum Durchführen und daß die von den Gedanken und Gelüsten der Radikalen erfüllten, zum Zuschlagen disponirten Volkstheile nicht den Verstand und Muth besaßen, in der Richtung des Republikanismus etwas zu Stande zu bringen und durchzufechten. Andererseits brachte der Aufstand in Baden der Sache der alliirten Parteien des Parlaments eine um so größere moralische Niederlage bei, weil er, indem er das häßlichste und abschreckendste Aussehen auf sie warf, so deutlich und unwiderleglich als mittel- und selbst als unmittelbare Folge des Verhaltens jener Parteien schon seit der Separatpublikation der Grundrechte und insbesondere seit dem Abschluß der Reichsverfassung und seit den Agitationen und Operationen für ihre Durchführung erschien. Die Gagern'sche Partei erkannte ihren Nachtheil, aber nicht von fern ihre Mitschuld beim Aufruhr. Ihre Organe thaten sehr weise gegen die Aufrührer, die „ungeschickten Zauberlehrlinge“, und stärkten jenen noch immerfort durch ihre

Deklamationen im Sinne ihres Standpunkts und gegen den Widerstand, auf welchen sie alle Schuld zu wälzen suchten, eitel und überklug wie kaum je die richtige Voraussicht und Beurtheilung ihrer Partei rühmend, die da die Throne geschirmt habe, Schutz und Schirm gegen die Anarchie gewesen, nach der das Ministerium Brandenburg sich bald zurücksehnen werde, welchem sichtlich die Kräfte und Mittel gegenüber den immer höher gehenden Wellen der Bewegung schon auszugehen anfingen. Umgekehrt warfen die Reste der Großdeutschen, die nur von Zeit zu Zeit noch eine Korrespondenz erscheinen ließen, die Hauptschuld auf das Kaiserprojekt und die „Verstocktheit" der Gagern, Dahlmann, Beseler, Waitz, Biedermann, und riefen, auf ihre Ansprache vom 1. Mai zurückkommend, zum Handeln für das mehr als je gefährdete Verfassungswerk sowie gegenüber den Unordnungen und Irrungen des Moments auf, zu welchen letzteren sie namentlich die zählten, als gelte es die „Deutsche Sache" gegen dynastischen Eigensinn zu vertheidigen. „Die Nationalversammlung sinkt zusammen, schloß ihre Korrespondenz am 14. Vom 13. April bis 11. Mai sind 122 Mitglieder ausgetreten, nur 9 neu eingetreten. Die Kaisermacher ziehen sich vor den Folgen ihres Thuns zurück. Die Linke hat die Oberhand, wenn sie sich soweit mäßigen kann, daß Zell, Kierulff und deren Meinungsgenossen mit ihr stimmen. In ihrer eigenen Mitte steht ihr eine Opposition der Schlöffel u. s. f. entgegen. Ihre Führer sind jetzt Fröbel, Raveaux, Vogt, L. Simon, Eisenstuck, Christ u. A. Eigentlich gebietet der Centralmärzverein." (Anh. XXXIV.) Riesser (36, 39) bemerkt, die Nationalversammlung sei durch den Badischen Aufstand matt gesetzt, es sei ein kindischer Wahn, daß revolutionäre Kräfte durch eine gemäßigte Richtung gezügelt werden könnten, die Nationalversammlung habe ganz unmöglich die von Vielen geforderte Zwischenstellung behaupten können u. dgl. Allein diese Einsicht kam seinen Parteigenossen und ihm erst später, sie suchten in den nächsten Tagen die Zwischenstellung der Nationalversammlung und die ihrige noch zu behaupten, blieben auch jetzt noch dabei, die Reichsverfassung durchführen zu wollen, um die Wette mit der Linken der Nürnberger Hof, der Weidenbusch, das Reichsministerium. Gleich zu Anfange der Sitzung am 14. Mai gab die Austrittserklärung des Abgeordneten für Limburg durch den motivirten Protest gegen die fernere Vereinigung des Herzogthums Limburg mit Deutschland, von welchem sie begleitet war, ein Zeugniß über die begangenen Fehler

und die trostlose Lage, in welche man sich gebracht hatte. Sodann brachte der Vorsitzende (Reh) eine Mittheilung des Reichsverwesers zur Anzeige. Die Lage Gagern's war die peinlichste, peinlicher noch als die, worein er den Erzherzog gebracht. Während er mit begreiflicher Ungeduld der Entscheidung, die er herbeizuführen gesucht, dem Erfolge seiner Demissionseingabe entgegensah, ging die Nationalversammlung über sein Programm hinaus, und drängte ihn mit Forderungen, die er nicht erfüllen konnte oder durch deren Erfüllung er sich mehr und mehr bloßstellen und verwickeln mußte. Er drängte den Erzherzog, er hatte am Tage zuvor das allerkläglichste Promemoria eingereicht. Darauf bezog sich die Anzeige des Vorsitzenden, der Reichsverweser habe ihm kundgegeben, daß die Bildung des Ministeriums bereits so weit vorgeschritten sei, daß dieselbe für vollendet gelten könne; es sei gleichfalls ein Programm vorbereitet und abgeschlossen, und er würde deshalb sich in der Lage befunden haben, der Versammlung heute schon das Ministerium benennen zu können; indeß sei ihm gestern Abend von Berlin aus durch den Telegraphen die Mittheilung geschehen, daß die Preußische Regierung an ihn einen Kommissär abgesandt habe mit Aufträgen, die auf die neueste Lage der Deutschen Sache sich bezögen; Se. kaiserl. Hoheit habe geglaubt, diesem gegenüber vom Abschluß der Bildung seines Ministeriums Abstand nehmen zu müssen und lasse die Versammlung dringend ersuchen, die kurze Frist, die er bedürfe, um nach erhaltener Mittheilung von Berlin seinen Entschluß fassen zu können, ihm zu gestatten.

Die Stadt befand sich im aufgeregtesten Zustande, die Nachrichten aus Baden hatten die Hitze gewaltig angefacht, es wurde namentlich Alles aufgeboten, die Besatzung zu „demokratisiren". Am 12. war entgegen der Verführung ein Tagsbefehl des Reichsverwesers an die im Reichsdienste stehenden Truppen erschienen, die, je fester und pflichtgetreuer sie sich zeigten, um so mehr geneckt, gehöhnt, gereizt wurden, woraus mehrfache Konflikte entstanden waren. (Anh. XXXV.) Eine, wie die reichsministerielle Zeitung meldete, „wahrscheinlich" wegen einer rothen Halsbinde erfolgte Arretirung hatte am 13. einen Tumult, und dieser den wachthabenden Officier veranlaßt, „sogleich" scharf laden zu lassen. Die Ursächer und Beleidiger klagten. Auf diese Vorgänge bezog sich eine weitere Mittheilung des Vorsitzenden. Er habe bei Peucker angefragt, ob gegründet sei, was gesagt werde und was von ihm geschehen; der

Kriegsminister habe erwiedert, ihm sei von der Sache nichts bekannt geworden (die Linke rief Pfui), doch werde er die strengste Untersuchung anordnen. Daß er damit beauftragt sei, zeigte Major Deetz in einem Schreiben an. Es folgten sogleich dringliche Anträge. Schlöffel und Genossen beantragten unter hochtönenden und lächerlichen, die Angst um ihre Personen verrathenden Motiven: „Die Nationalversammlung erklärt die Sicherheit ihrer Berathungen und Personen in Frankfurt und Umgegend so lange gefährdet, als die Garnison verfassungsfeindlicher Regierungen hier Dienste leistet, und beschließt: die sofortige Verlegung der hiesigen Garnison und Heranziehung von Truppen aus einer Deutschen Provinz, deren Regierung das Militär auf die Verfassung bereits verpflichtet hat.“ Schleunige Entfernung besonders der Oesterreichischen Truppen wurde auch von Nauwerck, Jucho u. A. gefordert. Die Dringlichkeit wurde durch Stimmengleichheit (147 gegen 147) abgelehnt. Die Anträge gingen an den Dreißigerausschuß. Nun forderte Schlöffel die Versammlung auf, von der Geschäftsordnung wegen so dringender Umstände abzugehen und den Präsidenten entscheiden zu lassen. Eisenstuck hatte jetzt den Vorsitz. Er erklärte nicht zu wissen, wie man um die Geschäftsordnung hinwegkommen könne, er glaube aber, ein Theil der von Schlöffel geltend gemachten Rücksichten finde in dem ihm soeben überreichten dringlichen Antrage von Löwe Berücksichtigung, die Sitzung bis 4 Uhr Nachmittags zu suspendiren und den Kriegsminister aufzufordern in der Sitzung zu erscheinen. Er brachte den Antrag zur Abstimmung. Diese fiel bejahend aus. Hierauf verlangte L. Simon, daß in der Nachmittagssitzung der Dreißigerausschuß über die ihm zugewiesenen Anträge Bericht erstatte. Eisenstuck ließ gegen vielfachen Protest den Antrag zu und ordnete die Abstimmung an, welche 168 gegen, 133 für ergab. Es folgte vor dem Schluß noch so arger Skandal, daß selbst Eisenstuck zu verzweifeln schien.*)

*) Jordan von Berlin, der freilich auch bei richtiger Sache besser geschwiegen hätte, brachte den Terrorismus zur Sprache, den die Gallerie zu suchen übe. Sie habe z. E. Enyrim mit Namennennung zum Aufstehen aufgefordert, ihm Beleidigungen zugerufen. Es war auch von Zimmermann, der sich dazu meldete, von Wesendonck geschehen. Schlöffel schrie, die Gallerie beweise, daß sie mehr Verstand habe als Enyrim. Eisenstuck rief ihn zur Ordnung, äußerte, seine Stimme verhalle in den Ausbrüchen der Leidenschaft in der Versammlung selbst, wenn sie unterblieben, so würde

Als die Sitzung um 4 Uhr Nachmittags wieder eröffnet war, kam eine unverschämte Adresse der Frankfurter konstituirenden Versammlung zur Verlesung, worin diese Versammlung über die angeblichen Excesse der Oesterreichischen und Preußischen Truppen in Schlöffelischem Tone sich ausließ und erklärte, die gesammte Bürger- und Einwohnerschaft Frankfurts wünsche, daß nach Entfernung der Truppen der Schutz der Nationalversammlung ohne Weiteres ihr anvertraut werden möchte. Sodann sprach Peucker von verübten bedauernswerthen Excessen und fügte hinzu, die Untersuchung sei im Gange, die Schuldigen würden nach aller Schärfe des Gesetzes bestraft werden, Maßregeln zur Vorbeugung ähnlicher Unfälle wie zum wirksamen Schutze der Versammlung wären getroffen, dem Militär das außerdienstliche Waffentragen zu verbieten, gehe jedoch nicht an. Backhaus erstattete Bericht für den Ausschuß, dessen Mehrheit sich vereinigt habe in dem Antrage: „Die Nationalversammlung beschließt, die Centralgewalt aufzufordern, einen Wechsel der Frankfurter Garnison sofort in der Art zu veranlassen, daß nur Truppen solcher Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, zum Schutze der Versammlung verwendet werden." Die Minorität (Böcler, Breusing, Duncker, Langerfeldt, Kierulff, Sprengel, Wurm, Zachariä von Göttingen) hatte sich, wie ihr Berichterstatter Stedmann bemerkte, in gerechter Anerkennung der außerordentlichen Tragweite (Gelächter), der unabsehbaren Folgen der Maßregel nicht anschließen können, behielt sich, nachdem Peucker sich geäußert haben werde, weitere Anträge vor und forderte sodann den Uebergang zur motivirten Tagesordnung. Peucker erinnerte an die Rechte der Centralgewalt und bat die Versammlung, in die Exekutive nicht einzugreifen. Die Neigung dazu war jedoch unwiderstehlich, die sofortige Diskussion wurde beliebt, nur wurde zuvor noch ein erster Vicepräsident gewählt:

---

sich auch wol die Gallerie ihrer mehrfach vorgekommenen Unziemlichkeiten enthalten. Er fügte Mahnungen und Drohung, die Gallerie räumen zu lassen, hinzu. L. Simon: auch er habe den Namen Enprim gerufen; nachdem die Versammlung die Verhandlung über den blutigen Soldatenterrorismus nicht als dringlich erkannt habe, bemühe sich Jordan vergeblich, die falsche Ansicht hervorzurufen, als werde von Seiten des Volks Terrorismus geübt u. s. f. Aehnliches äußerte Wesendonck. Eisenstuck machte dem Tumult mit großer Anstrengung ein Ende, äußernd: „Ich glaube, ich muß die Sitzung schließen — wohin soll die Sache kommen!"

Biedermann. Er forderte in einer phraseologischen Ansprache Alle, die es ehrlich meinten mit der Verfassung und deren Durchführung, auf, sich jetzt zu vereinigen zur Rettung des Vaterlandes. Plathner warnte vor der Annahme des Mehrheitsantrags, indem große berathende Versammlungen nicht geeignet wären militärische Maßregeln zu ergreifen, der Beschluß jetzt um so bedenklicher sein würde, wo Aufruhr vorhanden, (Rösler: Die Könige von Preußen und Baiern und der Kaiser von Oesterreich sind die Aufrührer!) und da derselbe — das Volk, namentlich das Preußische gegen die Nationalversammlung aufbringen dürfte. Nach ihm Raveaux, der soeben aus der Versammlung der Volksvereine in Offenburg zurückgekehrt war, wo er wie überhaupt nichts ausgerichtet. (Anh. XXXV.) Er forderte für den Vorsitzenden die Verfügung über die Garnison, er warf die Schuld der Badischen Zustände auf die Centrenmänner, die Reichsminister, und hielt ihnen vor, wie sehr sie verpflichtet wären, nun endlich hervorzutreten. Seine Rede rückte die Wahl seiner Person zum Reichskommissär noch mehr in ihr kurioses Licht.*)

---

*) Die Preußischen Truppen werden willenlos gebraucht und die sich gebrauchen lassen sind nicht identisch mit dem Preußischen Volke; die Linie und Landwehr stehen im Preußischen Rheinlande schon gegen einander und jene ist blindes Werkzeug einer verstockten hochverrätherischen Regierung; die Centralgewalt nimmt nach ihrem Aufrufe einseitig Partei; die Truppen in Baden sind in Debandade, ein paar Soldaten haben eine der schönsten Reichsfestungen einer Volksversammlung auf dem Präsentirteller dargebracht, und die Centralgewalt, in deren Exekutive wir uns nicht mischen sollen, hat es nicht hindern können. (Eine Stimme aus dem Centrum: Wer hat das gethan?) Persönlich die Soldaten, gehen wir auf die Ursachen zurück: Sie. Durch Ihr Schwanken und Zaudern ist das Militär in seine verzweifelte Lage gekommen. Lächeln Sie nur, aber die Zeit wird kommen, wo Sie nicht mehr lachen. Wir haben Ihnen viele Prophezeiungen gemacht. Vieles davon ist bereits in Erfüllung gegangen, und was zur Zeit noch nicht eingetroffen ist, wird noch in Erfüllung gehen. Es ist noch nicht lange her, als ich von dieser Tribüne aus sagte: nehmen Sie die Bewegung in die Hand! thun Sie dies nicht, so werden sich andere Männer finden, und diese werden Ihnen nicht lieb sein. Sie sind nicht hier, sondern sie sind weit, weit über die Linke der Paulskirche hinaus zu suchen. Wenn ich Ihnen sage, daß der Landesausschuß, der gegenwärtig in Rastatt tagt, der die Eisenbahn, die Regimenter, die Munition in der Hand hat, der die Regierung in Rastatt bildet, so komponirt ist, daß selbst Brentano und Fickler nicht eintreten wollen, so werden Sie das Argument für meine Angabe haben. Wer ist Schuld? Wer anders, als wir, die wir Nichts gethan haben, und so wird es noch weiter gehen. Es wird nicht bei Baden allein

Peucker entgegnete: die Centralgewalt habe allerdings für den Landfrieden gehandelt, insbesondere auch in Beziehung auf Rastatt ihre Pflicht gethan. Stedmann lehnte in seinem und seiner Freunde Namen jede Betheiligung an Allem feierlich ab, was auch nur entfernt zum Bürgerkriege führen könnte. Er sagte manches Treffende gegen Raveaux und die Sache seiner Freunde wäre auch ganz richtig gewesen, wäre nur nicht ihr Agitiren, nicht dessen Effekt, nicht ihre Lage die gewesen, daß sie jetzt lediglich vor den Konsequenzen ihrer Worte und Thaten zurückscheuten. Das führte ihnen, insbesondere Gagern anfassend, unter Rodomontaden aber- und abermals L. Simon zu Gemüth.*) Gagern verantwortete sich,

---

bleiben. Blicken Sie nach Rheinpreußen. Was thun Sie denn für Rheinpreußen? Nichts, Sie sehen zu. Haben Sie denn eine einzige Maßregel auch nur vorgeschlagen, oder würden Sie auf einen Antrag eingehen, der im Stande wäre, nach der Rheinprovinz Beruhigung zu bringen. Ich höre, der Herr Kriegsminister wird sagen, wir dürften nicht in die Exekutive eingreifen. Allein ich behaupte, daß der Moment gekommen ist, wo wir uns an das Formenwesen nicht stoßen dürfen. Das Vaterland ist in Gefahr! Die schönste Reichsfestung ist in den Händen von 7 bis 8 Personen, die wir nicht einmal kennen, die Festung, welche dicht an der Französischen Grenze liegt, die nach zwei Seiten hin das Badische Land beherrscht, und wir thun nichts. So wird es gehen von Tag zu Tage; oder hat die Centralgewalt Maßregeln ergriffen? Mir sind wenigstens keine bekannt, die sie ergreifen könnte. So lange die Nationalversammlung sich nicht stärkt durch einen entscheidenden Schritt, so lange wird man weder der Centralgewalt, noch der Nationalversammlung von dort aus gehorchen. Das Fieber greift weiter um sich, darum haben wir vorgeschlagen, erst hier Sicherheit zu bringen, und dann weiter zu gehen. Wir wollen die Exekutive in die Hand nehmen, ich leugne das nicht. Aber wir wollen sie nicht allein, damit man uns nicht sagen kann: ihr seid ehrgeizig! Nein! wir wollen sie nicht, nehmen Sie die Exekutive in die Hand, wir treten sie Ihnen gerne ab, aber retten Sie das Vaterland.

*) Die Gegenpartei hat selbst vielfach das Preußische Ministerium als volksfeindlich verdammt, jetzt behauptet sie die Identität der Preußischen Regierung und des Preußischen Volks; sie sagt, die Soldaten hätten geschworen, viele ihrer Mitglieder haben das auch gethan und revolutioniren doch; sollen wir nicht in die Exekutive eingreifen, so thue die Centralgewalt ihre Schuldigkeit; zum Frieden und zur Ausgleichung waren 37 wenn nicht 45 Millionen disponirt, nur 4 Königsfamilien nicht, von denen die Anarchie kommt; Riesser hat vor ein paar Tagen gesagt, wenn die Zeiten der Gefahr kämen, würde man sich auf der rechten Seite des Hauses zahlreicher schaaren als auf irgend einer andern; die leeren Bänke dort zeigen das Gegentheil; Gagern hat sich mit uns in der Erklärung vereint, daß an der Verfassung

zum Theil sehr Charakteristisches äußernd. Sichtlich blickte seine Voraussetzung eines baldigen Rücktritts des Reichsverwesers und daß er auf Preußen hoffte durch. Die Linke höhnte. Diesmal sanfter sagte er am Schluß: „Die Lacher wissen nicht, was sie thun, oder verstehen nicht, wovon die Rede ist.“ *) Nun wurde abgestimmt.

---

unwandelbar festgehalten werden solle, blieb aber in der Theorie stecken; hat sich das Militär in Rastatt für die Verfassung erklärt, dann kann vom Standpunkte der Paulskirche nur gesagt werden, die Festung sei durch berechtigten Aufruhr gegen eine den Eid auf die Verfassung verzögernde Regierung in die Hände von Männern gefallen, die auf dem Rechtsboden der Verfassung und Nationalversammlung stehen; sollte gegenüber der absolutistischen eine über die Verfassung hinausgehende Richtung auftauchen, so sind die daran Schuld, die den vermittelnden Standpunkt blos theoretisch behaupteten, und das Ende wird sein, daß sie faktisch zwischen beiden zerdrückt werden; das Verbot des Tragens von Abzeichen ist gegen die Grundrechte — wo ist eure Treue an diesen? An dem Tagsbefehl hat sichtlich die Partei mitgearbeitet, die die Verfassung nicht will; wollt ihr warten, bis die Cernirung Frankfurts vollendet ist, bis die erforderlichen Anweisungen von Berlin gekommen sind wegen der Centralgewalt, die ihr Amt nur in die Hände der Nationalversammlung zurückzulegen hat? Uebernehmt für euer Temporisiren auch die Verantwortlichkeit; wir werden von unserm Posten nicht weichen, und wenn wir durch die Verblendung der Mehrheit mit wehrloser Brust in die Bajonette hineinstürzen müßten, wir weichen nicht, uns des Lutherischen „Gott helfe mir, ich kann nicht anders“ erinnernd.

*) Meine Stellung hat mir Rücksichten auferlegt; erst wenn ich aus meiner peinlichen Lage heraus bin, werde ich meine Stellung zu der Verfassungsfrage frei nehmen können. Mit Unrecht ist der Erzherzog verdächtigt. Falsch ist behauptet, in den Absichten des Inhabers der Centralgewalt liege etwas der Versammlung Feindliches, ihre Wirksamkeit Bedrohendes; erst vor wenigen Tagen sagte er mir: „Ich bin mit dem Oelzweige hieher gekommen, ich werde niemals meine Unterstützung gewähren, weder daß man die Nationalversammlung trete, die mich hieher berufen, noch daß man die Fürsten und Regierungen mißachte.“ Zudem hat seine Gesundheit gelitten, ich glaube er ist des Amts müde, das er zum Dank der Nation verwaltet, und wird es in ganz kurzer Zeit zurücklegen. Wir sind in einer Krisis, wer aber meint, sie könne mit einem Schlage durch sogenanntes Handeln für die Durchführung der Verfassung beendet werden, hat seine, hat unsere Kräfte überschätzt. Wir wollen nicht ungewaffnet sein, und ich werde jede Maßregel unterstützen, die uns schützt gegen einen Angriff, allein ein solcher ist nicht zu besorgen, die Nationalversammlung wird immer Schutz und Vertheidigung finden. Jene Krisis hat bedeutende Schritte vorwärts zu ihrer Lösung gethan; da, wo man die größten Hindernisse der Durchführung der Verfassung zu finden glaubte, erscheinen sie nicht mehr so stark und

Es dominirte jetzt der Einfluß und Wille der Fraktion vom Nürnberger Hofe, die, wie Haym bemerkt, wol „eine Verfaſſungsbewegung im größeren Style zu organiſiren", nicht aber gewillt war, „der Furcht der Linken durch unbegründete Eingriffe in die Exekutive Konceſſionen zu machen" — und ſich die Finger zu verbrennen. Ihr ſchloß der Weidenbuſch, der gleichfalls um keinen Preis wollte, daß aus dem Konventsſpielen Ernſt werde, gegen die Linke ſich an, deren „Redner von der kühnen Sprache praktiſch gar vorſichtige Revolutionärs waren", und die durch „kleine und einleitende Mittel der Revolution allererſt Luft zu machen gedachte, für ihre eigene Haut und die Exiſtenz des Konvents fürchtete, den ſie geſpielt wiſſen wollte, und der es darum keineswegs ſicher ſchien, von Truppen verfaſſungsfeindlicher Staaten umgeben zu ſein". Der Antrag der Minderheit, die motivirte Tagesordnung, wurde mit 189 gegen 121 angenommen, Simon und Umbſcheiden erlangten die Zuerkennung der Dringlichkeit für ihre Anträge, betreffend das Verbot des Tragens von Waffen und anderen als ſchwarz=roth=goldenen Abzeichen und Maßregeln zum Schutze der Erhebung in der Bairiſchen Rheinpfalz nicht.

In der Sitzung am 15. Mai machte der Vorſitzende (Reh) zunächſt die Mittheilung, dem Erzherzoge ſei angezeigt worden, daß ein für ihn beſtimmter Abgeſandter Berlin verlaſſen habe und am 16. Mittags in Frankfurt eintreffen könne; er habe den Wunſch ausgedrückt, daß die Nationalverſammlung deſſen Ankunft abwarten möge; von ihm, dem Vorſitzenden, gebeten, den allein rettenden Weg zu betreten und das Gagern'ſche Programm zu genehmigen, das Miniſterium wieder definitiv zu ernennen, habe er erwiedert, daß er andern Tags Entſchließung faſſen und ſich würde äußern können; er habe die Worte geſprochen: „Niemand kann die Lage des Vaterlandes tiefer beklagen, als ich. Was geſchehen kann durch mich, dieſe Lage zu wenden, das Vaterland einer beſſern Zukunft entgegen zu

---

unüberſteiglich. Die Pfalz kann ruhig ſein, ſie wird die Verfaſſung auf konſtitutionellem Wege erhalten, mögen alſo keine Kräfte unnöthig aufgeboten werden, die ſchwer zu lenken und zu beſchwichtigen ſind. Es iſt nicht ehrenvoll, für vaterländiſche Zwecke fremde feile Kräfte in Thätigkeit zu ſetzen. Den lokalen Exceſſen wird eine zu große Bedeutung beigelegt, wodurch nur revolutionäre Tendenzen gefördert werden. Die Proklamation gedenkt allerdings der Verfaſſung gleich Eingangs, und der Kriegsminiſter wünſcht ſo lebendig wie Einer unter uns, daß letztere zur Durchführung komme, worin er das Heil Deutſchlands und Preußens ſieht.

führen, das wird geschehen, so weit meine Kräfte es erlauben. Ich bin ein alter schwacher Mann geworden, allein meine Liebe für das Vaterland ist noch ungeschwächte Jugend. Was man von mir auch glauben wird, der Glaube soll mir bewahrt werden, daß ich ein ehrlicher Mann bin. Die Nationalversammlung soll glauben, daß ich für sie Alles thue, daß ich keine Maßregeln unterstützen werde, die gegen die Nationalversammlung gerichtet sind; ich werde eintretenden Falls selbst mein Leben einsetzen für die Nationalversammlung." Arndt: Man hat hier in diesen Tagen unziemliche Reden über einen Herrn geführt, der unsere Majestät, unverantwortlich ist. (Die Linke: Wir protestiren.) Bleiben die Fürsten und Könige toll und verblendet, dann fahren sie dahin, wir aber sind gewiß verloren, wenn wir unsinnig und wahnsinnig zu Werke gehen. Ich will die Freiheit und Glückseligkeit nicht, wie sie jetzt auf den Gassen gepredigt wird. Uebermüthiger Umsturz führt die Tyrannei doppelt herbei. Hütet euch, die Majestät zu schänden, wo sie besteht, vor dem Bilde ihres Trägers, den ich immer noch für einen edlen Mann halte und der im Volke noch immer so heißt, unwürdig zu erscheinen, wie uns solche Vorschläge in den letzten Tagen gemacht sind. Wigard, der sich in die Irrgänge der Rede Arndt's nicht einlassen wollte: Ich protestire feierlichst gegen die Majestät, die über uns gesetzt sein soll; Preußen greift abermals über, indem es sich in die Bildung des Reichsministeriums einmischen will; eure Zögerung ist Schuld, daß solch Unglück über Sachsen gekommen; es wird über euch kommen, wenn ihr immerfort mit der Bildung eines Ministeriums zögert. Er stellte den Antrag: Die Nationalversammlung, in Erwägung, daß sie nicht zugeben kann, daß die Bildung eines Reichsministeriums von der Instruktion eines Preußischen Bevollmächtigten abhängig gemacht werde, beschließt: sofort eine Deputation an den Reichsverweser zu senden, und ihn zur Bildung eines Ministeriums noch am heutigen Tage unverweilt vor der Ankunft eines Preußischen Bevollmächtigten zu veranlassen. Allein er zog ihn vorläufig gegen einen Antrag von Bresgen, Raveaux u. A. zurück: unter Beseitigung der provisorischen Centralgewalt einen Reichsstatthalter und eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern aus der Mitte der Nationalversammlung und derselben verantwortlich zu wählen. Die im Nürnberger Hofe (Biedermann und Genossen) wollten Gagern an die Spitze stellen. Sie beantragten, gleichfalls unter Beseitigung der provisorischen Centralgewalt einen Reichsstatthalter

zu wählen, bis zu dessen Regierungsantritt der Präsident des bisherigen Reichsministeriums die Regierung im Namen desselben selbstständig fortzuführen habe.*) Schneer beantragte, daß dem Inhaber der Centralgewalt die Reichsoberhauptschaft für die Staaten übertragen werde, die die Verfassung anerkannt hätten. Die Linke vermochte das Zugeständniß der Dringlichkeit nicht zu erlangen, setzte jedoch durch, daß die Anträge nicht dem Verfassungs-, sondern dem Dreißigerausschuß überwiesen wurden, aus welchem jetzt auch Detmold und Reichensperger ausgetreten waren. Nun versuchte Wigard, jedoch vergebens, seinen Antrag durchzubringen, worauf Raveaux über den Antrag Umbscheiden's berichtete: der Dreißigerausschuß habe folgenden dringlichen Antrag Stedmann's einstimmig zu seinem dringlichen Antrage gemacht: „Der Ausschuß erkennt die Dringlichkeit des im Antrage Umbscheiden's beregten Gegenstandes (Schutz der Pfalz) an, und beantragt, daß der Bericht Eisenstuck's über seine amtliche Thätigkeit in der Bairischen Rheinpfalz, sowie die etwaigen Aufklärungen des interimistischen Reichsministeriums von der Nationalversammlung gehört werden, behält sich übrigens seine im Laufe des Tages zu stellenden Anträge vor." Es folgte eine Debatte „seltsamer Art", wie die Centralkorrespondenz ganz richtig bemerkte. „Raveaux war entweder zweideutig oder ungeschickt. Allgemein meinte man nach seinem Vortrage, der Ausschuß wolle vor der Versammlung einen Zweikampf zwischen Herrn Eisenstuck und dem betreffenden Minister herbeiführen. Als Gagern dieser Geschäftsbehandlung opponirte und Bericht und Ministerialerklärung vorerst in den Ausschuß verwiesen wissen wollte, war Raveaux derselben Meinung. Als dann aber Eisenstuck ausdrücklich jetzt zu einem Bericht das Wort verlangte, der Kommissär der Centralgewalt zu einem Bericht an die Nationalversammlung, trat des

*) Gagern scheint bis zu diesem Zeitpunkt noch oder wieder geschwankt zu haben. Hätte der Antrag eingebracht werden können, ohne daß Rücksprache mit ihm genommen war, ohne daß er irgend etwas geäußert, woraus Biedermann, Zell und Genossen Hoffnung auf ihn schöpfen mochten? Oder dachten sie ihn fortzureißen? Riesser, dessen Name jedoch unter dem Antrage nicht fehlte, mißtraute, seinem Bericht (43) zufolge, dem Gelingen des Planes, Gagern an die Spitze zu stellen. Ihn und viele Andere von seiner Richtung überzeugte der Badische Aufstand, daß Gagern der Mann nicht sei, der die Bewegung bemeistern könne, daß die Aeußersten nur seinen Namen und seine guten Dienste gebrauchen und ihn dann untertreten würden. Anderer Meinung war die Mehrzahl im Nürnberger Hofe.

Pudels Kern hervor. Die Linke wollte ihn wie einen Immediatkommissär der Versammlung behandelt wissen und war sehr erzürnt, als diese ihm das Wort für die Debatte über den Hauptgegenstand vorbehalten wollte." Der Streit wurde durch einen Vorschlag beendigt, welcher hinausschob, nicht aber verhinderte, daß die Linke ihre Absichten einige Stunden später erreichte. Langerfeldt im Einverständniß mit Fröbel beantragte, da die Angelegenheiten in der Pfalz dringend, daß sich die Versammlung bis 4 Uhr vertage, und inzwischen der Ausschuß von Eisenstuck Bericht erstatten und vom Ministerium die nöthigen Aufklärungen sich geben lasse. Dies wurde unter einer Unruhe beliebt, von welcher Reh sagte, daß sie kaum mehr zu bemeistern sei.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung berichtete Umbscheiden: der Ausschuß habe Eisenstuck und Gagern vernommen und darauf mit 16 Stimmen (Kudlich, Engel, Liebmann, Fehrenbach, Eisenstuck, Nauwerck, Spatz, Umbscheiden, Breusing, Hagen, Fröbel, Backhaus, Tafel von Stuttgart, Tafel von Zweibrücken, Raveaux, Demel) gegen 10 (Zachariä, Kierulff, Duncker, Eckert, Böcler, Sprengel, Stedmann, Welcker, Wurm, Langerfeldt) sich dahin geeinigt, folgenden Beschluß zur Annahme zu empfehlen: „Die Nationalversammlung stellt die in der Bairischen Rheinpfalz zur Durchführung der Reichsverfassung entstandene Erhebung unter den Schutz des Reichs und fordert die Centralgewalt auf, sofort die geeigneten Maßregeln zur Verwirklichung dieses Schutzes zu treffen, namentlich sogleich einen Reichskommissär in die Pfalz abzusenden, welcher seine Thätigkeit dahin entfalte, daß die Reichsverfassung durchgeführt und der Bürgerkrieg vermieden werde." Die Minderheit beantragte durch Zachariä das Nachstehende: „Die Nationalversammlung stellt die Bairische Rheinpfalz bei der in derselben zur Durchführung der Reichsverfassung entstandenen Bewegung unter den Schutz des Reichs und fordert die Centralgewalt auf, sofort die geeigneten Maßregeln zur Verwirklichung des Schutzes, der allen Rechten und Interessen gebührt, zu treffen." Zachariä wollte nichts gegen das bemerken, was Umbscheiden zur Charakterisirung der Pfälzer Bewegung gesagt; Alle könnten nur den innigen Wunsch hegen, daß es sich damit so verhalte und daß jene den Charakter für die Durchführung der Reichsverfassung rein bewahre; ein erheblicher principieller Unterschied bestehe zwischen den beiden Anträgen nicht, die Voraussetzungen wären

bei beiden dieselben, die Minderheit halte den ihrigen für umfassender und vollständiger.

Eisenstuck hatte das erste Wort. Er berichtete über den Hergang bei seiner Ernennung zum Reichskommissär (S. 434), er schilderte die Zustände der Pfalz und seine dortige Wirksamkeit mit den günstigsten Farben nach seinem Standpunkte des Radikalen, er suchte nachzuweisen, daß er sich innerhalb der Beschlüsse der Nationalversammlung, wonach das gesammte Volk aufgefordert worden, die Verfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen, gehalten habe und völlig gemäß seiner Vollmacht, zumal nach deren Geist und Zweck verfahren sei; er machte es dem Reichsministerium zum bittern Vorwurfe, ihn abgerufen, den Reichsschutz zurückgezogen zu haben, und zwar ohne Fürsorge in so bedrohlichen Zuständen durch anderweite Maßregeln.*) Für Gagern hatte Eisenstuck's Bericht äußerst peinlich sein müssen. Er fügte seiner Bestätigung dessen, was Eisenstuck über den Hergang bei seiner Ernennung zum Reichskommissär angegeben, und der Darlegung seiner Motive bei letzterer (Anh. XXVI.) die beschämende Aeußerung hinzu: „Wenn ich damit einen Fehler begangen habe, so bin ich dafür bestraft." Er leitete seine Rechtfertigung wegen der Abberufung des Pfälzer Reichskommissärs durch die Bemerkung ein, der Eindruck der „mächtigen" Rede Eisenstuck's könne bei den Unbefangenen doch nur der gewesen sein, daß letzterer bei

*) Er erzählte u. A.: der Kommandant von Landau habe ihm von der Demoralisation der Besatzung gesprochen, als Folge davon, daß man Seitens der Bürger mit den Soldaten fraternisire, ihnen freie Zeche gebe u. s. w., worauf er demselben bemerkt, daß das nach seiner Anschauung und nach der der Mehrheit der Nationalversammlung und den in dieser gefaßten Beschlüssen doch möglicherweise nichts Unerlaubtes sei — denn er sei davon ausgegangen, daß die Nationalversammlung ihrem Beschlusse und dem Boden, auf welchen sie sich gestellt, treu bleiben werde — und daß ihm demnach jenes Demoralisiren vielmehr als Moralisiren vorkomme, denn es scheine sich darum zu handeln, daß man sich von Seite der Bürger alle Mühe gebe, die Soldaten zu überzeugen, daß sie zur Reichsverfassung halten und daß sie selbst im äußersten Nothfalle eine Regierung, die, indem sie sich gegen letztere und die Beschlüsse der Nationalversammlung erkläre und sich also auf revolutionären Boden begebe, verlassen möchten, indem es jedem braven Soldaten gezieme, sich auf dem Boden des Gesetzes zu halten. Das wurde mit allseitigem Bravo der Linken und der Centren aufgenommen. Doch widersprach nachher Gagern den destruktiven Maximen nachdrücklich. Eisenstuck's Bericht enthielt der charakteristischen Züge dieser Art nicht wenige.

einer so einseitigen Parteiauffassung bezüglich seiner Aufgabe unmöglich mit einer Verwaltung Hand in Hand gehen könne, die einen anderen Standpunkt genommen. Er bemühete sich nachzuweisen, daß Eisenstuck nicht im Sinne der von ihm übernommenen Vollmacht, sondern nach einer sehr davon abweichenden Richtung gehandelt habe. Es kam dabei heraus, daß er wegen der Verpflichtungen, die er gegen den Bairischen Bevollmächtigten übernommen und nach der Sachlage habe übernehmen müssen, in die Nothwendigkeit versetzt sei, den Reichskommissär zu desavouiren, und daß er es „mit Bedauern" gethan. Ferner waren Berichte vom Kommandanten in Landau eingelaufen, deren Berücksichtigung unumgänglich gewesen, Berichte, wonach die Festung von Frankreich her gefährdet erschienen war, indem an der Grenze Polnische und Französische Officiere sich gesammelt, um an die Spitze einer in der Pfalz sich organisirenden Volksbewaffnung zu treten, während der Reichskommissär die vom Reichsministerium beorderten Truppen zurückgewiesen. Diese faulen Sachen berührend sah Gagern zu noch einem beschämenden Geständniß sich gedrungen: das Reichsministerium habe den Fehler begangen, den Kommissär nicht aufmerksam darauf gemacht zu haben, daß seine Vollmacht sich nicht auf die Reichsfestung und die militärischen Vorkehrungen für dieselbe erstrecken könne. Er brachte schließlich vorwurfsvoll die provocirende Proklamation zur Sprache, die Eisenstuck vor seiner Abreise aus der Pfalz erlassen; es gelang ihm vollkommen, wegen der Abberufung, aber freilich nicht wegen der Sendung desselben sich zu rechtfertigen; Beide hatten bei den „Unbefangenen" sich gegenseitig unsäglich bloßgestellt. Eisenstuck hatte sich im outrirtesten Tone für den Antrag der Mehrheit ausgesprochen, Gagern sprach für den Minoritätsantrag: durch seine Fassung werde die Bewegung auf einem gesetzlichern und dennoch das Ziel ebenso sicher erreichenden Boden festgehalten werden. Er kam noch einmal auf die Angelegenheiten der Pfalz zurück: dort hätten die Bestrebungen der (Centren-) Mehrheit der Nationalversammlung keinen Anklang gefunden, es sei so viel geschehen zur Herabsetzung der Thätigkeit des Ministeriums, eine gerechte Beurtheilung des Ganges der Nationalversammlung sei kaum zu erwarten, allein das ernste Bestreben, festzuhalten an der Verfassung, auf dem gesetzlichen Wege deren Durchführung zu unterstützen, werde dazu beitragen, auch derjenigen Partei Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die bisher mit der Linken nicht übereingestimmt habe, doch mit nicht minderer Entschiedenheit die

Durchführung der Reichsverfassung wolle. Zachariä, als Berichterstatter der Minorität, bemühete sich nochmals, darzuthun, daß deren Antrag sichernder, weil umfassender und weil dies auch vollständiger sei. Aus Umbscheiden's, des Mehrheitsberichterstatters Vortrage mochte Gagern ersehen, wie wenig er es nun doch der Linken recht gemacht, indem er einen Mann derselben in die Pfalz geschickt, wie groß das Mißtrauen der Allürten gegen ihn gerade nun erst, nachdem er sich, um ihnen zu Gefallen zu leben, so schwer kompromittirt, geworden war, und daß sie eben auch darum den Antrag bestimmter gefaßt wissen wollten. Umbscheiden sagte ihm u. A.: er habe durch Eisenstuck's Sendung die ganz richtige Auffassung bewiesen, aber bald wieder verloren; er habe sich vergebens darauf berufen, daß er und Beseler individuell die Beschlüsse der Versammlung so und so verstanden hätten, die Bewegung für die Verfassung in der und der Gestalt wünschten; er habe an das Verfahren Eisenstuck's den Maßstab der Vollmacht nach deren Wortlaut gelegt, während dasselbe nach den Verhandlungen des Abzusendenden mit dem Ministerium zu beurtheilen sei, worin Eisenstuck sein Verfahren deutlich angekündigt; nach der Vollmacht seien ohnehin wörtlich alle Civil- und Militärbehörden unter den Befehl des Reichskommissärs gestellt gewesen. Die Französischen und Polnischen Officiere betreffend, äußerte Umbscheiden: da keine Deutsche dort wären, die die Sache verständen, so müsse man den fremden vertrauen, die Organisation der Volkswehr in die Hand zu nehmen und zu leiten u. dgl. Hierauf die Abstimmung, in welcher der Mehrheitsantrag mit 180 gegen 136 abgelehnt, der der Minderheit durch Aufstehen angenommen wurde.*)

---

*) Haym, indem er von diesen Dingen spricht (III, 154), gesteht, die „Centralgewalt" habe mit der Sendung Eisenstuck's ein gefährliches Experiment gemacht, und äußert, letzterer sei dem Ueberschlagen der Pfälzischen Bewegung im anarchischen Sinne nicht sowol entgegengetreten, als er es befördert habe; er habe seine Instruktionen aufs Dreisteste überschritten, vor der Versammlung aber sich gerirt wie der Immediatkommissär eines Konvents, und dabei die Miene verleumdeter Redlichkeit angenommen; Gagern habe seinen pathetischen Ausführungen mit einer einfachen Darlegung der Thatsachen geantwortet; die Frage für die Versammlung sei nun gewesen, nicht blos den anarchischen Charakter der Pfälzischen Bewegung zu desavouiren, die Frage zwischen der Linken und den Centren, ob die Bewegung in Bausch und Bogen oder nur soweit suscipirt werden solle, als sie sich innerhalb gesetzlicher Grenzen auf die Durchführung der Verfassung beziehe? Die

Unmittelbar nach der Abstimmung kam ein sehr dringlicher Antrag Mittermaier's, in Erwägung der neuesten Ereignisse in Baden die Centralgewalt aufzufordern, zwei Reichskommissäre mit ausgedehnter Vollmacht nach Baden ungesäumt zu senden, um die nöthigen Maßregeln im Interesse des Landes, des Reichs und der Reichsverfassung zu treffen. Die Centren machten von der Tugend und Mehrheitsgewalt gegenüber der Linken, die in ihrer Korrespondenz gerühmt wurden, keinen Gebrauch. Der Antrag wurde sofort genehmigt. Mittermaier hatte in seiner Begründung noch ausdrücklich bevorwortet, es möchten doch ja Männer gewählt werden, die durch das Vertrauen, das sie genössen, als Männer des Volkes wirken und einen günstigen Einfluß üben könnten. Ein Schreiben, das noch desselben Tags Welcker, als Bevollmächtigter Badens, an Gagern richtete, bestimmte diesen wol um so mehr, sofort zwei Reichskommissäre für Baden zu ernennen — Zell und Christ — Zell! und mit Vollmacht zu versehen. Es war doch, als ob er beabsichtigte, aller Welt Räthsel aufzugeben. (Anh. XXXV.) Auch die Parteiäußerungen der kaiserlosen Kaiserlichen zeigten seltsame Kontraste. Die Centralkorrespondenz rühmte deren starke Stellung und kräftige Haltung gegenüber der Linken, insbesondere ihren parlamentarischen Sieg am 15., wobei sich jedoch aufdrängte, daß es, wenn ein solcher gewonnen war, mit der Behauptung ihrer Redner, wonach gar kein wesentlicher Unterschied zwischen den Anträgen obwalten sollte, keine Richtigkeit

---

vereinigten Centren gaben gegen die Linke die Entscheidung. Dazu bemerkt Haym: das Gefühl der Centren bei diesem Siege sei nicht ohne Wehmuth gewesen; so viel Sinn für Gesetzlichkeit, so viel Mäßigung und so viel Widerstandskraft sei noch in dem kranken verstümmelten Parlamentskörper gewesen. „Welch ein Organon hatte die verblendete Politik der Regierungen muthwillig verstimmt und geschändet!“ Haym's Bericht enthält auch hier nicht die leiseste Spur einer Erkenntniß des Unverstandes und Hochmuths, des Muthwillens oder doch der Unbesonnenheit seiner Partei. Die C.-K. sprach von der sichtbar gewordenen Gefahr, daß durch den Zuzug von exaltirten Köpfen und allerlei Gesindel, vielleicht auch von Franzosen, die Bewegung über die Grenzen hinausgehe, welche selbst ihre bisherigen Leiter ihr setzen wollen; Eisenstuck sei gewiß in gutem Glauben bei seinen Erlassen gewesen, aber er habe die Gefahr des Ueberschlagens sehr vermehrt. Von einem Schuldantheile Gagern's bei dem gefährlichen Spiel mit diesen Dingen an der Französischen Grenze hatte sie kein Bewußtsein.

nicht haben konnte. Und dann sang E. M. Arndt im Heidelberger Organ ein „Lied aus dem Weidenbusch", dem Weidenbusche „der Wehmuth" von den „Männern der Wehmuth und Trauer", das freilich doch wieder mit siegträumerischen Hoffnungstönen schloß.*)

---

*) Die C.-K. am 16., nachdem sie über und wider den Beschluß vom 10. sich ausgesprochen: „In allen anderen Beziehungen, in dem gemeinsamen Widerstande gegen die Bestrebungen der Linken, sind wir nach wie vor treu vereinigt und haben diesen gegenüber noch immer die entschiedene Mehrheit. Das Verlangen der Linken, die Preußischen und Oesterreichischen Truppen aus Frankfurt zu entfernen, ein Verlangen, welches, wie in L. Simon's Rede sich zeigte, wenigstens bei Manchen, weit mehr aus der Besorgniß für die einzelnen, vermeintlich bedrohten Personen der Linken, denen „das Lebensflämmchen auszublasen ein Kleines sei", als aus der Besorgniß für unser Werk, die Reichsverfassung, hervorging, und dessen Erfüllung andererseits im gegenwärtigen Augenblicke nur zu leicht dazu hätte mißbraucht werden können, um die Versammlung dem Terrorismus der Massen preiszugeben, dieses Verlangen haben wir mit einer Mehrheit von 68 Stimmen abgelehnt. Bei der gestrigen Verhandlung über die Pfalz ferner haben wir es durchgesetzt, daß die Bewegung in der Pfalz nur insoweit anerkannt ist, als sie auf Durchführung der Reichsverfassung gerichtet ist, daß die Versammlung sich für einen gleichmäßigen Schutz aller Rechte und Interessen in der Pfalz erklärt, und die Wahl der geeigneten Maßregeln zu diesem Schutze der Exekutive überlassen hat. Ob nach solchen Abstimmungen die Nationalversammlung bereits zum Konvente geworden, ob die erbkaiserliche Partei von der Linken ins Schlepptau genommen ist, wie die „Deutsche Reform" zu behaupten wagt: die Entscheidung hierüber können wir dem Urtheile des Deutschen Volkes getrost überlassen. (Anh. XXXV.)

Die Nationalversammlung am 16. Mai (Sendung des Obersten Fischer, Abberufung der Preußischen Abgeordneten, Anträge wegen Einsetzung einer Reichsregentschaft, das letzte Reichsministerium). — Die Nationalversammlung am 17. Mai (Programm des Reichsministeriums, Mißtrauenserklärung gegen das Reichsministerium).

Inzwischen waren in Berlin die wichtigen Entscheidungen, auf welche Gagern und mit ihm seine Parteigenossen, zum wenigsten die Eingeweihten, so sehnlich warteten, eingetreten, nicht freilich so wie sie von ihnen erwartet wurden, vielmehr zum Theil ihre Hoffnungen täuschend statt erfüllend, worauf dann der Rest der letztern durch das, was der Erzherzog that, vereitelt wurde. Hatte man in Berlin die Centralgewalt längst gewünscht, so hielt man jetzt den Augenblick für günstig, sie zu erlangen und ernstliche Schritte dazu zu thun, während man zugleich die Nationalversammlung, die verbraucht und hinderlich erschien und nicht mehr gescheut wurde, beseitigen wollte. Der Plan ging dahin, daß der Erzherzog die Nationalversammlung auflösen und seine Gewalt in die Hände des Königs niederlegen solle. Das war am 13. nach Frankfurt an den Bevollmächtigten durch telegraphische Depesche kund gegeben. Ob Gagern der ganze Inhalt der letztern und des Auftrags des Obersten Fischer mitgetheilt wurde, ist zu bezweifeln und vielleicht eher unwahrscheinlich als wahrscheinlich; ersichtlich ist, daß er Hoffnungen daran knüpfte, woraus seine betreffenden Aeußerungen in der Sitzung am 14. sich erklären. (Anh. XXXVI.) Gleichzeitig mit der Abreise des außer-

ordentlichen Bevollmächtigten nach Frankfurt war — sei es, daß man ungeduldig geworden, dem Erzherzoge einen weiteren Anstoß geben wollte oder seiner Kraft ohne die Unterstützung durch eine solche Maßregel nicht traute — die Abberufung der Preußischen Abgeordneten beschlossen und verfügt worden, womit Preußen seinerseits die Nationalversammlung aufgab. Durch Verordnung vom 14. Mai wurde das Mandat der Preußischen Abgeordneten für erloschen erklärt, und verfügt, daß sich dieselben jeder weiteren Theilnahme an den Verhandlungen der Nationalversammlung zu enthalten hätten. An demselben Tage erfolgte eine Instruktion an den Bevollmächtigten in Frankfurt. Die Preußische Regierung erklärte darin unter ausführlicher Motivirung, daß sie die Versammlung als auf gesetzlichem Boden stehend nicht mehr anerkenne und deshalb die weitere Theilnahme der Preußischen Abgeordneten nicht für zulässig erachte. Am 15. folgte der Aufruf des Königs von Preußen „An mein Volk". Die Verordnung erschien gleichfalls am 15. im Staatsanzeiger, welchen man folgenden Tags in Frankfurt erhielt. Sie war gegen dringendes Abrathen Stüve's erlassen, der sich auf ein paar Tage nach Hannover entfernt hatte, und zog dann freilich Hannover und Sachsen auf dem von Preußen eingeschlagenen Wege nach. In jedem Falle täuschte das, was der Oberst Fischer, der am 16. in Frankfurt eintraf, wirklich brachte — die gedachten Aufforderungen an den Erzherzog nebst der Abberufungsordre — und das Verhalten des Erzherzogs, die Erwartung Gagern's, des Berliner Kabinets. Gleichviel, ob es andem ist oder nicht, daß der Oberst dem Erzherzoge gegenüber barsch und ungeschickt auftrat, der letztere wies ihn ab.

Auf diese Vorgänge bezog sich eine Mittheilung des Vorsitzenden zu Anfange der Sitzung am 16. Mai, die um vier Uhr Nachmittags begann: zufolge einer Eröffnung des Erzherzogs sei der erwartete Bevollmächtigte von Berlin eingetroffen, und zwar mit dem Auftrage, die Preußischen Abgeordneten abzurufen und „die hiesigen Verhältnisse sich anzusehen". Wäre der Erzherzog zur Auflösung entschlossen gewesen, so hätte man ihn allenfalls von dem auf die letztere sich beziehenden Auftrage reden lassen können, da er aber nicht wollte, so würde durch das Bekanntwerden desselben das Odium gegen Preußen gemehrt sein. Der Erzherzog war so schonend, zu schweigen, und so ließ man ihn sagen, Fischer habe den Auftrag sich die Verhältnisse anzusehen. Die erstere

Ankündigung wurde mit fast lautloser Spannung, die weitere, der Bevollmächtigte solle sich die Verhältnisse ansehen, mit dem unanständigsten, einem „gar nicht olympischen" Gelächter, wie Haym sagt, aufgenommen. Die Kunde der Abberufung hatte in den Centren und besonders bei den Preußischen Abgeordneten den heftigsten Zorn gegen die Preußische Regierung erregt. Man vernahm Aeußerungen, von denen das, was Haym (III, 157) sagt, nur noch ein schwacher Nachhall ist. Unmittelbar nach der erfolgten Mittheilung kam eine Erklärung zur Verlesung, welche G. Beseler entworfen hatte und die rasch von 55 anderen Preußischen Abgeordneten unterzeichnet war. Es hieß darin: das Mandat könne von einer Regierung nicht aufgehoben werden; man finde sich durch die Preußische Verordnung nicht verpflichtet; man nehme das Recht in Anspruch, allein nach eigenem gewissenhaften Ermessen über Bleiben oder Austreten zu entscheiden. Widenmann, welchem sich nahe an 50 Andere (unter ihnen Dahlmann, Saucken, Simson, Lette, Zachariä aus Göttingen, Francke) anschlossen, beantragte dringlich, zu erklären, daß die Abberufungsordre für die Preußischen Abgeordneten unverbindlich, und die Erwartung vom Deutschen Patriotismus der letzteren auszusprechen, daß sie sich der ferneren Theilnahme an den Verhandlungen der Nationalversammlung nicht entziehen würden. Die Dringlichkeit wurde bereitwillig zugelassen, Abstimmung ohne Diskussion, der Namenaufruf verlangt. Es stimmten für den Antrag 287, gegen denselben 2, 10 enthielten sich der Abstimmung. Als diese beendet war, beantragte Groß aus Prag nebst mehreren Anderen dringlich, die eben gefaßten Beschlüsse in Beziehung auf die im April erfolgte Abberufung der Oesterreichischen Abgeordneten zu wiederholen. Auch dieser Antrag wurde mit einer beträchtlichen Mehrheit angenommen. Hermann, Buß, Döllinger erklärten, da die Versammlung selbst durch ihre Beschlüsse über die Oberhauptsfrage Großdeutschland unmöglich gemacht und zur rechten Zeit gegen die Abberufung der Oesterreichischen Abgeordneten nichts gethan habe, so sei ihnen der Antrag als ein sehr überflüssiger Anachronismus erschienen. Reichensperger und Grävell zeigten ihren Austritt an, letzterer „in Gemäßheit der ergangenen Abberufung" der Preußischen Abgeordneten.

Die Sitzung war auf Eisenstuck's Antrag beschlossen und angesetzt, doch ohne Bestimmung eines Berathungsgegenstandes. L. Simon brachte einen solchen, indem er wegen angeblichen

Einmarsches von Truppen nach Baden interpellirte.*) Die Dringlichkeit wurde zugestanden, allein der Kriegsminister war nicht anwesend, hatte auch bereits erklärt, daß er auf Interpellationen nicht mehr antworten könne. Nun wurde einer Interpellation M. Mohl's, wegen des Zuzugs Preußischer Truppen nach Frankfurt, die Dringlichkeit aberkannt. Inzwischen hatte sich Raveaux besonnen; er interpellirte den Präsidenten: da die Abberufung auch auf andere Weise sich hätte bewerkstelligen lassen und der Preußische Bevollmächtigte die Sachen sich schon ein Jahr angesehen, und da Beides nicht als eine Instruktion erscheine, so dürfte die betreffende Mittheilung keine vollständige gewesen sein — ob das nun in Wahrheit alle Aufträge wären, von welchen der Reichsverweser die Bildung eines neuen Ministeriums abhängig gemacht habe? Der Vorsitzende erwiederte: er habe nichts Weiteres mitzutheilen als das bereits Mitgetheilte. Hierauf beantragte L. Simon, daß der Kriegsminister aufgefordert werde in der Sitzung zu erscheinen, um Auskunft über die Beorderung von Truppen gegen das Badische Volk zu geben. Ueber die Dringlichkeit mußte durch Zettel abgestimmt werden. Während des Einsammelns trat Grävell ein und nahm auf der Ministerbank Platz. Man lachte, es wurde gerufen, er sei nicht mehr Abgeordneter. Grävell entfernte sich wieder. Die Dringlichkeit wurde mit 165 gegen 122 abgelehnt. Der Vorsitzende forderte zur Berichterstattung des Dreißigerausschusses auf. Man rief: das neue Ministerium ist ja da! Er entgegnete, daß er davon noch keine Mittheilung habe. L. Simon berichtete, der Ausschuß habe nach Erwägung der am 15. eingebrachten Anträge von Bresgen, Biedermann u. s. w. beschlossen, daß sofort mit absoluter Stimmenmehrheit eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern durch die Nationalversammlung und aus der Nationalversammlung und dieser letztern verantwortlich, zum Zwecke der Durchführung der Reichs-

*) „Ist es wahr, daß der Herr Reichskriegsminister, welcher gegen die Preußische rothmonarchische Anarchie in Dresden, welche dem Reich den blutigen Handschuh ins Gesicht geworfen hatte, den Herren Reichskommissären keinen Mann zur Verfügung zu stellen hatte, nunmehr gegen das Badische Volk, welches sich für die Reichsverfassung erklärt hat, und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Offenburger Volksversammlung und des Landesvertheidigungsausschusses die Bürger in und außer der Armee vereidigen ließ, sofort ein Aufgebot von Hessischen oder Würtembergischen Truppen oder von Truppen beider Staaten erlassen hat?“

verfassung und der Beschlüsse der Nationalversammlung gewählt werden solle, sowie dringlich zu empfehlen, daß die Verhandlung sofort erfolge. Die Minderheit schlug vor, den Antrag zur förmlichen Berichterstattung sowol über denselben, als die übrigen dem Ausschusse zugewiesenen Anträge an letztern zurückzuweisen, um demnächst in der Freitagssitzung (am 18.) den zu erstattenden Bericht zu berathen. Der Berichterstatter der Minderheit (Sprengel) gab als Motiv an, daß die erst im Laufe des Tags vom Ausschuß beschlossenen Anträge nicht auf der Tagesordnung ständen und daß die Minderheit es der Deutschen Nation nicht glaube verantworten zu können, in die Erledigung einer Frage, von deren Entscheidung die ganze Zukunft abhänge, in Form eines dringlichen Antrages einzutreten, ohne Rücksicht auf die gründliche Geschäftsbehandlung, welche die Geschäftsordnung vorgeschrieben. Daß man sofort in die Berathung einging, konnte Simon nicht durchsetzen, und auch das wurde nach heftigem Streite verneint, den Gegenstand anderen Tags zu verhandeln. Der Vorsitzende kündigte denselben als die Tagesordnung für den zweitfolgenden Tag an und erklärte die Sitzung für geschlossen, als ein Antrag auf Anberaumung einer außerordentlichen Sitzung am nächsten Tage kam. Er erklärte, daß er demselben, da er 100 Unterschriften habe, Folge geben müsse. Hierauf die Mittheilung eines Schreibens von Gagern. Der Erzherzog habe Grävell zum Minister des Innern und einstweiligen Vorsitzenden im Ministerrathe ernannt.

Der Erzherzog hatte sich von Anfang in einer eben so unerfreulichen als mißlichen Lage befunden. Sie war eine beträchtlich schlimmere geworden durch das Hinausdrängen Schmerling's. Das Ministerium Gagern hatte von seinem Eintritt an auf ihn gedrückt, ihm schließlich zugemuthet, Genoß und Werkzeug des Bundes mit den Anarchisten zu werden, wodurch sich Gagern zu Grunde richtete. Als ihn Gagern in die Lage gebracht, zwischen Genehmigung des Programms, die ihm moralisch unmöglich war, Resignation oder Bildung eines neuen Ministeriums wählen zu müssen, entschloß er sich zwar, einen Versuch mit dem Letztern zu machen, allein es zeigten sich dabei so große Schwierigkeiten, daß er vom einen zum andern Tage auf seine Abreise gedacht haben soll. Mehr als eine Kombination fiel gänzlich zu Boden. Zu Denen, welche ihm als geeignete Persönlichkeiten genannt wurden, gehörten der Fürst Wittgenstein, Gombart, Bothmer, Jochmus. Er behielt sich Unterhandlung

mit dem Fürsten selbst vor und stieß dabei auf mancherlei Schwierigkeiten, die nach allem Anschein unmittel- oder mittelbar von Gagern und dessen Freunden in den Weg geworfen wurden; er beauftragte Bally mit Jochmus und Bothmer zu reden. Jochmus sagte zu, Bothmer lehnte in der bestimmtesten Weise die Annahme eines Portefeuilles ab und bezeichnete Detmold als den Geeignetsten. Der Erzherzog ging auf diesen Vorschlag sofort ein, Detmold weigerte sich eben so bestimmt, bestärkte aber den Erzherzog in seinem Vorhaben, seinem wankenden Entschlusse, indem er ihm die fast allgemein und namentlich von Gagern für unmöglich gehaltene Möglichkeit eines außerhalb der parlamentarischen Mehrheit stehenden Ministeriums zeigte, den Gedanken zu einem Programm an die Hand gab und dazu einwilligte, auf jede Weise behülflich zu sein. (Anh. XXXVI.) Bally hatte den Namen Grävell genannt, war dabei jedoch auf allgemeinen Widerspruch, insbesondere beim Erzherzoge und bei Detmold gestoßen, der indeß (11. Mai) seine Meinung änderte und zur Unterhandlung mit Grävell rieth. Diese wurde sogleich angeknüpft, Grävell war bereit und nach einer Stunde mit der Bildung des Ministeriums beauftragt, in welchem er bis zur Annahme und Ankunft des Fürsten Wittgenstein den Vorsitz führen sollte, wozu Jochmus ohne Anstand einwilligte. (Anh. XXXVI.) Allein es gelang ihm nur, einen Einzigen zu gewinnen, Gombart, und dieser nahm nach 24 Stunden seine bedingte Zusage wieder zurück. Die von Preußischer Seite an ihn gestellten Zumuthungen hatten den Erzherzog in der Absicht der Nichtresignation und dem Wunsche der Bildung eines neuen Ministeriums bestärkt, allein die Ankunft des Obersten Fischer war stündlich zu erwarten, es wäre Alles gescheitert, hätte sich nun Detmold nicht zum Eintritt bestimmen lassen und dann auch Merck zu bewegen gewußt, mit welchem es eben so schwer hielt, als es mit ihm gehalten.

In der Sitzung am 18. sprach sich Grävell über die Gründe aus, welche den Erzherzog bewogen, nicht sofort abzutreten, und die die neuen Minister vermocht, „ihn nicht im Stich zu lassen, sondern auf seinen Wunsch dies unangenehme Geschäft und Amt zu übernehmen". Er benannte den Wunsch auch jetzt noch eine Verständigung herbeizuführen — und der Erzherzog habe zu einem letzten übrig gebliebenen Versuch am vorigen Tage einen Kourier (Bally) nach Berlin mit einem Schreiben an den König abgesandt, das eine kategorisch gestellte Frage enthalte — ferner das Gebot der Gewissen-

haftigkeit, die Centralgewalt nur in diejenigen Hände zurückzulegen, aus welchen der Reichsverweser sie empfangen — die der Nationalversammlung und die der sämmtlichen Regierungen — endlich die Rücksicht auf den Dänischen Krieg, indem der Rücktritt des Reichsverwesers eine Spaltung Deutschlands zur Folge haben würde, England auf die Abschließung eines Waffenstillstandes dringe und als sein Hauptargument die Zwietracht in Deutschland bezeichne. Indeß bestimmten auch noch andere Gründe den Erzherzog und insbesondere Detmold: namentlich die Art und Tendenz des Preußischen Verfahrens; der Zustand, welcher in der Stadt Frankfurt und dem Deutschen Südwesten drohete, wenn der Erzherzog in einem Moment auf die Zumuthungen Preußens einging, wo von allem Erforderlichen nichts vorgekehrt und die Nationalversammlung ohnehin im Begriff war, in eine revolutionäre Centralbehörde, insbesondere für die Empörung in Baden, Pfalz, am Rhein hinab, sich umzuwandeln; die Gefährde Gesammtdeutschlands, des gesetzlichen Bestandes und aller ordnungsmäßigen Entwickelung, wenn er es Preußen ermöglichte, ja wenn er, das Odium auf sich und mittelbar auf Oesterreich nehmend, Preußen die Hand bot zu momentaner Gewinnung der Hegemonie, zu Unterbrechung, nur schwer wieder einzubessernder Unterbrechung der Rechtskontinuität, mit anderen Worten, wenn er den Gedanken Kleindeutschland, das so anhaltend und mühsam bekämpfte, längst im Scheitern begriffene Projekt der Gagern-Preußischen Partei, weichend nun doch noch durchdringen ließ, und wenn es andererseits nicht ihm ermöglicht wurde, die Centralgewalt so lange fortzuführen, bis Anordnungen getroffen wurden, wonach er sie den sämmtlichen Berechtigten zu Errichtung eines Organs gemeinsamer Leitung zurückgeben konnte. Hat man den Hergang und die Motive bei der Bildung des letzten Reichsministeriums vor Augen, so tritt zugleich die Bedeutung derselben hervor und nicht minder erklärt sich der Zorn vornämlich der Gagern-Preußischen Partei. Resignirte der Erzherzog, weil er keine Minister fand, so trat ein ganz anderer Gang der Dinge ein. Nöthigung dazu wäre Anbahnung und Förderung Preußischer Willkür in den Deutschen Verfassungsangelegenheiten gewesen, und doch nicht um Preußen in Deutschland gewinnen zu machen, sondern um Deutschland das Chaos zu bringen — das war ein vornehmstes Motiv. Die zahlreichen Ablehnungen gehören zu den Beweisen, wie verzweifelt es fast Allen erschien, dem Erzherzoge jetzt zur Seite zu treten. Es wurde fast durchgehends für nutzlos, ja für

undurchführbar, für abenteuerlich erklärt; es setzte unausbleiblichen großen Beschwerlichkeiten, Beleidigungen, persönlicher Gefährde aus; es war ein Wagniß, das keinerlei Gewinn verhieß und gewisse Aufopferung erforderte. Haym's von Aerger und Ingrimm diktirte Darstellung ist kaum irgendwo weiter entfernt das Richtige zu treffen, als bei diesem Gegenstande. (Anh. XXXVI.)

Als in der Sitzung der Nationalversammlung die Mittheilung über die Bildung des neuen Ministeriums erfolgt war, entstand eine beträchtliche Unruhe, unter welcher Grävell das Wort forderte und erhielt. Das neue Ministerium bestehe, soweit es anwesend, aus den Herren Detmold, Jochmus, Merck; der Kriegsminister werde sehr bald eintreffen, die Anzeige des vollständig besetzten Ministeriums und das ministerielle Programm würden der Versammlung zugehen. Er fügte hinzu, man möge ihm glauben, daß er mit dem redlichsten Willen zu nützen und Schaden abzuwenden das Amt übernommen, das er sicher — so ständen die Sachen — nicht lange führen werde. Er war mehrfach durch ungezogene, zum Theil — wie bei Jochmus Nennung — geradezu bubenhaft zu nennende Zwischenrufe unterbrochen, seine Schlußworte und seine Rückkehr auf die Ministerbank begleitete Gelächter, neben welchem jedoch Verblüfftheit deutlich zu bemerken war. Unmittelbar darauf übergab L. Simon eine Interpellation, der schon vor der Vorlesung die Dringlichkeit zugestanden wurde: „Ist der neue Herr Ministerpräsident dazu bereit, die von der Nationalversammlung vollendete und verkündete Deutsche Reichsverfassung, von deren Errichtung die Centralgewalt durch Artikel 3 des an dieser Stelle feierlich beschworenen Gesetzes vom 28. Juni ausgeschlossen worden, in Gemäßheit des Artikel 15 desselben Gesetzes unverkümmert in Ausführung zu bringen?" Grävell entgegnete, es möge das ministerielle Programm erwartet werden, das die Frage deutlich beantworte. Es folgte eine leise Meinungsäußerung des Vorsitzenden: „Ein dringlicher Antrag liegt vor; er ist kurz und bündig; die Nationalversammlung erklärt: das neugebildete Ministerium besitzt das Vertrauen der Mehrheit des Hauses nicht." Der Antragsteller (Ziegert) fügte sich dem allseitigen Zuruf: „Zurückziehen!" Dann wurde die Sitzung geschlossen. Es war eine unglückliche Folge der Lage, in welche der Erzherzog gebracht war, gewesen, daß er eben Grävell in sein Ministerium hatte berufen müssen. Wie eckig oder lächerlich dieser aber sein und was man gegen ihn einzuwenden haben mochte, er war dagestanden als

Vertreter des Reichsverwesers, er hatte gesprochen Namens der Centralgewalt, die man in ihm beschimpft, mit welcher man sich selber heruntergesetzt; die Nationalversammlung hatte wieder einmal eklatant gezeigt, daß sie ihre Würde nicht zu wahren wußte, sich nicht auf konstitutionelle, nicht auf republikanische und überhaupt auf Sitte nicht verstand. Haym vergleicht den letzten Auftritt einer Narrenscene. Wenn er es war, wer machte ihn dazu? Die unmöglich geglaubte Bildung des neuen Ministeriums sollte das Werk einer „Teufelei“ Detmold's sein. Was war die Verdrängung des Ministeriums Schmerling, was waren die Anschläge und Bemühungen, den Reichsverweser zur Abdankung zu nöthigen und die Centralgewalt einem Einzelstaat in die Hände zu spielen, gewesen? (Anh. XXXVI.)

Der 17. Mai war ein Festtag, der Himmelfahrtstag. Die Sitzung fand daher erst Nachmittags Statt, wo alles Volk Zeit hat und sich umherzutreiben pflegt. Dazu waren alle Räume für die Zuhörer geöffnet, auch die seit langer Zeit geschlossenen, selbst die Bibliothek, um die aufgeschobene Verurtheilung des neuen Ministeriums so feierlich als möglich zu machen. Die Haltung der eintretenden Abgeordneten trug bei, die Gallerien aus Rand und Band zu bringen. Die Linke glaubte sich umgarnt, gefangen, verrathen, fürchtete einen Anschlag, dachte mit Sorge daran, daß die verfassungsfreundlichen Truppen immer weiter von Frankfurt entfernt würden, blickte mit Bangniß auf die Preußischen und Oesterreichischen Bataillone. Die Centren waren noch weit mehr entmuthigt, aber voll Gift und Galle. Zu Anfange und während der Sitzung kamen abermals unangenehme Austrittserklärungen, u. A. legten Graf Giech und Rotenhan das Mandat nieder, weil die Nationalversammlung das ihrige überschritten, eine Bahn betreten habe, auf welcher man nicht folgen dürfe. Schimpfen und Toben des Galleriepöbels empfing die eintretenden Minister. Grävell beantwortete ein paar wenig bedeutende Interpellationen von Mohr und Rösler. Sodann Mittheilung einer Zuschrift des Reichsverwesers, worin dieser ein Schreiben des Preußischen Bevollmächtigten, betreffend die Abberufung der Preußischen Abgeordneten nebst Anlagen, der Verordnung und dem Berichte des Preußischen Staatsministeriums, nur mit dem Zusatze mittheilte: da die Angelegenheit lediglich die Gestaltung der Nationalversammlung betreffe und diese darüber schon Beschluß gefaßt habe, so sei von seiner Seite nichts Weiteres dabei zu thun. Ein zweites Schreiben von

ihm kündigte an, daß er den Generallieutenant Jochmus zum Minister des Aeußern und der Marine, den Advokaten Detmold zum Minister der Justiz, den Deputirten Merck zum Minister der Finanzen ernannt habe, daß der ernannte Kriegsminister noch nicht eingetroffen sei und daß das Ministerium des Handels unbesetzt bleibe, weil nach dem Bericht und Antrage des abgetretenen Handelsministers die Arbeiten desselben soweit gediehen, daß ohne die Bestimmung der Ausdehnung und der politischen Gestaltung Deutschlands kein Schritt weiter zur Ausführung gethan werden könne und weil der neue Finanzminister ausdrücklich dieses Departement abgelehnt habe, damit bei seiner bekannten Richtung im Handels- und Zollwesen Jedermann überzeugt sein könne, daß der Zukunft überall nichts darin präjudicirt werde.

Ueber das aufzustellende ministerielle Programm hatten vielfache Erörterungen stattgefunden. Grävell hatte sich nicht leicht davon abbringen lassen, daß ein von ihm verfaßtes unendlich langes vorgelegt werde, das er bald darauf als Privatarbeit („Mein Glaubensbekenntniß") veröffentlichte. Detmold hatte seinen sehr kurzen Entwurf durchgesetzt, den der Erzherzog als von ihm genehmigtes Programm bei jener zweiten Zuschrift übersandte. Es gab der Centralgewalt die ihr gebührende und angemessene Stellung, brachte sie nach allen Seiten in eine feste Stellung: „1) Die Errichtung des Verfassungswerkes ist durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 von der Thätigkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. Schon aus diesem Grunde hält die Centralgewalt eine Wirksamkeit behufs Durchführung der Verfassung für außerhalb ihrer Befugnisse und Pflichten liegend. Wie sie jedoch einerseits gern bereit ist, eine Anerkennung der Verfassung bei den Regierungen zu vermitteln, so erachtet sie es andererseits als durch die ihrer Obhut anvertraute Wohlfahrt und Sicherheit Deutschlands geboten, allen ungesetzlichen und gewaltsamen Bewegungen, welche die Durchführung der Verfassung zum Vorwand oder Anlaß haben, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, sobald die Hülfe und Vermittelung der Centralgewalt von der betreffenden Regierung nachgesucht wird. 2) Wie die Centralgewalt innerhalb der ihr durch das Gesetz vom 28. Juni angewiesenen Kompetenz von der der Reichsversammlung zustehenden Errichtung des Verfassungswerkes sich durchaus fern gehalten hat und ferner zu halten entschlossen ist, also erachtet sie es auch als eine Pflicht, die ihr ausschließlich zustehende Regierungs-

gewalt vor jeder Einmischung zu bewahren, und jeden Eingriff in dieselbe zurückzuweisen." Wenn dies Programm gewaltet hätte statt des Gagern'schen, mit welchem die Centralgewalt, die Nationalversammlung beim Bankerott, das ganze Verfassungswerk, die kostbare Aufgabe in solcher Gelegenheit beim Scheitern angelangt waren! Es konnte jetzt nicht mehr wiedererbringen, aber noch immer eine Reparation der ärgsten Fehler einen Ausgang ohne Verderb und ein Ende ohne Unehre herbeiführen, hätte sich's die Nationalversammlung zum Regulativ dienen lassen, wozu ihr jedoch die Einsicht und Selbstbeherrschung fehlte. Es gab dem Programm und Projekt Gagern's und seiner Partei den letzten Stoß, ihren letzten Berechnungen, Hoffnungen, Anstrengungen als ein unüberwindliches Hinderniß sich in den Weg legend. Indem es, der Ernennung des neuen Ministeriums folgend, wodurch die Intrigue gegen den Reichsverweser vereitelt war, jenen Anstrengungen, den revolutionären Gelüsten der „zur Durchführung der Reichsverfassung" alliirten Parteien so offen entgegentrat, versetzte es die letzteren in den höchsten Zorn; die maßlosen und ohnmächtigen Aeußerungen dieses Zorns bezeugten um so mehr einen wirklich staatsmännischen Gedanken und richtigen Griff in sehr verwickelter und schwieriger Lage auf der Seite, gegen welche sie gerichtet wurden, gerichtet wurden von Berufenen zu einer politischen Aufgabe, und die sich selbst und unter einander für die Ersten, die Patrioten par excellence, für Meister oder gar untrüglich hielten und nun wie nur je als Dilettanten in politischen Dingen, als selbstsüchtigste, ihrer Affekte nicht mächtige Parteimenschen sich benahmen. Die Centralgewalt hatte sich von ihnen nicht zum Werkzeuge ihrer Parteizwecke machen, sich von ihnen nicht lahm legen lassen wollen, hatte trotz ihnen Minister gefunden: nun sollte sie dennoch zerstört oder doch heruntergesetzt und entkräftet werden; die Deutscheeinheits- und Ordnungsmänner trachteten sie zu nöthigen, des Organs sich zu begeben, wodurch sie allein bestehen konnte, oder doch sie mit demselben zu diskreditiren; sie öffneten durch einen gleich gehässigen und unbesonnenen Anlauf gegen das neue Ministerium den Radikalen die Wege zu tumultuarischer Einsetzung einer revolutionären Regentschaft — abermals nichts ausrichtend für das was sie meinten und wollten, abermals nur als Bahnbrecher der Revolte sich darstellend und operirend. Sofort waren zwei dringliche mit lautem Bravo aufgenommene Anträge auf eine Mißtrauenserklärung gegen das neue Ministerium da — von Welcker und von —

Freudentheil! Welcker und Freudentheil, abgeblühte Berühmtheiten, sofern sie solche gewesen waren, zu Grunde gegangene Namen; Freudentheil, der nur einmal in Hannover etwas, in Frankfurt von Anfang nichts bedeutet hatte; Welcker, der in Frankfurt Schiffbruch gelitten und sich nur mühsam über Wasser hielt — wie viel Vertrauen hatten, wie viel Vertrauen verdienten, wer waren sie, die diese Anträge stellten? Hatten sie sich dazu vorgedrängt oder hatten ihre Parteigenossen sie, eben sie dazu auserfehen? War das Letztere der Fall — und präparirt war die parlamentarische Komödie — was für ein Zeugniß gaben die Auftraggeber sich selbst? Es sollte sich sehr bald zeigen, daß es nur die Centrenmänner waren, von welchen der Sturm ausging, sie, die soeben ohne Glück und ohne Ruhm Sturm gelaufen hatten gegen ein Ministerium, das schließlich einen Boten hergeschickt mit der Ordre, sie heimzuschicken und sich ihre Sachen anzusehen.*) Beiden Anträgen wurde sofort die Dringlichkeit zuerkannt; indeß war der Lärm der Art, daß der Vorsitzende bemerkte, das Haus sei wahrhaft überfüllt, es sei unmöglich, die Verhandlungen zu leiten, wenn nicht strenge Ruhe gehandhabt werde; er bat inständig, daß man sich ruhig verhalten möchte.

---

*) Antrag Welcker's: „Die Nationalversammlung erklärt, nachdem sie die Ernennung des Reichsministeriums und dessen Programm vernommen, daß sie zu diesem Ministerium nicht das geringste Vertrauen haben kann, sondern vielmehr diese Ernennung unter den obwaltenden Umständen als eine Beleidigung der Nationalrepräsentation betrachten muß. Sie beschließt, dem Erzherzog Reichsverweser alsbald durch eine Deputation das bestimmte Ansuchen zu stellen, baldigst ein Reichsministerium zu ernennen, welches gewillt und geeignet ist, die Reichsverfassung durchzuführen und in Vollzug zu setzen, und Höchstdessen Erklärung in Beziehung auf dieses Ansuchen entgegenzunehmen.“ Antrag Freudentheil's: „In Erwägung, daß nach dem parlamentarischen Verhalten, welches die angekündigten Reichsminister beobachtet, nach den Grundsätzen, zu denen sie sich seither bekannt, sie so wenig auf die Mehrheit innerhalb der Paulskirche als außerhalb derselben sich Rechnung machen dürfen, vielmehr mit Gewißheit anzunehmen, daß ein Schrei der Entrüstung durch alle Gauen Deutschlands gehen würde, wenn die designirten Reichsminister nur 24 Stunden im Amte bleiben würden, es demnach die Ehre, wie die Pflicht der Nationalversammlung dringend erheischt, Minister solcher Geistesrichtung als die designirten sofort mit dem entschiedensten Unwillen zurückzuweisen u. s. w., erklärt die Nationalversammlung, daß die angekündigten Minister das Vertrauen der Nationalversammlung nicht besitzen und in keiner Beziehung auf die Unterstützung derselben sich Hoffnung machen dürfen.“

Welcker sprach zuerst, leidlich gemäßigt. Er behauptete ohne Begründung, der von der Centralgewalt eingeschlagene Gang sei verletzend für die Nationalversammlung und daß die gesetzliche Ruhe und Ordnung Gefahr laufen würden, wenn dieses Ministerium eine Thätigkeit entwickele; er bemühete sich darzuthun, daß die Centralgewalt eben zur Durchführung der Verfassung errichtet und berufen sei, und fügte hinzu, daß man den neuen Ministern nach ihrer bekannten Richtung den Willen nicht zutrauen könne, dies auch nur vermittelnd zu thun, und daß dieselben kein Vertrauen im Volke gehabt, so lange sie der Nationalversammlung angehört; er schloß mit der mißfällig aufgenommenen Forderung, daß sein Antrag dem Ausschuß zugewiesen und daß in der nächsten Sitzung darüber verhandelt werde. Freudentheil erklärte die Ministerliste für einen „Hohn gegen unser großes Deutsches Volk". L. Simon griff das ministerielle Programm gleichfalls mit schwachen Gründen da an, wo es am stärksten war, indem er auszuführen suchte, daß es den Rechtsboden der bestehenden Gesetze ganz und gar verläugne. Das Uebrige war ein Radotiren in seiner Weise, wobei er abermals seine und seiner Parteigenossen Furcht sehr deutlich durchblicken ließ, und wobei abermals die Centren und speciell Gagern nicht wenig zu leiden hatten.*)

*) Die Nationalversammlung könne nun entweder noch ein paar Wochen von der Erlaubniß Gebrauch machen hier zu schwatzen, um zuletzt von der Exekutive faktisch todtgeschlagen zu werden, wobei denn trotz dem Dableiben der Preußischen Abgeordneten nach dem Sinne des Centrums die Linke gebunden an die Gewalt überliefert werden dürfte, oder aber Gebrauch vom Gebote der Nothwehr machen. Gagern habe von seiner (Simon's) lebhaften Phantasie gesprochen, die ihn oft verleite Gefahren zu sehen, wo keine wären; ob nun der ruhige Beobachter richtiger geurtheilt habe? Man sei gespannt darauf, wie nun Gagern „seine Stellung zur Verfassungsfrage frei nehmen werde", nachdem auch seine neuesten Voraussetzungen und Vorhersagungen getäuscht worden, der nach allem Hohne Berlins gegen Frankfurt noch immer Bassermann gegen alle Schicklichkeit nicht zurückbeordert; im Preußischen Manifeste wären sämmtliche Abgeordnete thronumstürzende Rebellen genannt, das sei zu viel Ehre für die rechte Seite der Versammlung, die sich nicht rühmen könne wie die Demokratie, sich nie vor den Gegnern erniedrigt zu haben, die von Selbsterniedrigung nur wieder zum Uebermuth emporgetaumelt, um sich vor dem sittlichen Gefühle der Nation zu vernichten; die Nationalversammlung müsse jetzt die Souveränität wieder zurücknehmen, sich dabei auf den Süden stützen ohne eben den Norden abzustoßen; der König von Preußen habe sich selbst beseitigt, wollten die übrigen Fürsten gleichfalls sich überflüssig machen, so werde man

Bei seiner Aeußerung: man könne sich nun entweder von Preußen ruhig erobern lassen und vielleicht sei der Gedanke der Preußischen Hegemonie in einzelnen Köpfen so stark, dies lieber als der rothen Monarchie entgegentreten zu wollen — riefen Mehrere im Centrum: „Sehr wahr!" Er fuhr fort: der Ruf sei ihm ein sehr ominöses Zeichen, die Folgen aber würden sein die Ruhe des Grabes, die Ordnung des Kirchhofes; davon könnten nur Thatkraft und Entschlossenheit retten; Erzherzog Stephan habe gezögert, die Beschlüsse des Ungrischen Reichstags zu vollziehen, der habe mit ihm gebrochen, 200,000 Mann dekretirt und Ungarn gerettet; Erzherzog Johann spiele in Deutschland dieselbe Rolle, man möge hingehen und desgleichen thun. Jordan schien zu glauben, daß er als Beamteter der Centralgewalt des Ministeriums derselben sich annehmen, da er aber dem Bestande desselben nicht traute, seinen Uebergang in das andere Lager vorbereiten oder aber sich möglich zu erhalten suchen solle für ein anderes System und Regiment.*) Er beantragte

ihnen kein Hinderniß in den Weg legen; wer hier schwatzen und unterdeß die Exekutive ruhig fortmachen lassen wolle, gehöre zu Denen, die die Verfassung zum Vorwande für den Absolutismus gebrauchten u. s. f.

*) Auch er glaube, das Programm verlasse den Rechtsboden, aber die andere Seite könne sich ohne weitere Untersuchung nicht definitiv erklären; die Versammlung möge sich vor einem noch mehr diskreditirenden Verhalten hüten; sie befinde sich auf dem Wege, alle Achtung der Nation zu verscherzen, nachdem sie oftmals die würdevolle Ruhe nicht behauptet, die ihr um so mehr geziemt hätte, da sie so entschieden an dem Bewußtsein festgehalten, die Souveränität der Nation in sich zu tragen; jetzt sei die Regellosigkeit Regel geworden, vor lauter Dringlichkeiten komme man nicht zur Ueberlegung, Anträge, die, wenn sie zu wirksamen Beschlüssen würden, die Schicksalsbahn einer großen Nation auf lange Zeiträume hinaus bestimmen müßten, würden dutzendweis improvisirt und die Verräther am Vaterlande genannt, die nicht so genial zu sein wähnten, das Heil des Vaterlands aus dem Aermel schütteln zu können; die Versammlung mißachte ihre eigenen Gesetze; die Minister repräsentirten den Reichsverweser, wären die regelrechten Organe einer von der Versammlung selbst konstituirten Gewalt, ihnen gebühre die Achtung, die man dem obersten Reichsamte schulde, deren Mißachtung auf die Gesetzgeber zurückfalle; anstatt aber das System mit dem Schweigen des Erstaunens zu empfangen, wären sie begrüßt mit einem den Personen und Aeußerlichkeiten geltenden Hohngelächter; das zeuge von Unreife für die konstitutionellen Formen; Prüfung des Programms sei die schuldende, nothwendigste Rücksicht; ihr möge Gebrauch der gesetzlichen Mittel zum Sturze des Ministeriums folgen, aber ein Mißtrauensvotum dürfe nicht improvisirt werden.

Ueberweisung des Programms an den Ausschuß zur Berichterstattung für den andern Tag. Hohngelächter rohester Art auf allen Seiten begleitete seinen Vortrag. Nauwerck: „Die Versammlung sinkt nicht sondern steigt. Jordan gehört zu den Leichenriechern, die man von Kremsier und Berlin her kennt. Die Behauptung ist wunderbar, daß hier der Premierminister des Reichsverwesers gestanden. Ich kann noch heute nicht glauben, daß Letzterer im vollen Besitze seiner geistigen Kräfte war, als er —." Auf die Forderung des Ordnungsrufs bemerkte der Vorsitzende (Reh): „Meine Herren, ich glaube nicht, daß Herr Nauwerck irgendwie zu dieser Aeußerung berechtigt sein konnte. Wir müssen annehmen, daß Se. kaiserl. Hoheit, der Erzherzog Reichsverweser, das, was er gethan, mit vollem Bewußtsein gethan hat." Es folgte Gelächter und starkes Bravogeschrei. Nauwerck fuhr fort: „Es steht Jedem frei, davon zu halten, was er will, Deutschland wird darauf antworten," und erging sich unter wiederholtem Zujauchzen nach Herzenslust in einer ebenso sehr ausschreitenden als platten Diatribe, die auf die Forderung hinauslief, die treulose Centralgewalt endlich zu beseitigen.*) Buß führte das Thema aus: Der Antrag Welcker's ist eben wieder eines der vielen Werkzeuge zur gewaltsamen Durchtreibung der Reichsverfassung. Man lehnt sich hierfür an einen angeblichen Drang der Nation. Nie weniger aber, als in neuester Zeit, ist mit den Berichten über die öffentliche Meinung und über die Stimmung der Nation die

*) „Das Programm sagt nur, daß jetzt von Frankfurt aus die Reichspolizei, die Reichsgensd'armerie gehandhabt werden soll. Die Lage der Dinge in Deutschland ist sehr einfach. Die Nationalversammlung hat Ruhe und Ordnung geschaffen, als sie die Verfassung fertig hatte, und was ist geschehen? Die Nation jubelte zu; aber fünf bis sechs Raubthiere sind aus den fürstlichen Wappen hervorgesprungen und haben sich auf die Nation geworfen. Diese Raubthiere sind die Symbole der gekrönten Hoch= und Landesverräther, welche Deutschland in Blut ersäufen möchten! Ich sage mit vollem Bewußtsein: Hoch= und Landesverräther! Denn jene Kabinette, die ich im Auge habe, verrathen Deutschland ebenso gut an das Ausland, als sie unsere innere Freiheit, unser Recht und Gesetz mit Elephantenhufen zerstampfen. Die Versammlung muß endlich handeln, sofort das Mißtrauensvotum beschließen und die Centralgewalt selbst in die Hand nehmen. Sie gleicht allerdings nicht dem würdevollen alten römischen Senat, sondern dem spätern kriechenden, dem man unter Tiberius und Caligula Fußtritte zu geben pflegte. So macht es mit ihr die von ihr geschaffene Centralgewalt. Lassen Sie diesem Ministerium und der treulosen Centralgewalt ihr Recht angedeihen."

Wahrhaftigkeit verbunden; auch über die Zu- oder Abneigung des Volkes zur Reichsverfassung berichtet man ganz anders, als sich die Wirklichkeit der Dinge darstellt. Es waltet ein Terrorismus; die Furcht ist es, welche das Volk, wie die vielen kleinen Regierungen, zu diesen Kundgebungen für Eure Reichsverfassung zusammentreibt; man überrumpelt das Volk und läßt es nicht zur Ueberlegung kommen; laßt einige Wochen vorübergehen, und Ihr werdet sehen, so groß auch im Volk die Sehnsucht nach Einheit und Freiheit ist, dessenungeachtet ist der Sturm für die Verfassung in den meisten Beziehungen blos ein künstlicher, nur ein gemachter gewesen. Das Ministerium sei in seinem Recht, wie die Nation in dem ihrigen, wenn sie die Reichsverfassung nicht wolle, und er gehe mit jenem, wenn es Grundsätze des Rechts und der Freiheit habe, jedenfalls mit der Nation, jedoch nur „mit dem Volke, wie es ist, nicht mit dem Volke, wie die Parteien es gern hätten".*) Geschrei, Gelächter, Schlußrufe unterbrachen ihn vielfältig, doch ließ er sich nicht beirren. Ein einziges Mal beachtete er den Lärm. „Ihr ruft zum Schluß — die Wahrheit brennt!" Ihm folgte Vogt, der nach persönlichen Ausfällen und Schmähungen gegen die Centralgewalt darauf drang, daß

*) „Die Verfassung giebt den Individuen die größtmöglichste Freiheit, den Stämmen ist durch übermäßiges Drängen zu einer ungesunden Einheit mit Unterdrückung aller eigenthümlichen Lebensverhältnisse der einzelnen Länder ein ganzes Netz von erstickenden Banden um die reichsten Kräfte der Nation angelegt worden; Ihr wollt dem Ministerium Euer Mißtrauen aussprechen, weil es Eure Zwangsverfassung mit Zwang nicht durchführen will; es ist in seinem Rechte, wie die Nation im ihrigen, wenn sie die Verfassung nicht will; die Versammlung darf das letzte Wort erst sprechen nach Vereinbarung mit den Einzelstaaten; sie hat selbst beschlossen, daß eine Verständigung mit Oesterreich eingeleitet werde, wofür aber nichts geschehen ist; das muß anderen Staaten auch gelten und im Mandat steht: Ihr sollt zwischen Regierungen und Volk eine Verfassung zu Stande bringen; Euer Ministerium hat selbst die Bemerkungen der Regierungen eingefordert, und sie sind nicht berücksichtigt oder doch nur als Figur der Uebergehung in einem andern Berichte. Ihr habt die Petitionen des Volks unbeachtet gelassen, laßt sie in Euerm Archiv modern; wollt Ihr noch zu einem irgend befriedigenden Ziele gelangen, so müßt Ihr Eure eigenen Beschlüsse achten und die in Mißachtung derselben wurzelnden unvollzogen lassen; das Volk ist für die Einheit und Freiheit, darum aber nicht für diese Verfassung; Furcht vor Reaktion gegen jene hat die Petitionen für diese hervorgerufen, die das Volk nicht kennt; unterscheidet zwischen dem Zwecke, den die Nation will, und der Form, in der nur Ihr glaubt, daß er schon erreicht sei" u. s. f.

man sich bei einem Mißtrauensvotum nicht aufhalte, sondern sofort auf die Beseitigung der letztern eingehe.*) Er traf mit seinen dahin gehenden Aeußerungen den Punkt, auf welchen es ankam. Was konnte Berufung auf die Theorie von der Nothwendigkeit eines Mehrheitsministeriums und eine Mißtrauenserklärung gegenüber einem Ministerium helfen, das jene Theorie eben läugnete und schon durch sein Auftreten zu erkennen gegeben hatte, daß es sich nicht verpflichtet achte, vor einer solchen Erklärung zurückzuweichen, den Muth besitze und die Mittel zu besitzen glaube, trotz derselben im Amte zu verbleiben? Indeß hatte auch Vogt's an sich richtige Forderung nur hohlen Klang und keine wirkliche Bedeutung, da eine Mehrheit für sie nicht zu erwarten war und da, wenn sie diese erhalten hätte, die Versammlung entweder nicht gewußt haben würde, was sie mit dem

*) „Die Lage ist klar genug; Berichtforderung wäre Zeitverschwendung; die Ereignisse, in Folge deren das neue Ministerium gebildet ist und wodurch es seinen Haltpunkt gewonnen hat, müssen auch dem Blindesten die Augen geöffnet haben über das Programm, welches uns vorgelegt wurde, und über Dasjenige, was von unserer Seite hierauf zu thun ist. Ich hätte von einem Gesichtspunkt aus gegen die augenblickliche Berathung dieses Mißtrauensvotums für das neue Ministerium stimmen können, nämlich von dem Gesichtspunkt aus, daß wir morgen ja doch in Berathung über die Existenz der Centralgewalt überhaupt treten, und über die Schaffung einer neuen Exekutive, und daß es vielleicht nicht mehr der Mühe werth erscheinen könnte, heute den Herren Ministern ein Mißtrauensvotum zu geben, während man morgen schon den Träger der Centralgewalt dahin schicken wird, woher er gekommen ist. Von diesem Standpunkte aus hätte ich mich gegen ein Mißtrauensvotum erklären können, aber von keinem andern. Das Programm, welches uns vorgelegt wurde, ist direkt entgegengesetzt nicht nur der Majorität dieser Versammlung, nein, der ungemeinen Mehrheit dieser Versammlung, mit Ausnahme einiger wenigen Arbeiter im Weinberge des Herrn und in dem Piusvereine.“ Buß forderte den Ordnungsruf. Der Vorsitzende erklärte, das sei seine Sache. Vogt: „Die Minister werden vor keiner parlamentarischen Mehrheit zurücktreten, wollen also absolutistisch regieren; das hat die Versammlung möglich gemacht trotz unserer Warnungen, indem sie in konstitutioneller Schwärmerei den Reichsverweser am 28. Juni unverantwortlich gemacht; will sie das Verderben abwenden, so muß sie über den Haufen werfen was sie schlecht gemacht; die Möglichkeit eines Ministeriums mit solchem Programm verurtheilt Ihre bisherige Politik; ein Bericht kann nur auf Abgabe eines Mißtrauensvotums lauten, wodurch aber das Ministerium nicht gestürzt wird; es bleibt, wenn man nicht ducken, fortvegetiren und bald mit Schimpf heimgeschickt sein will, nichts übrig, als Vernichtung des Instituts der Centralgewalt.“

Beschluß anfangen solle oder — in einer ganz anderen Lage, als in dem Falle, daß der Reichsverweser ihre Auflösung verfügt oder abgedankt — es mit der Ausführung hätte versuchen müssen, wo es sich dann allerdings gefragt haben würde, „auf welcher Seite die Macht war", wovon Vogt auch noch sprach, indem er, sehr peinlich für Gagern und dessen Partei oder doch dessen Vertraute, fortfuhr: „Ich habe Sie vor acht Tagen, vor vierzehn Tagen schon hierzu aufgefordert, und es wäre damals Zeit gewesen. Es wäre freilich damals die Zeit gewesen, obgleich gerade damals gewisse Intriguen in Berlin und Frankfurt angesponnen waren, und wonach die wenigen im Geheimnisse befindlichen Leiter dieser Intrigue so ganz leise den Träger der jetzigen Centralgewalt zum Rücktritt zu bewegen suchten, unter der Bedingung, daß derselbe seine Befugnisse von sich aus an den König von Preußen übertrage. Die Mehrheit des Hauses, wie sie damals war, würde dieser Uebertragung zugestimmt haben, und wir hätten dann den Kaiser gehabt ohne die Verfassung, wie es ja der Zweck gar Mancher war. Trotz dieser Intrigue, sage ich, wäre damals die Zeit gewesen, schon Dasjenige zu thun, was Sie jetzt thun müssen, und was Sie vielleicht zu spät thun werden. Der Erzherzog ist zugleich der Mandatar der Regierungen und entziehen Sie ihm Ihr Mandat, so wird das andere bleiben und es fragt sich dann, auf welcher Seite die Macht ist. Sie ist noch zu haben in einzelnen Theilen Deutschlands, von wo die Bewegung sich unter Führung der Nationalversammlung vielleicht noch nach allen ausbreitet."

Und das war nun Alles. Zu dem, was gegen das neue Ministerium am meisten aufbrachte, gehörte die Klugheit und Sicherheit der Position, welche dasselbe eingenommen entgegen der Koalition der Parteien der Nationalversammlung zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung durch revolutionäre oder halbrevolutionäre Mittel, insbesondere auch durch Mitwirken der Centralgewalt. Davon durfte jedoch nicht gesprochen werden. Zu den vornehmsten Einwendungen und Zorngründen gehörte sodann die Persönlichkeit der Minister. Welcker hatte darauf hingedeutet. Allein er selbst und seine Parteigenossen waren „Volksmänner" im Sinne der Linken, besaßen das „Vertrauen" des „Volkes" nicht. Die eigentliche Meinung war, sie, die Centrenmänner und deren „Beste und Weiseste" wären die Männer der Nation, nämlich der — als dominirend gedachten — intelligenten Klassen und die allein oder doch weit vor einem Detmold,

einem Merck befähigten Politiker und Staatsmänner. Jedoch waren sie eben mit ihrem „Latein" am Ende, ihre, der Souveränitätsmänner Zeit war vorüber, die der Vereinbarer gekommen; ihre Ideen, Maximen, Projekte zeigten mit jedem Tage deutlicher die Seifenblasennatur, die Anschauungen und die Richtung Jener bewährten sich. Merck — kein Professor, Gelehrter, Staatsbeamter oder dergleichen, ein bloßer Kauf- und Geldmann! Aber was war z. B. Beckerath gewesen, was konnte gegen Merck gesagt werden nach seiner Stellung in der Gesellschaft, nach Geist und Begabung, Ansehen, Charakter im Vergleich z. B. mit Bassermann, der den Centren für ein höchst geeignetes Mitglied des Ministeriums gegolten, oder mit so Vielen, welche sie höchlich geeignet dazu hielten? Detmold war was Merck nicht war, ein Studirter, hatte im Parlament, im Verfassungsausschuß gezeigt, daß es ihm an politischem Urtheil und Geschick doch nicht eben weniger fehlte als Denen, die freilich thätiger aber nicht glücklich gewesen waren im Verfassungmachen; er hatte von den Hannoverschen Verfassungskämpfen her die Vergangenheit eines politischen Mannes, und zwar eine solche, die, obschon weniger an die Glocke gehängt, sehr wohl mit der der Gagern, Dahlmann, Beseler, Droysen, Hergenhahn u. s. w. sich messen konnte. Man konnte nicht sagen, daß er nichts als ein „Witzbold" sei, da er den Witz obenein besaß, oder daß er das körperliche Normalmaß nicht habe, und mit Einem Worte, die Widersacher, speciell die der Centren, durften das, was sie gegen die neuen Minister am meisten erboßte und daß sie sich selbst so weit erhaben über sie hielten, aus Bescheidenheit, oder aber ohne durch eine schlechthin unwagbare Selbstgefälligkeit sich bloßzustellen, nicht auf die Tribüne bringen. Ihren Angriffen fehlten daher die Motive, die Spitzen; sie leiteten den Sturm eigentlich auch nur ein, um die Durchfechtung ihrer Angriffe der Linken zu überlassen, und dann bekamen die beiden Parteien, die diese Nationalversammlung bildeten, zuvor die der Centren, ihrerseits die unangenehmsten Sachen zu hören, woneben sie das Gefühl hatten, daß sie etwas Vergebliches unternommen, daß der Beschluß, den sie betrieben, keinen Erfolg haben und nur abermals die Versammlung herunterbringen werde: mehr als genug der Gründe, weshalb die ganze Diskussion trotz all' der Leidenschaftlichkeit und dem Lärm, womit sie geführt wurde und wovon sie begleitet war, den allermattesten Eindruck machte. Sie wurde geschlossen nachdem Vogt gesprochen und die Abstimmung erfolgte ohne

Sang und Klang. Zuerst wurde Jordan's Antrag durch Sitzen abgelehnt, sodann im Namensaufruf der erste Satz des Welcker'schen Antrags mit 191 gegen 12 angenommen, während sich 44 der Abstimmung enthielten. Welcker nahm darauf noch einmal das Wort. Die beantragte Deputation werde von Vielen für unnöthig und unnütz gehalten, da der Reichsverweser durch sein Programm seine Absicht, die Verfassung nicht durchzuführen, und die Versammlung durch ihr Mißtrauensvotum ihre entgegenstehende Forderung deutlich genug ausgesprochen; wenn Ersteres irrig sein sollte, so gebe das Votum dem Reichsverweser hinlänglichen Anlaß „das Mißverständniß aufzuklären". Es fehlte blos, daß er noch ausdrücklich hinzufügte: da es aber sicher nicht irrig sei, so werde eine Deputation so wenig helfen als das Mißtrauensvotum. Er zog den zweiten Satz seines Antrags zurück. Es wurde ein Bravo dazu gerufen. Der Vorsitzende (Biedermann): „Es bedarf also einer weitern Abstimmung nicht?" Von allen Seiten: „Nein!" Hierauf noch eine von der Linken mit „Heiterkeit" accompagnirte Erklärung der 44 (Plathner, Dahlmann, Beseler, Saucken, Haym, Stedmann, Soiron, Rüder, Jordan u. s. w.): „Wir haben uns der Abstimmung enthalten, weil wir uns durch einen Beschluß der Versammlung nicht dazu konnten zwingen lassen, über ein ministerielles Programm ohne genaue Prüfung seines Inhaltes, der uns nicht einmal gedruckt oder schriftlich vorlag, sogleich abzustimmen." Damit wurde die Sitzung geschlossen, in welcher die Erbkaiserlichen — sie, die einst das Signal gegeben und das Meiste gethan zur Verdrängung des Ministeriums Schmerling, das ihre Personen und die Nationalversammlung geschützt und gesichert — verlassen von einem Theile ihrer Besten, mit widerwilliger Hülfe der Linken eine nach ihrer eigenen Voraussicht nutzlose Mißhandlung des Ministeriums Grävell-Detmold durchsetzten und wenn auch voraussichtlich erfolglos, doch mit heftigem Eifer die Beseitigung dieses letzten Reichsministeriums betrieben, dessen Eintreten, Fortbestehen, Standhalten sie verdankten, daß sie nicht auf die Probe gestellt wurden nach dem Rücktritt des Reichsverwesers ihrerseits auf den Plan treten zu müssen zur Leitung, zum „Handeln", daß sie nicht umkamen in der Gefahr, in welche sie sich begeben.

Die radikalen und erbkaiserlichen Blätter verfehlten nicht in die Feindschaft der Nationalversammlung gegen das neue Ministerium einzutreten, verfuhren noch viel rücksichtloser, namentlich in Beziehung auf die Persönlichkeiten, sparten Schmähung, Verunglimpfung, Lüge

und Entstellung nicht und brachten dadurch, obwol es an der Gegenrede in den konservativen, den großdeutschen Organen nicht fehlte, momentan in weiten Kreisen einen Eindruck, wie sie ihn wünschten, hervor — Dank dem Umstande, daß die Parteien der Nationalversammlung und deren Ideen und Tendenzen Augenblicks noch einen beträchtlichen Anhang von Zustimmenden und Mitrufenden, wenn auch nicht Thatbereiten, im „Volke" hatten und daß es mit der „öffentlichen Meinung" und der Verleitung und dem Terrorismus so stand, wie Buß gesagt, und mit der Schwäche, Eilfertigkeit und Haltungslosigkeit der Urtheile so, wie es damit stehen mußte, wo das Verleiten und Terrorisiren Erfolg haben konnte. Das neue Reichsministerium sprach sich mit ruhigem Nachdruck zunächst in einem vom 18. datirten Artikel der Postzeitung aus; großdeutscher Seits wurden, entgegen den Verdammungsurtheilen, welche über die Mitglieder des neuen Ministeriums ergingen, eben solche Urtheile über die des abgetretenen, namentlich über Gagern, gefällt; doch ließen es die Organe dieser Seite daneben — nur s i e — an Anerkennung dessen, was denselben zu gut kommen mochte, also an Ueberlegung und Gerechtigkeit nicht fehlen. Dies ist leicht zu erweisen, wogegen nicht zu erweisen sein wird, daß die radikale, die kleindeutsche Presse damals auch nur eines einzigen Verdienstes der neuen Minister gedacht, nur irgend einen Vorzug an ihnen hätte gelten lassen. (Anh. XXXVI.)

Die Nationalversammlung am 18. und 19. Mai (Erklärungen Grävell's, Verhandlungen und Beschlüsse über die Einsetzung eines Reichsregiments an der Stelle der provisorischen Centralgewalt). — Bankbrüchigkeitserklärungen der Gagern'schen Partei, die Fraktion im Nürnberger Hofe, die Dreikönigsverfassung und die Erbkaiserlichen.

Den Anfang der Sitzung am 18. Mai machte die Verlesung der Austrittserklärung Gombart's. Sie war von ihm gefordert, und die Versammlung mußte daher eine gedrungene Aufzählung ihrer Fehler von ihrer falschen Auffassung der Aufgabe bis zu den Maßregeln, welche sie zum Schutze der Rebellion ergriffen, sammt dem Vorhalt am Schlusse anhören, daß sie „nicht nur die Schwelle des Konvents überschritten habe, sondern täglich tiefer in den Abgrund hinabgleite, ohne sich durch die Geschichte Frankreichs und des neuen Italiens warnen zu lassen, als ob sie begierig wäre, die Folgen des Giftes an sich selbst zu versuchen". Die Beantwortung der Simon'schen Interpellation wegen Zusammenziehung von Würtembergischen und Hessischen Truppen an der Badischen Grenze gab Grävell Veranlassung, sich über die Gründe auszusprechen, welche den Erzherzog bewogen ein neues Ministerium zu ernennen, die neuen Minister in dasselbe einzutreten (S. 523). Störungen entgegen, die er sogleich zu Anfange seines Vortrags zu erdulden hatte, machte er die Versammlung auf das, was sie dem Minister der Centralgewalt schulde, dadurch aufmerksam, daß er ihr bemerkte, er werde nie gegen irgend eine Volksvertretung die Achtung bei Seite setzen oder vergessen, die er ihr schuldig sei, selbst in dem Falle, daß sie

sich selbst vergäße, was dann mehrfach geschah. Seine Erklärungen über die Motive des Reichsverwesers wurden vielfach unterbrochen durch Zurufe, wie: „Schändlich! Unverschämt! Diese Dummheit! Schändliche Frechheit!" Als er schloß: „Das die Beweggründe warum wir eingetreten sind und warum wir auch trotz Ihres offen an den Tag gelegten Mißtrauens nicht zurücktreten können", machte sich die durchdringende Stimme des geschichtsgelehrten Zimmermann aus Stuttgart aus beträchtlichem Lärm vernehmbar: „Das ist unerhört in der Weltgeschichte!" worauf der Vorsitzende geschäftsmäßig zur Ankündigung dringlicher Anträge überging, die sich Theils auf weit aussehende Gegenstände — ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit —, Theils zwar auf die Tagesfragen — die neuen Kriegserklärungen Preußens gegen die Durchführung der Reichsverfassung, den Schutz der Nationalversammlung — bezogen, doch nicht einmal von den Urhebern selbst als dringliche behandelt wurden. Das kolossale von Welcker beantragte Mißtrauensvotum hatte also keinen andern Erfolg, als die Erklärung des angefeindeten Ministeriums, daß es auf seinem Posten verharren werde, und bewies nichts als die Schwäche der Nationalversammlung, die sich noch immer souverän gebahrte, noch immer so große Dinge ausrichten wollte und nun nicht einmal ein mißliebiges Ministerium entfernen konnte.

Es sollte jetzt freilich der Centralgewalt selber gelten, indem auf der Tagesordnung die am 16. zurückgestellte Berathung über den schon erwähnten Antrag des Dreißigerausschusses stand, sofort eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern durch die Nationalversammlung und in derselben und ihr verantwortlich zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung zu wählen. Eine Minderheit des Ausschusses (Welcker, Eckert, Wurm, Kierulff) hatte sich den vom Urheber zurückgezogenen Antrag Biedermann's — sofort, wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten, einen Reichsstatthalter zu ernennen — unter Weglassung des die provisorische Fortführung des Regiments durch Gagern betreffenden Punktes angeeignet; eine zweite Minorität (Zachariä, Raumer, Langerfeldt, Stedmann, Böcler, Breusing, Duncker, Sprengel, Wydenbrugk) beantragte den Uebergang zur Tagesordnung.*) Daneben

*) Und zwar in Erwägung, daß durch die vorliegenden Anträge die provisorische Centralgewalt ganz oder theilweise beseitigt werden soll, auf diese Weise aber das einzige noch vorhandene eigentliche Regierungsorgan

lag eine beträchtliche Anzahl von noch anderen Anträgen, Verbesserungen und Zusätzen vor.*)

Deutschlands dem In- und Ausland gegenüber zerrissen werden würde (was auch gegen Preußen traf); daß ferner auf den vorgeschlagenen Wegen die angestrebte Einheit Deutschlands nicht erreicht, sondern derselben neue Hindernisse entgegengestellt werden würden; daß ferner der drohende Bürgerkrieg durch die Beseitigung der Centralgewalt nicht verhindert, sondern in Folge der mit der Centralgewalt dann nothwendiger Weise entstehenden Konflikte nur noch mehr befördert werden würde.

*) Schneer: Dem Inhaber der provisorischen Centralgewalt werde neben dieser die Gewalt des Reichsoberhaupts übertragen; Hermann: die Nationalversammlung ergänze sich wieder, revidire die Verfassung mit Berücksichtigung der Regierungsvorschläge und löse sich nach Einsetzung des Oberhaupts auf; Henkel: Vereinigung der Staaten, in welchen die Verfassung anerkannt ist, unter einem Generalstatthalter der vereinigten Deutschen Staaten; Reden: Erklärung, daß die Nationalversammlung jedem Angriffe gegen die verfassungsmäßigen Regierungen derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, ihrerseits entgegentreten wird; Aufforderung an die verfassungsgetreuen Regierungen, sofort, in Uebereinstimmung mit der Centralleitung durch planmäßiges Zusammenwirken die zur Durchführung der Verfassung und Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen; Wedekind: Berufung des Prinzen von Preußen als erblichen Reichsstatthalters an die Spitze der Reichsregierung; Würth: in Erwägung, daß die Fürsten der Reichsverfassung entgegentreten, daß sie ihren Protest nicht nur in Worten, sondern bereits mittelst der bekannten Frakturschrift aussprechen, daß sie das Standrecht und den Belagerungszustand als Deutsche Grundrechte proklamiren, und das der Verfassung treu gebliebene Volk auf die empörendste und grausamste Weise morden lassen, daß sie mit der Fahne der rothen Monarchie die Brandfackel des Bürgerkriegs in das Land geworfen und das Volk zum verzweifelten Kampfe für seine Rechte auf die Barrikaden gerufen, daß sie endlich mit den Russen ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen haben, um die Knutenherrschaft durchzuführen und Europa kosakisch zu machen; in Erwägung, daß die bisherige provisorische Centralgewalt dieser Fürstenrebellion nicht nur nicht wirksam entgegengetreten ist, sondern daß sie ihr vielmehr bereitwillig und förderlich zur Seite gestanden und überall hin Hülfstruppen gestellt hat, daß der Verrath an der Deutschen Nation offen vorliegt, und daß die Nationalversammlung dagegen nichts zu thun vermag; in Erwägung, daß die Versammlung als Konstituante ihre Aufgabe zunächst erfüllt hat, und daß den vorliegenden bedrohlichen Umständen gegenüber nichts erübrigt, als der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, möge die Nationalversammlung beschließen: sich unter Anerkennung der Revolution als Konvent zu konstituiren. — Andere wollten noch Anderes. Uhland brachte einen Zusatzantrag zu sämmtlichen Hauptanträgen, der ersehen läßt, was von der Linken gekommen sein würde, wenn der Erzherzog

Das erste Wort hatte Stahl, der nun sah und sagte, was von Anderen bei den allerersten Beschlüssen über Maßregeln zur Durchführung der Reichsverfassung gesehen und den Erbkaiserlichen zehn- und hundertfach vorhergesagt war.*) Zimmermann, noch völlig im Rausche, wiederholte letzteren die Bitterkeiten und Anzüglichkeiten, die sie von ihm und seinen Parteigenossen seit Wochen fast Tag für Tag zu hören bekommen.**) Noch bitterer und brennender

---

sein Amt in die Hände des Königs von Preußen niedergelegt hätte: „Sollte die von der Nationalversammlung geschaffene Reichsverweserschaft, nach Androhung des neuen Ministeriums, versuchen, die im Gesetz vom 28. Juni 1848 begründete provisorische Regierungsgewalt in andere Hand abzugeben, als an eine von der verfassunggebenden Versammlung neubestellte Centralbehörde, so ist eine solche Uebertragung durchaus nichtig und für die Deutsche Nation unverbindlich.“

*) „Wer für den Antrag stimmt, muß entschlossen und bis ans Ende mit der Linken mitgehen, und wer dies nicht will, Nein dazu sagen; wer die Konsequenzen mit durchführen will, muß der Bewegung für die Verfassung vertrauen, von der aber nichts mehr zu hoffen ist; sie dürfte sich doch nicht ganz frei von Excessen gehalten haben, die ihr viele Sympathien entzogen; sie in die Hand nehmen nützt nicht, denn wir können sie nicht darin behalten; sie verläuft schon im Sande, wie in Elberfeld und Iserlohn und läßt sich von ihren kleinen Kreisen aus nicht noch verbreiten; bliebe sie stark im Südwesten, so würde sie sich doch bald an Frankreich wenden müssen, wie Preußen an Rußland, wenn ihm die Bewegung über den Kopf wüchse; so bekäme man den Kampf in Deutschland nicht ausgefochten durch Deutschland gegen Deutschland, sondern durch Frankreich gegen Rußland, was zur Einheit, Freiheit und Macht Deutschlands nicht führen kann; würde die Bewegung stärker, so würde sie über die Verfassung hinausgehen, die durch sie nicht zu gewinnen ist; wer so wie der Antrag in die Bewegung eingeht, verzichtet auf die Durchführung der Verfassung, erklärt der Centralgewalt den Krieg, facht den heftigsten Streit der Monarchie und Demokratie an: so etwas haben die Centren nie gewollt.“

**) Es sei eben jährig, daß Gagern hier die Nationalsouveränität verkündigt, und wohin man nun gekommen sei! Er phantasirte von der noch immer vorhandenen Macht der Versammlung, wenn sie nur einig sei, es schreckte ihn nicht, daß bei Fortdauer der Unordnungen Rußland und Frankreich sich einmischen, Deutschland zum Schlachtfelde für den Zusammenprall des Osten und Westen, der Freiheit und des Despotismus machen würden, denn der Kampf werde mit dem Siege der Freiheit enden. „Die Mittelpartei hat in der Nationalversammlung am meisten gegen das Deutsche Volk gesündigt, es ist jetzt an ihr, zur Sühne beizutragen, allenfalls auch mit Gut und Blut; wir haben ein Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung gemacht, es ist in Berlin anerkannt und publicirt; gehen Sie mit uns oder gehen Sie nach Hause; wir ziehen es vor, mit Ehren und treu unterzugehen!“

mußte ihnen nicht wenig von dem sein, was ihnen Buß, wenn auch Buß, sagte, weil es ebenso viel Wahrheit, und noch unvermischtere enthielt. Er zeigte ihnen, der Linken aber nicht minder, ihre Irrungen, ihre Impotenz, ihren Ausgang, wenn sie nicht in andere Wege einlenkten. Einer der guten Dichter und schlechten Politiker des Parlaments verwickelte ihn in einen, die Widerwärtigkeit dieser Debatten veranschaulichenden Wortzweikampf.*) Er schloß:

---

*) „Schon die Vielheit der Anträge bezeugt unsere Verlegenheit; keiner von den darin angezeigten Wegen führt aus der Sackgasse heraus, worin die Nationalversammlung durch ihre Beschlüsse gerathen; sie kann den Widerstand weder physisch noch moralisch brechen, muß also den mehr und mehr verlassenen gesetzlichen Boden wieder zu erreichen suchen; das Unangebrachteste sind so rechtswidrige Anträge wie der auf Beseitigung des Reichsverwesers; es heißt im Gesetze vom 28. Juni: Sobald das Verfassungswerk vollendet und in Ausführung gebracht ist — was noch lange nicht der Fall — hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf; auch hat diese keinen Anlaß zum Angriff gegeben; die Errichtung des benannten Werks bleibt gesetzlich von ihrer Wirksamkeit ausgeschlossen; warum haben Sie im Juni 1848 die Sorge für die Ausführung vergessen, in der Zeit Ihrer Glorie nicht an Ihre Vergänglichkeit gedacht? Sie glaubten, das von Ihnen gegründete Werk werde von der Nation mit Begeisterung aufgenommen werden; in dieser frohen Zuversicht haben Sie über die Ausführung der Verfassung eben nichts beschlossen. Nach meiner Ansicht hätten Sie aber auch nichts beschließen dürfen, was die Freiheit der Anerkennung von Seite der Einzelstaaten gefährdet hätte. Allein selbst, wenn Sie aus der Uebertragung der vollziehenden Gewalt an die Centralgewalt auch die Pflicht derselben zur Vollziehung der Reichsverfassung folgern wollten, so dürfen Sie die Haltung der Centralgewalt nicht tadeln; denn im § 14 des mehrerwähnten Gesetzes heißt es: „Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen." Also wieder die Verständigung. Wie können Sie nun dem Träger der Centralgewalt zumuthen, daß er den Vollzug Ihrer Verfassung übernehme? Dazu haben Sie gar kein Recht; Sie haben sich die Hände selbst gebunden. Vom rechtlichen Boden kommen Sie der provisorischen Centralgewalt gar nicht bei. Der Reichsverweser ist kein willenloses Werkzeug in Ihrer Hand; er hat die von Ihnen beschlossenen Gesetze, nicht aber Ihre ungesetzlichen Beschlüsse zu vollziehen. Den Reichsverweser beseitigen würde auch gegen alle Klugheit sein; er ist im Volke viel beliebter als die ganze Nationalversammlung und hat ein fruchtbares Leben hinter sich, während sie ausgeht wie das Hornberger Schießen." Moriz Hartmann: 1809! Buß: Sie meinen: er kam zu spät zur Schlacht von Wagram; aber nicht durch eigene Schuld, wie Sie jetzt zu spät kommen. Er hat für die Befreiung Deutschlands gefochten und gearbeitet, ein Bürger im Fürsten zu einer Zeit,

„Möge die Versammlung sich anschließen an die Centralgewalt, mit welcher vereint sie noch immer den einzigen Haltpunkt der Einheit bildet, sich zu ergänzen suchen, um ihre Aufgabe zu lösen, um nicht so elend, wie es droht, zu verenden. So enden, wie es uns jetzt bedroht, dürfen wir nicht; die Nation, Europa, die gebildete Welt blicken auf uns; auf uns wartet das Urtheil der Geschichte. Sie hüten noch jetzt die Hinterlage der Freiheit, der Einheit, der Größe Deutscher Nation. Sie Alle tragen eine schwere Verantwortlichkeit. Gedenken Sie dieser Verantwortlichkeit, des Schmerzes unseres Volks, des Hohns des Auslandes, des unerbittlichen Gerichts, des öffentlichen Gewissens!" Löwe: Die Nationalversammlung könne, nachdem sie die Verfassung endgiltig beschlossen und das gesammte Volk zu deren Durchführung aufgeboten, nicht ablassen, weil die Sache gefährlich geworden sei, die ohnehin durch Nichtsthun nicht besser werde; es zieme ihr, die so gehandelt, in dem, ob auch hoffnungslosen Kampfe der Freiheit gegen den Despotismus das erste Opfer zu bringen und damit der Nation wenigstens die Zukunft zu retten; allerdings habe die Centralgewalt der Ausführung der Verfassung sich anzunehmen und da sie der Ausführung sich weigere, sei die Versammlung berechtigt, sie zu beseitigen; das Volk habe die Gewalt an sich gezogen und die Versammlung befinde sich hier im Volksauftrage, eine Verfassung zu vollenden, die die Fürsten nicht zu Stande bringen

wo Niemand noch an Sie gedacht. Hartmann: Für die Viehzucht hat er viel gethan! Buß: Viehzucht ist auch etwas sehr Wesentliches; Ihr beschäftigt Euch sehr viel damit, und sie gedeiht unter Euch. Verletzen Sie mir den Reichsverweser nicht, Sie verletzen damit die Nation, und er hat es wahrlich nicht von uns verdient. — Damit, daß Sie den Reichsverweser beseitigen, erreichen Sie gar nichts; das Volk würde Ihren Vollziehungsausschuß nicht respektiren; Ihr Konvent würde ein zahmer sein; zu einem wilden haben Sie aber das Zeug nicht, dazu gehören ganz andere Charaktere und auch ein leidenschaftlich erregtes und einiges Volk, während Sie ein zerrissenes haben. Seht nur nach dem Musterstaat Baden! Die Nationalversammlung hat kein Volk hinter sich. Kein Fürst, wie mehrere Anträge ihn im Auge haben, wird die Centralgewalt statt des Erzherzogs übernehmen; dieser Rumpf eines Parlaments kann nicht beanspruchen Deutschland zu vertreten; den Herren der rechten Seite wird es hier in den nächsten Tagen zu schwül werden und sie werden trotz ihrer Erklärungen gehen und die alleinbleibende Linke wird nicht als Nationalvertretung angesehen werden; sie lebt ja nur vom Widerspruch. Und auch auf den Gallerien oben wird es licht werden in dem Maß, als es unten langweilig wird.

könnten. „Durch den Kampf gegen die Preußische Regierung wird Preußen seiner Bestimmung wiedergegeben werden, es wird vorangehen auf dem Wege der Freiheit und der Bildung Deutschlands.“ Das beklatschten selbst die Centren, während freilich das Uebrige, wie sehr sie beschämt sein mochten durch die honette Gesinnung des phantasirenden Redners, sie nicht bewegte.

Die Großdeutschen, so oft von den Erbkaiserlichen beschuldigt, darauf auszugehen, daß gar nichts zu Stande komme, hatten, selbst in die kleinste Minorität gebracht und des Guten eher zu viel als zu wenig thuend, durch ihre Anträge (von Heckscher, Hermann u. s. w.) und ihre Anstrengungen im Gegentheil bewiesen, wie sehr es ihnen anlag, daß die Versammlung nicht resultatlos ende. Einen solchen Beweis lieferte, eben als die Erbkaiserlichen die Sache aufgaben und zum Davongehen in Masse sich anschickten, auch Ahrens durch seinen Antrag, den er als eventuellen Zusatz zu den Anträgen der Ausschußmehrheit und Minderheit eingebracht und durch seine Befürwortung desselben. Der Antrag ging dahin, daß es dem nächsten Reichstage vorbehalten bleiben solle, außer seiner gewöhnlichen gesetzgebenden Thätigkeit, die Reichsverfassung hinsichtlich der Oberhauptsfrage und anderer der Revision bedürftiger Theile auf dem einfachen Wege der Gesetzgebung abzuändern. Er war durch eine ausführliche Motivirung erläutert.*) Ahrens war im Verfassungsausschusse trotz

*) Die Erwägungsgründe waren: „daß es die Pflicht der Nationalversammlung ist, dem Deutschen Volke eine wirklich ausführbare Verfassung zu geben, daß der gewählte Kaiser einen großen Theil seiner Wähler zurückruft und endlich selbst den befangensten Anhängern des Erbkaiserthums die Unmöglichkeit der Ausführung desselben klar sein muß; daß ein Festhalten an der jetzigen Verfassung in allen ihren Theilen bei der jetzigen Lage der Dinge entweder eine Unwahrheit wäre, oder nur dazu dienen könnte, das Deutsche Volk, welches schon zu lange durch eine doktrinäre Politik in unpraktischen Illusionen unterhalten ist, zu einem theoretischen Götzendienste gegen das todtgeborne Kaiserideal zu verleiten, wie es jetzt noch in der Verfassung eingehüllt ist; daß, wenn die jetzige Versammlung verhindert ist, selbst die nöthigen Verfassungsänderungen vorzunehmen, sie wenigstens die Mittel anschaffen muß, daß der nächste Reichstag auf die leichteste, gesetzliche Weise diese Aenderungen beschließe; daß es die dem Deutschen Volke gebührende Achtung und Ehre gebieten, daß seine Vertreter nicht selbst durch ein hartnäckiges Bestehen auf einer in ihrem wichtigsten Theile unausführbaren Verfassung die Schmach einer Oktroyirung hervorrufen; daß das Erbkaiserprojekt noch fortwährend als Anhaltspunkt für die Gegner der Integrität Deutschlands dient; daß ein bedeutender Theil derjenigen Abgeordneten,

Einem „Professor" gewesen, den er auch jetzt nicht völlig zu verleugnen im Stande war. Wie viel klarer und sicherer er jedoch vor den so viel Anmaßlichern geworden, ließ auch sein Vortrag in dieser Sitzung ersehen; es gelang ihm, wie es schon ein oder ein paar Mal geschehen war, helle Lichter auf die Thätigkeit und den Gang der Nationalversammlung zu werfen.*) War es richtig, daß besonders die Oberhauptsfrage revidirt werden müsse ohne die festgesetzten großen Erschwerungen, und daß, wenn dies dem nächsten Reichstage vorbehalten werde, die Nationalversammlung ihre Ehre wahre und allen Vorwand zu Oktroyirungen abschneide, so war es freilich zu spät. Die Glocken hingen längst ganz anders, zumal seitdem auch Preußen die Nationalversammlung aufgegeben und eben jetzt — wir kommen darauf

---

welche für das Preußische Erbkaiserthum gewirkt und gestimmt und nachher noch das gesammte Deutsche Volk aufgefordert hatten, die Kaiserverfassung zur Geltung zu bringen, davon gelaufen ist, und daher selbst das mit geringer Stimmenmehrheit beschlossene Kaiserthum preisgegeben hat; endlich, daß es hohe Zeit ist, einen Ausgang aus den, durch das unheilvolle Kaiserprojekt entsponnenen Verfassungswirren zu finden."

*) Sein Antrag zeichne die Pflicht vor, welche diese noch zu erfüllen habe — dem Deutschen Volke eine in allen wichtigen Theilen ausführbare Verfassung zu hinterlassen. Die Nationalversammlung hat freilich ihre Schiffe verbrannt, obwol kein Land sondern nur ein selbstgeschaffenes Nebelgebild vor sich sehend. Sie hat dem künftigen Reichstage nun die Aufgabe zu erleichtern, die sie, nicht mehr zurück könnend, nicht lösen wollen, indem sie zuerst nach dem Hange der Nation zum Theoretisiren ganz doktrinär verfuhr, dann durch Einwirkung der Kleinstaaterei dahin kam, daß die Einheitsidee zu Gunsten eines der größeren Staaten ausgebeutet werden wollte — Alles im Namen des souveränen Volks und indem gerade der Verkünder der Nationalsouveränität der Urheber des Sonderprojekts wurde. Den Richtungen seit 1815 lag edles Streben zum Grunde, aber sie waren einseitig und wurden mit den abgelebten Elementen der Vergangenheit vermischt. Als die Bewegung eintrat wurde das Kaiserthum, das in gewissen Kreisen gelebt hatte, hervorgezogen und als das zu erstrebende Ideal aufgestellt. Der Kern, der gesunde Sinn der Bevölkerung sprach sich zuerst entschieden dawider aus, aber das Netz, die Kaiseratmosphäre, die sich mehr und mehr über diese Versammlung verbreitete, wurde endlich auch über einen großen Theil des Volks verbreitet, das seinen Vertretern folgte. Diese Krisis ist nun überstanden, beseitigt durch die Ablehnung des Königs von Preußen, die namentlich erfolgte wegen des tiefen Grolles, welchen das ganze Ausland gegen den Plan hegte, wie der Vertraute, Radowitz, bei der Diskussion des Welcker'schen Antrags bemerkte, wegen der Noten von Oesterreich, Rußland, Frankreich, wie es scheint selbst von England, die man nicht offen als Grund der Ablehnung angeben konnte.

zurück — im Verfolg seiner neuesten Politik auch von der Centralgewalt sich lossagte. Wenn aber auch die Regierungen mit der Nationalversammlung sich noch hätten einlassen wollen, so wäre die unumgängliche Bedingung doch die gewesen, daß die Nationalversammlung Schritte entgegen gethan hätte, wie sie die Anschauung und Leidenschaftlichkeit, die Vergangenheit und das Verbündniß der die Mehrheit bildenden Parteien eben nicht zuließ. Ahrens' und nach ihm Hermann's Vorstellungen und Bemühungen mußten vergebliche sein. Bresgen's Plaidoyer für den Mehrheitsantrag enthielt ein äußerst naives Geständniß, daß man von den Erbkaiserlichen, zumal den Preußen unter ihnen, irre geleitet sei und sich habe irre leiten lassen.*)

Es folgten ärgerliche Auftritte. Taktlosigkeit und Eitelkeit, die ihm schlecht bekamen, verleiteten Jordan, den im Zorne Gottes geschaffenen Marinerath, sich zum Vertheidiger der Erbkaiserlichen aufzuwerfen und ebenso unberufen, wenn auch mit gutem Grunde, öffentlich ihren Bankerott zu erklären, was jedoch unter den ärgsten Großsprechereien und unter vielfachen Ausfällen gegen die Linke geschah, die ihm, indem er absichtlos verrieth, daß er nur die Haut der letzteren ausgezogen, empfindliche Verhöhnungen von den ehemaligen Parteigenossen einbrachten, deren Gelüste ihm in den Gliedern steckten, während er gegen sie perorirte.**) Er sprach von

*) Die Versammlung hat die ganze Verfassung als gültig verkündigt und mußte von da an für eine Centralgewalt sorgen, die nach der Verfassung als vollberechtigte dastand; die große Mehrheit, als die Versammlung das that, hatte die Zuversicht, daß der König unmöglich ablehnen könne, aber man wußte nichts zu antworten auf die Frage: wenn er ablehnt, was dann? Es wurde nur geantwortet: dann muß er abdanken und der Thronfolger wird annehmen. Die Mehrheit bestand vornämlich aus Preußen, und man hätte sie besser unterrichtet glauben sollen; sie war es nicht und die Verblendung ging so weit, daß man an eine Stellvertretung für die Zeit ohne Kaiser nicht dachte. Dadurch wird die Sache aber nicht geändert, man darf nicht abermals Säumniß verschulden, hat jetzt für eine genügende Centralgewalt zu sorgen, wie man es schon bei Publikation der Verfassung hätte thun sollen. Aus der Lage selbst und ihrer Noth ergiebt sich das Recht dazu.

**) Das ist eben die Differenz der Ansichten links und rechts. Unsere Partei hält es nicht für Recht, den legalen und friedlichen Weg zu verlassen, wenn die Regierungen Unrecht begehen und Gewalt üben; sie ist außer Stande einen positiven Vorschlag zu machen, muß sich darauf beschränken sämmtliche Anträge zu verneinen, und mit dem Geständniß, auch in diesem Falle den

den Excessen, wozu das Volk durch Unwillen über so viele Täuschungen verleitet werde, Excessen, die jedoch die Freiheit und die Civilisation selbst bedroheten, wie es in Baden geschehe; er sprach von hereinbrechendem Prätorianerthume, und nun unterbrachen ihn statt Lachens und statt der Schlußrufe, die ihn vorhin schon ziemlich außer Fassung gebracht, verdrießliche Anzüglichkeiten. Als er sich durch Vorwürfe wie Käuflichkeit u. dgl. zu der Aeußerung hatte verleiten lassen: „Ich stehe mir viel zu hoch, um eine andere Antwort zu finden, als die Versicherung meiner tiefsten Verachtung", antwortete ein solches Hohngelächter oben und unten, daß es dem Vorsitzenden kaum möglich war, ihm wieder Gehör zu schaffen. Auch die tönenden Phrasen, womit er schloß, wurden, so sehr sie trotz ihrer Hohlheit den Erbkaiserlichen behagten, mit schallendem Gelächter der Linken begleitet. „Ich sage, unsere Partei erwartet mit Ruhe das Gericht der Geschichte. Sie ist überzeugt und hofft es, daß

---

gesetzlichen Weg nicht verlassen zu können, legt sie freilich zugleich das ihrer völligen Ohnmacht in der gegenwärtigen Lage ab. Ja, wir gestehen es offen ein, wir sind angelangt ans Ende unserer Mittel; wir erklären uns, für jetzt wenigstens, für besiegt, und wissen nichts Anderes mehr zu thun, als gleichsam unser Testament zu machen, und in den Schooß der Nation die Hoffnungen und Ueberzeugungen niederzulegen, mit denen unsere Partei zu Grabe geht. Wir selbst, hat Herr Vogt gesagt, hätten uns dieses Grab gegraben durch unser Vertrauen, durch unser gläubiges Festhalten an den Formen des Konstitutionalismus, ohne Rücksicht auf seinen Inhalt, und auch hier kann ich nicht umhin, Herrn Vogt vollkommen Recht zu geben. Ja, wir sind am Vertrauen zu Grunde gegangen, wir werden daran sterben. Aber ich denke, es ist kein schlechter, kein unehrenhafter Tod, an getäuschtem Vertrauen zu sterben. Wir setzen unseren Ruhm darein, diesen Weg des Vertrauens eingeschlagen zu haben, obgleich er uns in diese verzweifelte Lage geführt hat. Ja noch mehr, ich behaupte, weder wir, noch die Nation, noch selbst Sie, meine Herren von der Linken, haben es zu bereuen, daß wir, daß unsere Partei, diesen Weg des Vertrauens eingeschlagen haben." Das Volk sei in der Revolution selber mit Vertrauen stehen geblieben vor den Thronen, und würde die von der Linken gleich zu Anfange geforderten revolutionären Beschlüsse nicht unterstützt haben, nach welcher Thatsache seine Partei zu handeln gehabt; jetzt freilich wisse es, daß es zu den Monarchien künftig eine andere Sprache zu reden habe als die bei ihnen vergebliche des Vertrauens, und sollten die Anträge durchgehen, die Wege zum Gelingen führen, die die Linke gehen wolle, dann würde sie diese Resultate nur den von den größern Kabineten mißbrauchten und hingeopferten Erbkaiserlichen und deren Streben zu verdanken haben, die Mittel des Vertrauens vollkommen zu erschöpfen u. s. w.

diese Versammlung, trotz ihrer traurigen Endschaft, groß in ihr dastehen werde, als die erste und einzige von allen konstituirenden Versammlungen Europa's, die aus einer Revolution hervorgegangen, und es dennoch verstanden hat, sich der Sucht nach Allmacht zu erwehren, bis sie zuletzt durch die Gewalt der Verhältnisse gelähmt und völlig verwandelt wurde" u. s. w. Vielleicht sei ein läuternder Durchgang durch die Anarchie nothwendig, aber vergebens sage die Linke: nach der Sündfluth kommen wir! „Nein, während dieser Sündfluth werden Sie oben aufschwimmen auf den stürmenden Wogen; aber nach der Sündfluth, wenn die Wasser sich werden verlaufen haben, und am Himmel Deutschlands wieder die Versöhnung strahlt, dann wird unsere Partei auferstehen, als die der Versöhnung siegreich auferstehen, wieder auferstehen als die Partei, die eine Zukunft hat, und sie wird von der Nation erkoren werden zur Bannerträgerin der Deutschen Einheit und Freiheit." Noch sprach bei geringster Aufmerksamkeit Henkel für Vereinigung der kleinen Staaten unter einem Oberhaupte, dann wurden die Verhandlungen abgebrochen, um folgenden Tags fortgesetzt zu werden.

Die Centralkorrespondenz gab der völligen Niedergeschlagenheit ihrer Partei Ausdruck, gestand, daß diese mit ihrer ganzen Politik beim Scheitern angelangt sei, konnte jedoch vom Rechthaben und vom Drohen nicht lassen, welchem sie nun freilich eine charakteristische Wendung gab; denn indem sie die Schuld des Mißlingens auf die Deutschen Könige warf und ihnen den Garaus ankündigte, erklärte sie, daß die Erbkaiserlichen an der Vollziehung des Strafgerichts einstweilen wenigstens keinen Theil nehmen dürften; die Linke verlange, daß sie das angeblich durch ihre falschen Maßregeln verschuldete Mißlingen nun mit ihr, durch ihre Mittel und auf ihrem Wege wieder ausgleichen und gut machen, mit ihr die Brücken abbrechen und sich in den vollen Strom der Revolution werfen sollten: allein sie würden „zunächst" schwerlich die Wege der Linken betreten, da sie „nicht sehr begierig wären, die Rolle der Girondisten zu spielen". Nämlich bis zu Ende. Das Ganze war ein nicht uninteressantes Dokument der Poltronerie und der Schiefheit und Schwäche des politischen Urtheils der erbkaiserlichen Politiker in ihrem Frankfurter Ausgange und ihrer, ihr Scheitern und dessen Erkenntniß und Einbekenntniß überdauernden Verblendung und Eitelkeit. (Anh. XXXVII.) Am Abend des 18. befürwortete Welcker den Biedermann'schen Antrag im Kasino. Hier aber täuschte man sich über die Bedeutung

desselben nicht, bezeichnete die Annahme als Signal des Austritts, hielt es für zu mißlich, der Linken — d. h. auch jetzt noch — auf halbem Wege entgegenzukommen. Welcker wurde ersucht, mit denen vom Nürnberger Hofe den Antrag aufzugeben, widrigenfalls man sie desavouiren werde.

In der Sitzung am 19. Mai erörterte als der erste Redner Hermann, daß man auf den bisherigen Wegen nur noch weitere Verwirrung und Unordnung bewirken könne, daß das in sich zerfallene Kapitel vom Oberhaupte von einer neuen Versammlung neu berathen werden müsse. „Wir also müssen uns ergänzen oder uns durch Beschluß oder Austritt auflösen. Im letztern Falle treten aber nothwendig die Regierungen ein und oktroyiren. Werden sie aber zum Erstern die Hand bieten?. Die Frage zeigt, daß sie nicht umgangen werden können, also Verständigung mit ihnen!" Nach ihm eine selten gewordene Erscheinung, einer von den Koryphäen der Erbkaiserlichen auf der Tribüne: G. Beseler. Er wollte nur die Anträge auf Beseitigung der Centralgewalt wegen ihrer Illegalität bekämpfen; die übrigen wären unausführbar oder dem Erfolge nach durchaus zweifelhaft. Er wies die Zumuthungen der Linken ab, indem er deren Vorwürfe zurückgab und die unglückliche Politik seiner Partei als die an sich vollkommen richtig gewesene, Jordan's Großsprechereien repetirend, jedoch mit manchem Wenn und Aber und unter interessanten Geständnissen vertheidigte, wie gerne er und seine Freunde gemocht hätten, wäre das Ding nur nicht zu riskant geworden. Die Gewaltsamkeiten hätten Alles verdorben, das Volk selbst abgewendet, aber — die Verfassung, das Werk der Erbkaiserlichen, werde dennoch siegen!*) Zachariä brachte für die Tages-

*) „Die Durchführung derselben würde gelungen sein, hätte der Reichsverweser sich an die Spitze der Nationalversammlung gestellt, das Gagern'sche Programm angenommen. Wie soll sie aber bewirkt werden? Ueber diese Frage spaltet sich die Versammlung. Die Majorität, welche die Beschlüsse bis zum 4. Mai faßte, meinte gewaltsame Mittel nicht. Sie wollte mit den konstitutionellen die Verfassung in den Einzelstaaten zur Anerkennung bringen und von hieraus diese Mittel in Wirksamkeit setzen und unterstützen. Diese Entwickelung würde in den Königreichen, auch in Preußen zum Ziele geführt haben, wenn sie nicht unterbrochen wäre, und darauf ist auch von Mitgliedern der Nationalversammlung hingewirkt. Die Gewaltsamkeiten, die eine Partei voranbrachten, mit denen auch hier die Linke keine gemeinsame Sache wird machen wollen, haben einen Gegenstoß der Regierungen und auch einen Rückschlag im Volke herbeigeführt. Wir haben

ordnung und gegen die überstiegenen Anträge aller Art die auf der Hand liegenden guten Gründe zur Sprache. Er hatte nun Vieles eingesehen, nur freilich von den Irrungen seiner eigenen Partei so wenig als Jordan und Beseler. „Ein Vollziehungsausschuß würde nicht zu Ansehen und Macht gelangen, ihn votiren so viel sein, als eben der Linken den schlechtesten Dienst erweisen; ein Statthalter wird sich nicht finden und die Verwirrung nur noch größer werden. An unserer kritischen Lage ist der souveräne Unverstand Oben und Unten Schuld, nicht wir, weil wir nicht die Wege der Linken gehen wollen und können, auf denen nicht geholfen, sondern nur noch mehr verdorben werden kann." Welcker für die zweite Minorität. Er

---

genug gewarnt, daß man im Süden nicht so schnell voreile. Wir sollen auf die andere Seite hinübertreten, werden geschmäht, daß wir es nicht thun. Die Grundrechte sind beschlossen wie wir sie gewollt. Man hat uns auch deshalb geschmäht. Sie haben den Beifall des Volks erhalten, die weitergehenden Forderungen der Linken würden also keinen Anklang gefunden haben. Das Volk könnte doch nicht Zweierlei mit Begeisterung aufnehmen. Die Verfassung ist unser Werk und das Deutsche Volk hat sie auch mit Begeisterung aufgenommen. Dennoch sind wir geschmäht, als machten wir nur Freiheitgefährliches, Unpraktisches u. dgl., man sagte, wir brächten nichts zu Stande („das bewährt sich ja!"). Nun sollen wir mit unserer Persönlichkeit für die Mittel eintreten, die Sie für recht und ausführbar halten. Was haben Sie gethan, um uns, deren Hülfe Sie jetzt anrufen, im Volke aufrecht zu erhalten? Wie sind Sie gegen den Besten unserer Partei aufgetreten? Eine starke Zumuthung, danach unsere Ueberzeugung gefangen geben und in Ihr Lager übergehen zu sollen, indem Sie sagen, daß es nur so gehe, wie Sie meinen und wollen. („Wir wollen Sie gar nicht!") Nicht Reaktion und Freiheit, sondern: und Anarchie — so steht die Frage und so steht sie ganz anders. Die von uns vorgeschlagenen Mittel sind zum Theil geschwächt, und zwar durch Ihre Schuld, noch aber sind sie nicht alle vergeblich. Der Werth und die moralische Würde der von der Versammlung beschlossenen Verfassung wird dieser in den Augen des Volks eine gegen Oktroyirungen schützende Bedeutung gewähren. Der gegenwärtige Parteienkampf ist erst im Begin, die Verfassung wird siegreich daraus hervorgehen." Am Schluß eine nicht zur Sache treffende Deduktion aus dem stärker als je vorhandenen, zumal in Schleswig-Holstein, von woher frische Seeluft in Deutschland eindringen werde, sich bekundenden, feste Hoffnung für die Zukunft begründenden Einheitsdrange der Nation, aus welchem doch aber unmöglich folgen konnte, daß letztere für alle Zeiten die Befriedigung desselben eben in dem Werke der Frankfurter Erbkaiserlichen und nur in ihm suchen werde, wenn es sich auch mit dem Werthe und der moralischen Würde dieses Werkes wie gerühmt verhalten hätte.

fuhr nun erst recht heftig über die Grundsätze her, die das Ministerium der Versammlung zum Trotz aufrecht erhalten wolle, und gab sich alle ersinnliche Mühe zu beweisen, daß sie falsch wären, daß die Centralgewalt eben auch zur Durchführung der Verfassung verpflichtet sei, daß die Versammlung auch alles dazu Gehörende ganz wohl bedacht und gemacht habe, nur daß es nun anders gekommen. Sodann führte er aus, die Lage erfordere, daß von der Versammlung etwas geschehe und daß der Biedermann'sche Vorschlag der beste sei. Er verband damit herben Tadel der zum Davongehen sich anschickenden Parteigenossen, und weiter noch bitterere Vorwürfe gegen die Preußische Regierung.*) Nach seiner Auffassung stand auf der einen Seite die Reichsverfassung und der Volkswille, auf der andern blos der Eigenwille einiger dynastischer Häupter. Er schloß: „Ich stehe

*) „Auch Pflicht und Ehre fordern, daß etwas geschieht. Mit Bedauern muß ich mich hier von meinen Freunden trennen; ihre Tagesordnung ist die Erklärung, daß sie Alles aufgeben und die unmittelbare Vorbereitung des Austritts. (L. Simon, dem so angst in der Haut war, konnte sein dominirendes Gefühl wieder einmal nicht unterdrücken; er rief dazwischen: „Ueberlieferung an die rothe Monarchie!") Sie erschrecken vor den Konsequenzen ihrer eigenen Beschlüsse. Ich habe nicht so wie sie das Mitsprechen der Regierungen in den Hintergrund gestellt, bin aus redlicher Ueberzeugung von der moralischen Berechtigung der Nation, und der Nothwendigkeit, förmliche Vereinbarung abzulehnen, mit ihnen gegangen, nehme nun aber auch die Konsequenzen an. Uebergreifende Beschlüsse berechtigen nicht zum Austritt, durch welchen man nicht heilt. Das geschieht durch Bleiben und Hinwirken auf Gesetzlichkeit. Rechtverletzende revolutionäre Beschlüsse sind hier auch nicht gefaßt; das ergiebt sich selbst aus der Preußischen Erklärung, die das Gegentheil behauptet. Die Preußische Regierung ließ die, die hier den Plan betrieben den König an die Spitze zu stellen, und die Regierungen, welche anerkannt haben und die ihr jetzt ihre Wünsche erklären sollen, in dem guten Glauben von den Wünschen Preußens in Beziehung auf die Oberhauptsfrage; sie giebt ihre Freunde preis und häuft, uns verklagend, Schuld auf Schuld. Wir stehen rein und groß da gegenüber ihrer treulosen, blutigen, unglückseligen Politik. Unpolitisch und ohne Grund werden in Austrittserklärungen Beschlüsse der Versammlung rechtswidrig genannt. Die Rechtswidrigkeit ist auf der andern Seite. Der Austritt ist ungerechtfertigt durch die Furcht, welche Manche hegen, die Nationalversammlung möchte revolutionäre Beschlüsse fassen, die Linke sich mit der Revolution verbünden. Sie schlossen Oesterreich aus, weil es nach ihrer subjektiven Meinung nicht eintreten könne und wolle; auch da schon mußte ich mich von ihnen trennen, bis die objektiven Beweise kamen. Zum Austritt ist mehr erforderlich, als daß man blos fürchtet, als rechtlicher Mann für die Verfassung nicht mehr wirken zu können."

vor Allem — denn gegenüber der großen Nation verschwindet alles Einzelne —, ich stehe und falle mit dem Volke!" Vogt benutzte erbarmungslos die Blößen, welche die Gagern'sche Partei durch die Erklärungen Jordan's und Beseler's gegeben. Er fertigte die des Erstern mit Geringschätzung kurz, die des Letztern mit ausführlicher schneidender Kritik ab.*) Er sagte den Erbkaiserlichen: „Einer von euch hat den Oesterreichern nachgeschrieen: geht nach Hause, ihr verderbt uns nur hier unser Verfassungswerk, ihr seid nur da als Hemmschuh u. s. w.; wir auf der Linken könnten jetzt auch sagen: geht doch nach Hause ihr Preußen; geht doch nach Hause ihr aus den anderen Königreichen, welche die Verfassung nicht anerkennen; ihr hindert uns nur an der Durchführung der Verfassung; ihr seid nur die Bleikugeln, die an unseren Füßen hängen." Er hielt ihnen vor, wie die Linke ausgeharrt in ganz anderen Lagen. Und: „Pflicht ist es auch, den Weg, den Andere zeigen, zu gehen, wenn man selbst keinen weiß. Die Repräsentanten hohler Staatstheorien verwarfen im Anfange und Verlaufe unseren Rath mit dem Bewußtsein Staatsmänner zu sein und Alles allein zu können, mit Hochmuth und Geringschätzung, als wären wir nur unpraktische Schwätzer u. dgl.; nun wissen sie keinen Rath, gehen heim, brachten nichts zu Stande, begnügten sich mit einigen jämmerlichen Intriguen in Frankfurt und Berlin, am Ende sind ihre Mittelchen und mit diesen ihre

*) „Herr Beseler hat uns am Schlusse gesagt, die Sache der Freiheit des Volkes werde doch am Ende Recht behalten; allein wie es Recht behalten soll, und auf welche Weise man es anfangen soll, daß das Volk jetzt Recht behalte, das hat er uns nicht gesagt. Er hat uns von dem gesetzlichen Wege gesprochen und von dem konstitutionellen Wege, auf dem man fortgehen müsse: als ob nicht Jedermann bekannt wäre, daß dieser konstitutionelle Weg in den meisten größeren Staaten geradezu verrammelt ist, daß es unmöglich ist, ihn zu gehen, und daß man nothwendigerweise neben dem konstitutionellen Wege hergehen muß, wenn man einen Schritt vorwärts thun will. Die Partei hat ihr Testament gemacht; sie sagt ganz einfach durch den Mund des Herrn Beseler: die Reichsverfassung ist das Testament, welches wir dem Deutschen Volke hinterlassen, und welches vielleicht in Jahrhunderten einmal von demselben angenommen werden wird. Herr Zachariä hat uns hier von dem souveränen Unverstand von Oben und von dem souveränen Unverstand von Unten gesprochen, allein ich glaube deshalb doch nicht, daß der souveräne Verstand in solcher Fülle angesammelt sei im Centrum, daß diese Partei glauben könnte, eine von ihr verfertigte Verfassung sei so ausgezeichnet, daß sie noch nach Jahrhunderten von dem Deutschen Volke werde angenommen werden" u. s. f.

Thaten und ihre Weisheit. Das Mittel der Aufforderung an die Regierungen, die Verfassung anzunehmen, ist erschöpft, das zweite der Aufforderung an das Volk ist von hier aus nicht gehörig unterstützt, man arbeitete ihm von hier aus entgegen, machte es lahm, legalisirte die Bewegung und schalt und verdächtigte sie dann und entzog ihr den Schutz." Desto schwächer war, was er weiter folgen ließ. Das Mißtrauensvotum sei nutzlos, denn die Centralgewalt werde nur der Gewalt weichen — und nun wußte er doch kein Mittel, als einen die erstere wieder aufhebenden Beschluß der Versammlung. Und das Recht zu einem solchen? Wer ein Gesetz gegeben habe, könne es auch beliebig wieder aufheben, wenn es an keine Zeitdauer geknüpft sei. Die Centralgewalt war freilich bis zur Ausführung der Verfassung errichtet. Aber es hängt von uns ab zu bestimmen, wann diese ins Leben geführt ist, wir können sagen: in dem Momente, wo sie publicirt war, war sie auch ins Leben geführt, denn die Interpretation gehört uns und keinem Andern u. dgl. Ferner: wie unwürdig es auch genannt sei, er blicke allerdings nach Außen und hoffe von dort Besserung und Erlösung, von Siegen der Ungarn, von den Wahlen in Frankreich, weil er wisse, daß gegenüber dem zähen Teige, den die Linke seit einem Jahre vergeblich geknetet, um etwas Hefe hineinzubringen, diese von Außen hineingebracht werden müsse. Die Linke rief der schandbaren Ausführung ihr Bravo. Weiter: „wir stehen hier in Süddeutschland jetzt auf der Hochwarte; wir haben nur wenig treue Lande um uns, das ist nicht zu leugnen, und wie von einer Insel aus wenden sich unsere Blicke stets und stets über die schwellenden Wogen des Absolutismus hin nach dem Norden" u. s. f. Sehnsüchtig habe die Linke danach ausgeschaut, ob das Volk sich dort nicht erhebe, habe andere Dinge von dort erwartet „als diese Noten in der Postzeitung, diesen schmachvollen Uebergang eines Reichskommissärs in das Lager der Oktroyirer".

Auch Bassermann hatte seinen Austritt beschlossen. Er gab ihn unmotivirt beim Präsidium ein, das ihn am 21. zur Anzeige brachte. Allein er hatte am 16. in Berlin eine ausführliche Erklärung: „An meine Wähler" unterzeichnet, sie war soeben in der Morgenausgabe der Postzeitung erschienen, die bis zur Stunde die Fahnenflüchtigen heftig schalt und auf Ausharren drang, in welcher er so oft mit so viel Renomisterei sich hatte hören lassen. Er gab nun unter einer auch von Haym gleich seinem Austritt verurtheilten

Motivirung offen die Nationalversammlung auf und empfahl derselben den Weg zu betreten, welchen Preußen mit den Regierungen unterhandelte, auf Vertrag mit letzteren sich einzulassen, nicht das Gute abzuweisen, das jetzt noch erreichbar, während das gewünschte Bessere unmöglich geworden und das Unmögliche wollen unklug sei. (Anh. XXXVII.) Er hatte daran nicht gedacht, als er andere verketzert, die dies vor ihm einsahen und deshalb den Projekten seiner Partei entgegen waren. Als Vogt darauf anspielte wurde auch im Centrum „Pfui!" gerufen. „Auch Sie rufen Pfui! Aber erinnern Sie sich doch, meine Herren, es ist Niemand zu gut, der diesen Mann nicht seinen Freund nennen könnte." Wer denn nun seine Instruktionen überschritten habe, Bassermann, der für die Anerkennung der Verfassung wirken sollen und nun offen Verrath übe, oder Eisenstuck, der treu und fest zum Volke gestanden und deshalb abberufen sei? Vogt langte schließlich bei denselben Windigkeiten an, die er verhöhnt und ins Lächerliche zu ziehen fortfuhr. Es gelte nun, daß die Versammlung im Südwesten eine feste Position sich schaffe und von ihr aus den Norden erobere, nachdem von diesem nichts gekommen sei, als die Vertröstungen Beseler's auf die frische Seeluft, die von Schleswig-Holstein in Deutschland hereinwehen werde u. s. f. „Wir müssen hier ausharren, gehen vielleicht zu Grunde, werden aber die Freiheit retten."

Hiernach die Abstimmung. Der Antrag auf die motivirte Tagesordnung wurde mit 161 gegen 108 verworfen, der Antrag der Ausschußmehrheit ebenfalls mit 158 gegen 97, der von Bresgen mit 136 gegen 103, der von Biedermann mit 140 gegen 110. Angenommen mit 126 gegen 116 wurde der Antrag der Minorität Welcker, Eckert, Wurm und Kierulff, Annahme des Biedermann'schen Antrags mit Hinweglassung des Punktes VII. Wuttke u. A. reichten eine Verwahrung ein. Durch Aufstehen wurden sodann noch angenommen die Anträge von Reden und Uhland. Schließlich brachten 51 Abgeordnete einen dringlichen Antrag auf Herabsetzung der beschlußfähigen Anzahl auf 100, der Vorsitzende ließ jedoch eine Verhandlung desselben nicht mehr zu.

Die Politiker des Nürnberger Hofs hatten also den Sieg davon getragen, indem der Antrag durchgegangen war, den sie ersonnen. Die im Weidenbusch Zurückgebliebenen oder eigentlich im Kasino wieder Vereinigten hatten entgegen gestimmt, theils weil sie dem Erfolge des Beschlusses mißtrauten und überhaupt an der National-

versammlung verzweifelten, theils weil sie sich aus Besorgniß für ihre Personen bei den immer heißer werdenden Sachen nicht länger betheiligen mochten. Die im Nürnberger Hofe waren (sofern ihre Kühnheit nicht auf Furcht vor ihren Wählern u. dgl. beruhete) muthiger, waren unklarer oder Beides — jetzt noch so unklar über die wirkliche Lage und das Ausführbare, und so hartnäckig, als es Jene bis vor Kurzem gewesen waren, die nun den Beschluß als illegal und unpraktisch oder eigentlich als noch gesetzwidriger und undurchführbarer als die früheren Beschlüsse, an welchen sie Theil genommen, tadelten, ihn eine „Posse", die Versammlung nach ihm nur noch „eines Schatten Traum" nannten und über die Freunde im Nürnberger Hofe, wegen ihrer falschen auf irrendem schwachen Urtheil beruhenden Politik, Gericht hielten. (Anh. XXXVII.) Allein der Antrag, dessen Genehmigung nicht Wenigen unter ihnen, den Preußen namentlich, die ein anderes Motiv für den Austritt statt des in der Abberufung liegenden wünschten, sehr willkommen, war ohne sonderliches Zuthun und keineswegs nach dem Wunsch und Willen der Nürnberger, ja zum peinlichsten Erstaunen der Mehreren unter ihnen durchgegangen, wie denn auch ein Theil ihrer Fraktion nicht für ihn gestimmt, weil die im Kasino mit dem Austritt gedroht, weil der Gagern betreffende siebente Punkt hatte aufgegeben werden müssen, weil durch diese beiden Umstände der Standpunkt wesentlich verrückt worden, nach welchem sie den Antrag ursprünglich aufgestellt. Sie hatten bei ihm auf Gagern wie die ganze erbkaiserliche Partei auf den König von Preußen und weiter ähnlich wie diese bei dem Kaiserprojekte gerechnet, es dürfte sich der Mann für die Rolle finden, wenn nur erst beschlossen sei, daß es einen Erbkaiser geben solle. Sie hatten an den Herzog von Koburg-Gotha, an den Fürsten des größesten unter den beigetretenen Staaten gedacht. Sie hatten mit Gagern darüber gesprochen, es hatte einen Moment gegeben, wo sie geglaubt, er werde sich thätig bei der Ausführung betheiligen. In dieser Hoffnung war der Zusatz entstanden, wonach er bis zum Regierungsantritt des Statthalters die Regierung führen sollte. Hiervon hatte die Linke anfänglich gar nichts wissen wollen, eine Regentschaft aus dem Schooß der Versammlung gefordert, worin Gagern und dessen Richtung, doch in der Minderheit sich befinden sollen. Mehrere Mitglieder der Weidenbuschpartei hatten sich eine Zeitlang lebhaft für den Plan interessirt. Gervinus, als Korrespondent vom Rhein, hatte geltend zu machen gesucht, daß Läuterung und veränderte

Richtung der Revolution die Folge sein werde, wenn die Besten und Einsichtsvollsten an die Spitze der Bewegung träten, wogegen indeß eingewendet war, daß die „Führer der Nation" bei der antirevolutionären Stimmung der letzteren mit dem Moment, wo sie dies thäten, aufhören würden für die Nation Bedeutung zu haben, daß Gagern für eine Deutsche Revolution nicht mehr sein werde als Götz von Berlichingen im Bauernkriege. Als Gagern entschieden sich geweigert, hatte Biedermann geglaubt, den Antrag als unmöglich geworden zurückziehen zu müssen, während Andere der Meinung gewesen waren, daß man den Anträgen der Linken etwas Positives, und das einen Gegensatz zu ihren Konventsgedanken bildete, entgegensetzen müsse. So war der Antrag ohne den Zusatz, von Welcker, Kierulff, Eckert, Wurm aufgenommen, neben denen der Linken zur Berathung gekommen. Die Linke hatte ihm die Mehrheit verschafft, und die Nürnbergerhof-Fraktion verleugnete den Beschluß, durch welchen er genehmigt war, öffentlich und feierlich in der Centralkorrespondenz, als sie dieselbe übernommen, schon nach drei Tagen, am 22., ihre ganze verwunderliche — auf Gagern und eine „Bewegung" im Nordwesten für die Reichsverfassung gestellte — politische Rechnung darlegend und die Erklärung hinzufügend, daß die letztere und ihr ganzes politisches Streben dadurch, daß sich Gagern ihnen versagt, vereitelt und unmöglich geworden sei, und mit der Versicherung schließend, daß für den Erfolg ihrer Politik Alles gebürgt habe — „wenn die Bedingungen eingetreten wären, die nicht eingetreten sind". (Anh. XXXVII.)

Merkwürdig genug sprach sich noch am 19. die Centralkorrespondenz über die Dreikönigsverfassung aus, die in Berlin berathen wurde. Wenn dieselbe eine bessere werden sollte, als die in Frankfurt beschlossene, durch Ausmerzung des in der Allianz mit der Linken in diese Hereingekommenen, so sei es möglich, daß ein großer Theil der Nation sich bei dem Geschenk der Regierungen beruhige und daß auch ein Theil ihrer Partei — herausgetreten aus der Nationalversammlung und deren Verpflichtungen — der Nation nicht wehren werde, dasselbe anzunehmen. Doch warnte die Korrespondenz davor als vor einem Danaergeschenk. Die hauptsächlich von Preußen diktirte Verfassung würde den Gegensatz der Stämme, des Nordens und Südens nicht ausgleichen, wozu „unsere" Verfassung das treffliche Mittel gewesen wäre, sondern aufreißen — als wäre die von Berlin zu erwartende Verfassung etwas Anderes

gewesen, als, nur korrigirt, eben das, was die Kaiserlichen gewollt und wohin sie es getrieben, als wäre jener Gegensatz nicht vorhanden, nicht eben durch ihr Projekt aufgerissen gewesen. Kein Wahlgesetz, schloß die Korrespondenz, werde im Stande sein, zahlreichere Freunde als Feinde dieser Verfassung, an welcher nur der Haß der Stämme sich auslassen werde, in den Reichstag zu bringen.*)

*) „Nach den bis hieher gemachten Erfahrungen steht zu befürchten, die neue oktroyirte Verfassung werde ein trojanisches Pferd sein: Waffen in seinem Bauche. Wir, nach unserer stets bekannten Richtung und Gesinnung werden den Unmuth des Volkes über die Vereitelung unseres Werkes nicht schüren, sofern er den Haß gegen die Fürsten, den Widerwillen gegen das monarchische Princip in sich birgt, und wir werden, treu unseren Grundsätzen und einer jahrlangen parlamentarischen Haltung, den Souveränitätseigensinn der Fürsten nicht nachahmen; aber wir werden nimmer im Stande sein, einer Verfassung Popularität zu verleihen, welche eine Rivalin neben sich hat, entsprungen wie die unsrige aus dem Schooße der Volksvertretung, mit ihren Vorzügen nicht minder wie mit ihren Mängeln wurzelnd in dem Bewußtsein des Volkes, geweiht endlich durch den eigensinnigen und verblendeten Widerstand der Fürsten. Eine Betrachtung endlich ist es, welche uns mehr als jede andere niederschlägt. Den Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland würde unsere Verfassung auszugleichen das Mittel gewesen sein, wie sie denn die Spuren dieses Gegensatzes in ihren Paragraphen zeigte. Der Repuls, welchen diese Verfassung von Preußen her erhalten hat, reißt den Gegensatz aufs Neue und tiefer als je auf: die hauptsächlich von Preußen diktirte Verfassung wird nicht die Brücke über jenen Gegensatz sein, sie wird das Objekt sein, gegen welchen der Haß der Stämme sich auslassen wird, und wenn wir uns vorstellen, daß es zu Wahlen für diese Verfassung käme: — kann man im Ernste glauben, daß irgend ein Wahlgesetz im Stande sein werde, die Zahl der Freunde dieser Verfassung zahlreicher in den Reichstag zu bringen, als die Feinde derselben?“

Der Austritt der Gagern-Preußischen Partei im Kasino. — Die Nationalversammlung am 21. Mai (Keine Reichsstatthalterwahl, Streit über Anträge auf Vertagung und Beschlußfähigkeit von hundert Mitgliedern). — Verhandlungen der Centrenreste über den Austritt.

Die Nationalversammlung war ein Jahr und einen Tag alt, als sie den Beschluß über die Wahl eines Reichsstatthalters faßte. Sie gab sich durch ihn den Rest, indem er das letzte Stadium ihrer tumultuarischen Selbstauflösung, den Austritt der Kaiserlichen, zunächst der zahlreichsten Fraktion derselben, des Kerns, der Gagern-Preußischen Partei, herbeiführte, welchem die Minderheit der Centrenmänner bald nachfolgte. Denn als ihnen Alles — daß die Nation handle, so handle, wie sie es dachten, daß die Centralgewalt sich gebrauchen lasse und das Letzte wie Erste, daß Preußen die Sache durchfechte, in das beschlossene Kaiserthum, in die Centralgewalt eintrete — als ihnen Alles getrogen, als sie dem Andringen der Alliirten sich nicht länger entziehen konnten, mit Einem Worte, als der von ihnen stets hinausgeschobene Augenblick des gemeinschaftlichen Handelns gekommen war, zu welchem sie sich mit der Linken verbündet, überließen sie dasselbe der Linken, die, das Spiel nun völlig durchschauend, zu welchem man sie von jener Seite benutzt hatte, noch eine kurze Zeit versuchte, der Centralgewalt in der Paulskirche irgendwie Terrain abzugewinnen, und als deren Ministerium alle und jede Einmischung in die Exekutive auf das Entschiedenste zurückwies, die Paulskirche und Frankfurt mied und nach Stuttgart übersiedelte.

Gagern war krank und ermattet. Seine Freunde und Partisane verließen, nachdem die Beschlüsse des 19. Mai, eines Sonn-

abends, gefaßt waren, die Paulskirche mit dem Gedanken, sie nicht wieder zu betreten. Abends und am Sonntage debattirten sie über den Austritt, der ihnen nun erst recht schwer wurde, als der Schritt unausweichlich geworden war. Die Ungesetzlichkeit, die Gefahren, die Lächerlichkeit des Beschlusses kam in jener ersten Berathung zur Sprache. Mitglieder des Nürnberger Hofes traten ein. Der Austritt des Kasino mußte die Bedeutung ihrer Fraktion vernichten, wie schon die Nichtzustimmung desselben zu ihrem Antrage diesem jede Bedeutung entzogen hatte. Biedermann vertheidigte den Beschluß nur schwach und kleinlaut. Noch weiter im Zugeständniß der Schwäche ging Riesser. Er gab die Vertheidigung des Beschlusses auf, wenn das Kasino nur bleiben wolle. Er fragte, ob es erträglicher sei, das Vaterland widerstandslos ins Verderben gehen zu lassen, als sich selbst einen Augenblick lang in einer lächerlichen Position zu befinden, und was der Vorstellungen dieser Art mehr waren. Ein Dritter machte den Kasinomännern Vorwürfe wegen der Desertion in ihrem Lager; sie sollten nun Schuld sein am Durchgehen des Antrags. Eine lange Rede Beseler's für den Austritt gab bei den Meisten den Ausschlag.*) Am Sonntage wurden wieder Bedenken gegen den Austritt vorgebracht: was das Schicksal des dänischen Kriegs nach dem Aufhören der Nationalversammlung sein werde u. s. w., wogegen gesagt wurde: es handle sich nur noch darum, ob die Auflösung durch eine politische That herbeigeführt oder müßig zuschauend geduldet

---

*) „Sie glich einer feinen und allseitigen Untersuchung eines in irgend einer Wissenschaft streitigen Punktes.“ Die Hauptargumente waren: die Partei befinde sich seit einigen Wochen in einer furchtbaren Lage; man könne nichts Heilsames mehr thun und sei doch durch den Beschluß vom 11. April gebunden; die Versammlung habe keine Aufgabe mehr, moralischen Einfluß besitze sie gleichfalls so gut wie keinen mehr, sondern — was jedoch schon viel länger wahr gewesen, ehe er es eingesehen — nur noch einen Einfluß der verderblichsten Art auf die öffentliche Meinung in einem Theile von Deutschland, wo man die heutigen Beschlüsse noch ansehe wie die früheren, und wo das Urtheil des Volkes kläglich verwirrt sei, indem es z. B. an eine Kriegserklärung der Versammlung gegen Preußen glaube, so daß deren Fortbestand dem Vaterlande nur nachtheilig sein könne, der Austritt ein Staatsstreich zum Wohle des Vaterlandes sei; das Gefühl des Ekels habe seine Berechtigung, das die Zähesten und Charaktervollsten am meisten drücke; er könne die Ueberzeugung, daß sein Bleiben dem Ganzen nütze, nicht hegen, und sei daher entschlossen, zu gehen, während er, wenn er sie hegte, mit dem Donnersberge bis auf den letzten Mann ausharren würde; aber ein gemeinsamer Schritt, ein politischer Act müsse der Austritt sein.

werden solle, nur noch um die Art des Todes, und es sei ehrenvoller, den nothwendigen Tod sich durch eigne Hand zu geben; auch werde man, von der Meute der Revolution immer weiter gehetzt, bald die Hand nicht mehr frei haben, die „uns und das Vaterland" frei machen könne. Dahlmann hatte am Abend zuvor stumm dagesessen, er war gegen den Austritt gewesen und dann umgestimmt, hatte eine vorläufige Austrittserklärung entworfen, dieselbe wieder verworfen und sprach nun für das Bleiben.*) Reh und Soiron schlugen, um die Versammlung vor revolutionärer Entartung zu bewahren, den Beschluß unschädlich zu machen und der Versammlung ein maßgebendes Wort über die Königsverfassung zu erhalten, eine unbedingte Vertagung vor, so daß inzwischen keine Sitzung erzwungen werden könnte, der Antrag die nächste Sitzung eröffnen, die Annahme sie schließen müßte. Vergebens sprach Soiron für Bleiben und den Erlaß einer Erklärung über die Gründe desselben. Droysen's Beredtsamkeit für Davongehen unter Mitnahme des unvergänglichen Gedankens der Preußischen Hegemonie war mächtiger.**) Dahlmann erschien

*) Die Partei sei mit ihrer positiven Politik noch nicht ganz zu Ende, habe noch eine sehr wichtige Aufgabe; es sei eine oktroyirte Verfassung zu erwarten, und darüber werde sie sich auszusprechen haben; könne sie sich billigend aussprechen, so werde es von großem Gewicht für die Beruhigung des Vaterlandes sein, wenn sie demgemäß ihren Ausspruch thue; wenn jene Verfassung billigenswerth, dann frage sich, ob die Aufhebung des Beschlusses über unwandelbares Beharren bei der Reichsverfassung möglich, und wenn sie unmöglich sei, so könne der Austritt noch immer erfolgen; endlich könnten die Verheißungen unerfüllt bleiben, es sei denkbar, wol gar wahrscheinlich, daß die projektirte Verfassung denselben nicht entspreche oder daß sie vorerst nicht zu Stande komme, und in diesem Falle werde die Pflicht des Ausharrens um so bedeutsamer; es sei wichtig, „daß wir noch daständen als der einzig lichte Punkt im Deutschen Vaterlande."

**) Er hatte nun gleichfalls Manches eingesehen, war aber noch völlig verrannt in seiner schulbegriffmäßigen Lieblingsidee, und mit Vielen oder den Meisten, wie die letzte Debatte gezeigt hatte, völlig unklar über den wirklichen Zustand, in welchem er nur den einfachsten Gegensatz sah, während derselbe durch die zahlreichsten Gegensätze der einer grenzenlosen Verwirrung war. Er stellte den Austritt als ein Opfer dar, das man dem Vaterlande schuldig sei; indem Preußen erblich an die Spitze gestellt worden, sei ein unvergänglicher Gedanke ausgesprochen; doch sei die Verfassung nichts mehr, seit sich Preußen dieser Bestimmung versagt habe; nun ständen Revolution und Reaktion abermals wider einander, und für die Partei sei zum Wohle des Vaterlandes keine Aktion mehr möglich als die, Platz zu machen, damit über ihren Häuptern die Gegensätze rascher aufeinander

mit der Mittheilung, er habe des kranken Gagern Meinung erforscht, der dem Vertagungsantrage geneigt sei und sich für das Dableiben entscheide. Das war ihm vielleicht nur angefragt. Aber die Pietät gegen ihn und seine Meinung! „So schwer verwundet wie er war Keiner.“ „Die Banden, an deren Spitze er sich stellen sollen, wie Götz, hatten ihm sein Besitzthum verwüstet. Wie lange mochte es währen und sie drangen näher, erschlugen den Mann vielleicht, dem sie noch vor wenigen Monaten mit ganz Deutschland zugejauchzt hatten.“ Dennoch war er zum Ausharren bereit. Aber nahe an dreißig, die Mehrzahl der Abgeordneten des Staats, der nach dem unvergänglichen Gedanken der großpreußischen Professoren und Politiker an die Spitze gestellt werden sollen und gestellt werden mußte, die Mehrzahl der Preußen, die sich die Doktrin von der Preußischen Mission, an der Spitze zu stehen, gern einreden ließen, aber am wenigsten geneigt waren, eben viel dafür zu thun oder zu riskiren — nahe an dreißig waren unbedingt für den Austritt. Es war zweifelhaft, ob die Vertagung durchzusetzen sein würde; sie war nichts Anderes als eine halbe Maßregel, eine Unwahrheit, eine Verhüllung des Austritts und der Auflösung; auf kurze Zeit war sie nichts, auf längere wollte der Nürnberger Hof sie nicht. Nur eine Minderheit erklärte sich dafür. Von 86 Anwesenden erklärten sich 48 für, 38 gegen den Austritt. Max Gagern entwarf die Austrittserklärung. Dahlmann, zuerst in der Minderheit, trat ihr mit noch Anderen aus letzterer bei, die schließlich von 65, Dahlmann, Simson, Gagern, Droysen, Beseler an der Spitze, unterschrieben wurde. (Haym III, 167 f., und ein Bericht der „Deutschen Reform“). In der Sitzung am 21. wurde sie, neben noch anderen, von Hensel, Selchow, Winter, Langerfeld, Haubenschmied, angezeigt.

Die Gagern'sche Partei — eben sie, die sich auch jetzt noch rühmte, von Anfang die bestimmende im Parlament gewesen zu sein, und die die gescheiterte Verfassung desselben projektirt und zu Stande gebracht habe, die so oft sich gebrüstet, daß schlimmsten Falls in ihr ein „Kern von Männern“ zurückbleiben und vor den Riß treten werde, die so laut und scharf ihre einzeln austretenden Parteigenossen,

---

treffen könnten; ihre Billigung der Königsverfassung sei unnöthig, wenn sie tauge, und in diesem Falle Mißbilligung schädlich; man habe sich durch den langen Aufenthalt an diesem Orte gewöhnt, die nächste Umgebung mikroskopisch vergrößert zu sehen, und überschätze darum die Bedeutung, die der Nationalversammlung noch zukomme.

welche dieselben Gründe des Austritts gehabt, noch in den letzten Tagen getadelt — die Gagern'sche Partei trat aus, als ihr die Konsequenzen davon, daß sie die Dinge an diesen Punkt geführt, über den Kopf wuchsen, weder ihrem unvergänglichen Gedanken, noch ihren Vorsätzen, Zusicherungen, Verpflichtungen Wort haltend, gerade das Nützliche, was sie noch hätte thun können, gerade das versäumend, ja abweisend, worin ihre Politik allein noch bestehen konnte: die Versammlung, sobald sie zum Werkzeug der Anarchie geworden — was nun endlich nach ihrem eigenen Urtheile der Fall war — unschädlich und unwirksam zu machen, sie zur Vertagung zu nöthigen. Ihr Austritt producirte auch nicht einen Schatten des gewaltigen moralischen Eindrucks, den er, wie ihre Angehörigen träumten, hervorbringen sollte, er erfreute die Vielen, die längst gesehen, daß die Gagern'sche Partei nur noch schädlich wirke, machte aber davon abgesehen und an sich selbst den allerschlechtesten Eindruck und wurde allseits getadelt, vielfach mit äußerster Schärfe selbst auf Freundesseite, des Tadels der laut über Wortbruch und Verrath schreienden Alliirten zu geschweigen. Es konnte auch aus vielen Gründen nicht anders sein. Er trug in dem Moment den Charakter der Flucht, feiger Flucht; ihm war Erregung der größesten Erwartungen und äußerste Großsprecherei vorhergegangen; die triftigsten Gründe für ihn waren seit Wochen vorhanden gewesen; wenn der Umstand ihn rechtfertigte, daß die Partei nur noch den verderblichsten Einfluß übte, so lag in dieser seiner Rechtfertigung der schlimmste Vorwurf gegen die austretende Partei, die sich so schädlich und nur schädlich gemacht und nicht durch rechtzeitige Einsicht ihrer längst vorhanden gewesenen Schädlichkeit zum rechtzeitigen Austritt sich hatte bestimmen lassen; endlich ward dieser nicht vergütet durch echte, wenn auch späte Selbsterkenntniß, durch Bescheidung, Bekenntniß des Unrechts, Vorsatz und Versuch, nach Möglichkeit noch wieder einzubessern, er mußte vielmehr um so widerwärtiger und die Partei mußte in ihm um so verdammlicher erscheinen, da er unter Aeußerungen ohnmächtigen Trotzes, unsterblicher Ueberhebung und Selbstgefälligkeit, ärgster Verstocktheit und Rechthaberei erfolgte, die nur Erneuerung und Fortsetzung der begangenen Fehler und Sünden je nach Gelegenheit und wirklicher oder scheinbarer Gunst veränderter Umstände erwarten ließ. Die Fünfundsechzig begannen ihre Austrittserklärung pomphaft, daß sie sich verpflichtet achteten, vor ihren Wählern und „vor der ganzen Nation" Rechenschaft zu geben, und wie schlecht gelang es ihnen doch! Die Frankfurter Zeitung sagte nicht ohne

Wahrheit und noch mehr Wahres hinzufügend: Wir haben den Karren in den Graben geführt — Volk und Regierungen mögen nun zusehen, wie sie ihn wieder herausziehen! — das sei der Sinn der Austrittserklärung der Gagern'schen. Sie gestanden in ihrer Korrespondenz vom 21. Mai, worin sie Abschied nahmen und ankündigten, daß sie dieselbe der Fraktion im Nürnberger Hofe übergäben, daß der Beschluß vom 19. nur der nächste Anlaß ihres Austritts, daß der eigentliche Grund desselben ihre längst bedrängte, ja „furchtbare" Situation, ihre völlige Unmacht gewesen sei, die da ganz und gar keinen positiven Gedanken mehr gehabt, und dann sollte ihr Austritt doch noch immer eine Staats- und Hauptaktion, eine erhebliche folgenreiche That, ein edelmüthiges Opfer zum Wohle des großen Vaterlandes sein, ihr Davongehen statt Handelns sollte als ihre That und ihr Opfer gelten, sie maßen ihrer versuchten Rechtfertigung, die von Widersprüchen, handgreiflich falschen Behauptungen und freilich unabsichtlichen, doch stärksten Zeugnissen gegen ihr politisches Verhalten voll war, die Wichtigkeit eines großen politischen Aktes bei, sie schlossen mit einer Apotheose ihres Werkes, der Reichsverfassung, von welcher sie versicherten, sie werde noch das Panier werden, um das alle Patrioten sich schaaren müßten, und mit der Ankündigung, daß sie — worauf sie einander Wort und Handschlag gegeben — in der Heimath ihr Werk fortsetzen und überall die Verkünder desselben und werkthätige Arbeiter für dessen Durchführung sein würden. Ehe sie eingestanden hätten, daß sie irre gegangen, daß ihr Werk ein verfehltes sich erwiesen, mochte die Reichsverfassung Banner und Handhabe der Wühler zu Wühlerzwecken bleiben oder in einem zukünftigen Unglücksmoment wieder werden; sie wichen thatlos von dem Platze, wohin sie gestellt waren, und verhießen Werkthätigkeit für die aufgegebene Sache da, wohin Niemand sie rief, und wo die letztere nicht weniger eine verlorene war, wie es die Meisten von ihnen sehr wohl wußten, Alle hätten wissen müssen. Die Meistschuldigen des Parlaments hätten nun wol die Ersten und Eifrigsten sein sollen, zu rathen und zu helfen, daß von den Regierungen vollbracht werde, was die Vertreter der Nation nicht verstanden und vermocht; aber gerade sie thaten am meisten, Jenen Steine in den Weg zu legen, insbesondere Preußen auf falsche Bahnen zu verleiten, was die mittleren Königreiche und Oesterreich anstrebten, damit es noch zu einer innigeren, zu einer Gesammteinigung komme, zu behindern, die Leidenschaften und die Irrungen im Volke zu unterhalten, so daß es zum Deutschen Kriege fast gekommen wäre, zur

Bundesreform, die zuletzt noch zu haben gewesen wäre, nicht kam. Das zeigte sich an und damit machten sie schon den Anfang bei ihrem Austritt und durch ihre Austrittsproklamen.*) Die das Heidelberger Organ der Partei Versorgenden eigneten sich die Schlußerklärung der Korrespondenz völlig an, äußerten sich noch Gagern'scher als Gagern und dessen meiste und vornehmste Parteigänger selbst, denn sie erklärten, daß sie — nachdem diese die Sache aufgegeben — auf dem Wege beharren würden, welchen Gagern zur Durchführung der Reichsverfassung angegeben; sie mißbilligten deshalb auch die Motivirung des Austritts der Freunde, tadelten mehrfach deren bewiesenen Mangel an Standhaftigkeit, ihr Nichtbewahrheiten der großen Worte Riesser's, ihren Entschluß der Abreise, noch ehe sie Gründe dafür gewußt, u. dgl., und brachten dann nur die Entschuldigung vor, namentlich Preußen habe durch falsche Vorspiegelungen die Männer der Ordnung, des geregelten Fortschritts, die Männer von wahrhaft Deutscher Gesinnung zu solchem Ausgange gebracht — ein Vorwurf, der jedenfalls von Berlin aus so leicht hätte zurückgegeben werden können. (Anh. XXXVIII.)

Sechs Mitglieder der Linken, Hagen, Hoffbauer, Fröbel, Vogt, L. Simon und Eisenstuck veröffentlichten im Frankfurter

*) Am 23. meldete die D. Z. Viele von ihnen wären schon abgereist, die Meisten durch das Scheitern aller Hoffnungen tief niedergeschlagen und Alle, auch die Zuversichtlichsten, schwer betrübten Herzens; Gagern suche im väterlichen Hause zu Hornau die Erquickung, deren seine angegriffene Gesundheit und sein niedergebeugtes Gemüth bedürfe; selbst die mannhafte Persönlichkeit Zerzog's habe sich in den letzten Tagen nicht mehr ähnlich gesehen; Hans v. Raumer habe Mandat und Amt aufgegeben und befinde sich auf dem Wege nach Schleswig-Holstein, um als gemeiner Soldat in das Heer zu treten; Beseler, Droysen, Duncker hätten sich zunächst nach Berlin gewendet, „vielleicht doch noch in der Hoffnung, einflußreiche Personen daselbst für die Deutsche Verfassung zu gewinnen." Als ich einst um die Jahrswende im Privatgespräch mich bemüht, Hans Raumer die Vergeblichkeit und Schädlichkeit des Kaiserprojekts einleuchtend zu machen, schloß er: „Eher den Kopf herunter! So denken wir Alle und damit wird und muß es gelingen!" Ich erhielt den Eindruck, so schwach sein Urtheil und seine Berechnung mir erschienen war, daß die allerinnigste Ueberzeugung und ganzer Ernst ihn erfüllte. „Da steckt der Fehler; Ihr denkt so, aber kaum ein Dutzend von Euch wird den Kopf auch wirklich wagen, ebenso steht es im Volke oder in den Klassen, auf die ihr euch stützt, und darum kann und wird es nicht gelingen." Er wurde bös gegen mich, mir noch lieber. In dem tapferen und traurigen Ende der Einzelnen, wie er und Trützschler, liegt doch etwas Versöhnendes.

Journal eine Aufforderung an alle auswärts sich Befindenden ihrer Partei, bis zum 21. zurückzukehren, da die Wahl eines Reichsstatthalters in Aussicht stehe. Allein die nächstfolgende Sitzung wurde besonders dadurch bemerkenswerth, daß von der Ausführung des am 19. erfolgten Beschlusses auch nicht mit einem Worte die Rede war. Die vom Nürnberger Hofe hatten, als der Moment zum Handeln gekommen war, gezeigt, daß sie, obschon nicht austretend, doch gleichfalls dazu nicht geneigt waren, sie hatten den Beschluß vom 19. verläugnet — sollten sie nun der Linken zu dessen Ausführung verhelfen, konnten sie es mit Konsequenz, konnten sie die Rolle übernehmen, der Linken lediglich zum Fußschemel und zur Folie bei deren Konventspiel zu dienen, sie zu unterstützen bei Dingen, welche sie ihrerseits für gefährlich, verkehrt und schädlich hielten? Und so gut sie wußten, daß sie nichts waren und vermochten ohne die vom Kasino, wußte auch die Linke, daß, sobald der Rest der Centren ausschied, sie selbst in die Mehrheit kam, ja die Nationalversammlung so gut wie allein bildete, auch ihre Rolle ausgespielt war, so oft sie Jene gehen geheißen und gefordert, daß der Platz ihr allein gelassen werden möge, damit sie unbehindert nach ihrem Sinne h a n d e l n könne. Auch ihr war es kein Ernst mit dem Handeln. Sie hatte die Centrenhalbheit verhöhnt, das Ministerium der Centralgewalt durch ein ohnmächtiges Mißtrauensvotum entfernen zu wollen, ganz richtig nach Beseitigung der Centralgewalt selbst gesteuert, scheute jedoch den eigentlichen Versuch, sie aus dem Besitz zu setzen, durch eine Reichsstatthalterwahl die Auflösung durch den Erzherzog zu provociren, es mit dem Volksaufstande gegen die unnahbare Besatzung zu wagen. Sie hatte nur in der, kein Handeln gestattenden Minderheit mit der Glorie sich umgeben können, die thatbereite Partei zu sein, und sehr wohl war sie, trotz ihrer Behauptung, das ganze Volk hinter sich zu haben, sich bewußt, daß ihr jedenfalls die intelligenten und besitzenden Klassen fehlten, daß sie mit ihrem „Volk" allein nicht von fern die Kraft zur Durchsetzung ihrer Tendenzen besaß, daß die Stärke der Agitation für die Reichsverfassung in dem Ansehen und der Anerkennung der Nationalversammlung lag, daß — wenn sie allein zurückblieb — diese Anerkennung völlig entgehen, auch der Schein schwinden werde, daß die längst schon verstümmelte, nun so reducirte Versammlung noch die Nation vertrete, mehr sei als ein Klub einer Partei. Sie hatte nach ganz richtigem Gefühl oder richtiger Einsicht mehrmals ihren Sieg hintertrieben, war am 19. nur Mehrheit geworden in der Hoffnung,

die vom Nürnberger Hofe an sich zu ketten, indem sie deren Antrag sich aneignete. Nun aber war schon herausgekommen, wie Jene zu demselben sich stellten, daß auf ihr noch weiteres „Mitgehen" nicht zu rechnen war, während sie doch die ganze Situation beherrschten, die Linke geradezu in der Hand hatten, denn — der Beschluß wegen der Beschlußfähigkeit von hundert Mitgliedern war noch nicht gefaßt und die Linke zählte keine 150 Stimmen, war für sich nicht stark genug, Beschlüsse, zumal extreme, zu fassen, mußte ihre Herren im Nürnberger Hofe durch Koncessionen zu gewinnen suchen, ja von ihnen die Möglichkeit, noch dableiben zu können, erbetteln.

Beim Anfange der Sitzung am 21. Mai zeigte die Versammlung die erbarmungswürdigste Physiognomie. Die Räume der Paulskirche erschienen als viel zu weit geworden, die Bänke trostlos leer, und manche der Dasitzenden waren nur gekommen, um von ihren Freunden Abschied zu nehmen. Die Gallerien dagegen waren überfüllt. Heftige Aeußerungen über den Austritt der Gagern'schen Partei, dessen Ankündigung erwartet wurde, schallten von ihnen herunter. Der Pöbel war Herr der Paulskirche. Auch die meisten Mitglieder der äußersten Linken fehlten, worüber die anwesenden von den Parteigenossen bittere Vorwürfe zu hören bekamen. Die Abwesenden waren in Pfalz und Baden anderweit „beschäftigt". Die Sitzung wurde eröffnet durch Anzeige der Abberufung der Sächsischen Abgeordneten. Eisenstuck, Schaffrath, Biedermann und ein paar Andere erklärten, daß sie zur Folgeleistung sich weder berechtigt noch verpflichtet achteten und die Versammlung nicht verlassen würden. Es folgte die Verkündung der Austrittserklärungen, worauf Cetto beantragte, in Folge derselben die Sitzung bis zum anderen Tage auszusetzen. Eisenstuck und Claussen wollten, daß erst die dringlichen Anträge gehört werden sollten. Diese gingen dahin, einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, worin die Lage des Vaterlands dargestellt und zur Durchführung der Verfassung aufgefordert werde (Umbscheiden); zu erklären, daß die Sächsischen Abgeordneten nicht berechtigt seien, auf Grund der Abberufung ihrem Berufe sich zu entziehen (Eisenstuck); die Nationalversammlung unter den Schutz des Freistaats Frankfurt zu stellen (Nauwerck). L. Simon und M. Mohl baten unter Ausfällen auf die Ausgetretenen die noch Zurückgebliebenen vom Centrum, an deren Loyalität appellirend, die Verhandlung über die Ansprache an die Nation und die Beschlußfähigkeit von 100 Mitgliedern zuzulassen — die Linke nicht beschluß-

unfähig zu machen, denn anstellen mußte sich die Linke, als ob sie handeln wolle, und Manche in ihr rechneten auch noch auf Chancen für ein nicht zu gefährliches Handeln, Einzelne mochten wirklichen Muth besitzen.*) Rüder und Cetto versicherten, daß sie und ihre Parteigenossen auf das Gefürchtete nicht ausgingen, aber es bedürfe bei der Stimmung in der Versammlung einer Verständigung, sie müßten mit den Ausgetretenen reden, der Antrag wegen der Beschlußfähigkeit der 100 sei präjudicirlich für sie, ohne weitere vorgängige Erwägung befänden sie sich nicht in der Lage, zur Genehmigung desselben mitwirken zu können. Nun proponirte Schott, die Sitzung bis vier Uhr auszusetzen. Bei der Abstimmung erschienen einige der Ausgetretenen unter den Zuhörern. Es begann ein Sturm auf der Gallerie, den der Vorsitzende (Reh) nur mühsam beschwichtigte, indem er letztere dringend und nochmals „freundlich" bat, sich ruhig zu verhalten, andernfalls er seine Pflicht zu handhaben wissen werde. Der Antrag Cetto's wurde mit 99 gegen 91 Stimmen abgelehnt, der Schott'sche angenommen.

Die reducirte Mittelpartei berieth sofort über die nun ihrerseits zu thuenden gemeinsamen Schritte. Sie beschloß einen Vertagungs-

---

*) Simon: Ich dächte, nachdem Sie von verschiedenen Regierungen nach allen Richtungen hin verunglimpft worden sind, und nachdem Diejenigen, welche bisher in Selbstüberschätzung die ganze Deutsche Richtung an sich gefesselt haben, bei den herantretenden Schwierigkeiten sich sofort zurückgezogen haben, es Anderen überlassend, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, ich dächte, in solcher Lage hätten Sie vor Allem eine Ansprache an das Deutsche Volk zu erlassen, worin Sie die Lage des Vaterlandes, und Das, was Sie zu thun gedenken, auseinandersetzen, und die Anfeindungen, die gegen Sie gerichtet sind, entschieden zurückweisen. Ich muß mich daher in diesem Sinne gegen die Vertagung erklären, und bitte Sie deswegen, zunächst die dringenden Anträge wegen des Erlasses einer Ansprache und der Beschlußfähigkeit von 100 Mitgliedern zu verhandeln. M. Mohl: Man möge nun in Beziehung auf das Gehen oder auf das Bleiben eine Ansicht haben, welche man wolle, die Einsicht hat doch ganz gewiß Jeder von uns, daß wir hier sind, und hier waren, um die Verfassung zu machen und ihr Geltung zu verschaffen. Diejenigen, die sie in ihrer Majorität gemacht haben und die jetzt fortgelaufen sind oder noch fortlaufen wollen, nun ja! diese mögen fortgehen, aber die Loyalität mögen Sie wenigstens haben, daß Sie Denen, welche noch ausharren wollen auf der Bresche, es noch möglich machen, auszuharren. Also gehen Sie nicht fort, ehe Sie nicht den Antrag angenommen haben, daß 100 Mitglieder beschlußfähig sind, damit Diejenigen, welche ausharren wollen, ihr Werk durchführen können.

antrag, der fünfzig und einige Unterschriften erhielt.*) Die Mittelpartei knüpfte eine Verhandlung mit der Linken an, die jedoch vergeblich war. Um vier Uhr war Vollzähligkeit der Versammlung sichtlich nicht vorhanden. Nach und nach erschienen zwar Mehrere, doch erklärte der Vorsitzende nach einer halben Stunde, er glaube nicht, daß die nöthige Zahl anwesend sei und ordnete den Namensaufruf an, der indeß 190 ergab, worauf die Sitzung eröffnet wurde, und zwar mit der Anzeige über die Vervollständigung des Reichsministeriums durch den Fürsten Wittgenstein. Sodann erwähnte der Vorsitzende zweier in Karlsruhe erschienener Proklamationen mit den Unterschriften von Raveaux, Trützschler und Erbe, um den öffentlichen Ausspruch daran zu knüpfen, daß die Herren „zu diesem Schritte von hier aus keinen Auftrag erhalten" hätten. Dann kam der Antrag der Mittelpartei, durch Fallati eingebracht: da am Vormittage nur 190 Mitglieder anwesend gewesen, eine so geringe Zahl in Wahrheit nicht als Vertreter des ganzen Deutschen Volkes erscheine u. s. w., möge die Versammlung mit Hintansetzung aller andern Anträge beschließen, sich bis zum 20. Juni zu vertagen, das Bureau zurückzulassen, um die Mitglieder in dringenden Fällen zurückzuberufen, den Beschluß zu suspendiren, nach welchem 100 Mitglieder die Anberaumung einer außerordentlichen Sitzung fordern dürften. Wie gern

*) Ihre Gründe, in der Korrespondenz vom 23. ausgesprochen, waren die: Die Versammlung könne eine entsprechende Fortsetzung der bisherigen nicht mehr bilden, nur noch schädlich wirken, was man zu verhüten suchen müsse; doch sei Erhaltung der Kontinuität der Deutschen Volksvertretung für das Vaterland sehr wünschenswerth, ja nothwendig wegen des Beschlusses der Regierungen, eine Verfassung zu oktroyiren; die Versammlung könne, wenn sie nur noch vorhanden, gegenüber der hinterlistigen Politik Oesterreichs und dem Partikularismus Baierns, zu Gunsten des „betrogenen Betrügers", des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, und dadurch zugleich zu Gunsten der Einheit ein Gegengewicht in die Wagschale legen; wenn Oesterreich mit Wiederherstellung des Bundestags den Sieg über Deutschland und Preußen erringe, noch einmal wieder zusammentreten und dem Widerstande des getäuschten und zerrissenen Deutschlands einen Mittelpunkt geben; und wenn dies nicht möglich, doch durch einen Protest dem Deutschen Volke sein Recht in Erinnerung bringen und für die Zukunft wahren. Wünschenswerth sei die Erhaltung der Volksvertretung wegen des Dänischen Kriegs und ganz besonders um des Rechts selbst und des Rechtsbewußtseins im Volke Willen. Wenn die Nationalversammlung auch nur in der Idee fortbestehe, so bestehe sie doch rechtlich fort, und es sei doch nicht unmöglich, daß günstigere Zeitumstände den Gedanken zur Wirklichkeit machten.

hätten sie nun zum anderen Male die Vertagung gehabt, deren Vorschlag sie wie das ganze Centrum und die Linke mit höhnendem Gelächter aufgenommen, als er, am 11. April, rechtzeitig von Detmold, Beisler, Gombart, Grävell, Somaruga eingebracht war.*) Allein die Linke brachte einen Gegenantrag. Der Vorsitzende wollte Fallati das Wort geben. Er wurde von Wesendonck heftig angegriffen, der ihn ins Angesicht wiederholter Parteilichkeit bezichtigte. Er vertheidigte sich nur schwach. L. Simon beschwichtigte den Zank nur dadurch, daß er der Linken zu bedenken gab, daß die Gegner durch Hinausgehen die Versammlung beschlußunfähig machen könnten. Die Linke weigerte dem Antrage der Mittelpartei die Dringlichkeit und sprach sie dem von Goltz zu, wonach die Versammlung, um noch weiter zum Hebel der Revolution zu dienen, beschlußfähig sein sollte, wenn 100 Mitglieder anwesend.

Umbscheiden, für denselben sprechend, nannte die Unterzeichner des Vertagungsantrags unter Bravo der Linken und der Gallerien Feiglinge. Der Vorsitzende glaubte nicht, daß der Redner berechtigt dazu gewesen und bat die Gallerien, sich der Einmischungen zu enthalten. Fallati gegen den Antrag. Er wollte die einzeln Weggegangenen nicht vertheidigen, die gute Familienväter u. dgl. sein möchten, Politiker aber nicht wären, die ihre Pflicht erfüllt hätten. Seinem Antrage liege der Wunsch zum Grunde, daß die Versammlung doch in der Theorie fortdauern möchte u. s. w., aber nur zu Hundert repräsentire die Nationalversammlung das Volk gewiß nicht mehr. Das bestritt Löwe, mit luftigen Argumenten die Fiktion in Schutz nehmend, der Nürnbergerhof-Fraktion ihre Inkonsequenz und Zaghaftigkeit vorhaltend, nach einer sehr begründeten Jeremiade über den unglücklichen Zustand der Versammlung.**) Buß ließ es sich

*) Die Deutsche Zeitung sagte in einem gerade von diesem Tage datirten Leiter: „Was soll die Reichsversammlung thun?" so fragte man schon vor Wochen voller Verlegenheit. Wir antworteten (wohl zu merken, als es zu spät war und als „wir" nicht mehr lachten und höhnten): Die Wahlen ausschreiben und sich vertagen, obgleich wir wußten, daß der Rath schwerlich durchdrang. In aufgeregten Zeiten wird Vernunft leicht als Verbrechen erscheinen. Bei einer Vertagung wäre die damals in sich einige Versammlung nicht gespalten, nicht mit sich selbst und den widerstrebenden Regierungen in Konflikt gerathen — wir hatten Recht.

**) „Es ist das Traurigste, was es geben kann, in diesem Augenblicke hier die leeren Bänke zu sehen, und zu gleicher Zeit das Gefühl zu haben, als ob alle diese leeren Stellen durch Dämonen ausgefüllt wären, die die Leidenschaften

nicht nehmen, besonders der Linken die Wahrheit zu hören zu geben, wie sehr sie durch ihre dringlichen Anträge geschadet, wie ganz ungesetzlich ihre Beschlüsse u. s. f. Er sprach für die Vertagung, weil sie der einzige Weg, der aus der Verlegenheit herausführen, die Nationalvertretung retten, ordnungsmäßige Selbstauflösung bewirken und thatsächliche Auflösung durch Auseinanderlaufen abwenden könne; die Versammlung vermöge nur noch schädlich, als Herd wüster Aufregung zu wirken, indem ihre Autorität ärger und immer ärger zum Deckmantel des Aufruhrs mißbraucht werde, wie es zumal in Baden geschehe unter Zuthun von Parlamentsmitgliedern. Er stellte den Zustand in Baden und insbesondere die List und Unredlichkeit ans Licht, womit dort die Nationalversammlung vor dem Volk in die moralische Betheiligung an Ruchlosigkeiten wenigstens dem Scheine nach hineingezogen werde. L. Simon begann mit der Versicherung, daß die Versammlung, wenn sie sich auch in einer gewissen natürlichen Aufregung befinde, darum doch aber ihre Sinne nicht verloren habe. Er vertheidigte die Vorgänge in Baden sehr advokatisch, und erging sich in stärkeren Ausdrücken als je gegen die, die „das Maß des Schimpfes und der Schande übervoll" machten, indem sie die in geschlossenen Reihen Stand haltende Linke nicht bloß verließen, sondern ihr am Ende auch noch die Beschlußfähigkeit mit hinausnähmen. Die Vertagung komme der Uebergabe der von der Nation anvertrauten Stellung an die rothe Monarchie völlig gleich; die Kaiserlichen hätten doch der Versammlung nicht abgesprochen, die Nation zu vertreten, als die Oesterreicher ausgeschieden, als die Versammlung doch nur noch Kleindeutschland repräsentirt, das nun nur noch etwas kleiner geworden; die noch Anwesenden möchten nur im Süden festen Fuß zu fassen suchen, sie würden von da aus vorschreiten und dem mißhandelten preußischen Volke als wahre Befreier erscheinen; wer nicht dableiben und es selbst thun wolle, möge doch nicht davor erschrecken, hundert Männern die Rettung des Vaterlands anzuvertrauen, da doch die Herrscher in Oesterreich und Preußen die Windisch-Grätz und Wrangel zu ihren Alteregos gemacht u. dgl. Er schloß, daß es

in Aufregung bringen. Wir sind, dächte ich, gerade weit genug auseinander gerückt, räumlich wenigstens, um uns hier in so kleiner Zahl noch mit einander vertragen zu können. Ich beklage deshalb die Leidenschaftlichkeit, die in diesem Augenblicke auf's Tiefste aufgerührt wird. Ich wünsche Nichts sehnlicher, als daß wir dem Vaterlande hier den Ausdruck einer gewissen Eintracht, einer gewissen Würde darbieten möchten."

Steine hätte erbarmen mögen, flehentlich bittend: Stimmen Sie mit Ja oder Nein, aber zerstören Sie nicht alles parlamentarische Leben durch Ihre Entfernung vor der Abstimmung, machen Sie uns nicht beschlußunfähig, geben Sie uns die Beschlußfähigkeit von Hundert! Siemens, ungerührt und uneingedenk, was seine kleindeutsche Partei erstrebt und gethan: Niemand könne es mehr beklagen als er, wenn die Fürsten jetzt die Einheit der Nation zu zerstören suchten und an deren Stelle die Einheit der Fürsten setzen wollten; aber die Freiheitszerstörer und die die Reaktion herbeigezogen, wären die von der Linken, und mit der Souveränität sei es nun aus, denn die Frage derselben sei, wie Gagern gesagt, eine Machtfrage, und mit der Macht sei es auch vorbei, da die Beschlüsse das Volk nicht hinter sich hätten. Er schloß mit der Ankündigung, daß er sich allerdings, und zwar ohne Feigheit, vor der Abstimmung entfernen werde, und zwar um sein Mandat niederzulegen. Welcker bat seinerseits die Linke flehentlich, von ihrem Antrage abzustehen. Wenn sie ihn durchsetze, so treibe sie 40 bis 50 Männer hinaus, während sie anderen Falls noch lange beschlußfähig bleiben könne; freilich habe die Versammlung keine andere Mittel als Worte, das Ministerium zum Rücktritt zu zwingen, wenn sie nicht im Stande sei, einen Statthalter von einiger Macht an die Spitze zu bringen — und das ging nun wieder nicht, da es gesetzwidrig war, und die Versammlung durfte nicht revolutionär verfahren und auf die Republik hinarbeiten, denn sonst ging auch Welcker, denn Revolution und Republik waren zwar nicht an und für sich nachtheilig und verwerflich, aber es war jetzt nichts damit, denn erstere nützte nach Lage der Sachen nur dem Absolutismus, die andre wollte die Nation nicht.

Die Abstimmung erfolgte durch Namensaufruf. Die im Nürnberger Hofe besorgten von dem Durchgehen des Antrags das größeste Unheil für Süddeutschland; eine beträchtliche Anzahl von ihnen, Riesser, Rüder, Zachariä u. s. w. entzog sich der Abstimmung, um die Versammlung beschlußunfähig zu machen. Der Vorsitzende erklärte, 101 hätten mit Ja, 39 mit Nein gestimmt, der Beschluß sei als ein nichtiger zu erachten, da nur 140 abgestimmt, und die Versammlung sei nicht in der Lage, in neue Verhandlungen einzugehen; genügender Stoff — werde ihm bemerkt — liege für die nächsten Tage nicht vor und man erwarte von München Nachrichten, welche Einfluß auf die Stellung der Versammlung haben würden — er schlage vor, daß die nächste Sitzung auf den 25. angesetzt werde. L. Si-

mon bemerkte: „Die Nationalversammlung hat von München aus nichts zu erwarten. Wo die Nationalversammlung nicht angefragt hat, von da hat auch die Nationalversammlung nichts zu erwarten.“ Der Vorsitzende entgegnete, er sei der Ansicht gewesen, daß die Sachen in München, wie sie sich entschieden, auf die politische Stellung der Versammlung einen wesentlichen Einfluß üben würden; daß letztere als solche ihren Blick dahin gerichtet habe, sei ihm nicht in den Sinn gekommen. Man hatte nämlich auch an den König von Baiern, der doch auf eine nicht unerhebliche Hausmacht sich stützen könne, für den Reichsstatthalterposten gedacht und gehofft, daß er zur Uebernahme desselben sich entschließen werde. Es waren vertrauliche Schritte geschehen, Diplomaten der Nürnberger und der Linken (Umbscheiden) in der Stille nach München geschickt, die jedoch eben so still zurückkehrten, wie es der Historiograph der Nürnbergerhof-Fraktion (A. A. Z. von 1849, Beilage zur Nr. 160) berichtet.

Die Deutsche Zeitung bemerkte, es gebe noch 323 berechtigte Mitglieder nach dem amtlich fortzuführenden Verzeichniß, und darunter Manche vom allerkonservativsten Charakter, aber freilich auch viele Gespenster — Revenants, von denen die Meisten gewiß nicht zurückkehrten, die ihre Vollmachten nur nicht formell, wol aber thatsächlich zurückgegeben hätten; am vollständigsten hätten sich Würtemberg, Baden, Sachsen, Kurhessen, Oldenburg, Schleswig-Holstein mit Lauenburg und Mecklenburg-Schwerin in der Versammlung erhalten. Die Heidelberger Politiker hatten also nun, wenn nicht ein kleinstes Kleindeutschland, doch eine Art von Vertretung eines solchen, nebst den Früchten ihrer Agitation für die Durchführung der Reichsverfassung, die in ihrer unmittelbaren Umgebung gereift waren. Die vom Nürnberger Hofe schlugen in der Centralkorrespondenz, indem sie dieselbe — folgenden Tags — übernahmen, Schamade, auch ihr politisches Streben, nachdem die Kasinomänner am 21. den politischen Bankerott erklärt, gleichfalls für ein unmögliches erklärend, ihre Nachfolge im Austritt ankündigend: das Alles freilich ohne sonderlich klar geworden zu sein und nicht ohne Großsprecherei. (Anh. XXXVIII.) Sie vermochten sich jedoch über den Austritt nicht zu einigen. Sie hatten am 21. für das Mal die Genehmigung des Antrags auf die Beschlußfähigkeit von 100 verhindert, sagten sich aber, daß er wiederkehren werde und daß das gebrauchte Mittel nicht wiederholt und systematisch angewendet werden könne. Die Linke machte ihnen schon wegen der einmaligen Anwendung desselben und wegen des Bruchs

der Zusage, es nicht anwenden zu wollen, welche sie erhalten haben wollte, die heftigsten Vorwürfe. Sie erkannten, daß sie „Maßregeln" ergreifen müßten. In ihrer früh am 23., dem Tage vor der nächstfolgenden Sitzung, ausgegebenen Korrespondenz berichteten sie über den Verhalt der divergirenden Meinungen und Entschließungen in ihrer Mitte. *) Im Laufe des Tags und Abends beriethen sie in getrennten Versammlungen. In der einen wurde der Austritt beschlossen, in der andern konnte man sich dazu nicht entschließen. Den Selbstmord der Versammlung zu begehen würde erst dann gerechtfertigt sein, wenn man wie Cato die Sache als eine durchaus verlorene ansehen müsse. Man kam hier auf die Idee einer Vertagung zurück. Man erörterte, ob man die Versammlung beschlußunfähig zu machen suchen, oder die Linke dahin gelangen lassen solle, die Zahl auf Hundert herabzusetzen, damit das deutsche Volk zur Erkenntniß ihrer Armseligkeit komme. Die Mehrzahl beschloß, die Sitzung am 24. nicht zu besuchen. In der Korrespondenz vom frühen Morgen des 24. wurde die Todesmattigkeit und die Sehnsucht der Reste der Erbkaiserlichen, daß der Versammlung der Tod gegeben werden möchte, ausgesprochen, ausführlich über jene Verhandlungen berichtet. Die Köpfe derer im Nürnberger Hofe waren zum Theil auch jetzt noch erfüllt von sehr überstiegenen Ideen. (Anh. XXXVIII.)

*) Ueber die Art solcher Maßregeln sind die Ansichten unter uns getheilt. Die meisten Mitglieder des früheren „Augsburger Hofes", so wie die Bayerischen Mitglieder der früheren Landsberg-Partei werden auf jeden Fall schon die Donnerstag-Sitzung nicht mehr besuchen. Mehrere Mitglieder des „Nürnberger Hofes", die eine gewisse Verpflichtung zu haben glauben, an dieser noch Theil zu nehmen, werden wol morgen der Austrittserklärung der oben bezeichneten Abgeordneten sich anschließen. Andere Abgeordnete von unserer Partei ziehen es dagegen auch jetzt noch vor, ihr Mandat beizubehalten und die Versammlung nur eine Zeitlang nicht zu besuchen, um auf diese Weise Das zu erreichen, was wir gemeinsam durch die Vertagung bezweckten. Eine Zusammenkunft, die auf heute Morgen angesetzt ist, wird über das Weitere entscheiden. Wir enthalten uns daher einstweilen noch einer genaueren Darstellung und Begründung der entgegenstehenden Ansichten, und bemerken nur, wie die Anhänger der letzteren Ansicht für diese mit Recht den Umstand geltend machen, daß die Linke durch die bald mit einer förmlichen Austrittserklärung verbundene, bald auch insgeheim stattfindende Abreise mancher von ihren Mitgliedern von Tage zu Tage schwächer wird, und daß, namentlich auch deshalb, weil dieser Umstand auf einen Theil der gemäßigten Linken Eindruck zu machen scheint, für unsere Partei, wenn sie vollständig zusammenbleiben will, die Aussicht sich eröffnet, ihren Vertagungsantrag noch durchzusetzen.

Die Nationalversammlung am 24. Mai (Eine Zuschrift des Reichsministeriums, die Rheinpfalz betreffend). — Preußen's Lossagung von der Centralgewalt, Streit mit dem Reichsverweser um deren Ueberlieferung an den König von Preußen. — Beschlüsse über die Nichtverbindlichkeit der Abberufung der Sächsischen Abgeordneten, einen Aufruf an das Deutsche Volk, die Beschlußfähigkeit von 100 Mitgliedern. — Austritt der Augsburgerhof-Fraktion; Zerfall der Nünbergerhof-Fraktion.

Es war bei Eröffnung der Sitzung am 24. Mai ungewiß, ob die Versammlung beschlußfähig sei. Die Zählung ergab indeß 155 Anwesende. Dann Austrittserklärungen, u. a. die von Vincke, wogegen der Eintritt Jakoby's aus Königsberg als Stellvertreter angezeigt wurde. Dann Mittheilung einer Zuschrift des Reichsministers des Innern an den Vorsitzenden. Es sei ein Schreiben einer angeblichen provisorischen Regierung der Rheinpfalz an den Reichsverweser eingegangen; da die Selbstkonstituirung einer andern Regierung als der gesetzlich bestehenden nach den Grundrechten und der baierischen Verfassung für ein verbrecherisches Unternehmen erachtet werden müsse, habe zur Zeit von der eingegangenen Anzeige keine Kenntniß genommen werden können, sondern dies ausgesetzt werden müssen, bis in der Rheinpfalz Ordnung und Gesetz wieder hergestellt sein würden. Das so geringschätzig und als ein lächerliches aufgenommene Ministerium trat also der Revolte und der Nationalversammlung mit dem Verstande und Muthe, dem Ernst und der Würde entgegen, woran es die Erbkaiserlichen, als sie in den Ge-

schäften gewesen waren, hatten fehlen lassen. Es bot daneben der Nationalversammlung Schach. Die Zuschrift wurde stumm angehört und hingenommen. Der Ministerpräsident wollte in der ersten Sitzung nach dem Feste entworten. Ja, post festum! wurde unter Gelächter gerufen.

Das letzte Reichsministerium trat bei schon zu sehr verdorbenen Sachen ein, um diese noch wieder zurechtbringen zu können; die dominirenden Parteien machten es ihm durch verkehrte Haltung unmöglich, der Nationalversammlung noch wiederaufzuhelfen oder ihr zum wenigsten förderlich zu sein zu einem bessern und ehrenvolleren Ende und Ausgange. Indeß wendete seine Festigkeit noch Schlimmeres ab, die Irregehenden, Verwickelten, Erhitzten wider ihren Willen von Unbesonnenheiten, vielleicht Vergehen zurückhaltend, wodurch noch viel größeres Unglück als durch ihr bisheriges Verhalten angerichtet worden wäre und deren empfindliche Folgen unvermeidlich für sie gewesen sein würden. Es gab dem letzten Reichsministerium zu dieser Bedeutung eine noch weiter in die Geschicke Deutschlands hineinreichende, es verschlimmerte zunächst den Zustand in Frankfurt und erschwerte der Centralgewalt und deren Ministern ihre Stellung gegenüber der Nationalversammlung nicht wenig, daß man von Berlin aus nicht abließ, den Erzherzog zu drängen, daß er resignire und sein Amt in die Hände des Königs von Preußen niederlege. Uns führt hierauf eine der gedachten Ministerialerklärung folgende Interpellation. W. Schulz fragte an: ob es wahr sei, daß die Preußische Regierung an den Reichsverweser das Ansuchen gestellt habe, die Nationalversammlung mit Gewalt aufzulösen, die provisorische Centralgewalt niederzulegen, den König von Preußen zu ersuchen, die letztere statt seiner zu übernehmen; daß Preußen mit Umgehung der Centralgewalt Friedensunterhandlungen mit Dänemark eingeleitet, daß zwischen Preußen, Sachsen und Hannover ein Sonderbund geschlossen worden? Zum Verständniß das Nachstehende.

Am 18. Mai kündigte Preußen der Centralgewalt förmlich den Gehorsam auf, und forderte insbesondere die Leitung der Dänischen Sache. Es geschah durch eine telegraphische Depesche des Grafen Brandenburg an den Preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt, von Kamptz*), welcher ein ausführliches Schreiben nachfolgte, worin er-

*) Nachdem Se. kais. Hoheit der Erzherzog bestimmt erklärt hat, die Nationalversammlung nicht auflösen zu wollen, kann die Königl. Regierung nicht

klärt wurde, in dem Punkte des Dänischen Kriegs übernehme Preußen auch ohne die förmliche Uebertragung von Seite der Centralgewalt, dieser keine Folge mehr leistend, die Leitung; nachdem es gegen jede Bedeutung der weiteren Beschlüsse der Nationalversammlung Protest eingelegt und seine Deputirten abberufen, habe jene ihm gegenüber keine rechtliche Existenz mehr, und ein Einverständniß der in Frankfurt etwa noch forttagenden Vertreter der übrigen deutschen Länder mit der Centralgewalt würde für Preußen ohne alle Bedeutung sein; der Centralgewalt fehlten also von Preußens Standpunkte für die Fragen über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten — worüber nach dem Gesetze vom 28. Juni die Centralgewalt im Einverständniß mit der Reichsversammlung beschließe — die Bedingungen ihrer Aktion. Kamptz forderte am 19. den Erzherzog auf, die Centralgewalt in die Hände des Königs niederzulegen. Der Erzherzog hatte am 18. in der Nationalversammlung jene Erklärungen abgeben lassen, daß er gewissenhafter Weise sein Amt nur in die Hände zurücklegen werde, von denen er es empfangen. Er weigerte, und zwar um so mehr, da die Nationalversammlung an demselben Tage den Beschluß über die Wahl eines Reichsstatthalters faßte. Hätte er resignirt, so litt es keinen Zweifel, daß ersten Tags diese Wahl erfolgt wäre, und zwar den Preußischen Tendenzen gewiß nicht entsprechend. In jedem Falle würde der Name des Gewählten, der nicht zur Stelle war, zu bedenklichen Operationen für die „Durchführung der Reichsverfassung" benutzt sein, der Ausbreitung und Stärkung des Aufruhrs nicht wenig gedient haben. Nahm der Gewählte — etwa der König von Baiern — an, welche Gegensätze! Lehnte er ab, welche Wirren! Der Erzherzog schickte noch am 19. Bally nach Berlin, den König — wie die D. Z. sofort berichtete (sie wollte selbst den Ausdruck verbürgen) — um Gottes

genehmigen, daß dort ein Preußischer General oder Beamter die Stelle eines Ministers einnehme, der einer Versammlung verantwortlich ist, deren Bestehen wir nicht mehr anerkennen; da der Reichsverweser ferner von dieser Versammlung abhängig bleiben will, so kann die Preußische Regierung fortan weder die Vertretung ihrer politischen Interessen, noch die Disposition über ihre Truppen in der Hand der Centralgewalt lassen, indem sie sich damit indirekt der Nationalversammlung unterordnen würde (vergleiche §. 4 und 6 des Gesetzes vom 28. Juni v. J.). Sie sind beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Oberstlieutenant Fischer dieses dem Erzherzog zu erklären und hinzuzufügen, daß wir die diplomatische und militärische Leitung der Dänischen Angelegenheiten nunmehr selbst in die Hand nehmen werden.

willen zu bitten, daß er die Centralgewalt übernehmen möge, was bei einem solchen Reichsministerium nicht Wunder nehmen könne, dem außer der physischen Macht auch das moralische Ansehen fehle. In Wahrheit hatte Bally den Auftrag, die dringende Nothwendigkeit vorzustellen, daß man Preußischer Seits die Verfassungssache auf irgend einem geeigneten Wege möglichst baldiger Erledigung zuführe, so vorgehe, daß der Abschluß mit Oesterreich und Baiern erfolgen könne, und insbesondere mit den übrigen Bundesregierungen über die Centralgewalt, Aufhören der provisorischen, Errichtung einer andern, sich rasch einige. Lag doch eine desfallsige Oesterreichische Proposition vor, die Fürst Schwarzenberg in einer an Kanitz gerichteten Note vom 19. gegen die Preußischen Einwendungen vertheidigte. Am 20. überbrachte der Major von Boddien, von Berlin zurückkehrend, dem Erzherzoge ein weiteres Schreiben des Königs im Sinne der bisherigen Zumuthungen. Der Erzherzog soll geschwankt haben, er abdicirte jedoch nicht. Man hatte im Reichsministerium Kunde von einer am 20. beabsichtigten Erhebung im ganzen westlichen Deutschland, wovon vereinzelte und fast gleichzeitige Symptome zu Tage traten. Am 17. hatte der Landesausschuß in Baden die Auflösung der Kammern, die Einberufung einer konstituirenden Versammlung dekretirt. Am 19. erließ er die Proklamation an das Deutsche Volk, worin es hieß: die Tyrannen Deutschlands hätten die Maske abgeworfen, der König von Preußen habe der Freiheitsbewegung, der Nationalversammlung offen den Krieg erklärt, drei Abgeordnete der letzteren, Raveaux, Erbe, Trützschler, hätten sich in seiner (des Volkes) Mitte eingefunden und den Schutz des Badischen Volks gegen die zum Umsturz der Reichsverfassung verbündeten Mächte gefordert, den Vorkämpfern der Freiheit in der Nationalversammlung müsse schleunigst Hülfe werden. Am 19. erschien die Vorhut der Pfälzer Freischaaren zum Ueberfall von Landau. Zwischen der Würtemberger Kammer und dem Badischen Landesausschuß wurde ein Schutz- und Trutzbündniß angebahnt. Die Aufständischen suchten sich allüberall in Kommunikation zu setzen. Die Bewegung ging von der Schweizer Grenze am Rhein hinab bis in die preußische Rheinprovinz; eine heimliche französische Einmischung war vorhanden. Der Aufruhr war im Wachsen, er wurde bedrohlicher durch Ausdehnung und Zusammenhang, nur der Mittelpunkt Frankfurt hätte ihm gefehlt. Es wurde wiederholt, was die Centrenmänner längst gesagt, Preußen sehe seine Ausdehnung gern und entziehe der Centralgewalt, Frankfurt, Baiern in der Pfalz absichtlich seinen

Beistand, um schließlich als rettende Macht einzuschreiten und die Geretteten für sich zu nehmen. Der Erzherzog erwog die Gefahr wie seine Pflicht. Er beschloß zum Schutze Frankfurts und um zunächst der weiteren Verbreitung des Aufruhrs in Baden und der Pfalz eine feste Schranke zu setzen, außer dem bei Frankfurt aufgestellten die Koncentrirung eines zweiten mobilen Korps von Reichstruppen zwischen Darmstadt und dem Neckar; er übertrug Peucker den Oberbefehl und ließ die Bestallung am 21. ausfertigen. Die Badische Regierung hatte um Verstärkung der an der Badischen Grenze aufgestellten Truppen gebeten. Es wurde gleichfalls an diesem Tage beschlossen, zu erwiedern, daß für den Augenblick ein Mehreres nicht geschehen könne, daß darauf jedoch thunlichst bald Bedacht genommen werden solle; weiter Zell und Christ zurückzuberufen, woneben an dieselben ein scharfes Reskript erging; endlich Einleitung zu treffen, dem Großherzoge die Bildung einer Legion aus den dazu sich meldenden Officieren und Soldaten der aufgelösten Truppen zu ermöglichen.*) Früh Morgens am 22. traf, datirt Berlin am 21. elf Uhr Abends, eine telegraphische Depesche an den Obersten Fischer, dessen Telegraphie erwiedernd, ein: „Das Staatsministerium hält es unter den vorliegenden Umständen für das Beste, daß Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog dem General von Peucker das ihm zugedachte militärische Kommando unverzüglich übergebe und hierauf sogleich resignire. Will er sein Amt nicht in die Hände Sr. Majestät des Königs niederlegen, so möge er in die Hände der Bevollmächtigten resigniren. Von dieser Depesche ist der General von Peucker sofort zu benachrichtigen.“ Am 22. fanden wiederholte und fruchtlose Versammlungen der Bevollmächtigten Statt. Die Regierungen, welche die Verfassung anerkannt hatten, befanden sich in noch größerer Verlegenheit als der Erzherzog. Nachdem der König die ihm mit der Verfassung angebotene Krone abgelehnt, verlangte er etwas derselben fast Gleiches ohne die Verfassung und mit entschiedenem Widerspruche gegen diese. Wie sollten sie die Gewährung vor ihren Unterthanen vertreten, wie

*) Die Deutsche Zeitung führte am 23. aus: das Badische Militär besinne sich, Treue währe länger als Verrath u. dgl. Aber wer hatte die Treue erschüttert, die Begriffe verwirrt, über deren Verwirrung sie daneben bittre Klage führte? In derselben Nummer las man schnaubende Artikel gegen die Bairische Regierung, den Aufruf des Königs von Preußen „An mein Volk“, die Absicht der Regierungen, eine andre als die Reichsverfassung zu vereinbaren.

versagen, da Preußen das Schwert gezogen und die Scheide weggeworfen hatte? Auf der andern Seite stand der Protest Baierns, die Mißbilligung Oesterreichs. Allgemein war das Gerücht von einem Einmarsch der Russen in Posen verbreitet. Niemand zweifelte an einem Preußisch-Russischen Bündniß. Desselben Tags reiste Fischer wieder ab, wendete sich die Bairische Regierung durch ihren Bevollmächtigten an das Reichsministerium mit einem ernsten wiederholten Gesuche um entsprechende Aushülfe mit verläßigen Truppen, kehrte Bally von Berlin unverrichteter Sache zurück. Nun erwiederte der Erzherzog auf die letzte Aufforderung abweisend und vorwurfsvoll.*) Während er wollte, daß vor seinem Rücktritt der König die Berliner Verhandlungen zu Ende führe, wurde in Berlin dies von seiner Resignation abhängig gemacht, wie man aus einer telegraphischen Depesche des Grafen Brandenburg an Kamptz vom 23. ersieht. „Die Entschlüsse der königl. Regierung über die Behandlung der Deutschen Sache sind davon abhängig, ob der längst angekündigte Vorsatz Seiner kaiserl. Hoheit des Erzherzogs, sein Amt niederzulegen, jetzt zur Ausführung kommen wird. Ich ersuche Sie daher, von Sr. kaiserl. Hoheit, wo möglich, eine bestimmte Erklärung darüber zu erlangen, ob er sein Amt jetzt, wenn auch in die Hände der Bevollmächtigten der Regierungen, niederlegen oder ob er sein Amt vorläufig noch

*) Er gehe deshalb nicht auf das Ersuchen Preußens in Betreff der Uebertragung der Oberleitung der Deutschen Angelegenheiten ein, weil eine solche Uebertragung nicht durch unberechtigte und für Niemand verbindliche Handlungen ihres jetzigen Inhabers, sondern nur durch gesetzlichen Vorgang geschehen könne; er könne nicht erwarten, daß Preußen in einer einzelnen Angelegenheit sich an die Stelle einer Gewalt setzen würde, für deren Uebertragung im Ganzen die Einwilligung aller Betheiligten fehle; die Fortführung der Dänischen Angelegenheit durch die Centralgewalt werde keine so unglücklichen Folgen nach sich ziehen, wie ein erklärter Bundesbruch Preußens (Artikel XI. der Bundesakte); durch Preußens Verfahren allein werde die Führung der Dänischen Angelegenheit schwankend. Und wenn Preußen den General Prittwitz eigenmächtig instruirt habe, so gebe der Erzherzog zu bedenken, daß Prittwitz als Befehlshaber der Deutschen Armee in Schleswig-Holstein in der Pflicht des Reichs stehe. In der Voraussetzung, daß die jetzige Centralgewalt bald aufhöre und die Dänische Angelegenheit auf anderem als faktischem Wege in Preußens Hände übergehe, würde es dem Erzherzoge schwer fallen, vorher noch durch öffentliche Verwahrung der Rechte der Gesammtheit und seiner eigenen Würde, sowie durch Verantwortlichkeitserklärung Preußens für sein früheres und jetziges Verhalten die Zerwürfnisse noch zu vermehren.

behalten will. Ich will diese Erklärung sobald als möglich erwarten." Am 24. erfolgte die von Grävell unterzeichnete geharnischte Antwort des Erzherzogs an Kamptz. „Auf die dem Herrn Reichsverweser heute mitgetheilten telegraphischen Depeschen von Berlin vom 18. und 23. hujusd. habe ich von Sr. kaiserl. Hoheit den ausdrücklichen Befehl erhalten, zu erwiedern, daß Se. kaiserl. Hoheit der Reichsverweser, wie bekannt, längst entschlossen ist, das ihm anvertraute Amt niederzulegen, daß Er aber bei der Bestimmung des Zeitpunktes, wann dieses geschehen werde, lediglich das Interesse Deutschlands konsultire und keiner Macht der Erde das Recht zugestehe, Ihn von dem Ihm anvertrauten Posten zu verdrängen." Das Reichsministerium enthielt sich, die Postzeitung oder die Frankfurter zu einer Darstellung dieser Vorgänge im Sinne seiner Vertheidigung zu benutzen, es schwieg vielmehr und ließ ergehen, daß dieselben vielfach zu seinem Nachtheil, zu Preußens Gunsten dargestellt wurden. Aber trotzdem, daß ihm so zahlreiche und erbitterte Feinde gegenüberstanden, trotzdem, daß nicht Alles, daß das für Preußen Nachtheiligste nicht bekannt wurde, wurde das Verfahren Preußens fast allseits und auf das Bitterste getadelt, selbst von Denen getadelt, die — wie die Politiker der Deutschen Zeitung — auch jetzt noch dabei blieben, daß Preußen schließlich an die Spitze zu stellen sei. Wie unfreundlich es von der Linken der Nationalversammlung beurtheilt wurde, beweist die Schulzische Interpellation. Eine Andeutung des Urtheils der großdeutsch Gesinnten fand sich in einer Frankfurter Adresse vom 22., worin der Erzherzog angegangen wurde, gegenüber dem Preußischen Andringen zu beharren. (Anh. XXXIX).

Nach erfolgter Antwort auf die Interpellation die Tagesordnung, deren erster Gegenstand der Antrag Eisenstuck's war, zu erklären, daß die Sächsischen Abgeordneten nicht berechtigt seien, auf Grund ihrer Abberufung ihrem Abgeordnetenberufe sich zu entziehen. Der Antrag wurde für dringlich erklärt und ohne Debatte fast einstimmig angenommen. Denselben Erfolg hatte der weitere von Umbscheiden, einen Aufruf zur Durchführung der Verfassung an das Deutsche Volk zu erlassen und mit dem Entwurfe den Dreißigerausschuß zu beauftragen. Dem Antrage Nauwerck's, daß die Nationalversammlung sich unter den Schutz des Freistaates Frankfurt stellen möge, wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Hierauf mehrere neue Anträge. Die im Nürnberger Hofe forderten die Vertagung. Rösler von Oels und Genossen wollten, daß die Versammlung die

Aufhebung der Haft des Stellvertreters Blöde verfüge. Würth von Sigmaringen beantragte eine Nichtigkeitserklärung aller Akte des Ministeriums Grävell, woran sich die Ausführung des über die Bildung einer Exekutive gefaßten Beschlusses knüpfen möge. Diese Anträge wurden sämmtlich beseitigt. Nun wiederholte L. Simon den Antrag auf Beschlußfähigkeit von 100 Mitgliedern. Der Vorsitzende (Reh) wollte ihn als einen unerledigt gebliebenen sogleich zur Abstimmung bringen und that es gegen den Widerspruch von Buß, der bemerklich machte, daß der Antrag nicht auf der Tagesordnung stehe und daß das beabsichtigte Verfahren gegen alle parlamentarische Ordnung sei. Es stimmten gerade so viele als erforderlich waren zur Beschlußfassung, 150, da eine Anzahl von Centrenmännern, Biedermann, Freudentheil, Reden, Wydenbrügk, Soiron u. A. sich der Theilnahme nicht hatten entziehen mögen. Die in Baden und der Pfalz beschäftigten Mitglieder der Linken waren herbeigeeilt, die Zahl würde aber dennoch nicht voll geworden sein, hätte nicht ein Zufall noch Bogen von Michelstadt hergeführt, der als der letzte der Bejahenden erschien, als eigentlich der Aufruf schon beendet war. Es stimmten 115 für den Antrag, die Linke erhielt also ihren Willen und begrüßte, während freilich die Kühleren bedenkliche Miene dazu machten, mit rauschendem Jubel den Sieg, zu welchem ihr die Reste der Erbkaiserlichen verholfen hatten, ähnlich wie deren Gewalthaufe im Davongehen versäumend, dem Vaterlande den einzigen Dienst zu leisten, den sie zu leisten noch vermocht hätten. Der Verkündung des Beschlusses folgten die motivirten Austrittserklärungen von Widenmann und etwa zwanzig Andern (Augsburgerhof-Fraktion), so wie von Francke, Michelsen, Esmarch, Steindorf, und eine Erklärung Wydenbrugk's, Biedermann's u. A., dahin lautend, daß sie an dem Beschlusse wegen des Aufrufs an das deutsche Volk keinen Antheil hätten.

Als die Centrenmänner, welche der Sitzung nicht beigewohnt hatten, die Nachricht erhielten, daß Simon's Antrag genehmigt sei, hielten die Meisten dafür, daß die Sache nunmehr katonisch aufzugeben sei. In einer Versammlung des Nürnberger Hofes betrieb besonders Riesser den Austritt. Die große Mehrzahl beschloß indeß, noch zu bleiben, aber die Sitzungen nicht mehr zu besuchen. Riesser wollte abreisen, doch ohne sein Mandat niederzulegen, vielmehr erklärend, daß er unter veränderten Verhältnissen auf den ersten Ruf wieder herbeieilen werde. Die Abendkorrespondenz vom 24. erklärte u. a.,

Diejenigen von der Partei, welche — unter passiver Assistenz — bleiben wollten, hätten sich hierzu entschlossen, damit die Linke nicht sagen könne, daß sie allein die treu ausharrende Fraktion sei, um in der Versammlung (die sie nicht mehr besuchen wollten) und im Südwesten noch einen mäßigenden Einfluß zu üben, und weil die Nationalversammlung durch Neuwahlen doch noch einmal wieder eine Macht werden könnte, indem das Berliner Verfassungsprojekt als gescheitert anzusehen sei, da selbst der Norden rühmlicher und glücklicher Weise einer durch Preußen unter seiner Hegemonie zu begründenden Einheit sich nicht fügen (!), da in Sachsen selbst in den höchsten Kreisen eine Partei das Land nicht als Preußische Provinz regiert wissen, da Baiern (dessen gegen die Königsverfassung sich sträubender „Partikularismus" ganz vor Kurzem mit dem Preußischen Säbel bedroht war) sich nicht unterwerfen wolle, und da die Entziehung der Hülfe Preußens gegen den Aufruhr, womit selbst die officiellen Preußischen Organe droheten, zu ganz andern Ergebnissen führen könnte, als man in Berlin wünsche.

Die Beschlußfähigkeit von 100 Mitgliedern konnte nur die Bedeutung haben, die Fiktion und den Schein einer noch vorhandenen Nationalvertretung zu retten, diesen Schein zur Verleitung und so das Ansehen und den Namen der Nationalversammlung zu Partei- und Wühlerzwecken zu benutzen, die Bestrebungen der Linken in den Mantel der Legalität zu hüllen und so dieser Linken einigermaßen den Rücken zu decken. Die Redner der Centrenreste hatten dies nicht zur Genüge hervorgehoben, hatten den Antrag mit immerhin guten Gründen bekämpft, sich aber in der Debatte doch nicht so stark gezeigt, als sie es durch die Sache waren, weil sie selbst zwischen Bleiben und Gehen schwankten, bis zur Stunde den Austritt der Freunde bekämpft, die Ausgetretenen getadelt hatten, weil sie nach jenen ihren Argumenten theilweis auf demselben oder doch einem ähnlichen Boden standen wie ihre Gegner, die ihre Gründe großentheils für sich gebrauchen oder wenden konnten. So und so rasch und kläglich ging es mit den Resten der Kaiserpartei zu Ende. Der Historiograph der Nürnbergerhof-Fraktion in der Allgemeinen Zeitung sagt: Von den Konservativen verlassen, habe sich für ihren Theil auch ihre Mittelpartei außer Stande gesehen, eine Politik durchzuführen, deren wesentlichste Voraussetzung eben die Mitwirkung der konservativen und der von ihr repräsentirten Mittelklassen gewesen; für sich allein habe sie in die Bewegung nicht eintreten können, ohne ganz der Herrschaft

der Linken zu verfallen und somit gerade Das herbeizuführen, was sie durch ihre Betheiligung vermeiden wollen — was auch ganz richtig war, auch leicht hätte vorhergesehen werden mögen. *)

*) Die Politiker der Deutschen Zeitung ließen sich über den Hauptbeschluß vom 24. und den Zufall und Bogen, welchem er zu verdanken sei, früherer kleiner Zufälle, der vier Oesterreichischen Stimmen, die den Preußischen Kaiser gemacht, nicht gedenkend, sehr weise und spöttlich aus, und führten der Versammlung, also der Linken, zu Gemüth, daß man noch einmal überlegen müsse, wenn man noch so logisch auf etwas gekommen, das dem gesunden Menschenverstande zu widersprechen scheine, und daß es unsäglich zu bedauern sein würde, wenn sie — die Versammlung — unwürdig, lächerlich, ja verbrecherisch endete, denn seit den ältesten Tagen seiner Geschichte habe Deutschland einen solchen Verein nicht gesehen. Als ihre Partei durch die Verfassung und deren Abschluß in Widerspruch mit der Wirklichkeit der Dinge gerathen war, hatten sie an jene Maxime selbst nicht gedacht, und dachten auch jetzt nicht daran, wo Durchführen der Verfassung sichtlich jenseit der Linie des Vernünftigen und Möglichen lag; sie dachten eben so wenig daran, daß jenes freilich bedauerliche Ende bereits herbeigeführt war, und zwar hauptsächlich durch ihre kaiserthümelnden Parteigenossen, von ihnen auch bei diesem Anlaß die „besten Männer" genannt; sie mahnten die Versammlung, mit der Ansprache an das Deutsche Volk als letztem Akte, erhaben über Parteileidenschaften, zu schließen; sie erwarteten von dieser Ansprache und für die Verfassung noch die größesten Dinge. Wenn von der letzteren gesagt werde, wie man sie anders durchführen wolle als mit Gewalt, so sei zu antworten, wie man sie anders hindern wolle? Denn die Regierungen, wie man mißbräuchlich sage, vielmehr also die Dynastien würden zufolge allen einlaufenden Nachrichten keine gemeinsame, keine dem gerechten Volksverlangen entsprechende Verfassung zu Stande bringen. Dem vermeintlich vollkommen logischen Schlusse lag die fortdauernde Einbildung zum Grunde, daß die Verfassung der Kaiserlichen — und der alliirten Republikaner — dem gerechten Verlangen des Volkes entspreche, und daß dieses einmüthig und energisch sie wolle, was doch so offenbar nicht der Fall war, als es auf der Hand lag, daß eine wahrhafte Einigung über die zu errichtende Verfassung auch in der Nationalversammlung nicht zu Stande gekommen, daß umgekehrt die künstlich und widernatürlich zum Abschluß gebrachte der Erisapfel gewesen, die Saat des Untergangs der Versammlung in so bedauerlicher Weise geworden, daß, während die Versammlung unwürdig, lächerlich, fast verbrecherisch endete, obenein Bürgerkrieg — durch den Zank um die Verfassung entzündet — drohete. Zehn für ein Mal hatten diese Weisen selbst gesagt, wenn die Bewegung in Krieg ausgehe, so werde dabei eher alles Andre als die Reichsverfassung herauskommen; jetzt sprachen sie schließlich von den traurigen Aussichten, den Leidenschaften, die zu blutiger Entscheidung drängten, und trösteten sich dessen, was Beseler in seiner letzten Rede gesagt: „Die nächsten Ereignisse werden vielleicht unsere Wünsche täuschen, die Zukunft ist unser, die Geschichte wird entscheiden

zwischen uns und unseren Gegnern auf beiden Seiten!" Und eben jetzt hub auch ihr Korrespondent vom Rhein wieder an zu rumoren, mit der Erklärung beginnend, daß beim Stande der Dinge für einen Mann, der vernünftiger Einsicht nachstrebe und blinder Leidenschaft nicht fähig sei, fortan nichts übrig bleibe, als sich stille auf den Stand der Beobachtung zu stellen und den Ereignissen zuzusehen, daß er deshalb seit der (ihm noch immer) unbegreiflichen Thatsache der Preußischen Ablehnung nicht mehr geschrieben und auch nur noch diesen und vielleicht einen anderen Brief schreibe, um zu sagen, warum er nicht mehr geschrieben habe und schreiben werde. Er setzte auseinander, wie Alles hätte gelingen können, wenn nur die Versammlung nicht von Anfang falsche Wege eingeschlagen, und wie er sich ihr vergebens widersetzt. Dennoch habe ihr Gang zu dem Ziele zu führen geschienen, das „wir in diesem Blatte von Anfang an verfolgt." In Bezug auf die Wege anderer Meinung, habe er doch in Bezug auf das Ziel stets treulich mitgefochten, „bereit, wenn Alles gelang, mit Allen über meine eigne Zweifelsucht hohnlachend zu triumphiren." Aber es sei nicht gelungen. „Von diesem Augenblick an war Schweigen allein für mich übrig. Ich konnte mich, ohne mich selbst zu schlagen, über die Folgen nicht ungebärdig anstellen, die ich vorausgesehen hatte; ich konnte die nicht loben, die sie veranlaßt hatten, noch viel weniger die, die sie ausführten; mich rechthaberisch aber an mir selbst zu spiegeln, das wäre vollends kindisch und frevelhaft zugleich gewesen. Je mehr das Auge Recht behalten hatte, das die Lenker der Deutschen Dinge von beiden Seiten immer von dem naheliegenden Geländer der Rettung hinweg nach dem Abgrund des Verderbens hindrängen sah, desto mehr war das Herz gebrochen, dem die Möglichkeit eines großen Heiles dicht neben der Gewißheit eines furchtbaren Unheils in dem innersten Gefühle lag." Trotz dem sollten nun aber doch nicht die die Schuldigen sein, die so blind die Folgen veranlaßt, sondern: „Dies Unheil hat der König von Preußen über uns gebracht. — — Die Geschichte wird über den Mann richten, der eine so erhabene Mission so kleinlich zu Boden fallen ließ. Möchte nicht die lebendige Geschichte noch über den Lebenden richten! Er hat die Furien der Revolution in Einem Augenblicke der Ruhe entbunden, die das Volk und seine Vertreter Ein Jahr der gewaltigsten Aufregung hindurch an freiwillige Fesseln gelegt hatten. — — Auf die Rettung des Vaterlandes durch Preußen und durch die Monarchie war unser Streben hinausgegangen. Preußen hat uns verlassen; nicht allein der König, auch die Dynastie, auch die Stände, auch das Volk. Der Monarchismus hat sich selbst verlassen; seine Sache ist in Deutschland, was auch die Preußischen Bajonette schaffen mögen, gänzlich verloren. In diesem Streben also muß ich scheinen mich völlig verirrt zu haben." Doch vorausgesehen und gesagt habe er das Alles und die Redaktion möge nun den Brief, worin es geschehen, auch um der Sache willen abdrucken. „Er ist der Monarchie zur letzten Warnung geschrieben und er richtet schweigend diese Warnung an die Preußische D y n a s t i e, die jetzt größere Pflichten hätte als die verwandtschaftliche Pietät." Wenn es nämlich nicht auch „für die Ausübung dieser Pflichten — zu spät sein sollte."

Die Nationalversammlung am 25. und 26. Mai. Uhland's Aufruf an das Deutsche Volk; Beschlüsse über Beeidigung der Truppen, eine Aufforderung an die Regierungen der verfassungstreuen Staaten; Anträge wegen Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart; Austritt der Nürnbergerhof-Fraktion.

Die Sitzung am 25. Mai eröffnete mit einem Zeichen, daß die Linke, indem sie Herrin des Terrains geworden, zum Rückzuge sich anschickte. Hagen las eine Einladung der Stadt Heidelberg an die Nationalversammlung, in deren Mauern ihren Sitz zu nehmen, Falls sie es nöthig finde, Frankfurt zu verlassen. Sodann machte der Vorsitzende (Reh) statistische Mittheilungen.*) Hierauf forderte und erhielt L. Simon gegen den Rath des Vorsitzenden die Dringlichkeit

*) Der nominelle Bestand der Versammlung betrage 292 Mitglieder, wovon jedoch Viele mit und ohne Urlaub abwesend; die Abtheilungen, eine ausgenommen, wären, doch nur nach dem nominellen Bestande, noch beschlußfähig; es werde eine neue Verloosung vorzunehmen sein; beschlußunfähig wären gleichfalls die meisten Ausschüsse; die Versammlung möge durch Wahl dieselben ergänzen; das Bureau habe auf Anfrage vom Ministerium die Auskunft erhalten, dasselbe werde jedem Ansuchen der Nationalversammlung um Verfügung von Neuwahlen in die Nationalversammlung entsprechen, auch das Einberufen der Stellvertreter befördern; zur Ergänzung der Versammlung erscheine zweckmäßig, daß das Bureau eine Einladung an alle Stellvertreter ergehen lasse; die ohne Urlaub Abwesenden würden einzuladen sein, binnen 14 Tagen sich einzufinden, unter Hinzufügung, daß sie widrigen Falls als ausgeschieden betrachtet werden würden. Das Bureau machte an diesem Tage durch die Blätter ein Verzeichniß der ausgetretenen und noch nicht wieder ersetzten Mitglieder der Versammlung bekannt, unter Hinzufügung einer Aufforderung an die Stellvertreter, auch ohne die gewöhnliche Einladung der Behörden abzuwarten, ungesäumt mit ihren Wahllegitimationen sich einzufinden.

für den Antrag, die weder durch Abgeordnete noch Stellvertreter vertretenen Wahlkörper aufzufordern, Hand in Hand mit willfährigen Regierungen, oder selbständig gegen unwillfährige vorangehend, für ihre Vertretung in irgend glaubhafter Form schleunigst zu sorgen. Der Antrag wurde zu schleunigster Berichterstattung an den Ausschuß verwiesen. Weiter beantragten Titus, Würth und Erbe, daß die provisorischen Regierungen von Baden und der Pfalz als die obersten gesetzlichen Behörden dieser Länder anerkannt und aufgefordert würden, auf dem von ihnen bisher betretenen Wege unverrückt fortzuschreiten. Der Antrag ging an den Ausschuß. Ebenfalls ein Antrag von Spatz, zu beschließen, daß der Widerspruch Deutscher Einzelstaaten gegen Durchführung der Verfassung nichtig und wirkungslos sei u. s. f. Hiernach die Tagesordnung: Berathung des Ausschußberichtes über den Aufruf an das Deutsche Volk.

Der Ausschuß schlug einen Entwurf zur Annahme vor, welchen auf seine Veranlassung Uhland verfaßt hatte. Die Ausarbeitung — „ein Wort der edelsten Fassung", gab durch ihre poetische Unbestimmtheit jeder Mißdeutung Raum, war „zu gut für eine schlechte Sache, zu schwach dieselbe zu läutern" (Haym). Sie enthielt eine Rechtfertigung des Verbleibens, der „Zähigkeit", des souveränen Standpunktes der die Nationalversammlung noch bildenden Minderheit, und verschiedene, mehr oder minder bedenkliche in den Schlußsatz zusammengedrängte Aufforderungen.*) Eine Minorität, Welcker,

*) „Wir fordern zu keinem Friedensbruch auf, wir wollen nicht den Bürgerkrieg schüren, aber wir finden in dieser eisernen Zeit nöthig, daß das Volk wehrhaft und waffengeübt dastehe, um, wenn sein Anrecht auf die Verfassung und die mit ihr verbundenen Volksfreiheiten gewaltsam bedroht ist, oder wenn ihm ein nicht von seiner Vertretung stammender Verfassungszustand mit Gewalt aufgedrungen werden wollte, den ungerechten Angriff abweisen zu können; wir erachten zu diesem Zwecke für dringlich, daß in allen der Verfassung anhängenden Staaten die Volkswehr schleunig und vollständig hergestellt und mit ihr das stehende Heer zur Aufrechthaltung der Reichsverfassung verpflichtet werde. Außerdem mahnen wir dazu, daß durch Ersatzmänner und Nachwahlen unsere Versammlung ohne Säumniß Ergänzung erhalte. Vor Allem aber hegen wir zu dem Männerstolze und Ehrgefühle unseres zur Freiheit neuerwachten Volkes das feste Vertrauen, daß es nimmermehr auf ein willkürlich oktroyirtes Reichswahlgesetz, sondern einzig nach demjenigen, welches die verfassunggebende Versammlung erlassen hat, die Wahlen vornehmen und daß, wenn der bestimmte Wahltag herankömmt, gleichzeitig in allen deutschen Gauen ein reger Wetteifer sich bethätigen werde, das gemeinsame Wahlrecht zu gebrauchen oder zu erlangen."

Kierulff, Liebmann, Backhaus, Zachariä, Eckert, beantragte einen Zusatz: „Grundbedingung für den Sieg der Ehre, der Einheit und Freiheit des Vaterlandes ist die Treue gegen die Reichsverfassung, somit das Unterlassen und Aufgeben aller Maßregeln, welche ihr widersprechen; Grundbedingung ist nicht minder die Treue gegen das Vaterland selbst und seine Ehre, somit die entschiedene Zurückweisung jeder Einmischung der Fremden in die innern vaterländischen Zwiste, komme solche Einmischung vom Osten oder vom Westen." Nach einigem Streit wurde mit 87 gegen 74 beschlossen, sogleich in die Berathung einzutreten. Buß sprach gegen den Aufruf, der trotz seines gemäßigten Tons ein aufregender und angethan sei, mißverstanden und mißbraucht zu werden, und vor allen Dingen nicht berücksichtige, daß die großdeutsche Hälfte der Versammlung und des Volkes die Verfassung nicht billige, nicht wolle, auf die ganz falsche Voraussetzung gründe, daß Durchführung der letztern der ganzen Nation anliege, Sache des gesammten Deutschen Volkes sei. L. Simon machte für den Aufruf geltend, daß derselbe jede Bewegung zu Gunsten der Verfassung mit Recht sanktionire und daß die Bewegungen in Baden und der Pfalz solche Bewegungen seien. Er eiferte heftig gegen den Zusatz. Frankreich und Rußland wären keineswegs mit gleichem Maße zu messen; die Verwahrung gegen den Westen ermangle jedes Anlehnungspunktes; Rußland drohe mit Eroberung und Absolutismus, Frankreich wolle nur einen brüderlichen Bund mit allen freien Nationen gegen den Despotismus und die Barbarei u. dgl. Biedermann wie Buß gegen jede Proklamation, insbesondere gegen eine ungeprüfte, eventuell für den Zusatz. Es kam ein Antrag von Makowiczka u. A., die Verhandlung und Abstimmung auf den andern Tag auszusetzen. Er wurde angenommen. Nun machte L. Simon die Mittheilung, Nauwerck habe seinen Antrag im Dreißigerausschuß zurückgezogen, sich vorbehalten, ihn als Zusatz zu dem des Ausschusses wieder einzubringen und letzterer empfehle zu beschließen: 1) Die Truppen solcher Staaten, deren Regierungen die Nationalversammlung oder deren Beschlüsse als zu Recht bestehend nicht mehr anerkennen, sind ihrer zweideutigen und schwierigen Stellung durch Vereidigung auf die Reichsverfassung, oder Entfernung vom Gebiete der verfassungstreuen Staaten sofort zu entheben. 2) Die Nationalversammlung sieht einer bestimmten Erklärung des Reichsministeriums über die Ausführung dieses Beschlusses bis morgen früh 12 Uhr entgegen. Der Antrag wurde ohne Debatte mit 97 Stimmen

gegen 60 genehmigt. Nauwerck's Zusatz erhielt keine Mehrheit. Die Korrespondenz befand sich in den Händen derjenigen Mitglieder der Nürnbergerhof-Fraktion, welche ihr Bleiben unter Nichtbesuch der Versammlung beschlossen hatten. Einer von ihnen erklärte in der Nummer, welche früh Morgens am 26. erschien, daß er der Versammlung auf ihrer abschüssigen Bahn unter keiner Bedingung weiter folgen werde und die Korrespondenz schließe; die Ergebnisse der Sitzung des Tages würden über das Bleiben oder Nichtbleiben der Mehrzahl der noch anwesenden Mitglieder der Fraktion entscheiden. Er fügte einen Rückblick auf die jüngste Entwickelung der Versammlung, eine zaghafte Vertheidigung der unglücklichen Nürnbergerhof-Politik hinzu. (Anh. XXXVIII.)

Die Sitzung am 26. Mai wurde mit der Ankündigung von Ausschußberichten und Anträgen eröffnet. Einer der letztern betraf die Wiederherstellung des Rechtszustandes in Sachsen; der Berichterstatter äußerte, die Exekutive sei freilich schwach und feindselig; Wirkung sei von einem Beschlusse wol nicht zu erwarten, allein der Ausschuß halte seine Vorschläge doch für pflichtgeboten, da die Versammlung, so lange eine von ihr anerkannte Exekutive bestehe, doch an dieselbe gebunden sei, da die Lage der Dinge doch keine abgeschlossene sei, das Deutsche Volk sich möglicherweise aufraffen könne u. s. f. Zachariä, der unter passiver Assistenz im Ausschuß geblieben war, erklärte, daß er an der Berathung und Beschlußfassung über den Gegenstand keinen Antheil genommen. Man rief ihm zu, das sei Pflichtverletzung. Hierauf eine Mittheilung des Reichsministeriums, welche abermals bezeugte, daß letzteres sich nicht beirren ließ. Die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit im ganzen Deutschen Reiche sei der gesetzliche Beruf und die Pflicht der Centralgewalt; die Ausführung des gestrigen Beschlusses wegen der Truppenbeeidigung würde damit im Widerspruch stehen, weshalb demselben keine Folge gegeben werden könne. Vogt und Tafel lasen Interpellationen, verzichteten jedoch „in Folge der heutigen Antwort" auf deren Beantwortung. Backhaus und 50 Andere, Linke und Helfer der Linken (unter ihnen Reden, Gravenhorst, Freudentheil, Soiron, Biedermann, Mittermaier u. s. w. neben Rösler von Oels u. s. w.) proponirten, die zur Unterstützung eines Antrags auf namentliche Abstimmung erforderliche Anzahl von 50 Mitgliedern auf 20 herabzusetzen. Die Dringlichkeit wurde zugestanden, das Begehren genehmigt. Nun beantragten Zachariä u. A. über den Entwurf des Aufrufs an das

Deutsche Volk zur Tagesordnung überzugehen, Gravenhorst, Biedermann, Zachariä u. A. schlugen Aenderungen des Entwurfs vor. Hierauf die Fortsetzung der Debatte.

In dieser trat sogleich sehr deutlich die Scheidung hervor, welche in der Linken eingetreten war. Die geringere Zahl der Aeußersten drängte toll und blind nach dem Wege hin, der in der Pfalz und in Baden eingeschlagen war; die Mehreren und Klügeren fühlten nun, als ihre Partei die Majorität erlangt, das Bedürfniß und die Neigung jeder Mehrheit, zu mäßigen. Sie waren klarer über die wirklichen Verhältnisse, die beschränkten Mittel und Kräfte, die Schwächen und Blößen des Aufstands, des Aufstandssystems, ihrer Partei gegenüber den Widersachern überhaupt in Deutschland, insbesondere auch in Frankfurt. Sie erkannten, daß sie hier neben der Centralgewalt nicht vorwärts kommen und letztere auch nicht beseitigen könnten. Jedenfalls mochten sie einen dahin gehenden Versuch nicht wagen. Die Festigkeit des Reichsministeriums flößte ihnen mindestens geheimen Respekt ein, sie zeigten sich demselben weniger abhold, sie suchten eine Brücke aufzufinden, um mit der Centralgewalt in ein friedliches, wo möglich freundliches Verhältniß zu kommen. Ein Zeichen dieser Wandlung war die Aufnahme, welche von ihrer Seite die Invektiven fanden, die einer der Neueingetretenen, in rohester Weise fortsetzend was mit der Mißtrauenserklärung gegen das Ministerium angefangen war, sich nicht zu viel sein ließ. Wolf aus Breslau wüthete gegen die Proklamation. Sie sei zu schwach; jetzt müsse eben von Ungesetzlichkeit die Rede sein, wenn man zum Deutschen Volke rede; den Regierungen, den Russen — worunter die Preußen, Oesterreicher, Baiern, Hannoveraner, die Russenvertreter in der Versammlung zu verstehen wären — müsse man wohlorganisirte Sturmkolonnen entgegenstellen, und wolle man einen Aufruf, so müsse darin von vornherein der erste Volksverräther, der Reichsverweser, für vogelfrei erklärt werden und ebenso alle Minister. Die Gallerien tobten Beifall. Der Vorsitzende: er glaube, der Redner habe jede Rücksicht überschritten und verletzt, rufe ihn deshalb zur Ordnung und fordere die Gallerien zum letzten Male auf, sich nicht in die Debatte zu mischen. Wolf: er habe die Ordnung überschreiten wollen und wiederhole, daß der Erzherzog und dessen Minister Verräther seien. Der Vorsitzende erklärte, daß er ihm das Wort entziehen müsse. Von allen Seiten wurde zur Ordnung gerufen. Wolf protestirte. Er habe im Namen des Volkes sprechen und sagen wollen, was man im

Volke denke. Der Vorsitzende sprach noch eine Rüge über solches Debut aus. Hagen gegen den Zusatz, das die Köpfe der Linken jetzt meisterfüllende Hirngespinnst gelehrt ausschmückend und doch die Historie falsch verstehend wie deutend, mit sophistisirender Schulweisheit faulen Sachen das Wort redend: Die Bünde mit dem Auslande im 16. und 17. Jahrhundert wären zum Schutze fürstlicher Interessen geschlossen und aus egoistischen Interessen hervorgegangen, jetzt aber kämpften im Allgemeinen die Völker denselben Kampf, Bünde mit dem Auslande würden also jetzt nicht zur Schmach, sondern zum Frommen gereichen, die Siege der französischen Demokratie wären zugleich erfochten für die deutsche Nationalität; träten einzelne Theile ohne Wissen und Willen der Gesammtheit in Verbindung mit den Fremden, so würde das allerdings vom nationalen Standpunkte aus verdammlich sein, wäre es aber von Pfalz und Baden geschehen, so hätten diese auch nur die Wahl gehabt zwischen einem Anschlusse an ein Volk, das die Freiheit wolle, und an ein System, das die Freiheit und zugleich das Vaterland vernichte; es sei deshalb nothwendig, die Elemente, in welchen sich die Freiheitsliebe, der Patriotismus und das Interesse an der Reichsverfassung erhalten habe, zusammenzufassen und von der Theorie zur Praxis überzugehen. Zachariä erhob gegen die Proklamation, die, von einer Versammlung ohne alle Autorität ausgehend, keine Wirkung haben werde, Einwendungen, welche dasselbe Gewicht gegen zehn und zwanzig Beschlüsse seiner eignen Partei vor und nach dem Abschluß der Verfassung hatten. Dann Vogt: Es sei richtig, daß das Parlament nicht mehr so sei wie vorm Jahre, und er danke dem Himmel dafür, daß die sich von der Versammlung getrennt, die am Volke verzweifelt und dessen Sache verrathen; er rede nur, um den einer Dichterseele entflossenen krystallhellen Strom zu vertheidigen gegen den hineingeworfenen Schmutz und Koth, und seine Entrüstung darüber auszusprechen, daß so etwas von einem Redner (Wolf) habe geschehen können. Gravenhorst ähnlich wie Buß, doch mit einer Zuthat aus der Centren-Anschauung und Weise: Das Volk werde den ungeänderten nicht hinlänglich bestimmten Entwurf nach seiner Weise verstehen, Gelegenheit zu Ungesetzlichkeiten daraus hernehmen; bei so schamloser Reaktion sei es dazu wol berechtigt, aber man dürfe es nicht in eine Gefahr bringen, in welcher es untergehe. Welcker: Er habe geglaubt, es wäre die Nationalität, die Einheit, Selbständigkeit und unbefleckte Ehre des Vaterlandes, was nach so vielen warmen Aeußerungen die Linke in ihrer

Mehrheit vor Allem wolle; nun aber sei das in Sachsen, Pfalz und Baden Geschehene, von Hagen vergeblich Beschönigte eingetreten und habe weithin abgekühlt; sein Zusatz sei dadurch und durch viele in seinen Händen befindliche Aufforderungen öffentlicher Blätter, die Franzosen zur Vertilgung Deutscher Bruderstämme hereinzuziehen, veranlaßt; die Russische Einmischung, welche Niemand verlangt habe, entschuldige die Französische nicht; keine sei statthaft, jede abzulehnen, die Politik der Preußischen Regierung möge noch so wahnsinnig sein u. s. f. Nauwerck: Die Getreuen sind das Parlament und die Mehrheit entscheidet. Welcker will, wir sollen recht borstig gegen die Franzosen, Gravenhorst, wir sollen recht zahm gegen unsre einheimischen Russen sein: Beides ist unzeitgemäß, so wie alles Reden von Mäßigung und gesetzlichen Mitteln, wo es sich darum handelt, ob die Barbaren siegen sollen oder die Menschen. Pure den Aufruf! Er ist nicht zu stark oder zu aufregend, auch nicht zu schwach; spricht er doch auch von der Nothwendigkeit, daß das Volk in der eisernen Zeit wehrhaft und waffengeübt dastehe. Uhland: Der Zusatz habe im Ausschuß, in welchem er als Nichtvotant anwesend gewesen, Stimmengleichheit gehabt und sei dadurch verworfen. Er schließe sich ihm an und erkläre sich entschieden und offen gegen alle Einmischung und Hereinziehung Fremder in die vaterländischen Zwistigkeiten.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde von 125 gegen 38, Gravenhorst's Verbesserungsantrag von 98 gegen 45, der Ausschußantrag kombinirt mit dem Zusatze von 87 gegen 58 verworfen, der Erlaß des Aufrufs ohne den Zusatz durch Aufstehen beschlossen.

Zu einem zweiten Zeichen der gedachten Wandlung und dermaligen Stimmungen innerhalb der radikalen Partei reichten Wesendonck u. A. nach erfolgter Abstimmung einen dringlichen Antrag auf Verlegung der Versammlung nach Stuttgart ein, worüber in der Partei viel und lange verhandelt und gestritten war. Die Aeußersten trafen jedoch in dem Verlegungsgedanken mit den Gemäßigtern zusammen. Mehr oder minder trugen Alle Verlangen nach einem Schauplatze ungehinderter Wirksamkeit gemäß ihren Ideen und Tendenzen. Manche bewog insbesondere Besorgniß vor Gewalt gegen die Versammlung, gegen ihre Personen; sie wurden Tag und Nacht der Furcht vor den Soldaten nicht ledig, die sich in unsäglich komischen Aeußerungen des Schreckens und Zorns bei verschiedenen zum Theil sehr geringfügigen Vorgängen bekundete, z. B. als sie in

Erfahrung gebracht haben wollten — oder als vielleicht ein Schalk ihnen damit bange zu machen gewußt — die Oesterreichischen Officiere hätten Abbildungen von Simon und andern Notabeln der Partei an ihre Gemeinen vertheilt. Es war nun auch (am 23.) die Abberufung der Hannoverschen Abgeordneten verfügt. Den Baierischen wurden die Diäten gekündigt. Um so kleiner mußte die Zahl Derer werden, welche geneigt waren, die mehr und mehr zum Rumpfparlament werdende Nationalversammlung fortzusetzen. Also gewann der Verlegungsgedanke mehr und mehr, denn Manche waren allerdings immer noch entgegen, Alle gaben die Paulskirche nur ungern auf. Allein sie bedurften Geld; sie hätten die Bureaukosten (25,000 Gulden) für den nächsten Monat nicht gern entbehrt. Im Ministerium wäre man gern ihrer los geworden. Daher daß sie — denn in Heidelberg glaubten sie sich nicht sicher genug — in Stuttgart unterhandelten, daß das Reichsministerium unter der Hand auf den Entschluß ihres Abzugs hinwirkte, daß zwischen ihnen und dem Ministerium — eigentlich zwischen einigen ihrer Führer und Detmold — über die Verlegung und insbesondere über die Auszahlung der Bureaukosten für den nächsten Monat officiös verhandelt wurde.*) Man war jedoch damit noch nicht zum Schluß gekommen, der Verlegungsantrag wurde daher in den Ausschuß gewiesen.

---

*) Diese Verhandlungen hatten ihren Anfang genommen, sobald das Ministerium den Sturm, womit es empfangen worden, ausgehalten und gezeigt hatte, daß es sich nicht beirren und verdrängen lassen werde, was die Linke zuerst erkannte, der außerdem die neuen Minister weniger verhaßt waren als den Centrenmännern. Ihr Hauptvorwurf gegen diese traf Jene nicht. Sie machte daher den Versuch, mit denselben anzuknüpfen, sagte dem Ministerium bis auf einen gewissen Grad ihre Unterstützung zu, forderte Gleiches von ihm. Detmold erklärte jedoch ihren Unterhändlern: sie habe auf keinerlei Unterstützung oder Konnivenz Seitens des Ministeriums zu rechnen; in der Paulskirche möge die Versammlung sprechen, beschließen, thun was sie wolle, die Minister anklagen, absetzen, zum Tode verurtheilen — was ihr nur beliebe; werde aber der geringste Versuch gemacht, einen Beschluß dieser Art aus der Paulskirche hinauszubringen, d. h. auszuführen, so werde die Stadt sofort in Belagerungszustand erklärt werden und werde dann der Charakter der Mitglieder der Nationalversammlung so wenig wie bei R. Blum in Wien respektirt werden. Die Linke überzeugte sich, daß mit dem Ministerium, welches sie doch nicht los werden konnte und das sie unausgesetzt hemmte, für ihre Zwecke nichts zu machen sei; seit der Zeit griff der Gedanke, Frankfurt zu verlassen, bei ihr Platz, und von da an datirten die Verhandlungen über die Geldunterstützung behuf der Uebersiedelung.

Es folgte die Austritts- und Bankerottserklärung Biedermann's, Hollandt's, Welcker's, Riesser's, Kierulff's u. s. w. der Nürnbergerhof-Fraktion. Sie wurde unter gewaltigem Lärm verlesen. Es erregte den höchsten Zorn der Linken, daß ihr gesagt wurde, die Versammlung verkenne und verläugne jetzt ihre Aufgabe thatsächlich, indem ihre Mehrheit den Zusatz, in welchem von Treue gegen die Verfassung und von Einmischung der Fremden die Rede, verworfen und dadurch gezeigt habe, daß ihre Bestrebungen noch ein anderes Ziel hätten, als die aufrichtige Durchführung der ungeänderten und ganzen Verfassung; daß sie selbst die Hülfe des Auslands nicht verschmähen würde.*) Dies Schmachvolle trat freilich in den letzten Sitzungen der Nationalversammlung in dem Maß hervor, in welchem die Linke die Oberhand erhielt, und hängte ihrem Ausgange den häßlichsten Schmutzfleck an. Die Kaiserpartei hatte dadurch, daß sie nicht zu treffen gewußt, worin eine Einigung möglich gewesen wäre, daß sie einen überstiegenen und Zwiespalt in die Nationalversammlung und Nation werfenden Verfassungsentwurf auf die Bahn gebracht, ihn hartnäckig und durch verwerfliche Mittel durchzusetzen und den Abneigenden aufzuzwingen gesucht, etwas und nicht wenig von dem Unbilligen und Verkehrten gethan, was von jeher die Anlässe gegeben, daß die Dissentirenden auswärtige Bünde oder Hülfe suchten oder annahmen, was die Belesenen, Staatskundigen und Geschichtsgelehrten am Ersten hätten wissen und bedenken müssen; sie hatte, sogar fanatisch, Deutsch-Oesterreich abgestoßen, umfänglich-partikularistisch und separatistisch für den Einzelstaat Preußen — und mit solchen Erfolgen in den Deutschen Landen! — gearbeitet, hatte den empörten Magyaren und Italienern aufmunternd zugejubelt: allein dies war in Irrung, freilich arger, es war nicht in wissentlicher „Ausländerei“ geschehen, sie hatte stets in jeder ihrer Fraktionen auswärtigen Bund und Beistand perhorrescirt, und die aus

*) Nach einigen Tagen (30. Mai) erschien im Organe der neuen Badischen Regierung, der Karlsruher Zeitung, der Aufruf an die Französische Nation, worin es hieß: „Wir rufen Euch Brüder Frankreich's: An den Rhein, an den Rhein!“ u. s. f. Ein ähnlicher Aufruf im Namen des „Pfälzischen Volkes“ war bereits erschienen, der geheimen Zettelungen, der schon angenommenen Hülfe von Frankreich her nicht zu gedenken. Es folgte Druck auf die Presse, Suspension der Preßfreiheit u. dgl., wo die Linke die Alleingewalt erhielt, zum letzten Zeichen für Jedermann, wie diese Patrioten und Freiheitsmänner die Einheit und Größe Deutschlands und die Freiheit verstanden.

dem Nürnbergerhofe bewiesen durch ihren Austritt und dessen Motivirung, daß in dieser Beziehung die Centrenmänner allerdings die bessern waren, indem die Radikalen um so mehr als die schlechteren sich darstellten, da sie in ihrer Mitte Vertreter und Vorbilder patriotischerer Gesinnung hatten und in geringer Minderheit ließen.

Wesendonck brachte nochmals die Verlegung zur Sprache, an den in der vorigen Sitzung unter Feststellung einer bereits abgelaufenen Präklusivfrist für das Ministerium gefaßten Beschluß erinnernd. Nauwerck beantragte, die Regierungen der verfassungstreuen Staaten sollten aufgefordert werden, sofort gemeinsame Maßregeln zur Durchführung der Reichsverfassung zu ergreifen. Wedekind erinnerte an seinen Antrag aus der Zeit, wo Preußen erklärt, es wolle jedem Staate seine Truppen gegen anarchische Bewegungen zu Gebot stellen und das Ministerium Gagern erklärt habe, es werde den Frieden im Reiche selbständig zu handhaben wissen; sein Antrag auf Berufung eines Kongresses der verfassungstreuen Staaten durch die Centralgewalt sei im Dreißigerausschuß liegen geblieben; er stelle ihn jetzt als Verbesserungsantrag. Löwe und Nauwerck wendeten mit Erfolg ein, daß eine Wirkung davon nicht zu erwarten sei und nichts mehr erübrige, als die Ausführung des Beschlusses, einen Reichsstatthalter zu wählen und zu dem Ende den Sitz der Nationalversammlung zu verlegen. Nauwerck's Antrag wurde für dringlich erklärt und schließlich angenommen. — Es war der Sonnabend vor Pfingsten. Der Vorsitzende meinte anfragen zu müssen, wann die nächste Sitzung stattfinden solle. Er schlug den Mittwoch nach den Feiertagen (30. Mai) vor, da wol Einige die letzteren zu einer Vergnügungsreise benutzen würden und am Dienstage nicht da wären. Dann würde ja, bemerkte Wesendonck, nicht jeden Augenblick eine außerordentliche Sitzung veranstaltet werden können, während doch jeden Augenblick die wichtigsten Ereignisse eintreten könnten. Rösler und er forderten die Anberaumung der nächsten Sitzung auf den Nachmittag des ersten, des zweiten Feiertags. Beide Anträge wurden abgeworfen, die Mehrheit beliebte den Dienstag.

Die vom Nürnberger Hofe gaben noch eine Nachschrift zu ihrer Schlußkorrespondenz heraus, worin zum ersten Male in einem Centrendokumente dieser Art davon gesprochen wurde, daß die im Sande verrinnende Versammlung hier und da Fehler gemacht haben dürfte; doch war Mangel an Klarheit, Selbsterkenntniß, Bescheidung das Vorherrschende auch im Abschiede dieser Centrenmänner. Auch sie ließen

es an der Betheuerung nicht fehlen, daß sie überall und stets als Verkünder der Reichsverfassung und als werkthätige Arbeiter für deren Durchführung auftreten würden. Man erblickte sie schon sehr bald auf dem Wege nach Gotha. Die Linke widmete ihnen auch nachträglich noch herbe und derbe Artikel.*)

---

*) Sie sagten in einer Nachschrift zur letzten Nr. ihrer Korrespondenz: Die Unterhandlungen, welche sie in der letzten Zeit geführt, wären mißlungen, weil es — zu spät geschehen, und weil das Kasino sie nicht unterstützt, durch seinen Austritt ihre Bedeutung vernichtet; hätte Gagern, statt auf geradem Wege den Abschluß der Verfassung herbeizuführen, diplomatische Unterhandlungen angeknüpft, so möchte die Verfassung etwas anders und schlechter geworden, würde aber doch vielleicht ins Leben getreten sein. „Doch Gagern's Sinn ist zu erhaben für die feinen Künste der Diplomatie, und die Preußische Diplomatie ist zu niedrig und zu erbärmlich für eine wahrhaft zeitgemäße Politik. Gagern verstand die Diplomatie nicht und ist vielfach betrogen worden. Die Preußische Regierung verstand den Ruf des Zeitgeistes und das Gefühl des Volkes nicht; sie hat sich selbst betrogen. Die Kasino-Politik aber hat Alles auf eine Karte gesetzt. Gewann sie: so hatte sie für das Deutsche Volk Mehr gewonnen, als dasselbe sonst in einem halben Jahrhundert hätte mühsam erwerben können. Und die Berechnung der Führer der Kaiserpartei war ausgezeichnet, so weit sie die Natur der Verhältnisse und die Vernunft der Menschen betraf. Aber Eines hatten sie vergessen in den Kreis ihrer Berechnung hineinzuziehen: die Thorheit und Hinterlist der Menschen und die Launen des Schicksals. Sie verloren, und hatten keinen Reserve-Fonds mehr, um wieder zu gewinnen. Oder ist etwa die Zeit selbst, die das Vernünftig-Erdachte durchführen wird; ist die innere Kraft des Volkes dieser Reserve-Fonds? Die Zeit wird es lehren. Wir wollen es hoffen. Die Nationalversammlung verrinne im Sande, Alles erinnere die vereinsamt Umherwandernden an getäuschte Erwartungen, an Fehler, welche hätten vermieden werden können und sollen, aber „jede Erinnerung bestärkt uns auch in der Hoffnung, daß, wie in unserer Versammlung, so auch in unserm Volk, ein konsequentes Streben nach einem großen Ziel endlich dieses Ziel erreichen wird, erreichen muß. Und dieses Ziel ist die Reichsverfassung, wie sie nun einmal von der Reichsversammlung geschaffen und beschlossen worden ist" u. s. f. Am Schluß folgten noch Vermahnungen an die Linke, namentlich ihre Revolutionsgelüste zu bezähmen. „Zeigen doch die Revolutionäre um jeden Preis, die der Linken angehören, an Nichts mehr Mangel als an revolutionärer Energie! Uns wenigstens schien eine Revolution stets ohne Energie und lächerlich zu sein, die über ihre eigenen Siege erschrak, und sich von Tag zu Tage selbst vertagte — ein Bild, das die Politik unserer Linken, nachdem sie die Mehrheit in der Versammlung erlangt hatte, ungescheut uns darbot." (Anh. XXXVIII).

Die Centralgewalt gegenüber dem Aufruhr, der Badischen und Bairischen Hülfsuchung, den Preußischen Zumuthungen. — Die letzten Sitzungen der Nationalversammlung am 29. und 30. Mai. (Verhandlungen über den Vertagungsantrag, Beschluß der Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart.) — Ausgang und Ende des Deutschen Parlaments.

Inzwischen hatte der Aufruhr seinen Fortgang. Am 26. und 27. die großen Demokraten- und Volksversammlungen in Reutlingen, Ernennung eines Oberbefehlshabers der revolutionären Pfälzischen Streitmacht, anderwärts Aehnliches. Am 28. erklärten Sigel und Raveaux Namens der Badischen Rebellion in einem Manifeste der großherzoglich Hessischen Regierung den Krieg, deren Truppen jedoch, welchen, wie häufig die Sache auch anders dargestellt wird, nach der Wahrheit das erste und vornehmste Verdienst eignet, wenn Deutschland ganz oder theilweis in Baden gerettet ist, den ersten und schlimmsten Stoß aushielten. Sie trieben schon am 29. und 30. bei Worms und Heppenheim die Aufständischen zu Paaren. Mit dem Fortgange des Aufruhrs stand in Verbindung, daß die Regierungen von Baden und Baiern (vom 22. bis 26. Mai) durch ein Gesuch über das andere Hülfe von der Centralgewalt forderten, während diese selbst unausgesetztes Andrängen von Preußischer Seite auszuhalten und die Noth mit der Nationalversammlung und der Bewachung Frankfurts hatte. Zu ausreichendem Einschreiten im Südwesten hätte Preußen allein die benöthigte Militärmacht herbeibringen können, und das Reichsministerium ließ es an Vorstellungen bei dem Preußischen Bevollmächtigten nicht fehlen, wie nothwendig

im allgemeinen Interesse Hülfleistung, wie gefährlich Zeitverlust, der dem Aufstande Ermuthigung und Spielraum sich zu organisiren gebe, so gern das Reichsministerium gelten lasse, daß kein Theil des Preußischen Heers bloßgestellt werden dürfe u. s. f. Indeß umging man Preußischer Seits nach den Umständen erklärlich genug die Centralgewalt, man war abgeneigt, den Bemühungen der Regierungen von Baden und Baiern, auf dieselbe zu rekurriren, entgegenzukommen, wünschte direkte Gesuche um Militärhülfe; sie sah sich am 27. genöthigt, jene Regierungen nach Berlin zu weisen, da sie die letzten Reste verfügbarer Reichstruppen nach dem Neckar entsendet. Man war in Berlin namentlich wegen der Bundesfestung Landau besorgt und erließ ohne Zusammenwirken mit der Centralgewalt Befehl zur Koncentrirung eines Korps von 20,000 Mann bei Kreuznach, wovon jedoch am 27. noch nichts Sicheres verlautete. Noch am 24. war durch den Telegraphen eine abermalige Aufforderung an den Erzherzog, sein Amt in die Hände des Königs von Preußen niederzulegen, gelangt. Diesmal war ausdrücklich begehrt, daß er den Tag des Rücktritts bestimmt angebe und unter den Mitteln, die ihn zur Nachgiebigkeit bewegen sollten, auf das der Verweigerung der früher in Aussicht gestellten Truppenzuzüge hingewiesen. Die Redaktion der Postzeitung wollte diese Nachricht nicht verbürgen, doch brachte die jetzt sehr vorsichtige Postzeitung die letztere. Es kamen und gingen noch mehrere Preußische Agenten. Kaum war der Oberst Fischer abgereist, als ein Herr Spiegelthal mit einem Briefe des Ministers Manteuffel an Grävell erschien, welchen dieser keinem der anderen Minister mittheilte. Es erschien dann mit einem eben solchen Schreiben ein Herr von Damitz, der, obschon es zeitweise abgeleugnet wurde, in vielfache Beziehungen mit der Preußischen Polizei gekommen war, und nach ihm von Savigny aus Karlsruhe. Grävell weigerte sich, über den Gegenstand und Inhalt der Damitzischen Mission Auskunft zu geben und sein Benehmen erregte seit dieser Zeit auch sonst Verdacht, so daß sein bald erfolgendes Ausscheiden kaum weiter auffallen konnte. Der Erzherzog blieb unerschütterlich, beharrte jedoch auch dabei, Preußen möglichst zu schonen, weshalb am 28. im Reichsministerium beschlossen wurde, in der Antwort auf die Schulzische Interpellation — wozu es jedoch nicht kam — die Darstellung des ganzen Verhältnisses der Centralgewalt zu Preußen noch vorzubehalten und insbesondere den Punkt wegen des Ansinnens, die Nationalversammlung aufzulösen, ausweichend zu berühren. Nur Grävell

widersetzte sich, doch vergebens, dem Verschweigen oder Verhüllen. (Anh. XXXIX.)

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium und der Linken über die Verlegung wurden in diesen Tagen fortgeführt. Die Führer der Linken erhielten den Bescheid, daß die Centralgewalt eine Nationalversammlung außerhalb Frankfurt nicht anerkennen werde; sie bestanden jedoch auf dem Fortgehen, nur wollten sie es von einer Geldunterstützung abhängig machen. Da jeder Titel zu einer solchen fehlte, so wurde sie verweigert. Nun gedachten die Unterhändler der Linken den Beschluß wegen der Uebersiedelung nach Stuttgart bis zum letzten Mai zu verschieben, weil das Bureau berechtigt war, eine kurze Zeit vor Ablauf des Monats die Kosten der Nationalversammlung für den folgenden Monat in Empfang zu nehmen, die Auszahlung aber Anstand gefunden haben würde, wenn der Beschluß vor ihr gefaßt wäre. Sie war noch nicht erfolgt, L. Simon drang daher nicht durch, als er nach Eröffnung der Sitzung vom 29. Mai beantragte, daß die letztere bis um 5 Uhr ausgesetzt werde, wo dann der Ausschuß seinen Vorschlag wegen der Verlegung der Nationalversammlung bringen werde. Reh präsidirte. Eisenstuck wurde zum ersten Vicepräsidenten gewählt, und als er ablehnte, statt seiner Löwe. Gegenstand der Berathungen war der Ausschußbericht über die Vertagungsanträge von Fallati und Schorn. Der Ausschuß wollte die Tagesordnung. Reden hatte einen Verbesserungsantrag gestellt, begann jedoch mit der Erklärung, daß er wenig Hoffnung hege, da die Herren, die vor den nothwendigen Konsequenzen ihrer eigenen Beschlüsse zurückgeschreckt wären, das Haus verlassen hätten; wolle man zusammenbleiben, so seien Anträge auf Verlegung die natürliche Folge, durch letztere werde aber die Versammlung ihrem Ende näher zugeführt werden, als wenn sie bleibe wo sie sei; die Permanenz der Versammlung sei beschlossen, sie bleibe aber durch das Bureau in Permanenz und werde sich inzwischen wieder verstärken; gegen Truppen könne man sich in Vertheidigungsstand setzen und solle es, obwol man sie nicht anzugreifen brauche, am wenigsten mit Worten; die größeste Gefahr liege darin, daß mehr und mehr so aggressive Beschlüsse gefaßt würden wie in der letzten Zeit, und dies sei bei dem Zusammenbleiben nicht abzuwenden. Schoder hatte noch desto größere Hoffnungen oder doch Worte. Die kleinere Versammlung werde sicher kein geringeres Ansehen und Vertrauen haben als die große, nachdem

sie gesäubert worden von den Ausreißern und Verräthern; zu thun sei für sie gerade mehr als je — eine neue Centralgewalt zu ernennen, die Verfassung nun auch durchzuführen u. s. f. Buß suchte geltend zu machen, daß es jetzt darauf ankomme zu verhindern, daß Preußen in der Noth und Verwirrung die Hegemonie an sich reiße, daß die Nationalversammlung dem in die Hände arbeite, wenn es so fortgehe, wenn man solche Beschlüsse fasse, wenn der Ausschußberichterstatter und andere Mitglieder, wie Raveaux, als Civilkommissäre der Neckararmee und ähnlich beschäftigt in Baden statt an ihrem Platze wären. Tafel las Adressen vor, welche die begünstigende Volksstimmung beweisen sollten, dann wurde der Ausschußantrag angenommen und die Sitzung geschlossen. Doch legten Freudentheil u. A. vor dem Schluß noch eine Erklärung in Bezug auf die inzwischen gleichfalls erfolgte Abberufung der Hannoverschen Abgeordneten vor, die jedoch ganz still aufgenommen wurde.

Die Sitzung am 30. Mai war die zweihundertunddreißigste und sollte die letzte werden. Es war zweifelhaft, ob die Mitglieder in beschlußfähiger Zahl anwesend. Der Namenaufruf ergab 130. Die Sitzung wurde mit argem Skandal eröffnet. Wolf erhielt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Er habe gestern wegen eines Transportes Preußischer Kroaten per Dampfschiff nicht erscheinen können; er habe Vogt fordern lassen und dieser habe die Genugthuung verweigert; er weise dessen Aeußerungen als elende Schimpfreden eines feigen Schwätzers zurück. Der Vorsitzende (Reh) rief ihn auch dieses Mal zur Ordnung, mit dem Ausdrucke seiner Meinung, daß es keine Wirkung bei dem Getadelten haben werde, und des Bedauerns, daß die Geschäftsordnung für solche Fälle nichts Weiteres vorsehe. Dann brachte Vogt Namens des Ausschusses den Verlegungsantrag.*) Die Dringlichkeit wurde zugestanden. Reden

*) „1) Die nächste Sitzung der Nationalversammlung findet im Laufe der nächsten Woche auf Einladung des Bureaus in Stuttgart statt; 2) das Bureau hat sofort durch einen Aufruf sämmtliche abwesende Mitglieder, sowie die Stellvertreter der Ausgeschiedenen bis zum 4. Juni nach Stuttgart einzuberufen; 3) die Centralgewalt wird in Gemäßheit und zur Ausführung des Art. 10 des Gesetzes vom 28. Juni 1848 aufgefordert, sich ungesäumt nach Stuttgart zu begeben; 4) die Bevollmächtigten derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, werden in Ausführung des Beschlusses vom 26. Mai (wonach der Vorsitzende in direkte Verhandlungen mit den Bevollmächtigten zu treten haben sollte) eingeladen sich ebenfalls in Stuttgart einzufinden."

forderte Vertagung des Beschlusses, damit gemäß der Geschäftsordnung der Bericht zuvor gedruckt und vertheilt werde. Vogt: Ein Bericht hat von gestern auf heute nicht ausgearbeitet werden können. Man trägt sich seit 14 Tagen mit der Verlegung der Nationalversammlung, hat sie öffentlich und in Privatkreisen besprochen. Der Ausschuß hat keine Motive vorlegen zu sollen geglaubt. Sie sind Jedem klar. Das Hauptsächlichste ist, daß wir hier mit einer Centralgewalt, die die Verfassung nicht ausführen will, mitten zwischen verfassungfeindlichen Truppen sitzen. Reden's Antrag wurde abgelehnt. Den meisten Würtembergern war die Verlegung nach ihrem Stuttgart nichts weniger als gelegen. Gfrörer: Sie ist gefährlich, ein Vergehen am Reichstage, am Deutschen Vaterlande. Der Charakter der Versammlung muß sich an einem anderen Orte beträchtlich ändern. Die Trümmer der Rechten werden sich von der Linken scheiden und sie können doch nicht ohne einander bestehen; er protestire als Deutscher und noch entschiedener als Würtemberger; man solle doch wenigstens eine Einladung erwarten, die aber nicht kommen werde; man wisse in Stuttgart sehr gut, was aus der Verlegung nach dort folgen werde, daß Stuttgart karlsruhert werden solle. „Dafür bedanke ich mich für mich und meine Landesgenossen. Baden ist durch die verfluchten Wühlereien unglücklich genug geworden, Würtemberg soll nicht Gleiches erleiden.“ M. Mohl wollte den Punkt 3 des Antrags gestrichen wissen. Hagen rückte deutlicher mit dem heraus, was Vogt berührt und förderte eine Menge von Naivitäten für den Antrag zu Tage.*) Uhland entgegen. Durch den Rückzug in

*) Es drohe die Zusammenziehung eines Lagers von 60,000 Mann um Frankfurt herum, in der Nähe, an der Badisch-Hessischen Grenze sei schon der Belagerungszustand verkündigt — mit Einem Worte, die Versammlung sei in einen durchaus unfreien, unwürdigen Zustand hineingerathen, „deshalb müssen wir also aus Frankfurt fort und uns an einen andern Ort begeben, wo wir in freier Bewegung das thun können, was wir für das Wohl des Vaterlandes für nothwendig erachten“. Es handele sich nicht um eine bloß süddeutsche Bewegung, sondern darum, vom Süden aus ganz Deutschland der Verfassung zu erobern, einen Punkt zu gewinnen, von welchem man besser und sicherer operiren könne, der sich eigene den Mittelpunkt für die 29 Staaten, welche die Verfassung anerkannt, zu bilden, und da empfehle sich Würtemberg am meisten; keineswegs sei Revolutionirung von seiner Partei zu besorgen, die den gesetzlichen Boden nicht verlassen werde, wenn es — möglich sei damit zum Ziele zu kommen; für ihren gesetzlichen Sinn bürge der dritte Punkt des Antrags. „Es mag im ersten Augenblicke die

die südliche Ecke würde die Versammlung abermals einen Riß in die große Deutsche Gemeinschaft machen; die beantragte Verlegung habe freilich nur den Zweck einer Schwenkung, um vom Süden aus den Norden zu erobern, aber „es gemahnt mich, die Schwenkung würden wir machen, die Eroberung machen wir nicht". Statt sich zu kräftigen würde sich die Versammlung nur selbst bei Seite schieben durch die Verlegung nach Stuttgart; sie werde dadurch noch mehr reducirt werden und damit müsse es doch seine Grenzen haben; Manche würden dahin nicht mitgehen, Neugewählte dahin nicht kommen in den — wie es ihnen erscheinen würde — die süddeutsche Bewegung nicht leitenden, sondern von ihr beherrschten Winkelkonvent; endlich wünsche er nach seinem persönlichen Gefühle die Verlegung für sein schwäbisches Vaterland nicht. L. Simon beredt wie nur je für den Rückzug, mit tönendsten und tapfersten Phrasen für die Politik des Rückendeckens.*) Venedey mit noch tapferer klingenden Worten

---

Mehrheit dieser Versammlung überraschen, daß wir, die wir schon vor längerer Zeit darauf gedrungen haben, die Centralgewalt aufzugeben und eine andere Exekutive einzuführen, in diesem Augenblicke, wo die Mehrheit auf dieser Seite des Hauses ist, dennoch einen solchen Antrag einbringen. Aber wir glaubten, daß gerade von dem Momente an, wo es uns gelungen ist, die Mehrheit dieses Hauses zu erhalten, unsere Aufgabe sein mußte, so klug, so besonnen und so gemäßigt als möglich voranzugehen, um die Befürchtung zu zerstreuen, welche gar manche Parteien im Volke theilen, als sei es uns nur darum zu thun, Alles unter einander zu werfen, Aufruhr und Revolution zu predigen. Nein, wir wollen, so weit möglich, auf dem Wege des Gesetzes vorangehen" u. s. f.

*) Die Verlegung soll ein unerhörter Schritt sein, nachdem seit vierzehn Monaten das unerhörteste Spiel hier mit uns getrieben ist; das Reichsministerium weigert sich trotz unseres Mißtrauensvotums rundweg, abzutreten; Gagern's Verheißungen von seinem Miteinstehen u. s. w. haben uns nichts genützt; sein einer erwählter Freund, Schmerling, ist in das Oesterreichische Lager übergetreten (!), der andere, Bassermann, in das Preußische, der dritte, Peucker, von Preußen zum Generallieutenant, vom verfassungsfeindlichen Reichsministerium zum Oberkommandanten der hiesigen Truppen befördert — und mit Einem Worte, die Verlegung sei unumgänglich, er könne diese Mißhandlungen nicht mehr ertragen, und das Dableiben würde nur zu einem Märtyrerthume führen, das der Sache nichts nütze; befinde sich die Centralgewalt nur erst in Stuttgart, so werde sich mit ihr reden lassen, und wären die 29 Staaten nur erst dort, so könne man auch mit ihnen ins Reine kommen, deren Zustimmung, worüber vergeblich und übereilt gejubelt sei, nicht mehr genützt, als ob man einen Gruß aus Amerika bekommen habe; selbst in Würtemberg stehe es nach Römer's Aeußerungen

und besseren Gründen gegen die Verlegung.* Die Nationalversammlung werde dadurch ihre Bedeutung einbüßen, zur Vorkämpferin einer Partei herabsinken, zu Grunde gehen; er fühle sich in Frankfurt vollkommen frei und würde so frei sprechen wie immer, und wenn alle Truppen Deutschlands und alle Kosaken der Welt hier versammelt wären u. s. f. M. Mohl, als erster Würtemberger für die Uebersiedelung nach Schwaben, weil kein Schimmer von Hoffnung mehr sei für eine Wirksamkeit der Versammlung in Frankfurt, weil die Versammlung durch dieses Ministerium völlig matt gesetzt sei; reden könne man wol, „aber handeln können wir leider Gottes gar nicht". Er war ehrlich genug, zur Sprache zu bringen, daß die beantragte Einladung an die Centralgewalt zum Mitgehen entweder nicht aufrichtig gemeint oder „Unsinn" sei. Venedey proponirte nachträglich eine Anklage gegen das Ministerium wegen Hochverrath, erbot sich sie zu stellen und bemühete sich, als ihm zugerufen wurde, daß das nichts wäre, zu erweisen, wie viel damit ausgerichtet werden würde, wenn es auch, wie er selbst glaube, zunächst keinen Erfolg habe. Henkel gegen die Verlegung. Schoder hatte ihn ganz richtig dahin verstanden, daß er so lange mit der Nationalversammlung gehe, als er mit ihren Beschlüssen zufrieden, daß er sie aber verlasse, sobald sie etwas thue, das ihm mißfalle. Schoder führte gleichfalls aus: die Nationalversammlung sei in Frankfurt dem Ministerium gegenüber völlig ohnmächtig; thue sie was sie sollte, so werde sie gesprengt und dann nirgend wieder zusammenkommen, wogegen sie von Stuttgart aus noch Alles vermöge. Folgte umständlich die Radikalenrechnung ohne den Wirth. Eisenmann sehr verständig* gegen die Verlegung. Es gelte die Möglichkeit des

---

mißlich um das Thaten für die Reichsverfassung; es werde gefordert, daß man doch eine Einladung erwarte, nicht mit der Thür ins Haus falle, allein die selbst Opferbereiten, die Männer, die die Schiffe verbrannt, die nach dem letzten Versuch, das Vaterland zu retten, lieber im Schwabenlande mit Ehren zu Grunde gehen, als in Frankfurt unter den Streichen eines feindlichen Ministeriums schmählich hinsiechen und verwesen wollten, dürften Opfer fordern u. s. f. Schließlich kam heraus, daß die Tapfern dem heißen Boden in Frankfurt die Nähe der Französischen Grenze und den Beistand der Französischen Demokratie vorzogen. Der große, der eigenthümliche Deutsche Patriot konnte den Gedanken nicht ertragen, daß letztere den Kampf gegen die Despotie des Nordens und Ostens ausfechte, ohne daß Deutschland sich dabei betheilige — dieser Gedanke der Schande schnitt „ihm ins Herz hinein, zerfraß ihm die Seele" u. s. w.

Zusammentritts des nächsten Reichstags zu retten, das könne nur dadurch geschehen, daß die Versammlung sich selbst erhalte, dies nur dadurch, daß sie bleibe wo sie sei; es würde ganz verkehrt sein, Alles daran zu setzen, den unmöglich gewordenen Oberhauptsbeschluß Seitens Derer, die ihm entgegen gewesen, für die Partei aufrecht zu erhalten, die ihn durchgesetzt und mit der Erklärung davon gegangen sei, daß sie durch ihren Austritt den Staatsstreich beabsichtigt, die Versammlung zu sprengen. Endlich sprach Vogt, als Berichterstatter für den Ausschuß, am ungenirtesten aus, daß Organisirung und Festsetzung der Revolution im Südwesten der Zweck der Verlegung sei. Er hatte sich kaum je so deutlich als bloßer, ob auch geistreicher politischer Schwätzer gezeigt.*)

---

*) Er habe unter seinen Parteigenossen am längsten gegen die Verlegung sich gesträubt, allein aus den Reden gegen dieselbe werde ihm nun völlig klar, daß auch sein Blick in der letzten Zeit einigermaßen umflort gewesen, daß er die politische Lage nicht im wahren Lichte erblickt; das dermalige Ministerium und dessen Bestehen sei Beweis, daß die Versammlung eigentlich stets in Fiktionen und bloßen Machteinbildungen gelebt, daß keins der früheren um deren Beschlüsse sich zu kümmern gebraucht hätte, und wenn frühere Minister der Mehrheit gewichen wären, sie dies nur gethan, weil auch in ihren Köpfen das konstitutionelle Hirngespinnst gespukt; in Frankfurt sei für die Nationalversammlung keine Thätigkeit mehr möglich, mehr zu hoffen, da die Preußischen Schlingen sich enger und enger um sie zusammengezogen; die Deutsche Zeitung lege soeben die Aktenstücke vor, aus welchen klar hervorgehe, daß Preußen durch Usurpation und rohe Gewalt an sich reißen wolle, was es von der Nationalversammlung anzunehmen verweigert, und sogar seinen Bundesgenossen im Absolutismus, die Centralgewalt, die im Hasse gegen Preußens Suprematie mit der Versammlung übereinstimme, nicht schone, sondern über deren Leiche nach seinem Ziele zu gelangen suche; nicht die nach Stuttgart übersiedelnde Versammlung reiße den Norden und Süden auseinander, sondern die Preußische Regierung, die Verrätherin an Deutschlands Einheit, die sich längst die Mainlinie als Grenze ausersehen; die Linke habe Alles gethan den Norden und Süden zusammenzuhalten, in jeder Beziehung nachgegeben, sich geschmiegt und gebogen, ja sogar ihre Ehre verpfändet in der unseligen Kaiserwahl, um dem Norden zu bieten, was ihm niemals gebührt hätte; ihn zu erobern oder zu bezwingen vom Süden aus, das sei — er hatte noch am 19. selbst gesagt, es gelte nun den Norden zu erobern — wol Traum seiner Freunde, allein es gelte im Süden sich festzusetzen, zu verschanzen auf bessere Zeiten, in Stuttgart die Gewalt in die Hände zu bekommen. Die Rechnung bei diesem seinem Traume, einer mehr als dreiwöchigen Südwestrepublik unter seiner und seiner Freunde Diktatur, beruhete auf dem Beistande der für die Freiheit kämpfenden Magyaren und

Die Mehrheit der Linken wollte eben, was die Gegner des Antrags am meisten fürchteten, am geflissentlichsten wider ihn eingewendet hatten, daß die Versammlung, näher dem Aufruhr, dessen Mittelpunkt und größere Stärke werde. Allein eine Minderheit war der Verlegung noch immer entgegen. Der Antrag ging also durch, jedoch nur mit wenigen Stimmen. Er wurde (der erste Satz mit 71 gegen 64, der zweite, dritte und vierte durch Aufstehen) angenommen. Man hörte ein Mitglied der siegenden Partei ausrufen oder seufzen: „O weh, wir haben gewonnen!" Reh erklärte in ausführlicher Rede, da nach seiner festen Ueberzeugung der Beschluß das letzte Band des Vertrauens zwischen der Versammlung und dem Deutschen Volke zerreiße, und die stärkste Säule der moralischen Kraft der Vertretung zerbreche, so könne er denselben weder vollziehen, noch sich ihm unterordnen, und resignire demnach. Er schloß mit einem „herzlichen Lebewohl" an die Versammlung. Buß ließ sich das Wort nicht nehmen, Denen von der Linken zu sagen: er wünsche ihnen eine glückliche Reise, doch möchten sie sich das auf den Weg merken, „das rechtmäßige Parlament Deutscher Nation wären nicht die Davonlaufenden, sondern die Dableibenden." Löwe übernahm den Vorsitz. Er hatte sogleich Austrittserklärungen (von Jucho u. A.) und Urlaubsgesuche (von Wydenbrugk u. A.) mitzutheilen, denen später noch mehrere nachfolgten (ehemalige Nürnbergerhof-Männer gingen noch mit Stuttgarter Urlaub — nach Gotha) von Solchen, die gar zu gern den Schein der Konsequenz und Tapferkeit gerettet hätten, denen jedoch zum Mitgehen der Stuttgarter Boden — wie Denen von der Linken der Frankfurter — zu heiß erschien. Der neue Präses kündigte schließlich an, daß er die nächste Sitzung in Stuttgart anberaumen, also den Beschluß, wie er vorliege, vollziehen, der Würtembergischen Regierung und der Stadt Stuttgart Nachricht vom Eintreffen der Versammlung geben, und das Bureau, so weit es in seinen Kräften stehe, in wenigen Tagen nach Stuttgart übersiedeln werde, wo er die Versammlung ebenso zahlreich, als sie jetzt noch sei, wiederzusehen hoffe — was jedoch nur Redensart war. Noch an demselben Tage reichten Wuttke, Buß und ein paar Andere einen Protest gegen die Verlegung ein; am 31. veröffentlichten sie „Namens der großdeutschen Partei" eine Verwahrung, welche sie

Franzosen; die die Bewegung im Süden — denn sie wäre sonst ihrer Aufgabe nicht gewachsen — bemeisternde Linke, die Linke in Schwaben sollte das Mittelglied bilden.

Anhang.

I.

(S. 1.) Die Preußische Note vom 23. Januar. Die Zeit, welche seit dem Erscheinen der ersten Abtheilung dieses zweiten Bandes, die mit einem Kapitel über die Preußische Note vom 23. Januar schloß, verlaufen ist, hat über die halbdunkle Geschichte der letztern wesentliche Aufklärungen nicht gebracht, doch auch meinen Aeußerungen kein Dementi gegeben, sondern durch das, was in ihr kund geworden, meine Auffassung bestärkt. In den Details ist jedoch Einiges zu berichtigen. Der Verfasser der erwähnten Preußischen Denkschrift von 1822 soll nicht Eichhorn, sondern der Legationsrath Küpfer sein. Der Gewinn Preußens an Kleinstaaten (S. 499) ist freilich wieder zerronnen. Mit noch größerer Sicherheit glaube ich jetzt sagen zu können, daß Bunsen-Stockmarsche Ideen und Zettelungen, Palmerstonsche Tendenzen und Coburgische Ambitionen das Nest gewesen, in welchem, und zwar in London, das Ei des Preußischen Kaiserthums ausgebrütet worden. Hatte für Preußen in dem Gefühle der Noth, worin man sich noch im November befunden, ein Antrieb gelegen, sich mit Oesterreich zu einigen, der noch eine Zeit lang fortwirkte, so fühlte man sich doch um die Jahrswende schon wieder sicherer. Um dieselbe Zeit trat der Plan der Gagern-Preußischen mit Bunsen u. s. w. kolludirenden Partei in das Stadium der Reife. Die Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium verdrängt, Gagern's Programm, verdoppelte Feindseligkeiten und Hetzereien gegen Oesterreich in den Organen jener Partei, deren Bearbeitungen der leitenden Männer in Berlin, die bald zu erwähnenden Erklärungen der kleinstaatlichen Regierungen, die (durch Raumer's und Oelsner's Mittheilungen bekannt gewordenen) Operationen Preußischer Agenten in Paris gegen die provisorische Centralgewalt und in der Schleswig-Holstein'schen Sache, trotz deren die Gagern'sche Partei sich Preußen in die Arme warf und Alles von ihm hoffte, die Bemühungen Palmerston's, Oesterreich aus Italien zu verdrängen, die Entwürfe der Grundlinien über ein auch in den Organen der Kaiserpartei befürwortetes Bündniß zwischen Preußen, England (und Frankreich), wonach Preußen im Deutschen Norden freie Hand bekommen, Oberitalien und Ungarn selbständige Staaten werden sollten u. s. w. (Vergl. Kolatschek's Monatsschrift, Jan. 1850, S. 135), wobei kein Andrer als Bunsen der Unterhändler hatte sein können: alle diese sprechenden Momente fallen in die Zeit der unter Mißtrauen gegen Oesterreich gepflogenen Verhandlungen Preußens mit letzterem über einen gemeinschaftlichen Gang in den Deutschen Angelegenheiten. Im Anfange der Bewe-

39

gung waren Bunsen's Ideen über die künftige Verfassung Deutschlands ganz andere gewesen, hochfliegender, unbestimmter, uneigennütziger, mehr „deutsch" und minder Preußisch-partikularistisch. Etwas früher oder später war aber sein Wahlspruch geworden: Bund mit Oesterreich und Preußisches Kaiserthum. Er und Stockmar standen hinter Gagern, der von verschiedenen Einflüssen hin- und hergezerrt wurde, und den Jene, als er in das Reichsministerium eingetreten war, von den Schleswig-Holsteinischen Professoren loszumachen suchten, die für ihre und für Preußens Gesichtspunkte und Interessen zu wenig specifisch-Preußisch und zu sehr specifisch-herzogthümisch gesinnt waren. Gagern's Ministerprogramm war Londoner Eingebung. Allein Gagern hatte den suppeditirten Gedanken desselben entweder nicht ganz richtig verstanden und ausgedrückt oder war noch nicht völlig darin eingegangen. Die patriotisch-doktrinäre Auffassung und Tendenz, wonach Preußen in Deutschland aufgehen sollte u. s. f., mochte noch zu stark in ihm gewesen sein. Die Trennung Oesterreichs, das war ganz richtig; aber er hatte sie vorangestellt, während er die Erhaltung des Bundes (des weiteren) hätte voranstellen sollen. Stockmar und Bunsen ermangelten nicht, ihn auf den Fehler aufmerksam zu machen, und er erklärte, daß er ihn einsehe. Oesterreich hatte sich eifriger um das Zustandekommen der Einigung bemüht und scheint geglaubt zu haben, Preußen um derselben willen große Zugeständnisse machen zu müssen, die sich auf dessen Arrondirung bezogen, aber nicht mehr genügt haben mögen, als die Begehrungslust und die Vergrößerungshoffnungen von jener Seite her gesteigert wurden. Umgekehrt war den Urhebern und Förderern der Idee des Preußischen Kaiserthums ihr Plan so sehr angelegen, daß sie, um durchzudringen und vor allem ganz Norddeutschland zu gewinnen, sehr gern bereit gewesen wären, Baiern abzufinden und auf Kosten der begeisterten Freunde und Genossen Preußens und der Union in der nächsten Nachbarschaft Hannovers diesem zuzugestehen, was es nur hätte an Territorialerweiterung wie politischen Rechten und Einfluß fordern mögen, wenn es auf dergleichen Transaktionen sich hätte einlassen wollen. Daß hier auch Radowitzische Ideen hineinspielten, ist sichtlich genug. Gleichwie die Gagern'sche Partei nach Zielen dieser Art steuerte, wollte auch Bunsen im Januar das Preußische Ministerium ändern, aus welchem vor Allem Manteuffel hinaus, in welches Camphausen und Vincke hinein sollten. Die unausbleibliche Folge solcher Betreibungen und Vorgänge war vergrößerte Spannung und Mißtrauen der Deutschen Kabinette gegen einander in einem Zeitraume, wo so viel darauf ankam, daß sie eins wurden. Am 10. Januar befand sich Graf Brühl auf dem Wege nach Olmütz, um die Unterhandlungen über den richtigen Gedanken fortzuführen, daß Preußen mit Oesterreich über eine zu ergreifende Initiative sich verständigen sollten, um sodann bei den königlichen Höfen und in Frankfurt mit gemeinsamen positiven Vorschlägen hervorzutreten und die Verfassungssache zur Entscheidung zu bringen. Dieses Sinnes waren auch die Oesterreichischen Rückäußerungen auf das, was Graf Brühl nach Olmütz gebracht. Allein an demselben 10. Januar traf Bunsen aus London in Berlin ein, und von da an trat der Umschwung ein, der den ersten Ausdruck durch die Note vom 23. erhielt, und — wenn man sie auch fürchtete und zu vermeiden suchte — faktisch die Trennung von Oesterreich, die neueste Deutsche Politik Preußens brachte.

II.

(S. 21.) Camphausen in Frankfurt. Wir wissen durch Hansemann und Arnim, welche Politik gegenüber der Nationalversammlung und Centralgewalt die Preußischen Ministerien sich zur Richtschnur machten. Sie war in allem Wesentlichen auch die, welcher Camphausen als Preußischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt folgte, nur daß er sie lange in ein undurchdringliches Schweigen hüllte, von welchem man auf einen tief durchdachten Plan schließen kann, wahrscheinlich aber richtiger schließt, daß Camphausen wenig Vertrauen zum Gelingen der Frankfurter Verfassungsarbeiten hatte, die Fähigkeit

der Frankfurter Gesetzgeber nicht sehr hoch anschlug, und Verdacht und Sorge wegen ihrer Ideen und Tendenzen hegte; daß ihm ein positiver Gedanke hinsichtlich der künftigen Gestaltung abging, und daß er selbst häufig nichts wußte, weil man auch in Berlin nichts wußte oder ihm sagte. Bis zu dieser Zeit scheint er auch der Gagern'schen Partei, trotzdem daß sie mehr und mehr Preußische Partei geworden, seinen Rath gänzlich versagt zu haben. Im Juli 1848 war ihm, wenn ich nicht ganz irre, von Frankfurt aus das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten angetragen worden, und der König hatte dringend gewünscht, daß er es annehme. Allein man kam ihm in Frankfurt mit Ansichten und Zumuthungen (das Preußische Heer, die Preußischen Festungen und Aehnliches betreffend) entgegen, die ihm als so überspannt erschienen, daß er sich nicht einlassen mochte. Auf sein Anerbieten wurde er zum Preußischen Bevollmächtigten ernannt. Aus seinem ganzen Verhalten in dieser Stellung ergiebt sich etwa Folgendes. Er hatte es sich zum Princip gemacht, jeden Bruch Preußens mit der Centralgewalt und Nationalversammlung sorgfältig zu vermeiden, Unterstützung zu gewähren und möglichste Nachgiebigkeit zu bezeigen, aber auch Beiden gegenüber in der Sache die Preußische Selbständigkeit zu bewahren, also zu temporisiren, zu laviren. Er wünschte, daß man in Frankfurt an Preußens Unterwerfung glaube, in gewissen Punkten aber wollte er selbst auf die Gefahr eines Bruches Preußen nichts vergeben: hinsichtlich der Verfügung über das Heer und hinsichtlich der freien Zustimmung zu allen Gesetzen und Beschlüssen der Versammlung. Er wollte dahin wirken, daß diese nur solche Beschlüsse fasse, denen Preußen zustimmen könne, so gering die Thulichkeit solcher Einwirkung sein mochte. Er wollte die Nationalversammlung aber auch in Ansehen und bei Kräften erhalten wissen, indem er von ihrem Verfall Verwirrung und Unheil besorgte. Den Versuchen, die Bevollmächtigten zu einem engen Zusammenhalten zu bringen und eine feste Stellung gegenüber dem Reichsministerium für sie zu erlangen, hat er theils widersprochen, theils hat er sie nicht gefördert und dadurch scheitern machen. Man kann annehmen, daß der Preußische Sinn bei ihm etwa in dem Maße vorschlug, wie bei Gagern der Deutsche. Der Verfassungsplan der Gagern'schen Partei war ihm recht, sofern Preußen dadurch an die Spitze gebracht werden sollte, aber nicht recht, sofern dabei auf das gerechnet wurde, was man in dem Ausdruck „Aufgehen" Preußens begreifen kann, sofern also seine Ausführung nach der Denkweise eines Preußischen Politikers Preußen zum Schaden gereichen oder für dasselbe zu bedenklich sein werde. Er wurde sehr intim mit den Gagern, Beseler u. s. w., ohne daß es doch zu einem völligen Einklange gekommen wäre. Beide Theile wußten, daß ein Punkt erreicht werden würde, wo sie ganz auseinander treten müßten, jeder hoffte vergeblich, an diesem Punkte den andern zu beugen. Camphausen meinte, Jene würden auf Verfassungsänderungen schon eingehen, sie glaubten ihrerseits, er und Preußen würden auch die ungeänderte Verfassung schon annehmen. Sie gingen davon aus, Preußen müsse, um zur Kaiserkrone zu gelangen, opfern und wagen. Indeß forderten sie mehr, als er hätte zugeben mögen, obwol er ihnen entgegenkam. Die Gagern'sche Partei sagte: Der Unitarismus ist die stärkste unter den treibenden Kräften zur Durchsetzung des Projekts des Preußischen Kaiserthums, Preußen muß daher in ihn eingehen, muß der Centralgewalt und Nationalversammlung sich unterwerfen zu seiner Erhöhung, und stört und hindert den ganzen Plan in dem Maße, als es dies nicht thut. So weit war Camphausen einverstanden, daß er die Annahme der Grundrechte von Seiten Preußens für nothwendig hielt oder zu halten vielleicht nur vorgab, um für letzteres zum Ziele zu gelangen. Allein auch daraus machte er in Berlin kein „Ultimatum". Ohne Zweifel war es ihm lieb, wenn die Preußische Hegemonie erreicht wurde, ohne daß Preußen eben viel opferte und wagte. Von dem weiteren und engeren Bunde hatte er schwerlich selbst eine deutliche Vorstellung. Er äußerte wol, daß es schwierig sein werde, dafür eine Form zu finden. Ueber die Oberhauptsfrage sprach er sich weder offen noch unzweideutig oder übereinstimmend gegen die Bevollmächtigten aus. Er sagte, Preußen habe die ihm von mehreren Regierungen angebotene Stellung durch seine Note keineswegs abgelehnt, werde sie

aber auch nicht annehmen, wenn die Regierungen widersprächen, d. h. er sprach ungefähr so wie die Worte der Note lauteten. Allein er ließ auch wol fallen, man irre sehr, wenn man in der Note finden wolle, daß der König die erbliche Oberhauptschaft im engeren Bunde zurückgewiesen habe, nur würden die Widersprechenden nicht zum Beitritt zu nöthigen sein, sondern ausscheiden können, und es dürfte am Ende besser sein, daß so etwas geschähe, als daß man sich für irgend eine andere schlechtere Form als die eines einheitlichen erblichen Oberhauptes entscheide — was denn einigermaßen anders zu klingen schien. Man sah, daß Preußen seine Schlußerklärung über die Oberhauptsfrage von den Erklärungen Oesterreichs und der Königreiche abhängen lassen wollte, und daß Camphausen ungewiß war, ob sich die Erblichkeit für Preußen werde durchsetzen lassen. Er meinte, wenn dies nicht der Fall sein sollte, so werde man entweder ein Direktorium, worin dann Preußen den bleibenden Vorsitz in Anspruch nehmen werde, eine Trias oder ein einheitliches Oberhaupt an die Spitze, demselben aber einen Bundes- oder Reichsrath zur Seite stellen müssen, welchem zur Befriedigung der Regierungen der größeren Staaten ein wesentlicher Antheil an der Oberleitung zu überlassen sein würde. Allein er sprach sich besorglich darüber aus, daß der Widerspruch der Mittelstaaten so etwas nöthig machen könne. Er hatte gegen beide Formen stets viel einzuwenden, und am Ende schien ihm mehr auf eine Vergrößerung Preußens als auf alles Andere anzukommen. In jedem Falle theilte er weder die Begeisterung für deutsche Einheit, noch hatte er unerwogen gelassen, daß ein mächtiger Rückschlag von derselben her erfolgen werde und müsse, sobald es wirklich nur zu einem vergrößerten Preußen und einer Zerstückelung Deutschlands kommen sollte und daß Preußen dann mit viel Widerwillen zu kämpfen haben und in eine üble Lage gerathen werde. Allein es irrte ihn doch nicht. Er war der Meinung, daß diese Uebergangsperiode allerdings eine schwierige für Preußen sein und daß letzteres zunächst von seiner Vergrößerung nur Lasten und Gefahren haben werde, daß aber die Vortheile sich späterhin allmählig herausstellen würden.

III.

(S. 30.) Camphausen an Gagern: „Die königl. Regierung, welcher ich die in Ihrer geehrten Note vom 28. v. Mts. erwähnte Zusammenstellung der bezüglich der Verfassung von der Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse übersandte, hat in Antwort darauf den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß die Nationalversammlung sich nicht unnöthigerweise beeile, zur zweiten Lesung des Verfassungsentwurfes zu schreiten, sondern dieselbe vielmehr so lange verschiebe, daß den verschiedenen Regierungen auch wirklich Zeit bleibe, mit ihren Vorschlägen hervorzutreten. Derselbe Wunsch ist in Berlin schon von Seiten mehrerer Deutschen Regierungen ausgedrückt worden, und meine Regierung hofft, daß derselbe auch beim Reichsministerium volle Berücksichtigung finde, und daß dasselbe allen seinen Einfluß aufwenden werde, um dies Ziel zu erreichen. Ich zweifle nicht, Herr Minister, daß Ihnen hierin die besonnenen Männer innerhalb der Nationalversammlung entgegenkommen werden. Dieselben werden fühlen, daß, nachdem wir so entschieden zur Verständigung die Hand geboten haben, es nun auch die Pflicht der Nationalversammlung sei, nicht ihrerseits diese Verständigung praktisch unmöglich zu machen, und daß ein unzeitiges und nach der bisherigen langen Dauer der Berathungen unmotivirtes eiliges Vorangehen nur zu den traurigsten Folgen führen könnte, von welchen alsdann in der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland die Schuld nicht den Regierungen, sondern der Nationalversammlung würde beigemessen werden." Gagern an Camphausen (8. Febr.): „Das Reichsministerium ist ganz einverstanden mit den Gründen, aus welchen das königl. Preußische Staatsministerium nach des Herrn Bevollmächtigten gefälligem Schreiben vom 6. d. M. auf die Schicklichkeit und die den Erfolg bedingende Nothwendigkeit hingewiesen hat, daß die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs von der Reichsversammlung hinausgeschoben

werde, um den Regierungen zu der Abgabe der Erklärungen eine angemessene Zeit zu lassen, welche in Folge der Einladung der königl. Preußischen Regierung vom 23. und des Cirkularschreibens des Ministeriums der Centralgewalt vom 28. v. M. zu erwarten stehen. Welches diese angemessene Zeit sei, die Frage ist nach Veranlassung des Unterzeichneten von einflußreichen Mitgliedern verschiedener Fraktionen der Reichsversammlung, dann im Reichsministerium unter Zuziehung des Herrn Präsidenten der Reichsversammlung besprochen worden. Es würde ein Irrthum sein, wenn man annehmen wollte, daß der Drang auf Beschleunigung der zweiten Lesung etwa der Wunsch und von denen ausgehe, bei denen die Absicht vorausgesetzt werden könnte, das Verfassungswerk nicht im Geiste der königl. Preußischen Cirkularnote vom 23. v. M. gefördert und beendet zu sehen. Für ein längeres Hinausschieben der zweiten Lesung würde sich vielleicht eine bedeutende Majorität in der Nationalversammlung aussprechen, wenn man auch von Seiten des Ministeriums darauf hinwirken wollte. Dagegen sprechen aber wesentliche Bedenken, die nur angedeutet werden sollen. 1) Der Wunsch, das Verfassungswerk beendigt zu sehen, aus dem Provisorium heraus und zu definitiven Zuständen zu gelangen, ist unter den Besten im Volk ein sehr entschiedener, nicht mehr zurückzudrängender geworden. Daher die Scheu vor der Verantwortlichkeit, von Seiten der Nationalversammlung und deren Führer zu weiterer nicht durchaus nothwendiger Verzögerung die Hand zu bieten. Es liegt dabei eine Ahnung zu Grunde, daß jede Verzögerung nur zum Nachtheil der guten Sache ausschlagen könne. Dagegen wie zur Beruhigung der öffentlichen Meinung, die durch mancherlei Gerüchte aufgeregt und selbst geschreckt ist, scheint das beste Mittel, ein ruhiger, unbeirrter Fortschritt im Verfassungswerk auf der Grundlage der königl. Preußischen Cirkularnote vom 23. v. M. 2) Die Reichsversammlung hat nur wenig Stoff mehr zur Berathung. Gewerbeordnung, Heimathsgesetz, Wehrverfassung werden besser nach definitiver Constituirung des Reichs und Reichstags, unter Mitwirkung des Staatenhauses zur Berathung kommen. Das Reichswahlgesetz wird vielleicht zur Berathung kommen müssen, wenn gleich es besser wäre, diese gleichfalls noch zu verschieben und dafür einen Moment größerer Befriedigung der öffentlichen Stimmung abzuwarten. Eine Vertagung der Reichsversammlung wird, und nicht blos aus den unter 1 entwickelten Gründen, für nachtheilig erachtet. Die Centralgewalt ist nicht stark genug, um derselben in kritischen Augenblicken, die vielleicht noch bevorstehen, entbehren zu können. Von verschiedenen Seiten würde eine solche Vertagung als eine Abdankung ausgebeutet werden. Die Reichsversammlung aber mit unwesentlichen Dingen sich beschäftigen zu lassen, hat sich schon öfters als höchst nachtheilig, die extremen Bestrebungen begünstigend, erwiesen. 3) Ein sehr entscheidender Grund gegen langes Hinausschieben der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs liegt in der herannahenden Eröffnung der Preußischen Reichsversammlung. Abgesehen davon, daß ein gleichzeitiges Tagen so großer politischer Versammlungen innerhalb des gemeinsamen Vaterlands nicht zu wünschen, kaum künftig zu ertragen sein wird; abgesehen ferner davon, daß es nicht ohne wesentlichen Nachtheil auf den Fortgang des Deutschen Verfassungswerks bleiben könnte, wenn es nöthig würde, daß die Reichsversammlung bedeutende oder zahlreiche Mitglieder an die Preußische Reichsversammlung abtreten müßte; — von der höchsten Wichtigkeit wird es unter allen Umständen erscheinen, daß das Deutsche Verfassungswerk einen entscheidenden Fortschritt zu endlicher Lösung gemacht habe, wenn die Preußische Reichsversammlung eröffnet wird. Aus diesen Gründen ist es die Ansicht Vieler, die auch den gehorsamst Unterzeichneten beim Erlaß des Cirkularschreibens des Ministeriums der Centralgewalt vom 28. v. M. geleitet hat, daß die Beschleunigung der Erklärung der Regierungen höchst dringlich sei. Zwar wird der Verfassungsausschuß zur Vorbereitung der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs der nächsten Woche um so mehr bedürfen, wenn im Laufe derselben die Erklärungen der Regierungen einlaufen sollten. Es würde aber gewiß der Sache nicht förderlich, überhaupt nicht gut sein, wollte man zum Voraus in Aussicht stellen, daß dem Beginn der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs länger als zum 19. oder 20. d. M.

Anstand gegeben werden würde. Dann haben die Regierungen, vom Empfang der Preußischen Cirkularnote an gerechnet, reichlich drei Wochen Zeit zur Erklärung gehabt, die für die Meisten sich auf wenige Principienfragen wird zurückführen lassen."

IV.

(S. 32.) Möring suchte in einem vom 10. December datirten Privatschreiben, womit er an den Grafen Stadion sich wendete, diesen für seine Ideen zu gewinnen. Es hieß darin: „Die Dinge kommen nun zur Krise. Preußen oder Oesterreich, das ist die Frage. Die parlamentarische Parole in der Paulskirche lautet Preußen. Wie kaiserlich und Oesterreichisch man auch gesinnt sein möge: ich will nimmer glauben, daß man es im Interesse Oesterreichs gelegen halten könne, dessen Einfluß auf Deutschland in dem Maße zu verwirken, wie es der Egoismus der „Schwarzgelben" verlangt. Tritt Preußen durch Ausscheidung Oesterreichs als nothwendiger Konsequenz der halben und schiefen Stellung unsers Vaterlandes zu Deutschland an dessen Spitze, so wird es eine Großmacht von 33 Millionen, die im Bunde mit dem früher oder später alle romanischen Elemente bevormundenden Frankreich, etwa 70 Millionen, eine Masse von 100 Millionen bildend, Oesterreich und Rußland gefährlich werden, und wenn Rußland seine Politik ändert, dasselbe zu einer Theilung Oesterreichs wie jener Polens verleiten kann. Verbleiben an der Spitze Deutschlands ist conditio sine qua non der Selbsterhaltung Oesterreichs. Friedrich Wilhelm oder Franz Joseph als Kaiser von Deutschland ist die Achse der Weltgeschichte in der nächsten Epoche." Seit dem März sei aus Furcht vor der Deutschen Demokratie und aus ungeschickter Handhabung des gegen sie gebrauchten Slavismus Seitens des Gouvernements in Wien Alles geschehen, die Wagschale Preußens in Deutschland zum Sinken zu bringen; das müsse umgekehrt werden, womit zugleich der Nationalitätenstreit in Oesterreich sein Ende finden werde. Dann wird der Weg angegeben und der entschlossen und rasch zu betreten sei, Oesterreich das Uebergewicht in der Nationalversammlung und die Führung in Deutschland zurückzugewinnen: „Oesterreich erkläre, daß es sich von Deutschland als Bundesstaat unter keiner Bedingung ausscheiden wolle, es ernenne einen Bevollmächtigten an die Nationalversammlung, der nachstehende Vorschläge unterstellt: 1) Die Centralgewalt besteht aus dem Kaiser von Oesterreich und den Königen von Preußen und Baiern (hiermit kam Möring auf seinen im Juni gestellten Antrag wegen einer Fürstentrias zurück); 2) Oesterreich konstituirt sich als Föderativstaat, und zwar schließt es mit den 13 Millionen seines Deutschen Bundesgebiets im Bundesstaat an Deutschland sich an und tritt mit seinen übrigen 24 Millionen in föderativem Verbande bei; (Vergl. Offner Brief an das Wiener Ministerium vom 28. September) es stellt seine Flotte und Armee zur Disposition Deutschlands, bringt diesem das venetianische Istrien zu, ihm die Vortheile des Hafens von Pola zu sichern, und ergreift die erforderlichen Maßregeln, die Donau frei zu machen und die untern Donauländer Deutschem Verkehr und Deutscher Civilisation zu öffnen. Zugleich ist die Vornahme der noch fehlenden Wahlen sowie die sofortige Rückkehr der abwesenden Deputirten nach Frankfurt zu verfügen."

(S. 34.) Buß in Olmütz. Am Tage vor Weihnacht begab sich Buß aus eigenster Anregung zum Erzherzog, welcher damals wiederholt und bringend an den Kaiser, an Schwarzenberg, in dem Sinne, daß man von Oesterreichischer Seite einen Entschluß fassen, sich erklären, möglichst auf die Frankfurter Verfassung eingehen möge und müsse, geschrieben, aber keine Antwort erhalten hatte. Er war nicht entgegen. Buß legte ihm ein Projekt vor, von welchem er glaubte, daß Oesterreich es annehmen könnte und sollte. Es war die Frankfurter Verfassung mit Abänderungen, insbesondere der, daß an die Stelle des Preußischen der Oesterreichische Kaiser trat. Der Erzherzog korrigirte ein Direktorium mit Oesterreichs formellem Vorsitze hinein. Buß begab sich darauf zu Gagern und

drückte ihm den Wunsch aus, er möge dahin wirken, daß die Berathung der Verfassung nicht so sehr beeilt werde. Gagern erwiederte, er könne höchstens vierzehn Tage zugeben, die Verhältnisse in Frankreich wären der Art, daß man möglichst rasch fertig zu werden suchen müsse; man könne auf Oesterreich keine Rücksicht nehmen, denn es schließe sich selbst aus. Der Erzherzog gab Buß an die Hand, mit Wessenberg zu reden, der sich in Freiburg befand. Wessenberg erklärte sich beifällig über den von Buß ihm vorgelegten Entwurf, nur daß ihm darin dem Frankfurter Projekt noch zu große Koncessionen gemacht zu sein schienen. Am 2. Januar langte Buß mit Empfehlungen von Wessenberg an Werner in Wien an. Letzterer erklärte ihm, daß er nichts thun könne; Fürst Schwarzenberg habe sich das Referat in den Deutschen Angelegenheiten persönlich vorbehalten. Buß begab sich nach Olmütz. Der Fürst äußerte sich im Ganzen beifällig. Von einem Oesterreichischen Kaiserthume sei Umgang zu nehmen, ein Direktorium werde das passende sein; nicht wünschenswerth sei die systematisch-konstitutionelle strenge Trennung der Gewalten; über ein Volkshaus werde man nicht hinauskommen, doch sei die Zusammensetzung, wie man sie in Frankfurt projektire, nicht völlig zu billigen. Von der Befähigung konstituirender Versammlungen schien er eine sehr geringe Meinung zu hegen, die Reichskommissäre hatten ihm wenig Respekt eingeflößt. Sein erster Gedanke schien zu sein, man müsse mit allen Kräften dahin trachten, die Ordnung wiederherzustellen, dabei aber ehrlich Wort halten. Als er äußerte, mit 38 Staaten zu thun haben heiße zu keiner Einheit kommen, empfahl Buß besonders lebhaft eine Eintheilung der Staaten in sieben Gruppen. Buß reichte eine korrigirte Denkschrift ein, worin er ein Direktorium, ein Volks- und ein nach Interessen zusammengesetztes Staatenhaus und verschiedene auf Decentralisation hinzielende Bestimmungen vorschlug. Er hatte sodann eine Audienz beim Kaiser, an welchen er eine ausführliche Ansprache richten durfte und der sich sehr günstig aussprach. Oesterreich werde seinen Deutschen Ursprung, seine Stellung in Deutschland nie vergessen; das Deutsche Element sei die Grundlage der Oesterreichischen Monarchie, was er eben so sehr im Auge behalten werde, als die Pflicht der Gerechtigkeit gegen die Slavische Bevölkerung; die Denkschrift habe seinen Beifall; man werde die Sache in Ueberlegung nehmen. Fast gereizt äußerte er sich darüber, daß so viel von Preußischem Ehrgeize gesprochen werde: er sei der Loyalität des Königs vollkommen gewiß. Buß wollte bemerken, daß man am Oesterreichischen Hofe sehr wenig Kunde, ja fast keine Ahnung von den in Deutschland für Oesterreich vorhandenen Sympathien habe, und daß die Slavische Partei sehr stark sei, deren Tendenz darin bestand, Oesterreich von Deutschland völlig loszulösen. Bei Stadion und Bruck fand er entschieden „deutsche" Gesinnungen. Kraus gab Hoffnungen wegen des Anschlusses Oesterreichs an den Zollverein. Mit Buß war Bally gereist, der besonders die letztere Idee verfolgte. Die Reisenden kehrten von Olmütz und Kremsier voll der schönsten Hoffnungen zurück. Der ganze Bericht, bei des Berichterstatters sanguinischem Charakter und so viel herrschendem Mißtrauen machte den Eindruck, daß Schwarzenberg's angebliche entgegenkommende Aeußerungen nur mit großer Vorsicht aufgenommen werden dürften, daß er sich im Grunde blos negativ und hinhaltend und gar wenig geneigt gezeigt habe.

(S. 37.) Kommunikationen zwischen Schmerling, dem Oesterreichischen Kabinet und dem Reichsministerium. Einige Beispiele. Der Reichskriegsminister hatte die Bildung einer Kommission zur Abfassung eines Militärstrafgesetzes beantragt. Schmerling sprach sich (18. Jan.) dahin aus, daß sich Oesterreich der Mitwirkung nicht entziehen möge, und unterstützte auf jede Weise den Antrag. Der Reichskriegsminister hatte Kontingentsausweise gefordert. Schmerling empfahl, das Kabinet zu Olmütz möge die Erklärung abgeben, Oesterreich werde mit seiner ganzen Heeresmacht auf dem Kriegsschauplatze erscheinen, wenn Deutschland gefährdet werden sollte, und dies um so mehr thun, da in den Zeitumständen die dringende Aufforderung liege, sich auszusprechen. Er erinnerte an das vom Reichskriegsminister im Oktober gestellte Ansinnen, über den vom Ausschuß der Nationalversammlung verfaßten Entwurf einer allgemeinen Wehrverfassung die Ansichten der kaiserl. Regierung hieher mit-

zutheilen. Er bevorwortete die Einführung der Wechselordnung in Oesterreich, wenn auch die Verpflichtung zur unbedingten Vollziehung der Reichsgesetze in Abrede zu nehmen sei; er empfahl (25. Jan.) der Berücksichtigung die Verhandlungen des Kongresses von Abgeordneten Deutscher landwirthschaftlicher Vereine u. s. f. Das Oesterreichische Ministerium äußerte sich in einem Schreiben vom 4. Februar umständlich über den Stand der Italienischen Friedensunterhandlungen und die Entschließungen der kaiserl. Regierung in Beziehung auf die Römischen Angelegenheiten. Schmerling machte am 9. Februar dem Reichsministerium Mittheilung davon. Gleichzeitig sprach sich das Oesterreichische Kabinet, gerade wie man auch in Berlin dachte, jedoch offner, in Betreff der Frage über die Kundmachung und Vollziehung der Reichsgesetze in Oesterreich aus. Man müsse darauf bestehen, die Beschlüsse der Nationalversammlung jedesmal erst einer Prüfung hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf die Oesterreichischen Verhältnisse zu unterwerfen, ehe deren legale Gültigkeit in Oesterreich angeordnet werden könne. In diesem Sinne sollte Schmerling die Anfrage des Reichsjustizministers beantworten, jedoch hinzusetzen, daß die Oesterreichische Regierung, von dem Wunsche beseelt, das große Einheitswerk nach Möglichkeit zu fördern, es gewiß nicht unterlassen werde, jene Beschlüsse und Reichsgesetze, welche sich den Oesterreichischen so komplicirten Verhältnissen und Bedürfnissen aneignen ließen, auch zur gesetzlichen Richtschnur für die Oesterreichischen Behörden und Unterthanen kund zu machen. Ebenfalls genehmigte das Oesterreichische Kabinet die Betheiligung Oesterreichs an der Bildung einer Kommission zur Abfassung eines Militärstrafgesetzes im Princip, und kündigte ein Oesterreichisches Mitglied an, das bereits ausersehen sei und erscheinen werde, sobald die Kommission zusammentrete. Auch ein juristischer Beisitzer wurde ernannt, die vom Reichskriegsminister geforderten Ausweise, Mittheilungen über die in Beziehung auf das Handelsrecht in Oesterreich bestehenden Gesetze und Observanzen, gewünscht vom Reichshandelsminister, wurden bereitwillig zugesagt und auch übersendet, u. s. f. Es charakterisirt das Verfahren der erbkaiserlichen Organe, daß z. B. die D. Z. die Nachricht von der Anerkennung des Reichsgesetzes über das Deutsche Wechselrecht für ganz Oesterreich (10. Jan.) kurz und kahl brachte, und Aehnliches, jedenfalls von achtbarem Nichtverzweifeln am Vaterlande Zeugendes — wie den von Schmerling (27. Jan.) beim Reichsministerium eingereichten Vorschlag wegen Deutscher Einwanderung in Ungarn — mit „sardonischem Lächeln" begrüßte und nur zu Spötteleien über Oesterreich und den Oesterreichischen Bevollmächtigten benutzte.

(S. 38.) Denkschrift über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland. Die Deutsche Nationalversammlung hat dem Reichsministerium die angesuchte Ermächtigung ertheilt, mit der Oesterreichischen Regierung über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten. Es ist nun für die Oesterreichische Regierung die Gelegenheit gegeben, aus ihrer bisherigen zurückhaltenden und abwartenden Stellung in Beziehung auf das Deutsche Verfassungswerk herauszutreten, nicht mehr blos zu erklären, daß Oesterreich noch als Deutsche Bundesmacht zu betrachten sei, sondern auch selbstthätig und entscheidend in die Gestaltung der Deutschen Reichsverfassung einzugreifen. Ja, es liegt für eine solche Thätigkeit der Oesterreichischen Regierung eine moralische Nöthigung vor. Die Erklärung vom 28. December v. J. in ihrer entschiedenen Fassung konnte wol jeden Zweifel beseitigen, daß Oesterreich vor Vollendung des Verfassungswerkes durch die Nationalversammlung sich in keiner Weise eine Stellung werde aufdringen lassen, die seinen bisherigen Einfluß auf Deutschland völlig zu vernichten droht. Allein sie war nicht geeignet, auch nur die geringste Vermuthung darüber aufkommen zu lassen, wie Oesterreich die Reichsverfassung, von der bereits der größte Theil in erster Lesung von der Nationalversammlung festgestellt, der Schlußstein, die Oberhauptsfrage, eben in der Verhandlung begriffen ist, betrachte, ob es dieselbe mit Rücksicht auf seine besonderen und eigenthümlichen Verhältnisse anzunehmen gesonnen sei oder nicht. Ja nicht einmal über die obersten Hauptgrundsätze, welche sich aus dem Ueberblick der bisher zu Stande gekommenen Theile der Reichsverfassung ergeben, war darin irgend ein Aus-

spruch vorhanden. Dieser Mangel jeder positiven Erklärung von Seite der Oesterreichischen Regierung wurde von der großen Partei der Nationalversammlung, welche darauf ausgeht, Preußen erblich an Deutschlands Spitze zu stellen, mit großem Erfolg ausgebeutet. Oesterreich — so hieß es — will seine Stellung, seinen Einfluß in Deutschland nicht aufgeben; es thut aber auch nichts, um das von der Nation mit Sehnsucht erwartete Verfassungswerk seinem endlichen Abschluß zuzuführen; es will das Zustandekommen des Bundesstaates für das übrige Deutschland hindern. Das Reichsministerium selbst ist von dieser Besorgniß nicht frei geblieben, und es läßt sich nicht leugnen, daß Oesterreich jetzt, nachdem das Reichsministerium zu Verhandlungen mit der Oesterreichischen Regierung ermächtigt ist, diese Besorgniß ungemein nähren würde, wenn es nicht bald mit offenen Erklärungen hervortritt. Das Reichsministerium hat sich verpflichtet, mit der Oesterreichischen Regierung vorzüglich darüber zu verhandeln, ob und unter welchen Bedingungen sie dem Deutschen Bundesstaate, dessen Hauptgrundzüge bereits vollständig vorliegen, ihre Zustimmung geben wolle.

Von Oesterreichischer Seite versteht es sich von selbst, daß das Fortbestehen des Oesterreichischen Gesammtstaates, des Realverbandes zwischen allen Theilen der Monarchie durch das Verhältniß der Deutschen Provinzen zu der Deutschen Gesammtverfassung nicht gefährdet werden darf, daß also die Abänderung der §§ 2 und 3 des Entwurfes der Reichsverfassung unerläßlich ist. Daß diese Abänderung von Seite der Nationalversammlung selbst erfolgen werde, unterliegt keinem Zweifel, sobald Oesterreich nur einige Geneigtheit zeigt, sich im Wesentlichen der allgemeinen Deutschen Verfassung zu fügen.

Die Hauptzüge dieser Verfassung bestehen darin, daß die Gesammtinteressen der Deutschen Nation von einer Gesammtregierung mit Volksvertretung verwaltet werden, mit Aufrechthaltung der Selbständigkeit der Einzelstaaten, soweit dieselbe nicht der Erreichung jenes Zweckes wegen nothwendig beschränkt werden muß. Dies ist das Wesen des Bundesstaates, welchen ganz Deutschland anstrebt, und wobei besonders 3 Punkte: die auswärtige Politik, — das Kriegswesen und die Marine, — die Handels- und Zollgesetzgebung der Einheit möglichst genähert werden sollen. Die Regierung selbst — mag die Centralgewalt in die Hand Eines Fürsten oder eines Bundesdirektoriums gelegt werden — soll jedenfalls durch verantwortliche Minister, wie in dem gegenwärtigen Reichsministerium, geübt werden. Die Volksvertretung soll in einem vorzüglich das Princip der [illegible] repräsentirenden Volkshause von Abgeordneten nach der Volkszahl, und [illegible] der Geltendmachung der Sonderinteressen der Einzelstaaten bestimmten [illegible]use geübt werden, dessen Mitglieder zur Hälfte von den Regierungen, [illegible]lfte von den Landtagen der Einzelstaaten gewählt werden sollen.

[illegible] Einzelnen läßt sich mit Zuversicht vorhersehen, daß auf Verlangen der Oesterreichischen Regierung sehr viel an den bisher angenommenen Bestimmungen geändert werden dürfte; namentlich ist zu erwarten, daß eine möglichst genaue Begrenzung der Befugnisse der Centralgewalt und selbst die Aufnahme des Grundsatzes erzielt werde, daß alle der Centralgewalt nicht ausdrücklich vorbehaltenen Gegenstände dem Wirkungskreise der Einzelstaaten verbleiben.

Im Großen und Ganzen aber müssen jene Grundzüge bereits als feststehend angesehen werden, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß dieselben bei der zweiten Lesung der Verfassung eine Aenderung erfahren, da sich die Preußische Regierung selbst schon im März v. J. entschieden dafür aussprach, und die Nationalversammlung in ihrer weit überwiegenden Mehrheit davon in keinem Falle abgehen würde.

Dies vorausgeschickt, muß sich die Oesterreichische Regierung vor Allem darüber klar werden, ob sie diesen leitenden Grundsätzen des neuen Deutschen Bundesstaates für ihre Deutschen Provinzen beistimmen kann.

Die Wichtigkeit der Erhaltung des Einflusses, welchen Oesterreich bisher in Deutschland hatte, und die Gefahren, welche ein völliges Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland für seine europäische Stellung und für seine inneren Verhältnisse nach sich ziehen müßte, bedürfen keiner näheren Beleuchtung. Eben so wenig ist es nöthig, darauf hinzuweisen, daß Oesterreich in Deutschland bleiben

muß, wenn es nicht die Hegemonie Deutschlands ganz in die Hände Preußens übergehen lassen und damit den Preis hundertjähriger Anstrengungen aufgeben will. Soll aber Oesterreich in Deutschland bleiben, so muß es in den Bundesstaat mit eintreten; alle blos völkerrechtlichen Verbindungen Oesterreichs mit dem übrigen in sich geeinigten Deutschland sind nichts als Täuschung; sie alle vermögen weder Oesterreich seinen bisherigen Einfluß zu sichern, noch überhaupt ein dauerhaftes Verhältniß herzustellen.

Es kann sich also nur darum fragen, in welcher Weise der Eintritt Oesterreichs mit seinen bisher zum Deutschen Bunde gehörigen Ländern in den Deutschen Bundesstaat mit dem gleichzeitigen Fortbestande des Oesterreischen Gesammtstaates vereinbar ist. In dieser Doppelstellung der Deutschösterreichischen Länder liegt unverkennbar eine große Schwierigkeit. Sie ist aber nicht unbesiegbar. Die politischen und kommerciellen Interessen Deutschlands und ganz Oesterreichs können bei gesunder Auffassung der Verhältnisse nur dieselben sein; beide Länderkomplexe können nur dieselben Freunde, dieselben Feinde haben; ihre geographische Lage zwingt sie dazu. Dieser Gesichtspunkt muß festgehalten werden, wenn überhaupt von einer wahren und dauernden Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich die Rede sein soll. Ein Uebelstand war es daher, daß nur die Deutschen Provinzen Oesterreichs in dem bisherigen Deutschen Bundesverbande waren, ein Uebelstand, der sich im letztverflossenen Jahre sowol in Beziehung auf den Italienischen Krieg, als auch in Betreff der Ungarischen Wirren deutlich zeigte. Dieser Uebelstand darf nicht länger fortbestehen. Oesterreich muß mit allen seinen Ländern zu Deutschland in ein solches Verhältniß treten, daß jeder Angriff auf ein Oesterreichisches Gebiet als ein Angriff auf Deutschland, jeder Angriff auf Deutschland als ein Angriff auf ganz Oesterreich erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, daß Oesterreich und Deutschland in der auswärtigen Politik nur Einen Weg gehen. Beide Länderkomplexe müssen sich gegenseitig die Integrität ihres Gebietes verbürgen.

Ebenso ist es in Bezug auf die kommerciellen Verhältnisse. Die Interessen der Deutschen und außerdeutschen Provinzen Oesterreichs müssen viel enger als bisher verschlungen werden, und nur die Gesammtheit von Oesterreich kann mit Deutschland in einen Zollverein treten, dessen Zustandekommen doch das beiderseitige Interesse erfordert.

Diese Betrachtungen führen nothwendig zu dem Schlusse, daß Oesterreich mit seinen Deutschen Provinzen nur unter der Bedingung in den Deutschen Bundesstaat eintreten kann, wenn gleichzeitig ganz Deutschland mit den außerdeutschen Ländern Oesterreichs eine möglichst innige politische und kommercielle Union eingeht. Beide Theile können durch diese Union, welche die gegenseitige Garantie der Integrität des beiderseitigen Ländergebietes gegen jeden Angriff von Außen, die Gewährung gegenseitiger Freizügigkeit und gleichen Niederlassungsrechtes, eine gemeinschaftliche Zoll- und Handelspolitik zu umfassen hätte, nur gewinnen. Die Schwierigkeiten in Betreff der auswärtigen Politik in den großen europäischen Fragen, in Allem, was Krieg und Frieden betrifft, lassen sich dann leicht dadurch beseitigen, daß diese Fragen der gemeinschaftlichen Unionsbehörde, die der Natur der Sache nach nur in Wien ihren Sitz haben könnte, vorbehalten blieben und von dort aus immer gleichlautende Instruktionen an die Reichs- und Oesterreichischen Gesandten, wo dieselben allenfalls noch gesondert blieben, erlassen würden. Durch eine solche Einigung würde Oesterreich auch leicht das Recht erlangen können, seine ganze Armee in ihrer Einheit zu erhalten, und ebenso nichtdeutsche wie Deutsche Truppen im Reichsdienst zu verwenden, dadurch aber in der selbsteigenen Verfügung mit den verschiedenen Heerestheilen möglichst ungehemmt zu sein.

Die Feststellung des gemeinsamen Zolltarifs und der gemeinsamen Zoll- und Handelsgesetze müßte natürlich ebenfalls an die Unionsbehörde mit Zuziehung von Ausschüssen aus dem Deutschen Parlament und den gesetzgebenden Körpern der nichtdeutschen Länder Oesterreichs übertragen werden.

Wenn Oesterreich so in Deutschland eintritt, wenn es das ganze Gewicht seiner außerdeutschen Besitzungen mitbringt, so ist überdies mit großer Wahr-

scheinlichkeit vorauszusehen, daß alle gegenwärtig auftauchenden Pläne eines Preußisch-Deutschen Kaiserthums, eines schwachen Bundesdirektoriums und eines periodisch wechselnden Reichsoberhauptes zurückträten vor der Uebermacht Oesterreichs, die selbst sein eifersüchtigster Mitbewerber, Preußen, anerkennen müßte. Die Deutsche Kaiserkrone könnte wieder, und zwar erblich, mit dem Oesterreichischen Kaiserhause verbunden und diesem dadurch eine Macht und ein Glanz gesichert werden, wie es seit Karl V. nicht mehr besaß. Es ist kaum denkbar, daß in den außerdeutschen Provinzen Oesterreichs die Vortheile einer solchen Verbindung mit ganz Deutschland übersehen oder gering geschätzt werden sollten; jedenfalls wird es einer starken Regierung, wie die gegenwärtige, nicht schwer fallen, seinen entschiedenen Willen einer solchen Einigung durchzusetzen.

Es erscheint daher von hoher Wichtigkeit, daß das Oesterreichische Ministerium sich über die Grundlagen der Verhandlung, die das Reichsministerium mit demselben anzuknüpfen bereit ist, ausspreche, daß es, und zwar sobald als möglich, das Princip anerkenne, daß die bisher zum Deutschen Bunde gehörigen Provinzen Oesterreichs auch fernerhin einen Theil des Deutschen Bundesstaates bilden, und daß gleichzeitig und zwar als die unerläßliche Bedingung jenes Beitrittes eine politische und kommercielle Union mit den außerdeutschen Ländern Oesterreichs angebahnt werde. Die Zeit drängt, die Berathung der Deutschen Verfassung schreitet rasch vorwärts; jene Erklärung kann daher nicht schnell genug gegeben werden.

So viel im Princip; was das Einzelne anbelangt, so muß lebhaft empfohlen werden, daß der Oesterreichische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt noch vor der zweiten Lesung von den Ansichten in Kenntniß gesetzt werde, welche das Oesterreichische Ministerium von den einzelnen Verfassungsbestimmungen hat, damit er dadurch in den Stand gesetzt werde, bei der zweiten Lesung auf zweckmäßige Abänderungen hinzuwirken.

Was endlich die Oberhauptsfrage betrifft, so ist es höchst wünschenswerth, daß die Regierungen von Oesterreich, Preußen und den übrigen Deutschen Königthümern sobald als möglich sich einigen und den unter ihnen diesfalls zu Stande gekommenen Beschluß förmlich veröffentlichen, damit endlich die Deutsche Nation aus der Ungewißheit über ihre Zukunft gerissen werde, welche leider nicht wenig beiträgt, die Verstimmung des Volks gegen die Regierungen zu befördern und den Einflüssen der Wühler Vorschub zu geben. Wenn der Beschluß der Regierungen nur einigermaßen dem Einheitsbedürfnisse der Deutschen Nation entspricht, so wird er allenthalben, selbst von der auf ihre Gerechtsame so eifersüchtigen Nationalversammlung mit Freude und Beifall aufgenommen werden, man wird ihn als eine Erlösung von beängstigenden Zweifeln und als die sicherste Bürgschaft betrachten, daß etwas in Deutschland zu Stande komme, das die Gewähr der Dauer in sich trägt.

V.

(S. 40.) Zum Verständniß des Inhalts und Tons der Oesterreichischen Depesche vom 29. Januar hat man sich den Hergang und die Lage vor Augen zu halten. Sobald in Wien die Erklärung Friedrich Wilhelm's IV. vom 21. März, daß er die Leitung Deutschlands für die Tage der Gefahr übernehme, bekannt geworden, hatte der Minister Fiquelmont eine vom 24. datirte und in der Wiener Zeitung am 27. veröffentlichte Cirkulardepesche an sämmtliche Vertreter Oesterreichs bei den Deutschen Bundesstaaten und an den Bundesgesandten abgehen lassen, in welcher gegen jede einseitige Aenderung an den Grundlagen des Bundes feierlich protestirt, eine Uebersiedelung der Bundesversammlung nach Potsdam, in welche das Oesterreichische Kabinet noch vor zwei Wochen gewilligt, abgelehnt und der kaiserliche Präsidialgesandte angewiesen wurde, nur in Frankfurt und nur nach den bestehenden Bundesgesetzen an dem großen Werke der Verfassungsrevision Theil zu nehmen, da diese lediglich durch das Zusammenwirken aller mit gleichem Rechte ausgestatteten Bundesglieder

zu Stande gebracht werden könne. Man hatte Oesterreichischer Seits bei Preußen Hegemoniegelüste wahrzunehmen geglaubt, nicht aufgehört, dieselben sorglich zu bewachen, endlich das Preußische Gouvernement dahin gebracht, in eine Verständigung über die neue Verfassung und die beiderseitigen Stellungen darin einzugehen. Preußen hatte dann plötzlich und schroff die Unterhandlungen abgebrochen und war mit einer Erklärung hervorgetreten, welche nach der Ansicht des Olmützer Kabinets bewies, daß es seine Pläne, auf Kosten Oesterreichs für sich zu gewinnen, wieder aufgenommen. Der Preußische Märzgriff nach der Kaiserkrone mochte den Oesterreichischen Staatsmännern als Märzrausch oder Romantik und auch deshalb minder gefährlich erschienen sein, weil er lauten Unwillen hervorrief und nirgend Unterstützung fand. Dieses aber war ein vorsichtig-praktischer Griff, eine verbreitete Meinung war dafür gewonnen, eine starke Partei im Deutschen Parlamente arbeitete dafür im Bunde mit noch andern Feinden Oesterreichs. Man wußte in Olmütz sehr wahrscheinlich, was zwischen Berlin, London und Paris gesponnen wurde, um Oesterreich, wie aus Italien und Ungarn, aus Deutschland zu verdrängen, kannte jedenfalls Palmerston's feindselige Absichten, so wie die dieselben billigende Ansicht Preußischer Staatsmänner und der Führer der Gagern-Preußischen Partei, und hatte seit Gagern's Eintritt in das Reichsministerium genügende Kunde, wie eifrig und rücksichtslos dieselben ihre Projekte wider Oesterreich und für Preußen betrieben.

(S. 43, 44, 52.) P o l e m i k w i d e r u n d f ü r d i e O e s t e r r e i c h i s c h e N o t e v o m 4. F e b r u a r. Der mitteleuropäische Länderkoloß scheine das der Oesterreichischen Regierung, die dem Freiheits- und Einheitsdurste der Deutschen nur eine Fata Morgana vorhalte, vorschwebende Deutschland zu sein; um dieses Deutschland herzustellen, müsse das Maß der Einheit, durch welches der einzelne Landestheil mit dem andern staatlich zusammenhänge, überall dasselbe sein, Baden dürfe mit Würtemberg nicht enger zusammenhängen als mit Siebenbürgen und Kroatien, der Sachse dem Franken nicht näher stehen als Sereschaner und Szekler, das sei das Wort des Räthsels; der alte Metternich, temperirt durch Phrasen, sei es, der hier die Fäden spinne u. s. f. So die Centrenkorrespondenz und ähnlich die Auslegungen aller Organe der Kaiserlichen. Bei ihrem endlosen Spott über die Oesterreichischen „Vorschwebungen" war die Voraussetzung, ihr einmal gelesener Entwurf einer bundesstaatlichen Verfassung sei der schon wirklich gewordene Bundesstaat, oder es fehle doch zum Wirklichwerden jener nur, daß sie zum zweiten Male beschlossen werde; sie hatten keine Ahnung, daß und wie sehr eben ihr Bundesstaat Vorschwebung war. Die ministerielle Zeitung hatte noch ganz kurz vor dem Eintreffen der Note dadurch für den „Bundesstaat" zu wirken gesucht, daß sie den kleinen Staaten bange gemacht, sie würden, wenn es nach den Oesterreichischen Plänen ginge, größeren Kreisen zugetheilt, also mediatisirt werden. Dem war hinzugefügt: und dabei würde dann auch — die Linke ihre Rechnung nicht finden; sie möge wohl erwägen, was sie thue, ehe sie auf solche Partikularbestrebungen — denn die Partikularverfassungen der Königreiche würden verstärkt werden — eingehe und in eine „widernatürliche Allianz" sich einlasse; solche Allianzen hätten „noch nie gute Früchte gebracht." Die Sorge war groß und sprach sich täglich aus, daß die Linke die auf Verstärkung der Einheit berechneten Bestimmungen preisgebe, wenn man ihr dafür beistehe, die freiheitlichen zu behaupten. Es wurde gesagt: Die „Zutheilung" der kleinen Staaten an Preußen würde diese doch noch weit gewisser „mediatisiren", und zwar um so mehr, wenn Oesterreich hinausgedrängt werde, was man im Sinne habe. Die ministerielle Zeitung leugnete, betheuerte abermals, die Verbindung Oesterreichs mit Deutschland von ganzem Herzen zu wünschen, gab aber gleich darauf ihren Schauder vor dem Gedanken zu erkennen, daß Oesterreich in die Deutsche Verfassung eintreten solle, indem ja dann die ganze Verfassung geändert werden müßte. Sie ertheilte der Centralgewalt den Rath, die Oesterreichische Erklärung wegen der Unbestimmtheit derselben gar nicht zu beachten und die Verhandlungen mit den Bevollmächtigten ohne Zeitverlust zu irgend einem Schlusse zu führen.

Die D. Z. stimmte ein, heftig eifernd gegen die „Politik der Zögerung". Nicht eine einzige Woche mehr leide die Ungeduld des Deutschen Volkes den

Aufschub der zweiten Lesung; es sei zu hoffen, daß die Paulskirche Oesterreich gebührend antworte, getragen von der Zustimmung der Mehrheit des Deutschen Volkes, das eines solchen Weckers bedurft, um den Abgrund zu sehen, vor welchem es stehe; es sei das ungerechteste Begehren, von der Nationalversammlung zu fordern, daß sie ihre Verfassung wieder umarbeite; sie habe ihre Vollmacht nicht aus der Luft gegriffen, sich fleißig zur Aufgabe gehalten, ein Theil, die Grundrechte, sei bereits angenommen, der wesentlichste Inhalt der Verfassung werde vertreten durch die einsichtsvollsten Stimmen Deutschlands und (nach richtiger Zählung) durch die Mehrheit des Deutschen Volkes. Als unerhört wurde die Forderung dargestellt, daß Deutschland sich nach Oesterreich richten, von einer für Oesterreich unpassenden Verfassung zurückkommen solle, während man von ihm forderte, daß es sich nach Deutschland oder vielmehr nach der Ansicht einer politischen Partei richten und entweder einer unannehmbaren Verfassung zustimmen oder ausscheiden solle. Von dem Nächstliegenden, daß beide Theile sich nach einander richten müßten, war nicht die Rede. Anerkannt wurde die Aufrichtigkeit, womit Oesterreich geradezu erklärt, daß es den ganzen Abschnitt von der Reichsgewalt nicht annehmen könne, wenn man daraus folgern zu dürfen glaubte, daß es nicht weiter zu berücksichtigen sei. Die Oesterreichische Erklärung trieb die Herzensgedanken heraus. Die D. Z. gestand offen genug, daß man den großen Riß wolle. Nicht blos daß durch die Verfassung eine „ewige Scheidewand" gegen Oesterreich habe aufgerichtet werden sollen, sie sei bereits (durch die in erstmaliger Lesung angenommene) aufgerichtet; eine solche Krise habe nicht ausbleiben, man habe sie seit Monaten voraussehen können. Die Verfassung, wie wir sie gemacht, müssen und wollen wir haben, was auch daraus entstehe. Muß die Deutsche Selbständigkeit durch die Bluttaufe errungen werden, so wird es an Winkelrieden nicht fehlen. Den Männern der Paulskirche tritt die ernste Mahnung entgegen, jetzt auf jede Gefahr hin ihr Werk zum Ziele zu führen — den Oesterreichischen Abgeordneten muß ihr Ehrgefühl sagen, daß sie nicht in unlöblicher Ausdauer hier verweilen dürfen, die Wiedergeburt Deutschlands (durch das unverbesserliche Werk der Professoren) zu stören, und verweilen sie dennoch, so wähne Niemand, durch einige vereitelte Abstimmungen den ernsten Willen der Vaterlandsfreunde zu besiegen! Die Oesterreichische Regierung steht noch immer wie am 30. März auf ihrem Standpunkte der Vereinbarung, wie sehr die Lage der Welt sich seitdem verändert hat, ob jetzt auch statt Völkern und Regierungen den Einzelstaaten ein Gesammtstaat (!) gegenübersteht. Mag die Unthätigkeit der Regierungen der Nationalversammlung mit der Nothwendigkeit auch das Recht verliehen haben, allein die künftige Verfassung zu begründen, Oesterreich will dennoch nicht ausgeschlossen sein! Es will kein verstümmeltes Deutschland, und dies ist auch das Losungswort der Linken — die Oesterreichische Erklärung sucht also die Linke und durch dieses Element der Koalition die Versammlung zu kaptiviren. Seine Erklärung erinnert an die europäischen Verträge — ist also mit allen Feinden der Deutschen Einheit in und außer Oesterreich im Bunde. Die D. Z. rühmte ihre Prophetengabe. Wir haben es seit Monaten tauben Ohren gepredigt, daß Oesterreich von der ganzen Frankfurter Verfassung nichts wissen will, und da hat man es nun! Es fiel ihr nicht bei, daß man eben darum bei letzterer Rücksicht auf Oesterreich hätte nehmen sollen. Indeß meinte sie auch, Oesterreich habe Deutschland ganz und gar nichts zu bieten, und also um so weniger so „Unerhörtes" vom „Deutschen Volke" zu fordern, daß — die Versammlung wieder von vorn beginne. Sie hätte am liebsten eine „offne Kriegserklärung" gewünscht, und äußerte sich höchst ungehalten über Preußens schonend-vorsichtiges Verfahren. „Wäre es nach uns gegangen, so läge schon längst eine gleich kraftvolle Erklärung, im Sinn und zu Gunsten Deutscher Einheit, ein Frei- und Schutzbrief unsers guten Rechtes, ein Fehdebrief für unsere Feinde, auf dem Tisch vor ganz Europa. Dieser verspottete Bund, den die Preußische Note handhabt wie eine Lehmwand, wie ein Wetterdach, um ihren Bau dahinter zu verstecken, steht jetzt mit einem kraftvollen Ruck wie eine Mauer vor uns da! Das ist die Wirkung des Selbstbewußtseins und der Kühnheit. Wie schwach erscheint nun die Preußische Note, wie ohnmächtig ihr

Hinterhalt, wie vergeblich ihre gute Meinung. Und doch war ihre Schwäche nur Sorgfalt, Schonung, freundnachbarliche Rücksicht für dieses Oesterreich, das sie mit dem Fuße wegstößt! Man dachte Oesterreich die Anerkennung des Bundesstaates, des verhaßten Frankfurter Werkes, zu erleichtern, wenn man es als einen engern Verein darstellte und den alten Bund als Schatten dabei bestehen ließ; aber Oesterreich nennt die Sache beim rechten Namen, es wittert in dem engern Verein nichts als den verfehmten Bundesstaat, und es untersagt ihn! Man betrachtete Oesterreich als halbes Ausland auf gleichem Fuße mit Holland und Dänemark, und wollte gern allen drei Mächten gefällig sein; aber mit welch übermüthigem Seitenblick verbittet Oesterreich die Gesellschaft! Bescheiden dankte Preußen für den Kaisertitel; es wollte den kaiserlichen Bundesgenossen nicht kränken; und Oesterreich verbietet ihm die Oberhauptswürde! Denn Oesterreich gehört zum Bunde, und der Bund wird fortbestehen, und unter keine von einem andern Fürsten gehandhabte Centralgewalt werden Seine Majestät der Kaiser sich unterordnen. Und wie nachdrücklich wird zu verschiedenen Malen eingeschärft, daß Oesterreich die erste Macht in Deutschland sei!" Am ungescheutesten sprach sich Gervinus als Korrespondent vom Rhein für eine gewaltsame Scheidung trotz der Folgen, trotz aller Schrecken eines Bürgerkrieges aus. Will Oesterreich nicht ausgeschlossen sein, so muß es sich fügen wie jeder Andere, und fügt es sich nicht, so schließt es sich aus. Geeinigt war man, es handelt sich jetzt allerdings um Umschmelzung. Es soll die Nation nicht irren, daß man in der Schreibstube zu Olmütz von der hiesigen Verfassung behauptet, es sei damit auf einen einheitlichen Staat abgesehen; man ist dort nicht in der Lage uns zu belehren, was bei uns möglich und unmöglich ist. Die Schwierigkeiten *sind* bereits überwunden, nur in Oesterreich nicht, und weil sie sich dort unüberwindlich zeigen, stellt uns die Lage der Dinge die Wahl zwischen einem ganzen unverstümmelten Deutschland mit einer verstümmelten Verfassung und einem verstümmelten Deutschland mit einer heilen Verfassung. Die Wahl ist leidig, ist aber irgend politischer Verstand in der Nation, so ist es gleichwohl keine Wahl. Sträubt sich Oesterreich, so soll die Nation, wenn es nach mir geht, den Proceß aufs Aeußerste treiben und die gewaltsame Scheidung nicht scheuen. Sonst kommt die Revolution in der schrecklichen Gestalt, die sie in Frankreich annahm. Sie nehme also lieber die Wendung, die sie in Griechenland, Rom und auch England nahm, sie wandle sich lieber in Bürgerkrieg und Kampf der Stämme gegen einander. Bebe Keiner unmännlich vor der Vorstellung zurück, daß ein entschiedener Würfelwurf in der Stellung Deutschlands zu Oesterreich zum Bürgerkriege führen *könne*; die unentschiedenen Entscheidungen *müssen* zu viel schrecklicherm Ende führen. — Das und dergleichen, indem gleichzeitig in der D. Z. gesagt wurde, mit diesen schwankenden Majoritäten, an denen zudem Klauseln und Verwahrungen in Menge hingen, werde man doch den wichtigsten Akt des Verfassungswerkes nicht vollenden wollen u. s. f. Die Einwendungen gegen das Gehässige und Extravagante in den Auslegungen und Meinungsäußerungen der Kaiserlichen, die Zweifel und Bedenken wegen der Winkelriede u. dgl. lagen zu nahe, als daß sie auf der andern Seite nicht vielfach hätten verlauten sollen. Auch entschiedene Anerkennung des Standpunktes und Verfahrens der Oesterreichischen Regierung fehlte vom Anfange in der Polemik gegen die Preußisch-Bundesstaatlichen nicht. Es wurde gesagt: Oesterreich zeigt sich abermals offen, ehrlich, fest und konsequent gegenüber Schwankungen, Rückhaltsgedanken, listigen Spekulationen, heimlichen Ränken, einer perversen öffentlichen Meinung und überstiegenen Projekten; es hat von keinem Aufgehen in Deutschland gesprochen, es schmeichelt euch jetzt nicht mit Eingehen in eure Projekte, bezeichnet aber Grundlagen und Wege zu einer engeren Einigung und besseren Verfassung; es verurtheilt euer Werk, erregt dadurch euern Zorn, leitet aber damit auf das hin, was gerade das Nöthigste ist, daß nämlich die falschen Ideen, in welchen man hier lebt, und die falschen Wege, auf welchen man sich befindet, benannt und erkannt werden. Gleich verwunderlich wie der Schluß, Deutschland und Oesterreich müßten sich trennen, weil sie sich über ein Parteiprojekt nicht einigen können, weil Oesterreich auf

den Verfassungsplan der Hälfte der Frankfurter Versammlung nicht eingehen will und kann, — gleich verwunderlich ist der Schluß, daß Oesterreich zum alten Bunde zurücksteuere, weil es euern „Bundesstaat", lediglich ein Extrem, verwirft. Zwischen beiden liegt noch sehr viel, eine Direktorialregierung, Vertretung des Volkes ihr gegenüber, Zolleinigung und ähnliche Einigungen, der Eintritt Gesammtösterreichs in den Bund u. dgl. sehr positive Dinge, viel weniger „Vorschwebungen", als die Verwandlung des Bundes in ein Preußisches Kaiserthum, weil an das Geschichtliche und rechtlich Bestehende anknüpfend, ob auch den herrschenden Ideen des Tags entgegen und euch Männern der Doktrin und den Parteien mißfallend, viel weniger in der Luft schwebend, als das, was ihr erdacht und zu vorläufigem Beschluß gebracht, dem aber die ganze Macht der Verhältnisse widerstrebt. Oesterreich fordert vollkommen richtig einen stufenmäßigen Gang, es erklärt sich vollkommen bestimmt gegen eure Aufstellung, wodurch ihm Annahme, die ihm unmöglich ist, oder und zwar eigentlich Ausschluß, den es sich mit Recht nicht gefallen lassen will, zugemuthet und wodurch es in die ihm zum Vorwurf gemachte zuwartende Stellung gedrängt wird. Eure Beschwerden über diese reduciren sich auf den Tadel, daß es euer Bundesstaatsprojekt nicht genehmigen, nicht ausscheiden will. Das, worauf es hinweist, ist bestimmt genug, wenn ihr euch nur mit der Gestaltung bemühen wollt, wie ihr es mit der Kaiser= und Bundesstaatsidee gethan habt, statt die Oesterreichischen Vorschläge lediglich mit Mißtrauen und Geschrei abzuweisen. Ihr klagt, Oesterreich sage nicht, was es wolle, und zugleich, es wolle Unausführbares und Phantastisches, klagt zugleich über das Dunkel und den Cynismus der Offenheit der Oesterreichischen Erklärung, die nach vorläufig genügender Angabe, wie man sich in Olmütz die Neubildung denkt und wozu man die Hand bieten will, auch vollkommen deutlich den Zeitpunkt angiebt, wo sie sich über die in Frankfurt zu beschließende Verfassung aussprechen werde, nämlich dann, wenn diese in zweiter Lesung vollendet worden, und es steht nun so, daß entweder ihr bei dieser Oesterreich berücksichtigt, oder daß nach ihr Oesterreich sein Gewicht gegen euch geltend macht. — So und ähnlich die Urtheile wenigstens einer Minderheit auf der antikaiserlichen Seite. Sie fanden scharfen Ausdruck in der Frankfurter Zeitung, die z. B. sagte: die Oesterreichische Note werde anmaßend genannt, weil aus ihr erhelle, daß Oesterreich kein Erbkaiserthum, keinen engern unitarischen Bundesstaat, d. i. kein Preußisches Kleindeutschland, keine Sonderbündelei dulden werde. „Anmaßend? Und dies aus dem Munde der Deutschen Gaskonier! Ein schlechter Dank für Kaiser Leopold, der dem Preußischen Kurfürsten die Königswürde verlieh. Sollte jetzt Oesterreich dem Preußischen Könige oder einem Preußischen Prinzen noch die Deutsche Kaiserkrone aufsetzen? Hat auch Kaiser Franz durch Niederlegung dieser Krone die Wahrheit des Sprichwortes: „Qui va à la chasse, perd sa place", klar bewiesen, — wahrhaftig, die Zumuthung wäre doch zu stark, und wir müßten im Zeichen der Bassermann'schen Politik geboren sein, wenn wir nicht aus Leibeskräften Opposition gegen das ganze Projekt machten" u. s. f. Indeß hatte die, dem Standpunkte und Verfahren der Oesterreichischen Regierung zustimmende Ansicht zu Anfange einen harten Stand und gewann nur allmählig Boden. Dem, daß die Oesterreichische Erklärung bei den Kaiserlichen zum Theil Freude erregte, entsprach, daß die Antikaiserlichen zum Theil gerade am unmuthigsten darüber waren. Beides hatte denselben Grund. Man glaubte, daß Oesterreich sich und seiner Verbindung mit Deutschland geschadet habe. Die Allerunmuthigsten waren Oesterreicher, und zwar gerade Solche, die am entschiedensten und lebhaftesten „deutsch" dachten und fühlten. Sie sahen die Note vom 4. Februar fast wie einen „Scheidebrief" an, den ihre Regierung, wenn auch wider Willen, Deutschland geschrieben, und die Trennung, welche ihnen zu drohen schien, war erschreckend für ihre Deutsche, ihre Oesterreichische Empfindung, denn sie fürchteten von derselben auch für Oesterreich unabsehbares Verderben. Dazu kam, daß unter allen Abgeordneten die Oesterreichischen in die übelste Lage geriethen. Aus dem Bisherigen und Nachfolgenden ist ersichtlich, wie die Oesterreichische Regierung und die Oesterreichischen Abgeordneten, denen es nothwendig gedäucht, mit der Oberhauptsfrage zurückzuhalten, dahin gedrängt

wurden sie voranzustellen, und wie nahe es daran war, daß das in den früheren Zeiten so oft dagewesene Unheil der Wahlen, Gegenstellungen, Kämpfe von Kaisern und Gegenkaisern in aller Form sich erneut hätte.

(S. 44.) Radowitz' Aufzeichnung vom 3. Februar: Die einzuschlagenden Wege. Statt irgend ein Ziel vorweg zu stellen, entscheide man sich zuerst über die formelle Frage, über den einzuschlagenden Weg. Zwei Wege: 1) Man gehe von der Bundesacte von 1815 aus. Es werde eine Revision oder Umarbeitung derselben vorgenommen. Diese kann geben: a) eine verbesserte Bundesversammlung, etwa das Plenum halb aus der Wahl der Regierungen, halb aus den Ständekammern; b) ein verstärktes Präsidium, so daß es nicht blos formelle Befugnisse hat, etwa Turnus zwischen Oesterreich und Preußen, so daß die andere Regierung immer den Vicepräsidenten giebt; c) stets Majoritätsbeschlüsse, ausgenommen Rechte der Einzelnen und Religionsbeschwerden; d) sofortige Veröffentlichung der Protokolle; e) Einsetzung eines Bundesgerichts; f) die gemeinsame völkerrechtliche Vertretung nach Außen; g) eine ganze Reihe materieller Einigungen, theils unmittelbar, theils in Aussicht gestellt. — Wenn man auf diesem Wege so weit vorgegangen ist, als Oesterreich mitgehen kann und will, so wird deutlich ans Licht treten, ob dieses Maß von Vereinigung dem übrigen Deutschland genügt oder nicht. Wird diese Frage verneint (sie wird sich hauptsächlich darum drehen, ob ein Parlament und eine Centralgewalt dabei möglich sei), so wird auf dieser Linie zunächst abgeschlossen und der weitere Bund ist fertig. Dann treten die anderen Deutschen Lande auf, die Oesterreichischen Abgeordneten scheiden aus. Es wird die Verfassung des engern Bundes berathen, dabei aber festgehalten, daß sie nichts enthalten darf, was dem weitern Bunde widerspräche. 2) Der zweite Weg ist der umgekehrte; man geht von dem bisherigen Verfassungsentwurfe aus, bei der zweiten Lesung werden die Punkte, gegen welche sich sämmtliche Regierungen erklärt haben, modificirt oder weggelassen. Die Oberhauptsfrage bleibt suspendirt. In dieser Gestalt ist dann die Verfassung des Bundesstaates fertig. Nunmehr erfolgt die Erklärung Oesterreichs, ob es jener Verfassung beitreten kann oder nicht. Im letztern Falle wird dann a) die Oberhauptsfrage für den Bundesstaat entschieden, b) die Unionsakte mit Oesterreich berathen, bei welcher als Princip gilt, daß sie kein Recht und keine Leistung entbehren darf, welche der bisherige Bund gewährte.

Aufzeichnung vom 11. Februar: Wie kann das Verfassungswerk enden? A. Das eine Extrem: Oesterreich ganz im bisherigen Verhältniß zum übrigen Deutschland. Dann nur ein Staatenbund möglich mit Verbesserungen gegen den bisherigen und zwar a) in formeller Hinsicht: 1) Zusammensetzung des Bundestags, etwa nach dem Verhältniß des Plenums; 2) Kompetenz, die Beschlüsse durch Mehrheit, ausgenommen jura singulorum und Religionssachen; 3) das Präsidium, größere Befugnisse, vielleicht ganz die Exekutive, hierzu entweder Turnus zwischen Oesterreich und Preußen oder Direktorium von Oesterreich, Preußen und einem Dritten; 4) Oeffentlichkeit der Verhandlungen durch die Protokolle; 5) völkerrechtliche Vertretung nach Außen; 6) Einsetzung eines Reichsgerichts; b) in materieller Hinsicht; die sämmtlichen Punkte der Denkschrift vom 20. November 1847; die Grundrechte mit Modifikationen. B. Das andere Extrem: Oesterreich ganz außerhalb Deutschlands, nur völkerrechtliche Union. Dann ein Preußisches Erbkaiserthum, stärkste Centralisation, noch über den Verfassungsentwurf hinaus. C. Die Vermittelung. Zwei Bundeskreise: a) der weitere Bund einschließlich Oesterreich. Grundlage: die bisherige Bundesakte mit folgenden Verbesserungen: 1) ein Direktorium aus Oesterreich, Preußen und einem Dritten; dieses hat die gesammte Exekutive, die Verkündung der Beschlüsse, Krieg und Frieden, Vertretung nach Außen, Leitung der Heeresmacht; 2) ein Reichsrath von sämmtlichen Regierungen beschickt; in materieller Hinsicht: so viel von den gemeinsamen Institutionen der Denkschrift als möglich; b) der engere Bundesstaat ausschließlich Oesterreich. Grundlage: der bisherige Verfassungsentwurf mit Weglassung alles dessen, was der Verfassung des weiteren Bundes widerstritte; das Direktorium

für Preußen als Reichsvorstand; dieses Direktorium hat die gesammte Exekutive. — Demnach kann man zwei Wege einschlagen.

(S. 48.) Die Organe der Kaiserpartei gegen Berücksichtigung der Oesterreichischen Erklärung beim Fortgange des Verfassungswerks. Die C.-K. erklärte, es verstehe sich von selbst, daß das Oesterreichische Reskript oder Manifest einen irgend erheblichen Einfluß auf die Berathungen und Beschlüsse des Ausschusses nicht haben, und daß die konstituirende Nationalversammlung ihre Stellung sich zu wahren wissen werde; einen besonders peinlichen Eindruck mache es, daß die Oesterreichische Regierung erkläre, an der Gestaltung des Deutschen Bundesstaates Theil nehmen zu wollen und als lockende Aussicht den Eintritt ihrer gesammten Lande durchschimmern lasse, zugleich aber den hier beschlossenen Bundesstaat negire. Die einzige der Versammlung würdige Antwort sei der baldige nicht über den 19. oder 20. hinaus zu verzögernde Begin der zweiten Lesung und die definitive Beschlußnahme der Paragraphen 2 und 3 des Abschnittes vom Reiche. Die ministerielle Zeitung bemerkte ganz richtig, der Zwiespalt zwischen den Ansichten Oesterreichs und Preußens über die Verfassung sei nun ans volle Tageslicht gekommen, und fügte hinzu: Oesterreich sei am meisten zu tadeln; die Verwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat sei Volkswille und unumgänglich, und wenn der Bundesstaat in den hier gefaßten Beschlüssen mehr und mehr die Form des Einheitsstaats angenommen, so trügen die Regierungen dadurch die Schuld, daß sie von den Verhandlungen sich fern gehalten hätten; Oesterreich habe nur eine Revision der alten Bundesverfassung für zulässig erklärt, Preußen hätte auf so etwas nicht eingehen dürfen und der König würde es nicht ausführen können, wenn er auch wollte; beide Mächte hätten nunmehr an die öffentliche Meinung appellirt und hätten jetzt die Deutschen Völker über die Verfassungsfrage sich auszusprechen; sollten in die Volksstimme unlautere Töne sich hineinmischen, so hätten das Jene zu verantworten, die eine solche nicht unbedenkliche Appellation an das Volk nöthig gemacht; es stehe schon fest, daß die Verfassung in ihren Haupttheilen lebensfähig sei, denn die Grundrechte würden von den Staaten successiv angenommen; die Kraft einer gemeinsameren Gesetzgebung äußere sich und so viele Regierungen erklärten, die Verfassung annehmen zu wollen; nachdem sich die Märzrevolutionen durch einen zehnmonatlichen Bestand geltend gemacht, genüge eine einfache Revision der ältern Verfassung nicht mehr; es sei unbedingt nothwendig, zu versuchen den Verfassungsentwurf ohne Zögern durchzuführen, was auch noch ohne Durchhauung des gordischen Knotens gelingen dürfte; die Nationalversammlung scheine von derselben Ansicht durchdrungen, denn nur so lasse sich die tiefe Ruhe erklären, mit welcher sie am 12. die Note zu ihrer Kenntniß genommen; ebenso erkläre sich die Geneigtheit des Ministeriums, womit es die Note als anachronistisch betrachte und die Erwiederung auf seine Zuschrift noch erwarte.

VI.

(S. 68.) Die Versammlung in der Mainlust am 14. Februar. Die C.-K. referirte am 15. im Eingange über Welcker ganz richtig: „Er setzte den Zweck der Zusammenkunft auseinander, erinnerte an die Aufgabe der Nationalversammlung ein großes, einiges, engverbundenes Deutschland zu gründen, stellte die Behauptung auf, daß die über den Verfassungsentwurf bei der ersten Lesung gefaßten Beschlüsse jener Aufgabe nicht entsprächen und daß es deshalb nothwendig sei, denselben in vielen Punkten umzugestalten. Der Entwurf berücksichtige die Einzelstaaten nicht genug, greife in deren Befugnisse weiter ein, als die Gestaltung eines Bundesstaats erfordere, bringe Zwist in das Reich, indem er Preußen und Oesterreich trenne und das Ausscheiden eines oder des andern dieser beiden größten Staaten herbeiführe. Zur Verhinderung dieses Unglücks seien alle politische Parteien, alle verschiedenen Landsmannschaften

verpflichtet, und er hege das Vertrauen, daß sowol die Linke in der Nationalversammlung als auch die Preußen, denen das Wohl des Deutschen Vaterlandes ernstlich am Herzen liege, redlich dazu mitwirken würden." Diese Aeußerungen sollten dann aber doch eine „Anrufung an die Linke" gewesen sein, die Welcker mit der sehr verständlichen Captatio begleitet habe: „Denn eine Civilliste sowie das Institut des Reichsraths falle aus demjenigen Projekte weg, welches man dem des Verfassungsausschusses entgegenzustellen gedenke." Man gedachte nämlich den Einzelstaaten einen so reichlichen Antheil an der Reichsregierung zu geben, daß ein Reichsrath daneben überflüssig, ja unstatthaft erschien. Sodann sollte Welcker der Linken wiederholt versichert haben, daß man die Volksrechte möglichst erweitern und die Centralgewalt hauptsächlich nur in die Reichsversammlung verlegen wolle. Die Meinung war die oft geäußerte gewesen: da ein einheitliches Oberhaupt in Deutschland unmöglich, sei die Einheit vornämlich zu suchen im Parlament. Der weitere Bericht lautete: „Die Linke ließ mit einer Antwort nicht warten. Am prägnantesten repräsentirte Vogt den Standpunkt derselben. Er rief den Einladenden ins Gedächtniß zurück, daß gerade sie bisher die schlimmsten Gegner der Linken gewesen seien und mit aller Kraft auf Unterdrückung ihrer Bestrebungen hingewirkt hätten. Er hielt ihnen vor, daß die Linke sich darüber nicht täusche, weshalb man sich an sie wende. Es habe dies keinen andern Grund, als weil man sie brauche, weil man einsehe, daß man ohne sie gegen die Kaiser-Partei nicht durchdringen könne und doch deren Sieg um jeden Preis hindern wolle. Er sagte ihnen offen, daß die Linke recht gut wisse, daß *sie* bei gegenwärtiger Lage der Sache die Entscheidung in der Hand habe uud daß sie diese günstige Stellung für ihre Zwecke zu benutzen gesonnen sei. Er erklärte, daß er für seine Person in *einer* Beziehung *käuflich* sei, daß er nämlich für jeden Paragraph vermehrter Volksrechte einen Zoll Oberhaupt abzulassen bereit sei, daß er sich in dieser Beziehung auf den von dem Vorsitzenden als Vereinigungsterrain vorgeschlagenen Boden der *Thatsachen* stellen wolle, daß aber die Linke von ihren *Principien* keines fahren lassen werde." Ueber die Aeußerungen Vogt's wurde von allen kaiserlichen Organen im Wesentlichen dasselbe berichtet. Allein Vogt sagte nicht, er sei bereit für jedes Volksrecht einen Zoll Oberhaupt abzutreten, sondern vielmehr, jeder Zoll *an ihm selbst* sei ihm feil für ein Volksrecht. Doch war das lediglich *seine* Sache, zumal da er ausdrücklich hinzufügte, daß er nur in eigenem Namen und keineswegs im Auftrage seiner Partei rede. Aehnliches wurde von ihm und anderen Radikalen in der Nationalversammlung zehn und zwanzig Mal den Kaiserlichen gesagt, nachdem diese mit ihnen paktirt hatten, wo es denn allerdings kompromittirlich für sie war. Im vorliegenden Falle kam es darauf an, ob die Großdeutschen sich einließen; sie lehnten aber ab und das verschwiegen die kaiserlichen Organe, um mit Schein Unglimpf auf ihre Gegner werfen zu können; mit keinem Worte erwähnten sie der Entgegnung, welche Reichensperger, als Mitglied des großdeutschen Verfassungsausschusses und des Vorstandes des Pariser Hofes sich gerirend, sofort folgen ließ. Er wies auf das Nachdrücklichste den Vorwurf zurück, als ob seine Partei bis dahin zu sparsam mit den Volksrechten umgegangen sei, indem er bemerkte, daß die Freiheit am meisten unter dem *Zuviel* leide und *jedes* Recht seine Schranken haben müsse, über deren Feststellung die Ansichten auseinander gegangen wären und ferner gehen würden; sodann wies er auf das Bestimmteste jeden „Principienschacher" zurück und erklärte, daß es sich hier nur darum handeln könne, ob verschiedene Parteien in der Oberhaupts- und der damit zusammenhängenden Verfassungsfrage sich verständigen und mit einander gehen könnten ohne ihren Principien untreu zu werden. Bassermann gratulirte ihm am folgenden Morgen ob dieser „mannhaften Erklärung", die also auf Seiten der Kaiser-Partei nicht unbemerkt geblieben war. Nichtsdestoweniger stimmte die unter seiner Leitung stehende Zeitung in den von Neuem „Koalition!" rufenden Chorus ein. Die C.-Z. schloß: „Wir sind begierig, ob diese von der Oesterreichisch-partikularistischen Partei versuchte Koalition mit der Linken gelingen und wozu sie führen wird. Daß Welcker den Reichsrath, dessen eigentlicher Vater er ist, fallen lassen will,

daß er der Linken eine Art Konvent in Aussicht stellt, nachdem er bei Bildung der provisorischen Centralgewalt die Konventsgelüste energisch bekämpfte, daß er, der biedere, gerade, freisinnige Welcker mit Oesterreichischen Diplomaten, Bairischen Pfaffen und demokratischen Republikanern ein Bündniß zu Stande zu bringen strebt, bleibt jedenfalls ein psychologisches Räthsel und eine politische Merkwürdigkeit." Aehnlich faßte das Organ der Badensischen Mitglieder des Reichsministeriums Welcker an, und wie diese unablässigen Bearbeitungen wirkten, sollte sich bald zeigen. Aehnlich lauteten die Berichte in den anderen kaiserlichen Organen. Die übelwollendsten und entstellendsten brachte die D. Z. Welcker habe es nur darauf abgesehen gehabt, eine Koalition der Großdeutschen mit der Linken anzubahnen, die sich aber nicht so leicht fangen lasse; sie habe verweigert sich mit denselben einzulassen, ehe sie nicht bestimmte Versicherungen gäben, etwas Ordentliches böten. „Welcker suchte zwar mit schönen Worten den Herren zu schmeicheln; aber die Linke ist klug genug, sich nicht für schöne Worte zu verhandeln. Es war ein schmerzlicher Anblick, einen Mann, wie Welcker, um die Bundesgenossenschaft der Linken buhlen, von dieser zurückgewiesen, beinahe verhöhnt zu sehen! Dahin ist es mit diesem einstigen Koryphäen der konstitutionell-monarchischen Partei gekommen!" Das sollte passend werden, und zwar auf die Koryphäen der Partei, von welchen es ausging. Weiter: ein Mitglied der Rechten — Bothmer — habe unter den Mitgliedern der Linken Exemplare der Hannoverschen Zeitung verbreitet, worin eine Vertheidigung der Opposition der Hannoverschen Regierung gegen die Einführung der Grundrechte enthalten. Bothmer war nicht anwesend und der Vertheiler ein die Linke gegen die Großdeutschen bearbeitender Kaiserlicher gewesen. „Der Hauptzweck, den großdeutschen Verfassungsausschuß durch ein Mitglied der Linken zu verstärken (Giskra war schon darin und Wuttke trat hinein) und ihm dadurch ein Relief zu geben, ward vorläufig noch nicht erreicht und wird wol auch nicht erreicht werden, denn diese beabsichtigte Verschmelzung des Märzvereines mit dem Bunde der Partikularisten, scheint denn doch auch der Linken eine allzustarke Zumuthung, durch deren Annahme sie sich in den Augen der Nation zu kompromittiren fürchtet." Das öffentliche Urtheil über die „erbauliche Scene" auf der Mainlust stehe bereits fest, wo die „unverträglichsten Elemente auf Kosten der Grundsätze und Ueberzeugungen" hätten vereinigt werden sollen; Vogt sei doch dem Grundgedanken seiner Bestrebungen treu geblieben, Welcker aber — der hier des ausdrucksvolleren Gegensatzes wegen ein Mitglied der äußersten Rechten genannt wurde — Welcker, der ein erstes Angebot des Führers der äußersten Linken: für jeden Paragraphen vermehrter Volksrechte einen Zoll Oberhaupt! angenommen zu haben scheine, müsse nach zwei Seiten seinen bisherigen Ueberzeugungen untreu werden; Vogt thue am besten, sich von dem ganzen Handel zurückzuziehen u. s. f. In den nächsten Tagen brachte die D. Z. eine Lüge über die andere: am 16. hätten die Fraktionen der Linken ihre Mitglieder in die „Oesterreichische Kommission" gewählt, und zwar der Donnersberg H. Simon u. s. f. Am Abend solle noch eine Besprechung der Kommissionsmitglieder der Linken und darauf gemeinsame der ganzen Instruktionskommission stattfinden. Am 19. hieß es, man sei zur Stunde noch nicht zusammengetreten, und nach einigen Tagen lautete es wieder anders: die Gegenanträge der Linken hätten die Billigung der Oesterreichischen Kommission erhalten u. s. f. Die C.-K. bezweifelte am 28. Februar, daß die „erwünschte" Koalition jemals zu Stande kommen werde, am 1. März verkündete sie, wenn nicht alle Kennzeichen trögen, so sei die „schmachvolle Koalition, die auf gegenseitige Benutzung und gegenseitigen Betrug abgesehen war, bereits in der Auflösung begriffen"; Männer, wie H. Simon, Schoder, Raveaux, hätten gegen eine Verbindung mit den Oesterreichern gesprochen; festgeschlossen und „unbemengt mit irgend welchen Sympathien für die Linke" stehe die Weidenbuschvereinigung der „lebensunfähigen" Koalition gegenüber. Wurm begnügt sich (S. 81) die Zusammenkunft in der Mainlust als „Versuch" einer Koalition zu charakterisiren, spricht davon, daß die Welcker'sche Partei der Linken wiederholt nachgegangen sei, läßt es aber an jeder Angabe fehlen, wie und wo dies geschehen sein soll. Nach Laube

(III, 290) wurde die Koalition sogar „offen und geräuschvoll" ins Werk gesetzt; allein die frivole Linke habe ihre Späße gemacht über die „großdeutschen Pharisäer", selbst ihren besseren Mitgliedern sei der „Schacher" zuwider gewesen — und dann folgt: von der Linken sei gar kein „artikulirtes Zugeständniß" gefordert, sondern nur ein „Beharren auf jeweilig vorkommenden völlig vagen großdeutschen Sätzen verlangt". Haym (II, 282) behandelt die doch gewiß ebenso wie jede andere berechtigte großdeutsche Parteibildung, die vollkommen offene Vereinigung zur Aufstellung und Durchführung eines Gegenprojekts als ein „Komplott", ein „förmliches Komplott gegen Gagern"; er häuft Gift und Bosheit besonders gegen Heckscher, den „Hauptanstifter", der nur Gagern habe „ein Bein stellen wollen" u. s. w., den Aerger verrathend, daß der „kluge Mann" ins gegnerische Lager getreten war, da man ihn so gern als „Verstärkung" im eigenen gehabt; er wagt indeß schließlich doch nicht mehr zu behaupten, als daß der Handel „eingeleitet" worden sei und schließt geradezu unwahr, Heckscher habe die Linke gebeten; durch Abgesandte aus ihrer Mitte an der Revision des (großdeutschen) Verfassungsausschusses sich zu betheiligen. — Im Nachstehenden „der großdeutsche Verfassungsentwurf" (Vergl. Wuttke 77 f.).

Vorläufige Verbesserungsvorschläge

zu dem in erster Lesung angenommenen

Entwurfe der Deutschen Reichsverfassung.

Abschnitt I.

Das Reich.

Artikel I. § 1. (§ 1.)*) Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen Deutschen Bundes. Die Verhältnisse des Herzogthumes Schleswig bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten.

Artikel II. § 2. (§§ 2 und 3.) Steht mit einem Deutschen Staate ein außerdeutsches Land in politischer Verbindung, so darf diese der Durchführung der Deutschen Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in dem Deutschen Staate keinen Eintrag thun. § 3. (§ 4.) Das Oberhaupt eines Deutschen Staates, mit welchem ein außerdeutsches Land in politischer Verbindung steht, muß entweder in seinem Deutschen Lande residiren, oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege in demselben eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen. § 4. (§ 5.) Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen Deutscher und nicht Deutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nicht Deutschen Landes zugleich zur Regierung eines Deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine Deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.

Artikel III. § 5. (§ 6.) Die einzelnen Deutschen Staaten behalten ihre Selbständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt

---

*) Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die Zusammenstellung der von der Reichsversammlung in erster Lesung gefaßten Beschlüsse über die Deutsche Reichsverfassung. Einige dieser Verbesserungsvorschläge sind der von dem Verfassungsausschusse in zweiter Lesung angenommenen Fassung entnommen.

ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.

Abschnitt II.

Die Reichsgewalt.

Artikel I. § 6. (§ 7.) Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen Deutschen Staaten ausschließlich aus. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an. § 7. (§ 8.) Die Regierungen der einzelnen Deutschen Staaten haben nicht das Recht, für diese ständige Gesandte und Konsuln anzunehmen oder zu halten. § 8. (§ 9.) Die einzelnen Deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit anderen Deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit auswärtigen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechtes, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei. § 9. (§ 10.) Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche eine Deutsche Regierung mit einer anderen Deutschen oder auswärtigen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

Artikel II. § 10. (§ 11.) Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Krieges und Friedens zu.

Artikel III. § 11. (§ 12 und 13.) Die Reichsgewalt bestimmt die Größe und Beschaffenheit der bewaffneten Macht, welche die einzelnen Deutschen Staaten zum Reichsdienste zu stellen haben. Diese gesammte bewaffnete Macht steht der Reichsgewalt für Reichszwecke zur Verfügung. § 12. (§ 13.) Diejenigen Staaten, welche gegenwärtig weniger als 500,000 Einwohner haben, sollen in Beziehung auf das Heerwesen entweder unter sich zu größeren Ganzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, vereinigt oder einem angrenzenden größeren Staate angeschlossen werden. In beiden Fällen haben die Landesregierungen dieser kleineren Staaten keine weitere Einwirkung auf das Heerwesen, als ihnen von der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen worden. § 13. (§ 14.) Die einzelnen Staaten, welche mehr als 500,000 Einwohner zählen, haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, soweit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird. Den übrigen Staaten wird für die Zwecke der inneren Sicherheit und Ordnung ein angemessener Theil der gemeinschaftlichen Truppen durch die Reichsgewalt zur Verfügung gestellt. § 14. (§ 14 und 18.) Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung über das Heerwesen. Ueber eine allgemeine für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz. Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund des Wehrgesetzes zu; die Reichsgewalt überwacht deren Durchführung durch fortdauernde Kontrole. § 15. (§ 15.) In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen die Reichsregierung und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen. § 16. (§ 16.) Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehende Kosten, welche den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem gesammten Reich zur Last. § 17. (§ 17.) Die Besetzung der Befehlshaberstellen und die Ernennung der Officiere jedes Grades ist den betreffenden Landesregierungen überlassen; nur, wo die Kontingente zweier oder mehrerer Staaten zu größeren Ganzen vereinigt sind, ernennt die Reichsgewalt unmittelbar die Befehlshaber dieser Körper. Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt den Oberfeldherrn und die kommandirenden Generale der selbständigen Korps, sowie das Personale der Hauptquartiere. § 18. (§ 19.) Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen anzulegen und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte

Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären. Die Reichsfestungen werden auf Reichskosten unterhalten. § 19. (§ 20.) Die Reichsgewalt bestimmt die Größe und Beschaffenheit der Deutschen Kriegsmarine. Ihr liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte und die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung von Kriegshäfen und Seearsenälen ob. Ueber die zur Errichtung von Kriegshäfen und Marine-Etablissements nöthigen Enteignungen, sowie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze. Ein Reichsgesetz verfügt über die Organisation der Kriegsmarine des Deutschen Reiches unter gerechter Berücksichtigung der eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs, welches jedenfalls ein entsprechendes Kontingent an Schiffen und Mannschaft zur Deutschen Kriegsflotte zu stellen hat. Die Mannschaft, welche aus einem einzelnen Staate für die Kriegsflotte gestellt wird, ist bei der Zahl der von demselben zu stellenden Landmacht abzurechnen. Das Nähere hierüber, sowie über die Kostenausgleichung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten bestimmt ein Reichsgesetz.

Artikel IV. § 20. (§ 21.) Die Schifffahrtsanstalten am Meer und in den Mündungen der Deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) sind der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen; sie unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln. § 21. (§ 22.) Der Reichsgewalt steht es zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung dieser Anstalten und Einrichtungen anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern. § 22. (§ 23.) Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den die Schifffahrtsanstalten benutzenden Schiffen und deren Ladungen erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen, worüber die Reichsgewalt zu wachen hat. § 23. (§ 24.) In Betreff dieser Abgaben sind alle Deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzustellen. Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse.

Artikel V. § 24. (§ 25.) Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die für Schiffe oder Flöße fahrbaren, in ihrem schiffbaren Laufe mehr als einen Deutschen Staat durchströmenden oder begrenzenden Flüsse und Seen und über die Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüsse in Bezug auf die Erhaltung und Verbesserung ihrer Schiffbarkeit und den Betrieb der Flößerei auf denselben. Ueber die Aufbringung der erforderlichen Mittel bestimmt ein Reichsgesetz. Auf den übrigen Gewässern verbleibt dieses Recht den betreffenden Staaten; die Reichsgewalt kann sie aber zur angemessenen Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit anhalten. § 25. (§ 26.) Alle Deutschen Flüsse *sollen* für Deutsche Schifffahrt und Flößerei von Flußzöllen *frei sein*. Bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein. § 26. (§ 27.) Die Hafen-, Krahn-, Wag-, Lager-, Schleußen- und dergleichen Gebühren in den an diesen gemeinschaftlichen Flüssen und den Mündungen der Nebenflüsse gelegenen Orten unterliegen der Genehmigung und Oberaufsicht des Reiches. Es darf in Betreff dieser Gebühren auf allen Deutschen Flüssen eine Begünstigung der Angehörigen eines Deutschen Staates vor denen anderer Deutschen Staaten nicht stattfinden. § 27. (§ 28.) Flußzölle und Schifffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladung nur durch die Reichsgewalt gelegt werden. Jedoch bleiben für dieselben bis zum Erlaß neuer Bestimmungen oder bis zu weiterer Anordnung die gegenwärtigen fortbestehen.

Artikel VI. § 28. (§ 29.) Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das gesammte Deutsche Eisenbahnwesen, so weit der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs es erheischen. Die dahin zu rechnenden Gegenstände werden durch ein Reichsgesetz festgestellt. § 29. (§ 30.) Unter denselben Voraussetzungen hat die Reichsgewalt das Recht, Eisenbahnanlagen zu bewilligen und vorhandene Eisenbahnen gegen Entschädigung für Reichszwecke zu benützen. § 30. (§ 31.) Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichs-

gewalt befugt, den Schutz des Reiches und das Interesse des allgemeinen Deutschen Verkehrs wahrzunehmen. § 31. (§ 32.) Die Reichsgewalt hat das Recht, zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs zu verfügen, daß aus den Mitteln des Reiches Kanäle angelegt, Flüsse schiffbar gemacht oder in ihrer Schiffbarkeit verbessert werden. Die Anordnung der dazu erforderlichen Bauwerke erfolgt von Seite der Reichsgewalt; die Ausführung und Unterhaltung der neuen Anlagen auf Kosten des Reiches wird den Einzelstaaten überlassen. § 32. (§ 32.) Die Reichsgewalt ist befugt, die einzelnen Staaten zur Erhaltung der Fahrbarkeit ihrer dem allgemeinen Deutschen Verkehre dienenden Landstraßen anzuhalten und solche Verbindungen dieser Straßen anzuordnen, welche der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erfordern. Für diesen Zweck können billige Beiträge aus der Reichskasse bewilligt werden. Ueber die Erhebung von Chaussee- und Weggeldern und ähnlichen Abgaben auf den den allgemeinen Deutschen Verkehr vermittelnden Landstraßen ergeht ein Reichsgesetz. Bis zu dessen Erscheinen dürfen die gegenwärtig bestehenden Abgaben dieser Art nicht erhöht werden.

Artikel VII. § 33. (§ 33.) Das Deutsche Reich soll Ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze mit Wegfall aller Binnengrenzzölle. Das Einführungsgesetz stellt den Zeitpunkt fest, bis zu welchem diese Bestimmung in den verschiedenen Deutschen Staaten ausgeführt sein muß. Die Aussonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus der Zolllinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten. Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch außerdeutsche Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem Deutschen Zollgebiete anzuschließen. § 34. (§ 34.) Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen. § 35. (§ 35.) Die Erhebung und Verwaltung der Zölle geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt. Aus dem Ertrage werden vor Allem die Ausgleichungen bestritten, welche einzelnen Staaten mit Rücksicht auf ihre bisherigen Zolleinnahmen zuerkannt werden; sodann wird ein bestimmter Theil nach Maßgabe des Budgets für die Ausgaben des Reiches vorweggenommen; das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt. Ein besonderes Reichsgesetz wird das Nähere hierüber feststellen. § 36. (§ 36.) Die einzelnen Deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen. § 37. (§ 37.) Der Reichsgesetzgebung bleibt es vorbehalten, die Bedingungen für die Erhebung von Produktions- und Verbrauchssteuern für Rechnung der Einzelstaaten oder Gemeinden so weit festzusetzen, als es zur Durchführung der Zolleinigung erforderlich ist. § 38. (§ 38.) Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung über den Handel und die Schifffahrt, so weit es der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Deutschen Verkehrs erheischen; sie überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze. § 39. Der Reichsgewalt steht es zu, über das Gewerbewesen Reichsgesetze zu erlassen und deren Ausführung zu überwachen. § 40. (§ 39.) Erfindungspatente werden ausschließlich von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt; auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, gegen unbefugte Nachahmung von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigenthums zu.

Artikel VIII. § 41. (§ 40.) Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen. Sie ordnet diejenigen, sich nicht blos innerhalb eines einzelnen Postgebietes bewegenden Kourse an, welche ein Interesse für den allgemeinen Deutschen Verkehr haben. § 42. (§ 41.) Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur mit Zustimmung der Reichsgewalt geschlossen werden. § 43. (§ 43.) Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen gegen Entschädigung zu benutzen. Weitere Bestimmungen hierüber, sowie über die Benutzung öffentlicher Telegraphen für den Privatverkehr, sind einem Reichsgesetze vorbehalten.

Artikel IX. § 44. (§ 44.) Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung und Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen. § 45. (§ 45.) Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maß und Gewicht, sowie für den Feingehalt der Gold= und Silberwaaren zu begründen. § 46. (§ 46.) Die Anlegung von Zettelbanken und die Ausgabe von Papiergeld in Deutschland kann forthin nur mit Genehmigung der Reichsgewalt Statt finden. Andere Zahlungsmittel als Gold und Silber können nur mit Genehmigung der Reichsgewalt als gesetzliche erklärt werden.

Artikel X. § 47. (§ 47.) Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt unmittelbar zu bestreiten. § 48. (§ 49.) Die Reichsgewalt hat das Recht, in so weit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikularbeiträge aufzunehmen und nöthigenfalls Reichssteuern aufzulegen und durch die Regierungen der Einzelstaaten erheben zu lassen. § 49. (§ 50.) Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu kontrahiren.

Artikel XI. § 50. (§ 51.) Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reichs bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht.

Artikel XII. § 51. (§ 52.) Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu wahren. § 52. (§ 53.) Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechthaltung der inneren Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen: 1) wenn ein Deutscher Staat von einem andern Deutschen Staat in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird; 2) wenn in einem Deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist, oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint; 3) wenn die Regierung eines Deutschen Staates die Verfassung desselben eigenmächtig aufhebt oder verändert und durch das Anrufen des Reichsgerichts unverzügliche Hülfe nicht zu erwirken ist. § 53. (§ 54.) Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind: 1) Erlasse, 2) Absendung von Kommissarien, 3) Absendung bewaffneter Macht. § 54. Der Reichsgewalt liegt es ob, die Fälle und Formen, in welchen gegen Störungen der öffentlichen Ordnung die bewaffnete Macht angewendet werden kann, durch ein Reichsgesetz zu bestimmen. § 55. (§ 52.) Der Reichsgewalt steht es zu, die gesetzlichen Normen für den Erwerb und Verlust des Reichsbürgerrechtes festzustellen, sowie über das Heimathsrecht Gesetze zu erlassen. § 56. (§ 55.) Der Reichsgewalt steht es zu, unbeschadet des durch die Grundrechte garantirten freien Vereins= und Versammlungsrechts allgemeine Gesetze über das Associationswesen zu erlassen.

Artikel XIII. § 57. (§ 57.) Die Reichsgesetzgebung hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche ihre Gültigkeit in ganz Deutschland sichern. § 58. (§ 58.) Der Reichsgewalt steht das Recht der Gesetzgebung zu, so weit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutz der ihr überlassenen Anstalten erforderlich ist. § 59. (§ 58 und Abschnitt V. § 16.) Die Reichsgewalt ist befugt, wenn sie im Gesammtinteresse Deutschlands gemeinsame Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet, die zur Begründung derselben erforderlichen Gesetze in den für die Aenderung der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen zu erlassen. § 60. (§ 59.) Der Reichsgewalt liegt es ob, durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels= und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im Deutschen Volke zu begründen. § 61. (§ 60.) Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten durch ihre Verkündigung von Rechtswegen verbindliche Kraft.

Artikel XIV. § 62. (§ 61.) Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reich aus. Die Dienstpragmatik des Reichs wird ein Reichsgesetz feststellen.

Abschnitt III.

Die Reichsregierung.

Artikel I. § 1. (§§ 1, 2 und 7.) An der Spitze der Reichsregierung steht ein Reichsstatthalter, welcher in der Reichsregierung den Vorsitz führt, die Geschäftsleitung besorgt, den Bundesstaat im Innern und gegen das Ausland repräsentirt, Reichsgesandte beglaubigt und fremde Gesandte empfängt, die Reichsgesetze verkündet und vollzieht, die Reichsbeamten ernennt und das der Reichsgewalt zustehende Begnadigungsrecht ausübt. § 2. Die Reichsregierung besteht mit Einschluß des Reichsstatthalters aus 7 Mitgliedern. Zu derselben ernennen: 1) Oesterreich mit Lichtenstein, 2) Preußen, 3) Baiern, 4) Würtemberg, Baden, Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, 5) Sachsen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Reuß-Greiz und Schleiz, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Anhalt-Köthen, Anhalt-Bernburg und Anhalt-Dessau, 6) Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Holstein (Schleswig) und Lauenburg, Hamburg, Bremen und Lübeck, 7) Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Hessen-Homburg, Luxemburg, Limburg, Waldeck, Lippe-Detmold, und Schaumburg-Lippe, je einen Bevollmächtigten vorbehaltlich dessen, was § 3 über den Reichsstatthalter bestimmt. Jene Staaten, welche einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten stellen, haben sich über dessen Wahl zu verständigen; für den Fall der Nichtverständigung wird ein Reichsgesetz das Mitwirkungsrecht der Betheiligten bestimmen. So lange weder eine Verständigung noch ein Reichsgesetz erfolgt ist, entscheidet der Regent desjenigen Staates, dessen Volkszahl in dem betreffenden Staatenverbande die größte ist. Bevollmächtigte können von ihren Vollmachtgebern jederzeit zurückberufen werden. § 3. Die Stelle des Reichsstatthalters wird von 3 zu 3 Jahren abwechselnd dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen übertragen. Der Reichsstatthalter kann seine Stelle persönlich oder durch einen Bevollmächtigten einnehmen. Im Verhinderungsfalle hat Preußen für Oesterreich, dieses für Preußen das Recht der Stellvertretung. § 4. Alle nicht dem Reichsstatthalter allein zugewiesenen Regierungsrechte stehen der gesammten Reichsregierung zu. Diese faßt ihre Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit, wobei das Mitglied für Oesterreich und jenes für Preußen je zwei Stimmen führen. Weder Abwesenheit einzelner Mitglieder, noch der Mangel an Instruktionen darf eine Beschlußfassung hindern. Wird eine absolute Stimmenmehrheit nicht erzielt, so entscheidet der Reichsstatthalter. Die Beschlüsse der Reichsregierung werden durch den Reichsstatthalter vollzogen. § 5. (§ 6.) Alle Regierungshandlungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens Eines Reichsministers, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt. § 6. (§ 3.) Der Sitz der Reichsregierung wird durch ein besonderes Reichsgesetz bestimmt.

Artikel II. § 7. (§ 8.) Die Reichsregierung erklärt Krieg und schließt Frieden. § 8. (§ 9.) Die Reichsregierung schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstages, insoweit diese verfassungsmäßig vorbehalten ist. § 9. (§ 10.) Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche Deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind der Reichsregierung zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen. § 10. (§ 11.) Die Reichsregierung beruft und schließt den Reichstag; sie hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen. § 11. (§ 12.) Die Reichsregierung hat das Recht des Gesetzvorschlags. Sie übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. § 12. (§ 13.) In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Reichsstatthalter das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, sowie der Amnestirung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung einer einzelnen Untersuchung kann die Reichsregierung nur mit Zustimmung des Reichstages erlassen. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verur-

theilten Reichsministers kann der Reichsstatthalter das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu. § 13. (§ 14.) Der Reichsregierung liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. § 14. (§ 15.) Die Reichsregierung hat die Verfügung über die bewaffnete Macht. § 15. (§ 16.) Ueberhaupt hat die Reichsregierung die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihr stehen als Träger dieser Gewalt diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind.

Anmerkung. Der Abschnitt IV.: **„Der Reichsrath"** ist ganz zu streichen.

Abschnitt IV.

Der Reichstag.

Artikel I. § 1. (§ 1.) Der Reichstag besteht aus zwei Häusern: dem Staatenhaus und dem Volkshaus.

Artikel II. § 2. (§ 2.) Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der Deutschen Staaten. § 3. (§ 3.) Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältniß:

Oesterreich mit Lichtenstein	40,
Preußen	40,
Baiern	18,
Sachsen	10,
Hannover	10,
Würtemberg mit Hohenzollern=Hechingen und Sigmaringen	10,
Baden	9,
Kurhessen	6,
Großherzogthum Hessen mit Hessen=Homburg	6,
Holstein (Schleswig siehe Reich § 1) und Lauenburg	6,
Mecklenburg=Schwerin und Mecklenburg=Strelitz	6,
Luxemburg mit Limburg	3,
Braunschweig	2,
Nassau	3,
Sachsen=Weimar	2 Mitglieder,
Sachsen=Coburg=Gotha	1,
Sachsen=Meiningen=Hildburghausen	1,
Sachsen=Altenburg Reuß ältere Linie Reuß jüngere Linie	1,
Schwarzburg=Rudolstadt Schwarzburg=Sondershausen	1 Mitglied,
Oldenburg	2 Mitglieder,
Waldeck Schaumburg=Lippe Lippe=Detmold	1,
Anhalt=Dessau Anhalt=Bernburg Anhalt=Köthen	1,
Lübeck	1,
Frankfurt	1,
Bremen	1,
Hamburg	1 Mitglied.
	183 Mitglieder.

§ 4. (§ 4.) Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der Staaten ernannt. Wo zwei Kammern bestehen, wählen diese in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit. § 5. (§ 5.) In denjenigen Staaten, welche nur Ein Mitglied in das Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt. Dasselbe gilt in den Staaten, welche eine ungerade Anzahl von Mitgliedern in das Staatenhaus senden, für Ein Mitglied. § 6. (§ 6.) Wo mehrere Staaten zu gemeinsamer Vertretung im Staatenhause verbunden sind, haben diese über die gemeinschaftlich vorzunehmende Wahl ein Abkommen unter einander zu treffen. Das Princip der Theilung der Wahlberechtigung zwischen Regierung und Volksvertretung darf dabei nicht verletzt werden. Das ganze Abkommen ist der Reichsregierung zur Genehmigung vorzulegen. § 7. (§. 7.) Wenn mehrere Deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses. § 8. (§ 8.) Mitglied des Staatenhauses kann nur ein solcher werden, welcher 1) Staatsbürger desjenigen Staates oder Staatenverbandes (siehe § 6) ist, welcher ihn sendet, 2) das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat, 3) sich in vollem Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet. § 9. (§ 9.) Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf sechs Jahre gewählt; sie werden alle drei Jahre zur Hälfte erneuert. Wird nach Ablauf dieser drei Jahre und vor der neuen Wahl für das Staatenhaus ein außerordentlicher Reichstag berufen, so tritt das Staatenhaus so, wie es zuletzt zusammengesetzt war, zusammen.

Artikel III. § 10. (§ 10.) Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des Deutschen Volkes. § 11. (§ 11.) Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf vier Jahre, demnächst immer auf drei Jahre gewählt. Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetz enthaltenen Vorschriften.

Artikel IV. § 12. (§ 12.) Die Mitglieder des Reichstages beziehen ein gleichmäßiges Tagegeld und Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Den Mitgliedern des Reichstages werden die Tagegelder und Reisekosten aus der Reichskasse gezahlt. § 13. (§ 13.) Die Mitglieder beider Häuser können durch Instruktionen in ihrer parlamentarischen Thätigkeit nicht gebunden werden. § 14. (§ 14.) Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern sein.

Artikel V. § 15. (§ 15.) Zu einem Beschlusse eines jeden Hauses des Reichstages ist die Theilnahme von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Im Fall der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet. § 16. (§ 17.) Das Recht des Gesetzvorschlages, der Beschwerde, der Adresse und der Untersuchung, so wie der Anklage der Minister steht jedem Hause für sich zu. § 17. (§ 18.) Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen. § 18. (§ 18 a.) Ein Reichstagsbeschluß, welcher die Zustimmung der Reichsregierung nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden. Ist vom Reichstage in derselben Sache in drei sich folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Beschluß unverändert gefaßt worden, so wird er, auch wenn die Zustimmung der Reichsregierung nicht erfolgt, mit dem Schluß des dritten Reichstages zum Gesetz. § 19. (§ 19.) Ein Reichstagsbeschluß ist in folgenden Fällen erforderlich: 1) wenn es sich um Erlassung, Aufhebung, Abänderung oder Auslegung von Reichsgesetzen handelt; 2) wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt oder nicht vorgesehene Steuer- oder Matrikularbeiträge erhebt; 3) wenn die Anlage von Zettelbanken oder die Einführung oder Vermehrung von Papiergeld bewilligt, sowie wenn andere Zahlungsmittel als Gold und Silber als gesetzlich erklärt werden sollen; 4) wenn Landesfestungen zu Reichsfestungen erklärt werden sollen; 5) wenn Handels-, Schifffahrts- und Auslieferungsverträge mit dem

Auslande geschlossen werden, sowie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten; 6) wenn außerdeutsche Länder oder Landestheile dem Deutschen Zollgebiete angeschlossen, oder einzelne Orte oder Gebietstheile von der Zollinie ausgeschlossen werden sollen; 7) wenn Deutsche Landestheile abgetreten, oder wenn außerdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen. § 20. (§ 19 a.) Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein: 1) Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus. 2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrages erfolgen. — Alle Bewilligungen von Ausgaben sind nur für den besondern Zweck, für welchen sie gefordert wurden, ertheilt anzusehen und nur in der Grenze der Bewilligung kann die Verwendung erfolgen. 3) Die Dauer der Finanzperiode und Budgetbewilligung ist ein Jahr. 4) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reservefond, sowie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel wird auf dem ersten Reichstag durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschluß. 5) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstag zuerst dem Volkshaus vorgelegt, und von diesem in seinen einzelnen Ansätzen und nach den Erläuterungen uud Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweise bewilligt oder verworfen. 6) Nach erfolgter Prüfung und Billigung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht innerhalb des Gesammtbetrages des ordentlichen Budgets, sowie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Häusern in gemeinsamer Sitzung derselben nach absoluter Stimmenmehrheit endgiltig entschieden wird. 7) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbeschlusses. 8) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage, und zwar zuerst dem Volkshause, zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt.

Artikel VI. § 21. (§ 20.) Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird von der Reichsregierung bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jeder Zeit von der Reichsregierung einberufen werden. § 22. (§ 21.) Das Volkshaus kann durch die Reichsregierung aufgelöst werden. In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wieder einzuberufen. § 23. (§ 22.) Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben. § 24. (§ 23.) Die Reichsregierung bestimmt das Ende der Sitzungsperiode des Reichstags.

Artikel VII. § 25. (§ 24.) Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten und die Vicepräsidenten für sich, sowie die Schriftführer. § 26. (§ 25.) Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können. § 27. (§ 26.) Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder, und entscheidet über ihre Zulassung. § 28. (§ 27.) Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: „Ich schwöre, die Deutsche Reichverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe." § 29. (§ 28.) Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses. Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn die Hälfte sämmtlicher Mitglieder an der Abstimmung Theil nimmt, und eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden sich dafür entscheidet. § 30. (§ 29.) Weder Ueberbringer von Bittschriften, noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden. § 31.

(§ 30.) Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben, mit Ausnahme derjenigen Punkte, welche die geschäftlichen Beziehungen beider Häuser zu einander betreffen. Diese werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet.

Artikel VIII. § 32. (§ 31.) Ein Mitglied des Reichstages darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet, noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. § 33. (§ 32.) In diesem letztern Fall ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen. § 34. (§ 33.) Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zur Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist. § 35. (§ 34.) Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt, oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel IX. § 36. (§ 35.) Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen, und von denselben gehört zu werden. § 37. (§ 36.) Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstages in denselben zu erscheinen, und Auskunft zu ertheilen. § 38. (§ 37.) Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein. § 39. (§ 38.) Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedenfalls seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat.

Abschnitt V.

Das Reichsgericht.

§ 1. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt. § 2. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören: a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse. b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen Deutschen Staaten. Gewillkürte Austräge sind nur zuläßig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird. c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten. d) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung oder wegen Nichtvollziehung ihrer Bestimmungen. e) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben wegen Aufhebung, Verletzung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung. f) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, sowie gegen die Reichsregierung wegen erlittener Verletzung eines dem Deutschen Volke gewährleisteten Grundrechtes. g) Klagen gegen den Reichsfiskus. h) Klagen gegen Deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen, wenn die Verpflichtung mehrere Staaten zugleich trifft. i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung, sowie wegen aller im Gesetze über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen. k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten wegen Verletzung der Reichs- oder Landesverfassung. l) Strafgerichtsbarkeit in Fällen des Landes- und Hochverraths gegen das Reich. m) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind. n) Streitigkeiten zwischen der Reichsversamm-

lung oder den gesetzgebenden Körpern des Reichs unter sich und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen. § 3. Ueber die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichts geeignet sei, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst. § 4. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Abschnitt VI.

Gewähr der Reichsverfassung.

Artikel I. § 1. (§ 1.) Der Reichsstatthalter leistet bei seinem Amtsantritte vor den zu Einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstags einen Eid auf die Reichsverfassung. Der Eid lautet: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des Deutschen Volkes zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen. So wahr mir Gott helfe!“ Die übrigen Mitglieder der Reichsregierung werden bei ihrem Amtsantritte durch den Reichsstatthalter auf die Reichsverfassung beeidigt. § 2. (§ 2.) Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Das Nähere bestimmt die Dienstpragmatik des Reichs. § 3. (§ 3.) Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung wird in den Einzelstaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung verbunden und dieser vorangesetzt.

Artikel II. § 4. (§ 4.) Keine Bestimmung in der Verfassung oder in den Gesetzen eines Einzelstaates darf mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen. § 5. (§ 5.) Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen. Diese Zustimmung muß in den für Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen (§ 6) gegeben werden.

Artikel III. § 6. (§ 6.) Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung der Reichsregierung erfolgen. Zu einem solchen Beschluß bedarf es in jedem der beiden Häuser: 1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder; 2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß; 3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen. In Betreff der Zustimmung der Reichsregierung gilt auch in diesem Falle die Bestimmung des Abschnittes IV. (vom Reichstag) § 18.

Artikel IV. § 7. (§ 7.) Im Fall des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen: 1) die Verfügung muß in jedem einzelnen Fall von dem Gesammtministerium des Reichs oder Einzelstaates ausgehen; 2) das Ministerium des Reiches hat die Zustimmung des Reichstages, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als 14 Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden. Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten. Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.

Der professorisch-gagern'schen Partei galt es als ausgemacht, daß der großdeutsche Ausschuß nach ihrem Meisterwerke nur eine Pfuscherarbeit produciren könne; sie bot alle Künste auf, den zu erwartenden Entwurf schon vor seinem Erscheinen zu diskreditiren. Sie hatte gethan, was alle Parteien thaten, über ihre Taktik, über Verbesserungsanträge konferirt und Beschlüsse gefaßt, Neuner- und andere Ausschüsse niedergesetzt u. dgl. Die ministerielle Zeitung hatte geflissentlichst das Thema behandelt: die Oesterreicher sollten sich zu einigen suchen und thun es nicht, jene Seite negirt nur und bringt nichts Positives in die Versammlung. Am 17. drückte sie ihr „Befremden" darüber aus, daß die Oesterreichische Partei einen Ausschuß niedergesetzt — „mit solchem Hohne gegen die Nationalversammlung aufzutreten wage". Man habe ja doch den Verfassungsausschuß, durch diese Maßregel werde zu einer itio in partes — die durch das Verdienst der Preußischen Partei längst da war — aufgefordert; Deutschland bedürfe doch nun einmal den engeren Bundesstaat unter Preußen, der nun aus Neid und Mißgunst durch eine allgemeine Verfassung vereitelt werden solle, über welche man noch gar nicht einig sei! Und man liebäugele dabei mit der Republik und nehme den Schein an, als handele man mit der Billigung der Oesterreichischen Regierung, von welcher man aber nicht so gering denken dürfe, zu glauben, sie werde auf die engherzigen Rathschläge hören, oder sich der Errichtung des Bundesstaats ganz unbilliger Weise widersetzen; die Vollendung des Verfassungswerkes sollte doch wahrlich in die Hände Solcher gelegt werden, die nur das Ausführbare und Patriotische ohne Nebenabsichten anstrebten, wie die Kaiserlichen, die im vollen Gefühl, nie etwas Anderes bezweckt zu haben, die hin und wieder vernommenen Anschuldigungen, als arbeiteten sie für ein Preußisches Kaiserthum und gegen die Oesterreich in Deutschland gebührende Stellung, mit Stillschweigen übergehen könnten und selbst Oesterreichs Anerkennung erwarten dürften, daß sie sich bei Vertheidigung ihrer Ansichten niemals solcher Argumente bedient, welche die Prüfung wahrer Kenner des Staats- und Völkerrechts zu scheuen hätten.

Die Kaiserlichen hatten eben zu dieser Zeit das Größeste in hastigen Revisionsarbeiten geleistet, und einmal über das andere von den Regierungen Erklärungen oder Gegenaufstellungen in den allerkürzesten Fristen gefordert. Nach dem Erscheinen des großdeutschen Entwurfs spöttelten sie, namentlich in ihrer Korrespondenz, über die „unglaubliche Schnelligkeit", womit der Ausschuß seine Arbeit zu Stande gebracht. Sie bemängelten die Persönlichkeiten der Mitglieder desselben, des „Ultramontanen" Reichensperger u. s. f., hatten nur höhnische oder wegwerfende banale Urtheile über jede Abweichung von ihrem Entwurfe, meist hergenommen aus dem Standpunkte, nach welchem jedes Zurückwenden vom Begriff des Einheitsstaats zu dem des Bundesstaats Verläugnung des letztern und Verbrechen gegen die Bedürfnisse und Ansprüche des Volkes war. Ihre Hauptmittel des Angriffs reducirten sich auf Verdächtigungen, als enthalte der großdeutsche Entwurf behutsam versteckte, doch unschwer zu übersehende Vergünstigungen für Oesterreich und Zugeständnisse an die Linke! Diese ließen sie auf jede Weise sich angelegen sein, gegen den Entwurf einzunehmen, indem sie jene Zugeständnisse als Zumuthungen darstellten, die die Linke ehrenhalber ablehnen müsse, die gar zu stark für dieselbe (also eigentlich keine Koncessionen) wären, worauf die Linke einzugehen sicher nicht einfältig oder schwach genug sein werde. So auch Haym II, 303. Indem die C.-K. über die Koncessionen des großdeutschen Entwurfs an die linke Seite sich aufhielt, die „den Erfindern nicht sehr schwer geworden sein dürften", wußte sie doch deren keine namhaft zu machen, als den Wegfall der Civilliste, „deren es allerdings ohne den Kaiser nicht bedarf," den Wegfall des Reichsraths, „da dieser in dem bis auf sieben Bevollmächtigte gestiegenen Direktorium bereits vorhanden ist", wie sie selbst sagte, und das suspensive Veto, das man großdeutscher Seits beliebt hatte, um den Reichstag gegenüber dem Direktorium, dem man so viel partikularistische Gewalt gegeben, zu stärken, und weil man glaubte, daß bei der Institution und Zusammensetzung des Staatenhauses im Entwurfe das absolute Veto Ueberfluß sein würde. Die C.-K. nannte diese Koncessionen „stark betont", während sie durch ganz und gar nichts betont waren. Die ministerielle Zeitung wollte nicht eigentlich

behaupten, daß der großdeutsche Entwurf der Linken grundsatzverläugnende Koncessionen mache, suchte ihm aber doch etwas Aehnliches anzuhängen. Sie äußerte, die meisten der großdeutschen Verbesserungsanträge könnten angenommen oder verworfen werden, ohne daß das Wesen des Verfassungsentwurfs dadurch berührt werde; mit dem statt der §§ 2 und 3 vorgeschlagenen Satze falle man jedoch in den Staatenbund zurück; der wesentlichste Anstand liege im Volkshause, das man von großdeutscher Seite fordere, aber in Olmütz schwerlich zugestehen werde. (Nun war es wieder zu tadeln, daß die Großdeutschen vom Volkshause nicht lassen wollten.) Weiter: die Oberhauptsfrage habe gar nicht die Wichtigkeit, die man ihr beizulegen pflege; die großdeutsche Spitze sei alt=bundesstaatlich und passe nicht zu der übrigen Verfassung, wie diese nicht zu ihr. Ferner: durch die von großdeutscher Seite vorgeschlagenen Bestimmungen über das Oberhaupt habe man „der Deutschen Republik vorarbeiten" wollen, was „fast" glaublich, da solche Vorschläge doch nur mit Hülfe der Linken die Mehrheit erlangen könnten und die Anhänger der Republik ihre Rechnung dabei finden müßten. Und dann wieder: der großdeutsche Entwurf halte sich so nahe an das Frankfurter Verfassungsprojekt, daß nach aller Wahrscheinlichkeit das Oesterreichische Kabinet darauf nicht eingehen werde; aber man schlage in Olmütz ein Volkshaus vielleicht nur vor, „um das Zustandekommen einer jeden Verfassung zu verhindern und die Auflösung der Nationalversammlung auf dem kürzesten Wege herbeizuführen."

Den schwersten Anstoß nahm die gesammte Kaiserpartei an der Direktorialform. Schon am 19. hatte die C.=K. (und es kam noch viel besser) gesagt, ein Direktorium — dem wol gar nur eine aus den Kammern hervorgegangene Volksvertretung gegenüberstehen solle — sei „eine Schmach und eine Unmöglichkeit" für alle die deutschen Stämme, die eine wahre Einigung auf volksthümlicher Grundlage wünschten. Sollte das Deutsche Volk schon wieder soweit herunter gebracht sein, daß es für die Geltendmachung *seiner* Wünsche und Bestrebungen sich mit einem Organ begnügen sollte, welches die Nationalversammlung im Reichsrath den *dynastischen* Interessen einräumen wollte? Sollte sich das Verhältniß in Deutschland schon wieder so umgekehrt haben, daß man den Fürsten in einem Direktorialkollegium die volle Entscheidung über die Verhältnisse unseres Vaterlandes wieder überlassen und dem Volk nur das bescheidene Bitten, Wünschen und Rathgeben übrig lassen will? Dann fahre wohl Größe und Zukunft der Deutschen Nation und erstehe wieder aus dem Grabe seliger Bundestag! Es half den Großdeutschen nicht, daß sie auf dem nach dem „Reichswahlgesetz" zu errichtenden Volkshause bestanden und es wurde namentlich in diesem Punkte dadurch noch viel schlimmer, daß die Versammlung ein solches Wahlgesetz, wie geschah, beschloß. Die Rechnung der Großdeutschen trog, die Kaiserlichen dadurch zu gewinnen, daß sie an deren Projekte in ihrem Entwurfe noch so sehr nahe sich hielten. Der letztere wurde sofort zerzaust und unbedingt zum Tode verurtheilt. Selbst Tagesblätter, die so Frankfurtisch als möglich für die Einheit im Erbkaiserthum oder „Bundesstaate" schwärmten, erhoben ihre Stimmen dafür, daß man denselben doch prüfen, doch nicht unbesehen verwerfen, doch erwägen möge, ob denn bei dem Zustande mehr, ob noch die ganze Verfassung, wie man sie bis jetzt beschlossen, zu erreichen sei. So las man in der Weserzeitung: die Aufgabe werde durch ihn im Großen doch auch erreicht, und „wenn nun Oesterreich auf diese Vorschläge eingehen zu können erklärt, wenn dadurch ohne turbulente Störung seine eigenen Geschicke, wie die des gesammten Deutschlands, einer entscheidenden Zukunft entgegengeführt werden, wie würde dann von späteren Zeiten eine Versammlung gerichtet werden, die durch Beharren auf einigen Verfassungsparagraphen Deutschland von Neuem der Verwirrung oder einer Theilung aussetzte!" u. s. f. Allein die Kaiserlichen blieben dabei, die Sache so anzusehen, wie Laube sie darstellt: die „Koalition" hatte keinen positiven Zweck, Gedanken, Gegenvorschlag, nichts weiter gemeinschaftlich, als: „Hinderung und Zerstörung der Deutschen Reichsverfassung", d. h. des noch nicht einmal in erster Berathung zu Ende gebrachten Verfassungsprojekts; es vereinigten sich zu bloß negativem Zwecke Parteien, welche über Form und Inhalt entgegengesetzter Ansicht waren;

beim Aufstellen der — einen ganz positiven Zweck verfolgenden — Gegenverfassung blieben die Großdeutschen — die alles zerstören wollen — aus Mangel an Schöpfungskraft am Zuschnitt der bisherigen Verfassung haften, an welcher sie nur flickten; die Kaiserlichen würden gern auf die Gegenverfassung eingegangen sein, wenn es nur möglich gewesen wäre, die unerläßlichen Grundbedingungen auf anderm, Oesterreich einschließenden Wege, zu erreichen, sie würden jedoch unter keiner Bedingung von den Bestimmungen abgegangen sein, welche Oesterreich ausschlossen, von dem Dogma, daß ein geschlossener „Bundesstaat" gegründet werden müsse. Bei der Voraussetzung, daß sich Oesterreich auf Eintritt in einen solchen nicht einlassen werde, und das Alles auf einigen einander folgenden Seiten (III, 282 ff.)

Die Laube'sche Partei hatte nichts häufiger gefordert und nichts mehr gefürchtet, als daß ihre Gegner „einen gemeinschaftlichen Gedanken für ihre Taktik" gewönnen, „einer positiven Politik eine positive entgegenstellten". Als es geschehen war, wiederholte sie ihre Behauptung, daß den Gegnern eine solche Politik fehle, und ließ abwechselnd ihren Ingrimm darüber, daß man ein Gegenprojekt aufgestellt, auf die kleinlichste und gehässigste Weise an der großdeutschen Verbindung und den einzelnen vorragenden Mitgliedern derselben aus. Es geschah mit besonderer Beflissenheit, als die Deputation abgereist war. Sie nahm die Miene an, als hielte sie die letztere für ein aussichtsloses Thorenunternehmen und ließ dann wieder die lebhafteste Sorge und Angst durchblicken, daß die Oesterreichische Regierung sich geneigt erkläre. Die C.-K. fügte Spötteleien über die Olmützer Mission, die den Zweck habe, der Oesterreichischen Regierung das neue Projekt als preiswürdig anzuempfehlen, „oder auch, wenn es sonst gewünscht werden sollte, von den gestellten Forderungen noch etwas abzulassen", die bare Unwahrheit hinzu: die Verfasser hätten Herrn Vogt, der für jede Volksfreiheit einen Zoll Oberhaupt bewillige, ihre Ausarbeitung zur „geneigten Kenntnißnahme und gütigen Berücksichtigung" überreicht. „Dem letzten Anliegen ist Seitens der Linken — Donnersberg, Deutscher Hof und Westendhall — diese ausschließlich unter der Diktatur von H. Simon — insofern entsprochen, als dieselbe jenes Opus ebenfalls einer aus ihrer Mitte gewählten Kommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Auch die Letztere hat bereits der Aufgabe entsprochen und soweit uns bekannt geworden, der nichtssagenden Fassung des großdeutschen Entwurfs bezüglich der §§ 2 und 3 des Reichs ihre Zustimmung ertheilt, die Fassung also, wie sie in der ersten Lesung angenommen, verworfen. Wir glauben nicht an die Möglichkeit, daß die linke Seite des Hauses in ihrer Majorität mit diesem Vorschlage sich für einverstanden erklären kann, sollte es aber wider Verhoffen dennoch geschehen, so würde es allerdings Keinen Wunder nehmen, wenn man in Berücksichtigung dessen, wie gerade diese Partei und an ihrer Spitze der nach seiner eigenen wiederholten Erklärung deutsch und nur deutsch gesinnte Giskra die Sätze der §§ 2 und 3 als wesentliche und nothwendige Lebensbedingungen des Bundesstaates anempfohlen, in die Ehrlichkeit und Gesinnungstreue derselben einigen Zweifel setzte." Sie schloß nach Mittheilung der angeblichen Forderungen des Ausschusses der Linken: „Ob bei diesen gegenseitigen Anforderungen die wenigstens von einer Seite so sehnlich erwünschte Koalition zu Stande kommen wird? ist eine Frage, welche die nächste Zukunft und das Kabinet in Olmütz entscheiden wird. In der D. Z. wurde die Linke noch brüderlicher berathen. Sie, die dem Vereinbarungssystem so abhold sei, könne ja doch zu keiner dauernden Koalition mit der Oesterreichischen Landsmannschaft gelangen, und noch ernstere Bedenken müsse ihr der Umstand erregen, daß die Großdeutschen eine Deputation mit dem Welcker'schen Entwurf gesendet, „ohne es der Mühe werth zu halten, die Beistimmung der Linken abzuwarten;" fände jener Entwurf in Olmütz Gnade, so schlöße das die Zustimmung zu den Anträgen der Linken gewiß nicht in sich. „Wir wollen sehen, wann die Koalition der Linken mit der Oesterreichischen Fraktion eine Wahrheit wird." Die Ministerielle warf den Großdeutschen abwechselnd vor, daß sie ihre Verbesserungsvorschläge aufstellten, um das Verfassungsprojekt der Nationalversammlung für Oesterreich annehmbar zu machen und die Oesterreichische Regierung zu bestimmen,

daß sie darauf eingehe; daß sie in Einverständniß mit dem Oesterreichischen Kabinet operirten; daß die Deputation abgereist sei, ohne daß die Oesterreichische Partei der Zustimmung ihrer Regierung gewiß war, sogar ohne daß der Oesterreichische Bevollmächtigte in der Lage wäre, über diesen Entwurf nur irgend welche Erklärungen abzugeben. „So weit unser Gehör reicht, schrieb Bassermann's Organ, haben wir über den s. g. großdeutschen Verfassungsentwurf von allen Staatsmännern nur ein Urtheil vernommen — welches? braucht nicht erst gesagt zu werden.“ Und: „Es ist nicht uninteressant zu erfahren, daß die Reisekosten der drei Herren durch den Oesterreichischen Bevollmächtigten bestritten werden; doch darf man daraus auf kein Einverständniß des Kabinets in Olmütz mit der Sendung schließen. In welcher Eigenschaft könnte denn dasselbe mit ihnen in Verkehr treten? Regierungen treten mit fremden Versammlungen nicht in unmittelbaren Verkehr. (Oesterreich hatte es doch mit der Note vom 4. Februar gethan.) Auch sendet keine Versammlung Abgeordnete an eine Regierung, und thäte es die Nationalversammlung, so würden wir uns nicht wundern, noch verletzt fühlen dürfen, wenn sie nicht angenommen würden. Die drei Herren sind es aber nicht einmal, sondern bloß Abgeordnete eines Klubs (was war Gagern im November in Berlin gewesen?) und wie wäre es nun denkbar, daß das Oesterreichische Kabinet, das in Brüssel mit so viel Würde und Stolz die Unterhandlung mit den ersten europäischen Mächten abweist, sich herbeilasse, einem Klub officielle Erklärungen zu geben? Die drei Herren mußten wissen, daß sie eine solche nicht erhalten würden“ u. s. f.

VII.

(S. 90.) Die Schuld beim Wahlgesetz. Das Anschuldigen und Verdächtigen nahm in den kaiserlichen Organen sogleich nach den ersten Abstimmungen seinen Anfang. Es war freilich mit Lamentationen darüber gemischt, daß falsche Ansicht und Furcht vor den Wühlern, den Gallerien u. s. w. selbst so viele Mitglieder der Centren bestimme. Wer Augen hatte zu sehen, konnte das Geständniß der Schuld auch auf der Seite der Kaiserlichen herausfinden. Indeß war Verklagen, Lügen, Verläumden das Meiste. Der in der Mainlust eingeleitete Handel sollte nun seine ersten Früchte getragen, konservative Oesterreicher und Baiern gegen Ueberzeugung, nur um Alles zu verderben, mit der Linken gestimmt haben. Die Ministerielle sagte: „So widerlich diese Erscheinung war, so streng ist das Urtheil, welches sie treffen wird, und es ist fast undenkbar, daß eine so unnatürliche Verbindung Bestand haben könnte. Die Probe der zweiten Lesung wird dies zeigen, und wir haben alle Ursache zu glauben, daß die Vereinigung Aller, welche den Bundesstaat wollen, stärker sein werde als das Band, welches die ungleichartigsten Bestandtheile der Gegenpartei für den Augenblick zusammenhält“ u. s. f. Es sollte so sehr bald an den Tag kommen, daß nicht die Oesterreicher oder die Großdeutschen das allgemeine Wahlrecht an die Linke hingaben, um deren Allianz gegen das Zustandekommen eines „kräftigen deutschen Bundesstaats“, d. h. des Projekts der Erbkaiserlichen zu erlangen, sondern daß es von diesen der Linken für den Erbkaiser unschämlich verhandelt wurde. An keiner Fraktion wurde in dieser Zeit heftigerer Groll, insbesondere von den Kaiserlichen, ausgelassen, als an der im Pariser Hofe. Sie war entstanden aus Anlaß der Verdrängung der Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium, des Hervortretens und Siegs der specifisch-Preußischen und preußenthümelnden Elemente im Kasino, der Aufstellung des Gagern'schen Programms. Nichts weniger als daß gern sich Isolirende in ihr gesammelt hätten. Sie sammelte umgekehrt im Entstehen zunächst Diejenigen, die, durch jene Vorgänge dem Kasino entfremdet, eines Sammelpunktes entbehrten, sie vereinigte die Dissentirenden des Kasino, die durch ihren Austritt den ersten Riß in dasselbe brachten, nach dem Ziele und mit der Ankündigung, den borussomanen Tendenzen in geschlossener Reihe mit aller zu Gebot stehenden Kraft sich entgegenzuwerfen; sie war die früheste feste Ver-

einigung gegenüber der Gagern=Preußischen Partei; der Gedanke und die ersten Bemühungen ihrer Gründung gehörten mir, der ich nicht gerade wenig thätig gewesen war für Sammeln und Organisiren der Konservativen gegenüber den Destruktiven, derer von der Rechten gegenüber denen von der Linken seit dem Vorparlament — namentlich bei den Ausschußwahlen — im Fünfzigerausschuß, in den Anfängen des Parlaments, auch bei der Kasinobildung, nach Ausweis des Verlaufs und Ausgangs die Radikalen in dem, was von ihnen zu erwarten war, nicht unterschätzend, den Centrenmännern und deren Führern aber freilich mehr und Besseres zutrauend, als sie geleistet haben. Die Vereinigung im Pariser Hofe hatte auch vom Anbegin bei mäßiger Mitgliederzahl den Operationen der Gagern=Preußischen Partei für ihr Projekt beträchtliche Hindernisse in den Weg gelegt, hatte beträchtlichen Antheil an der Nöthigung Gagern's, sein Programm zu modificiren, gehabt. Sie gerieth in einen immer schärferen Gegensatz gegen die Erbkaiserlichen, je leidenschaftlicher diese ihren Verfassungsplan verfolgten, je mehr dabei deren Tendenzen zu kleindeutschen, partikularistisch=preußischen oder sonderbündlerisch=preußisch=norddeutschen sich verengerten, je mehr sie in Buhlerei mit der Linken verfielen. Zu den Pariserhof=Mitgliedern gehörten mehrere der Eifrigsten bei der Bildung der großdeutschen Partei, der Einflußreichsten in derselben, z. B. Reichensperger, gehörte außer andern vorragenden Oesterreichern Schmerling, der freilich einst den rath= und thatlosen Centrenmännern den Hals gerettet, nachmals aber in die Sünde gegen deren heiligen Geist verfallen war. Er stand ihrem Verfassungsprojekt, ihrem Erbkaiser, ihrem Rausch und Schwindel entgegen, und zwar als ein sehr gefährlicher Gegner. Es wurde angenommen, daß er, als Bevollmächtigter der Oesterreichischen Regierung und vom Standpunkte an der Seite des Erzherzog=Reichsverwesers und in der Mitte des Pariser Hofs, die Fäden der Oesterreichischen Intrigue — der Oesterreichischen Intrigue gegen das Zustandekommen des Preußischen Kaiserthums, der Verdrängung Oesterreichs aus Deutschland — die Fäden der Koalition der Oesterreicher und Großdeutschen mit der Linken in der Hand habe. Schmerling und Koalition mit der Linken! Eben diese Fraktion schloß die entschiedensten und beharrlichsten Gegner der Linken und jeder Annäherung an sie in sich. Sie schloß sich nicht unbedingt der großdeutschen Vereinigung an, Theils weil sie, allerdings vergeblich, dem Gedanken nachging, daß aus den Centren und der Rechten wieder eine große Partei für ein mäßiges erreichbares Ziel sich bilden möchte, Theils weil sie die Versetzung jener Vereinigung mit linksseitigen Elementen wegen der möglichen Folgen scheute; sie perhorrescirte jede Koncession an die Radikalen um so mehr, weil sie von der Ueberzeugung durchdrungen war, daß die großdeutschen Wege in dem Maß unpraktikabler würden, als sie in die Bahnen der Linken und der Kaiserlichen einliefen. Die Mitglieder der Fraktion wurden von den großdeutschen Freunden im Parteieifer bisweilen der Unentschlossenheit, der Schwäche oder falscher Sentimentalität geziehen, die Kaiserlichen schalten sie Anbeter Metternich's oder politische Sonderlinge, die nüchtern und beschränkt isolirte Meinungen verfolgten, und überhäuften sie, das Maß und die Sprache der Bitterkeit gegen sie erschöpfend, mit den Vorwürfen der Undeutschheit, des Vaterlandsverraths u. s. f. Zeugniß völlig blinder Leidenschaftlichkeit war es, daß auch sie, und eben jetzt, des Bündelns mit der Linken beschuldigt wurden und dieser zu Gefallen am beflissensten die Herbeiführung der Ergebnisse der Wahlgesetzdebatten betrieben haben sollten, während gewiß nirgend deutlicher als unter ihnen erkannt wurde, daß Votirung des allgemeinen Wahlrechts so viel heiße als das ganze Verfassungswerk in Frage stellen und insbesondere jede Aussicht für den großdeutschen Entwurf vereiteln. Aber freilich war das, was in allen Fraktionen der Centren und der Rechten die Sache verdarb, auch in dieser vorhanden und wirksam. Rathlosigkeit trat ein, als schon vor der Debatte die Vorschläge des Verfassungsausschusses aufgegeben wurden. Ueber den von Beseler beantragten Census ward in den Tagen der Wahlgesetzverhandlungen im Pariser Hofe wiederholt und ausführlich debattirt. Die Oesterreicher und Baiern stellten Berechnungen über den praktischen Erfolg desselben an und gelangten zu

dem Resultat, daß seine Annahme ganze Dorfschaften, ja ganze Bezirke von der Wahl ausschließen würde, was unmöglich geschehen dürfe. Dennoch stimmten mehrere Mitglieder für den Vorschlag. Es wurde beschlossen und zur Parteifrage gemacht, mindestens für den Biedermann'schen Antrag zu stimmen, und nur drei Mitglieder wichen von dem Beschlusse ab. Sie entschuldigten sich, als sie darüber zur Rede gestellt wurden, damit, daß sie nur von einem früheren Beschlusse Kenntniß gehabt, der allerdings gefaßt war und auf Annahme eines Antrags von Schuler aus Innsbruck gelautet, den man zurückgenommen, um sich auf den Biedermann'schen Antrag zu vereinigen und Stimmenzersplitterung zu verhüten. Die ministerielle Zeitung führte aus, es gebe nun kein Mittel der Abhülfe mehr, als die Stimmen der Oesterreicher, der Baiern, die die Mehrheit für das allgemeine Wahlrecht herbeigeführt, die Stimmen der Abgeordneten, deren Regierung dem engern Verbande, für „welchen allein die Beschlüsse gelten", nachträglich in Abzug zu bringen. Die Frankfurter Zeitung entgegnete: „Wir wollen diesen von so warmer Deutscher Gesinnung zeugenden Vorschlag näher in das Auge fassen und prüfen, welch gedeihliches Ergebniß erzielt werden würde, wenn die Stimmen der angeblich mit der Linken in Koalition getretenen Abgeordneten aus Baiern und Oesterreich bei den in Frage stehenden Beschlüssen zu dem Wahlgesetze in Abzug gebracht werden wollten. Vor Allem kommt hierbei der Antrag des Verfassungsausschusses in Betracht, der die Selbständigkeit des Wählens als Bedingung für die Ausübung des Stimmrechtes vorzeichnete, und diese Selbständigkeit allen Denen absprach, die im Lohn und Dienste Anderer arbeiten. Für diesen Antrag stimmten nur 21 Mitglieder der Versammlung und unter diesen 8 Oesterreicher und Baiern, aber nur 2 Mitglieder des Verfassungsausschusses. Wenn auch alle Oesterreichischen und Baierischen Abgeordneten sich dieses von seinen Eltern verleugneten Kindes hätten annehmen wollen, sie würden es nimmermehr zu Ehren gebracht haben. An jenen Antrag reihte sich zunächst der Verbesserungsantrag der Herren Beseler und Consorten, der einen Census von 5 fl. 15 kr., ein Einkommen von 350 fl. oder ein Grundeigenthum im Werthe von 350 fl. als Grundlage der Wahlbefähigung begutachtete. Dieser Antrag wurde verworfen mit 332 gegen 117 Stimmen. Laut Ausweis des stenographischen Berichtes hatten von den Abgeordneten aus Oesterreich und Baiern 22 für und 120 gegen denselben gestimmt; nach Abzug dieser Stimmen wäre dieser Antrag mit 212 gegen 95 gleichfalls verworfen. Diesem schließt sich der Verbesserungsantrag der Herren Biedermann und Consorten an, welcher die Wahlfähigkeit von der Theilnahme an Gemeindelasten, der Entrichtung irgend welcher direkter Steuern, oder dem Nachweise eines Einkommens von 350 fl. abhängig machen wollte. Er wurde abgelehnt mit 248 Stimmen gegen 204. Von den Abgeordneten aus Oesterreich und Baiern hatten sich für denselben erklärt 55, dagegen 80; nach Abrechnung ihrer Stimmen wäre der Vorschlag mit 168 gegen 149 gleichfalls verworfen. Endlich gehört noch hieher der Antrag des Abgeordneten Hofmann, welcher das Wahlrecht nur Jenen eingeräumt wissen wollte, die Grundbesitz oder eigenen Haushalt haben, oder aber Gemeindebürger, oder Staats=, Kirchen= oder Gemeindediener sind. Auch diesen Antrag traf das Geschick, mit 239 gegen 209 Stimmen abgelehnt zu werden. Von den Abgeordneten aus Oesterreich und Baiern haben 58 für und 84 gegen denselben votirt; nach Abrechnung ihrer Stimmen wäre sonach der Antrag mit 155 gegen 151 gleichfalls verworfen. Aus dieser auf Ziffern gestützten Darlegung ergibt sich unwiderlegbar, daß bei den angeführten Abstimmungen die Oesterreichischen und Baierischen Abgeordneten nicht die Entscheidung gaben, daß vielmehr ohne ihr Zuthun das Ergebniß das gleiche geblieben wäre, und daß auch die Mehrheit der Abgeordneten aus den übrigen deutschen Staaten sich gegen alle Beschränkung des Wahlrechtes ausgesprochen haben. Es ist wahrlich nicht gerecht, dieser Thatsache gegenüber, den Oesterreichern und Baiern ausschließend die Verantwortung für das Ergebniß jener Abstimmungen überbürden zu wollen; wir bedauern es, dürften jedoch durch unsere Berechnung dazu beigetragen haben, dem Korrespondenten der Oberpostamtszeitung die schmerzliche Wahrnehmung vor die Augen zu stellen, daß die von ihm in Antrag gebrachte patriotische

Selbstverstümmelung die gehofften Früchte nicht tragen würde.“ Die Reichsministerielle ignorirte das ihre Angaben unwiderleglich Korrigirende, wies die auf die Stimmlisten berufenden Berichtigungen zurück, die ihr mit der Bitte um Aufnahme zugeschickt wurden, und setzte ihr Anschuldigen und Lügen fort.

Es mögen hier noch die nachstehenden Notizen jenen Berechnungen hinzugefügt werden. Den Antrag von Beseler betreffend, so stimmten dafür 3 und dagegen 85 Oesterreicher, dafür 73 und dagegen 90 Preußen (unter ihnen Zell, die beiden Löw, v. Maltzahn, Sellmer, Veit und noch andre Kaiserliche aus dem Landsberge und Kasino — wovon die kaiserlichen Organe nichts sagten), dafür 19 Baiern (unter ihnen mehrere und auch noch andre Mitglieder des Pariser Hofes), dagegen 36; dagegen sämmtliche Sachsen, also auch die Kaiserlichen; dafür 2 Hannoveraner, dagegen 16 (meist Kaiserliche); dafür 2 Würtemberger, dagegen 23; dafür ein Badenser, dagegen 9; aus dem Großherzogthum Hessen 2 dafür, 8 dagegen; aus Kurhessen 1 dafür, 8 dagegen u. s. f. Ohne die Oesterreicher stimmten dafür 113, dagegen 247. Wenn also gar kein Oesterreicher mitgestimmt hätte, so wäre der Antrag noch immer mit einer Mehrheit von 247 gegen 113 Stimmen verworfen gewesen. Für den von Biedermann vorgeschlagenen Wählbarkeitscensus stimmten Großdeutsche wie Arndts, Braun, Edel, Gombart, Reichensperger u. A. und gegen denselben eine beträchtliche Zahl von Erbkaiserlichen aus dem Landsberge und auch aus dem Kasino. Es stimmten 19 Oesterreicher für, 62 gegen; 105 Preußen für, 65 gegen; 31 Baiern für, 19 gegen; 2 Sachsen für, 15 gegen; 10 Hannoveraner für, 10 gegen; 4 Würtemberger für, 21 gegen; ein Badenser für, 9 gegen; 2 Kurhessen für, 7 gegen, u. s. f. Ohne die Oesterreicher stimmten im Ganzen für den Antrag 186, gegen denselben 184. Hätten sie also überhaupt nicht mitgestimmt, so wäre er mit zwei Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über das Wahlgesetz im Ganzen stimmten dafür 73, dagegen 14 Oesterreicher; dafür 25, dagegen 33 Baiern; dafür 59, dagegen 99 Preußen (unter den dafür Stimmenden abermals eine Anzahl Kaiserliche, Zell, Viebig, Wichmann, Jahn u. s. w.); dafür 19, dagegen 3 Würtemberger; dafür 16, dagegen 2 Sachsen; dafür 10, dagegen 7 Hannoveraner; dafür 10, dagegen 1 Badenser, u. s. f. Es stimmten überhaupt 450, unter welchen 87 Oesterreicher; zieht man sie ab, so bleiben 363, die Mehrheit war also 182. Gegen das Wahlgesetz stimmten mit Abzug der Oesterreicher 180, für dasselbe mit Abzug der Oesterreicher 183. Hätten die Oesterreicher also nicht mitgestimmt, so würde das Wahlgesetz dennoch angenommen gewesen sein. Gegen das Wahlgesetz stimmte eine beträchtliche Anzahl Großdeutsche, also bei weitem nicht die ganze Weidenbuschpartei, von welcher nach Biedermann's (S. 108) Berechnung etwa 100 für dasselbe stimmten. Wenn die ganze Weidenbuschpartei dagegen gestimmt hätte, so würde es mit fast 300 gegen etwa 150 oder 160 verworfen sein.

VIII.

(S. 105.) Gagern und der Erzherzog. Am 14. brachte die Frankfurter Zeitung einen Artikel der Rheinischen Volkshalle, worin Gagern beschuldigt wurde, ohne alles Mitwissen des Reichsverwesers in dessen Namen an mehrere Regierungen, welche sich für das erbliche Oberhaupt erklärt, Erwiederungsschreiben erlassen zu haben, in welchen er „den freudigen Bekennern des neudeutschen Kaiserthums gebührendes Lob gespendet, in den gebrauchten Worten aber das Oesterreichische Gefühl nicht sonderlich geschont habe.“ Die Frankfurter Zeitung behauptete sodann, der Name des Reichsverwesers sei bei jenen Erlassen mißbraucht, der Reichsverweser habe um letztere nicht gewußt. Die Oberpostamts-Zeitung erklärte diese Behauptung für eine Lüge. Am 18. stellte die Frankfurter Zeitung eine Erklärung an die Spitze ihres Blattes, worin sie ihre Behauptung unter Hinzufügung von Thatsachen wiederholte, wie sie nur aus der unmittelbaren Umgebung des Erzherzogs und kaum ohne dessen Einwilligung mitgetheilt werden konnten. Die Erklärung der ministeriellen Zeitung beruhe auf Unwahr-

heit oder mindestens auf Sinnverdrehung der Worte der Frankfurter Zeitung. „Die erste, von Baden ausgegangene Adresse, welche von Unterwerfung unter die Reichsgewalt und von der Möglichkeit eines erblichen Kaiserthums im Allgemeinen spricht, aber keine Silbe von einem „Preußischen" Kaiserthum enthält, wurde allerdings dem Reichsverweser von dem Ministerium vorgelegt, mit dem Ansuchen, darauf eine Antwort geben zu dürfen; diese Antwort bekam jedoch Erzherzog Johann nicht zu Gesicht, noch weniger aber die hinterher eingelaufenen Adressen, worin direkt von einem Preußischen Kaiserthum die Rede ist, und dennoch ertheilte das Reichsministerium auf dieselben Antwortschreiben und Danksagungen, schlechterdings unbekümmert darum, ob und wie der Reichsverweser darüber etwas in Erfahrung bringe", u. s. f. Das Reichsministerium richtete am 18. ein Schreiben an den Reichsverweser zu dem Zwecke, die „Bestätigung zu erhalten, daß derselbe sich der Thatsachen ebenso erinnere wie das Ministerium." Am 19. erwiederte der Erzherzog. Allein seine Antwort erschien den Ministern nicht genügend. Sie richteten am 21. ein abermaliges Schreiben an ihn, worin sie ihm zumutheten, eine Erklärung zu Gunsten des Ministeriums in der Post=Zeitung zu erlassen. Es war darin die Rede von den hohen Eigenschaften der Vaterlandsliebe und den Opfern, die der Erzherzog gebracht, wovon Niemand tiefer und dankbarer durchdrungen sein könne, als die Minister und namentlich der Unterzeichnete, Gagern; es wurde Akt davon genommen, daß der Erzherzog die Thatsache bestätigt habe, daß sein Name „nicht ohne sein Vorwissen gebraucht und mißbraucht worden", doch auch zugestanden, daß das Antwortschreiben an die Badische Regierung vor dessen Absendung nur mündlich vorgetragen gewesen sei; eine Rücksichtslosigkeit bei Uebersendung des Schreibens vom 18. wurde entschuldigt, ein Gegenvorwurf wegen einer erzherzoglichen Rücksichtslosigkeit angedeutet. Der Erzherzog scheint wenigstens zuerst ablehnend geantwortet zu haben. Man sagte, seine Erwiederung habe dahin gelautet, daß die Herren gehen könnten. Dann scheint er eingewilligt zu haben. Am 23. brachte die Postzeitung eine, jedoch auf Schrauben gestellte Erklärung: das Ganze sei Lüge. Allein am 24. erschien eine Entgegnung in der Frankfurter Zeitung, die wieder das Vorwissen des Erzherzogs voraussetzte, und am 26. brachte Clemens die Sache in der Nationalversammlung vermittelst einer scharfen Interpellation zur Sprache. Gagern antwortete auf der Stelle, erklärte Alles für Verleumdung, rühmte sich eines gerade sehr rücksichtsvollen Verhaltens bei jenen Antwortschreiben und schloß mit der Aeußerung, der Erzherzog habe die hohe Stellung des Reichsverwesers über den politischen Parteikämpfen in den Verwickelungen der letzten Zeit unverrückt zu wahren gewußt. Die Sache hatte damit ihr Bewenden. Wenn der Erzherzog die betreffenden Erlasse genehmigt, so war es doch ohne Frage schwer von ihm empfunden, daß er dazu irgendwie von Gagern veranlaßt worden war, sei es durch Benutzung seiner Verlegenheit oder schwierigen Lage, oder seiner opferwilligen „Vaterlandsliebe", und von dem Vorwurfe, den Namen und das Ansehen des Erzherzogs in diesem Sinne mißbraucht zu haben, gelang es Gagern so wenig sich zu befreien, als bei der Sache des geheimen Decemberprogramms, zu dessen Genehmigung er den Erzherzog vermocht.

IX.

(S. 121, 126). Die Kaiserlichen nach ihrer Niederlage in den Verhandlungen über die Regierungserklärungen am 26. Februar; ihr Gedanke eines Sonderparlaments; Excesse ihrer Organe. Haym (II, 308) und Raumer (II, 280) berichten, daß es Abends im Kasino aussah, „wie nach einer verlorenen Schlacht", daß „nervose" und „wahnsinnige" Vorschläge auf die Bahn gebracht und hitzig verhandelt wurden: weil es unmöglich, den „Bundesstaat" in der Paulskirche durchzusetzen, eine besondere Versammlung zur Bildung eines Norddeutschen Bundesstaats in oder außerhalb

Frankfurt — in Kassel oder Bremen — zu bilden. Von einem zu berufenden erbkaiserlichen Gegenparlament war dann auch im Frankfurter Journal die Rede. Indeß wurden extreme Beschlüsse abgewendet. Man tröstete sich damit, daß man doch die größeste Minorität und daß es auch der Gegenpartei unmöglich sei, etwas wider die Ansicht des Weidenbusches durchzusetzen. Man steifte sich nur noch mehr auf letztere und sann auf neue Mittel und Wege, dieselbe doch noch zur Geltung zu bringen, glaubte namentlich dadurch etwas zu gewinnen, daß man die Lücken durch Aufforderung an die Abwesenden zur Theilnahme durch Rückkehr oder Stellvertretung auszufüllen suchte — während man großen Lärm darüber erhob, daß auf der gegnerischen Seite Aehnliches geschah oder daß aus Oesterreich Abgeordnete zurückkehrten oder neu eintraten, und da man doch von Anfang des Vortheils genossen hatte, daß verhältnißmäßig Oesterreich nie so stark als Preußen vertreten gewesen war. Die C.=K. sprach offner und heftiger als je aus, daß es auf eine wenn auch noch so kleine koncentrirte Einheit ankomme, daß es der Ausscheidung Oesterreichs und Falls nicht mehr zu erlangen wäre, der Errichtung eines Preußisch = Norddeutschen Sonderbundes gelte, und nannte es hämische Verdächtigung Preußens, daß im großdeutschen Lager gesagt werde, letzteres verfolge separatistische gegen Oesterreich gerichtete Tendenzen; sie führte Klage über die parteiliche Zerrissenheit der Versammlung, die von der alten konservativen Mehrheit abgefallenen Oesterreicher, die ohne Scheu für Oesterreichische Interessen wirkten, erklärte Deutschland für verloren und dem Schicksale Polens verfallen, wenn es Angesichts der aufsteigenden Gewitterwolken nicht bald einig werde nach dem Sinne der Weidenbuschmänner, verurtheilte Jedermann für immer zur Blindheit, wer das nicht einsehe u. dgl. Die kaiserlichen Organe spornten die Freunde und verunglimpften die Abneigenden nach besten Kräften. Die D. Z. führte während der Ausschußarbeiten geflissentlich zum zwanzigsten Male aus, es gelte Bundesstaat mit einem Parlament oder Staatenbund mit einem Bundestage; nichts weiter als den alten Staatenbund wollten die „Großrussen", deren Mehrheit, die „gefoppten Hansnarren", von einem geschlossenen Häuflein schlauer Leute geführt werde. Sie „hob die Hände zum Himmel auf", daß sie rein sei von der Schmach, zu thun wie die Partei, die zur Erneuerung des Wiener=Congreß=Diplomatenstücks die Hand biete. Vor allen Dingen sollte nur jetzt nicht inne gehalten werden. Sie eiferte gegen die verderbliche „Ruhelust", welche mitten in der Erregbarkeit und Gährung eintrete und verführen könnte, zu warten, gegen jede Rücksichtnahme, wodurch der Abschluß verzögert werde, warnte die Linke vor dem „Uebertreten" zu Denen, welche sie denuncirte, mit derselben verbündet zu sein. Ihre Korrespondenten und die der Oberpostamtszeitung nahmen den Verfassungsausschuß und insbesondere die antikaiserlichen Mitglieder scharf aufs Korn, recensirten deren wirkliches oder angebliches Verhalten im Ausschuß, verzeichneten die ihnen zugesendeten Mißtrauensadressen, nannten mit Denunciationstendenz ihre Namen, z. B. beim Erblichkeitsbeschluß Gülich, Mittermaier, Schreiner, Wigard, Schüler, Ahrens, Welcker, Rotenhan, Lassaulx, Detmold, Jürgens. Dafür gab dann die Frankfurter Zeitung wieder Andeutungen über die Mittel und Mittelchen der der Kaiserpartei angehörenden Mitglieder des Ausschusses, z. B. in der Nummer 33, womit es seine Richtigkeit hatte, oder sie erging sich in boshaften Andeutungen (Nr. 48), wonach z. B. einzelne Mitglieder bei den Berathungen über das Reichsgericht mit Rücksicht auf die Besetzung der Stellen in demselben durch ihre eigenen Personen operirt haben sollten. Es war unvermeidlicher Rückschlag und Denen, die zuerst aus der Schule geschwatzt und ihren Verdruß über ihre Meinungsgegner nicht hatten bezähmen können, vorhergesagt, daß so etwas erfolgen werde.

Weidenbuschmänner und Linke hegten gleich übertriebene Vorstellungen von der Bedeutung und Kraft endgiltiger Beschlüsse der Nationalversammlung. In Betreff der Ausführung bestärkten sich Beide in ihrem Calcül. Die Radikalen spekulirten auf eine eigentliche und unberechenbare revolutionäre Bewegung, Jene rechneten gleichfalls auf eine „Erhebung", die jedoch nur in Kammer= und anderen Demonstrationen bestehen, etwa zu Excessen fortschreitend, doch vollkommen lenksam bleiben und hauptsächlich durch die Furcht wirken sollte, die sie einflößen

würde. Zugleich zählten sie auf die Nöthe und Gefahren, worin sich Oesterreich befand, und hauptsächlich immerfort auf Preußen, auch in diesen Tagen, wo die Kunde von dessen Februarerklärung noch frisch war, mit welcher sie sich in Widerspruch setzten, und wo ähnlich ungünstige Nachrichten aus Berlin einliefen. Die Thronrede machte ihnen Sorge wegen ihrer „Trockenheit". Allein sie meinten dem Eifer der Vincke, Schwerin, Camphausen vertrauen zu dürfen, „da diese noch im Scheiden für Frankfurt und den Bundesstaat zu wirken verheißen", und hielten sich an das, was ihnen günstig klang, das „feierliche Königswort", woran sich nicht drehen und deuteln lasse: „die innigste Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate ist forthin der Gegenstand meiner lebhaftesten Wünsche". Sie folgerten daraus, daß der König den Bundesstaat, „wobei Oesterreich nicht sein will und kann", vollenden müsse, und ignorirten oder verdreheten daneben das Königswort, das so bestimmte Erklärungen gegen die Errichtung einer Kaiserwürde, den Ausschluß Oesterreichs, die Paragraphen 1—3 enthielt. Die D. Z. ließ sich aus Berlin schreiben: „Wiederholen Sie es ohne Ermüden, Preußen wird das Erbkaiserthum übernehmen, wenn es ihm aufgetragen wird." Es war die Rede von bedenklichen Aeußerungen Camphausens. „Das steht im direktesten Widerspruch mit dem was wir von seinen Instruktionen wissen. Lauten sie für den Fall, daß Preußen nicht an die Spitze gestellt werde, dahin, daß Preußen dann auf einer minder straffen Form des Bundesstaats beharren müsse, so liegt ja darin geradezu die erbkaiserliche Erwartung Preußens ausgesprochen."

Auswärtige Verwickelungen waren im Anzuge. Wenn solche hinzugekommen, waren die inneren Sachen in Deutschland stets schlecht gegangen, die Unordnungen im Innern hatten allezeit die Folge gehabt, daß die Auswärtigen über Deutschland gewonnen. Das hatte sich auch eben in dieser Zeit wieder in der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit vor Augen gestellt. Es wurde viel von einer Russischen Note an das Berliner Kabinet gesprochen, einem Zeichen beginnender Einmischungen der östlichen Macht in die Deutsche Verfassungsangelegenheit. Man sollte also in dieser das Möglichste nachgeben und alles Thunliche thun, sie vergleichend baldigst abzuschließen und überhaupt wieder einträchtig zu werden, Alles, was hierin stören kann, jeden Gegensatz fortzuschaffen, sich bemühen; welchen Unsegen hat Deutschland stets namentlich davon gehabt, wenn seine Großstaaten wider einander gestanden. Das waren die Erwägungen auf Seite der Großdeutschen. In der Preußischen Thronrede hieß es: Preußen werde die Ehre Deutschlands (gegenüber Dänemark) zu wahren wissen. Oesterreich, von Deutschland verlassen, hatte die Russische Cooperation angenommen. Eben auch auf diese Aeußerungen und Konstellationen gründeten die Erbkaiserlichen ihre Hoffnungen für die Einheit und Glorie Deutschlands im Bundesstaat. „Preußen wird die Ehre Deutschlands wahren; Rußland und Oesterreich sind handelseinig geworden, so wird auch Preußen und Deutschland eins werden; Oesterreich allein kann sich in seinen höchst willkommenen neuen Verlegenheiten nicht widersetzen, wenn ihm Preußen, kühn nach der Kaiserkrone greifend, das Geschehenlassen oder die Zustimmung abzwingt. Oesterreich mit Rußland? — Desto besser! Hochgestellte Staatsmänner in Berlin sind der Meinung, daß ein Kampf mit Rußland kaum noch zu vermeiden sein werde. Sie melden, ein dem Throne nahestehender Prinz hat erklärt, daß er, wenn auch nicht ohne Schmerz, doch freudig das Schwert ziehen werde für Preußen und Deutschland; und ein auswärtiger Staatsmann schreibt, der Deutsche Kaiser werde nicht in der Paulskirche, sondern auf dem Schlachtfelde geboren." Die Gleichgesinnten in Berlin verfehlten nicht, den Ton der Freunde in Frankfurt zurückzugeben. „Preußen, hieß es z. B. in der Deutschen Reform, als die erste Deutsche Macht, hat seit Friedrichs des Großen Siegen das Gehorchen im Reiche verlernt; es steht fest, wenn sich eine Mehrheit dafür aussprechen sollte, Deutschland Oesterreichisch werden zu lassen (Oesterreich nicht auszuschließen), daß die preußischen, alle norddeutschen, eine Minderzahl der übrigen Deputirten augenblicklich die Paulskirche verlassen würden; allerdings handelt es sich um nichts Geringeres, als um Krieg oder Frieden zwischen Oesterreich und Deutschland" u. dgl. Die C.-K. schrieb: „Die allgemeine politische Lage nimmt nachgerade auch für das minder geschärfte Auge die frappanteste

Aehnlichkeit mit der an, wie sie vor einem Jahrhundert vor dem Begin des Schlesischen Krieges war. Die Schleswigsche Frage hat dieselbe Bedeutung, welche damals die Schlesische hatte; gar leicht dürfte auch sie den ersten Blitz aus den drohenden Wetterwolken an unserem politischen Horizonte locken und den Gährungsproceß eines langen und harten Völkerkampfes einleiten. Heute wie damals steht Rußland mit Oesterreich auf der einen Seite; Frankreich daneben, nicht ohne Neigung, sich freundlich zu Oesterreich zu stellen; auf der andern Seite Preußen, der das Schwert führende Arm des neuen Deutschlands als Vorkämpfer der Zeitideen, im Einverständnisse mit den Norddeutschen Staaten, besonders mit den kleineren unter ihnen. — — — Die dunkle Schwüle dieser politischen Konjunktur, welche noch nicht nach allen Seiten hin Freund und Feind deutlich unterscheiden läßt und dadurch auch jede genaue Berechnung und Bestimmung über die Verwendung der eigenen Kräfte noch unmöglich macht, trägt ihren Charakter auch auf die Haltung und Stellung der parlamentarischen Parteien über. Die stärkste und ruhig gehaltenste Partei ist fortwährend die Deutsch-nationale, welche ihre Versammlungen im Weidenbusche hält; sie zählt jetzt gegen 250 Mitglieder und konsolidirt sich in sich selbst von Tag zu Tage mehr, sie ist der stärkste Träger der im Deutschen Volke lebenden und seine politischen wesentlichen Bewegungen bedingenden Idee des festorganisirten einheitlichen Bundesstaates, wenn auch nachgiebig für Bestimmungen, welche sich mit dem Wesen eines solchen Bundesstaates vertragen, doch weniger als jede andere Partei zu Koncessionen geneigt, welche den Charakter desselben alteriren könnten; ihre parlamentarische Stellung ist deshalb eine besonders loyale." Freilich wurde die Lage der vor den Schlesischen Kriegen immer ähnlicher und die Deutsch-nationale und loyale Partei drängte mit aller Macht, bewußt, mit offnen Augen dahin, nur daß sie die Nichtähnlichkeit, daß Friedrich d. Gr. fehlte, nicht sah. Als Graf Arco Valley in der Bairischen Kammer entrüstet über einen Artikel der D. Z. sich geäußert, in welchem offenbar zum Bürgerkriege aufgefordert werde, schrieb Gervinus in einer Korrespondenz „Für die Großdeutschen", an welcher nichts großdeutsch, weder Vaterlandsliebe, noch Ehrgefühl, noch der politische Verstand: „Das ist mein Artikel, oder ist es ein anderer, so nehme ich ihn auf mich; alle Regierungen, Stämme, Parteien, die sich auf Oesterreichs Seite stellen, sind die Mitschuldigen seiner vaterlandsverrätherischen Politik; Preußen und die Preußische Partei will nur, was das Volk und die Nationalversammlung will" u. s. f. Er schrieb das, während das Volk in getheiltester Meinung so heftig zankte, als die Parteien in der Nationalversammlung um die Mehrheit kämpften, und während die Preußische Partei in jeder Sitzung in der Minderheit gegen die Großdeutschen blieb. Noch zehn Tage später sprach ihre Korrespondenz die Hoffnung aus, daß letztere zur Mehrheit erwachsen werde.

Am 26. Februar war in der D. Z. von den Gerüchten einer im März bevorstehenden allgemeinen republikanischen Schilderhebung die Rede, die um so gefährlicher an der Schwelle der Feststellung der Verfassung, bei solcher Zerrissenheit Deutschlands sei; indeß wurde davon nur Anlaß zu Drohungen gegen Diejenigen hergenommen, die die Hoffnung auf den Bundesstaat zu vernichten und Alles wieder in die alte Trostlosigkeit zu versenken suchten. Datirt vom 4. März, signirt von Bassermann war ein reichsministerielles Ausschreiben an alle Deutschen Regierungen, das die dringendsten Aufforderungen zur Wachsamkeit, eventuell zur Repression, detaillirte Nachrichten über den bevorstehenden Ausbruch einer republikanischen Verschwörung und eine Schilderung der Größe der Gefahr enthielt. Es ist mit Spott über die brennenden Farben jener Schilderung und Bassermanns „Gestaltenseherei" in Kolatscheks Monatsschrift (1850, Juniheft, 362) abgedruckt. Am 9. kam die C.-K. ausführlich auf die Sache: „Die in der Berliner Kammer über den Ausbruch eines allgemeinen demokratischen Aufstandes verbreiteten Nachrichten sind durchaus geeignet, die Aufmerksamkeit der Regierungen wach zu erhalten. Wenn wir bisher diese Mittheilungen nicht berührt haben, so dürfen wir wohl jetzt, nachdem sie einmal zur Sprache gekommen, darauf hinweisen, daß der Reichsgewalt von Seiten der Französischen Regierung Mittheilungen zugekommen sind, nach welchen am 18. März, im Verhinderungsfalle am

5. April eine Kette von Aufständen, vom Badischen Oberlande, durch das Nassauische, nach Thüringen, bis nach Berlin, und zwar um die Truppenmacht überall zu beschäftigen, gleichzeitig losbrechen soll. Die Arbeiterbewegungen in Berlin dürfen als Vorbereitungen zu jenem Aufstand wol auch dann gedeutet werden, wenn es sich, woran wir keinen Augenblick zweifeln, unzweideutig herausstellen sollte, daß die Arbeiter selbst am wenigsten von dem Vorhandensein einer solchen Verschwörung wissen. Es würde dies von neuem den Beweis liefern, daß die Socialisten, die sich gegen die Ausbeutung der Arbeiter als „Instrumente der Arbeit" mit Recht ereifern, sich nicht scheuen, die Unglücklichen als Instrumente des Aufruhrs auszubeuten, um sie nach Erreichung ihrer Zwecke ins alte Eisen zu werfen. Wenn Fröbel kürzlich von der Tribüne aus erklärt hat, daß er die Beschuldigung einer Aufstachelung des Volkes zu einem Aufruhrsversuch als einen Angriff auf seinen Verstand ansehe, so sind wir zwar weit entfernt, die Einsicht des Herrn Fröbel zu bezweifeln, müssen aber doch davor warnen, den geheimen Leitern der Verschwörung, die von Genf aus ihre Fäden spinnen, die gleiche Einsicht zuzutrauen; denn daß dort unter dem Vorsitz von Karl Heinzen ein Ausschuß sich gebildet hat (der auch den Meuchelmord nicht verwirft), um den Aufruhr zu organisiren, kann als gewiß betrachtet werden, und nicht bloß auf die Fürsten, sondern auch auf die Führer der konservativen Partei ist es abgesehen. Aeußere Abzeichen tragen diese Vehmrichter nicht, der Händedruck und in einzelnen Fällen Erkennungskarten machen die Verschworenen einander kenntlich; auch hier ist bereits eine solche Karte zum Vorschein gekommen. Mit tiefer Wehmuth theilen wir diese Nachrichten mit und wollen den Männern, die von der Französischen Regierung namentlich bezeichnet sind, die Lage des Vaterlandes zu bedenken geben. Wem noch ein Funke von Vaterlandsliebe im Herzen glimmt, der darf zur Gefahr von außen nicht den Aufstand im Innern fügen wollen, ohne sich des schwärzesten Verraths schuldig zu machen. Und vielleicht schaudern jene Männer eher vor dem Verrath als vor dem Verbrechen zurück!" Die C.-K. und ihre ganze Partei hätten das selbst so sehr wohl gebrauchen können bei den Reden, welche sie unausgesetzt führten, vom „Druck von Außen", der zu erwartenden Erhebung des Volkes für die Verfassung u. dgl., wodurch sie sich um so verdammlicher machten, indem sie das Gleiche an Andern und nur da so scharf rügten, wo es auch auf ihren Bundesstaat und „nicht bloß auf die Fürsten, sondern auch auf die Leiter der konservativen Partei abgesehen" war. Im April und Mai fügten sie zur Gefahr von Außen selbst direktes und hitziges Aufstandschüren hinzu.

X.

(S. 127.) Ein Vermittelungsversuch bei Gagern. Ich hatte Abrede mit einigen der nächsten Meinungsfreunde genommen. Auch entfernter oder entgegen Stehende, wie Mathy, waren einverstanden. Sie hatten im Weidenbusch sondirt, doch wenig Anklang gefunden. Sie wünschten, daß es versucht werde, einen stärkeren Einfluß in Bewegung zu setzen. Ich sagte Gagern: der Verfassungsausschuß schafft neue Hindernisse. Die Erklärungen der Regierungen greifen tief in den Plan und die Anlage der Verfassung ein, aber sie gehen von der Tendenz aus und halten sie besser fest, daß ein wirklicher Bundesstaat errichtet werde, sie ergänzen, was dem Verfassungsprojekt fehlt und fehlen muß, weil es das Werk einer konstituirenden Versammlung ist; dies Projekt und insbesondere der Erbkaiser kann gegen Oesterreich, gegen Preußen, ohne Zerwühlung und Revolutionirung der sich widersetzenden Staaten nicht durchgesetzt werden, und geschähe es, so hätte man keinen starken, sondern einen sehr schwachen Staat, ein Reich, das mit dieser Verfassung, diesen Grundrechten, diesem Wahlgesetz u. s. w. gar nicht zu regieren sein würde. Ich bat Gagern inständig, seinen Einfluß bei den Professoren im Verfassungsausschuß dahin geltend zu machen, daß sie mit minderer Hartnäckigkeit die Anträge der Regierungen behandelten. Ich schlug ihm sodann vor: er möge seine Partei bestimmen, zunächst die Kollektiverklärung

in Bausch und Bogen anzunehmen und von dem Erbkaiser abzustehen, dies letztere namentlich deshalb, weil Oesterreich dadurch für immer ausgeschlossen werde, weshalb von unserer Seite, von allen übrigen Gründen abgesehen, nicht darauf eingegangen werden könne und werde. Wenn er dies durchsetzen könne und wolle, so möge seine Partei ein einheitliches — nur nicht erbliches — Oberhaupt mit einem Reichsrathe und den König von Preußen als dieses Oberhaupt, oder ein Direktorium mit dem Vorsitze und großen Befugnissen Preußens vorschlagen: wir würden diesen Anträgen die hinreichende Anzahl von Stimmen zuführen, um sie mit starker Mehrheit durchzubringen. Er und seine Partei gäben bei Annahme dieses Vorschlags nur auf, was sie nach aller Wahrscheinlichkeit doch nun einmal nicht erreichen könnten. Der Vortheil bestehe darin, daß man sofort etwas sehr Beträchtliches, fast die ganze Verfassung habe, beschlossen in der Versammlung und voraus genehmigt von Preußen und 26 Regierungen, so gut wie genehmigt auch von den meisten übrigen; daß die Klippe: Vereinbarung oder Souveränität der Nationalversammlung vermieden werde; daß die sichre konservative Mehrheit hergestellt, der Zerklüftung und dem Hader ein Ende gemacht, daß es möglich werde, in zweiter Lesung auch ein konservatives Wahlgesetz durchzubringen. Gagern notirte sich meine Vorschläge und äußerte sich denselben ganz geneigt. Insbesondere gestand er rund heraus, daß er es für unmöglich halte, den Erbkaiserplan für jetzt auszuführen. Damit schien der Hauptanstoß beseitigt. Allein er meinte dann wieder, er habe sich einmal zu bestimmt dafür ausgesprochen, wolle auf die Vorschläge eingehen, aber erst, wenn die Erblichkeit auch in der zweiten Lesung gefallen sei. Er wollte sich also erst schlagen lassen, den Zeitpunkt versäumen, wo er, eine neue Parole ausgebend, mit einem neuen, der veränderten Sachlage angepaßten Plane hervortretend, im Stande, etwas zu bieten, eine neue Partei bilden konnte. Unmittelbar nach mir hatte Hergenhahn das Wort bei ihm, und sei es nun, daß er sich nicht entschließen konnte, sich gänzlich eines Andern besann, oder daß er seiner Partei nicht mächtig war, die ihm wie Blei an den Füßen hing, ihn ihrerseits führte und nur zu oft zu ganz falschen Schritten hinriß, oder daß er für den Vorschlag wirkte und daß der „Welckersche Antrag“ dazwischen kam: die Sache fiel zu Boden.

XI.

(S. 145.) **Schmerling** bedachte bei seinem **Direktorialentwurfe** sehr wohl, was er zur Wahrnehmung der Interessen seiner Regierung schuldete. Allein dazu gehörte nach seiner Ueberzeugung Vereinigung dieser Interessen mit dem großen Zwecke. Er hielt dafür, daß Bestehen auf dem bleibenden Vorsitze Oesterreichs eine zu große Schwierigkeit in den Weg legen dürfte, da Preußen, nachdem ihm die halb und halb gehoffte Kaiserwürde entgangen, sich kaum darein ergeben werde, und daß die Parität ein von Eifersucht freieres Verhältniß erwarten lasse. Er erbat ähnliche Instruktionen, namentlich über die Einrichtung des Volks- und Staatenhauses. — Zu dem Erlogenen und Verdächtigenden, was die **erbkaiserlichen Organe** bei diesem Anlaß ausstreuten, gehörte die Behauptung, Schmerling verheimliche allen, außer den königlichen Bevollmächtigten, ängstlich die Instruktion, er habe Camphausen's Abwesenheit wahrgenommen, um mit dem Entwurfe hervorzutreten. Die C.-K. hob sogleich hervor, daß die Oesterreichischen Vorschläge schwerlich die **Linke** befriedigen würden. Sie sagte, dieselben wären ganz geeignet, denen die eben nichts wollten als einen Vorwand zur Verzögerung, diesen Vorwand zu erneuern u. s. f. Sie spottete über die an den Bevollmächtigten erfolglos versuchte „Wunderkraft des Mährchens von den sieben Prinzen“, womit der Deutsche Michel wieder in den Schlaf gelullt werden solle und was dergleichen mehr war. Einen noch gehässigeren (Bassermann'schen) Artikel lieferte die O.-P.-A.-Z. am 8. Aus der Instruktion sei noch deutlicher, daß Oesterreich entweder den ganzen Charakter der Deutschen Bewegung nicht verstehe, oder daß es eingestehen wolle, „daß seine Forderungen sich mit einer neuen Bundesstaatlichen Einheit eben einmal nicht vereinigen lassen.“ Wer so „Unmögliches“ fordere (statt des

so sehr möglichen Preußischen Kaiserthums und der Verdrängung Oesterreichs aus Deutschland) dürfe sich nicht wundern, wenn der Verdacht aufsteige, man wolle die Neugestaltung selbst unmöglich machen u. s. f. Der ganzen Ausführung so wie den ähnlichen Deduktionen der D. Z. lag wesentlich der Gedanke zum Grunde, wenn die Oesterreichischen Vorschläge zur Ausführung kämen, so behalte gleich Oesterreich Preußen seine Souveränität — als wenn Preußen dieselbe hätte aufgeben wollen! — so sei kein „souveränes Deutsches Reich" möglich, so blieben Oesterreich und Preußen Europäische Großmächte, so werde Deutschland zu keiner Großmacht, so könnten Oesterreich und Preußen durch das Deutsche Parlament nicht unter dessen Willen gezwungen werden, so könne man keinen parlamentarisch zu regierenden Deutschen Bundesstaat haben, — was auch ganz richtig war, besonders wenn man diesen so verstand, daß darin der Regent bloß die Stimmen im Parlamente zu zählen und nach der Mehrheit die Minister zu ernennen habe. Die Partei lebte fort in dem Traume, daß ein Reich in diesem Sinne durch Beschlüsse der Nationalversammlung oder vielmehr durch Parteibeschlüsse, für welche winzigste Mehrheiten ergaukelt worden, und allenfalls durch Preußische Säbelhülfe errichtet werden könne, müsse und werde; sie rechnete Oesterreich seinen Widerspruch dagegen und jede Aeußerung, die eine Folge desselben war, als unerhörte Sünde an, und deutete sein Streben nach Einheit nur so, als wolle es gar keine, sein Streben wider den übersteigerten Unitarismus als Feindseligkeit gegen die Nationalversammlung und gegen Deutschland. Gehe man auf die Oesterreichischen Vorschläge ein, hieß es in der D. Z., so werde man auf die Wiener Schlußakte zurückgebracht, womit das durchaus Unstatthafte nnd Unleidliche bezeichnet werden sollte, daß man zu einer bloßen Reform der Bundesverfassung gelange. Während die Partei und deren Organe insbesondre alles aufboten, die Nationalversammlung mit Oesterreich und dieses mit Preußen zu verfeinden, sagte die D. Z., das Oesterreichische Kabinet gehe darauf aus, die Nationalversammlung mit Preußen zu verfeinden, damit dieses genöthigt werde, sich zur Verständigung mit Olmütz herbeizulassen, was in den Augen der Erbkaiserlichen das größeste Unglück und schlimmste Verbrechen war. Die D. Z. that auch bei diesem Anlaß, was sie vermochte, Mißtrauen und Haß zu erregen oder zu mehren. E. M. Arndt lieferte ihr einen skurilen Artikel gegen das „vielköpfige Götzenbild", der seltsam genug auf die Idee hinauslief: man solle und müsse allem Volke Brot schaffen, und das könne nicht geschehen, wenn man die Direktorialform beliebe und kein „starkes Einheitsreich" unter dem Preußischen Könige errichte. Ihr Korrespondent vom Rhein plädirte eifrigst für Gagern's Verfahren gegen Oesterreich und gegen den von letzterm eingebrachten Direktorialvorschlag als einen Ruin des Bundesstaats, ein Hinausschieben der Hoffnungen, der Macht Deutschlands, wodurch die Revolution aufs Neue nothwendig werde. Daneben wurde die Sächsische Regierung, die sich dafür ausgesprochen, mit dem Gegentheil von billiger Rücksicht behandelt und weiter ausgeführt, daß Seitens der Ruhigen und Vernünftigen in der Nationalversammlung den Bevollmächtigten eher alles Andre preisgegeben werden möge, als die Oberhauptserblichkeit. Nur an dem Einen müsse festgehalten werden, nur ein erblicher Fürst an der Spitze, wodurch eine der beiden Großmächte ausgeschlossen werde, das sei Alles, worauf es ankomme. Im December 1848 hatte der Bairische Gesandte in London gegen den Englischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ausgesprochen, daß sein König gegen das Projekt der Verwandlung Deutschlands in eine Erbmonarchie Widerspruch einlegen werde. Am 8. Februar hatte die D. Z. den Vorgang zur Sprache gebracht und man erhob über das Verhalten des „Rheinbundstaates" Baiern betäubenden Lärm, als habe Letzteres Geneigtheit an den Tag gelegt, innere Deutsche Angelegenheiten vor das Forum auswärtiger Staaten zu bringen. (Wurm z. B.) In jedem Falle war eine neue Seite der Gefährlichkeit jenes Projektes vor Augen gerückt, zumal da der Widerspruch der Königshöfe von der Stimme der Volksvertretungen im Lande getragen wurde, in keinem der mittleren Königreiche die Bevölkerungen dem Gedanken eines erblichen Preußischen Oberhauptes sich zugewendet hatten, wie es selbst Wurm (101) darstellt.

XII.

(S. 172.) Es geschah seit dem 19. Januar, daß Gervinus in einer Reihe von Artikeln der D. Z. seine ganze Beredsamkeit für die Errichtung eines Deutschen Staates mit Ausschluß Oesterreichs und die Entfernung der Oesterreichischen Abgeordneten aufbot, deren Mitwirken er als nur verwirrend, als Unnatur, als einen „gemüthlichen Deutschen Hokuspokus" darstellte, worin er auch ganz Recht gehabt haben würde, wenn es in Wahrheit der Errichtung eines Oesterreich ausschließenden Staates gegolten hätte, wogegen indeß eben schon die Anwesenheit der Oesterreichischen Abgeordneten zeugte. Galt es aber einer Oesterreich einschließenden Verfassung, dann war der Gedanke und alles Bemühen und alle Eloquenz für den Gedanken eines Oesterreich ausschließenden Staates nur verwirrende Unnatur (und Unrecht), ein Deutscher Hokuspokus, nur kein gemüthlicher, und zwar um so mehr, wenn der Ausschluß der Oesterreichischen Abgeordneten nicht ernstlich betrieben und durchgesetzt wurde. Insofern war es ganz richtig, daß Gervinus noch vor der zweiten Lesung auch die Kammern aufmahnte, zur Ausscheidung derselben mitzuwirken, ganz richtig wenn er sagte: so lange man nicht die nöthige Einsicht fasse, daß diese Durchhauung des Knotens nothwendig, so lange man vom Volke aus die Schritte zu dieser Operation nicht einleite, so lange verdiene man sich die Pfuscherei, die man mit der Nation vorhabe, und die hinterdreinfolgende Schande vor der Welt dazu.

Der Angriff gegen Schmerling, von welchem S. 176 die Rede, erfolgte in der Beilage zur Nr. 50 der Postzeitung unter der Ueberschrift: „Ein Beitrag zu dereinstigen Memoiren." In der Nr. 50 wurde er in der Form einer Berichtigung unter einem anderen Zeichen erneuert. Schmerling sollte als Bundespräsidialgesandter die Anzeige von der Uebertragung der Bundesgewalt auf den Reichsverweser an die auswärtigen Mächte versäumt haben. Als der Verfasser der Berichtigung sich gemüßigt gesehen, seinen eigenen Aussagen (Nr. 55) ein Dementi zu geben, und die Redaktion nicht umhin gekonnt, eine weitere Berichtigung derselben (Nr. 57) aufzunehmen, setzte der Urheber der Anschuldigung, außer Stande, diese aufrecht zu halten, doch (Zweite Extrabeilage zu Nr. 60) die Feindseligkeit fort. Vergl. die Beilage zu Nr. 68 der Allg. Ztg. „Aus den letzten Zeiten des Bundestages."

(S. 188.) Ueber die erste Nummer der Korrespondenz der Linken referirend, bemerkte die Frankfurter Zeitung, die Linke könne grundsätzlich also nur wollen, daß das Parlament Reichsoberhaupt sei und bleibe, indem ein vollziehender höchster Beamter zu dessen Organ ernannt werde. Dennoch redete sie dem Versuche einer Vereinigung der Großdeutschen mit der Linken das Wort, weil es dringend nöthig, daß in der Nationalversammlung eine Einigung über die Verfassung zu Stande komme, weil die Kaiserpartei so hartnäckig auf ihrem Sonderprojekt bestehe, daß sie eher Alles zum Scheitern bringen als davon ablassen werde, und weil von der, von Einbildungen und Hochmuth doch nicht so sehr erfüllten Linken mehr Nachgiebigkeit zu erwarten. Die Großdeutsche Korrespondenz begann: „Dem Organe der Partei, welche das Preußische Erbkaiserthum durchsetzen will, treten wir entgegen. Vielleicht noch nie ward ein Plan, den die Stimme der Nation schon verworfen hatte, mit so viel Schlauheit betrieben, selten der Wahrheit so keck ins Gesicht geschlagen, als von ihr. In der Ferne kann man kein richtiges Bild von ihrem Getreibe sich machen. Entstellung auf Entstellung wird ins Publikum geschleudert, Lüge auf Lüge verbreitet. Eines namhaften Theiles der Presse hat diese Partei sich bei Zeiten bemächtigt, und halb wehrlos stehen wir, ununterbrochen angegriffen, ihr gegenüber." Nach einer Ausführung, wie grundlos die Kaiserpartei auf die öffentliche Meinung und — Sturm säend um Orkan zu ernten — auf den gefahrdrohenden Zustand sich berufe, lautete der Schluß: „Gesendet, außer der Freiheit, ganz Deutschlands Einheit herzustellen, wird ihr Werk Deutschland Zerreißung und Spaltung, vielleicht für Jahrhunderte bringen. Statt für alle Deutschen Staaten (es war keine Unmöglichkeit, wir zeigten Wege) eine inniger vereinigende Ver-

fassungsform zu finden, haben sie, wenn nicht mit Absichtlichkeit, dann aus Unverstand, die vorhandenen Verhältnisse außer Acht lassend, eine Staatsform entworfen, die Oesterreich oder Preußen ausschließen würde, der Preußen oder Oesterreich sich nur anbequemt, wenn es mit der erblichen Herrschaft über andere Staaten entschädigt würde! Und nun sagen sie, statt zu gestehen: „wir sind schlechte Politiker," also: was nicht in diese Staatsform paßt, das gehört nicht zu Deutschland. —— Nicht Größe, sondern Verkleinerung und Vernichtung der Aussichten auf eine günstigere Zukunft, um ein vergrößertes Preußen: dies sind ihre Früchte. — Wie ein Plan, der zu des Vaterlandes Verderben ausschlagen muß, Billigung finden konnte? Es waltet Verblendung. Ein künstlicher Nebel nimmt in der Paulskirche dem Blicke Vieler die Aussicht. Dazu fast 200 Abgeordnete aus Preußen, deren große überwiegende Mehrzahl ihren König zum Oberherrscher über die anderen Staaten erheben will, und Hand in Hand mit ihnen die Partei des Reichsministeriums. Nur eine sehr geringe Zahl nicht Preußischer Abgeordneter stimmte bei erster Lesung für den Erbkaiser. — Uns aber, die wir unseres Auftrages eingedenk und des Vaterlandes Größe und Zukunft bedenkend rufen „unsere Sache, wir mögen siegen oder unterliegen, ist des ganzen Deutschlands Sache!" uns schmäht jene Partei, Partikularisten, Ultramontane, Preußenhasser u. s. w., uns brandmarkt sie schon seit geraumer Zeit mit Verdächtigungen; die eigene Partei aber wagt sie mit einem schreienden Hohne die patriotische zu nennen. Unsere Partei hat nichts zu schaffen mit Partikularismus, specifischem Oesterreicherthum und Ultramontanismus, auch die Frage der Freiheit und ihres Maßes ist für sie zunächst nicht die bestimmende, doch sind wir in einigen Kämpfen mit den 3 Klubs der vereinigten Linken zusammengegangen. Daher hatten wir, bald nach dem Zusammentritt unserer Partei (11. Februar), bis zur Oktroyirung der Oesterreichischen Verfassung oft die Mehrheit im Parlamente: wie wir sie mit Mäßigung benutzten, dafür ist Beweis, daß wir weder das Reichsministerium zu stürzen, noch das Präsidium der Nationalversammlung zu ändern unternahmen. Der ehemaligen Parteistellung nach gehören viele Mitglieder der Rechten (Pariser Hof) und dem linken Centrum (Würtemberger Hof) an, der Heimath nach Süddeutschland hauptsächlich und Mitteldeutschland. Herr Radowitz bezeichnete uns als die Totalisten, unsere Gegner als die Centralisten, doch sind wir keine Decentralisirer. Unsere Partei will allgemeine Einigung, will diejenige Einheit des gesammten Deutschlands, welche bei den gegebenen Zuständen möglich ist und Dauerhaftigkeit für die Zukunft verheißt. Sie widersetzt sich deshalb der friedlichen Eroberung Deutschlands durch Preußen, die zum äußeren und inneren Krieg führt, die mit Entzweiung beginnt und mit Unheil endigen wird. Unsere Partei wird daher dem Welcker'schen Antrag nicht beistimmen. Unterliegend rufen wir an die Gerechtigkeit der Gegenwart: Anerkennung wird uns die Zukunft nicht versagen."

XIII.

(S. 198.) Die Organe der Kaiserpartei im Eifer für den Welcker'schen Antrag. Entgegen Vorschlägen zu billigem Vergleich, wobei die stärksten Koncessionen an den „Bundesstaat", an Preußen gemacht wurden, und entgegen dringenden Vorstellungen wegen der bedrohlichen Folgen und Aussichten, hieß es: wir sehen diese so gut als ihr, vielleicht noch klarer. „Da ist, sagte die C.-K., der Preußenhaß, die Eifersucht und Zähigkeit der Stämme, der Souveränitätsschwindel. Oesterreich und Rußland sind gerüstet gegen die ganze revolutionäre Gestaltung Deutschlands. Man ist schlagfertig, die neue Verwickelung mit Dänemark, die Annahme der Kaiserkrone von Seiten des Königs von Preußen, wird den Vorwand liefern, zur See und zu Lande loszuschlagen. In diesem Konflikt würde Sachsen bald Neigung zeigen, sich an Oesterreich anzulehnen, Hannover würde versuchen, auf England gestützt, eine abwartende Sonderstellung einzunehmen, Baiern würde mindestens den Zuschauer abgeben. Und wenn nun Frankreich sich beikommen ließe, diesen Moment zu benutzen, würden

Baden und Würtemberg nicht alsbald zu einer Rheinbundstellung gezwungen werden, würden die Demokraten in der Pfalz, an der Mosel, sich nicht jubelnd der Republik in die Arme stürzen? Und die Radikalen in unserm Lande — würden sie warten bis zur Beendigung des Krieges?" Allein ihre Partei, die „Partei der Patrioten", gehe den einzigen zur Einheit führenden Weg, thue es auf jede Gefahr und im Vertrauen auf die (als so sehr parteit, ja abgeneigt geschilderte) Nation; Direktorium und Staatenhaus, oder Lebenslänglichkeit des Oberhaupts — was es sei — es tauge Alles nichts; man könne im Ernst nicht glauben, Preußen werde sich Deutschlands und der Rettung desselben annehmen, wenn es nicht zum Lohne mit der Erblichkeit Deutschland für ewige Zeiten erhalte, es werde „eine Stellung, wonach es nur auf Zeit an die Spitze gestellt würde, mit solchen Opfern nicht erkaufen." „Man übersieht in Berlin die Lage der Dinge sehr genau, man ist sich bewußt, daß die Konstellation des siebenjährigen Krieges vielleicht in ihrem ganzen Umfange wiederkehren könne — aber man wird sich dem Rufe der Nation nicht entziehen, man wird ihm bereitwillig folgen, wenn die unumgänglichen Bedingungen geboten werden." Daneben fehlte jede Anerkennung, daß Preußen auch Deutschlands bedürfe oder durch den Erwerb desselben gewinnen würde, daß Andre, wenn sie Preußen sich unterwürfen, doch auch Opfer bringen und Manches zu erdulden haben würden; sie sollten sich dafür, daß Preußen gewann, lediglich zu bedanken haben, Dank und nur Dank schuldig sein für eine Wohlthat, die man ihnen allenfalls auch mit dem Preußischen Säbel aufgedrungen wissen wollte, sie mußten dafür, daß auch sie an sich dachten, und noch mehr dafür, daß sie Gesammtdeutschland im Auge hatten und die Spaltung und den Bürgerkrieg nicht wollten, Unpatrioten und engherzige Partikularisten sich schelten lassen, und Preußenhasser sein, wenn sie Oesterreich nicht anfeinden, den Preußischen und kleindeutschen Egoismus als lautersten Patriotismus nicht loben mochten. In der D. Z. ventilirte Arndt mit feurigster Zunge das Thema: Steh fest, Kleindeutschland, der Kaiser erstehe! Er wollte den „Bundesstaat" mit dem Schwert vertheidigt wissen, Gervinus wünschte dem „jungen" Bundesstaat sogar einen „tüchtigen Feind", und die zugewendeten Berliner Blätter stimmten in diesen Ton ein. Tagtäglich wurden in der D. Z. wie in der C.-K. die fixen Ideen der Partei ventilirt, die Annahme des Antrags werde Deutschland mit Einem Schlage zu einem festbegründeten Reiche machen, von dem Kampfe um den Antrag hänge es ab, ob Deutschland die Früchte seiner Erhebung ernten oder ob Alles vergebens gewesen sein solle, ob Deutschland im Stande sei, in der einzig möglichen Gestalt sich einheitlich zusammenzufassen u. s. f. „Heute ist der verhängnißvolle Tag, an welchem über das Schicksal Deutschlands gewürfelt wird; die kaiserliche Partei will den einzig möglichen Weg, um in Frieden den begonnenen Neubau zu vollenden und die Einheit, Macht und Freiheit des Vaterlandes fest zu begründen — die Gegner wollen keine Versöhnung, kein freies, einiges Deutschland, keinen Frieden; die Frage, um deren Lösung es sich handelt, ist so einfach, daß man sehr unklare oder gar keine Begriffe von der wirklichen Sachlage haben muß, um gegen den Welcker'schen Antrag zu stimmen." Der professorischen Anmaßung folgte dann die professorische Weisheit: man fühle den Muth namentlich durch die Wahrnehmung aufgerichtet, daß die oft beklagte Langsamkeit, mit welcher die Verfassung berathen worden, wenigstens Frist gegeben habe, um im Volke den nothwendigsten Ideen derselben (erst) Eingang zu verschaffen. (!) Im Eingange eines Mathy'schen Artikels der Oberpostamts-Zeitung vom 16. März: „Annehmen oder Ablehnen", hieß es: „Welcker hat die Losung gegeben: die Verfassung werde angenommen, Preußen an die Spitze gestellt, dann ist Deutschland gerettet. Der Verfassungsausschuß hat den Ruf verstanden, die Versammlung rüstet sich, ihm zu folgen. Es ist ein wichtiger, ein entscheidender Augenblick. Die Annahme des Ausschußantrags ist der einzige Weg aus einem Labyrinth von Wirrsal; wird er nicht rasch und muthig betreten, dann hat das heute berathene Auswanderungsgesetz Jenen den Weg gezeigt, welche es nicht ertragen können, das Vaterland in neuer Schmach zu sehen." Mathy wußte nicht, daß er mit der letzteren Aeußerung den Gedanken eines so

weit von ihm abneigenden Geistes begegnete. Detmold hatte eben damals gegen Gagern geäußert, die Erbkaiserlichen befänden sich auf dem Wege nach Amerika — nämlich in den Fußtapfen Hecker's. Auf das Bedenken, was werden solle, wenn der König von Preußen eben nicht ohne Weiteres annahm, was bestimmt genug in Aussicht stand, lautete die Antwort: Danach dürfe man gar nicht fragen, zwischen der Rückkehr in die alte Botmäßigkeit unter Petersburg und Wien und der erhabenen Stellung in dem Deutschen Reiche gebe es für Preußen keine Wahl. „Die Reichsversammlung beschließe den Bundesstaat und fordere Preußen auf, seinen Posten einzunehmen, — es kann nicht fahnenflüchtig werden. Geht der Augenblick des patriotischen Aufschwungs, den die Versammlung endlich noch einmal gefunden, unbenützt vorüber — es war der letzte; Frankfurt wird das Schicksal von Brandenburg und Kremsier theilen, den verfassunggebenden, aus freier Volkswahl hervorgehenden Versammlungen ist das Urtheil gesprochen, für Deutschland, wie für Preußen und Oesterreich, wird eine Verfassung octroyirt werden müssen, und diese wird nichts anderes sein können, als — entweder der alte Bund, oder etwas Schlimmeres. Dies erwäge doch Jeder, welcher bei der Entscheidung mitzuwirken berufen ist. Es handelt sich nicht darum, diese oder jene Bestimmung in der Verfassung bei einer zweiten Lesung zu verbessern, es bleibt nichts mehr übrig, als das Ganze, wie es liegt, anzunehmen, oder das Deutsche Reich, die Hoffnungen der Nation, die Zukunft des Vaterlandes abzulehnen." Ueber alles billige Maß wurde insbesondere der Kunstgriff der Lüge zur Erregung für den Antrag gebraucht, und wie man ganz speciell in Berlin durch falsche Nachrichten aus Frankfurt aufzuregen und zu gewinnen suchte, so umgekehrt in Frankfurt durch dergleichen Nachrichten aus Berlin. In dieser Beziehung waren die von einem durch die Kaiserlichen in Frankfurt Inspirirten, von Zschokke, ausgehenden Korrespondenzen unübertroffen. Unbeachtet blieb es, wenn die Neue Preußische Zeitung bedeutsame Winke gab, z. B. entgegen der Aussprengung, der König sei bereits zum Kaiser ausgerufen, nach ausgedrückten Zweifeln äußerte, die Nationalversammlung habe schon so viele Seltsamkeiten zu Tage gefördert, daß auch eine solche neue Uebereilung nicht undenkbar sei — indeß sei sie davon fest überzeugt, daß der etwaige Frankfurter Beschluß keine weitere Folgen haben und daß der König sich nimmermehr dazu verstehen werde, aus den Händen der revolutionären Usurpation eine Krone anzunehmen, welche ihn ganz unvermeidlich in die ernstesten Verwickelungen mit allen legitimen Mächten stürzen müßte.

(S. 206.) Die Organe der Kaiserpartei beim Handel um den Erbkaiser und das Wahlgesetz. Die C.-K. äußerte am 15. Die „rechte Seite", indem sie einem Wahlgesetz zustimmen werde, das ihr über die Grenzen der Demokratie, den Kreis des gesunden Volkslebens, den Kern des Volks hinauszugreifen scheine, bringe ein großes Opfer, jedoch „freudiges Herzens", denn sie sei der Meinung, daß kaum ein Preis zu hoch sein könne, der für die Einheit Deutschlands gezahlt werde. Dann kam: „Wenn auch der Ochlokratie, so ist die rechte Seite sich bewußt, niemals der Demokratie feindlich gewesen zu sein, und die Herzen schlagen auf dieser Seite des Hauses schwerlich minder warm für die Sache des Deutschen Volks, als auf der andern. Wohl hat man sich hier den verheerenden Sturmfluthen der Massenherrschaft, niemals dem befruchtenden Strome der Volksherrschaft widersetzt. — Wenn wir aber der Demokratie geben, was ihrer ist und ihrer irgend sein kann, so verlangen wir auch, daß diese dem Reiche gebe, was des Reiches ist, und was des Reiches sein muß: eine starke, feste, gesicherte, bleibende Regierung über Deutschland. Hat die Linke dann die Majorität im Volke, so wird diese Regierung in ihrer Hand sein; jedenfalls wird ihr Einfluß unbeirrt und ungehemmt genau so weit gehen, als ihre Kraft und ihr Gewicht reicht. Hier ist nichts, was nicht der eifrigste Republikaner annehmen könnte, der anders eine Fortentwickelung unserer Zustände im ehrlichen parlamentarischen, gesetzlichen Wege will." Ebenfalls die D. Z. bot alle Künste der Beredsamkeit auf, die Linke herüberzuziehen. Die Annahme des Antrags sei auch ohne ihren Beistand gesichert, sie sähe sie aber gar zu gern mit der Mehrheit zusammengehen, damit

der kommende Beschluß über die Verfassung einen Akt der Versöhnung der Parteien in und außer dem Hause bezeichne; die Linke müsse nach ihrem eigenen Standpunkte sich anschließen, denn sie wolle die Freiheit und es gelte den Fürstenbund in einen Völkerbund umzuwandeln; das Volk habe in seiner Mehrheit, indem es die Throne gerettet, für die Konstitutionellen entschieden, diese Entscheidung sei freilich nur gültig für die Verfassung der Einzelstaaten, aber die Linke wolle ja selbst deren monarchische Formen vorerst bestehen lassen und nur für das Reich eine republikanische Spitze schaffen, aber das sei nichts Praktisches, denn eine republikanische Gesammtverfassung werde zur Zeit dadurch immer noch nicht ermöglicht; für die Zukunft auf dem gesetzlichen Wege auf eine andre Gestaltung der öffentlichen Meinung hinzuwirken, solle Keinem verkümmert werden; die Verfassung, welche die Konstitutionellen vorschlügen, vermöge die Linke allein zu retten, sichere ihr ein parlamentarisches Leben und gewähre dem Siege der Freiheitsideen eine sichere Garantie; je feindseliger die Linke sich gegen sie stelle, desto mehr werde sie ihre Gegner zwingen, sie stark gegen sie, die Linke selbst, zu machen; man rede zu Ehrenmännern, und fordere sie daher auf, zu bedenken, daß die Konsequenz nicht immer, wol aber die Gewissenhaftigkeit stets eine Tugend sei. In einem andern Artikel: „Die Empfehlung des Wahlgesetzes zur Annahme ist eine versöhnliche Maßregel, nicht sowol einzelnen Parteien innerhalb der Nationalversammlung, als vielmehr der Demokratie und ihren Anhängern im Volke gegenüber, welcher Angesichts der Feststellung eines erblichen Kaiserthums und des absoluten Veto eine Bürgschaft dafür zu geben ist, daß dieser Hebel einheitlicher Macht und konservativer Staatsordnung nicht gegen sie und die ihr gebührenden Rechte und Freiheiten gemißbraucht werde. Die Erbmonarchie mit dem absoluten Veto auf der einen Seite, das freieste Wahlrecht als breite demokratische Grundlage auf der andern, so steht die Partie gleich, und das Gleichgewicht der konservativen und der demokratischen Elemente ist hergestellt.“ Als die Linke nach wiederholt ausgedrückten Hoffnungen auf sie sich hartherzig zeigte, wurde geklagt, daß ihre Forderungen doch gar nicht großmüthig wären, und beweglich vorgestellt: „Es ist ja gar nicht zu glauben, daß ihr gegen den Antrag stimmen und damit dem Verfassungswerk, der Nationalversammlung und allen theuersten Hoffnungen des Vaterlandes den Untergang bereiten werdet; sind doch so viele brave ehrliche Deutsche unter euch, habt ihr doch alle einmal in fröhlicher Jugendzeit mit uns zusammen das Lied vom Kaiser und Reich gesungen, wißt ihr doch, daß der Deutsche Dichter sagt, der Mann solle Achtung tragen vor den Träumen seiner Jugend, ihr werdet das Vaterland gewißlich nicht in seiner höchsten Noth verlassen.“ Man glaubte wahrzunehmen, daß die Bearbeiteten des Eindrucks jener Vorstellungen sich nicht zu erwehren wüßten, selbst fürchteten, im entscheidenden Augenblicke warm zu werden und „für das Vaterland“ zu stimmen, und daß man sie deshalb drohen höre, sich vorher das Wort geben zu wollen, wenn ihnen nicht alle ihre Bedingungen zugestanden würden, mit Nein! zu antworten. Aber, so hieß es darauf in der D. Z., „was sie auch thun und sagen, wir können dennoch auf sie rechnen und rechnen dennoch auf sie, wir hoffen nichts von ihnen für uns, aber Alles für das Vaterland; wenn sie vor dessen Altare stehen, so werden sie antworten, wie man vor dem Altare muß. Ja! Sie opfern; aber haben wir nicht auch geopfert? Furchtbare Verantwortlichkeit wird über sie kommen und es wird ihnen gehen wie dem Propheten des alten Bundes; er hob seine Hände auf zum Fluchen, aber siehe da, er mußte segnen!“ Andere Töne — der Rohheit oder sehr wenig moralischer Rabulisterei — kontrastirten grell mit dem der Salbung, sei es, daß der gesammte Anhang der Radikalen aufs Korn genommen oder daß versucht wurde, Einzelnen die schwache Seite abzugewinnen. Oder aber die D. Z. ging darauf aus, den höheren Kreisen bange zu machen. So brachte sie aus der Nr. 26 der Oberschlesischen Lokomotive die nachstehende Aeußerung mit einem: Wer Ohren hat zu hören der höre! „Allerdings wollen wir eine Verurtheilung sämmtlicher Aristokraten zum Galgen, und wenn das der Umsturz aller staatlichen Ordnung ist, so wollen wir den Umsturz aller staatlichen Ordnung. Zur Vernichtung unserer Feinde,

der Aristokraten, genügt es aber nicht, sie nur moralisch zu vernichten, nein, auch ihre physische Vernichtung ist nothwendig!" Von Venedey glaubte sie versichern zu dürfen, daß auch seine Ueberzeugung erschüttert sei und daß er wahrscheinlich für die Erbkaiserlichen stimmen würde, wenn er nicht sein Wort verpfändet glaubte, was jedoch kein Hinderniß sein könne, denn die ursprüngliche heiligste Verpflichtung jedes Abgeordneten sei, jedesmal nach bester Ueberzeugung zu stimmen; dagegen sei jede spätere Verpflichtung null und nichtig und „sein Wort geben" könne unmöglich etwas Anderes bedeuten, als bestimmt erklären, daß man in dem fraglichen Augenblicke die und die Ueberzeugung habe — salvis melioribus.

(S. 207). Aehnlichen Charakters ist die Rechtfertigung des Handels um den Erbkaiser und das Wahlgesetz in den nachträglichen Darstellungen der Erbkaiserlichen, und sie erscheint um so mehr als ein allerwiderwärtigstes Gewebe von Unwahrheit und Sophisterei, wenn man die verschiedenen, einander darin überbietenden Berichte Haym's, Laube's (III, 345 ff.), Biedermann's (101), Riessers (8 ff.) zusammenhält, der so wenige Tage nach seiner gerühmten Rede vom 9. März — worin er, alle Advokatenredekünste erschöpfend, mit schneidendster Gehässigkeit und Bitterkeit die Gegenpartei wegen angeblicher Simonie verklagte, moralisch zu vernichten suchte, so feierlich und unter stürmischem Zuruf seiner Parteigenossen erklärte, sie hätten für ein erbliches Oberhaupt oder andere Stücke die mindeste Koncession weder gemacht noch in Aussicht gestellt, würden auch nie Preis geben, was sie dem Wohle des Vaterlandes heilsam hielten, nie für das unheilsam erachtete allgemeine Wahlrecht stimmen, und wenn es ihnen die Majorität für die Erblichkeit zehnmal zubrächte — zum vornehmsten Unterhändler mit der Linken wegen Hingabe des allgemeinen Wahlrechts sich machte, um dafür von ihr die Erblichkeit — nur ein einziges Mal — zu bekommen.

XIV.

(S. 232.) Radowitz' Privataufzeichnungen vom 18., 20. und 21. März. Am 18. März. Reflexion. Die Einen wollen das ganze Deutschland; sie haben dafür gute Gründe. Die Macht Deutschlands ist das tiefhistorische Gefühl. Die Andern wollen das einige oder vielmehr einheitliche Deutschland. Hierfür sprechen positive Bedürfnisse und auch der revolutionäre Trieb. Beide appelliren an das Nationalgefühl; jede von ihrem Standpunkte aus. Beide wenden sich an das Volk. Ganz gleich stehen die Forderungen aber doch nicht. Die erstere ist eine konkrete greifliche, sie verlangt nur, daß das schon Vorhandene festgehalten werde. Die andere hingegen ist eine abstraktere und will ihre Schöpfung a priori aufrichten. Was käme nun zum Vorschein, wenn eine von beiden zu ausschließlicher Geltung gelangte? — Die erste ist nur erfüllbar, wenn das Verfassungsband so lose gehalten würde, daß Deutsch-Oesterreich völlig hineinpaßte. Die andere erforderte das Ausscheiden Deutsch-Oesterreichs, die Unterordnung der mittleren Staaten, und den Konflikt mit dem Auslande. Bis jetzt standen diese beiderseitigen Erwägungen noch ungefähr gleich. Man konnte und mußte daher darnach trachten, eine mittlere Linie zu ziehen, die beiden Seiten ungefähr gleich viele Opfer auferlegte. Hierzu diente der Plan eines engeren Bundes in einem weiteren. Der Weg dazu wäre gewesen: a) Revision der Bundesakte von 1815, statt der Bundesversammlung ein starkes Direktorium, Bundesgericht, Staatenhaus, materielle gemeinsame Institutionen; b) Feststellung des engeren Bundes. Im Wesentlichen wie der Verfassungsentwurf, aber ohne Hereinziehen der äußeren Politik. Direktorium unter Preußischer Vorstandschaft. Die Frage hat sich nun durch die neue Oesterreichische Verfassung wesentlich geändert, denn jetzt ist die Forderung der Totalisten von vornherein unmöglich geworden, da nur noch ein Bund mit dem ganzen Oesterreich möglich ist, der Natur gemäß nicht einmal so eng und fruchtbar als der Bund von 1815 ausfallen kann. Die Forderung der Totalisten würde also jetzt unter den alten

Bund sinken. In demselben Maße ist die Wagschale der Centralisten gestiegen, sie können mit Recht fordern, daß dem verjüngten Oesterreich zuerst ein verjüngtes Deutschland, nämlich der Bundesstaat, gegenüber gestellt, und dann zwischen beiden das Bündniß aufgerichtet werde. Dieser abzuschließende Bundesstaat hat keine Rücksicht auf einen ihm zur Grundlage dienenden weiteren Bund zu nehmen. Er fällt daher weit centraler aus und führt auf die Idee des Preußischen Kaiserthums. Was wäre jetzt nun vernunftmäßig zu thun? Man verständige sich mit Oesterreich. Dieses lasse ungehindert den Bundesstaat vollenden; dagegen mache man ihm die Zusage, daß dessen Verfassung nicht dem Zustandekommen des weiteren Bundes widersprechen werde. Grundlagen für den Bundesstaat. Ein Fürstenkollegium mit Befugnissen für alle Gegenstände der Gesetzgebung. Die Preußische Reichsvorstandschaft für die gesammte Exekutive. Im Uebrigen der Verfassungsentwurf. Grundlage für die Union. Ein Direktorium, bestehend aus Oesterreich und Preußen im Auftrage des Fürstenkollegiums oder auch unter Zuordnung eines Dritten. Dann Oesterreichischer Vorsitz. Die auswärtige Politik entweder ganz Sache der Union, oder Doppelverhältniß. Dann haben beide Theile ständige Gesandte unter Mittheilung der Instruktionen und Berichte, die Union stellt außerdem Botschafter, unter denen dann beide Gesandte stehen. Die Kriege. Die Vertheidigungskriege sind stets gemeinschaftlich, Garantie aller Besitzungen. Die Angriffskriege. Das Direktorium entscheidet, ob ein solcher als Unionskrieg anzusehen sei oder nicht. Das Militärwesen. Die Verhältnisse ungefähr nach den Grundsätzen der Bundeskriegsverfassung zu ordnen. Die materiellen Interessen.

Am 20. März. Die Zusammensetzung der Erbkaiserpartei. Ein Agregat zwei ganz verschiedener Parteien und Richtungen. Die Einen wollen vor allem die Umwandlung Deutschlands in den einheitlichen Staat, die Anderen wollen vor allem die Suprematie Preußens. Für die Ersten ist das Kaiserthum das Ziel und Preußen das Mittel. Die Anderen umgekehrt. Bis dahin könnten beide immer noch als durchweg verbunden erachtet werden, aber der Gegensatz hat noch eine weitere Entwickelung. Beide nämlich fühlen sehr wohl, daß ein Deutsches Reich, wie es projektirt worden, und ein Preußisches Reich nicht nebeneinander bestehen könne, eins von beiden muß das andere aufzehren. Hier gehen nun aber die politischen Aussichten auseinander. Die Einen setzen voraus, daß die bald hervortretende Unmöglichkeit des Nebeneinanderbestehens zweier konstitutioneller Regierungen und Volksvertretungen unter einem gemeinsamen Regenten es erzwingen werde, daß Preußen als solches sich auflöst, daß seine Provinzen Reichslande werden. Die Andern hingegen zählen umgekehrt darauf, daß durch den bloßen natürlichen Lauf der Dinge im Reiche die Stellung Preußens immer stärker, die der andern Staaten immer schwächer werden und das Ganze in eine vergrößerte Preußische Monarchie auslaufen werde.

Dieses Zusammengehen beider Parteien, wobei jede ihre Hintergedanken völlig festhält, hat etwas sehr Anstößiges; was man der s. g. Koalition mit Recht oder Unrecht vorwarf, ist hier weit überboten. Ich kann nicht glauben, daß hieran sich ein Segen knüpfen könne.

Am 21. März. Der Hergang am 21. März. Die Leiter des Parlaments haben die Wirklichkeit ignorirt. Sie geben dies zwar nicht zu, sondern behaupten, sie hätten ihre Verfassung für Deutschland gemacht. Aber wie dieses Deutschland faktisch beschaffen, davon wird gänzlich abgesehen. Man hat eine Verfassung gemacht wie für ein einheitliches homogenes Land, in dem sich nirgend ein Widerstand regt. Ich sehe dabei zunächst noch ab von der Stellung des Radikalismus, da dieser allerdings durch keine andere Verfassung als durch eine solche zu befriedigen ist, die seinen politischen Zwecken entspricht. Mit ihm gilt nur Festigkeit und Kampf. Aber der Zwiespalt, um den es sich handelt, liegt im konservativen Lager, in demjenigen, in welchem allein die Aussicht zu einem rechtlichen Abschlusse der Verfassung beruht. Die Elemente dieses Widerstandes sind: 1) Die Stellung Oesterreichs, das in keinen engen Bundesstaat eingehen kann und stets Macht genug besitzt, um eine solche ohne seine Zustimmung versuchte Konstituirung zu verhindern. 2) Der Widerwille der mittleren

Staaten gegen eine Unterordnung unter Preußen. Diese Kraft ist nicht gering, da sie sich auf die Empfindung eines beträchtlichen Theils dieser Volksstämme stützt und auch genugsame Anlehnung im Auslande finden würde. 3) Die katholischen Antipathien gegen ein Preußisches Kaiserthum, die nicht bloß in Süddeutschland wurzeln, sondern auch in Rheinland und Westphalen, dessen Zusammenhang mit Preußen noch ein ganz unorganischer ist. 4) Die Besorgniß der Preußischen Regierung, mit Oesterreich zu brechen, und die noch darüber hinausliegenden Abneigungen gegen eine Krone dieser Art. Selbst eine Reaktion im altpreußischen Sinne gegen die Frankfurter Absichten ist schon im Anzuge. Da wo diese Elemente negirend auftreten, sind sie nicht zu überwinden; wo sie dagegen ihr eignes Programm geben sollen, läuft das der drei erstern doch nur darauf hinaus, daß die neue Verfassung Deutschlands ein so loses Band um sämmtliche Staaten schlingen solle, daß Oesterreich ganz gleichmäßig wie die andern hineinpasse. Diese Forderung war hinsichtlich der Deutsch-Oesterreichischen Lande schwierig oder unmöglich zu erfüllen bei der früheren politischen Ordnung der Oesterreichischen Monarchie, sie ist schlechterdings unmöglich bei deren neuer Verfassung. Dagegen würden sich nicht bloß alle Erbkaiserlichen, sondern auch die ganze radikale Partei erklären. Diesem Extrem gegenüber stellt nun die andre Partei mit völligem Absehen von allen oben aufgeführten Elementen des Widerstandes ihre Forderungen gleichfalls auf die Spitze. Denn sie will die Verfassung abschließen. 1) Ohne Mitwirkung der Regierungen aus eigener Allmacht. Ja sie hat selbst die vorgängigen Erklärungen der Regierungen, durch welche diese den Streit um das Vereinbarungsprincip vermeiden wollten, in den wesentlichsten Punkten unbeachtet gelassen. 2) Ohne Rücksicht auf Oesterreich, das dem Entwurfe schon wegen §§ 2—4 nicht zustimmen kann. 3) Ohne Rücksicht auf die Empfindungen der größeren Volksstämme und die katholischen Regierungen, indem man die Oberhauptsfrage an das Preußische Erbkaiserthum mit Verwerfung jeder anderen milderen Form knüpft.

Dieser verhängnißvolle Gang wird einerseits erklärt und andrerseits noch schärfer getadelt, wenn man die beiden Bestandtheile dieser Partei genauer zergliedert. Es sind dieses die Unitarier und die Preußen. Man muß auf zwei verschiedene Quellen schließen. Auf der einen Seite die Faiseurs der Märzrevolution in den kleinen Staaten, Gagern, Welcker, Bassermann, Hergenhahn u. s. w. Auf der andern Seite die reinen Theoretiker. Wohin diese Männer mit dem Verfassungsentwurfe zielen, ist deutlich. Ich habe es schon anderwärts bloßgelegt. Preußen würde als Preußen aufhören. Daneben aber stehen nun die Preußen, die in der Mehrzahl dem einfachen Gedanken nachgehen, daß umgekehrt durch eine natürliche Wirkung der Verfassung Deutschland in Preußen aufgehen werde. Wie gefährlich dieser tiefe Gegensatz in einer Partei ist, die nur bis zur Erreichung ihrer Zwecke zusammenhalten kann, leuchtet ein. Es liegt in dieser Gemeinschaft eine politische Heuchelei, die sich strafen wird. Was aber gegenwärtig die Partei moralisch stark macht, ist das reelle und unabweisbare Bedürfniß nach einer größern Einigung als bisher, ein Bedürfniß, das in den bisher von der Gegenpartei gegebenen positiven Andeutungen unbefriedigt bleibt. So ist also nun das konservative Lager zerrissen. Also gibt die Linke den Ausschlag. Sie hat sich entschieden für die Oesterreichische Partei, weil diese die schwächere, also die ist, die am meisten zu gewinnen darbietet. Ihr Ziel ist nur, daß die Verfassung entweder gar nicht zu Stande kommt oder möglichst nahe an ihr politisches Ziel reiche. Beide Parteien werden aber jetzt um die Allianz der Linken werben und dieser konservative Principien und Interessen zum Opfer bringen. Der moralische Schaden ist dabei noch größer als der politische.

Es können zwei Fälle eintreten bei der Abstimmung über die Oberhauptsfrage. Die s. g. Preußische Partei siegt mit der Erbkaiserforderung. Dann legt Oesterreich sein Veto ein, Baiern schließt sich ihm offen an, die beiden anderen Königreiche thun dasselbe in etwas minderer Oesterreichischer Art. Die Preußische Regierung aber zieht sich auf ihre früheren Erklärungen zurück und lehnt es ab, sich ohne vorgängige Vereinbarung mit den Regierungen auszu-

sprechen. Die s. g. Oesterreichische Partei siegt. Dann kommt höchst wahrscheinlich gar kein Beschluß zu Stande. Geschieht dies, so liefert dies entweder Deutschland in die Hände der republikanischen Partei, oder es folgt ein Machtspruch der Regierungen. Ich kann in dem Einen wie in dem Andern nur eine Nationalkalamität sehen. Aber es war unmöglich, gegen diesen Strom der politischen Unvernunft anzuschwimmen. Fata viam invenient. Was wäre vernünftig zu thun gewesen? Zuerst den festen aufrichtigen Willen fassen, den bisherigen Weg zu verlassen, den Versuch gegenseitiger Ueberwältigung aufzugeben. Wenn zwei Parteien ungefähr gleich stark sind, so muß jede von dem Ihrigen nachgeben. Also: Weder ein bloßer Staatenbund mit Oesterreich, noch ein Bundesstaat ohne Oesterreich, sondern ein Staatenbund mit Oesterreich und innerhalb desselben ein Bundesstaat ohne Oesterreich. Also Union und Bundesstaat. Den Namen Reich vermeide man für letztern, wenn Oesterreich ihn nicht nachträglich zugesteht. Aeußerst wichtig ist der modus procedendi. Ein Hauptunglück ist es gewesen, daß man die Schöpfung des Bundesstaats als das alleinige Verfassungswerk betrachtete und behandelte. Der vorliegende Verfassungsentwurf ist nicht ungeschehen zu machen, aber man verkünde ihn nicht vor Abschluß der Union, führe ihn nur bis zum Abschnitt vom Reichsoberhaupt, und lege die in zweiter Lesung angenommene Verfassung den Regierungen zur Erklärung vor. Die Aufgabe ist dann: Die Bundesverfassung zu revidiren. Die Unionsverfassung zu entwerfen. Die Manipulation wäre folgende: 1) Es träten in Würzburg zusammen die Bevollmächtigten von Oesterreich, Preußen und einem Dritten Namens der übrigen Deutschen Regierungen. Diese entwerfen die Unionsakte. 2) Diese geht den zu Frankfurt versammelten Bevollmächtigten sämmtlicher Staaten zu. Diese bringen hiermit den Verfassungsentwurf des Bundesstaats in Einklang. 3) Beide Akte werden der Nationalversammlung vorgelegt, die inzwischen bis zu einem kurzen Termine vertagt war. Die Nationalversammlung bestätigt die Unionsakte, emanirt die Bundesstaatsakte.

(Der Schluß wurde von R. am 27. kurz vor der Abstimmung über das Oberhaupt hinzugefügt. Anh. XIX.)

XV.

(S. 234.) Die kaiserlichen Organe nach der Verwerfung des Welcker'schen Antrags. Die E.-K. gab den Oesterreichern, Simon und zunächst der falschen Berechnung ihrer eignen Partei die Schuld des Unterliegens; ihre Partei habe nämlich in jene einen gar nicht vorhandenen Faktor mit aufgenommen, die überwältigende Macht des Patriotismus auch bei Andern, bei der aus allen widerwilligen und unpatriotischen Elementen zusammengeballten Majorität, die nicht einmal mehr eine Koalition bilde und deshalb auf den Sieg nicht habe rechnen dürfen. Gervinus schrieb in die D. Z.: „Dies war die größeste parlamentarische Schmach, die wir davontragen konnten; wir sind vor dem ganzen Auslande prostituirt und ich sehe nun auch kaum eine Möglichkeit ab, wie man diesen Flecken wieder wegwaschen wollte.“ „Es wird ein reiner Zufall sein, wenn die kaiserliche, die erbliche, die Preußische (!) Frage nun noch günstig und nach unsern Ansichten entschieden werden sollte.“ Ja selbst ein „Sieg der Vernunft“ werde weit nicht die glänzenden Folgen haben, die im ersten Anlauf ein Sieg des Taktes und der vaterländischen Erhebung gehabt hätte; wenn die Kaiserpartei keine Mehrheit für die Ungültigkeit der Oesterreichischen Stimmen erlangen könne, so habe sie in Masse auszutreten und in einem scharfen Manifeste die Nation zur Entscheidung zu fordern; wenn die „Deutsche Sache“ (!) in Frankfurt verloren gehe, so hoffe er, daß Stände und Krone von Preußen ihre Pflicht thun würden. Sein ewiges Ceterum censeo sei, daß wenn die Nationalversammlung nicht den Muth habe oder nicht die Möglichkeit sehe, oder nicht die Rücksichtslosigkeit etwa wolle, die Oesterreicher zu entfernen, die Stände und Regierungen der Einzelstaaten diese Mühe auf sich nehmen müßten; wie die Abstimmung über die Oberhauptsfrage auch ausfallen möge,

so werde ein Deutscher Staat nicht anders begründet werden als durch einen Bruch mit Oesterreich, der nicht laut und kräftig genug von den Deutschen Staaten erklärt werden könne, um Preußen den nöthigen Muth einzuflößen und den nöthigen Verlaß zu geben, damit es den Bruch mit Oesterreich durchfechten könne. Das wolle Gott verhüten, daß es wahr sei, was man sage, daß sich Preußen auf dem Wege der Einigung mit Oesterreich befinde; an einen Bruch zwischen ihm und Oesterreich sei eben jetzt und nur jetzt und jetzt ganz und gar zu denken, weil jene treu- und ehrlose Macht noch in Ungarn und Italien in Schach zu halten, noch eine Allianz mit England und Frankreich zu hoffen sei, wo die Welt doch in Brand zu gerathen scheine und der im großen Ganzen unscheinbare Bruch am unbemerktesten hingehe. Böte Preußen noch im letzten Augenblicke zur Oktroyirung einer nichtigen Verfassung und zur Begründung eines neuen Zwitterverhältnisses mit Oesterreich die Hand, so wäre der Ehre einer Nation eine heillosere Wunde nie geschlagen worden, und kein Heilmittel würde zu verzweifelt sein, wenn es Hoffnung zu ihrer Herstellung gäbe. „Möchte der Weg zunächst über unsern eignen Ruin führen! Wer würde so geizig mit seinem Leben sein, es für die Zukunft des Vaterlandes und seine Ehre nicht einsetzen zu wollen!" Andre schrieben Aehnliches und noch mehr nach einem „Schlachtfelde", als dem „rettenden Anker unsrer Macht und Einheit" Verlangenderes in die D. Z. Desto kleinlauter hieß es im ministeriellen Organe: Gagern's Programm hatte jedenfalls das Verdienst, daß es sich auf den Partikularismus einer Deutschen Großmacht und der Mehrheit der kleineren Staaten stützte; durch die damit in Verbindung gesetzte Idee des Preußischen Kaiserthums wurde ihm geschadet, da sich mit ihr nun einmal so Viele nicht befreunden konnten; wäre man hiervon abgegangen, nachdem sich der König von Preußen selbst dagegen ausgesprochen, hätte man sich etwa darauf beschränkt, *ihn* zum Oberhaupt zu erklären und die Annahme eines entsprechenden Titels ihm selbst zu überlassen, so ist kaum zu zweifeln, daß uns diese Krisis erspart worden wäre. Mathy äußerte wenigstens theilweis sehr Vernünftiges in der Postzeitung. „Die Oesterreicher haben das Recht, in der Paulskirche zu sitzen und die Verfassung bis zu Ende mit zu berathen, und man darf ihr Recht nicht bestreiten, so tadelnswerth man ihr Verhalten finden mag; es wäre ein ungeheurer Fehler, wenn die Bundesstaatspartei ausscheiden wollte, weil sie die Mehrheit nicht hat; dem Willen der letztern sich zu fügen, hat sie stets als Pflicht anerkannt; welche Verwirrung würde durch solchen Schritt in den Begriffen des Volkes entstehen und wohin sollte er führen? Gibt es einen rechtfertigenden äußersten Fall, so ist er doch noch nicht eingetreten" u. s. f.

Rochau, als Parlamentsreporter der Allg. Ztg. und Darsteller in der Deutschen Vierteljahrsschrift, so stark erbkaiserlich färbend, gesteht doch in letzterer, daß der Antrag und dessen Ausgang einen unheilvollen und ununterbrochen fortwachsenden Riß zurückgelassen, daß die Erbitterung der Parteien auf eine Höhe gestiegen, wo man das Schlimmste von ihr erwarten müssen, daß die besiegte in wilder Leidenschaft sich am maßlosesten geberdet, daß die Kaiserlichen mit unverholenem Haß, mit rücksichtsloser Verachtung die Oesterreicher, besonders die Nichtradikalen unter denselben, verfolgt hätten, daß man — und zwar mit verdoppeltem Eifer — von beiden Seiten die gehässigsten geschichtlichen Erinnerungen hervorgesucht habe, um die Zwietracht zu schüren und dem Gegner wehe zu thun. „Es war die schlimmste Zeit, welche über die Paulskirche hinwegging, eine Zeit, in welcher manches patriotische Herz die Verzweiflung beschlich." Nicht zu verzweifeln mahnte jetzt Raumer (II, 353 f.), nicht zu verzweifeln an — Preußens steigender Größe, Wiedergeburt Deutschlands, Macht und Größe des Vaterlandes genannt.

XVI.

(S. 242.) Nach dem Rücktritt des Reichsministeriums am 22. März extrahirten, extendirten und ventilirten die C.-K. und die D. Z. nach

ihrer Weise die Sätze des Entlassungsgesuchs. Sie betonten und zeigten auch abläugnend die Verlegenheit, welche der Schritt herbeigeführt, bemüheten sich mit der Bedeutung, den Folgen desselben bange zu machen oder operirten auf seine Zurücknahme. Umsonst habe der „Baumeister des Deutschen Domes der Einheit“ sein ganzes Ansehen aufgeboten, er sei gestürzt durch eine Koalition Derer, die die Macht besäßen und gebrauchen wollten, die Vollendung der Verfassung zu hindern, und manches treue Deutsche Herz werde nun banger schlagen und an dem Werke verzweifeln, von welchem der Meister zurücktrete; das Ministerium möge hinreichende Erfahrungen gemacht haben über das Widerstreben der Einzelregierungen, das durch den Beschluß vom 21. fast bis zur Unmöglichkeit eines Reichsministeriums gestiegen sei: nun möge die Verneinungsmehrheit dem Vaterlande die Wege zur Rettung zeigen; Diejenigen möchten nun den Sturm beschwören, die ihn heraufbeschworen (was nun die gethan haben sollten, die es eben nicht gethan); die ganze Naivität der Koalition gehöre dazu, Gagern nach einem Zeugniß, wie es die Nationalversammlung am 21. sich ausgestellt, noch zuzumuthen, den trostlosen Versuch einer parlamentarischen Regierung fortzusetzen. „Die Majorität vom 21. soll sich ihr Ministerium selber bilden, sie wird sich dann in ihrer eignen Ohnmacht und Rathlosigkeit zeigen.“ Aber in derselben D. Z. hieß es auch: es sei zu vertrauen, daß die Entfernung der Minister vom Amt nur kurze Zeit dauern werde; sie hätten sich vor einer faktiösen Mehrheit zurückgezogen, diese aber würde sich unfähig zeigen, eine Verwaltung zu bilden, die Zurückgetretenen würden diese im Interesse des Vaterlandes wieder übernehmen müssen.

Der Versuch, parlamentarisch von Frankfurt aus in die Staaten hineinzuregieren, das Unternehmen der Durchsetzung des Projekts, wodurch der zerrüttende Kampf für und wider die Preußische Oberherrschaft heraufbeschworen worden, war beim Scheitern angelangt. Eine „Ministerfrage“ lag nicht vor. Gagern zog sich vor den größtentheils selbstbereiteten Schwierigkeiten zurück und trachtete nun die Schuld und das Odium auf die Regierungen und die Gegenpartei zu werfen; er rechnet in übertriebener Vorstellung von seiner Wichtigkeit und seinem Ansehen so: entweder durch Schreck-Effekt doch noch eine Mehrheit für sein Programm zu gewinnen oder sich mit bestem Schein herauszuziehen und für andre Konjunkturen sich möglich zu erhalten. Dieser Zustand die Folge davon, daß die Gelegenheit für einen Einzelstaat hat ausgebeutet werden sollen, der der zugedachten Aufgabe sich weder hinlänglich geneigt noch gewachsen zeigt, daß für die Verwirklichung des Gedankens der Preußischen Hegemonie eine starke und doch nicht hinlänglich starke Partei und Meinung sich gebildet, daß ein unglückliches Verhängniß im entscheidenden Momente einen unzulänglichen und eben von der falschen und veruneinigenden Idee erfüllten Mann an die Spitze der Geschäfte gebracht hat. So im Wesentlichen die Urtheile auf der anderen Seite. (Großd. Korr. und Frankf. Ztg. Müller 8 ff. A. A. Z. 85. Hann. Ztg. 75, 79.) In der Hann. Ztg. wurde sehr einleuchtend auseinander gesetzt, wie der allgemeine Grund des Rücktritts, der materielle Regierungsbankerott, seine specielle Erläuterung in den Schleswig-Holstein'schen Verhältnissen, deren Hereinspielen in den Gang der Verfassungssache und Gagern's betreffenden Beziehungen finde. Nicht unmerkwürdig hatte schon am 10. ein Mathy'scher Artikel der reichsministeriellen Zeitung eine Art von Präludium geliefert. Es war darin ziemlich unverblümt angedeutet, daß die Stellung der Centralgewalt wegen ihres Verhältnisses zu den Regierungen im Grunde bereits unhaltbar geworden sei. Sei es, daß Mathy dem Ministerium einen Anstoß zum Rücktritt geben wollen, oder daß lediglich Verzweiflung an dem bisherigen Gange ihn reden machte, oder daß es ihm einen desperaten Versuch galt, auf einen richtigern Weg zurückzulenken: er hatte daneben gesagt, die Strafe dafür stehe bevor, daß man ein Jahr beisammen sitze und die Verfassung nicht fertig bringe, die Centralgewalt habe jenes Verhältniß und damit die wahre Lage der Dinge der Nation verschwiegen, um Familienschäden vor bösen Nachbarn nicht aufzudecken, sollte aber endlich damit hervortreten, da letztere doch unterrichtet wären und nur die Nation die Uebel, welche ihr die größte Gefahr droheten, zu heilen vermöchte, indem die

Nationalversammlung endlich ein Staatenhaus errichte und die Verfassung vollende.

XVII.

(S. 264, 288.) Paktum Gagern-Simon. Die Deutsche Reichszeitung (1849, Nr. 221) brachte „Einige Bemerkungen zu der Schrift von A. E.: „Das Bündniß der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover" von Waitz. Darin sagt letzterer: „Ein anderer Vorwurf, der hier wie sonst mehr als einmal ausgesprochen wird, geht dahin, die Unitarier hätten mit den Revolutionären einen Transakt geschlossen, um ihr System durchzuführen. Beckerath hat vor Kurzem die gleiche Behauptung in der Berliner Versammlung Lügen gestraft, und Haym's Schrift wird ohne Zweifel den Thatbestand jetzt vollständig darlegen. Darum erwähne ich nur, daß meine Freunde und ich bei der Abstimmung über die zweite Lesung in keinem Punkt der Linken nachgegeben haben, und daß alles, worauf man sich beruft, darin besteht, daß die aus Mitgliedern verschiedener politischer Ansicht bestehende Gesellschaft des Weidenbusches nach dem Durchfallen des Welcker'schen Antrags nicht alle Punkte des Entwurfs, wie er vom Ausschuß vorgelegt war, zur Parteifrage machte, und daß darnach diejenigen, welche bei der ersten Lesung für das suspensive Veto und die geheime Abstimmung der Wahlen gestimmt hatten, es nun auch zum zweiten Male thaten, während sie bei der Annahme des Ganzen bereit gewesen wären, ihre Ansicht der konservativeren Hälfte der Vereinigung unterzuordnen. Welches ganz andere Verfahren die Vertreter und Freunde gerade der Deutschen Königsregierungen, namentlich Baierns und Hannovers, sammt den Oesterreichern befolgt haben, ist bekannt genug geworden." Haym schweigt in der zweiten Abtheilung seines Buches über die Nationalversammlung, da wo er die Vorgänge dieser Tage erzählt, über das Paktum. Erst in seinem Schlußbericht, der erschien, nachdem so starke und allseitige Anklagen erhoben waren, kommt er darauf, indem er von der Politik seiner Partei spricht, mit welcher sie die Antwort des Königs von Preußen zu erwiedern gedacht habe. Er versucht es mit einer unsäglich lahmen Rechtfertigung, mit Anstimmen hoher Töne, wobei aber doch nichts deutlicher ist, als die Verlegenheit und Gezwungenheit. Die Reversunterzeichnung sei nur Nebensache gewesen und die Forderung derselben an kindischem Unverstande nur dem Geschrei gleichgekommen, das in Berlin (als wäre es blos dort geschehen!) darüber erhoben worden u. dgl.

Auch Riesser, Laube, Biedermann (110, 381), Rochau (280) suchen über den Anstoß hinwegzuschlüpfen, indem sie die ganze Wahrheit verschweigen, und geben ihre Eingeständnisse unter sophistischen und zum Theil dreisten Beschönigungen. Der vornehmste Kunstgriff besteht im Lärmmachen über angebliche verdammliche Verbündnisse der Gegner. Aussagen und Urtheile der Linken in Kolatschek's Monatsschrift 1850, 97 f., 152, 462 f. Eine scharfe Meinung spricht Braun (66) aus. Römer sagte in einer Erklärung vom 29. August 1849: „Ich verliere kein Wort über das naturwidrige Bündniß zweier im Principe so verschiedener politischer Parteien, in Folge dessen die Frankfurter Reichsversammlung zu Tage gefördert wurde; ich rechne mir's zur Ehre, an dieser Geburt keinen Theil zu haben" u. s. f. Auch die nahe befreundeten Blätter. Deutsche Reform, Kölnische, Weserzeitung brachten die härtesten Rügen. Die Kölnische nannte das so paktirte Kaiserthum eine Lüge, die Weserzeitung sprach (30. März) mit höchstem Nachdruck von den „Krämern", die die Paulskirche zum „Kaufhause" gemacht, „mit ihren heiligsten Ueberzeugungen Wucher getrieben, erst noch vor wenigen Wochen die allgemeinen Wahlen für den Untergang des Staats erklärt und nun um eine Hand voll Stimmen der Linken hingegeben"; verpfuscht sei nun der Bau von seinen eigenen Baumeistern und von ihm und ihnen wende das Volk mit moralischem Unwillen sich ab u. s. f.

In dem Schreiben, das zur Versammlung in Gotha, als das Bündniß der

Kaiserlichen mit den Radikalen sich aufgelöst hatte, Max v. Gagern im Einvernehmen mit seinem Bruder Heinrich an seine Wähler richtete, spricht er in den stärksten und bittersten Aeußerungen von den ehevorigen Bundesgenossen, ihrem abscheulichen Charakter und Treiben von Anfang an, ihren alten und neuen Versündigungen an den „besten Männern der Nation", um hinzuzufügen, wenn solche Menschen es noch gewagt, diesen zur gemeinsamen Leitung der Geschicke des Vaterlandes die Hand zu bieten, so sei es — damals, als die Gagern'schen die Paulskirche verließen — die höchste Zeit gewesen, vor den Augen der Welt jedes Band äußerer Gemeinschaft mit denselben zu zerreißen. Aber diese höchste Zeit war da, bemerkte die Frankf. Zeitung (137), als und bevor sie in den Handel um den Kaiser und den Bund zur „Durchführung der Reichsverfassung" sich einließen. (Vergl. A. A. Z. 1850, Beilage zur Nr. 236.)

XVIII.

(S. 296.) Unter den Vorbehalten bei der Kaiserwahl befindet sich auch ein von mir unterzeichneter. Ich enthalte mich ihn durch ausführliche Darlegung meines Gedankengangs und meiner Beweggründe bei ihm zu entschuldigen und bezeichne ihn lieber als einen Irrthum, das Produkt einer momentan nach wochenlanger Anspannung, nach einer durchwachten Nacht und nach betäubendem Beiwohnen der schrecklichen Vormittagssitzung des Verfassungsausschusses eingetretenen völligen Abspannung. Radowitz' anderweite Erklärung bestand in einer Ansprache an seine Wähler, zuerst im Westfälischen Merkur und dann in der Kölnischen Zeitung (8. April) veröffentlicht. Es kamen darin neben schärfsten Verwerfungsurtheilen über die Erbkaiserlichen und deren Gang handgreifliche Unaufrichtigkeiten und Entstellungen vor, die eben so sichtlich ihren Grund und Zweck darin hatten, daß ihm angelegen war, seine Inkonsequenz und Umwendung zu verhüllen und zu beschönigen. Es sei zu bedauern, „daß die Oesterreichische Regierung Denen die Waffen selbst gegeben, welche aus der neuen Verfassung der Monarchie den Schluß ziehen, daß Oesterreich selbst die Gemeinschaft gebrochen und an deren Stelle ein Anerbieten gesetzt habe, welches die Bildung eines einigen, fest gegliederten Deutschlands von vorn herein unmöglich macht." Das hatte Radowitz selbst in der vordersten Reihe gethan. Die andere Partei hätte erkennen müssen, daß ein bloßer Staatenbund, der noch unter dem Deutschen Staatenbunde von 1815 bliebe, den Bedürfnissen der Nation schlechterdings nicht genüge. Das von einer Partei, die den großdeutschen Entwurf als ihr Programm aufgestellt und zur Annahme zu bringen alle Kräfte angestrengt! Manche Katholiken hätten sich durch Abneigung gegen das protestantische Oberhaupt bestimmen lassen, die politische Kontroverse in das kirchliche Gebiet gezogen. Das fand den nachdrücklichsten Widerspruch in der Deutschen Volkshalle (Nr. vom 14. April). Aeußerungen am Schluß, es sei nun allein Preußen beschieden, Deutschland aus einer Katastrophe, die die Kaiserpartei herbeigeführt und an deren Eintritt eben Preußen keine Schuld trage, zu erretten — jedoch nicht so wie es jene Partei im Sinne hatte — der Wille der Preußischen Regierung sei in dem ganzen Hergange stets ein reiner und uneigennütziger gewesen, riefen Widerspruch von den verschiedensten Seiten, und den lebhaftesten bei den Erbkaiserlichen hervor, die sehr bald und heftig zu klagen anfingen, daß man die Kaiserwahl von Berlin aus unfehlbar hätte verhindern können, wenn man sie nicht gewollt. Man hörte sie ihr Betreiben derselben eben damit rechtfertigen, daß sie allen Grund gehabt auf Preußen zu hoffen, weil Preußen die von langeher vorbereitete, indem es sie zu hindern vermocht — was später auch Riesser (23) behauptete — zugelassen. Als der König von Preußen abgelehnt hatte, wurde derselbe Gedanke von ihnen zur Beschuldigung herumgedreht, wobei sie freilich vergaßen, wie falsch sie die aus Berlin gekommenen ihnen genehmen Winke verstanden, wie harthörig sie gegen Warnungen von dort, gegen die Erklärungen der Preußischen Regierung gewesen waren. Nach einiger Zeit gab ihr professorisches Organ ihrer zur heftigsten Erbitterung

umschlagenden Stimmung Ausdruck: Es sei nun in Allem und Jedem viel schlimmer als zuvor, „und das Alles, weil ein Fürst zugleich an der Tafel der Romantik und der Wirklichkeit speisen, zugleich mit dem goldenen Kaiserhort liebäugeln und doch ihn verschmähen, den Anspruch auf die Herrlichkeit über Deutschland aus dem Spruch der Nationalversammlung erlangen und doch aus eigener gesalbter Fürstlichkeit ihren Besitz ergreifen wollte. Bitter, wie das klingen mag, die Geschichte wird es so bestätigen und wir sind ihre Zeugen, daß alle Früchte, die das vergangene Jahr getrieben, wie Sodomsäpfel in den Händen der Nation zu Asche und Moder wurden; mag es verantworten, wer die Schuld hat. Die Reichsversammlung hat sie nicht, was auch ihre Fehlgriffe gewesen; sie berieth und beschloß vor Aller Augen, sie war im guten Glauben durch ein großes Opfer das Volk zu retten, als sie den erblichen Kaiser wählte. Auch Oesterreich hat daran keine Schuld, es war plump genug in seiner Falschheit, um, so oft es seine Interessen auf neuem Wege suchte, sich selbst Lügen zu strafen und seinen Noten despotische Ausbrüche wie Warnungsklappern anzuhängen. Aber dort in Berlin saß man, lauschte, that als ob man nicht hörte, ließ an sich kommen, was man ehrlicherweise bei der ersten Erwähnung depreciren mußte, wenn man nicht entschlossen war anzunehmen. Man wußte doch vom Wahlgesetz, vom suspensiven Veto; man wußte von den Kompromissen, die die Parteien herüber und hinüber geschlossen, als es zur Diskussion über das Reichsoberhaupt kam. Man wußte, daß die Meinung Preußen war, daß Gagern und seine Freunde, daß so viele konservative Preußen in dem guten Glauben an Preußens Erhebung gegangen waren, daß man annehmen werde. Und doch schwieg man. Man schwieg als nach der Oesterreichischen Oktroyirung Welcker, vom stürmenden Deutschen Herzen getrieben, die Kaiserwahl im Sturm durchsetzen wollte. Man ließ um sich werben, ließ die Reichsversammlung und mit ihr die Nation die Gäste laden und das Hochzeitmahl rüsten, man ließ die Kaiserdeputation kommen, gleich dem Freier, der die Braut zur Kirche holt, um dann Nein! zu sagen, um von den Fürsten zu verlangen, was man von der Nation verschmäht. Man wollte ausruhen in dem Gefühle, eine Krone in der Hand gehalten und verschmäht zu haben," u. s. f.

(S. 298, 311.) Wie die Erbkaiserlichen bei der Kaiserwahl kalkulirten und phantasirten ist bei Haym (III, 8, 21) und Riesser (12) und sonst vielfach zu lesen, z. B. in Max Gagern's Ansprache an seine Wähler, in H. Gagern's am 17. Oktober zu Bremen gehaltener Rede. Die vornehmsten Faktoren waren die Zustimmung und Nachhülfe des Königs von Preußen und der Nation. In seinem Trinkspruche beim Festmahle am Abend des 27. sagte H. Gagern: „Als wir vor elf Monaten die souveräne Gestaltung der Deutschen Verhältnisse über uns nahmen, da konnten wir dies nur im Vertrauen auf die in unserer Versammlung waltende Vernunft, auf ihren Patriotismus wagen, konnten es nur in dem Vertrauen, daß uns nie die Zustimmung der Nation fehlen werde, die uns nunmehr nicht fehlen darf, wenn wir unser Werk ins Leben führen sollen." Jedenfalls hätten sie es wissen müssen und zum Theil und bisweilen (Vergl. S 309) wußten sie es auch sehr wohl, wie unsicher die Grundlagen ihrer Rechnung waren. Gerade sie, und zwar indem sie das Gegentheil sagten, mindestens Viele oder Wenige unter ihnen, trauten dem Könige das Mindeste zu, und Gläubige, die nicht gezweifelt hätten, gab es überhaupt unter ihnen kaum. Am 10. April schrieb Gervinus in die D. Z.: er habe in den Kaiserwahljubel nicht einstimmen können, weil er von der Persönlichkeit gefürchtet, die jetzt ein so großes Gewicht erhalten, und von den Persönlichkeiten, die diesem Gewichte allein das Gegengewicht halten konnten, und von der Flauheit der Stände und des Volks, die im Nothfall dem, was an dem Gegengewichte mangelte, die Gewichtsteine zufügen oder die leichtwiegenden Quinten und Lothe wegschnellen mußten, und weil er offene Augen für so manches zu Tage Getretene gehabt. Andern Tags schrieb er in die Zeitung, daß unter allen unglückweissagenden Konjunkturen, die über den Geschicken Deutschlands ruhen möchten, die unseligste ihm die zu sein scheine, daß der dermalige Regent von Preußen Der sei, der er sei, an Charakter oder an Stand. Er hatte das „Paradoxon"

schon oft vorgebracht; es war ihm jedesmal viel verdacht, jedoch von Vielen auch seufzend nachgesprochen. Er wiederholte ausführlicher motivirend, daß und wie viel er von dieser Persönlichkeit fürchte; er setzte weiter auseinander, daß wegen der Beschaffenheit der letztern, wenn das nächste Ziel der Preußischen Oberhauptschaft erreicht sei, die Noth nur erst recht angehen werde, neue Stürme droheten, ja das Allerschlimmste zu besorgen stehe. Und wie er schrieb, so sprachen viele Erbkaiserliche, und machten daneben jene Rechnung wie Haym berichtet. Die Leiter des professorischen Organs in Heidelberg theilten mehr oder minder Gervinus' Mißtrauen, hielten jedoch seine schärfsten Briefe zurück; sie brachten den vom 11. April auf sein Verlangen endlich am 26. Mai, als „keine Hoffnungen mehr zu zerstören waren“ — Täuschereien nicht mehr helfen konnten. Zunächst nach der Kaiserwahl ließen sie die Zeitung die höchsten Töne anschlagen und nicht wenig in die Welt hineinschreiben, was sie besser wußten, das aber geeignet war, Hoffnungen und zwar falsche zu machen. Der König — der zu Gagern im November so bestimmt Nein gesagt, die Note vom 23. Januar und die nachgefolgten gesendet — habe schon vor Monaten sein Wort gegeben, sein eigenes Volk würde ihn dabei festhalten, denn Volk, Heer, Kammern (deren „Flauheit“ Gervinus so genau kannte, so sehr fürchtete) wollten nicht länger bloß Preußisch, sie wollten Deutsch sein, und die Zahl der Andersgesinnten sei gering u. dgl. Die Zeitung hatte noch vor Kurzem die Mängel und Flecken der Verfassung besprochen und deren Revisionsbedürftigkeit zur Sprache gebracht. Nun waren noch weitere und die größesten Verunstaltungen hinzugekommen. Als in diesen Tagen die Korruption der Verfassung bedenklich urgirt zu werden anfing, deducirte sie mit größester Unbefangenheit und Beeiferung, daß und warum die Aenderungen, welche durch die zweite Lesung herbeigeführt worden, keineswegs schädliche und nicht von fern beträchtlich genug seien, um den König von Preußen veranlassen zu können, die Regierung des — 1815 nicht zu Stande gebrachten, jetzt aber gestifteten — Reiches mit einer so vortrefflichen Verfassung zurückzuweisen. Daneben wurden die Fürsten aufgefordert, Lieblingsmeinungen auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen, wie es die Kaiserpartei gethan, und dem Volksgeiste zu vertrauen und — sich zu fürchten; auch fehlten angelegentliche Bemühungen nicht, dem Könige die Rechts- und Gewissensbedenken auszureden: wenn er die Mitfürsten nicht berücksichtige, so handele er eben in ihrem gemeinsamen Interesse, da seine Ablehnung die ganze monarchische Ordnung gefährden würde. Weiter hieß es, die Nationalversammlung habe ihren Auftrag nicht überschritten, indem sie den König von Preußen gewählt, denn sie habe unbezweifelt endgiltig zu beschließen — sobald sie sich mit den Regierungen vereinbart, und deren Einverständnisses sei sie größtentheils im Voraus versichert, es widerstrebten auch außer Oesterreich eigentlich blos die vier mittelen Königreiche; alle Fehler der Einzelnen oder Parteien, im Lauf der Verhandlungen begangen, könnten die Versammlung als Körperschaft ihrer Rechte nicht berauben, und das Ansehen ihrer Entscheidung werde davon abhängen, ob sie damit das richtig getroffen, was die Lage aller Verhältnisse verlange (freilich!), und darüber herrsche im Deutschen Volke größere Einigkeit (!), als in der Paulskirche zu erzielen gewesen, die sich zuletzt größer gezeigt, als früher zu erwarten gewesen, denn — Niemand habe einen Gegenkaiser zu erwählen gewagt; durch ihren Ursprung werde die neue Würde nicht herabgesetzt; man wisse, aus welchen kleinlichen Gründen und mit welch kleinlichen Mitteln Kurfürst Friedrich III. sich die Königskrone erworben; einen edleren, ja den edelsten Ursprung habe diese neue Krone: den freien Willen freier Männer — was doch seine Haken hatte. Die Schwäche des ganzen Arguments schien auch gefühlt zu sein, denn es wurden damit Drohungen, wenn schon versteckte, für den Fall der Nichtannahme verbunden.

Die reichsministerielle Zeitung hatte am 27. in einer Schilderung der Physiognomie der Nationalversammlung seit der Einbringung und Ablehnung des Welcker'schen Antrags ausgeführt, auf den Zustand passe ganz das Voltaire'sche pourriture avant maturité; solche Unruhe, solcher Lärm, so wenig Würde gebe der „Gesellschaft“ das Ansehen der „Reisefertigkeit“. Am 29. pries

sie posaunend in einem proßen Leiter die Nationalversammlung und deren Thaten: die Deutsche Revolution, Deutschlands Umgestaltung sei gelungen! In einem Mathy'schen Artikel der Beilage von diesem Tage: „Annehmen oder Ablehnen", wurde alle Beredtsamkeit am Könige von Preußen aufgeboten und auch die Drohung nicht gespart, wenn es zum Kaiserthume nicht komme, daß die Revolution von Neuem ausbrechen und die Losung gelten werde: republikanisch oder kosakisch! Am nächstfolgenden Tage mahnte ein Mathy'scher Artikel, daß man den Jubel noch sparen, vielmehr zu neuen schweren Kämpfen sich rüsten möge, und setzte sodann auseinander, die Nationalversammlung habe das Wort gesprochen, der Nation liege die Sorge ob, daß es zur That werde; der König werde nicht ablehnen wollen, er werde annehmen *müssen*. Gleichfalls am 29. ward in der Postzeitung geklagt, der allgemeine Enthusiasmus sei von den Völkern gewichen, an die Stelle des Todesmuthes sei das Bedürfniß zu *leben* getreten; auf die Einwilligung der Regierungen sei nicht zu rechnen, vielmehr bestehe die Hoffnung der Kleindeutschen oder Großpreußen darin, daß Preußen und die mit ihm eng verbundenen kleinen Staaten die Fahne der Nationalversammlung (der 290) ergreifen und die Sache *im eigenen* Namen weiterführen würden, nachdem die Nationalversammlung das Ihrige gethan habe, *um der Staatskunst Preußens die Wege zu ebnen*. Preußen könne der Oesterreichischen Regierung die eigene Nöthigung und den Drang der Verhältnisse (der Vierstimmen-Mehrheit) entgegenhalten, um auf die eindringlichste Weise zu gegenseitiger Nachgiebigkeit und Verständigung aufzufordern. Ein Berliner Korrespondent der Zeitung äußerte Bedenken, gab Nachricht von Einwendungen, welche in Berlin gegen die Frankfurter Beschlüsse gemacht würden. Die Redaktion merkte an, der in Frankfurt eingeschlagene Weg sei nun einmal der einzige und am Aufsuchen eines andern werde jede Staatskunst scheitern. Und mit Einem Worte, die Nation und Preußen sollten nun helfen, und zwar jene durch Revolte, Preußen nicht blos durch Staatskunst, sondern auch mit dem Säbel; es müsse nun „die Fahne der Nationalversammlung ergreifen und den Kampf im eigenen Namen führen". Noch am 3. April lautete es: von Stunde zu Stunde müsse das nunmehr gesprochene entscheidende Wort als Thatsache wachsen, und kein Thron Deutschlands würde demselben widerstehen, wollte man versuchen es ungeschehen zu machen. Indeß verband die Poltronerie des reichsministeriellen Organs mit dem Bramarbasiren sogleich Kniffigkeit und ließ Neigung durchblicken, die Verbündeten entgegen dem Reverse preiszugeben und eine Politik der Nachgiebigkeit und des Rückzugs einzuschlagen. In demselben Artikel wurde auch gesagt: es sei klar, daß gar keine Kaiserwahl vorgenommen, sondern nur unter dieser Form der Ausspruch erfolgt sei, Preußen solle an die Spitze des Bundesstaats gestellt und die Ausführung der neuen Verfassung Deutschlands ihm übertragen werden; der Kaisertitel sei eine Zugabe gewesen, die der König annehmen oder ablehnen möge; auf die Frage, ob man mit dem Preußischen Kaiser zufrieden sei, erfolge häufig die Antwort: „Wenn nur das Geschäft wieder geht!" und das sei es, was man von der Nationalversammlung und den Regierungen verlange, nicht aber die Verwirklichung von Lieblingsideen dieser oder jener Partei u. s. f. Verweisung auf Vertrauen in Preußens patriotische Haltung war so sehr Refrain des nicht an dieselbe glaubenden reichsministeriellen Organs, daß es ihn selbst bei den Haaren herbeizog, indem es ihn z. B. einem Hannover „zermalmenden" Artikel, weil dasselbe seine Truppen noch nicht — vor den Preußischen — in Holstein habe einrücken lassen, und der Meldung folgen ließ, daß die Preußen noch immer nicht marschirten.

Die *Korrespondenz der Erbkaiserlichen* äußerte schon am zweiten Tage nach der Kaiserwahl etwas kleinlaut und Manches einbekennend, wer die Rücksichten erwäge, die der König zu nehmen habe, werde nicht glauben können, daß er der Deputation gleich bei ihrem ersten Empfange mit einem bestimmten Ja — ein Nein sei jedoch ganz undenkbar — entgegentreten werde; es würde thöricht sein, die Erwartungen zu hoch zu spannen, so gewiß man des Erfolges sei; allein die Welt könne nur durch kühne großartige Entschlüsse gesunden, Muth und Entschlossenheit reiße mit sich fort u. dgl. Sie bot in den nächsten

Tagen ihre ganze Beredtsamkeit für die Politik des Annehmens und wider die sich aufdrängenden Bedenken auf, und zwar nahe genug an die Grenze des Lächerlichen streifend. In der Brust jedes Deutschen erhebe sich das Verlangen nach Einheit in riesenhafter Größe; Preußen müsse erliegen, wenn es sich nicht auf die Freiheit und Deutschland stütze und in seiner angenommenen feindseligen Stellung gegen Oesterreich und Rußland verbleibe; die Hohenzollern hätten erkannt, daß die kühnste Politik für Preußen stets die beste; der König werde seine Mission nicht verkennen, werde mit kühner und fester Hand das Steuer ergreifen und das Schiff trotz aller Wellenstürme in das Eldorado des Friedens, der Größe und Macht Deutschlands leiten; Einzelne wollten in den republikanischen Verfassungsbestimmungen ein Hinderniß der Annahme erblicken, aber das sei eine zu belächelnde kleinliche niedere Anschauung der großen politischen Dinge; Aenderung jener Bestimmungen sei wünschenswerth, könne nicht ausbleiben, aber der König werde diese Frage nicht in den Vordergrund stellen und das große Ziel dadurch nicht scheitern machen; umsichtige und hochgebildete Staatsmänner hießen die Märzpolitik der Nationalversammlung eine aventuriöse, allein abenteuerlich sei auch Oesterreichs Politik, ein Abenteuer sei auch der siebenjährige Krieg gewesen und Annehmen oder Ablehnen sei für Preußen so viel als Rettung Deutschlands oder Gefahr des eigenen Untergangs; die Sache durchzusetzen sei nun zunächst und zumeist die Aufgabe der außerhalb der Nationalversammlung liegenden Kräfte; freilich wären Manche im Volke durch die Beschlüsse der Nationalversammlung befremdet und denselben noch abgeneigt, würden aber früher oder später das Richtige derselben erkennen u. s. f.

XIX.

(S. 312.) Radowitz' Aufzeichnung vom 3. April: „Der Abschluß der Verfassung." I. Die wirklichen Faktoren dabei sind: 1) In reeller Hinsicht: a) Das abstrakte Gesammtgefühl und Bedürfniß. b) Die partikularen Gefühle und Bedürfnisse; letztere als Stammesgegensätze wie als konfessionelle Neigungen und Abneigungen. 2) In formeller Hinsicht: a) Die konstituirende Nationalversammlung. b) Die Regierungen der Einzelstaaten und beziehungsweise auch deren Stände. — Diese partikularen Kräfte zerfallen in vier Gruppen: Oesterreich, Preußen, die vier mittleren Staaten, die sämmtlichen kleinen Staaten. II. Nach dem historischen Verlauf sind dabei drei Perioden zu unterscheiden. A. Erster Abschnitt, der etwa bis Ende Oktobers reicht. Damals wäre wahrscheinlich noch jede Einheitsform durchzuführen gewesen, wenigstens innerhalb gewisser Schranken. Die Oesterreichische Monarchie schien verloren; Deutschösterreich konnte durch die Inkorporirung in das Deutsche Reich gerettet werden; die mittleren Staaten hatten, blos auf sich reducirt, nur geringe Widerstandsfähigkeit, wenn Oesterreich verstummte und Preußen gewonnen wurde. B. Der zweite Abschnitt beginnt mit dem Siege der Regierungen in Wien und Berlin. Nun war das thatsächlich Natürliche und Geeignete: a) Der Bundesstaat einschließlich Deutschösterreichs, vorbehaltlich gewisser Ausnahmen für Oesterreich, definitiver und transitorischer. Die Oberhauptfrage führte nothwendig auf ein Direktorium. In diesem aber ein Vorstand für die gesammte Exekutive, abwechselnd zwischen Oesterreich und Preußen. Daneben ein Reichstag mit Staaten- und Volkshaus. b) Die völkerrechtliche ewige Allianz mit der gesammten Oesterreichischen Monarchie. Sie wäre fruchtbar und dauernd gewesen, weil sie ein gemeinschaftliches Glied in Deutschösterreich hatte. — Dieses Ganze wäre ohne Zweifel der natürlichste und gesundeste Ausweg des ganzen Umbildungsprocesses gewesen. III. Der dritte Abschnitt tritt ein mit der Emanation der Oesterreichischen Verfassung. Jetzt ist keine andere Form reell möglich, als zwei gleichzeitige Bündnisse. 1) Der Deutsche Bundesstaat ohne Oesterreich unter drei Bedingungen. a) Preußen als Oberhaupt ohne Kaisertitel. b) Bürgschaft für die Stellung der mittleren Regierungen durch deren Mitwirkung bei den legislativen Funktionen des Oberhaupts. c) Bürgschaft

für Oesterreich, daß die Verfassung des Bundesstaates nicht der Union derogire. 2) Die Union des Deutschen Bundesstaats mit der Oesterreichischen Gesammtmonarchie. a) Direktorium aus drei Gliedern aber ohne Entscheidung durch Mehrheit. b) Drei Sphären: die auswärtigen Verhältnisse, die militärischen Verhältnisse, die materiellen Gemeinschaften.

XX.

(S. 319, 320 f.) Haym legt (III, 29) umständlich die Gründe (darunter falsches Ehrgefühl wie falsche Rechnungen) dar, weshalb es seiner Partei gegolten (die C.=K. sprach schon in diesen Tagen davon; vergl. S. 333), „am Kaiserthume trotz des Kaisers festzuhalten", zu trachten „ihm widersprechend ihn zu gewinnen", mit der Linken zur Durchsetzung der ungeänderten Verfassung sich zu verbünden. Auf den Hauptgrund kommt er erst ganz zuletzt und wie beiläufig. Hätten die Erbkaiserlichen nicht gemeinschaftlich mit der Linken zu handeln unternommen, so würde ein solches Bündniß der Großdeutschen, welche „niemals in der Wahl ihrer Bundesgenossen ekel gewesen", zu besorgen gewesen sein — was doch ausgeschlossen wurde, wenn sich die Erbkaiserlichen mit den Großdeutschen gemäß deren Entgegenkommen verbündet. Um seine Aeußerung selbst in das rechte Licht zu stellen, rückt er am Schluß damit heraus: „wir hatten die Alliance mit der Linken nicht erst zu schließen, sondern nur nicht abzubrechen."

Die C.=K. hatte von einer nach der Abendversammlung in der Mainlust gehaltenen großdeutschen Konferenz gehört: „Heckscher präparirt einen Antrag auf eine neue Verfassungsrevision. Es wird ihm nichts helfen. Wir haben uns auf den Boden der Volkssouveränität gestellt, wollen Verständigung, können uns aber nicht zum Vereinbaren verstehen. Die Lage der Dinge kann nach allen Berichten über die ablehnende Bedeutung der königlichen Antwort, das Nichtverständniß im Volke zu Berlin u. s. f. nicht trüber sein; wir werden jedoch an den Beschlüssen der Nationalversammlung festhalten, aber auch unser Recht nur durch loyale Mittel vertheidigen." Am 2. hatte sie den König bis in den Himmel erhoben; am 8. ließ sie kein gutes Haar an ihm und überhäufte ihn und den Staat, die an die Spitze gehoben werden sollten, mit Schmähungen. In den nächstfolgenden Tagen setzte sie auseinander, daß der Nationalversammlung jeder Rechtsboden abgehe, die als Gesetz verkündete Verfassung noch einmal abzuändern; auf die Frage, was nun geschehen solle, sei kurz zu antworten: „Die Nationalversammlung erkläre am Mittwoch in ihrer Sitzung, daß sie unumstößlich an der einmal und endgiltig beschlossenen Verfassung, wie an ihrem Gotte, festhalte, — sie ernenne dann aber einen Ausschuß, lasse durch diesen den erstatteten Bericht genau prüfen, und verlange zunächst von ihm ein Gutachten darüber, ob in der Antwort des Königs eine Ablehnung enthalten, oder nicht?" Aehnliches folgte bei schärffter Kritik der Preußischen Note vom 3.

Die D. Z. brachte schon am 5. einen Artikel aus der Feder eines „ausgezeichneten Parlamentsgliedes aus den Reihen der Kaiserlichen", worin von Hoffnungen der Nation gar nicht mehr die Rede sein sollte, weil das Thema zu bitter sein würde. Die Redaktion bemerkte dazu, daß sie nicht „ganz so" schwarz sehe. Die Zeitung lief Sturm auf die Preußischen Minister, sie mißhandelnd, auf den König, ihn nicht schonend, auf die Preußischen Kammern, daß sie Sturm laufen möchten auf das Ministerium. Die Note vom 3. April enthalte abermals den Gedanken der Preußischen Politik: man möchte sich arrondiren, aber nicht durch Frankfurt und mit der Verfassung. Gervinus schrieb am 10. — auch dem, wohin eben die Erbkaiserlichen, wenn auch mit Selbstwiderspruch (S. 99, 125), gesteuert und zum Theil noch jetzt steuerten, dem, was sie nachmals in Erfurt thaten, dem, wozu die D. Z. selbst getrieben und nicht ohne Widerspruch mit selbsteigenen Aeußerungen entgegentretend — das Verfahren mit der Cirkularnote schraube das Werk der Nationalversammlung mit einer kleinen und feinen Wendung nach rückwärts, das alte Volkswort vom Preußischen

Kniffe sehr schön rechtfertigend; sie statuire von vorn herein, was nicht und in keiner Art statuirt werden sollte, daß sich einige Deutsche Staaten vom Bundesstaat ausschließen dürften, lade sie mittelbar ein nicht einzutreten; daraus könne nur eine Zweiung Deutschlands hier unter Preußischem, dort unter Oesterreichischem Einfluß und dann das Weitere folgen, daß die Verfassung revidirt werden müsse, daß kein Schatten von ihr übrig bliebe, daß Preußen auf einem Umwege erreiche, was es vom Anfange gewollt, was seine früheren Noten schon in Aussicht gestellt, und wenn der Hof, die königliche Familie, die Deutschen Stände, die Preußischen voran, diese elende Politik, wodurch sich Preußen nur eine Last auflade und Deutschland spalte statt es zu befriedigen, nicht im Begin hemmten, so habe die Nationalversammlung ihre Rolle ausgespielt; diese möge sich einverstanden erklären selbst mit dem kleinsten Kleindeutschland, wenn nur aus dem neuen Staate auf dem vollen Grunde der Verfassung, die sie gegeben (der Verfassung mit dem Satz an der Spitze: das Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen Bundes), Ernst werden solle, sie dürfe sich aber zu der Preußischen Politik nimmer hergeben, und habe, wenn sie der Uebermacht weichen müßte, in einer großen Ansprache an die Nation ihre Geschichte zu erzählen und in ihrem Testament zu verordnen (ähnlich die C.=K., vergl. S. 334), daß Niemand durch Wahl oder wie sonst Antheil an der intendirten Verpfuschung ihres Werks nehme, daß man im Volk ablehne, nachdem sein großes Anerbieten abgelehnt worden, und daß man, unbetheiligt an jeder Halbheit, die Stunde erwarte, wo noch einmal über das Ganze abgerechnet werden könne; er habe es vom Könige vorhergesehen und gesagt (was ihn jedoch nicht verhinderte, fast in demselben Athem die Ablehnung unbegreiflich zu nennen), der werde der Stein des Anstoßes werden — die Redaktion habe seinen Brief zurückgelegt; so machten sie es stets, verklebten sich und ihren eigenen Genossen die Augen, verschlößen selbst diesen den Mund, wenn er zur Einsicht und Erkenntniß der wahren Lage sich öffnete.

Vom „alten Arndt" brachte die D. Z. eine „Ansprache an die Könige". Inhalt und Ton ergaben sich schon aus den ersten Worten: „Hört es, und erbebt!" Am Schluß hieß es dann freilich, er drohe nicht, mit keinem Zeichen, sondern der Alte der Tage drohe mit den seinigen. Weiter hieß es in der Zeitung: „Die Nationalversammlung gebe ihre Verfassung nicht auf, nur die Fürsten sind in Gefahr, wenn sie ablehnen, nicht wir!" Aus Berlin ließ sie sich schreiben: Die Vertreter der Nation möchten sich „um die Ultimate hirnloser Kabinette nicht scheren". An der Reichsverfassung „hängt unser Aller Heil". Aber ein untrennbarer Theil derselben sei die Uebertragung des Kaiserthrons auf Preußen, und diese nicht auf Zeit geschehen, nicht an eine Persönlichkeit geknüpft. Der König sei Kaiser, von Ablehnen keine Rede, der Prinz von Preußen und dessen Sohn seien die Erben der Deutschen Krone, und wenn der erkorne Kaiser, durch schlechte Rathgeber bestärkt, davon nicht befreit durch die Vertreter seines Volks, Gewissensskrupel gegen die Annahme habe, so sei es an der Reichsversammlung und provisorischen Centralgewalt, die Hindernisse hinwegzuräumen, die an den Deutschen Höfen beständen. Es sei festzuhalten an dem erblichen Kaiserthume, dessen Träger das Land Friedrichs des Großen sei, und dem Preußischen Volke gelte es als vollendete Thatsache.

In dem Artikel der reichsministeriellen Zeitung: „Die Reichsverfassung oder die Revolution", wurde ausgeführt, die Frist sei schon halb verstrichen — ihr Ablauf von der Nationalversammlung mit Ruhe, von der Nation mit Bewegung abzuwarten; wichen die Regierungen dem Volkswillen nicht, so werde die Fahne der Revolution erhoben werden; die Nationalversammlung könne von der Verfassung nicht ablassen; Deutschland habe die Wahl zwischen dieser und der Revolution; ein Drittes könne nur gedacht werden als kurze Uebergangslinie zur einen oder andern u. s. f.

Großdeutscher Seits tadelte man an Preußen, daß es von der Kaiserpartei soweit sich habe hineinziehen lassen, ließ jedoch namentlich dem Könige volle Gerechtigkeit widerfahren. In der Großd. Korr. wurde am 8. März gesagt:

„Der Plan eines Erbkaiserthums für das neue Deutschland ward von uns immer als unheilvoll im Gelingen, als entehrend im Fehlschlagen bezeichnet. Der Genius des Vaterlandes hat uns davor bewahrt, die Richtigkeit des ersten Theiles dieser Behauptung auch noch durch die Folgen zu besiegeln, und nur dieses vermag uns über die in nacktester Wirklichkeit der Nationalversammlung gewordene Demüthigung zu trösten, bei der jetzigen, unsere Principien zwar rechtfertigenden, unser Gefühl aber betrübenden Wendung der Dinge! — Das Verhalten des Königs von Preußen steht außer dem Bereiche einer Lobrede, — wir haben sein Ablehnen, als ein Gebot der Ehre und Pflicht, nie bezweifelt, wir erkannten im Erbkaiserthum immer die größte Gefahr für die Einheit und Freiheit Deutschlands, und waren eben deswegen stets bestrebt Preußen mit dem Anerbieten einer Krone ohne Recht und ohne Halt zu verschonen und der Nationalversammlung das Demüthigende der Ablehnung zu ersparen. Die Majorität war aber gegen uns. Die Partei des Erbkaiserthums hat über den Eifer, ihre Idee durchzusetzen, die Folgen des Mißlingens für die Gesammtheit der Vertreter des Deutschen Volkes vergessen, — Folgen, deren schwere Wucht für uns zwar durch das redliche Bewußtsein, daß unsere Partei sie wenigstens nicht verschuldet, einigermaßen gemildert wird, die aber deswegen an Bedeutung für das Ganze nichts verlieren." Es hieß dann weiter: Weder Empfindlichkeit über erfahrene Unbill noch irgend ein anderer ähnlicher Grund dürfe jetzt von der Aufrechthaltung der Verfassung ablenken; nach diesem Ziele müßten nun die Blicke Aller gerichtet sein, die es mit Deutschland redlich meinten und großherzig genug wären, einzelne Meinungen dem Wohle des Ganzen zu opfern und die unheilvolle Wirkung trennender Zwiste abzuwenden; die Aufrechthaltung der Verfassung sei eine Verpflichtung für alle Parteien, die alle dafür einzustehen hätten, die Rechte des Jahres 1848 zu wahren; sie seien es der Zukunft schuldig, dafür zu sorgen, daß dem Deutschen Volke diese Erbschaft unverkürzt erhalten werde; die Idee des Erbkaiserthums, ein fremdartiger Theil der Verfassung, sei nunmehr aufzugeben, schon weil sie sich in der Ausführung unmöglich gezeigt, wogegen man auf die Form des Direktoriums, als die in der Oberhauptsfrage allein zu Deutschlands Heil führende zurückkommen müsse. „Die neuesten Ereignisse machen es unmöglich einen andern Ausweg zu suchen, wenn die Verfassung eine Wahrheit werden soll! Einzelne Bestimmungen derselben, die einer Aenderung wirklich bedürfen, mögen diese durch den nächsten Reichstag finden; die gegenwärtige Nationalversammlung hat die Verfassung selbst noch durch die jetzt nothwendig gewordenen veränderten Bestimmungen über die Reichsregierung zu ergänzen. Sie wird aber, um ihrem Werke eine feste Stütze zu sichern, zugleich auch die materielle Einheit des ganzen Deutschlands, vor Allem in Beziehung auf das Zoll- und Handelswesen zu bewirken, dadurch das nächst der Freiheit dringendste Bedürfniß des Deutschen Volkes zu befriedigen suchen müssen und die Lösung dieser wichtigen Frage nicht ferner dem guten Willen des Reichsministeriums überlassen dürfen. Ein längeres Ueberhören der hierin so laut gewordenen Mahnungen wäre um so schwerer zu rechtfertigen, da selbst von Seiten Oesterreichs Erklärungen für diese unverweilte Einigung vorliegen." — Also bis zu dem ohne Frage nicht unbedenklichen Satze, und der auch von den Befreundeten nicht ohne Beschränkung oder nähere Bestimmung anerkannt werden wollte, daß die Aufrechthaltung des Verfassungswerkes der Erbkaiserlichen und der Linken Pflicht für alle Parteien sei, so sehr nahe kam man großdeutscher Seits der Kaiserpartei abermals und in ihrer Noth entgegen.

XXI.

(S. 358.) Die Frankf. Ztg. zog die Parallele, wie auch auf dem Wiener Kongreß ein Direktorium vorgeschlagen worden, 29 Kleinstaaten am Kaiserthum festgehalten, Preußen die Theilung am Main gewünscht u. s. f. Den letzteren Punkt berührend, sagte der Verfasser: „Derselbe Plan, welcher der neulichen Erklärung des Ministeriums Brandenburg zum Grunde liegt; Metternich wider-

sprach, wie heute Schwarzenberg. Aus Aerger darüber sagte Preußen allen Mediatisirten seinen Schutz zu, so daß am 1. Mai durch die Bemühungen des Fürsten von Wittgenstein ein großer Theil von Kurhessen, Darmstadt, Nassau, Baden unter preußischen Einfluß gekommen wäre. Dazu kamen die ständischen Bewegungen in Würtemberg, wo ja auch schon Friedrich der Große Ordnung geschafft hatte. Mit Hülfe derselben Intrigue hat es Camphausen dahin gebracht, jetzt die „selbstmediatisirten Kleinstaaten" auf Preußens Seite zu verlocken." Als Ergebniß werde sich indeß wol dasselbe Facit herausstellen wie vor 33 Jahren. (S. 361.) Die C.=K. hoffte einen um den andern Tag auf eine günstige Erklärung des Königs oder auf Kammer= und Volksdemonstrationen gegen ihn, drohete heute mit dem engen Bunde der Kaiserlichen und der Linken und den von ihm zu erwartenden schrecklichen Dingen und versicherte morgen, daß die Kaiserlichen nimmermehr die Wege der Bundesgenossen gehen würden. Die D. Z. sagte von dem Gedanken, welchen Preußen im Maibündniß realisirte, und zu dessen Verwirklichung ihre Partei in Gotha und Erfurt eifrigst half, er könnte schmachvoll genannt werden, sei aber nur lächerlich; und weiter: es könne keiner Frage unterliegen, daß die Krone Preußen dem Willen der Deutschen Nation sich fügen werde, die 28 hätten angenommen, welche Regierungen denn wol zum Oktroyiren mit diesem Oesterreich im Bunde gehen wollten; Camphausen's Schreiben lasse den unglücklichen Gedanken der Cirkularnote fallen, daß der König für jetzt die provisorische Centralgewalt übernehmen wolle, womit Niemand einverstanden, Keiner befriedigt gewesen, indem man voraussehen könne, daß dieses Anerbieten denselben Erfolg haben werde, wie die Erklärung des Königs vom 21. März 1848; der König könne gar nicht ablehnen; Preußens Stellung, Macht, Dasein würden bedroht sein, wenn er es wagte, er würde mit dem Augenblick aufhören, das zu sein, was er sei; abermals werde Deutschland von den Preußischen Intentionen bedroht, von jener Idee des Sonderbundes unter Preußens Vorsitz, des politischen Zollvereins, die von Preußischen Staatsmännern, von Camphausen nicht am wenigsten, seit lange mit Vorliebe gehegt und gepflegt sei, indem sie darauf gerechnet, vielleicht gewünscht, daß die Nationalversammlung nichts zu Stande bringe, um dann mit Benutzung des von ihr gelieferten Materials eine solche besondere Einigung ins Werk zu setzen; allein die Festigkeit der Nationalversammlung und die Energie des Deutschen Volkes werde diese Pläne scheitern machen; Deutsch=Oesterreich habe man zwar eine Sonderstellung zugestehen müssen, bestehe aber darauf, daß alle übrigen Deutschen Lande dem Bundesstaate, dem Reiche angehören sollten; Stände und Volk in Würtemberg, Sachsen, Hannover hätten gesprochen, die Regierungen würden nicht einen Tag bestehen können, wenn sie die Annahme weigern sollten, und in Baiern werde es in kürzester Frist nicht anders sein („es kann nicht weichen, es muß hinein!" schrieb E. M. Arndt); eine Entschließung Preußens im Sinne eines Sonderbundes würde diesem immer mehr Kraft, Ansehen, Vertrauen rauben und die Durchführung der Reichsverfassung doch nicht hindern — es werde so geschehen, denn es müsse geschehen! Schmeicheleien, Scheltworte, Drohungen gegen Preußen wechselten in rascher Folge in der Zeitung. Jetzt verzagte sie an der Preußischen Regierung und hoffte dann wieder Schritte von ihr, die die Nationalversammlung genehmigen könne, d. h. daß sie derselben sich unterordne, die einen Strich durch die nüchterne diplomatische Weisheit gemacht und Recht habe, nichts darauf zu geben, denn es gebe etwas tausendmal Klügeres als alle Kabinette, den Verstand des Volkes, das zu Frankfurt stehe und noch energischer dazu stehen werde, sollten die Fürsten es anfeinden. Dann druckte die Zeitung wieder ab, was ihr Gervinus (am 12.) schrieb: Die Nationalversammlung hat das Ihrige gethan, kann und wird auf ihrem Werke beharren, der Nation Verhaltungsmaßregeln zu passivem Widerstande geben und dann einen glorreichen Fall fallen. Denn zu einer aktiven Bewegung könne die Nationalversammlung das Volk nicht bringen, werde es auch nicht versuchen; dazu müßte sie vom Volke selbst getrieben und getragen sein; dasselbe sei aber müde und man müsse gestehen, daß die Regierungen, wenn sie auf diese augenblickliche Erschlaffung spekuliren wollten, große Aussichten hätten; das letzte, was bliebe, wären die kleinen deut=

schen Fürsten. Noch keine volle Woche später schrieb Gervinus „über die Preußische Politik und die Verfassung“: Die Nationalversammlung mag ruhen, das Volk kann sich nicht mit zu großer Energie und Rücksichtslosigkeit aussprechen. Welch einen Namen könnte sich Preußen machen, wenn es auf die freieste Verfassung in Europa frank einginge und die Königreiche durch moralischen Zwang zum Beitritt nöthigte! Tags darauf, am 19., ließ sich die Zeitung in einem Leiter: „Die Reichsverfassung, die ganze Reichsverfassung und nichts als die Reichsverfassung!“ vernehmen: Heute verstreicht die Frist, bis zu welcher Preußen hoffte, seine Erklärung über die Reichsverfassung zugleich mit denen der übrigen Regierungen abzugeben. An diesen war es nach der Meinung des Preußischen Ministeriums, für dasselbe die Kastanien aus dem Feuer zu holen und alle jene Einwendungen gegen die Verfassung zu erheben, mit denen es selbst nicht geradezu hervortreten mochte. Die große Mehrheit der Regierungen hat die Verfassung anerkannt, nur die Könige haben ihren Willen noch nicht kund gethan, und bei mehr als einem dieser Königshöfe ist nur zu gewiß, daß dieser Wille kein guter ist. Sie möchten den Wechsel von 1848 uneingelöst lassen, aber das Volk muß die bösen Schuldner mahnen, seinen Willen, daß die Reichsverfassung Landesgesetz sein soll, laut aussprechen; wenn die Nation sie anerkennt, ist der mächtigste Fürst zu ohnmächtig, um sie zu verwerfen und überall giebt die Nation ihre Zustimmung auf eine selbst die kühnsten Hoffnungen übertreffende Weise zu erkennen, und das bedeutet um so mehr, da sich Anfangs Abneigungen gegen die Verfassung kund gegeben haben; das Deutsche Volk muß sich erheben und rufen: die Reichsverfassung, die ganze und nichts als sie! Wenn der zornige Donnerruf von einem Ende Deutschlands zum andern schallt, sich durch die Straßen der Hauptstädte wälzt und durch die klirrenden Fenster der Paläste schlägt, wird kein Widerstand versucht werden. Die Nation muß handeln, nicht die Nationalversammlung, die den ruhenden Punkt in der Bewegung abgeben muß. Die Postzeitung wies die Zähne und wedelte abwechselnd. So läutete es (am 23.) in ihr: jetzt sei an Klugheit und Vorsicht gelegen; die Errichtung eines Sicherheitsausschusses sei die Diktatur, so viel als Beseitigung der provisorischen Centralgewalt; zu solcher Beseitigung fehle das Recht und der Diktatur der Nationalversammlung würden sich die Regierungen nicht unterwerfen; die Revolution könne nicht noch einmal begonnen werden — die Regierungen würden sich bei einem defensiven Verhalten der Nationalversammlung dem Vernünftigen und Nothwendigen nicht versagen können; die bloße Passivität der Nationalversammlung und Centralgewalt würden hinreichen, die Sache zur Entscheidung zu bringen, je nachdem die Deutschen Völkerschaften sich erklärten, und zu extremen Schritten sei es immer noch Zeit. Das ministerielle Organ hatte eben noch kein Iota an der Verfassung geändert wissen wollen, jede Aenderung für unmöglich erklärt, jetzt erschien es ihm wieder als durchaus nothwendig und selbstverständlich, daß die Nationalversammlung auf so vernünftige und billige Aenderungswünsche, wie die der Preußischen Regierung, eingehe.

XXII.

(S. 376.) Radowitz. Am 3. Mai enthielt der Preußische Staatsanzeiger einen Artikel, der die Politik des Ministeriums erklären und rechtfertigen sollte und worin es hieß: Deutschland zur Republik oder zur Anarchie zu führen, sei nicht die Aufgabe des Preußischen Königshauses. Am 6. Mai stellte die C.-K. der Kritik der Reichsverfassung im Staatsanzeiger eine Apologie der letztern unter Versicherung, daß die Centren gethan, was sie gekonnt, das Suspensivveto zu verhindern u. s. w. nebst einem unumstößlichen Beweise der Verderblichkeit und Unmöglichkeit der Politik „Brandenburg“ oder „Radowitz“ entgegen und fuhr dann fort: Die eigentlichen Gründe für die Entscheidung des Berliner Kabinets liegen tiefer. Die Kontrerevolution in Preußen soll nun in Deutschland durchgesetzt werden, die Souveränetät der Fürsten soll geschützt werden gegen die Reichsversammlung, die Verfassung Deutschlands soll von den Fürsten ausgehen,

wie die Preußische Verfassung vom 5. December. Und aus Dankbarkeit dafür, daß Friedrich Wilhelm die Krone aus den Händen des Volkes zu empfangen sich geweigert hat, sollen die Fürsten dem Bändiger der Revolution die erbliche Schirmvogtei Deutschlands übertragen. Das sei der Plan der Clique Gerlach, zu deren Werkzeuge bedauerlich Radowitz sich hergegeben, der in Frankfurt nicht allein B. (Beseler) gesagt habe, wie er nach Lage der Dinge in Berlin nur zu unbedingter Annahme der Verfassung rathen könne. Am 25. Mai kam die C.=K. auf den Gegenstand zurück, nun Radowitz als den eigentlichen Faiseur der Preußischen Politik bezeichnend und ihn der ärgsten Perfidien dabei bezichtigend — ihn, den „einzigen Mann, der bei dem in Berlin gespielten gefährlichen Spiele gewonnen." Haym (III, 76, 108) beurtheilt gleichfalls Radowitz als einen Unredlichen und wiederholt, daß er Gagern gesagt habe, er werde nach seiner aufrichtigen Ueberzeugung dem Könige keinen anderen Rath ertheilen, als den der unbedingten Annahme der Kaiserkrone und Verfassung. Dies ist es gewiß, was Gagern seiner Partei berichtete und verstanden hatte; allein nach aller Wahrscheinlichkeit hatte Radowitz, allgemeinerer Ausdrücke sich bedienend, nur ausgesprochen, daß er den König im Sinne seiner Ansichten berathen werde, deren Kern freilich auch in Erhebung Preußens über das nichtösterreichische Deutschland bestand, jedoch in anderer Weise und auf andern Grundlagen als denen der Gagern'schen Ideen. Er wünschte Gagern, dieser wünschte ihn zu benutzen. Gagern war so glaubens= und so hoffenslustig, daß er, wenn er nur vom Preußischen Erbkaiser und von der Reichsverfassung und von Aussichten hörte, dazu zu gelangen, leicht die Klauseln überhören und nach seinen Herzenswünschen verstehen mochte. Darauf konnte Radowitz mit ziemlicher Sicherheit rechnen. Es scheint, daß etwas Aehnliches stattfand, wie beim Paktum Simon=Gagern. Man kam über die Durchführung der Reichsverfassung so überein, daß Jeder die Sache in einem andern Sinne nahm und Jeder darauf zählte, die Sache nach seinem Sinne mit Hülfe oder durch das Werkzeug des Andern zu Stande zu bringen. Haym sagt, auch wer minder gut von der Lage der Dinge, von der Stimmung der Versammlung unterrichtet gewesen wäre, hätte einen andern Rath nicht ertheilen können; es sei verzeihlich gewesen, „daß wir diesem Worte einigen Glauben schenkten, und es war in der Ordnung, daß wir auf die Wirkung jenes Rathes einige Hoffnung bauten". Darin die Genesis des Mißverständnisses. Indeß gewinnen die Nachrichten über Radowitz Zusagen an Bedeutung, wenn man sie mit dem Umstande zusammenhält, daß Radowitz bei den bald darauf in Berlin begonnenen Verfassungsverhandlungen eine Aufstellung durchzubringen wußte, die nicht viel mehr oder viel weniger war, als eine genaue Kopie der Reichsverfassung. Sie wurde eben deshalb im Ganzen und im Einzelnen von Beust und Stüve heftig bekämpft, die jedoch gegen Radowitz nicht durchzubringen vermochten. Hält man dann weiter hiermit das gleichzeitige Treiben zur Verdrängung des Reichsverwesers zusammen, das nach allen Umständen, soweit es von Berlin ausging, hauptsächlich von Radowitz verursacht wurde, so muß man gestehen, daß Diejenigen Manches für sich haben, welche behaupten: die Maiverfassung war gar nicht ernst und ehrlich von ihm gemeint, sondern nur ein Köder für die Gagern'sche Partei; die Radowitzische Politik zielte vornehmlich dahin, den Reichsverweser zu beseitigen, damit Preußen thatsächlich an die Spitze trete, worauf dann auch die Maiverfassung beseitigt worden wäre; als jener Hauptplan mißlang, mußte das, was nur Nebenhebel war, die Maiverfassung, Haupthebel werden; um die letztere, die für die Ausführung gar nicht berechnet war, einigermaßen praktikabel zu machen, diente dann die Revision in Erfurt.

XXIII.

(S. 418.) Die Kaiserlichen Organe bei den Preußischen Erklärungen vom 28. April. Die C.=K. bezeichnete die Preußische Cirkular=

note als eine „vollständige Abwendung Preußens von der Deutschen Politik wie von der Freiheit und Ehre“, als eine „Rückkehr Preußens zur Politik des Basler Friedens“; ihre Mittheilung sei mit allgemeiner Entrüstung aufgenommen, wozu sich ein tiefes Bedauern über die schmähliche Rolle gesellt, die ein Preußisches Kabinet dem Preußischen Staate anweise, ein um so tieferes Bedauern, da mit dieser Note die letzte Hoffnung auf das jetzige Preußen geschwunden sei; die Centren hätten den weiter gehenden Anträgen der Linken für jetzt noch nicht zustimmen können, indem sie bei allen ihren Anträgen stets den obersten Grundsatz befolgt, auf dem gesetzlichen Wege zu beharren, so lange man sie nicht davon stoße, und durch die verfassungsmäßigen Gewalten zu wirken, so lange diese sich nicht selbst rein auf den Boden der Revolution stellten; es sei zu wünschen, daß dies dauere, zu fürchten, daß es nicht lange mehr dauern werde.“ Und dann begann die D. Z. ihren Leiter der Nr. des folgenden Tags: „Die Preußische Regierung hat den Boden des Gesetzes verlassen und den Weg der Revolution betreten.“ Dann fand es wieder die C.-K. unerhört, daß in Preußischen Blättern vor einer Partei, welcher Männer wie Gagern, Beseler, Dahlmann angehörten, als vor einer anarchischen gewarnt werde, nachdem die D. Z. zwei Tage vorher aus einer Frankfurter Korrespondenz der Times folgende Stelle hervorgehoben: „Dem Frankfurter Parlament ist diese Reichsverfassung zu einer Ehrensache geworden. Niemand kann einen abermaligen Revolutionsausbruch weniger herbeiwünschen als Bassermann und all seine Freunde aus der Bourgeoisie; aber einige derselben, ich weiß es, würden lieber in die Straßen hinabsteigen, und lieber der rothen Republik gestatten, ihr Haupt ungestört zu erheben, als daß sie sich die Vernichtung ihres eigenen Werks gefallen lassen würden!“ Es erregte Verwunderung, daß die in die Postzeitung Schreibenden aus der Umgebung Gagern's trotz der Bündigkeit der Aeußerungen der Depesche des Preußischen Ministerpräsidenten „zwischen manchen Zeilen einen Strahl der Hoffnung entgegenschimmern“ sahen, „daß die Ablehnung nicht so unbedingt und für immer zu verstehen sei.“ Die Erklärung ihrer Starkgläubigkeit fand sich indeß in mancherlei Andeutungen, daß sich den Staatsmännern in Berlin und den Getreuen in Frankfurt doch noch Mittel und Wege entdecken dürften, um die königliche Ablehnung und den souveränen Standpunkt und den Pakt herumzukommen. „Eine erläuternde Erklärung könnte wohl nachfolgen“, „zum wenigsten als Uebergang dürfte auch der Titel eines Statthalters die Deutsche Nation und Andere befriedigen“ u. s. f. Dies und Aehnliches gab sich freilich nur als „ferne Träume“, allein der sodann aufgestellte Operationsplan war auf deren Verwirklichung berechnet. In der D. Z. hieß es: man habe auf Preußen gewartet, so lange noch irgend eine Aussicht, daß dasselbe nicht vergebens warten lassen werde. „Nun aber ist die Zeit gekommen, wo wir beweisen werden, daß auch unsere Partei zu Rath und That bereit ist, daß auch wir nicht Willens sind, die Hände in den Schooß zu legen, wenn das Vaterland in Gefahr ist, und wir denken zugleich das Lob zu verdienen, daß die Schritte, zu denen wir bereit sind, ausführbar, und genau auf das Ziel gerichtet sind.“

„Fortan gilt über Preußen, was einst Beckerath über Oesterreich sagte, — das Warten auf Preußen wäre der Tod der Deutschen Einheit. Indem wir nun aber mit dieser Ueberzeugung die andere verbinden, daß die eigentliche Erfüllung unsrer Verfassung doch nur dadurch erst entsteht, daß Preußen an die Spitze des Reiches tritt: so wird Alles darauf ankommen, einen Schritt zu thun, welcher einerseits die Durchführung der Verfassung auch ohne Preußen möglich macht, andrerseits jedoch einen neuen Antrieb für Preußen enthält, sich dem Reiche anzuschließen und dieses Reiches Spitze zu bilden. Mit andern Worten: wir dürfen nicht länger auf Preußen warten, aber wir dürfen es noch weniger ausschließen, wir müssen es mittelbar und moralisch nöthigen, die ihm gebührende Stelle einzunehmen, wir müssen ein Compelle daransetzen, diese spröde Macht für die große Sache des Deutschen Reiches zu gewinnen — die Preußische Politik zu reizen, das für jetzt Zurückgewiesene nachträglich zu ergreifen.“ Zum Compelle sollten dann zwei Maßregeln dienen, eine Aufforderung an die Deutsche Nation, mit

allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln in den Einzelstaaten die Durchführung der Deutschen Verfassung zu betreiben und eine Vertagung der Reichsversammlung. „Die letztere negative hindert jede störende Reibung zwischen der Versammlung und den Regierungen, sie ist das Bekenntniß, daß für die nächste Zeit ein bestimmter Stoff unserer Thätigkeit nicht vorliegt und sie giebt den Mitgliedern der Versammlung Gelegenheit, auf Stimmung und Haltung der Bevölkerungen zu Gunsten der Verfassung lebendig einzuwirken.“ Folgte schließlich noch großes Rühmen der Logik und Weisheit des Plans, der, nur gut ausgeführt, gelingen müsse.

(S. 419.) Die Ansprache der großdeutschen Partei an ihre Gesinnungsgenossen erschien zuerst als Extrabeilage der Frankf. Ztg. „Das Programm der großdeutschen Partei ist einfach. Es enthält nichts als die große Idee, welche die mächtige Deutsche Bewegung hervorgerufen und bis auf den heutigen Tag getragen hat. Es läßt allen Meinungsschattirungen Raum, wenn sie nur ehrlich und mit ehrlichen Mitteln den einen großen Zweck anstreben: Ein großes, ein ganzes, ein einiges, ein mächtiges Deutschland, mit einheitlicher Verfassung und Regierung für die gemeinsamen Interessen, verbürgt durch Volksvertretung und jenes weite Maß von Freiheit, welche das starke und intelligente Deutsche Volk zu fordern das unveräußerliche Recht hat. Was wir wollen, läßt sich in folgende kurze Sätze formuliren. Wir wollen: 1) das ganze ungeschmälerte Deutschland, mit unerläßlichem Einschluß von Oesterreich; 2) weder ein Erbkaiserthum noch irgend ein anderes Kaiserthum; 3) kein Kleindeutschland, unter welcher Form, Namen oder Vorwand (engerer Bund &c.) es auch in Großdeutschland eingeschmuggelt und eingeschachtelt werden will; 4) einheitliche Verfassung mit einheitlicher Regierung für alle gemeinsamen Angelegenheiten, mit allen eine starke Bundescentralgewalt bedingenden Mitteln; 5) eine die Freiheit und die Volksrechte verbürgende Volksvertretung“. Das war der Kern, das Uebrige erläuternde Ausführung, in welcher u. a. gezeigt wurde, die Partei, so geneigt sie sei, die Regierungen in ihrem Kampfe gegen die Mißbräuche der Freiheit und die Angriffe der Raublust zu unterstützen, Unrecht von ihnen abzuwenden, mit ihnen zu gehen, wenn ihr Weg der des Gemeinwohls sei, werde aber auch nicht vergessen, daß manche von ihnen noch vor Kurzem das Billige verweigert, werde ihnen nicht unbedingt zu Diensten sein. In der Großd. Korr. wurde hervorgehoben, daß nunmehr von Preußen selbst anerkannt worden sei, was bisher nur Oesterreich und Baiern dem Verfassungswerke zum Vorwurf gemacht: „die weitgehenden Bestimmungen des ersten Entwurfes, so spreche sich die neue Preußische Erklärung aus, über die Befugnisse der Reichsgewalt zum Eingreifen fast in alle inneren Verhältnisse der einzelnen Länder, welche eine selbstständige Verwaltung der letzteren unmöglich machen, und sie mit der Zeit absorbiren würden, sind nicht beseitigt.“ „Preußen erkennt es also an, daß das, was man hier machen will, nach der Wahrheit und nach dem Erfolge ein Einheitsstaat und daß die Benennung Bundesstaat eine baare Lüge sei, daß mithin Oesterreich im vollen Rechte war, wenn es in den hier erstrebten Bundesstaat nimmermehr eintreten wollte. Preußen erklärt, daß es auf der Verständigung, auf der Vereinbarung beharrt, daß es auf jede Verständigung eingehen werde, daß es von seinen früheren Erklärungen nicht abweichen wolle, gemäß welchen es bekanntermaßen auch die jüngsten Vorschläge Oesterreichs als Grundlage der Verständigung in das Werk der Vereinbarung mit hineinzog. Das ist der Weg des Rechts und der Weisheit, der Weg des allseitigen Heiles. Oesterreich wird gewiß nicht unnachgiebig sein; die Noth fordert rasche Entschlüsse, fordert selbst große Opfer. Wenn die Nationalversammlung noch jetzt sich ermannte, den Trotz des eigenen Willens dem Wohl des Vaterlandes zu opfern, wenn etwa die Unbeugsamen so weit nachgäben, daß sie zurücktretend andere Vertreter einrücken ließen, die noch im Stande sind, bei den entscheidenden Beschlüssen einzig das Wohl des Vaterlandes zu Rathe zu ziehen, — oder auch wenn die Versammlung im Ganzen ihr Mandat zurückgäbe, um die Vollendung des Werkes den frischen Kräften neuer Abgeordneten zu überlassen, wenn endlich in jedem Fall die Vertreter Oesterreichs wieder hinzuträten

und dann das verjüngte Parlament den gerechten Anforderungen nachgäbe: dann ließe sich noch jetzt in verhältnißmäßig kurzer Frist für das ganze Deutschland ein schönes Maß von Freiheit und Einheit sichern. Noch ist es Zeit. Noch kann die Mitte den Ausschlag geben. Die nächste Stunde droht mit einer Entscheidung zwischen den äußersten Gegensätzen, mit einem Kampfe, der selbst die äußere Unabhängigkeit Deutschlands zerstören kann, schwerlich aber irgend ein Gutes wesentlich zu fördern im Stande ist."

XXIV.

(S. 432). Die erbkaiserlichen Organe beim Beschlusse vom 4. Mai. Man las am 5. in der Korr.: „Auf die neueste Cirkularnote der Preußischen Regierung konnte eine bessere Antwort nicht gegeben werden, als die in der gestrigen Sitzung erfolgte Annahme des Wydenbrugk'schen Antrages. Der völlige Gegensatz beider Gewalten ist hiermit erklärt und fortan muß diejenige siegen, auf deren Seite die richtigere Berechnung der Wirklichkeiten, die größere Klugheit, die größere Mäßigung ist." Nach dem Beschlusse des vorigen Tags sei die Erfolglosigkeit der nach Berlin ausgeschriebenen Konferenzen noch gewisser, indem er die Radowitzische stets unglücklich gewesene Weisheit und Treulosigkeit kreuze, Preußen nochmals anbiete, was es von den Fürsten nie erlangen werde und die Rivalität der letzteren reize. Er „kontrastirt auf das Grellste mit dem partikularistischen Egoismus der Preußischen Regierung. Der Glaube an die Deutsche Einheit, der Glaube an das Deutsche Reich, das sind die sittlichen Motive, die ihm Anklang in den Herzen der Patrioten und die ihm zugleich einen Erfolg sichern. Wie sehr dagegen Preußen nur sich selbst, seine einzelne staatliche Existenz im Auge hat, das geht aus nichts deutlicher hervor, als daraus, daß es jetzt auf einmal doppelt soviel Muth und Kraftaufwand in Bereitschaft hat, als hingereicht haben würde, um im Bunde mit der Nationalversammlung die Oberleitung über Deutschland anzutreten. Man nimmt es jetzt mit allen volksthümlichen Elementen in ganz Deutschland auf, während man gegen ein paar winzige Könige die Rettung der Freiheit und Einheit Deutschlands zu übernehmen zu feig war. Unser Beschluß ist ein Beweis der fortdauernden Mäßigung der Nationalversammlung. Wir sind es, welche für die Durchsetzung der Verfassung den gesetzlichen Weg gesucht, die Nation mit aller ihrer Aufregung in die Bahn des Rechts gewiesen haben. Der Agitation, die im Süden Deutschlands überall wach ist, haben wir ein festes Ziel vorgeschrieben" u. s. f. Das Gemüth Beckerath's, dessen gleichsam religiöse Scheu vor jedem die Bahn des Gesetzes auch nur scheinbar verlassenden Schritte seine Freunde nicht theilen könnten, sei der tiefen Aufregung des Augenblicks nicht gewachsen gewesen; es sei möglich, daß sein Beispiel Nachfolge finde, daß die Preußischen Abgeordneten in den nächsten Tagen abberufen würden, allein „wir sind auch gewiß, daß es einen Kern von Männern geben wird, denen die Ueberzeugung ihres Rechts, die Liebe zum Vaterlande und die Treue gegen das Reich mehr gelten werde, als der Wille einer Regierung, deren letzte Schritte einem Verrathe an Recht und Reich gleichkämen. Erst die Unmöglichkeit, das Heil des Vaterlandes hier zu schaffen, wird diesen Männern das Zeichen zum Aufbruch werden. Aber die Schwankenden werden zugleich bedenken, daß diese Unmöglichkeit um so eher eintreten könnte, je früher sie eine Sache verloren gäben, welche bis jetzt noch alle Chancen des Gelingens für sich hat." Am 26. Mai, als das Kasino, der Kern vom Kerne, ausgetreten war, lautete es: Unter andern Unterschieden der die Weidenbuschpartei vornämlich bildenden Fraktionen, des Würtemberger Hofs und des Kasinos, habe auch ein räumlicher stattgefunden; die Elbe habe eine Grenzlinie gebildet. „Das Kasino bildete sich zum größten Theil aus den Männern von jenseits des genannten Flusses; und sein Mittelpunkt war Berlin und zwar für die Führer ein durchaus Deutsches Berlin, für viele Einzelne aber ein specifisch Preußisches Berlin, wie die Geschichte des Austrittes der 66 (der Gagern, Dahlmann, Beseler u. s. w.) nur zu deutlich bewiesen hat.

(Vergl. die Vorgänge im Kasino vor der Ausscheidung der Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium. Bd. I, S. 454.) Der Würtemberger Hof dagegen vertrat ursprünglich mehr die zerrissenen und uneinigen Landschaften des Westens. Daher war es ihm so schwer, zu einer festen Politik zu gelangen; daher war sein politisches Streben dem Untergange geweiht. Dieses sein Schicksal vollzog der Austritt des Augsburger Hofes, welcher die Kasinopolitik in der Versammlung zur unbestrittenen Herrschaft brachte. Diese Politik, die auf der Theorie der Revolution beruhte, und praktisch der Revolution überall entgegentrat, die, mit vollem Bewußtsein, in großartiger Konsequenz beharrlich das eine Ziel der Kräftigung der Preußischen Regierung und der Einigung Deutschlands durch die wieder gekräftigte Preußische Regierung verfolgte, und die doch theoretisch der Einigung die National-Souveränität des Deutschen Volkes zu Grund legt, — diese Politik hat bis zum 4. Mai 1849 in der Versammlung geherrscht, und derselben den ihr eigenthümlichen Charakter der Festigkeit, aber auch der Starrheit aufgedrückt. Ob zum Heile des Ganzen, mag die Zeit uns lehren, die uns zeigen wird, ob, wann und wie die großentheils vom Kasino geschaffene Verfassung ins Leben treten wird. Der Beschluß vom 4. Mai war der letzte Akt der Kasino-Politik. Er lag, nach der Ansicht der Einen, hart an der Grenze, welche diese Politik sich selbst vorgezeichnet hatte; er ging, nach der wohl mehr begründeten Ansicht Anderer, schon über die Grenze hinaus. Die am wenigsten widerlegte Entgegnung, womit einzelne Mitglieder des Nürnberger Hofes die Vorwürfe der Kasino-Partei beantwortet haben, ist die, daß die späteren Beschlüsse der Nationalversammlung zum Theil nur Konsequenzen des 4. Mai waren, die sich als nothwendig erwiesen — wenn nämlich die Versammlung nicht, wie man ursprünglich wollte, am 4. Mai sich bis zum 15. August vertagte" u. s. f.

Die D. Z. führte aus, Rußland rücke heran, eine europäische Reaktion mit ihm; zwischen der Reaktion und Revolution sei, man möge es nicht verhehlen, die Kraft des Widerstandes schwach; Preußen sei ausgestrichen, zähle gar nicht mehr, und ganz Deutschland liege mit ihm in den Banden der Haugwitzischen Politik. „Was können wir, ohne Preußen, ohne Ordnung, ohne Staat, mit uns selber beschäftigt, zerrissen und haltlos? Italien hat seine Kraft in fruchtlosen Staatsbildungen erschöpft, noch weniger hausgehalten als Deutschland, dessen Kraft zu Grunde geht an der erbärmlichsten Politik, die je ein Volk erniedrigt und ein Land zerrüttet." Das Preußische Projekt werde unfehlbar scheitern (was auch geschah, als die Kaiserlichen sich dabei betheiligten); die Regierungen würden darauf nicht eingehen oder sich nicht einigen, und nach Preußens neuesten Erklärungen begehre in Deutschland überall Niemand, daß die andern Regierungen der dermaligen Preußischen sich unterordnen sollten; man erinnere von Berlin aus fälschlich gegen Frankfurt an Burke's Ausspruch: „Welche Würde in dem Beharren auf Thorheiten liegen soll, bin ich zu begreifen außer Stande" — man habe dabei an die Vereinbarungsgedanken der Manteuffel-Arnim zu denken; die Deutsche Reform sage, für den Fall, daß die Nationalversammlung den letzten Verständigungsvorschlag zurückweise, bleibe den Regierungen, die es aufrichtig mit der Deutschen Einheit meinten, kein anderes Mittel als die Berufung an das gesammte Deutsche Volk — das sei nicht zum Ernsthaftbleiben, ob denn das Volk noch nicht laut genug rufe: fort mit dem elenden Preußischen Ministerium?! — Das reichsministerielle Organ bot nun wieder Beredtsamkeit für das „Beharren" auf, polemisirte gegen den Vorwurf eigensinnigen und rücksichtslosen Bestehens auf der einmal beschlossenen Verfassung. Die eiserne Logik der Vernunftgründe für Preußens Erhebung an die Spitze von Kleindeutschland sei allerdings beharrlich, das Beharren bei der Verfassung, wie sie nun einmal vorliege, sei ein Nothrecht, weil sonst kein Ausweg zu finden u. dgl.

XXV.

(S. 432.) **Bassermann's Bericht vom 4. Mai.** Bei meiner Ankunft in Berlin am 30. April Abends 11 Uhr ersah ich aus dem Staatsanzeiger Nr. 117 das Schreiben der königl. Preußischen Staatsregierung an den königl. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt vom 28. v. M., worin die auf den Grund der Reichsverfassung dem König von Preußen dargebotene Kaiserwürde abgelehnt wird. Dadurch war ein wichtiger Theil meiner Mission, ehe ich nur einen Schritt zu deren Ausführung thun konnte, erledigt. Dem Beschluß des Ministerraths zufolge war es meine Pflicht, gleichwohl hier auszuharren, bis eine unter veränderten Umständen etwa rathsam erscheinende Abberufung an mich gelangen würde. Ich suchte meinen Aufenthalt nun zu benutzen, die Absichten der königl. Regierung über die künftige Gestaltung Deutschlands, sowie die Stimmung der Bevölkerung Berlins und der Provinzen, den Schritten der königl. Regierung und der Nationalversammlung gegenüber, zu erfahren. In der ersten Beziehung wurde ich nicht lange im Zweifel gelassen. Der Präsident des königl. Staatsministeriums theilte mir die Cirkulardepesche an die königl. Preußischen Missionen bei den Deutschen Höfen vom 28. v. M. mit, welche nachher in Nr. 119 des Staatsanzeigers zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurde. Ich verhehlte dem Herrn Präsidenten keineswegs meine Ansicht über den schlimmen Eindruck, welchen dieses Aktenstück sowol auf die Nationalversammlung, wie auf die Bevölkerung der verschiedenen Deutschen Staaten machen würde, ich fand jedoch, daß dieser Eindruck schon in Erwägung gezogen und daß die Maßregeln bereits in Rücksicht auf denselben getroffen waren. Das Heer ist nicht allein vollzählig, es sind auch noch 60 Landwehrbataillone einberufen. Im Staatsschatz fehlt es nicht an Geld; ich hörte von 7 Millionen Thaler, welche dort vorräthig seien. Die Stimmung des Heeres soll nach allen mir zukommenden Mittheilungen ganz zuverlässig sein; darauf beruht auch die Zuversicht der hiesigen Staatsregierung bei dem gethanen, so entschiedenen und entscheidenden Schritte. Alle Konsequenzen sind vorausgesehen und man scheint den Entschluß gefaßt zu haben, vor keiner zurückzutreten. — Was die hiesige Bevölkerung betrifft, so wird Jedem, der nur wenige Tage sich hier aufhält, deren Theilnahmlosigkeit bei den großen Ereignissen, welche auf lange hin über die Zukunft Deutschlands wie Preußens entscheiden, auffallend erscheinen; sie läßt sich nicht aus dem Belagerungszustand allein erklären, man ist genöthigt, einzugestehen, daß die Massen entweder wirklich gleichgültig gegen die bevorstehenden politischen Gestaltungen sind, oder daß vielleicht die Lokalinteressen, deren Schmälerung durch eine in Aussicht stehende Verlegung der Residenz befürchtet werden kann, die Gemüther befangen halten.

Auf denjenigen Theil der Bevölkerung Preußens aber, welcher ein reges Interesse an den öffentlichen Verhältnissen nimmt, haben die Reden und Erklärungen von Mitgliedern der Nationalversammlung, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz nur als ein Uebergang zu einer republikanischen Staatsform, mithin zur Vernichtung der Preußischen Monarchie benutzt werden wolle, einen für die Deutsche Sache sehr ungünstigen Eindruck gemacht, wie mir theils von Personen, denen die Verhältnisse genau bekannt sind, mitgetheilt wurde, und theils aus den öffentlichen Blättern und den in Vereinen und Versammlungen gefallenen Aeußerungen entnommen werden kann. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Bevölkerung ein gewisses Selbstgefühl besitzt, das möglichst geschont werden muß, wenn man ihrer Sympathie theilhaftig werden will.

Aus den Provinzen hat man bis heute von keiner erheblichen Bewegung in Folge der Auflösung der zweiten Kammer und der Ablehnung der Deutschen Kaiserwürde erfahren; nur in der Rheinprovinz scheint sich eine solche vorzubereiten, die man aber mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken entschlossen ist. Ich bemühte mich auch, die Gründe zu erfahren, welche die wol allgemein unerwartete vollständige Ablehnung der Kaiserwürde bestimmt haben, um darnach ermessen zu können, in wiefern noch Hoffnung zu einer Verständi-

gung zu gelangen vorhanden sei. Nach dieser Richtung enthält das an den Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt gerichtete Schreiben vom 28. v. M. eine Stelle, welche der vollen Aufmerksamkeit werth ist. Sie lautet: „Die königl. Regierung hat zuerst den Weg der Verständigung eingeschlagen, „und wenngleich ihre bisherigen Bemühungen ohne ihre Schuld fruchtlos geblie„ben sind, so will sie doch denselben nicht aufgeben und erklärt daher ihre „fortwährende Bereitwilligkeit, auf jede Verständigung einzugehen." Es kam darauf an, zu ermitteln, inwiefern diese Worte mehr oder minder ernstlich gemeint waren. So weit es mir möglich war, die Ansichten der königl. Staatsregierung zu erforschen, so darf ich annehmen, daß wirkliche Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Verfassung und des Wahlgesetzes das einzige Hinderniß der Annahme der angebotenen Würde sind, und daß, insofern dieses Hinderniß beseitigt werden könnte, auch noch jetzt die Hoffnung auf Annahme nicht gänzlich verschwunden ist. Eine Bestätigung dieser Ansicht finde ich in der von vielen achtbaren und unbefangenen Personen gethanen Aeußerung, daß der König durch Annahme der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes Preußen selbst einer Gefahr aussetze, deren Vermeidung seine erste und heiligste Pflicht sei. — Die Bedenken betreffen: 1) Zunächst das suspensive Veto. Man verkennt zwar nicht, daß dieser Punkt eine mehr theoretische als praktische Bedeutung habe, aber man hält es für unvereinbar mit der Ehre der Preußischen Monarchie, auf diese Bedingung hin die Krone anzunehmen. 2) Der § 1 der Reichsverfassung erregt den Skrupel, ob nicht Preußen dadurch gezwungen sei, die etwa nicht beitretenden Deutschen Brüder mit Waffengewalt zum Beitritt zu vermögen. 3) Die Wiederaufnahme des Reichsraths wird für nothwendig gehalten, um die einzelnen Deutschen Regierungen darüber zu beruhigen, daß sie nicht allen Einflusses auf die Leitung des Bundesstaats beraubt werden sollen. 4) Das Reichswahlgesetz wird von dem Standpunkt der Erfahrungen, welche man in Preußen über das allgemeine Stimmrecht gemacht hat, als besonders bedenklich bezeichnet. Man wünscht irgend eine Gewähr gegen einen ausschweifenden Gebrauch desselben.

Wenn die königl. Staatsregierung die Aussicht hätte, daß von der Nationalversammlung eine Abänderung in Bezug auf diese vier Punkte zu erreichen wäre, so habe ich alle Ursache, zu glauben, daß sie jetzt noch bereit ist, die Verfassung in allen übrigen Theilen anzunehmen. Darauf scheint auch die folgende Stelle der Cirkular-Depesche vom 28. v. M. zu deuten: Der Entwurf einer solchen Verfassung würde die Arbeit der Nationalversammlung wieder aufnehmen und nur die in dieselbe durch eine Verknüpfung unglücklicher Umstände eingedrungenen störenden Elemente beseitigen.

Es ist mir die bestimmte Versicherung geworden, daß die hiesige Staatsregierung jeder Andeutung der Nationalversammlung, daß sie auch ihrerseits geneigt ist, die Hand zu einer Verständigung zu bieten, auf das bereitwilligste entgegenkommen wird und daß auf diesem Wege das von der ganzen Nation so heiß ersehnte Ziel erreicht werden kann, wenn die Nationalversammlung dem allerdings schwierigen Standpunkt der hiesigen Regierung Rechnung tragen, und daher die gewünschten Modifikationen eintreten lassen will. In diesem Fall glaubt man hier auch die Annahme der Verfassung und des Wahlgesetzes von Seiten Sachsens und Hannovers verbürgen zu können; ja man hofft selbst den Beitritt Baierns zu erhalten, weil jetzt die Beziehungen zwischen der Oesterreichischen und Preußischen Regierung einen so freundschaftlichen Charakter angenommen haben, daß auch von dieser Seite jedes Hinderniß geschwunden sei. Sollte aber keine Aussicht vorhanden sein, auf dem angedeuteten Weg eine Verständigung herbeizuführen, so wird die königl. Staatsregierung den Bevollmächtigten der Deutschen Regierungen, welche auf ihre Einladung hier erscheinen, den Entwurf zu einer Verfassung, der sich, wie aus der eben angeführten Stelle der Cirkular-Depesche hervorgeht, möglichst an die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung anlehnt, zur Berathung und Beschlußnahme vorlegen. Es läßt sich freilich nicht voraussehen, ob überhaupt eine Einigung der Deutschen Regierungen auf diesem Wege erzielt werden wird, und auf welchen

Grundlagen hin, so viel aber darf jetzt schon angenommen werden, daß sie sich weiter von der in Frankfurt beschlossenen Verfassung entfernen wird, als wenn man nur die oben erwähnten vier Punkte abändern würde. Der auf diese Weise unter den Regierungen berathene Entwurf würde dann einem zu berufenden Reichstag, welcher aus einem Volks- und aus einem Staatenhaus bestehen soll, zur Revision wie auch zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden. Zur Berufung dieses Reichstags würde man sich genöthigt sehen, ein Wahlgesetz einseitig zu erlassen. Dieses ist im Allgemeinen der Gang, den man hier einzuschlagen gedenkt.

Es mag nun von der Nationalversammlung der ernstesten Erwägung unterzogen werden, ob sie glaubt, unter so kritischen Verhältnissen, auf einer thatsächlichen Unmöglichkeit beharrend, die letzte dargebotene Verständigung mit der hiesigen Staatsregierung von der Hand weisen zu sollen, und dadurch einen Kampf hervorzurufen, der die furchtbarsten Folgen für Deutschland haben könnte. Ich gebe dem hohen Reichsministerium anheim, ob es für gerathen hält, darüber die Meinung der einflußreichsten Mitglieder der Versammlung auf geeignete Weise einzuholen, indem ich die Bemerkung beifüge, daß nach mündlicher Erläuterung die Preußische Regierung ihre Vorschläge nicht früher an die Versammlung gelangen lassen will, bis sie darüber Gewißheit erhalten hat, daß die Nationalversammlung auch ihrerseits bereit ist, sie in Erwägung zu ziehen. Ich sehe hierüber näheren Mittheilungen entgegen, wie mir überhaupt erwünscht wäre, den ganz veränderten Verhältnissen entsprechende Instruktionen zu erhalten.

Nach dem Schluß dieses Berichtes erhalte ich noch die hier beiliegende Antwort des Präsidenten des königl. Staatsministeriums vom 3 d. auf die von mir unter dem 2. d. übergebene und bereits abschriftlich mitgetheilte Note. In dieser Antwort findet die oben ausgeführte Ansicht, daß die hiesige Staatsregierung zu einer Verständigung mit der Nationalversammlung noch fortwährend bereit ist, eine officielle Bestätigung.

(S. 433.) Die Berichte der Reichskommissäre. Gagern war bei den unglücklichen Missionen der provisorischen Centralgewalt noch speciell unglücklich durch seine Wahl der Persönlichkeiten. Nach seiner Ansicht hing das Gelingen der Verfassungsangelegenheit wesentlich von der Sendung Bassermann's ab. Im Sommer 1848 hatte Letzterer die widerspenstigen Regierungen zermalmen wollen, im November nach Berlin gesendet den allervergeblichsten Auftrag übernommen. Er ging mit den falschesten Vorstellungen von den Zuständen in Berlin und endete sehr bald damit, daß er die Maßregeln billigte, deren Zurücknahme er hatte bewirken sollen und wollen. Als ihn Gagern zu der jetzigen Mission auserſah, scheint er dies vergessen gehabt und auch daran nicht gedacht zu haben, daß es allgemein bekannt war, in welchem lehrmeisterlichen und feindseligen Tone die Badensischen Unterstaatssekretäre in der ministeriellen Zeitung das Preußische Ministerium angegriffen, das Thema: die Reichsverfassung oder die Revolution! ventilirt, wie unangebracht eben damals die Sendung eines solchen Geistes nach Berlin sein mußte. Im Dreißigerausschusse war von der linken Seite Einspruch wegen der „Unzuverlässigkeit“ Bassermann's erhoben; Gagern hatte entgegnet: Bassermann sei in Berlin gut angeschrieben (S. 462) und würde daher dort eher zum Ziele kommen als ein Andrer. Bei seiner Abreise war der Reichskommissär für Berlin wie Gagern selbst noch voll der Hoffnung auf eine „günstige Wendung“, die dort eintreten, voll des Glaubens an eine Bewegung gewesen, die schlimmsten Falls den König von Preußen nöthigen werde. Er hatte seinen Weg durch die vielversprechende Rheinprovinz genommen, an Gagern aus Köln geschrieben, die Sache stehe gut, die Bewegung sei allgemein, man dürfe hoffen; er hatte Gagern noch ausdrücklich gebeten, diese Notizen denjenigen Mitgliedern der Linken mitzutheilen, welche noch nicht allen Glauben an ihn verloren hätten. Dies wird zum wenigsten in Kolatschek's Monatsschrift (Juniheft des Jahrg. 1850) von einem Anonymus erzählt, der indeß über diese Dinge sichtlich gut unterrichtet ist, über Bassermann großentheils treffend, zum Theil freilich aber auch völlig ungerecht, urtheilt, namentlich indem er ihn geldlichen Eigennutzes beschuldigt. — Die Berichte von Watzdorf,

Seebeck, Mathy habe ich nicht gesehen, doch gestattet hier schon das in Betracht kommende Notorische Schlüsse. Der Reichskommissär in Dresden hatte freilich eine minder starke, die in Hannover und München aber hatten feste Regierungen, reichen Stoff zu ähnlichen abkühlenden Beobachtungen wie der in Berlin, und einen ähnlichen und wol noch unsanfteren Empfang wie Bassermann gefunden. In den spätern Berichten des letztern kommen Andeutungen, ich habe darüber einige mündliche Auskunft von Betheiligten erhalten. Sah und berichtete Watzdorf richtig, so mußte auch der Bericht aus Dresden, obschon eine heftige Bewegung für die Reichsverfassung meldend, doch gleichfalls höchst ungünstig in Gagern's Ohren lauten wegen des Charakters jener Bewegung. Seebeck wandte sich zuerst an Graf Bennigsen, von welchem er höflich, doch ohne Entgegenkommen oder irgend ein Interesse aufgenommen wurde, und welchem er seinen Auftrag und seine Ansichten mündlich auseinandersetzte; er verband damit das Ansuchen einer Konferenz mit dem gesammten Ministerium. Diese fand statt. Er hielt einen Vortrag über das Thema: es gelte die Revolution zu überwinden und das einzige Mittel liege in der Anerkennung der Reichsverfassung. Es wurde ihm kurz erwiedert, in Hannover sei weder noch habe Revolution stattgefunden, dahin tendirende Gelüste und Regungen, welche stets nur von Frankfurt ausgegangen, wären beseitigt. Er fragte an, ob Einreichung eines schriftlichen Exposé's gestattet sein werde. Die Frage wurde bejaht. Er bat um eine Audienz beim Könige, die er nicht erhielt. Er reichte ein Exposé von nahe an dreißig Bogen ein, das lediglich zu den Akten genommen worden ist und reiste ab ohne daß noch irgend eine Kommunikation stattgefunden hätte. Auch ist keine nachträgliche Aeußerung des Hannoverschen Ministeriums erfolgt.

XXVI.

(S. 437.) Verhandlungen mit Eisenstuck vor seiner Sendung in die Pfalz. Am 15. Mai über seine Pfälzer Mission Bericht erstattend gab Eisenstuck an, als die Anforderung, jene zu übernehmen, an ihn gelangt sei, habe zunächst eine Besprechung zwischen ihm und Gagern über den Weg stattgefunden, den er zu gehen gemeint, Falls er den Auftrag annehme; er habe erklärt, seine Ansicht sei, daß das Ziel, die Beruhigung der Provinz, sich nur erreichen lasse, wenn der Beauftragte der Deutschen Bewegung einen kräftigen Halt gebe; dagegen sei ihm eingewendet, daß man vor allen Dingen den Landesvertheidigungsausschuß schon seines Namens und dann seiner revolutionären Beschlüsse wegen nicht bestehen lassen könne; er habe hierauf erklärt, daß er bereit sei, nach Umständen die Aufhebung oder Modificirung dieser Beschlüsse eintreten zu lassen, daß er jedoch, wenn man etwa die gänzliche Beseitigung des Ausschusses beabsichtige, nicht geneigt sei, den Auftrag zu übernehmen, weil er die Ueberzeugung hege, daß eben nur dessen Organisirung der Bewegung eine gesetzliche Basis für ihren weitern Erfolg geben könne; jedes Einrücken von Truppen, die nicht der Verfassung angehörten, namentlich von Preußischen, werde er als eine feindliche Invasion betrachten und müsse endlich aufmerksam darauf machen, daß man, wenn er abgesendet werden sollte, selbst davor nicht zurückschrecken dürfe, äußersten Falls zur Einsetzung einer provisorischen Regierung zu schreiten; diese Erklärung habe er im Ministerrathe abgegeben, wo bemerkt sei, daß unter allen Umständen der Name des Ausschusses beseitigt werden müsse und wo sein Vorschlag, ihn „Landesausschuß zur Vertheidigung und Durchführung der Reichsverfassung" zu nennen, namentlich von Seiten des Justizministers eine sehr beifällige Zustimmung gefunden habe; unter solchen Voraussetzungen und nachdem er sich im Detail darüber ausgesprochen, wie er in der Pfalz zu verfahren gesonnen, habe er das Mandat angenommen. Gagern äußerte, nachdem Eisenstuck seinen Bericht erstattet, er bestreite die Richtigkeit der Angaben des letztern über die mit ihm vor seiner Ernennung gepflogenen Verhandlungen nicht; mehrere Pfälzer Abgeordnete, zuerst zwei, dann eine größere Anzahl, zuletzt zwischen zwanzig und dreißig Abgeordnete zur Baierischen

Kammer, hätten ihm vorgestellt, es sei wünschenswerth, daß ein Einschreiten des Reichs und die Ernennung eines Kommissärs erfolge, damit der Ausschuß, der schon zu weit gegangen, nicht noch weiter gehe; daß der Bewegung in der Pfalz Zügel angelegt würden, damit sie nicht der der andern Bairischen Provinzen voraneile, sondern gleichen Schritts zu gleichem Zweck mit diesen sich bewege: es müsse ein Mann gesendet werden, der in der Pfalz Vertrauen genieße, der Kommissär müßte also ein Mann der Linken sein. Er habe die Rücksicht auf die Schwierigkeit des Verhältnisses, wenn eine Verwaltung in der Lage sei, Vollmacht einem Manne zu geben, von dem sie im Voraus wisse, daß er nicht im Princip mit ihr übereinstimme, und auf seine mögliche Verantwortlichkeit im vorliegenden Falle außer Acht setzen zu müssen geglaubt, und dem Wunsche jener Abgeordneten deshalb entsprochen, weil es nach der übereinstimmenden Ansicht Aller, welche die Sendung Eisenstuck's provocirt, wesentlich darum sich gehandelt, einzulenken und in die Pfalz, wo man zu weit gegangen, Beruhigung zurückzubringen. Er gab endlich die Versicherung, daß er in der That geglaubt habe, auch im Interesse der Pfalz so handeln zu müssen.

Der Bericht des Bairischen Bevollmächtigten an seine Regierung über Eisenstuck's Mission. Am 4. Mai 1849 Abends theilte der Reichsministerpräsident von Gagern in der Sitzung der Nationalversammlung dem königl. Baierischen Bevollmächtigten mit, daß sich mehrere Rheinpfälzer an ihn gewendet, und den Wunsch ausgesprochen haben, daß die Angelegenheit der Pfalz von Seite der provisorischen Centralgewalt in die Hand genommen werden möge, — daß er sich jedoch vorläufig nicht weiter eingelassen habe.

Als sich am 5. Morgens der Baierische Bevollmächtigte zu dem Reichsministerpräsidenten bezüglich der Absendung der hier stehenden Baierischen Truppen nach der Pfalz begab, wiederholte Herr von Gagern das Tags vorher bezüglich der Zustände in der Pfalz Gesagte, beifügend, daß neuerdings darauf gedrungen worden sei, daß von Seite des Reichsministeriums ein Vertrauensmann nach der Pfalz gesendet werde, um Ordnung zu erhalten und die Masse über den gegenwärtigen Stand der Verhältnisse zu verständigen.

Als Herr von Gagern den Baierischen Bevollmächtigten um seine Meinung hierüber befrug, erwiederte derselbe, daß er die Absendung eines Reichskommissärs weder verlangen noch wünschen, noch einer solchen zustimmen könne. Wenn aber die Centralgewalt Jemand nach der Pfalz senden zu müssen glaube, bloß um die aufgestandene Menge über die Lage der Dinge aufzuklären, so könnte er dagegen nicht protestiren, müßte jedoch solches für den Fall thun, wenn dieser Abgesendete eine andere Aufgabe erhalten sollte, als zur Aufklärung und Rückkehr zur gesetzlichen Ordnung beizutragen. Herr von Gagern schloß das Gespräch damit, daß es schwer sei, für diese Mission Jemand zu finden, und daß er noch keinen Entschluß gefaßt habe.

Aus einem spät am Nachmittag erhaltenen Schreiben des Reichskriegsministeriums, bezüglich des Abgangs der hier stehenden Baierischen Truppenabtheilungen, kam dem Baierischen Bevollmächtigten die Notiz zu, daß wirklich ein Reichskommissär nach der Pfalz abgesendet werden solle.

Der Reichsminister des Krieges sprach dabei seine Ansicht dahin aus, daß durch diesen Reichskommissär wol mehr zur Herstellung der Ordnung beigetragen werden dürfte, als durch Truppen.

Hierauf richtete der Bevollmächtigte sogleich eine Note an den Reichsministerpräsidenten und wiederholte wörtlich, was er des Morgens bezüglich der Absendung eines Vertrauensmannes gegen Herrn von Gagern geäußert hatte, wie solches oben angeführt worden ist.

Kurz nachdem diese Note abgesendet war, kam der Unterstaatssekretär Max von Gagern zu dem Bevollmächtigten und zeigte diesem an, daß der 2te Vice-Präsident der Nationalversammlung, Eisenstuck, als Reichskommissär nach der Pfalz zu gehen bestimmt worden sei und überbrachte zugleich eine Abschrift der diesem Reichskommissär ertheilten Vollmacht, welche im Wesentlichen dahin lautete, daß Eisenstuck beauftragt sei: „im Namen der Reichsgewalt alle zur Aufrecht„haltung oder Wiederherstellung der Herrschaft der Gesetze in der Baierischen

„Rheinpfalz erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sich deshalb sowol mit den „Civil= als Militärbehörden unmittelbar in das Einvernehmen zu setzen, insbe= „sondere Fürsorge zu treffen, daß der von gedachtem Landesvertheidigungsaus= „schusse am 3. Mai zu Kaiserslautern gefaßte Beschluß wieder aufgehoben „werde, oder denselben erforderlichen Falles von Reichswegen selbst aufzuheben, „überhaupt aber alles dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung der „gedachten Provinz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutsch= „land erfordert. Sämmtliche Civil= und Militärbehörden in der Baierischen „Rheinpfalz würden daher hiermit angewiesen, den zu gedachtem Zwecke zu er= „lassenden Verfügungen des Reichskommissärs Folge zu leisten und denselben in „Durchführung aller von ihm zu treffenden Maßregeln kräftigst zu unterstützen."

Nachdem der Baierische Bevollmächtigte sein Erstaunen über die Wahl des Herrn Eisenstuck ausgedrückt hatte, stellte er die Frage, bis wann derselbe ab= reisen werde, worauf ihm erwiedert wurde, daß er in diesem Augenblicke (8 Uhr Abends) bereits abgereist sei, — wonach nichts anderes zu thun erübrigte, als dem vorigen Schreiben sogleich eine zweite Protestation an das Reichsministerium ergehen zu lassen, welche am Schlusse auf folgende Weise lautete: „Der Herr „Ministerpräsident hat dem Unterzeichneten wiederholt blos von einer Absendung „zum Zwecke der Aufklärung und Verständigung der gegen Gesetz und Ordnung „sich auflehnenden, irregeleiteten Masse gesprochen. Von der Absendung eines „Reichskommissärs, dessen Verfügungen die sämmtlichen königl. Civil= „und Militärbehörden Folge zu leisten haben sollen, — war keine „Rede. Gegen eine Bestimmung solcher Art hat Unterzeichneter, wie aus den „Worten seiner mitgetheilten Aeußerung hervorgeht, zum Voraus protestirt und „wiederholt hiermit feierlichst diese Protestation im Namen seiner Regierung, da „weder von der königl. Staatsregierung, noch von der königl. Regierung der „Pfalz das Verlangen nach einem Kommissär solcher Art gestellt worden „ist." — Zugleich beeilte sich der Baierische Bevollmächtigte, die Regierung zu Speyer von seinen wiederholten Protestationen gegen die Absendung eines Reichskommissärs mit solcher Vollmacht schleunigst zu benachrichtigen. Der dahin gesandte Officier konnte jedoch erst einige Stunden nach der Ankunft des Herrn Eisenstuck dort eintreffen, da der Bevollmächtigte von dessen Absendung nicht früher unterrichtet worden war, als in dem Augenblicke, in welchem die Ab= reise des Reichskommissärs bereits stattfand. Von dem Präsidenten des Reichs= ministerraths und Reichsminister des Innern ging hierauf am 6. Mai dem königl. Baierischen Bevollmächtigten auf seine beiden Protestationen vom 5. die folgende, ziemlich matte Erwiederung zu: „Der königl. Baierische Bevollmäch= „tigte hat in den beiden gestern an den Unterzeichneten gerichteten gefälligen „Schreiben den Zweck der Sendung des Reichskommissärs, Herrn Eisenstuck, — „einer Anordnung, die gewiß im Interesse der königl. Baierischen Regierung „selbst in hohem Grade begründet erscheinen muß — vollkommen richtig aufge= „faßt und bezeichnet; was jedoch die dem Reichskommissär zur Verfügung zu „stellenden Mittel betrifft, so konnte die provisorische Centralgewalt für Deutsch= „land dessen Sendung nur unter Bedingungen erfolgen lassen, welche ihm die „Mitwirkung und Unterstützung der Landesbehörden in vollstem Maße für den „Fall zu sichern geeignet sind, daß er in die Lage kommen sollte, diese Mitwir= „kung zur Ausführung der ihm ertheilten Aufträge zu bedürfen. Das Gesetz „vom 28. Juni 1848 über Errichtung der Centralgewalt wird auch nirgends „einen Zweifel darüber lassen können, daß die erwähnte Sendung nur innerhalb „des Umfanges der der Centralgewalt zustehenden Befugnisse erfolgt ist, so wie „auch bei deren Anordnung alle diejenigen Formen beobachtet worden sind, welche „Se. kaiserl. Hoheit der Reichsverweser in früheren Fällen angemessen befunden „hatte."

Als dem Baierischen Bevollmächtigten alsbald bekannt wurde, daß der Reichskommissär Eisenstuck den dort ausgebrochenen Aufstand im Namen der provisorischen Centralgewalt förmlich autorisire und organisire, so wendete er sich bereits am 8. Mai in einer Note an den Herrn Präsidenten des Reichs= ministerraths und sprach sich in derselben dahin aus: „daß er sich nach den

„empfangenen Mittheilungen für verpflichtet und berechtigt halte, im Namen der „königl. Regierung auf die augenblickliche Abberufung jenes Mannes und auf „Annullirung der von demselben ausgegangenen Maßregeln anzutragen. Würde „das Reichsministerium diese Verfügung nicht treffen, so ist leicht zu ermessen, „welche Folgerungen daraus abgeleitet werden könnten, und welche von sich ab„zuwenden Pflicht und Ehre erheischen dürften."

Nachdem dem Bevollmächtigten auf diese Note binnen vier und zwanzig Stunden keine Erwiederung des Reichsministeriums zugegangen war, und derselbe in Erfahrung brachte, daß an ꝛc. Eisenstuck blos ein Verweis ergangen sei, so sah er sich genöthigt, sein Verlangen auf Abberufung des Reichskommissärs zu wiederholen. Es geschah dieses durch nachstehende Note vom 9. Mai Abends; sie lautete: „Dem Unterzeichneten ist auf die dem Herrn Präsidenten des Reichs„ministerraths gestern Abends zugestellte Note bezüglich der in die Augen sprin„genden Nothwendigkeit einer augenblicklichen Abberufung des nach der Pfalz „abgesendeten Herrn Reichskommissärs Eisenstuck und der Annullirung der von „demselben ausgegangenen, den Aufstand organisirenden Maßregeln bis jetzt keine „Erwiederung zugegangen. Der Unterzeichnete kann zwar nicht zweifeln, daß, „besonders auch im Rückblicke auf das, was demselben von dem Herrn Präsi„denten des Reichsministerraths am 5. Morgens bezüglich der Aufgabe eines „nach der Pfalz Abzusendenden geäußert und in der geehrten Note vom 6. be„stätigt worden ist, — diese Abberufung alsbald erfolgen werde, — dennoch „glaubt er darauf aufmerksam machen zu sollen, wie jede Stunde der Verzöge„rung und längeren Belassung jenes Mannes auf seinem Posten nur neue Ver„wickelungen und Nachtheile für das Ganze und für Einzelne herbeiführen muß. „Der nöthigen Abwendung der sonst möglichen, das Reichsministerium verletzen„den Schlußfolgerungen hat Unterzeichneter gestern bereits gedacht."

In Folge dieser beiden Noten wurde am 10. Mai Morgens dem Baierischen Bevollmächtigten durch den Unterstaatssekretär von Biegeleben die nachstehende Zuschrift des Reichsminister=Präsidenten von gleichem Tage überbracht. Dieselbe lautete: „Hinsichtlich der Ihrerseits am 8. und 9. d. Mts. rücksichtlich der „Entsendung des Reichskommissärs Eisenstuck nach der königl. Baierischen Rhein„pfalz an das Reichsministerium gerichteten Zuschriften beehre ich mich Ihnen „anliegend Abschrift der am 8. Abends an denselben ergangenen Verfügung mit „dem Bemerken zur gefälligen Kenntnißnahme zu übersenden, daß weiter, wie „aus Anlage 2 ersichtlich, die Rückberufung dieses Reichskommissärs von der „Centralgewalt beschlossen ward. Aus der gesammten Sachlage in der Rhein„pfalz, aus dem Verhalten der königl. Civil= und Militärbehörden daselbst, über „welches Ihnen Herr Bevollmächtigter in den Akten des Reichsministeriums „einige nähere Aufschlüsse aus den Berichten des genannten Reichskommissärs „zur Verfügung stehen, ergibt sich, daß das Wirken des Herrn Eisenstuck, wenn „es auch nichts weniger als den ihm von der Centralgewalt ertheilten Vollmach„ten und Aufträgen angemessen erscheint, dennoch nicht in jenem Grade zu dem „allerdings beklagenswerthen Fortgange auf Gewaltshandlungen gerichteter Be„strebungen in der Pfalz beigetragen hat, als der Herr Bevollmächtigte anzu„nehmen scheint, vielmehr bis jetzt zu deren Mäßigung gedient haben mag." ꝛc.

Die zwei in dieser Zuschrift allegirten, an Herrn Eisenstuck gerichteten Schreiben des Reichsministerpräsidenten lauteten wie folgt und zwar das erste vom 8. Mai: „Herr Reichskommissär! Der Reichsministerrath hat nach Ansicht „und Erwägung Ihres gestrigen Berichtes die Gründe nicht anzuerkennen ver„mocht, aus welchen Sie Ihre gestern getroffenen Verfügungen als übereinstim„mend mit dem Inhalte Ihrer Vollmacht und mit den Beschlüssen der Natio„nalversammlung vom 4. d. Mts. betrachten. Nach Ihrer Vollmacht mußte der „Landesvertheidigungsausschuß, welcher durch die Beschlüsse vom 3. in den Wir„kungskreis der bestehenden gesetzlichen Behörden bereits eingegriffen hatte, nach „Zurücknahme dieser ungesetzlichen Schritte auf die Ausübung solcher Befugnisse „beschränkt werden, welche aus dem freien Vereinsrechte folgen und mit Aufrecht„haltung des konstitutionellen Rechtszustandes verträglich sind. Nur unter dieser „Voraussetzung durfte die Fortdauer der Wirksamkeit jenes Ausschusses unter

„dem veränderten Namen eines Landesausschusses für Vertheidigung und Durch„führung der Deutschen Reichsverfassung als zuläßig betrachtet werden. Eine „Bestätigung und Legitimation dieses Ausschusses von Seiten der Reichsgewalt „lag aber gänzlich außerhalb Ihrer Vollmacht. Ganz abgesehen von der Zuläs„sigkeit und Wirksamkeit des Ausschusses durfte demselben auf keinen Fall der „Charakter einer öffentlichen Behörde gegenüber den Landesbehörden beigelegt „werden. Diesen Charakter erkennt die Reichsgewalt nicht an, und sie muß Sie, „Herr Reichskommissär, unter Hinweisung auf Ihre Verantwortlichkeit für die „Folgen der Bestätigung des Ausschusses hiermit auffordern, das Mittel zu „finden, schleunigst den rechtlichen Gesichtspunkt wieder herzustellen, wonach der „Ausschuß nicht als eine öffentliche, von der Reichsgewalt anerkannte Behörde „den gesetzlich konstituirten Gewalten gegenüber erscheinen darf. Ferner war Ihr „Auftrag bestimmt dahin gerichtet, den Beschluß vom 3. Mai d. J. aufheben „zu lassen, oder denselben erforderlichen Falles von Reichswegen aufzuheben. „Mit diesem Auftrage haben Sie sich in offenbaren Widerspruch gesetzt, indem „Sie unter Nr. 5 Ihrer gestrigen Bekanntmachung nur im Allgemeinen die bis „dahin gefaßten Beschlüsse des Ausschusses für aufgehoben erklärten, und zwar „in so weit dieselben den von Ihnen in eben dieser Bekanntmachung dem Aus„schusse beigelegten Befugnissen zuwiderliefen, während Sie gleichzeitig unter „diese Befugnisse die Organisation der Volkswehr, also den wesentlichsten Punkt „jenes aufgehobenen Beschlusses von Reichswegen ausdrücklich aufnahmen. Wenn „auch die Umstände es Ihnen räthlich erscheinen lassen konnten, daß die Aufhe„bung des Beschlusses in der Form einer Modifikation desselben durch den Aus„schuß unter Weglassung der unzuläßigen Punkte erfolge, so erlaubte doch Ihre „Vollmacht in keinem Falle die Organisation der Volksbewaffnung durch eine „nicht gesetzlich eingesetzte Behörde, statt dieser Maßregel entgegenzutreten, sogar „als Beauftragter der Reichsgewalt zu autorisiren. Ich muß Sie daher ersu„chen, einer solchen Organisation ungesäumt Einhalt zu thun. Endlich muß der „Reichsministerrath gegen die unter 2b der Bekanntmachung ertheilte eventuelle „Ermächtigung zur Vereidigung entschiedenen Widerspruch einlegen, da die Na„tionalversammlung, welche gestern aufs Neue einen Antrag auf Vereidigung der „Truppen abgelehnt hat, sich keineswegs nur einer allgemeinen Anordnung ent„halten, sondern im Gegentheil die Theilung des Heeres in beeidigte und nicht „beeidigte Truppenkörper vermeiden wollte. Ich muß die dringende Erwartung „aussprechen, aus Ihren nächsten Berichten zu erfahren, daß es Ihnen gelungen „sein wird, die Lage der Dinge und jeden Falls Ihr eigenes Auftreten wieder „mit der rechtlichen Stellung der Nationalversammlung und mit dem von der „Centralgewalt Ihnen ertheilten Auftrag in Einklang zu bringen." Gez. v. Gagern.

Das zweite Schreiben an Herrn Eisenstuck war vom 10. Mai und lautete: „Nachdem Sr. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser Vortrag darüber erstattet „worden ist, daß der mit Vollmacht vom 5. d. Mts. in die Pfalz entsendete „Reichskommissär, Herr Eisenstuck, verschiedene Maßregeln angeordnet und im „Namen der Centralgewalt genehmigt hat, welche mit dem Inhalte der gedachten „Vollmacht, so wie mit den die Durchführung der Verfassung betreffenden Be„schlüssen der Nationalversammlung und mit der rechtlichen Stellung der Cen„tralgewalt nicht vereinbar sind; so hat der Reichsverweser beschlossen, die dem „Reichskommissär Eisenstuck ertheilte Vollmacht zurückzuziehen. Der Unterzeichnete, „mit Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt, hat hiernach Herrn Eisenstuck zu „ersuchen, vom Empfang gegenwärtiger Verfügung an, die auf den Grund der „erloschenen Vollmacht geübte Thätigkeit einzustellen." gez. v. Gagern.

Indem der Unterstaatssekretär v. Biegeleben vorstehende Schriften dem Baierischen Bevollmächtigten übergab, fügte er mündlich bei, daß die nachtheiligen Folgen, welche die Abberufung des Herrn Eisenstuck hervorbringen könne, nunmehr der königlichen Regierung zur Last fallen müßten.

Dieses zur Last fallen mußte jedoch zunächst den Bevollmächtigten treffen, welcher auf eigene Verantwortung hin und ohne höhere Weisung, welche erst in den folgenden Tagen einlief, gegen die Absendung eines Mannes wie Eisenstuck

als Reichskommissär wiederholt protestirt und zuletzt dessen Abberufung energisch verlangt und durchgesetzt hatte. Der Bevollmächtigte entgegnete daher dem Herrn v. Biegeleben, daß er nicht den geringsten Anstand nehme bezüglich der Nachtheile, welche durch Eisenstuck's Abberufung entstehen könnten, die Verantwortlichkeit zu übernehmen.

XXVII.

(S. 439.) Die Abgeordneten zum Kongreß der Märzvereine beriethen über aufwieglerische Aufrufe an das Volk und die Truppen. Sie bekamen eine Reihe von Fragen, welche sehr geheim gehalten wurden, von ihrer Heimath aus beantwortet werden sollten, sich auf Vorbereitungen zur bewaffneten Erhebung, das Vorhandensein und Ansammeln von Mannschaft, Waffen, Munition u. s. w. bezogen, bis das Signal zum Losschlagen gegeben würde. Der Kongreß leitete eine noch weiter verbesserte Organisation (S. 16) ein, die, ähnlich der jakobinischen, darauf berechnet war, dem leitenden Ausschuß die Macht ähnlich wie den Jakobinern in die Hände zu spielen. Die in Frankfurt erscheinenden Blätter, auch die reichsministerielle Zeitung, lieferten pomphafte, anpreisende, oder doch dem Anpreisen sehr nahe kommende Berichte über die Sitzungen. Man las in der D. Z.: die äußerste Linke der Nationalversammlung desavouire förmlich den Kongreß der Märzvereine, erkenne nicht allein seinen Kampf für die Aufrechthaltung der Freiheit nicht an, sondern behaupte vielmehr, daß er gegen dieselbe handele: so weit sei es bereits gekommen. Indeß präsidirten Fröbel und Raveaux dem Kongreß. Die äußerste Linke der Nationalversammlung (Klub Donnersberg, Brentano, Erbe, Würth, Peter, Trützschler u. s. w.) erließ am 5. eine Ansprache an das Volk, welche zur Bewaffnung aufrief und zur Nachahmung des in der Pfalz gegebenen Beispiels. Der Kongreß selbst zeigte eine größere Mäßigung als man von ihm erwartet. Sie war jedoch nur eine scheinbare. Da der Kongreß von Mitgliedern der Nationalversammlung geleitet wurde, so hatten die Märzvereine einen Anhaltspunkt in ihr, den die gewöhnlichste Klugheit rieth nicht zu verderben; da die Centren mit der Linken zusammengingen, konnten die Vereine, wenn sie nur ein gewisses Maß innehielten, auf Gesetzlichkeit, Zusammenhalten mit der Mehrheit der Nationalversammlung sich stützen und mochten darauf zählen, daß die Mittelklassen gemeinschaftliche Sache mit ihnen machen würden in der Tendenz, die Verfassung und die Beschlüsse der Nationalversammlung gegen die Regierungen und allenfalls mit deren Umsturz durchzusetzen. Sie hatten ein vor Augen liegendes Interesse, diesen Bund mit den Konstitutionellen zunächst nicht zu sprengen, vielmehr vorerst möglichst eng zu schließen, um jene mehr und mehr zum Revolutioniren mit fortzureißen, vorerst aber noch als Schild zu gebrauchen. In einer am 2. zu Leipzig gehaltenen demokratischen Versammlung hatte jedoch Ruge den Schleier von den Plänen seiner Partei bereits weggezogen und den Zuhörern offen auseinandergesetzt, daß die Deutsche Sache, die Reichsverfassung, nur Mittel wären, die konservativen Elemente mit ins Spiel zu bringen, daß und weshalb man noch mit den Philistern, der Bourgeoisie Hand in Hand gehen müsse. Der Frankfurter Kongreß erließ am 6. einen Aufruf an das Deutsche Volk und einen andern an das Deutsche Heer, welche die D. Z. am 8. abdruckte, wenigstens der Hinzufügung eines approbirenden Testimoniums sich enthaltend. Die Postzeitung berichtete über die Sitzung vom 6.: der Saal im Wolfseck sei zu dieser eigens geschmückt gewesen; auf der einen Seite habe R. Blum's Bildniß mit Trauerflor umgeben gehangen u. s. w. „Erfreulich war es zu sehen, daß die republikanischen und Konventgelüste Einzelner bei der großen Mehrheit keinen Anklang fanden — — — Wie anders war es im vorigen Jahre auf dem Demokratenkongresse, wo man die Reichsversammlung nicht genug schmähen und herabsetzen konnte. Man entnimmt daraus, daß das Deutsche Volk in diesem Jahre viel gelernt hat; es haben nun die Führer dafür zu sorgen, daß die Blüthe der Politik unseres Volkes auch schöne und gesunde Früchte bringe und

diese ganz reifen." Neben Diesem und Aehnlichem erhielten namentlich Vogt und Fröbel glänzende Zeugnisse — von der Einfalt sonder Gleichen, sofern keine Falschheit dahintersteckte. Der Kongreß wagte in seiner letzten Sitzung am 7. noch nicht, den Antrag, ohne Verzug die Erhebung des Volkes zu veranlassen und die Mittel zu ergreifen, die zur Organisirung und Vollbringung des Aufstandes zweckmäßig erschienen, zum Beschluß zu erheben, beschloß aber doch, alle desfallsigen Anordnungen dem Vorstande anheimzustellen.

(S. 442.) Schwerin sagte in seinem der Deutschen Reform eingesendeten Schreiben: Schmerzlich habe ihm der Schritt allerdings sein müssen, der ihn von Männern getrennt, an deren edlem Patriotismus und voller Hingebung für die Deutsche Sache er nie gezweifelt; er fügte dann aber hinzu: „Die unglückliche Idee von der Souveränetät des Frankfurter Parlaments, als der alleinigen Vertreterin der Deutschen Nation, ist die trübe Quelle, aus der jetzt Unheil über das Vaterland sich ergießt und die selbst so edle Männer, wie Gagern, Dahlmann, Beseler und Andere nicht erkennen läßt, daß sie, anstatt die Bewegung zu leiten, von ihr getrieben werden, und wenn auch zögernden Schrittes, doch unfehlbar, ihren Gegnern, den Männern der Linken, die Waffen zuführen. Beckerath allein hat es gefühlt, daß der von dem Reichsministerio lebhaft unterstützte und von der Versammlung angenommene Wydenbrugk'sche Antrag nicht minder revolutionär ist, als die von der Linken verlangte Vereidigung der Heere, anderer Seits aber für eine friedliche Lösung der Deutschen Frage weit gefährlicher. Die verlangte Vereidigung würde eben als eine Thorheit verlacht sein, die Ausschreibung der Wahlen zum Reichstag theilt Deutschland in zwei feindliche Lager, giebt der Agitation noch Nahrung auf lange Zeit und provocirt nicht minder entschieden das Entgegentreten der Regierungen, die, wie die unsrige, noch Anspruch darauf machen dürfen, gestützt auf die Sympathien eines großen Theils des Volks, ihr Recht zur Geltung zu bringen."

(S. 443.) Haym über den Viertemai-Beschluß. Richtig zu beurtheilen und zu treffen, was die Nation wollte, zu unterstützen geneigt war, leisten konnte oder nicht — das war es gewesen, worauf bei ihrem Unternehmen das Meiste, wenn nicht Alles ankam. Haym (III, 112) bemerkt, es sei die Politik der Linken gewesen, die in Sachsen und der Pfalz zum Durchbruch gekommen, während in der Paulskirche noch so eben die Stimmen der Centren mit einem schwachen Uebergewicht den Sieg davon getragen. „Unsere Beschlüsse bedeuteten nichts, wenn die Haltung der Nation sie verachtete oder gar widerlegte; wir hatten durch unsern letzten Beschluß die gesammte Nation zu einer ernsten und gesetzlichen Demonstration für die Reichsverfassung organisiren wollen, wir machten die Erfahrung, daß die Männer der Linken die Massen bereits zu jener Art von Widerstand organisirt hatten, welcher die Sanktion von Parlamentsbeschlüssen zu verschaffen ihnen bisher nicht gelungen war." Dem unausweichlichen Geständniß, daß sie eben im Hauptpunkte geirrt hatten, folgt jedoch keineswegs Anerkennung der Falschheit und Unzulänglichkeit ihrer hochgerühmten Politik, sondern nur Allerlei zur Beschönigung. Sie hatten trotz alledem Recht. „Nahm die Linke die Reichsverfassung (vielmehr die gemeinschaftlichen Beschlüsse über deren Durchführung) zum Vorwande der unlautersten Bewegung, so konnte kein Verständiger der Reichsverfassung (wol aber den Miturhebern jener Beschlüsse) einen Vorwurf daraus machen; allein es gab ja genug Unverständige, welche ohnehin diese Verfassung als die konstituirte Anarchie bezeichnet (wie hatten sich doch die Kaiserlichen selbst noch bis zum 27. über Veto u. s. w. ausgesprochen?) und es war nur natürlich, wenn diese die neuesten Hergänge zum Beweis ihrer Ansicht citirten." Es folgen ähnliche Einwendungen gegen die Vorwürfe wegen des Beschlusses vom 4. Sie hätten gegen das Mißverständniß protestirt, die Aufstände wären ausgebrochen, ehe er bekannt, ja gefaßt worden. Als wenn der Fehler nicht eben der gewesen wäre, daß sie die Unvermeidlichkeit des Mißverständnisses und die Vergeblichkeit des Protestes nicht einsahen, und den Beschluß trotzdem faßten, daß ihnen jene so deutlich vor Augen gerückt wurde, daß Gagern und Beseler so viel Mühe und Sophismen hatten aufwenden müssen, um die entstandenen Bedenken zu beseitigen, daß die Aufstände sichtlich im An-

zuge waren. Die Aufstände brachen schon nach ihren früheren Beschlüssen aus, und um so mehr hätte der letzte unterbleiben sollen. Sie begünstigten die „boshafte Mißdeutung“. Was für eine Deutung war die der Beckerath, Rotenhan und so vieler anderer Parteigenossen gewesen? „Die Aufstände warfen ein nachtheiliges Licht auf die Nationalversammlung und gaben dem Einschreiten mit Waffengewalt von Seiten der Regierungen Gelegenheit.“ Auch das, daß es so kommen werde, war vorherzusehen gewesen und ihnen vorhergesagt, und auch das gehörte zu ihren Fehlern und Sünden, daß sie dennoch eine Bewegung provocirt, die diesen Verlauf handgreiflich nehmen mußte. Nach ihren Allianzen und Veranstaltungen zur Durchführung der Reichsverfassung, nach ihren zahllosen Drohungen mit der Revolution, nach ihren unausgesetzten direkten und selbst noch aufreizendern und gefährlichern indirekten Provokationen, nach Eingeständnissen wie dem, daß sie Erwartungen erregt, die sie freilich niemals zu erfüllen gedacht, soll es dennoch die „leichtsinnigste und unverdienteste Unterstellung“ gewesen sein, daß sie, die „erklärtesten Gegner jedes anarchischen Treibens“, von der einen Seite für jene Excesse verantwortlich gemacht wurden, während die Linke „auf alle Weise sie dahin zu drängen suchte, daß diese Verantwortung sie nicht länger unverdient träfe“. Sie befanden sich nun freilich in einer peinlichen, heillosen Situation, aber mit größerer Blindheit und Unbesonnenheit hat wol nie eine politische Partei als die wegen ihres Verhaltens wie wol nie eine andere selbstbelobte in eine solche sich selbst gebracht. (Vergl. S. 463.)

(S. 453.) Die Korrespondenz der Kaiserlichen, die nach Gewaltanwendung für die Verwirklichung ihrer Projekte und gegen die Widerstrebenden geschmachtet und gerufen, so lange sie ihre Rechnung auf Revolte, Pallastrevolution, den Preußischen Säbel stellen zu dürfen geglaubt, äußerte jetzt: die Forderung der Beeidigung beruhe auf einer Abrede mit den Märzvereinen, sie werde wiederkehren und durchgesetzt zu einer weitern ähnlichen führen; L. Simon habe ganz Recht gehabt, der Eid, da die von der Verfassung postulirte oberste Gewalt noch nicht vorhanden, würde lauten müssen auf Gehorsam gegen diejenige Gewalt, die zur Durchführung der Verfassung von der Nationalversammlung eingesetzt sei oder werde, und damit letztere in einen Konvent verwandeln; allein das würde die Geneigten nur abwendig, die Nationalversammlung nur ohnmächtig machen; selbst der Schein des Gedankens sei fernzuhalten, die Nichtanerkennenden mit Waffengewalt zwingen, im Wege des Bürgerkriegs ein einiges Deutschland begründen zu wollen u. dgl. Ein vom 8. datirter Bericht der D. Z. lautete: „Die Paulskirche besteht in diesem Augenblicke aus vier Lagern. Die Avantgarde bildet die, kaum noch aus zwei Dutzend Mitgliedern bestehende äußerste Linke „der Donnersberg“, welche ihr kampfdurstiges Blut kaum abzukühlen vermag und lieber in dieser als in der andern Stunde nach Sachsen oder Rheinbaiern ziehen würde, um sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Republik zu proklamiren. Die äußerste Linke steht auf dem Punkte mit der Linken ganz zu brechen und Männer wie Ludwig Simon, Vogt, Wesendonck 2c. zu den Unentschiedenen und Fügsamen zu zählen. Die Linke, „der Deutsche Hof“, an deren Spitze die ebengenannten Mitglieder noch stehen, ist allerdings nicht mehr so fest gegliedert wie die kurze Kette der äußersten Linken, allein sie steht noch auf dem alten entschiedenen Standpunkte, ja insofern eher auf dem republikanischen als die äußerste Linke, weil sie sich der Majorität unterordnet. Auch die Linke will die Erhebung des Volks, die Reichsversammlung und die provisorische Centralgewalt zu entscheidenden und gewaltigen Maßregeln drängen, allein vorerst nur, um die Reichsverfassung zur Durchführung zu bringen. Das Maß der Geduld und Langmuth glaubt die Linke als erschöpft und auf Wien und Berlin hinweisend, hat sie allerdings Recht, wenn sie behauptet, daß von reichskommissarischen Berichterstattungen wenig Heil zu erwarten sei und so auch für Sachsen. Das dritte Lager, das Gros der Paulskirche, „der Weidenbusch“, glaubt noch auf eine unblutige Entscheidung über die Verfassungsfrage rechnen zu dürfen und zu müssen. Das vierte Lager der Paulskirche, die nach- und rückzügelnde Arrièregarde, ist die aus verschiedenen Resten kombinirte äußerste Rechte. Sie

sucht ihr Gewichtlein in die Wagschale der Abstimmung zu legen, wie es ihr eben in ihren Kram paßt. Die gestrigen Resultate der Verhandlung der Reichsversammlung entsprangen aus der eben bezeichneten Parteistellung." Die „äußerste Rechte" verwendete ihre Stimmen lediglich, den bedrängten Centren zur Abwendung extremer Beschlüsse gegen ihre Alliirten und mit Wahrheit und Warnung gegen sich selbst zu helfen. Sie sagte ihnen z. B. in diesem Moment, d. h. den zugänglichen Wenigern: Es ist nun eingetroffen, was euch vorhergesagt ist; wie die Girondisten der Legislative in der ersten Französischen Revolution sich mit den Jakobinern verbanden, um die Fueillants zu besiegen und ihre politischen Ideen durchzuführen, so habt ihr es gemacht, und wie Jene den Bundesgenossen zum Opfer fielen, so steht ihr dicht vor demselben Schicksale und ihr habt weniger Entschuldigung, denn ihr hattet das warnende Beispiel vor euch u. dgl. Die Erinnerung an das Schicksal der Gironde machte Eindruck; dahin wollten sie es doch nicht kommen lassen.

XXVIII.

(S. 461.) Die D. Z. brachte Gagern's Programm vom 8. Mai zuerst, am 12. Ob es, wie es dort und dann in allen Blättern sich fand, das echte wirklich überreichte (oder alleinige) gewesen, ward bezweifelt. Man wollte wissen, das echte sei noch viel weiter gegangen, habe noch viel revolutionärer gelautet, als das nachher als zurückgewiesen veröffentlichte; Gagern habe die rothe Farbe des ursprünglichen auch deshalb abgeschwächt, weil er einem Theile der Centren gegenüber nicht gar zu roth erscheinen dürfen. Indeß sprachen äußere und innere Gründe für die Echtheit des veröffentlichten, durch welches der Zweck auch schon und am besten erreichbar erscheinen mochte. Gegenüber Gagern wurde gesagt: Sein Programm ist das Produkt einer Intrigue, deren Fäden zwischen Frankfurt und Berlin laufen. Die Hoffnungen, wovon er gesprochen, können sich nach der ganzen Sachlage nur auf Preußen beziehen, und auch in Berlin scheint man trotz letzterer noch immer etwas von Frankfurt zu erwarten. Der Vorgang ist völlig unbegreiflich ohne, erklärt sich aber ganz leicht durch die Annahme, daß eine neue Allianz mit dem Zwecke im Werke ist, für Preußen die Hegemonie, für Kleindeutschland die freilich zu korrigirende Reichsverfassung und das Preußische Oberhaupt zu gewinnen. Gagern kann nicht glauben, daß der Erzherzog dies Programm genehmigt, kann ebenso wenig für den Fall, daß es genehmigt würde, ernstlich beabsichtigen, die Sache damit weiter zu führen, oder glauben, daß sie damit durchgeführt werden könne. Er sucht offenbar einen Konflikt mit dem Reichsverweser, sodann die Uebertragung der Befugnisse der Centralgewalt auf den König von Preußen herbeizuführen. Er will nun das am 28. März beim angekündigten Rücktritt des Reichsverwesers Verfehlte einbessern. Zunächst soll der Reichsverweser genöthigt werden, sein Amt niederzulegen, als Mittel zu dieser Nöthigung soll das Programm dienen, bei dessen Vorlegung darauf gerechnet wird, daß er es ablehnen müsse und ein neues Ministerium nicht bilden könne. Zu einem neuen Programm liegt nicht die mindeste Veranlassung vor. Welcher Minister in der Welt, der schon länger im Amte ist, legt ohne allen Anlaß de but en blanc dem Regenten ein Programm vor? Beabsichtigt er diese oder jene Maßregel, so legt er sie vor, und tritt im Falle ihrer Nichtgenehmigung zurück, aber Maßregeln vorzuschlagen, wie der Erzherzog sie wahrscheinlich nicht genehmigen würde, haben Gagern und seine Kollegen nicht den Muth, nicht die Absicht, eine stärker revolutionäre Maßregel vorzulegen wagen sie vielleicht eben aus Furcht, daß sie genehmigt werden könnte, nicht. Eventuell wird ein Vorwand gesucht, daß das ganze Ministerium seine Demission geben kann. Würde eine, etwa von einigen Mitgliedern nicht gebilligte Maßregel vorgeschlagen, so müßten diese bleiben. Ohne speciellen Anlaß kann Gagern nicht abgehen, weil dies zu sehr wie Feigheit aussehen, ein zu offenes Eingeständniß sein würde, daß man rathlos davon gehe, nachdem man die Sache in eine unlösbare Verwirrung gebracht. Auch

daher, auch hierzu die Erfindung des Programms. In Worten kann man schon weit gehen; das Programm enthält prachtvolle Phrasen recht de saison. Es wird nichts dabei gewagt. Sollte es genehmigt werden, so ist der Erzherzog für noch einige weiter gehende Maßregeln, ist eine Art persönlichen Schutzes, eine Frist gewonnen; wird es verworfen, so wird das Ministerium aus seiner peinlichen Lage befreit, die Schuld, daß Gagern trotz seiner großen Worte nicht weiter geht, treffen den Erzherzog, das Ministerium giebt seine Entlassung, und die Konstellation tritt ein, auf die man gerechnet — der Erzherzog muß resigniren.

Die Erklärungsgründe, welche die Gagern'sche Partei angab, sind zu lesen bei Haym (III, 126), der hier äußerst schwach erklärt, mit so viel Geschick er sonst alle Schritte Gagern's zu rechtfertigen oder zu beschönigen weiß. Die Mißdeutungen des Beschlusses vom 4. und der Aufstand in Dresden und alle Schwierigkeiten, die das Hervortreten mit dem Programm motiviren sollen, hätten auf Annahme der Vorschläge Rotenhan's hinleiten müssen. Das Programm half nicht heraus, wenn es angenommen wurde. Sollte in Folge seiner Annahme die in die Revolution drängende Versammlung befriedigt werden, so ging unfehlbar, wenn dies Ministerium dazu sich entschloß, die Uebereinstimmung mit der Centralgewalt wieder verloren; andernfalls die Unterstützung der Versammlung. Das Programm enthielt ebenso viel und noch mehr Anlaß zu Mißdeutungen als der Beschluß vom 4. Glaubte doch Gagern selbst die Linke damit zufriedenstellen, vor ihr damit bestehen zu können, die jenem Beschlusse nach Haym's Ansicht entgegengestimmt, weil er ihr zu gesetzlich erschien. Wie hätte man glauben können, daß mit dem Programm ein neuer Weg betreten werde, die Durchführung der Verfassung zu gewinnen, indem es dem Reichsverweser eine schiedsrichterliche Stellung anweise u. s. w. Es ging einen starken Schritt weiter auf der abschüssigen Bahn. Es nahm Bezug auf Beschlüsse, die zumal den Regierungen ohne Zweifel unbefugt und revolutionär, nahm Befugnisse in Anspruch, die denselben als Eingriffe erschienen, welchen sie — Preußen vor allen — nachzugeben gewiß nicht geneigt waren, Befugnisse, die die Centralgewalt zu einem höchst bedenklichen, zum Theil schon gewaltsamen Verhalten, namentlich sogleich gegenüber der Preußischen Intervention in Dresden, moralisch nöthigten. Hielt sich die Centralgewalt, wenn es möglich gewesen wäre, auf der Linie des friedlichen Vermittelns, so nahm sie eine nach allen Seiten unhaltbare und erfolglose Position. Ihre moralischen Mittel und der persönliche Einfluß des Erzherzogs reichten handgreiflich nicht von fern zum Zwecke zu, und der Erzherzog konnte aus diesem Grunde das Programm nicht genehmigen, wenn er nicht glaubte, es deshalb verwerfen zu müssen, weil es ihn in den revolutionären Gang zu verwickeln drohe, einen halbrevolutionären ihm anwies.

Schon als die Auflösung der Sächsischen Kammer kund geworden, diskutirten Mitglieder des Centrums und der Linken in Anwesenheit Mehrerer von uns, z. B. Wuttke's, sehr lebhaft und ungenirt darüber, daß der Reichsverweser nun endlich entfernt werden müsse, nachdem Gagern und Simson die Gelegenheit ihn zu entfernen so ungeschickt verpaßt hätten. Nur über den Modus gingen sie auseinander. Die Einen wollten, daß der Anstand bewahrt bleibe, der Schein vor der Welt gerettet werde, daß sich die Beseitigung des Reichsverwesers wie eine Art von Nothwendigkeit darstelle. Die von der Linken forderten ein rasches Verfahren. Man hörte schon damals, sie drängten Gagern, daß er an die Spitze eines Vollziehungsausschusses trete. Er habe Bedenken geäußert, obschon nicht unbedingt abgelehnt. Dem gegenüber sah das Programm wie eine abgedrungene, nur aber halbe, zu einstweiliger Beschwichtigung der Alliirten bestimmte Maßregel aus. Auf Radowitz, als den Vater der Grundidee, oder doch den vornehmsten Leiter des Gagern'schen Betreibens, den Erzherzog zur Resignation zu nöthigen, damit Preußen die Centralgewalt übernehme, ward Augenblicks gerathen. Die Gagern'sche Partei hatte freilich angefangen, in ihm den hauptsächlichsten Widersacher und Verderber ihrer Strebungen zu sehen. Allein in Vielem, in dem, was noch erreichbar schien, trafen die seinigen, genauer besehen, doch damit zusammen. Was erübrigte, als schließliches Nachgeben und Eingehen in das, was Preußen und wie Preußen oder Radowitz wollte, der

jetzt der leitende Mann der Preußischen Politik war. Eifrigst wurden eben jetzt die Einleitungen zum Maibündniß betrieben. Am 9. traf Stüve in Berlin ein. Damit in genauem Zusammenhange stand die vom 9. datirte, in der Hauptsache unzweifelhaft von Radowitz herrührende, Denkschrift der Preußischen Regierung über die künftigen Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs, wodurch letzteres bewogen werden sollte, theils zuzulassen, theils die Hand dazu zu bieten, daß ein Bundesstaat unter Preußen und eine Union mit Oesterreich errichtet werde — ganz nach den Ideen, welchen Radowitz rechtzeitiger aber vergeblich Eingang zu verschaffen gesucht hatte. In der Lage, worin sich Gagern und seine Partei jetzt befanden, lag es ihnen nahe genug, das einst von der Hand Gewiesene mit tausend Freuden anzunehmen, mithelfend ihre letzten Kräfte anzustrengen und alle Kunst der Zettelungen aufzubieten es zu erreichen. Gerieth die Centralgewalt in Preußens Hände, so schienen dadurch dessen Vorschläge in Wien Nachdruck zu erhalten, oder es wurde vielleicht auch möglich, wider Oesterreichs Willen den Bundesstaat zu errichten. Ebenso wie ein widerstrebendes Oesterreich stand dem Unionsplane die Centralgewalt in den Händen eines Oesterreichischen Erzherzogs entgegen. Es war so begreiflich, daß Gagern geneigt war sich herzugeben zum Werkzeuge der Entfernung des Letztern, als daß man auf den Gedanken gerieth, daß seine wahre Absicht vornämlich dahin gehe.

XXIX.

(S. 463.) Gagern's telegraphische Depesche an Bassermann, abgegangen am 6. Mai Nachmittags. Die telegraphischen Depeschen vom 3., 4. und 5. d. M. habe ich erhalten, desgleichen den Bericht und Privatschreiben vom 4. d. M. Der Ausbruch der gewaltsamsten Revolution im mittleren und größten Theile von Süddeutschland läßt sich nur noch durch das entschiedenste Eintreten in die Reichsverfassung verhüten; die Hoffnung auf Niederhalten hängt an einem Faden. Abänderungen der Reichsverfassung könnten der noch erhaltenen konservativen Mehrheit der Nationalversammlung nur dann vorgeschlagen und ein weiterer Versuch der Verständigung eröffnet werden, wenn die Preußische Regierung in bündiger Erklärung diejenigen Verfassungsveränderungen bestimmt artikulirt, von welchen sie die Annahme der Verfassung und die Uebernahme der Oberhauptswürde abhängig macht. Eine Abänderung des Wahlgesetzes scheint unmöglich und wäre dessen Revision nur vom künftigen Reichstage zu erwarten. Die dreißig der Verfassung adhärirenden Regierungen könnten vielleicht die Vermittlung zwischen der Nationalversammlung und Preußen übernehmen.

Bassermann an Gagern d. d. 6. März. Ich beehre mich dem Reichsministerium in der Anlage Abschrift einer Denkschrift zu überreichen, welche ich heute dem königl. Preußischen Staatsministerium übergeben habe. Es würde mir erwünscht sein, zu vernehmen, ob das Reichsministerium glaubt, die Nationalversammlung könne durch Anstrengung aller Kräfte zur Annahme dieses Vorschlages vermocht werden. Welchen weiteren Erfolg der Vorschlag hier hat, hoffe ich in ein paar Tagen melden zu können. Ich fürchte, die Beschlüsse auf die Wydenbrugk'schen Anträge haben den Bruch bereits unheilbar gemacht. Der hierher berufene Kongreß wird am 12. eröffnet werden. Ueber den Erfolg der andern drei Bevollmächtigten Etwas zu vernehmen, wäre mir sehr dienlich.

Bassermann's dem Preußischen Ministerium eingereichte Denkschrift. Der Unterzeichnete hat die Ehre gehabt, die Antwort Ew. Excellenz d. d. Berlin den 3. d. auf sein Schreiben vom 2. d. zu empfangen und hat nicht ermangelt, solche zur Kenntniß des hohen Reichsministeriums zu bringen. Indem ich mir vorbehalte, auf den Inhalt derselben nach erhaltener Instruktion zurückzukommen, giebt mir heute die darin enthaltene Andeutung, daß die königl. Staatsregierung noch fortwährend bereit ist, zu einer Verständigung der Nationalversammlung über die Reichsverfassung die Hand zu bieten, erwünschte Veranlassung, Ew. Excellenz meine persönliche Ansicht über die Möglichkeit einer

Vermittelung der anscheinend schroff entgegenstehenden Entschlüsse vertraulich darzulegen, in der sichern Erwartung, es werde dieselbe einer wohlwollenden Aufnahme bei der königl. Staatsregierung sich zu erfreuen haben. Dabei darf ich übrigens nicht ermangeln, ausdrücklich zu erwähnen, daß ich für den nunmehr eingetretenen Fall mit keinen Instruktionen versehen und daher nur in der Lage bin, eine persönliche Meinung auszusprechen, wozu ich mich aber im Hinblick auf die traurigen Folgen, welche ein vollständiges Scheitern des Verfassungswerks für die ganze Nation haben würde, um so mehr gedrungen fühle, als die mündlichen Unterhaltungen mit Ew. Excellenz und den übrigen Mitgliedern des königl. Staatsministeriums mich die Hoffnung schöpfen ließen, es könnte gelingen, auf dem dabei angedeuteten Wege das Verfassungswerk zu dem allseitig gewünschten Abschluß zu bringen.

Bei meinem Vorschlag ließ ich mich durch folgende Betrachtung leiten: In der gegenwärtigen Sachlage scheint jede Aussicht verschwunden, als werde die Nationalversammlung ihren am 11. v. M. gefaßten Beschluß aufheben und auf die von der königl. Preußischen Staatsregierung gewünschten Abänderungen eingehen. Auch darf ich nach den bestimmten Erklärungen, welche die königl. Preußische Staatsregierung unter dem 28. v. M. sowol durch ihren Bevollmächtigten an die Nationalversammlung, wie auch durch die königl. Gesandtschaften an die verschiedenen Deutschen Höfe hat gelangen lassen, eine Aenderung der einmal gefaßten Entschließung, so tief ich auch dieselbe beklage, schwerlich erwarten. Es stehen noch außerdem die Zustimmungen der königl. Regierungen von Baiern, Sachsen und Hannover aus, welche mehr oder minder dieselben Ausstellungen an der Reichsverfassung und dem Wahlgesetz gemacht haben. In constitutionellen Staaten hat man bei einem derartigen Zwiespalt zwischen Regierungen und Volksvertretung das Mittel einer Berufung an das Volk. Unglücklicher Weise fehlt uns dieses Mittel, durch welches eine Ausgleichung möglicher Weise zu erzielen wäre. Wenn nun aber auch weder der Centralgewalt noch den einzelnen Deutschen Regierungen die Berechtigung zukommt, die Lösung des so tief zu beklagenden Zwiespalts mittels einer Berufung an das Deutsche Volk zu versuchen, so stände doch nichts im Wege, daß die Nationalversammlung selbst eine solche Berufung einlegen würde. Diese Versammlung hatte die Aufgabe, eine Verfassung für Deutschland zu Stande zu bringen, sie hat diese Aufgabe, so weit an ihr ist, gelöst und kann es daher dem in dieser Verfassung selbst bestellten Reichstag überlassen, diejenigen Abänderungen, welche unter den nunmehr eingetretenen Verhältnissen wünschenswerth erscheinen können, zu beschließen. Hiergegen dürfte nicht der geringste Einwand von Seiten der Versammlung zu erwarten sein, und so wäre der Weg gefunden, die aus dem Scheitern des ganzen Verfassungswerks drohenden Gefahren abzuwenden.

Dabei dürften aber noch zweierlei Erwägungen in Betracht gezogen werden müssen. Erstens enthält die Reichsverfassung nothwendige Bestimmungen für Verfassungs-Abänderungen, welche möglicher Weise das Bedenken erregen, ob an denselben nicht jede beabsichtigte Aenderung scheitern würde. Es mag deshalb zur Durchführung des gemachten Vorschlags nothwendig erscheinen, daß die Nationalversammlung für den vorliegenden Fall die erschwerenden Formen bei Verfassungs-Aenderungen beseitige. Zweitens würde bei einer längeren Dauer des provisorischen Zustandes Se. Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Reichsverweser seinen hohen Posten zu behalten vielleicht nicht gesonnen sein, worüber der Unterzeichnete aber keine irgend wie präjudicirliche Ansicht auszudrücken gemeint ist. Ein baldiges Aufhören des provisorischen Zustandes liegt ohnedies im Interesse wie im Wunsch aller Theile.

Aus diesen Betrachtungen ist der nachfolgende Vorschlag hervorgegangen, welchen ich vorerst als meinen nur von mir persönlich gemachten anzusehen Ew. Excellenz ersuche. (Folgen die S. 459 angeführten fünf Punkte.)

Die Ausführung dieses Vorschlags dürfte bei der Nationalversammlung nur die eine Schwierigkeit haben, sie zu vermögen, die erschwerenden Bestimmungen rücksichtlich der Verfassungsänderungen für den nächsten Reichstag aufzuheben. Im Uebrigen glaube ich nach meiner Kenntniß der Versammlung zu der Zeit, als ich sie verließ, ihre Zustimmung hoffen zu dürfen. Auch die Deutschen

Regierungen können sich bei diesem Vorschlag beruhigen, weil ihre wesentlichen Bedenken einer neuen Prüfung unterzogen werden, und die Verfassung nicht früher zur endgültigen Annahme gelangt, bis jene Bedenken beseitigt sind. Für die königl. Staatsregierung dürfte endlich der hier gemachte Vorschlag manche Vorzüge vor dem Gang haben, den dieselbe in der Cirkulardepesche vom 28. v. M. für den Fall, wenn ihre Bedenken bei der Nationalversammlung keinen Eingang finden sollten, vorgezeichnet hat. Es wird nämlich der provisorische Zustand aufhören, die Reichsverfassung wird ins Leben treten, und dadurch ein vergleichungsweise fester Zustand geschaffen, der die so sehr aufgeregten Gemüther beruhigen, zur Hebung des Handels und Verkehrs beitragen und wenigstens vorerst alle billigen Wünsche befriedigen wird. Darin gerade kann die Gewähr gefunden werden, daß die Wahlen für den nächsten Reichstag in einem versöhnenden Sinne ausfallen, indem sich erwarten läßt, daß bei der so nahen Aussicht auf einen bestimmten Abschluß des Verfassungswerks alle Kräfte sich zu dessen Erreichung vereinigen werden. Dagegen ist bei dem Gang, den die königl. Staatsregierung in ihrer Cirkulardepesche angedeutet hat, ein vollständiger Bruch mit der Nationalversammlung nicht zu vermeiden. Die unseligen Folgen eines solchen will ich auch nicht einmal anzudeuten versuchen, da sie allzuklar am Tage liegen, und die schon jetzt bei nur drohendem Bruche in vielen Theilen Deutschlands stattfindenden Bewegungen ein Bild dessen geben, was erfolgen wird, wenn der Riß unheilbar geworden ist. Es wird zu berücksichtigen sein, daß in diese Bewegung auch der besonnene und aufrichtig der konstitutionellen Monarchie ergebene Theil der Nation gerissen wird, weil dieser im vorigen Jahre in dem Zusammentreten der Nationalversammlung den einzigen Damm gegen die Ueberstürzungen der aufgeregten Massen gesehen und daher derselben unbedingte Unterstützung nach allen Seiten hin zugesichert und zum Theil schon bewiesen hat. Wir sehen daher jetzt schon in einigen Ländern die konstitutionellen und die demokratischen Vereine zusammenwirken, was gewiß in ganz Deutschland eintreten wird, sobald die Nationalversammlung gezwungen ist, das Volk zu ihrer Unterstützung aufzurufen.

Unter dem Eindruck dieses folgenschweren Ereignisses soll einmal die Einigung der Regierungen über das Verfassungswerk und dann die Wahl zu dem künftigen Reichstag vorgenommen werden. Es dürfte mir hierbei erlaubt sein, einen Zweifel schon darüber auszudrücken, ob die Einigung unter den Regierungen überhaupt gelinge, da über den aus der ersten Lesung hervorgegangenen Verfassungsentwurf ebenso wenig wie über die endgültig beschlossene Verfassung eine einstimmige Erklärung der Regierungen zu Stande gekommen ist. Auch scheint die Krone Baiern in ihrer neuesten Erklärung d. d. München den 23. April das Hauptmotiv für ihre Nichtzustimmung zu der Reichsverfassung in dem Erbkaiserthum zu finden, und daher auf ein Direktorium antragen zu wollen.

Schon allein daraus geht hervor, daß bei dem einzuschlagenden Gang für die Deutsche Nation auch nicht die geringste Bürgschaft dafür vorhanden ist, daß die von der Nationalversammlung angenommene Verfassung wenigstens in den wesentlichen Grundlagen aus den Berathungen der sämmtlichen Regierungen hervorgehen wird, was natürlich nur die größte Mißstimmung erzeugen kann. Die alsdann für den künftigen Reichstag vorzunehmenden Wahlen können aus diesem Grunde voraussichtlich nur oppositionell ausfallen, auch ganz abgesehen davon, daß wenn nicht das Reichswahlgesetz angenommen wird, die Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes zur Nothwendigkeit und dadurch der Nation gerechter Grund zu der Behauptung gegeben wird, daß der künftige Reichstag nicht der Vertreter ihres Willens sei.

So häufen sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten, ohne eine wenigstens sichere Aussicht, daß auf diesem Wege wirklich eine Vereinbarung über das Verfassungswerk zu Stande kommt, indem diese einmal unter den Regierungen und dann wieder zwischen diesen und dem Reichstag scheitern könnte. Und Alles dieses Angesichts der heftigen Zuckungen im Innern und eines Krieges nach Außen.

Ich kann mir nicht verhehlen, daß eine folgenschwere Entschließung, von der die Geschicke Deutschlands auf lange Zeit hinaus abhängen, in die Hand der

Königl. Staatsregierung gelegt ist; um so mehr darf ich von der Weisheit derselben erwarten, sie werde den hier gemachten Vorschlag gegenüber dem in der Cirkulardepesche angezeigten Gang in ernste Erwägung ziehen und bei der endlichen Entscheidung sich allein durch die Rücksicht auf das Wohl des gegenwärtig so höchst bedrohten Gesammtvaterlandes leiten lassen. Ich würde Ew. Excellenz besonders verbunden sein, wenn Sie mich durch eine gefällige Antwort recht bald in den Stand setzen wollten, dem Reichsministerium die Grundlagen zu einem Einverständniß mit der Nationalversammlung zu unterbreiten.

Graf Brandenburg an Bassermann d. d. 6. Mai. Ew. Hochwohlgeboren kann ich, in Erwiederung Ihrer geehrten Zuschrift vom heutigen Datum nur mein volles Anerkenntniß Ihrer aufrichtigen, umsichtigen und wohlwollenden Bemühungen, noch jetzt eine Verständigung zwischen der königl. Regierung und der Nationalversammlung herbeizuführen, aussprechen.

Ich habe mich daher auch beeilt, den von Ihnen als Ihre persönliche Ansicht gemachten Vorschlag zur Kenntniß des Staatsministeriums zu bringen und Ew. Hochwohlgeboren werden nicht zweifeln, daß derselbe die ernstlichste und eingehendste Erwägung gefunden hat. Die königl. Regierung täuscht sich nicht über die Gefahren, welche durch einen von Ew. Hochwohlgeb. fast als unvermeidlich bezeichneten Bruch mit der Nationalversammlung für einen großen Theil Deutschlands herbeigeführt werden würden; es ist immer ihr dringender Wunsch gewesen, dem Deutschen Volke neue Krisen und Zuckungen zu ersparen; und sie hat daher Alles aufgeboten, um diesen Bruch zu vermeiden, und nur die Grenzen des Rechts und der Pflicht gegen das eigne Land, wie gegen die Zukunft Deutschlands nicht überschreiten zu dürfen geglaubt. Ew. Hochwohlgeboren werden selbst dies Zeugniß nicht versagen.

Das Staatsministerium hat daher auch den von Ew. Hochwohlgeboren vorgelegten Plan gern entgegennehmen und in Betracht ziehen wollen. Aber es hat sich auch sagen müssen, daß derselbe schon durch die inzwischen bekannt gewordene von der Nationalversammlung am 4. d. M. beschlossene Annahme des ersten Punktes der Anträge des Abgeordneten von Wydenbrugk unmöglich geworden ist. Ew. Hochwohlgeboren werden sich dies selbst nicht verhehlen, und ich glaube voraussetzen zu dürfen, daß Ew. Hochwohlgeboren mein aufrichtiges Bedauern darüber theilen werden.

Daß die Nationalversammlung in diesem Beschlusse sich neben den Regierungen an die Gemeinden der Einzelstaaten und das ganze Volk mit der Aufforderung wendet, die Verfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen und dadurch wenigstens der Deutung Raum giebt, als wollte sie das Volk auffordern, unabhängig von den Regierungen, also auf gewaltsamem Wege die Verfassung durchzuführen, kann unmöglich die Billigung Ew. Hochwohlgeboren finden. Die Gefahr, die in dieser Aufforderung liegt, haben Ew. Hochwohlgeboren in Ihrem Schreiben voraussichtlich bezeichnet; die königl. Regierung aber kann die etwanigen traurigen Folgen derselben, denen sie natürlich mit allem Ernst entgegentreten wird, mit gutem Gewissen von sich ablehnen.

Ich bedaure daher, es Ew. Hochwohlgeboren aussprechen zu müssen, daß das Staatsministerium unter den obwaltenden Umständen auf den Vorschlag, welchen Ew. Hochwohlgeboren vorgelegt, nicht eingehen kann, indem wir zugleich der Absicht und Gesinnung, aus welcher derselbe hervorgegangen, volle Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Bassermann an Gagern d. d. 7. Mai. Ich habe gestern die Ehre gehabt, eine Abschrift der Note, welche ich dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen von Brandenburg übergeben habe, dem hohen Reichsministerium einzusenden nnd hatte mich verpflichtet, die Umstände, welche mich zu diesem Schritt, ohne Einholung vorgängiger Instruktionen veranlaßt haben, näher zu entwickeln. Schon am 3. d. hatte mich ein Mitglied des königl. Staatsministeriums in einer vertraulichen Unterhaltung, in welcher ich ihm meine Ansicht über die Folgen des von der Preußischen Regierung eingeschlagenen Weges dargelegt, aufgefordert, eine Verständigung der Preußischen Regierung und der Nationalversammlung zu versuchen. Aus meiner Entgegnung, daß nach der bestimmten Ablehnung der auf

Grund der Verfassung übertragenen Kaiserwürde von Seite Preußens keine Aussicht hierzu vorhanden sei, wurde mir versichert, daß ich dennoch bei einem etwaigen Versuch der größten Bereitwilligkeit von Seiten der königl. Regierung begegnen würde, was diese auch in ihrem Schreiben an Herrn von Camphausen d. d. 28. April ausdrücklich ausgesprochen habe. Die Betrachtung, daß in einem so gefahrvollen Moment es dringend geboten sei, nichts unversucht zu lassen, um die traurigen Folgen eines völligen Bruchs zwischen der Nationalversammlung und der Preußischen Regierung abzuwenden, veranlaßte mich, meine Bereitwilligkeit zu einem Zusammentreten mit den sämmtlichen Mitgliedern des königl. Staatsministeriums zu erklären, um mittels eines gegenseitigen Austausches der Ansichten zu erfahren, inwiefern Aussicht auf das Gelingen eines Versuchs zu einer Verständigung vorhanden sei. In Folge dieser meiner Erklärung veranlaßte der obengedachte Staatsminister eine Vorbesprechung mit einem andern Mitgliede des Staatsministeriums, welches mich von der Geneigtheit der königl. Staatsminister, mit mir zusammenzutreten und mit mir gemeinsam den Weg zu einer Verständigung zu berathen, unterrichtete, wobei jedoch vorausgesetzt wurde, daß die gegenwärtige Sachlage nicht durch neuere Beschlüsse der Nationalversammlung alterirt werde. Dieses gab die Veranlassung zu meiner ersten telegraphischen Depesche, in der ich das Ersuchen stellte, die Nationalversammlung bis zu genauerer brieflichen Mittheilung von allen Beschlüssen zurückzuhalten.

Den andern Tag, am 4. d., erhielt ich die Einladung zu einer Besprechung mit den königl. Staatsministern auf den 5., was ich ebenfalls durch den Telegraphen anzeigte. An diesem Tage fand denn auch die verabredete Besprechung statt, welcher alle königl. Staatsminister, außer dem Kriegsminister, beiwohnten. Ueber den Inhalt dieser Verhandlungen habe ich bereits ausführlich in einem vertraulichen Schreiben an den Herrn Präsidenten des Reichsministeriums berichtet. Der Vorschlag, welchen ich später in der am 6. d. übergebenen Note entwickelt habe, schien den vollen Beifall der anwesenden Herren Staatsminister zu haben, und es wurde verabredet, daß ich denselben schriftlich übergeben möchte, um davon Veranlassung nehmen zu können, mir darüber eine officielle Entschließung zukommen zu lassen. Noch während der Besprechung war eine telegraphische Depesche des Herrn von Kamptz eingetroffen, welche meldete, daß am 4. auf den Antrag des Abgeordneten von Wydenbrugk sieben Beschlüsse von der Nationalversammlung angenommen worden seien, deren Inhalt jedoch wegen Unterbrechung des Telegraphen zwischen Gießen und Frankfurt nicht mitgetheilt wurde. Ich telegraphirte daher den 5., daß ein günstiges Resultat unter der Voraussetzung, daß die Sachlage nicht durch Beschlüsse der Nationalversammlung verändert würde, zu erwirken sei.

Am 6. übergab ich gemäß der getroffenen Abrede meinen Vorschlag schriftlich und sandte eine Abschrift davon an das hohe Reichsministerium. Von den am 4. in der Nationalversammlung gefaßten Beschlüssen erhielt ich erst den 6. des Abends durch einen der Herren Staatsminister Kenntniß, welcher mir nicht verhehlte, daß sie auf den Gang der Unterhandlungen über eine zu erzielende Verständigung sehr ungünstig einwirken würden. Denselben Abend zwischen 11 und 12 Uhr erhielt ich die telegraphische Depesche des Herrn Ministerpräsidenten, welche mich veranlaßte, sofort heute morgen die hier in Abschrift anliegende Note zu übergeben, auch persönlich mit einflußreichen Mitgliedern des königl. Staatsministeriums Rücksprache zu nehmen, wobei ich leider bestätigen hörte, daß in Folge der gestern bekannt gewordenen Beschlüsse der Nationalversammlung vom 4. die ferneren Unterhandlungen über ein zu erzielendes Einverständniß leicht abgebrochen werden könnten. Auch soll, wie ich höre, gegen den ersten der sieben Beschlüsse noch heute eine öffentliche Erklärung der hiesigen Staatsregierung erscheinen, wodurch der Bruch vielleicht schon herbeigeführt werden kann. Dazu treibt auch die Verstimmung über die von Sachsen eintreffenden Nachrichten. Schon der Umstand, daß dort gerade die republikanische Partei, welche bisher immer gegen die Nationalversammlung und gegen deren Beschlüsse aufgetreten war, sich an die Spitze der Bewegung für die Reichsverfassung gestellt hat, bestärkt die Ansicht der hiesigen Staatsregierung, daß diese Verfassung nur als Ueber-

gang zur Republik benutzt werden soll. Da man zugleich dort soweit gegangen ist, eine provisorische Regierung einzusetzen, so ist man hier entschlossen, die ganze Bewegung mit Waffengewalt zu unterdrücken, wozu bereits 25,000 Mann bestimmt sein sollen. Die Unterbrechung der Eisenbahn bei Riesa hinderte freilich die schnelle Ausführung dieser Absicht, aber es ist schon gestern Abend die Nachricht eingetroffen, daß ein Bataillon Preußen in Dresden eingerückt sei. Der Erfolg ist für den, welcher die großen Mittel kennt, über welche die hiesige Regierung zu verfügen hat, unschwer vorauszusehen. In Bezug auf die Rheinprovinzen will man es an Energie nicht fehlen lassen, um den Widerstand gegen Regierungsmaßregeln zu brechen. Dabei ist leider weder bei der hiesigen Bevölkerung noch in der nächsten Umgebung irgend eine Sympathie für die Deutsche Sache zu bemerken. In dem nahen Zehlendorf war eine Volksversammlung auf gestern ausgeschrieben; sie wurde verboten und es sollen sich höchstens 30 Menschen eingefunden haben. Dazu kommt, daß nach Herrn Mathys wie nach Herrn Seebecks Nachrichten sowohl für Baiern wie für Hannover anzunehmen ist, diese beiden Staaten werden die Reichsverfassung nicht anerkennen, so daß man hier glaubt, es werde nun Jedermann klar werden müssen, daß zur Begründung einer ins wirkliche Leben eintretenden einheitlichen Reichsverfassung ein anderer Weg als der bisher eingeschlagene nothwendig sei. Einen solchen sicher zum Ziele führenden Weg glaubt man dann auch hier in der 2. Erklärung der Preußischen Regierung vom 28. April betreten zu haben.

In dem Bewußtsein, das Nationalbedürfniß wirklich und schnell auf ausführbare Weise befriedigen zu wollen, ist man stark und gedenkt, wenn auch dieser Weg scheitern sollte, die Schuld auf diejenigen laden zu können, welche die darzubietende Verfassung zu verwerfen den Muth haben würden.

Ob es mir nach dem Bekanntwerden der Beschlüsse vom 4. Mai noch gelingt, diesen Weg so zu modificiren, wie mein Vermittlungsvorschlag besagt, werde ich wahrscheinlich erst morgen erfahren können, und dann zu berichten nicht versäumen!

Bassermann an Graf Brandenburg d. d. 7. Mai. Gestern Abend spät empfing ich folgende telegraphische Depesche des Reichsministerpräsidenten von Gagern. (inseratur.) Ew. Excellenz werden daraus ersehen, wie groß und nahe die Gefahr des größten aller Uebel, des Bürgerkriegs ist. Daß der schwache Faden, von welchem Herr von Gagern schreibt, wirklich abreißt, wenn nicht sofort eine bestimmte Aussicht auf eine Einigung mit Preußen eröffnet, oder wenn gar mit der Nationalversammlung gebrochen wird, kann keinem Zweifel mehr unterliegen. Aus der telegraphischen Depesche werden Ew. Excellenz ferner ersehen, daß Herr von Gagern dennoch eine Verständigung nicht für unmöglich hält und daß er ohngefähr denselben Weg vorschlägt, den ich in der gestern überreichten Denkschrift anzudeuten die Ehre hatte. Unter solchen Umständen und bei so dringender Gefahr glaube ich wiederholt die Nothwendigkeit einer schleunigen Verständigung vorstellen zu müssen, zu welcher nach meinen Kräften ich mich wiederholt bereit erkläre.

Graf Brandenburg an Bassermann d. d. 7. Mai. Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom heutigen Tage habe ich zu empfangen die Ehre gehabt. In Beantwortung desselben erlaube ich mir auf den Inhalt meines vertraulichen Schreibens vom heutigen Tage, welches inzwischen in Ihre Hände gelangt sein wird, Bezug zu nehmen. Ew. Hochwohlgeboren werden aus demselben entnommen haben, wie, nach der Ueberzeugung des königl. Staatsministeriums und gewiß zu dessen aufrichtigem Bedauern, in diesem Augenblicke die Bedingungen nicht mehr vorhanden sind, auf welche der Herr Reichsminister von Gagern eine Verständigung mit der Nationalversammlung zu Frankfurt über die Annahme der Reichsverfassung begründen zu können glaubt. Ich benutze mit Vergnügen ꝛc.

Bassermann an Gagern d. d. 8. Mai. Der Unterzeichnete hat gestern die Ehre gehabt, über die Veranlassung zu dem Versuche einer Verständigung mit der königl. Preußischen Regierung ausführlich zu berichten und dabei die Besorgniß ausgedrückt, es möchten die darüber gepflogenen Verhandlungen durch

die inzwischen bekannt gewordenen Beschlüsse der Nationalversammlung vom 4. d. M. gestört, wo nicht ganz abgebrochen werden. Zur Verhütung dessen habe ich gestern Morgen 9 Uhr die mir vorgestern Abend zwischen 11 und 12 Uhr Nachts zugekommene telegraphische Depesche, nachdem ich solche vorher schon einigen einflußreichen Mitgliedern des Staatsministeriums persönlich mitgetheilt hatte, mit der meinem gestrigen Bericht abschriftlich beigelegten Note übergeben. Darauf erhielt ich im Laufe des gestrigen Tages die beiden vom 6. und 7. d. M. datirten Antworten, welche ich im Original hier beifüge. Nach Inhalt derselben kann von meiner Seite kein fernerer Versuch zu einer Annäherung mehr geschehen und ich muß es daher dem hohen Reichsministerium anheimstellen, ob unter diesen Verhältnissen dasselbe meine Mission als beendigt ansehen und meine Abberufung verfügen wolle.

Mir erscheint diese auch aus andern Gründen als wünschenswerth. Wenn nämlich Ein hohes Reichsministerium den Unterzeichneten besonders darum hierher gesendet hat, weil dasselbe annehmen zu dürfen glaubte, es werde meine Person gerade hier willkommen sein, so habe ich gleichwol auch in dieser Beziehung eine für den hier stattgefundenen Umschlag der Ansichten sehr bezeichnende Erfahrung gemacht. Schon gleich nach Uebergabe meiner Beglaubigung habe ich bei dem Ministerpräsidenten um eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige nachgesucht. Wiewol dieses mein Ansuchen seitdem durch dem Könige sehr nahestehende Personen bevorwortet und von mir wiederholt wurde, so habe ich wenigstens zur Zeit nur die allgemeine Zusicherung, daß der König mich empfangen werde, jedoch ohne Angabe des Tages und der Stunde erhalten.

Auch finde ich heute in den öffentlichen Blättern meine am 2. d. M. übergebene Note nebst der Antwort des Herrn Ministerpräsidenten vom 3. d. abgedruckt, was mir als ein wenigstens ungewöhnliches Verfahren erscheint. Endlich ist eine Verfügung des königl. Staatsministeriums an die Oberpräsidenten der Provinzen veröffentlicht worden, welche mehrere Beschlüsse der Nationalversammlung vom 4. d. als außer ihrer Kompetenz liegend, zurückweist.

Alles dieses, zusammengenommen mit dem Einrücken Preußischer Truppen in Sachsen, deutet unverkennbar darauf, daß hier der Entschluß feststeht, auf dem in der Cirkular-Depesche vom 28. v. M. angedeuteten Wege rasch und energisch voranzugehen. Man glaubt hier schon in dieser Woche die Verhandlungen über einen Verfassungsentwurf beginnen und im Laufe von 8 Tagen beendigen zu können. Ob dann der aus diesen Berathungen hervorgehende Entwurf der Nationalversammlung vorgelegt werden wird, ist mindestens jetzt nach dem Bekanntwerden der Beschlüsse vom 4. d. mir wieder zweifelhaft geworden. Verbunden ist aber damit der Plan der Unionsakte zwischen Deutschland und Oesterreich, wozu letzteres unter den obwaltenden Verhältnissen wol gern die Hand bieten wird.

Die hiesige Bevölkerung scheint bei den ernsten Vorgängen, welche den Süden Deutschlands so heftig aufregen, in derselben Ruhe und Gleichgültigkeit zu verharren, welche mir schon bei meiner Ankunft dahier aufgefallen ist.

XXX.

(S. 468.) Die Organe der Kaiserpartei vor dem Ausbruch in Baden. Die D. Z. bot alle Beredtsamkeit, freilich eine zweischneidige, gegen die offne gewaltsame Revolte oder eigentlich nur gegen das vorzeitige Anfangen derselben auf, wodurch die unwiderstehliche „geistige Bewegung“, die „unblutige Erhebung der Millionen“ vereitelt werden würde, die sich immer weiter fortpflanze, während vereinzelte Volksgewalt nur Unbesonnenheit sei, die von den Preußischen Ministern eben gewünscht werde, welche für ihre unselige Politik bald nur noch die Soldaten, und vielleicht auch die nicht haben dürften, wie denn die freilich pflichtgetreuen Preußischen Offiziere sich nicht zu allen Plänen des Ministeriums, auch zu den fluchwürdigsten, gebrauchen lassen würden. Sie billigte, daß man sich auf Alles gefaßt mache und rüste, doch nur das letzte Heil

liege im Schwerte. Sie meinte, wenn es nur noch kurze Zeit gelinge, die Bewegung auf dem „moralischen Gebiete" zu erhalten, so würden die Preußischen Minister und ihre schmachvolle Politik verloren sein, aber — Gewalt erschrecke den besitzenden Bürger, der vor allen Dingen Schutz für sein Eigenthum wolle, dem zufalle, der ihm denselben gewähre, und es helfe nichts, geringschätzig von dieser Partei zu reden, die sehr zahlreich sei und sich in Berlin und anderwärts schon rege, und die Preußische Regierung sei organisirt. Das Organ der gelehrten Politiker ignorirte noch immer oder sah noch immer nicht, was mit Händen zu greifen war, daß mindestens die eine Hälfte des Volks wie (bis zum Abschluß im März) der Nationalversammlung die für Kleindeutschland berechnete Verfassung nie gewollt, und daß die andere keinen Willen dafür hatte, wie durchsetzen ihn erheischt, bedrohte aber- und abermals die Könige mit dem Schrecklichsten, wenn sie dem vermeinten Volkswillen nicht nachgäben und perorirte mit besonderer Heftigkeit gegen Preußen, das einen so traurigen Anblick gewähre, indem es in zwei Wochen das Erbe der Jahrhunderte vergeuden zu wollen scheine, u. s. f., gegen die Pläne der Sonderbündelei, welche Preußen im Schilde führe, wozu Radowitz anstifte, der „geheime Leiter". „Ihr Könige, die ihr einen Frevel am Deutschen Volke zu begehen im Begriffe steht, wogegen Alles, was dieses Volk Euch seit einem Menschenalter vorwirft, ein Geringes ist, haltet ein auf dem furchtbaren Wege. Er führt durch Blut und Blut, und zuletzt werdet Ihr doch darin ausgleiten und fallen. Denkt an die Worte, die Euch ein achtzigjähriger Greis zuruft, dessen Haupt dem Deutschen Volke so heilig ist, wie irgend eins, das Kronen trägt. Denkt an die Acht und Aberacht! Es wohnt kein treueres, besseres, gutmüthigeres Volk auf Erden als das Deutsche. Wollt Ihr die Milch seiner frommen Denkart in gährend Drachengift verwandeln? Faßt Vertrauen zu Eurem Volke, es will Euch ja lieben und ehren wie sonst; entlaßt Eure schlechten Rathgeber; geht mit Eurem Volke. Es hat Euch seine Wünsche einmüthig, in allen, allen, allen Landen vorgetragen; gewährt sie ihm; gönnt ihm seine Reichsverfassung, bei der niemand mehr gewinnt als Ihr. Wollt Ihr aber seine Wünsche mit Waffengewalt unterdrücken, wahrlich, wahrlich, so werdet Ihr und die Eurigen dem Gerichte des Volkes ebensowenig entrinnen, wie den gerechten Gerichten Gottes." So die in Heidelberg erscheinende Zeitung der Erbkaiserlichen zwei Tage vor dem Ausbruch in Baden. Sie öffnete auch jetzt ihre Spalten dem phantasirenden Greise, zu dem Versuche, den Lesern das gerade Gegentheil von dem einzureden, was immer deutlicher die Thatsachen verkündeten. Sich darüber ereifernd, daß die Preußen der Herrschsucht angeklagt würden, führte er umständlich aus, die Doktrinärs hätten keineswegs, wie man sage, in der Paulskirche eine Idee von Einheit und Macht und Glanz nach Außen in die Deutschen Köpfe hineingeklügelt und gesponnen, die dem wahren Volksmeinen und Streben fremd gewesen: das Deutsche Volk werde und müsse eben jetzt werden, was es seit sechs Jahrhunderten nicht mehr gewesen, und dieser Traum, den er mit dem ganzen Volke träume, sitze unausrottbar fest in seiner Seele. Daneben gab die Zeitung Preußen so etwas wie Herrschsucht, Herrschsucht mit Unredlichkeit verbunden, Schuld. „Man wird in Berlin suchen, sich des zur Einheit drängenden Volksgeistes zu bemächtigen, ihn in die Bahn eines neuen harmlosen Sonderbundes abzuleiten; harmlos, weil die Leitung einer ergebenen Hand anvertraut wird. Ohne Zweifel hat die Preußische Regierung Permiß, einen Sonderbund zu stiften; ohne Oesterreich und ohne Baiern. Aber sie soll es aus (scheinbar) eigner Machtvollkommenheit vollbringen, aus den Händen der Nationalversammlung, das ist der Revolution, Nichts annehmen, selbst die Krone sich aufsetzen, eine Verfassung des Sonderbundes oktroyiren. Das Feinste ist, daß man wirklich an der Reichsverfassung so wenig als möglich ändern wird. Man wird sich wohl hüten, alle die „zerstörenden Elemente", welche „eingedrungen" sind, mit einem Male wegschaffen zu wollen. Kömmt Zeit, kömmt Rath. Man wird für's Erste vielleicht nur ein Exempel statuiren an dem suspensiven Veto." In der C.-K. lautete es: Preußen werde die Revolution allerwärts niederkämpfen und dann die Bedingungen der Deutschen Einheit mit dem Schwerte vorschreiben, wobei die Gerlach u. s. w. die Hauptrollen spielten und von Radowitz angewiesen

würden. Aber „daß in eine solche, auf diese Art herzustellende Einheit die süddeutschen Staaten nicht hineinzuzwingen sind, verhehlt man sich in Berlin nicht. Man wünscht aber auch mit den demokratischen Elementen des Südens nur in einem weiteren Verbande zu stehen; man strebt, getreu der Politik des Baseler Friedens, Norddeutschland für sich zu einem engeren Bundesstaate zu vereinigen, und hätte selbst dagegen nicht gar Viel, wenn Deutschland die Landschaften jenseits des Rheines an Frankreich verlöre. Darum kümmert man um die süddeutschen Verhältnisse einstweilen sich weniger; ja! man wünscht es, daß in Folge dieser Nichtberücksichtigung im Süden Aufstände ausbrechen, um solche dann später mit Waffengewalt zu unterdrücken, und soll, wie wir aus ziemlich guter Quelle vernehmen, an die Kommandeure gewisser Preußischer Reichstruppen im Süden den geheimen Befehl erlassen haben, nach einem etwaigen Rücktritte des Reichsverwesers sofort aus dem Reichsdienst auszuscheiden. Im Norden aber verhütet jene Partei, welche beständig den Blick nach Oben wendet, unbekümmert um das Blut, welches deshalb vergossen werden muß, durch jedes Mittel, auf jede Weise, die Anerkennung der Reichsverfassung von Seiten der beiden Könige von Hannover und Sachsen" u. s. f.

XXXI.

(S. 469.) Deputation an den Erzherzog am 9. Mai. Wenn es Gagern's Absicht gewesen war, den Erzherzog zur Resignation zu nöthigen, und wenn man in Berlin dem Bassermann'schen Vorschlage, wonach die Centralgewalt in die Hände des Königs von Preußen übergehen sollte, noch inhärirte, so war die Deputation ein Seitenstück zu der, welche am 28. März den Erzherzog angefleht, nicht zurückzutreten. War Gagern durch Bassermann's Bericht vom 7. umgestimmt, zum wenigsten für den Augenblick wieder disponirt, im Amte zu bleiben und es mit dem Erzherzoge und dem Programm zu versuchen, oder handelte er nur einmal wieder hinter dem Rücken der mehreren Mitglieder seiner Partei? Diese war nach ihrer Korrespondenz allerdings geneigt, auf den eingeschlagenen Wegen mit Benutzung des Erzherzogs noch weiter vorzugehen. Sie verkündete am 9., die Weidenbuschpartei werde Nachmittags den Erzherzog durch eine Deputation beschicken, und fügte hinzu, es dürfe von seinem Patriotismus und seiner Weisheit — den man so geringschätzig behandelt, dessen baldige Abreise man kaum erst höhnisch in alle Welt verkündet, mit dem man kaum erst reine Bahn machen wollen — erwartet werden, daß er in der Stunde der Gefahr den Posten nicht verlasse, auf den die Nation ihn gerufen. Er sollte nun, entgegen den Eingriffen Preußens in die Befugnisse der Centralgewalt, die Würde der Nation wie seine eigne wahren. „Um den Erzherzog und sein Ministerium wird sich die Partei immer fester schaaren, die, wie heute treffend bemerkt wurde, die Märtyrerkrone der Mäßigung trägt, ihr Muth und ihre Ausdauer wird dazu mitwirken, die gesetzlichen Elemente zu ermuthigen, aber wir dürfen es uns nicht verhehlen, sie wird unter diesem Zeichen nicht lange zusammenhalten können, wenn nicht die größeren Deutschen Regierungen bald die Lage des Vaterlandes begreifen lernen."

(S. 470.) Eigenhändige Antwort des Reichsverwesers auf das vom Reichsministerium am 8. Mai aufgestellte Programm. Nach genauer Prüfung des mir vorgelegten Programms habe ich die feste Ueberzeugung gefaßt, daß um das darinnen Beantragte durchzuführen, der Centralgewalt solche legale Mittel zur Verfügung stehen müßten, über welche sie bei ihrem beschränkten Wirkungskreise nicht verfügen kann. In dem interimistischen Zustande aber, in welchem ich mich seit Niederlegung meiner Stelle befinde, vermehren sich diese Dienstschwierigkeiten in solcher Art, daß ich es gegen meine Pflicht erachte, etwas zu geziemen, wozu es mir an Mitteln zur Durchführung gebricht. Sollten die Umstände Anderes von mir erheischen, so müßte ich dringend mein unter dem 28. März gestelltes Ansinnen wiederholen; gleichwol bin ich auch jetzt noch weit entfernt, hiedurch ein Ueberstürzen oder Uebereilung zu verlangen, sondern gern bereit, das

Resultat ruhiger wohl überdachter Beschlüsse abzuwarten, wie es die Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblickes erheischt. Stets war und ist mein Streben, auf dem Wege des Friedens für Deutschlands Wohl zu wirken, um vom theueren Deutschen Vaterlande die Greuel des Bürgerkrieges fern zu halten.

(S. 470.) Auch bei dem oben gedachten Anlaß überhäufte die C.=K. die Preußische Regierung mit den heftigsten Vorwürfen, daß sie im egoistisch=sonderbündlerischen Streben Deutschland statt der Macht und Einheit den Bürgerkrieg bringe, bei welchem Allem der Antheil vergessen war, den am „Aufwühlen", an der „Verwirrung", an der Herbeiführung dieses Zustandes die Partei mit der Märtyrerkrone der Mäßigung genommen, wofür die Linke ganz andere Namen hatte. Weiter hieß es dann, Preußen und die äußerste Partei drängten die Männer der Mäßigung und Gesetzlichkeit dahin, den Weg der Revolution zu betreten — oder an der legalen Durchführung des Werkes verzweifelnd, auszuscheiden, wozu ein Theil von ihnen schon jetzt sich entschließen dürfte. „Aber das hoffen, das wissen wir Alle, wie wir auch über die Art, die Verfassung durchzuführen, gesinnt sein mögen, mit Herrn von Gagern, daß alle Erwartungen, die Einheitsbestrebungen unseres Volkes scheitern zu machen, werden zu Schanden werden, und daß die Reichsverfassung ein Ideal sein wird, das einst, und zwar eher, als Manche glauben, in die Wirklichkeit übergehen wird."

In der Korrespondenz der Großdeutschen ward, wie in den Blättern ihrer Richtung geurtheilt: „Das Ministerium Gagern, beflissen Unheil anzustiften, ist endlich am Widerstande des Reichsverwesers gebrochen; es leidet keinen Zweifel, daß die Beseitigung des letztern in den Planen unserer Gegner liegt. Die Reichsminister mußten inkonsequent handeln, oder den Republikanern sich in die Arme werfen. Sie haben jetzt zwischen zwei Uebeln das kleinere gewählt. Das machen wir ihnen nicht zum Vorwurf, aber daß sie sich freiwillig in die Lage versetzten, so wählen zu müssen, das war ihr Vergehen. Daß es so kommen mußte, wie es gekommen ist, das wußten fast alle denkenden Männer in Deutschland, nur Gagern und seine Kollegen scheinen es nicht geahnt zu haben. Gagern nimmt jetzt eine wenig beneidenswerthe Stellung ein. Die republikanische Partei, der er doch so vielen Vorschub leistete und die ohne ihn machtlos am Boden läge, sie haßt ihn viel tiefer und gründlicher, als sie z. B. die Herren von Radowitz und von Vincke haßt, welche ihr doch stets offen entgegentraten und ihr nie eine Koncession machten. Die konservative Partei hingegen fühlt, daß Wesendonck und Vogt und andere Koryphäen der Linken ihr niemals halb so viel schadeten, als Gagern mit seiner schillernden Politik, seiner vielleicht unabsichtlichen Duplicität, seiner konservativen und seiner republikanischen Halbheit. In den Zeiten großer Staatsumwälzungen findet sich oft ein Mann von bedeutender Begabung, von wohlmeinender Gesinnung, von gutem Privatcharakter, der dazu verdammt ist, sein Land dem Rande des Abgrunds nahe zu bringen. Die Geschichte wird den Deutschen Ex=Ministerpräsidenten dieser Gattung von Männern beizählen müssen."

XXXII.

(S. 473.) Die im Nürnberger Hofe erwogen nach der Darstellung eines Mitgliedes der Fraktion (Die letzten Wochen der Nationalversammlung, Augsb. Allg. Ztg. 1849, B. zur Nr. 159), daß man es nicht verantworten könne, die Bewegung, nachdem man sie entzündet und genährt, sich selbst zu überlassen, und dadurch Schuld zu sein, daß sie kraftlos in sich zusammenbreche oder in unreine Hände falle und ausarte. Man mußte sich ihr also, indem sie ausartete, entgegenwerfen oder mit starker Hand sie leiten. Die Nürnberger unternahmen es sie zu leiten ohne das Vermögen dazu, woraus nur folgen konnte, daß sie sich mit ihrem Zuthun noch fortsetzte und verschlimmerte, und daß sie sie dann doch sich selbst überlassen mußten. Wie falsch sie ihre Kräfte und die in Betracht kommenden Wirklichkeiten taxirten, ist aus der oben angeführten Darstellung zu ersehen, deren Verfasser ein Hauptmotiv eines Theils der Mitglieder

seiner Fraktion nicht erwähnt, welches darin bestand, daß man in ihren kleinen Heimathländern, ihren Wahlkreisen Augenblicks noch für die Durchführung der Reichsverfassung schwärmte. Vom Dawider- oder Dafürthun hing also Popularität und Unpopularität ab, und beim letztern war um so weniger zu riskiren, da die kleinstaatlichen Regierungen die Verfassung anerkannt, so daß also auch etwas excessive Operationen für deren Durchführung den Schild, mindestens den Schein der Legalität hatten.

(S. 483.) Der der Bewegung weitern Vorschub und weitere Ausartung bringende Reden'sche Antrag war das Probestück der Nürnberger im Leiten und Zügeln der Bewegung. Der Darsteller in der A. A. Z. bemerkt, den Schritt, welchen Beseler und Genossen durch ihren Antrag zu thun gedacht, hätten sie gethan gleich Einem, der sich auf abschüssiger Bahn mit aller Kraft rückwärts werfe, um nicht noch weiter fortgerissen zu werden; er sei das Aeußerste, das zu thun sie nicht sich bestimmt, sondern dringen lassen, nicht aber der Anfang einer wahrhaft neuen, den Bann des Zögerns unterbrechenden Politik gewesen, in welchem Sinne die vom Nürnberger Hofe den Beschluß vom 10. aufgefaßt hätten, von welchem doch aber gewiß dasselbe galt. Reden erklärte in der D. Z., der mit seinen Gesinnungsgenossen bereits zwei Tage vorher berathene Antrag würde damals (am 10.) nicht eingebracht sein, wenn nicht der geschehene Rücktritt des Ministeriums Gagern entschiedene Beschlüsse erforderlich gemacht hätte. Riesser, der jetzt die Preußische Reaktion und sehr bald die Folgen des Beschlusses, zu welchem er mitwirkte, nicht ertragen konnte und darüber geistig und körperlich dermaßen leidend wurde, daß er die Versammlung verlassen mußte, „um sich in der Zurückgezogenheit und im Genusse der Natur wieder zu erholen“, verurtheilt (21) den Beschluß, der zur Gewalt aufreizte, während die Nürnberger doch auf keinen Fall den Weg der Gewalt betreten wollten, mit sehr schlagenden Gründen. Er entschuldigt seine und seiner Freunde Zustimmung besonders gegen ihre Ankläger in den Regionen der Preußischen Regierung, hauptsächlich mit dem ebenso unredlichen und ungeschickten, als eigenmächtigen, selbstsüchtigen und unpatriotischen Verhalten Preußens, welchem es „viel weniger darum zu thun gewesen, dem Vaterlande Versöhnung und Beruhigung zu geben, als hie und da ein Stück Deutsches Land mehr unter den fühlbaren Einfluß Preußischer Militärmacht zu bringen, die Gewalt Preußens auf Kosten des Friedens und der Einheit Deutschlands zu vermehren“. Unerklärt bleibt, wie sie das Heil des letztern von der Verfassung mit dem Preußischen Erbkaiser hoffen konnten, wenn es ihrer Ansicht zufolge so mit Preußen stand.

(S. 484.) Wie sich die Nürnberger Gagern's Diktatorschaft gedacht haben mögen, ist schwer zu errathen. Nach Haym's Aeußerungen sollte man glauben, sie hätten durch dieselbe die Nationalversammlung vor dem Konvent-werden schützen wollen, und darohne ging es doch nicht. Der Darsteller in der A. A. Z. fügt seiner Angabe über die Rechnung seiner Parteigenossen hinzu: sie hätten begriffen, daß ihre neue Politik, daß die Bewegung nur mit Gagern an der Spitze Erfolg haben könne, und deshalb die ernstesten und andauerndsten Anstrengungen gemacht, ihn dafür zu gewinnen. Besonders Zell bestürmte Gagern, hegte noch immer glänzende Hoffnungen. (Biedermann, 333, 362.) In den Unterhandlungen mit Gagern ergab sich bis zur Evidenz für Jedermann, nur daß es die Nürnberger nicht begriffen, daß die Bewegung auch mit Gagern an der Spitze und mit ihm an der Spitze erst recht keinen Erfolg haben könne. Die Politik und Verwegenheit der Nürnberger hing in den beiden Angeln, daß Gagern schließlich bestimmt nicht mit ihnen ging, was vorherzusehen war, und daß sie nicht ohne Gagern gingen, was von Anbegin feststand. (S. 485.)

XXXIII.

(S. 488, 492.) Nach Hermann's Antrage vom 11. Mai sollte dem Reichsverweser die Gewalt des Reichsoberhauptes nach den Bestimmungen der Reichsverfassung provisorisch übertragen werden. Von der großdeutschen Partei

waren nur noch so Wenige da, daß sie als Partei kaum noch zählen konnten. Jene Wenigen handelten nach ihrem individuellen Ermessen, was das Richtige im Sinne der Partei. Abends begab sich Hermann in die Klubs, um seinen Antrag näher zu erläutern und zu empfehlen, erregte aber nur Abneigung, besonders im Kasino, wo man erstaunte und sich höchlich erzürnte, daß die fast vergessenen verhaßten Großdeutschen wieder ein Lebenszeichen gaben und offen ihre Tendenzen erneuerten. Hermann rückte obenein den dort versammelten Erbkaiserlichen die Schuld des „Bankerottes“ auf, forderte insbesondere, daß man Oesterreich wieder entgegenkomme, stellte die Zumuthung, daß man den Bundesstaat mit Preußen an der Spitze fallen lasse. Denen im Kasino däuchte das so viel, als sollten sie ihre höchst bedeutsamen Entwürfe und Kämpfe als Projekte und Experimente ansehen, den Grundgedanken ihres Lebens verleugnen, die Verfassungssache auf den Punkt von vor dem Jahre zurückführen, eine feindliche Partei aus einer Verlegenheit befreien, um das Vaterland in die schlimmste aller Verlegenheiten zu stürzen u. s. f. Sie wiesen den Vorschlag weit ab, renommirten gegen Hermann, denn ihr Stolz und Trotz war geweckt, bestärkten sich in dem Entschluß noch nicht auszutreten, um die Krisis vom 10. ihre Konsequenzen entfalten zu sehen, um die Einsicht, fortan ohne die Möglichkeit eines politischen Systems zu sein, zu voller Evidenz zu treiben, wie Haym sagt (III, 151). Am 12. erklärte sich die C.=K. dem Antrage Hermann's entschieden zuwider. Durch die Ablehnung des Königs sei der Abschnitt vom Reichsoberhaupte noch keineswegs unausführbar geworden; der Beschluß vom 4. behalte der Krone Preußens ausdrücklich die Oberhauptswürde vor, und sei gefaßt nach tiefster Ueberzeugung der Partei von der historischen Nothwendigkeit der Preußischen Hegemonie; Oesterreich Anerbietungen zu machen widerstrebe dem ganzen Sinne der Partei u. s. f.

(S. 498.) Die C.=K. äußerte über das A u s s c h e i d e n d e r e r b k a i s e r l i c h e n P a r t e i, wenn es „einstens“ nothwendig werden sollte, „so wird die gesammte Partei durch den gemeinsamen motivirten Austritt einen solchen moralischen Eindruck auf das Deutsche Volk machen können und müssen, daß dadurch jeder Agitation, welche die äußerste Linke vielleicht für ihre Zwecke fortsetzen möchte, schnell ein Ziel gesteckt werden würde. Aber will die erbkaiserliche Partei einstens einen solchen moralischen Einfluß ausüben, so darf sie nicht durch voreiligen Rückzug einzelner ihrer Mitglieder ihr eigenes Ansehen schwächen, und die Schuld der Aufgebung des gesetzlichen Bodens durch eine selbstverschuldete Schwäche auf sich laden lassen“. Die Beschlüsse vom 12. waren der Korr. noch nicht zu stark. Dieselben möchten für die Vereinbarer einen hinlänglichen Grund zum Austritt enthalten, für die Centren enthielten sie jedoch einen solchen nicht. Sehr strenge Urtheile fällt auch noch Haym über die Einzelaustritte, besonders der Preußen, namentlich Fr. v. Raumer's, der bis noch kurz zuvor mit dem Nil desperandum großgethan und dessen Verschwinden mit einer von hoher Hand empfangenen Weisung zusammengehangen haben dürfte.

Die C.=K. äußerte weiter — a u s oder t r o t z der tiefsten Ueberzeugung der Partei von der historischen Nothwendigkeit der Preußischen Hegemonie? — die Schwierigkeiten würden dadurch noch vermehrt, daß die Centralgewalt kein Ministerium habe und die Oesterreichische Politik in Frankfurt und Berlin ein für die Deutschen und die specifisch=Preußischen Interessen gefährliches Spiel spiele, „während das Berliner Ministerium, das sich, in treuer Nacheiferung des Schwarzenbergischen, zu einem Ministerium der Belagerungszustände und Bombardements immer mehr entwickele, a l l e r g r o ß e n G e d a n k e n b a a r, sich damit begnügen zu wollen scheine, nach blutiger Unterdrückung der Freiheit in ganz Deutschland, einen engeren norddeutschen Bundesstaat unter Preußischer Hegemonie zu bilden, und dann diesen in einen gewissen staatenbündlerischen Verband mit Oesterreich und mit Süddeutschland zu bringen, auf welches letztere Preußen sowie Oesterreich seinen Einfluß, dieses aber natürlich einen überwiegenden Einfluß ausüben würde“. Die D. Z. führte aus, daß i m S ü d e n u n d W e s t e n a l l e P a r t e i e n s i c h u m d i e V e r f a s s u n g e i n i g t e n, in welcher die Radikalen einen Rechtsboden für ihre Zwecke erkennten; die Konstitutionellen

wären aber gelähmt und würden bei einer neuen Katastrophe den Kampf gegen die ungestümen Dränger von der Linken nur mit halber Kraft erneuern; der fromme Glaube der Altliberalen sei zerstört, der Republikanismus sei im Begriff eine Eroberung zu machen, die ihm die ungeschickten Träger der Monarchie unter die Flügel jagten; die Austretenden wären ihr als redliche Männer bekannt, sie wolle von ihnen nichts Anderes sagen, als daß sie bessern Muth haben sollten; die Lage der Partei sei schwierig und drückend, weit mißlicher aber die der Widersacher, was die Zuversicht wieder heben müsse; vergeblich wären, während dreißig zu Hause geblieben, drei Regierungen nach Berlin gegangen, um eine bessere Verfassung für das Deutsche Volk auszuklügeln als die sei, die das ganze Deutsche Volk haben wolle u. s. f.

XXXIV.

(S. 502.) Die C.-K. am 14. Mai. „Die trüben Nachrichten aus der Rheinpfalz und aus Baden, welche fast stündlich hier anlangen, die Bewegung, welche sich von da aus schnell immer weiter verbreitet und bereits an vielen Orten über ihr nächstes Ziel, die Anerkennung der Verfassung hinausgeht und offen das Banner der rothen Republik oder der bodenlosesten Anarchie entfaltet, die Opfer, welche bereits gefallen sind und die welche ihnen folgen werden, beweisen, wie richtig die große Majorität der Frankfurter Deputirten die allgemeinen Zustände Deutschlands beurtheilte, wenn sie alle diese Ereignisse als die unvermeidlichen Folgen einer Ablehnung der Reichsverfassung von Seite der größeren Staaten voraussagte. Sie darf sich wol darüber trösten, wenn die Staatsweisheit eines Brandenburg-Manteuffel'schen Ministeriums ihr Lehren geben will, welche die Ereignisse der nächsten Tage und Wochen Lügen strafen; sie darf sich darüber trösten, daß man von dieser Seite ihr Festhalten an der Verfassung für Starrköpfigkeit und Souveränitätsschwindel erklärt, während jetzt schon die Ereignisse den Beweis geliefert haben, daß sie das rechte Mittel zur Schließung und friedlichen Beendigung der Revolution gefunden und recht gewürdigt hatte. Bald werden die Wellen der Bewegung im Deutschen Volke eine Höhe erreichen, daß sich dieses stolze, seiner Macht so gewisse Ministerium Brandenburg (welches indeß schon jetzt erklären muß, über keine Truppen zur Hülfe in Nachbarstaaten ferner mehr disponiren zu können) sich nach der alten Majorität der Paulskirche mit Sehnsucht umsehen wird, nach dieser Majorität, welche der Anarchie entgegentrat, die Throne stützte und schirmte, der konstitutionellen Monarchie (dem Brandenburg'schen Ministerium freilich eine völlig unbekannte Größe) das Banner trug und den Hohenzollern die Kaiserkrone anbot." Die D. Z. schob gleichfalls, das Feuer schürend, alle Schuld den renitenten Regierungen zu, klagte daneben über die Verwilderung der politischen Begriffe und war klug gegen Brentano und Genossen, die die Erfahrung machen würden, daß man einer Revolution nicht eben da, wo man möchte, Halt gebieten könne.

Die Aufstände, und besonders der Badische, verdarben der Linken und den Kaiserlichen den Kalkul zumeist. Sie hatten mittel- und selbst unmittelbar den Brand angezündet und geschürt und wurden so durch eben das bestraft, mußten durch eben das scheitern, was ihnen als Mittel zu ihren Zwecken hatte dienen sollen. Die Vorgänge in Baden waren ein deutliches Exempel, daß mit dem deutschen Volke weder eine Republik noch eine Revolution zu machen war. Es zeigte sich die gänzliche Unfähigkeit der Parteien, der Mittelpartei, eine solche Bewegung hervorrufen und bemeistern und in der Hand behalten zu können, der Radikalen einen Neustaat ihres Sinnes zu gründen, zu regieren, das Volk zu leiten. Der Badische Aufstand gehörte zu den entfernten Folgen der Separatverkündigung der Grundrechte, welche auch eben Gagern so eifrig betrieben, vor der die Badische Regierung dringend gewarnt hatte. Sie führte zu der Forderung einer konstituirenden Versammlung, nöthigte zu einer Regierungsvorlage über Umgestaltung der Ersten Kammer. Als dann die Dinge wieder in eine leidlich ordentliche Bahn gebracht waren, störte der Streit um die Reichsver-

fassung Alles, entzündeten die Operationen zur Durchführung derselben den Brand, den die Regierung zu bewältigen außer Stande war, und in welchem die Grundrechte abermals eine Rolle spielten, indem Gründe der Soldatenemeute daraus hervorgenommen wurden. Auf die Grundrechte gestützt bildete sich im Januar der provisorische Landesausschuß unter Brentano und Gögg, der eigentliche gegen die Regierung angesetzte Hebel. Aehnlich wie in Würtemberg entzog sich das Reichsministerium dem Anrufe einzuschreiten. Es handelte sich um den „Druck“, den es üben wollte als Mittel zum Zwecke. Die Badische Regierung hatte sich am 8. Januar für ein erbliches Oberhaupt erklärt und am 11. April die Reichsverfassung anerkannt, jedoch mit einer Klausel für den Fall, daß letztere in der beschlossenen Weise nicht zu Stande käme. Eine Kammerinterpellation führte gegen Ende Aprils den Aufschluß herbei, daß Preußen, während es vor der Welt die Zustimmung der Staaten zu dem vom Parlament ihm gemachten Antrage gefordert, insgeheim an die Regierungen die Aufforderung habe ergehen lassen, mit Umgehung des Parlaments nach eigenem Uebereinkommen einen Preußischen Sonderbund zu stiften. Jene Klausel wurde nicht wenig zur Verstärkung der Aufregung und Feindseligkeit gegen die Regierung benutzt, während sie nur zu den nothwendigen Folgen davon gehörte, daß der Beschluß über die Endgiltigkeit und Unabänderlichkeit der Verfassung gefaßt war. Die Hetzereien der Organe der Linken und der Erbkaiserlichen, die Korrespondenzen nach Baden hin, aus der Nationalversammlung, selbst aus dem Reichsministerium, die Sendlinge aus jener und aus diesem, Vorgänge wie die Zulassung Peter's und Werner's in die Nationalversammlung — das Alles mußte den Wirrsal, die Erhitzung, den revolutionären Trotz erhöhen. Man provocirte und förderte dadurch von Frankfurt aus die Aufstände, namentlich auch den Badischen, während man sich bei den ausschreitenden Beschlüssen, welche man faßte, auf die Stimmung und den Willen des Volkes und die Nothwendigkeit ihm nachzugeben berief. Zur Auflösung in Baden wirkte namentlich, daß im Streite über die Verfassung der Widerstand gegen die Regierungen als gesetzlich, wünschenswerth, löblich, pflichtmäßig dargestellt wurde, wie es in der Paulskirche und in den Blättern der Paulskirchenparteien geschah, von welchen die der Radikalen besonders die Unteren, die der Centren die Mittleren irrleiteten und verführten. Die offene Empörung war den Centrenmännern freilich zu viel, aber sie hatten den vollsten Theil an den Vorbereitungen genommen, welche im Namen des Wirkens für die Durchführung der Verfassung betrieben wurden. (Bekk, die Bewegung in Baden, 299, 314, 316. A. A. Z. 1849, B. zur Nr. 124.)

In der Großh. Korr. vom 14. wurde gesagt: „Das Werk unserer Widersacher mußten wir in seinen Folgen sich entwickeln lassen, bevor wir auf's Neue unseren Standpunkt geltend machen durften. Der Bürgerkrieg ist da, die Errungenschaften unserer Revolution wie die Grundlagen der Gesellschaft sind erschüttert, sind in Frage gestellt. Nachdem wir vergebens vor dem zum Verderben führenden Wege gewarnt, vergebens mit theoretischen Darlegungen und mit Vorausverkündigungen, die zum Theil schon in Erfüllung gegangen, die thörigen Rathschläge, die zur Geltung kamen, bekämpft, vergebens ihnen Vorschläge entgegengestellt haben, wie sie *unter den gegebenen Umständen* möglich waren und zum Lohn von der erbkaiserlichen Presse mit Schmähungen überschüttet wurden: liegt unsere Rechtfertigung in den traurigen Erfolgen des Sieges unserer Gegner. Wie konnte Schlimmeres eintreten, wenn unsere Anträge zu Beschlüssen erhoben worden wären? Sie hätten Haupthindernisse beseitigt und damit eine schnelle und friedliche Lösung angebahnt. Aber jetzt wird Deutschland mit Verwirrung erfüllt und die bestgesinnten Männer sind irre geworden und wissen nicht mehr zu welcher Partei sie sich halten sollen; Aufstände überall und Empörung, Länder in offenem Abfall, Kampf und entsetzliches Blutvergießen in großen Städten, in Würtemberg eine wohlvorbereitete unblutige Revolution und allerorten eine geschäftige Agitation, Aufregung hervorzubringen, Aufruhr herbeizuführen, und die Gefahr, daß solches Treiben in die vormärzlichen Reaktionszustände zurückwerfe. Nicht die Linke klagen wir an; auf die

Häupter der Kaisermacher fällt die Schuld des vergossenen Blutes. Die Verstocktheit eines Dahlmann, Beseler, Bassermann, Ed. Simson, Heinrich von Gagern, Waitz, Duncker, Schubert, Biedermann, Plathner u. A., der Dünkel, mit dem sie auf ihrer schlechten Politik bestanden, hat die erste Deutsche Nationalversammlung zu Grunde gerichtet und eine Reihe von Leiden über das Vaterland heraufbeschworen, deren Ende in weiter Ferne, deren letzter Ausgang unsicher ist. Wie oft ward dies in und außer der Paulskirche gesagt! Gleichviel ob Friedrich Wilhelm IV. annahm oder ablehnte, der innere Krieg war unausbleiblich: haben doch die Kaisermacher uns oft versichert, daß sie ihr Werk mit den Preußischen Bajonetten durchtreiben würden; nur die Losung wäre verändert gewesen. Allein solche versteifte Doktrinäre lebten in der Einbildung, ihr Eigenwille meistere die Verhältnisse; sie wußten in ihrer Ueberhebung nicht, daß der gute Politiker das Vorhandene zu ordnen trachtet, da weiter bildet, wo Anknüpfungspunkte sich vorfinden und in der Richtung, welche in den Dingen liegt. Bürokratisch schalteten sie mit dem Geschick der Deutschen Stämme. — — — Allerorten muß jetzt der Ansicht entgegengetreten werden, als gelte es, die „Deutsche Sache" gegen dynastischen Eigensinn zu vertheidigen. Dieses Vorgeben ist falsch. Was gegenwärtig wir überall betreiben sehen, ist nicht die Deutsche Sache, sondern wäre im Gegentheile, wenn es gelänge, der Ruin der Deutschen Sache. Denn nicht Einheit, sondern im Gegentheile Zerreißung von Deutschland ist ihr Inhalt. Daß die Mehrheit der Paulskirche durch ihre Bestimmungen (trotz des von unserer Partei durchgesetzten § 1 über den Umfang des Reiches) thatsächlich Oesterreich für alle Zeiten ausstößt, liegt auf flacher Hand. Für ganz Deutschland eine Verfassung zu geben, war jedoch die Aufgabe der Nationalversammlung, die willkürlich abzuändern sie nicht berechtigt war. Sie mußte eine Verfassung aufstellen, worein Oesterreich paßt. Trat Oesterreich dennoch im gegenwärtigen Augenblicke nicht gleich ein, so war sie außer Schuld. Nimmermehr jedoch durfte sie es durch die Art ihrer Beschlüsse herausdrängen, und dies that sie. Ein anderer Grund ist, daß die von ihr geschaffene Verfassung durch die Einsetzung eines erblichen Kaiserthums einen Volksstamm bevorzugt, um andere Stämme zurückzusetzen, mithin die Gleichberechtigung aller Stämme verletzt, welche doch die Grundbedingung einer freien Verbindung ist. Beständige Unterwerfung unter einen Hegemonen ist nicht Deutsche Art, hat niemals gut geendet. Endlich ist es doch wahrhaftig barer Unsinn für eine Verfassung zu agitiren, die nicht fertig ist. Die Nationalversammlung mag zehnmal durch Mehrheitsbeschluß aussprechen, die Reichsversammlung sei endgiltig festgesetzt und nichts daran zu ändern, so ist es doch eine unwiderlegbare Thatsache, daß sie bereits defekt ist, seitdem mit der Ablehnung der Kaiserkrone durch den Fürsten des Staats, für den diese bestimmt war, der wichtige Theil vom Oberhaupte, von dessen Gestaltung so außerordentlich viel abhängt, unausführbar geworden ist. Denn wofern sie zu keiner Neuwahl schreiten will — und sie will es nicht — und sie dem Könige Friedrich Wilhelm IV. die Annahme des erblichen Kaiserthumes aufzuzwingen nicht im Stande ist, so muß zu einer Umänderung dieses Theiles geschritten werden. Und dennoch weigert sich die Nationalversammlung dies zu thun. Wie aber kann man die Annahme einer Verfassung fordern, die durch den Ausfall eines Hauptstückes unvollständig ist? Höchstens eine provisorische Annahme, Einführung und Geltung kann verständigerweise gefordert werden, so lange eine Lücke in der Verfassung ist, deren Ausfüllung vielleicht anderweite Abänderungen nach sich zieht. — — — Die rechtsverbindliche Kraft der Kaiserwahl wird von der großdeutschen Partei entschieden geläugnet: wir stehen noch heute auf dem Boden unserer Verwahrung. Gleichwol erkennen wir es an, daß der König von Preußen eine patriotische Handlung gethan, daß er als ächt deutsch gesinnter Mann sich bewiesen hat, als er die verlockenden Kronboten zurückwies und daß ihm der Dank der Nation dafür gebührt, und wir wünschen, daß auch unsere Gesinnungsgenossen dies öffentlich aussprechen mögen, indem sie zugleich damit ihre Abneigung gegen die Idee eines engeren Bundes im Bunde ausdrücken."

XXXV.

(S. 503.) Auf den 13. und 14. waren allgemeine Versammlungen der Turnvereine und nationalen Vereine in Frankfurt ausgeschrieben. Die Officiere der Bürgerwehr hielten zufolge einfacher Einladungen Versammlung, um über eine Verbindung mit anderen Bürgerwehren, die Wahl eines gemeinschaftlichen Führers zu berathen. Zum Kongreß der Nationalvereine erschienen 72 Abgeordnete von über 100 Vereinen. Sie beschlossen eine zum Ausharren ermahnende und die Kongreßbeschlüsse mittheilende exaltirte Adresse an die Nationalversammlung, die in dieser am 16. zur Verlesung kam. Zu jenen Beschlüssen gehörte namentlich der, mit dem Centralmärzvereine zum Zwecke der Vertheidigung der Verfassung in Verbindung zu treten. Die Linke, die demokratischen Vereine ermahnten mit dem Senat um die Wette zur Ruhe, weil sie einen Konflikt mit der bewaffneten Macht noch scheuten. Es galt zunächst das in Frankfurt befindliche Militär in den Zustand des Badensischen zu bringen. Am 13. erschien, dem Tagesbefehle gegen die Verführung zum Trotz, die letztere, Haufen von Militärs und Nichtmilitärs anziehend, an allen Straßenecken in der Gestalt von offenen Briefen an Volk und Heer. In einem angeblichen Aufruf „aller Frauen und Jungfrauen Würtembergs an unsere Deutsche Krieger" erklärten dieselben, deren keinem die Hand reichen oder in Liebe nahen zu wollen, der mit Bruderblut befleckt sei u. s. f.

(S. 506.) Die Schändlichkeit und Erbärmlichkeit des Badischen Aufruhrs erhellt vollkommen deutlich aus L. Simon's und Raveaux's vertheidigenden und belobenden Darstellungen in Kolatschek's Monatsschrift. Sie schildern sich darin selbst der Eine als halbtoll, der Andere als unerhört erbärmlich. Die demokratische Monatsschrift enthält in anderen Aufsätzen ein Geständniß über das andere, als womit sogleich das erste Heft beginnt, daß die Demokratie an ihrer eigenen Unfähigkeit, an ihr selbst zu Grunde gegangen sei.

(S. 516.) Welcker schwankte nach dem Ausbruch des Aufruhrs in Baden mehrere Tage lang, ob er sich dem Landesausschuß (Brentano u. s. w.) oder dem Großherzoge anschließen solle, und erst auf Mathy's Zureden entschied er sich für das Letztere. Sein Schreiben an das Reichsministerium vom 15. lautete: „Die Vorfälle in dem Großherzogthum Baden, deren Gestaltung jeder neuere Eisenbahnzug von dort in einem bedenklicheren Lichte erscheinen läßt, nimmt, wie der ergebenst Unterzeichnete voraussetzt und im Interesse seiner Regierung dringend wünschen und bitten muß, die ganze Vorsorge der provisorischen Centralgewalt und des Reichsministeriums des Innern in Anspruch. Ew. 2c. geeignete Ansprache an das so vielfach bethörte Volk und Militär, bei welchem bis jetzt weder feindselige Schritte gegen die gesetzliche Regierung und gegen die Reichsverfassung zu walten scheinen, und die Absendung von einem oder zwei geeigneten Reichskommissären mit ausgedehnten Vollmachten scheinen unfehlbar gute Wirkung haben und schlimmere Entwickelung der Zustände verhindern zu können. Eile scheint aber nöthig."

(S. 517.) Die D. Z. lamentirte in ihrem Leiter am 15. zum Herzbrechen über den Zustand, nach wie vor auch nicht des kleinsten Schuldantheils der eigenen Partei bei dessen Herbeiführung gedenkend, alle Schuld auf Preußen werfend. „Der Preußische Hof hat wol Ursache, noch einmal zu überlegen, ob er weiter fortschreiten soll auf dem Wege des Unheils und alle Schrecken des Bürgerkrieges über Deutschland entfesseln. Bereits ist sein eigener Staat, der so fest begründet schien, in seiner Tiefe, bis zu seiner Wehrverfassung erschüttert. Das ganze Land von Trier bis Königsberg beschwört den König um Entlassung des Ministeriums Manteuffel, welches ein anderer Name geworden ist für undeutsche Politik. Wenn Preußen dieses Ministerium und dessen unselige Politik aufgiebt, wenn es die Reichsgewalt nicht provisorisch, sondern definitiv übernimmt, so kann Deutschland vielleicht noch jetzt gerettet werden. Wie lange soll das Interregnum währen? Möge sie endlich enden, die kaiserlose, die schreckliche Zeit!" In Arndt's „Ein Lied aus dem Weidenbusch", das an die wahnsinnige Ophelia und deren Brautkranz erinnerte, hieß es: „Ja, wir sitzen unter dem

Weidenbusche der Wehmuth, wir sind die Männer der Wehmuth und Trauer. In unserer Sorge und Arbeit liegt eine unendliche Schwermuth, ja eine Schwermuth; denn wir haben meistens nur als die Ritter von der traurigen Gestalt erscheinen gekonnt; wir sind in der unleidlichen und unlieblichen Fechterstellung gestanden, daß wir mehr Streiche abwehren mußten, als sie geben konnten. Aber, aber . . . nicht bloß Diejenigen, gegen welche wir gekämpft haben, sondern viel mehr noch Diejenigen, für welche wir gekämpft haben, unterstehen sich jetzt uns gelindest Träumer und Narren, oft auch wol Thronenumstürzer und Hochverräther zu schelten. O daß die Blinden und Undankbaren sich hüten! daß sie sich sieben Mal und sieben und siebenzig Mal hüten nach dem alttestamentlichen Fluch! Denn wenn Wehmuth und Schwermuth, die aus Liebe und Treue viel geduldet haben, zornig werden, so bricht solcher Zorn Stein und Eisen. Daß sie sich hüten, die tollkühnen, ja die schlimmer als tollkühnen, die dummkühnen Räthe und Minister der Könige, welche viel verwegener um Kronen spielen, als die wildesten Radikalen mit ihnen spielen möchten! Die meisten der Weidenbüschler sind die rechten Kreuzritter des Deutschen Reichs und Kaiserthums und der Deutschen Könige und Fürsten gewesen. Wir sitzen also unter dem Grün, und wer unter dem Grün sitzt, der sitzt unter der Hoffnung" u. s. f.

XXXVI.

(S. 518.) Das Ansinnen an den Reichsverweser, zu resigniren. Man scheint sich in Berlin, wol auch Gagern'schen Ansichten und Mittheilungen zu sehr zuneigend und vertrauend, der Sache völlig gewiß geglaubt, zuversichtlich darauf gerechnet zu haben, daß Furcht, Ermüdung u. dgl. den Erzherzog bewegen, daß die Unmöglichkeit, ein neues Ministerium zu bilden, ihn nöthigen werde, zu resigniren. Auch in Wien soll man für den Rücktritt desselben gewesen sein, der Oesterreichische Gesandte in Berlin und auch Stüve sollen dafür sich ausgesprochen haben, und dies kann gleichfalls gewirkt haben, obgleich die Meinung in Wien und auch in Hannover gewiß nicht die war, daß Preußen ohne Weiteres die Centralgewalt übernehme. In der Depesche vom 13., welche dem Preußischen Bevollmächtigten die Abreise des Obersten Fischer nach Frankfurt meldete, war zugleich gesagt: die Regierung halte es für dringend nöthig, daß der Erzherzog die Auflösung der Nationalversammlung ausspreche, sein Mandat an die Regierungen zurückgebe und den König von Preußen schriftlich ersuche, die provisorische Centralgewalt zu übernehmen; der König werde dazu, so weit die Regierungen zustimmten, bereit sein, wonach die am selbigen Tage an den Kriegsminister abgegangene Depesche sich modificire. Zu den Aeußerungen, aus welchen ersichtlich, daß Gagern Hoffnungen an die Depesche anknüpfte, gehört namentlich die mit Verwunderung angehörte, daß eine Anerkennung der Verfassung durch Preußen oder doch etwas Aehnliches nahe bevorstehe. Da er in der Verfassung nur das Preußische Oberhaupt sah, so mochte er freilich in dem voraussichtlichen Gelingen seiner Unternehmungen gegen den Erzherzog eine Anerkennung der Verfassung finden. Dabei, daß er mit greifbarer Ostentation hervorhob, daß der Erzherzog nie etwas gegen die Verfassung thun werde, mag die Absicht gewaltet haben, ihn durch seine eigenen Erklärungen zu binden, Falls er Auflösungsgelüste bekommen sollte. Oder Gagern hatte Kunde vom ganzen Inhalt der Depesche vom 13. und dachte den Preußischen Intentionen in Betreff der Auflösung der Nationalversammlung ein Hinderniß in den Weg zu legen. Es wurde vermuthet, Gagern sei durch Bassermann und dieser wieder in Berlin mystificirt. Man sprach von einem Briefe, den Saucken vom Prinzen von Preußen erhalten, worin dieser alles Gute für die Zukunft verheißen habe, nur müsse erst die Ordnung wieder hergestellt werden. Man sagte, damit werde Säbelregiment gemeint sein, knüpfte aber dennoch Hoffnungen daran.

(S. 523.) Ich war in jenen Tagen Zeuge, wie schwer es hielt, Detmold zum Eintritt zu bewegen. Seine Abgeneigtheit dagegen übertraf seine allerdings vorhandene und nicht geringe Geneigtheit, das Vorhaben, welchem es galt, zu

Stande zu bringen. Er hat wesentlichen Einfluß darauf geübt, daß der Erzherzog sich entschloß, Grävell mit der Bildung eines Ministeriums zu beauftragen, er dachte jedoch anfänglich an ganz andere Persönlichkeiten und nicht von fern an Jenen. Als Bally Grävell nannte, urgirte der Erzherzog sofort das Mißliche des Unternehmens, die „lächerliche Person" der Paulskirche zum Minister zu machen. Bally kam jedoch wiederholt auf Grävell zurück, der sein ganzes Leben hindurch Freiheit, Gesetz und Ordnung vertreten habe, von welcher die Paulskirche nichts wissen wolle, was ihr jedoch eben gelehrt werden müsse; er sei mißliebig wegen der Rücksichtslosigkeit, womit er des Rechtes sich annehme, einer freilich mit Unbeholfenheit verbundenen Rücksichtslosigkeit, die nach ihrer Kehrseite jedoch der unerschütterliche Muth und Gleichmuth sei, worauf es jetzt vor Allem ankomme u. dgl. Der Erzherzog erwiederte jedesmal: Was sagt Detmold? worauf dann erwiedert werden mußte: er lache, sobald Grävell nur genannt werde. Bally hatte Grävell aufgegeben, als Raveaux in der Sitzung am 11. von der Competenz der Nationalversammlung behauptete, es könne wol Niemandem einfallen, sie zu bestreiten. Grävell rief ihm zu: „Mir zum Beispiel fällt es sehr wohl bei," worauf noch ein weiterer Wortwechsel zwischen ihm und Raveaux folgte. Nun sprang Detmold, der mit geschlossenen Augen wie theilnahmlos dagesessen, auf und wendete sich mit Lebhaftigkeit zu Bally, der vor ihm saß: „Jetzt bitte ich Sie! nehmen Sie Grävell, wahrhaftig! nehmen Sie ihn, Sie haben Recht, der setzt mit seiner Ruhe die Gesellen unter Wasser!" Er äußerte gegen mich nach der Sitzung: „sie machen es danach, er muß ihr Prophet werden." Es bezog sich auf eine Stelle in dem „Schreiben an den Klub der Abgeordneten im Kasino", das Grävell im September hatte drucken lassen und das von der Mehrzahl im Kasino nicht gelesen oder verspottet war. Jene Stelle lautete: „Bleiben wir auf dieser Bahn, so wird die Geschichte nicht anders über uns richten können, als: die Vertreter des Deutschen Volks sind dessen Zertreter und Verräther geworden. Denn Einigkeit und Uebereinstimmung im organischen Leben sollten sie begründen, und haben um eines Phantoms von Einheit, Gleichheit und Freiheit willen das politische Leben erstickt oder zermalmt und das Banner des Mißtrauens, der Anfeindung und der Gewaltsamkeit aufgesteckt." Bally begab sich sofort zum Erzherzoge, der ihn beauftragte, Grävell zu ihm zu führen; Bally kehrte in die Paulskirche zurück, gab Detmold einen Wink über die Genehmigung des Erzherzogs, redete Grävell auf die Sache an und dieser folgte ihm auf der Stelle, während Detmold das Ministerprogramm zu Papier brachte. In einem Hamburger Blatte wurde wahrheitsgemäß berichtet, am längsten habe die Zusage Merck's auf sich warten lassen. „Herr Merck, ein unabhängiger Mann und durch seine Stellung als Associé eines der größten Handelshäuser des Kontinents in einen bestimmten Wirkungskreis gewiesen, konnte sich aus eigenem Antrieb wenig versucht fühlen, an einer so undankbaren Kombination Theil zu nehmen. Aus diesen Gründen hatte er dem Reichsverweser für die direkte Aufforderung, in das Kabinet einzutreten, ehrfurchtsvoll gedankt. Allein diese Aufforderung wiederholte sich schon am andern Tage und wurde immer dringender, indem der Erzherzog geradezu erklärte, er werde, wenn ihm die Vervollständigung des Ministeriums nicht gelinge, sofort abreisen und die Lösung dem Parteikampf Preis geben. Im Angesicht dieser Alternative hielten es die näheren Freunde des Herrn Merck für ihre Pflicht, seine Bedenken und Einreden zu widerlegen und ihn zu dem Entschluß zu bestimmen, alle Rücksichten der Persönlichkeit und die Privatverhältnisse den Anforderungen unterzuordnen, die in solchen Momenten das Vaterland an Jeden stellt, den es für seinen Dienst zu berufen für gut findet" u. s. f. Bally suchte in diesen Tagen eine Unterredung mit Gagern, von dessen Bruder er empfangen wurde, welcher ihn aufforderte, seine Mittheilungen ihm zu machen, da sich der Ministerpräsident zurückgezogen habe. Bally erklärte, daß er mit letzterem wegen Bildung eines neuen Ministeriums Rücksprache zu nehmen gedenke, nachdem er mit dem Erzherzoge kommunicirt. Die Entgegnung lautete: „Da geben Sie sich keine Mühe; nach meinem Bruder ist jedes Ministerium durchaus unmöglich, es sei denn, daß Sie, Herr v. Bally,

Minister werden wollten." Bally äußerte, der Beweis der in Abrede gestellten Möglichkeit werde geführt werden. Es begreift sich, daß Gagern mit gespanntem Blick den Schritten zur Bildung eines neuen Ministeriums folgte. Am 13. warnten die abtretenden Minister den Erzherzog in einer Konferenz vor der „Lächerlichkeit", die er durch Ernennung eines Ministeriums Detmold auf sich und die Nationalversammlung laden würde. Am 14. erfolgte in der Nationalversammlung die Mittheilung, daß die Bildung eines neuen Ministeriums so gut wie vollendet sei, und noch an diesem Tage hielt es Gagern troß dieser Botschaft für wahrscheinlicher, daß die Resignation des Reichsverwesers als daß die Verkündigung jenes Ministeriums erfolgen werde. (Haym III, 160.)

(S. 525.) Die Motive bei der Weigerung des Reichsverwesers und bei der Ernennung des letzten Reichsministeriums. Nach der rechtlichen Seite der Sache wurde gesagt: Angesehen den Beschluß der Bundesversammlung vom 12. Juli und die Aeußerungen des Präsidialgesandten besteht die provisorische Centralgewalt zu Recht in so lange, bis eine definitive Centralgewalt durch die Verfassung des neu zu gründenden Deutschen Bundesstaates an ihre Stelle treten wird. So lange diese definitive Centralgewalt nicht auf den Grund der neuen Deutschen Verfassung zu Stande gekommen sein wird, ist dieser Rechtsbestand unangreifbar. Wie ferner die provisorische Centralgewalt durch gemeinsames, verfassungsmäßiges Zusammenwirken aller Glieder des Bundes geschaffen worden, so kann sie auch nur auf gleichem Wege eine Aenderung in ihrer Einrichtung erleiden; am allerwenigsten kann, wenn der Bund (dessen Fortbestehen namentlich auch Preußen ja ausdrücklich anerkennt) nicht zerrissen und vernichtet werden soll, ein einzelner Theil desselben sie einseitig als abgeschafft erklären, die Anerkennung ihr verweigern. Jedem Gliede des Bundes steht das Recht zu Vorschlägen für solche Abänderung oder Abschaffung an die übrigen Bundesglieder zu; aber nichts weiter. Nur die Gesammtheit dieser Glieder kann entscheiden, ob und in wie weit solchen Vorschlägen Folge gegeben werden soll. Nur dieser Weg ist dem strengen Rechte gemäß, jedes einseitige thatsächliche Vorschreiten aber ist ein Akt der Eigenmächtigkeit und der Gewalt, eben darum der Revolution. Mit dem Aufhören der Centralgewalt wäre der letzte Faden zerrissen, der die Deutsche Nation auf dem, wenn auch durchlöcherten Rechtsboden einer vorhandenen Einheit festhält — mit ihrem Aufhören würde der Riß zum Bruch werden." Dazu kamen weitere praktische Motive. Sie ergaben sich zum Theil aus den Urtheilen über Preußen und dessen Verhalten, wie sie am schärfsten von den Erbkaiserlichen ausgesprochen wurden, indem daraus nur mit besserer Logik der Schluß gezogen wurde: also kann und darf nicht zugelassen werden, daß Preußen der Leitung sich bemächtigt. Der Rücktritt des Erzherzogs würde das Signal werden zur Umgestaltung der Nationalversammlung in einen Konvent, und den Brand im Südwesten zu einer unberechenbaren Stärke und Verbreitung anfachen. Vorkehrungen dawider sind nicht getroffen; Preußen rüstet sich und mag sich mit Recht für kriegsgewaltig genug halten, die zu erwartende umfänglichere Empörung hinterher niederzuschlagen, hat aber gar nichts gethan, ihren Ausbruch zu verhindern, ja selbst nur dem Erzherzoge die Mittel zur Verfügung zu stellen, seine Person, die zu ihm Stehenden, die Stadt Frankfurt vor einem Handstreiche sicher zu stellen; das Ministerium ist noch in den Händen Gagern's, der sich in der letzten Zeit so ganz kopf- und haltungslos gezeigt hat, nach der Seite der Anarchisten hinüberschwankt, bestürmt wird, offen „an die Spitze der Bewegung zu treten"; die Nationalversammlung schickt sich an, ihm förmlich das Regiment zu übertragen, ihm zu geben, was ihm noch fehlt zum unglücklichsten aller Revolteführer, eine Art von Rechtstitel, den Schein der Legalität. Man glaubt in Berlin ohne Zweifel, den richtigen Moment zur Erlangung der Centralgewalt gefunden zu haben, aber sehr irrig, hat mit Nichten gehörig überlegt, wie die Sache zu machen sei und welch einen Wirrsal man herbeizieht, indem man sie tumultuarisch machen will. Preußen fordert die Centralgewalt vom Erzherzoge nun auf einmal brüskirend; es tritt nach so langem Schwanken auf einmal nicht mit dem Erbieten, sondern dem Anspruche, die allgemeine Leitung zu übernehmen, hervor,

und zeigt doch auch jetzt bei anscheinender Entschlossenheit Furcht, will die Nationalversammlung bei Seite schaffen und scheut doch das Odium und trachtet dies Odium auf den Erzherzog zu werfen, will die Hegemonie in Deutschland gewinnen, die so viel bedeutet als Hinausdrängen Oesterreichs, und sucht den Oesterreichischen Erzherzog zu verleiten oder zu nöthigen, ihm die Wege zu ebnen durch eine Handlung, welche Oesterreich neue Vorwürfe der schwersten Art zuziehen würde. Preußen fordert vom Erzherzoge die Centralgewalt mit Arglist (wir kommen unten bei Preußens Lossagung von der provisorischen Centralgewalt auf die Motive dieser Vermuthung) im Widerspruch mit seinen eigenen Aeußerungen, denn wie kann das miteinander bestehen, daß der Erzherzog sein Mandat an die Regierungen zurückgeben und den König von Preußen ersuchen soll, hinzunehmen was letzteren gehört? Es heißt freilich, der König werde sie übernehmen, soweit die Regierungen zustimmten, allein deren Zustimmung ist begehrt und nicht erfolgt; sie muß vorhergehen, ist Bedingung. Preußen thut mit seinem Griff nach der Centralgewalt augenscheinlich einen ersten Schritt auf dem Wege, in den Deutschen Verfassungsangelegenheiten nach seiner Willkür und je nach seinen Separatzwecken zu verfahren, es will seine Suprematie und zunächst eine Grundlage für diese gewinnen. Es rechnet darauf, daß Oesterreichs Macht in Italien und Ungarn gefesselt ist, daß die mittleren Königreiche, bedrängt durch den Aufruhr, seiner Uebernahme der Centralgewalt nicht widersprechen können und seinem Willen um so mehr sich fügen müssen, wenn es sich im Besitze jener befindet, zu so viel Macht auch so viel Recht, scheinbares wenigstens, erhalten hat. Es gilt das Eintreten und einstweilige Einnisten Preußischer Eigenmächtigkeit und faktischer Obergewalt, wogegen doch früher oder später der mächtigste Widerstand sich erheben und womit es enden würde wie mit der Besitzergreifung von Hannover, es gilt die Aussicht auf neue Verwirrungen, einen neuen revolutionären Zustand, einen Deutschen Krieg, und Durchschneiden des letzten Einheitsbandes, einen mehr als je drohenden unglücklichsten, Deutschland höchlich, Preußen selbst schädlichen und gefährdenden Anlauf Preußens abzuwenden, was nur dadurch geschehen kann, daß dem Erzherzoge ermöglicht wird, sein Amt fortzuführen. — Daß Detmold durch Erwägungen und Beweggründe dieser nicht unernsten Art sich bestimmen ließ, kann ich um so mehr sagen, da ich, wenn jemals, in diesem Zeitraume genaue Kunde von jedem seiner Schritte, von dem brennenden Eifer, dem tiefen Ernst hatte, womit er in diese Sachen sich einließ und sie betrieb. Seine verneinende, kalte oder spöttliche Stimmung und Haltung dem gegenüber, was an dem Mühen und Gebahren in Frankfurt mir wie ihm ausschreitend, verkehrt, nichtig erschien, hatte bisweilen keineswegs meine Billigung. So war mir, während ich nicht umhin konnte, Piepmeyer zu gönnen, daß er von ihm getroffen wurde, das ganze, bei aller nützlichen Wirksamkeit nach meinem Dafürhalten überwiegend nachtheilig wirksame Spottbildwesen, das der Preußische Major Boddien mit Geist angefangen hatte und worin dann von Detmold das Beste geleistet wurde, stets zuwider gewesen. Allein in diesen Momenten lag ihm vollkommen fern, was frivol heißen mag; auch nöthigte ihn deren Beschaffenheit, seine ganze Männlichkeit zusammenzunehmen. Grävell war grobnervig, dreist durch Naturanlage und übersah weit minder gut, was die Sache auf sich hatte; bei Detmold bedurfte der Entschluß, der nicht ohne Bangen war, Anstrengens der Willenskraft; er bestand muthig, der Zustand seiner Nerven und Körperkräfte hätte fast nicht ausgehalten. Ihn unterstützten allenfalls nur Affekte, gewisse Antipathien, z. B. gegen Gagern, was bei Merck nicht der Fall war. Sehr einleuchtend wurde namentlich in der Rhein. Volksh. gezeigt, wie schwer den Mitgliedern des neuen Ministeriums ihr Entschluß habe werden müssen, wie nur feste Charaktere, nur um die Gunst der Menge nicht buhlende, vielmehr ihre Ueberzeugung dem Strome des dahinbrausenden blinden Volkswillens entgegenwerfende Männer dazu fähig gewesen; welch ein Zustand, insbesondere in Frankfurt, unfehlbar eingetreten wäre, hätten sie sich nicht vor den Riß gestellt. Nicht lange nach dem Amtsantritt des neuen Ministeriums, als der Streit um die Centralgewalt am heftigsten wurde, Preußen dieser die Folgeleistung aufgekündigt, gediehen die Pläne der Revolutionärs, Frankfurt in ihre

Hände zu bekommen, auch zu einem freilich unsichern Versuche der Ausführung. Eines Tags entfernten sich die Preußischen Truppen unversehends, wie um die Nothwendigkeit ihrer Anwesenheit zu beweisen, aus der Stadt und ließen den Reichsverweser mit nur vier Oesterreichischen Kompagnien zurück, durch deren zweckmäßige Benutzung und energisches Auftreten es gelang, einen beginnenden Putsch der Demokraten im Keime zu ersticken. (Kurz darauf — um dies hier beiläufig zu erwähnen — kamen auch wieder Preußische Truppen und wurden in Frankfurt und den umliegenden Ortschaften einquartiert, nachdem der Erzherzog Oesterreicher und Baiern aus Mainz requirirt. Der Prinz von Preußen nannte sie etwas später in einem Tagsbefehle die Preußischen Okkupationstruppen; die ihre Ansichten über militärische Angelegenheiten aus officieller Preußischer Quelle schöpfende D. Z. äußerte, Preußen sei zur Erhaltung seines Einflusses zu dieser Truppenaufstellung berechtigt, die kaum etwas Anderes sein konnte als eine Demonstration gegen die Centralgewalt. A. A. Z. 1850, Nr. 18.) Es ist geradezu ungereimt, wenn Haym III, 159, so darstellt, als habe der Erzherzog eben dieses Ministerium gewählt, um die Nationalversammlung zu veruneinigen und zu diskreditiren, die unfraglich durch nichts mehr veruneinigt sein würde als dadurch, daß derselbe die Centralgewalt an Preußen hingegeben hätte. Allem Thatsächlichen entgegen sagt eben nur der Aerger und Ingrimm, obwol des Erzherzogs Absichten und die des Berliner Kabinets sich auch sonst vielfach durchkreuzt hätten, so habe Einverständniß doch darin geherrscht, daß die Nationalversammlung zerstört werden müsse, und an das Lächerliche streift der Zusatz: das von ihm ersonnene Mittel habe an Feinheit, Bosheit und Wirksamkeit bei weitem das in Berlin verordnete übertroffen. Der Erzherzog hatte nur die Wahl, zurückzutreten oder eben dieses Ministerium zu bilden, er bildete es freilich, um nicht zurücktreten zu müssen, wodurch der Plan, Preußen jetzt in den Besitz der provisorischen Centralgewalt zu bringen, vernichtet wurde, und das neue Ministerium — woher jene lacrymae — hielt unerschütterlich allen Versuchen allerdings wirksam Stand, es zu bewegen, zurückzutreten, um auch den Erzherzog zur Resignation zu nöthigen. Diesen mochten in einigem Maße auch zahlreiche Kundgebungen bestärken, wie z. B. die einer sehr anerkennenden, vom 12. datirten Zuschrift des konstitutionell-monarchischen Vereins in München, die mit der Bitte schloß: „Eure kaiserl. Hoheit wollen in Anbetracht der Gefahren, von denen das Vaterland bedroht ist, und gestützt auf das unbegrenzte Vertrauen aller Volksstämme wie aller Regierungen, unter allen Umständen auf Ihrem Posten beharren, bis eine definitive Centralgewalt eingesetzt sein wird."

(S. 526.) Haym bemerkt zum Debut des letzten Reichsministeriums in der Nationalversammlung, die Scene habe nicht ihres Gleichen gehabt, wenn sie nicht jenen Narrenscenen geglichen, die im König Lear so heftig erschütterten; von Detmold sagt er, es sei gewiß, daß derselbe das volle Bewußtsein über die Teufelei dieses Staatsstreichs mit dem ungeschmälerten Vergnügen an der gegenseitigen Persiflage verbunden habe. Tragisches hatte die Scene jedoch durchaus nicht. Der Eindruck war der der Verblüfftheit, bei der Linken wie bei den Centrenmännern, und das Lächerliche war, daß sie selbst die lächerlichen Personen waren, sich für „angeführt" hielten. Sie gaben sich Mühe, jenes Gefühl hinter Lachen zu verbergen, allein es gelang ihnen schlecht; ihnen war gar nicht wohl zu Muth, sie kämpften mit geheimer Furcht, jetzt ihren Meister zu finden. Die Wendung, durch welche sie so schwer betroffen wurden, war durch überlegenen Verstand und durch ihre eigenen falschen Rechnungen und Schritte herbeigeführt, und statt sich dies zu gestehen, sahen sie „Teufelei" im Spiele. Detmold war in diesen Momenten so fern von Vergnügen, daß er sie vielmehr kaum ertrug; wohl aber hatte er — er vor ihnen — ein deutliches Bewußtsein von der Lage und deren Ernst, von dem Wichtigen und Bedeutungsvollen, um das es sich handelte. In der Hannoverschen Zeitung wurde derb gesagt: „Das obligate Gelächter, womit unsere Minister empfangen worden, zeigt die ganze Niederträchtigkeit der Gesinnung, die aus der Gallerietyrannei ganz natürlich geboren werden mußte. Selbst Schweizer und Amerikaner, die es uns sonst an feingehobelten Sitten nicht eben zuvorthun, üben doch so viel

Diskretion, daß sie „auf gutrepublikanisch" ihre Würdenträger äußerlich ehren, auch wenn sie sie innerlich hassen oder höhnen. — Detmold und Grävell wußten wohl, was sie thaten, da sie sich dem aussetzten, was bei links gebohrten Flachköpfen für das schmählichste aller Leiden gilt, schlimmer als die Sünde — nämlich dem Fluch der Lächerlichkeit. Gesetzt nun aber, die „Lächerlichen" brächten das beste und ausführbarste Programm, ein Programm, das sowol der Fürsten als des Volkes Ehre zu wahren strebte, das nach beiden Seiten hin mit selbstverleugnendem Muthe klar ausspräche, was recht ist: gesetzt, das Vaterland würde gerettet durch diese bittere Arznei von unbeliebter Hand?"

(S. 538.) Im Ausstreuen von Gehässigkeiten und Unwahrheiten über das letzte Reichsministerium, von persönlichen Anfeindungen u. dgl. stand von Anbegin die D. Z. voran, auch änderte sich dieser Ton der „kleindeutschen" Blätter nie, ja es wurde damit noch immer ärger, je länger der Erzherzog und sein Ministerium gegen den fortgesetzten Andrang sich behaupteten. Die Deutsche Volkshalle sagte, der Haß der Bösen singe seiner (Detmold's) Tugend tägliche Lobgesänge; „die Geschichte wird auch von dem künstlichen Organismus der Lüge Urkunde nehmen, welche sich unablässig thätig gezeigt, Diejenigen zu begeifern, die sie zu verwunden nicht im Stande." Sie sprach ein strenges Urtheil über Gagern aus. In den Tagen des scheußlichen Aufruhrs, den ein teuflischer Doppelmeuchelmord eröffnet, sei Schmerling's kalter Widerstand mehr werth gewesen, als Gagern's „rasche Thatkraft"; als die andre Gefahr hervorgetreten, das Streben des norddeutschen Partikularismus, die Kaiseridee, aus deren abgekapptem Stamme der kümmerliche Trieb des Sonderbundes hervorgeschossen, da sei Gagern, nicht als Führer, sondern als Verführter, an der Spitze des Ministeriums gestanden, um schließlich durch Bündniß mit dem Auswurfe der Nation zu fallen. Aber im Eingange desselben Artikels stand die Anerkennung seines Verdienstes: „Daß nicht durch den Sturm der Revolution im ersten Anlaufe alles Deutsche Recht und alle Deutsche Sitte zertreten und zertrümmert worden, daß die Bewegung stille stand, der Muth der Besseren erwachte und wuchs, der Wahn der Massen langsam abnahm: dafür ist Deutschland vor allen Anderen Heinrich von Gagern zu dauerndem Danke verpflichtet. Erschüttert durch des Landes hohe Noth, geweihet gleichsam durch das blutige Opfer seines herrlichen Bruders, schien er sich mehr und mehr über die Fehler seines früheren politischen Lebens zu erheben. An dem, was die Deutsche Nationalversammlung in den ersten Monaten ihres Wirkens war und that, und mehr noch an dem, was sie zum Heile Deutschlands nicht war und nicht that, hat Heinrich von Gagern und der jüngere Bruder, der ihm treu zur Seite stand, den wesentlichsten Antheil." Zu wenig begründet seien die Vorwürfe, die ihm wegen seiner Theilnahme an der Bildung der Centralgewalt gemacht worden, denn was er da gethan, sei zu entschuldigen, wenn nicht völlig zu rechtfertigen; bei der Bildung des ersten Reichsministeriums habe er, ganz richtig des Eintritts sich enthaltend, wohlthätig eingegriffen, während Camphausen, zur Theilnahme an demselben eingeladen, jenes Widerstreben zuerst zu erkennen gegeben, aus welchem sich allmählig eine immer entschiedenere Bekämpfung der Centralinteressen entwickelt.

Die Selbstvertheidigung des neuen Ministeriums in der Postzeitung lautete nach einer Hinweisung auf den Hergang bei seiner Berufung, auf sein Programm und den ihm gewordenen Empfang: „Man kann es sich schwerlich länger verbergen, der Grund alles Haders liegt darin, daß 1) die Nationalversammlung den ihr ausdrücklich ertheilten Auftrag, die künftige Verfassung Deutschlands zwischen den Völkern und Regierungen zu Stande zu bringen, aus den Augen gesetzt und sich eigenmächtig beigemessen hat, aus vorgeblich ihr beiwohnender Macht des Volks völlig nach ihrem Belieben zu verfahren; und daß sie 2) nicht bei der Errichtung der Verfassung stehen blieb, sondern auch in die Zügel der Regierung der einzelnen Staaten sowol, als der Centralgewalt eingriff und denselben befahl. Daraus mußte unvermeidlich Zwist und Streit hervorgehen; alle Vorstellungen und Verhältnisse in Betreff der Zuständigkeit und Befugnisse der Behörden mußten dadurch verwirrt, und das Volk verleitet wer-

den, das für richtig zu halten, womit ihm geschmeichelt wurde, und sich dem gefährlichen Versuche hinzugeben, mit Gewalt zu zertrümmern, was ihm mißfällt, und die Erfüllung seiner momentanen Wünsche durch eine Umwälzung zu erzwingen, die ihm, wenn sie weiteren Fortgang hätte, viel schwerere Leiden zuziehen würde, als die sind, welchen es entgehen möchte. Aus Unrecht kann niemals Recht, aus Gewalt nie Pflichttreue, aus Unordnung nie Ordnung, aus der Erschütterung alles obrigkeitlichen Ansehens keine öffentliche Sicherheit und kein Wohlstand hervorgehen. Zunehmender Mangel an Treu und Glauben, zunehmende Nahrungslosigkeit aus Unsicherheit des Verkehrs, Streit und Haß der Parteien, mit jedem Tage steigend, blutiger Bürgerkrieg und mit ihm Zerreißung des Vaterlandes durch innere und äußere Feinde, das sind schon, das werden mehr und mehr die unausbleiblichen Folgen des gegenwärtigen Zustandes werden, wenn ihm nicht baldigst ein Ende gemacht wird. Diesem Unwesen Einhalt zu thun, dazu haben die dermaligen Reichsminister sich hergegeben und nur Beschwerden sich unterzogen. Sie wollen möglichst den Frieden zu erhalten, die einander entgegentretenden Ansichten über die Verfassung auf dem rechtlichen Wege zu versöhnen und auszugleichen, das Gesetz und die bürgerliche Ordnung in Ehren zu halten, jede Auflehnung dagegen und jede unrechtmäßige Gewaltsamkeit zu verhindern und das Recht eines Jeden zu schirmen sich bemühen. — Allein das Recht ist nicht eine wächserne Nase, die man heute so und morgen so drehen darf. Ein einmal übertragenes Recht kann nur auf rechtmäßige Weise verändert oder entzogen werden; aber es geht auch keins weiter, als es übertragen worden ist. — Solchergestalt ist der Wirkungskreis der Nationalversammlung durch den ihr ertheilten Auftrag genau bestimmt, und darf über denselben nicht ausgedehnt werden. Der Wirkungskreis der Centralgewalt ist durch das Gesetz vom 28. Juni v. J. eben so genau bestimmt. Es ist ihre Pflicht und ihr Recht, ihn zu behaupten und zu erfüllen. Beide Geschäftskreise sind von einander verschieden, stören einander nicht, sondern müssen einander unterstützen und beistehen, so viel im Rechte ist. Dies von ihrer Seite zu thun, sind die neu eingetretenen Minister bereit und haben sie sich bereit erklärt. Unrecht hingegen wollen sie nicht dulden. Weil man ihre Entschlossenheit und Festigkeit kennt, hat man sie zu verdächtigen und Mißtrauen gegen sie zu erregen gesucht. — In jedem Falle gebührt es sich, ihnen Zeit zu lassen, etwas zu thun, sich selber Zeit zu gönnen zum Beobachten und Prüfen. Es muß sich bald zeigen, auf welcher Seite mehr Ernst, Anstand und Würde im Geschäftsbetriebe waltet; wo die Angelegenheiten mehr mit Ruhe, Besonnenheit und Unparteilichkeit verhandelt werden; wo Gerechtigkeit, Friedfertigkeit, Ordnungsliebe und Volkswohl die alleinigen Triebfedern der Handlungsweise sind. Die Präcedentien der neuen Minister dürften Bürgschaft sein, daß sie auch ferner nie aus den Augen setzen werden, daß sie aus dem Volke sind und daß es ihr Beruf ist, für das Volk zu leben und zu wirken. Sie haben über die Einheit und die Mittel zur Erreichung der Einheit und Freiheit Deutschlands andere Ansichten an den Tag gelegt als Andere. Vielleicht geht aber sehr bald dem ganzen Volke ein Licht darüber auf, daß man besser gethan hätte, daß man dem Ziele schon weit näher sein würde, wäre man weniger den herrschenden, mehr ihren Einheitsideen gefolgt."

XXXVII.

(S. 549.) Als wäre nie eine dritte, die Hälfte der Nationalversammlung umfassende, nur künstlich in die kleinste Minorität gebrachte Partei vorhanden gewesen, begann die Centralkorrespondenz ihre Lamentation am 18. Mai mit der Behauptung: „Die Verfassung ist vollendet und die Parteien der Paulskirche haben sich über derselben die Hand gereicht — aber draußen stehen die Reaktion und die Revolution, der Absolutismus nnd die Republik zum Kampf auf Leben und Tod gerüstet einander gegenüber, ja diese wilden Gewalten sind bereits in blutigen Kämpfen handgemein geworden, und die Fahne der

Verfassung sinkt im wilden Getümmel." Sie war weit entfernt einzusehen, was das bedeutete und welch ein Zeugniß gegen die Verfassung darin lag, daß nichts einer Nationalerhebung für diese nur Aehnliches entstanden, daß dem Bestreben ihrer Durchführung nur Parteiung und Entzweiung gefolgt war; sie suchte und fand den Grund des eingestandenen Scheiterns des Projektes ihrer Partei lediglich in dem Dogma der fürstlichen Souveränität, wovon die Höfe nicht lassen wollten, nicht etwa in ihrem Dogma der Parlamentssouveränität und der Verkehrtheit, dasselbe ohne die entsprechende Macht verkündigt und eigensinnig festgehalten zu haben, nicht darin, daß die Centrenmänner ihre Köpfe — worin es auch jetzt noch nicht licht darüber wurde — gegen die geschichtliche Nothwendigkeit gesetzt, indem sie der dissentirenden Hälfte, auch des Volkes, das Preußische Kaiserthum — zur Versöhnung des Südens mit dem Norden! (vergl. S. 558) — aufzwingen, Deutschland in einen parlamentarisch zu regierenden Einheitsstaat umwandeln wollen. Die C.-K. beklagte sich bitterlich, daß nun die Rechte und Linke sage, die Schuld des Mißlingens sei ihrer Partei, die doch die Partei der Mäßigung und Vermittelung sei. „Wir — deren Gewissen so ruhig als unser Schmerz tief, die wir als redliche Männer unsere Pflicht gethan — wir waren entschlossen auf jede Gefahr hin, den Weg der Vermittelung zu gehen zwischen dem politischen Standpunkt des südlichen und dem des nördlichen Deutschland (!), den Weg der Versöhnung zwischen Freiheit und Fürstenthum. Die verfassungsmäßige Monarchie, die parlamentarische Regierung war nach unserer tiefsten politischen Ueberzeugung der Weg des Friedens und der geschichtlichen Nothwendigkeit. In dem Staatensystem Europa's ist die Lösung der Freiheitsfragen nur in England und Belgien glücklich gelungen, diese Form müßte auch die unseres neuen Bundesstaats werden, jeden Falls müßte dieser Weg versucht werden, und wir wenigstens wissen uns frei von Schuld, wenn das Ziel verfehlt wurde. Deutschlands Könige haben die Reichsverfassung, die einen neuen Bund zwischen ihnen und den Deutschen Stämmen abschließen sollte, zurückgewiesen, sie haben diese Urkunde des Friedens zwischen der alten und neuen Zeit nicht unterschrieben. Sie haben damit eine ungeheure Verantwortung auf sich genommen, sie haben das Volk zu der furchtbaren Wahl zwischen Reaktion und Revolution gezwungen, sie haben ihre Mitfürsten der entfesselten Volkskraft preisgegeben, sie gefährden sogar die nationale Einheit (!) auf das Bedrohlichste. Die süddeutsche Bewegung wird von Staaten her angegriffen, die eine Stütze an Frankreich suchen; zu schwach, allein zu siegen, könnte man sich auch vielleicht in Berlin versucht fühlen, von Petersburg Hülfe zu holen, und von der schon erstiegenen Höhe fester nationaler Einigung könnten wir uns in die traurigsten Zeiten Deutscher Geschichte, in die Zeit des französischen Westens und des russischen Ostens zurückgeschleudert sehen! Möge man (mögen Andere) endlich vor dem Aeußersten zurückschrecken, möge man bedenken, daß die Fürsten verloren sein müssen, wenn sie die Einigung der Nation vereiteln, statt selbst den Weg der Einheit voranzugehen und zu führen, daß die Throne gestürzt werden müssen auch von den Patrioten, wenn die Reaktion nicht bloß die Freiheit, sondern was uns schlimmer däucht, auch die nationale Einheit, die Ehre und die Integrität (!) Deutschlands preisgiebt. Was uns betrifft, so werden wir zunächst schwerlich die Wege der Linken betreten. Zu einem neuen System gehören neue Männer, und wir sind nicht gewohnt, politische Ueberzeugungen wie ein Kleid zu wechseln; wir sind nicht sehr begierig, nachdem man uns ein Jahr lang verhöhnt und geschmäht und unser System aus allen Kräften geschwächt und gerade die Punkte in die Verfassung hineingebracht hat (!), welche ihre Annahme bei den Fürsten wesentlich erschwert haben, als bald überflüssige Werkzeuge zu dienen und die „Rolle der Girondisten zu spielen."

(S. 555.) Bassermann führte in seiner Ansprache an seine Wähler aus: in drei Vierteln von Deutschland ist die Durchsetzung der Reichsverfassung mißlungen, wird auch nach meiner Ueberzeugung nicht gelingen; die Nationalversammlung fördert seit dem 4. Mai nur Veruneinigung und Bürgerkrieg, und vermag auch nichts Besseres mehr, also glaube ich, dessen Ziel ein solches nie

gewesen, sie verlassen zu müssen. Es traf besonders die Linke, wenn er daran erinnerte, daß er vom Anbegin für die Beschleunigung der Verfassungsberathung gewirkt, Denen widerstanden, die „andre Sachen für wichtiger gehalten und so wenig die rechte Zeit zu erfassen gewußt.“ Schließlich kam er darauf, daß sich nun doch die Regierungen über eine annehmbare Verfassung einigten, daß es der Nation freistehe und ihrer vollkommen würdig sei, mit ihnen einen Vertrag zu schließen. „Ein großer Vorzug dieses Weges ist aber unstreitig, daß, weil die mächtigsten Regierungen sich im Voraus gebunden, an ihrer Uneinigkeit wenigstens oder ihrem Widerstande die Einheit Deutschlands nicht mehr scheitern kann. Es gilt jetzt wiederum, den günstigen Zeitpunkt nicht zu versäumen, und dasjenige zu ergreifen, dessen auch nur unvollständige Gewährung uns Alle noch vor fünfzehn Monaten dankbar und glücklich gemacht haben würde. Die lebendige Einheit des Vaterlandes muß jedem Patrioten höher stehen als die todte papierne; und diejenigen, die selbst den Weg des blutigen Aufruhrs nicht scheuen, um diese Einheit herbeizuführen, wie könnten sie einen Weg verwerfen, auf welchem immerhin die Nation die endgiltige Entscheidung nach freiem Willen spricht!“ Bassermann hatte beträchtliche Anlagen zu einem politischen Manne. Die Inkonsequenz, welche ihm auch von seinen Freunden (S. Haym) zum Vorwurfe gemacht wurde, war guten Theils richtige Erkenntniß der Wirklichkeit der Dinge, durchbrechend sobald er aus dem Paulskirchen-Dunst und Schwaden herausgetreten war, und die Kraft, einen Irrthum zu bekennen und den Nothwendigkeiten nachzugeben, woran es seinen eingebildeten rechthaberischen Parteigenossen so sehr fehlte, während den meisten Bestmännern beide Badensische Unterstaatssekretäre — Mathy noch weit mehr als er — an Verstande weit überlegen waren. Bassermann hatte Recht und traf damit gut zum Ziele, daß er an das erinnerte, was er und seine Parteigenossen im Februar und März 1848 gewollt und erstrebt und „dessen selbst nur unvollständige Gewährung sie damals dankbar und glücklich gemacht haben würde.“ Er hatte damals mit seinem Antrage auf Volksvertretung am Bunde debutirt und sammt seinen Freunden nur an eine solche gedacht, wie einst Stein sie proponirt („Vertretung der Landstände durch Ausschüsse“), wie Oesterreich im Frühjahre 1849 sie zulassen wollte. Die nach Gagern's Aeußerungen in der Sitzung am 20. März 1849 „sehr breite Grundlage für die Entwickelung des Bundesstaates“, welche durch die Verhandlungen im März 1848, unter seiner und seines Bruders überwiegender Einwirkung, gelegt war, bezweckte nichts anderes als „einheitliche Leitung des gesammten Bundesvereins“ mit einem s. g. Oberhause „aus den Bundesgliedern oder ihren Delegirten bestehend“ „und einem Unterhaus von Abgeordneten der Nation, gewählt durch die ständischen Kammern der einzelnen deutschen Staaten.“ Derselbe Plan „derjenigen Männer, welche sich damals bemüht, einen Ausgangspunkt zu finden“, zielte auch dahin, „daß die definitive Beschlußnahme (über die neue Verfassung) auf dem bisherigen Bundestage zu Frankfurt am Main (als dessen letzter Akt) erfolgen solle, — vorbehaltlich der Genehmigung der bestehenden verfassungsmäßigen Gewalten und der einzelnen Bundesstaaten.“ Und gleich fern hatte damals das Einzig und allein und der Preußische Erbkaiser ihm, der in jener Sitzung sich rühmte, „ohne beirrt zu werden an demjenigen festgehalten zu haben, was er, so lange er im öffentlichen Leben wirksam gewesen, für die mögliche, aber auch nothwendige Lösung gehalten“, und seinen erbkaiserlichen Freunden gelegen, welche Oesterreich und den Großdeutschen gegenüber Vereinbarung, Direktorium und aus den Kammern hervorgehende Vertretung als schlechthin unwerth und unzulässig, ja wie verächtliche und verrätherische Angebote oder Zugeständnisse abwiesen und Bassermann's Unfestigkeit und Inkonsequenz verdammten.

(S. 556.) Die D. Z. äußerte über den Beschluß der Einsetzung eines Reichsregiments, nach dem Grundsatze seiner Vertheidiger: Die Centralgewalt ist das Geschöpf der Nationalversammlung, die also damit machen kann, was sie will, ließe sich allenfalls auch der Kindermord rechtfertigen. „Doch lassen wir die rechtliche Seite der Frage. Wenn jener Beschluß kein Unrecht ist, so ist er wenigstens ein Fehler. Zuerst ist er nicht ausführbar. Man würde die

Reichsstatthalterschaft schwerlich los, und wenn man sie an den Mindestfordernden versteigern wollte. Es ist eine Posse, und erinnert an die Zeit, wo die belgische Krone keinen Liebhaber fand. „Jakob, setz' die Mütze auf, damit dir die Reichsstatthalterschaft nicht auf den Kopf fällt.“ Die beiden Abgeordneten der Linken (der Pfälzer Umbscheiden und wenn ich nicht irre der Hannoveraner Lodemann, der S. 573 durch ein Versehen nicht genannt ist), welche nach München gereist sind, werden sicherlich eine Berliner Reise machen. Und wer würde dem Reichsstatthalter gehorchen? Doch schlimmer als das. Der Reichsverweser wird seine Würde sicherlich nicht an einen Reichsstatthalter abzugeben geneigt sein. Er wird seinen Posten gewiß auf Grund desselben Gesetzes behaupten, auf welchem er ihn übernommen hat. Mithin hat die Reichsversammlung das Band zerschnitten, was sie noch mit den Regierungen verknüpfte. Schon mit der Reichsgewalt verbunden, vermochte die Reichsversammlung wenig, war, wie so oft wiederholt ward, ein Schatten. Jetzt, von der Reichsgewalt losgelöst, ja mit ihr verfeindet, ist sie nur eines Schatten Traum.“ Haym läßt sich sehr weise über die Illusionen, die schlechte Beurtheilungsgabe einer Fraktion aus, welche die Ideen der Partei noch einige Tage länger verfolgte, als es das Gros der Partei im Kasino that.. An derselben Stelle (III, 165) hat er einen äußerst naiven Passus. Noch unglaublicher, als daß Gagern die Rolle des Diktators würde spielen und daß ein regierender Fürst die des Statthalters würde übernehmen wollen, sei es gewesen, daß der Reichsverweser an einen solchen Zwischenregenten den Platz abtreten werde, den er Preußen einzunehmen verweigert. Vorher ist nirgend die Rede davon, daß Preußen die Centralgewalt verlangt, der Reichsverweser sie verweigert habe — nun wird das, ein so merkwürdiges Faktum, nur so nebenher erwähnt. Das böse Gewissen!

(S. 557.) Die Nürnbergerhof-Fraktion schrieb am 22. in der C.-K. über ihre politische Milchfraurechnung, auf welche, wie man ersieht, der damalige Taumel der intelligenten Klassen in den kleineren Staaten und die demselben entstammenden Zuschriften an die Taumelnden in Frankfurt beträchtlich einwirkten: „Der Reden'sche Antrag vom 10. ist durch unsere Zustimmung zum Beschluß erhoben, allein wir nahmen ihn wegen seiner verfehlten Form keineswegs als Eigenthum unsrer Fraktion in Anspruch. Die D. Z. hat den Beschluß vom 19. eine Posse genannt. So hart das Wort sein mag, er ist dazu wenigstens durch die Folge, die er gehabt, geworden. Der Beschluß vom 19., wie er gefaßt ist, gehört unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr der Politik des „Nürnberger Hofes“, sondern der der Linken an. Der Punkt 7, welcher die Basis unserer Politik bildete, mußte, wie bemerkt, schon vor der Abstimmung zurückgezogen werden. Herr von Gagern, der bis zum Regierungsantritte des gewählten Reichsstatthalters die Regierung im Namen desselben selbständig führen sollte, wies diesen unsern Wunsch, nach längerem Schwanken, vorzüglich deshalb zurück, weil er für einen solchen Schritt und dessen Konsequenzen in der eigenen Partei nicht die nothwendige Unterstützung, in unserer Fraktion nicht die erforderliche ungemeine Kraft und Macht fand, und die Hülfe einer anderen Partei, von welcher ein großer Theil Energie und Konsequenz bisher nur im Regiren und Schmähen bewiesen hat, und ein nicht unbedeutender Theil auch aus unserer gemeinsamen Fahne die Farbe des Ernstes und das reine Gold vertilgen und herausreißen möchte, aus Gründen, für deren Richtigkeit unser Gefühl noch mehr als unser Verstand, namentlich nach jedem Besuch einer Sitzung, spricht, ganz und gar verschmähte. Dadurch war unser politisches Streben eben so sehr ein unmögliches geworden, als das Streben der „Kasinopartei“, wie die gestrige Korrespondenz bemerkt, ein unmögliches geworden war, seit „der Beschluß vom 4. Mai theils nicht eingeschlagen, theils mißverstanden, theils durch die Gewalt der Bewegung überholt war.“ Auf den unterwühlten Südwesten und seinen Radikalismus kann sich nur die Linke bei ihren Bestrebungen stützen. Wir, die wir die Reichsverfassung und Nichts als die Reichsverfassung ehrlich wollen, mußten für die Bewegung, die wir wünschten, unsere Stütze vorzugsweise in dem ruhigen, aber energischen, niedersächsischen Stamm, in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schleswig-Holstein, Westphalen mit

dem Preußischen Rheinlande, suchen. Wir konnten — das war wenigstens unsere Ansicht — diese Stütze finden, wenn der Mann, welcher für den Nordwesten Deutschlands der Repräsentant der Einheitsidee ist, sich entschloß, uns zu führen, und die Partei, welche dort in den Mittelklassen viele, in manchen Gegenden auch die meisten Sympathien für sich hat, mit uns ging. Bald mußte der Augenblick herankommen, wo die in der von dem Grafen Brandenburg kontrasignirten Proklamation „An mein Volk“ enthaltene Verheißung: „die Verfassung soll und wird in kürzester Frist gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet, ihre Einheit, dargestellt durch eine einheitliche Exekutivgewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschlands würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß“, diese Verheißung, welche allein die westlichen Provinzen Preußens beruhigt hat, sich als falsch auch dem blödesten Auge zeigen mußte. Schon vernichtet in Preußen ein Gewaltschritt nach dem anderen auch den letzten Rest von Vertrauen auf den Konstitutionalismus der gegenwärtigen Regierung. Schon widerspricht das Baierische Ministerium dem Preußischen Versprechen der Einheit nicht allein durch sein Verlangen eines Direktoriums für Deutschland, sondern auch durch den gesammten Inhalt der Vorlagen, welche es den Kammern gemacht hat. So konnte es nicht lange mehr dauern, und eine Bewegung in unserem Sinn, eine Bewegung für die Reichsverfassung, flammte im ganzen Nordwesten von Deutschland auf, die nicht verfehlen konnte, in Berlin und Hannover den ernstesten Eindruck zu machen. Die Art, wie die vom Preußischen Ministerium durch Einberufung der Landwehr unternommene Appellation an das Volk in den westlichen Provinzen ausgefallen war; die Stimmung der einberufenen Landwehr dieser Gegenden, die sich bereits auch in die Linie verbreitet hat; die Erklärungen der rheinischen und westphälischen Städte und Gemeinden; die Nachrichten, welche uns aus Hannover, Braunschweig, Oldenburg zukommen — Alles bürgte uns für den Erfolg unserer Politik, — wenn nämlich jene oben angedeuteten Bedingungen eingetreten wären, die nicht eingetreten sind!“

XXXVIII.

(S. 565.) Als die Meistschuldigen der Nationalversammlung an deren Untergange beim Scheitern des Verfassungswerkes erscheinen die Erbkaiserlichen, wenn man erwägt, daß sie den größeren Einfluß besaßen, daß von ihnen mehr zu erwarten und zu fordern war, daß ihnen nicht so viel als denen im Donnersberge und Deutschen Hofe wegen Unreife, geringerer Durchbildung u. s. w. zu gute zu halten ist, daß von ihnen das Preußischekaiser-Projekt ausgegangen war und mit gleich schädlicher Hartnäckigkeit und Unredlichkeit, indem sie es unter dem Aushängeschilde der „Deutschen Sache“ brachten und dieser unterschoben, zu Anfange heimlich und dann mit Anwendung jedes parlamentarischen List- und Gewaltmittels und aller denkbaren Parteikunstgriffe, hundertfältigen Warnungen zum Trotz verfolgt wurde. So war nach Oppermann's Erzählung (Kolatschek's Monatsschrift 1850, S. 392) Dahlmann schon in Hannover, als er zum Vorparlament durchreiste, gesagt: „Macht was ihr wollt, nur keine Preußische Hegemonie.“

Zufolge der unsäglich matten Austrittserklärung der Gagern, Dahlmann u. s. w. war nicht geänderte Ueberzeugung ihr Motiv; sie erklärten sich vielmehr nach wie vor fest überzeugt, daß „diese Verfassung der einzige unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichende Ausdruck einer friedlichen Lösung und einer Versöhnung der Interessen und Rechte der verschiedenen Deutschen Stämme, Staaten und Dynastien war.“ Gleich darauf folgte das Geständniß, daß diese Verfassung von den Dynastien und Stämmen abgewiesen, Streitobjekt, Signal zu Gewalt und Krieg geworden sei. Die Austretenden bezeichneten rügend die „von einer neuen Mehrheit“ gefaßten Beschlüsse als der von ihnen verfolgten friedlichen Richtung widerstrebende und erkannten auch jetzt, wo die Wirkungen der von ihrer Mehrheit geförderten Beschlüsse und

ihres ganzen Verhaltens vor Augen lagen, das nutzlos Aufreizende darin so wenig, daß sie dieses auch jetzt noch fortsetzten, indem sie am Schluß sagten: „Nachdem wir durch alle gesetzlichen Mittel den Eintritt der reichsverfassungsmäßigen Gewalten vorbereitet haben, übergeben wir das Verfassungswerk für jetzt den gesetzlichen Organen der Einzelstaaten und der selbstthätigen Fortbildung der Nation.“ Und doch verzweifelten sie eben an den gesetzlichen Mitteln und wußten, was denen bevorstand, denen sie das „Fortbilden“ übergaben. Sie sprachen aber- und abermals von den „höchsten Gefahren des Vaterlandes“, und gingen „Angesichts“ derselben davon, die Sache der „Nation“ überlassend.

Die C.-K. bezeichnete als nächsten Anlaß des Austritts der 65 den Beschluß vom 19. Er konnte rechtlich nur schwer vertheidigt werden, war unausführbar und bedrohlich für das öffentliche Wohl, das stets die Richtschnur des Verhaltens der 65 gewesen; keiner der kleineren Fürsten würde die Wahl zum Statthalter annehmen, ihre Weigerung aber ihr Volk gegen sie treiben, sie vielleicht zum Opfer der Aufregung machen, sie einengen zwischen die Nationalversammlung und die größeren Regierungen und so über den Haufen werfen: zu dergleichen konnten aber die 65 nimmer die Hände bieten, die bloß die Beschlüsse bis zum 4. Mai, die Erhebung des Volks gegen den König von Würtemberg gefördert, hundertfach mit der Revolution gedroht u. s. w. u. s. w. Es hieß dann weiter: „Nicht ohne Absicht haben wir den Beschluß vom 19. nur als den nächsten Anlaß unseres Austritts bezeichnet. Der Grund desselben liegt tiefer und beruht auf einer umfassenden Würdigung der gesammten politischen Lage des Vaterlandes. Unsere Partei, welche bisher und zwar ein ganzes Jahr hindurch die Richtung des Parlamentes bestimmte und die wesentliche Urheberin der Verfassung war, befand sich schon seit einigen Wochen in einer nicht nur bedrängten, sondern geradezu in einer furchtbaren Situation. (Von ihrer Schuld daran kein Wort.) Unsere Theilnahme und Unterstützung konnten wir nur einer legalen (!) Agitation für die Reichsverfassung zuwenden. Die Mittel zu einer solchen waren mit dem Beschlusse vom 4. d. M. erschöpft. Nachdem dieser Beschluß theils nicht eingeschlagen, theils mißverstanden, theils durch die Gewalt der Bewegung überholt war, so blieb uns keine andere Haltung als die negative des Verhinderns und die passive des Abwartens. Inzwischen aber ging im Zusammenstoß der Extreme die Bewegung über unseren Köpfen hinweg. Der Charakter dieser Bewegung stellt sich je länger je mehr als ein Kampf zwischen dem (so schön vermittelten und versöhnten) Norden und Süden unseres Vaterlandes dar. Die Verfassungsbewegung ist nicht mehr eine allgemein Deutsche. (Als wäre die Bewegung für die „Reichsverfassung“ jemals eine solche gewesen!) Das Fortagiren der Nationalversammlung im Sinne des Beschlusses vom 11. April würde den Norden nur immer mehr repelliren, während es den Süden in immer gesteigerte Fluktuation versetzte, deren Ziel doch sicher über der Reichsverfassung hinausläge. So entschieden wir daher auch der von uns vollendeten Verfassung vor jeder, auch der besten oktroyirten Verfassung im Interesse des Ehr- und Rechtsgefühls des Deutschen Volkes den Vorzug geben, so halten wir es doch unter den bezeichneten Umständen für höchst bedenklich, daß eben die Nationalversammlung fortfahre, für jene und gegen diese Verfassung zu agitiren. Aber weiter. Es ist ein nicht abzuleugnendes Faktum, daß die jetzige Majorität der Nationalversammlung nicht mehr die moralische Macht hat, im Sinne der früheren konservativen Majorität fortzuwirken. Es ist dies eine Folge des Umstandes, daß wir keine positive Politik mehr hatten und es äußerte sich in der ganzen Haltung der Versammlung in der letzten Zeit. Dieselbe hatte nicht mehr die Kraft, ein Ministerium Grävell zu stürzen, und angesichts dieser Thatsache frägt man sich billig, wo die Macht herkommen soll, den verfassungsfeindlichen Regierungen gegenüber? Und doch nach einer anderen Seite hin hatte diese Versammlung noch eine Macht. Wir meinen den Einfluß der Versammlung auf die öffentliche Meinung eines Theils von Deutschland. Nur daß dieser Einfluß kein segensreicher, sondern ein verderblicher war; hier im Süden sieht man die heutigen Beschlüsse noch ebenso an wie ehemals; die Autorität der Versammlung

ist hier wesentlich dieselbe geblieben, während eine anderartige Mehrheit (wozu es durch ihre schwere Mitschuld gekommen) das Wesen der Versammlung verändert hat. An dieser Verwirrung und Irreleitung des Volkes wollten wir uns nicht länger (!) schuldig machen. Wir wollten das Unsrige thun, die dem Vaterlande nachtheilige Versammlung ihrem Ende entgegenzuführen. Die Frage des Austritts war uns identisch mit der der Auflösung der Versammlung und jener Austritt galt uns daher als ein „Staatsstreich zu Gunsten des Wohles Deutschlands.“ Auch ohne einen solchen Parteiaustritt wäre das Ganze früher oder später zerfallen: aber uns schien es würdiger, durch eigenen Willen und Entschluß das Ende herbeizuführen als es duldend über uns ergehen zu lassen. Es handelte sich für uns nur noch um die Art des Todes, nicht um den Tod selbst: der freie Tod schien der bessere. Von dieser Ueberzeugung ausgehend durften wir aber den geeigneten Moment nicht vorübergehen lassen (der längst vorübergegangen war). Der Beschluß vom 19. bezeichnete diesen Moment; derselbe wurde nun zur Wetterscheide des Bleibens und Austretens. Wir fühlten, daß wir später gemeinsames Austreten nicht mehr so in der Hand haben würden, und diese Gemeinsamkeit (die nicht vorhanden war) mußte doch der beabsichtigten Wirkung wegen unsere Hauptsorge sein.“ Am Schluß gab die Korr. den Einbildungen und dem Gernemöchterevolutionärs=Charakter ihrer Partei noch Ausdruck im Superlativ. „Wir glauben mit unserm Austritt noch einmal einen politischen Akt im Interesse des Vaterlandes und gemäß unserm bisherigen politischen Verhalten (freilich!) vollzogen zu haben. Wir scheiden aus der Versammlung mit der sicheren Erwartung, daß doch dereinst unser Werk, die Reichsverfassung, das Panier werden wird, um welches die Patrioten sich schaaren müssen. Wir glauben, nach dem Ausdrucke eines unserer besten Mitglieder, daß diese Verfassung eine Saat sein werde, welche, „in die tiefe Furche des Deutschen Gemüths eingesenkt,“ in nicht allzuferner Zukunft aufgehen muß. Wir haben uns Wort und Handschlag gegeben, in der Heimath unser Werk fortzusetzen und überall die Verkünder desselben und werkthätige Arbeiter für dessen Durchführung zu sein.“ Was sie dann doch aber in der Eile der Gothaer Reise und im Eifer für die oktroyirte Verfassung vergaßen. Als seiner Zeit gegen das Erbkaiserprojekt als ein unrealisirbares Theorem mit praktischen Gründen eingeredet und insbesondere erinnert war, daß eine erbliche Kaiserkrone in Folge eines unvergleichlichen Nationaldienstes von allgemeiner Begeisterung gleichsam aufgedrängt oder mit kühner Hand von dem Genius genommen, nicht aber mit vier Stimmen Majorität befestigt und besiegelt werde, hatte die D. Z. die so sprachen beschuldigt, daß sie Schulweisheit trieben. Es war jetzt klar genug geworden, wer Schulweisheit getrieben hatte. Allein die Ueberklugen der Partei, welche das Heidelberger Organ versorgten, waren gleichfalls weit entfernt, zur Einsicht gelangt zu sein, ja sie waren noch gagern'scher als Gagern und dessen intimste Freunde und Genossen selbst. Nicht bloß daß sie sich völlig einverstanden erklärten mit dem Schluß der Korrespondenz: sie erklärten noch in der Nummer vom 22. feierlich: „Wir bleiben bei dem Wege, welchen Gagern angab: Die Durchführung der Verfassung soll geschehen mittelst des Ausschreibens neuer Wahlen, und durch unbeschränkte Ausübung der durch die Grundrechte gewährten freien Presse, des Petitions=, des Versammlungs= und Associationsrechts, und die Benutzung der konstitutionellen Mittel, den Willen der Majorität zur Geltung zu bringen.“ Sie gaben diese Erklärung, nachdem sie einmal über das andere geklagt, daß der Nation diese Mittel entzogen worden, daß die Nation für die Reichsverfassung sich nicht rühre; sie führten in demselben Artikel, demselben Satze aus, daß der Kampf für die Reichsverfassung, wie Gagern ihn gewollt, ausgeartet und mißglückt sei; sie versicherten daneben, daß sie die „ungeheuern“ Schwierigkeiten nicht verkennten, welche sich ihnen auf diesem Wege entgegenstellten, und beschuldigten Gagern und dessen Vierundsechzig des Mangels an Standhaftigkeit im prüfenden Moment, so daß sie für die Durchführung der Sache der Gagern'schen Partei auf diese selbst nicht zählen konnten. Sie rechneten auf den „Trieb der Einheit“, der selbst in Sachsen so stark sein werde, daß die nur für den Augenblick niedergeworfene Bewegung

dem Könige wieder zu Häupten wachsen müsse, sobald die Kammern wieder zusammenträten; sie verließen sich — auf die Nachrichten der Weserzeitung aus Bremen, Hannover, Oldenburg. Zwei Tage später berührten sie neue Zeichen, daß sie auf die Stimmung im Norden — wo doch auch Preußen lag — sich nicht so gar fest verlassen dürften. Der veränderte Ton der sonst zugewendeten Berliner Blätter, die jüngste Adresse des Berliner Magistrats! Sie hatten so sehr gebaut auf Adressen, auf die Ehren, welche Gagern in Berlin geworden — und nun dies! Doch „wer so völlig sich widerspricht, nicht bloß in Bezug auf die wechselnde Gestalt der politischen Ereignisse, sondern in dem Urtheil über unveränderte Dinge, wie das Werk der Nationalversammlung, der zeigt, daß sein Urtheil überhaupt kein anderes Gewicht hat als dasjenige, welches die äußere Stellung dem Urtheilenden verleiht. Gagerns Freunde erwarten, daß er sein Ehrenbürgerrecht zurücksende. Wir besorgen dies nicht. Es ist das Ehrenbürgerrecht nicht des Magistrats, sondern der Stadt Berlin, deren Bürger stets einen bedeutenden Einfluß auf die Geschicke des Vaterlandes ausüben werden. Der Redliche hat von den Königen nichts als Undank geerntet, warum nicht auch von den Andern?"

In der Frankf. Ztg. war unlängst gesagt: „Vor vier Wochen drohte das Organ der Austretenden, die Postzeitung, mit Revolution, wenn die Verfassung nicht sofort allerwärts eingeführt werde. Die Verfassung wurde in einzelnen Staaten eingeführt, und gerade in diesen brach die Revolution los, wenn auch, wie z. B. in Würtemberg, zur Zeit noch durch einen dünnen Schleier von Gesetzlichkeit verhüllt. Leider richtig, antwortet uns Gagern, aber so hatten wir es nicht gemeint; wir dachten, die Lawine werde zu rollen aufhören, so bald wir für gut finden würden, Halt zu gebieten. Gewaltiger Irrthum, der durch die Geschichte jeder Volksbewegung seit Jahrtausenden Lüge gestraft wird; aber es giebt unter den Politikern der Paulskirche so gut wie anderwärts Männer, die „nichts gelernt und nichts vergessen" haben. Wird das Rumpfparlament mit anderthalbhundert Stimmen weiter tagen? Die Abgeordneten der Kleinstaaten scheinen nicht übel Lust zu haben, als Reichsversammlung für ganz Deutschland weiter zu agiren. Die Macht der Thatsachen, die Natur der Verhältnisse wurde bis jetzt so wenig von unsern omnipotenten Gesetzgebern von Stimmzettelsgnaden beachtet, daß es uns auch jetzt als undenkbar erscheint, von ihnen einen vernünftigen Weg eingeschlagen zu sehen." Am 24. war die D. Z. so klug als die Frankfurter: „Die Schuld des Ganges der letzten Schicksale wird oft der mittleren Partei zugeschoben. Sie hat allerdings den Ausschlag gegeben bei den Beschlüssen vom 10. Mai, den sie jedoch „keineswegs als Eigenthum in Anspruch zu nehmen geneigt ist," und vom 19. Mai. Wenn diese Partei einen Augenblick glaubte, die Bewegung in die Hände nehmen zu können, so kommt uns das vor, als wenn Jemand glaubte, er könne eine Schlange lenken und zügeln, wenn er ihren Schwanz in die Hand nimmt." Allein daneben, in derselben Nummer stand eine Rüge, daß die Partei nicht länger jenen Glauben gehegt, daß die unverdrossenen Kämpfer von fallstaffischen Gefühlen sich hätten beschleichen lassen. „Die Nationalversammlung, berufen die Deutsche Einheit zu Stande zu bringen, hat ihren Beruf noch nicht erfüllt, und hatte, so lange sie selbst den Muth nicht verlor, noch nicht jede Hoffnung verloren, ihr Werk dennoch gelingen zu sehen. Sie hatt besonders, wenn sie sich vertagte, noch manche Wechselfälle des Glückes für sich. Darum geziemte es sich, auszuharren. Wir wollen den Tadel unserer Partei nicht den Gegnern überlassen. Riesser's Wort, daß in den Augenblicken der Gefahr die Bänke der Rechten am gedrängtesten gefüllt sein würden, hat sich nicht bewährt. Manche Abgeordnete wußten, daß sie abreisen wollten, noch ehe sie Gründe dafür wußten. Leider kamen trotz aller Warnungen Beschlüsse zu Stande, welche sich zu Gründen eigneten. Wir wollen billig sein und zugeben, daß in Gewissensfachen Jeder sein nächster Richter ist. Ein zartes Gewissen, an dessen Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln ist, fühlte sich schon durch das Ausschreiben der Wahlen gedrückt. Die Beschlüsse über die Preußische Einmischung, über die Reichsstatthalterschaft waren von zweifelhafterer Rechtsbeständigkeit. Aber von dieser Seite her läßt sich der Drang zum Weg-

gehen nicht rechtfertigen. Noch weniger läßt er sich ableugnen. Ein Gefühl, von dem: ich wollt' es wäre Schlafens Zeit und Alles vorüber! nicht allzuweit entfernt, beschlich selbst unverdrossene Kämpfer. Es hilft nichts, zu sagen: Es war keine Mehrheit mehr zu bilden! Man wollte sie nicht einmal mehr bilden. Es ist bekannt, wie die Mehrheit von 126 Stimmen gegen 116 zu Stande gekommen ist, und schon der Rücktritt aus dem Dreißigerausschuß wies auf einen schon halb gefaßten Entschluß hin."

Während zur Entschuldigung gesagt wurde, Gagern sei nur zu vertrauend und zu ehrlich gewesen (A. A. Z. 1849 Nr. 147) sprach die Linke von nichts mehr als von Verrath, urgirte Aeußerungen von ihm, der sich, oder den die Seinen als Ideal der Nation hingestellt, wie die am 5. Januar: „Sie werden uns nicht verlassen, wenn es zur That kommt", und: er werde die Sache nicht verlassen, „so lange noch ein Blutstropfen in seinen Adern sei", er werde „sich zwischen die Kämpfenden werfen" u. dgl. Sie überhäuften ihn und seine „Fluchtgenossen" mit den bittersten Vorwürfen der Treulosigkeit und Feigheit, so noch in Kolatschek's Monatsschrift 3. Bd. 1850, S. 460. „Es war ein empörendes Schauspiel, wie Einer nach dem Andern an das tödtlich verwundete, schon am Rande des Verderbens schwebende Häuflein der Ausharrenden noch einmal kalt herantrat, um ihm einen Fußtritt zu versetzen." Wo die Gerechtigkeit sei, wenn Jene, die Hauptanstifter, ungestraft blieben und die gestraft würden, die nur dem Bunde und gegebenen Worte treu, einen Schritt weiter auf der gemeinsam betretenen Bahn vorgegangen u. dgl. Eine gemessene Kritik des Austritts der 65 in der Hann. Ztg. 1849, Nr. 128 ff.

(S. 573.) Die im Nürnberger Hofe schrieben in der Korrespondenz: mit dem Austritt der Gagern, Dahlmann u. s. w. sei aus der Versammlung und der Deutschen Politik (!) der gute Geist — des Vertrauens, der Mäßigung und Besonnenheit — gewichen, der, wie man auch über ihre Erfolge urtheilen möge, ihren ganzen Charakter und ihr Wirken mit einer Würde bekleidet habe, deren sich kaum eine Versammlung von ähnlichem Ursprunge rühmen könne; mit ihrem Austritt habe die Partei der Mitte — die die Reichsverfassung und nur die Reichsverfassung gewollt und stets das Bündniß mit fremdländischen Kräften verschmäht — ihren Mittelpunkt verloren; sie erkannten und anerkannten das Vorhandensein und unheilvolle Walten noch ganz anderer Parteiungen und Zerklüftungen als bloß eines Gegensatzes der Regierungen und Bevölkerungen, wie man dort vaterlandverrätherische Französische, dort — Seitens der äußersten Rechten — Russische Unterstützung suche, wie im Volke ein vielleicht für Jahrzehnde unheilbarer Riß zwischen den Progressisten und Konservativen, denen im Norden und im Süden (und der Groß- und Kleindeutschen) entstanden sei; sie schilderten den Zustand der Versammlung und Deutschlands als so entsetzlich, daß Unterdrückung der Revolution durch die gewaltsame Reaktion noch als das Günstigste, obschon nur eine unhaltbare, den Haß und die Erbitterung nährende, die Saat einer neuen Umwälzung in sich bergende Lage herbeiführend, erscheine, und erkannten nicht, was das nun sagen wollte, daß sie von den Gagern u. s. w. rühmten, dieselben hätten die Richtung und den Gang bestimmt; sie mochten, weil sie sonst Männern wie Dahlmann hätten entgegentreten müssen, den Austritt Jener nicht mißbilligen, aber die von den ausgeschiedenen Freunden angeführten Motive lagen ihrem Bleiben entgegen, das sie doch rechtfertigen mußten; sie ließen demnach jene Auseinandersetzung folgen, in welcher sie den Beschluß vom 19. verläugneten und eingestanden, daß ihr politisches Streben dadurch, daß sich Gagern ihnen versagt, ein unmögliches geworden, und verhießen am Schluß, sich darüber noch erklären zu wollen, warum sie dennoch in der Versammlung geblieben und zu bleiben gedächten.

(S. 574.) Früh Morgens am 24. schrieben die Nürnberger, welche die Versammlung nicht besuchten, in der Korrespondenz: „Die Versammlung unserer Partei, welche gestern Morgen im Kasino stattgefunden, hat das Ergebniß gehabt, daß fast der ganze noch übrige Rest des rechten Centrums erklärte, unter jeder Bedingung am heutigen Tage austreten zu wollen. Anderer Art war das Ergebniß einer Versammlung im Nürnberger Hof, welche am gestrigen Abende

gehalten wurde, und woran, außer den Mitgliedern der Fraktion des Nürnberger Hofes, auch alle sonstigen Mitglieder der erbkaiserlichen Partei Theil nahmen. Die Erkenntniß, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Parlament einen günstigen Einfluß nicht ausüben könne, zeigte sich zwar auch hier allgemein verbreitet; das Gefühl, daß für Abgeordnete von unserer Partei das Leben in der National-versammlung gegenwärtig unerträglich sei, sprach in der ganzen Haltung und Diskussion der Gesellschaft sich auf das Unzweideutigste aus. Aber ob es recht und mit der Rücksicht auf das Volk, das uns gesandt hat, zu vereinbaren sei, wenn das Parlament, nachdem das Leben ihm unerträglich geworden, sich selbst den Tod gebe, wurde vielfach bezweifelt. Wir Alle wünschten den Tod der Nationalversammlung herbei in mehrfacher Beziehung; wir Alle würden dem Schicksale gedankt haben, wenn es zu einer Zeit, wo sie noch in voller Blüthe dastand, ihr ein Ende durch feindliche Waffen hätte zu Theil werden lassen, überzeugt davon, daß dann über ihrem Grabe das Deutsche Volk den Feinden der Einheit und Freiheit unvertilgbare Rache geschworen haben würde. Allein der Selbstmord eines Einzelnen beschimpft in den Augen seiner Mitmenschen auch seine Nachkommen; der Selbstmord einer Volksvertretung schien uns der Idee und Macht der Volks-vertretung überhaupt zu schaden; er schien uns daher in unserem besonderen Fall erst dann vollkommen gerechtfertigt zu sein, wenn wir, gleich Cato, unsere Sache als eine durchaus verlorene ansehen müßten; und Das konnten wir noch nicht. Die Nationalversammlung siecht schon seit längerer Zeit an einer Krankheit da-hin, ihre letzten Bestrebungen und Anstrengungen sind beinahe schon Todes-krämpfen zu vergleichen. Sie hat die innere Lebenskraft beinahe ganz verloren; sie hat keine Macht mehr nach außen. Doch wenn sie auch nur noch als Schatten dahinwandelt: so ist sie immerhin noch ein Schatten, der die Könige Deutschlands und ihre absolutistisch-jesuitischen Anhänger mahnend und warnend erinnert an jene Zeit, wo sie in voller Manneskraft dastand, und vertrauend auf die Dank-barkeit der besiegten Feinde, dieselben schonte und vor dem Andringen wüthender Massen schützte. Kann sie daher in ihrer Schattengestalt noch fortleben, ohne durch vergebliche Kraftanstrengungen sich lächerlich zu machen: so hat sie auch jetzt einen guten Zweck und eine hohe Bedeutung. Aber sie muß ausruhen; nur so kann sie möglicherweise der Art werden, daß sie auch mit verminderter Kraft wieder heilsam in dieselben eingreifen kann.“ Sie rechneten dabei auf eine Aen-derung in der Stimmung des Volkes und der Politik mehrerer königlichen Regie-rungen, namentlich der Bairischen und Hannoverschen, worauf einzelne Anzeichen hindeuten sollten, und auf die Einsicht einiger besserer Führer der Linken, der sie jedoch vorwarfen, Muth nur in Redensarten bewiesen, der Sache von Anbegin höchlich geschadet zu haben, und nur so unendlich reich an Prahlerei wie arm an Gehalt zu sein.

(S. 582, 584.) Die D. Z. berichtete über den Beschluß vom 24., man werde nicht ohne Lachen lesen, von welchem Bogen dieser Pfeil abgeschossen worden. Die Versammlung möge sich die Sache noch einmal und von vorn überlegen — das regelrecht erreichte Ergebniß vertrage sich nicht mit dem gesunden Menschenverstande. „Da der Zufall den hundert und fünfzigsten Abgeordneten in die Paulskirche geführt, so ist die rechtliche Gültigkeit des heutigen Beschlusses nicht zu bezweifeln. Mit demselben Rechte können die hundert Mitglieder die beschlußfähige Zahl auf fünfzig herabsetzen und so weiter, bis herab zum Tres faciunt Collegium. Allein daß hundert Mitglieder, kaum ein Sechstel der ursprünglichen Zahl der Abgeordneten, namentlich bei der gegenwärtigen Zusam-mensetzung des Parlamentes, in keiner Weise geeignet sind, wirklich das Deutsche Volk nach seinen Staaten, Interessen und Parteien zu vertreten, liegt auf der Hand. — — Der Abgeordnete Bogen befand sich bis heute, wenn wir nicht irren, im Odenwald; heute Morgen kam er nach Darmstadt und fühlte sich ver-anlaßt, als großh. Hessischer Abgeordneter dem Minister Jaup seine Aufwartung zu machen. Jaup soll ihn nicht gerade freundlich empfangen haben — wenigstens dauerte der Besuch nur sehr kurze Zeit. Eben wollte der Eisenbahnzug nach Frankfurt abgehen, als Bogen unmuthsvoll auf dem Bahnhof ankam. Halb

unbewußt steigt er in den Wagen und läßt sich nach der Parlamentsstadt tragen. Er tritt in die Paulskirche, als der Sekretär den letzten Namen aufgerufen hat und die Tribüne verlassen will. „Geschwind, sage ja!“ rufen seine Kollegen dem erstaunten Bogen zu. Ohne zu wissen, wofür er stimmt, giebt Bogen, an die Tribüne mehr gestoßen als geführt, sein verhängnißvolles Ja! ab. Bogen hat Deutschland gerettet. Wie leicht konnte bis zur nächsten Sitzung nicht Einer der 35 Verneinenden, Biedermann z. B. oder Soiron, abtrünnig werden und den jetzt so dornenvollen Sitz in der Paulskirche verlassen haben? Wie leicht konnte nicht auch Einen der 115 Bejahenden der Mangel unentbehrlicher Diäten der erhabenen Aufgabe entzogen haben? Hätte Jaup nur einmal gelächelt — Deutschland hätte vielleicht kein Parlament mehr! Von wie kleinen Zufälligkeiten nicht die Welt regiert wird!“

In der Sitzung am 30. nahm es Eisenmann für sich in Anspruch, den Beschluß gerettet zu haben. Er sei krank gewesen; als er aber erfahren, daß das Schicksal der Versammlung von einer Stimme abhängig sein könne, habe er seinem Arzte erklärt, daß er unter allen Umständen in die Sitzung gehen werde, was denn auch geschehen sei. „Wäre ich weggeblieben, so wäre die Versammlung gesprengt gewesen.“

(S. 589.) Die Korrespondenz am 26. Mai. „Was hat dem „Nürnberger Hofe“ die vielfach verschiedenartige und häufig falsche Beurtheilung, die er erfahren hat, den mannigfachen Tadel, welchem er unterliegt, zugezogen? Es ist dies die mittlere Stellung, die er in einer Zeit der Entscheidung einnehmen wollte; es ist ferner der Umstand, daß er eine lange verfolgte Politik, theils bewußt, theils unbewußt, theils durch seine Schuld, theils ohne seine Schuld stürzte, ohne in einer Zeit, wo, wie der Erfolg zeigte, die Nationalversammlung ihre innere Lebenskraft und äußere Macht verloren hatte, eine andere Politik an die Stelle setzen zu können; es ist endlich der Umstand, daß er sein politisches Streben nur andeuten konnte, ohne es im raschen Laufe dee Ereignisse weiter entwickeln zu können. — — Das Alter nähert sich wieder dem Charakter der Jugend; es wird zuletzt auch manchmal kindisch. Ob das Letztere das Schicksal unserer Versammlung sein wird, wollen wir dahingestellt sein lassen. Wenn freilich die Linke mehr solche Anträge durchsetzt, wie der auf Entfernung der Truppen ist, den sie gestern durchgesetzt hat, wird die böse Welt es von der Versammlung behaupten. Aber vor der Zeit des Kindischwerdens pflegt eine andere vorherzugehen, wo das Alter sich von der zu weit getriebenen Verständigkeit des Mannes wieder befreit, wo es dem Gefühl und der Phantasie wieder mehr Raum giebt, der Thatenlust und Thatkraft der eigenen feurigen Jugend sich gern erinnert, und die es umgebende Jugend zu Thaten anfeuern möchte. Mit dieser Zeit könnten wir einen Theil der letzten Entwicklungsperiode unserer Versammlung vergleichen. Wir wissen, das Gleichniß hinkt; und wenn es nicht hinkte, so wäre das sehr schlimm für unsere Fraktion. Aber eines solchen Gedankens haben wir uns nie erwehren können, wenn wir die Männer des „Nürnberger Hofes“ versammelt sahen, und dabei der Zeit des „Würtemberger Hofes“ vor dem Austritte der „Augsburger“ aus demselben gedachten.“

(S. 596.) Die mehrfach angeführten Schriften von Riesser und Biedermann enthalten die ganze Auffassung und specielle ausführliche Vertheidigung der Nürnbergerhof-Männer. Die motivirtesten Anklagen der Linken gegen diese und überhaupt gegen die Centren findet man in Kolatschek's Monatsschrift. Namentlich L. Simon's auch in seinen dort niedergelegten nachträglichen Beurtheilungen wiederkehrender Hauptvorwurf gegen dieselben war der, daß sie den Regierungen zu blind und zu viel vertraut hätten. Dem war jedoch nicht so. Eben Mißtrauen gegen letztere führte sie auf ihre Behauptung der Souveränität der Versammlung und nicht das war das leitende Moment ihrer Stellung vom Anbegin, daß sie den Regierungen zu viel Fähigkeit und guten Willen zugetraut hätten, sondern das, daß sie der Linken zu viel Unfähigkeit bei verderblichen Tendenzen zutrauten und daneben fürchteten, daß diese die Oberhand gewinnen würden, wenn das Parlament den Rathschlägen und Forderungen der Radikalen nachgäbe.

XXXIX.

(S. 581.) In einem Schreiben des Reichsministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an die Reichsgesandtschaften in Paris, London, Brüssel und Washington vom 11. Juni wird gesagt: Ein Umstand, der nicht allgemein genug beachtet worden, ist der Zusammenhang dieses Aufruhrs (in Baden) mit einer am 20. Mai beabsichtigten Erhebung im ganzen westlichen Deutschland, deren vereinzelte und fast gleichzeitige Symptome wir in den bedauernswerthen Ereignissen zu Elberfeld, Iserlohn, Preen u. s. w. wahrgenommen haben. Die Verbindung der geheimen und offenen Clubs der Umsturzpartei in Deutschland und den Nachbarstaaten ist unbestrittene Thatsache. Niedere Volksschmeichler und entartete Deutsche entblöden sich nicht, die Hülfe fremder Waffen anzurufen in inneren Fragen des gemeinsamen Vaterlandes. Das Reichsministerium konnte die Gefahr nicht verkennen, in der Deutschland während des verflossenen Monats geschwebt, zu einer Zeit, wo weder die Preußischen, noch die Mecklenburgischen und Baierischen Heertheile, noch endlich die Oesterreichische Streitmacht in Vorarlberg vereint und schlagfertig dastanden, wie heute, zum Schutze des Reiches gegen innere oder äußere Ruhestörer und namentlich zur sofortigen Unterdrückung der Empörung in Baden und in Rheinbaiern. Schon offenkundig ist es, daß damals und selbst früher von dem nunmehr in Stuttgart zur sträflichen Auflehnung gegen die Centralgewalt geschrittenen Theile der ehemaligen Nationalversammlung ein Plan vorgefaßt war, die Regierung des erlauchten Reichsverwesers zu stürzen und eine unbefugte Regentschaft an deren Stelle zu ernennen. — Es kann nunmehr wol keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn am 20. Mai eine solche Regentschaft in Frankfurt installirt gewesen wäre, nicht allein die großen Geldmittel des reichen Freistaates der anarchischen Partei in die Hände gefallen, sondern daß die auf solche Art erstarkte Revolution selbst von den Grenzen der Schweiz bis nach Rheinpreußen und Westphalen übergefluthet wäre. Seine kaiserl. Hoheit wird daher nie den Entschluß bereuen, durch ein festes Ausharren auf dem Boden der Gefahr, in dem Augenblicke der Entscheidung, das Gesammtvaterland vor einer neuen und fast unabweislichen Erschütterung geschützt zu haben. Dem im Kampfe gegen die Rebellen erprobten Muthe und der bewährten Kriegertugend der bislang numerisch schwachen, zwischen Darmstadt und Frankfurt koncentrirten Heeresmacht wird der Erzherzog jetzt und ganz Deutschland später die wohlverdiente Anerkennung ihrer wackeren Thaten nicht versagen."

In dem am 21. beschlossenen reichsministeriellen Schreiben an Zell und Christ wurde einläßlicher Bericht von den letzteren gefordert, ihnen eingeschärft, was sie in Betreff der Festung Rastatt zu thun und zu lassen hätten, ihnen gesagt, daß Raveaux, Trützschler und Erbe, wegen ihrer Betheiligung bei dem was sich der Badische Landesausschuß herausgenommen, als in flagranti Betroffene, die Eigenschaft als Deputirte nicht hätte schützen dürfen, daß sie vielmehr als die Unwahrheit ausbreitende Aufwiegler auf der Stelle hätten eingezogen werden müssen.

Aus den nicht gut wiederzugebenden Berichten Bally's nach seiner Rückkehr aus Berlin mußte entnommen werden, daß die Stimmung dort in den höchsten Regionen Augenblicks auf das Heftigste nach dem Gewinn der Hegemonie ging, auch wenn dieselbe mit dem Säbel erobert werden müßte. Sobald die Preußischen Vorschritte gegen den Erzherzog transpirirten, cirkulirte eine Adresse, die ihm mit zahlreichen Unterschriften am 22. überreicht wurde. Es war darin bedauernd von den Verletzungen die Rede, die sein Deutsches Gefühl durch die an ihn gerichteten Zumuthungen erfahren; sie schloß mit der Bitte, daß er nicht eher weichen möge, als bis eine andere definitive Centralgewalt errichtet sei.

Den Streit um die Centralgewalt stellt Mathis so dar. Der Erzherzog habe wiederholt dringend gebeten, Preußen möge ihm seine gänzlich unhaltbare Stellung abnehmen; Preußen habe gesagt: jetzt sei der geeignete Zeitpunkt da, worauf er entgegnet, daß er sich nicht werde verdrängen lassen, so daß er also den Streit angefangen habe. Derselbe berichtet, Preußen habe am

9. Mai Oesterreichs Genehmigung zur Uebernahme der provisorischen Centralgewalt nachgesucht, und Oesterreich habe am 16. geantwortet, der Erzherzog vermöge die ihm angewiesene Stellung nicht länger mehr zu behaupten, es wolle mit Preußen und einem von den Königen Erwählten — ohne sämmtliche Fürsten zu fragen, während Preußen die Einwilligung Aller vorausgesetzt habe — die Centralgewalt sogleich übernehmen. Preußen forderte die Centralgewalt und weigerte derselben die Folgeleistung indeß jedenfalls ohne Verständigung mit den Bundsgenossen und Gleichberechtigten. Jene wirkliche oder vorgebliche Preußische Voraussetzung wäre jedenfalls in Beziehung auf Oesterreich eine unmögliche gewesen. Vom 17. Juni ist eine Denkschrift des Reichsministeriuns an den Grafen Brandenburg datirt, worin dasselbe über die Motive der Weigerung des Erzherzogs, die Gründe der rechtlichen Fortdauer der Centralgewalt und deren Verhältniß zu den Maiverbündeten sich aussprach. In der Erwiederung des Grafen Brandenburg vom 20. Juni berief sich dieser darauf, daß die Preußische Regierung, indem sie die Centralgewalt nicht mehr anerkenne, einer Ansicht folge, welche auch die ihrer Verbündeten sei. Die Verbündeten Preußens waren aber damals Hannover und Sachsen, die sich beide gerade in jener Zeit bemühten, das Berliner Kabinet zu einem andern Verhalten gegen den Reichsverweser zu bewegen, während sie (so wenig als die später dem Maibündniß Beitretenden) demselben die Anerkennung nicht versagten. In dem Preußischen Schreiben an die Deutschen Regierungen fehlten jene Aeußerungen über die Ansicht der Verbündeten Preußens. Beide Aktenstücke, die Denkschrift und die Erwiederung, erschienen zuerst (August) in dem von Florencourt redigirten Norddeutschen Korrespondenten, dann in der Frankf. Ztg. (Nr. 180) und sonst.

Die Postzeitung hatte schon Mitte Aprils einmal intonirt, daß die Centralgewalt in der Luft schweben würde, wenn die Nationalversammlung nicht mehr bestände. In ihrer Erklärung vom 7. Mai hatte die Preußische Regierung Beschlüssen der Nationalversammlung die Anerkennung versagt, doch davon nichts merken lassen, daß sie auch dem Reichsverweser die Anerkennung versagen dürfte, wenn und weil er die Nationalversammlung nicht neben sich habe. Als am 14. die Lossagung Preußens von der Nationalversammlung und die Aufforderung an den Reichsverweser kam, daß er die letztere auflöse, war gleichfalls davon nicht die Rede, doch wurde vermuthet, die Absicht sei, wenn er aufgelöst hätte, zu sagen, die Nationalversammlung sei die Bedingung der Existenz der Centralgewalt gewesen, die nun aufhöre rechtlich zu existiren. Vor und nach der Auflösung der Nationalversammlung wurde Preußischer Seits argumentirt: Das Recht der Centralgewalt, über Krieg und Frieden zu beschließen, existirt nicht mehr, weil sie es mit der Nationalversammlung theilte. Jetzt bestand indeß diese noch. Preußen freilich anerkannte sie nicht mehr, allein in jedem Falle konnte nur folgen, daß dem Reichsverweser kein ausschließliches Recht zu Kriegs- und Friedensschlüssen mehr zustehe, sondern daß er dasselbe nun mit den Bundesmitgliedern zu theilen habe. Preußischer Seits wurde weiter gesagt: Der Reichsverweser soll nach dem Gesetz seine Gewalt durch ein verantwortliches Ministerium ausüben, mit der Nationalversammlung fällt die Behörde weg, der letzteres verantwortlich ist, also fällt mit der Nationalversammlung — oder mit dem Aufhören der rechtlichen Existenz derselben — die Centralgewalt zu Boden. Aber, so ward eingewendet, die nun entstehende Lücke in der Gesetzgebung und im Regiment! Hätte Preußen nur wenigstens darauf hingewiesen, Vorschläge zu ihrer Ausfüllung gemacht! Es dürfte dann doch zu dem gerechtfertigten Schlusse gekommen sein, daß ein mangelhaftes Gesetz noch immer kein ungültiges sei. In dem Munde eines Ministeriums, welches selbst die Nationalversammlung durch Abberufung seiner Deputirten aufzulösen gesucht, erscheint die nachträgliche Berufung auf die Nationalversammlung sophistisch. Der beste Beweis, daß Preußen die Existenz der Centralgewalt mit dem Zusammenbleiben der Nationalversammlung keineswegs identificirte, liegt in seinem eigenen Verfahren. Als es die Vertreter zur Nationalversammlung abrief, hätte es sonst konsequenterweise zugleich das Erlöschen und die Nichtanerkennung der Centralgewalt erklären müssen. Denn wenn das Eine sich ohne das Andere nicht denken läßt

und rechtlich nicht ohne das Andere bestehen kann, so durfte die Preußische Regierung die Centralgewalt auch nicht eine Minute länger anerkennen, als die Deutsche Nationalversammlung. Statt dessen aber fuhr Preußen fort, mit der Centralgewalt officiell zu verhandeln, ja es stellte den Antrag, daß der Reichsverweser zurücktreten und sämmtliche Rechte der provisorischen Centralgewalt auf Preußen übertragen möge. Erst nachdem der Reichsverweser auf diesen Antrag nicht einging, machte es die Entdeckung, daß mit der Nationalversammlung die Reichsverweserschaft ebenfalls rechtlich aufgehört habe. Es sind also nur zwei Fälle möglich. Entweder besteht die Centralgewalt überhaupt in keiner Beziehung mehr zu Recht; dann trifft Preußen der Vorwurf, daß es sich Rechte hat übertragen lassen wollen, von denen es selber wußte, daß sie gar nicht mehr vorhanden seien; es trifft Preußen der Vorwurf, daß es Deutschland provisorisch regieren wollte, zufolge eines Rechtstitels, von dem es selber wußte, daß er ungültig sei. Oder umgekehrt, Preußen hält das Recht der provisorischen Centralgewalt, welches es ambirte, für vollgültig; dann aber trifft es der Vorwurf, daß es sich jetzt gegen dasselbe auflehnt und sich wissentlich eines Vertrags- und Verfassungsbruchs schuldig macht. Preußischer Seits berief man sich ferner darauf, daß es der Centralgewalt an der reellen Macht fehle, ihre Zwecke zu erfüllen. Aber darum, wenn dem so war, durfte ihr nicht eigenmächtig und willkürlich der Gehorsam versagt werden, und wer entzog ihr die reelle Macht? Das Reichsministerium ließ die Postzeitung jedoch schweigen, seine Vertheidigung wurde mit Zurückhaltung in der Frankf. Ztg. und unschonender erst später während der Verlängerung des Streits durch Blätter wie die Neue Münchener Zeitung und den Norddeutschen Korrespondenten geführt. Als in der Postzeitung (Nr. 128 f.) telegraphische Depeschen der Preußischen Regierung an den Reichsverweser veröffentlicht waren, verfügte das Reichsministerium sogleich eine Untersuchung, welche ergab, daß ein unterer Ministerialbeamter gesündigt, der dann sofort entlassen wurde. Dem Anschein nach hatte ein unheilbarer Bruch zwischen Preußen und dem Erzherzog herbeigeführt werden sollen. Der Vorgang stand muthmaßlich mit der Schwenkung und dem Ausscheiden Grävell's im Zusammenhange. Weniger diskret in den Mittheilungen Preußischer Kundgebungen und am wenigsten schonend gegen Preußen ging die D. Z. zu Werke. So brachte sie am 30. Mai das Schreiben an Kamptz vom 18. nicht ohne eine scharfe Verurtheilung, obgleich sie den borussomanen Standpunkt festhielt: „Nachdem die Preußische Regierung durch ihre Maßregeln den ganzen gegenwärtigen Zustand der Reichsversammlung und dadurch der Centralgewalt herbeigeführt hat, nimmt sie aus eben diesem Zustande den Vorwand, die Centralgewalt zu beseitigen und sich deren Befugnisse eigenmächtig beizulegen. Zugleich bildet dieses Verfahren die überraschende Auslegung jener Uneigennützigkeit, die das Preußische Kabinet in seinen Noten den Deutschen Verhältnissen gegenüber für sich in Anspruch nahm. Die Krone aus der Hand der gesetzlichen Vertreter des Deutschen Volks wies man zurück, allein die Macht dieser Krone über Deutschland sucht man durch Usurpation an sich zu bringen. Das ist das moralische Urtheil über die widerspruchsvolle Handlungsweise des Preußischen Ministeriums. Es versteht sich indeß, daß die politische Lage erfordert, daß Preußen nicht blos die provisorische, sondern die definitive Reichsgewalt übernimmt, wenn es mit Deutscher Einheit noch etwas werden soll.“

(S. 599.) Ueber die Baierische Hülfsuchung, nachdem darüber in den Blättern viel Unwahres zur Glorificirung Preußens und zur Herabwürdigung Baierns verbreitet worden, sprach sich ausführlich das Baierische Ministerium des Aeußern in einem vom 18. Juli datirten Schreiben an die königl. Gesandtschaften aus. Im Eingange wird erwähnt, daß die Baierische Regierung durch ihren Bevollmächtigten schon Ende Aprils an das Reichsministerium die Absendung (näher bezeichneter) verläßiger Theile ihrer Truppen nach der Pfalz gefordert habe, um rechtzeitig den Ausbruch von Unruhen zu verhindern. Es folgt die Erzählung dessen, was bei der Sendung Eisenstuck's vorgegangen. Auf die Vorgänge dieser Tage bezieht sich sodann das Nachstehende: „Gegen die Verfügungen des revolutionären Landesausschusses der Pfalz trat das Baierische Ge-

sammtministerium sofort mit der Proklamation vom 9. Mai d. J. auf, worin derselbe als gesetzwidrig erklärt wurde, und beauftragte die Baierische Kreisregierung zu Speier, sich nach der Festung Germersheim zurückzuziehen, wonebst dem in der Pfalz stehenden Baierischen Militär die Weisung zuging, sich vor allem auf die Behauptung der Festungen Landau und Germersheim zu beschränken. Außerdem wurde dem königl. Bevollmächtigten in Frankfurt bedeutet, die Abberufung des Reichskommissärs Eisenstuck entschieden zu verlangen, und in dem Falle, daß das Reichsministerium darauf eingehe, von diesem, in entgegengesetztem Falle aber unmittelbar bei dem Oberpräsidium der Preußischen Rheinprovinz um Hülfeleistung durch Preußische Truppen anzusuchen, sobald die Regierung der Pfalz den Moment gekommen erachte. Von dem Auftrage an den königl. Bevollmächtigten, Obersten von Xylander, wurde dem königl. Gesandten in Berlin, Grafen von Lerchenfeld, Nachricht gegeben. Eine derartige Requisition ist jedoch später nicht erfolgt.

Die Soldatenmeuterei in Rastatt am 12. Mai und der unmittelbar hieran sich reihende Aufstand im Großherzogthum veränderten wesentlich den Stand der Dinge, wozu noch außerdem die Lage der Deutschen Nationalversammlung, dann das Verhältniß der königl. Preußischen Regierung zur Centralgewalt namhaft beitrugen. Die Pacifikation der Pfalz konnte nun nicht mehr isolirt betrachtet werden, vielmehr wurden gemeinsame Operationen mehrerer Deutscher Regierungen unter Mitwirkung der provisorischen Centralgewalt, welche hiezu ein dringendes Bedürfniß erblicken mußte, augenscheinlich nothwendig. Baiern wendete sich daher am 22. Mai durch seinen Bevollmächtigten in Frankfurt an das Reichsministerium mit einem ernsten wiederholten Gesuche um entsprechende Aushülfe mit verläßigen Landestruppen, sowol um die bedrohte Festung Landau zu schützen, als auch den Aufruhr in der Pfalz überhaupt bekämpfen zu können. Es stellte vor, daß es im gegenwärtigen Augenblicke die nöthige Truppenmacht für sich allein nicht zur Verfügung habe, da ein Theil seines Heeres in Schleswig stehe, und zwischen dem diesseitigen und jenseitigen Landesgebiete keine Kontinuität stattfinde, vielmehr die nach der Pfalz zu entsendenden Truppen sich auch den Durchmarsch durch die Länder, welche das diesrheinische und rheinpfälzische Baiern trennen, erkämpfen müßten. Das Reichsministerium des Krieges eröffnete jedoch nach gehaltenem Gesammtreichsministerrathe am 27. Mai dem Baierischen Bevollmächtigten in Kürze, daß die Centralgewalt keine Reichstruppen mehr zur Verfügung habe. Sie hatte die letzten Reste unter Generallieutenant v. Peucker an den Neckar entsendet, und wollte bei der mit Preußen eingetretenen politischen Spannung an dieses kein hierauf bezügliches Ansinnen stellen. Dagegen beschloß das Preußische Staatsministerium, ohne Mitwirkung der Centralgewalt, für sich ein Preußisches Truppenkorps von beiläufig 20,000 Mann bei Kreuznach zusammenzuziehen, worüber jedoch am 27. Mai noch nichts Sicheres verlautete, so daß der königl. interimistische Bevollmächtigte von Xylander an demselben Tage berichtete, daß Niemand Preußischer Seits in Frankfurt den Zeitpunkt des Eintreffens der Truppen in Kreuznach noch ihre Operationsabsichten zu bestimmen wisse; bald werde muthmaßlich der 1., bald der 5. Juni hiefür bezeichnet. Während dieser Zeit flößte in Berlin der Zustand der Bundesfestung Landau große Besorgnisse ein, welche das königl. Preußische Gouvernement dem königl. Baierischen Gesandten nicht verhehlte. Nach einem Berichte desselben hierüber wäre es in Berlin nicht unerwünscht gekommen, von Baiern eine direkte Requisition um Militärhülfe nach Art der Dresdener zu erhalten, wozu sich aber der Gesandte, Graf Lerchenfeld, nicht ermächtigt hielt, wenngleich er von den Baierischen Schritten bei dem Reichsministerium in Kenntniß gesetzt, keinen Anstand nahm, die formellen Bedenken der Preußischen Regierung zu beseitigen, und am 30. Mai an Se. Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg eine Geschäftsnote zu richten, worin er, nachdem Baiern die Centralgewalt bundesrechtlich angerufen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unheilvollen Spaltungen aber eine solche Requisition auf formelle Hindernisse oder Verzögerungen stoßen könnte, der königl. Preußischen Staatsregierung die Erhaltung und Rettung der wichtigen Festung Landau

anempfahl, und sie ersuchte, den formellen Schwierigkeiten, welche den vorhandenen Umständen nach für Preußen in der Gewährung bundespflichtiger Aushülfe bestehen möchten, keine Rechnung zu tragen. Eine specielle Anweisung des königl. Gesandten am Berliner Hofe zu dieser Note war von dem Staatsministerium in München nach Berlin nicht ergangen. Jener Schritt aber konnte wol keinen andern Sinn haben, als daß Preußen den Grund seines damaligen Mißverhältnisses zur Stellung des Deutschen Reichsverwesers nicht auf die vorliegende Sache mit übertragen möge." Aus dem weiter Folgenden geht hervor: die Bairische Regierung, indem sie die Absendung einer Truppenabtheilung nach der Pfalz veranstaltet, beantragte bei der Preußischen „bundesfreundliche Mitwirkung" und desfallsige Verabredungen, wozu sie am 2. Juni von der Mark nach Berlin deputirte; am 7. erhielt sie die Nachricht von dem Aufbruch des bei Kreuznach zusammengezogenen Korps und wies nun unverzüglich den Bevollmächtigten in Frankfurt an, dahin zu wirken, daß die Preußische Intervention nicht ohne Genehmigung der Centralgewalt erfolge, gemeinsam mit Baiern vor sich gehe u. s. w. Die Preußische Regierung hielt sich indeß nicht an die genau präcisirten Artikel der Bairischen Hülfsuchung und ertheilte dem General Hirschfeld einseitig und allein, sogar unter Erlaß einer eigenen Proklamation Befehl zum Einschreiten; sie entschuldigte sich — in ihrer Note der Worte der Bairischen: „in Folge bundesmäßiger Requisition" nicht erwähnend — damit, daß es sich um Pfalz und Baden zugleich handele, daß die militärischen Operationen kombinirte seien, verhieß die Verständigung mit dem Bairischen Oberbefehlshaber, ließ jedoch dieselbe nicht stattfinden und bezeigte mit Einem Worte nach einer Aeußerung am Schlusse des Cirkulars, daß sie es „weniger in ihrem Staatsinteresse befunden, ein aufrichtiges und zweckdienliches Einverständniß zwischen beiden Regierungen in dieser wichtigen Angelegenheit herbeizuführen".

In Rheinbaiern standen die Hessischen Truppen lange Zeit allein auf der Bresche, in Baden hielten sie im entscheidendsten Momente den ersten Stoß aus. Ende Juli brachte die Darmstädter Zeitung eine begründete, ihr Verdienst herausstellende thatsächliche Darstellung: „Hessens Antheil an der Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland". Jedenfalls war es nicht Recht, daß derselbe wie jeder andere außer dem Preußischen verschwiegen und verkleinert wurde, um Preußen allein die Ehre zuzuwenden, das zudem helfend Vortheile für sich in Aussicht nahm und unter der Last des Vorwurfs stand, gegen die Centralgewalt sich aufgelehnt und die Unordnung selbst vergrößert zu haben.

Grävell erklärte im Reichsministerium, daß er glaube „einer Verantwortung sich nicht entziehen zu können, wenn in der Beantwortung der Schulzischen Interpellation die aktenmäßige Thatsache der Aufforderung die Nationalversammlung zu schließen verschwiegen oder verhüllt werden solle". Detmold bestand auf der Wahl des milderen Ausdrucks, „um jede unter den gegenwärtigen Umständen nachtheilige Aufregung zu vermeiden". Grävell bezweckte vielleicht nur, durchzusetzen, daß er statt der ihm vorgeschriebenen kürzeren eine weit längere Antwort vortragen dürfe. Er glaubte, daß kein anderer Minister die Tribüne besteigen würde, und gab nach, als Fürst Wittgenstein erklärte, die Beantwortung übernehmen zu wollen.

XL.

(S. 606.) Das Schreiben des Reichsministeriums an das Würtembergische Ministerium vom 9. Juni ist in der A. A. Z. (außerordentl. B. zur Nr. 165) abgedruckt.

In welchem Maß das Gebahren der nach Stuttgart übergesiedelten Versammlung ein Possenspiel war, kann nicht deutlicher ersehen werden als aus Raveaux's Mittheilungen. (Vergl. die Kritik derselben in der A. A. Z.) Von der Zeit, wo die Frankfurter Linke die Oberhand bekam, wurde es unwiderredlich, daß sie, zur Destruktion in einigem Maß befähigt, doch nicht einmal im Zuschlagen oder Zufahren achtbar, eigentlich = politisch vollkommen untüchtig war.

Die Männer dieser Linken vervollständigten durch ihr Verhalten und ihre Erfolge in Stuttgart den Beweis. Hagen polemisirt (Kolatschek, Juniheft) gegen meine im ersten Bande geäußerte Behauptung, daß sie von Anbegin ihre Unfähigkeit gezeigt. Er sagt, damals wären die Bedeutenden noch nicht hervorgetreten, erst in der zweiten Periode einer Revolution geschähe das. Jetzt hätten nun die tüchtigen Persönlichkeiten hervorkommen müssen, kamen aber nicht, vielmehr geriethen die Wackern und Verständigen in eine ohnmächtige Minderheit und die Mehreren und die an die Spitze Tretenden oder Gehobenen dokumentirten sich erbärmlich, Einer immer noch mehr als der Andere.

Mit den Preußischen Erlassen vom 28. Mai begann eine neue Phase des Streites um die Centralgewalt. Der Reichsministerpräsident richtete in Folge derselben und nachdem das Reichsministerium seit dem 31. Mai in Verhandlungen mit den Regierungsbevollmächtigten getreten war, zunächst das nachstehende vom 5. Juni datirte Schreiben an den Grafen Brandenburg: „Der Unterzeichnete ist von Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser beauftragt, der königl. Preußischen Regierung durch die gefällige Vermittelung des interimistischen königl. Bevollmächtigten, Herrn geheimen Legationsraths von Kamptz, von den Ansichten und Erwägungen Kenntniß zu geben, zu welchen Se. kaiserl. Hoheit in dem mit geehrtem Schreiben vom 1. l. M. mitgetheilten Erlasse des königl. Ministerpräsidenten Herrn Grafen von Brandenburg vom 28. v. M. Anlaß gefunden haben. Gerne ist der Erzherzog Reichsverweser bereit, die Aeußerungen des Schreibens vom 24. v. M., zu welchen nur dann ein Grund vorlag, wenn die königl. Regierung Ihn in irgend einer Weise von seinem Posten zu verdrängen gedachte, einem bloßen Mißverständnisse zuzuschreiben. Beruhigt durch die Versicherung, daß ein solcher Gedanke der königl. Regierung fern gelegen habe, verzichten Se. kaiserl. Hoheit auf eine nähere Berufung an den thatsächlichen Hergang der Verhandlungen, welche jene Aeußerung herbeigeführt haben, da eine derartige Erläuterung einen Vortheil für das öffentliche Interesse nicht erwarten läßt. Für die richtige Auffassung dieser Verhandlungen genügt es, keinen Zweifel darüber entstehen zu lassen, daß der Reichsverweser, so dringend Er auch Se. Majestät den König von Preußen gleich anderen Bundesfürsten auf die Nothwendigkeit aufmerksam machte, zeitige Vorsorge für den Fall seines bevorstehenden Rücktrittes zu treffen, sich doch niemals mit seiner Stellung und Ueberzeugung in Widerspruch gesetzt hat, mit welcher ein Ansuchen an Se. Majestät um Uebernahme der Centralgewalt so wenig vereinbar sein konnte, als überhaupt eine nicht von den Regierungen ausgehende Uebertragung dieser Gewalt an Preußen. In dieser Hinsicht müssen aber Se. kaiserl. Hoheit Werth darauf legen, sich gegen die Statthaftigkeit der Folgerungen auszusprechen, welche die königl. Regierung hinsichtlich der rechtlichen Stellung der Centralgewalt seit Auflösung der Nationalversammlung aus den Artikeln 4 und 6 des Gesetzes vom 28. Juni in der Note vom 28. v. M., sowie schon bei anderm Anlasse abgeleitet hat. Als Bewahrer der einzigen für ganz Deutschland gemeinsamen Autorität hofft der Reichsverweser seiner schweren Pflicht in erhöhtem Maße genügt zu haben, als Er auch nach der beklagenswerthen Erschütterung, welche diese Autorität durch die Selbstauflösung der Nationalversammlung in ihrer rechtlichen Grundlage erleiden mußte, den Rechtszusammenhang sowol des grundgesetzlichen Bundesverhältnisses als der an die Stelle der Organe des Bundes getretenen gemeinsamen Exekutivgewalt, so viel an ihm war, aufrecht zu halten sich entschloß. Neben diesem höchsten Interesse konnte die weit entlegnere Schwierigkeit der Frage, wie es bei Unterbrechung der Gesammtvertretung der Nation mit der Verantwortlichkeit der Reichsminister und mit der Bestätigung etwa vorkommender völkerrechtlicher Verträge zu halten sei, zunächst nicht in Betracht kommen; und ohne Zweifel wird die Preußische Regierung bereitwillig zugeben, daß ein vorläufig nur zwischen drei Bundesregierungen abgeschlossenes Bündniß ebenso wenig für die von der Nationalversammlung errichtete Gesammtexekutive wie für das Organ des Bundesverhältnisses sofort einen Ersatz gewährte. Deutschland ist augenblicklich in mehrere Gruppen von Staaten getheilt, welche die Mittel und Wege zu neuem Aneinanderschließen suchen, und

bis diese Bestrebung gelungen sein wird, muß der Reichsverweser die Erhaltung des allein noch bestehenden gesetzlichen Einigungspunktes als den wichtigsten Gegenstand seiner Sorge betrachten. Die Deutschen Regierungen haben Ihn seither, ungeachtet der Verschiedenheit ihres Verhältnisses zur Verfassungsfrage, übereinstimmend in dieser Ueberzeugung bestärkt. Außer Preußen haben noch andere Staaten die Nationalversammlung für nicht mehr rechtlich bestehend erklärt, sie haben aber an diese Nichtanerkennung nicht die Folge geknüpft, daß dadurch auch der rechtliche Bestand der Centralgewalt aufgehoben und derselben die ihr gebührende Unterstützung nicht länger zu gewähren sei. Alle diese Regierungen, auch Preußen selbst, haben ihre nur auf dem Grunde des Gesetzes vom 28. Juni v. J. ruhende Vertretung durch Bevollmächtigte bei der Centralgewalt fortdauern lassen. Da endlich Preußen noch gegenwärtig ausdrücklich ausspricht, daß das von ihm geleitete Bündniß in die Befugnisse der Centralgewalt als des bisherigen leitenden Organs des Bundes nicht eingreifen, vielmehr deren Rechte vollständig wahren werde, der Centralgewalt aber für die Ausübung jener Befugnisse kein anderer Organismus als das Reichsministerium zu Gebote steht, so scheint dem Unterzeichneten auch aus diesem Grunde der von der Verantwortlichkeit der Reichsminister hergenommene Einwand mehr zu beweisen, als in der Absicht der königl. Regierung liegen kann. Wenn die Note des Herrn Grafen von Brandenburg ferner darauf hinweist, daß die Centralgewalt faktisch nicht mehr über die Mittel zu verfügen habe, welche die Erfüllung ihres Berufes in den gegenwärtigen Kämpfen erfordert, so erachten Se. kaiserl. Hoheit die freimüthige Entgegnung für gestattet, daß die königl. Regierung sich hier gegenüber der Centralgewalt, deren Anspruch auf die Unterstützung der Regierungen selbst nach der jetzigen Ansicht Preußens über ihre Stellung unverloren ist, eines Argumentes bedient, welches sie sich selber geschaffen hat, und mit jedem Augenblick mit der in voller Rüstung stehenden Macht Preußens zu entkräften im Stande ist. Nur von dieser Auffassung der Verhältnisse und von der gleichen Rücksicht auf die Interessen aller Theile Deutschlands ausgehend, konnte der Reichsverweser sich die Frage stellen, ob das zwischen Preußen, Sachsen und Hannover abgeschlossene Bündniß die Niederlegung Seines Amtes zu erleichtern, die entgegenstehenden Bedenken zu beseitigen geeignet sei. Es liegt unstreitig in dem Rechte Sr. kaiserl. Hoheit die doppelte Prüfung anzustellen, ob nach der Natur föderativer Staatseinrichtungen und nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Artikels 11 der Bundesakte ein engeres Bündniß, dessen Zwecke in denjenigen der Gesammtheit enthalten sind, für berechtigt zu gelten Anspruch habe, und ob nicht die Zwecke jenes Bündnisses sicherer und allgemeiner durch entschiedenes Zusammenwirken Preußens mit der Centralgewalt hätten erreicht werden können. In der Reinheit seiner patriotischen Gesinnung und in der anerkennendsten Würdigung der Beweggründe Preußens findet sich jedoch der Erzherzog Reichsverweser zu der Erklärung bestimmt, daß er Seinerseits weder die Berechtigung zu dem fraglichen Bündnisse zu bestreiten, noch der weitern Ausdehnung desselben irgend ein Hinderniß in den Weg zu legen, vielmehr diese Frage der Verhandlung zwischen Preußen, Namens der verbündeten Regierungen und den übrigen Deutschen Bundesstaaten unbeirrt zu überlassen gesonnen ist. Welches auch der endliche Ausgang sein möge, Seine kaiserl. Hoheit werden jederzeit auf das Freudigste den Augenblick begrüßen, wo die Niederlegung des von Ihnen ausgeübten Amtes nicht wie noch gegenwärtig als ein Zeichen und vielleicht eine neue Ursache tiefgehender Spaltungen, sondern als die Bekräftigung einer neu gegründeten Einigung erscheinen wird. Der Unterzeichnete bittet den königl. Herrn Bevollmächtigten, gegenwärtige Mittheilung an seine hohe Regierung zu befördern, und er hat die Ehre mit diesem Ersuchen die Versicherung vorzüglicher Hochachtung zu verbinden."

Zur Erläuterung eines Passus im Eingange des vorstehenden Schreibens mag die Aeußerung in einem vom 3. Juni datirten Berichte des Hannoverschen Bevollmächtigten (Witte) an seine Regierung dienen: bei Grävell habe sich das Bestreben gezeigt, aus Rücksicht für die von der Preußischen Regierung an den Tag gelegten Wünsche die Abdikation des Erzherzogs so bald als möglich herbei-

zuführen, und es scheine fast, daß Grävell in dieser Beziehung nach Berlin ohne Vorwissen seiner Kollegen Zusagen gemacht habe.

Die Nationalversammlung rühmend kommt Haym (III, 191) auf die Frage, warum sie dennoch mit der Lösung ihrer Aufgabe gescheitert sei? Daß die Versammlung die glänzendste und mächtigste gewesen, welche je in Deutschland getagt habe, könnte in Zweifel gezogen werden; zum wenigsten würde man sich erst noch näher darüber zu verständigen haben. Richtig ist, daß sie eine glänzende war durch viele ausgezeichnete Namen, Reichthum mannigfaltiger Einsicht und Kenntniß, hohes Maß von Freiheitssinn und Patriotismus. Nur, daß dieser eine falsche Richtung auf verkehrte, zum Theil sogar unpatriotische Zwecke nahm und dadurch und durch Beisatz einer gar zu sichtlichen Selbstgefälligkeit verzerrt und dann fast lächerlich wurde. Auch das ist richtig, daß die Versammlung mächtig war, „weil und so lange die Sympathien der Nation ungetheilt und unverirrt ihr zur Seite standen". Nur, daß dies nicht gar zu lange währte und gerade da aufhörte und in das Gegentheil umschlug, als die Erbkaiserpartei ihr Projekt auf die Bahn brachte. Man läuft nicht Gefahr, bemerkt Haym, man läuft jedoch allerdings Gefahr, in übertriebener Einbildung „ein falscher Prophet zu werden, wenn man behauptet, daß eine gleich glänzende und gleich mächtige Versammlung nie wieder auf unserem vaterländischen Boden gesehen werden wird". Man soll sich nicht gleich das Ende vorstellen, wenn man keinen Ausgang sieht, selber nichts ausgerichtet und das Feld hat räumen müssen. Eine geschicktere Versammlung ist sehr denkbar und das nächste Deutsche Parlament mag leicht geschickter sein und mehr vollbringen können, wenn die Erfahrungen des achtundvierziger benutzt, seine Fehler und Mißgriffe erkannt und gemieden werden. In ihnen lag der Hauptgrund des Scheiterns, nicht in der „unermeßlichen Schwierigkeit der Aufgabe". Die Versammlung von 1848 faßte ihre Aufgabe falsch auf und erschwerte sich die allerdings schwierige noch selbst, und zwar bis zur Unlösbarkeit: das war die erste, vornehmste verhängnißvolle Irrung. Sie war nicht „bestimmt, Deutschland seine Einheit und eine freie Verfassung zu schaffen" — den Staatenbund in einen Einheitsstaat umzuwandeln und eine fast schrankenlose, eben so unvorbereitete Freiheit hereinzuführen. Weil sie dahin hinauswollte, begegnete sie den Hindernissen, welche Haym anführt, und die ihr zu schwer wurden, ging sie der ungetheilten Sympathieen der Nation verlustig, endete sie ohnmächtig und nichts weniger als leuchtend, hinterließ sie nur Wirrsal und Zerwürfniß, ging sie nicht heim mit dem berechtigten „Anspruch", sondern nur — nach ihren erbkaiserlichen Bestandtheilen — mit dem eitlen Wahne, „daß ein Endergebniß von unschätzbarem Werthe aus ihr entsprungen" sei. Ihre Aufgabe war klärlich die, zwischen den Deutschen Regierungen und Bevölkerungen eine — selbstverständlich den vorhandenen in Betracht kommenden Zuständen anpassende — Verfassung zu Stande zu bringen, wodurch ein großer Vorschritt nach dem Ziele der idealen Einheit und Freiheit zu gewinnen war. Sie hätte also, wie es die Engländer gemacht haben, auf den Grundlagen der bisherigen Verfassung aufbauen, an das, was in den Verhältnissen und im Sinne der Nation vorbereitet war, anknüpfen, von letzterer nur, was dieselbe nachhaltig zu leisten gewillt und befähigt war, voraussetzen und fordern, nichts Anderes und nicht mehr als das, worin Vereinigung zu hoffen gewesen wäre, anstreben, mit dem, was sie durchsetzen konnte und was man hätte aufrecht erhalten können, einer gründlichen Bundesreform — eingeschlossen namentlich die Vertretung des Volkes — sich begnügen sollen. Aber damit durfte die Minderheit im Verfassungsausschuß diesem nicht kommen, der Ausschuß hätte damit dem Plenum, die Versammlung hätte damit dem Volke — zum wenigsten den dominirenden Volkswortführern und ihrem nachschreienden Anhange nicht kommen dürfen, so daß die Schuld schließlich — zu angemessener Vertheilung — allgemein zurückfällt auf die Ueberspanntheit der Ansichten und Stimmungen, die politische Unzulänglichkeit der Nation. Haben die Tonangeber im Volke und das Parlament und dessen Parteien und Parteiführer speciell gefehlt, so sind damit selbstverständlich die, welche draußen diesen Ausgang wünschten oder gefördert haben, oder die sich lediglich indifferent und kritisch verhielten, nicht freigesprochen,

noch durch die Gleichgültigkeit, Kälte, Selbstsucht, die sich nicht gleich dem Enthusiasmus Jener verirrten, in das Recht gesetzt, sich selbst für klug und rein haltend, Steine auf die zu werfen, die in redlicher und rühmlicher Gesinnung doch handelten. Am meisten ist festzuhalten, daß die Schuld des Scheiterns der für das Mal ungelöst gebliebenen Aufgabe nicht in unbezwingbaren Zuständen oder Verhängnissen lag, sondern in Irrungen, welche eingesehen und vermieden werden können, und in leidigem Ungeschick, das nicht unsterblich zu sein braucht, so daß man nicht verzweifeln, nicht verdrossen von Hoffnung, Selbstreform, Arbeit für die gebliebene Aufgabe und nur von eitlem Selbstruhme ablassen soll, der nicht übler angebracht sein könnte, als wo eine solche Gelegenheit so verpaßt und verdorben ist.

Berichtigungen.

S. 16, Z. 5 der Note steht anstehen statt anstechen.
S. 20, Z. 8 v. u. steht abgeben statt abgehen.
S. 34, Z. 4 der Note steht seine statt sein.
S. 36, Z. 14 v. o. steht aufgehoben statt aufgewogen.
S. 37, Z. 10 v. o. steht mißliebige statt mißgünstige.
S. 42, Z. 2 v. o. fehlt wie vor Raumer.
S. 43, Z. 17 v. o. steht und statt von.
S. 93, Z. 7 der Note steht Staatenbundes statt Bundesstaates.
S. 100, Z. 9 der Note steht Belesario statt Belisario.
S. 106 ist in der Note Z. 4 v. u. die Parenthese hinter machte zu schließen.
S. 111, Z. 9 v. u. steht Vereibarung statt Vereinbarung.
S. 121, Z. 8 v. o. hat in ihr Unternehmen zu cessiren.
S. 122, Z. 2 v. u. steht der statt den.
S. 125, Z. 5 v. u. steht Punkt statt Komma.
S. 169, Z. 9 v. o. muß dabei cessiren.
S. 171 steht Arenth statt Arneth.
S. 231, Z. 1 v. o. fehlen nach 150 die Worte: von den 232 Nichtpreußen und Nichtösterreichern 106.
S. 246, Z. 2 v. u. fehlt erhalten nach Schwarzenberg.
S. 286, Z. 14 v. o. steht ihr statt ihm.
S. 321, Z. 8 v. u. steht schiene statt schien.
S. 332, Z. 10 v. u. muß es heißen: in ihrer Mitte oft genug als Buben bezeichnet waren.
S. 337, Z. 11 v. u. steht beschimpft statt geschimpft.
S. 346, Z. 1 der Note steht führen statt fuhren.
S. 481, Z. 1 der Note steht hatte statt habe.
S. 485, Z. 2 v. o. steht kann statt können.
S. 540, Z. 19 v. o. muß sich cessiren.
S. 576 gehört der Satz: Der Ministerpräsident rc. an den Schluß des zweiten Absatzes vor: Zum Verständniß.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Rob. Ket
Buchbin

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Jürgens, Karl Heinrich,

Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes 1848 - 1849 ; in zwei Abtheilungen

Bd.: 2,2

Hannover 1857

Germ.g. 562 f-2,2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10017937-6